DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ

DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

25

1. 1. 1970–31. 12. 1972

CHRONOS • ARMANDO DADÒ EDITORE • ÉDITIONS ZOÉ

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

DIPLOMATISCHE DOKUMENTE DER SCHWEIZ
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

BAND – VOLUME 25

(1. 1. 1970–31. 12. 1972)

FORSCHUNGSGRUPPE – GROUPE DE RECHERCHE – GRUPPO DI RICERCA:
Forschungsleiter – Directeur de la recherche – Direttore della ricerca

Sacha Zala

Mitarbeiter/innen – Collaborateurs/Collaboratrices – Collaboratori/Collaboratrici

Marc Perrenoud
Ursina Bentele
Marisa Birri
Thomas Bürgisser
Vincent Juillerat
Maurizio Rossi
Franziska Ruchti

CHRONOS VERLAG, ZÜRICH
ARMANDO DADÒ, LOCARNO
ÉDITIONS ZOÉ, GENÈVE

KOMMISSION FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG
DIPLOMATISCHER DOKUMENTE DER SCHWEIZ

COMMISSION POUR LA PUBLICATION DE
DOCUMENTS DIPLOMATIQUES SUISSES

COMMISSIONE PER LA PUBBLICAZIONE DI
DOCUMENTI DIPLOMATICI SVIZZERI

Président	Hans Ulrich Jost, Professeur honoraire à l'Université de Lausanne (Bureau)
Vizepräsident	Andreas Kellerhals, Direktor des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss)
Sekretär	Beat Immenhauser, stv. Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Ausschuss)
Direttore	Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Ausschuss)

Mitglieder / Membres / Membri

Rudolf Bolzern	Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
Daniel Bourgeois	a. Adjoint scientifique aux Archives fédérales suisses
Svenja Goltermann	Professorin an der Universität Zürich
Andreas Gross	Nationalrat
Sébastien Guex	Professeur à l'Université de Lausanne
Madeleine Herren	Professorin an der Universität Basel
Adelheid Jann	Leiterin Abteilung Informationszugang des Schweizerischen Bundesarchivs (Ausschuss)
Georg Kreis	em. Professor an der Universität Basel
Francis Python	Professeur ém. à l'Université de Fribourg
Davide Rodogno	Professeur à l'Institut de hautes études internationales et du développement
Matthias Schulz	Professeur à l'Université de Genève
Brigitte Studer	Professorin an der Universität Bern
Laurent Tissot	Professeur à l'Université de Neuchâtel
Andreas Wenger	Professor an der ETH Zürich
François Wisard	Chef du Service historique du Département fédéral des affaires étrangères (Bureau)
Markus Zürcher	Generalsekretär der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften

© 2013 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1191-4 (Chronos Verlag, Zürich)
ISBN 978-88-8281-381-9 (Armando Dadò Editore, Locarno)
ISBN 978-2-88182-922-2 (Éditions Zoé, Genève)

TABLE DES MATIÈRES / INHALTSÜBERSICHT / INDICE

I. Vorwort / Avant-propos / Prefazione VII

II. Editorische Notiz / Note éditoriale / Introduzione editoriale.... XIII

III. Einleitung..... XXXI

IV. Abkürzungen / Abréviations / Abbreviazioni..... XXXIX

V. Dokumentenverzeichnis / Table des documents / Indice e sommario dei documenti XLV

VI. Dokumente / Documents / Documenti..... 1

Anhang / Annexes / Appendice

VII. Thematisches Verzeichnis / Table méthodique / Tavola metodica 473

VIII. Register / Index / Indice..... 476
VIII.1. Personenregister / Index des noms de personnes / Indice delle persone 476
VIII. 2. Körperschaftsregister / Index des organisations / Indice delle organizzazioni 502
VIII. 3. Register der geografischen Bezeichnungen / Index des noms géographiques / Indice dei nomi geografici 512

IX. Verzeichnis der benutzten Bestände / Liste des fonds utilisés / Elenco dei fondi utilizzati 519

X. Verzeichnis nicht frei gegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv / Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles / Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili..... 526

I. VORWORT

Mit der Reihe *Diplomatische Dokumente der Schweiz* (DDS) möchten die verantwortlichen Herausgeberinnen und Herausgeber einen Überblick über die Gesamtheit der internationalen Beziehungen der Schweiz vermitteln. Es geht ihnen darum, der Forschung und der Öffentlichkeit eine Auswahl an amtlichen Quellen zur Verfügung zu stellen, welche die Rekonstruktionen der Geschichte der Aussenbeziehungen und der transnationalen Verflechtung der Schweiz ermöglichen und deren Verständnis erleichtern. Dabei sollen insbesondere auch neue, in der öffentlichen Debatte noch wenig beachtete Themen aufgegriffen werden, um eine möglichst vielfältige Einsicht in die Verflechtungen der Schweiz im System der internationalen Beziehungen zu vermitteln.

Als Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) stehen die DDS unter dem Patronat der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) und können auf die Unterstützung des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR), des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) zählen. Die Verantwortung für die Publikation trägt die Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz, in der die historischen Institute der Schweizer Universitäten und Hochschulen, die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, das Schweizerische Bundesarchiv, das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten und der Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vertreten sind.

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* bestehen aus einer ersten Serie von fünfzehn, die Zeit von 1848 bis 1945 dokumentierenden Bänden, sowie einer zweiten Serie mit bisher zehn Bänden, die den Zeitraum von 1945 bis 1972 beleuchten. Es ist vorgesehen, bis 2020 einen Band pro Jahr zu produzieren. Da bei der stetig wachsenden Menge an relevanten Dossiers nur eine sehr beschränkte Auswahl an Dokumenten in der gedruckten Serie veröffentlicht werden kann, haben wir in den letzten Jahren in bedeutendem Umfang in neue digitale Infrastrukturen investiert. Unsere im Internet frei zugängliche Datenbank Dodis (dodis.ch) enthält rund 19'000 Dokumente, von welchen ungefähr die Hälfte in digitaler Form heruntergeladen werden kann. Damit steht der Öffentlichkeit eine breite, sich ständig erweiternde Sammlung ausgewählter Dokumente frei zur Verfügung. Ab Band 23 finden sich in den Anmerkungen zudem Permalinks, welche die Benutzerinnen und Benutzer über das Internet zu den Dokumenten der Datenbank Dodis führen. Die traditionellen Bände erhalten somit eine neue Funktion: Sie erleichtern den Einstieg in eine weitaus grössere Auswahl an Dokumenten, die über den Inhalt des jeweiligen Bandes hinausgeht. Die Datensätze der Datenbank liefern detaillierte Metadaten zu den Dokumenten und erleichtern dadurch die Weiterführung der Forschung in den einschlägigen Archivbeständen.

Die zusätzliche Fülle von Informationen in der Datenbank zu Personen, Körperschaften (Verwaltungsstellen, Berufs- und Interessenverbände, politische Parteien, Gesellschaften oder Firmen), zu geographischen Orten und zu Abkommen und rechtlichen Erlassen stellen die Dokumente in einen grösseren Rahmen. Dank der sich im Aufbau befindenden Vernetzung mit anderen Datenbanken (z. B. das Historische Lexikon der Schweiz oder die Edition der Foreign Relations of the United States) verfügen die Benutzerinnen und Benutzer nun über ein höchst effizientes Forschungsinstrument, das mit einer vielseitigen Suchmaske ausgestattet ist.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die von den DDS 2012 geschaffene Reihe *Quaderni di Dodis* verwiesen werden. Es handelt sich um frei zugängliche *E-Books,* die dem Open Access-Prinzip verpflichtet sind und von der Webseite der DDS heruntergeladen werden können. Die *Quaderni* enthalten wissenschaftliche Studien, Essays oder Beiträge von Kolloquien zur neuesten Geschichte und zur Aussenpolitik, wobei insbesondere die Arbeiten von jüngeren Forscherinnen und Forschern berücksichtigt werden sollen.

Von der Publikation der Quellenbände, der Erweiterung der Datenbank Dodis sowie der Herausgabe der *Quaderni* erhoffen sich die DDS zweierlei: Einerseits soll das Forschungsprojekt dazu beitragen, interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Journalistinnen und Journalisten, Forscherinnen und Forschern, Analytikerinnen und Analytikern ein besseres Verständnis für die Herausforderungen zu vermitteln, mit denen sich die Schweiz in ihren internationalen Beziehungen stets konfrontiert sah. Andererseits soll es auch den amtierenden Magistratinnen und Magistraten, Angestellten der Bundesverwaltung, Diplomatinnen und Diplomaten, Parlamentarierinnen und Parlamentariern aussenpolitische Orientierungshilfen geben.

Die unter der Leitung von Sacha Zala arbeitende Forschungsgruppe von neun Historikerinnen und Historikern hat mit dem vorliegenden Band über die Zeit von 1970 bis 1972 erneut eine ausgezeichnete Auswahl von Dokumenten getroffen und aufgearbeitet. Eine Übersicht des Inhalts findet sich in der Einleitung des Bandes. Wir danken der Forschungsgruppe an dieser Stelle für ihre wertvolle Arbeit und für ihren ausserordentlichen Einsatz.

Bern, Dezember 2013

Kommission für die Veröffentlichung
diplomatischer Dokumente der Schweiz:
Hans Ulrich Jost, *Präsident*
Andreas Kellerhals, *Vizepräsident*

I. AVANT-PROPOS

Les responsables de la collection des *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) visent à fournir, grâce à cette édition, un aperçu des relations internationales de la Suisse dans leur ensemble. Il s'agit de mettre à la disposition du public et des personnes actives dans la recherche une sélection de sources officielles qui permette de retracer l'histoire des relations internationales et des échanges transnationaux de la Suisse tout en facilitant la compréhension de celle-ci. Ce faisant, le but est aussi d'aborder des thèmes nouveaux, encore peu présents dans le débat public, afin de fournir l'aperçu le plus diversifié possible des liens de la Suisse avec le système des relations internationales.

En tant qu'entreprise affiliée à l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), les DDS sont placés sous le patronage de la Société suisse d'histoire (SSH) et peuvent compter sur le soutien des Archives fédérales suisses (AFS), du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et du Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS). La responsabilité de la publication est assumée par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle sont représentés les instituts d'histoire des universités et hautes écoles suisses, l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, les Archives fédérales suisses, le Département fédéral des affaires étrangères et le Fonds national suisse de la recherche scientifique.

Les *Documents Diplomatiques Suisses* sont constitués d'une première série de quinze volumes, couvrant la période 1848–1945, ainsi que d'une deuxième série qui comprend à ce jour dix volumes portant sur la période 1945–1972. Le plan d'édition prévoit la publication d'un volume chaque année, jusqu'en 2020. Alors que les dossiers pertinents augmentent constamment et que seule une sélection rigoureuse de documents-clés peut être publiée dans l'édition imprimée, un investissement important dans les moyens informatiques a été effectué au cours des dernières années. Notre base de données Dodis (dodis.ch), librement accessible, contient environ 19'000 documents, dont près de la moitié peut être téléchargée sous forme de reproduction numérisée. Le public a ainsi gratuitement à sa disposition une vaste collection de sources qui ne cesse de s'étendre. De plus, à partir du volume 23, les notes de bas de page contiennent des permalink qui renvoient directement à des documents de la base de données en ligne Dodis. Les volumes traditionnels gagnent ainsi une nouvelle fonction, en facilitant l'accès à une sélection plus vaste de documents, qui, autant chronologiquement que thématiquement, va bien au-delà du contenu du volume en question. Les métadonnées détaillées qui sont liées aux documents de la base de données facilitent les recherches dans les fonds d'archives.

La base de données offre une profusion d'informations complémentaires sur des personnes, des organisations (structures administratives, associations professionnelles, organisations représentant des intérêts particuliers, partis politiques, sociétés ou entreprises), des lieux géographiques, des accords ou

autres normes juridiques qui replacent les documents dans un contexte plus large. Grâce aux liens qui sont en train d'être mis en place avec d'autres bases de données (par exemple avec le Dictionnaire historique de la Suisse ou avec les Foreign Relations of the United States, FRUS), les personnes qui la consultent disposent désormais d'un instrument de recherche des plus efficaces, doté d'un moteur de recherche performant.

Dans ce contexte, il convient également de mentionner la publication de la série des *Quaderni di Dodis* que les DDS ont lancée. Il s'agit d'*e-books* qui fonctionnent selon le principe de l'Open Access et qui peuvent être téléchargés gratuitement depuis le site web des DDS. Les *Quaderni* contiennent des travaux scientifiques, des essais ou des contributions à des colloques qui ont trait à l'histoire contemporaine et à la politique extérieure, tout en permettant de publier des travaux de jeunes chercheuses et chercheurs.

Par la publication des volumes et des *Quaderni*, ainsi que par l'extension de la base de données, les DDS poursuivent deux objectifs: d'une part, permettre aux citoyens et citoyennes, journalistes, chercheurs et chercheuses ainsi qu'aux analystes d'acquérir une meilleure compréhension des défis auxquels la Suisse a continuellement été confrontée dans ses relations internationales; d'autre part, fournir des points de repère aux autorités politiques, employés et employées de l'administration fédérale, diplomates et parlementaires.

Sous la conduite de Sacha Zala, le groupe de recherche, composé de neuf historiens et historiennes, a une nouvelle fois procédé à une remarquable sélection de documents en vue du présent volume, qui porte sur la période 1970–1972. Un aperçu général de son contenu se trouve dans l'introduction du volume. Nous tenons à remercier les membres du groupe de recherche pour leur précieux travail et leur engagement exceptionnel.

Berne, décembre 2013

Commission pour la publication
de documents diplomatiques suisses:
Hans Ulrich Jost, *Président*
Andreas Kellerhals, *Vice-Président*

I. PREFAZIONE

Con la collana dei *Documenti diplomatici svizzeri* (DDS), i responsabili dell'edizione vogliono offrire una visione d'insieme delle relazioni internazionali della Svizzera. Si tratta di mettere a disposizione dei ricercatori e dell'opinione pubblica una scelta di fonti ufficiali che aiuti a ricostruire e a comprendere la storia della politica estera e delle relazioni transnazionali della Svizzera. Particolare attenzione è dedicata anche a temi nuovi, poco considerati nel dibattito pubblico, in modo da offrire ai ricercatori e al pubblico una visione per quanto possibile ampia della posizione della Svizzera nel sistema delle relazioni internazionali.

Finanziati dall'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali (ASSUS), i DDS sono posti sotto il patrocinio della Società Svizzera di Storia (SSS) e possono contare sul sostegno dell'Archivio federale svizzero (AFS), del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e del Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica (FNS). Responsabile della pubblicazione è la Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri, in cui sono rappresentati gli istituti di storia delle università svizzere, l'Accademica svizzera delle scienze umane e sociali, l'Archivio federale svizzero, il Dipartimento federale degli affari esteri e il Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica.

I *Documenti diplomatici svizzeri* comprendono una prima serie di quindici volumi, relativi al periodo 1848–1945, e una seconda serie di cui sono usciti finora dieci volumi, che fanno luce sugli anni tra il 1946 e il 1972. Fino al 2020 si prevede la pubblicazione di un volume l'anno. Poiché la quantità crescente di dossier rilevanti permette di selezionare per la versione a stampa solo un numero molto limitato di documenti, negli ultimi anni abbiamo investito in maniera considerevole in nuove infrastrutture digitali. La nostra banca dati Dodis (dodis.ch), accessibile liberamente su internet, contiene circa 19'000 documenti, di cui circa la metà può essere scaricata in forma digitale. Il pubblico ha così a disposizione un'ampia selezione di fonti, gratuita e in costante crescita. A partire dal volume 24, nelle note a piè di pagina si trovano inoltre dei permalink che permettono agli utenti di risalire ai documenti pubblicati su internet nella banca dati Dodis. I volumi tradizionali acquistano così una nuova funzione, facilitando l'accesso a un ricco materiale documentario, ben più consistente di quello contenuto nel rispettivo volume a stampa. Le registrazioni della banca dati forniscono metadati dettagliati sui documenti e facilitano così la prosecuzione delle ricerche nei relativi fondi d'archivio.

La grande quantità di informazioni supplementari su persone, enti (uffici dell'amministrazione pubblica, associazioni professionali e gruppi d'interesse, partiti politici, società e aziende), località, trattati e decreti legislativi contenuta nella banca dati permette di collocare i documenti in un contesto più vasto. Grazie al collegamento in via di realizzazione con altre banche dati (per esempio con il Dizionario storico della Svizzera e con l'edizione delle

Foreign Relations of the United States, FRUS) gli utenti possono contare su uno strumento di indagine molto efficiente, dotato di una maschera di ricerca versatile.

In questo contesto va menzionata anche la collana *Quaderni di Dodis* creata dai DDS nel 2012. Si tratta di *e-book* concepiti secondo i principi dell'Open Access, che possono essere scaricati liberamente dal portale internet dei DDS. I *Quaderni* contengono studi scientifici, saggi o testi di relazioni dedicati alla storia più recente e alla politica estera. Particolare spazio è dato ai lavori di giovani ricercatrici e ricercatori.

I DDS si aspettano due cose dalla pubblicazioni dei volumi di fonti, dall'ampliamento della banca Dodis e dall'edizione dei *Quaderni*: il progetto di ricerca dovrebbe da un lato permettere alle cittadine e ai cittadini interessati, alle giornaliste e ai giornalisti, alle ricercatrici e ai ricercatori, alle analiste e agli analisti una migliore comprensione delle sfide alle quali la Svizzera, nelle sue relazioni internazionali, è sempre stata confrontata. D'altro canto vuole fornire alle autorità in carica, agli impiegati dell'amministrazione federale, alle diplomatiche e ai diplomatici strumenti utili per orientarsi nella politica estera.

Con il presente volume sul periodo 1970–1972 il gruppo di ricerca diretto da Sacha Zala, composto da nove storiche e storici, ha di nuovo compiuto un eccellente lavoro di selezione e di elaborazione dei documenti. Un riassunto dei contenuti si trova nell'introduzione al volume. Vogliamo qui ringraziare il gruppo di ricerca per il prezioso lavoro svolto e per l'eccezionale impegno.

Berna, dicembre 2013

Commissione per la pubblicazione
di documenti diplomatici svizzeri:
Hans Ulrich Jost, *presidente*
Andreas Kellerhals, *vicepresidente*

II. EDITORISCHE NOTIZ

Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS) sind ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und als solches ein Projekt der freien Forschung. Die Forschungsgruppe der DDS ist eine Kompetenzstelle für die Geschichte der internationalen Beziehungen und der Aussenpolitik der Schweiz, die in der «Botschaft des Bundesrates über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013–2016» als Langzeitunternehmen der Akademien der Wissenschaften Schweiz aufgeführt wird. Die Edition *Diplomatische Dokumente der Schweiz* versteht sich als Beitrag zur Grundlagenforschung der Zeitgeschichte der Schweiz; mit der laufenden Serie soll die Zeit des «Kalten Krieges» 1945–1989 dokumentiert und für die historische Forschung erschlossen werden. Die Forschungsstelle besteht zurzeit aus neun Historikerinnen und Historikern sowie fünf bis sechs wissenschaftlichen Hilfskräften oder Praktikantinnen und Praktikanten, die sich aus den schweizerischen Universitäten rekrutieren. Die Mitglieder der Forschungsgruppe haben sich in unterschiedlichen Themenbereichen des Forschungsprojekts und in Aspekten der internationalen Beziehungen spezialisiert; sie publizieren zu verschiedenen Fragestellungen und Methoden, organisieren internationale Konferenzen und nehmen mit Vorträgen an Tagungen und Kolloquien teil. Ferner bieten sie regelmässig Lehrveranstaltungen an Schweizer Universitäten an.

Der Direktor der DDS wird von der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz wissenschaftlich unterstützt. In ihr sind, nebst institutionellen Vertretungen, insbesondere Professorinnen und Professoren der historischen Institute der schweizerischen Universitäten vertreten. Die personellen sowie institutionellen Beziehungen zur universitären Forschung sind für die Bestimmung der relevanten Fragestellungen und Themen von zentraler Bedeutung.

Ziel der Edition ist es, durch eine breite und systematische Erforschung der Bestände des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) mit punktuellen Ergänzungen durch Quellen anderer Provenienz eine Auswahl von Dokumenten zu treffen, welche möglichst das gesamte Spektrum der schweizerischen Aussenpolitik abbildet und die wichtigsten Problemstellungen und Fragen der damaligen Akteure exemplarisch wiedergibt. Diese Themen und Fragestellungen – und in der Folge die Dokumente, die diese reflektieren – werden aufgrund ihrer relativen Bedeutung in Bezug auf die Gesamtheit der von der Forschungsgruppe untersuchten aussenpolitischen Vorgänge ausgewählt.

Eine limitierte Anzahl der ausgewählten Dokumente wird in den Bänden publiziert, während je nach Periode eine ca. sechs bis neun Mal grössere Auswahl in der frei zugänglichen Online-Datenbank Dodis (dodis.ch) als digitales Abbild veröffentlicht wird. In den Band werden insbesondere Dokumente aufgenommen, die einen möglichst breiten Überblick über einen Themenbereich geben, während eine Vielzahl von Anmerkungen zu einzelnen Aspekten oder

verwandten Themen auf weitere, respektive weiterführende Dokumente in der Datenbank Dodis verweisen. Der Band wird somit zum unerlässlichen Kompass zur Orientierung in der zunehmenden Fülle von Informationen der Datenbank. Im wissenschaftlichen Apparat des Bandes werden Permalinks (Uniform Resource Identifier, URI) angegeben, die auch als Internet-Adresse verwendet werden können, so zum Beispiel in der Form dodis.ch/35776. Diese Permalinks ermöglichen direkte Verweise auf Dokumente sowie auf weitere Angaben zu Personen, Körperschaften und geographischen Bezeichnungen und erleichtern die Konsultation der Datenbank Dodis entscheidend. Aktenedition und Datenbank ergänzen sich auf diese Weise symbiotisch. Die *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* als Langzeitunternehmen der Akademien der Wissenschaften Schweiz verpflichten sich, alle veröffentlichten Permalinks aktiv zu bewirtschaften und garantieren somit ihre Langzeit-Zitierbarkeit.

Das Forschungsprojekt strebt eine breite und charakteristische, aber keineswegs lückenlose Dokumentation aussenpolitischer Ereignisse aus schweizerischer Perspektive an; so kann es nicht alle Entwicklungen der Aussenpolitik der Schweiz vollständig aufzeigen. Vielmehr versucht die Forschungsgruppe, die Grundzüge und Leitlinien der internationalen Beziehungen der Schweiz in einer breiten Auslese verschiedener Aspekte zu illustrieren. Ausgewählt werden deshalb vornehmlich Dokumente, die eine generelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik erkennen lassen oder diese zu einem gegebenen Zeitpunkt nachhaltig beeinflusst haben; Akten, welche die Rolle der Schweiz in den internationalen Beziehungen aufzeigen oder Erklärungen für die Haltung der Schweiz zu Problemen der internationalen Politik bieten; sodann Berichte und Lageanalysen, die den schweizerischen Blickwinkel zu wichtigen internationalen Vorgängen und Ereignissen darlegen; schliesslich Instruktionen, Gutachten, Aufzeichnungen und Korrespondenzen etc., die für das Verständnis von Ereignissen, Entscheidungsprozessen sowie der Rolle der Akteure zentral sind.

Da die Edition ein Projekt der freien Forschung ist, unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS für den Zugang zum Archivgut des Bundes denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dafür trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte verabschiedeten *Ethik-Kodex* und deren *Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre* verpflichtet. Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Im Sinne der wissenschaftlichen Überprüfbarkeit ihrer Forschungen, publiziert die Forschungsgruppe der DDS im *Verzeichnis nicht freigegebener Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv* (Anhang X) alle Dossiers, die sie auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht konsultieren konnte. Dort werden ebenfalls die für die historische Forschung relevanten juristischen

Grundlagen erklärt und es wird über die gestellten Einsichtsgesuche und deren Ergebnisse präzise Rechenschaft abgelegt. Ein kumulatives und aktualisiertes Verzeichnis der für die Forschungsgruppe der DDS nicht konsultierbaren Dossiers mit dem Datum des ablehnenden Entscheides des zuständigen eidgenössischen Departements ist ferner im Internet unter der Adresse dodis.ch/dds/BGA publiziert.

Das *Verzeichnis der benutzten Bestände* (Anhang IX) gibt Rechenschaft über die von der Forschungsgruppe der DDS konsultierten Bestände. Die forschungsstrategisch relevantesten Bestände sind im Verzeichnis besonders hervorgehoben. Für die in diesem Band und in der Datenbank Dodis abgedeckte Periode hat die Forschungsgruppe der DDS einen Aktenbestand in der Grössenordnung von ca. 4'000 Archivbänden konsultiert. Aus dieser enormen Aktenfülle hat die Forschungsgruppe 185 Dokumente für die Publikation im vorliegenden Band ausgewählt sowie ca. 1900 für die Publikation in der Datenbank Dodis.

Die abgedruckten Dokumente in diesem Band und in der Datenbank Dodis stammen in der Regel aus dem Schweizerischen Bundesarchiv, das die Akten von Parlament, Regierung und eidgenössischen Departementen (Ministerien) aufbewahrt. Beim Vorliegen enger Schnittstellen mit der Bundesverwaltung wurde die Selektion mit Akten anderer Archiven punktuell ergänzt (vgl. Anhang IX). Das schweizerische Regierungssystem ist dem Kollegialitätsprinzip verpflichtet. Das bedeutet, dass alle Entscheide von einer gewissen Tragweite vom gesamten Bundesrat getroffen werden. Darüber hinaus spiegeln sich in der Aussenpolitik zunehmend innenpolitische und transnationale Verflechtungen wider, womit praktisch alle Departemente und Amtsstellen direkt oder indirekt von aussenpolitischen Fragestellungen betroffen sind. Demzufolge stammen die veröffentlichten Dokumente bei weitem nicht allein aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten. Ein beachtlicher Teil der Akten stammt von der Regierung selbst – so die Sitzungsprotokolle und Entscheide des Bundesrates –, von den verschiedenen Departementen und besonderen Ämtern sowie von Delegationen oder Spezialmissionen und nicht zuletzt vom Parlament; auch Briefe von Persönlichkeiten in amtlicher oder halbamtlicher Funktion oder von privaten Institutionen gilt es jeweils zu berücksichtigen.

Die Dokumente werden nach klassischen Editionsgrundsätzen in strikt chronologischer Reihenfolge präsentiert. Zur Erleichterung der Benutzung führt der Band ein *Dokumentenverzeichnis* mit Regesten in der entsprechenden Sprache der Dokumente. Das *Thematische Verzeichnis* (Anhang VII) gruppiert die Dokumente nach Themenschwerpunkten. Zum raschen Auffinden der gesuchten Informationen enthält der Band schliesslich ein *Personenregister* (Anhang VIII.1), ein *Körperschaftsregister* (Anhang VIII.2) sowie ein *Register der geografischen Bezeichnungen* (Anhang VIII.3). In letzterem werden die für die Beziehung zu einem bestimmten Land besonders relevanten Dokumente mit einem * speziell hervorgehoben. Alle diese Register verweisen über ihre Permalinks auf die Datenbank Dodis, wo sich eine Vielzahl zusätzlicher Informationen befindet. Dodis ermöglicht ferner gezieltere und ausgedehntere Suchfunktionen.

Im Allgemeinen sind die Dokumente im Band vollständig und in ihrer Originalsprache abgedruckt. Die duale Publikationsform der Edition mit edierten Dokumenten im Band und mit deren digitalen Abbildern im Internet ermöglicht es, im Band vereinzelt Kürzungen vorzunehmen, um lange Texte zu straffen oder Redundanzen zu vermeiden. Diese Praxis ermöglicht somit auch die Publikation von Auszügen von Quellengattungen, wie z. B. Studien, Berichte oder Rapporte, aber auch Protokolle von Debatten unterschiedlicher Gremien, die sonst ihrer Länge wegen kaum Eingang in Akteneditionen finden. Auszüge und weggekürzte Textpassagen sind *immer* durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet und mit einer Anmerkung versehen. In der Datenbank Dodis ist das jeweilige Dokument *immer* vollständig konsultierbar. Anrede- und Grussformeln werden stillschweigend weggelassen, ausser in Fällen, wo ihnen eine besondere Bedeutung zugedacht werden kann.

Die Einführung der *Online Recherche* durch das Schweizerische Bundesarchiv hat für die Forschenden diverse Konsequenzen. Zum einen enthält nun die *Signatur* einen direkten Verweis auf das Dossier, zum anderen ist nun ein grosser Teil der Bestände online bestellbar. Aus diesem Grund wurde die Zitierweise der Aktenstücke seit Band 24 angepasst. Die neuen Signaturen sind durch das die verschiedenen Signatur-Teile trennende Zeichen # und das Schlusszeichen * zu erkennen (z. B. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). In den Fällen, in denen die neuen Signaturen noch nicht zugänglich sind, findet das herkömmliche System mit der Angabe der Behältnis-Nummer Anwendung. Zusätzlich zur Signatur werden im Band die *Aktenzeichen* der Dossiers, so wie sie in den Findmitteln erscheinen (z. B. B.25.61.1), in Klammern angegeben, was das Auffinden der entsprechenden Dokumente sowie weiterführende Recherchen erleichtert. Um den Übergang zum neuen System für Forschende zu erleichtern, werden für die Dokumente aus der in diesem Band abgedeckten Periode in der Datenbank Dodis beide Zitierweisen angegeben.

Der redaktionelle Teil umfasst den Kopf der Dokumente und den Anmerkungsapparat und ist in der Sprache des Dokuments abgefasst, d. h. in der Regel in den Amtssprachen Deutsch, Französisch oder Italienisch. Er setzt sich deutlich (*kursiv*) vom Text des Dokuments (aufrecht) ab. Kursivsatz innerhalb des Dokuments gibt originale Hervorhebungen an (Unterstreichungen, Sperrungen, etc.). Eingriffe der Herausgeber in den Dokumenten sind kursiv in eckige Klammern gesetzt. Orthographie und Interpunktion wurden bei offensichtlichen Fehlern stillschweigend bereinigt und die Schreibweise innerhalb der Texte vereinheitlicht. Der Kopf der Dokumente enthält den Permalink (z. B. dodis.ch/35415) für das Auffinden des digitalen Abbildes und der Metadaten in der Online-Datenbank Dodis, den redaktionellen Titel, eventuell vorhandene Klassifikations- und Dringlichkeitsvermerke (z. B. vertraulich, geheim, etc.) sowie den Ort und das Datum der Entstehung der Quelle (z. B. das Datum eines Protokolls). Das allfällige Datum des Ereignisses, auf das sich das Aktenstück bezieht (z. B. das Datum der protokollierten Sitzung), wird entweder im Originaltitel oder im redaktionellen Titel erwähnt. Wörtlich wiedergegebene Originaltitel sind in KAPITÄLCHEN gesetzt. In der ersten Anmerkung jedes Dokuments werden immer die Quellengattung und ggf. dessen Ordnungsnummer angegeben sowie ein Hinweis, wenn es sich

nicht um ein Originalexemplar (Kopie) handelt. Ebenso befinden sich dort die Archivsignatur, ggf. die Aufschlüsselung von Paraphen und weitere relevante quellenkritische Informationen. Schliesslich wird die Schreibweise der Majuskel und Minuskel von Telegrammen und Fernschreiben aus Gründen der Lesbarkeit normalisiert. Bei besonderen editionsphilologischen Fragestellungen sowie text- und quellenkritischen Fragen können Forschende den edierten Text *immer* mit dem Abbild des Originaldokuments in der Online-Datenbank Dodis überprüfen und vergleichen.

Im wissenschaftlichen Apparat werden Hinweise zu weiterführenden Dokumenten oder Dossiers angegeben. Soweit möglich, wird auf Dokumente, die in den veröffentlichten Texten erwähnt sind, verwiesen. Konnte ein wichtig scheinendes Dokument trotz gründlicher Nachforschungen nicht ermittelt werden, steht die Formel *nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato.*

Um so rasch wie möglich zur gesetzlich verankerten 30-jährigen Schutzfrist des Archivgutes des Bundes aufzuschliessen, sieht der Editionsplan der DDS seit Band 23 einen akzelerierten Erscheinungsrhythmus der Bände vor.

Trotz des grossen Zeitdrucks, fast im jährlichen Rhythmus sowohl die Forschungen für einen Band als auch dessen Produktion abzuschliessen, hat die Forschungsstelle der DDS vom 1. bis zum 5. Oktober 2013 auch erfolgreich die *12th International Conference of Editors of Diplomatic Documents* im Palais des Nations beim Büro der Vereinigten Nationen in Genf organisiert. Dank der Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen in Genf (UNOG) und der grosszügigen Unterstützung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) sowie des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) konnte sich die Schweiz nach London, Ottawa, Rom, Bonn, Washington, Canberra, Paris, Dublin, Den Haag und Jerusalem als Zentrum des weltweiten Netzwerkes der Editoren diplomatischer Dokumente profilieren. Es ist eine grosse Freude, dass es bei der Genfer Konferenz die Gründung des *International Committee of Editors of Diplomatic Documents* (ICEDD) gelang.

Nebst dem internationalen Engagement hat die Forschungsstelle der DDS während den Arbeiten am vorliegenden Band auch erfolgreich die Datenbank Dodis von Grund auf erneuert. Die neu ausschliesslich auf Open Access-Technologien basierende Datenbank *Dodis 2.0* kann nun komplett ort- und geräteunabhängig gesteuert werden und gleichzeitig konnte die Abfragegeschwindigkeit massiv gesteigert werden. Zusätzlich hat die Forschungsstelle der DDS in Zusammenarbeit mit dem Historischen Lexikon der Schweiz (HLS) und mit der Unterstützung der Schweizerischen Akademie der Geistes und Sozialwissenschaften (SAGW) mit dem Projekt *Metagrid* erfolgreich die Basis für die Vernetzung historischer Datenbanken zur Schweizer Geschichte legen können.

Die Tatsache, dass der vorliegende Band und die ergänzend in Dodis publizierten Dokumente rechtzeitig aufgelegt werden konnten, war nur durch den ausserordentlichen Einsatz aller Mitglieder der Forschungsgruppe möglich. Für ihren grossen Einsatz zur erfolgreichen Herausgabe dieses Bandes, für das gemeinsam geteilte Vergnügen wissenschaftlicher Erkenntnis und für

die Freude an der täglichen Arbeit danke ich herzlich Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille und Yves Steiner. Tatkräftige Unterstützung für die Forschungsgruppe kam von den wissenschaftlichen Hilfskräften, den Praktikantinnen und Praktikanten aus den schweizerischen Universitäten sowie den verschiedenen Zivildienstleistenden, denen ich für ihren wertvollen Beitrag für den speditiven Fortgang der Edition bestens danke: Thierry Beyeler, Nicolas Brügger, Roman Bühlmann, Marion Cattin, Silvia Gebhard, Ramiro Guderzo, Marc Hermann, Michael Hischier, Jason Hug, Pascal Hurni, Dominic Jenni, Audrey Maire, Dominik Matter, Josua Rüegger, Michael Schaffner, Matthias Siegrist, Daniel Stalder, Désirée Stalder, Rashid Waraich, Jonas Walti und Sascha Wüthrich. Gleichzeitig freue ich mich, dass diese zahlreichen in der Forschungsstelle der DDS geleisteten Arbeitseinsätze auch eine erfolgreiche Nachwuchsförderung darstellen.

Schliesslich gilt mein Dank den Institutionen, die das Kompetenzzentrum der DDS finanziell tragen und logistisch unterstützen. Insbesondere danke ich deren Vertreterinnen und Vertretern, die mir grosses Vertrauen schenkten: der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, insbesondere deren Generalsekretär Markus Zürcher und dessen Stellvertreter Beat Immenhauser; dem Schweizerischen Bundesarchiv, insbesondere dessen Direktor Andreas Kellerhals und dessen Abteilungsleiterin Adelheid Jann; dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, vertreten durch den Chef des Historischen Diensts François Wisard; sowie dem Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, vertreten durch Rudolf Bolzern. *Last but not least* gilt mein Dank den Mitgliedern der Kommission für die Veröffentlichung diplomatischer Dokumente der Schweiz und insbesondere ihrem Präsidenten Hans Ulrich Jost, die mir stets die nötige Unterstützung und die untrennbar dazu gehörende Freiheit für die erfolgreiche Durchführung dieses einzigartigen Forschungsprojekts gegeben haben.

Bern, Dezember 2013 SACHA ZALA

II. NOTE ÉDITORIALE

Les *Documents Diplomatiques Suisses* (DDS) sont une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) et constituent à ce titre un projet indépendant de recherche. Le groupe de recherche des DDS forme pour sa part un centre de compétence pour l'histoire des relations internationales de la Suisse et de sa politique extérieure, cité dans le «Message du Conseil fédéral relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et de l'innovation pendant les années 2013 à 2016» comme entreprise à long terme des Académies suisses des sciences. L'édition des *Documents Diplomatiques Suisses* se conçoit comme une contribution à la recherche fondamentale en histoire contemporaine de la Suisse. La série en cours documente la période de la Guerre froide, de 1945 à 1989, et devrait ouvrir de nouvelles perspectives de recherche. Le groupe de recherche est à l'heure actuelle composée de neuf historiennes et historiens ainsi que de cinq à six assistants-étudiants et stagiaires issus des universités suisses. Les membres du groupe de recherche se sont spécialisés dans différents domaines du projet de recherche et dans divers aspects des relations extérieures de la Suisse. Ils publient des contributions thématiques, organisent des conférences internationales et interviennent au cours de colloques. De plus, ils dispensent régulièrement des enseignements dans différentes universités suisses. Le Directeur des DDS est soutenu du point de vue scientifique par la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, dans laquelle siègent notamment des professeurs des instituts d'histoire des universités suisses. Les liens personnels et institutionnels entre les DDS et les universitaires jouent un rôle essentiel afin de déterminer des thèmes et des problématiques pertinents.

Le but de l'édition imprimée est de proposer, au terme de recherches systématiques dans les Archives fédérales suisses (AFS) complétées de manière ponctuelle par des sources d'autres provenances, une sélection de documents retraçant la politique extérieure de la Suisse dans son ensemble et reflétant de manière fidèle les enjeux et les problèmes les plus importants auxquels les acteurs de l'époque ont fait face. Les thèmes, les problématiques et par conséquent les documents sont retenus en fonction de leur importance par rapport à l'ensemble des processus historiques étudiés par le groupe de recherche.

Une partie restreinte des documents sélectionnés est publiée dans les volumes alors qu'un ensemble de documents, six à neuf fois plus nombreux selon la période, est reproduit sous forme numérique dans la base de données en ligne Dodis (dodis.ch), librement accessible. Les documents qui offrent un large aperçu sur un sujet particulier sont publiés dans le volume et de nombreuses notes de bas de page renvoient à des documents supplémentaires qui se trouvent dans la base de données Dodis. Le volume sert ainsi de boussole pour s'orienter au milieu des nombreuses informations contenues dans la base de données. Les permalink (Uniform Resource

Identifier, URI) figurent dans l'appareil critique du volume et peuvent être utilisés comme adresse internet, comme dans l'exemple dodis.ch/35776. Ces permalink renvoient directement à des documents ou à des informations supplémentaires au sujet de personnes, d'organisations ou de lieux géographiques et simplifient l'utilisation de la base de données Dodis. L'édition imprimée et la base de données se complètent donc de manière symbiotique. Les *Documents Diplomatiques Suisses*, membres des Académies suisses des sciences, s'engagent à gérer les permalink de manière active et garantissent, de la sorte, la possibilité de les citer à long terme.

Le projet de recherche a pour objectif de produire une documentation large et caractéristique, mais en aucun cas exhaustive, d'événements de politique internationale perçus selon le point de vue suisse. Il ne peut dès lors retracer l'évolution des relations extérieures de la Confédération dans son intégralité. Le groupe de recherche s'attache plutôt à illustrer les fondements et les lignes directrices de la politique extérieure de la Suisse à travers des domaines politiques les plus divers. Les textes qui permettent de saisir l'orientation générale de la politique extérieure suisse ou qui ont pu déterminer, à un moment donné, cette orientation, ont prioritairement été retenus pour la publication. S'y ajoutent des documents qui éclairent le rôle de la Suisse dans la politique internationale ou son attitude face à des événements particuliers, des rapports et analyses de situation qui contiennent des informations originales ou qui reflètent le point de vue d'un État neutre sur des événements importants et enfin des instructions, avis, notices et correspondances qui sont indispensables à la compréhension de différents sujets, de processus de décision et du rôle des acteurs.

L'édition des documents étant un projet indépendant, les membres du groupe de recherche des DDS sont soumis aux mêmes dispositions légales concernant l'accès aux archives de la Confédération que tous les chercheurs. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la recherche. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique appartient au Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS applique le *Code d'éthique* et les *Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire*, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH). L'accès aux archives de la Confédération est réglé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr). À des fins de vérification scientifique de ses recherches, le groupe des DDS publie désormais dans la *Liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles* (Annexe X) tous les dossiers qu'il n'a pu consulter sur la base des normes actuellement en vigueur. Les bases légales qui présentent un intérêt pour la recherche historique y figurent également, de même que des explications sur le nombre de demandes de consultations adressées et la suite qui leur a été donnée. La liste actualisée des dossiers dont la consultation n'a pas été accordée au groupe des DDS et les dates de la décision négative du Département fédéral compétent sont disponibles sur internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

La *Liste des fonds utilisés* (Annexe IX) rend compte des dossiers consultés par le groupe de recherche des DDS. Les fonds stratégiques pour la recherche sont marqués en gras dans la liste. Pour la période couverte dans ce volume, environ 4'000 volumes d'archives ont été consultés. De ce corpus important, le groupe de recherche a sélectionné 185 documents en vue de la publication dans ce volume, auxquels s'ajoutent environ 1900 documents retenus pour la publication dans la base de données Dodis.

Les documents publiés dans ce volume et dans la base de donnés Dodis proviennent en règle générale des Archives fédérales suisses, chargées de conserver les actes du Parlement, du Conseil fédéral (Gouvernement) et des Départements fédéraux (ministères). En cas de liens étroits entre l'Administration fédérale et d'autres organisations, la sélection de documents a, par endroits, pu être complétée par des documents provenant d'autres fonds d'archives (cf. Annexe IX). Le Gouvernement suisse fonctionne selon le principe de collégialité, ce qui signifie que les décisions qui relèvent d'une certaine importance sont prises par l'ensemble du Conseil fédéral. Cela a pour effet que tous les Départements et les offices sont en prise avec des questions de politique extérieure et les imbrications entre politique intérieure et extérieure se reflètent dans les relations internationales et transnationales de la Suisse. Les documents publiés ne proviennent donc pas uniquement des fonds du Département fédéral des affaires étrangères. Un nombre non négligeable de documents provient du Gouvernement lui-même, tels que les protocoles de séances et les décisions du Conseil fédéral, des différents Départements et offices, ou encore de délégations, de missions spéciales, et enfin du Parlement. À cela s'ajoutent des lettres d'institutions privées ou de personnalités agissant en qualité officielle ou semi-officielle.

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique conformément aux principes classiques d'édition de sources. Pour faciliter l'utilisation, la *Table des documents* est accompagnée de résumés dans la langue dans laquelle ils ont été rédigés. La *Table méthodique* (Annexe VII) regroupe les documents selon les thèmes principaux. Pour permettre un accès rapide aux informations recherchées, le volume contient un *Index des noms de personnes* (Annexe VIII.1), un *Index des organisations* (Annexe VIII.2) et un *Index des noms géographiques* (Annexe VIII.3). Les documents importants en lien avec un pays y sont mentionnés à l'aide d'un *. Ces index renvoient par l'intermédiaire de leurs permalink à la base de données Dodis, où des informations supplémentaires se trouvent. Dodis offre par ailleurs des fonctions de recherche plus ciblées et plus grandes.

Les documents sont en principe publiés dans leur intégralité et dans la langue d'origine. La publication conjointe des documents dans le volume et sur internet, sous forme de reproduction numérique, permet de réduire dans le volume certains longs textes et d'éviter les redondances. Cette pratique permet ainsi de publier des extraits de sources, telles que des études, des rapports, des procès verbaux de débats de différents organes, qui, en raison de leur longueur, ne trouveraient pas leur place dans les volumes. Les passages laissés de côté sont cependant *toujours* indiqués comme tels par des crochets et accompagnés d'une note de bas de page. Les documents en question sont par ailleurs *toujours*

consultables dans leur intégralité dans la base de données Dodis. Les formules de politesse ont été sans autre omises, à l'exception des cas où elles revêtent une importance particulière.

L'introduction de l'*Online Recherche* par les Archives fédérales suisses entraîne plusieurs conséquences pour les chercheuses et les chercheurs. Désormais, la *cote* renvoie directement au dossier et une grande partie des fonds peut être commandée en ligne. C'est la raison pour laquelle le mode de citation des documents publiés a été adapté à partir du volume 24. La nouvelle cote est reconnaissable au caractère # qui en sépare les différentes parties et au caractère final * (p. ex. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Lorsque la nouvelle cote n'est pas encore disponible, la provenance du dossier est complétée par son numéro de volume. En plus de la cote, les *références* des dossiers (selon les divers systèmes de classement utilisés par les offices fédéraux), telles qu'elles apparaissent dans les inventaires, sont indiquées entre parenthèses (p. ex. B.25.61.1), ce qui permet de retrouver facilement le document en question et offre la possibilité de nouvelles recherches. Pour rendre plus aisée la transition vers le nouveau mode de citation, les documents publiés dans le volume sont accompagnés des deux modes de citation dans la base de données.

La partie rédactionnelle est écrite dans la langue du document, soit en français, en allemand ou en italien. Par l'emploi de l'*italique*, elle se distingue du texte du document, lui-même reproduit en caractère romain. Les passages du document original mis en évidence (soulignés, en caractères espacés, etc.) sont également rendus par l'*italique*. Les interventions de la rédaction à l'intérieur du document figurent en *italique* entre crochets. L'orthographe et la ponctuation ont été modifiées sans autre dans les cas de fautes évidentes ou pour unifier l'écriture à l'intérieur du texte. L'en-tête des documents comprend les éléments suivants: le permalink (p. ex. dodis.ch/35415) qui renvoie à la reproduction numérisée du document original et à des métadonnées dans la base de données en ligne Dodis, le titre rédactionnel, la classification et le degré d'urgence éventuels (confidentiel, secret, etc.), ainsi que la date et le lieu de sa rédaction (p. ex. la date d'un procès-verbal). Le cas échéant, la date de l'événement auquel le document fait référence (p. ex. la date de la séance qui fait l'objet d'un procès-verbal) est mentionnée soit dans le titre original soit dans le titre rédactionnel. Quand il est repris littéralement, le titre original du document est rendu en PETITES CAPITALES de caractère romain. La première note de bas de page de chaque document contient toujours une mention sur le type de document et, si c'est le cas, son numéro d'ordre, de même que la qualification du texte (copie) dans le cas où l'original n'a pas pu être reproduit. S'y trouvent également la cote d'archives et d'autres informations pertinentes pour l'examen critique des sources. Enfin, les majuscules et les minuscules dans les télégrammes ont été adaptées pour faciliter la lecture. En cas d'incertitudes relatives à l'édition, au texte ou à la source des documents publiés, il est *toujours* possible de comparer et de contrôler le texte publié dans le volume avec la reproduction numérique du document dans la base de données Dodis.

L'appareil critique contient en particulier des renvois à des documents ou dossiers connexes. Dans la mesure du possible, des références sont faites à des

documents mentionnés dans le corps des textes publiés. Lorsqu'un document présumé important a fait l'objet d'une recherche approfondie qui aboutit à un résultat négatif, la formule «*nicht ermittelt / non retrouvé / non ritrovato*» est indiquée.

Pour s'approcher au plus près du délai de protection de 30 ans des Archives fédérales prévu par la loi, le plan d'édition des DDS depuis le volume 23 prévoit un rythme accéléré de publication des volumes. Malgré la course contre la montre que représentent la recherche et la production d'un volume à un rythme quasi annuel, le groupe de recherche des DDS est parvenu à organiser avec succès la *12th International Conference of Editors of Diplomatic Documents*. Celle-ci s'est déroulée du 1er au 5 octobre 2012, au Palais des Nations, siège de l'Office des Nations Unies à Genève. Grâce à la collaboration de l'Office des Nations Unies à Genève (ONUG) et au généreux soutien du Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) ainsi que du Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), la Suisse a pu, après Londres, Ottawa, Rome, Bonn, Washington, Canberra, Paris, Dublin, la Haye et Jérusalem, se distinguer en tant que centre du réseau international des éditeurs de documents diplomatiques. Un fait particulièrement réjouissant qui a vu le jour à la conférence de Genève est la création de l'*International Committee of Editors of Diplomatic Documents* (ICEDD).

Parallèlement à son engagement international, et tout en travaillant à ce volume, le groupe de recherche des DDS a également procédé au renouvellement intégral de la base de données. La nouvelle base de données, *Dodis 2.0*, reposant désormais sur des technologies qui fonctionnent selon le principe de l'Open Access, peut désormais être gérée indépendamment du lieu ou des appareils utilisés et la vitesse de recherche a été fortement augmentée. De plus, avec le projet *Metagrid* qu'il développe en collaboration avec le Dictionnaire historique de la Suisse (DHS) et avec le soutien de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH), le groupe de recherche des DDS a posé les fondements d'une mise en réseau de bases de données relatives à l'histoire suisse.

La publication, dans les temps, de ce volume ainsi que des documents qui sont venus compléter la base de données n'aurait pas été possible sans l'engagement exceptionnel de tous les membres du groupe de recherche. Je tiens à remercier Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille et Yves Steiner pour leur engagement de tous les instants qui a permis la parution de ce volume, pour le plaisir lié au partage des résultats des recherches ainsi que pour la joie de travailler ensemble au quotidien. Les assistants-étudiants, les stagiaires issus des universités suisses, ainsi que plusieurs personnes astreintes au service civil ont apporté un précieux soutien au groupe de recherche et ont de la sorte contribué à la bonne marche de la parution du volume. J'adresse ainsi mes remerciements à:

Thierry Beyeler, Roman Bühlmann, Nicolas Brügger, Marion Cattin, Silvia Gebhard, Ramiro Guderzo, Marc Hermann, Michael Hischier, Jason Hug, Pascal Hurni, Dominic Jenni, Audrey Maire, Dominik Matter, Josua Rüegger,

Michael Schaffner, Matthias Siegrist, Daniel Stalder, Désirée Stalder, Rashid Waraich, Jonas Walti et Sascha Wüthrich. Fait réjouissant, ces engagements au sein du centre de recherche des DDS constituent un encouragement de la relève dans le domaine de la recherche historique.

En dernier lieu, mes remerciements vont aux institutions qui financent le centre de compétence des DDS et le soutiennent d'un point de vue logistique, et en particulier à leurs représentantes et représentants qui m'ont accordé leur pleine confiance: l'Académie suisse des sciences humaines et sociales, notamment son Secrétaire général Markus Zürcher et son suppléant Beat Immenhauser; les Archives fédérales suisses, en particulier Andreas Kellerhals, Directeur, et Adelheid Jann, Cheffe de division; le Département fédéral des affaires étrangères, par l'intermédiaire du Chef du Service historique, François Wisard; ainsi que le Fonds national suisse de la recherche scientifique, par l'intermédiaire de Rudolph Bolzern. *Last but not least*, mes remerciements s'adressent aux membres de la Commission pour la publication de documents diplomatiques suisses, et en particulier à son Président Hans Ulrich Jost, qui m'ont accordé l'appui et la liberté indispensables à la réussite de ce projet de recherche unique en son genre.

Berne, décembre 2013 SACHA ZALA

II. INTRODUZIONE EDITORIALE

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* (DDS) sono un'impresa dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali (ASSUS) e come tali rappresentano un progetto di ricerca libero e indipendente. Il gruppo di ricerca dei DDS costituisce un centro di competenza per la storia delle relazioni internazionali e della politica estera svizzera che è annoverato nel «Messaggio del Consiglio federale concernente il promovimento dell'educazione, della ricerca e dell'innovazione negli anni 2013–2016» quale progetto a lungo termine delle Accademie svizzere delle scienze. L'edizione dei *Documenti Diplomatici Svizzeri* è dunque un contributo alla ricerca fondamentale nel campo della storia contemporanea della Svizzera. La serie in corso è dedicata alla documentazione della «Guerra fredda» 1945–1989. Attualmente nel gruppo di ricerca lavorano nove storiche e storici e cinque o sei aiuto assistenti o praticanti reclutati nelle università svizzere. Ogni ricercatore è specializzato in determinati ambiti tematici del progetto e in aspetti specifici delle relazioni internazionali. I membri del gruppo di ricerca pubblicano articoli su differenti questioni, organizzano conferenze internazionali e partecipano attivamente a convegni e colloqui scientifici. Inoltre propongono regolarmente corsi in università svizzere.

Nel suo compito, il direttore dei DDS è sostenuto scientificamente dalla Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri. Oltre a rappresentanti istituzionali, la Commissione riunisce soprattutto professoresse e professori degli istituti di storia delle università svizzere. I contatti personali e istituzionali con la ricerca universitaria sono di primaria importanza per individuare le questioni di ricerca e i temi rilevanti in base ai quali procedere, in seguito, alla selezione dei documenti.

L'obiettivo che sottende un ampio e sistematico studio dei fondi conservati nell'Archivio federale svizzero (AFS) – con un ricorso puntuale a fonti di altra provenienza – è la pubblicazione di una selezione di documenti in grado di coprire tutti gli ambiti più importanti della politica estera svizzera, restituendone le maggiori problematiche e gli interrogativi che si ponevano agli attori dell'epoca. I temi – e di conseguenza i documenti che li illustrano – vengono selezionati in base alla loro importanza relativa rispetto alla globalità dei processi di politica estera analizzati dal gruppo di ricerca.

Un numero limitato dei documenti selezionati è pubblicato nei volumi a stampa, mentre un numero da sei a nove volte superiore, a seconda del periodo, è riprodotto in facsimile nella banca dati on-line Dodis (dodis.ch). L'accesso alla banca dati è gratuito. L'edizione cartacea presenta in linea di principio i documenti particolarmente adatti a fornire una visione generale su un tema; le note dell'apparato critico rimandano invece a svariati documenti che toccano aspetti specifici o temi correlati che si trovano nella banca dati Dodis. In questo senso, il volume si rivela un'indispensabile bussola per non perdere l'orientamento nella sempre più vasta e consistente massa d'informazioni contenuta nella banca dati. L'apparato critico dell'edizione cartacea riporta anche dei

permalink (Uniform Resource Identifier, URI) che possono essere utilizzati come indirizzo internet (ad esempio dodis.ch/35776). I permalink permettono rimandi diretti a documenti e ad altre informazioni riguardanti persone, organizzazioni e luoghi. Grazie a questa loro caratteristica, i permalink semplificano in modo considerevole l'utilizzo della banca dati Dodis: l'edizione a stampa e la banca dati si completano così a vicenda in modo simbiotico. I *Documenti Diplomatici Svizzeri*, in quanto impresa istituzionalizzata delle Accademie svizzere delle scienze, si impegnano a gestire attivamente tutti i permalink pubblicati, garantendone la citabilità a lungo termine.

Il progetto di ricerca mira a creare una documentazione ampia e caratteristica, ma certamente non completa sull'insieme degli eventi legati alla politica estera da un punto di vista svizzero. Il suo obiettivo è piuttosto quello di illustrare i tratti essenziali di tale politica nelle sue diverse dimensioni, basandosi su un'ampia scelta di differenti ambiti politici. Si è preferito pubblicare, nell'ordine, testi che consentono di cogliere l'orientamento generale della politica estera svizzera, o che in un momento preciso hanno potuto decidere tale orientamento; testi che mostrano il ruolo della Svizzera nella politica internazionale o ne chiariscono l'atteggiamento di fronte ad un evento o problema particolare; rapporti o analisi di situazione che contengono informazioni originali o riflettono l'ottica di un paese neutrale su avvenimenti importanti; infine, istruzioni, avvisi, appunti e corrispondenza che si ritengono indispensabili per la comprensione di singole questioni e in particolare per il processo decisionale e il ruolo degli attori.

I *Documenti Diplomatici Svizzeri* sono un progetto di ricerca indipendente. Perciò, per quanto riguarda l'accesso al materiale d'archivio della Confederazione, i collaboratori dei DDS sono soggetti alle stesse disposizioni legali di tutti gli altri ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto scientifico, il gruppo di ricerca dei DDS è tenuto a rispettare le leggi vigenti, ma è completamente libero nella selezione dei documenti. La responsabilità scientifica per la selezione spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al *Codice d'etica* e ai *Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia* approvati dalla Società Svizzera di Storia (SSS). L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. In nome della verificabilità scientifica del suo lavoro, il gruppo di ricerca dei DDS pubblica un *Elenco dei fascicoli della Confederazione nell'Archivio federale svizzero non resi accessibili* (appendice X). La lista contiene i dossier dell'Archivio federale svizzero la cui consultazione è stata negata in base alle disposizioni legali vigenti. Sempre nell'appendice X si trovano una spiegazione delle basi legali rilevanti per la ricerca storica come pure informazioni sul numero di richieste di consultazione per fondi non accessibili e sulle risposte ottenute. All'indirizzo dodis.ch/dds/LArc è pubblicato un elenco completo e costantemente aggiornato dei fascicoli che il gruppo di ricerca dei DDS non ha potuto consultare. L'elenco riporta anche il nome del Dipartimento federale competente e la data della decisione negativa.

L'*Elenco dei fondi utilizzati* (appendice IX) rende conto dei fondi consultati dal gruppo di ricerca dei DDS. Nell'elenco i fondi di importanza strategica per

la ricerca sono segnalati in grassetto. Per il periodo storico preso in considerazione in questo volume e nella banca dati Dodis, sono stati consultati grosso modo 4000 volumi d'archivio. Da questa abbondanza di materiale, il gruppo di ricerca ha selezionato i 185 documenti pubblicati in questo volume e altri 1900 circa pubblicati nella banca dati Dodis.

I documenti selezionati in questo volume e nella banca dati Dodis provengono di regola dall'Archivio federale svizzero che conserva gli atti del parlamento, del governo e dei dipartimenti federali (ministeri). In casi in cui esistono forti connessioni con l'amministrazione federale, la selezione è stata integrata puntualmente con documenti provenienti da altri archivi (v. appendice IX). Poiché la Svizzera ha un governo collegiale, tutte le decisioni di una certa importanza dipendono dal Consiglio federale *in corpore*. Inoltre nella politica estera si rispecchiano in misura crescente anche questioni tradizionalmente legate alla politica interna come pure rapporti transnazionali a diversi livelli. Così di fatto tutti i dipartimenti e gli uffici federali sono toccati, direttamente o indirettamente, da questioni legate alla politica estera. I documenti pubblicati non provengono pertanto solo dal Dipartimento federale degli affari esteri: una parte non trascurabile dei documenti selezionati è costituita da atti dello stesso Consiglio federale (quali i processi verbali delle riunioni e le decisioni), di vari dipartimenti e singoli uffici, ma anche di delegazioni e missioni speciali e non da ultimo del Parlamento; sono inoltre prese in considerazione lettere scritte da personalità ufficiali o che esercitavano funzioni semiufficiali e da esponenti d'istituzioni private.

Per la pubblicazione sono stati seguiti i principi editoriali classici. Ciò significa che i documenti sono presentati in ordine strettamente cronologico. Per facilitarne la consultazione, il volume riporta un *Indice e sommario dei documenti* (appendice V) con regesti nella lingua originale del documento. Altro strumento utile per orientarsi tra le pagine del volume è la *Tavola metodica* (appendice VII), che raggruppa i documenti in grandi ambiti tematici. A disposizione del lettore ci sono inoltre gli indici delle *persone* (appendice VIII.1), delle *organizzazioni* (appendice VIII.2) e dei *nomi geografici* (appendice VIII.3). In quest'ultimo, i documenti particolarmente rilevanti per le relazioni con uno specifico paese sono contrassegnati con un *. Tutti questi indici comprendono dei permalink che rimandano alla banca dati Dodis, dove si trovano molte informazioni supplementari. Dodis offre dal canto suo nuove funzioni che permettono una ricerca più ampia e mirata.

In linea di massima, i documenti nel volume sono pubblicati integralmente e nella lingua originale. La doppia pubblicazione dei materiali, in forma trascritta nel volume e in facsimile su internet, permette tuttavia tagli puntuali nella trascrizione dei testi per il volume per evitare lungaggini e ridondanze. Questo consente la pubblicazione in estratto di fonti che per la loro lunghezza non avrebbero altrimenti trovato posto in un'edizione di documenti, p. es. studi, rapporti, verbali dei dibattiti di diversi organi. I passi soppressi sono *sempre* indicati con puntini di sospensione fra parentesi quadre e sono accompagnati da una nota a piè di pagina. I tagli riguardano soltanto l'edizione a stampa; nella banca dati Dodis i documenti sono *sempre* riportati nella loro integralità. Le formule di saluto sono state tacitamente soppresse, tranne quando parevano rivestire un significato particolare.

L'introduzione di un sistema di ricerca on-line da parte dell'Archivio federale svizzero comporta varie conseguenze per i ricercatori. Prima di tutto, la *segnatura* contiene ora un riferimento diretto ai dossier. Inoltre, gran parte dei fondi può essere richiesta on-line. Dal volume 24 la forma di citazione dei documenti pubblicati è stata perciò adattata. Le nuove segnature sono riconoscibili per il carattere #, che separa le varie parti della segnatura, e per il carattere *, che chiude la segnatura (p. es. CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853*). Nei casi in cui le nuove segnature non sono ancora disponibili, è stato utilizzato il vecchio sistema, con l'indicazione del numero del volume. Oltre alle segnature, nel volume sono indicati tra parentesi i numeri d'ordine (*Aktenzeichen*) dei dossier, così come appaiono negli inventari (p. es. B.25.61.1). Questo facilita il reperimento dei singoli dossier e l'estensione delle ricerche. Per facilitare ai ricercatori il passaggio al nuovo sistema, i documenti del periodo considerato da questo volume sono pubblicati nella banca dati Dodis con entrambe le forme di citazione.

La parte redazionale si compone dell'intestazione dei documenti e dell'apparato critico, redatti nella lingua del rispettivo documento, di regola dunque nelle lingue ufficiali tedesco, francese o italiano. La parte redazionale si distingue dal testo del documento stesso (che è in carattere tondo) per l'uso del *corsivo*; sono resi con il *corsivo* anche i passi del documento originale sottolineati o in caratteri distanziati. Gli interventi redazionali all'interno del documento figurano fra parentesi quadre; ortografia e punteggiatura sono state modificate tacitamente nei casi di errore evidente o per unificare la grafia del testo. L'intestazione dei documenti comprende il permalink (p. es. dodis.ch/35415) per il reperimento del facsimile e dei metadati nella banca dati Dodis, il titolo redazionale, l'eventuale grado di classificazione (confidenziale, segreto, etc.) o di urgenza del documento, il luogo e la data della sua stesura (p. es. la data di un verbale). L'eventuale data dell'evento a cui si riferisce il documento (p. es. la data della seduta verbalizzata) è riportata nel titolo originale o nel titolo redazionale. Titoli originali ripresi alla lettera sono trascritti in MAIUSCOLETTO tondo. Nella prima nota a piè pagina di ogni documento sono menzionati il genere di fonte e la sua eventuale numerazione; è inoltre indicato se non si tratta un documento originale (copia). Infine vengono riportati l'eventuale numero d'ordine, la segnatura d'archivio, la risoluzione di eventuali iniziali o sigle del redattore e della segreteria come pure altre informazioni rilevanti relative alla fonte. Per facilitarne la lettura, nella trascrizione di telegrammi le maiuscole e le minuscole sono state normalizzate. Per qualsiasi questione filologica o legata alla critica delle fonti, i ricercatori possono sempre confrontare il testo dell'edizione con la versione digitale del documento nella banca dati on-line Dodis.

L'apparato critico mira soprattutto a fornire riferimenti supplementari a ulteriori documenti nella banca dati Dodis o a dossier d'archivio. Per quanto possibile, si rinvia sempre ai documenti citati nei testi pubblicati. Qualora non sia stato possibile rintracciare, nonostante una ricerca approfondita, un documento citato e ritenuto importante, esso è indicato con la formula «nicht ermittelt / pas retrouvé / non ritrovato».

A partire dal volume 23, il piano di edizione dei DDS prevede un ritmo accelerato di pubblicazione, per avvicinarsi il più rapidamente possibile al termine di protezione di 30 anni a cui sono sottoposti i documenti dell'amministrazione federale.

Nonostante i tempi di lavoro molto stretti imposti da un ritmo quasi annuale di ricerca dei documenti e produzione di un volume, il gruppo di ricerca dei DDS ha anche organizzato con successo dal 1° al 5 ottobre 2013 la *12th International Conference of Editors of Diplomatic Documents* presso l'Ufficio delle Nazioni Unite nel Palais des Nations a Ginevra. Grazie alla collaborazione con l'Ufficio delle Nazioni Unite a Ginevra (UNOG) e il generoso sostegno del Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e della Segreteria di Stato per la formazione, la ricerca e l'innovazione (SEFRI) la Svizzera ha potuto profilarsi – dopo Londra, Ottawa, Roma, Bonn, Washington, Canberra, Parigi, Dublino, l'Aia e Gerusalemme – come centro della rete mondiale degli editori di documenti diplomatici. Fonte di particolare soddisfazione è il fatto che durante il convegno di Ginevra sia stato possibile fondare l'*International Committee of Editors of Diplomatic Documents* (ICEDD).

Accanto agli impegni internazionali e al lavoro al presente volume, il gruppo di ricerca dei DDS ha anche rinnovato radicalmente la banca dati Dodis. La nuova banca dati Dodis 2.0, basata su tecnologie Open Access, può essere ora gestita in modo completamente indipendente dal luogo e dal sistema operativo utilizzato. Nel contempo la velocità di ricerca ha potuto essere notevolmente accresciuta. Con il progetto *Metagrid* il gruppo di ricerca dei DDS, in collaborazione con il Dizionario storico della Svizzera e con il sostegno dell'Accademia svizzera di scienze umane e sociali, ha inoltre posto le basi per un collegamento in rete delle banche dati sulla storia svizzera.

La pubblicazione nei termini previsti del presente volume e dei documenti nella banca dati Dodis è stata possibile solo grazie all'impegno straordinario di tutti i membri del gruppo di ricerca. Per il loro grande impegno a favore della pubblicazione di questo volume, per il piacere comune nel condividere i risultati della ricerca scientifica e per la gioia nell'affrontare il lavoro quotidiano ringrazio di cuore Ursina Bentele, Marisa Birri, Thomas Bürgisser, Vincent Juillerat, Marc Perrenoud, Maurizio Rossi, Franziska Ruchti, Christiane Sibille e Yves Steiner. Il gruppo di ricerca ha potuto contare sull'importante sostegno di personale ausiliario: aiuto assistenti e praticanti provenienti dalle università svizzere come pure persone impegnate nel servizio civile. Si tratta di Thierry Beyeler, Nicolas Brügger, Roman Bühlmann, Marion Cattin, Silvia Gebhard, Ramiro Guderzo, Marc Hermann, Michael Hischier, Jason Hug, Pascal Hurni, Dominic Jenni, Audrey Maire, Dominik Matter, Josua Rüegger, Michael Schaffner, Matthias Siegrist, Daniel Stalder, Désirée Stalder, Rashid Waraich, Jonas Walti e Sascha Wüthrich.. Anche a loro va il mio sentito ringraziamento per il prezioso contributo a una prosecuzione speditiva del progetto editoriale. Mi rallegro inoltre per il fatto che le numerose occasioni di lavoro presso i DDS rappresentino un'ottima possibilità di formazione per una nuova generazione di ricercatrici e ricercatori.

Desidero inoltre ringraziare le istituzioni che finanziano il centro di competenza dei DDS e che gli offrono sostegno logistico. Il mio grazie va in par-

ticolare a coloro che le rappresentano per la fiducia che ripongono nella mia persona: l'Accademia svizzera delle scienze umane e sociali, in particolare il segretario generale Markus Zürcher e il suo supplente Beat Immenhauser; l'Archivio federale svizzero, in particolare il direttore Andreas Kellerhals e la caposezione Adelheid Jann; il Dipartimento federale degli affari esteri, rappresentato dal capo del suo servizio storico, François Wisard; il Fondo nazionale svizzero per la ricerca scientifica, in particolare Rudolf Bolzern. Infine, ringrazio sentitamente i membri della Commissione per la pubblicazione di documenti diplomatici svizzeri – ed in particolare il suo presidente Hans Ulrich Jost – che mi hanno garantito il sostegno e la libertà necessari alla realizzazione di questo progetto di ricerca unico nel suo genere.

Berna, dicembre 2013 SACHA ZALA

III. EINLEITUNG

Der Band 25 der *Diplomatischen Dokumente der Schweiz* (DDS), der die drei Jahre vom 1. Januar 1970 bis zum 31. Dezember 1972 dokumentiert, eröffnet die Forschungsarbeiten der DDS zu den 1970er Jahren. Gleichzeitig fällt in diese Periode auch der Aufruf der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz (AGGS) vom September 1972 zur Beteiligung am Projekt für die Publikation von Akten zur schweizerischen Aussenpolitik (Dok. 162), womit der Grundstein für das gegenwärtige Forschungsprojekt der DDS gelegt wurde.

Wenn man Bundesrat Willy Spühler ausblendet, der das Eidgenössische Politische Departement (EPD) vom 1. Januar 1966 bis Ende Januar 1970 führte, wurde die Aussenpolitik der 1970er Jahre von den beiden Neuenburger Bundesräten Pierre Graber (1. Februar 1970 bis 31. Januar 1978) und Pierre Aubert (1. Januar 1978 bis 31. Dezember 1987) verkörpert. Erst Ende März 1993, mit dem Rücktritt des ebenfalls aus dem Kanton Neuenburg stammenden Bundesrates René Felber, endete eine 27-jährige Periode, in der die schweizerische Aussenpolitik von sozialdemokratischen Bundesräten geleitet wurde. Bundesrat Pierre Graber, der die schweizerische Aussenpolitik während der Periode dieses Bandes prägte, verfügte bereits über eine langjährige Erfahrung als Parlamentarier, bevor er das EPD übernahm. Es gelang ihm im komplexen Umfeld der beginnenden 1970er Jahre, aussenpolitisch heikle Themen für die Schweiz behutsam und geschickt anzupacken und vor allem in der Europapolitik wichtige Weichen zu stellen. In diesem Bestreben wurde er vom freisinnigen Bundesrat Ernst Brugger unterstützt, der von 1970 bis 1978 das für die schweizerische Aussenpolitik ebenfalls zentrale Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) führte.

Zu Beginn der 1970er Jahre stellten sich mehrere *Grundfragen der Aussenpolitik,* primär nach der Rolle der Schweiz in einem Europa, das im Westen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften (EG) stärker zusammenwuchs und ab 1973 auch Grossbritannien, Irland und Dänemark umfasste. Die Ausarbeitung des Freihandelsabkommens mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), das im Dezember 1972 von Volk und Ständen mit 72,5% der Stimmen angenommen wurde (Dok. 160), steht im Zentrum des vorliegenden Bandes. Die globale Dimension blieb trotz der Bedeutung europäischer Fragen eine weitere – vor allem auch neutralitätspolitisch – zentrale Grundfrage der schweizerischen Aussenpolitik im Kalten Krieg. Die wirtschaftliche Einbindung in Westeuropa und das gleichzeitig gestiegene Interesse wirtschaftlicher Kreise am Osthandel forderten eine Kompensation im Osten. Im Zuge der «Entspannungspolitik» intensivierten sich die Kontakte mit den kommunistischen Staaten Osteuropas sowie der Sowjetunion weiter. Die Besuche des sowjetischen Aussenhandelsministers Nikolai S. Patolitschew (Dok. 82) sowie weiterer hochrangiger Sowjetfunktionäre in der Schweiz

markierten einen markanten Anstieg der Zusammenarbeit mit Moskau in den Bereichen Wirtschaft (Dok. 104) sowie Wissenschaft und Forschung (Dok. 172). Diese Verbesserung der sowjetisch-schweizerischen Beziehungen zeigte sich nicht zuletzt im nachsichtigeren Umgang beider Parteien mit nachrichtendienstlichen Affären (Dok. 133). Auch mit den übrigen kommunistischen Staaten Osteuropas begannen sich die Beziehungen zu intensivieren. Durch die sukzessive Erneuerung der Handelsverträge mit Rumänien, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Bulgarien, die unter anderem die Abschaffung des gebundenen Zahlungsverkehrs (Clearing) beinhalteten, versuchte die Schweiz der Osthandelspolitik neue Impulse zu verleihen (Dok. 58, 176). Mit der gegenseitigen Errichtung von Handelsmissionen machte Bern auch bezüglich der DDR einen «ersten Schritt ins kalte Wasser», wie sich der Leiter der neu eröffneten Vertretung in Ost-Berlin, Hansjakob Kaufmann, ausdrückte. Ihm ging dies zu wenig weit: «Wir sollten es nicht wie jene Dame halten», schrieb er, «die sich zwar ein etwas kühnes Badekleid erstanden hat, dann aber doch nicht den Mut aufbringt, es auch wirklich zu tragen» (Dok. 181). Schliesslich nahm die Eidgenossenschaft, kurz vor den meisten anderen westlichen Staaten, am 20. Dezember 1972 offiziell diplomatische Beziehungen zur DDR auf (Dok. 179), wodurch sich die Schweiz eine Entschädigung für die Enteignung schweizerischer Vermögenswerte und den Zugang zu einem potentiell bedeutenden Markt erhoffte (Dok. 181). In den Beziehungen der Schweiz zu den «geteilten» Staaten bahnte sich auf diese Weise eine gewisse Normalisierung an, und die schweizerische Diplomatie setzte das Prinzip der Universalität so weit als möglich um (Dok. 123). So anerkannte Bern das kommunistische Nordvietnam (Dok. 90) und wagte im Rahmen des Engagements bei der Waffenstillstandskommission auf schwedische Initiative hin einen – allerdings gescheiterten – Versuch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea (Dok. 168). Auf der Seite des kommunistischen Lagers wuchs in der untersuchten Periode, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Vietnamkrieges, die Bedeutung Chinas. Durch die Aufnahme der Volksrepublik in die UNO 1971 (Dok. 102) und den China-Besuch von Präsident Nixon 1972 geriet das «Reich der Mitte» wieder vermehrt in den Fokus der schweizerischen Aussenbeziehungen: «La prochaine visite du Président Nixon à Péking ne signifie pas en elle-même que le centre de gravité des affaires mondiales s'est déplacé vers l'Asie», hielt Bundesrat Graber in einer Rede vor dem diplomatischen Korps fest, «mais elle atteste que la Chine va jouer désormais un rôle politique égal à son importance géographique et démographique» (Dok. 89). Die Beziehungen mit den USA blieben nach wie vor eng, waren aber von harten Verhandlungen geprägt. So gestalteten sich die Gespräche, die im Mai 1973 zum Abschluss des Rechtshilfeabkommens führten, schwierig. Eine zuständige Studienkommission hielt allgemein fest, der Souveränitätsbegriff habe in den vergangenen Jahren «eine beachtliche Auflockerung erfahren», und «dass auf dem Gebiete der Rechtshilfe noch nie so viel von der Schweiz verlangt worden sei» (Dok. 66). Das Interesse der USA an der internationalen Verbrechensbekämpfung bedrohte zunehmend das Schweizer Bankgeheimnis, welches der Finanzplatz und die Wirtschaftsverbände jeweils vehement verteidigten. Weniger hartnäckig gab sich die Schweiz in Fällen von Menschenrechtsverletzungen. Sie reagierte zurückhaltend gegen-

über den autoritären Regimen Europas wie Griechenland (Dok. 6), Portugal (Dok. 13) oder Spanien (Dok. 54). In einem Schreiben kritisierte die Aktion für Menschenrechte den Bundesrat 1971 für seine öffentliche Zurückhaltung nach Todesurteilen von Leningrad und Burgos. Die Neutralität könne nicht stets als Argument für die Verweigerung einer klaren Stellungnahme gegenüber anderen Staaten dienen: «Vor allem bei der Jugend entsteht ein Gefühl der Führungslosigkeit und Verlassenheit, das die bestehende Autoritätskrise verstärkt. Eine profiliertere Haltung des Bundesrates gegenüber Verletzungen von Menschenrechten würde in der Öffentlichkeit gewiss Zustimmung auslösen und auch dem Ansehen unseres Landes dienen» (Dok. 54).

Auch zu Beginn der 1970er Jahre standen *Wirtschafts- und Finanzbeziehungen* im Zentrum vieler aussenpolitischer Aktivitäten. Aussenminister Pierre Graber erkannte selbstbewusst, «dass der Schweiz auf monetärem Gebiete die Rolle einer Grossmacht zukomme» (Dok. 66). Allerdings gab es hierzu auch kritische Stimmen. Als der Schweizerische Bankverein die Eidgenössische Bankenkommission dazu drängen wollte, die Eröffnung einer Zweigstelle einer japanischen Bank in Zürich zu beschleunigen, da dies als Reziprozitätsbedingung des wichtigsten Handelspartner der Schweiz in Asien galt (Dok. 137), hiess es barsch, die Kommission habe «nie ein Hehl daraus gemacht», «dass sie sowohl die masslose Expansion der Grossbanken wie den überbordenden Zudrang ausländischer Banken in die Schweiz als ungesund und für die Gesamtinteressen des Landes abträglich» ansehe (Dok. 117). Infolge einer «Dollarschwemme» im Mai 1971 entschied sich der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank zu einer Aufwertung des Schweizer Frankens, wofür der Landesregierung seitens der Bevölkerung Mut und Entschlusskraft attestiert wurden – «endlich wurde einmal regiert» (Dok. 72). Im Sommer folgte die Abschaffung der Goldbindung des Dollars durch US-Präsident Richard Nixon, einer der letzten Erschütterungen vor dem bevorstehenden Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, die dazu führte, dass der Franken vermehrt als Reservewährung verwendet wurde (Dok. 140). Der Tessiner Bundesrat Nello Celio, von 1968 bis 1973 Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, betrachtete die Entwicklungen in der globalen Währungs- und Konjunkturpolitik sehr besorgt. Zusammen mit der Nationalbank glaubte er, «dass wir in monetären Sachen, à la longue, uns mehr engagieren müssen, um etwas zu steuern», schrieb er an Eberhard Reinhardt von der Schweizerischen Kreditanstalt (Dok. 166). Nach wie vor beschäftigte sich die schweizerische Diplomatie auf breiter Ebene mit dem Handel von Uhren. Der Druck der ausländischen Konkurrenz im Uhrensektor stieg, wie Fälle von japanischer Wirtschaftsspionage (Dok. 34), amerikanischer (Dok. 22) und südkoreanischer (Dok. 153) Importrestriktionen oder Fälschungen in Hong Kong (Dok. 129) eindrücklich belegen. Die Schweiz verfolgte in der Handelspolitik traditionell einen liberalen Kurs und befürwortete im Rahmen des GATT grundsätzlich einen Abbau der internationalen Handelsschranken. Daher beobachtete sie die Konkurrenz der beiden grossen Wirtschaftsräume EWG und USA mit Sorge (Dok. 103). Die Frage der Kriegsmaterialausfuhr beschäftigte die Schweizer Behörden und Politik auch zu Beginn der 1970er Jahre. Ein Rechtsgutachten

des Politischen Departements sah in ihr eine handelspolitische Waffe, die mehr mit Aussenpolitik als mit Neutralitätspolitik zu tun hätte (Dok. 64). Unter dem Druck einer Volksinitiative und nicht zuletzt als Folge der «Bührle-Affäre» wurde die Handhabung der Politik der Kriegsmaterialausfuhr aber überdacht und eine zurückhaltendere Praxis gegenüber Entwicklungsländern angeregt (Dok. 68). Mit Australien kam es zu Spannungen wegen des Einsatzes von Pilatus-Porter Flugzeugen im Vietnamkrieg. Der schweizerische Botschafter in Canberra gab zu bedenken, dass die weite Definition von «Kriegsmaterial» in Australien nicht verstanden wurde (Dok. 127).

Gleichzeitig wurde weiterhin die *wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern* gesucht. Die Schweiz unterstützte das von der UNO lancierte «zweite Entwicklungsjahrzehnt» und erhöhte ihre Ausgaben. Die Entwicklungszusammenarbeit wurde als vordringliche aussenpolitische Aufgabe der Schweiz präsentiert: «Solche Hilfeleistung macht die schweizerische Solidaritätspolitik nach aussen und gegenüber dem eigenen Volk glaubhaft und stärkt unsere Stellung innerhalb der Völkergemeinschaft» (Dok. 110). Ihre sehr verschieden ausgestaltete und an die lokalen Gegebenheiten angepasste Hilfe bot die Schweiz überwiegend in Afrika, Lateinamerika und Asien an. So wurden aber auch Doppelbesteuerungsabkommen mit Trinidad und Tobago sowie mit Ceylon als indirekter Beitrag zur Entwicklungshilfe gesehen (Dok. 145). Im Fall von Chile unter Salvador Allende sollte eine intensive Entwicklungszusammenarbeit politisch dazu beitragen, die Regierung zu fairen Entschädigungen bei erfolgten oder erwarteten Nationalisierungen von schweizerischem Eigentum zu bewegen (Dok. 142). In Lateinamerika sollte die Zusammenarbeit geographisch und fachlich konzentriert zum Zuge kommen (Dok. 57). Im Jahrzehnt, das auf das «Afrika-Jahr» 1960 folgte, hatte sich die schweizerische Diplomatie rege bemüht, Beziehungen zu den nun unabhängigen Staaten zu knüpfen, was beträchtliche Aktivitäten im Aussenministerium determinierte. Zu Beginn der 1970er Jahre waren die diplomatischen Beziehungen mit den afrikanischen Staaten etabliert, im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit blieb Afrika im Fokus (Dok. 46, 67, 118).

Bezogen auf *Internationale Organisationen* näherte sich die Schweiz im untersuchten Zeitraum der Organisation der Vereinten Nationen an (Dok. 69). Der Beitritt der Volksrepublik China erhöhte aus Schweizer Sicht die Universalität der UNO und entsprechend ihr Gewicht (Dok. 102). In den technischen Organisationen der UNO engagierte sich die Schweiz stark und nahm beispielsweise an der ersten Umweltkonferenz in Stockholm teil (Dok. 141). Die friedenserhaltenden Aktionen der UNO fanden ebenfalls Unterstützung. Das EPD argumentierte, dass die UNO mit diesen Einsätzen die Grundgedanken der Eidgenossenschaft auf die Völkerfamilie übertrage. Die Lösung der Konflikte sei zwar nicht immer erfolgreich, aber es gelinge, «die Grossmächte daraus fernzuhalten und Zeit zu gewinnen» (Dok. 20). In der Angelegenheit der UNO-Sanktionen gegen Südafrika und Rhodesien lavierte die Schweiz weiterhin. So war das Politische Departement wenig erfreut über

eine Lösung für Tabak-Einfuhr aus Rhodesien, welche die Schweiz gegenüber der UNO in Schwierigkeiten bringen könnte. Bundesrat Graber äusserte sich entsprechend in einer Marginalie: «Je suis d'accord – dans l'espoir que cette arithmétique plus ou moins astucieuse n'apparaîtra jamais au grand jour, sans quoi nos explications seraient assurément laborieuses» (Dok. 9). Die Schweiz entschied sich gleichzeitig, der UNO zu folgen und das Konsulat in Salisbury zu schliessen, was im Ständerat zu irritierten Nachfragen führte. Bundesrat Graber argumentierte mit der Stellung des Landes in der Welt. Die Schweiz habe bereits heikle Beziehungen zu den arabischen Ländern und könne es sich nicht erlauben, auch noch schwarzafrikanische und angelsächsische Staaten zu verärgern (Dok. 24). Als eine Delegation der Organisation Afrikanischer Einheit die Schweiz besuchte, musste die schweizerische Diplomatie ihre kritisierte Südafrika-Politik verteidigen. Zur Vorbereitung stellte das Poltische Departement die Position der Schweiz bezüglich der wichtigsten Konflikte in Afrika ausführlich dar (Dok. 86). 1972 rief die UNO eine Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung (1973–1983) aus. Es stellte sich daher die Frage, ob die Schweiz die UNO-Konvention gegen Rassendiskriminierung unterzeichnen sollte. Im Aussenministerium wurden jedoch ernsthafte Bedenken geäussert, weil der schweizerische Umgang mit ausländischen Arbeitskräften die Vorgaben der Konvention nicht erfüllte (Dok. 184).

Die Bedeutung der *Europapolitik* und insbesondere der wirtschaftlichen Einbindung der Schweiz in Westeuropa gewann an Gewicht. Was das Vertragswerk zum Freihandel mit der EWG betraf, hielt der sozialdemokratische Innenminister Hans-Peter Tschudi (1960–1973) fest, dass dieses «eine Entwicklung unseres Landes in Richtung Europa einleitet, die weitgehend irreversibel ist» (Dok. 160). So stellten sich in der Europapolitik verschiedene Grundsatzfragen in Bezug auf die Neutralität und die Souveränität des Landes. «Die Abklärung geeigneter, neuartiger Modalitäten für die Zusammenarbeit erfordert schöpferische Phantasie und entsprechend Zeit», schrieb im November 1970 der Direktor der Handelsabteilung des EVD, Paul R. Jolles, bezüglich der anstehenden Verhandlungen mit den EG. «Das schwierigste Problem wird zweifellos die Gestaltung der institutionellen Mitwirkung der Schweiz im Integrationsprozess sein» (Dok. 44). Zwar kam eine umfassende institutionelle Lösung nicht zustande, doch war der Abschluss des Freihandelsabkommens mit der EWG von 1972 ein grosser Erfolg. Bundesrat Ernst Brugger bedankte sich anlässlich der Ratifizierung des Vertrages beim Präsidenten der Europäischen Kommission, Sicco Mansholt, für das entgegengebrachte Verständnis für die besonderen Belange der Schweiz. Er betonte auch die Bedeutung des in der Schweiz gewonnenen Referendums für die Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung bezüglich der Zusammenarbeit in Europa (Dok. 182). Die Mitarbeit im Europarat blieb für die Schweiz gerade aus Gründen der Universalität ihrer Beziehungen wichtig, nicht zuletzt, da sie dafür sorgte, eine einseitig auf die EG ausgerichtete Europapolitik zu vermeiden (Dok. 178). Die Zusammenarbeit mit den anderen neutralen Staaten Europas wurde weiter intensiviert (Dok. 28, 95). Unterstützt wurde diese Entwicklung durch ein Erstarken des Selbstbewusstseins der kleineren und insbesondere der neu-

tralen Staaten im Zuge des Prozesses zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet wurde. Aus «aussenpolitischen Gründen» würde man auch eine «möglichst umfangreiche Beschaffung von Kriegsmaterial aus neutralen Staaten begrüssen», hielt das EPD fest, wobei in erster Linie auf eine Kooperation mit Schweden in der Flugzeugbeschaffung geschielt wurde (Dok. 29). Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für die weibliche Bevölkerung auf eidgenössischer Ebene 1971 ermöglichte schliesslich, das weitere Vorgehen in Bezug auf die Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zu definieren (Dok. 62). Es blieben nur noch die konfessionellen Ausnahmeartikel der Bundesverfassung als möglicher Stolperstein.

Die *«Guten Dienste» und die humanitären Aktionen* der Schweiz nahmen auch zu Beginn der 1970er Jahre im Selbstverständnis der schweizerischen Aussenpolitik eine wichtige Position ein. Wie weit die Rolle des ehrlichen Maklers gehen sollte, fragte sich etwa Silvio Masnata, der als schweizerischer Botschafter in Kuba die Interessen der USA vertrat: Sollte er im Auftrag Washingtons Nachrichten an Havanna übermitteln, die er, in Antizipation der US-Interessen, für verbesserungswürdig hielt? «Si vous apercevez un passant dans la rue qui va mettre le pied dans une bouche d'égout ouverte qu'il n'a pas remarquée, n'allez-vous pas lui crier de faire attention?» (Dok. 76). Ein Erfolg für die Perzeption der «Guten Dienste» der Schweiz war die Verschiebung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zur nuklearen Rüstungsbegrenzung (SALT I) nach Genf (Dok. 155). Im Konflikt um die Unabhängigkeit von Bangladesch (Dok. 87, 106) erhielt die Schweiz ein Doppelmandat als Schutzmacht der Interessen Indiens und Pakistans (Dok. 113, 126). Auch in den spannungsreichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Kambodscha konnte sich die Schweiz 1970 durch die Organisation eines Diplomaten-Austausches profilieren (Dok. 121). In diese Zeit fällt auch die Gründung des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (Dok. 79).

Die *Migrations- und Flüchtlingspolitik* stand zu Beginn des Dezenniums unter dem Eindruck der knappen Ablehnung der fremdenfeindlichen «Schwarzenbach-Initiative» im Juni 1970 durch die Schweizer Männer (46% Ja-Stimmen). Nach wie vor standen die Italiener im Zentrum der heftigen Debatte. Die italienischen Migrantinnen und Migranten stellten die mit Abstand grösste Ausländergruppe, zahlenmässig gefolgt von den Spaniern (Dok. 63), obgleich auch die jugoslawischen Arbeitskräfte, deren Zahl sich zwischen 1962 und 1972 verzehnfacht hatte, zunehmend in den Fokus der bilateralen Beziehungen und der schweizerischen Migrationspolitik rückten (Dok. 143). Nach der Abstimmung bedankte sich die italienische Regierung beim Bundesrat für dessen Einsatz gegen die Initiative und erhoffte sich eine Lösung für die offenen Fragen betreffend Unterkunft, Familiennachzug und Sozialversicherung der italienischen Arbeitsmigranten in gegenseitigem Interesse (Dok. 31). Während die schweizerische Wirtschaft die Erforderlichkeit des Saisonnier-Statuts betonte, setzte sich der Bund für eine Lösung des Problems der so bezeichneten «Faux-Saisonniers» ein, da dieser Missbrauch das Statut,

«welches von italienischer Seite ohnehin massiv attackiert wird», allgemein gefährde (Dok. 49). Tatsächlich gelang es bis 1973, einzelne Streitpunkte wie den Familiennachzug zu lösen, ausserdem wurden rund 12'000 «falsche» Saisonnier-Bewilligungen in Jahresbewilligungen umgewandelt (Dok. 177). Anlass zu Diskussionen gaben Befürchtungen der kommunistischen Beeinflussung der ausländischen Arbeitskräfte (Dok. 63) oder politische Propagandatätigkeiten ausländischer Parteien in der Schweiz im Zusammenhang mit der Möglichkeit der italienischen Staatsangehörigen, schriftlich an italienischen Wahlen teilzunehmen (Dok. 74). In der Flüchtlingspolitik hatte der erzwungene Rücktritt des schweizerischen Missionsleiters des IKRK im Biafra-Konflikt, August R. Lindt, Nachwirkungen. Das Asylgesuch des ehemaligen Präsidenten der abtrünnigen Region Biafra, Chukwuemeka O. Ojukwu, wurde aus Angst vor negativen Folgen für die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit Nigeria abgelehnt (Dok. 43). Was die Stellung von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland anging, wurde im Rahmen der gesetzlichen Regelung der Fürsorgeleistungen für Auslandschweizer (Dok. 120) definiert, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich länger als drei Monate im Ausland aufhielten, als Auslandschweizer galten (Dok. 85). Auch der umfassende Umbau des schweizerischen Sozialversicherungssystems auf den 1. Januar 1973 zum Vorsorgemodell, basierend auf dem drei Säulen-Prinzip von staatlicher Vorsorge (AHV), beruflicher und verbandlicher Kollektivvorsorge und privater Vorsorge, zeitigte Auswirkungen auf die teilweise schwierige Situation der Auslandschweizer (Dok. 147).

Das politische System der Schweiz mit einem als Kollegialbehörde konstituierten Bundesrat und (halb-)direktdemokratischen Volksrechten führte zu einer besonders ausgeprägten Rückkoppelung der Aussenpolitik mit der Innenpolitik, die sich in unterschiedlichen *innenpolitischen Aspekten der Aussenpolitik* manifestierte. Während sich in den 1960er Jahren vermehrt das Parlament zur Aussenpolitik zu äussern begann, wurde sie in den 1970er Jahren oft auch zum Gegenstand öffentlicher Debatten, nicht zuletzt wegen den Abstimmungen in der Migrationsfrage und in der Europapolitik. Entsprechend bemühte sich das Aussenministerium um eine professionalisierte Kommunikationspolitik: «À cet égard, l'information traditionnelle, quels que soient les mérites de ceux qui l'ont à charge, ne suffit plus et il devient urgent de recourir aux techniques modernes, notamment audio-visuelles, qui permettent d'atteindre la grande masse» (Dok. 52). Aus prinzipiellen Überlegungen des Sprachengleichgewichts verzichtete die Schweiz weiterhin auf eine Teilnahme an den internationalen Francophonie-Konferenzen (Dok. 10). Die aktive internationale Zusammenarbeit in der Wissenschaft setzte sich fort. Mit den USA wurde auf dem Gebiet der Atomenergie aktiv und organisiert kooperiert (Dok. 81). Die Schweiz suchte auch Anschluss an die US-Weltraumforschung, wobei im Fall des Apollo-Nachfolgeprogramms «gewisse militärische Aspekte» neutralitätspolitische Bedenken aufkommen liessen (Dok. 80).

Die Schweiz entwickelte eine rege Reisediplomatie, um sich mit den Regierungen im Osten und Westen des Kontinents über die für 1973 in Helsinki einberufene europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) auszutauschen (Dok. 156, 157). In dieser OSZE-Vorgängerorganisation engagierte sich die Schweiz erfolgreich und intensiv. Explizit versuchte sich Bern mit dem Vorschlag für ein System der friedlichen Streitbeilegung einzubringen (Dok. 173). «Absent, notre pays serait alors infidèle aux règles fondamentales de sa politique de neutralité et de solidarité, d'ouverture et de coopération», hiess es 1972 in einem Positionspapier des Politischen Departements (Dok. 144). Das aktive Engagement der Schweiz im KSZE-Prozess schien auch die fehlende Mitgliedschaft in der UNO zu kompensieren. Insgesamt stand die *innere und äussere Sicherheitspolitik* der frühen 1970er Jahre unter dem Zeichen eines sich entwickelnden internationalen Terrorismus, dessen Auswirkungen sich auch die Schweiz nicht entziehen konnte. Eine besondere Herausforderung stellte im Dezember 1970 die Entführung Giovanni E. Buchers, des schweizerischen Botschafters in Rio de Janeiro, durch brasilianische Guerilleros dar (Dok. 51, 59). Mit dem durch die Detonation einer Bombe an Bord verursachten Flugzeugabsturz bei Würenlingen im Februar (Dok. 8, 12) und der Entführung einer Swissair-Maschine nach Jordanien durch die Volksfront zur Befreiung Palästinas im September 1970 (Dok. 37) geriet die Schweiz zunehmend in den Sog der Nahostkrise. Die internationalen Implikationen beim Prozess zum Attentat gegen ein El Al-Flugzeug in Kloten von 1969 (Dok. 11) und die zu Beginn der 1970er Jahre verstärkten terroristischen Aktivitäten, die auch gegen schweizerische Einrichtungen gerichtet waren und das Land in seinem seit dem Zweiten Weltkrieg zementierten Selbstverständnis als «friedliche Insel» schockartig trafen, zeigten der schweizerischen Öffentlichkeit *nolens volens,* dass sich das Land trotz seiner Neutralität nicht ausserhalb der Konfliktlinien dieser Welt befand.

Bern, Dezember 2013 SACHA ZALA

III. ABKÜRZUNGEN / ABRÉVIATIONS / ABBREVIAZIONI

Abs.	Absatz
AE	Affaires étrangères
AELE	Association européenne de libre-échange
AG	Aktiengesellschaft
AGGS	Allgemeine Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AI	Assurance invalidité
a. i. / ad int.	ad interim
AIDR	Association internationale de développement rural
Amtl. Bull.	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
ANAG	Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer
Anm.	Anmerkung
Art. / art.	Artikel / article
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
ASMZ	Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift
ASUAG	Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie AG
AUA	Austrian Airlines
BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
BB	Bundesbeschluss
BBC	British Broadcasting Corporation
BBC	Brown, Boveri & Cie
BBl	Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Bd. / Bde.	Band / Bände
Beil.	Beilage
bes.	insbesondere
betr.	betreffend
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BR	Bundesrat
BRB	Bundesratsbeschluss
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRI	Banque des règlements internationaux
BR-Beschlussprot. II	Beschlussprotokoll II des Bundesrates
BR-Prot.	Bundesratsprotokoll
BR-Verhandlungsprot.	Verhandlungsprotokoll des Bundesrates
BS	Bereinigte Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen 1848–1947
BSP	Bruttosozialprodukt
BST	Brown Boveri-Sulzer Turbomaschinen
Bul. of.	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
BV	Bundesverfassung
bzw. / bezw.	beziehungsweise
ca.	circa
CE	Communautés européennes
CECA	Communauté européenne du charbon et de l'acier
CECOTRET	Centre de coopération technique et de recherche pour l'éducation des travailleurs

CEE	Communauté économique européenne
CERN	Centre européen de recherche nucléaire
cf.	confer
CF	Conseil fédéral
CFF	Chemins de fer fédéraux suisses
CH	Confoederatio Helvetica
CH-BAR	Schweizerisches Bundesarchiv
CH-NE BVCF	Bibliothèque de la Ville de la Chaux-de-Fonds
CH-SNB	Archiv der Schweizerischen Nationalbank
CIBA	Gesellschaft für Chemische Industrie Basel
CICR	Comité international de la Croix-Rouge
Cie	Compagnie
CIJ	Cour internationale de Justice
CIME	Comité intergouvernemental pour les migrations européennes
CNUCED	Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement
Co.	Company
CoCom	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
Comecon	Council for Mutual Economic Assistance
CPS	Code pénal suisse
crt.	courant
CSCE	Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAC	Development Assistance Committee (of the OECD)
DC	Douglas Commercial
DCA	Défense contre avions
DD2	Second (United Nations) Development Decade
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDS	Diplomatische Dokumente der Schweiz / Documents Diplomatiques Suisses / Documenti Diplomatici Svizzeri
Dept.	Department
DFEP	Département fédéral de l'économie publique
DFFD	Département fédéral des finances et des douanes
d. h.	das heisst
Dir.	Direktor / Directeur
d. J.	dieses Jahres
DM / D-Mark	Deutsche Mark
Doc. / Dok.	Document / Dokument
dodis.ch	Datenbank der Diplomatischen Dokumente der Schweiz / Base de données des Documents Diplomatiques Suisses / Banca dati dei Documenti Diplomatici Svizzeri
DPF	Département politique fédéral
Dr. / Dr	Doktor / Docteur
DRV	Demokratische Republik Vietnam
ECOSOC	Economic and Social Council
EDI	Eidgenössisches Departement des Innern
EFTA	European Free Trade Association
EFZD	Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ehem.	ehemaliger
Eidg.	Eidgenössisch
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

em. / ém.	emeritiert / émérite
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement
EMG	État-Major général
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
ERG	Exportrisikogarantie
etc.	et cetera
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
ev. / evt. / evtl. / event.	eventuell
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschafts-departement
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ex.	exemple
f. / ff.	folgende / fortfolgende
FAO	Food and Agriculture Organization
FF	Feuille fédérale de la Confédération
FH	Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie / Verband der schweizerischen Uhren-industrie
FINEFTA	Finland-European Free Trade Association
FMI	Fonds monétaire international
FPLP	Front populaire de libération de la Palestine
Fr. / fr. / frs.	Schweizer Franken / Francs suisses
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FUNK	Front Uni National du Kampuchéa
GA	Geldanlagen
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
h	heures
HEI	(Institut universitaire de) hautes études internationales (Genève)
HEKS	Hilfswerk evangelischer Kirchen Schweiz
HELVETAS	Schweizer Gesellschaft für internationale Zusammen-arbeit
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
ibid.	ibidem
IBRD	International Bank for Reconstruction and Development
ICAO	International Civil Aviation Organization
IDB	Inter-American Development Bank
IGGI	Intergovernmental Group on Indonesia
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
INA	Instituto Nacional de Aprendizaje (Costa Rica)
INACAP	Instituto Nacional de Capacitación Profesional (Chile)
Ing.	Ingenieur
inkl.	inklusive
INRESA	Industria Nacional de Relojes Suizos SA
i. S.	in Sachen
ITU	International Telecommunication Union
IV	Invalidenversicherung
IWF	Internationaler Währungsfonds
JAL	Japan Airlines
JPD	Justiz- und Polizeidepartement

KMB	Bundesratsbeschluss über das Kriegsmaterial vom 28. März 1949 / Kriegsmaterialbeschluss
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KTN	Korean Trade News
LF	Loi fédérale
LiD	Dinar libyen
lit.	Littera
Ltd.	Limited
M. / MM.	Monsieur / Messieurs
MAE	Ministère des Affaires étrangères
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
Me	Maître
m. E.	meines Erachtens
Mio. / mio	Millionen / millions
MITI	Ministry of International Trade and Industry (of Japan)
Mme	Madame
Mr.	Mister
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NE-BVCF PGR	Bibliothèque de la Ville de La Chaux-de-Fonds, Fonds Pierre Graber
NHG	Neue Helvetische Gesellschaft
NIBMAR	No Independence Before Majority African Rule
NNSC	Neutral Nations Supervisory Commission (in Korea)
No / Nos	numéro / numéros
NR	Nationalrat
Nr. / Nrn.	Nummer / Nummern
NU / N. U.	Nations Unies
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OAU	Organisation of African Unity
OCDE	Organisation de coopération et de développement économiques
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OG	Bundesrechtspflegegesetz
OIT	Organisation internationale du travail
OMM	Organisation météorologique mondiale
OMS	Organisation mondiale de la santé
ONU	Organisation des Nations Unies
OSAR	Office central suisse d'aide aux réfugiés
OSEC	Office suisse d'expansion commerciale
OTAN	Organisation du Traité de l'Atlantique Nord
OUA	Organisation de l'unité africaine
ÖVP	Österreichische Volkspartei
p. / pp.	page / pages suivantes
PAM	Programme alimentaire mondial
p. e. / p. ex.	par exemple
per es.	per esempio
PLO	Palestine Liberation Organization
PNB	Produit national brut
Prof.	Professor
Prot.	Protokoll / Protocole
PS / P. S.	Post scriptum
PTT	Post-, Telegraph- und Telephonverwaltung / Entreprise des postes, téléphones et télégraphes

PV	Procès-verbal
PVCF	Procès-verbal du Conseil fédéral
PVCN	Procès-verbal du Conseil national
RAU	République arabe unie
RDA	République démocratique allemande
RDV / RDVN	République démocratique du Viêt Nam
resp.	respectiv / respektiv
rev.	revidiert
RFA	République fédérale d'Allemagne
RO	Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse
RU	Raccolta ufficiale delle leggi federali
S.	Seite
s.	suivant
SA / S. A.	Société anonyme
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAPIAM	Société anonyme suisse pour l'industrialisation horlogère au Mexique
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft
SBV	Schweizerischer Bankverein
schweiz.	schweizerisch
SD	(US) State Department
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SENA	Servicio Nacional de Aprendizaje (Colombia)
SFr.	Schweizer Franken
SGSH	Société générale suisse d'histoire
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SKA	Schweizerische Kreditanstalt
SNB	Schweizerische Nationalbank
sog. / sogen.	sogenannt
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SR	Ständerat
SRG	Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft
SRK	Schweizerisches Rotes Kreuz
SRPD	Système de règlement pacifique des différends
SSR	Société suisse de radiodiffusion
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
stv.	stellvertretend
s. v. p.	s'il vous plaît
SZH	Schweizerische Zentrale für Handelsförderung
TRAFIPRO	Travail, Fidélité, Progrès (Rwanda)
TWA	Trans World Airlines
TZ	(Der Delegierte für) Technische Zusammenarbeit
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und andere mehr
UBS	Union de Banques Suisses
UDI	Unilateral Declaration of Independence (Rhodesia)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
u. E.	unseres Erachtens
UIT	Union internationale des télécommunications
UK	United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
UN / UNO	United Nations (Organization)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations International Children's Emergency Fund
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
UNROD	United Nations Relief Operation Dacca
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East
UNTFSA	United Nations Trust Fund for South Africa
URSS	Union des républiques socialistes soviétiques
u. s.	ultimo scorso
USA / US	United States (of America)
US $ / $	Dollar (United States)
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
u. z.	und zwar
VAR	Vereinigte Arabische Republik
vgl.	vergleiche
v. m.	vergangenen / vorigen Monats
vol.	volume
VSM	Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization
z. B.	zum Beispiel
z. H.	zuhanden
Zif. / Ziff.	Ziffer
z. K.	zur Kenntnisnahme
ZOB	Zentralstelle für Organisationsfragen der Bundesverwaltung
zz. / z. Z / z. Zt.	zur Zeit

IV. DOKUMENTENVERZEICHNIS / TABLE DES DOCUMENTS INDICE E SOMMARIO DEI DOCUMENTI

1
20. 1. 1970 dodis.ch/35285 *Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler*
Indien wünscht an einer Besprechung mit der Schweiz ein Handelsabkommen abzuschliessen. Schweizerischerseits müsste aber ein Investitionsschutzabkommen mit einbezogen werden. Weiter werden die Uhrenfabrikation und die Nationalisierungen in Indien besprochen.

2
27. 1. 1970 dodis.ch/35594 *Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli*
Le Gouvernement suédois est préoccupé par les évasions fiscales qui se produisent de Suède vers la Suisse et le Liechtenstein. Il souhaite obtenir des renseignements sur le siège suisse de la Banque Scandinave, soupçonnée de faciliter ces opérations.

3
29. 1. 1970 dodis.ch/35729 *Memorandum dell'Ambasciata d'Italia a Berna al Dipartimento politico*
Il rientro dei lavoratori italiani nel loro Paese diventa sempre più improbabile. Di conseguenza, la frequentazione delle scuole svizzere da parte dei loro figli è auspicabile nella prospettiva del loro inserimento nella società e nella vita economica svizzera.

4
2. 2. 1970 dodis.ch/35862 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
Überblick zu den Verhandlungen mit Vertretern der DDR über die Eröffnung einer Handelsmission in der Schweiz, den Kontakten mit Nordvietnam mit dem Ziel einer Anerkennung und den Gesprächen mit Nordkorea über die Zulassung einer Handelsvertretung.

5
13. 2. 1970 dodis.ch/35831 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
À la suite des expropriations de biens suisses, le Maroc propose des indemnisations que le Gouvernement suisse estime insuffisantes. Par conséquent, aucun nouveau projet de coopération technique avec le Maroc n'est envisagé.

6
13. 2. 1970 dodis.ch/35520 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
Au Conseil de l'Europe, la Suisse a adopté une position modérée à l'égard des violations des droits de l'homme et des libertés fondamentales en Grèce. Les relations bilatérales entre les deux pays ne devraient dès lors pas en pâtir.

7
23. 2. 1970 dodis.ch/35532 *Der Sektionschef für Südostasien und Indonesien der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, M. Jost, an den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder*
Ein direkter Bundeskredit zugunsten Indonesiens steht derzeit aus verschiedenen Gründen nicht zur Diskussion. Hingegen werden eine Erweiterung der Exportrisikogarantie sowie der Ausbau der technischen Zusammenarbeit in Aussicht genommen.

8
23. 2. 1970 *Beschlussprotokoll des Bundesrats vom 23. Februar 1970*
dodis.ch/35440 In Folge des durch einen Terroranschlag verursachten Absturzes einer Swissair-Maschine bei Würenlingen beschliesst der Bundesrat Massnahmen im Sicherheits- und fremdenpolizeilichen Bereich sowie die Einberufung einer Flugsicherheitskonferenz.

9
9. 3. 1970 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/35688 Das EPD ist über die Handhabung der Probleme, die sich mit dem neuen Gesetz über die Tabakbesteuerung für die UNO-Sanktionen gegen Rhodesien ergeben haben, nicht erfreut, erteilt aber dem geplanten Vorgehen sein Einverständnis.

10
9. 3. 1970 *Le Chef-suppléant de la Division des affaires politiques, M. Gelzer, à diverses représentations suisses*
dodis.ch/35761 Il est nécessaire pour la Suisse de maintenir un équilibre entre les différents groupes linguistiques qu'elle englobe; elle ne peut donc se permettre de participer à la Conférence des pays de langue française, qui aura lieu au Niger.

11
16. 3. 1970 *L'Ambassadeur de Suisse à Alger, J.-D. Grandjean, au Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35442 L'approche adoptée par la Suisse envers les pays arabes en ce qui concerne le terrorisme palestinien sur son territoire est critiquée. La Suisse devrait revenir à une neutralité stricte et chercher l'appui des gouvernements arabes.

12
19. 3. 1970 *Le Chef du Département politique, P. Graber, devant le Conseil national*
dodis.ch/35468 En lien avec le crash de Würenlingen et ses répercussions sur les relations entre la Suisse et les pays arabes, les mesures destinées à empêcher que de nouveaux actes terroristes puissent avoir lieu sur le territoire suisse sont présentées.

13
24. 3. 1970 *Notice du Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann*
dodis.ch/35631 Position de la Suisse au sein du Conseil de l'Europe quant à la situation des droits de l'homme au Portugal. La Suisse refuse de condamner le Portugal, pays non membre.

14
2. 4. 1970 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/35746 Ungarn steht an der Spitze der wirtschaftlichen Reformbewegungen in Osteuropa. In Bezug auf die Schweiz steht die offene Frage der Entschädigung nachträglich enteigneter Liegenschaften dem ungarischen Wunsch nach Aufhebung des Clearings gegenüber.

15
16. 4. 1970 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35146 Les relations entre la Suisse et le Népal, un des États les plus pauvres du monde, sont traditionnellement bonnes. Bref aperçu des projets de la Coopération technique suisse.

16
20. 4. 1970 *Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an*
dodis.ch/35286 *verschiedene Ämter*
Darstellung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Departementen bezüglich des weiteren Vorgehens im Bereich der Urananreicherung zu zivilen Zwecken.

17
28. 4. 1970 *Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Rome, J. de Rham, au Dé-*
dodis.ch/35599 *partement politique*
À l'occasion d'une rencontre entre E. Brugger et A. Bemporad, Sous-Secrétaire d'État au Ministère italien des Affaires étrangères, le Conseiller fédéral ne cache pas son appréhension au sujet de l'issue de la votation sur l'initiative Schwarzenbach.

18
1. 5. 1970 *Interne Notiz der Abteilung für internationale Organisationen des*
dodis.ch/33817 *Politischen Departements*
Aus der Hilfsaktion in Nigeria lassen sich die Lehren ziehen, dass eine gewisse Flexibilität und Diversifizierung der Hilfe, die Koordination der Aktionen und die Schaffung einer zentralen Stelle für die Personalrekrutierung von zentraler Bedeutung sind.

19
11. 5. 1970 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35677 Plus de 11'000 réfugiés tchécoslovaques qui étaient entrés en Suisse en 1968 ont obtenu le droit d'asile. Parmi eux figurent plusieurs anciennes personnalités politiques. Les relations bilatérales demeurent toutefois normales.

20
19. 5. 1970 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/35753 Überblick über die schweizerischen Beiträge und die Mitwirkung an den friedenserhaltenden Aktionen der UNO in Korea, Suez, Kongo, Vietnam, Zypern und im Nahost-Konflikt.

21
21. 5. 1970 *Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Keller, an den Vorsteher der*
dodis.ch/34480 *Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli*
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien kommt anlässlich des Besuchs einer Parlamentsdelegation aus Bern in Belgrad zur Sprache. Auf das Angebot Tiranas sollte aus Prinzip und wegen wachsender Wirtschaftsinteressen eingegangen werden.

22
27. 5. 1970 *Notiz an den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi, den Vorsteher*
dodis.ch/35157 *des Politischen Departements, P. Graber, und den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Da Triebe und Triebräder zivile und militärische Verwendungsmöglichkeiten haben, ist unklar, ob deren Ausfuhr bewilligungspflichtig ist. Dies hat wiederum handelspolitische Konsequenzen, da das «defense essentiality»-Argument gestärkt werden könnte.

23
28. 5. 1970 *Der schweizerische Botschafter in Havanna, A. Fischli, an den Vorsteher*
dodis.ch/34506 *des Politischen Departements, P. Graber*
Die schweizerisch-kubanischen Beziehungen wurden durch die Demonstrationen vor der ehemaligen amerikanischen Botschaft in Havanna stark beansprucht.

24
4. 6. 1970 *Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats*
dodis.ch/35685 *vom 6. Mai 1970*
Der Bundesrat beschliesst, das schweizerische Konsulat in Rhodesien zu schliessen. Nachdem sich sämtliche Staaten mit Ausnahme Südafrikas und Portugals aus diesem Land zurückgezogen haben, wäre die Aufrechterhaltung des Konsulats problematisch.

25
10. 6. 1970 *Notice du Secrétaire général, P. Micheli, au Chef du Département poli-*
dodis.ch/35772 *tique, P. Graber*
Malgré leurs divergences d'opinion quant à la possibilité d'une adhésion avec réserve de neutralité, le DPF et la Division du commerce du DFEP devront, au cours des conversations exploratoires avec le Marché commun, suivre les directives du Conseil fédéral.

26
15. 6. 1970 *Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio, an den Vor-*
dodis.ch/32773 *steher des Politischen Departements, P. Graber*
Im Gegensatz zur Auffassung des EPD sollte gemäss EFZD die Ablehnung des Kreditgesuchs Griechenlands nicht durch politische Argumente begründet werden. Im Falle der kommunistischen Länder wurde dies ebenfalls nicht so gehandhabt.

27
22. 6. 1970 *Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Secrétaire*
dodis.ch/35849 *général du Ministère des Affaires étrangères du Brésil, J. Carvalho e Silva*
Les relations avec le Brésil ont été éprouvées par l'affaire von der Weid et celle des sœurs Russi. L'attitude de la Suisse face aux demandes pressantes de l'opinion publique nécessite une explication.

28
24. 6. 1970 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an*
dodis.ch/35766 *den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, und den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich sollen intensiviert werden, indem die bereits bestehenden Kontakte auf Beamtenebene institutionalisiert und systematisiert werden.

29
2. 7. 1970 *Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat*
dodis.ch/35592 Die Möglichkeit einer langfristigen Zusammenarbeit mit Schweden auf dem Gebiet der Flugzeugbeschaffung ist zu prüfen. Aus aussenpolitischen Gründen ist die Beschaffung von Kriegsmaterial aus neutralen Staaten grundsätzlich zu begrüssen.

30
6. 7. 1970 *Protokoll der Sitzung der bundesrätlichen Delegation für Finanz und*
dodis.ch/35735 *Wirtschaft vom 1. Juli 1970*
Diskussion darüber, ob es aufgrund der erwarteten Aufwertungsspekulationen sinnvoll ist, die Revision des Münzgesetzes zu diesem Zeitpunkt dem Parlament vorzulegen. Zu diskutieren geben wird allerdings auch die Änderung der Kompetenzordnung.

31
6. 7. 1970 *Notiz des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/35600 Besprechung mit Italien über das Ergebnis der Schwarzenbach-Initiative. Dabei dankt die italienische Regierung dem Bundesrat für seine Bemühungen für eine Ablehnung und hofft, dass nun die Fremdarbeiterfrage in beidseitigem Interesse gelöst werden kann.

32
20. 7. 1970 *Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, P. A. Nussbaumer*
dodis.ch/35523 La Suisse souhaite saisir l'occasion d'un prêt de 50 millions de francs de l'UBS à la Banque de Grèce pour faire libérer deux prisonniers politiques grecs auxquels un intérêt particulier est porté en Suisse.

33
17. 8. 1970 *Votum des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/35860 Überblick über die Aufgaben der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung sowie Argumente für die Erhöhung des Bundesbeitrags trotz der zur Zeit aktuellen Konjunkturdämpfungsmassnahmen.

34
27. 8. 1970 *Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
dodis.ch/35524 Die aggressive japanische Konkurrenz auf dem Uhrenmarkt zeigt sich auch in einem Fall von Wirtschaftsspionage in der Schweiz. Bei allem Durchgreifen dagegen muss berücksichtigt werden, dass Japan selbst ein wichtiger Abnehmer von Schweizeruhren ist.

35
1. 9. 1970 *Notiz für die Botschafterkonferenz*
dodis.ch/34536 Orientierung über die konkreten Massnahmen, welche die Vertretungen im Ausland im Falle der Verhaftung von Schweizerbürgern und -bürgerinnen zu ergreifen haben.

36
15. 9. 1970 *Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
dodis.ch/35399 Rekapitulation der Massnahmen zur Kontrolle des Handels von militärisch wichtigen Waren und des «Gentlemen's Agreements» zwischen den USA und der Schweiz. Im Vergleich zur EWG ist die Schweiz in der Handhabung der Bewilligungspflicht stark privilegiert.

37
16. 9. 1970 *Beschlussprotokoll II der Sitzungen des Bundesrats vom 7. September 1970*
dodis.ch/35415 Der Bundesrat kommt der Forderung der Volksfront zur Befreiung Palästinas nach der Freilassung der palästinensischen Attentäter von Kloten nach, damit im Gegenzug die nach Jordanien entführten Flugzeuge mitsamt der Passagiere freigelassen werden.

38
16. 9. 1970 *Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
dodis.ch/35601 Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordvietnam könnte die schweizerische Neutralitätspolitik vermehrt zu einer international bekannten und akzeptierten Idee gemacht werden. Der Zeitpunkt dazu scheint geeignet.

39
1. 10. 1970 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/35419 Nach der Freilassung der letzten Geiseln und Gefangenen im Zusammenhang mit den Flugzeugentführungen von Zarqa sollen weitere Kollaborationsmöglichkeiten der betroffenen Staaten zur Vermeidung terroristischer Verbrechen geprüft werden.

40
8. 10. 1970 *Die Schweizerische Bankiervereinigung an den schweizerischen*
dodis.ch/35883 *Botschafter in Washington, F. Schnyder*
Um das Ansehen der Schweizer Banken im Ausland, besonders in den USA, zu erhöhen, arbeitet die Bankiervereinigung mit den Bundesbehörden zusammen. Die Rede von Bundesrat N. Celio vor dem Parlament über das Bankgeheimnis soll in den USA verbreitet werden.

41
10.1970 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/35522 Überblick über die internationale Stellung des Fürstentum Liechtensteins und dessen Verhältnis zur Schweiz. Liechtenstein hat der Schweiz die Vertretung seiner Interessen in Drittstaaten anvertraut und sich an das schweizerische Zollgebiet angeschlossen.

42
20. 10. 1970 *Proposition conjointe du Département de l'économie publique et du*
dodis.ch/35252 *Département politique au Conseil fédéral*
Projet de déclaration exprimant le soutien du Gouvernement suisse à l'égard de la stratégie de l'ONU pour la 2ème Décennie pour le développement. Une augmentation sensible de l'aide publique au développement est notamment envisagée.

43
27. 10. 1970 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/35749 Das Asylgesuch des biafranischen Rebellenführers Ch. O. Ojukwus soll abgelehnt werden, da sonst die Beziehungen der Schweiz zu Nigeria und anderen afrikanischen Staaten und somit schweizerische Interessen in dieser Weltgegend beeinträchtigt würden.

44
9. 11. 1970 *Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements,*
dodis.ch/35774 *P. R. Jolles, an diverse schweizerische Botschaften*
Überblick über die schweizerische Eröffnungserklärung, die den Auftakt der exploratorischen Gespräche zwischen der Schweiz und der EWG bildet. In diesen Gesprächen wird es darum gehen, die gegenseitige Interessenlage abzuklären.

45
11. 11. 1970 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/35434 Die Positionen und Reaktionen der arabischen Staaten auf die Flugzeugentführung nach Jordanien werden aufgelistet. Die Beziehungen der Schweiz zu den arabischen Ländern hat sich seit den Flugzeugentführungen nicht verschlechtert.

46
24. 11. 1970 *Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, S. Marcuard, an den*
dodis.ch/35691 *schweizerischen Botschafter in Nairobi, H. K. Frey*
In der Entwicklungszusammenarbeit soll vermehrt ein Gleichgewicht zwischen Ruanda und den ostafrikanischen Ländern angestrebt werden. In Ruanda selbst will man sich auf die zwei Hauptprojekte konzentrieren.

47
1. 12. 1970 dodis.ch/35491 *Der Polizeidirektor der Stadt Bern, H. Bratschi, an den Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald*
Erläuterung des Sicherheitsdispositivs der Stadtpolizei Bern zur Bewachung der ausländischen Botschaften in Bern.

48
1. 12. 1970 dodis.ch/35760 *L'ancien Chef du Département politique, M. Petitpierre, au Président de la Confédération, H.-P. Tschudi*
La Suisse a été représentée par M. Petitpierre aux obsèques du Général de Gaulle. Selon l'ancien Conseiller fédéral, c'est le Président de la Confédération en exercice qui aurait dû y assister, à l'instar de la pratique des autres États.

49
4. 12. 1970 dodis.ch/35728 *Notiz des Vizedirektors des Schweizerischen Gewerbeverbands, J.-P. Bonny*
Die Beibehaltung des Saisonnierstatuts ist im Interesse der Schweiz, weshalb Missbräuche desselben verhindert werden sollen. Insbesondere die Zahl der fiktiven Saisonniers soll aufgrund von rechtsstaatlichen Überlegungen reduziert werden.

50
7. 12. 1970 dodis.ch/35839 *Notice interne de la Division du commerce du Département de l'économie publique*
Les relations économiques avec le Brésil se développent de manière très satisfaisante. La Suisse s'engage davantage, notamment grâce à la garantie contre les risques à l'exportation, et de nombreuses sociétés suisses ont augmenté leurs investissements sur place.

51
13. 12. 1970 dodis.ch/35840 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
Résumé des premières réactions du côté suisse et du côté brésilien, suite à l'enlèvement de l'Ambassadeur de Suisse à Rio, G. E. Bucher, le 7 décembre 1970.

52
23. 12. 1970 dodis.ch/35368 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
Élaboration d'un programme de communication destiné au public et consacré aux domaines fondamentaux de la politique étrangère, tels que l'aide au développement, l'intégration européenne ou l'ONU.

53
29. 12. 1970 dodis.ch/35533 *Der schweizerische Botschafter in Bangkok, R. Hartmann, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
Thailand möchte seine Beziehungen zu den Staaten der Region verbessern und hofft dabei auf die Unterstützung der Schweiz. Da diese Art der Mediation aber nicht unproblematisch ist, zögert die Schweiz.

54
4. 1. 1971 dodis.ch/35679 *Die Aktion für Menschenrechte – Schweiz an den Chef des Departements des Innern, H.-P. Tschudi*
Kritik der Aktion für Menschenrechte an Bundespräsident H.-P. Tschudi bezüglich der restriktiven Auslegung der Schweizer Neutralität im Zusammenhang mit den Todesurteilen von Leningrad und Burgos.

55
7. 1. 1971 *Prise de position du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/35751 Diverses questions juridiques liées aux fonds de placement étrangers faisant appel au public en Suisse sont controversées. Il convient donc de clarifier la règlementation, afin que l'ordonnance sur les fonds de placement puisse être exécutée sans heurts.

56
20. 1. 1971 *Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du*
dodis.ch/34307 *Département politique, E. Thalmann*
Présentation de l'organisation de la protection de l'environnement sur le plan fédéral et du rôle du DPF en ce qui concerne la collaboration internationale dans ce domaine.

57
3. 2. 1971 *Notice du délégué à la coopération technique du Département politique*
dodis.ch/35910 Principes directeurs de la Coopération technique suisse en Amérique latine (concentration géographique, choix des projets, méthode de travail).

58
4. 2. 1971 *Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/35754 Die osteuropäischen Märkte stossen auf zunehmendes Interesse. Mit den Oststaaten soll deshalb über eine Modernisierung der Handels- und Zahlungsvereinbarungen verhandelt werden. Am weitesten fortgeschritten sind die Vorverhandlungen mit Rumänien.

59
5. 2. 1971 *Notiz des stellvertretenden schweizerischen Botschafters in Rio de Ja-*
dodis.ch/35841 *neiro, M. Feller*
Die Erfahrungen und Schwierigkeiten während der Entführung von Botschafter G. E. Bucher zeigten, dass sich der Krisenstab im EPD als nützlich erwiesen hat. Für solche Notsituationen soll jedoch eine permanente Einsatzgruppe aufgestellt werden.

60
8. 2. 1971 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35275 Dans le domaine de l'aide humanitaire suisse, il ne convient pas de prendre des mesures de rétorsion en réaction à des événements politiques particuliers.

61
25. 2. 1971 *Protokoll der Sitzung der Kommission des Ständerats*
dodis.ch/35212 Das Pharma-Abkommen zwischen den EFTA-Staaten soll nichttarifarische Handelshemmnisse beseitigen. Es liegt im Interesse der schweizerischen Exportindustrie und wahrt gleichzeitig die Freiheit der Kontrollbehörden sowie die Geheimhaltung der Forschung.

62
3. 3. 1971 *Beschlussprotokoll II der 8. Sitzung des Bundesrats vom 1. März 1971*
dodis.ch/37053 Besprochen wird, ob die europäische Menschenrechtskonvention nun unterzeichnet werden soll, da ein gewichtiger Vorbehalt – das Fehlen des Frauenstimmrechts – entfallen ist. Der Vorbehalt betr. Ausnahmeartikel der Bundesverfassung besteht jedoch nach wie vor.

63
4. 3. 1971 *Notiz des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, L. von Moos*
dodis.ch/35681 Bei ihrer Ankunft im Bahnhof Genf werden spanische Einwanderer von kommunistischen Agitatoren in Empfang genommen. Für die Schweizer Behörden stellt sich die Frage, wie diese unerwünschte Kontaktaufnahme vermieden werden kann.

64
11. 3. 1971 *Le Chef du Service politique ouest du Département politique, M. Gelzer,*
dodis.ch/35690 *au Directeur de l'Administration militaire du Département militaire, A. Kaech*
Selon le Jurisconsulte du DPF, R. Bindschedler, l'exportation de matériel de guerre est avant tout une question de politique étrangère et n'a pas de lien avec la politique ou le droit de la neutralité.

65
22. 3. 1971 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst*
dodis.ch/35596 O. Long nimmt die Neuorganisation des GATT-Diensts der Handelsabteilung mit Genugtuung zur Kenntnis. Die Schweiz soll ihre Tätigkeit innerhalb des GATT verstärken, mit einer Kandidatur für die Präsidentschaft der «Contracting Parties» aber noch zuwarten.

66
24. 3. 1971 *Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
dodis.ch/35400 Diskussion der Verhandlungspositionen für ein Rechtshilfeabkommen mit den USA. Die Schweiz möchte in der Handelspolitik einen liberalen Kurs einschlagen, die USA hingegen den Fokus auf die Verbrechensbekämpfung legen.

67
24. 3. 1971 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, an den Delegierten*
dodis.ch/35689 *für technische Zusammenarbeit, S. Marcuard*
Das Ziel, einen Dienst für die wirtschaftliche Integration Ostafrikas aufzuziehen, ist nicht erreicht worden. Grund ist die unkooperative Haltung Ruandas, die auf die Enttäuschung des ruandischen Präsidenten, G. Kayibanda, betreffend Trafipro zurückzuführen ist.

68
6. 4. 1971 *Interne Notiz des Militärdepartements*
dodis.ch/35692 Überblick über die Regelung und Handhabung im Bereich des Kriegsmaterialexports im Anschluss an die Bührle-Affäre. Der Bundesrat hat unter anderem beschlossen, seine Praxis gegenüber den Entwicklungsländern zu verschärfen.

69
8. 5. 1971 *Discours du Chef du Département politique, P. Graber, à l'assemblée*
dodis.ch/34284 *générale de l'Association suisse pour les Nations Unies*
État des lieux des rapports entre la Suisse et l'ONU: le rapprochement par lequel ils sont marqués ne préjuge pas pour autant d'une adhésion.

70
12. 5. 1971 *Notice du Chef de Section du Service politique est, F. Châtelain, au Chef*
dodis.ch/35607 *du Département politique, P. Graber*
Même si la Suisse était prête à offrir ses bons offices en accueillant des prisonniers de guerre du Vietnam, elle ne pourrait guère en prendre l'initiative et mettre en jeu son prestige vis-à-vis de Hanoi.

71
14. 5. 1971 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/34478 Der Besuch von BRD-Aussenminister W. Scheel bietet eine günstige Gelegenheit, die Haltung Bonns zur Änderung der schweizerischen Politik gegenüber der DDR abzuwägen. Auch mit Blick auf die EWG muss den Interessen der BRD Rechnung getragen werden.

72
21. 5. 1971 *Der Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer, an die schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen*
dodis.ch/35737 Aufgrund der Vorgänge auf dem internationalen Währungsmarkt fasste der Bundesrat im Einvernehmen mit der Nationalbank den Beschluss, den Schweizerfranken zu dessen Schutz aufzuwerten und den Ankauf von Devisen einzustellen.

73
1. 6. 1971 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/35768 Überblick über die Beziehungen zwischen der Schweiz und Ägypten im Hinblick auf den Besuch des ägyptischen Botschafters. Die allgemein freundschaftlichen Beziehungen waren zwischenzeitlich diversen Belastungen ausgesetzt gewesen.

74
9. 6. 1971 *Notiz des Stellvertreters des Chefs der Auslandschweizerangelegenheiten*
dodis.ch/35686 *des Politischen Departements, M. Leippert*
Die Einräumung des Rechts an die Italiener in der Schweiz, schriftlich an Wahlen in der Heimat teilnehmen zu können, könnten die politischen Parteien Italiens dazu verwenden, in der Schweiz Propagandatätigkeiten auszuüben.

75
15. 6. 1971 *Notice du Chef du Service des Suisses de l'étranger du Département*
dodis.ch/35769 *politique, M. Jaccard*
Aperçu de l'état des relations entre la Suisse et l'Algérie faisant suite à des entretiens bilatéraux. Il est préférable de résoudre les problèmes particuliers dans le cadre de négociations globales.

76
16. 6. 1971 *L'Ambassadeur de Suisse à La Havane, S. Masnata, au Secrétaire général*
dodis.ch/34509 *du Département politique, E. Thalmann*
Vue d'ensemble d'une dispute entre S. Masnata et E. Thalmann concernant l'exercice du mandat américain à Cuba.

77
18. 6. 1971 *Notiz des Stellvertreters des Delegierten für technische Zusammenarbeit,*
dodis.ch/35253 *R. Pestalozzi, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
Die Arbeitsgruppe für die Prüfung der Rechtsgrundlagen der Entwicklungshilfe ist sich einig, dass ein diesbezüglicher Verfassungsartikel nicht nötig ist. Uneinig ist sie sich hingegen, ob die Entwicklungshilfe einer gesetzlichen Grundlage bedarf.

78
18. 6. 1971 *L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York,*
dodis.ch/34673 *B. Turrettini, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller*
Les sondages effectués auprès de plusieurs États révèlent l'accueil favorable réservé à la candidature de la Suisse à la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe.

79
22. 6. 1971 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/35193 En réponse à la motion Furgler sur l'aide en cas de catastrophe, un poste de délégué du Conseil fédéral aux actions de secours à l'étranger devrait être créé, dès lors que l'idée de rattacher une centrale de secours à la Croix-Rouge suisse a été critiquée.

80
22. 6. 1971 *Notiz des Chefs der Rechtsabteilung, E. Diez, an die Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements*
dodis.ch/35403 Prüfung, ob eine schweizerische Beteiligung am Apollo-Nachfolgeprogramm mit der Neutralität vereinbar wäre. Es stellen sich Fragen der militärischen Verwendbarkeit, der Zusammenarbeit mit der US-Luftwaffe und der Motive der USA.

81
22. 6. 1971 *Notiz an den stellvertretenden Chef der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements, E. Vallotton*
dodis.ch/35863 Die Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet der Atomenergie ist gut organisiert. Im Allgemeinen hat die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit jedoch nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt.

82
23. 6. 1971 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Moskau, J. de Stoutz*
dodis.ch/35535 Der Staatsbesuch des sowjetischen Aussenhandelsministers N. S. Patolitschew verlief durchaus erfolgreich: Neben Besuchen der Basler Messe und bei verschiedenen Industriebetrieben fanden Besprechungen mit Mitgliedern des Bundesrats statt.

83
28. 6. 1971 *Antrag des Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/35204 Überblick zur Frage, wann ausländische Beamte Amtshandlungen in der Schweiz vornehmen dürfen. Departemente und Bundeskanzlei werden neu ermächtigt, Bewilligungen zu erteilen, wobei das EJPD die Koordination übernehmen wird.

84
6. 7. 1971 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35747 La Suisse doit donner suite à l'invitation du Gouvernement iranien à prendre part aux manifestations du 2500ème anniversaire de l'Empire d'Iran. On favorise la désignation d'un ancien Conseiller fédéral (par exemple F. T. Wahlen), en tant que représentant officiel.

85
19. 7. 1971 *Der Chef der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements, O. Schürch, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/35584 Das Bundesgesetz über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer soll die bestehenden Ungleichheiten bei der Unterstützung der Auslandschweizer ausgleichen. Als Auslandschweizer gelten aber nur Schweizer, die sich länger als 3 Monate im Ausland aufhalten.

86
30. 7. 1971 *Notice interne du Secrétariat politique du Département politique*
dodis.ch/35680 Position de la Suisse à l'égard des problèmes de l'Afrique australe (Afrique du Sud, Namibie et Rhodésie) et des provinces portugaises d'outre-mer (Angola, Mozambique et Guinée).

87
10. 8. 1971 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35284 L'exécution du mandat suisse d'échange de diplomates indiens et pakistanais s'avère problématique, en raison de la difficulté à établir si le personnel du Pakistan oriental souhaite se rallier au Bangladesh.

88
10. 8. 1971 *Mitteilung der schweizerischen Bundesanwaltschaft zuhanden der*
dodis.ch/35848 *Bundeshauspresse*
Die Bundesanwaltschaft rechtfertigt die von ihr ergriffenen Massnahmen gegenüber Ausländern, welche politische Tätigkeiten gegen die demokratische Ordnung der Schweiz zu entfalten drohten.

89
23. 8. 1971 *Exposé du 1er septembre 1971 du Chef du Département politique, P. Gra-*
dodis.ch/34585 *ber, à l'occasion de la Conférence des Ambassadeurs*
La prochaine visite à Pékin du Président américain, R. Nixon, ne signifie pas que le centre de gravité des affaires mondiales se soit déplacé vers l'Asie; elle atteste toutefois que la République populaire de Chine jouera désormais un rôle politique égal à son importance géographique et démographique.

90
30. 8. 1971 *Télégramme du Département politique au Consulat de Suisse à Saigon*
dodis.ch/35603 Le Ministère des Affaires étrangères doit être informé de la décision du Conseil fédéral de reconnaître la République démocratique du Vietnam, décision qui dénote la volonté de la Suisse de se montrer disponible, surtout dans le domaine humanitaire.

91
14. 9. 1971 *Notice du Chef-suppléant du Service politique ouest du Département*
dodis.ch/35757 *politique, E. Brunner*
La Suisse est amenée à défendre face à la France sa conception de la construction européenne et son rôle de neutre dans ce processus. Un accord entre la Suisse et la CEE constituerait un pas important à cet égard.

92
17. 9. 1971 *Notice du Jurisconsulte du Département politique, R. Bindschedler*
dodis.ch/34573 Le problème du désarmement en Europe concerne en premier lieu les deux blocs et touche à l'équilibre stratégique. Bien que la neutralité empêche en principe d'intervenir dans de telles questions, la Suisse ne devrait pas se tenir à l'écart.

93
22. 9. 1971 *Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, M. Grossenbacher, an*
dodis.ch/35838 *den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles*
Gespräch mit dem argentinischen Unterstaatssekretär A. J. Girelli über die Frage von Einfuhrkontingentierungen, welche die argentinisch-schweizerischen Handelsbeziehungen belasten.

94
30. 9. 1971 *Le Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger, au Chef*
dodis.ch/35587 *du Département de justice et police, L. von Moos*
En vue de parvenir au libre-échange des produits industriels entre les Communautés européennes et la Suisse, des solutions satisfaisantes devront être apportées aux questions horlogères (problème du «Swiss made»), des travailleurs étrangers et des transports.

95
14. 10. 1971 dodis.ch/35590 *Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann*
Sowohl die Schweiz als auch Schweden würden es begrüssen, wenn in Zukunft an den bereits etablierten Treffen auf hoher Beamtenebene auch politische Probleme – bilateral oder im Rahmen der vier Neutralen – besprochen werden könnten.

96
20. 10. 1971 dodis.ch/35553 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
Die kanadische Regierung plant ein Kolloquium zur Problematik der Zweisprachigkeit. Eine offizielle schweizerische Beteiligung kommt «angesichts unserer besonderen Stellung» jedoch nicht in Frage, höchstens eine allfällige Teilnahme privater Experten.

97
22. 10. 1971 dodis.ch/34334 *Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
Die Finanz- und Wirtschaftsdelegation des Bundesrats berät über die Interventionen der BRD wegen der schweizerischen Verhandlungen mit der DDR. Aus Rücksicht auf die Verhandlungen mit der EWG sollen die Gespräche dilatorisch geführt werden.

98
22. 10. 1971 dodis.ch/35514 *Lettre du Président du CICR, M. A. Naville, au membre de la Commission des affaires étrangères du Conseil national, P. Dürrenmatt*
En raison de son indépendance à l'égard des autorités fédérales, le CICR ne saurait prendre position sur les exportations d'armes par des entreprises suisses, notamment en ce qui concerne leur compatibilité avec la vocation humanitaire de la Confédération.

99
25. 10. 1971 dodis.ch/34295 *Notice au Chef du Département politique, P. Graber*
Le DPF ne partage pas l'avis de P. R. Jolles, Directeur de la Division du commerce du DFEP, selon lequel un futur accord de la Suisse avec la CEE serait conditionné par sa position vis-à-vis de l'ONU.

100
3. 11. 1971 dodis.ch/35581 *Interne Notiz des Politischen Departements*
Überblick über den Stand der bilateralen Beziehungen der Schweiz auf dem Gebiet der Sozialversicherung mit Schweden, Belgien, Griechenland, San Marino, Norwegen, Portugal, Frankreich, Finnland und der Bundesrepublik Deutschland.

101
3. 11. 1971 dodis.ch/35402 *Telegramm des schweizerischen Botschafters in Washington, F. Schnyder, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
P. R. Jolles führte in den USA Gespräche über die neutralen Staaten in Europa, die Teilnahme der Schweiz an der europäischen Sicherheitskonferenz und ihre Beziehungen zur EWG. Einziges zwischenstaatliches Problem sei das Rechtshilfeabkommen.

102
4. 11. 1971 dodis.ch/34306 *Der Chef Information und Presse des Politischen Departements, P. Erni, an den schweizerischen Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York, B. Turrettini*
Die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO ist ein entscheidender Schritt zur Universalität der Organisation und wird Konsequenzen auf die Beziehungen der Schweiz zu den Vereinten Nationen haben.

103
11. 11. 1971 *Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen*
dodis.ch/35597 *Departements, P. A. Nussbaumer*
Für die kommende GATT-Session in Genf ist die Position noch nicht festgelegt. Der Abbau von internationalen Handelsschranken entspricht zwar der traditionellen Haltung der Schweiz, das Verhältnis zur EWG und den USA soll jedoch nicht belastet werden.

104
11. 11. 1971 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an*
dodis.ch/35620 *den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Das Zusammentreffen von E. Brugger mit D. M. Gwischiani, stv. Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik, dient der weiteren Förderung und Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR.

105
12. 11. 1971 *Notice au Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/34297 Commentaires du DPF sur la position des autres Départements en ce qui concerne une éventuelle adhésion de la Suisse à l'ONU. Le DFEP, le DMF et le DFJP semblent y être opposés.

106
15. 11. 1971 *Interne Notiz des Politischen Departements*
dodis.ch/35311 Überblick über die von der Schweiz mit Bundesmitteln und durch private Hilfswerke an die ostpakistanischen Flüchtlinge geleistete Hilfe.

107
18. 11. 1971 *Der Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber, an den*
dodis.ch/35240 *Präsidenten der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft, L. Guisan*
Die Reaktionen der Auslandschweizer auf den Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, dass das praktizierte Konsultationssystem unzureichend war und überarbeitet werden muss.

108
22. 11. 1971 *Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat*
dodis.ch/35775 Der Bundesrat hat bereits zahlreiche Beschlüsse gefasst, welche die Verhandlungen der Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften vorbereitet haben. Nun ist es an der Zeit, einen Beschluss über die Aufnahme der eigentlichen Verhandlungen zu fassen.

109
1. 12. 1971 *L'Ambassadeur de Suisse à Dakar, J. Richard, au Chef du Département*
dodis.ch/35534 *politique, P. Graber*
La première exposition organisée sur le continent africain par la Fondation Pro Helvetia a été inaugurée avec la participation de la plupart des membres du Gouvernement sénégalais. La bienveillance de ce pays à l'égard de la Suisse en sortira probablement renforcée.

110
13. 12. 1971 *Entwurf des Diensts für technische Zusammenarbeit für das*
dodis.ch/35242 *Regierungsprogramm 1971–1975*
Die Strategie zur Erhöhung des schweizerischen Beitrags an die Entwicklung der Dritten Welt wird als vordringliche aussenpolitische Aufgabe der Schweiz skizziert.

111
21. 12. 1971 *Der Vizedirektor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in New Delhi, F. Real*
dodis.ch/35308 Persönliches Schreiben um Anhaltspunkte über die Folgen des indisch-pakistanischen Konflikts für die wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu diesen beiden Staaten zu erhalten, insbesondere im Hinblick auf die von der Schweiz gewährten Transferkredite.

112
28. 12. 1971 *Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit an die Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements*
dodis.ch/35139 Gemäss neuer Bewilligungspraxis sollte das Gesuch zur Lieferung von Sturmgewehren nach Chile abgelehnt werden, da im Land innere Konflikte herrschen. Für eine Bewilligung spräche, dass die Regierung gegen antikonstitutionelle Kräfte unterstützt werden würde.

113
14. 1. 1972 *Rapport du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/35283 Le double mandat de représentation des intérêts de l'Inde et du Pakistan est un mandat classique de représentation diplomatique et consulaire. De son côté, le mandat de Puissance protectrice selon les Conventions de Genève a fait surgir une controverse juridique.

114
18. 1. 1972 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35519 Les funérailles du Roi Frédéric IX du Danemark soulèvent la question de l'abandon de la pratique selon laquelle le Président de la Confédération en exercice ne doit pas quitter la Suisse.

115
28. 1. 1972 *Telegramm des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in London*
dodis.ch/35632 Überblick über einen Fall von wirtschaftlichem Nachrichtendienst, in den je ein Mitarbeiter der britischen Botschaft und des Schatzamts verwickelt sind.

116
2. 2. 1972 *Der Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt, an den Bundespräsidenten, N. Celio*
dodis.ch/35282 Beim Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland können insbesondere zwei Aspekte kritisiert werden, und zwar die Amtshilfeklausel und die präjudizielle Bedeutung, welche dem Abkommen zukommt.

117
4. 2. 1972 *Der Vorsteher des Sekretariats der Eidg. Bankenkommission, D. Bodmer, an die Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft*
dodis.ch/35515 Die Bankenkommission wird der SBG keine Auskunft über das Bewilligungsverfahren zur Gründung einer japanischen Bank in der Schweiz geben. Sie ist gegen die «masslose Expansion» der Grossbanken und den «überbordenden Zudrang ausländischer Banken».

118
8. 2. 1972 *Interne Notiz des Politischen Departments*
dodis.ch/35748 Im Hinblick auf den Besuch des Staatspräsidenten von Zaïre, J. D. Mobutu, werden die wichtigsten Punkte der bilateralen Beziehungen, die generell als gut bezeichnet werden, zusammengefasst.

119
18. 2. 1972 *Beschlussprotokoll II der 7. Sitzung des Bundesrats vom 16. Februar 1972*
dodis.ch/35752 Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats erarbeitet ein internes Reglement. Der Bundesrat ist beunruhigt über die darin zum Ausdruck kommende Tendenz, die Kompetenz des Parlaments in eine eigentliche Überwachung der Regierungsgeschäfte umzudeuten.

120
21. 2. 1972 *Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, M. Gelzer*
dodis.ch/35585 Am vorgesehenen Bundesgesetz über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer wird kritisiert, dass es keine Bestimmung enthält, die es ermöglichen würde, Schweizerbürgern, die selbstverschuldet in Not geraten sind, die Bundeshilfe zu verweigern.

121
23. 2. 1972 *Der schweizerische Botschafter in Peking, O. Rossetti, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/35750 Nach einem Tiefpunkt der Beziehungen mit der Volksrepublik China im Zusammenhang mit den tibetischen Flüchtlingen in der Schweiz ist mit den «guten Diensten» beim Diplomaten-Austausch zwischen Peking und Phnom Penh eine deutliche Wendung zum Besseren erfolgt.

122
1. 3. 1972 *Aufzeichnung der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements*
dodis.ch/35169 Übergangsschwierigkeiten der Wirtschaft brachten Jugoslawien an den Rand einer schweren Krise. Das Land ist ein sehr interessanter Handelspartner, weshalb die Schweiz bei der internationalen Kredithilfe für Jugoslawien nicht abseits stehen darf.

123
10. 3. 1972 *Instructions aux délégations suisses*
dodis.ch/35861 Au sein de conférences et d'organisations internationales, les délégations suisses sont tenues de suivre des lignes directrices précises dans leurs rapports avec les représentations d'Allemagne, du Vietnam, de Corée, de Chine, de Rhodésie, d'Afrique du Sud et du Portugal.

124
15. 3. 1972 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/35683 Aperçu des investissements suisses en Afrique du Sud. On constate que, suite à l'intervention de l'Ambassadeur de Suisse dans les statistiques de la Banque centrale sud-africaine, la Suisse est moins souvent critiquée par le Groupe contre l'apartheid de l'ONU.

125
16. 3. 1972 *Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/35694 Zwischen Entwicklungshilfe und Kriegsmaterialexport an Entwicklungsländer bestehe kein Widerspruch. Auch für Entwicklungsländer sind Aufbau und Aufrechterhaltung von Armee und Polizei eine der Aufgaben des Staates.

126
22. 3. 1972 *Procès-verbal de décision du Conseil fédéral*
dodis.ch/35309 Le Conseil fédéral a reconnu le Bangladesh, malgré le risque de se voir retirer le mandat de représentation des intérêts du Pakistan en Inde. Après la reconnaissance, il est nécessaire d'assurer une présence suisse à Dacca.

127
24. 3. 1972 dodis.ch/35695 *Der schweizerische Botschafter in Canberra, M. König, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
Die Forderung der schweizerischen Botschaft in Canberra, dass die gelieferten Pilatus-Porter Flugzeuge nicht nach Laos weiter exportiert werden dürfen, stösst bei den australischen Behörden auf Unverständnis und Ärger.

128
6. 4. 1972 dodis.ch/35739 *Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank*
Diskussion über die Haltung, die die Schweiz bezüglich der Reform des internationalen Währungssystems einnehmen soll.

129
10. 4. 1972 dodis.ch/35588 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Generalkonsul in Hong Kong, H. Suter*
Die Fälschungen von Schweizer Uhren in Hong Kong sind zu einer wahren Bedrohung der schweizerischen Uhrenlieferungen nach Südostasien, Lateinamerika und Afrika geworden. Es sollen deshalb in Hong Kong Massnahmen dagegen ergriffen werden.

130
10. 4. 1972 dodis.ch/35684 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
Le projet sud-africain de production d'uranium enrichi intéresse la Suisse. En raison de ses implications politiques, une participation officielle est exclue. En revanche, rien ne s'oppose à la participation des milieux économiques privés.

131
14. 4. 1972 dodis.ch/35884 *Verordnung über die Erklärung und Wahrung der Neutralität*
Die Verordnung über die Erklärung und Wahrung der Neutralität definiert neutralitätswidrige Handlungen und enthält Verhaltensvorschriften, wie gegen solche reagiert werden soll.

132
21. 4. 1972 dodis.ch/35682 *Télégramme du Département politique aux Ambassades de Suisse à Pretoria et à Lisbonne*
Résumé des questions importantes qui ont été discutées avec la délégation de l'Organisation de l'unité africaine (OUA) lors de sa visite en Suisse.

133
25. 4. 1972 dodis.ch/35536 *Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten von Mitgliedern der sowjetischen Botschaft in Bern sollten mit Rücksicht auf die guten Beziehungen zu Moskau diskret behandelt werden.

134
25. 4. 1972 dodis.ch/35885 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Mexiko, A. Fischli*
Probleme bei der Wahrung der Gesamtinteressen der schweizerischen Uhrenindustrie in Mexiko: Die erste schweizerische Uhrenfabrik im Ausland soll wegen des guten Rufs der schweizerischen Investitionen und des Ansehens der Uhrenindustrie gerettet werden.

135
28. 4. 1972 dodis.ch/35893 *Proposition conjointe du Département politique et du Département militaire au Conseil fédéral*
Question de l'éventuelle autorisation de nouvelles exportations de matériel de guerre vers l'Inde et le Pakistan, dès lors que les tensions entre ces deux pays ont diminué.

136
2. 5. 1972 dodis.ch/35552 *Der Chef der Auslandschweizerangelegenheiten, M. Jaccard, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann*
Eindrücke von den Konsularkonferenzen in Kanada und den USA, welche in Zukunft häufiger stattfinden sollten. Das System der Honorarkonsuln habe sich bewährt, die Berufskonsulate seien mit administrativen Angelegenheiten überlastet.

137
5. 5. 1972 dodis.ch/35508 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Japan ist nach den USA der wichtigste überseeische Handelspartner der Schweiz. Besondere Probleme werfen Import- und Investitionsbeschränkungen, Zölle, Bankfilialen, Imitationen, Dumping, Doppelbesteuerung und die Swissair-Verbindungen auf.

138
2. 6. 1972 dodis.ch/35771 *Le Chargé d'affaires a. i. de Suisse à Tripoli, J.-M. Déboeuf, à la Division des affaires juridiques du Département politique*
Aperçu de la nationalisation des médicaments en Libye, qui met en danger les intérêts suisses.

139
7. 6. 1972 dodis.ch/36020 *Télégramme de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève à la Division des affaires politiques et à la Division des organisations internationales du Département politique*
La Mission de Taïwan auprès des organisations internationales à Genève va être fermée. L'Ambassadeur Cheng Paonan relève l'importance des relations commerciales entre Taïwan et la Suisse et la possibilité de créer une agence commerciale de Taïwan à Zurich.

140
8. 6. 1972 dodis.ch/35401 *Interne Notiz des Politischen Departements*
Währungspolitischer Überblick über den Aufstieg und Niedergang des «Dollar-Gold-Exchange Standards», die Wirkung der direkten bzw. indirekten Dollarabwertung und Bemerkungen zur schweizerischen Geldpolitik nach dem Realignment.

141
9. 6. 1972 dodis.ch/34316 *Déclaration suisse à la Conférence des Nations Unies sur l'environnement*
À la Conférence de l'ONU sur l'environnement qui se tient à Stockholm, H.-P. Tschudi présente les activités de la Suisse dans le domaine de la protection de la nature.

142
12. 6. 1972 dodis.ch/35858 *Notiz des Chefs des politischen Diensts West, M. Gelzer, an den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, S. Marcuard*
Chiles Interesse an intensivierten Beziehungen zur Schweiz sollte bei der Verteilung der Entwicklungshilfe berücksichtigt werden. Damit könnte Chile zu einer fairen Entschädigungspolitik bei den zu erwartenden Nationalisierungen veranlasst werden.

143
16. 6. 1972 *Notiz der schweizerischen Botschaft in Belgrad*
dodis.ch/35158 Obschon die jugoslawischen Arbeitnehmer mit den Verhältnissen in der Schweiz im wesentlichen zufrieden sind, fordert eine jugoslawische Delegation etwa im Bereich Familiennachzug eine Gleichstellung mit anderen ausländischen Arbeitskräften.

144
20. 6. 1972 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/34499 Questions de fond (aspects politiques, militaires et sécuritaires, coopération culturelle et économique), de procédure et d'organisation, ayant trait à la Conférence sur la sécurité en Europe.

145
27. 6. 1972 *Notiz an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber*
dodis.ch/35225 Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern sollen, neben den Abkommen zum Schutz von Kapitalinvestitionen, private Investitionen fördern und dienen so indirekt der Entwicklungshilfe. Erste Abkommen sind mit Ceylon und Trinidad und Tobago geplant.

146
28. 6. 1972 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35579 Pour le poste de représentant personnel du Secrétaire général pour la Namibie, l'ONU songe à un Suisse. Un tel mandat poserait cependant des problèmes sur les plans intérieur et international.

147
10. 7. 1972 *Notiz des Bundesamts für Sozialversicherung an die schweizerische*
dodis.ch/35583 *Botschaft in Tokio*
Überblick über die sich im Umbruch befindende schweizerische Sozialversicherung: Alters- und Hinterlassenenversicherung; freiwillige AHV für Auslandschweizer; Invalidenversicherung; Kranken- und Unfallversicherung und Militär- und Arbeitslosenversicherung.

148
14. 7. 1972 *Il Presidente del Consiglio dei Ministri d'Italia, G. Andreotti, al Presidente*
dodis.ch/35593 *della Confederazione, N. Celio*
L'Italia ribadisce che non avrebbe cercato di far dipendere l'accordo tra Svizzera e CEE dal problema dei lavoratori italiani in Svizzera. Una tale decisione incomberebbe alla Commissione della CEE e non ai singoli governi.

149
19. 7. 1972 *Le Président du Comité national d'aide au Vietnam, Section de la Centrale*
dodis.ch/35604 *Sanitaire Suisse, M. Oltramare, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller*
Le mouvement «Aide au Vietnam» refuse d'être impliqué dans le désaccord manifesté entre les Autorités suisses et le Gouvernement du Nord-Vietnam lors de la remise des lettres de créance de l'Ambassadeur de Suisse à Hanoi. Les considérations humanitaires doivent rester prioritaires.

150
24. 7. 1972 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an diverse*
dodis.ch/35586 *schweizerische Vertretungen*
Überblick über die wichtigsten Punkte des Uhrenabkommens zwischen der Schweiz und der EWG. Dabei stand vor allem die Regelung des «Swiss made»-Problems für Uhren im Zentrum, welche von der EWG zur Vorbedingung für ein Freihandelsabkommen gemacht wurde.

151
27. 7. 1972 *Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/35287 Besprechung mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Bern unter anderem über den Atomwaffensperrvertrag und das Abkommen der Schweiz mit den Europäischen Gemeinschaften.

152
7. 8. 1972 *Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber*
dodis.ch/35835 Réexamen du projet suédois d'établissement des relations diplomatiques par les quatre membres de la Commission de contrôle de l'armistice avec la partie de la Corée qu'ils n'ont pas encore reconnue. Une approche prudente semble judicieuse.

153
8. 8. 1972 *Notice pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, F. Rothenbühler*
dodis.ch/35785 Depuis de nombreuses années, Séoul limite les importations de montres pour favoriser une implantation de l'industrie horlogère en Corée du Sud. Face à ce durcissement, l'industrie horlogère suisse ne semble pas être prête à faire de concessions.

154
8. 8. 1972 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/35551 Übersicht zu den schweizerisch-kanadischen Handelsbeziehungen und der Wirtschaftslage Kanadas im Allgemeinen.

155
9. 8. 1972 *Notice du Chef du Département politique, P. Graber au Conseil fédéral*
dodis.ch/35513 Le DPF a été sollicité par les États-Unis en vue du transfert à Genève des négociations SALT sur le désarmement. En raison de l'importance des discussions pour la paix mondiale, le Conseil fédéral est appelé à donner une réponse favorable.

156
14. 8. 1972 *Notiz des Politischen Departements an die Aussenpolitische Kommission des Ständerats*
dodis.ch/34494 Die Sicherheitskonferenz hat der Reisediplomatie auch in der Schweiz grossen Auftrieb gegeben. Im Kontakt mit den neutralen und westlichen Staaten galt den Reaktionen auf das Schweizer Projekt für ein System friedlicher Streitbeilegung besonderes Interesse.

157
14. 8. 1972 *Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann*
dodis.ch/34496 Meinungsaustausch mit sechs Oststaaten über die Sicherheitskonferenz und die bilateralen Beziehungen. Die schweizerische Delegation wurde überall mit Zuvorkommenheit empfangen. Am fruchtbarsten waren die Dialoge in Belgrad und Bukarest.

158
16. 8. 1972 *Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio, an Alt Nationalrat W. Schmid*
dodis.ch/35738 Diskussion der Vor- und Nachteile von festen und flexiblen Wechselkursen und Erklärung, weshalb der Bundesrat den Entscheid zur Aufwertung des Schweizer Frankens getroffen hat.

159
18. 8. 1972 dodis.ch/35531 *Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Moser*
Die Schweiz verfügt über keine finanziellen Mittel für Stabilisierungsaktionen, wie sie von der Republik Khmer gewünscht werden. Allenfalls könnte eine Unterstützung im Rahmen der technischen oder humanitären Hilfe ins Auge gefasst werden.

160
24. 8. 1972 dodis.ch/35778 *Beschlussprotokoll II der 29. Sitzung des Bundesrats vom 16. August 1972 (Vormittag)*
Diskussion, ob das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum unterstellt werden soll.

161
30. 8. 1972 dodis.ch/35550 *Protokoll der Sitzung von Vertretern des Politischen Departements und der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 29. August 1972*
Der günstige Zeitpunkt sollte genutzt werden, um die noch hängigen Fälle der Entschädigung schweizerischer Interessen in Kuba mit dem nötigen Geschick anzusprechen, auch wenn es sich nicht um sehr bedeutende Beträge handelt.

162
9.1972 dodis.ch/37044 *Rundschreiben der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz*
Das Projekt zur Herausgabe einer Quellensammlung zur schweizerischen Aussenpolitik erfordert den Zusammenschluss aller Interessierten. Auch die historischen Institute sollen vermehrt zusammenarbeiten.

163
19. 9. 1972 dodis.ch/35767 *Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Tunis, R. Stoudmann, pour le Chef du Département politique, P. Graber*
Une visite officielle en Suisse du Ministre tunisien des Affaires étrangères, M. Masmoudi, ne correspond pas à une nécessité, mais serait une manifestation de bonne volonté, surtout après les événements de Munich et de Würenlingen.

164
20. 9. 1972 dodis.ch/35836 *Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch*
Schweden und die Schweiz einigen sich über ein behutsames Vorgehen bei den in Prag und Warschau vorzunehmenden Sondierungen über eine mögliche Anerkennung Nord- und Südkoreas durch die Mitgliedstaaten der neutralen Überwachungskommission.

165
24. 9. 1972 dodis.ch/35578 *Der Sektionschef in der Polizeiabteilung, H. Mumenthaler, an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, K. Furgler*
Es werden Handlungsmöglichkeiten dargelegt, wie dem Gesuch Grossbritanniens an die Schweiz, eine Gruppe aus Uganda vertriebener Asiaten aufzunehmen, entsprochen werden kann.

166
10. 10. 1972 dodis.ch/35598 *Der Vorsteher des Finanzdepartements, N. Celio, an den Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt*
Die Bemühungen der Schweiz, als Beobachter in die «Gruppe der Zwanzig» zu kommen, scheiterten am Widerstand der Entwicklungsländer und der Passivität der USA. Die Schweiz sollte sich in der Währungs- und Konjunkturpolitik mehr engagieren.

167
12. 10. 1972 *Notice interne du Département politique*
dodis.ch/35687 Les relations entre la Suisse et la Roumanie semblent être normales. Les pourparlers sur l'accord économique et financier sont en cours, un nombre croissant de visites officielles a eu lieu et des échanges se nouent dans différents domaines.

168
12. 10. 1972 *Telegramm des Politischen Departements an diverse schweizerische Vertretungen*
dodis.ch/35837
Die Sondierungen zum schwedischen Plan einer Anerkennung Nord- und Südkoreas durch die vier Mitglieder der neutralen Überwachungskommission für den Waffenstillstand in Korea haben in Prag und Warschau zu keiner «konkludenten Reaktion» geführt.

169
17. 10. 1972 *Il Consigliere di Stato del Canton Ticino U. Sadis al Presidente della Confederazione, N. Celio*
dodis.ch/35150
L'Italia vorrebbe che l'italiano venisse incluso nelle lingue di lavoro della Conferenza sulla sicurezza e cooperazione in Europa. Siccome l'italiano è una delle lingue ufficiali della Svizzera, Berna dovrebbe impegnarsi a favore della «causa italiana».

170
17. 10. 1972 *Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Warschau, P. Frochaux*
dodis.ch/35678
Es besteht kein Grund, die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen zu beschleunigen. Im Gegenteil kann der vorherige Vertragsabschluss mit den anderen Oststaaten die schweizerische Position gegenüber Warschau stärken.

171
24. 10. 1972 *Le Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Département de justice et police, K. Furgler*
dodis.ch/35732
Le projet d'Arrêté fédéral instituant un régime d'autorisation pour l'acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger soulève des questions quant à sa conformité au Code de libération des mouvements de capitaux de l'OCDE.

172
24. 10. 1972 *Notice pour le Secrétaire général du Département politique, E. Thalmann*
dodis.ch/35655 Les relations scientifiques avec l'URSS reposent uniquement sur des échanges de lettres. La coopération a lieu principalement dans le domaine de l'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques.

173
1. 11. 1972 *Proposition du Département politique au Conseil fédéral*
dodis.ch/34487 Depuis 1970, les consultations bilatérales avec les autres pays intéressés par la tenue d'une conférence sur la sécurité en Europe se sont intensifiées. Le projet d'un système de règlement pacifique des différends est la seule proposition concrète présentée par la Suisse.

174
8. 11. 1972 *Aufzeichnung des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer*
dodis.ch/34571
Diskussion über die KSZE, deren Schwergewicht sich vom politischen auf den wirtschaftlichen Sektor verlagert hat, die EFTA-Ministerkonferenz, bei der die Meinungsverschiedenheiten bei Landwirtschaftsprodukten thematisiert werden, und die laufende GATT-Tagung.

175
8. 11. 1972 *Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an*
dodis.ch/35676 *den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
Die Tschechoslowakei war der erste Oststaat, mit dem ein Wirtschaftsabkommen gemäss moderner Konzeption geschlossen wurde. Gegenüber Vize-Aussenhandelsminister I. Peter soll betont werden, dass das EWG-Abkommen den Osthandel nicht beeinträchtige.

176
8. 11. 1972 *Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger*
dodis.ch/35755 Die Schweizer Wirtschaft interessiert sich zunehmend für den Austausch mit den Staatshandelsländern. Unabhängig vom Freihandelsabkommen mit der EWG strebt die Schweiz mit den osteuropäischen Staaten Verhandlungen zur Modernisierung der Handelsverträge an.

177
13. 11. 1972 *Notice de l'Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail du*
dodis.ch/35595 *Département de l'économie publique*
Les nouveaux arrangements passés entre la Suisse et l'Italie en matière de main-d'œuvre étrangère concernent les travailleurs qui bénéficient d'un permis d'établissement, les personnes établies à l'année, les saisonniers et le regroupement familial.

178
18. 11. 1972 *Der Chef des Integrationsbüros, B. von Tscharner, an Nationalrat*
dodis.ch/35765 *W. Hofer*
Die Fortführung der schweizerischen Mitarbeit im Europarat liegt auch nach dem Abschluss des Freihandelsabkommens im Interesse der schweizerischen Aussenpolitik, insbesondere um eine eingleisig auf die EWG ausgerichtete Europapolitik zu vermeiden.

179
8. 12. 1972 *Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann,*
dodis.ch/34372 *an den Bundespräsidenten, N. Celio*
Das EPD beabsichtigt dem Bundesrat zu beantragen, in seiner Sitzung vom 20. Dezember – ein Tag vor Unterzeichnung des Grundvertrags – zu beschliessen, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen, um so den «Vorsprung» der Schweiz zu erhalten.

180
11. 12. 1972 *Memorandum del Ministero degli Affari Esteri d'Italia*
dodis.ch/35674 Presentazione degli impegni della Svizzera per quanto riguarda la regolarizzazione degli stagionali «fittivi». I lavoratori italiani che hanno alle spalle anni di lavoro regolare riceveranno in futuro un permesso di lavoro annuale.

181
13. 12. 1972 *Der Leiter der schweizerischen Handelsmission in Berlin, H. Kaufmann,*
dodis.ch/34373 *an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann*
Der durch die Errichtung von Handelsmissionen gewonnene Goodwill bei der DDR soll nun nicht durch ein zögerliches Vorgehen in der Anerkennungsfrage wieder verspielt werden. Pankow scheint bereit zu sein, tangible Gegenleistungen zu bieten.

182
20. 12. 1972 dodis.ch/35776 *Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger, an den Präsidenten der Europäischen Kommission, S. Mansholt*
Zum Anlass der Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EWG bedankt sich der Bundesrat für das Entgegenkommen gegenüber den neutralen Staaten.

183
21. 12. 1972 dodis.ch/35670 *Le Chef du Département politique, P. Graber, au Chef du Département de justice et police, K. Furgler*
Une décision du Conseil fédéral concernant l'utilisation d'avoirs en déshérence datant de la Deuxième guerre mondiale pourrait faire réagir le Gouvernement hongrois et remettre en question la signature des deux accords négociés entre les deux pays.

184
21. 12. 1972 dodis.ch/35730 *Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller*
La signature éventuelle de la Convention des Nations Unies sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale par la Suisse soulève des problèmes délicats en raison de sa réglementation en matière de main-d'œuvre étrangère.

VI. DOKUMENTE / DOCUMENTS / DOCUMENTI

1

dodis.ch/35285

Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler[1]

BESPRECHUNG MIT MR. PRAKASH UND MR. SAXENA, INDISCHE BOTSCHAFT, VOM 9. JANUAR 1970

Bern, 20. Januar 1970

1. Mr. Swaminathan wird im Februar offenbar Mr. Wanchoo im Industrieministerium ersetzen. Dies kann für die Lösung des Problems betreffend Uhrenfabrikation in Indien[2] von einem gewissen Vorteil sein.

2. Indien möchte mit der Schweiz ein Handelsabkommen schliessen. (Siehe beiliegendes Papier[3], das Mr. Prakash mir übergab.) Ich vertrete wie bisher den Standpunkt, dass beide Länder Mitglied des GATT seien und daher ein Handelsabkommen nichts Neues bringen würde. Jedenfalls könnten wir keine Abnahmeverpflichtungen für indische Waren eingehen. In eine allfällige Diskussion über ein Handelsabkommen müssten wir unseren Vorschlag für den Abschluss eines Investitionsschutzabkommens[4] einbeziehen.

Mr. Saxena sieht dies durchaus ein. Die Botschaft wird in Delhi einen Entwurf[5] für ein Handelsabkommen verlangen und mir vorlegen. Wir sind uns aber darüber einig, dass dies keinesfalls als schweizerisches Eintreten auf den indischen Wunsch ausgelegt werden darf.

3. Die Zeitungsberichte über Nationalisierungsabsichten[6] in Indien beginnen sich zu häufen. Dies schafft eine gewisse Beunruhigung in der Schweiz. Mr. Saxena betont, dass Nationalisierungen ausschliesslich den Zweck haben, die Exporte zu fördern und zu erhöhen. Der private Sektor werde aber aufrechterhalten.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7110#1981/41#2067* (821).
2. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Bohnert an P. R. Jolles vom 21. Januar 1970,* dodis.ch/35408.
3. *Notiz der indischen Botschaft in Bern vom 9. Januar 1970,* dodis.ch/35380.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Bühler an E. Diez vom 20. November 1970,* dodis.ch/35386.
5. Indo-Swiss commercial development programme, *Entwurf der schweizerischen Botschaft in New Delhi am 30. Mai 1970 übergeben. Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
6. *Zur Nationalisierung der Versicherer vgl. die Notiz von H. Miesch an P. Graber vom 20. Februar 1970,* dodis.ch/35381 *und die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 11. Juni 1971,* dodis.ch/35385. *Zu weiteren Nationalisierungsmassnahmen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 123,* dodis.ch/30923; *DDS, Bd. 24, Dok. 84,* dodis.ch/35622 *sowie das Schreiben von F. Bohnert an P. R. Jolles vom 31. Januar 1970,* dodis.ch/35384.

2

dodis.ch/35594

Notice du Secrétaire général du Département politique, P. Micheli[1]

Berne, 27 janvier 1970

L'Ambassadeur de Suède[2] me dit que son Gouvernement est préoccupé par les évasions fiscales[3] qui se produisent en Suède en direction de la Suisse[4] et du Liechtenstein[5]. Il suspecte la Banque Scandinave en Suisse d'avoir facilité ces opérations. Le Ministre des finances[6] voudrait obtenir des autorités suisses des renseignements sur l'activité de ladite banque. L'Ambassadeur de Suède, qui connaît bien nos institutions, lui répondra que cela n'est pas possible. Pour n'être pas entièrement négatif, il voudrait ajouter que les autorités compétentes suédoises peuvent soumettre le problème général aux autorités fédérales, et il aimerait savoir si cela est envisageable.

Après avoir pris contact avec M. Nussbaumer, je lui réponds qu'un échange d'informations est exclu. Si les autorités suédoises veulent avoir une discussion sur le problème en général, trois possibilités s'ouvrent à elles:

a) Échange de vues avec l'Association suisse des banquiers

b) Entretien entre le Gouverneur de la Banque nationale suédoise[7] et le Président de notre Banque nationale[8]

c) Remise d'un mémorandum au Département politique par l'Ambassadeur de Suède à Berne

M. Böök remercie et fera rapport à son Gouvernement.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5584* (B.34.12.0). *Copies au Service économique et financier et au Service politique est du Département politique et à l'Ambassade de Suisse à Stockholm. Visée par L. Rochat.*

2. *K. Böök.*

3. *Sur l'évasion fiscale, cf. DDS, vol. 21, doc. 29,* dodis.ch/15485; *DDS, vol. 23, doc. 67,* dodis.ch/30943; *doc. 125,* dodis.ch/31831, *en particulier note 4 et doc. 177,* dodis.ch/31445; *DDS, vol. 24, doc. 175,* dodis.ch/33035; *doc. 181,* dodis.ch/32446 *et la lettre de R. Pestalozzi à P. A. Nussbaumer du 30 novembre 1972,* dodis.ch/36914.

4. *Sur le cas de J. Hentsch qui a été accusé en Suède de trafic de devises, cf. la notice de P. A. Nussbaumer du 6 novembre 1972,* dodis.ch/35696; *la lettre de R. Fässler à E. Thalmann du 7 décembre 1972,* dodis.ch/35697; *la notice de P.-A. Ramseyer du 17 janvier 1973,* dodis.ch/35699 *et la lettre de R. Fässler à E. Thalmann du 22 février 1973,* dodis.ch/35700.

5. *Cf. la lettre de R. Fässler à P. Micheli du 4 février 1970,* dodis.ch/35763 *et doss.* CH-BAR#E2001E#1982/59#13* (B.24).

6. *G. Sträng.*

7. *P. Åsbrink.*

8. *E. Stopper.*

3

dodis.ch/35729

Memorandum dell'Ambasciata d'Italia a Berna al Dipartimento politico[1]

Berna, 29 gennaio 1970

L'Ambasciata d'Italia ha l'onore di riferirsi al pro-memoria del 23 gennaio 1970[2] in merito al problema dell'Istruzione scolastica dei figli dei lavoratori italiani in Svizzera e di comunicare al Dipartimento Politico Federale quanto segue:

Nel suo pro-memoria del 3 aprile u. s.[3], l'Ambasciata d'Italia aveva avuto modo di sottolineare il proprio punto di vista circa il problema delle scuole italiane nella Confederazione e di far presente come, a suo avviso, le limitazioni poste alla frequenza delle stesse da parte di alcuni Cantoni e Comuni[4], non apparissero in linea con le intese a suo tempo intercorse in materia tra il Governo italiano e il Governo elvetico e riprodotte nella V^a^ delle Dichiarazioni comuni allegate all'Accordo di Emigrazione del 10 agosto 1964[5], secondo la quale sembra non doversi ritenere in linea di principio controversa la possibilità per i genitori italiani di far usufruire i propri ragazzi delle iniziative italiane che fosse stato possibile realizzare nella Confederazione elvetica.

Nel ringraziare per la dettagliata esposizione con la quale si è voluto dare riscontro al predetto pro-memoria, l'Ambasciata d'Italia tiene anzitutto a dare atto al Dipartimento Politico Federale degli sforzi che da parte svizzera sono stati, e verranno, compiuti nell'intento sia di facilitare l'inserimento dei figli dei lavoratori italiani nelle scuole locali, sia di renderne più agevole l'eventuale reinserimento nelle scuole italiane, in caso di rientro in Patria.

Le autorità italiane, favorevoli all'inserimento dei figli dei lavoratori italiani nelle scuole svizzere, non possono peraltro esimersi dal ribadire il loro punto di vista circa la inopportunità di comprimere la libera scelta dei genitori italiani nei confronti della scuola per i figli, almeno nell'ambito delle iniziative esistenti.

D'altra parte, nell'ultimo pro-memoria del Dipartimento Politico[6] non si sono riscontrati argomenti convincenti nella impostazione data al problema da parte delle Autorità scolastiche svizzere.

In appoggio alla posizione restrittiva adottata in merito da alcuni Cantoni e Comuni, il Dipartimento politico federale richiama, nel suo pro-memoria, la considerazione che la grande maggioranza dei lavoratori italiani imposta la

---

1. *Memorandum:* CH-BAR#E2001E#1980/83#453* (B.41.10.2).
2. *Memorandum del Dipartimento politico all'Ambasciata d'Italia a Berna del 23 gennaio 1970, doss. come nota 1. Cf. anche l'appunto di M. Gelzer del 21 gennaio 1970,* dodis.ch/36617.
3. *Memorandum dell'Ambasciata d'Italia a Berna al Dipartimento politico del 3 aprile 1969,* CH-BAR#E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1).
4. *Sulle iniziative dei Cantoni relative alla frequenza di un insegnamento nella lingua e la cultura di origine cf. DDS, vol. 24, doc. 85,* dodis.ch/32361 *e doc. 166,* dodis.ch/32356.
5. *RU, 1965, pp. 400–410. Sull'Accordo fra la Svizzera e l'Italia relativo all'emigrazione dei lavoratori italiani in Svizzera cf. DDS, vol. 23, doc. 37,* dodis.ch/30798.
6. *Cf. nota 2.*

propria permanenza in Svizzera sulla convinzione di un rientro in Italia che poi non avverrà, con l'effetto di aver fatto frequentare ai propri figli un ciclo scolastico che ne rende difficile l'inserimento a medio livello nelle scuole svizzere e, conseguentemente, nella società e nella vita economica locale[7].

Premesso che le scuole italiane in Svizzera sono frequentate da un numero assai ristretto di allievi, l'Ambasciata d'Italia, pur riconoscendo in linea generale la validità di tali considerazioni, non può non osservare che il volume dei rimpatri è stato stimato, dalle competenti autorità elvetiche, dell'entità di circa 80'000 persone l'anno, di cui – è facile concludere – una notevole parte è costituita da italiani. È poi nell'esperienza di tutti i giorni la non trascurabile consistenza dei rientri anche di nuclei familiari. È pertanto da ritenere reale il fatto che un certo numero di ragazzi attualmente in Svizzera completerà in Italia la propria istruzione scolastica. Così come è da ritenere che un certo numero di rimpatri di emigrati, anche qualificati, sia dovuto alla volontà di far frequentare ai figli le scuole in Italia, nel cui contesto sociale ed economico il nucleo familiare intende reintegrarsi. E sotto questo aspetto l'inserimento nelle scuole italiane dopo alcuni anni di frequenza della scuola svizzera è molto più difficoltoso per quei bambini che non abbiano avuto almeno una base di studi di lingua e cultura italiana nelle scuole primarie.

Ed è per la considerazione di favorire l'inserimento del bambino italiano nella scuola svizzera che questa Ambasciata aveva proposto che si studiasse la possibilità di introdurre nelle scuole elementari italiane adeguati corsi di lingua e cultura locale. A tal fine anzi l'Ispettorato scolastico italiano ha già preparato uno studio che questa Ambasciata ritiene potrebbe venire incontro ai desideri delle Autorità scolastiche svizzere, giustamente preoccupate che nei casi – in realtà non molti – in cui i bambini italiani invece di rientrare in Italia decidano di frequentare le scuole svizzere, essi non si trovino in difficoltà per il loro inserimento nelle scuola stessa.

Comunque, quale che possa essere l'impostazione del problema, tanto più se si porta il discorso sul reale stato delle cose – numero modesto di bambini che frequentano la scuola italiana rispetto al preponderante numero che già frequenta le scuole svizzere – riteniamo che un franco discorso in proposito non possa che essere utile per soddisfare alle diverse esigenze.

L'Ambasciata d'Italia ha preso volentieri nota che le autorità scolastiche concordino che certi aspetti del problema vanno attentamente esaminati quando si tratti di figli di lavoratori per cui è da prevedersi il ritorno in Italia, mentre nella conclusione dello stesso pro-memoria le Autorità federali e il Comitato della conferenza dei direttori cantonali dell'educazione pubblica desiderano la ricerca di una soluzione adeguata.

Al fine di scendere su un piano concreto di collaborazione l'Ambasciata d'Italia riterrebbe opportuno un incontro a livello tecnico tra esponenti delle Autorità scolastiche svizzere e dell'Ispettorato italiano per la scuola esistente a Berna[8].

---

7. *Sulla frequentazione dei figli d'immigranti spagnoli nelle scuole spagnole in Svizzera cf. la lettera di V. Martin a E. Thalmann del 15 luglio 1971,* dodis.ch/36577.

8. *Cf. l'appunto di M. Gelzer del 30 gennaio 1970,* dodis.ch/36167.

4

dodis.ch/35862

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BEZIEHUNGEN ZU DEN ZWEIGETEILTEN STAATEN[2]

Vertraulich *[Bern,]* 2. Februar 1970

1. Kontaktgespräche mit Vertretern der DDR

Der Bundesrat beschloss 1951, von den beiden, zwei Jahre vorher entstandenen deutschen Staatsgebilden die Bundesrepublik Deutschland anzuerkennen[3] und mit ihr diplomatische Beziehungen aufzunehmen, weil Bonn unsere rechtliche Auffassung über das Weiterbestehen der mit dem Reich abgeschlossenen schweizerisch-deutschen Staatsverträge teilte und weitere substantielle Zusicherungen betreffend die Behandlung schweizerischer Forderungen und Interessen machte. Der Bundesrat vertrat jedoch die Auffassung, die Schweiz dürfe sich aus Gründen ihrer Neutralitätspolitik nicht den Anschein geben, für eine der deutschen Regierungen Partei zu ergreifen; er erklärte sich deshalb bereit, auch der ostdeutschen Regierung die Aufnahme gegenseitiger direkter Beziehungen zuzugestehen, sofern sie zu einer befriedigenden Regelung der nicht unbedeutenden schweizerischen Interessen in der DDR Hand bieten würde[4]. Dabei sollten jedoch diese Beziehungen nicht diplomatischer Art sein, sondern sich auf diejenige Form von gegenseitigen Vertretungen beschränken, die unbedingt erforderlich gewesen wären für die Durchführung eines Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr und über den Schutz von Schweizerbürgern und ihrer Vermögen[5]. Die im Frühjahr 1952 aufgenommenen Verhandlungen[6] führten jedoch zu keinem Ergebnis.

Nach diesen erfolglosen Verhandlungen kam aufgrund einer ostdeutschen Initiative und gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 29. Mai 1968[7] ein erstes Kontaktgespräch mit einer Delegation der Kammer für Aussenhandel der DDR zustande, das am 5./6. Juni 1968 am Sitz des Vororts in Zürich stattfand[8]. Ein neues vertrauliches Gespräch mit zwei hohen Beamten des Aussen- und des Wirtschaftsministeriums der DDR (kein Pressecommuniqué)

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E#1980/83#4478* (B.15.11). *Verfasst von K. Fritschi.*
2. *Zur Frage der geteilten Staaten vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 43,* dodis.ch/31039; *DDS, Bd. 24, Dok. 127,* dodis.ch/32173; *DDS, Bd. 25, Dok. 123,* dodis.ch/35861; *das BR-Beschlussprot. II vom 16. Juli 1971 der 25. Sitzung vom 7. Juli 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14* *und das BR-Beschlussprot. II vom 20. Oktober 1972 der 54. Sitzung vom 18. Oktober 1972, S. 4,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.
3. *BR-Prot. Nr. 566 vom 16. März 1951,* dodis.ch/8077.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 18, Dok. 59,* dodis.ch/7983 *und Dok. 88,* dodis.ch/7927.
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 19, Dok. 102,* dodis.ch/9043.
6. *Vgl. dazu die Notiz von A. Zehnder an M. Petitpierre vom 8. November 1954,* dodis.ch/9052.
7. *BR-Prot. Nr. 809 vom 29. Mai 1968,* dodis.ch/32465.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 149,* dodis.ch/32468, *Anm. 13.*

erfolgte, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 23. Juni 1969[9], wiederum in Zürich am 28./29. August 1969[10]. Die schweizerische Delegation setzte sich in beiden Fällen aus Vertretern des EPD und der Handelsabteilung zusammen. Diese Gespräche haben bei aller Offenheit des Meinungsaustauschs noch keine konkreten Anhaltspunkte für eine beidseitige Verständigung gezeitigt.

Schweizerischerseits wurde klargestellt, dass die Anerkennung der DDR und damit die Aufnahme diplomatischer Beziehungen kein Gegenstand der Erörterung sein könnten, was auch eine Diskussion über konsularische Beziehungen mit Exequatur-Erteilung im vorneherein ausschliesse. Die ostdeutsche Seite ging über den ursprünglich vereinbarten Ausgangspunkt, die Eröffnung einer Kammervertretung in der Schweiz, hinaus und verlangte – unter Hinweis auf die diplomatischen Erfolge der DDR in arabischen Ländern und in Kambodscha sowie auf Änderungen des politischen Klimas in Europa – die Etablierung einer staatlichen Handelsvertretung mit konsularischen Kompetenzen. Diesem Politikum wurde das Politikum schweizerische Vermögensinteressen und Betreuung unserer Landsleute in der DDR gegenübergestellt; darauf wollten die ostdeutschen Gesprächspartner mangels Kompetenzen nicht eingehen; sie beschränkten sich auf den Hinweis, dass vor einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in dieser Sache nichts geschehen könne, und wiederholten die alten Argumente von 1952 (Friedensvertrag als Voraussetzung einer Lösung; Potsdamer Abkommen; präjudizielle Wirkung gegenüber andern Staaten).

Immerhin haben die Vertreter der DDR sich bereiterklärt, den Vermögens- und Personenschutzfragen ihre Aufmerksamkeit zu schenken und dazu zu einem späteren Zeitpunkt Stellung zu nehmen. Erst dann wird schweizerischerseits auf die Prüfung der Frage der Etablierung einer ostdeutschen Handelsvertretung, die jedoch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Konstituierung eines eigentlichen Konsulats nicht präjudizieren dürfte, näher eingetreten werden können. Ein weiteres Kontaktgespräch, das für nächsten März in Berlin vorgesehen ist, wird darüber Aufschluss geben[11].

2. Kontakte mit Nord-Vietnam[12]

Nach einer ersten Fühlungnahme des Schweizerischen Botschafters in Peking[13] mit Hanoi Ende 1966 wurde dieser im Jahre 1968 mit Zustimmung des Bundesrats als Vertreter des EPD beim Aussenministerium der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) bezeichnet[14]. In dieser Eigenschaft besuchte er

---

9. *BR-Prot. Nr. 1083 vom 23. Juni 1969,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#747*.

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 149,* dodis.ch/32468, *Anm. 18. Es handelt sich bei den DDR-Unterhändlern um I. Oeser und Ch. Meyer.*

11. *Vgl. dazu die Notiz von P. Micheli und P. R. Jolles an P. Graber und E. Brugger vom 5. März 1970,* dodis.ch/34325.

12. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Nordvietnam vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 30,* dodis.ch/32170 *und Dok. 127,* dodis.ch/32173; *DDS, Bd. 25, Dok. 38,* dodis.ch/35601; *Dok. 70,* dodis.ch/35607; *Dok. 90,* dodis.ch/35603, *bes. Anm. 2 und Dok. 149,* dodis.ch/35604.

13. *O. Rossetti.*

14. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 75,* dodis.ch/32171, *Anm. 3.*

im Februar 1968[15] und im Juni 1969[16] erneut die nordvietnamesische Hauptstadt. Der Generaldelegierte der DRV in Paris[17] stattete seinerseits im März 1968 Bern einen Gegenbesuch ab[18]. Als ein wesentliches Ergebnis dieser Institutionalisierung unserer Beziehungen zu Hanoi kann die Schaffung der Grundlage für den Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses gebucht werden.

In unseren Kontakten mit Hanoi ging es um die Kundgabe unserer Disponibilität sowie um die Verstärkung der Glaubwürdigkeit von Neutralität und Universalität unserer aussenpolitischen Beziehungen. Humanitäre Fragen und das Problem der Kriegsgefangenen waren ebenfalls Gegenstand der Gespräche. In keiner Weise wurden wir dagegen von bilateralen Interessen oder von einer politischen Stellungnahme im Vietnamkonflikt geleitet.

Unser Ziel bleibt die Anerkennung der DRV durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sobald dies möglich ist und ohne dass ein solcher Schritt als aussenpolitische Stellungnahme zugunsten einer Konfliktspartei (Beispiel Schweden) missdeutet werden kann. Zum gegebenen Zeitpunkt, der rechtzeitig gewählt werden muss, werden wir im Interesse eines Gleichgewichts auch volle diplomatische Beziehungen mit Süd-Vietnam aufzunehmen haben[19].

3. Kontakte mit Nord-Korea[20]

Nach Besuchen, die der nordkoreanische Botschafter in Rumänien[21] in den Jahren 1967 und 1968 Bern abstattete, und einer Reise des schweizerischen Botschafters in Peking[22] nach Pyongyang sowie im Anschluss an Kontakte zwischen den Botschaften der Schweiz und Nord-Koreas in der chinesischen Hauptstadt kam es im September 1969 am Sitze der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung in Zürich zu Verhandlungen[23] über die Errichtung einer privatrechtlichen Vertretung des «Komitees für die Förderung des internationalen Handels der Demokratischen Volksrepublik Korea». Die schweizerische Delegation setzte sich aus Vertretern des EPD, der Handelsabteilung, des Vororts und der Zentrale für Handelsförderung zusammen. Die Gesprächs-

---

15. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 75,* dodis.ch/32171, *Anm. 5.*
16. *Vgl. dazu den Bericht von O. Rossetti an W. Spühler vom 18. Juni 1969,* dodis.ch/32185.
17. *Mai Van Bo.*
18. *Zum Besuch von Mai Van Bo vom 19. bis 22. März 1968 in Bern vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 75,* dodis.ch/32171.
19. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Südvietnam vgl. das Schreiben von J.-P. Weber an P. Micheli vom 23. Dezember 1970,* dodis.ch/36109; *das BR-Prot. Nr. 1420 vom 25. August 1971,* dodis.ch/36057; *das Telegramm Nr. 67 von J.-P. Weber an das Politische Departement vom 15. Oktober 1971,* dodis.ch/36110; *den Bericht von J.-P. Weber an P. Graber vom 18. Dezember 1971,* dodis.ch/36111 *sowie das Schreiben an E. Thalmann vom 21. November 1972,* dodis.ch/36112.
20. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Nordkorea vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 13,* dodis.ch/18909; *DDS, Bd. 23, Dok. 91,* dodis.ch/31372 *und Dok. 184,* dodis.ch/31369; *DDS, Bd. 24, Dok. 169,* dodis.ch/33133 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 152,* dodis.ch/35835, *Dok. 164,* dodis.ch/35836 *und Dok. 168,* dodis.ch/35837.
21. *Kim The Hi.*
22. *O. Rossetti.*
23. *Zu den Verhandlungen in Zürich sowie zu den vorangehenden Kontakten vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 169,* dodis.ch/33133.

ergebnisse wurden – um ihnen keinen offiziellen Charakter zu geben – in einem Schreiben des Direktors[24] der erwähnten Zentrale an den Leiter[25] der nordkoreanischen Delegation festgehalten. Darin erklären wir im wesentlichen unsere Bereitschaft, die Zulassung einer Delegation des genannten nordkoreanischen Komitees in Zürich unter gewissen Bedingungen (ohne Privilegien und Immunitäten) zu prüfen. Erwartet werden nun die entsprechenden Einreise- und Aufenthaltsgesuche für die Mitglieder dieser Vertretung, die vermittelst unserer Botschaft in Peking eingereicht werden sollen.

Wenn wir im Sinne des Postulats möglichster Universalität unserer Aussenbeziehungen bereit sind, eine privatrechtliche nordkoreanische Handelsvertretung zuzulassen, so durften wir doch bei der Absteckung des hiefür notwendigen Rahmens jene Grenze nicht überschreiten, die von Südkorea als de-facto-Anerkennung Nordkoreas interpretiert werden könnte. Seoul befolgt einerseits eine Art Hallstein-Doktrin und ist andererseits als Handelspartner für die Schweiz von einem gewissen Interesse[26]. Der Forderung Pyongyangs nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder nach Errichtung einer offiziellen Handelsvertretung wurde deshalb nicht stattgegeben. Im übrigen haben wir uns seinerzeit bei der Errichtung der diplomatischen Vertretung Südkoreas in Bern[27] unsere Handlungsfreiheit gegenüber dem Norden vorbehalten, was uns von Südkorea ausdrücklich zugestanden wurde.

Zu Ihrer weiteren Dokumentation liegt das Referat bei, das Herr Bundesrat Spühler über das Problem der geteilten Staaten am 16. Mai 1968[28] vor der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten hielt. In seinen Grundzügen ist dieses Dokument nach wie vor gültig. Ein Exemplar des Protokolls[29] über die im Anschluss daran erfolgte Diskussion (S. 2–13) finden Sie ebenfalls in der Beilage.

---

24. *R. Montandon. Vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 169,* dodis.ch/33133, *bes. Anm. 23.*
25. *Bang Ki Yong.*
26. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Südkorea vgl. Dok. 153,* dodis.ch/35785.
27. *Vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 43,* dodis.ch/31039, *Anm. 10 und 22.*
28. *Referat von W. Spühler vom 16. Mai 1968,* dodis.ch/9561.
29. *Protokoll vom 27. Mai 1968 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. Mai 1968 von F. Blankart,* dodis.ch/34113.

5

dodis.ch/35831

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Berne, 13 février 1970

De nombreux ressortissants et entreprises suisses[2] ont été lésés par des mesures d'expropriations prises au Maroc. En outre, des avoirs suisses ont été bloqués. Le cas le plus grave concerne les «lots de colonisations» nationalisés dans le cadre de la réforme agraire[3]. Nous avons demandé au Gouvernement marocain une indemnisation. Celui-ci a reconnu le principe de l'indemnisation, mais a fait des offres nettement insuffisantes[4].

Selon les expertises suisses, la valeur des terrains expropriés représente environ 10 Mio. Ce chiffre est contesté par les Marocains qui nous ont offert 1,5 Mio[5].

À plusieurs reprises, nous avons fait savoir à l'Ambassadeur marocain que le Gouvernement suisse ne pouvait accepter un pareil règlement, mais que nous étions disposés à rechercher un compromis[6].

Les Marocains se montrant très peu empressés à régler ce contentieux, nous n'avons préparé aucun nouveau projet d'assistance technique au Maroc[7]. Certains Suisses spoliés en Afrique du Nord sont groupés dans une association[8] qui peut lancer à n'importe quel moment une polémique de presse contre le Gouvernement marocain.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#4487* (B.15.21). *Rédigée par S. Meili. Notice jointe de M. Gelzer à P. Graber du 13 février 1970:* Ci-joint une note sur nos relations avec le Maroc en prévision de la visite de M. l'Ambassadeur El Fassi le lundi, 16 février, à 11 h 30. M. Rüedi du Service ouest assistera à l'audience.

2. *Selon les statistiques marocaines sur les investissements privés étrangers, la Suisse se place au troisième rang après les États-Unis et la France; cf. la lettre de J. Faillettaz au délégué à la coopération technique, à l'Association suisse des banquiers et au Groupement des holdings industrielles du 24 juin 1970,* CH-BAR#E2005A#1983/18#568* (t.311).

3. *Sur l'attitude de la diplomatie suisse face aux nationalisations décidées en septembre 1963, cf. notamment la lettre de P. Micheli à E. Bernath du 27 décembre 1963*, CH-BAR# E2200.275C#1990/233#45* (222.310).

4. *Sur les négociations avec le Maroc, cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4094* (B.34.66.0) *et* CH-BAR#E2010A#1993/292#65* (B.34.77.Maroc.0).

5. *Cf. la lettre de E. Moser à P. Dupont du 1er octobre 1969,* CH-BAR#E2010A#1993/292#64* (B.34.77.Maroc.0).

6. *Cf. notamment la notice de P. Micheli du 22 avril 1968*, dodis.ch/34026.

7. *Sur les projets de coopération technique avec le Maroc, cf. la notice de S. Marcuard du 17 juin 1970,* CH-BAR#E2005A#1983/18#568* (t.311). *Sur la participation de la Suisse à un projet au Maroc soutenu par l'Organisation mondiale de la santé, cf. le PVCF N° 1289 du 3 août 1970,* dodis.ch/34675. *Cf. aussi la lettre de J.-J. de Tribolet à S. Marcuard du 7 décembre 1972,* CH-BAR#E2200.275C#1990/233#45* (222.310).

8. *Il s'agit de l'Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'Outre-mer, fondée le 28 janvier 1967, qui s'adresse à de nombreuses reprises au Parlement et au Département politique. Sur ses activités pendant les années 1968–1970, cf. la lettre de L. Guisan à P. Graber du 4 février 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#955* (B.34.66.01).

Échanges commerciaux

Les importations suisses se sont élevées en 1969 à 13,8 Mio. Frs. (1968: 10,7 Mio.), ce qui représente 0,06% du total de nos importations; les exportations vers le Maroc atteignirent en 1969 le montant de 20,7 Mio. (1968: 22,2 Mio.), c'est-à-dire 0,11% du total[9].

9. *Sur les relations commerciales entre le Maroc et la Suisse, cf. la lettre de E. Moser à J. Stroehlin du 11 février 1970,* CH-BAR#E7110#1981/41#1352* (821).

6

dodis.ch/35520

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Grèce et Conseil de l'Europe

[Berne,] 13 février 1970

I. La Suisse, tout en ne transigeant pas sur le principe du respect des droits de l'homme et des libertés fondamentales inscrits dans le Statut du Conseil de l'Europe, a adopté une attitude modérée dans l'affaire grecque[2]. En particulier, elle n'a pas été co-auteur du projet de résolution germano-scandinave condamnant la Grèce. Nous n'avons donc pas lieu de croire que nos relations bilatérales se ressentiront de ce qui s'est passé au Conseil de l'Europe.

II. Juridiquement le retrait de la Grèce ne prendra effet que le 31 décembre 1970. (En attendant cette date, la Grèce est privée de son droit de représentation).

Lors de sa prochaine réunion le 2 mars à Strasbourg, le Comité des délégués des ministres sera appelé à se prononcer sur le rapport[3] de la Commission européenne des droits de l'homme dans l'affaire grecque.

Le Secrétaire général[4] a été chargé de faire au Représentant permanent de la Grèce[5] la communication suivante:

«Le Comité des ministres constate que le rôle qui lui a été confié en examinant un rapport que la Commission européenne des droits de l'homme lui

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#361* (o.121.360). *Rédigée par F. Pometta et signée par E. Thalmann. Visée par P. Graber.*

2. *Sur la position suisse concernant la Grèce, cf. DDS, vol. 24, doc. 69,* dodis.ch/32480, *en particulier note 19; doc. 186,* dodis.ch/33247, *en particulier notes 10 et 14*; *la notice de P. Micheli à W. Spühler du 20 novembre 1969,* dodis.ch/32754; *le PVCF N° 328 du 18 février 1970,* dodis.ch/36581 *et la lettre de E. Thalmann à D. Gagnebin du 26 février 1970,* dodis.ch/36583.

3. *Rapport* L'Affaire grecque *de la Commission européenne des droits de l'homme de novembre 1969*, CH-BAR#E2003A#1980/85#315* (o.121.360).

4. *L. Tončić-Sorinj.*

5. *K. Panagiotakos.*

soumet en vertu de la Convention revêt un double aspect. D'une part et en premier lieu, la procédure qui se déroule devant lui devrait permettre à la partie ou aux parties au litige d'exprimer leur point de vue sur le fond de l'affaire; d'autre part et en second lieu, le Comité des ministres doit prendre position sur le fond de la question qui lui a été soumise. Alors que le Comité des ministres permettrait à la Grèce, partie au litige, de faire valoir par son Représentant dûment autorisé son point de vue sur le fond de l'affaire, il n'admet aucune participation de la Grèce au vote ou aux votes à prendre en la matière, étant donné qu'aucun représentant de la Grèce n'a plus le droit de siéger au Comité des ministres du Conseil de l'Europe.»

C'est notamment la délégation suisse qui a insisté pour que la Grèce fût appelée à participer aux débats la concernant[6].

III. Nous n'avons pas encore éclairci tous les problèmes concernant l'examen de cette affaire. Il n'y a pas de précédent et c'est la première fois aussi qu'un État récuse la compétence de la Commission européenne des droits de l'homme et dénonce la Convention.

Le rapport de la Commission européenne des droits de l'homme est accablant pour la Grèce; moralement et politiquement il serait probablement impossible à la majorité[7] du Comité des ministres de s'en distancer. Il est vraisemblable que la France s'abstiendra lors du vote en arguant qu'elle n'est pas partie à la Convention[8]; mais il serait contraire à la ligne de la position suisse d'imiter cette attitude. La Grèce ne pourra très probablement pas prévenir une condamnation, *mais elle a sans doute un intérêt majeur à ce que le rapport de la Commission ne soit pas rendu public.*

L'article 32 de la Convention prévoit qu'en cas de violation, le Comité des ministres fixe un délai dans lequel la Haute Partie contractante intéressée doit prendre les mesures qu'entraîne la décision du Comité des ministres. Si tel n'est pas le cas, le Comité des ministres donne à sa décision «les suites qu'elle comporte» (ce qui est évidemment très vague) et publie le rapport.

---

6. *Cf. la notice de F. Pometta à E. Thalmann du 13 mars 1970, doss. comme note 1.*
7. *Annotation dans le texte original:* La majorité prévue est celle des deux tiers des représentants ayant le droit de siéger au Comité.
8. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 186,* dodis.ch/33247, *en particulier note 9.*

7

dodis.ch/35532

Der Sektionschef für Südostasien und Indonesien der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, M. Jost, an den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder[1]

HILFELEISTUNG AN INDONESIEN[2]

Bern, 23. Februar 1970

Mit dem Schreiben vom 9. Februar[3] liessen Sie uns eine Fotokopie eines in der New York Times vom 6. Februar erschienenen Artikels[4] über die Aussenschuld Indonesiens und die fortgesetzte Wirtschaftshilfe zugunsten dieses Landes zugehen und ersuchten uns gleichzeitig, Ihnen die schweizerische Stellungnahme zur Frage der Hilfeleistung an Indonesien bekanntzugeben.

Von seiten der indonesischen Regierung wurde in den vergangenen zweieinhalb Jahren verschiedentlich in der Richtung der Gewährung eines direkten Bundeskredites sondiert[5]. Diesem Vorstoss wurde jeweils – in Djakarta und in Bern – mit dem Hinweis, dass unsere Schwerpunkte in Asien bei Indien und Pakistan liegen[6], die beide für unsere handelspolitischen Beziehungen von grösserer Bedeutung seien, begegnet. Ausserdem habe die Schweiz mit dem Beitritt zur Asiatischen Entwicklungsbank[7] eine vernünftige, vertretbare und den gegebenen Möglichkeiten angemessene – multilaterale – Lösung unserer Hilfemöglichkeiten in Asien angestrebt, da wir – aus begreiflichen Gründen – nicht mit allen Entwicklungsländern bilaterale Vereinbarungen über Hilfeleistung treffen können. Über die schweizerische Zugehörigkeit zur Asiatischen Entwicklungsbank wird im Wege einer solidarischen Aktion eine vernünftige Streuung unserer Möglichkeiten in diesen Regionen bezweckt.

---

1. *Schreiben*: CH-BAR#E2200.36#1984/18#990* (770.21).
2. *Eine ähnliche Information der Handelsabteilung ging am 28. November 1969 an die schweizerische Botschaft in Den Haag, vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 184,* dodis.ch/33254. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Indonesien vgl. auch die Notiz von Ch. Müller vom 26. Oktober 1972,* dodis.ch/35540; *die Notiz von P. A. Nussbaumer an H. Miesch vom 15. November 1972,* dodis.ch/35541 *und die Notiz von K. Fritschi vom 20. November 1972,* dodis.ch/35542.
3. *Schreiben von R. Lempen an P. R. Jolles vom 9. Februar 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#2773* (C.41.125.0).
4. 8 of Indonesia's Creditors Seek To Ease Load of Sukarno Debt, *New York Times vom 6. Februar 1970.*
5. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Jost an P. R. Jolles vom 19. April 1968,* dodis.ch/33450.
6. *Vgl. dazu Dok. 111,* dodis.ch/35308.
7. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur Asiatischen Entwicklungsbank vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 72,* dodis.ch/32796, *bes. Anm. 6; die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 26. Februar 1970,* dodis.ch/36363; *das BR-Prot. Nr. 454 vom 9. März 1970,* dodis.ch/36366; *die Notiz an P. Graber vom 18. Februar 1971,* dodis.ch/36368; *das BR-Prot. Nr. 1105 vom 30. Juni 1971,* dodis.ch/36370 *sowie das Schreiben von Y.-L. Fiévet an H. Bühler vom 13. Dezember 1971,* dodis.ch/36372.

Auf dem Gebiete der Exportrisikogarantie hat unser Land seit Beginn 1968 einiges zur Erleichterung der Finanzierung der Lieferungen von Investitionsgütern und insbesondere der Lieferungen von Schädlingsbekämpfungsmitteln im Zusammenhang mit der von der indonesischen Regierung intensiv geförderten Ausweitung der einheimischen Reisproduktion beigetragen.

Bis zum Beginn des Jahres 1968 wurden praktisch alle ERG-Geschäfte mit Indonesien im Rahmen der sogenannten «cash»-Formel, d. h. des 180-Tage-Kredites abgewickelt. Seit dem Januar 1968 leitete die ERG-Kommission – zweifelsohne auf Grund des Eindruckes, den sie aus der Berichterstattung unserer Botschaften in Paris[8] und Den Haag[9] über die erste Pariser Schuldenkonsolidierungs-Konferenz vom Dezember 1966 und die spätern Wirtschaftshilfe-Tagungen der Hauptgläubiger-Länder von der neuen Regierung Indonesiens gewann – eine etwas liberalere ERG-Praxis ein[10]. Bei Lieferungen von Investitionsgütern begann man Kreditfristen bis zu 3 Jahren, bei Exporten von Schädlingsbekämpfungsmitteln solche bis zu 9 Monaten zu gewähren.

Die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtsituation Indonesiens hinderte allerdings bisher seine Regierung daran, das schweizerische Angebot erstreckter ERG-Kreditfristen vermehrt anzunehmen. (Vergleiche Seite 2, Abschnitt 2, und Seite 3, Abschnitt 3 der beigefügten Aufzeichnung vom 23. Oktober 1969[11]).

Schweizerischerseits gewinnt man doch den Eindruck, dass die Regierung Suharto ehrlich bemüht ist, die äusserst schwierige Aufgabe der Stabilisierung und des Wiederaufbaus der Wirtschaft bzw. der schrittweisen Rückkehr zu einer freien Wirtschaft konsequent fortzusetzen.

Anlässlich des Berner Besuches des Vize-Gouverneurs der Bank Negara Indonesia (Zentralbank), Mr. Rachmat Saleh, am 23. 10. 1969, fand unter dem Vorsitz von Herrn Direktor Jolles ein Informationsaustausch, welcher der Schilderung der allgemeinen Lage und dem langfristigen Kreditbedarf gewidmet war, statt[12]. Im Rahmen der sehr offen geführten Diskussion wurde die schweizerische Haltung zur Frage der direkten Wirtschafts- und Finanzhilfe, d. h. der Gewährung eines langfristigen Bundeskredites an Indonesien klar umrissen.

In der bereits erwähnten beigefügten, von Herrn Minister Bühler über die Aussprache vom 23. Oktober erstellten Aufzeichnung wird diese Stellungnahme und die ihr zugrunde liegenden Argumente festgehalten. Was die kurzfristigen Möglichkeiten der Hilfeleistung auf dem Gebiet der Technischen Zusammenarbeit anbelangt, verweisen wir ebenfalls auf die Darlegungen in dieser Notiz von Seite 2 unten und Seite 3 oben.

---

8. *Vgl. z. B. das Schreiben von P. Dupont an P. R. Jolles vom 21. Oktober 1968, Doss. wie Anm. 3.*

9. *Vgl. z. B. das Schreiben von C. Caillat an P. R. Jolles und S. Marcuard vom 29. Januar 1970, Doss. wie Anm. 3.*

10. *Vgl. dazu das Schreiben von M. Jost an Ch. Müller vom 21. Januar 1971,* CH-BAR# E7110#1982/108#2064* (861.5).

11. *Notiz von H. Bühler vom 3. November 1969 zum Besuch von R. Saleh vom 23. Oktober 1969,* dodis.ch/33451.

12. *Vgl. Anm. 9.*

Angesichts der schweizerischen Haltung zur Kardinalfrage der direkten Finanzhilfe[13] sowie im Hinblick darauf, dass unsere bisherigen Schwerpunkte der Hilfeleistung in Asien bei Indien, Pakistan und Nepal liegen, besteht u. E. im übrigen – hinsichtlich der IGGI-Tagungen[14] – auch keine Veranlassung, den schweizerischen Beobachter-Status in die Stellung eines «pays participant» überzuführen, und die Schweiz wird zweifelsohne inskünftig die Entwicklung des Indonesien-Problems an den IGGI-Zusammenkünften auch in ihrer Eigenschaft als Beobachterland verfolgen können. Ausserdem dürfte unsere Bereitschaft, Indonesien – im Rahmen des Möglichen – insbesondere auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit und allenfalls der Nahrungsmittelhilfe vermehrt zu helfen, den Status eines eigentlichen Teilnehmerlandes wohl kaum erfordern.

Unsere Haltung lässt sich daher im Augenblick wie folgt umreissen. Ein direkter Bundes- bzw. Finanzkredit steht – aus den dargelegten Gründen – jedenfalls für die nächste Zeit nicht zur Diskussion. Dagegen hat die Direktion der Handelsabteilung – im Einvernehmen mit dem Präsidenten der ERG-Kommission[15] – für eine Reihe von Schädlingsbekämpfungsmittel-Lieferungen (sogenannten wet season und dry season-Geschäften der Ciba bis 1972/73) die Gewährung der ERG in Aussicht gestellt, wobei das jährliche Bundes-Engagement, 21,28 Mio. US $ oder rund 90 Mio. SFr., nicht überschritten werden darf.

Der Erfolg dieser Ciba-«Spray-action» wird denn auch von der indonesischen Zentralregierung vorbehaltslos anerkannt[16].

Im Rahmen der TZ werden bzw. wurden für die Fortführung bereits begonnener Werke (Technikum, Fachschule) die erforderlichen Kredite anbegehrt. Für verschiedene neue Projekte sind zur Zeit Studien und weitere Abklärungen im Gange, insbesondere für eine schweizerische Beteiligung bei der Verwirklichung eines bedeutenden Landwirtschafts-Projektes[17].

---

13. *Vgl. dazu das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 12. Februar 1970,* dodis.ch/35537.

14. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 184,* dodis.ch/33254 *sowie das Schreiben von M. Jost an C. Caillat vom 9. Dezember 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#2773* (C.41.125.0).

15. *H. Bühler.*

16. *Vgl. dazu das Schreiben von J. F. Revilliod an P. Micheli vom 20. März 1969,* dodis.ch/33444. *Vgl. auch die Notiz von H. Bühler* Indonesien / Besprechung mit Herrn Dr. Umbricht, Ciba AG, vom 16. 1. 1970 / Schädlingsbekämpfungsmittel *vom 21. Januar 1970,* CH-BAR#J1.301#2003/74#27* (51).

17. *Zur technischen Zusammenarbeit mit Indonesien vgl. das Schreiben von H. Miesch an S. Marcuard vom 23. April 1970,* dodis.ch/35538 *und die Notiz von H.-Ph. Cart vom 27. September 1972,* dodis.ch/35539.

8

dodis.ch/35440

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll vom 23. Februar 1970[1]

Flugzeugkatastrophe der Swissair in Würenlingen

Präsidentschaft.

Auf Grund der ausserordentlichen Sitzung betreffend den tragischen Flugzeugunfall der Swissair mit der HB-ICV, Convair 990 Coronado, in Würenlingen hat der Bundesrat, nachdem er von den letzten Ergebnissen der Untersuchungen Kenntnis genommen hat und gestützt auf die zur Zeit verfügbaren Unterlagen, beschlossen:

1. Sicherheitsmassnahmen

a) Die verschärfte Überwachung der Flughäfen durch die Organe der Grenzpolizei und der Flughäfen wird fortgesetzt.

b) Die Swissair wird ermächtigt, einzelne Flüge oder die Beförderung von Fracht und Paketpost in Abweichung von den Artikeln 5 und 6 der Betriebskonzession vom 19. Dezember 1966 kurzfristig zu sistieren, wenn es die Flugsicherheit erfordern sollte. Für weitergehende Anordnungen bleibt der Bundesrat zuständig.

2. Einberufung einer Flugsicherheitskonferenz

Der Direktor[2] des Eidgenössischen Luftamtes wird beauftragt, dem Präsidenten[3] des Rates der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation, der gegenwärtig in Montreal tagt, im Namen des Bundesrates die Einberufung einer sofortigen Sicherheitskonferenz der ICAO zu beantragen[4].

Der Bundesrat ist bereit, diese Konferenz zur Tagung in der Schweiz einzuladen.

Das Politische Departement wird beauftragt, zusätzlich zu dieser Konferenz weitere Massnahmen zur Verbesserung der Luftsicherheit auf internationaler Basis zu prüfen.

3. Fremdenpolizeiliche Massnahmen

a) Um einer Wiederholung terroristischer Akte auf Schweizergebiet zuvorzukommen, hat der Bundesrat beschlossen, für sämtliche arabischen Staaten die

---

1. *BR-Prot.:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#755*. *Unterzeichnet von J.-M. Sauvant. Für den ausführlicheren Antrag des Justiz- und Polizeidepartements vom 23. Februar 1970 vgl.* dodis.ch/35799.
2. *W. Guldimann.*
3. *W. Binaghi.*
4. *Die 17. ausserordentliche Generalversammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation fand vom 16. bis 30. Juni 1970 in Montreal statt. Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1915* (o.733.21).

Visapflicht[5] wieder einzuführen. Diese Massnahme richtet sich weder gegen die Regierungen dieser Staaten noch gegen deren Staatsangehörige. Sie zielt darauf ab, festzustellen, ob sich unter den arabischen Reisenden nicht Mitglieder palästinensischer Organisationen befinden, die Terrorakte im Ausland verüben. Da Palästinenser über keine nationalen Pässe verfügen, reisen sie im allgemeinen mit von verschiedenen arabischen Staaten ausgestellten Ausweisschriften. Dieser Umstand erklärt die Notwendigkeit einer äusserst genauen Kontrolle.

b) Das Politische Departement und das Justiz- und Polizeidepartement werden beauftragt, Richtlinien für eine verschärfte Visapraxis zur möglichsten Vermeidung unerwünschter Einreisen auszuarbeiten.

c) Die Fremdenpolizei wird beauftragt, im Einvernehmen mit den kantonalen Polizeibehörden auch die Überwachungsmassnahmen im Inland zu verstärken.

d) Die Zollorgane und die Organe der Grenzpolizei werden angewiesen, die Gepäckkontrolle an der Grenze zu verschärfen.

4. Das Politische Departement wird beauftragt, durch die schweizerischen Botschaften die Regierungen in den interessierten Staaten[6] von den getroffenen Massnahmen in Kenntnis zu setzen.

5. An die Trauerfeierlichkeiten, welche am Donnerstag, den 26. Februar 1970, in Zürich stattfinden, werden als Vertreter der Landesregierung die Herren Bundesräte Bonvin, Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, und Brugger, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes, abgeordnet.

---

5. *Zur Frage der Visapflicht für Angehörige arabischer Staaten und Israels vgl. auch Dok. 11,* dodis.ch/35442; *das Schreiben von H. Hess an E. Thalmann vom 19. März 1970,* dodis.ch/35463; *die Notiz von S. Meili vom 24. Mai 1971,* dodis.ch/35464; *das BR.-Prot. Nr. 1489 vom 1. September 1971,* dodis.ch/35801 *und das Protokoll* Regionalkonferenz «Arabische Staaten» *vom 2. September 1970,* dodis.ch/34537. *Vgl. ferner Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#181* (B.11.40.2.2).

6. *Vgl. dazu Dok. 12,* dodis.ch/35468, *bes. Anm. 4.*

9

dodis.ch/35688

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

RHODESISCHER TABAK

[Bern,] 9. März 1970

In der Beilage[2] erhalten Sie den Entwurf eines Antrages an den Bundesrat betreffend die Einfuhr rhodesischen Tabaks[3]. Die vorgeschlagene Lösung entspricht den Abmachungen, wie wir sie anlässlich des Gespräches[4] mit Vertretern der tabakverarbeitenden Industrie am 15. Dezember 1969 vorgesehen haben. Begreiflicherweise zeigte man sich beim EPD, vor allem bei der Abteilung für Internationale Organisationen, über die ganze Angelegenheit wenig erfreut. Insbesondere dem Transitkontingent gegenüber hegte man einige Bedenken und zwar in dem Sinne, dass ein Bekanntwerden dieses Handels nicht nur die Schweiz, sondern auch die das Tabakgemisch importierenden Länder gegenüber der UNO[5] in Schwierigkeiten bringen könnte. In Gesprächen mit den Vertretern der Abteilung für Politische Angelegenheiten und der Abteilung für Internationale Organisationen konnten wir diese jedoch von der vorgesehenen Lösung überzeugen. Die beiden konsultierten Abteilungen erachteten es jedoch als notwendig, den Entwurf unseres Antrages dem Departementsvorsteher, Herrn Bundesrat Graber, vorzulegen, der sich dann wie folgt äusserte:

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7110#1981/41#1427* (863.9). *Verfasst von P. Saladin und unterzeichnet von H. Bühler.*
2. *Vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#3845* (C.23.20.(1)).
3. *Zum Entscheid des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 619 vom 1. April 1970,* dodis.ch/36090.
4. *Vgl. dazu die* Aktennotiz über die Besprechung mit Nationalrat P. Glasson, Präsident des Verbandes der Schweizerischen Tabakindustrie, betreffend die Neuregelung der Tabakeinfuhren aus Rhodesien, sowie aus den übrigen mittel- und südafrikanischen Staaten im Jahre 1970 *von M. Jost vom 16. Dezember 1969,* CH-BAR#E7110#1980/63#1446* (863.9).
5. *Zu der Frage der Beteiligung der Schweiz an den UNO-Sanktionen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 171,* dodis.ch/30859; *das Schreiben von B. Turrettini an P. Micheli vom 29. Januar 1970,* dodis.ch/36088; *die Aufzeichnung von Y. Besson vom 26. Mai 1970,* dodis.ch/36087; *die Notiz von H. Grob vom 5. Juli 1971,* dodis.ch/36092; *das BR-Prot. Nr. 1286 vom 11. August 1971,* dodis.ch/36091 *und das Schreiben von P. Graber an N. Celio vom 5. Mai 1972,* dodis.ch/36086. *Zu den Auswirkungen der Sanktionen auf die Schweiz vgl. die Notiz von M. Jost an die Chemical Trade AG vom 4. März 1970,* dodis.ch/36093: Seit Mitte 1969 stellen wir vermehrt fest, dass eine ganze Anzahl von in europäischen UN-Mitgliedstaaten domizilierten Hauptunternehmungen dem Beschluss über die verschärften Sanktionen gegenüber Rhodesien durch Umleitung ihres Handels mit diesem Land über bestehende oder kürzlich errichtete Handelsgesellschaften in der Schweiz zu entgehen versuchen. Dieses Vorgehen ist umso bedenklicher, als die betreffenden ausländischen Firmen einerseits über den von seiten ihrer Staaten befolgten Handels- und Dienstleistungsboykott der UN gegenüber Rhodesien genau Bescheid wissen und andererseits mit ihren Praktiken dazu beitragen, der Schweiz als Nicht-Mitgliedstaat der Weltorganisation in den massgeblichen Gremien derselben zusehends Schwierigkeiten zu bereiten.

«Je suis d'accord – dans l'espoir que cette arithmétique plus ou moins astucieuse n'apparaîtra jamais au grand jour, sans quoi nos explications seraient assurément laborieuses.»[6]

Die OZD des EFZD ist mit dem Entwurf ebenfalls einverstanden. Wir erwarten Ihren Bericht[7].

6. *Handschriftliche Marginalie von P. Graber auf der Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 13. Februar 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#3845* (C.23.20.(1)).
7. *Handschriftliche Marginalie von P. R. Jolles an H. Bühler:* einverstanden.

10

dodis.ch/35761

Le Chef-suppléant de la Division des affaires politiques, M. Gelzer, à diverses représentations suisses[1]

FRANCOPHONIE

Berne, 9 mars 1970

La deuxième Conférence de la Francophonie, à laquelle la Suisse avait été invitée[2] à participer, se tiendra du 16 au 20 mars 1970 à Niamey (Niger). À toutes fins utiles, nous vous communiquons ci-après le texte de la réponse[3] du Président de la Confédération à l'invitation de Monsieur Diori Hamani, Président de la République du Niger:

«Votre Excellence a bien voulu exprimer le souhait que la Suisse participe à la Conférence des pays entièrement ou partiellement de langue française qui se tiendra prochainement à Niamey afin de créer l'Agence de coopération culturelle et technique[4]. Au nom du Conseil fédéral j'ai l'honneur de vous remercier de cette aimable invitation à laquelle nous avons été très sensibles. À notre vif regret il ne nous est malheureusement pas possible d'y donner suite. Ainsi que nous avons eu l'occasion de l'exposer[5] à M. Jean-Marc Léger, Secrétaire exécutif provisoire de l'Agence de coopération culturelle et technique, la Confédération helvétique est née d'une communauté d'intérêts entre plusieurs groupes très différents dont elle a maintenu l'équilibre en évitant

1. *Circulaire:* CH-BAR#E2001E#1980/83#2360* (B.73.0.1.(5)). *Rédigée par H. Grob. Adressée aux Ambassades de Suisse à Paris, Bruxelles, Ottawa, Addis-Abeba, Tananarive, Nairobi, Tunis, Alger, Rabat, Conakry, Abidjan, Lagos, Yaoundé et Kinshasa.*
2. *Lettre de H. Diori à H.-P. Tschudi du 17 février 1970, doss. comme note 1.*
3. *Télégramme de H.-P. Tschudi à H. Diori du 4 mars 1970, doss. comme note 1.*
4. *Sur la position de la Suisse à l'égard de l'Agence de coopération culturelle et technique, cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 17 février 1970,* dodis.ch/36483.
5. *Lettre de P. Graber à J.-M. Léger du 4 mars 1970, doss. comme note 1.*

d'exalter les particularités notamment linguistiques de certains d'entre eux au détriment des autres[6]. Cette conception a poussé les cantons à conserver leurs pouvoirs en matière d'éducation et à ne déléguer aucune compétence en matière linguistique à l'État fédéral.

D'autre part la Confédération applique dans ses rapports internationaux le principe de l'universalité qui n'est guère compatible avec l'établissement de rapports privilégiés avec certains États dont le choix reposerait sur un critère linguistique.

Pour ces raisons de principe la Suisse n'est donc pas à même de devenir membre de l'Agence de coopération culturelle et technique. Nous sommes conscients toutefois de l'intérêt que présenteront les activités de l'Agence et ne voudrions pas exclure a priori toute participation à certaines d'entre elles. Les modalités de cette participation qui pourront être discutées le moment venu devront tenir compte de la situation particulière dans laquelle se trouve la Suisse.»

6. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 6,* dodis.ch/31298 *et DDS, vol. 24, doc. 38,* dodis.ch/32700.

11

dodis.ch/35442

L'Ambassadeur de Suisse à Alger, J.-D. Grandjean, au Chef du Département politique, P. Graber[1]

Personnelle et confidentielle — Alger, 16 mars 1970

Dès mon retour à Alger, je tiens à vous remercier vivement de l'entretien que vous avez bien voulu m'accorder le 6 mars, en dépit de votre horaire très chargé. Aussi fructueuse qu'ait été pour moi notre entrevue, elle n'a permis cependant que d'effleurer le vaste problème de nos rapports avec les pays arabes. Je voudrais essayer d'en dégager ici les grandes lignes telles qu'elles m'apparaissent vues d'Alger.

Ce que les pays arabes attendaient de la Suisse dans le procès de Winterthur[2] et de l'enquête qui l'a précédé, qu'il s'agisse d'autorités communales ou can-

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E#1980/83#234* (B.11.40.2). *Visée par M. Gelzer. Annotation manuscrite de M. Gelzer à J. Rüedi:* Bitte für Unterschrift Dep*[artements]*Chef kurze Pe*[rsönliche]* A*[ntwort]* und Dank. Darin wäre zum Ausdruck zu bringen, dass wir uns über die Schwierigkeiten, denen die Botschafter in arabischen Staaten ausgesetzt sind, Rechenschaft geben, dass wir gleichzeitig darauf zählen, dass sie (die Botschafter) den Behörden ihres Gastlandes unseren Standpunkt erläutern, wobei sie sich auf die Argumente stützen können, wie sie in der Antwort auf Interpellation Chevallaz enthalten sind. *Pour la réponse, cf. la lettre de P. Graber à J.-D. Grandjean du 6 avril 1970, ibid.*

2. *Sur l'attentat du Front populaire de libération de la Palestine contre un avion d'El Al à Kloten le 18 février 1969, cf. DDS, vol. 24, doc. 130,* dodis.ch/33710; *doc. 173,* dodis.ch/33275; *doc. 177,* dodis.ch/33291 *et la notice de J.-P. Vettovaglia du 28 janvier 1970,* dodis.ch/36295.

tonales, c'est que toute l'affaire soit jugée sans passion ni parti pris. Pas plus l'Israélien[3] que les Palestiniens[4] n'avaient le droit de violer notre territoire, d'y introduire ou d'y employer des armes. Les deux parties devaient être reconnues coupables mais évidemment condamnées à des peines différentes. En libérant l'Israélien, nous avons reconnu à son pays le droit d'exercer sa propre justice sur notre sol. Par ailleurs, les sentiments anti-arabes d'une partie de notre population ont entaché ce jugement d'une certaine partialité.

Dans la catastrophe de Würenlingen, en dépit des fortes présomptions qui planent sur de probables auteurs palestiniens, une fois de plus la réintroduction et le renforcement des visas[5] vis-à-vis des pays arabes nous rangent aux côtés d'Israël. En effet, nous avions toujours pu constater que les gouvernements arabes cherchaient à se distancer des mouvements palestiniens. En les pénalisant, nous les avons rapprochés de ceux dont ils s'écartaient. Par ces mesures préventives, à mon avis presque inefficaces, nous avons porté préjudice à notre politique de neutralité. En nous laissant peu à peu entraîner dans l'engrenage d'une escalade dangereuse, nous sommes presque déjà parties au conflit israélo-arabe. Ceci fait peut-être le jeu d'Israël, mais n'est pas dans notre intérêt. Pas plus le système des visas que la sévérité du jugement de Winterthur ne fournissent les garanties nécessaires à la non-répétition de tels attentats.

Notre politique étrangère a toujours été basée sur l'universalité. Même si le bloc arabe est peu important pour nous dans le domaine économique, les mesures que l'on prend à son égard, aussi justifiées qu'elles soient sur le plan interne, peuvent avoir sur l'ensemble du tiers-monde de profondes répercussions. L'Arabe y joue un rôle important et il n'hésitera pas aujourd'hui à tout mettre en œuvre pour dénigrer notre neutralité. C'est sur ce point-là que j'ai été le plus vivement attaqué à Alger. Une politique de neutralité se devrait d'être dénuée de passion. Nos mesures préventives, au lieu de revêtir la forme du visa, auraient gagné à prendre celle d'un renforcement des contrôles de police aux frontières. Elle n'aurait ainsi pas indisposé des millions d'Arabes et leurs gouvernements. Pour certaines organisations palestiniennes, nous sommes devenus un ennemi et le système des visas ne saurait empêcher à l'avenir le sabotage d'un de nos avions sur n'importe quel aéroport européen. Pour prévenir de tels actes, nous devrions éviter de recourir à des mesures de rétorsion. Celles-ci ne peuvent qu'en entraîner d'autres et nous serons toujours perdants dans cette montée aux extrêmes puisque pour l'une des parties la vie humaine n'a pas de prix. Il ne s'agit pas pour nous de capituler devant la menace de terroristes, mais nous devrions plutôt chercher à obtenir l'appui des gouvernements arabes pour contrôler l'activité des Palestiniens, non pas pour la délivrance des visas, comme nous sommes en train de le faire maintenant, mais par l'établissement d'une collaboration beaucoup plus étroite et qui ferait pleine confiance à la parole donnée. Les Arabes sont sensibles à de tels gestes.

Cette collaboration ne nous donnerait évidemment pas toutes les garanties – que nous ne possédons d'ailleurs pas non plus aujourd'hui – d'un contrôle

3. *M. Rachamim.*
4. *M. Abu al-Heiga, I. T. Yousef, A. Dahbor et A. M. Hassan.*
5. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/35440, *note 5.*

complet sur tous les Palestiniens. Elle aurait cependant l'avantage de diminuer fortement l'animosité que les gouvernements arabes nourrissent en ce moment envers nous[6]. En les associant à nos mesures de contrôle, nous engagerions leur responsabilité. Cette collaboration une fois assurée, nous pourrions revenir au régime des visas en vigueur avant Würenlingen. Si le retour au statu quo ante devait paraître insuffisant aux gouvernements arabes pour prêter leur appui, nous pourrions alors leur laisser entendre qu'en cas de non-répétition d'actes de terrorisme en Suisse ou contre des biens suisses, pendant un certain laps de temps, les autorités fédérales pourraient examiner la possibilité de grâcier les trois Palestiniens[7] lorsqu'ils auront purgé une partie de leur peine.

Le choix de la Suisse par les Palestiniens pour y porter le terrorisme n'est pas dû au hasard. Notre opinion publique[8], depuis la guerre des Six Jours[9], est en majorité pro-israélienne. Malheureusement, l'Arabe ne comprend pas que notre neutralité s'arrête au niveau gouvernemental. De plus, les récentes découvertes d'armes dans les avions El Al[10] ont confirmé la thèse palestinienne que ces appareils sont utilisés à des fins militaires. Enfin, l'affaire Frauenknecht[11] n'est pas venue arranger les choses, d'autant plus que le silence le plus complet règne sur l'enquête en cours. On a l'impression à Alger que la Suisse veut noyer le poisson. À mon avis, il serait prudent de marquer maintenant un coup d'arrêt. Un nouvel attentat en Suisse[12] nous entraînerait cette fois à appliquer les mesures préconisées par la Police fédérale des étrangers au lendemain de Würenlingen.

Elles ne feraient qu'accroître les ressentiments des Arabes qui, empêchés de se rendre sur notre sol, pourraient s'en prendre à nos avions n'importe où. Dans la solution que je suggère, il ne s'agit pas, je le répète, d'une capitulation mais d'une négociation où les deux parties trouveraient un intérêt puisqu'à la longue les actes de terrorisme jettent le discrédit sur la résistance palestinienne elle-même. Il est urgent de nous dégager de l'engrenage et de la querelle des autres. C'est par le retour à une stricte neutralité que nous assurerons le mieux notre sécurité.

Je crois qu'en Suisse on ne s'est jamais posé la question de savoir pourquoi les Palestiniens avaient choisi Kloten[13]. C'est le droit de notre peuple d'avoir ses préférences puisque la neutralité d'opinion n'existe pas, mais qu'il ne s'étonne pas s'il en subit un jour les contrecoups. On ne peut à la fois prétendre à une libre prise de position et à l'impunité.

---

6. *Cf. doc. 12,* dodis.ch/35468, *notes 4 et 13.*
7. *Sur la question d'une libération préventive, cf. doc. 37,* dodis.ch/35415, *note 8.*
8. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 28,* dodis.ch/33280.
9. *Cf. la compilation thématique* dodis.ch/T901.
10. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#499* (B.51.14.21.30).
11. *Sur l'affaire d'espionnage Frauenknecht, cf. DDS, vol. 24, doc. 173,* dodis.ch/33275 *et la notice de H.-P. Erismann du 28 mai 1971,* dodis.ch/36435.
12. *Sur le détournement d'un avion Swissair en Jordanie par le Front populaire de libération de la Palestine en septembre 1970, cf. doc. 37,* dodis.ch/35415; *doc 39,* dodis.ch/35419 *et doc. 45,* dodis.ch/35434.
13. *Cf. note 2.*

Je m'excuse de la longueur de cette lettre, mais j'ai cependant estimé de mon devoir de vous exposer en détail ma manière de voir, au risque de heurter les opinions qui prévalent en ce moment en Suisse. Je trouve que c'est là précisément un des aspects du rôle d'un chef de poste à l'étranger.

12

dodis.ch/35468

Le Chef du Département politique, P. Graber, devant le Conseil national, le 19 mars 1970[1]

INTERPELLATION CHEVALLAZ[2].
KATASTROPHE VON WÜRENLINGEN – CATASTROPHE DE WÜRENLINGEN

Extrait

[…][3]

J'en arrive enfin au chapitre des considérations politiques.

L'action diplomatique[4] que nous avons entreprise auprès des gouvernements arabes avait pour but, d'une part, de les renseigner sur les mesures[5] arrêtées par le Conseil fédéral, d'autre part, de leur demander de condamner les actes terroristes commis à l'étranger et surtout de faire tout ce qui est en leur pouvoir pour en éviter la répétition. Nous avons constaté sans grande surprise que le caractère préventif de nos dispositions n'avait pas été compris partout. Les autorités de plusieurs États les ont vivement critiquées. Elles les ont considérées injustes et discriminatoires. Elles ont estimé qu'elles portaient préjudice à nos rapports avec le monde arabe.

Depuis un certain temps déjà, ces rapports étaient indirectement affectés par le conflit du Moyen-Orient. Les premiers nuages ont apparu au lendemain de la guerre des Six Jours[6] à cause de la sympathie presque unanime que le peuple suisse avait manifestée en faveur d'Israël[7]. La situation s'est encore détériorée depuis l'attentat de Kloten[8], surtout après la mise en liberté sous caution, puis l'acquittement de l'agent israélien[9] qui avait abattu un des agresseurs[10]

---

1. *Procès-verbal:* CH-BAR#E1003#1960/51#496*.
2. *Cf. le procès-verbal du 16 mars 1970 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 2 mars 1970,* dodis.ch/35441.
3. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/35468.
4. *Pour les démarches des représentants diplomatiques auprès des différents gouvernements des pays arabes et les réactions de ceux-ci, cf. doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#234* (B.11.40.2). *Cf. aussi note 2.*
5. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/35440.
6. *Cf. la compilation thématique* dodis.ch/T901.
7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 28,* dodis.ch/33280.
8. *Sur l'attentat commis par le Front populaire de libération de la Palestine contre un avion El Al à Kloten le 18 février 1969, cf. doc. 11,* dodis.ch/35442, *note 2.*
9. *M. Rachamim.*
10. *A. M. Hassan, M. Abu al-Heiga, A. Dahbor et I. T. Yousef.*

de l'avion El Al. Ce climat d'hostilité envers la Suisse, entretenu sans aucun doute par l'information unilatérale de l'opinion publique arabe, s'est reflété moins dans des déclarations publiques que dans de nombreuses requêtes, pétitions et lettres anonymes adressées à nos représentations au Proche-Orient ainsi d'ailleurs qu'au Département politique à Berne. Le Département et nos missions diplomatiques se sont toujours efforcés d'expliquer les règles fondamentales de notre système juridique et le principe de la séparation des pouvoirs. Ces éclaircissements ont toutefois éveillé peu d'échos à cause des éléments passionnels qui influencent le jugement arabe, d'autant plus que les notions juridiques qui nous sont familières deviennent difficiles à comprendre dans des pays dont les systèmes sont totalement différents.

Si je reprends dans ce contexte nos dispositions après la tragédie de Würenlingen et la réaction qu'elles ont provoquée, je voudrais clairement faire la distinction entre, d'une part, ce que nous estimons devoir entreprendre pour réprimer et prévenir des actes terroristes sur territoire suisse et, d'autre part, nos relations générales avec les États arabes ainsi que le règlement du contentieux que nous avons avec certains d'entre eux.

En ce qui concerne les actes terroristes, le Conseil fédéral réaffirme ici sa volonté de tout mettre en œuvre pour les réprimer et en prévenir la répétition. Ils ont soulevé dans l'opinion publique suisse une juste indignation que partage le Conseil fédéral. Certes, nous sommes conscients de la gravité du problème palestinien[11] et de la nécessité de le résoudre. Dès le début, notre pays a contribué largement à soulager le sort de ces réfugiés[12]. Mais nous considérons que le problème lui-même a été trop longtemps négligé et qu'aucun pays n'a le droit de demeurer indifférent à son égard. L'ensemble des États directement ou indirectement concernés en portent collectivement la responsabilité. Quoi qu'il en soit, ce problème ne saurait être réglé par des moyens de violence aveugle qui suscitent une réprobation unanime.

Le Conseil fédéral n'a rien négligé pour tenter d'éviter la répétition sur sol suisse d'attentats du genre de ceux d'Athènes, de Kloten, de Munich et de Francfort. Mais il sait que toute précaution peut être vaine si ceux qui songeraient à recourir à de tels moyens ont le sentiment d'y être encouragés et espèrent jouir de l'impunité. C'est pourquoi, le Conseil fédéral a demandé aux gouvernements arabes de faire tout ce qui est en leur pouvoir pour empêcher les actes terroristes commis à l'étranger.

À l'intention de ces gouvernements, nous avons insisté sur le caractère préventif de nos mesures. Elles ne sont en aucune façon dirigées contre le monde arabe avec lequel la Suisse souhaite avoir de bonnes relations. Un des

---

11. *Sur la question des contacts avec les mouvements palestiniens et l'ouverture d'un bureau de l'Organisation de libération de la Palestine à Genève, cf. la notice de M. Gelzer du 3 novembre 1970,* dodis.ch/36562; *la notice de S. Meili de janvier 1971,* dodis.ch/36335; *la notice de E. Brunner du 18 mars 1971,* dodis.ch/35436; *la notice de S. Meili du 18 novembre 1971,* dodis.ch/36332 *et la notice de A. R. Hohl du 1er juin 1972,* dodis.ch/36291.

12. *Sur la contribution de la Suisse à l'UNRWA, cf. p. ex. le PVCF N° 545 du 23 mars 1962,* dodis.ch/30555; *le PVCF N° 1060 du 19 juin 1967,* dodis.ch/33953 *et la notice de E. Thalmann du 23 février 1971,* dodis.ch/36072. *Cf. aussi* dodis.ch/R9768.

principes de la politique de la Suisse est l'universalité de ses relations étrangères. Discriminer les Arabes, exercer à leur égard un ostracisme quelconque contreviendrait à cette maxime fondamentale qui découle de notre neutralité. Cela serait en outre contraire à nos sentiments et à nos intérêts.

À nos sentiments, car des liens anciens nous attachent aux pays arabes; nous apprécions la valeur de l'apport de leur culture au patrimoine commun de l'humanité et nous savons tout ce qui peut encore être attendu d'elle. À nos intérêts, car nous sommes un petit pays orienté vers l'extérieur et qui a besoin pour vivre de son ouverture sur le monde; comment, dans ces conditions, pourrions-nous songer à nous mettre sur un pied d'hostilité à l'égard de plus de cent millions d'hommes répartis entre plus de douze États?

Les mesures que nous avons édictées doivent nous prémunir contre un danger latent dont la menace est réelle. En effet, selon la dépêche d'une agence de presse, Georges Habbache, chef du Front populaire de libération palestinienne, auquel appartiennent les auteurs de l'attentat de Kloten, aurait déclaré:

«Nous attaquons seulement les avions israéliens et ceux des impérialistes qui soutiennent le sionisme. Bien entendu, notre action dans cette direction continuera. C'est une guerre totale que nous menons.»

À la question s'il pensait que la Suisse était un pays impérialiste, M. Habbache, après quelque hésitation, aurait déclaré: «On a vu de quel côté les Suisses ont été lors du procès de Winterthur.»

Il y a lieu de relever ici que les organisations palestiniennes sont nombreuses et qu'il n'est pas possible d'en établir la liste exacte. Beaucoup d'entre elles sont réunies dans l'Organisation de libération de la Palestine. Son chef, M. Arafat, a déclaré que cette organisation s'abstient systématiquement d'attaquer des civils dans quelque lieu qu'ils soient et qu'elle ne pratique pas d'attentats contre des avions civils. Mais à côté de cette organisation, il existe d'autres groupements – dont le Front populaire de libération – qui ont manifesté nettement leur intention de poursuivre leur action terroriste en fomentant d'autres attentats.

La situation est ainsi très complexe et nous devons en tenir compte. Notre objectif est de mettre hors d'état de nuire les éléments dangereux. Mais il faut se garder de procéder à des généralisations simplificatrices qui nous éloigneraient de ce but et ne seraient pas justifiées.

Un État de droit et qui se veut tel doit échapper à tout prix au piège fatal de la passion dont l'autre nom est le racisme. Nous comprenons la profonde indignation de l'opinion publique et nous pouvons nous expliquer des réactions parfois insuffisamment contrôlées. À céder à la colère, on risque de perdre le sens de la mesure et de la dignité. Nous sommes attachés à une civilisation qui implique le refus intransigeant de toute concession au sentiment raciste et qui commande, en toutes circonstances, la lucidité et l'équité de jugement.

Arrêtons-nous encore sur deux reproches qui nous ont été faits par les gouvernements arabes[13].

---

13. *Sur la critique du Gouvernement syrien, cf. la lettre de P. von May à E. Thalmann du 26 février 1970,* dodis.ch/35444. *Sur la démarche collective des représentants des pays arabes auprès du Directeur général de l'Office des Nations Unies à Genève, cf. la lettre de J. Humbert à E. Thalmann du 13 mars 1970,* dodis.ch/35445.

Certains d'entre eux nous ont critiqués parce que nous n'avions pas rétabli le visa[14] pour les ressortissants israéliens. Ils ont fait valoir que si un attentat criminel était à l'origine de la catastrophe de Würenlingen, il pouvait tout aussi bien avoir été commis par des agents provocateurs sionistes que par des Palestiniens. L'observance d'une stricte neutralité aurait dû nous faire un devoir d'agir de même façon envers les deux parties au conflit. Israël aussi, ont-ils déclaré, a recours à des actes de terreur qui frappent des civils innocents.

À cette critique, je répondrai que si un doute subsiste au sujet de Würenlingen, il n'y en a point en ce qui concerne Kloten ni Francfort. C'est un groupement palestinien qui a menacé de nous frapper encore. C'est contre un danger déterminé que nous avons à nous défendre. L'hypothèse que, le même jour où des terroristes arabes ont introduit une bombe dans un avion autrichien au départ de Francfort, des agents israéliens auraient pu faire exploser un avion de la Swissair, dont la majorité des passagers étaient juifs, est absolument invraisemblable; elle ne peut s'appuyer sur aucun indice.

Par ailleurs, certaines déclarations arabes tentent de justifier des attentats contre des avions à destination d'Israël parce que ceux-ci transporteraient du matériel de guerre et seraient de ce fait des objectifs militaires. Nous devons repousser de la façon la plus catégorique une telle argumentation qui est dénuée de tout fondement pour ce qui concerne les avions Swissair. Ceux-ci ne transportent jamais de matériel de guerre, ni à destination d'Israël, ni à destination des pays arabes. Un embargo total[15] existe depuis de nombreuses années sur toutes les exportations et le transit de matériel de guerre à destination du Moyen-Orient. Cet embargo est strictement observé.

Pour ce qui est de notre contentieux avec quelques pays arabes, c'est principalement avec l'Algérie[16] et le Maroc[17] que nous avons encore des problèmes en suspens. Il s'agit en premier lieu de l'indemnisation des propriétaires suisses dont les biens ont été nationalisés ou saisis. Avec l'Algérie, il y a aussi le brouillage des émissions de Beromünster et la réparation des dommages subis par des ressortissants suisses indûment emprisonnés et qui ont été l'objet de graves sévices. En faisant tout à l'heure la distinction entre l'obligation dans laquelle nous nous trouvons de prévenir de nouveaux attentats et notre contentieux, je tenais à souligner que, pour nous, il serait inadmissible que le règlement de ce contentieux soit retardé du fait des mesures que nous avons été amenés à prendre. Actuellement, nos pourparlers aussi bien avec le Maroc qu'avec l'Algérie se trouvent à un point mort. Notre intention est de les reprendre dès que possible, afin que nos compatriotes reçoivent finalement satisfaction dans des affaires qui n'ont rien à voir avec l'attentat de Kloten ou l'explosion de Würenlingen.

Et maintenant, j'en arrive à mes conclusions.

La catastrophe de Würenlingen nous a tous bouleversés. Aux familles des victimes, je tiens à renouveler la profonde sympathie du Conseil fédéral.

---

14. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/35440, *en particulier note 5.*
15. *Cf. DDS, vol. 20, doc. 36,* dodis.ch/10920.
16. *Cf. doc. 75,* dodis.ch/35769.
17. *Cf. doc. 5,* dodis.ch/35831.

Le fait que l'explosion qui a détruit l'avion de la Swissair ait suivi une série d'attentats a immédiatement fait penser que ce drame était dû à un acte criminel. Bien que de nombreux éléments le laissent supposer, nous ne possédons pas de preuves absolues à ce sujet. Mais avant Würenlingen, il y a eu Kloten. Ailleurs, d'autres attentats ont été perpétrés contre des avions civils. Et de plus, des menaces[18] ont récemment encore été proférées envers la Suisse. Nous sommes ainsi confrontés avec un danger qui peut se répéter.

Notre premier souci doit être de conjurer de nouveaux drames. C'est à quoi tendent les mesures décidées par le Conseil fédéral[19] aussi bien sur le plan intérieur que sur le plan international. Toutes les mesures possibles de précaution ont été et continueront à être prises. Je puis en donner l'assurance au Conseil national.

S'il s'avère que la catastrophe de Würenlingen a été causée par un attentat et si ses auteurs parviennent à être identifiés, le Conseil fédéral fera tout ce qui est en son pouvoir pour que leur crime ne demeure pas impuni[20]. Mais je ne pense pas que nous devrions alors rendre responsables de cet acte d'autres que ceux qui les ont commis, préparés ou ordonnés.

Le terrorisme compromet aujourd'hui de façon croissante la sécurité aérienne pourtant indispensable au développement des relations et des échanges entre les peuples. À notre demande, ce problème qui touche l'ensemble des pays va être examiné au cours d'une assemblée extraordinaire de l'Organisation de l'aviation civile internationale, agence spécialisée des Nations Unies, dont la Suisse est membre. À cette conférence[21], nous participerons activement afin que les moyens soient trouvés pour mettre un terme à un nouveau fléau de notre temps.

Nous espérons enfin que la réprobation unanime suscitée par des actes terroristes aveugles – d'où qu'ils viennent – dirigés contre des objectifs civils fera prendre conscience à leurs auteurs de l'horreur de leurs forfaits qui ne peuvent conduire qu'à une escalade néfaste de la violence.

M. le conseiller national Chevallaz a encore demandé si le Conseil fédéral et plus particulièrement notre diplomatie seraient en mesure d'apporter une contribution à la solution d'un conflit qui, étant donné sa durée, les passions qu'il déchaîne et le fossé qu'il creuse toujours davantage entre les nations du

---

18. *Une menace anonyme à l'encontre de la Swissair a été proférée par appel téléphonique. Une autre menace a été proférée par G. Habache du Front populaire de libération de la Palestine; cf. la notice de M. Gelzer du 26 février 1970 et la lettre de M. Gelzer à H. Walder du 5 mars 1970, doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#234* (B.11.40.2). *Sur les menaces préalables au détournement d'un avion Swissair en Jordanie en septembre 1970, cf. aussi doc. 37,* dodis.ch/35415, *note 8.*

19. *Cf. note 5.*

20. *Sur l'enquête contre les coupables présumés, cf. la lettre de C. Baumann au Ministère public du canton de Zurich du 15 mai 1970,* dodis.ch/35466; *la lettre de H. Walder à Th. Kaeslin du 20 septembre 1971,* dodis.ch/35467 *et la notice du Département politique du 25 avril 1974,* dodis.ch/35465. *Cf. aussi le* Tatbestandsrapport und Schlussbericht des polizeilichen Ermittlungsverfahrens *de la police du canton de Zurich du 1er décembre 1970,* CH-BAR# E2001E-01#1982/58#180* (B.11.40.2).

21. *Sur la 17ème assemblée de l'Organisation de l'aviation civile internationale à Montréal du 16–30 juin 1970, cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1915* (o.733.21).

monde, menace incontestablement la paix. Il me reste, avant de terminer, à répondre à cette question.

L'affaire est actuellement aux mains des Nations Unies. C'est le Conseil de sécurité de l'ONU qui, le 22 novembre 1967, a voté une résolution[22] établissant les grandes lignes d'un règlement. Conformément à cette résolution, M. Thant, Secrétaire général des Nations Unies, a désigné M. Jarring, diplomate suédois, pour se rendre sur place et favoriser un accord entre les belligérants sur l'application de cette résolution. N'arrivant à aucun résultat satisfaisant, M. Jarring interrompit sa mission en octobre 1969 et, sur l'initiative de la France, les Représentants permanents auprès de l'ONU des Gouvernements de Londres, Paris, Moscou et Washington, se mirent à la recherche d'une formule d'interprétation de la résolution précitée susceptible de convenir aux belligérants. Leurs concertations, de même que celles des États-Unis et de l'URSS sur le même sujet, se poursuivent. Une action de bons offices est ainsi en cours dans le cadre des Nations Unies. Le moment ne semble donc pas venu pour la Suisse de se mettre à la disposition des belligérants. D'ailleurs, en plus de la concertation, les moyens de communication entre Israël et ses adversaires directs ne manquent pas, au sein des Nations Unies et au dehors.

Les parties ne semblent donc pas avoir besoin d'autres intermédiaires que ceux qui sont actuellement à l'œuvre. En outre, en matière de bons offices, il ne s'agit pas tant de les offrir que d'être sollicités! Deux facteurs principaux entrent en ligne de compte: d'abord le désir réciproque des antagonistes de trouver un intermédiaire et ensuite la confiance dont celui-ci jouit auprès de tous les intéressés. En l'occurrence, et comme nous venons de le voir, il ne paraît pas, à notre grand regret, que toutes les parties soient également convaincues de notre impartialité et de notre désir d'offrir des bons offices dégagés de tout parti pris. Mais les circonstances peuvent changer. Nous demeurons disponibles. Si l'occasion s'offrait à nous de faire avancer la cause de la paix, d'y contribuer au moyen d'une initiative que nous prendrions seuls ou avec d'autres, nous serions particulièrement heureux de rendre service à la communauté internationale.

[…][23]

---

22. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 22 novembre 1967,* UN doc. S/RES/242 (1967), CH-BAR#E2003A#1980/85#1876* (o.713.27).

23. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/35468.

13

dodis.ch/35631

Notice du Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann[1]

DROITS DE L'HOMME ET PORTUGAL

Confidentiel *[Berne,]* 24 mars 1970

1. Arrière-plan présumé de l'inscription à l'ordre du jour

Cette question a été mise à l'ordre du jour de l'assemblée pour des raisons qui nous paraissent assez obscures[2].

La commission des pays européens non membres présidée par M. le Conseiller national Hofer se préoccupe depuis longtemps du respect des droits de l'homme dans les pays de l'Est qu'elle a attaqués parfois très vivement[3].

La commission passe pour être un obstacle à la coexistence pacifique et au rapprochement du Conseil de l'Europe et des pays de l'Est qui voient d'un mauvais œil ses activités.

La commission a, au sein du Conseil de l'Europe, des adversaires qui voudraient mettre fin à ses activités. Il est possible que la commission «s'attaque» maintenant au Portugal pour rétablir un certain équilibre entre régimes «de droite et de gauche».

Quoi qu'il en soit et sans nous mêler aucunement des querelles intestines de l'assemblée, il est certain que les initiatives de l'assemblée dans le domaine des droits de l'homme ont un caractère publicitaire assez marqué, et, hélas, peu ou pas de suites sur le plan pratique. Les gouvernements attaqués s'en irritent, mais le poids politique de l'assemblée dans le monde n'est pas assez grand pour qu'ils songent à se conformer à ses vœux. Quant aux gouvernements des États membres, ils répugnent en général à s'immiscer dans les affaires intérieures d'autrui. Le cas de la Grèce est différent; la Grèce défiait ouvertement les dispositions du Statut et de la Convention européenne des droits de l'homme[4], textes auxquels elle était partie.

2. Position du DPF à l'égard de l'inscription à l'ordre du jour de la question portugaise

Il faut reconnaître qu'en Europe occidentale tout au moins les problèmes de sauvegarde des droits de l'homme ont tendance à dépasser le cadre natio-

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#367* (o.121.47). *Rédigée par F. Pometta.*
2. *Cf. le projet d'ordre du jour de la Commission des pays européens non membres de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe du 6 mars 1970,* CH-BAR#E2003A#1984/84#360* (o.121.360.Uch).
3. *Sur la situation des droits de l'homme en Union soviétique, cf. doc. 54,* dodis.ch/35679 *et doc. 82,* dodis.ch/35535, *point 1.*
4. *Sur la position de la Suisse concernant la Grèce, cf. doc. 6,* dodis.ch/35520, *en particulier note 2.*

nal et à intéresser l'ensemble de la communauté internationale[5]. C'est là une évolution irréversible et dont on ne peut que se féliciter quand elle aboutit à une amélioration réelle de la protection des droits de l'homme par le biais du droit international (c'est la raison pour laquelle, par exemple, la Suisse a participé en 1968 à la conférence des droits de l'homme à Téhéran[6] parce qu'en dépit de certaines outrances politiques, la conférence a tout de même donné une certaine impulsion à l'étude du droit humanitaire). En revanche, les initiatives de caractère publicitaire ou purement politique, contre tel ou tel pays en particulier, ne contribuent en général en rien aux progrès du droit conventionnel et sur le plan pratique n'améliorent pas le sort des individus. Elles vont plutôt à des fins contraires.

L'assemblée consultative va plus loin à l'égard du Portugal qu'à l'égard des pays de l'Est:

Le 10 juillet 1969, le Bureau de l'assemblée a fait droit à la requête de la commission des pays européens non membres d'envoyer un rapporteur au Portugal (M. Goëss[7], Autriche ÖVP). Celui-ci sera accompagné par M. Gratz (Autriche SPÖ), rapporteur de la commission des questions juridiques. Cette mission, prévue «pour octobre afin de coïncider avec les élections portugaises, a été reportée à mars 1970, étant donné que les autorités portugaises n'ont pas encore précisé leur position sur cette visite»[8].

La commission des pays non membres a aussi inscrit à son ordre du jour le 24 mars un «exposé éventuel de M. Soarès, un des dirigeants de l'opposition au Portugal»[9].

Le Département politique a comme règle de ne pas s'immiscer dans les affaires de l'assemblée ou de vouloir influencer nos délégués qui agissent sous leur propre responsabilité.

Quelque avis que l'on puisse avoir sur le régime portugais, l'initiative de l'assemblée n'est opportune ni au point de vue juridique, ni au point de vue politique. Le Portugal n'est nullement tenu de recevoir une mission d'enquête, annoncée pour le surplus avec maladresse. Cette immixtion dans ses affaires intérieures ne peut probablement que renforcer le camp des adversaires d'une libéralisation du régime et accentuer l'isolement diplomatique du Portugal.

Or il s'agit d'un pays ami, membre de l'EFTA et qui au surplus est déjà exposé à des attaques incessantes aux Nations Unies. Il serait inopportun d'aggraver encore les difficultés très réelles du Portugal en hurlant avec les loups alors que vraisemblablement une politique de coopération et de rappro-

---

5. *Sur la question de la signature de la Convention européenne des droits de l'homme, cf. doc. 62,* dodis.ch/37053, *en particulier note 2.*

6. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 80,* dodis.ch/33245.

7. *Annotation dans le texte original:* M. Goëss avait soumis en septembre 1969 un rapport préliminaire sur le Portugal aux conclusions très modérées. En janvier 1970 cependant, le Portugal a été critiqué assez vivement au moment du débat sur l'EFTA.

8. *Cf. le programme des activités futures de la Commission des pays européens non membres de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe du 12 février 1970,* CH-BAR# E2210.6B#1985/230#65* (731-4o.0).

9. *Annotation dans le texte original:* M. Soarès a été exilé à São Tomé et condamné à maintes reprises par les autorités portugaises.

chement du Conseil de l'Europe et du Portugal dans le domaine technique – politique qui est déjà menée à l'égard de l'Espagne et de la Yougoslavie et qui est tentée à l'égard des pays de l'Est – aurait à long terme plus d'effets concrets sur la libéralisation du régime. (À la différence de la Grèce, le Portugal n'a mené aucune attaque de front contre les principes incorporés dans le Statut du Conseil de l'Europe).

Pour l'instant, il n'est pas possible de prédire le sens des rapports qui seront présentés à l'assemblée. Celle-ci a le choix entre une résolution – texte qui n'engage que l'assemblée – et une recommandation au Comité des ministres lequel est tenu de répondre à l'assemblée. Nous espérons que l'assemblée renoncera à adopter une recommandation sur le Portugal, car le Comité des ministres ne pourrait vraisemblablement pas y donner suite et l'opinion publique tant nationale qu'internationale (Nations Unies, etc.) verrait probablement dans ce refus une défense de la politique du Portugal alors qu'il s'agit seulement en fait du désir de ne pas créer de conflits superfétatoires.

P. S. Nous apprenons à l'instant de Strasbourg que les rapporteurs du Conseil de l'Europe n'ont pas pu se rendre au Portugal, les autorités portugaises n'ayant pas donné leur agrément.

14

dodis.ch/35746

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

BESUCH DES UNGARISCHEN BOTSCHAFTERS[2] VOM 7. APRIL 1970

[Bern,] 2. April 1970

1. Allgemeines

Der 1. Januar 1968 stellt einen wichtigen Meilenstein in der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns seit Kriegsende dar. Er ist der Startpunkt einer jahrelangen systematisch vorbereiteten und umfassenden Wirtschaftsreform, die unter dem offiziellen Namen «Neuer Wirtschaftsmechanismus» wesentliche Verbesserungen im Funktionieren der Binnen- und Aussenwirtschaft bringen soll[3]. Damit steht Ungarn an der Spitze der osteuropäischen Reformbewegungen. Dass diese Reform in Moskau anscheinend

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1981/41#1126* (821). *Verfasst und unterzeichnet von R. Probst. Kopien an P. R. Jolles, A. Weitnauer, L. Roches, A. Bürki, R. Kummer und J.-C. Düby. Eine Kopie dieser Notiz wurde für die Vorbereitung auf den Höflichkeitsbesuch von J. Baczoni bei E. Brugger vom 28. Oktober 1970 verwendet, vgl.* CH-BAR#E7001C#1982/117#17* (004.19). *Vgl. dazu die Aufzeichnung von L. Roches vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/36414.

2. *I. Beck.*

3. *Zu den Reformmassnahmen in Ungarn vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 188,* dodis.ch/32405, *Anm. 30 sowie den politischen Bericht von R. Aman vom 18. Dezember 1972,* dodis.ch/36410.

keinen Anstoss erregt, ist nicht zuletzt der Methode der kleinen Schritte zu verdanken, die man in Budapest teils aus der eigenen Erfahrung von 1956, teils um die Fehler der Prager Reformer zu vermeiden, befolgte.

2. Das wirtschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und Ungarn wurde nach Kriegsende durch die Eingliederung des Magyaren-Staates in den kommunistischen Ostblock (Wirtschaftsblock: COMECON, militärischer Block: Warschauer Pakt) und durch die Nationalisierung der schweizerischen Vermögenswerte gekennzeichnet. Obwohl ein Handelsvertrag mit der österreichisch-ungarischen Monarchie vom 9. 3. 1906[4] für Ungarn teils noch heute (so insbesondere hinsichtlich der Meistbegünstigungsklausel in Zollsachen) in Kraft steht, mussten deshalb nach dem Krieg neue vertragliche Grundlagen geschaffen werden. Heute sind massgebend die Abkommen

a) über den *Warenaustausch und Zahlungsverkehr,* vom 27./29. 6. 1950[5], und

b) betreffend die *Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn* vom 19. 7. 1950[6].

Zu a): Wichtig sind hier die Bestimmungen, wonach der gegenseitige Zahlungsverkehr auf Clearing-Basis abgewickelt wird. 20% der schweizerischen Einzahlungen stehen dabei Ungarn als freie Devisen zur Verfügung. Diese sind in rechtlicher Hinsicht nicht mit der Bezahlung der vereinbarten Nationalisierungsentschädigung verknüpft. Ungarn kann also unabhängig vom Erlöschen der Nationalisierungsschuld gestützt auf die derzeit gültigen Vereinbarungen auf diese Quote Anspruch erheben.

Zu b): Die Entschädigungssumme für in Ungarn nationalisiertes, enteignetes oder sonstwie beschränktes Eigentum wurde auf rund $ 30 Mio. festgelegt. Die Bezahlung erfolgte in Semesterraten, wobei die beiden letzten in der Höhe von je rund Fr. 150'000 dieses Jahr zur Auszahlung gelangen, womit der eigentliche Nationalisierungskomplex Ende 1970 als abgeschlossen betrachtet werden kann.

Darüber hinaus führt nun aber das Politische Departement mit Ungarn noch Verhandlungen über die *Entschädigung nachträglich enteigneter Liegenschaften,* wobei Ungarn seinerseits Gegenforderungen (z. B. für sog. erblose ungarische Vermögen in der Schweiz) geltend macht[7]. Bis heute liess sich hier noch keine befriedigende Lösung finden.

---

4. Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Österreich-Ungarn *vom 9. März 1906, BS, 14, S. 632–646. Vgl. dazu DDS, Bd. 5, thematisches Verzeichnis* 14.2.

5. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr *vom 27. Juni 1950, AS, 1950, S. 588–593 und* Zusatzvereinbarung zum Abkommen mit Ungarn betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 27. 6. 1950 *vom 29. Juni 1950,* CH-BAR K1(-) 1558/1.

6. Abkommen zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Ungarischen Volksrepublik betreffend die Abgeltung der schweizerischen Interessen in Ungarn *vom 19. Juli 1950,* dodis.ch/2520. *Vgl. dazu auch DDS, Bd. 18, Dok. 32,* dodis.ch/8539.

7. *Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und Ungarn zu den noch offenen vermögensrechtlichen Fragen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 21,* dodis.ch/31540, *Anm. 2 und DDS, Bd. 24, Dok. 42,* dodis.ch/32217. *Vgl. ferner Dok. 183,* dodis.ch/35670.

In diesem Lichte ist auch der *Wunsch Ungarns nach Aufhebung des Clearings*[8] zu betrachten. Das Begehren wäre wohl an sich prüfenswert. Solange sich jedoch Ungarn zu einer befriedigenden Regelung der nachträglichen Enteignungen nicht bereit findet, besteht auch für uns kein Grund, seinem Wunsch näherzutreten.

3. GATT

Nachdem sich Ungarn während dreier Jahre durch Beobachter an den GATT-Sessionen vertreten liess, stellte es im Sommer 1969 das Gesuch um Aufnahme ins GATT, dem im heutigen Zeitpunkt aus dem Ostblock nur die Tschechoslowakei, und zwar schon aus der Zeit vor der kommunistischen Machtübernahme, sowie Polen angehören, während über einen eventuellen Beitritt Rumäniens gegenwärtig verhandelt wird. Eine Arbeitsgruppe, der auch die Schweiz angehört, ist mit der Ausarbeitung eines Beitrittsprotokolls beauftragt. Für die Schweiz geht es dabei in erster Linie darum, unseren traditionellen Konsumgütern (Textilien, Uhren, Landwirtschaft), die bei der Einfuhr nach Ungarn auf erhebliche, durch den Unterschied der Wirtschaftsstruktur bedingte Schwierigkeiten stossen, einen besseren Zugang zum ungarischen Markt sicherzustellen.

4. Schweizerisch-ungarischer Handelsaustausch

Der Warenaustausch erbrachte seit 1955 mit Ausnahme des Jahres 1968 ständig einen Aktivsaldo zugunsten Ungarns. Im letzten Jahr überschritten unsere *Einfuhren aus Ungarn* mit 104,9 Mio. $ erstmals die 100 Mio.-Grenze. Ungarn liefert uns hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte (Schlachtvieh, Fleisch, Hausgeflügel, Eier, Wein), Rohstoffe und Konfektionswaren. Die schweizerischen *Exporte* nach Ungarn im Wert von 83,5 Mio. $ setzen sich in erster Linie aus Investitionsgütern (Maschinen und Apparaten) und chemischen Erzeugnissen (Farben, Desinfektionsmittel) zusammen. Passivsaldo 1969 zulasten der Schweiz: 21,4 Mio. $.

5. Ende 1969 bewilligte der Bundesrat der *ungarischen Nationalbank,* nachdem das grundsätzliche Gegenrecht zugesichert worden war, die Eröffnung einer Vertretung in Zürich[9] (ohne eigentliche Bankentätigkeit).

---

8. *Vgl. dazu den Bericht von A. Grübel vom 29. September 1967,* dodis.ch/32226.
9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 97,* dodis.ch/33020, *bes. Anm. 4.*

15

dodis.ch/35146

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

VISITE DE L'AMBASSADEUR DU NÉPAL[2] LE 17 AVRIL 1970

Berne, 16 avril 1970

Nous entretenons avec le Royaume du Népal des relations traditionnellement bonnes[3]. Nos compatriotes qui séjournent dans ce pays y rencontrent le meilleur accueil. Il en a été de même des membres des expéditions suisses[4] qui se sont rendues dans le massif de l'Himalaya.

Le Népal est l'un des États les plus pauvres du monde. C'est pourquoi notre Coopération technique a commencé très tôt son activité dans ce pays en collaboration avec des organisations privées suisses et la FAO[5].

Les actions entreprises[6] concernent plus particulièrement les domaines suivants: fromagerie, agriculture et sylviculture, construction de ponts suspendus, atelier de mécanique, hygiène. La Coopération technique apporte depuis 1963 son aide aux réfugiés tibétains dans les centres de production de tapis[7] qu'elle a créés et qui assurent à ces populations un minimum de moyens d'existence. À plusieurs reprises au cours des dernières années, le Gouvernement népalais a sollicité notre concours pour résoudre des problèmes particuliers. C'est ainsi que nous avons mis à la disposition des autorités de Katmandou comme conseiller l'ancien ambassadeur Grässli, lorsqu'il s'est agi de négocier un nouvel accord commercial indo-népalais[8].

Depuis 1962, la Confédération a consacré un montant de 10,7 millions de francs à la coopération technique au Népal. Le programme pour les années

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4188* (B.15.21). *Rédigée par R. Baumgartner.*
2. *P. L. Rajbhandary.*
3. *Sur les relations économiques, cf. la lettre de H. Bühler à H. Lacher du 23 février 1971,* dodis.ch/35135. *Sur la question de la représentation suisse à Katmandou, cf. DDS, vol. 24, doc. 183,* dodis.ch/32819; *la lettre de A. R. Lindt à F. Bieri du 9 avril 1970,* dodis.ch/35136 *et la lettre de F. Bohnert à A. Janner du 8 janvier 1971,* dodis.ch/35138.
4. *Cf. les lettres de V. Umbricht à E. Feuz-Grüebler du 4 octobre 1952,* dodis.ch/10228 *et du 9 octobre 1952,* dodis.ch/10227.
5. *Cf. DDS, vol. 21, doc. 123,* dodis.ch/14754; *DDS, vol. 22, doc. 158,* dodis.ch/18988 *et DDS, vol. 23, doc. 112,* dodis.ch/30931, *note 14.*
6. *Cf. la lettre de R. Högger à Helvetas et au délégué à la coopération technique du 24 janvier 1971,* dodis.ch/35142; *le PVCF N° 1031 du 21 juin 1971,* dodis.ch/35148; *la lettre de R. Wilhelm à l'Administration des finances du 7 septembre 1972,* dodis.ch/35151 *et le rapport de H. Joss d'octobre 1972,* dodis.ch/35149.
7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 29; la lettre de R. Wilhelm à R. Högger du 26 novembre 1970,* dodis.ch/35153; *le rapport de R. Weiersmüller du 24 février 1971,* dodis.ch/35156 *et la notice de R. Pestalozzi du 26 avril 1971,* dodis.ch/35154.
8. *Sur la mission de M. Grässli, cf. la lettre de M. Grässli à S. Marcuard du 8 septembre 1969,* dodis.ch/32857 *et la lettre de A. R. Lindt à P. R. Jolles du 25 octobre 1969,* dodis.ch/32855.

1970-1972[9] prévoit l'engagement de 4,6 millions supplémentaires. Quarante experts et volontaires suisses travaillent actuellement dans le Royaume. Divers projets sont maintenant à l'étude[10].

Le mouvement commercial entre la Suisse et le Népal est très modeste.

9. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 182,* dodis.ch/32847.
10. *Cf. la proposition de projet de la Coopération technique N° 36 du 14 mars 1972,* dodis.ch/35143.

16

dodis.ch/35286

Der Rechtsberater des Politischen Departements, R. Bindschedler, an verschiedene Ämter[1]

VERTRAG ÜBER DIE NICHTVERBREITUNG VON KERNWAFFEN; WEITERE STUDIEN UND ABKLÄRUNGEN[2]

Vertraulich Bern, 20. April 1970

Am 23. März 1970 hat der Bundesrat beschlossen[3], das Politische Departement zu beauftragen, in Verbindung mit dem Departement des Innern, dem Finanz- und Zolldepartement und dem Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement einen neuen Antrag mit konkreten Aufträgen dem Bundesrat vorzulegen, in welchem die entsprechenden Beschlüsse und die zu erteilenden Aufträge festzuhalten sind.

Aus den einzelnen Berichten und Stellungnahmen ergeben sich folgende Meinungsverschiedenheiten:

1. Bei den Studien über die Urananreicherung verlangt das Departement des Innern eine angemessene finanzielle Beteiligung der interessierten Kreise[4]. Das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement hat sich dagegen ausgesprochen[5].

1. *Schreiben:* CH-BAR E 5560(D) 1996/188 Bd. 139 (241.1.5). *Gerichtet an die Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern, das Amt für Energiewirtschaft des Verkehrs und Energiewirtschaftsdepartements, den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste des Militärdepartements und an die Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements. Dieses Exemplar ging an den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste des Militärdepartements. Visiert von P. Gygli und H. Senn.*
2. *Handschriftliche Marginalie von H. Senn:* Persönlich bin ich mit dem Entwurf zum B*[undes]*R*[at]* einverstanden.
3. *BR-Prot. Nr. 541 vom 23. März 1970,* dodis.ch/35371. *Vgl. auch das BR-Beschlussprot. II vom 1. April 1970 der 12. Sitzung vom 23. März 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.
4. *Für den Mitbericht des Departements des Innern an den Bundesrat vom 27. Februar 1970 vgl. das BR-Prot. Nr. 541 vom 23. März 1970,* dodis.ch/35371.
5. *Für die Stellungnahme des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement an den Bundesrat vgl. Anm. 4.*

Unser Departement würde eine Beteiligung der Industrie begrüssen, ist allerdings der Auffassung, dass die Arbeiten auch im allgemeinen Landesinteresse liegen[6]. Ein Kompromiss könnte so gefunden werden, dass vorerst einmal der von der Abteilung für Wissenschaft und Forschung gewünschte Nachtragskredit von Fr. 150'000 gewährt wird, um die Projektdefinitionsphase abzuschliessen. Gleichzeitig wären mit der Industrie und der Elektrizitätswirtschaft Verhandlungen aufzunehmen, um deren finanzielle Beteiligung an weiteren Forschungen zu erwirken. Über das Ergebnis dieser Besprechungen wäre dem Bundesrat Bericht[7] zu erstatten. Auf Grund dieses Berichtes wäre dann zu entscheiden, ob die Arbeiten fortgeführt werden sollen.

2. Wiederum bei der Urananreicherung besteht eine zweite Differenz, indem das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement die Arbeiten bis zum Zeitpunkt der Ratifizierung des Atomsperrvertrages[8] durch die Schweiz, spätestens bis Ende 1971, beschränken möchte[9]. Das Departement des Innern, das Militärdepartement wie auch unser Departement haben sich gegen eine solche Begrenzung ausgesprochen[10].

Wir möchten das Amt für Energiewirtschaft bitten, die Frage noch einmal zu überprüfen und auf die zeitliche Beschränkung zu verzichten. Das sollte möglich sein, indem wir vorschlagen, dass nach Erschöpfung des Nachtragkredites von Fr. 150'000 und dem Abschluss der Besprechungen mit der Industrie die Frage der Weiterführung der Arbeiten dem Bundesrat ohnehin unterbreitet würde.

3. Das Finanz- und Zolldepartement hat sich ganz allgemein gegen die Weiterführung der Studien geäussert[11]. Wir können uns dieser Auffassung nicht anschliessen und dürfen für die Begründung auf unseren Antrag vom 17. Februar 1970[12] und insbesondere auf unsere Stellungnahme vom 18. März 1970[13] verweisen. Die andern interessierten Departemente teilen wohl unsere Ansicht. Wir wären der Finanzverwaltung sehr zu Dank verpflichtet, wenn sie sich unserer Meinung anschliessen könnte.

Die vom Bundesrat schon früher beschlossenen und im Bericht an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesvertei-

---

6. *Für die Stellungnahme des Politischen Departements an den Bundesrat vom 5. März 1970 vgl. das BR-Prot. Nr. 541 vom 23. März 1970,* dodis.ch/35371.

7. *BR-Prot. Nr. 1176 vom 7. Juli 1970,* dodis.ch/37109.

8. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen *vom 1. Juli 1968, AS, 1977, S. 472–482. Die Ratifikationsurkunde wurde von der Schweiz am 9. März 1977 hinterlegt.*

9. *Für den Antrag des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements an den Bundesrat vom 9. März 1970 vgl. Anm. 4.*

10. *Für den Mitbericht des Departements des Innern an den Bundesrat vom 12. März 1970, den Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat vom 12. März 1970 und den Mitbericht des Militärdepartements an den Bundesrat vom 17. März 1970 vgl. Anm. 4.*

11. *Für den Mitbericht des Finanz- und Zolldepartements an den Bundesrat vom 16. März 1970 vgl. Anm. 4.*

12. *Für den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 17. Februar 1970 vgl. Anm. 4.*

13. *Für die Stellungnahme des Politischen Departements an den Bundesrat vom 18. März 1970 vgl. Anm. 4.*

digung vom 6. Juni 1966[14] (Seite 19/20) umschriebenen Studien auf dem militärischen Sektor sind aus den in unserem Antrag vom 17. Februar 1970[15] erwähnten Gründen weiterzuführen. Sie sind wohl unbestritten. Da hierüber bereits Beschluss gefasst worden ist und das Parlament davon Kenntnis genommen hat, wäre ihre erneute Erwähnung in einem Bundesratsbeschluss nicht unbedingt notwendig.

Auf Grund dieser Überlegungen haben wir den Entwurf zu einem Dispositiv eines Bundesratsbeschlusses[16] ausgearbeitet, den Sie in der Beilage finden. Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie diesen Entwurf prüfen und uns Ihre Stellungnahme[17] mitteilen wollten. Selbstverständlich sind wir gerne auch zu einer konferenziellen Besprechung bereit. Es sollte wenn immer möglich erreicht werden, dass dem Bundesrat ein unbestrittener Antrag eingereicht werden kann[18]. Gegebenenfalls wäre über die Kontroverse zwischen dem Finanz- und Zolldepartement und den andern Departementen durch den Bundesrat selbst zu entscheiden.

14. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung, *BBl, 1966, I, S. 853–877.*

15. *Vgl. Anm. 12.*

16. Entwurf zu einem Dispositiv eines Bundesratsbeschlusses, *Doss. wie Anm. 1.*

17. *Schreiben von U. Hochstrasser an R. Bindschedler vom 27. April 1970; Schreiben von R. Bieri an R. Bindschedler vom 6. Mai 1970; Schreiben von P. Gygli an R. Bindschedler vom 8. Mai 1970 und Schreiben von H. R. Siegrist an R. Bindschedler vom 29. Mai 1970, Doss. wie Anm. 1.*

18. *Für den Antrag des Politischen Departements an den Bundesrat vom 13. Juni 1970 vgl. Anm. 7.*

17

dodis.ch/35599

Télégramme de l'Ambassadeur de Suisse à Rome, J. de Rham, au Département politique[1]

Rome, 28 avril 1970, 10 h 45

Vous adresse court rapport[2] au sujet visite C*[onseiller]* f*[édéral]* Brugger à Milan, mais voici mes impressions quant à conversation échangée avec Bemporad au sujet ouvriers italiens.

1. Brugger a exposé très franchement situation à laquelle doit faire face Gouvernement suisse et n'a pas caché ses appréhensions au sujet issue votation sur initiative Schwarzenbach[3], raison pour laquelle l'on souhaiterait du côté

1. *Télégramme N° 99 (copie de réception):* CH-BAR#E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1). *Reçu:* 28 avril 1970, 14 h 30.

2. *Lettre de J. de Rham à P. Micheli du 28 avril 1970,* dodis.ch/36055.

3. *L'initiative populaire contre l'emprise étrangère a été refusée le 7 juin 1970 par 54% des voix, 13 cantons et 4 demi-cantons; cf. FF, 1970, II, pp. 301–304. Pour la position du Conseil fédéral sur l'initiative, cf. le PVCF N° 935 du 27 mai 1970,* dodis.ch/36058. *Sur l'initiative, cf. aussi l'exposé de A. Grübel du 3 septembre 1970,* dodis.ch/34534.

suisse que l'on s'abstienne de tout ce qui pourrait apporter de l'eau au moulin de ceux qui pour toutes sortes de raisons seraient tentés de voter pour l'initiative[4]. M. Brugger a fait appel à la compréhension des autorités italiennes tout en soulignant que du côté suisse l'on avait agi dans l'intention de faire tout le possible pour éviter un succès de l'initiative qui aurait de graves conséquences pour la Suisse[5].

2. Du côté italien Bemporad expliqua que le Gouvernement est très anxieux de pouvoir démontrer aux émigrants qu'il fait tout le nécessaire pour défendre leurs intérêts. Il veut éviter de donner l'impression de laisser l'initiative des opérations à l'extrême gauche qui, à des fins électorales, cherche à s'assurer le monopole de la défense des intérêts des ouvriers italiens[6]. Le Gouvernement italien se préoccupe de rallier au centre gauche le plus grand nombre possible d'émigrants.

3. Dans cette perspective les autorités italiennes regrettent que l'on ait fixé en septembre seulement la réunion de la Commission mixte. Malgré les réunions invoquées du côté suisse le délai paraît trop long et les autorités italiennes auraient préféré négocier une date à fixer au début de l'été.

4. Discussion générale suivit à laquelle Martino et moi-même prîmes part. Il fut suggéré du côté italien que l'on examine possibilité fixer à une date antérieure, début juillet, réunion préparatoire pour établir agenda réunion de septembre[7]. Ceci dans l'idée sans doute de faciliter position du Gouvernement italien qui voudrait démontrer avoir agi avec toute l'attention nécessaire. Gouvernement italien répondra à notre note dans ce sens. M. Brugger s'est borné à prendre note avec intérêt des raisons invoquées du côté italien en laissant entendre que question serait examinée sur la base réponse italienne à notre note[8].

5. Tout l'entretien s'est déroulé sur un ton compréhensif et objectif de part et d'autre, du côté italien l'on souligne nécessité réunir Commission mixte également pour examiner questions techniques restées en suspens[9] et antérieures à situation créée par nouvelles mesures adoptées[10] par C*[onseil]* f*[édéral]*.[11]

---

4. *Cf. la notice de B. Stofer du 1er avril 1970,* dodis.ch/36269.

5. *Sur cette question, cf. l'exposé de G. Pedotti du 6 avril 1970,* dodis.ch/36042 *et la circulaire de M. Gelzer aux représentations suisses du 14 mai 1970,* dodis.ch/36056.

6. *Cf. la notice de J. Rüedi du 3 avril 1970, doss. comme note 1.*

7. *Aucune réunion préparatoire n'a eu lieu. Seule une visite de courtoisie de R. Bemporad à P. Graber a eu lieu le 2 juillet 1970. Sur cette question, cf. doc. 31,* dodis.ch/35600; *la notice de P. Micheli à P. Graber du 15 mai 1970,* dodis.ch/37038 *et la lettre de A. Grübel à E. Mäder, P. Micheli, W. Martel, C. Motta et K. Locher du 17 juillet 1970,* dodis.ch/36270.

8. *Sur les discussions en vue d'une réunion préparatoire de la Commission mixte en juillet, cf. l'aide-mémoire de l'Ambassade d'Italie au Département politique du 27 avril 1970 et l'aide-mémoire du Département politique à l'Ambassade d'Italie du 15 mai 1970, doss. comme note 1.*

9. *Sur les travaux de la Commission mixte qui s'est réunie à Rome du 29 septembre–3 octobre 1970 et à Berne du 14–18 décembre 1970, cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1977/67#1390* (241.14).

10. *PVCF N° 505 du 16 mars 1970,* dodis.ch/36175.

11. *Annotation manuscrite en bas de page de M. Gelzer du 28 avril 1970:* Habe veranlasst, dass Kopien dieses Kabels gesandt werden zur Kenntnisnahme an die Herren Grübel, Mäder, Martel, Motta, Moser (Handel*[sabteilung]*).

18

dodis.ch/33817

Interne Notiz der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements[1]

DIE SCHWEIZERISCHERSEITS GEMACHTEN ERFAHRUNGEN IM BÜRGERKRIEG IN NIGERIA[2] (HUMANITÄRE HILFE)

Bern, 1. Mai 1970

1. Hilfe durch Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK)

Das IKRK kann nicht wie das Schweizerische Rote Kreuz als Träger bestimmter Aktionen des Bundesrats angesprochen werden. Vielmehr geht es jeweils darum, an eine bestimmte Aktion des IKRK einen Bundesbeitrag zu leisten.

Im Nigeriakonflikt stand das IKRK vor seiner grössten Aufgabe seit dem Zweiten Weltkrieg. Die gewaltige Hilfsaktion, die es zusammen mit zahlreichen nationalen Rotkreuzgesellschaften seiner Tradition entsprechend völlig neutral und unparteiisch durchführte, trugen ihm und Botschafter Lindt persönlich die grösste Hochachtung verschiedener Grossmächte wie der USA, Australien usw. ein. Auf der andern Seite sah sich das IKRK aber auch einer gewissen, manchmal sogar schwerwiegenden Kritik[3] gegenüber: langsames und schwerfälliges Anlaufen seiner Aktion; seine Ohnmacht gegenüber dem Unterbruch der Luftbrücke nach dem 6. Juni 1969. Der erste dieser Mängel ist auf das Fehlen von geeigneten Kadern und Hilfsmitteln zurückzuführen; der zweite dagegen war bedingt durch die heute noch geltenden Begrenzungen des humanitären Rechts: wörtlich ausgelegt umfassen die Genfer Konventionen von 1949[4] die modernen Formen des Krieges, namentlich interne bewaffnete Konflikte, nicht.

Die moralische und materielle Unterstützung des IKRK gehört zu den Grundelementen unserer Aussenpolitik[5]. Schweiz und IKRK werden weitgehend miteinander identifiziert[6]. Trotz der Kritiken, denen das IKRK ausgesetzt war, glauben wir nicht, dass unser Einsatz zu Gunsten des Komitees im

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1980/85#754* (o.222). *Verfasst von D. Werner und H. Vogt.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 136,* dodis.ch/33251 *und Dok. 185,* dodis.ch/33253. *Für eine Übersicht vgl. die Notiz von E. Thalmann an W. Spühler vom 13. Januar 1970,* dodis.ch/34279*; die Notiz von D. Werner an W. Spühler vom 13. Januar 1970,* dodis.ch/36689 *und das BR-Beschlussprot. II vom 16. Januar 1970 der 2. Sitzung vom 14. Januar 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 136,* dodis.ch/33251, *Anm. 19.*
4. *Für die Ratifizierung durch die Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 565 vom 24. März 1950,* dodis.ch/7181.
5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1527 vom 8. September 1971,* dodis.ch/36365 *und das BR-Prot. Nr. 1779 vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/36367.
6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 136,* dodis.ch/33251, *Anm. 20.*

Nigeriakonflikt dem schweizerischen Ansehen[7] in den Entwicklungsländern auf lange Sicht geschadet hat. Wir werden aber auch in Zukunft damit rechnen müssen, dass Rückschläge, die das IKRK in der Dritten Welt, wo seine Aufgabe noch nicht genügend bekannt ist, erleiden kann, unsere Beziehungen zu dieser zeitweilig belasten.

Die Nigeria-Aktion hat einen solchen Umfang angenommen, und die eingesetzten Mittel waren so gross, dass ein Kleinstaat wie die Schweiz, abgesehen von der Stellung von Kadern, sich an solchen Operationen praktisch nur noch finanziell beteiligen kann. Entweder verfügen wir gar nicht über die benötigten Hilfsgüter und namentlich Transportmittel, oder dann nur in so beschränkter Zahl, dass sich ihr gesonderter Einsatz gar nicht lohnt. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, dass nicht nur die Schweiz an die Aktion des IKRK erhebliche Beiträge geleistet hat (rund 26,5 Millionen Franken von insgesamt 35,5 Millionen, die für humanitäre Aktionen im Nigeriakonflikt ausgegeben wurden, siehe Beilage[8]); der Beitrag der USA beispielsweise belief sich auf rund 300 Millionen Franken.

Die Bewältigung der organisatorischen Probleme mit Hilfe von Kadern aus den verschiedenen Verwaltungen dagegen hat sich als Notlösung nicht schlecht bewährt. Sie hat aber einmal mehr bewiesen, wie notwendig die Bereitstellung eines Katastrophenhilfskorps[9] ist, auf das in solchen Fällen zurückgegriffen werden kann.

Es muss somit angenommen werden, dass wir für die Unterstützung des IKRK von jetzt an bedeutend grössere Mittel bereitstellen müssen, wenn uns weiter daran gelegen ist, diese Verantwortung zu tragen. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Kontrolle seiner Finanzen aufgeworfen worden. Solche Kontrollen werden regelmässig durch eine schweizerische Treuhandgesellschaft durchgeführt. Wir glauben auch, dass das finanzielle Gebaren des IKRK durch die Wahl eines Bankdirektors[10] zu seinem neuen Präsidenten nur gewonnen hat. Einer diskreten Kontrolle über die Verwendung der von der Eidgenossenschaft zur Verfügung gestellten Mittel wird sich das IKRK übrigens trotz seiner grundsätzlichen Unabhängigkeit wahrscheinlich nicht widersetzen[11].

2. Durch Vermittlung des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK)

Der Einsatz einer Arztequipe des SRK[12] hat sich vor und nach dem Zusammenbruch der Sezessionsbewegung sehr bewährt. Die beiden Missionen in Aboh und jetzt wieder in Awo Omamma haben bewiesen, dass eine Equipe mit einem unerschrockenen und tatkräftigen Leiter (hier beginnt das Problem

---

7. *Zum Bild der Schweiz in afrikanischen Staaten vgl. Dok. 86,* dodis.ch/35680, *bes. Anm. 5 und 7.*

8. *Für die Beilage vgl.* dodis.ch/33817. *Zum Beitrag an das IKRK vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 103 vom 21. Januar 1970,* dodis.ch/36695.

9. *Zur Schaffung des Katastrophenhilfekorps vgl. Dok. 79,* dodis.ch/35193.

10. *M. A. Naville.*

11. *Vgl. dazu z. B. die Notiz von D. Werner an R. Keller vom 4. Februar 1971,* CH-BAR# E2003A#1984/84#953* (o.258.3).

12. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Real an E. Thalmann vom 18. Mai 1970,* CH-BAR# E2001E#1980/83#3510* (B.73.0) *sowie Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#799* (o.222.4.09).

der Kaderrekrutierung) auch in verworrener Lage, während andere Aktionen in der Luft hängen, sehr wertvolle Arbeit leisten kann.

Das SRK ist als Träger von solchen Aktionen des Bundesrates auch deshalb besonders geeignet, weil es einerseits zwar Schutz und Erleichterungen des Roten Kreuzes geniesst, andererseits aber als nationale Rotkreuzgesellschaft mehr Bewegungsfreiheit hat als das IKRK. Während dieses seine Aktionen unparteiisch und neutral auf beide Seiten der Front verteilen muss, will es nicht seine Präsenz überhaupt in Frage stellen, ist die Haltung der nationalen Rotkreuzgesellschaften elastischer. Immerhin hat im Nigeriakonflikt auch das SRK ein Gleichgewicht zwischen den beiden Parteien gesucht (Equipe am Teaching Hospital in Lagos).

Hauptproblem beim Einsatz medizinischer Equipen bleibt die Rekrutierung der Equipenleiter. Junge Ärzte, denen die Katastrophenmission als Beförderungsdienst angerechnet werden kann, stehen genügend zur Verfügung. Die letzten Erfahrungen in Vietnam[13] und Nigeria zeigen aber, dass der Erfolg einer solchen Aktion ganz wesentlich vom Equipenchef abhängt.

3. Durch Vermittlung privater Hilfsorganisationen[14]

Die brüske Ablehnung gewisser Hilfsorganisationen (darunter der kirchlichen Hilfswerke) durch die nigerianische Regierung nach dem Zusammenbruch zeigt deutlich, wie delikat die Frage der Unterstützung privater Hilfsorganisationen durch den Bund ist. Wohl haben die kirchlichen und andere Organisationen beim Ausfall des IKRK ausgezeichnete Arbeit geleistet, und wir haben auch nicht gezögert, unsere Hilfe durch ihre Vermittlung zu leisten, als einer unserer traditionellen Kanäle ausfiel; wir können uns aber mit ihrem durch keine völkerrechtlichen Bedenken eingeschränkten Helferwillen einfach nicht völlig identifizieren. Hätten wir uns so eindeutig hinter sie gestellt, wie dies etwa die nordischen Staaten zugunsten der kirchlichen Hilfswerke taten, wären wir wie diese von der weitern Hilfsmöglichkeit ausgeschlossen worden.

4. Direkte Bundeshilfe

Dem guten Willen auf der Spenderseite steht leider im Zeichen eines zunehmenden Nationalismus in der Dritten Welt nicht immer ein gleich guter auf der Empfängerseite gegenüber. Hilfe wird zwar meist gnädig angenommen, sei es in Form von Hilfsgütern oder – besonders beliebt – von Geld; ist sie einmal in der Hand der Behörden oder Organisationen des Empfängerstaats, verliert der Spender praktisch jede Möglichkeit, ihre Verwendung zu beeinflussen. Die dann aus Fehlleitungen oder Verzögerungen entstehenden Verluste müssen unter den gegebenen Umständen als unvermeidlich angesehen werden (dies gilt übrigens nicht nur für die Dritte Welt; die Hilfe an die Erdbebengeschädigten in Sizilien[15] ist ein eindrückliches Beispiel).

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Erwägungen kann die direkte Bundeshilfe an Nigeria nach Kriegsende mit einer Ausnahme positiv bewer-

---

13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 75,* dodis.ch/32171, *bes. Anm. 4.*
14. *Vgl. dazu die Notiz von D. Werner an P. Graber vom 18. Februar 1970,* dodis.ch/36699.
15. *Vgl. dazu die Notiz von E. Mäder vom 29. Januar 1968,* dodis.ch/32677.

tet werden; dies ist allerdings unter anderm darauf zurückzuführen, dass das SRK-Team einen Teil dieser Hilfsgüter für sich abzweigen und einer nützlichen Verwendung zuführen konnte. Die Ausnahme bildet der von der nigerianischen Regierung nachdrücklich verlangte Pilatus-Porter, der wegen Kompetenzstreitigkeiten und völligem Mangel an Organisation wochenlang herumgestanden hätte oder für «pleasure flights» benützt worden wäre, wenn die Piloten nicht aus eigener Initiative einigermassen nützliche Beschäftigung gesucht und gefunden hätten[16]. Ein Beispiel dafür, dass es für die Katastrophenhilfe in der Dritten Welt eine technische obere Grenze gibt, die nicht überschritten werden sollte, wenn die nötigen Voraussetzungen, um das technisch hochstehende und dementsprechend kostspielige Instrument mit einem minimalen Nutzeffekt einsetzen zu können, nicht mit Sicherheit gegeben sind.

Der Entschluss zu einer direkten Hilfe des Bundesrats an die nigerianische Regierung[17] entsprang übrigens weitgehend aussenpolitischen Erwägungen; ihr Zweck war, die durch den Konflikt Regierung/IKRK ebenfalls in Mitleidenschaft gezogene Stellung unserer Vertretung[18] in Lagos wieder etwas zu stärken. Diese Aktion bestätigte übrigens einmal mehr die Nützlichkeit der Einschaltung unserer Auslandvertretungen in solche Aktionen.

5. Kriegsrisiko-Versicherung

Im Nigeriakonflikt war die Frage der Personenversicherung ganz uneinheitlich geregelt. Versichert waren:

1. Flug- und Bodenpersonal der Balair in Eigenversicherung des Bundes (zu den gleichen Ansätzen wie die IKRK-Delegierten);

2. Die IKRK-Delegierten bei einer privaten Versicherungsgesellschaft (die Prämien bildeten einen der grössten Ausgabeposten des IKRK);

3. Das SRK-Personal bei der schweizerischen Militärversicherung (die unseres Erachtens für solche Missionen, wo sich das Risiko vervielfacht, nicht genügt).

Der gleiche Freiwillige genoss somit einen ganz verschiedenen Versicherungsschutz, je nachdem, bei welcher Organisation er tätig war.

Das SRK hatte glücklicherweise keinen Schadensfall. Beim IKRK ist der Tod eines jugoslawischen Arztes zu erwähnen, bei dem sich die Schadensregelung durch die private Versicherungsgesellschaft ungebührlich lange hinauszögerte. Der Bund musste zum Teil für den Absturz des IKRK-Flugzeugs beim Flugplatz Uli[19] einstehen. Seine rasch geleisteten Entschädigungszahlungen beliefen sich auf 1,62 Millionen Franken (inklusive zerstörtes Flugzeug).

Bei den Verhandlungen über die Aufteilung des Schadens zwischen Bund und privater Versicherung (der Absturz war nicht auf direkte Kriegseinwirkung, wohl aber auf die kriegsmässigen Landebedingungen zurückzuführen) erwies

16. *Vgl. dazu die Notiz von H. Vogt an E. Thalmann vom 16. April 1970,* CH-BAR#E2003A#1984/84#793* (o.222.4).

17. *BR-Prot. Nr. 148 vom 26. Januar 1970,* dodis.ch/36697.

18. *Zu den negativen Auswirkungen des Biafra-Konflikts auf die Beziehungen zwischen Nigeria und der Schweiz vgl. die Notiz von H. Grob vom 19. Januar 1970,* dodis.ch/36686.

19. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2003A#1980/85#759* (o.222.11).

es sich als ausserordentlich schwierig, den Umfang der Kriegsrisikogarantie genau abzustecken. Eine saubere Lösung dürfte nur dann möglich sein, wenn entweder der Bund oder die private Gesellschaft das Gesamtrisiko in einer örtlich und zeitlich abgegrenzten Gefahrenzone übernimmt.

Nach den Erfahrungen im Nigeriakonflikt drängt sich jedenfalls eine einheitliche und den heutigen Verhältnissen Rechnung tragende Lösung der Versicherungsfrage, spätestens bei Einführung des Katastrophenhilfskorps, auf.

6. Generell lassen sich aus der schweizerischen Hilfsaktion in Nigeria die folgenden Lehren ziehen:

1. Bei bewaffneten Konflikten ist eine gewisse Flexibilität und Diversifizierung der Hilfe von Vorteil. Die Benützung verschiedener Kanäle, je nach der militärischen Situation, hat sich als nützlich erwiesen.

2. Die Einrichtung einer zentralen Stelle für die Rekrutierung des für solche Aktionen benötigten Personals wird dringend. Wenn jede Organisation für sich das kleine schweizerische Reservoir anzapft, besteht die Gefahr, dass die vorhandenen Kräfte verzettelt und unrationell eingesetzt werden.

3. Eine weitere Voraussetzung für einen Erfolg ist die Koordinierung der Aktionen und die enge Zusammenarbeit der Hilfsträger. Leider war im Nigeriakonflikt anfänglich ein gewisses Prestigedenken vorherrschend. Wir glauben aber bei den schweizerischen Hilfswerken – insbesondere in letzter Zeit – in dieser Beziehung Fortschritte festgestellt zu haben.

7. Die «Haager Gruppe»

In den internationalen Beziehungen machte sich die Notwendigkeit einer Koordination der Hilfsaktionen zugunsten der Kriegsopfer ebenfalls bemerkbar, und zwar auf Regierungsebene. Die sogenannte «Haager Gruppe», die anfangs 1969 von 14 westlichen Ländern (den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, der Deutschen Bundesrepublik, Italien, den USA, Kanada, Island, Irland und der Schweiz) gegründet wurde, bemühte sich, eine solche Koordination zu fördern. Jedoch gelang dies nur teilweise. Einerseits hatten die Konfliktsparteien selbst durch ihre Haltung die gewünschte Verstärkung der Hilfsaktionen verunmöglicht – zwangen sie doch selbst das IKRK, den Hauptträger der Hilfsaktionen, einen Teil seiner Tätigkeit einzustellen –, andererseits blieben die politischen Einzelinteressen der Regierungen der Geberstaaten während des ganzen Konflikts vorherrschend, sei es nun, dass sie sich direkt oder indirekt durch zwischengeschaltete Regierungen oder Internationale Organisationen äusserten. Die Beziehungen unter den 14 waren deshalb durch eine gewisse Vorsicht gekennzeichnet[20].

Aber die gemachten Erfahrungen der Gruppe sind ein neuer offensichtlicher Beweis dafür, dass man der Bevölkerung eines Staates nicht gegen den Willen

---

20. *Auch die Schweiz versuchte im Alleingang im Biafra-Konflikt zwischen den Parteien zu vermitteln. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 185,* dodis.ch/33253 *sowie die Notiz der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 17. Februar 1970,* dodis.ch/33814. *Zu der sog. Haager Gruppe und den Rivalitäten zwischen den Geberstaaten vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 136,* dodis.ch/33251, *bes. Anm. 30.*

ihrer Behörden helfen kann. Diese Tatsache wurde noch einmal bestätigt durch die Haltung der Regierung von Lagos nach dem Zusammenbruch Biafras[21].

Die Zukunft wird zeigen, ob der langsame Fortschritt des humanitären Rechts, an dem das IKRK ohne Unterbruch arbeitet, eines Tages diese Schwäche beheben kann. Die Unterstützung des IKRK auf dem Gebiet der Fortbildung des Völkerrechts ist eine der dringlichsten Aufgaben der Eidgenossenschaft in ihrer Eigenschaft als Verwalterin der Genfer Konventionen geworden[22].

21. *Vgl. dazu Anm. 12.*
22. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 938 vom 31. Mai 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#782*.

19

dodis.ch/35677

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

VISITE DE L'AMBASSADEUR[2] DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE TCHÉCOSLOVAQUE, LE 12 MAI 1970

Berne, 11 mai 1970

Les relations entre la Suisse et la Tchécoslovaquie, qui avaient traversé une longue période scabreuse (arrestation de citoyens suisses en Tchécoslovaquie; expulsion de diplomates tchécoslovaques convaincus d'espionnage, affaire Schwarzenberg[3]) s'étaient normalisées depuis l'arrivée de Dubcek au pouvoir. On pouvait même qualifier de cordiaux les contacts entretenus avec l'Ambassadeur Winkler. Cette situation favorable s'est même quelque peu prolongée malgré les événements d'août 1968[4] jusqu'au rappel de l'Ambassadeur Winkler[5] à Prague et à la démission du Conseiller Fajfr[6] qui sollicita le droit d'asile en Suisse. Les relations depuis lors ont perdu quelque peu[7] de leur cordialité, bien qu'elles soient normales.

Au 31 décembre 1969, 11'108 réfugiés tchécoslovaques, sur les 13'000 qui étaient entrés chez nous en 1968, ont obtenu le droit d'asile[8].

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5139* (B.15.21). *Rédigée par R. Baumgartner.*
2. *M. Lajčiak.*
3. *Il s'agit en fait de l'affaire d'espionnage concernant O. Schwarzenberger et ses complices; cf. DDS, vol. 23, doc. 21,* dodis.ch/31540, *en particulier notes 4 et 5.*
4. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 100,* dodis.ch/32192, *en particulier note 3. Sur la situation en Tchécoslovaquie, cf. aussi le rapport politique N° 3 de S. F. Campiche à P. Graber du 11 février 1970,* dodis.ch/36424 *et le rapport politique N° 3 de S. F. Campiche à P. Graber du 8 février 1971,* dodis.ch/36423.
5. *Correction à la main de H. Miesch de:* de ce diplomate.
6. *Cf. la notice de H. Mumenthaler du 30 décembre 1969,* dodis.ch/32203.
7. *Correction à la main de H. Miesch de:* ont maintenant nettement perdu.
8. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 108,* dodis.ch/33048 *et la circulaire de O. Schürch aux départements cantonaux de l'assistance publique du 16 mars 1971,* dodis.ch/36427.

Actuellement, nous n'avons pas de grands problèmes en suspens avec la Tchécoslovaquie.

Mentionnons toutefois qu'un avant projet d'accord concernant les transports routiers[9] nous avait été soumis l'an dernier par le Gouvernement tchécoslovaque. En raison d'un surcroît de travail consécutif aux difficultés survenues avec l'Italie dans le secteur des transports routiers triangulaires et d'insuffisance de personnel[10], l'Office fédéral des transports n'a pas encore été en mesure d'avancer l'étude de cette affaire pour laquelle toutefois l'intérêt subsiste du côté suisse.

Il est à prévoir que Prague saisira toutes les occasions qui se présenteront pour nous rappeler le cas de M. Fajfr et celui d'autres anciennes personnalités politiques tchécoslovaques qui bénéficient du droit d'asile en Suisse[11].

Afin qu'une réponse identique soit donnée par les personnes qui seraient approchées, le Service politique est a préparé une notice[12] – dont ci-joint un exemplaire – dans laquelle se trouve précisée la ligne de conduite à observer vis-à-vis d'interlocuteurs éventuels.

Mouvement commercial 1969

Importations suisses: Frs. 127 Mio., soit env. 0,6% de nos importations globales.

Exportations suisses: Frs. 146 Mio., soit env. 0,7% de nos exportations globales.

Tendance des échanges: stabilisation des importations, sensible augmentation de nos exportations vers la Tchécoslovaquie[13].

---

9. *Cf. le PVCF N° 682 du 19 avril 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#781*.

10. *Cf. la notice de F. Bohnert du 4 juillet 1972,* dodis.ch/36280.

11. *Cf. p. ex. pour le cas de O. Šik la notice de H. Miesch à W. Spühler du 14 octobre 1968,* dodis.ch/32202 *et la notice de M. Romanens du 15 avril 1970,* dodis.ch/36425. *Cf. aussi le PVCF de décision II du 20 avril 1970 de la 15ème séance du 15 avril 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

12. *Cf. la notice de H. Miesch du 11 mai 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#4200* (B.22.21).

13. *Annotation manuscrite dans la marge de H. Miesch: [1 annexe]* zurückbehalten f*[ür]* Dossier Dep*[artements]*chef. *Sur le développement des relations commerciales entre la Suisse et la Tchécoslovaquie, cf. doc. 175,* dodis.ch/35676.

20

dodis.ch/35753

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

SCHWEIZERISCHE MITWIRKUNG AN FRIEDENSERHALTENDEN AKTIONEN DER UNO

[Bern, 19. Mai 1970]

Die Friedenserhaltung entspricht einer Zielsetzung der schweizerischen Aussenpolitik. Diese Zielsetzung ist mit den Anstrengungen der UNO um die Erhaltung des Friedens identisch[2]. Die UNO versucht mit ihren friedenserhaltenden Aktionen, wie sie etwa im Kongo, in Zypern, im Nahen Osten unternommen wurden, die Gewalt auszuschalten und die Ordnung durch das Recht herzustellen. Die UNO überträgt damit einen Grundgedanken der Eidgenossenschaft auf die Völkerfamilie; sie will eine Welt des internationalen Rechts aufbauen.

Die friedenserhaltenden Aktionen der UNO haben zwar in der Mehrzahl der Fälle nicht zur Lösung der Konflikte geführt. Es gelang der Weltorganisation jedoch mehrheitlich, die Konflikte «einzufrieren», die Grossmächte daraus fernzuhalten und Zeit zu gewinnen. Zeitgewinn bedeutet Zeit zur Überlegung, Zeit zur «Abkühlung» und Zeit zur Schaffung politischer Verhältnisse, die der späteren Lösung des Konflikts dienlich sein können.

Die Aktionen der UNO weisen teilweise auch typisch schweizerische Züge auf, soweit sie humanitären Charakter haben. So etwa, wenn die UNO-Truppen, wie auf Zypern, Flüchtlinge betreuen, Bevölkerungsteile im Kampfe evakuieren, bei der Einbringung der Ernte helfen, die Versorgung mit Lebensmitteln sicherstellen, aber auch dort, wo sie der Bevölkerung Sicherheit bieten und ihr die Furcht vor den Schrecken des Krieges nehmen.

Aus diesen Gründen hat die Schweiz die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiete der Friedenserhaltung, soweit ihre Neutralitätspolitik es erlaubte, stets unterstützt.

Schweizerische Beiträge an Aktionen der UNO

1. Korea

1953 hat der Bundesrat die Teilnahme der Schweiz an der neutralen Waffenstillstands-Überwachungskommission und an der Kommission für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen beschlossen[3]. Die Schweiz wirkt auch heute noch zusammen mit Schweden, Polen und der Tschechoslowakei in der Waffenstillstandskommission mit[4].

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#1661* (o.713.27.Uch.3). *Von H. Langenbacher am 19. Mai 1970 an P. Fasler übergeben. Kopie am 11. Juni 1970 an G. Blau versandt.*
2. *Vgl. dazu den Bericht von R. Bindschedler und F. Moser vom 24. April 1967,* dodis.ch/32908.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 19, Dok. 63,* dodis.ch/9605.
4. *Zur Beteiligung der Schweiz an der Neutralen Überwachungskommission in Korea vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 135,* dodis.ch/31366, *bes. Anm. 2. Für die schweizerisch-schwedischen*

2. Suez

Im Suez-Konflikt (1956) hat die Schweiz, auf Ersuchen des UNO-Generalsekretärs[5], Truppentransportflüge in das Kriegsgebiet vermittelt (Charter-Vertrag zwischen Swissair und UNO) und nachträglich auch die Kosten dieser Flüge in der Höhe von 1,6 Millionen Franken übernommen[6].

3. Kongo

Anlässlich der Kongo-Aktion (1960) bestand unser Beitrag ebenfalls in Transportleistungen (durch die Swissair und Balair wurden Transportflüge zugunsten der UNO von Europa nach dem Kongo und innerhalb des Kongo durchgeführt); mit Ausnahme eines kleinen Truppenkontingents wurden hauptsächlich Lebensmittel (darunter von der Schweiz gestiftetes Milchpulver) befördert. Die Kosten dieser Aktion in der Höhe von 1,8 Millionen Franken wurden vom Bund übernommen[7].

Für andere Hilfsmassnahmen im Kongo (Experten usw.) wurden 4,1 Millionen Franken aufgebracht[8]. Die Weiterführung des Kitambo-Spitals mit schweizerischem Personal und unter schweizerischer Leitung kostet den Bund zur Zeit jährlich rund 1,1 Millionen Franken[9].

4. UNO-Anleihe

1961 hat sich die Schweiz mit einem Betrag von 8,2 Millionen Franken an der UNO-Anleihe beteiligt und dadurch geholfen, die Finanzkrise zu überbrücken, in der sich die UNO zufolge der Operationen im Nahen Osten und im Kongo und der Zahlungsverweigerung verschiedener Mitgliedstaaten befindet[10]. Die UNO hat regelmässig Rückzahlungen und die fälligen Zinsen geleistet. Der Restbetrag beziffert sich Ende 1969 auf 6,2 Millionen Franken.

5. Vietnam

Auf Ersuchen des UNO-Generalsekretärs[11] stellte die Schweiz im Oktober 1963 der nach Südvietnam entsandten UNO-Beobachterkommission zur Untersuchung der Massnahmen der Regierung Diem gegen die Buddhisten die telegraphischen Verbindungen, Kurierdienst und Safes des schweizerischen Generalkonsulates in Saigon und des Büros des schweizerischen Beobachters in New York zur Verfügung (da die UNO selbst über keine zuverlässigen Verbindungen mit Vietnam verfügte)[12].

Sondierungen zur Anerkennung Nord- und Südkoreas durch die vier Mitgliedstaaten der NNSC vgl. Dok. 168, dodis.ch/35837.

5. *D. Hammarskjöld.*

6. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 90,* dodis.ch/12738 *und Dok. 99,* dodis.ch/9575.

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 86,* dodis.ch/15335.

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 95,* dodis.ch/15341.

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 39,* dodis.ch/33051.

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 36,* dodis.ch/30162.

11. *S. U Thant.*

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 177,* dodis.ch/18900.

6. Zypern

Die Schweiz beteiligt sich seit 1964 an den Kosten der friedenserhaltenden Aktion der UNO auf Zypern mit Beiträgen von bisher insgesamt rund 5,3 Millionen Franken[13].

7. Nahost-Konflikt

– 1967 übernahm Botschafter Ernesto Thalmann, Chef der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements, als persönlicher Vertreter des Generalsekretärs der UNO eine zeitlich befristete Mission in Jerusalem mit dem Auftrag, über die Lage in dieser Stadt zu berichten[14].

– im gleichen Jahr hat der Bundesrat auf Anfrage des UNO-Generalsekretärs einen *hohen schweizerischen Sanitätsoffizier*[15] nach Jerusalem ins Hauptquartier der Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina (UNTSO) delegiert, um die Bedürfnisse dieser Organisation auf medizinischem und sanitärem Gebiet zu untersuchen[16].

– 1967 hat die Schweiz der Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina ein *Flugzeug* einer schweizerischen Luftverkehrsgesellschaft vermittelt und sich bereit erklärt, die Kosten seines Einsatzes zu übernehmen (die pro Jahr rund 1 Million Franken betragen). Das Flugzeug, dessen Besatzung aus Schweizern besteht, wird für den Transport der UNO-Beobachter und von Frachtgut der Organisation für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina eingesetzt[17].

---

13. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1224 vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/36845.
14. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 50,* dodis.ch/33287.
15. *F. Züst.*
16. *Vgl. dazu die Notiz von J. A. Graf an W. Spühler vom 11. November 1967,* dodis.ch/33962, *S. 6–7.*
17. *Vgl. dazu das Rundschreiben von H. Langenbacher an die schweizerischen Vertretungen vom 2. Oktober 1967,* dodis.ch/32975.

21

dodis.ch/34480

Der schweizerische Botschafter in Belgrad, H. Keller, an den Vorsteher der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, P. Micheli[1]

DIPLOMATISCHE BEZIEHUNGEN MIT ALBANIEN

Vertraulich Belgrad, 21. Mai 1970

In meinem Schreiben vom 12. Februar[2] teilte ich Ihnen mit, der norwegische Botschafter[3] überlasse es seinem Nachfolger[4], als erster Vertreter seines Landes nach Tirana zu gehen. Inzwischen scheint man in Oslo angesichts der neuesten Entwicklung und im Hinblick auf die noch diesen Monat zu erwartende Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen Dänemark und Albanien die Meinung geändert zu haben. Mein norwegischer Kollege ist beauftragt worden, noch vor seinem Abschied von Jugoslawien mit seiner Gattin[5] in Tirana einen ersten offiziellen Besuch abzustatten. Da er kurz nachher auf einen neuen Posten in Oslo zurückkehrt, wird er dagegen noch kein Beglaubigungsschreiben überreichen, aber eine Reihe von Besuchen vornehmen, für die sich die politischen und wirtschaftlichen Stellen Norwegens interessieren. Die Formalität der Überreichung eines Beglaubigungsschreibens wird dann der demnächst hier eintreffende Botschafter vornehmen.

Das Problem «Albanien» ist letzte Woche auch anlässlich des Besuches der von Herrn Nationalrat G.-A. Chevallaz, Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates, geführten schweizerischen parlamentarischen Delegation in Belgrad zur Sprache gekommen, nämlich im Rahmen eines aussenpolitischen Tour d'horizon von Seiten des jugoslawischen Delegationschefs[6]. Ich hielt es für angezeigt, Herrn Nationalrat Chevallaz in seiner Eigenschaft als Präsident der oben erwähnten Kommission über den Stand unserer Vorarbeiten zu unterrichten und darauf aufmerksam zu machen, dass ich schon vor einem Jahr meinen ersten Besuch[7] in Tirana abstattete, von Bern aber bisher noch nicht ermächtigt wurde, auf das albanische Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu antworten[8]. Herr Nationalrat

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E#1980/83#907* (B.15.11). *Handschriftliche Marginalie von H. Miesch:* am 3. Juni wird sich voraussichtlich die Aussenpolitische Kommission des Nat*[ional]* Rats mit der Sache befassen. *Vgl. dazu das Protokoll vom 6. August 1970 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 3. Juni 1970,* dodis.ch/35973, *S. 16 f.*
2. *Schreiben von H. Keller an P. Micheli vom 12. Februar 1970, Doss. wie Anm. 1.*
3. *P. Vennemoe.*
4. *J. Zeier Cappelen.*
5. *E. Vennemoe-Falck.*
6. *B. Osolnik. Zur Frage der parlamentarischen Besuche in Jugoslawien vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 170,* dodis.ch/32381.
7. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Keller an W. Spühler vom 9. Juni 1969,* dodis.ch/33543.
8. *Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Albanien vgl. DDS, Bd. 23,*

Chevallaz meinte, er sehe keinen Grund, warum wir im Falle Albaniens von der bekannten Regel abweichen sollten, wonach wir überall in der Welt nach Möglichkeit auch diplomatisch präsent sein sollten. Ich vermute, dass er diesen Punkt nach seiner Rückkehr in die Schweiz gelegentlich mit dem Departement besprechen wird. Eine Gelegenheit hiezu könnte die demnächst stattfindende Sitzung[9] der von Herrn Chevallaz präsidierten aussenpolitischen Kommission des Nationalrates bieten.

Ich habe während der vergangenen Wochen Gelegenheit gehabt, die Sache auch im persönlichen Gespräch mit unsern Botschaftern in Wien und Budapest zu erörtern. Sowohl Herr Escher als auch Herr Aman waren der Meinung, dass wir nicht mehr allzu lang mit einer Entscheidung zuwarten sollten. Was die Auffassung von Herrn Botschafter Frochaux in Warschau betrifft, so darf ich auf seinen Bericht vom 20. Januar[10] an Herrn Generalsekretär Micheli erinnern, von dem mir Ihre Abteilung freundlicherweise eine Kopie zugehen liess.

Was unsere wirtschaftlichen Interessen in Albanien[11] anbelangt, so habe ich bei meinem kürzlichen Besuch in Basel von einem Mitglied[12] der Geschäftsleitung der Ciba vernommen, dass man dort eine Normalisierung unserer Beziehungen zu Albanien begrüssen würde, nachdem der albanische Absatzmarkt gerade für die chemische Industrie sich als interessant erweist, aber das Fehlen offizieller Beziehungen auf die Dauer ein Hindernis sein könnte. Eine gewisse Verstimmung der Albaner über unser Zögern erblicke ich darin, dass es der Botschaft kürzlich nur mit erheblicher Mühe und entsprechendem Zeitverlust gelungen ist, für den Leiter einer bekannten Zürcher Aussenhandelsfirma[13], der früher oft Albanien besucht hatte, noch einmal ein albanisches Einreisevisum zu beschaffen. Sowohl unsere Industrie- als auch unsere Handelsfirmen merken natürlich, dass auch andere europäische Länder auf Albanien aufmerksam werden und würden es offenbar sehr begrüssen, wenn nun auch Bern auf das wiederholte Angebot der Albaner positiv antworten würde.

Da ich diese Angelegenheit auch mit Herrn Botschafter R. Probst von der Handelsabteilung EVD besprochen habe, sende ich ihm eine Kopie dieses Schreibens zur vertraulichen Orientierung[14].

Dok. 43, dodis.ch/31039, *Anm. 5 sowie die Notiz von H. Miesch vom 12. März 1969,* dodis.ch/33544. *Vgl. dazu auch das Exposé von P. Graber vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 6. Mai 1970 und vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 3. Juni 1970,* dodis.ch/35972.

9. *Vgl. Anm. 1. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien vgl. das BR-Prot. Nr. 1141 vom 1. Juli 1970,* dodis.ch/34482. *Zum Antrittsbesuch H. Kellers in Tirana und der Überreichung des Beglaubigungsschreibens vgl. das Schreiben von H. Keller an P. Graber vom 13. Oktober 1970,* dodis.ch/34485.

10. *Schreiben von P. Frochaux an P. Micheli vom 20. Januar 1970, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Vgl. dazu den Bericht von E. Klöti vom 25. Oktober 1971,* dodis.ch/34470.

12. *Wahrscheinlich E. Vischer oder H. R. Vauthier.*

13. *Es handelt sich um E. Debrunner von der Ernst Debrunner AG.*

14. *Handschriftliche Marginalie von H. Miesch*: Herr Probst hat uns telefoniert und ich habe ihm die Sache erklärt.

22

dodis.ch/35157

Notiz an den Vorsteher des Militärdepartements, R. Gnägi, den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber, und den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

AUSFUHR VON «PINIONS AND GEARS» NACH DEN USA

Vertraulich Bern, 27. Mai 1970

I. «Pinions and gears»[2]

Es ist eine dem Bundesrat bekannte Tatsache, dass aus der Schweiz bedeutende Exporte von sog. «pinions and gears» (Triebe und Triebräder) nach verschiedenen ausländischen Staaten, insbesondere auch nach den USA getätigt werden. Hierbei handelt es sich um «Unruhe»-Teile, die in allen Zeitmessmechanismen, also in Uhren, Grossuhren, Weckern, Autouhren etc., aber auch in Munitionszündern Verwendung finden können.

II. Beschluss des Bundesrates von 1967

Das aus dieser doppelschichtigen – einerseits zivilen und anderseits militärischen – Verwendungsmöglichkeit der «pinions and gears» resultierende Problem spielte schon in den beiden Weltkriegen eine Rolle. Angesichts des Vietnamkonfliktes wurde es vor einiger Zeit erneut aktuell[3]. Es stellte sich im Hinblick auf die stark anwachsenden Bestellungen aus den USA die Frage, ob nicht solche «Unruhe»-Teile, die bis jetzt ohne Exportbewilligung zur Ausfuhr gelangten, nunmehr, gemäss Bundesratsbeschluss über das Kriegsmaterial, vom 28. März 1949 (KMB)[4], der Bewilligungspflicht als Kriegsmaterialbestandteile unterstellt werden sollten, eben weil sie auch in Zündern eingebaut werden können. Als zwei Schweizerfirmen für derartige «Unruhe»-Teile, entgegen der bisherigen Praxis, ein Kriegsmaterialausfuhrgesuch an das Militärdepartement richteten, brachte Herr Bundesrat Spühler die grundsätzliche Frage am 22. September 1967[5] vor den Bundesrat. Dieser entschied, die Dinge beim

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#1228* (B.51.14.21.20). *Unterzeichnet von R. Probst. Dieses Exemplar ging an P. Graber.*
2. *Zur Thematik der «pinions and gears» vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 159,* dodis.ch/30964; *das Telegramm Nr. 203 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 21. April 1972,* dodis.ch/35197 *sowie das Telegramm Nr. 30 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 27. April 1972,* dodis.ch/35198.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 161,* dodis.ch/30976 *und DDS, Bd. 24, Dok. 43,* dodis.ch/33141.
4. *BR-Prot. Nr. 641 vom 28. März 1949,* dodis.ch/6460.
5. *Die Sitzung fand am 21. September statt. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 43,* dodis.ch/33141 *und das BR-Verhandlungsprot. der 59. Sitzung vom 21. September 1967,* CH-BAR#E1003# 1994/26#8*.

Alten zu lassen. Er machte sich dabei im wesentlichen die aussenhandelspolitische Argumentation des EVD zu eigen, wonach eine Unterstellung solcher Exportprodukte unter den Kriegsmaterialbeschluss (KMB) – abgesehen von ihrer vielfältigen Verwendungsmöglichkeit – für unser Land in den USA ernsthafte handelspolitische Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Es sei hier nur an die Stärkung des «defense essentiality»-Arguments der amerikanischen Uhrenproduzenten in der Auseinandersetzung um die Uhrenzölle der USA erinnert. Die von Präsident Johnson am 11. Januar 1967 angeordnete Senkung der Einfuhrzölle auf Uhren[6] (Rückgängigmachung der 1954 von Präsident Eisenhower erlassenen Zollerhöhung in Anwendung der Ausweichklausel[7]) wäre kaum möglich gewesen, hätten die zuständigen Stellen der amerikanischen Verwaltung nicht entschieden, dass die einheimische Uhrenindustrie im Gegensatz zu der von ihr vorgebrachten Argumentation nicht «essential for national defense» sei. Eine Beschränkung der schweizerischen «pinions and gears»-Exporte hätte aber die «defense essentiality»-Diskussion möglicherweise wieder aufleben lassen[8].

III. Beschluss des Bundesrates von 1969

Infolge einer Verkettung verschiedener Umstände ist im Sommer vergangenen Jahres ein neuer Einzelfall der Lieferung von «pinions and gears» zur Kenntnis des Zürcher «Tages-Anzeigers» gelangt, worauf die Frage wiederum dem Bundesrat unterbreitet wurde. Dieser befasste sich in seiner Sitzung vom 9. Juli 1969[9] nochmals mit dem Problem und bestätigte dabei seine frühere Haltung. Demnach seien Exporte von «pinions and gears» nach den USA weiterhin als ausserhalb des KMB liegend zu betrachten und bedürften daher im Einzelfalle keiner Ausfuhrbewilligung. Ausschlaggebend hierfür war wiederum die Erwägung, dass es sich um Uhrenbestandteile handelt, die einen «doppelsinnigen» Charakter der Verwendungsmöglichkeit aufweisen. Ferner spielten erneut Überlegungen handelspolitischer Natur, namentlich mit Rücksicht auf die besondere Situation in den heiklen und unsicheren Beziehungen zu den USA auf dem Gebiete der Uhrenindustrie eine Rolle.

V. Prüfung durch Kommission Max Weber

An der gleichen Sitzung hat der Bundesrat eine aus den verantwortlichen Chefbeamten[10] der drei interessierten Departemente (EMD, EPD, EVD) bestehende Arbeitsgruppe beauftragt zu prüfen, ob die geschilderte Praxis eine besondere Verankerung in der geltenden Ordnung über die Ausfuhr

---

6. *Vgl. dazu das Kommuniqué der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 11. Januar 1967,* dodis.ch/33932.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 19, Dok. 118,* dodis.ch/9215.
8. *Vgl. dazu die Notiz von M. Krell vom 23. Juni 1971,* dodis.ch/35194.
9. *BR-Beschlussprot. II der 27. Sitzung vom 9. Juli 1969,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#748*.
10. *Ph. Clerc, M. Gelzer, und R. Probst. Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an H. Schaffner vom 22. August 1969,* dodis.ch/33952.

von Kriegsmaterial erfahren soll. Die Arbeitsgruppe ist ihrerseits zur Auffassung gelangt, dass es zweckmässig wäre, wenn das vorliegende Problem der im Anschluss an die Affäre Bührle[11] gebildeten Expertenkommission für Waffenausfuhr, unter dem Vorsitz von Nationalrat Prof. Max Weber, zur Begutachtung vorgelegt würde, was in der Folge auch geschah. Die Kommission Weber hat die Frage geprüft und, ohne direkt dazu Stellung zu nehmen, den Argumenten der Arbeitsgruppe insofern Rechnung getragen, als sie in Punkt 5 ihrer «konkreten Vorschläge» den Satz einfügte: «Dabei sind (bei einer Überprüfung des Kriegsmaterial-Katalogs) auch handelspolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen» (Bericht der Expertenkommission an den Bundesrat über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr vom November 1969, S. 32[12]).

Ausserdem hat der Unterzeichnete im Auftrag des Bundesrates mit dem Chefredaktor des Zürcher «Tages-Anzeigers» Fühlung genommen und diesen über die bundesrätliche Auffassung und die ihr zugrunde liegenden Erwägungen orientiert. Dabei liess sich Dr. Stutzer, in Anwesenheit von Nationalrat Max Weber, überzeugen, von einer publizistischen Ausschlachtung der Materie aus Gründen des höheren Landesinteresses abzusehen.

V. Gegenwärtige Ausgangslage

Mit Schreiben vom 17. März 1970[13] ersuchte die Firma Vital Charpilloz in Delsberg den Chef des Militärprotokolls[14], ihr bei der Beschaffung einer «security clearance» für ihren Vertreter[15] in den USA zum Zwecke von Besuchen amerikanischer Rüstungswerkstätten behilflich zu sein. Die Firma begründete dieses Anliegen damit, dass sie schon seit einiger Zeit nicht nur Zünderbestandteile, sondern auch komplett montierte Hemmwerke für Zünder herstelle. Da sich ergab, dass diese Exporte fertiger Hemmwerke, in Anlehnung an die Praxis hinsichtlich der Zünderbestandteile, von der Firma ohne Einholung einer vorherigen Ausfuhrbewilligung exportiert worden waren, brachte das Militärprotokoll die Angelegenheit der Direktion der Militärverwaltung zur Kenntnis, welche sie ihrerseits kürzlich der Handelsabteilung zur Stellungnahme unterbreitete[16]. Letztere hat zuständigkeitshalber das Politische Departement orientiert.

Diese neue Entwicklung hat die damit befassten Chefbeamten des EPD, des EMD und der Handelsabteilung zu einer Überprüfung der Angelegenheit veranlasst. Sie haben dabei übereinstimmend folgende Erwägungen angestellt:

---

11. *Zur Bührle-Affaire vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 118,* dodis.ch/33266; *Dok. 132,* dodis.ch/33268; *DDS, Bd. 25, Dok. 68* dodis.ch/35692 *sowie die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T622.
12. *Bericht der Expertenkommission an den Bundesrat über den schweizerischen Kriegsmaterialexport vom November 1969,* dodis.ch/33432.
13. *Schreiben von V. Charpilloz an W. Koch vom 17. März 1970,* CH-BAR#E5001G#1982/19#2515* (793.92).
14. *W. Koch.*
15. *R. Niggli.*
16. *Schreiben von Ph. Clerc an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 20. April 1970, Doss. wie Anm. 13.*

a) Komplett montierte Hemmwerke

Das Argument des mehrfachen Verwendungszwecks, das bei den «pinions and gears» geltend gemacht werden konnte, um sie aus dem Anwendungsbereich des KMB herauszuhalten, liegt bei komplett montierten Hemmwerken für Zünder, über deren militärische Endbestimmung, wie im obigen Falle, kein Zweifel bestehen kann, nicht vor. Solche Hemmwerke sollten deshalb mit sofortiger Wirkung der *Bewilligungspflicht* gemäss KMB unterworfen werden.

Die genannte Firma wäre entsprechend zu informieren, ohne dass freilich deswegen u. E. gegen sie, da ihr wohl guter Glaube zugebilligt werden kann, ein Strafverfahren einzuleiten wäre. Selbstverständlich käme eine solche Praxis auch gegenüber allen andern Firmen, die fertig montierte Hemmwerke exportieren sollten, zur Anwendung.

b) Bestandteile von Zeitmessmechanismen

Hinsichtlich der «pinions and gears», deren endgültiger Verwendungszweck nach wie vor im Zeitpunkt der Ausfuhr nicht eindeutig erkennbar ist, stellt sich einmal mehr die Frage, ob die *bisherige bundesrätliche Praxis* beibehalten werden soll, gemäss welcher diese Teile angesichts ihrer verschiedenartigen Verwendungsmöglichkeiten *nicht* als eigentliches Kriegsmaterial zu betrachten sind und somit von der Bewilligungspflicht befreit werden können.

Für die Beibehaltung dieser Praxis sprechen weiterhin praktische und handelspolitische Motive. Eine aus der Optik der Kriegsmaterialpolitik denkbare Beschränkung der «pinions and gears»-Lieferungen nach den USA wäre in der Tat angesichts der neuen protektionistischen Tendenzen in Amerika von erheblicher Gefahr; sie würde in einem Zeitpunkt erfolgen, in welchem im Kongress mehrere Gesetzesvorlagen zur Diskussion stehen, die die Anwendung der sog. Ausweichklausel zu protektionistischen Zwecken stark erleichtern würden. Aus einer solchen Konstellation könnten unseren Uhrenexporten nach den USA grosse Risiken erwachsen, käme es doch zu einer Kumulation von schutzzöllnerischen Argumenten mit solchen der Bedeutsamkeit der Uhrenindustrie für Zwecke der Landesverteidigung.

Gegen die Auffassung könnte unter den heutigen Verhältnissen geltend gemacht werden,

– dass die Presse das Thema aufgreifen und dadurch die für Waffenausfuhrfragen ohnehin schon in hohem Masse sensibilisierte öffentliche Meinung erneut irritieren könnte[17];

– dass eine solche Entwicklung der soeben zustandegekommenen Initiative für vermehrte Rüstungskontrolle[18] und ein Waffenausfuhrverbot weiteren Auftrieb geben müsste;

– dass auch in den USA in Bezug auf den Vietnamkrieg ein gewisser Stimmungsumschwung stattgefunden hat, der jedenfalls einen Teil der öffentlichen Meinung für das «defense essentiality»-Argument weniger empfänglich gemacht haben dürfte;

---

17. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst vom 3. Juli 1970,* dodis.ch/35190.
18. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/35692, *bes. Anm. 8 und 9.*

– dass die ganze Angelegenheit im bevorstehenden Bührle-Prozess von der beklagten Partei, die die Praxis betr. «pinions and gears» offenbar kennt, für ihre Sache ausgeschlachtet werden könnte[19].

Bei Wertung des Pro und Contra neigen die zuständigen Chefbeamten der Auffassung zu, dass die Gründe, namentlich handelspolitischer Natur, die für ein Beibehalten der bisherigen Praxis sprechen, immer noch überwiegen. Der Bundesrat hat diese Praxis sowohl 1967 wie 1969 sanktioniert[20]. Dabei waren indessen, angesichts des offenkundig heiklen Charakters der Materie, neben technischen Aspekten wohl vor allem auch Erwägungen der Staatsräson massgebend. Es wäre deshalb für die beteiligten Departemente wertvoll zu wissen, ob der Bundesrat seine frühere Auffassung auch unter den heutigen Begleitumständen aufrecht erhalten will.

VI. Handhabung einer eventuellen Ausfuhrbewilligungspflicht[21]

a) Komplett montierte Hemmwerke

Sollte der Bundesrat die Ausfuhr komplett montierter Hemmwerke zwecks Verwendung für die Munitionsfabrikation der Bewilligungspflicht unterstellen, so taucht die weitere Frage auf, ob solche Bewilligungen für *Exporte nach den USA* erteilt werden könnten, solange der Vietnamkrieg andauert.

In früheren Fällen hatte man sich – angesichts der weltweiten amerikanischen Verpflichtungen – mit einer offiziellen Zusicherung beholfen, dass das betreffende Kriegsmaterial nicht in Vietnam zum Einsatz kommen wird. In diesem Sinne wurde auch eine Kleine Anfrage Vincent vom 29. November 1966[22] beantwortet. Eine solche Zusicherung wurde übrigens von amerikanischer Seite für die Lieferung von 20 Hispano-Flabgeschützen samt Munition an die amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland erteilt. Nach gründlicher Prüfung des Geschäfts hat der Bundesrat diese Ausfuhr nach dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland am 23. September 1966 bewilligt[23] (und eine weitere Kleine Anfrage Vincent vom 11. März 1968[24] entsprechend beantwortet). Dieser Weg könnte natürlich auch für den Export von Hemmwerken eingeschlagen werden. Doch wäre die Beschaffung einer derartigen Zusicherung vermutlich wesentlich schwieriger und gegebenenfalls wohl eher von illusorischem Wert.

---

19. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 28. Mai 1970,* dodis.ch/35161: Ausserdem könnte die Angelegenheit indirekt auch im kommenden Bührle-Kriegsmaterialprozess eine unangenehme Rolle spielen. Es erschien daher den beteiligten Chefbeamten *[...]* ratsam, den ganzen Fragenkomplex erneut vor den Bundesrat zu bringen.

20. *Vgl. dazu Anm. 5 und 9.*

21. *Vgl. dazu die Notiz von P. Bratschi vom 6. Juli 1970,* dodis.ch/35187; *die Notiz von R. Probst vom 5. August 1970,* dodis.ch/35192 *sowie das BR-Prot. Nr. 525 vom 22. März 1972,* dodis.ch/ 35196.

22. *Für die Kleine Anfrage Vincent vom 29. November 1966 und die Antwort des Bundesrats vgl. das Telegramm Nr. 532 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 28. Dezember 1966,* dodis.ch/30803.

23. *BR-Prot. Nr. 1698 vom 23. September 1966,* dodis.ch/30995.

24. *Für die Antwort des Bundesrats vgl. das BR-Prot. Nr. 560 vom 10. April 1968,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#733*.

b) Bestandteile von Zeitmessmechanismen

Die gleiche Frage würde sich übrigens für «pinions and gears» stellen, wenn diese vom Bundesrat der Bewilligungspflicht gemäss KMB unterworfen würden. Als Komplikation käme hier freilich hinzu, dass die Ausscheidung zwischen Bestandteilen, die für die Rüstungsindustrie bestimmt sind (welche gemäss KMB allein der Bewilligungspflicht unterlägen), und solchen, die einem zivilen Zwecke dienen sollen, nach wie vor in vielen Fällen äusserst schwierig wäre.

VII. Zusammenfassung

Gestützt auf obige Ausführungen wären die interessierten Departemente dem Bundesrat im Lichte der heutigen Verhältnisse für eine Wegleitung über folgende Fragen dankbar:

1. Sind *komplett montierte Hemmwerke* für Munitionszünder der *Bewilligungspflicht* gemäss KMB zu unterstellen?

2. Ist für *Bestandteile* von Zeitmessmechanismen («pinions and gears») die bisherige Praxis, d. h. der *Verzicht* auf die Bewilligungspflicht beizubehalten?

3. Könnten *Hemmwerke* für Munitionszünder, wenn sie der Bewilligungspflicht unterstellt würden, zum *Export nach den USA* freigegeben werden? Wäre allenfalls eine Zusicherung des Nichteinsatzes in Vietnam zu verlangen?

4. Könnten *Bestandteile* von Zeitmessmechanismen («pinions and gears») für Rüstungszwecke, wenn sie der Bewilligungspflicht unterstellt würden, für den *Export nach den USA* freigegeben werden? Wäre allenfalls eine Zusicherung des Nichteinsatzes in Vietnam zu verlangen?

In den Jahren 1967 und 1969 war von einem konkreten Antrag an den Bundesrat abgesehen worden. Die Angelegenheit wurde von ihm vielmehr auf Grund von Notizen der betroffenen Abteilungen an ihre Departementschefs im Rahmen seiner informellen *Aussprachen* erörtert. In der Meinung, dass diesmal ähnlich vorgegangen werden könnte, haben die Direktion der Militärverwaltung, die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD und die Handelsabteilung die vorliegende Notiz zuhanden ihrer Departementsvorsteher ausgearbeitet[25].

---

25. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 1030 vom 8. Juni 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#759*.

23

dodis.ch/34506

Der schweizerische Botschafter in Havanna, A. Fischli, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

Havanna, 28. Mai 1970

Wie bereits gemeldet, übergab mir Botschafter Melendez im Auftrag von Minister Roa am 27. Mai die Antwort[2] auf Ihre Note vom 23. Mai[3] betreffend die kürzlichen Zwischenfälle.

Roas Antwort ist fast durchwegs in korrektem Ton gehalten und die wenigen Schimpfworte beziehen sich nicht auf uns. Stellenweise wird mit Genugtuung von Ihren Erklärungen Kenntnis genommen. Offensichtlich ist die kubanische Regierung bereit, uns zu verzeihen, was sie uns angetan hat.

Wie bei einem totalitären Regime nicht anders zu erwarten, enthält die Note kein Wort des Bedauerns für das Vorgefallene, nicht die geringste Entschuldigung dafür, dass Staatschef und Aussenminister Sie auf Grund einer unkontrollierten Nachrichtenmeldung gröblichst beschimpft haben.

Roas Darstellung der Vorkommnisse um das Malecón[4] ist weitgehend falsch. So z. B. wenn er schreibt, dass zu keinem Moment der schweizerische Beamte[5] und der kubanische Wächter[6] im Gebäude in Gefahr gewesen seien.

Der Minister führt weiter aus, dass er mir mehr als einmal für mich und meine Mitarbeiter jede Art von Garantie zugesichert habe. Er verschweigt jedoch, dass diese Garantie, als ich sie gleich nach Beginn der Zwischenfälle am Freitagmorgen verlangte[7], konsequent verweigert wurde bis zum Ende der Manifestation am Mittwochmorgen. Erst dann, als es praktisch nicht mehr nötig war, erhielten wir wieder Zusicherungen.

Roa erwähnt weiter, er habe mir mündlich und schriftlich erklärt, ich sei vollkommen frei, das Gebäude zu betreten und zu verlassen, vergisst jedoch beizufügen, dass nach seiner eigenen Note[8] ich die volle Verantwortung trage, wenn das aufgebrachte Volk einen derartigen Versuch als Provokation betrachte und entsprechend reagiere.

Botschafter Melendez fragte mich im Auftrag seines Ministers eindringlich, wie ich diese Note beurteile. Ich wies, wie ebenfalls kurz gemeldet, auf den ver-

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2003-06#1982/68#292* (o.841.06s/d). *Visiert von P. Graber. Handschriftliche Marginalie:* Affaire déjà traitée.
2. *Note von R. Roa an P. Graber vom 27. Mai 1970, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Für die Note von P. Graber an R. Roa vom 23. Mai 1970 vgl. die Pressemitteilung von P. Graber vom 23. Mai 1970,* dodis.ch/34504.
4. *Zur Belagerung der ehemaligen amerikanischen Kanzlei vgl. das Telegramm Nr. 225 von A. Fischli an das Politische Departement vom 15. Mai 1970,* dodis.ch/34500.
5. *K. Hunziker.*
6. *G. Camejo.*
7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 41 von A. Fischli an die Schweizerische Botschaft in Washington und an das Politische Departement vom 17. Mai 1970,* dodis.ch/34502.
8. *Note von R. Roa an A. Fischli vom 17. Mai 1970, Doss. wie Anm. 1.*

söhnlichen Ton der kubanischen Antwort hin und erwähnte, dass manches darin diskutabel wäre, ich hingegen im Hinblick auf die Beilegung des Konfliktes und die künftige Zusammenarbeit auf die Diskussion dieser Punkte verzichte. Man könnte in der Tat ad infinitum diskutieren, ohne je die kubanischen Behörden zum Geständnis zu bringen, dass sie irgendwie unkorrekt gehandelt haben.

Im übrigen war Botschafter Melendez, häufig ein ungehobelter Knot, diesmal äusserst liebenswürdig. Er nahm mit grosser Genugtuung davon Kenntnis, dass ich, wie ihm längst bekannt, demnächst in die Ferien verreisen werde und dass diese Reise keine politische Bedeutung habe. Er wünschte mir und meiner Frau gute Erholung und erkundigte sich auch nach dem Befinden der Familie Hunziker.

Ganz allgemein ist im Aussenministerium festzustellen, dass der Wind gekehrt hat. Zwei nordamerikanische Flugzeuge wurden innert wenigen Stunden zum Rückflug freigegeben, ohne dass wir, wie bei den Südamerikanern, lange warten und dann eine exorbitante Rechnung bezahlen mussten. Der laufende Kontakt spielt sich wie früher reibungslos ab und wir bemühen uns, im Interesse unserer Aufgabe die Arbeit weiterzuführen, wie wenn sie nicht unterbrochen worden wäre.

24

dodis.ch/35685

Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 6. Mai 1970[1]

RHODESIEN; GRÜNDE FÜR DIE SCHLIESSUNG DES SCHWEIZERISCHEN KONSULATS

Auszug 4. Juni 1970

[…][2]

Herr Lusser: Die schweizerische Öffentlichkeit war zum Teil darüber erstaunt[3], dass der Bundesrat der Neutralität und Nichtmitgliedschaft bei der UNO zum Trotz beschlossen hat, das Konsulat in Salisbury zu schliessen. Wiewohl wir die offizielle Begründung der Landesregierung kennen (und wohl auch weitgehend teilen), möchte ich dem Vorsteher des Politischen Departements doch die Möglichkeit geben, sich noch etwas umfassender zu diesem Entscheid[4] zu äussern.

---

1. *Protokoll*: CH-BAR#E1050.12#1995/512#6*. *Verfasst von F. Blankart.*
2. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35685.
3. *Zur Reaktion der Gesellschaft Schweiz-Rhodesien vgl. das Schreiben von D. Zwicky an O. W. Jucker vom 11. März 1970,* dodis.ch/36084. *Zur Reaktion Rhodesiens vgl. das Schreiben von G. Brunner an P. Micheli vom 24. März 1970,* dodis.ch/36082.
4. *BR-Prot. Nr. 491 vom 16. März 1970,* dodis.ch/36081. *Zur Diskussion im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 19. März 1970 der 11. Sitzung vom 16. März 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

Monsieur Graber: Je crois pouvoir résumer très simplement les réflexions du Conseil fédéral dans l'affaire rhodésienne en disant ceci: Il y a, d'une part le principe de l'universalité qui veut que la Suisse entretienne des relations avec tous les États quel que soit leur régime, et d'autre part des cas d'espèce où, sous prétexte de fidélité à ce principe, nous risquons de faire courir au Pays des dommages trop évidents. À partir du moment où s'est esquissé, dans l'affaire rhodésienne, un mouvement de repli général de toutes les puissances, à l'exception de l'Afrique du Sud et du Portugal (qui depuis lors a également retiré son Consul général[5] pour le remplacer par un gérant) les inconvénients du maintien du Consulat se sont avérés plus graves. Un pays, comme le nôtre, qui a besoin d'un certain nombre d'amitiés dans le monde et qui est déjà en relation délicate avec les puissances arabes[6], ne peut se permettre d'être au surplus mal jugé par les États de l'Afrique noire et ceux du monde anglo-saxon[7]. Compte tenu de cette situation, le maintien du Consulat nous a paru un défi trop provoquant. Cette constatation a un caractère d'opportunité, il faut bien le dire, mais elle a été rendue possible par le fait que, sur le plan pratique de protection de notre colonie, il n'y avait pas de dommage sensible à craindre. Nous n'avions déjà plus de consul sur place, mais seulement un gérant qui, en tant que tel, n'avait pas besoin d'exequatur[8]. Depuis la fermeture complète, la colonie suisse est, du point de vue administratif, rattachée au Consulat général de Johannesbourg[9]. Un membre de la colonie a été désigné comme homme de liaison[10]. Dorénavant c'est à lui que les Suisses sur place peuvent s'adresser en cas de besoin. On peut donc admettre que les intérêts des membres de la colonie suisse sont protégés de façon satisfaisante.

Herr Lusser: Ich danke *Herrn Graber* für diese Ausführungen. Wägt man die Vor- und Nachteile der Belassung unseres Konsulats ab, so muss man feststellen, dass das Positivum des Festhaltens am Grundsatz der Universalität die negativen Folgen im politischen Bereich kaum hätte wettmachen können.

---

5. *J. de Freitas-Cruz.*

6. *Zu den Auswirkungen der Attentate palästinensischer Befreiungsbewegungen auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und den arabischen Staaten vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 130,* dodis.ch/33710 *und Dok. 173,* dodis.ch/33275 *sowie Bd. 25, Dok. 11,* dodis.ch/35442; *Dok. 12,* dodis.ch/35468 *und Dok. 45,* dodis.ch/35434.

7. *Zur Kritik an der Schweiz betreffend ihrer Beziehungen zu Rhodesien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 120,* dodis.ch/31085; *Dok. 130,* dodis.ch/31089; *Dok. 138,* dodis.ch/31090 *und DDS, Bd. 24, Dok. 8,* dodis.ch/33239; *Dok. 60,* dodis.ch/33642 *und Dok. 171,* dodis.ch/30859, *bes. Anm. 9 sowie das Telegramm Nr. 13 der schweizerischen Botschaft in Nairobi an die Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements vom 11. März 1970,* dodis.ch/36080.

8. *Dazu sowie zur allgemeinen Frage der Anerkennung und der offiziellen Beziehungen der Schweiz zu Rhodesien seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung 1965 vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 171,* dodis.ch/30859, *bes. Anm. 11 sowie die Notiz von M. Gelzer vom 19. Juni 1969,* dodis.ch/36942.

9. *Der Mitarbeiter des Konsulats in Salisbury, S. Brazerol, wird in der Folge an das Generalkonsulat in Johannesburg transferiert. Zu dessen vierten Dienstreise nach Rhodesien vgl. das Schreiben von J. Trachsel an E. Thalmann vom 25. August 1972,* dodis.ch/36089.

10. *P. Meyer.*

Herr Hofmann: Informationstechnisch hatte die Angelegenheit eine unschöne Seite, insofern zunächst mitgeteilt wurde, der Konsul werde nicht abberufen. Als dann die übrigen Staaten ihre Vertretungen zu schliessen begannen, wurde diese Verlautbarung dementiert und einige Tage später die Aufhebung des Konsulats zur Kenntnis gebracht. Ich nehme an, dass schon die erste Mitteilung aus dem Bundeshaus stammte.

Herr Luder: Hierzu ist beizufügen, dass im letzten Geschäftsbericht[11] ausdrücklich festgehalten wurde, das Konsulat werde nicht geschlossen.

Monsieur Graber: Le déroulement des événements était le suivant: le mardi, 10 mars 1970, les Chefs de Division se sont réunis chez moi pour discuter cette affaire. Constatant le début d'une fuite générale de Rhodésie, nous avons décidé qu'à partir du moment où les États-Unis et les Pays-Bas s'en iraient, nous proposerions immédiatement au Conseil fédéral de fermer le Consulat. Si je mentionne les Pays-Bas, c'est parce que c'est un pays occidental relativement proche du nôtre quant à sa conception politique, et qui plus est, la colonie néerlandaise en Rhodésie est du triple de la nôtre, ce qui représente pour la Hollande des préoccupations de protection beaucoup plus importantes. Le problème est que le Conseil fédéral ne se réunit pas en séance extraordinaire pour une telle affaire; il ne devait siéger que la semaine d'après (16. 3. 1970) et a pris, à cette occasion, la décision que vous connaissez[12]. Or, dans l'intervalle, les événements marchent. La curiosité – légitime – des journalistes les incite à se renseigner; et ils le font auprès des fonctionnaires qu'ils jugent compétents. La première nouvelle est partie en effet au moment même où avait lieu ladite séance. À défaut d'atteindre l'un des Chefs de Division réunis chez moi, la question journalistique a été posée un peu plus bas dans la hiérarchie. Le fonctionnaire interrogé a répondu en toute bonne foi, rappelant quelle était la doctrine (qui précisément était valable jusqu'à ce jour là). Et c'est pourquoi les journalistes – de bonne foi également et laissant entendre que la nouvelle provenait de source sûre – ont communiqué que le Conseil fédéral avait décidé de ne pas fermer le Consulat; or, celui-ci n'avait pas encore été consulté. Il faut convenir que le système d'information est un peu mis en cause dans des affaires urgentes. Nous allons en tirer des conclusions. Mais un problème reste: À moins qu'il s'agisse d'une affaire d'importance capitale, le Conseil fédéral n'est pas convoqué en séance extraordinaire. Or, entre un événement et une décision gouvernementale il se passe et s'écrit beaucoup de choses. Le remède n'est pas facile, car on voit mal le Département politique rédiger un communiqué sous sa responsabilité en indiquant ce qu'il va proposer au Conseil fédéral. Ce procédé limiterait la liberté d'appréciation du Gouvernement. Le handicap conditionné par la non-autonomie des Ministères et les séances hebdomadaires du Conseil fédéral subsistera incontestablement. La conclusion que nous avons tirée est que, quelles que soient les circonstances, les journalistes doivent pouvoir être renseignés au sommet du Département et recevoir des nouvelles qui correspondent à la réalité.

---

11. Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1969 *vom 16. März 1970, S. 15.*

12. *Vgl. Anm. 3.*

Herr Lusser: Es ist in der Tat nicht so einfach, die Neugierde der Journalisten zu befriedigen. Auf diesem Gebiet können in einer Demokratie Pannen wohl nie gänzlich ausgeschlossen werden.

[…][13]

13. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35685.

25

dodis.ch/35772

Notice du Secrétaire général, P. Micheli, au Chef du Département politique, P. Graber[1]

Berne, 10 juin 1970

La discussion que nous avons eue le 10 juin chez vous m'amène à vous faire part des réflexions suivantes:

Je ne pense pas qu'il puisse y avoir, au cours des conversations exploratoires avec le Marché commun, un point de vue du Département politique et un autre de la Division du commerce qui s'opposeraient le cas échéant. Le Conseil fédéral arrêtera une ligne de conduite qui devra être suivie. On ne peut guère concevoir que celle-ci puisse ensuite être infléchie sans l'accord du Conseil fédéral.

Les divergences[2] qui existent entre M. Bindschedler et M. Jolles portent essentiellement sur un point que le Conseil fédéral devrait trancher. M. Bindschedler considère que la meilleure solution pour nous serait une adhésion avec réserve de neutralité. M. Jolles ne croit pas qu'une telle solution soit réalisable et, par conséquent, il pense que nous devrions tenter d'obtenir un accord large qui se situerait entre l'adhésion et le simple accord de commerce, insuffisant pour nous. L'objectif serait ainsi de pouvoir participer à l'intégration européenne, sans pour autant nous incorporer dans la Communauté.

1. *Notice:* CH-BAR#E2806#1971/57#127* (17-60). *Notice manuscrite jointe de P. Micheli du 16 juin 1970:* Pour le dossier: J'ai exposé les idées contenues dans cette notice à une réunion présidée par M. Graber le 16 juin pour préparer la visite à Berne de M. Thorn, Ministre des A*[ffaires]* É*[trangères]* du Luxembourg. *Sur la visite de G. Thorn, cf. la notice de M. Gelzer à P. Micheli du 9 juin 1970,* dodis.ch/36451 *et le procès-verbal de Y. Besson du 17 juin 1970,* dodis.ch/36455. *Pour la visite que P. Graber rend à son tour à G. Thorn, cf. le procès-verbal de P.-Y. Simonin du 20 novembre 1970,* dodis.ch/36452.

2. *Sur les différentes options évaluées par la Suisse, cf. la circulaire de M. Feller du 30 janvier 1970,* dodis.ch/36103; *le rapport de A. Weitnauer du 27 avril 1970,* dodis.ch/34230; *la notice* Quelques considérations en marge du rapport Weitnauer *de A. Natural du 27 avril 1970,* dodis.ch/34231; *le compte-rendu du 30 septembre 1970 de la séance de la Délégation du Conseil fédéral pour les affaires économiques et financières du 24 août 1970,* dodis.ch/36126 *et la notice* Fächer der Lösungsmöglichkeiten mit der EWG *de P. R. Jolles de septembre 1970,* dodis.ch/36106. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776.

Personnellement, je partage l'opinion de M. Jolles. Dans l'abstrait, une adhésion avec réserve de neutralité serait très avantageuse pour nous. Je suis convaincu cependant qu'elle n'est pas acceptable pour les Six, car elle créerait en faveur de la Suisse un statut privilégié qu'ils ne songent pas à lui accorder. Sur le plan intérieur[3], elle rencontrerait aussi une vive opposition. Pour beaucoup de gens, une réserve de neutralité ne constituerait pas une clause échappatoire suffisante. Enfin, l'URSS interpréterait sans doute une telle convention comme un abandon de la neutralité.

M. Feller[4] a dit l'autre jour que nous nous trouvons dans une situation analogue à celle de la Grande-Bretagne à Messine et que nous ne pourrons plus ensuite monter dans un train européen. Pour ma part, je ne le crois pas. Mais c'est une opinion que l'on peut avoir. Il serait peut-être bon que vous interrogiez M. Wurth à ce sujet. Si M. Feller voit juste, notre attitude devrait être révisée, car nous devrions alors être prêts à accepter les finalités politiques du Marché commun, comme les Anglais[5] ont dû le faire; je doute que cela soit possible.

3. *Cf. doc. 52,* dodis.ch/35368 *et doc. 160,* dodis.ch/35778.

4. *Sur la participation de M. Feller aux négociations à Bruxelles, cf. la lettre de M. Feller à P. Graber du 23 novembre 1971,* dodis.ch/36448.

5. *Cf. doc. 44,* dodis.ch/35774, *note 11.*

26

dodis.ch/32773

Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BANKENKREDIT AN GRIECHENLAND

Bern, 15. Juni 1970

Ihrem Schreiben vom 19. Mai[2] entnehmen wir Ihre Ansicht, dass der nachgesuchte Bankenkredit in der Höhe von 50 Mio. Franken an die Banque de Grèce nicht bewilligt werden sollte.

Wir verstehen Ihre Bedenken gegen die zur Diskussion stehende Operation durchaus. Trotzdem sind wir der Meinung, dass die von Ihnen angeführten, ablehnenden Argumente nicht ausreichend sind, um das Begehren zurückzuweisen.

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E#1980/83#2555* (C.41.152.0). *Visiert von P. A. Nussbaumer und J. Faillettaz. Handschriftliche Marginalie:* Urgent! M'en parler svpl.

2. *Schreiben von P. Graber an N. Celio und E. Brugger vom 19. Mai 1970, Doss. wie Anm. 1. Zur Stellungnahme des Volkswirtschaftsdepartements vgl. das Schreiben von E. Brugger an P. Graber vom 5. Juni 1970,* dodis.ch/32770.

So bietet Art. 8 Abs. 3 des Bankengesetzes keine genügende Grundlage, um aus politischen Überlegungen gegen das Geschäft Stellung zu nehmen[3]. Der Bundesrat hat diesen Standpunkt in der Vergangenheit stets vertreten. Wir erinnern an die Beantwortung der Kleinen Anfrage Wyler vom 19. Juni 1969[4], die u. a. wie folgt lautet:

«Der Bundesrat ist in wirtschaftspolitischer Hinsicht immer davon ausgegangen, dass, entsprechend den Prinzipien der Neutralität und der Universalität, alle Staaten, ohne Rücksicht auf ihr politisches Regime, grundsätzlich gleich zu behandeln sind. Es bestand keine Veranlassung, im Falle Griechenlands von einem Prinzip abzuweichen, das sich bis heute bewährt hat, und dies umso weniger, als mit seiner Anwendung keine Billigung fremder Regierungssysteme verbunden ist.»

Grundsätzlich gesehen, ist die gegenwärtige Regelung, wonach der Bundesrat der Aufgabe enthoben wird, politische Entscheidungen zu treffen, unseres Erachtens positiv zu werten. Es könnten sich sonst ausserordentlich heikle Situationen ergeben. Wir möchten daran erinnern, dass in den Jahren 1969/70 an kommunistische Länder folgende Bankenkredite gewährt worden sind[5]:

1969:	63,5	Mio. Franken	an Jugoslawien
	43	” ”	an die Tschechoslowakei
	52	” ”	an Ungarn
	21	” ”	an Rumänien
	64	” ”	an Russland
	34	” ”	an Bulgarien
	35	” ”	an Ost-Deutschland
1970:	21,5	” ”	an Bulgarien
	16	” ”	an Polen

Wir bezweifeln, dass die öffentliche Meinung diese Kredite als weniger bedenklich bezeichnet als Kredite an Griechenland. Es scheint uns daher, dass es kaum gerechtfertigt wäre, Griechenland zu diskriminieren[6]. Im übrigen ist der Assoziierungsvertrag zwischen der EWG und Griechenland nach wie vor in Kraft. Schliesslich ist nicht zu übersehen, dass dieses Geschäft mit privaten und nicht mit Staatsgeldern finanziert wird, sodass die politischen Erwägungen eine weniger gewichtige Rolle spielen dürften.

---

3. *Zur Haltung der Schweiz gegenüber der internationalen Kritik an Griechenland vgl. Dok. 6,* dodis.ch/35520.

4. *BR-Prot. Nr. 1483 vom 3. September 1969,* dodis.ch/32764.

5. *Zur Kreditvergabe an Jugoslawien vgl. Dok. 122,* dodis.ch/35169 *und zur Kreditvergabe an Bulgarien vgl. das Schreiben von L. Roches an L. Guillaume vom 5. Mai 1969,* dodis.ch/33488. *Allgemein zur Osthandelspolitik vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754 *und Dok. 176,* dodis.ch/35755.

6. *Vgl. dazu auch die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 19. Mai 1970,* dodis.ch/32768.

Die Frage, ob der Kredit aus wirtschaftlichen Überlegungen, also «mit Rücksicht auf die Landeswährung, die Gestaltung des Zinsfusses auf dem Geld- und Kapitalmarkt oder die wirtschaftlichen Landesinteressen» (Bankengesetz Art. 8 Abs. 3) verweigert werden sollte, vermögen wir zurzeit ebenfalls nicht in bejahendem Sinne zu beantworten. Zugegeben, die Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt ist nach wie vor angespannt und die in der Tat aussergewöhnliche Zinshausse bereitet auch uns Sorgen[7]. Die Nicht-Zustimmung zum Kredit an Griechenland würde aber an dieser Situation nichts ändern. Die für einen derartigen Auslandskredit zur Verwendung gelangenden Gelder kommen grösstenteils vom Ausland und sind für eine Benützung im Inland kaum geeignet. Konjunkturpolitisch ist ein Export solcher Mittel zurzeit sogar erwünscht. Nachdem sodann der vorübergehende Stop von Auslandsanleihen inzwischen bereits gelockert worden ist[8], liesse sich eine Verweigerung von Bankenkrediten an das Ausland noch weniger verantworten als vielleicht noch vor einigen Wochen.

Wir wären Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Angelegenheit nochmals überprüfen wollten. Mit Ihnen sind wir der Meinung, dass der Nationalbank eine übereinstimmende Antwort[9] aus dem Bundeshaus gegeben werden sollte. Dabei wäre es im Hinblick auf die Sommer-Session sicher möglich, den definitiven Abschluss der Transaktion noch etwas hinauszuschieben.

7. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/35735, *bes. Anm. 11 und 14.*
8. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#718* (C.41.731.0).
9. *Schreiben von N. Celio an E. Stopper vom 3. Juli 1970*, dodis.ch/36609.

27

dodis.ch/35849

Le Secrétaire général du Département politique, P. Micheli, au Secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères du Brésil, J. Carvalho e Silva[1]

Berne, 22 juin 1970

Notre Ambassadeur auprès du Gouvernement brésilien me rapporte les conversations qu'il a eues avec vous les 2 et 9 juin[2]. Vous connaissez mes liens avec le Brésil auquel je suis demeuré profondément attaché[3]. Vous pouvez

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#2296* (B.32.11). *Notice manuscrite jointe de M. Gelzer à P. Micheli du 17 juin 1970:* Von der Weid/Russi. Beiliegend der gemäss den Vorschlägen Herrn Buchers bereinigte Brief für den Generalsekretär des brasilianischen Aussenministeriums. Den Anregungen unserer Botschaft ist weitgehendst Rechnung getragen worden. Das Datum wird eingesetzt, sobald die Antwort an Breitenmoser den Bundesrat passiert hat.
2. *Cf. le télégramme N° 32 de l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro au Département politique du 3 juin 1970,* dodis.ch/36006 *et le télégramme N° 36 de G. E. Bucher au Département politique du 10 juin 1970, doss. comme note 1.*
3. *P. Micheli était attaché de légation de 1937 à 1941 à la Légation de Suisse à Rio de Janeiro,*

donc vous imaginer ma préoccupation en voyant se tendre les relations entre nos pays. M. Bucher me dit que vous les considérez même comme détériorées[4]. C'est ce qui me pousse à vous écrire cette lettre personnelle dans l'espoir qu'elle contribuera à rétablir une atmosphère plus sereine et à mieux vous faire comprendre la situation dans laquelle nous sommes.

L'affaire von der Weid[5] et celle des sœurs Russi[6] ayant fait beaucoup de bruit dans la presse internationale, elles ont suscité une vive émotion dans notre opinion publique. Les journaux et plusieurs parlementaires nous ont pressés de questions[7]. Nous ne pouvions les ignorer. Nous avons ainsi été amenés à y répondre et à vous prier de faire la lumière en ce qui concerne le jeune von der Weid et à user de clémence envers les sœurs Russi. Nos communiqués vous ont heurté. Je le regrette sincèrement, car nous attachons un grand prix à l'amitié qui unit nos pays. Mais, d'autre part, comment rester passifs lorsque des informations nous parviennent selon lesquelles un jeune homme – de nationalité brésilienne, il est vrai, mais d'origine suisse – aurait été gravement maltraité? Si l'inverse était arrivé, je ne pense pas que votre ministre serait demeuré indifférent.

Vous nous reprochez une attitude hautaine. Je m'étonne de cette appréciation. Dans tous les cas, laissez-moi vous assurer que notre intention n'a jamais été de vous offenser, mais seulement de répondre à des demandes pressantes de l'opinion publique suisse.

Notre plus grand désir est que nos rapports demeurent confiants et reprennent un cours normal. Nous nous sommes permis de solliciter votre intervention en faveur des sœurs Russi et l'autorisation pour notre Ambassadeur de pouvoir visiter le jeune von der Weid. Sommes-nous allés trop loin? Je ne le pense vraiment pas.

CH-BAR#E2500#1990/6#1587* (a.21).

4. *Cf. le télégramme N° 36 de G. E. Bucher au Département politique du 10 juin 1970, doss. comme note 1.*

5. *Cf. doc. 35,* dodis.ch/34536.

6. *Sur l'arrestation de M.-H. Russi et Ch. Russi, cf. le rapport de H. Schaer du 5 mars 1970,* dodis.ch/36034; *la lettre de G. E. Bucher à P. Micheli du 24 juin 1970,* dodis.ch/36035 *et la lettre de G. E. Bucher à P. Micheli du 30 octobre 1970,* dodis.ch/36036.

7. *Pour la réponse du Conseil fédéral à la petite question urgente de A. Breitenmoser du 1er juin 1970, cf. le PVCF N° 1093 du 22 juin 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#759*.

28

dodis.ch/35766

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, A. Weitnauer, an den Generalsekretär des Politischen Departements, P. Micheli, und den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Bern, 24. Juni 1970

Wie Sie wissen, befasse ich mich seit einiger Zeit – zum Teil aus Liebhaberei – mit dem Problem der Intensivierung[2] der Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich[3]. Ich habe in Botschafter Bielka einen Mann gleichen Sinnes gefunden, der sich der Sache ebenfalls aus Überzeugung und mit grosser Konsequenz annimmt. Aus unseren Gesprächen ist ein Gedanke entsprungen, den ich Ihnen nachfolgend als Vorschlag für die kommenden schweizerisch-österreichischen Gespräche von Anfang Juli im Rahmen des Besuches von Bundeskanzler Kreisky und Aussenminister Kirchschläger[4] unterbreiten möchte.

Er würde darin bestehen, dass den ohnehin gepflegten vielfältigen Kontakten zwischen den beiden Ländern auf gewissen Gebieten eine etwas systematischere Form gegeben würde. Ich zähle zunächst die Bereiche auf, die uns dafür geeignet scheinen:

– Europäische Integration[5]
– Europarat[6]

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#1413* (B.15.21.Uch). *Visiert von P. Graber.*
2. *Vgl. dazu auch das Schreiben von A. Escher an E. Thalmann vom 19. Oktober 1971,* dodis.ch/36397 *sowie die Notiz von L. Burckhardt an den politischen Dienst Ost des Politischen Departements vom 8. Dezember 1972,* dodis.ch/36404.
3. *Zu den hängigen Fragen in den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Österreich vgl. die Notiz E. Diez vom 23. Juni 1971,* dodis.ch/36444; *die Notiz von E. Diez vom 24. November 1971,* dodis.ch/36520; *das Schreiben von H. R. Siegrist an H. Miesch vom 19. Januar 1972,* dodis.ch/36449 *sowie das Schreiben von H. Mumenthaler an E. Thalmann vom 27. Januar 1972,* dodis.ch/36522. *Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit vgl. die Notiz von H. Lüthi an K. Fröhlicher vom 13. April 1972,* dodis.ch/36547.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Escher an P. Graber vom 24. April 1970,* dodis.ch/36406 *und das Protokoll der Sitzungen vom 3. und 4. Juli 1970 von M. Jaeger und K. Fritschi,* dodis.ch/36407.
5. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776 *und zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775. *Zur Zusammenarbeit zwischen den Neutralen vgl. Dok. 95,* dodis.ch/35590. *Zur den Kontakten mit Österreich vgl. die Notiz* EWG-Erweiterungsverhandlungen ab 1970. Koordinationskontakte Schweiz–Österreich auf Beamtenebene Bern, 11. Juli 1970 *vom 17. Juli 1970,* dodis.ch/36075; *die Notiz von P. R. Jolles vom 25. September 1970,* dodis.ch/36076 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an R. Gnägi vom 1. Oktober 1970,* dodis.ch/36077.
6. *Vgl. dazu Dok. 178,* dodis.ch/35765.

– West/Ost-Beziehungen (insbesondere Europäische Sicherheitskonferenz[7])
– GATT[8]
– eventuell: Entwicklungshilfe[9].

Auf allen diesen Gebieten ist ein gewisses Mass an Zusammenarbeit bereits vorhanden[10]. Dabei spielen einerseits festgelegte Mechanismen wie die regelmässigen Zusammenkünfte der Aussenminister[11] und der «Directeurs politiques»[12] zweimal im Jahr, anderseits die Tatsache, dass sich – namentlich in Integrationsfragen – die Gewohnheit telephonischer Kontakte oder persönlicher Zusammenkünfte zwischen den Chefbeamten herausgebildet hat.

Das Neue unseres Vorschlages würde darin bestehen, dass man solche Kontakte zur Gewohnheit machen würde. Die zuständigen Persönlichkeiten auf beiden Seiten, in der Verwaltung und auf den beiden Botschaften, würden sich als Regel vornehmen, auch ausserhalb regulärer Treffen immer dann einen Gedankenaustausch zu pflegen, wenn auf den oben genannten Gebieten neue Entwicklungen eintreten, internationale Konferenzen vorzubereiten sind oder ganz einfach das Bedürfnis nach einer erneuten Abstimmung der gegenseitigen Standpunkte auftritt.

Anlässlich der bevorstehenden Gespräche in Bern könnte eine solche Vereinbarung *mündlich* getroffen werden. Als Gedächtnisstütze aber wäre ein kurzes *Memorandum* dem Sitzungsprotokoll beizufügen, das das unter den beiden Parteien vorhandene Einverständnis auch schriftlich in einer geeigneten Formulierung festhielte.

Herr Botschafter Bielka und ich wären sehr froh, wenn dieser Gedanke von den Delegationsleitern wohlwollend aufgenommen und verwirklicht würde.

---

7. *Zur schweizerischen Haltung gegenüber der Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

8. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 65,* dodis.ch/35596 *sowie Dok. 103,* dodis.ch/35597, *bes. Anm. 2.*

9. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 42,* dodis.ch/35252; *Dok. 77,* dodis.ch/35253 *und Dok. 110,* dodis.ch/35242. *Zur Zusammenarbeit mit Österreich in der UNCTAD vgl. die Notiz von P. R. Jolles an P. Graber vom 25. Januar 1972,* dodis.ch/36405.

10. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 46,* dodis.ch/30181; *DDS, Bd. 23, Dok. 63,* dodis.ch/31092; *Dok. 148,* dodis.ch/31105 *sowie DDS, Bd. 24, Dok. 143,* dodis.ch/33201. *Zur Zusammenarbeit im militärtechnischen Bereich vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 148,* dodis.ch/31105*, bes. Anm. 9; DDS, Bd. 24, Dok. 76,* dodis.ch/33200; *das Schreiben H. Senn an H. Miesch vom 1. Juli 1970,* dodis.ch/36441; *die Notiz von H. Miesch vom 6. November 1970,* dodis.ch/36431; *die Notiz von E. Diez an R. Bindschedler vom 18. August 1972,* dodis.ch/36437; *das Schreiben von R. Gnägi an P. Hirschy vom 2. Oktober 1972,* dodis.ch/36439 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 9. Oktober 1970 der 37. Sitzung vom 5. Oktober 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*. *Zur geplanten Zusammenarbeit zwischen der Swissair und der AUA vgl. die Notiz von E. Diez vom 23. Dezember 1970,* dodis.ch/36458.

11. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Graber an R. Kirchschläger vom 18. Dezember 1970,* dodis.ch/36408; *das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 26. Februar 1971,* dodis.ch/36409; *das Schreiben von A. Escher an P. A. Nussbaumer vom 1. Juni 1971,* dodis.ch/36426 *sowie das Protokoll der Sitzungen vom 27. und 28. Januar 1972 von E. Schurtenberger,* dodis.ch/36429.

12. *Vgl. dazu die Notiz von R. Keller an E. Thalmann vom 22. November 1972,* dodis.ch/36403 *sowie die Aufzeichnung von H. Miesch vom 5. Januar 1973,* dodis.ch/36400.

29

dodis.ch/35592

Mitbericht des Politischen Departements an den Bundesrat[1]

MITBERICHT ZUM ANTRAG DES MILITÄRDEPARTEMENTS VOM 25. JUNI 1970[2] BETREFFEND ZUSAMMENARBEIT SCHWEIZ/SCHWEDEN AUF MILITÄRTECHNISCHEM GEBIET[3]

Ausgeteilt/Vertraulich Bern, 2. Juli 1970

Mit dem Antrag des Militärdepartements vom 25. Juni 1970 sind wir einverstanden.

Zusätzlich sollte das Militärdepartement beauftragt werden, die Möglichkeit einer langfristigen Zusammenarbeit mit Schweden auf dem Gebiete der Flugzeugbeschaffung[4] zu prüfen[5], damit dieses Problem anlässlich der nächsten Sitzung der schweizerisch-schwedischen Gemischten Kommission[6] wieder aufgegriffen werden kann. Aus aussenpolitischen Gründen würden wir eine möglichst umfangreiche Beschaffung von Kriegsmaterial aus neutralen Staaten sehr begrüssen[7], wobei Schweden infolge seines Entwicklungsstandes auf dem Gebiete der Technik in erster Linie in Frage kommt. Die Flugzeugbeschaffung würde der Zusammenarbeit der beiden Staaten wesentlich mehr Substanz verleihen. Es würde wohl auch im Interesse der Rüstungspolitik liegen, das Flugzeugproblem auf längere Frist zu planen. Wenn das Militärdepartement in seiner Stellungnahme vom 25. Juni 1970[8] zu den verschiedenen Mitberichten[9]

---

1. *Mitbericht*: CH-BAR#E1004.1#1000/9#760*. *Verfasst von R. Bindschedler.*
2. *Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat vom 25. Juni 1970,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#579* (B.51.13.009). *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1249 vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/35592.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 160,* dodis.ch/31211; *DDS, Bd. 24, Dok. 167,* dodis.ch/32962; *das Schreiben von A. Triponez an A. Kaech vom 28. Juni 1971,* dodis.ch/35758; *das BR-Prot. vom 10. Januar 1972,* dodis.ch/35744; *das Schreiben von R. Fässler an E. Thalmann vom 6. Juli 1972,* dodis.ch/35759; *das BR-Beschlussprot. II vom 15. August 1972 der 41. Sitzung vom 9. August 1972, S. 2 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 11. Dezember der 63. Sitzung vom 11. Dezember 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*, *S. 2*.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Gnägi an W. Bringolf vom 21. Juli 1970,* dodis.ch/36843.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Gnägi an H. Schulthess vom 28. September 1970,* dodis.ch/36847.
6. *Für die Sitzungen vom 23.–27. August 1971 in Schweden vgl. Doss.* CH-BAR#E5001G#1982/121#2202* (12.03). *Zur gemischten Kommission vgl. ferner das Schreiben von P. Gygli an das Militärdepartement vom 11. Mai 1970,* dodis.ch/35762.
7. *Vgl. dazu auch Dok. 64,* dodis.ch/35690.
8. *Stellungnahme des Militärdepartements zuhanden des Bundesrats vom 25. Juni 1970,* CH-BAR#E5001G#1982/18#2911* (741.2).
9. *Mitbericht des Politischen Departements vom 12. Juni 1970; Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartement vom 18. Juni 1970 und Mitbericht des Finanz- und Zolldepartement vom 18. Juni 1970, Doss. wie Anm. 8. Der Typenentscheid bezüglich eines neuen Kampfflugzeugs wurde*

über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge[10] ausführt, die Zusammenarbeit mit Schweden sei bis jetzt an den unterschiedlichen Einsatzkonzeptionen gescheitert, so wäre darauf hinzuweisen, dass dieses Hindernis wohl in Zukunft an Gewicht verliert und auch die schweizerische Doktrin einer neuen Überprüfung bedarf.

---

vom Bundesrat vertagt. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1248 vom 15. Juli 1970, Doss. wie Anm. 1. Zur Diskussion im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 17. Juni 1970 der 24. Sitzung vom 15. Juni 1970, dodis.ch/37078; *das BR-Beschlussprot. II vom 25. Juni 1971 der 23. Sitzung vom 21. Juni 1971,* dodis.ch/37066; *das BR-Beschlussprot. II vom 9. Juli 1970 der 27. Sitzung vom 7. Juli 1970,* dodis.ch/37077; *das BR-Beschlussprot. II vom 2. Juli 1970 der 26. Sitzung vom 1. Juli 1970 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 16. Juli 1970 der 28. Sitzung vom 15. Juli 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

10. *Zum Verzicht des Bundesrats, ein neues Kampfflugzeug zu beschaffen, vgl. das BR-Prot. Nr. 1628 vom 9. September 1972,* dodis.ch/36418. *Vgl. dazu auch das BR-Beschlussprot. II vom 25. September der ausserordentlichen Sitzung vom 9. September 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Zur Evaluation der Kampfflugzeugtypen vgl. den Antrag des Militärdepartements an den Bundesrat vom 1. Juni 1970,* dodis.ch/36848; *das BR-Beschlussprot. II vom 10. August 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 8. August 1972,* dodis.ch/37057; *das BR-Beschlussprot. II vom 30. Juni 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 26. Juni 1972 und das BR-Beschlussprot. II vom 21. August 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 11. August 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.

30

dodis.ch/35735

Protokoll der Sitzung der bundesrätlichen Delegation für Finanz und Wirtschaft vom 1. Juli 1970[1]

Auszug Streng vertraulich nur für amtsinternen Gebrauch Bern, 6. *[Juli]* 1970[2]

[…][3]

3. Münzgesetz[4]

3.1. Standpunkt der Nationalbank

Nationalbankpräsident Stopper legt eingehend die Gründe dar, die gegen eine Weiterleitung der Botschaft über das Münzgesetz an die eidgenössischen

---

1. *Protokoll:* CH-BAR#E7001C#1982/117#300* (110.2). *Verfasst von F. Walthard. Anwesend: E. Brugger (Vorsitz), N. Celio, P. Graber, E. Stopper, A. Hay, F. Leutwiler, B. Müller, A. Peter, H. Kneubühler, P. A. Nussbaumer und F. Walthard.*
2. *Im Originaltext fälschlicherweise als* 6. Juni 1970.
3. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35735.
4. *Vgl. dazu das Referat von E. Stopper vom 11. September 1970,* dodis.ch/36521 *und das BR-Prot. Nr. 482 vom 15. März 1971,* dodis.ch/36523.

Räte und die Beratung dieses Gesetzes in der September- und Dezembersession 1970[5] sprechen.

Angesichts

- der gegenwärtig neuen Spannungsverhältnisse im Währungssektor[6];
- des Übergangs vom Goldexchange- zum Dollarstandard[7];
- der seit drei Jahren spekulationsgeladenen währungspolitischen Atmosphäre[8], insbesondere das Flottierenlassen des kanadischen Dollars[9] und die Gerüchte über eine weitere Aufwertung der D-Mark[10];
- der nun später als erwarteten Verfügbarkeit des Exportdepots[11];
- sowie der Schwierigkeiten zur Eindämmung einer Dollarflut (Eurodollar)[12] und der deshalb damit verbundenen Gefahr eines weiteren Inflationsschubs

ist die Nationalbank der Auffassung, dass die Verhältnisse heute für eine offizielle Änderung des Münzgesetzes weniger günstig sind, als dies noch im Frühjahr 1970 angenommen wurde. Die Parlamentsdebatten könnten eine *Aufwertungsspekulation*[13] auslösen, die noch mehr Auftrieb erhalten würde, wenn sich die Dollarsituation in den nächsten Monaten verschlechtern sollte.

Herr Stopper stellt deshalb *die Frage, ob die offizielle Einleitung der mit der Revision des Münzgesetzes vorgesehenen Änderung der Kompetenzordnung für die Paritätsfestsetzung* (womit im übrigen die Nationalbank vollständig einig gehe) *nicht auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben sei.* Ein solcher günstiger Zeitpunkt wäre die nächste internationale konjunkturelle Beruhigung oder eine Rezession, weil in einer solchen Situation wohl kaum jemand von einer Aufwertung sprechen und deshalb die Gefahr einer Aufwertungsspekulation nicht bestehen würde, wie dies heute zu erwarten sei. Ob und wann eine solche Änderung des Konjunkturklimas[14] eintreten werde, könne allerdings nicht vorausgesagt werden.

Der *andere Fall* wäre, dass die Verhältnisse im Ausland zu einer Aufwertung zwingen. Ohnehin sei nicht damit zu rechnen, dass die Schweiz

---

5. *Zur Beratung im Parlament vgl. das Amtl. Bull. NR, 1970, S. 625–644 und S. 740 f. sowie das Amtl. Bull. SR, 1970, S. 395–405.*
6. *Vgl. dazu Dok. 140,* dodis.ch/35401, *Anm. 3.*
7. *Vgl. dazu Dok. 140,* dodis.ch/35401, *Punkt I und II.*
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 116,* dodis.ch/33022; *Dok. 142,* dodis.ch/33246, *bes. Anm.* 7 *sowie Dok. 179,* dodis.ch/33041.
9. *Zum Kurs des kanadischen Dollars vgl. das Schreiben von E. Bernath an P. A. Nussbaumer vom 10. August 1970,* dodis.ch/35647.
10. *Zur Aufwertung der D-Mark vom Oktober 1969 vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 179,* dodis.ch/33041.
11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 242 vom 4. Februar 1970,* dodis.ch/37124; *die Notiz von P. R. Jolles an N. Celio und E. Brugger vom 1. Juni 1970,* dodis.ch/37125; *das BR-Prot. Nr. 2252 vom 21. Dezember 1970,* dodis.ch/37127 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 5. November 1970 der 41. Sitzung vom 4. November,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.
12. *Vgl. dazu die Notiz von E. Stopper vom 1. September 1971,* dodis.ch/34584 *sowie den Bericht Nr. 199 der Schweizerischen Nationalbank vom Mai 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#529* (C.41.104.0.1).
13. *Zur Aufwertung des Schweizerfrankens vom 9. Mai 1971 vgl. Dok. 72,* dodis.ch/35737.
14. *Zu den Massnahmen zur Konjunkturdämpfung vgl. die Notiz von A. Peter an N. Celio vom 18. Februar 1970,* dodis.ch/37128 *sowie das Protokoll Nr. 194 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 19. Februar 1970,* dodis.ch/36740. *Vgl. ferner Anm. 11.*

im Alleingang eine Aufwertung vornimmt. In diesem Falle sei alsdann der Zeitpunkt gekommen, die sich eventuell aufzwingende Paritätsänderung (mehrere neue Aufwertungen im Ausland) zu benützen, um den Räten auch die mit der Revision des Münzgesetzes vorgesehene Änderung der Kompetenzordnung durch dringlichen Bundesbeschluss, eventuell auch in einer Extrasession vorzuschlagen (für nähere Einzelheiten vgl. Beilage Exposé von Herrn Stopper[15]).

3.2 Aussprache

In der anschliessenden Aussprache stellt Herr Bundesrat Celio mit Genugtuung fest, dass auch die Nationalbank weiterhin die Notwendigkeit einer Änderung der Kompetenzordnung für eine Paritätsänderung bejaht. Zudem wurde im Zusammenhang mit den Debatten über das Exportdepot die Vorbereitung und Einreichung einer Botschaft[16] betreffend Kompetenzordnung wiederholt erwähnt. Übrigens seien die parlamentarischen Kommissionen bereits bestimmt und deren Sitzungen festgelegt. In bezug auf die Gefahr einer Aufwertungsspekulation kann dieses Risiko nicht abgelehnt werden, aber es sei auch nicht gesagt, dass dies unbedingt unkontrollierbare Ausmasse annehmen werde. Abgesehen von der ausserordentlich passiven Handelsbilanz sei dieses Jahr entweder mit einer passiven oder im besten Falle ausgeglichenen Ertragsbilanz zu rechnen. Der Entwicklung der ganzen Angelegenheit des Exportdepots sei immerhin das zu verdanken, dass der Bundesrat nach dessen Inkrafttreten zum mindesten bis Ende 1972 ein Instrument in der Hand hat, über dessen *Zeitpunkt des Einsatzes er alleine und kurzfristig verfügen kann.* Zudem sollte auch berücksichtigt werden, dass eine Regierung, die so sehr für das Exportdepot gekämpft hat, nicht an eine Aufwertung[17] denkt. Dieser Eindruck wurde deutlich in den Parlamentsdebatten gemacht und dürfte sich dämpfend auf Aufwertungsspekulanten auswirken. Schliesslich werde die mit der Revision des Münzgesetzes vorgesehene Kompetenzänderung im Parlament noch einen harten, wenn nicht noch härteren Kampf als derjenige um das Exportdepot absetzen. Auch dies werde zweifellos eine dämpfende Wirkung auf eine Aufwertungsspekulation haben. Verschiebt man die Änderung der Kompetenzordnung auf den Fall, in welchem ein dringlicher Bundesbeschluss für eine Aufwertung möglich ist, dann ist *erstens* nicht gesagt, wie rasch man im Parlament durchkommt, und *zweitens,* ob eine Aufwertung mit einem dringlichen Beschluss, der an sich befristet sein muss, möglich ist und einen Sinn hat.

Die *Frage ist einfach die,* ob man jetzt, ohne die Gefahren einer Aufwertungsspekulation zu verkennen, aber auch ohne sie genau voraussagen zu können, bereit ist, das Risiko einzugehen und die Botschaft zu verabschieden. Die Sache ist angekündigt und der Bundesrat sollte sie jetzt durchstehen und sich zusammen mit der Nationalbank auf ein Auffangen einer eventuellen

---

15. *Referat von E. Stopper vom 1. Juli 1970,* dodis.ch/37129.
16. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über das Münzwesen *vom 7. Juli 1970, BBl, 1970, S. 105–118.*
17. *Korrektur aus:* Entwertung.

Aufwertungsspekulation, von der auch nicht gesagt ist, dass sie die von Herrn Stopper befürchteten Ausmasse erreichen wird, einrichten.

Auf Anfrage des Vorsitzenden, Herrn Bundesrat Brugger, ist es nach Herrn Bundesrat Celio natürlich möglich, die Übung abzublasen, aber Herr Vizedirektor Müller gibt zu bedenken, dass dann der Bundesrat das Gesicht verlieren würde. Dies vor allem auch deshalb, weil die Sache auch publizistisch bereits ausgewertet wird. Herr Bundesrat Brugger stellt noch fest, dass offenbar ein ausserordentliches Verfahren für einen dringlichen Beschluss nicht der gangbare Weg zu sein scheint (wegen Befristung und den doch kaum vermeidbaren längeren Debatten im Parlament). Bleibt dann der andere von Herrn Stopper aufgezeigte Weg, eine Besserung des Konjunkturklimas abzuwarten. Aber, ob und wann dieser Moment vorliegt, ist eine Frage, die niemand beantworten kann. Da aber gehandelt werden muss, und sowohl die Nationalbank als auch der Bundesrat die Notwendigkeit einer Änderung der Kompetenzordnung bejahen, bleibt wohl nichts anderes übrig, als mit der Übung weiterzumachen.

Auch Herr Bundesrat Graber ist der Meinung, dass ein Ausweichen ein Luxus ist, den sich der Bundesrat nicht leisten kann. Die Frage stellt sich nur, ob die Debatten im Parlament nicht so eingeschränkt werden können, dass die der Aufwertungsspekulation verfügbare Zeitspanne von Ende Sommer 1970 bis Frühjahr 1971 wesentlich gekürzt wird. Nach seiner Parlaments-Erfahrung sollte dies nicht unmöglich sein – auf jeden Fall wäre diese Frage zu prüfen.

Die Vertreter der Nationalbank sind für eine Aufschiebung der Verabschiedung der Botschaft bis ein ausserordentliches dringliches Verfahren möglich ist, wobei Herr Bundesrat Celio nicht glaubt, dass ein solches Verfahren in 48 Stunden durchgeführt werden kann. Wenn sich aber der Bundesrat trotzdem für das normale Verfahren entscheidet, dann sollte er[18] auch bereit sein, gegebenenfalls direkte Massnahmen zur Eindämmung einer Inflation zu treffen.

3.3 Schlussfolgerung

Abschliessend dankt der Vorsitzende für die aufschlussreiche Aussprache, die dem Bundesrat zweifellos für den nun von ihm zu treffenden Entscheid[19] von Nutzen sein wird.

[…][20]

---

18. *Fussnote im Originaltext:* gemäss Herrn Stopper.
19. *BR-Prot. Nr. 1186 vom 7. Juli 1970,* dodis.ch/36519.
20. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35735.

31

dodis.ch/35600

Notiz des Chefs des politischen Diensts West des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

ITALIEN. SCHWEIZERBESUCH BEMPORAD

Bern, 6. Juli 1970

Am 2. Juli stattete Herr Roberto Bemporad, Unterstaatssekretär im italienischen Aussenministerium, dem Vorsteher des Politischen Departements[2] den durch die italienische Botschaft angekündigten Höflichkeitsbesuch[3] ab. B*[emporad]* war begleitet von Herrn Botschafter Pinna Caboni, Generaldirektor für das Emigrationswesen und für Sozialangelegenheiten, sowie vom italienischen Botschafter Martino.

Nachdem B*[emporad]* seine Genugtuung darüber geäussert hatte, die persönliche Bekanntschaft Bundesrat Grabers zu machen, schnitt er sogleich das Thema der Gastarbeiter an. Er übermittelte zunächst den Dank der italienischen Regierung für die Bemühungen des Bundesrates, die auf eine Ablehnung der Schwarzenbach-Initiative gerichtet waren[4]. An den Ausgang der Abstimmung knüpfte er die Hoffnung, dass es nunmehr möglich sein werde, die Probleme betreffend die italienischen Fremdarbeiter im wohlverstanden beidseitigem Interesse einer Lösung zuzuführen.

Herr Bundesrat Graber erläuterte die Bedeutung des Abstimmungsergebnisses vom 6. Juni und die sich für die schweizerische Regierung daraus ergebenden Konsequenzen[5]. Er unterstrich die Entschlossenheit des Bundesrates zu einer strikten Handhabung des Plafonierungsprogramms[6], zugleich aber auch die Wichtigkeit, die die Bundesbehörden unter den gegebenen Umständen einer aktiven Assimilierungspolitik beimessen.

Botschafter Martino nahm seinerseits Bezug auf die Assimilationsfrage, was ihm Gelegenheit bot, die Postulate betreffend Unterkunft[7], Familiennachzug[8],

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#3024* (B.41.10.2). *Kopie an P. Graber, P. Micheli, A. Grübel, E. Mäder und die schweizerische Botschaft in Rom.*
2. *P. Graber.*
3. *Vgl. dazu die Notizen von M. Gelzer an P. Graber vom 12. Juni 1970 und vom 16. Juni 1970, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. dazu Dok. 17,* dodis.ch/35599, *bes. Anm. 3–5.*
5. *Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 8. Juni 1970 der 23. Sitzung vom 8. Juni 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.
6. *BR-Prot. Nr. 505 vom 16. März 1970,* dodis.ch/36175. *Vgl. ferner das BR-Beschlussprot. II vom 2. April 1970 der 12. Sitzung vom 31. März 1970,* dodis.ch/37054 *und das BR-Beschlussprot. II vom 26. April 1970 der 14. Sitzung vom 21. April 1970,* dodis.ch/37057.
7. *Vgl. dazu die Notiz von G. Pedotti an A. Grübel vom 11. März 1970,* dodis.ch/36348.
8. *Vgl. dazu das Kreisschreiben des Justiz- und Polizeidepartements an die Polizeidepartemente der Kantone vom 22. September 1972,* dodis.ch/36320.

Sozialversicherung[9] und insbesondere das Schulungswesen[10] in Erinnerung zu rufen.

Zu der für Ende September geplanten Zusammenkunft der schweizerisch-italienischen Gemischten Kommission[11] brachte Herr Bemporad den Wunsch zum Ausdruck, im Interesse einer möglichst flexiblen Diskussion von der Vorbereitung einer formellen Tagesordnung abzusehen.

Dauer der Aussprache 40 Minuten.

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 157,* dodis.ch/32303.
10. *Vgl. dazu Dok. 3,* dodis.ch/35729. *Vgl. ferner DDS, Bd. 24, Dok. 166,* dodis.ch/32356.
11. *Vgl. dazu Dok. 17,* dodis.ch/35599, *Anm. 11.*

32

dodis.ch/35523

Notice du Chef du Service économique et financier du Département politique, P. A. Nussbaumer[1]

PRÊT DE FR. 50 MIO[2] DE L'UBS À LA BANQUE DE GRÈCE

Berne, 20 juillet 1970

Ainsi que cela a été décidé, la Banque nationale a été informée par une lettre du Département des finances, du 3 juillet[3], que nous ne mettions pas d'obstacle à l'opération prévue[4] mais qu'en cette circonstance nous souhaitions en revanche nous entremettre en vue de la libération de deux prisonniers politiques grecs auxquels un intérêt particulier est porté en Suisse[5].

L'UBS a réagi favorablement à nos intentions et elle l'a fait savoir à la Banque nationale, ainsi que celle-ci nous en a informés par sa lettre du 13 juillet[6] ci-jointe en photocopie.

Il convient maintenant de déterminer la marche à suivre.

L'UBS, avec laquelle nous avons pris téléphoniquement contact, est d'avis qu'elle ne pourrait guère agir elle-même en qualité de porte-parole de nos intentions et elle a donné l'impression qu'elle ne le souhaitait pas. Elle entendrait plutôt se limiter à faire savoir à ses interlocuteurs que les autorités fédérales ne

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E#1980/83#2555* (C.41.152.0). *Rédigée par L. Rochat, visée par M. Gelzer. Copie à P. Micheli.*
2. *Correction à la main de:* Fr. 50'000.
3. *Lettre de N. Celio à E. Stopper du 3 juillet 1970*, dodis.ch/36609.
4. *Sur les objections initiales du Département politique, cf. doc. 26,* dodis.ch/32773.
5. *Sur les efforts suisses en faveur de G. Notaras et N. Kitsikis, cf. la notice de M. Gelzer à W. Spühler du 7 mai 1968,* dodis.ch/32728 *et la lettre de P. Graber à N. Celio et E. Brugger du 26 juin 1970, doss. comme note 1.*
6. *Lettre de W. Kull et H. Huber à P. Graber du 13 juillet 1970, doss. comme note 1.*

s'opposent pas à l'octroi du prêt mais qu'à l'occasion de cette opération elles envisagent de faire valoir certains désirs de nature politique.

La Banque de Grèce n'est jusqu'ici pas revenue à la charge et l'UBS n'envisagerait pas de la renseigner spontanément sur l'état actuel de l'affaire. Elle préférerait attendre que ses partenaires se manifestent à nouveau. Dans l'éventualité où elle serait questionnée, avant de connaître nos intentions, elle répondrait dans le sens indiqué ci-dessus (c'est-à-dire de façon affirmative mais en ajoutant que les autorités fédérales entendent faire valoir certaines considérations politiques mais sans préciser de quoi il s'agit)[7].

Vous nous obligeriez en nous faisant connaître votre décision et notamment si vous envisagez éventuellement d'agir par l'intermédiaire de l'Ambassade de Grèce à Berne[8]. Nous présumons que dans ce cas c'est votre Service qui ferait le nécessaire.

---

7. *Cf. aussi la lettre de L. Rochat à l'Union de Banques Suisses du 11 août 1970,* dodis.ch/36610.
8. *Au contraire, il a été décidé de procéder par l'intermédiaire de l'Ambassade de Suisse à Athènes; cf. la lettre de E. de Graffenried à P. Micheli du 3 août 1970; les lettres de P. Dietschi à E. de Graffenried des 5 et 12 août 1970 et le télégramme N° 127 de E. de Graffenried au Département politique du 22 octobre 1970, doss. comme note 1.*

33

dodis.ch/35860

Votum des Vorstehers des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

Nationalrätliche Kommission zur Vorberatung der Botschaft[2] des Bundesrates über die Ausrichtung eines Bundesbeitrages an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung

Auszug Vertraulich Zürich, 17. August 1970

Mit der vorliegenden Botschaft beantragt Ihnen der Bundesrat, durch einen referendumspflichtigen Bundesbeschluss einen Bundesbeitrag von jährlich 2,8 Millionen Franken an die Zentrale für Handelsförderung (Handelszentrale) auszurichten.

---

1. *Protokoll:* CH-BAR#E7110#1981/41#92* (261). *Vorsitz: A. J. Schuler; anwesend: G. Berger, M. Bill, A. Bochatay, A. Brunner, A. Bussey, M. Chopard, H. Conzett, F. Grütter, W. Hagmann, M. Hotz, U. Meyer-Boller, L. Olgiati, W. Raissig, E. Tenchio, E. Brugger, P. R. Jolles und E. Moser. Bis zur Eintretensdebatte anwesend: F. Hummler, R. Montandon und R. Bühler. Protokoll: R. Gerber und P.-L. Girard. Einziges Traktandum:* Vorberatung der Botschaft des Bundesrates über die Ausrichtung eines Bundesbeitrages an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (Geschäft 10'577). *Berichterstatter: A. J. Schuler, A. Bochatay und Beginn der Sitzung: 10.15 Uhr.*
2. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Ausrichtung eines Bundesbeitrages an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung *vom 27. Mai 1970, BBl, 1970, I, S. 1253–1267.*

Der Antrag begründet sich einerseits mit dem Ablaufen der gegenwärtigen Rechtsgrundlage; die Dauer des letzten Bundesbeschlusses vom 30. September 1965[3] wurde auf 5 Jahre beschränkt mit dem Hinweis, dass die Höhe des Beitrages im Hinblick auf die steigenden Kosten überprüft werden müsste. Andererseits besteht die Notwendigkeit, die Tätigkeit der Handelszentrale den heutigen Begebenheiten und Wandlungen in der Weltwirtschaft anzupassen.

Die 1927 gegründete Handelszentrale[4] bezog, nach anfänglich variablen Beiträgen des Bundes – stets gepaart mit beachtlichen Leistungen der Privatwirtschaft – seit 1936 einen Bundesbeitrag von 1,5 Millionen Franken[5]. Eine 1944 beschlossene[6] Erhöhung auf 2,5 Millionen Franken wurde zwei Jahre später[7], im Rahmen des damaligen allgemeinen Sparprogramms des Bundes, wieder rückgängig gemacht. So entspricht die heutige Leistung des Bundes noch immer derjenigen von 1936. Damit ist die Handelszentrale, verglichen mit anderen Trägern schweizerischer Werbetätigkeit, finanziell stark in Rückstand geraten. Wohl ist es ihr in bemerkenswerter Weise gelungen, die sich seit 30 Jahren fortsetzende Teuerung durch Sparmassnahmen und durch eine immer höhere Kostenbeteiligung der Privatwirtschaft zu meistern. Ihre Aktionsfähigkeit wurde indessen stark eingeschränkt. In den letzten drei Jahren konnten zudem steigende Defizite nicht mehr vermieden werden. Diese wurden durch verfügbare Reserven gedeckt, die nunmehr erschöpft sind.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass diese Vorlage angesichts der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Lage[8] einer besonders sorgfältigen Begründung bedarf. Wir hätten sie lieber in einem anderen Zeitpunkt unterbreitet, aber ein Zuwarten würde der Handelszentrale die materielle Existenzbasis entziehen.

Wenn der Bundesrat trotz der vordringlichen Aufgabe, die konjunkturelle Überhitzung zu bremsen, zur Überzeugung gelangt ist, Ihnen diese Botschaft zur Annahme empfehlen zu können, ohne in einen inneren Widerspruch zu geraten, beruht dies auf folgenden Überlegungen:

– Die Erhaltung der ausländischen Märkte, die für unsere Wirtschaft lebenswichtig sind, stellt eine *kontinuierliche langfristige Aufgabe* dar. Um im unablässigen internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, darf die Werbungstätigkeit nicht einfach vorübergehend eingestellt werden, wenn die wirtschaftliche Situation im Landesinnern Zurückhaltung erfordert. Unser

---

3. Bundesbeschluss über die Subventionierung der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung *vom 30. September 1965, BBl, 1965, II, S. 1459–1460.*

4. Bundesbeschluss betreffend Subventionierung einer schweizerischen Zentrale für Handelsförderung *vom 31. März 1927, BBl, 1927, I, S. 473–474.*

5. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Erlass eines Bundesbeschlusses über die Förderung der Warenausfuhr *vom 14. August 1936, BBl, 1936, II, S. 401–442.*

6. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Subventionierung der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung *vom 30. August 1944, BBl, 1944, I, S. 733–744.*

7. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Massnahmen zur sofortigen Entlastung des eidgenössischen Staatshaushaltes *vom 21. März 1947, BBl, 1947, I, S. 1089–1095.*

8. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/35735, *bes. Anm. 11 und 14.*

rasch anwachsendes Aussenhandelsdefizit, das dieses Jahr eine Rekordhöhe von über 5 Milliarden Franken erreichen dürfte, ist einerseits Ausdruck einer überbordenden Importnachfrage, zeigt aber anderseits auch, wie wichtig es ist, dass der Anteil der schweizerischen Exporte an den ausländischen Märkten gegenüber der Konkurrenz gehalten werden kann.

– Die Leistungen der Handelszentrale sind insbesondere für die *mittleren und kleineren Betriebe* von besonderer Bedeutung, die nicht über eigene Auslandsniederlassungen und ein ausgebautes Netz von internationalen Beziehungen verfügen. Beim Abbau der Tätigkeit der Handelszentrale würden daher die wirtschaftlich schwächeren Betriebe gegenüber den Grossunternehmungen zusätzlich benachteiligt. Prof. Stocker hat, wie auf S. 5 der Botschaft erwähnt wird, in seiner Studie über die Bundessubventionen[9] auf diesen Aspekt besonders hingewiesen.

– Die beantragte Fortsetzung und Erhöhung des Bundesbeitrages beruht nicht lediglich auf der Anwendung eines Teuerungskoeffizienten auf den bisherigen Verwaltungsetat der Handelszentrale. *Funktionen und Budget* dieser Organisation sind vorgängig einer *kritischen Überprüfung* durch den neuen Direktor und die Aufsichtskommission unterzogen worden, um überholte oder unter den heutigen Verhältnissen weniger dringliche Aufgaben abzubauen oder ganz auszumerzen und die Funktionen den neuen Gegebenheiten anzupassen. Es sind eine Rationalisierung und Modernisierung durchgeführt worden.

– Und schliesslich wird durch unseren Antrag das ursprüngliche *Verhältnis zwischen den Leistungen der Privatwirtschaft und des Bundes* nicht verändert. Wie aus der Tabelle auf S. 10 hervorgeht, hat nach Reduktion des Bundesbeitrages von 2,5 auf 1,5 Millionen Franken im Jahre 1947 der Bundesanteil an den Gesamtauslagen der Handelszentrale 50% betragen. Durch entsprechende Erhöhung der Leistungen der Privatwirtschaft ist dieser Anteil inzwischen auf 20% gesunken. Da eine neuerliche Erhöhung der Leistungen der Privatwirtschaft in Aussicht genommen wird, dürfte sich bei einer Festsetzung des Bundesbeitrages auf die beantragten 2,8 Millionen Franken der Prozentsatz des Bundesbeitrages auf rund 1/3 der Gesamtauslagen stabilisieren, also immer noch wesentlich tiefer liegen als in der Nachkriegszeit.

Die Botschaft sowie die Ihnen von der Handelszentrale zugestellte Dokumentation[10] orientieren Sie über das weitläufige Tätigkeitsgebiet der Handelszentrale, wobei Ihnen die hier anwesenden Vertreter derselben (Präsident Dr. Hummler; Direktor R. Montandon) für weitere Auskünfte zur Verfügung stehen.

Meinerseits möchte ich insbesondere auf die Notwendigkeit einer vermehrten und moderneren Präsenz der Schweiz im Ausland hinweisen[11].

---

9. P. Stocker et al., Allgemeine Überprüfung der Bundessubventionen: Bericht der vom Bundesrat eingesetzten Expertengruppe, Bern 1966.

10. *Die Dokumentation enthält das BR-Prot. Nr. 950 vom 27. Mai 1970,* CH-BAR#E1004.1# 1000/9#758* *sowie die Botschaft des Bundesrats vom 27. Mai 1970, vgl. Anm. 2. Vgl. dazu das Schreiben von R. Mayland an das Sekretariat der Bundesversammlung vom 29. Juli 1970, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 117,* dodis.ch/31341.

Unser Land geniesst im Ausland dank seiner Neutralitätspolitik und seiner fähigen Wirtschaft im allgemeinen einen guten Ruf. Die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrie wird aber laufend auf die Probe gestellt. Sämtliche industrialisierten Staaten betreiben heute eine mit grossen öffentlichen Mitteln finanzierte Markterhaltungs- und Exportförderungspolitik. Herr Direktor Jolles kann Ihnen hierüber vielleicht einige Hinweise bekanntgeben. Soweit es sich um den Absatz spezifischer Produkte handelt, hat zwar nach wie vor, dem Wesen unseres marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftssystems entsprechend, die Exportindustrie selber den Kampf um den Markt aus ihren eigenen Mitteln zu bestreiten. Der Erfolg dieser privatwirtschaftlichen Tätigkeit hängt aber immer mehr vom Ansehen ab, das das betreffende Exportland geniesst. Diese «Globalwerbung» – um den etwas in Verruf geratenen Ausdruck «Imagewerbung» zu vermeiden – ist eine Aufgabe des Staates, in enger Koordination mit den halbstaatlichen Werbeträgern und mit der Privatwirtschaft. Die Notwendigkeit einer allgemeinen Landeswerbung ergibt sich aus unserer besonders ausgeprägten Weltverbundenheit, aus politischen, kulturellen und menschlichen Überlegungen sowie aus wirtschaftlichen Gründen, nämlich zur Erhaltung unserer Exporte an Waren und Dienstleistungen, die 1/3 unseres Bruttosozialproduktes ausmachen und damit eine Tragsäule unseres Wohlstandes darstellen.

In dem immer härter werdenden internationalen Wettbewerb können wir aber nur bestehen, wenn wir auf dem Wege einer gezielten Werbung ein für den Absatz unserer Waren und Dienstleistungen günstiges Klima im Ausland zu schaffen vermögen. Wir sind uns bewusst, dass unsere staatlichen Anstrengungen auch in Zukunft bedeutend geringer sein werden als diejenigen der anderen Industrieländer. Umso unerlässlicher ist es daher, wenigstens die Kontinuität dieses beschränkten Einsatzes zu wahren und die Werbemethoden den neuen Erfordernissen der Zeit anzupassen.

Auch von unseren diplomatischen Vertretungen im Ausland werden wir immer wieder auf die wirtschaftliche und politische Notwendigkeit einer vermehrten offiziellen Beteiligung der Schweiz an internationalen Messen aufmerksam gemacht, die nur zu oft mangels finanzieller Mittel unterbleiben musste[12]. Insbesondere die Entwicklungsländer sind diesbezüglich äusserst empfindlich und erwarten von unserem industrialisierten Land eine vermehrte Beteiligung. Die Handelszentrale hat diesbezüglich einen Fünfjahresplan ausgearbeitet, der ungefähr eine Verdoppelung der bisherigen Bemühungen auf dem Gebiet des Messewesens darstellt.

Durch den Einsatz eigener finanzieller Mittel sollte die Handelszentrale aber auch Impulse geben können für andere Werbeaktionen, die in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere mit den schweizerischen Handelskammern im Ausland, durchgeführt werden könnten.

Bezüglich der *schweizerischen Handelskammern im Ausland* haben diese, wie Sie wissen, in letzter Zeit wiederholt Begehren um finanzielle Unterstützung

12. *Zur Teilnahme der Schweiz an internationalen Messen vgl. z. B. DDS, Bd. 24, Dok. 25,* dodis.ch/32485, *Anm. 19 und Dok. 31,* dodis.ch/32697 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 175,* dodis.ch/35676.

gestellt. In früheren Jahren richtete der Bund Beiträge an gewisse Handelskammern im Ausland aus, u*[nd]* z*[war]* auf Grund von Budgetbeschlüssen. Nach der Botschaft des Bundesrates vom 19. Mai 1953[13] über Einsparungen bei den Bundesbeiträgen wurde die Entrichtung weiterer Beiträge an die Handelskammern eingestellt. Auch gewisse Zuwendungen, die früher den Handelskammern von der Handelszentrale geleistet wurden, mussten am 1. Januar 1947, als Folge der Herabsetzung der Bundessubvention der Handelszentrale, sistiert werden.

Die heute auf rein privater Basis finanzierten Handelskammern erfüllen unbestritten eine Reihe von Aufgaben, die im allgemeinen nationalen Interesse liegen und die teilweise auch unsere diplomatischen Aussendienste direkt oder indirekt entlasten. Ihre Tätigkeit[14] umfasst im allgemeinen Marktstudien, Vertretervermittlung, Patentvermittlung, Vermittlung von Arbeitskräften, Informationsdienste sowie allgemein jede Tätigkeit, die im Interesse der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Gastland und der Schweiz liegt. Die gegenwärtige, angespannte finanzielle Lage der Handelskammern ist nicht zuletzt auf den infolge der fortschreitenden Liberalisierung des Waren- und Zahlungsverkehrs stark gesunkenen Mitgliederbestand zurückzuführen. Indessen stünde die Ausrichtung von allgemeinen Subventionen im Widerspruch zum Grundsatz, dass die Handelskammern von den Mitgliederbeiträgen, den Zuwendungen schweizerischer Firmen und dem Ertrag aus ihren Dienstleistungen getragen werden sollen. Dieses System entspricht der schweizerischen, auf Marktwirtschaft ausgerichteten Handelspolitik. Daraus erwächst den Handelskammern die Verpflichtung, ihre Pflichtenhefte so zu gestalten und den wechselnden Verhältnissen anzupassen, dass interessante und entsprechend remunerative Dienstleistungen zugunsten der Privatwirtschaft angeboten werden können. Demgegenüber scheint es uns angezeigt und angemessen, die schweizerischen Handelskammern vermehrt durch Vermittlung der Handelszentrale zu unterstützen, sobald diese über vermehrte Mittel verfügen kann. Dies kann erfolgen durch Einbezug der Handelskammern bei konkreten Werbeaktionen im Ausland. Des weitern wird von Seiten des Eidg. Politischen Departements in Aussicht genommen, den Handelskammern eine Entschädigung zu gewähren für geleistete Arbeiten, die eine Entlastung der diplomatischen Vertretungen darstellen.

Was die Höhe des nachgesuchten Beitrages betrifft, ist dieser äusserst knapp bemessen. Wie aus den Darlegungen und Aufstellungen in der Botschaft ersichtlich ist, können mit dem neuen Jahresbeitrag die durch die allgemeine Teuerung insbesondere der Gehälter, der Sozialleistungen und der Mieten verursachten erhöhten Verwaltungskosten gedeckt werden. Für den operationellen Einsatz bleibt wenig übrig. Der Bundesrat wollte es aber vermeiden, dem Parlament eine allzu starke Erhöhung des Bundesbeitrages vorzuschlagen, sondern zog es vor, die Gewährung eventueller zusätzlicher Beiträge auf dem Budgetwege vorzusehen für konkrete, der allgemeinen Landeswerbung dienende Werbeaktionen. Selbstverständlich wird auch die Privatwirtschaft weiterhin ihre

13. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Einsparungen bei den Bundesbeiträgen *vom 19. Mai 1953, BBl, 1953, II, S. 461–541.*

14. *Vgl. z. B. das Schreiben von M. König an P. R. Jolles vom 4. März 1971,* dodis.ch/36311.

Beiträge an die Handelszentrale leisten und, wie bisher, die zusätzlichen Kosten für die Teilnahme an Messen, für die Mitfinanzierung anderer Werbeaktionen und für das «follow up» übernehmen.

Wir sind uns bewusst, dass mit den etwas erweiterten Aktionsmöglichkeiten der Handelszentrale das Problem der allgemeinen Landeswerbung nicht geregelt ist, weshalb der Bundesrat versuchen wird, eine diesbezügliche Gesamtkonzeption zu erarbeiten. Eine ganze Reihe von öffentlichen Stellen und privaten Organisationen ist daran interessiert und bemüht sich, gemeinsam eine Konzeption herauszuarbeiten, was nicht leicht fallen wird.

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen zur Schaffung einer Gesamtkonzeption der allgemeinen Landeswerbung ist die vorliegende Botschaft als Übergangsregelung gedacht, die eine zukünftige Gesamtkonzeption nicht präjudiziert[15].

[…][16]

15. *Für die weitere Diskussion über den Beitrag aus dem Prämienfonds an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung vgl. das BR-Prot. Nr. 1766 vom 14. Oktober 1970,* dodis.ch/36310 *sowie das Protokoll der Sitzung der Aussenwirtschaftskommission des Ständerats vom 2. November 1970,* dodis.ch/36316. *Vgl. ferner den* Bericht der Direktion an die Aufsichtskommission der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung *von R. Montandon vom September 1970,* CH-BAR#E7110#1981/41#25* (223.1).

16. *Es folgt eine Fragerunde und anschliessend die Eintretensdebatte. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35860.

34

dodis.ch/35524

Notiz für den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

INDUSTRIESPIONAGE

[Bern,] 27. August 1970

Mit Communiqué vom 15. Juli[2] meldete das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement, dass die Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem Polizeikorps von Bern und Solothurn am 3. Juli in Biel einen schweizerischen[3] und am 13. Juli

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1981/41#2050* (865.6). *Verfasst und unterzeichnet von R. Probst. Es handelt sich um den Auszug aus einer Zusammenstellung einer Reihe von R. Probst und J.-E. Töndury verfassten Unterlagen zu den schweizerisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen, die am 27. August 1970 an P. R. Jolles für dessen geplante Japanreise anlässlich des Treffens des Entwicklungskomitees (DAC) der OECD in Tokio vom 14. und 15. Septtember 1970 zugestellt wurden. Vgl. auch Dok. 137,* dodis.ch/35508, *Anm. 17. Die Reise fand schliesslich nicht statt, und P. R. Jolles liess sich von P. Langnetin vertreten. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1595 vom 9. September 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#762*.

2. *Kommuniqué des Justiz- und Polizeidepartements vom 15. Juli 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#3054* (B.11.44).

3. *V. Kaderli.*

einen japanischen Staatsangehörigen[4] verhaftet hatte. Beide wurden verdächtigt, zum Nachteil von Schweizerfirmen der Uhren- (und Uhrenmaschinen-) Branche für ein japanisches Unternehmen wirtschaftlichen Nachrichtendienst betrieben zu haben.

Die damalige Meldung hat sogleich die Runde der Weltpresse gemacht und unverzüglich verschiedenartige Kommentare[5] hervorgerufen. Für die FH war sie ein willkommener Anlass, die in den japanischen Spionageversuchen zum Ausdruck kommende Überlegenheit der schweizerischen Uhrenindustrie herauszustreichen. Die Reaktion aus Tokio[6] war demgegenüber widerspruchsvoll. Gewisse japanische Uhrenkreise versuchten die Sache zu bagatellisieren, wenn nicht gar ins Lächerliche zu ziehen («die Japaner haben von den Schweizern nichts mehr zu lernen») oder als bewusste Diskreditierung der japanischen Industrie hinzustellen. Vorsichtiger äusserte sich – aus guten Gründen – Generaldirektor Reijiro Hattori vom führenden japanischen Uhrenunternehmen SEIKO; er räumte ein, dass der verhaftete Japaner höchstwahrscheinlich ein Angestellter des Hattori-Büros in Düsseldorf sei und oft die Schweiz bereist habe; doch sei allen Hattori-Angestellten in Europa jede illegale Tätigkeit strikte untersagt. Sehr zurückhaltend liess sich der Chef[7] des Planungsbüros im Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI), vernehmen: ein Komplott gegen die Uhrenindustrie Japans könnte man sich in Amerika, niemals aber in der Schweiz vorstellen, wo man sehr positive Gefühle für Japan hege. Das japanische Aussenministerium schliesslich beauftrage seine Botschaft in Bern mit einer Abklärung der Angelegenheit.

Die beiden Verhafteten sind inzwischen noch im Juli wieder auf freien Fuss gesetzt worden, der japanische Staatsangehörige gegen eine Kaution von 100'000 Fr. Das gerichtspolizeiliche Ermittlungsverfahren, in das noch weitere Personen einbezogen wurden, wird aber fortgesetzt und scheint die ursprüngliche Annahme erhärtet zu haben. Auf den betreffenden Personen lastet, wie seither verlautete, der dringende Verdacht der illegalen Beschaffung und Weitergabe von Konstruktionsgeheimnissen für eine sog. Linien-Transfermaschine, d. h. eine Bearbeitungsmaschine für Uhren- und kleinmechanische Bestandteile. Überdies werden sie des Diebstahls von Werkzeugen oder Materialien sowie der Verwertung von Fabrikationsgeheimnissen zugunsten des japanischen Unternehmens im Zusammenhang mit der Konstruktion einer Spezialschleifmaschine beschuldigt. Für die fragliche Tätigkeit habe das japanische Unternehmen grössere Geldbeträge bezahlt. Von dieser Wirtschaftsspionage betroffen seien vor allem drei Schweizerfirmen.

In Ergänzung zu diesen publik gemachten Informationen, die sehr diskret alle Namen verschwiegen, hat sich Herr Ledermann, Chef der Uhrensektion im Generalsekretariat des EVD, einige sehr interessante zusätzliche Angaben

---

4. *M. Nomura.*

5. *Vgl. Doss. wie Anm. 1 und 2.*

6. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Stadelhofer an die Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements und an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. Juli 1970,* dodis.ch/35525.

7. *N. Amayo.*

beschaffen können. Sie finden sie anbei[8] zu Ihrer rein persönlichen und *vertraulichen* Kenntnisnahme. Wir lassen sie auch Botschafter Stadelhofer zukommen. Daraus ergibt sich namentlich, dass die Nutzniesserin der fraglichen, zielstrebig und recht erfolgreich über längere Zeit hinweg betriebenen Spionage die führende japanische Grossfirma Hattori/SEIKO ist, ferner, dass schweizerischerseits die Dixi SA in Le Locle (Maschinen), die Anker-Ébauchesfabrik in Fontainemelon und die Ebosa SA in Grenchen (Rohstoff-Ébauches und Maschinen), die beiden letztgenannten Firmen zur Ébauches-Gruppe in Neuchâtel gehörend, betroffen wurden. Bezeichnend ist auch, dass sich die Spionage nicht etwa auf den Uhrensektor richtete, wo die Japaner in der Tat weitgehend aufgeholt haben, sondern auf den Uhren*maschinen*sektor, wo sie noch ziemlich im Rückstand liegen, nun aber mit knapper werdendem Arbeitsmarkt rasch nach grösserer Rationalisierung der Fabrikation streben.

Es besteht u. E. kein Anlass, dass Sie die Sache in Tokio zur Sprache bringen. Würde sie aber vielleicht vom MITI aufgeworfen, so könnten Sie darauf hinweisen, dass das Ermittlungsverfahren bestimmt nicht leichtfertig vom Zaun gebrochen wurde, dass offensichtlich ernste Verdachtsgründe bestehen, dass aber, bevor weiteres gesagt oder beschlossen werden kann, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten ist.

Allgemein zu bemerken wäre noch, dass die japanische Konkurrenz namentlich auf dem asiatischen, aber auch schon auf dem lateinamerikanischen Markt und anderswo mit ihren aggressiven und nicht immer fairen Methoden für die schweizerische Uhrenindustrie immer stärker fühlbar wird. Koordinierte Gegenaktionen drängen sich auf. Anderseits exportieren wir immer noch trotz der japanischen Konkurrenz für rund 80 Mio. jährlich Uhren nach Japan selbst. Die Schweizeruhr sei in Japan, wie uns Botschafter Stadelhofer noch diesen Sommer schrieb[9], beinahe ein Statussymbol geworden. Vom höheren kaufmännischen Angestellten an aufwärts sei das Tragen einer japanischen Uhr nicht üblich. Bei allem Durchgreifen gegen japanische Wirtschaftsspionage werde es deshalb angebracht sein, bei der publizistischen Behandlung diesen «good-will» nicht aufs Spiel zu setzen.

---

8. *Bericht von K. Ledermann vom 31. Juli 1970, Doss. wie Anm. 1.*
9. *Vgl. Anm. 6.*

35

dodis.ch/34536

Notiz für die Botschafterkonferenz[1]

HANDHABUNG DES DIPLOMATISCHEN SCHUTZES BEI VERHAFTUNG VON SCHWEIZERBÜRGERN

[Bern,] 1. September 1970

I. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des brasilianisch-schweizerischen Doppelbürgers von der Weid[2], der wegen seiner politischen Aktivität in Brasilien immer noch inhaftiert ist und im September 1969 schwere Misshandlungen erdulden musste, hat es sich gezeigt, dass eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf die Gewährung des diplomatischen Schutzes im Falle von Doppelbürgern herrscht[3]. Auch in Verhaftungsfällen von Personen, die nur die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen, wird immer wieder die Frage aufgeworfen, welche konkreten Massnahmen unsere Vertretungen im Ausland im Falle der Verhaftung von Schweizerbürgern zu ergreifen haben. Wir betrachten es deshalb als zweckmässig, Ihnen anlässlich der Botschafterkonferenz[4] zu diesen beiden Fragen unsere Auffassung darzulegen.

II. Bei der Geltendmachung des diplomatischen Schutzes macht der Staat sein eigenes Recht geltend. Er hat sich deshalb an die geltenden Regeln des Völkerrechts zu halten. Der diplomatische Schutz in diesem formellen Sinne kann nur für eigene Staatsangehörige geltend gemacht werden und nur in Fällen, in denen der andere Staat eine Völkerrechtsnorm verletzt hat. Ist ein Gerichtsverfahren nach internem Recht hängig, so ist grundsätzlich die Erschöpfung des Instanzenzuges abzuwarten. Der schützende Staat kann die Geltendmachung des diplomatischen Schutzes verweigern, wenn der Geschützte dieses Schutzes nicht würdig ist (Prinzip der clean hands), oder wenn die Geltendmachung den höheren Landesinteressen zuwiderläuft. Ein Rechtsanspruch des einzelnen Bürgers auf die Gewährung des diplomatischen Schutzes besteht nicht.

Beim diplomatischen Schutz von Doppelbürgern ist zu beachten, dass dieser grundsätzlich dem zweiten Heimatstaat gegenüber nicht geltend gemacht werden kann, da der Betreffende dort als eigener Staatsangehöriger betrachtet wird. Gegenüber Drittstaaten können die Rechte von Doppelbürgern dann

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2004B#1982/69#36* (a.133.4). *Diskussionsgrundlage für den 4. September 1970.*
2. *Zur Inhaftierung von J.-M. von der Weid vgl. das Schreiben von W. Roch an A. Natural vom 21. Mai 1970,* dodis.ch/36005; *das Telegramm Nr. 32 der schweizerischen Botschaft in Rio de Janeiro an das Politische Departement vom 3. Juni 1970,* dodis.ch/36006; *das Telegramm Nr. 51 des Politischen Departements an G. E. Bucher vom 1. März 1971,* dodis.ch/36024 *und die Notiz von J.-M. Boillat vom 3. Februar 1972,* dodis.ch/36025.
3. *Vgl. dazu Dok. 27,* dodis.ch/35849.
4. *Zur Botschafterkonferenz vom 2. bis 4. September 1970 vgl. das Protokoll des Politischen Departements vom 30. September 1970,* dodis.ch/34530.

geltend gemacht werden, wenn das schweizerische Bürgerrecht in seiner Bedeutung überwiegt, wenn also das schweizerische Bürgerrecht die nationalité effective darstellt.

Diese völkerrechtlichen Grundsätze sind immer dann streng zu beachten, wenn es sich um formelle Demarchen, vor allem auch vor internationalen Schieds- oder Gerichtsinstanzen handelt. Sind die erwähnten Voraussetzungen für die Geltendmachung des diplomatischen Schutzes nicht gegeben, so kann der andere Staat zu Recht die Einrede der Unzuständigkeit erheben.

III. Die dargelegten formellen Regeln in Bezug auf die Geltendmachung des diplomatischen Schutzes schliessen nun aber weitere Schutzmassnahmen des Heimatstaates keineswegs aus. Dies gilt namentlich dann, wenn Leben oder Gesundheit eines Schweizerbürgers in Gefahr sind oder im Falle einer Rechtsverweigerung (déni de justice). In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, dass mit dem Ausbau der völkerrechtlichen Anerkennung der Menschenrechte und Grundfreiheiten das Völkerrecht eine Weiterentwicklung erfahren hat. So sieht zum Beispiel die europäische Menschenrechtskonvention sogar vor, dass ein Privater bei der europäischen Menschenrechtskommission gegen seinen eigenen Heimatstaat Individualbeschwerde einreichen kann.

IV. In Anbetracht des Gesagten ergeben sich für das Verhalten unserer Aussenposten im Falle der Verhaftungen von Schweizerbürgern folgende Richtlinien (s*[iehe]* Art. 17 des Reglements des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes[5]):

1. Sobald eine Vertretung erfährt, dass ein Schweizer, auch ein Doppelbürger, verhaftet wurde, soll sie sich grundsätzlich um diesen Fall kümmern. Wichtig ist zunächst, dass die Identität des Verhafteten genau abgeklärt wird; nötigenfalls sind seine Angehörigen zu benachrichtigen. Ist der Verhaftete der Vertretung nicht bekannt, so ist auch sein Vorleben abzuklären, da es wichtige Hinweise in Bezug auf die Interventionswürdigkeit verschaffen kann.

2. Vor allem dort, wo eine lange Haft in Aussicht steht und wo der Verdacht besteht, dass die Haftbedingungen nicht dem internationalen Minimum-Standard entsprechen oder dass der Inhaftierte sonst des besonderen Schutzes seiner Heimatbehörden bedarf, muss auf der Geltendmachung des konsularischen Besuchsrechtes bestanden werden. Auch wenn erste Versuche, das Besuchsrecht zu erlangen, scheitern sollten, muss immer wieder neu angesetzt werden. In wichtigen Fällen sollte sich der Missions- oder Postenchef persönlich um den Verhafteten kümmern.

3. Abzuklären ist sodann, welche Gründe zur Verhaftung geführt haben. Handelt es sich um Delikte des gemeinen Rechts, so wird, sofern nicht andere Besonderheiten vorliegen, eine Intervention unserer Aussenvertretung in der Regel nicht in Betracht kommen. Wichtig ist allerdings zu wissen, wessen der Verhaftete angeklagt wird und dass diese Anklageerhebung nicht allzulange auf sich warten lässt. Ferner muss die Verbeiständung des Beschuldigten durch einen Anwalt, allenfalls durch einen offiziellen Verteidiger, sichergestellt sein.

---

5. Reglement des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Dienstes *vom 24. November 1967, AS, 1967, S. 1994–2003. Zum Verhalten bei Verhaftungen von Schweizerbürgern vgl. auch das Referat vom 14. November 1970,* dodis.ch/36984.

Oft wird hier auch der Vertrauensanwalt der Vertretung nützliche Hilfe leisten können.

4. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Fälle von Verhaftungen, in denen nicht mit einem geregelten Gerichtsverfahren gerechnet werden kann. Dies gilt vor allem für Staaten mit wenig gesicherten politischen Verhältnissen und solchen, die den Erfordernissen eines Rechtsstaats nicht genügen. Hier kann es leicht zu einer Rechtsverweigerung kommen, die auch nach den völkerrechtlichen Regeln für sich allein schon eine formelle diplomatische Intervention rechtfertigt.

5. Besonders heikel ist die Situation bei politischen Verbrechen, oft auch bei Devisenvergehen[6], indem sehr oft die Verteidigungsrechte der Angeklagten nicht oder nicht genügend gewahrt werden. Gerade in solchen Fällen kommen Rechtsverweigerungen und monatelange Verzögerungen der Anklageerhebung häufig vor. Oft ist es schon nützlich zu erreichen, dass der Beschuldigte möglichst bald dem Richter zugeführt wird. Wo Möglichkeiten bestehen, dahin zu wirken, dass ein Verfahren niedergeschlagen oder eingestellt wird, sollte davon Gebrauch gemacht werden. Die Begnadigung wird in der Regel erst nach rechtskräftiger Verurteilung zu erreichen sein.

6. Sodann sollten die Aussenposten vor allem dort, wo bekannt ist, dass mit schlechten Haftbedingungen zu rechnen ist, darüber wachen, dass gegen menschenunwürdige Haftbedingungen eingeschritten wird. Dies gilt in ganz besonderem Masse im Falle von Folterungen oder körperlichen Strafen und Quälereien. Da hier der humanitäre Aspekt im Vordergrund steht, ist auch dann zu intervenieren, wenn der Angeklagte schwerer Verbrechen überführt worden ist.

7. Wie eingangs erwähnt wurde, sind den Interventionsmöglichkeiten in Bezug auf Doppelbürger Grenzen gesetzt. Nichts hindert aber unsere Vertretungen, sich im Sinne unserer obigen Richtlinien die erforderlichen Auskünfte zu verschaffen zu suchen. Formelle Interventionen sind auch bei Doppelbürgern dann gegeben, wenn es sich um Folterungen oder um eine menschenunwürdige Haft handelt oder wenn eine eindeutige Rechtsverweigerung vorliegt.

8. In Verhaftungsfällen, bei denen irgendwelche Unregelmässigkeiten vorkommen, ist es auch wichtig, dass die Aussenvertretung das Departement umgehend orientiert. Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine durch die Massenmedien stark sensibilisierte öffentliche Meinung manchmal auch dort scharf reagiert, wo keine Unregelmässigkeiten vorgekommen sind. Es ist deshalb unerlässlich, dass bei der Möglichkeiten öffentlicher Angriffe in Presse, Radio und Fernsehen das Departement vor allem auch über die tatbeständliche Seite auf raschestem Wege orientiert wird, damit es Falschmeldungen sofort entgegentreten kann. Es macht einen ausgesprochen schlechten Eindruck, wenn zugegeben werden muss, dass Bern von einem solchen Fall überhaupt nichts weiss. Die Aussenposten haben deshalb in vermehrtem Masse die Zentrale über Vorkommnisse, die zu öffentlichen Polemiken führen können, umgehend zu orientieren und nötigenfalls auch ergänzende Instruktionen einzuholen.

---

6. *Vgl. dazu Dok. 2,* dodis.ch/35594, *Anm. 3.*

9. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass vor allem bei Verhaftungsfällen, in denen Leben oder Gesundheit unserer Landsleute, und zwar auch von Doppelbürgern, in Gefahr steht, die Aussenposten alles zum Schutze unserer Landsleute zu unternehmen haben, was ihnen möglich ist. Es zeigt sich immer wieder, dass sogar dort, wo kein formeller Anspruch auf diplomatischen Schutz besteht, eine geschickt und diskret vorgenommene Schutztätigkeit unserer Aussenvertretungen zu oft erstaunlich positiven Resultaten führen kann.

36

dodis.ch/35399

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements[1]

WEST-OST-HANDEL[2]: ÜBERWACHUNG DER AUSFUHR VON LISTENWAREN

Bern, 15. September 1970

I. In der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen West und Ost sind vor 20 Jahren von Seiten der westlichen Alliierten (NATO), besonders der USA, Massnahmen getroffen worden, um die Ausfuhr einer Anzahl als militärisch wichtig betrachteter Waren der zivilen Produktion nach den kommunistischen Staaten zu verhindern. Nach Ausbruch des Korea-Krieges wurde versucht, auch neutrale Staaten in dieses System einzubeziehen. Die Schweiz hat sich einem Embargo natürlich nicht anschliessen können, hat aber anderseits anerkannt, dass sie aus der Tatsache, dass eine Partei ihrem Handel mit der Gegenseite Beschränkungen auferlegt, nicht durch die Expansion ihres eigenen Handels in der einen oder anderen Richtung Nutzen ziehen soll. Dieses Prinzip des Nichtprofitierens hinderte die Schweiz jedoch nicht daran, ihren normalen Handel mit Listenwaren im traditionellen Umfang mit allen Ländern der Welt fortzusetzen.

Nach den Staaten des kommunistischen Ostblocks, inklusive China, tätigen wir solche Lieferungen schweizerischen Ursprungs zulasten eines Jahreskontingents, das sich seinerseits auf ein Gentlemen's Agreement[3] mit den amerikanischen Behörden stützt. Um diese Exporte kontrollieren zu können, haben die schweizerischen Behörden autonome Massnahmen getroffen. Die

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1981/41#1929* (843.0.1). *Verfasst und unterzeichnet von M. Krell. Kopien an P. Languetin und H. Sieber.*

2. *Zu den Entwicklungen des Ost-West-Handels und der Osthandelsbeziehungen der Schweiz vgl. DDS, Bd. 17, Dok. 109,* dodis.ch/3981; *DDS, Bd. 18, Dok. 84,* dodis.ch/7231; *Dok. 105,* dodis.ch/8820 *und Dok. 106,* dodis.ch/7230; *DDS, Bd. 23, Dok. 119,* dodis.ch/31851; *DDS, Bd. 24, Dok. 41,* dodis.ch/33135; *Dok. 135,* dodis.ch/33630 *und Dok. 189,* dodis.ch/33136 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 58,* dodis.ch/35754 *und Dok. 176,* dodis.ch/35755. *Vgl. ferner Anm. 3.*

3. *Zum sogenannten* Gentlemen's Agreement *bezüglich des Ost-West-Handels vgl. bes. DDS, Bd. 18, Dok. 25,* dodis.ch/7202; *DDS, Bd. 19, Dok. 124,* dodis.ch/10152 *und DDS, Bd. 24, Dok. 189,* dodis.ch/33136.

im Westen als Listenwaren bezeichneten Produkte (Internationale Liste I des COCOM) wurden der Ausfuhrbewilligungspflicht unterstellt (BRB Nr. 3 über die Warenausfuhr vom 4. September 1964[4]). Durch interne Weisung[5] sind der SEA und dem VSM die Überwachungs- und Kontingentsverwaltungsaufgaben im einzelnen übertragen worden.

Die Schweiz hat es immer aus neutralitätspolitischen Gründen konsequent abgelehnt, den Transit von Waren zu kontrollieren, die nicht in ihre Zollhoheit fallen. Die uns umgebenden NATO-Staaten haben es in der Hand, darüber zu wachen, dass kein strategisches Material via Schweiz nach einer unerwünschten Bestimmung zum Versand gelangt.

II. Im Jahre 1954 wurde das COCOM (Coordinating Committee) mit Sekretariat in Paris gegründet. Dieses ist verantwortlich für die Herausgabe und Bereinigung der Internationalen Listen, nämlich der auch von uns autonom verwendeten Internationalen Liste I (mit gegenwärtig ca. 100 Positionen, die hauptsächlich den Maschinen- und Instrumente-Sektor betreffen), der Internationalen Kriegsmaterialliste und der Internationalen Atomenergieliste.

Dem COCOM gehören die folgenden Länder an:

Belgien, BRD, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Türkei, USA.

Es sind alle EWG-Staaten in diesem Gremium vertreten. Wie bei uns, ist von jedem einzelnen Land separat eine Ausfuhrüberwachung für Listenwaren eingeführt worden, die in der autonomen Gesetzgebung verankert wurde. Die EWG hat wenigstens bisher keine Zusammenlegung der Kontrolle der einzelnen Länder zur Folge gehabt, und es ist auch nicht denkbar, dass auf diese Trennung verzichtet wird, solange

a) innerhalb des EWG-Gebietes an den Ländergrenzen Zollorgane stehen,

b) die COCOM-Mitgliedschaft der Länder nicht durch eine solche der Gemeinschaft ersetzt wird.

Die Behörden eines jeden COCOM-Mitgliedes unterhalten besondere Überwachungsinstanzen, welche für die Erteilung von länderweise separaten Überwachungsdokumenten zuständig sind. Es gibt z. B. kein EWG-Importzertifikat, sondern italienische Einfuhrzertifikate, deutsche Unbedenklichkeitserklärungen, französische certificats d'importation usw.

III. Die Berücksichtigung der gleichen Warendefinitionen für die Ausfuhrüberwachung führt zur Parallelität unserer der Ausfuhrbewilligungspflicht unterstellten Positionen gemäss Brüsseler Nomenklatur mit denjenigen der EWG-Mitgliedstaaten. In der Handhabung dieser Bewilligungspflicht ist jedoch *die Schweiz stark privilegiert*. Während die EWG-Länder unter dem COCOM verpflichtet sind, für Waren der Internationalen Liste I gegenüber dem Ostblock ein totales Embargo aufrechtzuerhalten, d. h. keine Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, können wir als neutrales Land gestützt auf das Gentlemen's Agree-

---

4. *BR-Prot. Nr. 1572 vom 4. September 1964,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#690*.

5. *Weisung von A. Weitnauer vom 19. Juni 1970,* CH-BAR#E7001C#1982/117#593* (2410.1). *Vgl. ferner die Notiz* Überwachung der Ausfuhr von Listenwaren *von E. Stopper vom 22. Juni 1964,* CH-BAR#E7001C#1975/64#324* (2430.1).

ment mit den Amerikanern jährlich bis zum Betrag von 35 Mio. Franken solche Waren schweizerischer Fabrikation frei nach den Ostländern exportieren[6].

Das gesamte Überwachungskapitel ist motiviert durch politische Sicherheitsüberlegungen und hat weder mit wirtschaftlichen noch zolltarifarischen Verhandlungsaspekten etwas zu tun. Ein allfälliger Vertrag mit der EWG, der auch für den Handel mit Listenwaren zwischen der Schweiz und den EWG-Staaten die Zollfreiheit bringen würde, dürfte keine Änderung der bestehenden Regelung notwendig machen. Der Zollansatz spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Für Weststaaten unter sich bestehen dank den als Deckung benützten Garantiedokumenten keine Überwachungsprobleme, weil die Verfahren in den einzelnen Ländern längstens eingespielt sind.

Änderungen müssten ins Auge gefasst werden, wenn schweizerische Maschinen und Geräte anstelle des schweizerischen Ursprungs EWG-Ursprung erhielten und die Kontrolle schweizerischer Zollgrenzposten gegenüber EWG-Nachbarstaaten beendigt, d. h. die Löschung autonomer schweizerischer Ausfuhrbewilligungen dahinfallen würde. Dann könnten wir die Bedingungen unseres vorteilhaften Gentlemen's Agreement mit den USA nicht länger erfüllen.

---

6. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Schnyder an P. R. Jolles vom 10. März 1970,* dodis.ch/35448.

37

dodis.ch/35415

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der Sitzungen vom 7. September 1970[1]

Flugzeugentführung[2] DC-8 Swissair

[Bern,] 16. September 1970

Sitzung des Bundesrates vom 7. September 1970, 8 Uhr

Herr Bundespräsident Tschudi gibt Kenntnis davon, dass seit der Sitzung[3] vom Sonntagabend nun im Verlaufe der Nacht das erwartete Ultimatum der Volksfront für die Befreiung Palästinas eingetroffen ist. Der Bundesrat muss

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#13*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Für eine Chronologie der Ereignisse vgl. die Notiz von F. Moser vom 7. Oktober 1970,* dodis.ch/35431. *Für eine Übersicht und Diskussion der Ereignisse und des Vorgehens des Bundesrats vgl. das Protokoll vom 25. September 1970 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats vom 15. September 1970,* dodis.ch/35428; *die Notiz von E. Diez, vom 30. Oktober 1970,* dodis.ch/35432; *die Notiz des Politischen Departements vom 6. November 1970,* dodis.ch/35429 *sowie die Beantwortung der Interpellation von G.A. Chevallaz und A. Lusser durch den Bundesrat am 8. Oktober 1970 vgl. Amtl. Bull., NR, 1970, S. 654–665 und Amtl. Bull., SR, 1970, S. 369–393.*
3. *Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 15. September 1970 der Sitzung vom 6. September 1970, Doss. wie Anm. 1.*

sich deshalb ohne Verzug mit der Angelegenheit befassen und entscheiden, was weiter geschehen soll.

Herr Graber orientiert den Rat über den Inhalt des Ultimatums, das der Delegierte[4] des IKRK in Amman über die IKRK-Vertretung in Beirut dem Roten Kreuz in Genf mitgeteilt hat und das Herr Rochat im Auftrage des IKRK-Präsidenten Naville an Herrn Minister Gelzer im Politischen Departement durchgegeben hat[5]. Die Wortführer der Volksfront für die Befreiung Palästinas haben eine Frist von 72 Stunden gesetzt, innert welcher die drei in der Schweiz inhaftierten Palästinenser[6] (Attentäter von Kloten[7]) befreit werden sollen, wogegen die sofortige Freilassung der beiden Flugzeuge von Zerqa und aller Passagiere zugesichert wird. Die Vertreter des IKRK wurden bereits ermächtigt, die Flugzeuge zu besichtigen und mit den Passagieren Kontakt aufzunehmen. Herr Graber stellt fest, dass sich damit eine Entwicklung abzeichnet, die in den grossen Zügen dem entspricht, was man erwarten musste.

Der Rat bespricht diese neue Situation, wobei in der ersten Phase seiner Verhandlungen auch die Herren Bundesanwalt Walder und Direktor Guldimann vom Luftamt teilnehmen. Zur Diskussion steht vorweg die Frage des weiteren Vorgehens, insbesondere aber auch die Koordinierung der Anstrengungen mit dem Regierungsrat des Kantons Zürich. Es wird festgestellt, dass die Freilassung der Häftlinge in Zürich praktisch anlässlich der Besprechung[8] mit den Vertretern der Zürcher Regierung schon in der vorangehenden Woche in Aussicht genommen worden ist. In erster Linie hat nun aber doch der Regierungsrat des Kantons Zürich den formellen Freilassungsbeschluss zu fassen, wonach der Bundesrat diesem seine Zustimmung erteilt. Angesichts der Drohung, dass die Flugzeuge vernichtet und die Insassen solange zurückbehalten werden, bis die Forderungen der Volksfront für die Befreiung Palästinas erfüllt sind, und angesichts der Tatsache, dass nach Meldungen aus anderen beteiligten Staaten diese Drohungen ernst zu nehmen sind, ja dass sogar mit einer Bedrohung des Lebens der Passagiere zu rechnen ist, erscheint es dem Bundesrat richtig, den Forderungen der Volksfront für die Befreiung Palästinas raschmöglichst im Grundsatz zuzustimmen, damit die Auslieferung der Häftlinge von Zürich unter Freilassung der Passagiere in Zerqa innerhalb der Frist von 72 Stunden bewältigt werden kann. Herr Bundespräsident Tschudi nimmt in diesem Sinne mit dem Regierungsrat des Kantons Zürich, der gleichzeitig ebenfalls tagt, Fühlung. Die Sitzung wird in dieser Zeit unterbrochen.

---

4. *G. Winteler.*

5. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 7. September 1970,* dodis.ch/35438.

6. *M. Abu al-Heiga, A. Dahbor und I. T. Yousef.*

7. *Zum Attentat der Volksfront für die Befreiung Palästinas auf ein El Al Flugzeug in Kloten am 18. Februar 1969 vgl. Dok. 11,* dodis.ch/35442, *Anm. 2.*

8. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer vom 31. August 1970,* dodis.ch/35422. *Zu den Attentatsdrohungen gegen die Schweiz und die Frage der präventiven Freilassung der Täter des Attentats von Kloten 1969 vgl. das Schreiben von Ch. Gander an P. Micheli vom 16. August 1970,* dodis.ch/35425; *die Notiz von H. Langenbacher vom 21. August 1970,* dodis.ch/35421; *das Protokoll* Regionalkonferenz «Arabische Staaten» *vom 2. September 1970,* dodis.ch/34537 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 14. August 1970 der Sitzung vom 12. August 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen teilt Herr Bundespräsident Tschudi mit, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich bereit ist, die Palästinensischen Häftlinge freizulassen unter den drei folgenden Bedingungen:

a) Freigabe der beiden in Zerqa gelandeten Maschinen, mitsamt den Passagieren

b) Übernahme des Transports der Häftlinge durch den Bundesrat und

c) Abgabe einer Erklärung des Bundesrates, dass solch ein Vorgehen allen Prinzipien unserer Rechtsordnung widerspricht und dass man sich nur unter Protest dem brutalen Zwang fügt.

Der Rat ist mit diesen Vorschlägen des Regierungsrates des Kantons Zürich einverstanden, die Bundeskanzlei wird beauftragt, den Entwurf zu einem Communiqué auszuarbeiten und diesen mit der Regierung des Kantons Zürich zu besprechen, damit völlige Einigkeit herrscht. Diesem Auftrag wird entsprochen, was wiederum zu einem kurzen Unterbruch der Sitzung führt.

Um 12 Uhr setzt der Rat die Verhandlungen fort. Dem von der Bundeskanzlei mit der Regierung des Kantons Zürich bereits bereinigten Communiqué wird grundsätzlich zugestimmt, mit dem Auftrag jedoch, noch eine redaktionelle Umgestaltung vorzunehmen. Diese wird von der Bundeskanzlei besorgt, desgleichen die Übersetzung des Textes, der in beiden Sprachen nach 14 Uhr der Presse abgegeben werden soll.

In diesem gleichen letzten Teil der Sitzung gibt der Bundeskanzler[9] Kenntnis von einer eben eingetroffenen Agenturmeldung, wonach die Volksfront für die Befreiung Palästinas nun ihre Forderungen erweitert und nebst den in Zürich festgehaltenen Attentätern von Kloten auch die Freigabe der Attentäter von München[10] und von London[11] verlangt sowie die Herausgabe sämtlicher Feddayins, die in israelischer Gefangenschaft sind. Der Rat nimmt von diesen erweiterten Forderungen Kenntnis, stellt aber fest, dass sie nicht in Betracht gezogen werden können, da es sich lediglich um eine unbestätigte und im ganzen noch sehr unpräzise Pressemeldung handelt. Über das Rote Kreuz, das die Volksfront für die Befreiung Palästinas selbst als Vermittler angerufen hat, ist dem Bundesrat keine Mitteilung dieser Art zugegangen. Es wird deshalb beschlossen, an der bedingt erklärten Annahme des offiziellen Ultimatums festzuhalten und in diesem Sinne die Presse zu informieren.

Der Rat nimmt gleichzeitig davon Kenntnis, dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz im Verlaufe des Nachmittags eine Plenarsitzung abhält, um darüber zu entscheiden, ob es das Mandat des Bundesrates zur Leitung des Austausches annehmen will. Man erwartet gegen den Abend weitere Nachrichten.

Das vom Rat genehmigte und um 15 Uhr der Presse bekanntgegebene Communiqué lautet wie folgt:

Der Bundesrat hat sich am 7. September in einer weiteren Sitzung mit den Flugzeugentführungen vom Vortage befasst.

Im Verlaufe der Nacht ist ihm durch die Vermittlung des IKRK gemeldet worden, dass die Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPLP) bereit sei, die

---

9. *K. Huber.*

10. *M. Hadidi, M. al-Hanafi und A. R. Saleh.*

11. *L. Khaled.*

beiden entführten Flugzeuge (Swissair- und TWA-Maschine) mitsamt den Passagieren freizugeben, wenn die drei in der Schweiz inhaftierten Attentäter von Kloten freigelassen werden.

Der Bundesrat hat ferner von einem inzwischen gefassten Beschluss der Regierung des Kantons Zürich Kenntnis genommen, die sich dem Zwang der Verhältnisse beugt und bereit ist, der Forderung der palästinensischen Organisationen unter den genannten Bedingungen zu entsprechen, um das Leben der Passagiere der beiden Flugzeuge nicht noch grösseren Gefahren auszusetzen.

Der Bundesrat billigt den Entscheid des Regierungsrates des Kantons Zürich. Er hat inzwischen das IKRK ersucht, die Verhandlungen für den Austausch zu führen. Ferner hat er das Luftamt beauftragt, in Verbindung mit der Swissair die technischen Probleme des Austauschs zu regeln. Die entsprechenden Vorkehren sind sofort an die Hand genommen worden.

Mit der Regierung des Kantons Zürich ist der Bundesrat über das den schweizerischen Behörden gestellte Ultimatum empört und erschüttert. Er legt Wert auf die Feststellung, dass solche Praktiken jeglicher Rechtsordnung widersprechen und den internationalen Flugverkehr und die Rechtssicherheit ganz allgemein aufs schwerste gefährden.

[…][12]

Sitzung vom 7. September 1970, 18 Uhr

Um 18 Uhr trifft sich der Rat zur Fortsetzung der Verhandlungen. *Herr Graber* orientiert über die Pressekonferenz, die seines Erachtens gut verlaufen ist, wobei aber festgestellt werden musste, dass leider das Communiqué mehr im Vordergrund stand als die Kommentare, die Herr von Moos und er selbst (Herr Graber) über die weitere Entwicklung abgegeben haben. Die Nachrichten vom IKRK sind, wie der Chef des EPD weiter ausführt, insofern etwas enttäuschend, als das Komitee eher einen diplomatischen Vertreter in den Vordergrund stellen möchte. Über das Schicksal der Passagiere liegen sehr unterschiedliche und einander widersprechende Meldungen der verschiedenen Nachrichtenagenturen vor. Jedenfalls besteht völlige Ungewissheit darüber, ob ein Teil der Passagiere – namentlich Frauen und Kinder – wirklich nach Amman überführt worden sind. Das Politische Departement hat ferner im Verlaufe des Nachmittags die diplomatischen Vertreter Grossbritanniens[13], der USA[14] und der Bundesrepublik[15] zitiert und mit ihnen die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion besprochen[16], insbesondere auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Schrittes beim IKRK, das von den drei zitierten Ländern und der Schweiz gemeinsam beauftragt werden sollte, den Austausch der Häftlinge gegen die Gesamtheit der Passagiere und die beiden Flugzeuge

12. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35415.
13. *D. West.*
14. *R. D. Vine.*
15. *G. Schlegelberger.*
16. *Für die am Abend und nicht am Nachmittag stattfindende Sitzung vgl. die Notiz von A. Coigny vom 7. September 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1) Bd. 53.

in die Wege zu leiten. Das IKRK wartet im Moment noch ab, ob ihm die vier Länder ein gemeinsames Gesuch stellen.

In der folgenden Aussprache wird von der Zurückhaltung des IKRK mit etwelcher Enttäuschung Kenntnis genommen. Es wird festgestellt, dass es sich hier um eine Aufgabe handelt, die vorzüglich in den Arbeitsbereich des IKRK gehört und deshalb von ihm übernommen werden sollte. Bezüglich der Bedingungen des Austausches wird nochmals unterstrichen, dass nur eine Globallösung in Frage kommt, d. h. nur ein Vorgehen, bei dem von Seiten der Volksfront für die Befreiung Palästinas die Gesamtheit der Insassen der beiden Flugzeuge herausgegeben wird.

Der Bundeskanzler wird ermächtigt, der Presse über diese Aussprache des Rates eine mündliche Orientierung abzugeben.

38

dodis.ch/35601

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

AUFZEICHNUNG ÜBER EINE BESPRECHUNG VOM 7. SEPTEMBER 1970 ZUR FRAGE DER ALLFÄLLIGEN AUFNAHME VON DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN MIT HANOI

Vertraulich *[Bern,]* 16. September 1970

1. An der Aussprache nehmen teil die Herren Botschafter Probst, Schnyder, Rossetti und Hartmann sowie der Unterzeichnete.

2. Es sei zunächst in Erinnerung gerufen, dass im Bericht des Bundesrates über die Richtlinien für die Regierungspolitik auch zum Problem der geteilten Staaten Stellung genommen wird[2]. Danach ist die Universalität unserer Beziehungen Ausfluss unserer Neutralitätspolitik. Besondere Probleme stellen sich dabei im allgemeinen lediglich in Bezug auf jene Staaten, die geteilt sind[3]. Weil die rechtliche Situation dieser Staaten oft unsicher ist, gilt es, in diesen Fällen pragmatisch vorzugehen, um schrittweise die Natur unserer gegenseitigen Beziehungen näher zu bestimmen.

Es bedeutet dies u. a., dass jeder Fall geteilter Staaten nach seinen besonderen Umständen und unter Berücksichtigung der involvierten schweizerischen Interessen unabhängig von den andern behandelt werden kann. Es könnten also mit Hanoi diplomatische Beziehungen aufgenommen werden,

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#4478* (B.15.11). *Kopien an P. Micheli, E. Thalmann, F. Schnyder, R. Probst, O. Rossetti, R. Hartmann, A. Janner, A. Natural und F. Châtelain.*

2. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1968–1971 *vom 15. Mai 1968, BBl, 1970, I, S. 1204–1248, bes. S. 1207 f.*

3. *Zur Frage der geteilten Staaten vgl. Dok. 4,* dodis.ch/35862 *und Dok. 123,* dodis.ch/35861.

ohne dass gleichzeitig dasselbe mit Nordkorea oder der DDR zu geschehen braucht.

3. Bei der Besprechung wurde davon ausgegangen, dass das Vietnam-Problem gegenwärtig als etwas abgekühlt erscheint: keine namhaften Demonstrationen im In- und Ausland, reduzierte kriegerische Tätigkeit in Vietnam, geplanter allmählicher Rückzug der amerikanischen Truppen. Der Augenblick erscheint daher nicht ungünstig, um unsere Beziehungen zu Hanoi auf eine neue Grundlage zu stellen. Unser Vorgehen könnte unter ganz anderen Vorzeichen erfolgen als das Vorprellen der Schweden. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass neuere Berichte unserer Botschafter in Asien (insbesondere Nr. 7 vom 27. August[4] von Botschafter Hartmann) eher der Auffassung zuneigen, dass im Augenblick Hanoi nicht an einer konferenziellen Bereinigung des Indochina-Problems interessiert ist. Ein Schritt unsererseits gegenüber Hanoi würde daher wohl im Anfang ebenso wirkungslos bleiben wie derjenige Schwedens.

4. Nach Auffassung von Botschafter Schnyder könnte mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Hanoi unsere Neutralität und Neutralitätspolitik in vermehrtem Masse zur universell anerkannten und akzeptierten Idee gemacht werden, was zur Zeit nicht ganz zutrifft. Im Gegensatz zu den Schweden können wir handeln, ohne unter dem Druck der Öffentlichkeit zu stehen, was unserem Verhalten mehr Glaubwürdigkeit verleiht. Es müsste von Anfang an klar sein, dass unserem Vorstoss nicht eine politische Stellungnahme, sondern eine rein praktisch humanitäre Idee zu Grunde liegt[5], d. h. wir wollen damit unsere Disponibilität mit praktischen Schritten untermauern. Dies müsste den Nordvietnamesen eindrücklich dargelegt werden und es sollten gewisse vermehrte Aussichten dafür bestehen, dass wir die angestrebte Rolle spielen können. Es gilt dies zunächst mit Bezug auf das Kriegsgefangenenproblem. Das internationale Interesse daran hat in der letzten Zeit an Gewicht gewonnen. Für eine solche Rolle ist das gegenwärtige Vehikel der Kontakte auf dem Niveau der Aussenministerien mit gelegentlichen Besuchen in Hanoi nicht genügend. Wir sollten an Ort und Stelle ein Büro haben.

Was ist akzeptabel von Amerika aus gesehen? Gerade die Präsentation unter mehr praktisch-humanitären Gesichtspunkten würde in Amerika verfangen. Trotzdem das schwedische Vorgehen zu einer Misstimmung im Verhältnis zu den USA geführt hat, war die amerikanische Reaktion nach Auffassung Botschafter Schnyders bemerkenswert gelassen.

Besonders kritisiert wurden das materielle schwedische Hilfsversprechen an Nordvietnam, das zunächst vollumfänglich ab sofort gelten sollte, dann aber für die Zeit des fortdauernden Krieges auf humanitäre Hilfe umgestellt wurde. Bei aller Kritik sind jedoch die Amerikaner daran interessiert, inwieweit die Schweden ihnen in Nordvietnam behilflich sein können. Diese Frage wurde anlässlich des Besuches Palmes in den USA aufgeworfen. Wir sind in dieser Beziehung etwas aus dem Rennen gekommen.

---

4. *Politischer Bericht Nr. 7 von R. Hartmann an P. Graber vom 27. August 1970,* CH-BAR# E2300-01#1977/28#88* (A.21.31).

5. *Vgl. dazu Dok. 70,* dodis.ch/35607 *sowie Dok. 149,* dodis.ch/35604.

Eine neue Reise Botschafter Rossettis hätte nach Ansicht Botschafter Schnyders nur dann einen Sinn, wenn wir einen Schritt vorwärts machen können. Die Amerikaner wären am Tage der Abreise Rossettis über den Zweck seiner Mission, insbesondere über die praktisch-humanitären Aspekte zu unterrichten, jedoch keinesfalls vorher zu konsultieren. Es kommt gegenüber den Amerikanern auf zweckmässige Form und günstigen Zeitpunkt an.

Gegenüber Südvietnam müsste darauf geachtet werden, dass das Gleichgewicht hergestellt wird.

5. Botschafter Rossetti legt dar, dass Schweden in Hanoi einen schweren Stand habe, nachdem sein Schritt hauptsächlich aus innenpolitischen Motiven erfolgt sei und daher nicht ganz für bare Münze genommen werde. Die Dänen und Norweger haben sich vom schwedischen Programm distanziert. Es sei diesbezüglich auf seine (Rossettis) Berichte zu diesem Thema verwiesen[6]. Ein Entschluss unsererseits zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen könnte daher in ein günstiges Licht gesetzt werden. Ein dritter Besuch, nur um die bisherige humanitäre Hilfe zu verkaufen, die zwischen den Rotkreuzgesellschaften der beiden Länder sich reibungslos abwickle, habe keinen Sinn.

Von chinesischer Seite wurden Botschafter Rossetti gewisse Anspielungen gemacht, wonach Peking bereit wäre, an jeder Konferenz teilzunehmen, die nicht zum vorneherein von den Supermächten diktiert bzw. vorbereitet würde. Man sei bereit, nach Genf zu kommen. Konkretere Hinweise gibt es natürlich nicht, aber wir scheinen gewisse Chancen zu haben. Hanoi allerdings würde sich weigern, nach Genf zu kommen, wenn wir mit ihm keine geregelten Beziehungen unterhalten. Andererseits ist es natürlich keineswegs sicher, dass es zu einer Genferkonferenz kommen wird[7].

Die Frage der Zulassung des IKRK im Zusammenhang mit der Kriegsgefangenenfrage kann nach Auffassung Botschafter Rossettis wohl erst in einem späteren Stadium aufgegriffen werden. Dem pflichtet Botschafter Hartmann bei, nach dessen Auffassung das IKRK im Augenblick unpopulär ist. Es besteht noch die Idee, das IKRK stehe wesentlich unter dem Einfluss der USA. Man müsste erst Wesen und Rolle des IKRK überzeugend erklären können. Unser Vertreter wird sich aber um humanitäre Fragen kümmern können, deren sich das IKRK zur Zeit nicht annehmen kann.

6. Was die Auswirkungen auf die anderen geteilten Staaten anbetrifft, so kann nach Auffassung Botschafter Probsts die DDR ausgeklammert werden, da hier ganz besondere Verhältnisse vorliegen. Hingegen sind die Fälle Vietnam und Korea vergleichbar. Sie müssen aber aus folgenden Gründen unterschiedlich behandelt werden.

Im Falle des geteilten Korea müssen wir auf unsere relativ bedeutenden wirtschaftlichen Interessen in Südkorea[8] Rücksicht nehmen. Dieses Land erlebt

---

6. *Vgl. den Bericht von O. Rossetti vom 20. Februar 1968,* dodis.ch/32183 *sowie den Bericht von O. Rossetti an W. Spühler vom 18. Juni 1969,* dodis.ch/32185.

7. *Zu den Bemühungen, Genf als Ort für die Friedensverhandlungen zu positionieren, vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 83,* dodis.ch/32172.

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 22,* dodis.ch/32486 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 153,* dodis.ch/35785.

jetzt einen Boom, wobei allerdings darauf geachtet werden muss, dass dieser nicht schliesslich überzogen wird und zu einem Zusammenbruch führt. Die schweizerischen Exporte nach Südkorea sind stark im Wachsen begriffen und das Land bildet insbesondere auch für das ERG-Bundesengagement einen Risikofaktor. Dieses Engagement hat 1969 die 100 Mio.-Grenze überstiegen, ist aber inzwischen auf ein erträgliches Mass zurückgebildet worden. Ganz abgesehen davon, vertritt heute Südkorea eine Hallstein-Doktrin im Gegensatz zu uns früher gemachten Erklärungen, wonach Seoul einverstanden war, dass wir auch mit Nordkorea Beziehungen aufnehmen[9]. Es ist daher mit politischen und wirtschaftlichen Komplikationen zu rechnen, wenn wir mit Nordkorea zu rasch voranschreiten.

Nordkorea ist wirtschaftlich für die Schweiz von untergeordneter Bedeutung[10], sowohl was den Warenaustausch als auch die ERG anbetrifft. Die Nordkoreaner haben auch noch nicht von der ihnen gebotenen Möglichkeit zur Eröffnung eines privaten Handelsbüros in Zürich[11] Gebrauch gemacht. Angesichts dieser Situation muss daher die Aufnahme geregelter Beziehungen mit Nordkorea noch möglichst lange hinausgezögert werden[12].

Was die beiden Vietnam anbetrifft, liegen die Verhältnisse ganz anders. Das wirtschaftliche Engagement der Schweiz ist in beiden Fällen von untergeordneter Bedeutung. Weder im Süden noch im Norden ist man der Hallstein-Doktrin verpflichtet.

Die Botschafter Schnyder und Rossetti halten dazu noch fest, dass die Reaktion Amerikas im Falle der Aufnahme von Beziehungen Schweiz–Nordkorea viel heftiger sein würde, als im Falle Nordvietnam.

7. Einigkeit besteht darüber, dass im Falle eines schweizerischen Schrittes gegenüber Hanoi[13] auf die Herstellung eines diplomatischen Gleichgewichts zwischen Nord und Süd geachtet werden muss. Wir können dem Süden nicht weniger geben als dem Norden. Botschafter Schnyder denkt an eine ständige Präsenz im Norden, Botschafter Rossetti sieht die Lösung eher in vermehrten Reisen seiner selbst sowie seiner Mitarbeiter, wenn er einmal akkreditiert sein wird. Die Botschaft Peking müsste dann um eine Einheit verstärkt werden.

8. Wenn etwas geschehen soll, dann möglichst rasch. Abzuklären ist vordringlich die verfassungsmässige Kompetenz des Bundesrates.

Mit der voranschreitenden Vietnamisierung des Krieges ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass auch Südvietnam in Zukunft eine Art Hallstein-Doktrin entwickeln wird.

Allgemein zu den Beziehungen zu Südkorea vgl. die Berichte von M. Leu vom 1. Mai 1972, dodis.ch/36017 *sowie* dodis.ch/36018.

9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 169,* dodis.ch/33133.

10. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Nordkorea vgl. z. B. die Notiz von P.-A. Ramseyer vom 27. März 1972,* dodis.ch/36019. *Für eine Gegenüberstellung des Aussenhandels mit den geteilten Staaten vgl. die Notiz von R. Baumgartner vom 1. Februar 1972,* dodis.ch/34383.

11. *Vgl. dazu Dok. 152,* dodis.ch/35835, *Anm. 5.*

12. *Zur möglichen Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Nordkorea vgl. Dok. 164,* dodis.ch/35836 *und Dok. 168,* dodis.ch/35837.

13. *Zu den Beziehungen der Schweiz zu Nordvietnam vgl. Dok. 4,* dodis.ch/35862 *und Dok. 90,* dodis.ch/35603.

39

dodis.ch/35419

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

FLUGZEUGENTFÜHRUNGEN. 23. SITZUNG DES KOORDINATIONSAUSSCHUSSES[2] VON DONNERSTAG, 1. OKTOBER 1970, 16.00–16.45 UHR

Vertraulich Bern, 1. Oktober 1970

Micheli: Ich danke der britischen Regierung für die Durchführung der Evakuation der 7 Gefangenen[3]. Durch deren Überführung nach Kairo in einem Transport ist noch einmal die solidarische Haltung unserer Regierungen demonstriert worden. In der schweizerischen Öffentlichkeit[4] macht sich ein unbestimmtes Malaise geltend, das vielleicht nächste Woche im Parlament ein Echo findet, wenn der Bundesrat die in beiden Räten eingereichten Interpellationen[5] zu beantworten haben wird. Das Malaise rührt davon, dass man mit der Freilassung der Gefangenen von den Grundsätzen des Rechtsstaates unter Zwang abgewichen ist und möglicherweise einen Präzedenzfall geschaffen hat. Der Bundesrat hat deshalb unseren Ausschuss ersucht zu prüfen, was zur Verhinderung weiterer Anschläge auf Flugzeuge getan werden kann. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass der Ausschuss nur konsultativen Charakter hat und dass wirksame Massnahmen nur international getroffen werden können. Das Problem wird schon von der ICAO behandelt. Vielleicht könnten aber in unserem Ausschuss die folgenden Punkte näher geprüft werden:

1. Ausbau der Information zwischen unseren Regierungen und Fluggesellschaften[6] über geplante Anschläge, damit einheitliche Vorsichtsmassnahmen getroffen werden können.

2. Behandlung von Diplomaten und Kuriergepäck. Es könnten vielleicht einheitliche Richtlinien unserer Regierungen erarbeitet werden.

---

1. *Notiz:* CH-NE BVCF PGR (104). *Verfasst und unterzeichnet von B. Dubois. Dieses Exemplar ging an P. Graber.*
2. *Während der Entführungskrise und bis zur Freilassung der Geiseln traf sich das Politische Departement regelmässig mit Vertretern der USA, Grossbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland und Israels. Für die Protokolle dieser Sitzungen vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1) *und* CH-BAR#E2001E#1980/83#231* (B.11.40.1 Uch). *An dieser Sitzung hatte P. Micheli den Vorsitz. Ferner nahmen teil: F. J. Goldschmitt, S. Z. Katz, E. A. Midgley, D. T. West, J. P. Moffat, E. Thalmann, M. Gelzer, P. Erni, F. Pictet und B. Dubois.*
3. *Von der Schweiz wurden M. Abu al-Heiga, A. Dahbor und I. T. Yousef; von der Bundesrepublik Deutschland M. al-Hanafi, M. Hadidi und A. R. Saleh und von Grossbritannien L. Khaled freigelassen. Vgl. auch die* Foto-Dokumentation betr. Abflug der arabischen Attentäter *der Kantonspolizei Zürich,* dodis.ch/35420.
4. *Vgl. dazu auch das Schreiben von W. Rüegg an P. Graber vom 18. September 1970,* dodis.ch/35437 *und Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#232* (B.11.40.1.(2)).
5. *Zur Beantwortung der Interpellation von G. A. Chevallaz und A. Lusser durch den Bundesrat am 8. Oktober 1970 vgl. Amtl. Bull., NR, 1970, S. 654–665 und Amtl. Bull., SR, 1970, S. 369–393.*
6. *Korrigiert aus:* Flugzeuggesellschaften.

3. Weiterführung der diplomatischen Aktionen bei den arabischen Regierungen. Wir haben um deren Einwirkung auf die palästinensischen Organisationen ersucht[7]. Die VAR hat offenbar ihren Einfluss zur Befreiung der Geiseln geltend gemacht. Wir können die arabischen Regierungen nunmehr um ihre Mitarbeit zur Verhinderung ähnlicher Anschläge ersuchen und darauf hinweisen, dass unsere Regierungen mit der Freigabe der Gefangenen die gemachten Versprechen gehalten haben.

4. Wir könnten unsere Haltung abstimmen, um bei den zuständigen internationalen Organisationen zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Thalmann: Es ist verständlich, dass die israelische Regierung mit der Freigabe der 7 Gefangenen nicht gerade zufrieden ist[8]. Anderseits haben ihre Vertreter in Bern gesehen, dass wir uns vom Gedanken, Menschenleben zu retten, leiten liessen.

International gibt es zur Bekämpfung der Luftpiraterie das Übereinkommen von Tokio[9] und einen neuen Vertragsentwurf des ICAO mit Straf- und Auslieferungsbestimmungen, der im Dezember dieses Jahres an einer Konferenz im Haag behandelt werden wird[10]. Ausserdem hat der Vertreter der USA in der UNO neue Vorschläge unterbreitet, die im einzelnen noch nicht bekannt sind. Unsere Länder könnten vielleicht an der Konferenz im Haag zusammenarbeiten und Initiativen ergreifen.

Pictet: Die ICAO hat 3 Eisen im Feuer: das Übereinkommen von Tokio, das nur die sofortige Freigabe entführter Flugzeuge und Passagiere vorsieht, der Entwurf der ICAO für Den Haag, der strenge Strafen und die Auslieferung für den Fall von Entführungen und eine enge Zusammenarbeit bei der Untersuchung vorsieht, sowie einen Entwurf für Fälle anderer unerlaubter Handlungen, z. B. Sabotage, der an einer Konferenz nächstes Jahr in Wien[11] behandelt werden soll. Die meisten Strafgesetze enthalten Bestimmungen, die die wirksame Verfolgung von Flugzeugentführungen ermöglichen. Der ICAO hat in einer einstimmig gefassten Resolution[12] die Mitgliedstaaten aufgefordert,

---

7. *Vgl. dazu auch Dok. 45,* dodis.ch/35434 *sowie die Notiz von P. Dietschi vom 28. August 1970,* dodis.ch/35505.

8. *Zur Haltung Israels während der Flugzeugentführung vgl. die Notiz von F. Moser an P. Graber vom 7. Oktober 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1).

9. Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen *vom 14. September 1963. Unterzeichnet von der Schweiz am 31. Oktober 1969. Vgl. AS, 1971, S. 312–322.*

10. *Die Konferenz fand vom 1. bis 16. Dezember 1970 in Den Haag statt. Dabei wurde das* Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen *am 16. Dezember 1970 abgeschlossen. Die Schweiz hat dieses Übereinkommen gleichentags unterzeichnet. Vgl. AS, 1971, S. 1513–1520. Vgl. auch Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1682* (o.713.333.3).

11. *Zur 18. Generalversammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation in Wien vom 15. Juni bis 8. Juli 1971 vgl. Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1914* (o.733.21). *Zur ICAO vgl. auch das Referat von W. Guldimann an der Botschafterkonferenz im September 1970,* dodis.ch/34535.

12. *Die Resolution III/1 wurde an der 17. ausserordentlichen Generalversammlung der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation vom 16. bis 30. Juni 1970 in Montreal erlassen. Vgl. Doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1915* (o.733.21).

Flugzeugentführungen zu bestrafen. Es fehlt aber vielfach am politischen Willen zur Bekämpfung der Luftpiraterie.

Midgley: Ich werde die gemachten Anregungen meiner Regierung zur Kenntnis bringen, kann aber dazu noch nicht Stellung nehmen.

Micheli: Herr Bundesrat Graber hat angeregt, unser Ausschuss möge einen Bericht über seine Tätigkeit mit allfälligen Empfehlungen zuhanden unserer Regierungen ausarbeiten.

Moffat: Ich möchte namens meiner Regierung dem IKRK für seine Bemühungen und den Regierungen der Schweiz, Grossbritanniens und der BRD für ihre Mitwirkung danken. Bezüglich der weiteren Tätigkeit des Ausschusses ist das State Department etwas skeptisch, da es eine Proliferation der Arbeiten befürchtet. Es müssten wohl auch noch weitere Staaten konsultiert werden.

Goldschmitt: Ich werde über die vorgebrachten Ideen nach Bonn berichten. Sie sind sicher prüfenswert, interessieren aber auch noch weitere Staaten.

Katz: Ich werde ebenfalls meiner Regierung berichten. Die aufgeworfenen Fragen beschäftigen sie schon lange. Sie unterstützt alle Bestrebungen zur wirksamen internationalen Bekämpfung der Luftpiraterie.

Micheli: Ich möchte für die gute Zusammenarbeit danken. Die ständigen Konsultationen waren nicht unnütz. Der Grundsatz der Nichtdiskriminierung[13] hat sich bewährt, wenn auch die Befreiung der Geiseln teilweise auf andere Faktoren[14] zurückzuführen ist.

Mit ihrem Einverständnis werde ich dem IKRK im Namen unseres Ausschusses für seine Bemühungen danken, was nicht ausschliesst, dass ihre Regierungen ebenfalls den Dank abstatten.

---

13. *Eine gemeinsame Verhandlungsposition der von der Flugzeugentführung betroffenen Ländern bzw. die gleichzeitige Freilassung aller Geiseln ohne Rücksicht auf ihre Nationalität wurde angestrebt. Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 16. September 1970 der Sitzung des Bundesrats vom 10. September 1970,* dodis.ch/35416; *das BR-Beschlussprot. II vom 18. September 1970 der Sitzung des Bundesrats vom 15. September 1970,* dodis.ch/35417 *und das BR-Beschlussprot. II vom 22. September 1970 der Sitzung des Bundesrats vom 21. September 1970,* dodis.ch/35418.

14. *Vgl. dazu Dok. 45,* dodis.ch/35434.

40

dodis.ch/35883

Die Schweizerische Bankiervereinigung an den schweizerischen Botschafter in Washington, F. Schnyder[1]

Basel, 8. Oktober 1970

Wie Sie wissen, ist unsere Vereinigung fortwährend darum bemüht, das Ansehen der Schweizer Banken im Ausland zu erhalten und zu verbessern[2]. Den periodischen kritischen Stimmen gegenüber unserem Bankgewerbe versuchen wir immer wieder in geeigneter Weise entgegenzutreten und sie zu korrigieren. Die grösste Bedeutung kommt dieser Frage im Verhältnis zu den USA zu, weshalb wir verschiedene Aktionen vornehmlich auf dieses Land konzentrieren.

In der vergangenen Sommersession der eidg. Räte hatte Bundesrat Celio in Beantwortung eines Postulates Hubacher[3] grundsätzliche Ausführungen über das Bankgeheimnis gemacht und zu dieser Institution in sehr positiver Weise Stellung genommen[4]. Diesen Ausführungen kommt umso grösserer Wert zu, als sie von unserem eidg. Finanzminister stammen. Wir haben sie daher ins englische[5] übertragen lassen und möchten sie namentlich in den USA in den hiefür geeigneten Kreisen zur Verbreitung bringen. Da wir von früher her wissen, dass Sie derartige Aktionen ebenfalls als zweckmässig erachten und sie unterstützen, ersuchen wir Sie wiederum um Ihre Mithilfe[6]. Wir legen Ihnen daher einige Texte Celio bei und lassen mit separater Post eine grössere Anzahl an Sie versenden. Weitere Exemplare halten wir Ihnen gerne zur Verfügung.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.36#1984/185#500* (521.55). *Unterzeichnet von M. Oetterli und J.-P. Chapuis.*

2. *Zu den Diskussionen über das schweizerische Bankgeheimnis vgl. DDS, Bd. 19, Dok. 149,* dodis.ch/9200; *DDS, Bd. 22, Dok. 54,* dodis.ch/18897; *Dok. 83,* dodis.ch/30715; *Dok. 91,* dodis.ch/30740; *DDS, Bd. 23, Dok. 177,* dodis.ch/31445; *DDS, Bd. 24, Dok. 23,* dodis.ch/33015; *Dok. 47,* dodis.ch/32230; *Dok. 58,* dodis.ch/33138; *das Referat von H. J. Bär* The Image of the Swiss Banks *vom 4. Juni 1970,* dodis.ch/37131 *sowie die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 12. Februar 1971,* dodis.ch/37133.

3. *Postulat* Nr. 10132 Bankgeheimnis *von H. Hubacher vom 16. Dezember 1968, Doss. wie Anm. 1. Für den im Postulat gewünschten Bericht des Bundesrats vgl. die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Revision des Bankengesetzes *vom 13. Mai 1970, BBl, 1970, I, S. 1144–1203. Vgl. dazu auch Doss.* CH-BAR#E6100B-01#1981/29#20* (0.084).

4. *Für die Stellungnahme von N. Celio vgl. auch das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer vom 20. Juli 1970, Doss. wie Anm. 1.*

5. Comment by Dr. Nello Celio, Chief of the Federal Department of Finance, on the Hubacher Postulate concerning Banking Secrecy, put forward during the 1970 Summer Session, *in: The History, Structure and Function of Banking in Switzerland, Doss. wie Anm. 1.*

6. *Für die Stellungnahme des Politischen Departements vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an F. Schnyder vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/37132.

41

dodis.ch/35522

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

Fürstentum Liechtenstein

Auszug *[Bern,]* Oktober 1970

I. Verhältnis zur Schweiz[2] *und internationale Stellung*

Das Fürstentum Liechtenstein ist ein souveräner Staat, der grundsätzlich seine internationalen Beziehungen selbständig regelt. Als solcher ist es Vertragsstaat des Statuts des Internationalen Gerichtshofes – wobei es die obligatorische Gerichtsbarkeit anerkennt – und Mitgliedstaat zweier Spezialorganisationen der Vereinten Nationen, nämlich des Weltpostvereins und des Internationalen Fernmeldevereins, sowie der Internationalen Atomenergie-Agentur. Es ist auch Vertragsstaat verschiedener anderer multilateraler Übereinkommen, so auf dem Gebiete des geistigen Eigentums, und der Genfer Abkommen von 1949 zum Schutze der Kriegsopfer. Es ist auch einigen Übereinkommen des Europarates beigetreten, insbesondere dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen und dem Europäischen Übereinkommen über Rechtshilfe in Strafsachen.

Das Fürstentum nimmt in steigendem Masse an internationalen Konferenzen teil. Insbesondere sandte es eigene Vertreter an die drei Wiener Konferenzen über diplomatische Beziehungen, über konsularische Beziehungen und über Staatsvertragsrecht. Es hat auch die zwei Wiener Konventionen über die erstgenannten Gegenstände ratifiziert.

Im Jahre 1919 hat das Fürstentum Liechtenstein der Schweiz durch Notenwechsel[3] die Vertretung seiner Interessen in Drittstaaten anvertraut. Dies geschah vorwiegend aus praktischen Gründen, wegen Mangel an Personal, ohne Verzicht auf freie internationale Handlungsfähigkeit. Das Fürstentum besitzt denn auch die Möglichkeit, eigene diplomatische oder konsularische Vertretungen zu errichten[4]. Die Schweiz unternimmt diplomatische Interventionen jeweils nur auf besonderes Begehren der liechtensteinischen Regierung im Einzelfall. Konsularische Routineangelegenheiten werden von den schweizerischen Auslandvertretungen ohne weiteres behandelt.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#3234* (B.15.51.2). *Verfasst von H. Zoelly. Die Notiz wurde für den Staatsbesuch von Fürst Franz Joseph II. vom 22. und 23. Oktober 1970 erstellt. Zum Besuch vgl. die Ansprache von H.-P. Tschudi vom 22. Oktober 1970,* dodis.ch/36179. *Zur Teilnahme des Fürsten am Sechseläuten 1972 vgl. das Schreiben von Ch.-A. Wetterwald an H. Bär vom 11. April 1972,* dodis.ch/36181.

2. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Stettler an K. Furgler vom 29. Dezember 1972,* dodis.ch/36185.

3. Notenwechsel über die Wahrung der liechtensteinischen Interessen in Drittstaaten durch die Schweiz *vom 21. und 24. Oktober 1919, DDS, Bd. 7-II, Dok. 120. Vgl. dazu ferner DDS, Bd. 7-II, Dok. 112; Dok. 138; Dok. 146 und Dok. 215.*

4. *Zur Frage der Akkreditierung eines schweizerischen Botschafters in Vaduz vgl. die Notiz von E. Diez vom 26. Januar 1972,* dodis.ch/36180.

Durch einen Vertrag vom 10. November 1920[5] hat das Fürstentum Liechtenstein der Schweiz die Besorgung der PTT-Dienste auf seinem Gebiet anvertraut. Dabei wurde vorgesehen, dass alle für die Schweiz verbindlichen völkerrechtlichen Verträge über das PTT-Wesen im Fürstentum in gleicher Weise wie in der Schweiz gelten. Diese Regelung stand dem bereits erwähnten Beitritt Liechtensteins zum Weltpostverein und zum Internationalen Fernmeldeverein nicht entgegen. Es sind Revisionsverhandlungen im Gange[6].

Durch Vertrag vom 29. März 1923[7] zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein wurde das letztere an das schweizerische Zollgebiet angeschlossen. Gestützt auf diesen Vertrag findet die gesamte schweizerische Zollgesetzgebung in Liechtenstein in gleicher Weise wie in der Schweiz Anwendung, ferner auch Bestimmungen der übrigen schweizerischen Bundesgesetzgebung, soweit der Zollanschluss ihre Anwendung bedingt. Dies betrifft vor allem diejenigen Bestimmungen, die zur Durchführung der Zollgesetzgebung notwendig sind, z. B. die entsprechenden Strafbestimmungen, sowie diejenigen Bestimmungen, deren Anwendung in Liechtenstein unentbehrlich ist, um trotz des Fehlens jeder Grenzkontrolle zwischen den beiden Staaten eine lückenlose Durchsetzung schweizerischer Gesetze in der Schweiz zu gewährleisten. Dies gilt z. B. bezüglich staatlicher Kontrollen der Herstellung gewisser Waren, die nachher aus Liechtenstein frei in die Schweiz verbracht und dort verkauft werden können. Es gilt aber insbesondere auch für Vorschriften über fiskalische Abgaben, die in Verbindung mit Ein- oder Ausfuhren erhoben werden.

Im Zusammenhang mit dem Zollanschlussvertrag hat das Fürstentum Liechtenstein durch ein Gesetz vom 26. Mai 1924 den Schweizerfranken[8] als gesetzliche Währung eingeführt.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Zollanschluss, im Hinblick auf die Beseitigung jeder Grenzkontrolle zwischen den beiden Staaten, wurden besondere fremdenpolizeiliche Regelungen getroffen, zuletzt durch zwei Vereinbarungen vom 6. November 1963[9]. Daneben besteht aber zwischen der Schweiz

---

5. Übereinkommen zwischen dem schweizerischen Bundesrat und der fürstlichen liechtensteinischen Regierung betreffend die Besorgung des Post-, Telegraphen- und Telephondienstes im Fürstentum Liechtenstein durch die schweizerische Postverwaltung und die schweizerischen Telegraphen- und Telephonverwaltung *vom 10. November 1920, BS, 11, S. 177–183.*

6. *Vgl. dazu die Notiz von H. Zoelly vom 11. Februar 1970,* dodis.ch/36178.

7. Vertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet *vom 29. März 1923, BS, 11, S. 160–172. Vgl. dazu DDS, Bd. 8, thematisches Verzeichnis:* II.17. Liechtenstein: 17.1. L'accord douanier.

8. *Zu den Auswirkungen der schweizerischen Währungsmassnahmen auf Liechtenstein vgl. die Note der liechtensteinischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 13. Juli 1972,* dodis.ch/36182; *die Notiz von B. Dubois vom 31. Juli 1972,* dodis.ch/36183 *sowie das Schreiben von E. Stopper und P. Ehrsam an N. Celio vom 15. September 1972,* dodis.ch/36184. *Zur Aufwertung des Schweizer Frankens vgl. Dok. 72,* dodis.ch/35737 *und zu weiteren Massnahmen vgl. Dok. 158,* dodis.ch/35738.

9. Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein über die fremdenpolizeiliche Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen im anderen Vertragsstaat (mit Anlangen) *vom 6. November 1963, AS, 1964, S. 1–4 sowie* Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein über die Handhabung der Fremdenpolizei für

und dem Fürstentum Liechtenstein ein Niederlassungsvertrag (gewöhnlicher Art) vom 6. Juli 1874[10].

Auf Grund des Zollanschlussvertrages finden die von der Schweiz mit Drittstaaten abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge auch im Fürstentum Liechtenstein Anwendung. Dieses hat sich verpflichtet, nicht selbst Zoll- und Handelsverträge abzuschliessen. Dafür ist die Schweiz ermächtigt, solche Verträge mit Wirkung für das Fürstentum Liechtenstein abzuschliessen.

Gemäss dieser Regelung finden insbesondere die staatsvertraglichen Bestimmungen der OECD, ebenso diejenigen des GATT, auch in Liechtenstein Anwendung.

In der EFTA und in der FINEFTA ist das Fürstentum Liechtenstein nicht selbst Mitgliedstaat, sondern wird durch die Schweiz vertreten. Bezüglich der Bestimmungen über Zollfragen und Handelsverkehr ergibt sich die Vertretungsbefugnis bereits aus dem Zollanschlussvertrag. Hinsichtlich der übrigen Bestimmungen des EFTA-Übereinkommens, die andere Materien regeln, erteilte das Fürstentum Liechtenstein der Schweiz ergänzende Vertretungsvollmachten in zwei von allen EFTA- bzw. FINEFTA-Mitgliedstaaten und Liechtenstein unterzeichneten Protokollen vom 4. Januar 1960[11] betreffend die EFTA und vom 27. März 1961[12] betreffend die FINEFTA. Auf Grund dieser Protokolle finden alle Bestimmungen der beiden Übereinkommen auf das Fürstentum Liechtenstein Anwendung. Das Fürstentum wird aber von der Schweiz in allen EFTA-Belangen fortlaufend orientiert und konsultiert. Ausserdem ist die liechtensteinische Regierung an allen Ministertagungen des EFTA-Rates durch einen Beobachter vertreten[13]. Diese Regelung wurde mit Rücksicht auf den Umstand getroffen, dass in der EFTA die Bestimmungen über Zollfragen und den Handelsverkehr, die in den Bereich des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrages fallen, eindeutig überwiegen.

Liechtenstein hat mit der Schweiz, neben den genannten, verschiedene weitere Verträge abgeschlossen, insbesondere: 1965 über AHV und IV[14], 1968 über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen[15]; ferner mit Drittstaaten, darunter: 1936 mit den USA

Drittausländer im Fürstentum Liechtenstein und über die fremdenpolizeiliche Zusammenarbeit (mit Anlagen) *vom 6. November 1963, AS, 1964, S. 5–8.*

10. Niederlassungsvertrag zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein *vom 6. Juli 1874, BS, 11, S. 173–175.*

11. Protokoll über die Anwendung des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation auf das Fürstentum Liechtenstein *vom 4. Januar 1960, AS, 1960, S. 634 f.*

12. Protokoll über die Anwendung des Abkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation und der Republik Finnland auf das Fürstentum Liechtenstein *vom 27. März 1961, AS, 1961, S. 489.*

13. *Vgl. Anm. 6.*

14. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung *vom 3. September 1965, AS, 1966, S. 1227–1237.*

15. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen

und 1937 mit Belgien über Auslieferung, 1955 mit Österreich über Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, sowie ebenfalls 1955 mit Österreich über Doppelbesteuerung.

[…][16]

---

und Schiedssprüchen in Zivilsachen *vom 24. April 1968, AS, 1970, S. 79–86.*

16. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35522.

42

dodis.ch/35252

Proposition conjointe du Département de l'économie publique et du Département politique au Conseil fédéral[1]

Lancement par l'Assemblée générale des Nations Unies de la deuxième Décennie pour le développement

Berne, *[20 octobre 1970]*

Ainsi que nous vous l'annoncions dans notre rapport du 13 octobre[2] dernier, l'Assemblée générale des Nations Unies adoptera le samedi 24 octobre[3], par acclamation, en séance commémorative, la stratégie internationale pour la deuxième Décennie pour le développement.

Elle confirmera de ce fait l'accord intervenu dans la Deuxième Commission, le 16 octobre dernier, sur le texte définitif de cette stratégie (voir annexe 2[4]).

Vous trouverez ci-joint (annexe 1[5]) le texte de la déclaration que nous vous proposons d'adopter en tant que prise de position autonome du Conseil fédéral à l'égard de la stratégie.

Ce texte exprime l'appui du Gouvernement suisse à la stratégie internationale du développement dans des termes n'impliquant de sa part aucun engagement qui aille du point de vue juridique au-delà de l'accord donné par les pays membres des Nations Unies à la résolution sur la stratégie du développement. Il ne s'agit donc que d'une déclaration d'intention ne comportant aucune obligation contractuelle au sens du droit international.

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#763*. *Rédigée par A. Dunkel.*

2. *Pour le rapport* Lancement par l'Assemblée générale des Nations Unies de la deuxième décennie pour le développement *du Département de l'économie publique et du Département politique au Conseil fédéral du 13 octobre 1970, cf. doss.* CH-BAR#E7110#1981/41#310* (799.1.1.1.).

3. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 24 octobre 1970,* UN doc. A/RES/2626 (XXV), CH-BAR#E2003A#1984/84/1673* (o.713.314).

4. *Projet de proposition de la Deuxième Commission de l'Assemblée générale des Nations Unies du 14 octobre 1970,* UN doc. A/C.2/L.1104/Rev. 1, *doss. comme note 2. Le texte a été adopté sans vote le 16 octobre 1970.*

5. *Pour l'annexe, cf.* dodis.ch/35252.

Ainsi que vous pourrez le constater le quatrième paragraphe de cette déclaration exprime les intentions du Conseil fédéral sur deux points d'importance particulière: le financement et les préférences[6]. En ce qui concerne le financement, la formulation proposée ne fait pas état des dates retenues au § 42, p. 13 du texte ci-joint de la stratégie, tout en soulignant la volonté du Conseil fédéral de s'efforcer de réaliser *aussi régulièrement que possible* le 1%. Les réserves présentées par de nombreux pays développés à économie de marché à l'égard des dates de réalisation du 1% (États-Unis, Danemark, Australie, Italie, Finlande, Autriche, Canada) et le doute laissé par d'autres pays (Japon, Royaume-Uni, Nouvelle-Zélande, Belgique) quant à leur choix entre 1972 et 1975, nous paraissent justifier que la Suisse exprime exactement ce qui est son intention – la recherche d'une plus grande régularité de ses flux globaux par le moyen d'un accroissement du volume des flux publics[7] – sans se lier, même moralement, à une date donnée qui a perdu toute valeur d'effort commun.

En ce qui concerne l'aide publique, seuls quatre pays – Pays-Bas, Belgique, Suède, Finlande – ont accepté jusqu'ici l'objectif de 0,70% du PNB, à réaliser d'ici à la mi-décennie, fixé au paragraphe 43 de la stratégie. Trois autres pays (Nouvelle-Zélande, Australie, Canada) l'ont accepté sans date. La France a déclaré que 0,60% aurait été un objectif plus réaliste. Quant aux autres pays (États-Unis, Japon, Royaume-Uni, Italie, Danemark, Autriche), ils ont refusé et l'objectif et la date. La RFA semble devoir accepter l'objectif de 0,70% mais sans date.

Vu cette situation, la position suisse telle qu'elle est exprimée dans la déclaration ci-jointe – sensible augmentation; effet des structures économiques – apparaît moins négative qu'on aurait pu craindre. Nous nous devons cependant de rappeler que la majorité des pays qui ont montré des réticences à l'égard de l'objectif d'aide publique et de sa date de réalisation atteignent d'ores et déjà des pourcentages nettement plus élevés que celui auquel la Suisse vise avec les mesures soumises actuellement à votre approbation.

Les pays membres des Nations Unies ont fait valoir en Deuxième Commission leurs réserves sur certains paragraphes spécifiques du texte de la stratégie. Afin d'éviter d'alourdir la déclaration du Conseil fédéral, nous envisageons, dans la lettre de transmission de cette déclaration au Secrétaire général des Nations Unies[8] et au Président de l'Assemblée générale[9], de réserver le droit des autorités suisses de faire valoir leurs éventuelles observations et interpré-

---

6. *Pour les préférences douanières en faveur des pays en voie de développement, cf. le PVCF N° 1374 du 12 août 1970,* dodis.ch/36306; *la lettre de H. Bühler à J. Specker du 19 juillet 1971,* dodis.ch/36307 *et le PVCF N° 152 du 26 janvier 1972,* dodis.ch/36308.

7. *Sur la question de l'augmentation publique de la coopération au développement, cf. DDS, vol. 24, doc. 125,* dodis.ch/32843; *DDS, vol. 25, doc. 110,* dodis.ch/35242; *le PVCF N° 342 du 18 février 1970,* dodis.ch/35258; *la notice de M. Constantin du 13 mai 1970,* dodis.ch/35259; *le PVCF N° 1812 du 21 octobre 1970,* dodis.ch/35243; *le PVCF N° 1782 du 20 octobre 1971,* dodis.ch/35248; *la notice du Département politique du 3 décembre 1971,* dodis.ch/35249 *et le procès-verbal des séances des 12 et 16 mai 1972 de la Commission du Conseil national du 18 mai 1972,* dodis.ch/35251, *en particulier annexe 2.*

8. *S. U Thant.*

9. *E. Hambro.*

tations dans les institutions dont notre pays est membre. Il s'agit exclusivement de paragraphes se rapportant aux activités de la Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement (CNUCED)[10]. En tout état de cause, la déclaration du Conseil fédéral est conçue de manière à ne pas sous-entendre l'accord de la Suisse au texte même de la stratégie, tout en signifiant sa volonté de s'en inspirer. Les formules retenues soulignent que la Suisse tiendra compte dans sa politique de coopération au développement de l'esprit et des recommendations de la stratégie. De plus, l'approbation des Chambres fédérales est expressément réservée pour les préférences et l'aide financière publique[11].

Bien que le texte de la stratégie ait déjà recueilli l'approbation des gouvernements en Deuxième Commission, ce n'est que le 24 octobre qu'il sera adopté formellement au niveau le plus élevé des Nations Unies, celui de l'Assemblée générale. La question se pose dès lors de savoir à quel moment la déclaration du Conseil fédéral doit être portée à la connaissance de U Thant, du Président de l'Assemblée générale et des gouvernements membres des Nations Unies, ainsi que de l'opinion publique suisse.

La solution la plus rationnelle consisterait:

– à mettre l'Observateur suisse à New York[12] en position de communiquer la déclaration du Conseil fédéral le 24 octobre[13], ce qui impliquerait une décision du Conseil fédéral le mercredi 21 octobre[14];

– de prévoir une information de la presse accréditée au Palais fédéral dans des délais suffisants pour éviter qu'elle soit renseignée après les correspondants à New York.

Au bénéfice de ces considérations, nous vous *proposons*

1. d'approuver la déclaration ci-jointe;

2. d'autoriser le Département politique fédéral et le Département fédéral de l'économie publique d'appliquer la procédure décrite dans le rapport quant à la distribution de la déclaration;

3. de charger la Chancellerie fédérale, d'entente avec les départements intéressés, de l'organisation d'une conférence de presse[15].

---

10. *Cf. doc 69,* dodis.ch/34284, *note 7.*

11. *Sur l'aide financière de la Suisse aux pays en voie de développement, cf. le PVCF N° 1818 du 21 octobre 1970,* dodis.ch/35269.

12. *B. Turrettini.*

13. *L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York a transmis la déclaration du Conseil fédéral au Secrétaire général des Nations Unies le 24 octobre 1970, cf. doss. comme note 3.*

14. *La proposition a été acceptée avec des modifications par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1819 du 21 octobre 1970,* dodis.ch/35252.

15. *Il est décidé de renoncer à une conférence de presse et de publier un court communiqué de presse, cf. le télégramme N° 16 de la Division du commerce du Département de l'économie publique à l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York du 22 octobre 1970, doss. comme note 3.*

43

dodis.ch/35749

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

ASYLBEGEHREN OJUKWU[2]

Bern, 27. Oktober 1970

Für das Mitte Oktober 1970 zu Gunsten von General Ojukwu und seiner elfköpfigen Suite eingereichte Asylbegehren haben die Dienste des EJPD inzwischen je einen Entwurf zu einem Bundesratsantrag und einer Pressemitteilung erstellt, die beide Herrn Bundesrat von Moos unterbreitet wurden (vgl. Beilage 1[3]). Der besagte Antrag kommt zum Schluss, dass dem Asylbegehren nicht entsprochen werden sollte[4].

Die vorliegende Angelegenheit gibt von den unser Departement interessierenden Gesichtspunkte aus zu folgenden Bemerkungen Anlass:

I. Auswirkungen auf die Beziehungen Schweiz–Nigeria

1. Der schweizerische Botschafter in Lagos[5] wurde erstmals am 8. April 1970[6] von den nigerianischen Behörden zitiert, und es wurde ihm erklärt, es liege Lagos daran, die schweizerischen Behörden rechtzeitig zu warnen, dass eine Asylgewährung an Ojukwu nicht verstanden und die guten Beziehungen zwischen Nigeria und der Schweiz ernstlich belasten würde. Eine erneute analoge Demarche erfolgte nach Bekanntwerden des Asylbegehrens am 20. Oktober, und zwar sowohl in Lagos als auch in Bern. Nigerianischerseits wurde dabei im wesentlichen geltend gemacht, dass Ojukwu als Hauptverantwortlicher für die Sezession und den Bürgerkrieg sowie für die Verlängerung der Leiden von Hundertausenden unschuldiger Kriegsopfer verantwortlich sei. In der Schweiz bestünden für Ojukwu zahlreiche Kontaktmöglichkeiten mit Besuchern, Pressevertretern und Anhängern seiner Bewegung, wodurch er neues Unheil anstiften könnte (vgl. Kabel Lagos 20. 10. 70, Beilage 2[7]).

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#3503* (B.41.21). *Verfasst von M. Gelzer und H. Grob. Unterzeichnet von M. Gelzer.*
2. *Ch. O. Ojukwu war der Anführer der sezessionistischen Region Biafra. Vgl.* dodis.ch/P42754.
3. *Entwurf eines Antrages an den Bundesrat und einer Pressemitteilung des Justiz- und Polizeidepartements vom 19. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Für den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements vom 27. Oktober 1970 vgl. das BR-Prot. Nr. 1858 vom 28. Oktober 1970,* dodis.ch/36701. *Zur Diskussion im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprotokoll II vom 5. November 1970 der 40. Sitzung vom 28. Oktober 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.
5. *F. Real.*
6. *Vgl. dazu das Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 8. April 1970, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Telegramm Nr. 258 von F. Real an das Politische Departement vom 20. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1. In Bern sprach R. O. Omotoye am 19. Oktober 1970 bei M. Gelzer vor. Vgl. die Notiz von M. Gelzer vom 19. Oktober 1970, ibid.*

2. In einer dem Departement durch Vermittlung Houphouët-Boignys zugestellten schriftlichen Erklärung (Beilage 3[8]) übernimmt Ojukwu die Verpflichtung, sich im Falle einer Asylgewährung jeglicher politischer Tätigkeit in der Schweiz zu enthalten. Eine ähnliche Verpflichtung ist er seinerzeit der Elfenbeinküste gegenüber eingegangen. Wie seine anfangs Oktober der BBC und der britischen Presse gegenüber abgegebenen Erklärungen zeigen, hat er diese letztere Verpflichtung allerdings nicht eingehalten. Dem erwähnten Interview zufolge soll er unter anderm geäussert haben, dass er den Kampf fortsetzen werde und dass er sein Land nur deshalb verlassen habe, weil er ihm vom Ausland her von grösserem Nutzen sein könne. Angesichts dieses Verhaltens muss zum Mindesten zweifelhaft erscheinen, ob er seine den schweizerischen Behörden gegenüber eingegangene Verpflichtung auch tatsächlich einhalten würde.

3. Schweizerische Interessen in Nigeria: Unser Land verfügt in Nigeria über bedeutende Interessen (Schweizer-Kolonie ca. 450, meist als Kaufleute, in gehobener Position stehende Landsleute; Warenaustausch 1969: Einfuhr aus Nigeria 55,1 Mio. SFr., Ausfuhr nach Nigeria 38,56 Mio SFr.; schweizerische Investitionen: zwischen 90 und 100 Mio. SFr.). Für Einzelheiten betreffend die schweizerischen Interessen in Nigeria sei auf die beiliegende Notiz (Beilage 4[9]) verwiesen.

4. Nach Auffassung unserer Botschaft in Lagos sind die in der Angelegenheit Ojukwu abgegebenen nigerianischen Warnungen ernst zu nehmen und dürfen nicht unterschätzt werden. Dies zeigt unter anderm der Fall Lindt[10]. Es wäre verfehlt, in derartigen Angelegenheiten von einem afrikanischen Staat wie Nigeria logische und rationelle Überlegungen vorauszusetzen, sodass im Falle einer Asylgewährung nicht nur mit Massnahmen auf diplomatischer Ebene, sondern auch mit solchen gegen schweizerische Unternehmen zu rechnen wäre. Auch eine negative Pressekampagne in Nigeria, Demonstrationen von Studenten- und Gewerkschaftsorganisationen gegen schweizerische Unternehmen und unsere diplomatische Vertretung wären laut Botschafter Real nicht auszuschliessen (vgl. Kabel[11] Lagos vom 21. 10. 70 sowie Schreiben[12] Real vom 23. 10. 70 S. 2 Abs. 2, Beilagen 5 + 6).

5. In die eben dargelegte Richtung weisen auch gewisse Massnahmen, die – anscheinend von untergeordneten Polizeistellen – bereits nach Bekanntwerden des Asylbegehrens gegen einzelne unserer Mitbürger getroffen wurden. Es handelte sich um den Entzug von Identitätspapieren, die Androhung von Ausweisungen und Einfrieren von Schweizerguthaben. Das Departement ist diesbezüglich umgehend sowohl in Lagos als auch bei der nigerianischen

---

8. *Schriftliche Erklärung von Ch. O. Ojukwu vom 17. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Notiz von H. Grob vom 26. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Für die Leitung der IKRK-Mission im Biafra-Konflikt stellte das Politische Departement A. R. Lindt zur Verfügung. Als das IKRK bes. von der nigerianischen Regierung stark kritisiert wurde, sah sich A. R. Lindt gezwungen im Juni 1969 von seinem Posten zurück zu treten. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 136,* dodis.ch/33251, *Anm. 14 und 19.*

11. *Telegramm Nr. 259 von F. Real an das Politische Departement vom 21. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Schreiben von F. Real an P. Micheli vom 23. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

Botschaft in Bern vorstellig geworden[13] und hat mit aller Bestimmtheit auf die Unzulässigkeit derartiger Druckversuche hingewiesen. Die betreffenden Massnahmen sind in der Folge wieder rückgängig gemacht worden. Das geschilderte Vorgehen ist indessen symptomatisch für die Einstellung in Nigeria.

6. Die eben dargelegten Umstände haben bereits eine Reihe schweizerischer Interessenten veranlasst, an das Departement zu gelangen, um ihm von den Befürchtungen für den Fall einer Asylgewährung an Ojukwu Kenntnis zu geben. Aus den uns zugegangenen Eingaben sei nachstehen auszugsweise folgendes zitiert:

Schreiben Swissair vom 22. 10. 70 (Beilage 7[14])

«…Praktisch würde die nigerianische Haltung wohl darauf hinauslaufen, dass wir unsere Flugdienste nach Lagos einstellen müssten. Lagos ist unsere wichtigste Destination in ganz Westafrika und darum auch der Sitz unserer Chefvertretung für diese Region. Wie in anderen Staaten des Schwarzen Afrikas die Reaktion gegen die Swissair wäre, können wir nicht absehen.»

Schreiben Union Handels-Gesellschaft Basel vom 22. 10. 70 (Beil*[age]* 8[15])

«…Wir möchten mit allem Nachdruck darauf hinweisen, dass eine Asylgewährung für Ojukwu für unser ganzes Unternehmen (Gegenwert von über 80 Millionen Franken), unser Personal (55 an der Zahl), aber auch für alle übrigen schweizerischen Unternehmen und den ganzen schweizerischen Handel mit Nigeria eine Katastrophe bedeuten würde. Von diesen Massnahmen würden auch die Firmen Nestlé, Alusuisse, Panalpina und Ciba-Geigy AG sowie die gesamte schweizerische Exportindustrie betroffen. Ferner würden die vom Bund garantierten und die von privaten Firmen an nigerianische Unternehmen gewährten Kredite äusserst gefährdet sein. Die Beziehungen zwischen unserem Land und Nigeria würden voraussichtlich auf Jahre hinaus aufs schwerste belastet.»

Telex Panalpina Welttransport AG, Basel, vom 22. 10. 70 (Beilage 9[16])

«…Zuverlässige Quellen meldeten, dass im Falle einer Asylgewährung für Ojukwu sehr drastische Massnahmen gegen die Schweizer und ihre Interessen in Nigeria erfolgen würden: Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Ausweisung sämtlicher Schweizer, Einfrieren aller Assets. In Kano und Kaduna wurden bereits Schweizer zur Polizei befohlen, mussten ihre Papiere abgeben und wurden angewiesen, sich reisebereit zu halten. Im Einvernehmen mit dem Präsidenten unseres Verwaltungsrates, Nationalrat Dr. Alfred Schaller, richten wir die dringende Bitte an Sie, das in Rede stehende Aufnahmegesuch nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern insbesondere unter Berücksichtigung der auf dem Spiele stehenden Freiheit der Schweizerbürger abzulehnen.»

---

13. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 228 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Lagos vom 22. Oktober 1970 sowie die Telegramme Nr. 262 und 263 vom 21. Oktober 1970 und Nr. 264 und 265 vom 22. Oktober 1970 von F. Real an das Politische Departement, Doss. wie Anm. 1.*

14. *Schreiben von A. Baltensweiler und H. Haas an P. Graber vom 22. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

15. *Schreiben von W. Preiswerk an P. Graber vom 22. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

16. *Telex von W. Schneider an E. Brugger vom 22. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

Ciba-Geigy AG, Basel[17]

Dr. Victor Umbricht teilte uns telefonisch mit, «dass Ciba-Geigy AG mit Besorgnis den Folgen einer allfälligen Asylgewährung an Ojukwu entgegensieht. Dr. Umbricht, der den Chef der nigerianischen Militärregierung[18] von seiner Tätigkeit im Kongo her persönlich kennt, glaubt, dass die Reaktion von Lagos ernst zu nehmen sei. Angesichts der bedeutenden wirtschaftlichen Interessen, die für die Schweiz auf dem Spiele stehen, sollte das Gesuch abgeleht werden, zumal Ojukwu sich in der Schweiz kaum jeder politischen Tätigkeit enthalten würde. Im übrigen würden sich sehr schwer zu lösende Sicherheitsprobleme stellen.»

In diesem Zusammenhang sei auch an die vertrauliche Mitteilung Herrn Präsident Navilles an Botschafter Thalmann erinnert, wonach eine Aufnahme Ojukwus in der Schweiz für die Stellung und die Arbeit des IKRK in Afrika schwerwiegende Folgen haben würde (vgl. Aktennotiz vom 23. 10. 70, Beilage 10[19]).

II. Zur Frage, ob Ojukwu andere Aufenthaltsmöglichkeiten als diejenige der Schweiz offenstehen, lässt sich auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Auskünfte folgendes sagen:

1. Es ist anzunehmen, dass in den afrikanischen Staaten – ausgenommen vielleicht Australafrika – eine Asylgewährung nicht in Frage kommt. Dies dürfte wohl auch für die Staaten Gabon, Sambia und Tansania der Fall sein, die seinerzeit gleich wie die Elfenbeinküste Biafra offiziell anerkannt haben, kürzlich jedoch den Anschluss an Nigeria wieder herstellen konnten und dies Ergebnis nun zweifellos nicht wieder in Frage stellen möchten.

2. Laut den uns vorliegenden Angaben sind die folgenden, für eine Aufenthaltsgewährung allenfalls in Betracht kommenden Staaten der westlichen Welt zur Asylfrage negativ eingestellt: Frankreich, Grossbritannien und Irland. Auch die USA-Regierung nimmt eine ablehnende Haltung ein, wenn auch – mangels Vorliegen entsprechender Sondierungen – eine endgültige Stellungnahme offenbar nicht vorliegt. Die USA und Frankreich würden es anscheinend, wohl vor allem in ihrem eigenen Interesse begrüssen, wenn Ojukwu in der Schweiz Zuflucht fände. Keine eindeutigen Angaben liegen uns über die Haltung Portugals und Spaniens vor. Während in Portugal eine Sondierung, amerikanischen Auskünften zufolge, anscheinend abschlägig beantwortet wurde, ist in Spanien bisher keine Anfrage gestellt worden. Es sei hier indessen daran erinnert, dass Spanien in der Vergangenheit verschiedenen Exilpolitikern, und zwar auch aus Afrika (Tschombé[20]) schon Asyl gewährt hat.

3. Schliesslich erhebt sich die Frage, ob es vom Standpunkt Ojukwus sowie demjenigen seines bisherigen Gastlandes aus tatsächlich unerlässlich erscheint, dass der Genannte in ein anderes Land weiterzieht. Houphouët-Boigny hat

---

17. *Vgl. dazu die Notiz von E. Thalmann vom 22. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*
18. *Y. Gowon.*
19. *Notiz von E. Thalmann an P. Graber vom 23. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*
20. *Zu M. Tschombé vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 94,* dodis.ch/31502, *Anm. 6 und die Notiz von M. Gelzer vom 13. November 1967,* dodis.ch/34009.

der Schweiz gegenüber unter anderm erklärt, dass der Aufenthalt Ojukwus in unserem Lande nicht von langer Dauer wäre, da er auf eine Versöhnung hin arbeite, welche eine Rückkehr Ojukwus nach Nigeria erlauben würde. Angesichts dieser Bemühungen Houphouët-Boignys erschien es nach Auffassung unserer Botschaft in Lagos logischer, wenn Ojukwu in der Elfenbeinküste verbliebe, als in ein anderes Land weiterzureisen, wo Houphouët-Boigny ihn nicht jederzeit zur Hand hätte. Das nigerianische Aussenministerium habe übrigens betont, Lagos habe nie gewünscht, dass Ojukwu die Elfenbeinküste verlasse. Es sei naheliegender, dass er sich in einem Land aufhalte, welches Biafra seinerzeit anerkannt habe. Die nigerianische Regierung könne sich mit Abidjan verständigen, auch wenn Ojukwu in der Elfenbeinküste verbleibe (vgl. Kabel Lagos vom 21. 10. 70, Beilage 11[21]).

III. Auswirkungen der Angelegenheit Ojukwu auf die Beziehungen Schweiz–Elfenbeinküste

Über die schweizerischen Interessen in der Elfenbeinküste, die zahlenmässig diejenige in Nigeria nicht aufwiegen, gibt die beiliegende Zusammenstellung Auskunft (Beilage 12[22]).

Der Präsident der Elfenbeinküste tritt in der Angelegenheit Ojukwu als Bittsteller um gute Dienste auf, um einen ihm nicht mehr genehmen Flüchtling los zu werden. Mit einer ernsthaften Beeinträchtigung unserer Beziehungen zu der Elfenbeinküste dürfte im Falle eines abschlägigen Entscheides des Asylbegehrens wohl nicht zu rechnen sein.

IV. Schlussfolgerungen

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen gelangen wir zum Schluss, dass von einer Asylgewährung im Falle Ojukwus auch im Hinblick auf die das Politische Departement interessierenden Gesichtspunkte abgesehen werden sollte. Eine Gutheissung des Begehrens schlösse die ernsthafte Gefahr einer Trübung unserer Beziehungen zu Nigeria und unter Umständen zugleich auch mit anderen, in ihren Reaktionen unberechenbaren schwarzafrikanischen Staaten in sich und könnte damit weittragende Folgen für die schweizerischen Interessen in jener Weltgegend zeitigen.

---

21. *Telegramm Nr. 262 von F. Real an das Politische Departement vom 21. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*
22. *Notiz von H. Grob vom 26. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

44

dodis.ch/35774

Der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles, an diverse schweizerische Botschaften[1]

Bern, 9. November 1970

Mit der Eröffnungserklärung vom 10. November in Brüssel[2] tritt die Integrationsentwicklung für die Schweiz in eine neue Phase. Die Erklärung soll den Auftakt für exploratorische Gespräche[3] zwischen der Schweiz und den EG bilden, die den Zweck verfolgen, die gegenseitige Interessenlage abzuklären und eine für beide Teile annehmbare Verhandlungsbasis zu finden.

Angesichts der Bedeutung dieses Schrittes lassen wir Ihnen in der Beilage die schweizerische Eröffnungserklärung im vollen Wortlaut zugehen und bitten Sie, das Integrationsbureau über die Reaktionen Ihres Gastlandes[4] auf diese erste offizielle schweizerische Stellungnahme einlässlich zu orientieren. Anlässlich der Botschaftertagung vom 3. September[5] hatten Ihnen die Bundesräte Graber und Brugger bereits die grundlegenden Erwägungen geschildert, die unsere Haltung bestimmen. Der Text des Referates von Herrn Bundesrat Graber[6] befindet sich seit längerem in Ihrem Besitz, denjenigen von Herrn Bundesrat Brugger[7] legen wir heute bei. Er kann für Sie einen internen Kommentar zu der schweizerischen Eröffnungserklärung darstellen.

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E7113A#1985/137#426 (777.03). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Brüssel, Den Haag, Köln, Luxemburg, Paris, Rom, Kopenhagen, Lissabon, London, Oslo, Stockholm, Wien, Helsinki, Washington und Moskau. Kopie an E. Brugger, P. Graber, P. Micheli, R. Bindschedler, A. Weitnauer, P. Languetin, Ch. Eckenstein, B. von Tscharner und M. Jaeger.*

2. Schweizerische Eröffnungserklärung *vom 10. November 1970,* dodis.ch/36161. *Zu deren Ausarbeitung vgl. das Protokoll vom 29. Oktober 1970 der Sitzung der ständigen Wirtschaftsdelegation vom 20. Oktober 1970,* dodis.ch/36154; *das BR-Prot. Nr. 1922 vom 4. November 1970,* dodis.ch/36157 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 5. November 1970 der 40. Sitzung vom 28. Oktober 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 2.*

3. *Zu den exploratorischen Gesprächen vgl. die Aufzeichnung von B. von Tscharner vom 17. Dezember 1970,* dodis.ch/36186; *den Bericht von P. R. Jolles vom 1. März 1971,* dodis.ch/36187; *die Aufzeichnung von P. A. Nussbaumer vom 25. März 1971,* dodis.ch/36189; *die Aufzeichnung von L. Rochat vom 2. Juni 1971,* dodis.ch/36190 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 5. April 1971,* dodis.ch/36173. *Zur Vorbereitung der Gespräche vgl. das Telegramm des Integrationsbüros an diverse Vertretungen vom 20. Mai 1970,* dodis.ch/36115; *das BR-Prot. Nr. 1257 vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/36120; *die Notiz von P. R. Jolles vom 16. November 1970,* dodis.ch/36168 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 16. Juli 1970 der 28. Sitzung vom 15. Juli 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 2 f.*

4. *Vgl. dazu das Rundschreiben von P. R. Jolles vom 13. November 1970,* dodis.ch/36165 *sowie die Notiz des Integrationsbüros vom 4. Dezember 1970,* dodis.ch/36171. *Vgl. ferner Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#786* (C.41.775.03.1).

5. *Vgl. dazu das Protokoll des Politischen Departements vom 30. September 1970,* dodis.ch/34530, *bes. S. 12–18.*

6. *Referat von P. Graber vom 3. September 1970,* dodis.ch/34532.

7. *Referat von E. Brugger vom 3. September 1970,* dodis.ch/34533.

Die schweizerische Erklärung musste von der Überlegung ausgehen, dass die exploratorischen Gespräche nur dann ihren Zweck erfüllen können, wenn keine Seite mit vorgefassten Meinungen oder gar bereits mit spezifischen Vorstellungen über Inhalt und Form des abzuschliessenden Abkommens antritt. Da wir uns in den letzten Monaten mit Nachdruck dafür eingesetzt haben, dass eine Grundsatzdebatte innerhalb der EG über die gegenüber den Neutralen[8] einzunehmende Haltung vermieden werden sollte – wie dies ursprünglich von Belgien[9] angestrebt worden ist –, mussten auch wir in unserer Erklärung Präzisierungen vermeiden. Sonst würde die Gefahr bestehen, dass vor Aufnahme der exploratorischen Gespräche der Ministerrat der EG sich veranlasst sehen könnte, zur schweizerischen Konzeption Stellung zu nehmen.

Anderseits waren wir uns bewusst, dass unsere Partner Anhaltspunkte für die von der Schweiz angestrebte Regelung erwarten. Wir haben das Dilemma dadurch zu lösen gesucht, dass wir die Sachgebiete im einzelnen erwähnten, auf die sich nach unserer Auffassung die exploratorischen Gespräche beziehen sollten. Wir haben auf diese Weise klar zum Ausdruck bringen wollen, dass die Schweiz nicht lediglich eine auf den Zollbereich beschränkte Regelung, sondern eine umfassende Lösung anstrebt, die der Vielgestaltigkeit unserer Beziehungen zu den EG-Staaten Rechnung trägt.

Im übrigen haben wir, wie Sie wissen, unsere Bemühungen vor allem auf die rasche Aufnahme[10] der exploratorischen Gespräche gerichtet. Wir waren uns bewusst, dass die Organe der EG zurzeit durch die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten stark belastet sind und dass eine Tendenz besteht, die Gespräche mit den übrigen EFTA-Ländern auf später zu verschieben oder zumindest ihren Ablauf zu verzögern, bis wieder mehr Zeit zur Verfügung steht. Die Belastung der EG-Organe und der Kommission wird jedoch in den kommenden Monaten wegen der England-Verhandlungen[11] eher zu- als abnehmen.

Für uns wäre ein Zuwarten jedoch äusserst unangenehm, und zwar aus vier Gründen:

1. Es würde von der schweizerischen Öffentlichkeit nicht verstanden, wenn nach dem 10. November während längerer Zeit überhaupt nichts geschieht. Die Eröffnungserklärung wird das Interesse der Öffentlichkeit an den Integrationsproblemen wecken und es ist unerlässlich, dass die Meinungsbildung von jetzt an laufend durch den Hinweis auf eine sich im Gang befindliche Prozedur gefördert werden kann.

2. Mit der Herstellung «besonderer Beziehungen» (Wortlaut des Haager Communiqués[12]) zwischen der Schweiz und den EG wird Neuland betreten.

---

8. *Vgl. dazu das Rundschreiben von M. Feller vom 26. Mai 1970,* dodis.ch/36118 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 5. April 1971,* dodis.ch/36173.

9. *Zur belgischen Haltung vgl. die Notiz von P. Schweizer an M. Feller vom 25. September 1970,* dodis.ch/36096.

10. *Vgl. dazu das Telegramm des Integrationsbüros an diverse schweizerische Vertretungen vom 20. Mai 1970,* dodis.ch/36115 *und das Schreiben von H.-P. Tschudi und K. Huber an W. Scheel vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/36125.

11. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von J. Iselin vom 29. Februar 1972,* dodis.ch/36249 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an P. Graber vom 17. Februar 1972,* dodis.ch/36248.

12. *Vgl. Dok. 108,* dodis.ch/35775, *Anm. 4.*

Es gibt hierfür kein Modell. Wir können nicht einfach vom Römer Vertrag ausgehen. Die Abklärung geeigneter, neuartiger Modalitäten für die Zusammenarbeit erfordert schöpferische Phantasie und entsprechend Zeit. Das schwierigste Problem wird zweifellos die Gestaltung der institutionellen Mitwirkung der Schweiz im Integrationsprozess sein, eine Mitwirkung, die den Beschlussfassungsprozess der EG nicht behindern soll, uns aber trotzdem eine Mitsprache gewährleistet, die einem hochindustrialisierten, faktisch stark integrierten Land angemessen ist. Dies wird besonders wichtig sein in den Bereichen der «zweiten Generation» (Währungspolitik[13], Industriepolitik usw.).

3. Nach den exploratorischen Gesprächen muss in der Schweiz eine breitangelegte Debatte im Parlament[14] und in der Öffentlichkeit[15] durchgeführt werden. Eine solche Debatte darf nicht unter Zeitdruck stehen.

4. Die ersten Zollsenkungen gegenüber den Beitrittskandidaten und den übrigen EFTA-Ländern müssen aus praktischen Gründen gleichzeitig erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt müssen alle Abkommen unter Dach sein, denn weder wir noch die Gemeinschaft werden bereit sein, zuerst bloss den zollpolitischen Teil des Abkommens auszuhandeln und in Kraft zu setzen und den Rest erst nachher anzupacken. Das Abkommen bildet ein Ganzes.

Der Grundtenor unserer Erklärung ist, dass wir die Ernsthaftigkeit der Integrationsbemühungen anerkennen und deshalb nicht die Mitgliedschaft (gleiche Rechte und Pflichten für die Mitglieder, Übernahme der Verträge, des Folgerechts, der politischen Zielsetzungen und der wirtschaftspolitischen Optionen durch die Beitrittskandidaten), sondern «besondere Beziehungen» anstreben.

Nach bisherigen Informationen scheint seitens der Kommission die Bereitschaft zu bestehen, die exploratorischen Gespräche Mitte Dezember aufzunehmen. Um diese nicht zu präjudizieren, sollten Sie daher allfällige Rückfragen über die spezifischen Absichten, die der schweizerischen Eröffnungserklärung zugrunde liegen, ausweichend beantworten. Sie können jedoch auf die Entschlossenheit der Schweiz hinweisen, eine möglichst umfassende und substantielle Regelung zu erzielen, sowie auf unser Verständnis für die dabei zu berücksichtigenden besonderen Erfordernisse der EG.

Wir glauben, dass in den Besprechungen, die in den letzten Wochen und Monaten mit Vertretern der Regierungen der sechs EG-Staaten in Bern und den Hauptstädten geführt worden sind und in deren Verlauf Bundesrat Graber die schweizerischen Ziele jeweils in eindrücklicher Weise dargelegt hat, ein positives politisches Klima geschaffen werden konnte[16]. In ähnlicher Weise hat

---

13. *Vgl. dazu das Protokoll Nr. 965 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 17. September 1970,* dodis.ch/36741.

14. *Vgl. dazu das Referat von P. Graber vor den Aussenpolitischen Kommissionen und den Kommissionen für Aussenwirtschaft des National- und Ständerats vom 3. November 1970,* dodis.ch/36132 *sowie das Protokoll der Sitzung der Aussenpolitischen Kommissionen und den Kommissionen für Aussenwirtschaft des National- und Ständerats vom 3. November 1970,* dodis.ch/36134.

15. *Vgl. dazu Dok. 52,* dodis.ch/35368 *und Dok. 160,* dodis.ch/35778.

16. *Zu den Gesprächen in Bonn und Den Haag vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 20. Oktober 1970,* dodis.ch/36095; *zu denjenigen mit den Niederlanden vgl. die Aufzeichnung von Y. Besson*

Herr Bundesrat Brugger die Handelsminister und die an der EFTA-Tagung teilnehmenden Regierungsvertreter orientiert[17]. Die Sachfragen, die im Vagen geblieben sind, werden jedoch zweifellos grosse Schwierigkeiten aufwerfen, die in den exploratorischen Gesprächen vorerst «entschärft» werden müssen.

Vermutlich wird die unterschiedliche Beurteilung der aus der Neutralitätspolitik zu ziehenden Konsequenzen, die zwischen der schweizerischen und der schwedischen Eröffnungserklärung zum Ausdruck kommen, Gegenstand von Kommentaren und Rückfragen an Sie bilden. Wir werden am Montag abend in Brüssel mit der schwedischen und österreichischen Delegation dieses Problem noch näher besprechen und Ihnen dann sofort, eventuell auf raschestem Wege, die nötigen Instruktionen zugehen lassen.

---

vom 23. Juni 1970, dodis.ch/36592; *die Notiz von P. R. Jolles an P. Graber vom 5. Oktober 1970,* dodis.ch/36097 *sowie die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin vom 19. Oktober 1970,* dodis.ch/36595; *zu denjenigen mit Belgien vgl. die Notiz von P. Micheli an P. Graber vom 8. Juni 1970,* dodis.ch/36101 *und die Notiz von H. Müller vom 5. November 1970,* dodis.ch/36099 *und zu denjenigen mit Frankreich vgl. die Notiz von P. R. Jolles an H.-P. Tschudi vom 17. Juni 1970,* dodis.ch/36102; *die Notiz von H.-P. Tschudi vom 29. Juni 1970,* dodis.ch/36457; *die Notiz von P. R. Jolles an P. Graber vom 14. September 1970,* dodis.ch/36461 *sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 18. September 1970,* dodis.ch/36468.

17. *Erklärung der schweizerischen Delegation an der EFTA-Tagung vom 5.–6. November 1970,* dodis.ch/36142.

45

dodis.ch/35434

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

ZUSAMMENFASSUNG DER NOTIZ[2] ÜBER DIE FLUGZEUGENTFÜHRUNGEN NACH JORDANIEN

Bern, 11. November 1970

I. Beziehungen zu den arabischen Staaten

1. Reaktionen der arabischen Staaten auf die Parlamentsdebatte

Die Parlamentsdebatte[3] vom 8. Oktober hat in den arabischen Staaten keine Reaktion hervorgerufen, was sicher auf den Tod Präsident Nassers und auf verschiedene innerarabische Probleme zurückzuführen ist.

2. Die schweizerisch-arabischen Beziehungen seit den Flugzeugentführungen

Unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten haben sich seit den Flugzeugentführungen nicht verschlechtert; es fehlt im Gegenteil nicht an eini-

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1.). *Verfasst von S. Meili.*
2. *Notiz von S. Meili an P. Graber vom 6. November 1970, Doss. wie in Anm. 1.*
3. *Zur Beantwortung der Interpellation von G. A. Chevallaz und A. Lusser durch den Bundesrat am 8. Oktober 1970 vgl. Amtl. Bull., NR, 1970, S. 654–665 und Amtl. Bull., SR, 1970, S. 369–393.*

gen ermutigenden Anzeichen. Eine stichwortartige Übersicht ergibt folgendes Bild:

Libanon war der Schweiz immer gut gesinnt; keine Änderung.

Syrien hat die Einführung verschärfter Visavorschriften[4] noch nicht überwunden.

VAR: Die Haltung der neuen Regierung ist noch nicht klar ersichtlich; ein konstruktiver Dialog mit dem gemässigten Premierminister Fawzi scheint möglich zu sein[5].

Jordanien hat die Eröffnung einer Botschaftskanzlei[6] sehr begrüsst.

Libyen ist über die Befreiung der Klotener-Attentäter[7] befriedigt.

Tunesien und Marokko: Keine Änderung; Einführung der Visapflicht noch nicht vergessen.

Algerien verhält sich der Schweiz gegenüber etwas distanziert, was vielleicht auf ein gewisses Schuldgefühl zurückzuführen ist.

II. Einige Hinweise zur Beantwortung der von Herrn Nationalrat Chevallaz in seinem Schreiben[8] *vom 21. Oktober 1970 aufgeworfenen Fragen*

1. Haltung der arabischen Staaten in Bezug auf die Flugzeugentführungen

Die Haltung der arabischen Staaten[9] gegenüber Anschlägen, die in Drittstaaten verübt werden, war immer zwiespältig. Man erkannte zwar, dass Attentate der arabischen Sache schadeten, fürchtete aber gleichzeitig, eine Verurteilung dieser Aktionen würde als Verrat an den Palästinensern ausgelegt.

Der Bürgerkrieg in Jordanien[10] erschwerte nun noch eine klare Stellungnahme der betreffenden Regierungen. Im allgemeinen missbilligten die arabischen Politiker in privaten Gesprächen die Flugzeugentführungen, waren aber nicht dazu zu bringen, sie öffentlich zu verurteilen (z. B. *Algerien* und *Tunesien*; die ägyptischen Zeitungen lehnten die Attentate ab, die der *ägyptische Aussenminister*[11] *unter vier Augen als sinnlose Aktionen bedauerte; der irakische Präsident Bakr* schien persönlich empört über das Vorgehen der Kommandos;

---

4. *Zu den verschärften Visavorschriften für Angehörige arabischer Staaten infolge des Flugzeugabsturzes von Würenlingen vgl. Dok. 8,* dodis.ch/35440, *Anm. 5. Zur Reaktion Syriens vgl. das Schreiben von P. von May an E. Thalmann vom 26. Februar 1970,* dodis.ch/35444.

5. *Vgl. dazu Dok. 73,* dodis.ch/35768.

6. *Zur Eröffnung einer Botschaft in Jordanien vgl. die Notiz von M. Gelzer vom 3. November 1970,* dodis.ch/36562 *und das BR-Prot. Nr. 2016 vom 25. November 1970,* dodis.ch/36563.

7. *M. Abu al-Heiga, A. Dahbor und I. T. Yousef. Zum Attentat der Volksfront für die Befreiung Palästinas auf ein El Al Flugzeug in Kloten am 18. Februar 1969 vgl. Dok. 11,* dodis.ch/35442, *Anm. 2.*

8. *Gemeint ist mit grosser Wahrscheinlichkeit die Interpellation von G. A. Chevallaz vom 21. September 1970. Vgl. dazu Anm. 3.*

9. *Vgl. dazu auch die Notiz von P. Dietschi vom 28. August 1970,* dodis.ch/35505. *Zur Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeiten der arabischen Staaten für die Entführungen vgl. die Notiz von J.-P. Ritter vom 16. Februar 1971,* dodis.ch/35433.

10. *Zur schweizerischen Unterstützung der Hilfsaktionen des IKRK und SRK im jordanischen Bürgerkrieg vgl. das BR-Prot. Nr. 1716 vom 5. Oktober 1970,* dodis.ch/36561.

11. *M. Riad.*

Syrien als Mitglied des Sicherheitsrates der UNO hat der Verurteilung der Flugzeugentführungen zugestimmt; *Libanon* verurteilte schon immer Flugzeugentführungen, war aber nicht stark genug, um dagegen aufzutreten).

Libanon, Irak und *Syrien* sagten uns ihre Hilfe zur Befreiung der Geiseln zu; *Libyen* und *Tunesien* boten insbesondere ihre Unterstützung zugunsten der schweizerischen Geiseln an[12]. Die *VAR* scheint sich von Anfang an tatkräftig um die Befreiung der Geiseln bemüht zu haben. *Jordanien* war in seinen Aktionsmöglichkeiten praktisch gelähmt. Sicher haben die jordanischen Behörden, soweit es in ihren Kräften stand, alles getan, um die Geiseln unversehrt zu retten. (Im Verlaufe des Bürgerkrieges in Jordanien unterstützten Libyen und vor allem Syrien die Palästinenser, während sich die in Jordanien stationierten irakischen Truppen abwartend verhielten; Tunesien und vor allem Nasser ergriffen Initiativen, den Krieg zu beenden, indem sie insbesondere auf König Hussein einen gewissen Druck ausübten.)

2. Reaktion der arabischen Staaten auf die Vorladung[13] *der arabischen Missionschefs*[14] *in Bern durch den Departementsvorsteher*

Eine direkte Reaktion auf die Vorladung der arabischen Missionschefs in Bern durch den Departementsvorsteher am 9. September ist nicht zu verzeichnen. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, dass die zahlreichen Interventionen, die gleichzeitig von mehreren Regierungen und von unseren Botschaftern unternommen worden waren, ihren Eindruck auf die arabischen Staaten nicht verfehlten und in ihrer Gesamtheit als ein nicht unwesentlicher Faktor zu betrachten sind, der schliesslich die glückliche Heimkehr der Geiseln ermöglichte.

3. Libération des otages

Selon les renseignements obtenus du CICR les différents groupes d'otages ont été libérés dans les circonstances suivantes:

Le groupe de passagers (femmes, enfants, malades et autres voyageurs) qui a pu rentrer après une semaine de détention a été délivré par le FPLP. *Le premier groupe d'otages* au nombre de 16 a été *libéré* ou plutôt récupéré par l'armée hachémite. *Le deuxième groupe d'otages* a été remis au CICR par les fédayin, donc a été *délivré* par ces derniers. *Le dernier groupe d'otages* a été remis au CICR par les fédayin et par l'entremise de l'Ambassade de la RAU à Amman.

La décision de libérer les deuxième et troisième groupes d'otages a été prise par un conseil réunissant toutes les organisations palestiniennes. Ce conseil a probablement été convoqué à la suite d'une démarche du Président Nasser à qui le Premier Ministre Heath avait envoyé un message personnel en le priant d'user de son influence pour la libération des derniers otages.

---

12. *Vgl. dazu* CH-BAR#E2001E#1980/83#228* (B.11.40.1) Bd. 53.
13. *Vgl. dazu die Notiz von S. Meili vom 10. September 1970, Doss. wie Anm. 13.*
14. *M. Yousfi, N. al Fassi, J. Zikri, H. Shash, A. Krit.*

46

dodis.ch/35691

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit, S. Marcuard, an den schweizerischen Botschafter in Nairobi, H. K. Frey[1]

VERHANDLUNGEN IN RWANDA VOM 26. BIS 29. AUGUST 1970

Bern, 24. November 1970

Wir kommen zurück auf Ihr Schreiben vom 3. September 1970[2] und möchten zu einigen darin behandelten wichtigen Punkten noch wie folgt Stellung nehmen:

1. Abkommen über Trafipro[3]

Wir haben davon Kenntnis genommen, dass die Regierung Rwanda immer noch an ihrem ursprünglichen Ziel festhält, die *Trafipro zu einer weiträumigen Dachorganisation der Genossenschaftsbewegung auszubauen.* Sie laden uns ein, intern Denkmodelle auszuarbeiten, die zu gegebener Zeit verwirklicht werden könnten.

Ein Modell, das bis jetzt unseres Wissens noch nicht erwogen wurde, würde folgendermassen aussehen: Zusammen mit andern bereits bestehenden rwandischen Genossenschaften gründet die Trafipro eine «Union des Coopératives du Rwanda» oder einen «Conseil des Coopératives du Rwanda» oder eine «Stiftung zur Förderung des rwandischen Genossenschaftswesens». Diese Organisation hätte die Aufgabe, als Motor der Genossenschaftsbewegung in Rwanda zu wirken, d. h. Möglichkeiten für die Gründung neuer Genossenschaften abzuklären, diesen neu entstehenden Genossenschaften bei der Gründung sowie auch später bei der Führung ihrer Geschäfte behilflich zu sein, evtl. die Rolle eines Revisors und vielleicht in einer weitern Etappe sogar diejenige eines Bankiers des Genossenschaftswesens zu übernehmen.

Diese Konzeption hätte den Vorteil, dass einerseits die Wünsche der Regierung berücksichtigt werden und anderseits der Entwicklung der letzten Jahre Rechnung getragen wird. Es sind in den letzten Jahren nämlich verschiedene neue Genossenschaften gebildet worden (Marché commun, AIDR, Sägereigenossenschaften), die kaum einfach der Trafipro angegliedert werden können. Diese selbst ist spezialisiert auf den Bereich des Handels und wird personell

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.185-02#1985/160#19* (771.20.0). *Verfasst von O. Hafner. Visiert von H. K. Frey.*

2. *Schreiben von H. K. Frey an S. Marcuard vom 3. September 1970,* CH-BAR#E2005A#1985/101#685* (t.311.014).

3. Accord entre la Confédération suisse et la République rwandaise concernant la société coopérative Trafipro (7ème période) *vom 28. August 1970,* CH-BAR#E2200.185-02#1985/160#23* (771.22(2)). *Zum Genossenschaftsprojekt Trafipro vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 52,* dodis.ch/32560; *das BR-Prot. Nr. 1226 vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/36690; *das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 12. Mai 1972,* dodis.ch/36693; *das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 12. Mai 1972,* dodis.ch/36700 *und die Aufzeichnung von O.Hafner vom 21. Juni 1972,* dodis.ch/36696.

und finanziell auf lange Sicht so sehr durch die grossen Aufgaben in Anspruch genommen sein, die in diesem Bereich noch erfüllt werden müssen, dass eine Ausweitung auf andere Bereiche unrealistisch erscheint.

Ohne uns auf dieses Modell festlegen zu wollen, scheint es uns doch eine brauchbare Alternative darzustellen, die näher geprüft werden muss. Natürlich werden wir auch die Vorschläge Herrn Ulrichs[4] entgegennehmen, die sich aber bis jetzt immer auf die Reorganisation der Struktur der bestehenden Trafipro-Unternehmung beschränkten.

Wir würden es begrüssen, wenn Sie während Ihres nächsten Aufenthalts in Rwanda diese Alternative einmal zur Diskussion stellen würden.

Einer Zusammenarbeit mit den *rwandischen* Händlern stehen wir nicht zum vornherein negativ gegenüber. Aus finanziellen Gründen dürfte aber eine Belieferung dieser Händler durch Trafipro in grösserem Ausmass kaum vor 1975 möglich sein.

Mit der Studie für die *Zentralisierung* haben wir inzwischen das Betriebswissenschaftliche Institut der ETH betraut[5]. Ein Mitarbeiter[6] des Instituts befindet sich gegenwärtig in Rwanda. Wir hoffen, dass sich die Regierung durch ein neutrales Gutachten eher überzeugen lässt. Dieses, sowie auch die Possibility-Studie[7] für die Gesamtüberbauung in Kigali sollte bis spätestens Ende März 1971 vorliegen.

2. Grundsätzliche Bemerkungen über unsere Hilfsaktion in Rwanda[8]

Wir teilen Ihre Auffassung, wonach die wirtschaftliche und politische Zukunft Rwandas mangels konsolidierter staatlicher Strukturen mit gewichtigen Unsicherheitsmomenten belastet ist[9]. Anderseits fragen wir uns, ob die Lage Rwandas in dieser Beziehung tatsächlich so viel schlimmer ist als diejenige vieler anderer afrikanischer Staaten, vielleicht mit Ausnahme der ostafrikanischen. Wenn wir Rwanda z. B. mit Dahomey[10] vergleichen, das ebenfalls ein Schwerpunktland unserer technischen Zusammenarbeit ist, so schneidet ersteres bedeutend besser ab. In Dahomey hat seit der Unabhängigkeit mindestens jedes zweite Jahr ein Staatsstreich stattgefunden. Unsere Entwicklungsprojekte sind dadurch nicht ernsthaft gefährdet worden.

---

4. *Vgl. z. B. die Notiz von R. Ulrich vom 19. Oktober 1966*, dodis.ch/31365 *und das Schreiben von R. Ulrich an S. Marcuard vom 4. Februar 1967,* CH-BAR#E2005A#1980/82#715* (t.311.002).

5. Étude de la Centralisation *von R. Gysi und A. Furrer vom 30. März 1971,* CH-BAR# E2005A#1983/18#738* (t.311.002(17)).

6. *R. Gysi.*

7. *Zur Studie über Baukosten und Konstruktionsmöglichkeiten von Lagerhallen in Kigali oder Kabgayi vgl. den Bericht von R. Gysi vom 8. März 1971, Doss. wie Anm. 5.*

8. *Für eine Übersicht über die verschiedenen Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und Ruanda vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 51,* dodis.ch/32558, *Anm. 2; Dok. 101,* dodis.ch/32839 *und die Notiz von O. Hafner vom 4. Dezember 1972,* dodis.ch/36688.

9. *Zum Konflikt zwischen Ruanda und Uganda und den schweizerischen Vermittlungsversuchen vgl. das Schreiben von H. K. Frey an E. Thalmann vom 29. Juli 1971,* dodis.ch/36722.

10. *Zu Benin vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 15 und das BR-Prot. Nr. 1780a vom 19. Oktober 1965,* dodis.ch/32071.

Wäre die Annahme nicht berechtigt, dass auch in Rwanda bei innerpolitischen Störungen unsere bestehenden Entwicklungsprojekte keinen wesentlichen Schaden leiden würden? Eine Gefahr würde unseres Erachtens dann bestehen, wenn unsere Projekte nur gerade einzelnen Regierungsmitgliedern oder einer kleinen Interessengruppe dienen würden. In diesem Falle wäre bei einem Umsturz das Fortbestehen dieser Projekte in Frage gestellt. Eine solche Annahme trifft aber auf unsere Projekte kaum zu.

Wir gehen aber mit Ihnen einig, dass in Zukunft vermehrt ein gewisses Gleichgewicht unserer Leistungen zwischen Rwanda und den ostafrikanischen Ländern (vor allem Kenia und Tansania) anzustreben ist[11]. Rwanda wird aber das hauptsächlichste Schwerpunktland in dieser Region bleiben[12]. Wie Sie wissen, hat der Bundesrat in einer Erklärung die von den Vereinten Nationen aufgestellte Strategie für das zweite Entwicklungsjahrzehnt[13] unterstützt und dabei namentlich auch die speziellen Hilfsmassnahmen erwähnt, die zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder sowie der Binnenländer ergriffen werden sollen. Ohne unsere Aktionen in Rwanda/Burundi[14] sowie auch in Tschad[15] hätte diese Erklärung wenig Glaubwürdigkeit.

In Rwanda beabsichtigen wir, uns mehr und mehr auf zwei Hauptprojekte, nämlich die Trafipro (bezw. Genossenschaftswesen) und Kibuye (bezw. die Seeregion) zu konzentrieren; das Ärzteprojekt wird bereits 1971 zu Ende gehen; der geologische Dienst und die «forge pilote» sollten in den nächsten 3–4 Jahren an Rwanda übergeben werden können und die Ausgaben für das «Collège officiel» werden nach Beendigung der Bauten beträchtlich abnehmen.

Eine gewisse Verstärkung der beiden Hauptprojekte scheint uns unter diesen Umständen gerechtfertigt. Das *Strassenprojekt* Gitarama-Kibuye sowie die Studie über das *landwirtschaftliche* Kreditwesen sind unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen, ebenso die *Regionalplanung* der drei Präfekturen am Kivusee.

Was die ersten beiden der genannten Projekte betrifft, werden wir Ihren Anregungen gerne Folge leisten und eine genaue Abklärung vornehmen, wobei eine Koordination mit der IBRD und Belgien vorzunehmen ist.

---

11. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Ostafrika vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839; *das Schreiben von H. K. Frey an S. Marcuard vom 13. November 1970,* dodis.ch/36753; *das Protokoll der Sitzung der Finanzkommission des Nationalrats von F. Bucher vom 9. September 1971,* dodis.ch/36929; *den Bericht von H. K. Frey vom 11. Oktober 1971,* dodis.ch/36908; *das Schreiben von R. Pestalozzi an P. Thévenaz vom 5. April 1972,* dodis.ch/37005; *den Politischen Bericht Nr. 6 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36755; *den Politischen Bericht Nr. 7 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 7. Juni 1972,* dodis.ch/36756 *sowie den Politischen Bericht Nr. 13 von R. Pestalozzi an P. Graber vom 15. August 1972,* dodis.ch/36757.

12. *Dies war einer der Gründe für die Eröffnung einer Botschaft in Rwanda. Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten vom 6. Januar 1970,* dodis.ch/36717 *und das BR-Prot. Nr. 1565 vom 9. September 1970,* dodis.ch/36720.

13. *Vgl. dazu Dok. 42,* dodis.ch/35252.

14. *Zu Burundi vgl. Anm. 11.*

15. *Zu Tschad vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 16.*

Der Idee einer Mitarbeit an der Regionalplanung der Kivusee-Gegend stehen Sie auch nach Ihrem Schreiben[16] vom 10. November ablehnend gegenüber. Wir sehen durchaus die Risiken eines solchen Unternehmens. Bevor wir uns aber definitiv entscheiden, möchten wir die andernorts mit Regionalplanungen bereits gemachten Erfahrungen noch näher kennen lernen, um einerseits den Nutzen solcher Vorhaben für die Entwicklung und anderseits die finanziellen Folgen etwas näher abschätzen zu können. Wir hoffen, Ihnen noch vor Jahresende in dieser Angelegenheit wieder berichten zu können.

Nach unseren Erkundigungen bei der IBRD hat diese Institution bereits einmal die Konstituierung eines *«groupe consultatif pour le Rwanda et le Burundi»* angeregt, sei aber damit bei Belgien auf kein Interesse gestossen. Wir werden diese Frage bei nächster Gelegenheit mit Belgien aufnehmen.

Was die übrigen Projekte betrifft, die während Ihres Aufenthalts in Rwanda zur Diskussion standen (Landwirtschafts- und Forstprojekt, Mehleinfuhr, Mission Rohner[17], «forge pilote»), stimmen wir Ihren Überlegungen und Vorschlägen zu. Über das noch zu verhandelnde Geologie-Abkommen haben wir Ihnen bereits separat geschrieben[18].

Schliesslich möchten wir Ihnen unsere Anerkennung und unseren Dank aussprechen für die speditive Bewältigung des grossen und anspruchsvollen Verhandlungsprogramms.

16. *Schreiben von H. K. Frey an S. Marcuard vom 10. November 1970,* CH-BAR#E2005A#1983/18#718* (t.311).
17. *Vgl. dazu Dok. 67,* dodis.ch/35689.
18. *Schreiben von O. Hafner an H. K. Frey vom 19. November 1970,* CH-BAR#E2005A#1983/18#749* (t.311.020).

47

dodis.ch/35491

Der Polizeidirektor der Stadt Bern, H. Bratschi, an den Chef des Protokolls des Politischen Departements, Ch.-A. Wetterwald[1]

Bern, 1. Dezember 1970

Im Anschluss an die vom EPD auf den 10. November 1970 einberufene Konferenz[2] zum Thema Schutzbewachungen von Botschaften ersuchten Sie den Vertreter der Sicherheits- und Kriminalpolizei der Stadt Bern um eine Zusammenstellung der bisher getroffenen Massnahmen und eine Beurteilung der künftigen Möglichkeiten für eine Verstärkung der Schutzbewachungen; namentlich stellten Sie die Frage nach permanenter Bewachung bedrohter Botschaften durch Organe der Uniformpolizei. Über den gesamten Fragenkomplex kann ich Sie wie folgt orientieren:

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E#1980/83#327* (B.22.43.0).
2. *Vgl. dazu Notiz von Ch.-A. Wetterwald vom 26. Januar 1971,* dodis.ch/36861 *sowie das Schreiben von A. Amstein an H. Arnet und K. Kessi vom 3. November 1970, Doss. wie Anm. 1.*

Seit Jahren werden je nach den politischen Ereignissen im Brennpunkt stehende ausländische diplomatische Missionen durch Zivil- oder Uniformpolizei überwacht oder sogar bewacht. So wurde beispielsweise mit der Verschlimmerung der politischen Lage im Nahen Osten im Jahre 1968 eine permanente Bewachung der israelischen Botschaft[3] angeordnet, welche nach einiger Zeit durch eine gezielte und intensive Überwachung ersetzt wurde; seither nehmen uniformierte Patrouillen bei Tag und Nacht stündlich mehr als eine Kontrolle vor. Auch die hiesigen Botschaften und teilweise die Residenzen der arabischen Länder werden je nach der politischen Situation mehr oder weniger intensiv überwacht; die Botschaft der VAR beispielsweise und auch die Residenz wurden nach den Flugzeugentführungen vom 6. September 1970[4] während einiger Wochen permanent bei Tag und Nacht durch Zivilpolizei bewacht. Auch im Zusammenhang mit befürchteten, geplanten oder stattgefundenen Demonstrationen oder bei irgendwelchen Drohungen wurden und werden intensive Überwachungen oder zeitweilig sogar permanente Bewachungen von Botschaften durchgeführt; es betraf dies in letzter Zeit vor allem die Botschaften von Griechenland, Frankreich, Guatemala, Jugoslawien, Kanada, Kuba, Polen, Spanien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Ungarn und diejenige der Vereinigten Staaten von Nordamerika[5]. Gegenwärtig sind es die Botschaften von Israel, Algerien und der VAR, die von der Uniformpolizei intensiv überwacht werden. Auch der Nachrichtendienst (Zivilpolizei) beteiligt sich an diesen Kontrollen; ausserdem besorgt er die Überwachungen von Botschaften, wie sie sich aus den täglichen politischen Geschehnissen und dem besonderen Interesse der Weltöffentlichkeit ergeben (gegenwärtig im besonderen Griechenland[6], Brasilien[7] und Portugal[8]).

Zusätzliche Sicherheitsmassnahmen zum Schutze der ausländischen Diplomatischen Missionen dürften gegenwärtig nicht in Betracht fallen, im besonderen auch nicht eine permanente Bewachung von Botschaften oder von Diplomaten. Derartige Massnahmen müssten beim Vorliegen spezieller politischer Ereignisse von Fall zu Fall – auch unter Berücksichtigung des Personalbestandes des städtischen Polizeikorps und der bescheidenen Entschädigungen durch die Eidgenossenschaft[9] – neu geprüft werden. Es sei in

---

3. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4383*.

4. *Zur Entführung einer Swissair-Maschine nach Jordanien durch die Volksfront für die Befreiung Palästinas vgl. Dok. 37,* dodis.ch/35415; *Dok 39,* dodis.ch/35419 *und Dok. 45,* dodis.ch/35434.

5. *Zu den USA vgl. das Schreiben von K. Kessi an J. Hayes vom 19. Februar 1969,* dodis.ch/35493 *und das Schreiben von E. Little an K. Kessi vom 21. März 1969,* dodis.ch/35492.

6. *Zum Schutz des griechischen diplomatischen Personals in Bern vgl. das Telegramm Nr. 24 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Athen vom 18. April 1969,* dodis.ch/33160 *und das Schreiben von E. Bourgnon an P. Micheli vom 29. April 1969,* dodis.ch/33165.

7. *Zu Brasilien vgl. das Schreiben von G. E. Bucher an P. Micheli vom 23. Januar 1970,* dodis.ch/35974.

8. *Zu Portugal vgl. Doss.* CH-BAR#E2300-01#1977/28#123* (A.21.31).

9. *Vgl. dazu das Schreiben von O. W. Christen an A. Riesen vom 7. Dezember 1970,* dodis.ch/35490 *und die Aufzeichnung des Departementssekretariats des Justiz- und Polizeidepartements vom 10. Februar 1972,* dodis.ch/36866.

diesem Zusammenhang daran erinnert, dass sich beispielsweise Entführungen von Diplomaten[10] auch im Ausland trotz des Einsatzes wesentlich grösserer Polizeikräfte, als es uns je möglich wäre, nicht verhindern liessen. Verschiedenenorts wurden deshalb den diplomatischen Vertretungen gewisse Vorkehren empfohlen, um ihre eigene Sicherheit zu erhöhen; auch beim EPD wurden diesbezügliche konkrete Vorschläge[11] ausgearbeitet. Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, dass die Bereitschaftspolizei des städtischen Polizeikorps tags und nachts ständig mit mindestens 3–4 Einsatzwagen im Stadtgebiet patrouilliert, von denen 1 Fahrzeug fast ausschliesslich mit der Überwachung der diplomatischen Missionen beauftragt ist; hinzu kommt ein für rasche Einsätze stets bereitstehendes Alarmpikett von 5 Mann. Angesichts der Funkverbindungen von der Einsatzzentrale zu allen Wagen besteht somit Gewähr, dass bei einer Bedrohung auf einen Telefonanruf (Nr. 17) hin innert weniger Minuten Hilfe gebracht werden kann.

10. *Vgl. dazu das Schreiben von G. E. Bucher an P. Graber vom 8. April 1970,* dodis.ch/35976.
11. *Vgl. dazu das Rundschreiben des Politischen Departements vom 14. Januar 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#243* (B.22.43.0).

48

dodis.ch/35760

L'ancien Chef du Département politique, M. Petitpierre, au Président de la Confédération, H.-P. Tschudi[1]

Neuchâtel, 1er décembre 1970

Le Conseil fédéral m'a fait l'honneur de me demander de le représenter à la cérémonie organisée à Paris le 12 novembre à la mémoire du Général de Gaulle, ancien Président de la République française. Le Conseil fédéral aura sans doute été renseigné sur cette cérémonie et sur la réception à l'Élysée qui l'a suivie, par le Secrétaire général du Département politique[2] qui m'accompagnait. Je tiens seulement à relever que l'accueil fait à la délégation suisse a été très amical. M. Georges Pompidou, lorsque je lui ai présenté les condoléances du Conseil fédéral et du peuple suisse, a fait allusion aux liens étroits qui unissent son pays au nôtre.

Les manifestations de Paris ont été l'occasion d'un vaste rassemblement de souverains, de chefs d'État et de gouvernement. Aussi ai-je eu le sentiment que la Suisse aurait dû être représentée par vous-même, Monsieur le Président. Vous auriez pu vous faire accompagner soit d'un ancien président de la Confédération soit d'un autre conseiller fédéral et du Secrétaire général du département politique.

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E#1980/83#2284* (B.15.81).
2. *P. Micheli.*

À ce propos, je voudrais vous rappeler que le 9 mai 1967, à la suite des obsèques de M. Konrad Adenauer, ancien chancelier de la République fédérale d'Allemagne, auxquelles je représentais déjà le Conseil fédéral[3], j'avais écrit au Président de la Confédération, M. Roger Bonvin, une lettre[4] dans laquelle je m'exprimais ainsi: «Le Conseil fédéral m'a fait l'honneur de me demander de le représenter aux obsèques de M. Konrad Adenauer, ancien Chancelier de la République fédérale d'Allemagne. J'ai accepté avec l'arrière-pensée qu'il eût été préférable que vous-même ou le Chef du Département politique représentassiez la Suisse. Après avoir participé aux cérémonies qui ont eu lieu à Bonn et à Cologne, je pense que dans une circonstance analogue, c'est-à-dire en cas de décès d'un homme d' État ayant tenu un rôle exceptionnel dans l'histoire de notre temps, aux obsèques duquel de nombreux chefs d'État et de gouvernement, venus parfois de très loin, assistent, notre pays devrait être représenté par un membre en charge du Gouvernement, de préférence par le président de la Confédération. Et cela surtout s'il s'agit d'un chef d'État ou de gouvernement d'un pays proche.»

Lorsque M. Celio m'a téléphoné au nom du Conseil fédéral le 11 novembre, je n'ai pas eu la présence d'esprit de lui rappeler cette lettre. Je n'étais d'ailleurs que partiellement renseigné sur la manière dont les autres pays se feraient représenter à la cérémonie de Notre-Dame.

Il n'y a pas de doute que le développement des communications et la facilité qu'il y a aujourd'hui de se déplacer ont profondément influencé les mœurs. Il me semble que la réserve que nous observons sur le plan international ne s'oppose pas à une certaine adaptation de notre part aux changements intervenus dans celles-ci.

J'espère que vous ne m'en voudrez pas de ces quelques remarques. Leur utilité est peut-être relative puisque les grandes personnalités qui ont marqué l'histoire au cours de ces trente dernières années ont actuellement toutes disparu, à l'exception de M. Mao Tsé-Toung, et que par conséquent la question de la représentation du Conseil fédéral aux obsèques d'un éminent homme d'État étranger ne se posera vraisemblablement plus avant longtemps[5].

---

3. *Sur la désignation de M. Petitpierre, cf. le PVCF N° 664 du 21 avril 1967,* dodis.ch/33398. *Sur la désignation de F. T. Wahlen comme représentant du Conseil fédéral aux obsèques de W. Churchill, cf. le PVCF N° 186 du 29 janvier 1965,* dodis.ch/31437.

4. *Lettre de M. Petitpierre à R. Bonvin du 9 mai 1967,* dodis.ch/33397.

5. *Pour la discussion de la lettre par le Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II du 11 décembre 1970 de la 46ème séance du 7 décembre 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *p. 5.*

49

dodis.ch/35728

Notiz des Vizedirektors des Schweizerischen Gewerbeverbands, J.-P. Bonny[1]

SAISONNIERSTATUT

[Bern,] 4. Dezember 1970

Am 3. Dezember 1970 fand bei der Unterabteilung Arbeitskraft und Auswanderung des Biga die erste Sitzung des Saisonnierausschusses unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Pedotti statt. Teilnehmer waren von Seiten der Behörden: die Herren Dr. Pedotti, W. Wälchli und Dr. G. Vieli vom Biga, Herr Dr. W. Steiner von der Eidg. Fremdenpolizei. Von Seiten des Schweizerischen Gewerbeverbandes waren zugegen: die Herren Dr. E. Bohli (Schweiz. Wirteverein), Dr. F. Noël (Schweiz. Baumeisterverband), A. Wermelinger (Schweizer Hotelier-Verein) sowie der Unterzeichnete. Es liessen sich entschuldigen die Herren M. Budliger (Schweizer Hotelier-Verein) vertreten durch Herrn Wermelinger, und J. Sordat (Fédération des syndicats patronaux).

Als *Bereich* der Arbeit des Saisonnierausschusses wurden alle im Zusammenhang mit dem Saisonnierstatut sich stellenden Probleme bezeichnet. Eine Beschränkung auf die rein technische Seite lässt sich praktisch nicht durchführen, anderseits sollen aber alle übrigen Probleme, welche über die Saisonnierfrage hinausgehen, beiseite gelassen werden. Im übrigen war die erste Sitzung vor allem darauf ausgerichtet, ein Statement aus dem Blickwinkel der vertretenen Kreise zu erstellen.

Von Seite des Biga wurde dargelegt, dass die primäre Aufgabe im organischen Abbau aller *Faux-Saisonniers* bestehen müsse. Die Anzahl dieser Faux-Saisonniers ist nicht leicht zu ermitteln. Die Schätzungen bewegen sich in der Grössenordnung von 40–50'000 Faux-Saisonniers. Die meisten dürften natürlicherweise im Bau- oder Gastgewerbe tätig sein. In der letzten Zeit mehren sich aber die Zeichen, wonach andere Branchen und Betriebe, welche eindeutig nicht saisonalen Charakter haben, versuchen, Faux-Saisonniers einzustellen.

Von Seiten der Wirtschaftsvertreter wird für die Haltung der Bundesbehörden, dass die Faux-Saisonniers auf die Dauer nicht tragbar sind, Verständnis gezeigt. Dabei werden unter den Faux-Saisonniers jene Fremdarbeiter verstanden, welche entgegen den Bestimmungen des ANAG[2] sich länger als 9 Monate pro Jahr in der Schweiz aufhalten und darüber hinaus all jene ausländischen Arbeitskräfe, welche den übrigen «Saison»-Bestimmungen im Rahmen der Fremdarbeiterplafonnierung (BRB[3]/Verfügung vom 16. März 1970[4]) nicht

1. *Notiz:* CH-BAR#E7170B#1977/67#1375* (240.610).
2. Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer *vom 26. März 1931, BS, 1, S. 121–130.*
3. *BR-Prot. Nr. 505 vom 16. März 1970,* dodis.ch/36175.
4. Verfügung des Volkswirtschaftsdepartements betreffend den Vollzug des Bundesratsbeschlusses über die Begrenzung der Zahl der erwerbstätigen Ausländer *vom 16. März 1970, AS, 1970, S. 314–318.*

entsprechen. Das Verständnis, welches für die Haltung der Bundesbehörden in diesem Punkte gezeigt wird, gründet sich auf rechtsstaatliche Überlegungen sowie auf die Tatsache, dass ein weiteres Tolerieren von Faux-Saisonniers aller Schattierungen mit der Zeit dazu führen müsste, dass das Saisonnierstatut, welches von italienischer Seite ohnehin massiv attackiert wird[5], überhaupt nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Im Biga sind ferner gewisse Tendenzen vorhanden, den Saisonnierbegriff de lege ferenda enger zu fassen (z. B. Reduktion auf höchstens 6 Monate statt auf höchstens 9 Monate gemäss ANAG). Gegen diese Tendenz werden von Seiten der Vertreter des SGV schwere Bedenken angemeldet. Auf diese Weise lässt sich das Problem der Faux-Saisonniers nicht lösen; es besteht vielmehr die Gefahr, dass infolge dieser massiven Verschärfung noch mehr Umgehungsmöglichkeiten gesucht werden. Die Beseitigung der Faux-Saisonniers hängt letzten Endes vom Durchsetzungsvermögen der Behörden ab. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, dass es zahlreiche *echte* Saisonbetriebe im Bau- und Gastgewerbe gibt, deren Saison länger als 6 Monate, aber weniger als 9 Monate dauert. Im übrigen wird die Auffassung vertreten, dass Art. 7 Abs. 2 der Verfügung vom 16. März 1970 bezüglich des Saisonbegriffes im Gastgewerbe genügt. Wenn von Seiten des Schweizerischen Wirtevereins und des Schweizer Hotelier-Vereins die Forderung auf Erhöhung des Saisonnierkontingentes erhoben wurde, so strebt man damit keineswegs eine Erhöhung von Faux-Saisonniers an. Es handelt sich hier um echte Saisonniers. Eine Erhöhung ist deshalb erforderlich, weil in zahlreichen Saisonbetrieben teilweise Ganzjahresaufenthalter angestellt waren, welche nun infolge der Gesamtplafonnierung in andere Branchen abgewandert sind. Man ist daher gezwungen, die fehlenden Ganzjahresaufenthalter durch Saisonniers zu ersetzen.

Schliesslich wird von Seiten der Delegation des SGV unterstrichen, dass echte Saisonniers auch in Zukunft für gewisse Branchen unserer Wirtschaft unbedingt erforderlich sind. Zwar zeichnet sich insbesondere im Baugewerbe die unbedingte Notwendigkeit ab, Saisonniers- in Ganzjahresbewilligungen umzuwandeln. Trotzdem wird auch das Baugewerbe – jedenfalls in den nächsten Jahren – nicht ohne Saisonniers auskommen können. Von Seiten des Baugewerbes wird ferner darauf aufmerksam gemacht, dass die vom Biga in letzter Zeit vertretene These, wonach ein Saisonnier überfremdungsmässig die gleiche, wenn nicht sogar grössere Belastung darstelle wie ein Ganzjahresaufenthalter, nicht zutreffe. Dabei wird insbesondere auf den grossen Anteil von Ledigen unter den ausländischen Saisonarbeitern hingewiesen. Im übrigen soll das Problem der Umwandlung und die damit verbundenen Auswirkungen insbesondere an der auf 21. Dezember 1970 vorgesehenen Interessentenkonferenz im SGV behandelt werden.

---

5. *Vgl. dazu Dok. 148,* dodis.ch/35593; *das BR-Prot. Nr. 2146 vom 7. Dezember 1970,* dodis.ch/36255, *S. 9–11 und die Notiz von B. Stofer vom 21. Dezember 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#3024* (B.41.11.1). *Vgl. ferner das BR-Beschlussprot. II vom 4. September 1970 der 32. Sitzung vom 2. September 1970 und das BR-Beschlussprot. II vom 30. Dezember 1970 der 49. Sitzung vom 30. Dezember 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

50

dodis.ch/35839

Notice interne de la Division du commerce du Département de l'économie publique[1]

RELATIONS ÉCONOMIQUES ENTRE LA SUISSE ET LE BRÉSIL

[Berne,] 7 décembre 1970

Les échanges commerciaux et le trafic des paiements, de même que les rapports dans les autres domaines économiques, se développent entre les deux pays à notre entière satisfaction. Depuis 1967, *le Brésil a pris la tête de nos partenaires commerciaux en Amérique latine* du point de vue de la valeur des échanges[2]. Il est devenu notre principal acheteur et notre principal vendeur: *1969: importation 118 millions de francs, exportation 248; 1970, 10 mois: 130 millions* respectivement *199*. Principaux produits d'importation: café, pierres gemmes, viande, coton, tabac, cacao. Produits d'exportation: pratiquement toute la gamme de la production suisse, à l'exception de quelques textiles. (Les machines, appareils etc. font plus de la moitié de notre exportation totale).

De 1960 à 1969 nos échanges avec le Brésil se sont accrus de 133%, ce qui équivaut à peu près au rythme de l'augmentation de notre commerce extérieur dans son ensemble pendant cette période (140%). Cette progression de 133% constitue un résultat remarquable si l'on considère que le taux afférent à nos échanges avec l'ensemble de l'Amérique latine n'a été que de 78%. Il témoigne du dynamisme exceptionnel qui anime l'économie brésilienne.

Le Brésil est revenu depuis 1965 au régime de la *liberté des échanges et aux lois du marché*. Avec la stabilisation politique et économique, la confiance est réapparue et l'inflation a été fortement réduite.

Dans de telles circonstances de libéralisme économique et de confiance, la Suisse a saisi l'occasion de prendre part au grand essor de l'économie brésilienne. Outre la participation dans le commerce extérieur, nombre de sociétés suisses élargissent leurs entreprises déjà existantes au Brésil ou en créent de nouvelles[3]. *L'interpénétration industrielle et financière suisse-brésilienne se poursuit activement*. Selon de récentes estimations, ces *investissements* pourraient atteindre approximativement 1 milliard 300 millions de francs. Toutes les principales entreprises suisses (machines, appareils, chimie, pharmaceutiques, alimentation, ciment, cuir, etc.) sont installés au Brésil[4].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E7110#1982/108#1587* (870). *Rédigée par E. H. Léchot et A. Andrey.*

2. *Sur le développement des relations commerciales entre la Suisse et le Brésil, cf. DDS, vol. 24, doc. 113,* dodis.ch/33260, *en particulier note 4 et la notice de H. Hofer à E. Brugger du 7 août 1972,* dodis.ch/35988.

3. *Cf. la lettre de W. Roch à P. A. Nussbaumer du 11 septembre 1970,* CH-BAR#2001E-01#1982/58#2050* (C.41.152.0).

4. *Cf. p. ex. pour l'industrie horlogère la notice de la Division du commerce du Département de l'économie publique du 9 septembre 1970 de la séance du 21 août 1970,* dodis.ch/35985 *et la lettre de A. Fischli à P. R. Jolles du 12 novembre 1971,* dodis.ch/35987.

Sur le plan de la *garantie contre les risques d'exportation*, le montant des affaires garanties ferme atteint environ 140 millions de francs, l'engagement de la Confédération se situant au niveau de 100 millions. Les affaires garanties en principe atteignent environ 200 millions de francs.

Un consortium de banques suisses a passé récemment, dans ce cadre, un contrat de crédit portant sur 18 millions de francs, avec la «Secretaria de Estado dos Negócios da Educação do Estado de São Paulo», pour le financement de livraisons suisses de machines et d'appareils de précision[5].

Également sur la base de la garantie contre les risques d'exportation, la Suisse – c'est-à-dire les grandes banques suisses[6] – a déjà pris ou prend part actuellement à des *opérations de financement avec la Banque mondiale* (BIRD) ou *la Banque interaméricaine de développement* (BID), pour l'exécution de projets d'érection d'usines électriques[7]. En 1967, pour le projet *d'Ilha Solteira*, la Suisse a offert une participation de 43 millions de francs, sur 13 ans (avec la BIRD). En fait, des affaires d'un montant de seulement 13 millions de francs sont revenues à des entreprises suisses. Par ailleurs, nous avons donné ce printemps l'assurance d'un autre financement analogue, sur 11 ans, de 30 à 40 millions de francs, pour le projet d'usine électrique de *Marimbondo* (avec la BIRD)[8]. Les commandes n'ont pas encore été passées.

---

5. *Cf. doss.* CH-BAR#E7110#1981/41#1625* (861.5).
6. *Crédit Suisse, Société de Banque Suisse et Union de Banques Suisses.*
7. *Cf. le PVCF N° 650 du 6 avril 1970,* dodis.ch/35984 *et la lettre de W. Roch à P. R. Jolles du 11 août 1971,* dodis.ch/35986.
8. *Cf. la notice de E. H. Léchot à H. Bühler du 31 août 1970, doss. comme note 7.*

51

dodis.ch/35840

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

Enlèvement de l'Ambassadeur Bucher[2]

[Berne,] 13 décembre 1970

1. L'*enlèvement* est survenu le 7 décembre à 08.45 heures (12.45 heures suisses)[3]. L'Ambassadeur se rendait en voiture à son bureau et a été intercepté sur la chaussée. Son garde[4] du corps, blessé par les ravisseurs, est mort le jeudi 10 décembre. Le président de la Confédération[5] a adressé un télégramme de condoléances au Président Medici[6] et le Conseiller fédéral Graber à M. Barbosa[7], Ministre des Affaires étrangères. Le Département a décidé d'octroyer 25'000 francs à la famille de cet agent.

2. Réactions du côté suisse:[8] Le Département est intervenu immédiatement auprès de l'Ambassade du Brésil à Berne et, par son Ambassade, auprès du Gouvernement brésilien pour demander que tout soit mis en œuvre pour retrouver M. Bucher sain et sauf[9]. Un groupe de travail chargé de cette affaire a été constitué au Département politique. Des permanences ont été établies

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2500#1990/6#2585* (a.21). *Rédigée par J.-M. Boillat et signée par M. Gelzer.*

2. *Sur l'enlèvement de G. E. Bucher, cf. doc. 59,* dodis.ch/35841; *le télégramme N° 123 de M. Feller au Département politique du 13 décembre 1970,* dodis.ch/35991; *la notice de M. Gelzer du 17 décembre 1970,* dodis.ch/35992; *le procès-verbal du 23 décembre 1970 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national et du Conseil des États du 17 décembre 1970,* dodis.ch/35997; *le télégramme N° 176 de M. Feller au Département politique du 28 décembre 1970,* dodis.ch/35994; *le télégramme N° 177 de M. Feller au Département politique du 29 décembre 1970,* dodis.ch/35996; *le télégramme N° 9 de M. Feller au Département politique du 7 janvier 1971,* dodis.ch/35998; *la notice de M. Gelzer du 10 janvier 1971,* dodis.ch/36001; *la circulaire* Press Digest *aux représentations suisses du 16 mars 1971,* dodis.ch/36004 *et la lettre de G. E. Bucher à E. Thalmann du 8 mai 1972,* dodis.ch/36116. *Cf. aussi le PVCF de décision II du 15 décembre 1970 de la 47ème séance du 14 décembre 1970, p. 3 et le PVCF de décision II du 30 décembre 1970 de la 49ème séance du 30 décembre 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *p. 4. Pour d'autres questions d'enlèvements de Suisses, cf. le PVCF N° 493 du 16 mars 1970,* dodis.ch/36854; *la notice de M. Gelzer à P. Graber du 9 juin 1971,* dodis.ch/36829; *la lettre de A. Schweingruber à A. Janner du 11 juin 1971,* dodis.ch/36831 *et la lettre de D. Chenaux-Repond à L. Meier du 19 juin 1972,* dodis.ch/36969.

3. *Cf. le télégramme N° 101 de l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro au Département politique du 7 décembre 1970, doss. comme note 1.*

4. *H. de Carvalho Araujo.*

5. *H.-P. Tschudi.*

6. *Note de H.-P. Tschudi à E. G. Medici du 8 décembre 1970, doss. comme note 1.*

7. *Note de P. Graber à M. G. Barboza du 8 décembre 1970, doss. comme note 1.*

8. *Suite à l'enlèvement de G. E. Bucher, P. Graber a été amené à annuler sa visite en Autriche, cf. la lettre de P. Graber à R. Kirchschläger du 18 décembre 1970,* dodis.ch/36408.

9. *Cf. le télégramme N° 133 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro du 11 décembre 1970, doss. comme note 1.*

à Berne et à Rio. Le 8 décembre, à la suite d'une recommandation de la Commission des affaires étrangères du Conseil national, M. Max Feller a été nommé chef intérimaire de l'Ambassade à Rio. M. Feller est arrivé à Rio le 9 décembre. Le 11 décembre un fonctionnaire supplémentaire venant de Berne, M. Ammann, a été attribué à l'Ambassade[10]. Le Département a eu des contacts avec plusieurs gouvernements étrangers. De hauts fonctionnaires algériens ont fait savoir spontanément à notre Ambassade à Alger qu'ils étaient prêts à user de leur influence pour obtenir la libération de M. Bucher[11]. L'Algérie serait d'autre part disposée à accueillir les prisonniers brésiliens dont la libération serait demandée en échange de celle de M. Bucher. Nos Ambassades respectives ont eu des contacts avec le «Foreign Office» et l'«Auswärtiges Amt». Ce dernier (voir télégramme de Cologne[12]) nous a fourni des indications sur le déroulement des tractations survenues entre Bonn et Rio lors de l'enlèvement de l'Ambassadeur von Holleben[13].

3. Réactions du côté brésilien: Dès le premier jour, le Chef[14] de la délégation à Rio du Ministère des Affaires étrangères assura M. Roch que le Gouvernement brésilien mettrait tout en œuvre pour obtenir la libération de M. Bucher. D'importantes forces de police commencèrent immédiatement les recherches. Des gardes supplémentaires ont été attribués à MM. Feller et Roch.

4. La situation actuelle: Les autorités brésiliennes ont reçu de nombreux messages de différentes organisations révolutionnaires qui toutes demandent la libération d'un certain nombre de prisonniers politiques. Elles posent quelques autres conditions, en particulier la publication par le Gouvernement d'un manifeste. Aucune confirmation de notre Ambassade ne nous est cependant parvenue concernant l'existence de ces conditions. Les listes de prisonniers à libérer qui ont été fournies étant différentes, des appels ont été lancés aux ravisseurs leur demandant de présenter une liste authentifiée par la signature de M. Bucher.

Au cours des entretiens qu'il a eus le 12 décembre avec l'Ambassadeur Feller (voir télégramme N° 120[15]), le Ministre des Affaires étrangères a déclaré que le Gouvernement avait décidé d'accepter les conditions des ravisseurs pour autant qu'elles ne soient pas humiliantes pour le Brésil. Le nombre des prisonniers à libérer ne jouerait pas un rôle important à cet égard. Il manque cependant toujours une liste précise.

---

10. *Cf. le télégramme N° 141 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro du 8 décembre 1970, doss. comme note 1.*

11. *Cf. le télégramme N° 128 de l'Ambassade de Suisse à Alger au Département politique du 8 décembre 1970, doss. comme note 1. Pour la suite de l'affaire, cf. la notice de H. Keller du 8 janvier 1971,* dodis.ch/35999.

12. *Télégramme N° 118 de l'Ambassade de Suisse à Cologne au Département politique du 8 décembre 1970,* dodis.ch/35990.

13. *Cf. la lettre politique N° 5 de G. E. Bucher à P. Micheli du 18 juin 1970,* CH-BAR#E2300-01#1977/28#142* (A.21.31).

14. *M. Paranhos de Rio Branco.*

15. *Télégramme N° 120 de l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro au Département politique du 13 décembre 1970, doss. comme note 1.*

Le Gouvernement brésilien est sensible aux critiques que lui adressent la presse suisse ou des particuliers comme le professeur Beck (voir télégramme N° 120). Le Ministre des Affaires étrangères a demandé formellement à M. Feller

«alles im Rahmen des Möglichen zu tun, dass gerade in jetziger delikaten Phase, in der sich Bemühungen um Befreiung Buchers befänden, negative Äusserungen in Schweiz gegen brasilianische Regierung unterbleiben. Sie wären Wasser auf Mühlen derjenigen, die Standpunkt vertreten, dass Zeitpunkt gekommen sei, sich nicht mehr länger erpressen zu lassen, da Eskalation jetzt zu weit gehe. Wenn Entführungswelle nur mit Opfern zu stoppen sei, so müssten sie eben, so bedauerlich dies sein möge, gebracht werden.»

Relevons à ce propos que M. Micheli est intervenu, le 12 décembre, auprès du sous-directeur de la SSR, M. Carl, pour demander que la télévision s'abstienne de faire état d'opinions qui pourraient vexer le Gouvernement brésilien[16].

D'après M. Feller, le Président Medici et les ministres civils, dont celui des affaires étrangères, ont emporté la décision lorsqu'il s'est agi de choisir de céder aux ravisseurs.

Selon les derniers télégrammes arrivés dimanche de Rio (voir télégrammes N^{os} 121 et 122[17]), les journaux feraient état d'une liste de 72 noms, dont celui de Jean-Marc von der Weid[18], qui serait actuellement examinée.

Jusqu'à présent, trois lettres[19] de M. Bucher sont parvenues aux autorités brésiliennes, les 8, 9 et 11 décembre. Nous ne possédons que le texte de celle du 9 décembre. Celle du 11 confirme, selon notre Ambassade, que M. Bucher est bien traité[20].

---

16. *Cf. la notice de R. Wermuth* Telephongespräch zwischen Herrn Botschafter Micheli und dem stellvertretenden Generaldirektor der SRG Herrn Carl *du 12 décembre 1970, doss. comme note 1.*

17. *Télégramme N° 121 de l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro au Département politique du 13 décembre 1970 et télégramme N° 122 de l'Ambassade de Suisse à Rio de Janeiro au Département politique du 13 décembre 1970, doss. comme note 1.*

18. *Cf. doc. 35,* dodis.ch/34536, *note 2.*

19. *Lettres de G. E. Bucher à M. Feller des 8, 9 et 11 décembre 1970, doss. comme note 1.*

20. *Sur la libération de G. E. Bucher, cf. la notice du Département politique du 16 janvier 1971,* dodis.ch/36003.

52

dodis.ch/35368

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

POLITIQUE DE COMMUNICATION[2] DU DÉPARTEMENT POLITIQUE

Berne, 23 décembre 1970

Dans sa note du 2 novembre 1970[3], le Chef du Département politique a exposé, en résumé, ce qui suit au Conseil fédéral:

1. Il est devenu important de créer et de maintenir dans l'opinion publique[4], à tous les niveaux, mais plus particulièrement à celui de la grande masse, un climat d'intérêt, d'ouverture et de compréhension pour les grands problèmes qui engagent le destin du pays et qui seront soumis au peuple souverain au cours des prochaines années.

2. À cet égard, l'information traditionnelle, quels que soient les mérites de ceux qui l'ont à charge, ne suffit plus et il devient urgent de recourir aux techniques modernes, notamment audio-visuelles, qui permettent d'atteindre la grande masse.

3. Il ne s'agit en aucun cas de faire œuvre de propagande, mais essentiellement didactique, de manière que les notions fondamentales deviennent intelligibles et familières aux citoyens au point qu'ils puissent se faire une opinion sur les grands problèmes et les trancher avec une connaissance suffisante de leurs principaux éléments.

Exemple (en matière d'intégration): Qu'est-ce que le Marché commun[5]?

---

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#768*. *Signée par P. Graber.*

2. *Sur la création de deux groupes d'études au sein du Département politique et les réactions critiques qui en résultèrent, cf. le procès-verbal du 2 avril 1971 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 17 mars 1971,* dodis.ch/35354; *le procès-verbal du 30 avril 1971 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil des États du 21 avril 1971,* dodis.ch/35367 *et le PVCF de décision II du 18 janvier 1971 de la 1ère séance du 13 janvier 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*. *Cf. aussi le procès-verbal de la réunion des spécialistes de la presse consultés sur la politique d'information en matière d'affaires étrangères du 11 octobre 1971,* dodis.ch/35369.

3. *Notice de P. Graber au Conseil fédéral du 2 novembre 1970,* dodis.ch/35352. *La notice a été discutée par le Conseil fédéral; cf. le PVCF de décision II du 5 novembre 1970 de la 41ème séance du 4 novembre 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

4. *Cf. la lettre de P. Graber à D. Margot du 26 février 1971,* dodis.ch/35353.

5. *Sur l'information de l'opinion publique en matière d'intégration européenne, cf. la notice de Ch. Eckenstein à P. R. Jolles du 5 juin 1970,* dodis.ch/36227; *la notice de G. Hentsch du 30 octobre 1970,* dodis.ch/34233; *la lettre de P. R. Jolles à K. Huber du 26 mars 1971,* dodis.ch/36228; *le procès-verbal de J. Schärli du 22 décembre 1971,* dodis.ch/36229; *la notice de Ch. Eckenstein à E. Brugger et P. R. Jolles du 21 février 1972,* dodis.ch/36222 *et la notice* Was man in der Aufklärung des Volkes über das Abkommen Schweiz-EWG nicht sagen soll *de Ch. Eckenstein du 21 mars 1972,* dodis.ch/36230. *Sur l'acccord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776. *Sur les négociations, cf. DDS, vol. 24, doc. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772; *doc. 44,* dodis.ch/35774 *et doc. 108,* dodis.ch/35775.

Qu'est-ce que l'AELE[6]? Qui en fait partie? Comment ces institutions fonctionnent-elles? Quelle importance ont-elles actuellement pour l'économie suisse? Qu'en est-il des relations universelles de l'économie suisse? Que signifie la politique de neutralité[7]? Depuis quand existe-t-elle? Pourquoi? Quelles limites impose-t-elle? etc. On aurait pu prendre pour exemple, tout aussi bien, les questions relevant de l'aide au développement[8] ou de l'approche vers l'ONU[9].

4. Pour élaborer et mettre en œuvre des programmes d'information de ce type, à l'intention plus particulièrement de la partie non intéressée politiquement du peuple, il est nécessaire de recourir aux services d'un professionnel que sa carrière a préparé à une tâche aussi vaste et aussi difficile, choisi en l'espèce dans la personne de M. Roger Nordmann.

Il semble important de préciser:

a) que les programmes élaborés, puis proposés par M. Nordmann seront naturellement étudiés, approuvés ou modifiés par les départements, divisions ou services intéressés.

b) que ces programmes devront être coordonnés avec l'information pratiquée au moyen des méthodes de communication traditionnelles, leur caractère étant complémentaire.

c) que cette action n'empiétera aucunement sur l'activité des services de presse et d'information existants[10], avec laquelle elle devra être soigneusement coordonnée.

Vu ce qui précède, le Département politique a l'honneur de

proposer:

1. Le Département politique est autorisé à passer un contrat de droit privé avec M. Roger Nordmann à Lausanne aux termes duquel ce dernier sera chargé d'élaborer des programmes de communication à la masse des éléments fondamentaux de problèmes tels que ceux de l'aide au développement, de l'intégration ou de l'ONU.

2. Ces programmes seront soumis à l'agrément préalable des divisions ou services intéressés.

3. Le contrat sera conclu pour la durée d'une année. Il pourra être prolongé. L'ordre de grandeur de la dépense sera de frs. 48'000 pour la rémunération du travail et de frs. 18'000 pour frais de bureau, les frais de déplacement et autres débours étant remboursés selon les normes de l'administration fédérale. Ces frais seront supportés par le budget du Département politique[11].

---

6. *Sur l'AELE, cf. doc. 174,* dodis.ch/34571.

7. *Cf. p. ex. DDS, vol. 23, doc. 104,* dodis.ch/31614.

8. *Sur l'information de l'opinion publique en matière de coopération au développement, cf. doc. 77,* dodis.ch/35253, *note 5.*

9. *Sur la communication du Département politique en ce qui concerne les relations de la Suisse avec l'ONU suite à l'admission de la République populaire de Chine, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.

10. *Sur la nomination de Ch. Eckenstein en tant que chargé des questions d'information en matière d'intégration, cf. le PVCF N° 1923 du 4 novembre 1970,* dodis.ch/36226.

11. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral. Cf. le PVCF N° 385A du 1er mars 1971,* dodis.ch/35368.

53

dodis.ch/35533

Der schweizerische Botschafter in Bangkok, R. Hartmann, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

NEUE THAI-AUSSENPOLITIK – ROLLE DER SCHWEIZ[2]

Streng vertraulich Bangkok, 29. Dezember 1970

Vor meiner Abreise nach Burma[3] hat mich der Vize-Aussenminister, Sanga, Bruder des Premiers[4], zu einer Besprechung gebeten. Sie ergab folgendes:

Im Zuge der Neuorientierung der Thai-Aussenpolitik ist es offenbar dem Aussenminister[5] – zurzeit in Kambodscha – und seinem Stellvertreter daran gelegen, geeignete «Freunde» ins Vertrauen zu ziehen. Die neutrale Schweiz steht hierin im Vordergrund neben Frankreich.

Sanga bat mich, dem burmesischen Staatschef[6] in mir gut scheinender Weise zu verstehen zu geben, dass Thailand die Bemühungen des ehemaligen Premiers U Nu, das gegenwärtige Regime in Rangoon zu stürzen, in keiner Weise unterstütze. Man werde in Thailand, von wo aus offenbar der Burmese zu agieren versucht, strengstens darauf achten, dass er das Asylrecht nicht missbrauche.

Sodann liess der Gesprächspartner durchblicken, dass sein Land mit Peking ins Gespräch kommen möchte. Falls ich Gelegenheit haben sollte, mit rotchinesischen Diplomaten zu sprechen, wäre dem Vize-Aussenminister ein dementsprechender vorsichtiger Hinweis meinerseits sehr willkommen. Man werde – dies ist die «neue Linie» – nicht mehr ein Land ablehnen, weil es kommunistisch sei; vielmehr lege man Gewicht auf die Unterscheidung zwischen aggressiven und friedliebenden Staaten. Vorerst werde man die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten ausbauen, insbesondere mit Jugoslawien und Polen, wobei der Handelsverkehr als verbindendes Vehikel benützt werden soll. Aber auch mit China wolle man sich baldmöglichst «an einen Tisch setzen».

Ich nahm die Anliegen des Vize-Aussenministers gerne zur Kenntnis im Bewusstsein, dass die Mittlerrolle unseres Landes gewürdigt wird, und dankte dem Gesprächspartner für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Angesichts der äusserst delikaten Problematik dieser Art Mediation verhehlte ich aber nicht, dass ich nicht als Advokat Thailands auftreten könne, hingegen in allfäl-

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E#1980/83#4005* (B.15.50.4). *Handschriftliche Marginalie:* reçu le 6. 1. 71.
2. *Zu den Beziehungen zu Thailand vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 101,* dodis.ch/32839, *Anm. 35; das Schreiben von J. Hayoz an S. Marcuard vom 2. April 1970,* dodis.ch/35606; *das Schreiben von R. Hartmann an P. Micheli vom 23. April 1970,* dodis.ch/35602 *und das Schreiben von R. Hartmann an H. Bühler vom 3. März 1971,* dodis.ch/35605.
3. *Für die Berichterstattung über Burma vgl. den Politischen Bericht Nr. 1 von R. Hartmann an P. Graber vom 11. Januar 1971,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#10* (A.21.31).
4. *Thanom Kittikachorn.*
5. *Thanat Khoman.*
6. *Ne Win.*

ligen Konversationen vielleicht doch implicite die Ideen der neuen Thai-Politik andeuten könne, einer Politik, die zur Entspannung beitragen könnte und einer realistischen Voraussicht nicht entbehrt. (Modus vivendi mit China).

Was die «message» an den burmesischen Staatschef anbelangt, wird deren Übermittlung sicherlich nicht gegen unsere aussenpolitische Linie verstossen. Hinsichtlich des «China-approach» werde ich jedoch grösste Zurückhaltung üben.

Der Vize-Aussenminister bat mich schliesslich, nach meinen Reisen nach Burma und Laos beim Aussenminister oder bei ihm vorbeizukommen, um zu berichten.

54

dodis.ch/35679

Die Aktion für Menschenrechte – Schweiz an den Chef des Departements des Innern, H.-P. Tschudi[1]

Zürich, 4. Januar 1971

Nach den Todesurteilen von Leningrad und Burgos[2] haben Sie als Bundespräsident in einer Verlautbarung in Radio, Fernsehen und Presse die Stellungnahme des Bundesrates bekanntgegeben[3]. Darin hiess es, dass der Bundesrat zwar die Gefühle des Volkes[4] teile und hoffe, dass die Appelle zur Milde ihre

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6326* (B.34.94.10). *Unterzeichnet von J. Heggli und E. Bernhard. Handschriftliche Marginalie von H.-P. Tschudi vom 10. Januar 1971:* An Bundeskanzlei. 1. Bitte Empfang bestätigen. 2. An Eidg*[enössisches]* Polit*[isches]* Dep*[artement]. Erste beigelegte handschriftiche Notiz von M. Gelzer an F. Châtelain vom 10. Januar 1971:* Bezüglich der Begründung der Nichtstellungnahme gingen die Meinungen innerhalb des Departements auseinander. Die einen waren in der Tat der Meinung, wir sollten uns dabei nicht auf die Neutralität berufen, sondern lediglich die Begründung «Nichteinmischung» anbieten. (Vgl. beiliegende Kopie) Der Dep*[artements-]*Chef anderseits verfügte, dass auf die Neutralität verwiesen werde. Vgl. Antwort auf die kleine Anfrage Hofer betr. Prozess Burgos. In unserer Antwort auf die «Aktion», die kurz sein könnte, müsste diesem letzteren Umstand wohl Rechnung getragen werden. *Zweite beigelegte handschriftliche Notiz von F. Pictet an E. Diez:* M. Châtelain nous a passé cette affaire puisqu'on en parle aussi à l'ONU. À mon avis la question posée est de savoir si la neutralité peut être invoquée, comme l'a fait le Conseil fédéral. Dans un cas de ce genre, je pense donc que c'est plutôt votre division qui serait compétente pour répondre à «l'Action». *Handschriftliche Marginalie von B. Dumont vom 2. Februar 1971:* Herrn Moser bitte besprechen. *Für die Antwort vgl. das Schreiben von E. Diez an J. Heggli vom 19. Februar 1971,* dodis.ch/36545.

2. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#3930* (B.34.94.10) *und* CH-BAR#E2001E#1980/83#2176* (B.73.0).

3. *Vgl. dazu das Schreiben von H.-P. Tschudi an P. Graber vom 29. Dezember 1970,* dodis.ch/35666.

4. *Zu Reaktionen der Schweizer Bevölkerung vgl. Dok. 82,* dodis.ch/35535, *Punkt 1 sowie die*

Wirkung nicht verfehlten, dass es aber nicht Aufgabe der Regierung eines neutralen Landes sei, zu Prozessen im Ausland Stellung zu nehmen[5].

Wir haben von dieser restriktiven Auslegung unserer Neutralität mit Bedauern Kenntnis genommen und stellen fest, dass sie weitherum Enttäuschung ausgelöst hat. Zwar sind die Todesurteile inzwischen in Gefängnis- bzw. Arbeitslagerstrafen umgewandelt worden, doch bleibt das grundsätzliche Problem bestehen.

Da es sich weder um kriegerische Konflikte noch um Interessenkonflikte von Drittstaaten handelte, stand die Neutralität der Schweiz gar nicht zur Diskussion. Ebensowenig hätte ein Appell des Bundesrates zur Begnadigung der Angeklagten als Einmischung in die Gerichtsbarkeit der betreffenden Länder ausgelegt werden können: Die Urteile waren bereits gefällt! Wenn sich daher der Bundesrat eines solchen Schrittes enthalten hat, so kommt dies praktisch einer Gesinnungsneutralität gleich, zu der ihn kein Verfassungsartikel und kein internationales Abkommen verpflichtet.

Der Bundesrat hat bezüglich eines möglichen Beitrittes der Schweiz zu den Vereinten Nationen eine positive Haltung bekundet[6]. Erfolgt ein solcher Beitritt, so müsste unser Land einen Vorbehalt bezüglich der Beteiligung an militärischen Sanktionen anbringen. Was die wirtschaftlichen Sanktionen anbelangt, die von den Vereinten Nationen beschlossen werden, so hat der Bundesrat anerkannt, dass die Schweiz bereits heute an solchen Beschlüssen nicht achtlos vorbeigehen kann, wie z. B. im Falle Rhodesiens[7]. Was schliesslich die Ziele und Satzungen der Vereinten Nationen sowie die Menschenrechtserklärungen vom 10. Dezember 1948[8] anbelangt, so ist jeder Neutralitätsvorbehalt undenkbar. Zwar sind die Menschenrechte auf internationaler Ebene, mit wenigen Ausnahmen, heute noch kein positives Recht, sondern nur moralische Verpflichtung. Um so mehr müsste aber von unserem Land erwartet werden, dass es sein moralisches Gewicht zugunsten dieser Rechte in die Waagschale wirft, ansonsten unsere Rolle in der UNO von vorneherein unglaubwürdig wäre. Gerade weil wir uns als neutrales Land in keine Abhängigkeit von Machtblöcken begeben wollen, fehlt uns für eine passive Haltung gegenüber eindeutigen Verletzungen der Menschenrechte jede Entschuldigung.

Eine neutrale Haltung des Bundesrates erscheint uns aber auch innenpolitisch verfehlt. Der Bundesrat hat selber festgestellt, dass das gesamte Schweizervolk die Urteile von Leningrad und Burgos abgelehnt und darüber Trauer und Bestürzung empfunden hat. Daraus ergibt sich aber für die mit der Führung der Aussenpolitik betraute, oberste Landesbehörde ein klarer Auftrag. Es kann nicht Aufgabe des Volkes sein, bei schweren Verletzungen der Menschenrechte die Aussenpolitik der Schweiz mit Demonstrationen

---

Notiz von P. Micheli vom 2. November 1970, dodis.ch/36539.

5. *Zu einer ähnlichen Argumentation gegen die Einmischung in inneren Angelegenheiten fremder Staaten vgl. das Schreiben von P. Dietschi an P. Imhasly vom 26. Mai 1970,* dodis.ch/35978.

6. *Zu den Beziehungen der Schweiz zur UNO vgl. Dok. 69,* dodis.ch/34284.

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 8,* dodis.ch/33239; *Dok. 160,* dodis.ch/33642 *und Dok. 171,* dodis.ch/30859; *DDS, Bd. 25, Dok. 9,* dodis.ch/35688 *und Dok. 24,* dodis.ch/35685.

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 17, Dok. 96,* dodis.ch/2708.

und Protesttelegrammen im Alleingang zu führen. Mit Recht erwartet es vom Bundesrat, der dazu mit den nötigen Befugnissen und Mitteln ausgerüstet ist, entsprechende Schritte. Jedes Abseitsstehen der obersten Landesbehörde ruft in solchen Fällen tiefe Enttäuschung hervor und leistet einer Entfremdung zwischen Volk und Behörden Vorschub. Vor allem bei der Jugend entsteht ein Gefühl der Führungslosigkeit und Verlassenheit, das die bestehende Autoritätskrise noch verstärkt. Eine profiliertere Haltung des Bundesrates gegenüber Verletzungen der Menschenrechte würde in der Öffentlichkeit gewiss Zustimmung auslösen und auch dem Ansehen unseres Landes dienen.

Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Bundesrat, diese Erwägungen als Ausdruck unserer aufrichtigen Sorge zu betrachten und den Gesamtbundesrat darüber zu informieren. Gerade weil uns an einem vertrauensvollen und ungetrübten Verhältnis zwischen Volk und Behörden gelegen ist, fühlen wir uns im vorliegenden Falle gedrängt, grundsätzliche Bedenken anzubringen. Es scheint uns nötig, dass der Neutralitätsbegriff in einem offenen Dialog zwischen Volk und Behörden geklärt und in Übereinstimmung mit den Anforderungen unserer Zeit und dem Geist der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen neu definiert wird[9].

9. *Für weitere Reaktionen in der Schweiz zu den Todesurteilen von Leningrad und Burgos vgl. das Schreiben von U. C. Reinhardt an den Bundesrat vom 29. Dezember 1970,* dodis.ch/36541 *und die Notiz von W. Altenburger vom 7. Januar 1971,* dodis.ch/36963.

55

dodis.ch/35751

Prise de position du Département politique au Conseil fédéral[1]

Ordonnance sur les fonds de placement étrangers[2]

Berne, 7 janvier 1971

Prise de position sur le rapport joint du 24 décembre 1970[3] *du DFEP*

Au point 1 de son rapport joint, le DFEP demande que la question de la base légale de l'ordonnance soit examinée plus à fond, étant donné que cette dernière réglementerait l'appel au public *en Suisse et à partir de la Suisse*, alors que l'article 1, alinéa 3 de la LF du 1er juillet 1966 sur les fonds de placement[4], sur lequel l'ordonnance est basée, ne mentionne que les fonds étrangers «faisant appel au public en *Suisse*».

1. *Prise de position:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#766*. *Rédigée par J. Faillettaz.*
2. Ordonnance sur les fonds de placements étrangers *du 13 janvier 1971, RO, 1971, pp. 145–152. Cf. aussi la lettre de P. A. Nussbaumer à F. Real du 24 juillet 1972,* dodis.ch/37134.
3. *Pour le rapport joint du Département de l'économie publique du 24 décembre, cf. le PVCF No 61 du 13 janvier 1971,* dodis.ch/35751.
4. Loi fédérale sur les fonds de placement *du 1er juillet 1966, RO, 1967, pp. 125–144.*

Nous n'entendons pas nous prononcer sur l'aspect juridique de la question, celui-ci n'étant pas de notre compétence. En revanche, nous tenons à signaler sur un plan plus général que, du point de vue de notre Département, il est très souhaitable que l'appel au public depuis la Suisse soit également réglementé, comme le prévoit le projet du DFFD. En effet, au cours de ces dernières années, des cas se sont présentés de fonds étrangers qui, faisant appel depuis notre pays à un public situé hors de nos frontières, ont essayé de se faire passer pour suisses pour des raisons évidentes (omission volontaire de l'indication du siège à l'étranger; mise en évidence de leurs quelques liens avec notre pays, etc.). Certains même de ces fonds ne prospectent que le public à l'étranger et ne disposent pas de véritables installations en Suisse. Ils se bornent à indiquer dans leur réclame une adresse dans notre pays, voire une simple case postale. Ces cas, rendus possibles par les insuffisances de notre législation, présentent non seulement des dangers pour les porteurs de parts étrangers qui ne se rendent pas compte que ces institutions ne sont pas soumises à un contrôle strict, mais risquent également de nuire à l'image de la Suisse. Comme on le sait, quelques-uns de ces fonds ont connu récemment de sérieuses difficultés et on peut craindre que l'impression défavorable qui en est résultée ne se répercute en partie sur notre propre système bancaire. En outre, en proposant souvent des profits élevés à leur clientèle, ces fonds favorisent dans certains pays une évasion de capitaux, peu appréciée des autorités.

Pour ces raisons, nous sommes d'avis qu'il est urgent de réglementer aussi l'appel au public depuis la Suisse et le projet d'ordonnance du DFFD nous paraît atteindre ce but.

56

dodis.ch/34307

Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, E. Thalmann[1]

RÉUNION DU 22 JANVIER SUR L'ENVIRONNEMENT

[Berne,] 20 janvier 1971

I. Organisation de la protection de l'environnement sur le plan fédéral

La question de savoir à quel département les problèmes de l'environnement devraient logiquement être attribués ne nous concerne pas, le nôtre étant, bien entendu, hors de cause. Cela dit et considérant le caractère «global» de l'approche des problèmes de l'environnement et leur dimension souvent mondiale, le Département politique pense que la création d'un office dont les

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1757* (o.713.84). *Rédigée et signée par H. Voirier.*

compétences seraient limitées à la lutte contre les «nuisances» (pollution de l'eau et de l'air, bruit) ne saurait constituer qu'*un premier stade*. Dès l'origine, un tel office devrait en tout cas instaurer et développer une *coordination très étroite* avec les départements principalement intéressés, notamment avec le Département politique.

II. Rôle du Département politique dans la collaboration internationale pour la protection de l'environnement

Depuis assez longtemps, le Département politique suit les initiatives internationales, chaque année plus nombreuses, pour la protection de l'environnement. Il n'est donc pas surpris de la grande portée politique que ce problème a prise récemment sur la scène mondiale.

Nos activités peuvent se définir ainsi:

1. Information

Plusieurs de nos missions diplomatiques à l'étranger et certaines missions en Suisse nous ont communiqué des renseignements sur les politiques nationales et, dans la mesure de nos moyens, nous avons diffusé ces informations auprès des administrations fédérales principalement intéressées. Inversement, avec l'aide de ces dernières administrations, le Département s'est efforcé de répondre aux demandes venues de missions accréditées en Suisse ou de nos propres représentations. Lorsqu'un nouvel organe sera créé, il conviendra d'examiner de quelle manière cet échange d'informations pourrait être complété et rationnalisé.

2. Participation aux initiatives internationales

A) Conseil de l'Europe

Le Département assure depuis des années une participation suivie de notre pays au *Comité européen pour la sauvegarde de la nature et des ressources naturelles* et à tous les organes du Conseil qui se sont consacrés à l'environnement ou à d'autres problèmes connexes (aménagement du territoire, régionalisation, action des pouvoirs locaux). Il a organisé la représentation de notre pays aux *Conférences de Strasbourg sur la conservation de la nature* (février 1970)[2] et *de Bonn sur l'aménagement du territoire* (septembre 1970)[3]. Il défend les vues suisses devant le Comité des ministres qui prépare une *conférence au niveau ministériel*[4]*; selon notre vœu, celle-ci se tiendra après* celles de Prague et de Stockholm.

B) OCDE

Associé antérieurement à l'examen des affaires traitées par le Comité de la coopération dans la recherche (aujourd'hui supprimé), notamment à celles qui touchaient à la protection de l'environnement, le Département continue

2. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#267* (o.121.320.132).
3. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#188* (o.121.222.1).
4. *Cf. le PVCF N° 1841 du 27 octobre 1971,* dodis.ch/36812.

sa collaboration dans le cadre du *Comité de l'environnement*[5]. Il a tenu à être représenté dans la délégation suisse à ce Comité et désire continuer à l'être, d'une part, parce qu'il désire avoir une vue d'ensemble des politiques intergouvernementales en matière d'environnement, d'autre part, parce qu'il croit que son concours peut être utile à la délégation.

C) Commission économique pour l'Europe (ONU)

Dans le même ordre d'idées, le Département a souhaité être associé à la préparation de la *Conférence de Prague*[6] (mai prochain). Il est ainsi représenté dans le groupe des *Conseillers gouvernementaux* chargé de cette préparation. Étant donné la dominante économique de la Conférence de Prague, la direction de la délégation suisse devrait revenir à l'Économie publique, mais le Département politique tiendra à ce qu'un poste de délégué lui soit réservé.

D) Conférence générale des Nations Unies (Stockholm, juin 1972)

Notre pays est invité à participer à cette Conférence en qualité de membre des institutions dites spécialisées des Nations Unies[7]. Jusqu'à présent, l'administration fédérale n'a pu malheureusement contribuer tangiblement aux premiers travaux d'approche[8]. Le Département sera cependant représenté par un observateur à la *deuxième réunion du comité préparatoire*, qui comprend les délégués de 27 pays membres des Nations Unies[9].

Les problèmes qui se posent actuellement sont:

a) d' apporter une première contribution même sommaire aux travaux de cette seconde session, qui se tiendra à Genève du 8 au 19 février 1971;

b) d'adresser au Secrétaire général de la Conférence, pour fin mars, une ou plusieurs *monographies*, l'une d'ordre général sur la protection de l'environnement en Suisse, une ou deux autres sur des thèmes spécifiques que notre pays serait particulièrement apte à traiter;

c) de préparer notre participation à la Conférence de Stockholm elle-même.

Quant au point c), il y a lieu de noter:

aa) des problèmes politiques importants se poseront (par exemple: divergences de vues entre pays industrialisés non communistes, pays communistes et pays en voie de développement);

bb) les travaux se répartiront probablement en trois commissions avec les thèmes suivants:

1. habitat humain;
2. ressources nécessaires à l'existence de l'homme au sein de son habitat;

---

5. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#444* (o.123.340.2).
6. *Sur la participation de la Suisse à la Conférence de Prague, cf. le PVCF N° 580 du 31 mars 1971,* dodis.ch/35037.
7. *Sur la participation de la Suisse à la Conférence de Stockholm, cf. le PVCF N° 503 du 22 mars 1972,* dodis.ch/34314 *et le PVCF N° 941 du 31 mai 1972,* dodis.ch/34315. *Sur l'incertitude initiale quant à la participation de la Suisse, cf. la lettre de R. Keller à B. Turrettini du 3 mai 1971,* dodis.ch/34311 *et la lettre de H. Voirier à R. Fässler du 13 mai 1971,* dodis.ch/34312.
8. *Cf. les lettres de H. Voirier à M. Strong des 27 et 29 janvier 1971, respectivement* dodis.ch/34309 *et* dodis.ch/34308 *et le discours de P. Graber à l'adresse de M. Strong du 27 octobre 1971,* dodis.ch/34313.
9. *Cf. la notice de Ch. Steinhäuslin du 4 février 1971,* dodis.ch/34310.

3. facteurs préjudiciables aux conditions de vie et de bien-être par leurs effets sur l'habitat et les ressources.

À ces thèmes s'ajouteront le souci:

– des aspects économiques, financiers et sociaux de l'environnement;
– des aspects éducatifs;
– des incidences institutionnelles internationales des propositions d'actions.

Le nombre des délégués ne devant pas dépasser *six* et les délégations étant invitées à comprendre dans leur sein des représentants des commissions nationales s'il en existe, des jeunes et des femmes, il est clair qu'il sera quasiment impossible à six personnes, aussi compétentes soient-elles, de dominer à elles seules l'ensemble des problèmes. Il faudra donc ou bien préparer de manière intensive notre participation, de manière que les délégués suisses soient plus ou moins prêts, en se partageant les secteurs, à répondre aux diverses exigences des débats, ou renoncer à intervenir dans certains de ces secteurs[10]. Il est prévu au demeurant que les délégations soient dirigées par un ministre. Il semble que la direction de la délégation suisse doive revenir au Chef du Département politique[11].

E. Autres collaborations internationales:

a) intergouvernementales: UNESCO[12] (l'homme et la biosphère); OMS[13] (Centre de référence pour les déchets!), OMM, OIT, FAO, Communauté économique européenne (Bruxelles), etc.

b) privées: par exemple: Union internationale pour la conservation de la nature et de ses ressources[14], Institut de la vie[15], à Paris, etc.

3. Coordination

Cette pléthore d'initiatives a créé un danger de doubles emplois, de chevauchements d'activités, qui est un souci permanent pour le Département politique. Même si le danger n'est pas toujours aussi réel qu'il peut apparaître au premier abord, le nombre des rencontres internationales sur l'environnement, leur préparation et les suites à leur donner est en soi tel qu'il impose une tâche excessive aux délégués des gouvernements, plus encore à ceux de petits pays comme le nôtre. Le Département attache donc une grande importance à la plus grande rationalisation possible de la collaboration internationale pour l'environnement; on peut y aider par une coordination accrue sur le plan fédéral, ainsi que par les efforts conjugués des délégués de tous les niveaux.

---

10. *Sur les travaux de la Conférence, cf. la notice de E. Bourgnon du 10 juillet 1972,* dodis.ch/34318; *le* Rapport de la délégation suisse sur la Conférence des Nations Unies sur l'environnement *du 14 août 1972,* dodis.ch/34454 *et la notice interne du Département politique du 8 septembre 1972,* dodis.ch/34320.

11. *C'est en fait H.-P. Tschudi qui sera chef de la délégation suisse et non P. Graber. Sur la présentation des démarches suisses en matière de protection de l'environnement à la Conférence de Stockholm, cf. doc. 141,* dodis.ch/34316.

12. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1980/85#2146* (o.734.324).

13. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1808* (o.721.302).

14. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#608* (o.191.044).

15. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#679* (o.191.201).

4. Contribution particulière de la Suisse à la protection de l'environnement

Il paraît maintenant hors de doute que des propositions seront faites à Stockholm pour aménager les organismes internationaux existants en vue de la protection de l'environnement ou en créer de nouveaux. Certains parlementaires ont poussé le Conseil fédéral à se dépenser, dans l'esprit de la Croix-Rouge, en faveur d'une nouvelle organisation pour l'environnement (interpellation Allgöwer)[16]. Le Département aura à vouer une attention particulière à l'évolution qui se dessinera à cet égard.

16. *Pour le texte de la réponse à l'interpellation, cf. la proposition de P. Graber au Conseil fédéral du 18 novembre 1970,* dodis.ch/37039. *La proposition a été acceptée sans modifications par le Conseil fédéral; cf. le PVCF N° 2014 du 25 novembre 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#764*.

57

dodis.ch/35910

Notice du délégué à la coopération technique du Département politique[1]

PRINCIPES DIRECTEURS DE LA COOPÉRATION TECHNIQUE SUISSE EN AMÉRIQUE LATINE[2]

Berne, 3 février 1971

1. Introduction

L'élaboration d'un ensemble de principes directeurs a pour but de définir les bases du programme de travail de la Coopération technique suisse en Amérique latine. Ce programme de travail repose sur les bases suivantes:

– la concentration géographique de la coopération technique
– la concentration par domaines techniques.

2. La concentration géographique

2.1 La nécessité d'une concentration

L'idée de la nécessité d'une concentration géographique de l'aide technique n'est pas nouvelle. Le message[3] du Conseil fédéral pour le crédit-cadre de 180 millions de francs du 21. 5. 69 admet que, pour éviter une dispersion et donc pour accroître l'efficacité de notre aide, «les divers projets devraient se compléter, afin que les efforts soient concentrés dans certains pays bénéficiaires».

1. *Notice:* CH-BAR#E2005#1983/18#523* (t.311). *Rédigée par P. Veglio.*
2. *Sur l'aide au développement en Amérique latine, cf. DDS, vol. 24, doc. 101,* dodis.ch/32839, *note 38 et la notice de R. Pasquier du 8 mai 1972,* dodis.ch/36932.
3. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la continuation de la coopération technique de la Suisse avec les pays en développement *du 21 mai 1969, FF, 1969, I, pp. 1337–1406.*

Dans les prochaines années, nous avons l'intention de promouvoir une concentration géographique de notre aide sur un ensemble bien déterminé de pays latino-américains.

Ces pays sont les suivants:

– Pérou[4], Équateur[5], Colombie[6], Chili[7], Bolivie[8], Paraguay[9], Costa Rica[10]

Cette décision s'explique par la nécessité de spécialiser les collaborateurs de la Centrale et les experts sur les conditions économiques, sociales et politiques d'un certain nombre de pays et de régions. En outre, elle nous permet de désigner des coordonateurs régionaux et locaux et de leur déléguer des fonctions qui ne peuvent être remplies que difficilement de Berne. Enfin, elle nous permet d'être des interlocuteurs de poids auprès des gouvernements des pays de concentration.

2.2 Critères de choix des pays de concentration

2.2.1 Le niveau de développement:

En principe, nous apportons notre aide aux pays qui en ont le plus besoin. Pour ce faire, nous nous basons sur un indicateur simple: le PNB par tête d'habitant. Nous excluons donc les pays ayant les revenus par tête d'habitant les plus élevés, tout en étant conscients du fait que cet indicateur socio-économique cache des disparités régionales et sectorielles importantes.

D'après ce critère, les pays exclus sont l'Argentine, le Mexique[11], le Brésil (sauf le Nordeste), le Venezuela, l'Uruguay, la Trinité et Tobago, la Jamaïque et la Barbade.

2.2.2 Les expériences faites dans le passé par la Coopération technique:

D'une manière générale, nous désirons renforcer notre aide aux pays avec lesquels nous avons fait des expériences concrètes positives.

---

4. *Sur l'aide au développement au Pérou, cf. le PVCF N° 455 du 9 mars 1970,* dodis.ch/36675; *la lettre de H. P. Rychen à la Croix-Rouge suisse du 17 septembre 1970,* dodis.ch/36680 *et le PVCF N° 1333 du 9 août 1972,* dodis.ch/36676.

5. *Sur l'aide au développement à l'Équateur, cf. la lettre de K. Burri à S. Marcuard du 20 mars 1970,* dodis.ch/36907; *la notice de J.-M. Boillat à P. Graber du 5 juillet 1971,* dodis.ch/36911 *et la notice de J. Forster du 14 septembre 1972,* dodis.ch/36909.

6. *Sur l'aide au développement à la Colombie, cf. la lettre de H.-U. Greiner à E. Serra du 29 novembre 1972,* dodis.ch/36875; *la lettre de G. Fonjallaz à S. Marcuard du 28 août 1970,* dodis.ch/36836 *et la notice de P. Veglio à R. Gaechter du 4 janvier 1972,* dodis.ch/36844.

7. *Sur l'aide au développement au Chili, cf. la lettre de R. Dürr à S. Marcuard du 10 septembre 1970,* dodis.ch/36534; *la notice de Th. Raeber à P. Graber du 13 mars 1972,* dodis.ch/36536 *et le PVCF N° 1401 du 16 août 1972,* dodis.ch/36538.

8. *Sur l'aide au développement à la Bolivie, cf. la notice de M. Pallmann à S. Marcuard du 8 décembre 1972,* dodis.ch/36826.

9. *Sur l'aide au développement au Paraguay, cf. la lettre de H. Kaufmann à S. Marcuard du 20 mai 1970,* dodis.ch/35954; *le PVCF N° 570 du 31 mars 1971,* dodis.ch/35955 *et la notice de S. Marcuard à la Division des affaires juridiques du Département politique du 22 octobre 1971,* dodis.ch/35956.

10. *Sur l'aide au développement au Costa Rica, cf. la proposition de projet de la Coopération technique de P. Veglio du 1er février 1971,* dodis.ch/36919; *la lettre de E. Vallotton à R. Bieri du 19 juillet 1971,* dodis.ch/36921 *et le PVCF N° 1528 du 8 septembre 1971,* dodis.ch/36918.

11. *Cf. la lettre de A. Fischli à S. Marcuard du 19 mai 1971,* dodis.ch/36574.

2.2.3 L'attitude du pays en développement:

Nous accordons notre préférence à des pays qui suivent une politique de développement raisonnable, qui entreprennent eux-mêmes des efforts suffisants et qui attachent de l'importance à entretenir de bonnes relations avec la Suisse.

2.2.4 La place de notre aide par rapport à l'aide technique globale reçue par le pays en développement:

Nous ne désirons pas concurrencer d'autres sources d'assistance technique déjà présentes dans le pays, qu'elles soient multilatérales ou bilatérales.

2.3 L'application de la concentration géographique

La notion de concentration géographique que nous proposons tient compte de la recommandation exprimée par l'Assemblée générale des Nations Unies dans la DD2 qui préconise des mesures spéciales en faveur des pays en développement les moins avancés[12]. En effet, parmi les pays de concentration, nous avons choisi surtout les pays d'Amérique latine les moins développés (ex.: PNB par tête d'habitant: Bolivie: US $ 160 (1968), Équateur: US $ 244 (1967), Paraguay: US $ 214 (1968), Pérou: US $ 365 (1965), Colombie: US $ 285 (1968), Chili: US $ 490 (1969), Costa Rica: US $ 450 (1968).

En principe, l'application de cette politique est limitée aux projets de la Confédération.

Les organisations privées qui demandent une contribution financière à la Confédération devront néanmoins être informées de notre choix pour qu'elles étudient de préférence des projets dans les pays où nous avons décidé de nous concentrer.

Des exceptions à cette politique ne devront êtres admises que si certaines conditions sont remplies:

– la Suisse a une expérience particulière dans le domaine où l'aide technique nous est demandée (ex.: secteur bancaire);
– le projet est exécuté en régie.

Si nous décidons de mettre sur pied des projets en Amérique centrale, il faudra veiller à ce qu'ils aient un rayonnement sur l'ensemble de cette région (cf. projet à San José, Costa Rica[13]).

3. Le choix des projets

3.1 La concentration par domaines techniques

Nous devons éviter une dispersion de notre aide technique sur un grand nombre de domaines.

D'une manière générale, la concentration aura lieu dans les domaines:

– où nous disposons d'un personnel suisse qualifié;
– qui occupent une place prioritaire dans l'ensemble des besoins d'un pays;

---

12. *Sur la contribution de la Suisse à la Deuxième décennie de l'ONU pour le développement, cf. doc. 42,* dodis.ch/35252 *et doc. 69,* dodis.ch/34284, *en particulier notes 5–11.*

13. *Cf. la notice de R. Probst au Service de la Coopération technique du 14 octobre 1970,* CH-BAR#E7110#1981/41#1679 (875.02).

– où notre service ou une organisation suisse spécialisée ont déjà fait une expérience positive dans un pays en développement.

Notre programme d'aide technique en Amérique latine doit se concentrer avant tout sur deux domaines qui répondent à ces critères:

– *agriculture et élevage:* amélioration des fourrages, élevage de bovins, production de viande et de produits laitiers. Le programme agricole est concentré sur le Pérou, la Bolivie et le Paraguay;
– *formation professionnelle pour l'industrie à plusieurs niveaux:* formation de main-d'œuvre qualifiée et de techniciens dans les domaines de la mécanique agricole, de la mécanique de précision, de l'électricité, de l'électronique et en collaboration avec les services nationaux d'apprentissage (INACAP, SENA, INA, etc.);

formation d'ingénieurs chimistes, mécaniciens ou électriciens, etc. dans le cadre des facultés et des instituts universitaires ou des laboratoires publics de recherche appliquée.

À part ces deux programmes principaux, nous avons trois programmes de moindre importance: tourisme et hôtellerie (uniquement au Chili[14] et en Colombie); projets forestiers; industrie: pour les projets pilotes qui ne peuvent pas être financés par des investissements d'origine privée;

3.2 Autres critères de choix

3.2.1 Les projets de la Confédération doivent être des projets d'une certaine importance (le coût total prévisible pour les différentes phases ne doit pas être inférieur à 1 million de frs.).

3.2.2 Nous ne financerons plus des projets d'organisations privées qui comportent une contribution de la Confédération inférieure à Fr. 200'000.

Les petits projets doivent être financés par d'autres sources (cantons, communes, etc.).

3.2.3 Des exceptions aux paragraphes 3.2.1 et 3.2.2 ne seront admises que si le projet en question présente un intérêt spécial (par ex. dans le cas de l'extension d'un grand projet).

Les missions préparatoires de mise au point d'un projet constituent évidemment une exception aux deux paragraphes susmentionnés.

3.2.4 Enfin, les projets devront favoriser le relèvement du niveau de l'emploi et une meilleure répartition des revenus et de la propriété (par ex. dans le domaine agricole, il ne faudrait plus mettre sur pied de nouveaux projets dans des pays qui n'ont pas entrepris une réforme agraire sérieuse).

4. La méthode de travail

4.1 La recherche de nouveaux projets

La recherche de nouveaux projets doit être faite en tenant compte des points 2 et 3 susmentionnés. Cela signifie concrètement qu'au lieu de nous contenter d'examiner des demandes de coopération technique provenant de plusieurs

14. *Cf. doc. 142,* dodis.ch/35858, *en particulier note 4.*

pays, nous prospectons dans les pays de concentration en prenant contact avec les ministères et les organisations publiques concernées pour étudier et concevoir ensemble des projets.

Nous devons mieux renseigner nos ambassades et nos coordonnateurs en Amérique latine, afin qu'ils présentent l'ensemble de nos principes directeurs aux services gouvernementaux de leurs pays de résidence et afin qu'ils participent activement à la recherche de nouveaux projets.

Les voyages du chef de groupe et de ses collaborateurs responsables des projets doivent être plus fréquents.

4.2 Projets en régie

Afin de décharger les collaborateurs des travaux administratifs et de routine liés à l'exécution d'un projet, nous devons continuer à «confier» en régie nos projets à des organisations de droit public ou à des entreprises privées.

Les projets de formation professionnelle pour l'industrie (mécaniciens agricoles, mécaniciens de précision, électriciens, etc.) et pour l'hôtellerie, les projets industriels et de recherche industrielle, ainsi que les projets universitaires doivent être exécutés en régie.

Nous pouvons ainsi nous concentrer sur la conception, la planification et le contrôle des projets.

4.3 Répartition du travail dans le groupe Amérique latine

Les projets de la Confédération sont répartis de la manière suivante:

– projets industriels et de recherche pour l'industrie: SPO *[P. Spoorenberg]*;

– projets de formation professionnelle: VO *[C. Veglio]*;

– projets agricoles: PA *[R. Pasquier]* avec le collaborateur agronome;

Les projets universitaires de ces trois catégories sont traités en étroite collaboration avec CP *[H.-Ph. Cart]*.

La répartition des projets d'organisations privées se fait en fonction de la spécialisation par domaine et géographique des collaborateurs.

Nous avons aussi adopté la spécialisation géographique suivante:

– Pérou	: PA et collaborateur agronome
– Équateur	: SPO
– Colombie	: VO
– Chili	: VO
– Bolivie	: PA et collaborateur agronome
– Paraguay	: PA et collaborateur agronome
– Costa Rica	: VO
– Brésil (Nordeste)	: SPO

Le collaborateur coordonne les projets de coopération technique concernant le pays et se documente et s'informe sur sa situation économique, sociale et politique.

En outre, il se tient au courant des progrès qui s'accomplissent dans son domaine technique.

58

dodis.ch/35754

Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat[1]

OSTHANDELSPOLITIK. AUFHEBUNG DES CLEARING MIT RUMÄNIEN

Auszug *[Bern,]* 4. Februar 1971

I. Allgemeines zum Osthandel

Der schweizerische Handel mit den Ländern Osteuropas ist anteilmässig relativ gering. Vor dem Zweiten Weltkrieg lag er zwar noch in der Grössenordnung von 9 bis 10 Prozent unseres gesamten Aussenhandels. In den ersten Nachkriegsjahren, als die osteuropäischen Länder nach dem Muster der Sowjetunion zum Staatshandel übergingen, sowie in der Periode des «Kalten Krieges» sank er jedoch auf etwa ein Fünftel dieses Anteils. Seither ist der Austausch langsam wieder auf etwa ein Drittel der Vorkriegsproportion angestiegen. In absoluten Zahlen beliefen sich unsere Importe aus den kommunistischen Staatshandelsländern Osteuropas (ohne den Sonderfall Jugoslawien) vergangenes Jahr auf rund 580 Millionen Franken und unsere Exporte auf über 900 Mio. Hinzu kommen die entsprechenden Zahlen von 115 Millionen Einfuhren bzw. 275 Mio. Ausfuhren im Handelsverkehr mit Jugoslawien. Diese generellen Werte für 1970 liegen etwa um ein Viertel über jenen von 1969 (wobei die Zunahme der Osthandelsexporte das durchschnittliche Wachstum unserer Gesamtausfuhren um mehr als das Doppelte überstieg). Das gesamte Handelsvolumen mit Osteuropa, Importe und Exporte zusammengenommen, beträgt damit, inklusive Jugoslawien, rund 1,9 Milliarden Franken.

Unsere östlichen Märkte finden also offenbar wieder zunehmendes Interesse[2]. Auch wenn keine spektakulären Erfolge zu erwarten sind und dem Osthandel aus verschiedenen Gründen sowohl der ökonomischen Struktur und des wenig diversifizierten Angebots der östlichen Wirtschaften als namentlich auch der tiefergreifenden Systemunterschiede weiterhin Grenzen gesetzt sein dürften, ist ihm doch vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen. Schon der Umstand, dass sich unsere westlichen Konkurrenten – kaum mehr durch politische Erwägungen gehemmt – intensiv um ihn bemühen, gibt Anlass, uns daraus nicht verdrängen zu lassen, uns zumindest den bisherigen Anteil zu sichern und an der sich offenbar beschleunigenden Expansion dieses ausbaufähigen Marktes angemessen teilzunehmen.

Verschiedene Initiativen und Intentionen aus jüngerer Vergangenheit weisen in diese Richtung, so die von der schweizerischen Uhrenindustrie und einigen Grossfirmen namentlich der chemischen Branche mit dem sowjetischen Staatskomitee für Wissenschaft und Technik unterzeichneten Zusammen-

1. *Antrag:* CH-BAR#E1001#1977/178#27*. *Unterzeichnet von E. Brugger.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 135,* dodis.ch/33630. *Zur Vergabe von Bankkrediten an kommunistische Länder vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32773.

arbeitsprotokolle[3], der Besuch einer Delegation dieses selben Komitees vom letzten Herbst beim Vorort[4], die Verstärkung unserer diplomatischen Handelsdienste in gewissen Ostkapitalen, aber auch die zunehmende Mitarbeit mehrerer Oststaaten im GATT, etc. Die Reise einer schweizerischen Wirtschaftsdelegation, der neben Behördevertretern vor allem auch Exponenten aus Industrie und Handel angehörten, vom letzten Herbst nach Jugoslawien[5], die anschliessenden Kontakte des zuständigen Delegierten[6] für Handelsverträge in Sofia und Prag[7], ebenso die Vorsprachen der stellvertretenden Aussenhandelsminister Ungarns[8] und Rumäniens[9] in Bern gehören in den selben Zusammenhang.

Schliesslich sprechen auch Überlegungen der Universalität unserer Handelsbeziehungen dafür, dass die neutrale Schweiz ihren Austausch mit dem Osten durch geeignete Methoden in hinreichendem Masse weiterpflegt. Bei unseren gegenwärtigen Bemühungen um eine Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften[10] haben wir stets unsern Willen bekundet, Lösungen zu finden, die unsere weltweiten Handelsbeziehungen nicht beeinträchtigen sollen. Es dürfte angezeigt erscheinen, eine entsprechende Bereitschaft auch gegenüber dem Osten erkennen zu lassen. Neben der – relativ bescheidenen – ökonomischen Tragweite des Osthandels spielen hier auch gewisse allgemeine Erwägungen mit hinein, wobei allerdings vermieden werden müsste, allfälligen Vereinbarungen wirtschaftlicher Natur einen unerwünschten politischen Unterton zu verleihen.

II. Das schweizerische Osthandelsregime; Frage des gebundenen Zahlungsverkehrs

Das Handelsregime der Schweiz ist auch im Verhältnis zum Osten traditionell liberal[11]. Während die Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gegenüber den osteuropäischen Ländern noch verschiedentlich mengenmässige Einfuhrbeschränkungen im Industriesektor aufrecht erhalten und die USA durch Kongressbeschluss ausserstande gesetzt sind, diesen Ländern die Meist-

3. *Zur Zusammenarbeit schweizerischer Industriekreise mit dem sowjetischen Staatskomitee für Wissenschaft und Technik vgl. Dok. 104,* dodis.ch/35620, *Punkte 3 und 4. Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion vgl. auch Dok. 82,* dodis.ch/35535.

4. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Rossi an P. R. Jolles vom 28. August 1970,* dodis.ch/35625.

5. *Vgl. dazu den Bericht von R. Probst vom 30. September 1970,* dodis.ch/35173.

6. *R. Probst.*

7. *Zu den Besprechungen in Sofia, vgl. Anm. 5, zu denjenigen in Prag vgl. den Bericht von R. Probst vom 10. Januar 1971,* CH-BAR#E7110#1982/108#1042* (821).

8. *Zum Besuch von J. Baczoni vgl. die Aufzeichnung von L. Roches vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/36414.

9. *Es handelt sich um den Besuch des rumänischen Aussenhandelsministers, C. Burtică. Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7001C#1982/118#1* (004.01).

10. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775.

11. *Vgl. dazu Dok. 36,* dodis.ch/35399.

begünstigung einzuräumen, kennt die Schweiz keine solchen Einfuhrkontingente und hat sie den Oststaaten seit jeher faktisch die Meistbegünstigung in Zollsachen gewährt. Diese Einstellung vermochte allerdings nicht zu verhindern, dass unsere Wirtschaft in den letzten Jahren im Osthandel verglichen mit ihren aggressiveren westlichen Konkurrenten in Rückstand geriet. Mindestens teilweise mag dies damit zusammenhängen, dass unserem freiheitlichen Regime auf dem Handelsgebiet die *Clearingpflicht im Zahlungssektor* gegenübersteht. Während die wichtigsten Industriestaaten den gebundenen Zahlungsverkehr Ende der Fünfzigerjahre beim Übergang zur allgemeinen Konvertibilität auch im Verhältnis zum Osten fallen liessen, gehören wir, mit einigen westlichen Ländern von wirtschaftlich sekundärer Bedeutung (wie Spanien, Portugal, Griechenland, der Türkei sowie teils noch Österreich und Finnland), zu den wenigen, die ihn gegenüber mehreren osteuropäischen Staaten weiterführen.

Im Verhältnis zur Sowjetunion bestand zwar seit jeher kein Clearing, mit Albanien[12] war es mangels an konkretem Interesse nicht eingeführt worden, und mit Jugoslawien, welches von allen Oststaaten auf dem Wege der Liberalisierung am weitesten fortgeschritten ist, konnte es am 1. Dezember 1969 aufgehoben werden[13]. Gestützt auf bilaterale Zahlungsabkommen ist aber der gebundene Zahlungsverkehr immer noch mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien in Kraft. Mit der Deutschen Demokratischen Republik wird zudem schweizerischerseits ein Clearing auf autonomer Basis aufrecht erhalten.

Das Clearing mit den genannten Ländern (ohne DDR) verfolgte, als es um 1950 herum in seiner gegenwärtigen Form neu festgelegt wurde, einen doppelten Zweck:

– einerseits sollten die nötigen Mittel zur *Bezahlung der schweizerischen Exporte* sichergestellt werden;
– anderseits ging es darum, durch Abspaltung von Clearingmitteln die *Abgeltung* der uns seitens der osteuropäischen Staaten geschuldeten *Nationalisierungsentschädigungen* zu gewährleisten.

Diese beiden Zwecke sind heute stark in den Hintergrund gerückt wenn nicht teils sogar gänzlich dahingefallen:

– Unser Wirtschaftsverkehr mit den Ostländern hat sich in den letzten Jahren nicht ungünstig entwickelt. Da die Handelsbilanz mit ihnen (ausgenommen Ungarn[14]) ohnehin zumeist stark aktiv ist, schiessen sie schon heute zur Überbrückung der Differenz regelmässig *freie Devisen* ein und sind damit für die Bezahlung ihrer Warenbezüge aus der Schweiz keineswegs mehr ausschliesslich auf das Clearing angewiesen.
– Was die Abtrennung der *Nationalisierungsentschädigungen* anbelangt, so ist sie nunmehr, mit der einzigen Ausnahme Polens[15], wo eine geringe

12. *Zu den Beziehungen mit Albanien vgl. Dok. 21,* dodis.ch/34480.
13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 20,* dodis.ch/32396, *bes. Anm. 6.*
14. *Zum Handelsaustausch mit Ungarn vgl. Dok. 14,* dodis.ch/35746.
15. *Zu den Verhandlungen über die Abtragung der polnischen Nationalisierungs-Restschuld vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 92,* dodis.ch/30510; *DDS, Bd. 23, Dok. 32,* dodis.ch/31318 *und DDS, Bd. 24, Dok. 139,* dodis.ch/32142.

Restschuld noch während des laufenden Semesters liquidiert werden dürfte, beendet. Das Clearing mit den osteuropäischen Staatshandelsländern hat damit stark an effektiver Bedeutung verloren und einen wesentlichen Teil seiner wirtschaftlichen Funktion eingebüsst.

Damit stellt sich die Frage, ob es nicht besser *abgebaut* würde. Die guten Erfahrungen mit Jugoslawien, wo die Aufhebung des gebundenen Zahlungsverkehrs von einem sehr starken Aufschwung des gegenseitigen Warenaustausches gefolgt war[16] (wobei freilich auch andere Elemente mit hineingespielt haben dürften), weisen in diese Richtung. Hinzu kommt, dass nun auch seitens der Oststaaten selbst in letzter Zeit immer dringender der Ruf nach einer Revision und Modernisierung unserer diversen Handels- und Zahlungsvereinbarungen ertönt, deren Abschluss im allgemeinen rund zwei Jahrzehnte zurückliegt. Dabei steht das Postulat, es sei der gebundene Zahlungsverkehr abzuschaffen, durchwegs im Vordergrund. Die von uns konsultierte Wirtschaft würde eine solche Entwicklung, die sie von den Formalitäten und Spesen des zusehends als überflüssig empfundenen Clearing entlasten würde, ihrerseits begrüssen.

Wir sind unter diesen Umständen zur Auffassung gelangt, dass nun in der Tat grundsätzlich mit den interessierten Staaten auf entsprechende Verhandlungen eingetreten werden kann[17]. Dabei sollte freilich das Clearing unserseits nicht generell aufgehoben, sondern es sollte die Lage mit jedem einzelnen Staat je nach den vorliegenden Voraussetzungen gesondert geprüft und geregelt werden.

III. Schweizerische Postulate

Zu einer sorgfältigen Prüfung besteht umso mehr Anlass, als der Abbau des Clearing im gegenseitigen Verkehr keineswegs bedeutet, es würde auch seitens unserer Ostpartner die Devisenkontrolle eingestellt. Im Rahmen ihrer Wirtschaftsverfassung, die auf staatlicher Lenkung beruht, wird die Devisenbewirtschaftung dieser Länder vielmehr weiterhin auch gegenüber der Schweiz bestehen bleiben. Nur die gegenseitige Verrechnung über das Clearing würde dahinfallen.

Wir sollten deshalb möglichst vorsorgen, dass dieser Wegfall unsere Chancen nicht beeinträchtigt. Es muss also, wie schon mit Jugoslawien, festgelegt werden, dass für die Zulassung von Zahlungen, gleichgültig welcher Art, nach Aufhebung des Clearing *keine ungünstigeren Voraussetzungen* massgebend sein dürfen als zuvor.

Ein weiteres Bemühen wird dahin gehen müssen, wo immer möglich die nötigen Vorkehren zu treffen, damit die Oststaaten der schweizerischen *Exportstruktur* Rechnung tragen und neben unseren Investititionsgütern, für die sie sich primär interessieren, auch die besonders exportempfindlichen traditionellen schweizerischen Konsumgüter bei ihren Käufen berücksichtigen.

---

16. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Jugoslawien vgl. Dok. 122,* dodis.ch/35169.

17. *Zum Stand der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen Ende 1972 vgl. Dok. 176,* dodis.ch/35755. *Vgl. auch Dok. 157,* dodis.ch/34496.

Wir werden also, wie dies teils schon bisher der Fall war, danach trachten, auf speziellen Gebieten eine gegenseitige Relation zwischen Käufen und Verkäufen (Textiljunktim, Agrarjunktim) zu vereinbaren. Ein Problem für sich, das ebenfalls Beachtung verdient, bilden im Konsumgütersektor, angesichts bestehender Abnahmeverpflichtungen und überschüssiger Rubelguthaben der meisten Oststaaten gegenüber der Sowjetunion, die Liefermöglichkeiten für Schweizeruhren.

Daneben besteht natürlich der Wunsch, dass seitens der Oststaaten, wo sich die Exportpreise der eigenen Güter oft nach ausserwirtschaftlichen Kriterien bestimmen, *vermehrte Preisdisziplin* geübt wird, um Störungen des schweizerischen Marktes durch eigentliche Dumpingpreise, namentlich im Konsumgütersektor, zu vermeiden. Auch hier werden wir Sicherungen (Einhaltung der Welthandelspreise) einzubauen versuchen.

Im übrigen beabsichtigen wir, die allenfalls abzuschliessenden Handelsabkommen möglichst nach den klassischen Regeln auszurichten. Wir kommen hinsichtlich Rumäniens noch näher darauf zurück.

IV. Wirtschaftliche Kooperation

Neben dem traditionellen Warenverkehr haben sich in den letzten Jahren mit einigen industriell weiter fortgeschrittenen Oststaaten neuzeitlichere Formen der wirtschaftlichen Beziehungen durch industrielle Kooperation auf dem Wege von Lizenz-, Lohnarbeits-, Umarbeitungsabmachungen, des vermehrten Bezugs von Halbfabrikaten, sektorieller Produktionsverlagerungen etc. entwickelt. Besonders mit Jugoslawien sind hier namhafte Resultate erzielt worden[18]. Die Oststaaten scheinen lebhaft daran interessiert, diese Kooperation zwischen schweizerischen Unternehmungen und eigenen Betrieben weiter auszudehnen, um die Industrialisierung zu fördern und gleichzeitig ihre teils noch unausgeschöpfte Arbeitskraftreserve und Produktionskapazität intensiver zu nutzen. Indessen besteht auch seitens der schweizerischen Wirtschaft eine zunehmende Neigung zu solcher Kooperation, um unseren überbeanspruchten Arbeitsmarkt, der von aussen nicht mehr weiter ergänzt werden kann, etwas zu entlasten.

Ob es allerdings nötig ist, zu diesem Zweck, zusätzlich zu den neuen Handelsabkommen, eigentliche Kooperationsverträge abzuschliessen, wie es uns die östlichen Regierungen im Geiste des staatlichen Plandenkens vorschlagen, ist eine andere Frage. Nach unserer Konzeption ist die Kooperation eine Sache der privaten Wirtschaft, in die sich der Staat mit seinen Weisungen nicht einschalten kann. Auch der uns entgegengehaltene Umstand, dass sich schon mehrere westeuropäische Länder (BRD, Italien, Frankreich, Benelux, Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland) zum Abschluss solcher Verträge mit Oststaaten bereit gefunden haben, vermag uns von unserer Auffassung nicht abzubringen. Wir werden also Kooperationsverträge zu vermeiden trachten. Sollte es sich als unumgänglich erweisen, so werden wir uns lediglich auf

18. *Vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 170,* dodis.ch/32381.

eine Einfügung einer summarischen *Kooperationsklausel*, d. h. einer blossen Bezeugung des guten Willens ohne irgendwelche materielle Tragweite, in die neuen Handelsverträge einlassen. Anderseits könnte uns eine solche Klausel als Ansatzpunkt dienen, gewisse für uns nützliche Sicherungen hinsichtlich des geistigen Eigentums (Urheberrecht, Markenschutz) einzubauen, das im Osten erst rudimentär respektiert wird.

V. Verhandlungen mit Rumänien

1. Ausgangslage

In konkreter Hinsicht am weitesten fortgeschritten sind die Dinge zurzeit mit Rumänien. Im Verlaufe der beiden letzten Jahre hatten die rumänischen Behörden, teils im Zusammenhang mit dem noch pendenten Beitrittsgesuch Rumäniens zum GATT, mehrmals den Wunsch geäussert, es seien die heute noch geltenden Wirtschaftsvereinbarungen, namentlich das Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vom 3. August 1951[19], zu «modernisieren». Dieses, ebenso das gleichzeitige Abkommen über die Entschädigung schweizerischer Interessen in Rumänien[20], war das Ergebnis langwieriger und komplexer Verhandlungen gewesen, wodurch einerseits die Grundlagen für die Wiederherstellung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gelegt und anderseits die Bereinigung der schweizerischen Ansprüche aus den Verstaatlichungs- und Konfiskationsmassnahmen der unmittelbaren Nachkriegsperiode eingeleitet worden waren. Rumänien hatte sich damals verpflichtet, zur Abgeltung der schweizerischen Forderungen aller Art eine Globalsumme von rund 49 Mio. Fr. zu leisten. Diese ist vereinbarungsgemäss bis Ende der Fünfzigerjahre vollumfänglich bezahlt worden.

Was die «Modernisierung» des Abkommens über den Waren- und Zahlungsverkehr anbelangt, schienen die rumänischen Intentionen anfänglich noch wenig eindeutig. Zur Klarstellung der beidseitigen Standpunkte fanden deshalb anfangs Juni 1970 in Bern mit einer rumänischen Expertendelegation exploratorische Gespräche statt[21]. Dabei unternahmen die rumänischen Vertreter zunächst den Versuch, die vertraglich festgelegten Clearing-Bedingungen durch Erwirkung eines Clearing-Kredits zu ihren Gunsten zu verbessern. Als wir dieses Begehren und andere Revisionswünsche als nicht mehr zeitgemäss ablehnten, entschlossen sich die rumänischen Behörden nach erneuter Prüfung, uns die Abschaffung des Clearing und den Abschluss eines den heutigen Umständen angepassten neuen Handelsabkommens, zu dem sie uns im ver-

19. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Rumänischen Volksrepublik betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr *vom 3. August 1951, AS, 1951, S. 825–840. Zu den rumänischen Vorstössen betreffend Neuverhandlung des Abkommens vgl. die Notiz von L. Roches vom März 1969,* dodis.ch/32538 *sowie das Protokoll von F. Blankart vom 30. Mai 1969 der Sitzung vom 19. April 1969,* dodis.ch/32537.

20. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Rumänischen Volksrepublik betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen in der Rumänischen Volksrepublik *vom 3. August 1951, AS, 1951, S. 829–838. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 18, Dok. 66,* dodis.ch/7238.

21. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 25. Juni 1970,* dodis.ch/36044.

gangenen Dezember einen Entwurf überreichten, vorzuschlagen. Es wurde hierauf vereinbart, in der *letzten Februarwoche 1971* darüber in Bern zwischen Regierungsdelegationen *Verhandlungen*[22] zu führen.

2. Bisherige Entwicklung des Warenaustausches und des Zahlungsverkehrs

Bevor wir auf die kommenden Verhandlungen näher eintreten, erscheint es angezeigt, einen Blick auf die bisherige Entwicklung zu werfen.

Der *Warenaustausch* zwischen der Schweiz und Rumänien war, soweit er durch die schweizerische Handelsstatistik erfasst wird, d. h. unter Ausschluss der recht umfangreichen Transitgeschäfte, seit den ersten Nachkriegsjahren vor allem durch steigende Ausfuhrüberschüsse zugunsten der Schweiz gekennzeichnet. Im Jahrzehnt von 1950 bis 1959 betrugen die Einfuhren rumänischer Waren durchschnittlich 8 Mio. Fr. und die Ausfuhren schweizerischer Güter nach Rumänien 18 Mio. Fr., was für diese Periode einen schweizerischen Gesamtexportüberschuss von 100 Mio. ergab. Im anschliessenden Jahrzehnt von 1960 bis 1969 beliefen sich die entsprechenden Durchschnittszahlen für unsere Importe auf rund 28 Mio. und die Exporte auf 62 Mio., woraus ein jährlicher schweizerischer Ausfuhrüberschuss von annähernd 34 Mio. resultierte. Im Jahre 1970 schliesslich importierte die Schweiz für rund 38 Mio. aus Rumänien, während die Exporte dorthin 113 Mio. erreichten.

Da Rumänien besonders in den letzten Jahren grosses Gewicht darauf legte, für seine stark expandierende Industrie in westlichen Staaten modernste Ausrüstungen zu kaufen, war auch die *Struktur* der schweizerischen Lieferungen sehr einseitig. Rund 70 Prozent der Exporte entfallen auf Maschinen, Apparate und Metallwaren, während die Erzeugnisse der chemischen Industrie weitere 25 Prozent ausmachen; die übrigen Sparten der schweizerischen Exportwirtschaft (Textil-, Uhren- und Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft), also der Konsumgütersektor, müssen sich in die verbleibenden 5 Prozent teilen. Umgekehrt ist auch die Zusammensetzung der rumänischen Lieferungen nach der Schweiz sehr einseitig, entfallen doch immer noch rund zwei Drittel auf Agrarpositionen, was der heutigen rumänischen Produktionsstruktur nicht mehr entspricht. Es wird rumänischerseits ganz besonderer Anstrengungen bedürfen, um den Erzeugnissen der jungen rumänischen Industrie einen angemessenen Zugang zum schweizerischen Markt zu verschaffen.

Aus dem Ungleichgewicht im Warenverkehr ergab sich für die rumänischen Devisenbehörden im Zahlungsverkehr die Notwendigkeit, durch den Einschuss von freien Mitteln in das Clearing die Finanzierung der rumänischen Importe aus der Schweiz sicherzustellen. Die rumänischen Behörden sind dieser Verpflichtung regelmässig nachgekommen oder haben durch entsprechende Vereinbarungen mit schweizerischen Grossexporteuren dafür gesorgt, dass diese – z. B. durch die Lieferung rumänischer Waren nach Drittstaaten – für die Bereitstellung der Zahlungsmittel aufkamen, so dass in der Abwicklung der Zahlungen keine Verzögerungen oder Wartefristen

22. *Zum Verlauf der Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien vgl. Dok. 167,* dodis.ch/35687, *bes. Anm. 2.*

entstanden sind. Im Jahrzehnt von 1960 bis 1969 haben die Einschüsse an freien Mitteln in das Clearing über 177 Mio. Fr. ausgemacht. Im Jahre 1970 allein wurden 65 Mio. Fr. zugeschossen.

[…][23]

23. *Der Antrag, die Handelsabteilung zu bemächtigen,* mit Rumänien Wirtschaftsverhandlungen zu führen und, unter Abschaffung des gebundenen Zahlungsverkehrs, ein neues Handelsabkommen abzuschliessen, *wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35754.

59

dodis.ch/35841

Notiz des stellvertretenden schweizerischen Botschafters in Rio de Janeiro, M. Feller[1]

ANLAGE ZUM BERICHT SONDERMISSION BRASILIEN VOM 5. FEBRUAR 1971[2].
ERFAHRUNGEN WÄHREND DER KRISENSITUATION
BEI DER ENTFÜHRUNG DES BOTSCHAFTERS BUCHER[3]

[Bern,] 5. Februar 1971

1. Das Bestehen des Krisenstabs im EPD hat sich als ausserordentlich nützlich erwiesen[4]. Es war von unschätzbarem Wert für die Botschaft, auf der andern Seite des Drahtes einen ständig ansprechbaren Gesprächspartner zu besitzen[5].

Auf der andern Seite stellt sich die Frage, ob nicht auch eine permanente, eingespielte Einsatzgruppe aufgestellt werden sollte, die innert Stunden irgendwo auf der Welt eingesetzt und je nach den örtlichen Umständen ergänzt werden könnte. Sie sollte unter der Leitung einer ebenso starken, wie anpassungsfähigen (Verständnis für die Eigenheiten und Empfindlichkeiten der Lateinamerikaner, Araber, Asiaten, usw.) Persönlichkeit stehen, die die «Civilcourage» hat

– wenn nötig rasche Entscheidungen zu treffen, ohne sich dabei zu fragen, was die Folgen für die Karriere sein könnten,
– wenn nötig eine offizielle Desavouierung im höheren Staatsinteresse durch die Zentrale in Kauf zu nehmen,
– allenfalls den Unmut der Presse zu ertragen,
– nötigenfalls unpopuläre Massnahmen zu vertreten, und die vor allem in

1. *Notiz:* CH-BAR#E2500#1990/6#2585* (a.21).
2. *Schreiben von M. Feller an E. Thalmann vom 5. Februar 1971,* dodis.ch/36000.
3. *Zur Entführung von G. E. Bucher vgl. Dok. 51,* dodis.ch/35840, *bes. Anm. 2.*
4. *Vgl. dazu das Rundschreiben von A. Janner an die schweizerischen Vertretungen vom 5. Februar 1971,* dodis.ch/36312 *sowie die Notiz von L. Meier vom 24. Juni 1971,* dodis.ch/36814.
5. *Vgl. dazu die Notiz von W. Buser an den Bundesrat vom 7. Dezember 1970, Doss. wie Anm. 1.*

kritischen Situationen die Gabe hat, mit der in den Entwicklungsländern so wichtigen Mischung von Verstand und Intuition zu arbeiten.

2. Das sofortige Einstellen jeder nicht mit der Entführung zusammenhängenden Botschaftstätigkeit erweist sich in der Krisensituation als notwendig. Es war von grossem Wert, dass auch das EPD vom Moment der Entführung an nur noch Fernschreiben schickte, die mit der Entführung zusammenhingen.

3. Die Erfahrungen aus den voraufgegangenen brasilianischen Entführungsfällen[6] und aus dem Entführungsfall des Botschafters Spreti erleichterten der Botschaft die Beurteilung der Situation.

4. Eine Krisenlage wie im Fall der Entführung stellt personell grosse Anforderungen an die Botschaft[7]. Strukturelle Unterbesetzung und Unterbesetzung infolge von Nichtauffüllen der nach Versetzungen entstandenen Lücken kann sich verheerend auswirken. Die Durchschnitts-Botschaft dürfte dem längerem Andauern der Krisensituation personell nicht gewachsen sein. Die schweizerischen Botschaften sind ohnehin gegenüber denen anderer Länder unterdotiert.

Im Lichte dieser Erfahrungen sollte geprüft werden, ob besonders kleineren Vertretungen im Krisenfalle nicht sofort Verstärkung durch Abordnung von Beamten auch aus Nachbarvertretungen mit Sprach- und Landeskenntnissen verschafft werden müsste.

5. Grosse Probleme stellt der Ansturz der Presse. Dafür müsste 1 Mann allein eingesetzt werden können. Die Befriedigung ihres Informationshungers während der unvermeidlichen Wartezeiten stellt höchste Anforderungen an das Fingerspitzengefühl der zuständigen Herren. Die Vertretungen der USA und Deutschlands sind ermächtigt, im Bedarfsfalle amtliche Mittel zur Ausgabe von Kaffee und Sandwiches an die wartenden Presseleute einzusetzen. Dies wirkt sich auf die Berichterstattung positiv aus und kann ein Pflästerchen für mangelnde Informationen sein.

Die USA-Botschaft hat sich dieser Frage in besonders vorbildlicher Weise angenommen.

6. Weitere Belastung entsteht durch den Strom der Besucher aus Gastland und Diplomatischem Corps, die ihre Sympathie bekunden wollen.

7. Bei der Zusammenstellung von Bereitschaftsdiensten muss beachtet werden, dass die Botschaft auch in der Spitze stets besetzt sein muss für eventuelle Telefongespräche mit Bern, wenn der Chef zu Gesprächen, beispielsweise mit dem Aussenminister, unterwegs ist. Weitere Mitarbeiter müssen bereit stehen, die jederzeit das Dienstgebäude verlassen können, um Hinweisen der Entführer nachzugehen (genügend Kraftwagen nötig); ein anderer Mitarbeiter muss ständig die Durchsagen am Radio verfolgen.

8. Die ununterbrochene und ungestörte Betriebsfähigkeit der Telko ist in Krisensituationen entscheidend. Das Fehlen eines technisch vorgebildeten Fernmeldebeamten bedeutete z. B. in Rio eine grosse Gefahr.

---

6. *Vgl. dazu z. B. das Telegramm Nr. 118 der schweizerischen Botschaft in Köln an das Politische Departement vom 8. Dezember 1970,* dodis.ch/35990.

7. *Vgl. dazu das Rundschreiben von L. Meier an die schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen vom 14. Januar 1971,* dodis.ch/36815.

9. Die besonderen Verbindungen der Beamten der Nachrichtendienste und der Militärattachés[8] der USA und BRD waren von grossem Wert. Sie ermöglichen politisch unbelastete und damit unbefangenere fachliche Kontakte und auf diesem Wege auch eine gewisse Einflussnahme.

10. Die Ausstattung der Botschaft mit technischen Geräten hat sich – jedenfalls für den Krisenfall – als unzureichend erwiesen[9] (z. B. eigene Telexanlage, modernste rasche Chiffriergeräte, Vorrichtung für das Mitschreiben wichtiger Telefongespräche, usw.). Eine Hilfe ist bereits das Anbringen von Mithörmuscheln an den Telefonapparaten.

11. Verschwiegenheit: In einer Krisenlage, in der viel improvisiert werden muss, erweist sich der grosse Prozentsatz der Ortskräfte als Nachteil. Es lässt sich nicht ganz vermeiden, dass vertrauliche Dinge selbst auf unteren Ebenen bekannt werden. Deshalb ist ein besonderer Hinweis auf Verschwiegenheitspflicht, gerade in einer Krisensituation, notwendig. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Presse sich gerade an Botschaftsangehörige in untern Funktionen wendet, um Informationen zu bekommen, die sie von den zuständigen Herren nicht erhalten kann.

Die Verschwiegenheit der Botschaftsangehörigen ist auch unter dem Aspekt von Bedeutung, dass die Sicherheitsbehörden des Gastland zu ihrer eigenen Entlastung gern auf undichte Stellen in der Botschaft hinweisen.

12. Für die von Entführung bedrohten Diplomaten sollte ein Code vereinbart werden, der es ihnen im Ernstfall ermöglicht, der Botschaft Hinweise zu geben. Im Falle Bucher hätte er mir damit in seinen Briefen wichtige Angaben machen können.

13. Ein befreiter Diplomat sollte sich der Presse gegenüber grösster Zurückhaltung befleissigen, dies im Interesse der Beziehungen zum Gastland und angesichts der Folgen für weitere Entführungen. Beschränkung auf zwei Pressekonferenzen (Bild und Cinéreporter, sowie allgemeine Presse) und keine Einzelinterviews, dies weder persönlich noch am Telephon[10].

---

8. *Vgl. dazu das Schreiben von G. Röhrig an M. Feller vom 8. Dezember 1970,* CH-BAR# E2200.67#1984/88#154* (213.1).

9. *Zu den Übermittlungsproblemen vgl. das Telegramm Nr. 168 der schweizerischen Botschaft in Rio de Janeiro an das Politische Departement vom 27. Dezember 1970, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Zu den Presse-Reaktionen zur Entführung G. E. Buchers vgl. das Rundschreiben* Press Digest *an die schweizerischen Vertretungen vom 16. März 1971,* dodis.ch/36004.

60

dodis.ch/35275

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

[Berne,] 8 février 1971

1. La moitié des crédits à la disposition du Conseil fédéral pour des actions d'entraide internationale[2] sont utilisés sous forme d'aide multilatérale, principalement au titre de contributions aux programmes des organisations des Nations Unies à but humanitaire: UNICEF, Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés[3], Office des Nations Unies pour les réfugiés de Palestine (UNRWA)[4] et Programme alimentaire mondial (PAM)[5].

Le solde disponible pour l'aide humanitaire bilatérale est employé presque exclusivement pour des secours d'urgence en cas de catastrophes naturelles ou de conflits armés.

2. Dans le domaine multilatéral, ce sont les organisations qui décident de l'utilisation des contributions en espèces qu'elles reçoivent des États membres. Dans le cas du PAM, les gouvernements sont en principe consultés sur la destination de leurs dons en nature, vu que ceux-ci portent une étiquette mentionnant le pays donateur. Le Département ayant été informé l'an dernier, après coup, que 24'500 tonnes de céréales offertes par la Confédération avaient été attribuées à la seule Algérie, nous avons fait savoir au PAM que nous souhaiterions que nos dons soient mieux répartis à l'avenir[6]. (Apparemment l'Administration du PAM n'avait eu à l'esprit que l'image d'une Suisse également bienveillante pour tous et n'excluant personne et en avait profité pour combler une lacune que lui imposaient les critères restrictifs d'autres donateurs.) Il n'est guère pensable que l'on pourrait songer à modifier, dans le contexte multilatéral, cette image généralement admise de la Suisse.

Sur le plan bilatéral, il est arrivé au Département de surseoir à l'exécution ou à la reconduction d'opérations d'entraide secondaires en raison d'un contentieux non liquidé entre le pays bénéficiaire et le nôtre (par exemple au Maroc[7]). En revanche, lorsqu'il s'agit de secours d'urgence ou d'une assistance alimentaire ou médicale nécessaire, nous estimons que le mobile de solidarité qui est à la base de l'action humanitaire doit l'emporter. Agir différemment conduirait à faire supporter à d'innocentes victimes des fautes dont elles ne peuvent être tenues pour responsables. C'est ainsi qu'en dépit de mesures du

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#743* (o.221). *Rédigée par D. Werner.*
2. *Cf. le rapport* Contributions de la Confédération suisse aux œuvres d'entraide internationale de 1961 à 1969 *de M.-L. Gougain du 14 août 1970,* dodis.ch/35274.
3. *Sur la contribution suisse au HCR pour des programmes au Soudan, cf. la lettre de R. Keller à H. Béglé du 21 juillet 1972,* dodis.ch/36915.
4. *Sur les contributions de la Suisse à l'UNRWA, cf. doc. 12,* dodis.ch/35468, *note 12.*
5. *Sur l'aide alimentaire de la Suisse, cf. le PVCF N° 1567 du 9 septembre 1970,* dodis.ch/35273.
6. *Cf. la notice de W. Alder à E. Thalmann du 12 février 1970,* CH-BAR#E2003A#1984/84#895* (o.223.212).
7. *Cf. doc. 5,* dodis.ch/35831.

Gouvernement péruvien qui venaient de frapper durement nos compatriotes au Pérou à la veille du séisme du printemps dernier, nous n'avons pas hésité à offrir quand même et parmi les premiers, une aide substantielle (½ million) en faveur des sinistrés de la catastrophe. (Le Pérou est le seul pays d'Amérique latine où une action d'entraide humanitaire de la Confédération soit actuellement en cours[8].) Quant aux pays arabes du Proche-Orient, nous avons le sentiment que ce n'est pas une suspension éventuelle de notre aide qui améliorerait nos relations avec ces pays[9], mais qu'il serait au contraire souhaitable de renforcer cette aide: l'image de la Suisse impartiale et charitable devrait pouvoir s'imposer dans ces pays, même si l'impartialité et la charité ne sont pas précisément les messages que leurs gouvernements répandent.

3. Dans le cas de la Jordanie (Zerka), l'aide humanitaire de la Confédération[10] s'est exercée principalement à travers le CICR. Lorsque l'action du CICR est en jeu, la Confédération ne peut oublier que les cadres de l'Institution sont suisses. Des mesures de rétorsion qui auraient pour objet une suspension d'aide humanitaire seraient non seulement préjudiciables aux victimes de la catastrophe, mais risqueraient de mettre en péril la mission du CICR.

En *conclusion*, nous ne pensons pas que des mesures de rétorsion devraient être envisagées dans le domaine de l'aide humanitaire en relation avec une situation politique donnée[11].

---

8. *Pour l'entraide humanitaire au Pérou, cf. la lettre de H. P. Rychen à la Croix-Rouge suisse du 17 septembre 1970,* dodis.ch/36680 *et la notice de Th. Raeber à R. Pestalozzi du 15 juin 1970,* CH-BAR#E2005A#1983/18#688* (t.311).

9. *Sur les conséquences des attentats des mouvements de libération palestiniens sur les relations entre les pays arabes et la Suisse, cf. DDS, vol. 24, doc. 130,* dodis.ch/33710; *doc. 173,* dodis.ch/33275 *et DDS, vol. 25, doc. 11,* dodis.ch/35442; *doc. 12,* dodis.ch/35468 *et doc. 45,* dodis.ch/35434.

10. *Sur la contribution aux actions du CICR et de la Croix-Rouge suisse dans la guerre civile jordanienne, cf. le PVCF N° 1716 du 5 octobre 1970,* dodis.ch/36561 *et doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#901* (o.223.218).

11. *Sur la même question concernant la coopération au développement, cf. DDS, vol. 24, doc. 18,* dodis.ch/32864.

61

dodis.ch/35212

Protokoll der Sitzung der Kommission des Ständerats vom 25. Februar 1971[1]

VORBERATUNG DER BOTSCHAFT[2] DES BUNDESRATES AN DIE BUNDESVERSAMMLUNG ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES ÜBEREINKOMMENS ZUR GEGENSEITIGEN ANERKENNUNG VON INSPEKTIONEN BETREFFEND DIE HERSTELLUNG PHARMAZEUTISCHER PRODUKTE (10724)

Auszug Vertraulich

Herr Bundesrat Brugger: Das internationale Übereinkommen[3], das Gegenstand Ihrer heutigen Beratungen ist, behandelt eine äusserst komplexe technische Materie. Sie werden mir deshalb nicht verargen, wenn ich in meinem Einführungsreferat nicht auf Einzelheiten eingehe, sondern diese Aufgabe den Herren Dr. Bertschinger vom Eidg. Gesundheitsamt und Direktor Fischer von der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel[4] überlasse. Sie waren beide Mitglied der schweizerischen Verhandlungsdelegation und sind somit bestens mit der Materie vertraut.

Ich möchte mich meinerseits damit begnügen, den Zusammenhang aufzuzeigen zwischen dem vorliegenden Übereinkommen und den heutigen internationalen Bestrebungen zur Beseitigung der sogenannten nichttarifarischen Handelshemmnisse. Im weiteren werde ich einige mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheinende wirtschaftliche und politische Aspekte erörtern.

Seit 10 Jahren sind wir in der westlichen Welt Zeugen einer regelrechten zollpolitischen Demobilmachung. So erfreulich diese Entwicklung auch ist, hat sie doch zur Feststellung geführt, dass eine Liberalisierung, die sich auf die Beseitigung der direkten Handelsschranken, d. h. der Zölle und der Kontingente, beschränkt, nicht genügt, um die Freiheit des internationalen Handels zu gewährleisten. Der freie Warenverkehr über die Grenzen wird nämlich durch

---

1. *Protokoll:* CH-BAR#E7113A#1985/107#276* (764.6.6). *Verfasst von Ph. Lévy, J.-P. Maetzler und W. Rossier. Vorsitz: W. Wenk. Anwesende Kommissionsmitglieder: J. Dillier, K. Graf, P. Torche und E. Wipfli. Entschuldigt: A. Borel und J.-P. Pradervand. Weitere Teilnehmer: E. Brugger, P. Fischer, J.-P. Bertschinger und Ph. Lévy. Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr.*
2. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung des Übereinkommens zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend die Herstellung pharmazeutischer Produkte *vom 28. Oktober 1970, BBl, 1970, II, S. 1217–1235.*
3. *Zum* EFTA-Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Fabrikinspektionen bei der Herstellung pharmazeutischer Produkte *vgl. das Rundschreiben von E. Brugger vom 30. April 1970,* dodis.ch/35214; *das BR-Prot. Nr. 1544 vom 2. September 1970,* dodis.ch/35219 *sowie das BR-Prot. Nr. 878 vom 17. Mai 1972,* dodis.ch/35216.
4. *Zur interkantonalen Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 26,* dodis.ch/32619; *das Schreiben von G. Hoby an den Bundesrat vom 8. Juni 1971,* dodis.ch/35221; *das BR-Prot. Nr. 2248 vom 23. Dezember 1971,* dodis.ch/35220 *und das Schreiben von P. Languetin an A. Blaser vom 21. September 1972,* dodis.ch/35218.

eine Grosszahl schwer definierbarer Massnahmen, die man heute unter dem Begriff der nichttarifarischen Handelshemmnisse[5] subsummiert, behindert. Manche Hindernisse dieser Art sind zwar schon vor Jahren aufgestellt worden, aber erst in letzter Zeit ist man sich ihrer restriktiven Wirkung bewusst geworden, als die direkten Handelsschranken ihrerseits ihre Wirksamkeit eingebüsst haben. Viele dieser Hemmnisse sind indessen erst vor kurzem geschaffen worden, nachdem gewisse Regierungen sie als willkommenes Arsenal für den Schutz der einheimischen Produktion gegenüber der ausländischen Konkurrenz entdeckt haben. Es wäre jedoch verfehlt, diese Massnahmen in Bausch und Bogen als Instrumente des Protektionismus zu verdammen. Die zunehmende Technizität der Produkte einerseits und die ernst zu nehmenden Forderungen der industriellen Rationalisierung sowie des Schutzes des Menschen und seiner Umwelt andererseits stellen durchaus berechtigte Gründe dar für die Einführung entsprechender technischer Vorschriften.

Somit kann es in den meisten Fällen international nicht darum gehen, diese Kontrollmassnahmen einfach zu beseitigen, sondern lediglich zu verhindern, dass sie wegen ihrer nationalen Unterschiede zu einer Behinderung des internationalen Warenverkehrs werden. Die zuständigen internationalen Wirtschaftsorganisationen haben auf verschiedene Art und Weise versucht, diesem Problem zu Leibe zu rücken. Das GATT[6] ist zurzeit bemüht, globale Verhandlungen über die nichttarifarischen Handelshemmnisse in Gang zu bringen, was angesichts der Komplexität der Materie mit grossen Schwierigkeiten verbunden ist. Andere Organisationen wie die EWG und die EFTA gehen selektiv vor: die Europäischen Gemeinschaften versuchen, einzelne nationale Bestimmungen zu harmonisieren, d. h. eine einheitliche EWG-Regelung aufzustellen. Die EFTA hingegen begnügt sich mit der Koordinierung der nationalen Verfahren, indem z. B. die nationalen Prüfungsverfahren gegenseitig anerkannt werden.

Das Ihnen heute unterbreitete Pharmaabkommen, das zwischen den EFTA-Staaten im letzten Herbst abgeschlossen worden ist, verfolgt eben dieses Ziel der Beseitigung möglicher Handelshemmnisse, die durch administrative Umtriebe verursacht werden. Es kommt nicht von ungefähr, dass gerade der Sektor der Pharmazeutika Gegenstand eines ersten solchen internationalen Abkommens geworden ist. Die EFTA vereinigt einige der bedeutendsten Produzenten von Arzneimitteln der Welt, und diese Produkte unterliegen einer immer strengeren staatlichen Kontrolle der nationalen Gesundheitsbehörden.

Grundsätzlich schränkt das neue Übereinkommen weder die Freiheit des Produzenten, noch diejenige der nationalen Gesundheitsbehörden ein. Letztere sind gezwungen, auf ihrem Inlandmarkt Pharmazeutika zuzulassen, wenn sie nicht überzeugt sind, dass die Informationen, die sie von den Kontrollorganen des Exportlandes erhalten haben, genügen, d. h. dass die Bedingungen ihrer eigenen nationalen Gesetzgebung eingehalten worden sind. Für den Produzenten besteht keine Auskunftspflicht gegenüber dem Ausland. Scheint ihm eine Auskunftserteilung aus Geheimhaltungsgründen nicht opportun, so kann

---

5. *Vgl. dazu Dok. 65,* dodis.ch/35596, *Anm. 5.*
6. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 65,* dodis.ch/35596 *sowie Dok. 103,* dodis.ch/35597, *bes. Anm. 2.*

der Produzent seine Zustimmung zur Weiterleitung von Auskünften über seinen Betrieb oder über ein von ihm hergestelltes Produkt an eine ausländische Behörde verweigern. Der Produzent wird jedoch bei Verweigerung der Zustimmung zur Weiterleitung von Auskünften in Kauf nehmen müssen, dass ihm der Zugang zum fremden Markt gegebenenfalls verweigert werden kann. Bisher ist unsere pharmazeutische Industrie lediglich in ihren Exporten nach den Vereinigten Staaten[7] und Grossbritannien[8] auf Schwierigkeiten gestossen. Die zu erwartende Verstärkung der Kontrollbestimmungen aus Gründen der öffentlichen Gesundheit dürfte in Zukunft zu einer starken Vermehrung der Fälle führen, in denen ausländische Staaten verlangen werden, durch eigene Inspektoren die Herstellungsbetriebe kontrollieren zu können. Vom technischen Standpunkt aus ist ein solcher Wunsch verständlich, da die Zusammensetzung der modernen Pharmazeutika im Stadium des Endproduktes oft nicht mehr festgestellt werden kann, so dass eine Fabrikinspektion unumgänglich wird. Verlangt aber jedes Einfuhrland eine Fabrikinspektion durch eigene Beamte, so ist der Produzent einer bedeutenden finanziellen und administrativen Mehrbelastung ausgesetzt. Dazu kommt, dass in unserem Land prinzipiell jede Tätigkeit ausländischer Beamter auf dem schweizerischen Territorium untersagt ist[9].

Diese Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, welch eminentes wirtschaftliches Interesse unser Land, dessen Pharmaindustrie so stark auslandorientiert ist, an einer internationalen Vereinbarung hat, die erlaubt, die Inspektionen der schweizerischen Betriebe durch schweizerische Beauftragte ausführen zu lassen.

Schweden, Norwegen, Dänemark, Island und Finnland haben das Übereinkommen bereits ratifiziert[10], so dass das Übereinkommen gemäss Art. 9 nun nach 90 Tagen in Kraft treten kann.

Abschliessend möchte ich noch auf den offenen Charakter des vorliegenden Übereinkommens hinweisen. Praktische Gründe haben dazu geführt, dass diese Konvention im Rahmen der EFTA ausgearbeitet und von den EFTA-Staaten unterzeichnet worden ist. Jedes andere Land, das intern ein Inspektionssystem anwendet, das dem der EFTA-Staaten vergleichbar ist, kann jedoch eingeladen werden, dem Übereinkommen beizutreten. Es ist unsere feste Absicht, dahin zu wirken, dass baldmöglichst andere Industriestaaten, die für uns als Absatzmärkte von Bedeutung sind, wie z. B. die EWG und die Vereinigten Staaten, dem Vertrag beitreten[11]. Entsprechende Sondierungen sind bereits im Gange.

---

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 172,* dodis.ch/18878 *sowie DDS, Bd. 24, Dok. 66,* dodis.ch/32685.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 87,* dodis.ch/31434; *DDS, Bd. 24, Dok. 119,* dodis.ch/32506; *die Aufzeichnung von R. Gaechter vom 9. März 1970,* dodis.ch/35222; *den Bericht von G. Hentsch an A. Weitnauer vom 22. Mai 1970,* dodis.ch/35223 *und die Notiz von P. Languetin an A. Weitnauer vom 1. September 1970,* dodis.ch/35224.
9. *Vgl. dazu Dok. 83,* dodis.ch/35204.
10. *Zur Ratifizierung durch die Schweiz vgl. die Notiz von S. Arioli an P. Languetin vom 15. Juni 1970,* dodis.ch/35215; *die Notiz von W. Rossier an P. Languetin vom 11. Februar 1972,* dodis.ch/35217 *und das BR-Prot. Nr. 2278 vom 11. Dezember 1972,* dodis.ch/35213.
11. *Vgl. dazu die Notiz von C. Sommaruga an P. Languetin vom 22. September 1971, Doss. wie Anm. 1.*

Der offene Charakter des Übereinkommens bringt es auch mit sich, dass es in keiner Weise unsere zukünftigen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften tangiert[12], welcher Natur sie auch sein mögen. Da es sich nicht auf das Übereinkommen von Stockholm[13] stützt, wird es weiter bestehen, was auch das Schicksal der EFTA[14] sei.

Nachdem das Übereinkommen auf ein Jahr kündbar ist, untersteht es nicht dem fakultativen Referendum.

Das vorliegende Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend die Herstellung pharmazeutischer Produkte, das Ihnen der Bundesrat zur Annahme empfiehlt, erfüllt somit einen doppelten Zweck: einerseits liegt es im Interesse unserer Exportindustrie und wahrt gleichzeitig die Freiheit unserer Kontrollbehörden und die Geheimhaltung der Forschung und die übrigen Interessen der Produzenten; andererseits kann es als Beispiel für eine liberale Lösung des Problems der nichttarifarischen Handelshemmnisse dienen, ohne jedoch die integrationspolitische Zukunft irgendwie zu präjudizieren.

[...][15]

---

12. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776. *Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775.

13. *Vgl. dazu DDS, Bd. 21, Dok. 47,* dodis.ch/15943 *und Dok. 58,* dodis.ch/15944, *bes. Anm. 3.*

14. *Zur Frage der Zukunft der EFTA vgl. Dok. 174,* dodis.ch/34571, *Anm. 9.*

15. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35212.

62

dodis.ch/37053

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 8. Sitzung vom 1. März 1971[1]

Auszug *[Bern,]* 3. März 1971

I. Aussprachen

1. Weiteres Vorgehen i. S. Menschenrechtskonvention[2]

Diskussionsgrundlage ist ein Exposé[3], welches das EPD zuhanden der Sitzung mit den Partei- und Fraktionspräsidenten erarbeitet hat. Es stellt sich die Frage, ob diese Konvention nun unterzeichnet werden soll, nachdem einer der gewichtigsten Vorbehalte – das Fehlen des Frauenstimmrechts[4] in der Schweiz – entfallen ist. In der Aussprache verweist Herr von Moos darauf, dass in den parlamentarischen Diskussionen neben dem Frauenstimmrecht die Ausnahmeartikel der Bundesverfassung[5] in gleich hohem Mass als Stein des Anstosses charakterisiert wurden, so dass keineswegs sicher ist, ob sich die Einstellung der Opponenten nach dem Wegfall nur eines der beiden elementaren Vorbehalte geändert hat. Es wäre deshalb angezeigt, nun alle Anstrengungen auf die möglichst rasche Beseitigung der Ausnahmeartikel zu konzentrieren. Der Rat nimmt davon Kenntnis, ohne auf die Divergenz näher einzutreten, da die Unterlage des EPD ja lediglich als Dokumentation für die Aussprache in der Konferenz der Partei- und Fraktionspräsidenten[6] gedacht ist, deren Stellungnahme[7] nun zunächst abgewartet werden soll.

[...][8]

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#14*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Zur europäischen Menschenrechtskonvention vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 118,* dodis.ch/31459, *Anm. 6; DDS, Bd. 24, Dok. 69,* dodis.ch/32480, *Anm. 17; Dok. 111,* dodis.ch/32600, *Anm. 4; DDS, Bd. 25, Dok. 6,* dodis.ch/35520; *Dok. 13,* dodis.ch/35631; *Dok. 178,* dodis.ch/35765; *die Notiz von E. Diez vom 14. Mai 1971,* dodis.ch/36797; *das BR-Prot. Nr. 1615 vom 20. September 1971,* dodis.ch/36799; *das BR-Prot Nr. 324 vom 23. Februar 1972,* dodis.ch/36805; *das Protokoll der Kommission des Nationalrats vom 19. Juli 1972,* dodis.ch/36806; *die Notiz von E. Diez vom 27. September 1972,* dodis.ch/36807 *sowie das BR-Prot. Nr. 2359 vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/36808.
3. *Bericht des Politischen Departements an den Bundesrat vom 25. Februar 1971 für die Bundesratssitzung vom 1. März 1971,* CH-BAR#E2003A#1984/84#244* (o.121.314.11).
4. *Zum Frauenstimmrecht in der Schweiz vgl. die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T881.
5. *Zu den Ausnahmeartikeln in der Bundesverfassung vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 141,* dodis.ch/31820, *bes. Anm. 8.*
6. *Die Aussprache der Parteien fand am 8. März 1971 statt. Vgl. dazu die Notiz des Politischen Departements vom 25. Februar 1971, Doss. wie Anm. 3.*
7. *Vgl. dazu z. B. die Notizen von E. Diez vom 14. Mai 1971 und vom 24. Juni 1971, Doss. wie Anm 3.*
8. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/37053.

63

dodis.ch/35681

Notiz des Vorstehers des Justiz- und Polizeidepartements, L. von Moos[1]

[Bern,] 4. März 1971

In der Sitzung des Bundesrates vom 1. März 1971[2] erstattete der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen einer schweizerischen Delegation mit den spanischen Arbeitsmarktbehörden betreffend die Einwanderung spanischer Arbeitskräfte in die Schweiz[3]. Dabei teilte Herr Bundesrat Brugger dem Bundesrat mit, nach den von unserer Delegation in Spanien erhaltenen Mitteilungen würden die spanischen Einwanderer in die Schweiz bei ihrer jeweiligen Ankunft in der Morgenfrühe im Bahnhof Genf auf dem Perron sofort von kommunistischen Agitatoren unter irgendwelchen Vorwänden angepeilt[4]. Die spanischen Einwanderer, hungrig und frierend, nähmen offenbar diese «Betreuung» gerne entgegen und würden damit von der ersten Stunde an der kommunistischen Beeinflussung ausgesetzt. Das Volkswirtschaftsdepartement will nun mit dem eidg. Gesundheitsamt prüfen, was geschehen könnte, um den spanischen Einwanderern eine bessere Aufnahme zu bereiten, da angeblich die Notwendigkeit der sanitarischen Grenzkontrolle[5] solche unerwünschte Kontakte erleichtert.

Müsste sich hier nicht auch die Bundesanwaltschaft einschalten und, sofern sie von derartigen Praktiken von der einen oder andern Seite Kenntnis hat, entsprechende Schritte unternehmen und den Departementschef orientieren[6]?

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E4001D#1976/136#99* (005.10.01). *Kopien an die Bundesanwaltschaft und an A. Riesen.*
2. *BR-Beschlussprot. II vom 3. März 1971 der 8. Sitzung vom 1. März 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*, *S. 4.*
3. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 581 vom 31. März 1971,* dodis.ch/36576.
4. *Zu weiteren Tätigkeiten von spanischen Oppositionellen in der Schweiz vgl. die Notiz von H. Langenbacher an M. Gelzer und F. Pictet vom 11. September 1970,* dodis.ch/36551 *und die Schreiben von A. Parodi an E. Thalmann vom 24. März 1972,* dodis.ch/36580 *und vom 23. Mai 1972,* dodis.ch/36582.
5. *Vgl. dazu Anm. 3.*
6. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Amstein an E. Thalmann vom 26. April 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3154* (B.41.11.1).

64

dodis.ch/35690

Le Chef du Service politique ouest du Département politique, M. Gelzer, au Directeur de l'Administration militaire du Département militaire, A. Kaech[1]

MATÉRIEL DE GUERRE

Berne, 11 mars 1971

Nous nous référons à votre lettre[2] du 12 février dernier, par laquelle vous nous demandiez de nous prononcer sur le paragraphe 4 du projet d'article constitutionnel.

Après avoir soumis[3] cette affaire au Jurisconsulte de notre Département, nous vous communiquons les remarques suivantes. Comme le relève notre Jurisconsulte[4], il conviendrait de constater dans le rapport[5] que vous préparez que le problème de l'exportation de matériel de guerre est avant tout une question de politique étrangère en général et n'a presque rien à voir avec la politique de neutralité. Le Jurisconsulte poursuit:

«Im Friedenszustand verlangen weder das Neutralitätsrecht noch die Neutralitätspolitik irgendwelche Massnahmen auf dem Gebiete der Kriegsmaterialausfuhr. Besteht zwischen zwei Staaten Kriegszustand, so gelten die Regeln des allgemeinen Neutralitätsrechts; Kriegsmateriallieferungen an die beiden Parteien sind dem neutralen Staate verboten, dem Privaten jedoch gestattet. Der neutrale Staat kann allerdings die Ausfuhr verbieten oder Einschränkungen unterwerfen, muss aber diese Vorschriften gleichmässig auf alle Parteien anwenden. Liegt ein bewaffneter Konflikt vor, ohne dass rechtlich der Kriegszustand eingetreten ist, so bestehen keine Pflichten des Neutralitätsrechts. Hingegen wird es in diesem Falle neutralitätspolitisch zweckmässig sein, die Regeln des Neutralitätsrechts analog anzuwenden.

Wie erwähnt ist der neutrale Staat frei, die Kriegsmaterialausfuhr zu verbieten oder zu gestatten. Dabei wird immer wieder vergessen, dass Kriegsmaterialexporte zu den wichtigsten handelspolitischen Waffen gehören können, um lebenswichtige Zufuhren an Rohstoffen und Lebensmitteln für die Schweiz sicherzustellen. Die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges haben das mit aller Eindeutigkeit bewiesen; das 1939 ausgesprochene generelle Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial musste schon nach kurzer Zeit stillschweigend

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E5001G#1982/121#2026* (79.2). *Rédigée par J.-J. Indermühle. Visée par Ph. Clerc.*
2. *Lettre de Ph. Clerc à E. Thalmann du 12 février 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#406* (B.51.14.21.20).
3. *Notice de M. Gelzer à R. Bindschedler du 19 février 1971, doss. comme note 2.*
4. *Notice de R. Bindschedler à M. Gelzer du 8 mars 1971, doss. comme note 2.*
5. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes *du 7 juin 1971, FF, 1971, I, pp. 1605–1655. Cf. aussi le PVCF N° 976 du 7 juin 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#771*.

wieder aufgehoben werden. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial war zu gewissen Zeitpunkten entscheidend sowohl in den Verhandlungen mit den Alliierten wie in denjenigen mit Deutschland. Jede doktrinäre, zum vorneherein festgehaltene Politik muss deshalb vermieden werden.»

En ce qui concerne plus particulièrement la question d'une limitation des exportations de matériel de guerre aux États neutres d'Europe, nous sommes d'avis avec le Jurisconsulte du Département qu'il y aurait lieu de reprendre les conclusions du rapport de la Commission Weber[6] qui estimait qu'il fallait d'abord définir ce que l'on entend par États neutres (Chap. V, alinéa 4 du rapport, page 28). À propos de cette définition, notre Jurisconsulte précise:

«Eine ständige Neutralität völkerrechtlicher Natur ähnlich derjenigen der Schweiz hat nur Österreich[7]. Schweden führt eine ziemlich sprunghafte Aussenpolitik; seine Stellung ist besser als eine solche der Allianzfreiheit zu umschreiben[8]. Finnland ist teilweise faktisch neutral[9], hat aber einen Beistandspakt mit der Sowjetunion. Schliesslich gehört zu den Neutralen in Europa noch Irland. Man könnte auch Jugoslawien dazu zählen.

Es ist nicht einzusehen, warum die Initiative die Ausfuhr nur an neutrale Staaten Europas erlauben will und nicht an neutrale aussereuropäische Staaten. Diese Beschränkung steht wohl im Widerspruch zum Grundsatz der Universalität unseres Aussenhandels.»

Il paraît aussi indiqué de mentionner la collaboration qui existe déjà entre notre pays d'une part, l'Autriche et la Suède d'autre part, en matière de production d'armes[10] et les limites de cette collaboration. Enfin, dans cet ordre d'idées, une brève allusion pourrait être faite à nos échanges commerciaux avec ces deux pays portant sur du matériel de guerre avec mention des statistiques les plus récentes. Notre Jurisconsulte continue:

«Nicht verständlich ist auch, warum die Ausfuhr an kleine und mittlere Staaten verboten werden soll, die zwar einem Bündnis angehören, aber lediglich eine defensive Politik verfolgen. Hier ist vor allem an Belgien, Holland und Norwegen zu denken. Schliesslich ist noch zu erwähnen, dass die Schweiz aus dem Ausland in grossen Mengen Kriegsmaterial einführt und zwar keineswegs nur aus neutralen Staaten[11]. Das wäre auch nicht möglich, weil andere neutrale Staaten gar nicht in der Lage wären, das von uns gewünschte Kriegsmaterial zu liefern. Wir sind im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Landesverteidigung auf diese Importe unbedingt angewiesen. Es wäre unhaltbar, von andern Staaten zu verlangen, was wir selbst verbieten würden.»

---

6. Bericht der Expertenkommission an den Bundesrat über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr (Motion Renschler) *de novembre 1969,* dodis.ch/33432.

7. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 63,* dodis.ch/31092 *et DDS, vol. 24, doc. 21,* dodis.ch/33202, *note 4.*

8. *Cf. la notice de P. R. Jolles du 23 décembre 1970,* dodis.ch/36070.

9. *Sur la neutralité finlandaise, cf. la lettre de J.-J. de Tribolet à H. Miesch du 17 février 1971,* dodis.ch/34299 *et la lettre politique N° 11 de S. F. Campiche à P. Graber du 30 décembre 1971,* dodis.ch/34290.

10. *Sur la collaboration avec l'Autriche, cf. DDS, vol. 23, doc. 148,* dodis.ch/31105, *en particulier note 9; DDS, vol. 24, doc. 76,* dodis.ch/33200 *et la lettre de H. Zimmermann à E. Thalmann du 17 août 1971,* dodis.ch/36434. *Sur la collaboration avec la Suède, cf. doc. 29,* dodis.ch/35592.

11. *Cf. la compilation thématique* dodis.ch/T423.

65

dodis.ch/35596

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst[1]

UNTERREDUNG MIT GATT-GENERALDIREKTOR OLIVIER LONG[2]

Vertraulich *[Bern,]* 22. März 1971

Wie geplant, habe ich am Dienstag 16. März Herrn Long nach seiner Rückkehr aus den USA in Genf zu einer anderthalbstündigen Aussprache aufgesucht. Zweck der Unterredung war ein Gedankenaustausch über die welthandelspolitischen Tendenzen und die Rolle, die der Schweiz im Rahmen der entsprechenden GATT-Bemühungen zukommen könnte[3].

1. Karenz und Präsenz der Schweiz

Generaldirektor Long hat von unserem Schreiben vom 5. Februar[4], worin die neue Aufgabenverteilung innerhalb der Direktion der Handelsabteilung für GATT- und Welthandelsfragen dargelegt und die neue Leitung des neu aufgebauten GATT-Dienstes notifiziert wurde, mit Interesse und Genugtuung Kenntnis genommen. Diese waren umso grösser, als er unsere Karenz der letzten Zeit gegenüber dem GATT nach unserer glorreichen Aktivität in der Kennedy-Runde sehr bedauert und schwer verstanden habe. Unser Land habe damit wesentlich an Terrain eingebüsst und seinen Einfluss weitgehend verloren. Mindestens sechsmal habe er uns in den beiden letzten Jahren Präsidien von Komitees oder Arbeitsgruppen angetragen; doch seien alle diese Offerten unter Hinweis auf Personalmangel oder ähnliches ungenutzt geblieben. Auch in den diversen Sitzungen habe die Schweiz kaum je ernstlich zu allgemeinen Sachfragen interveniert. Indessen sei es, wenn man im GATT mitreden wolle, unerlässlich, dass man auch präsent sei und, auf Grund präziser Instruktionen, effektiv mitarbeiten könne. Er hoffe, dass die neue Organisation unserer Dienste, die freilich etwas verschachtelt wirke, es uns erlauben werde, unsere frühere Position wiederzugewinnen. Hierzu wäre aber erforderlich, dass wir mobil seien, dass regelmässig die gleichen Gesichter auftauchten und bekannt würden, dass Herr Dunkel, der sich bereits mit Erfolg eingeführt habe, bereit bleibe, jederzeit auf Abruf nach Genf zu reisen und dass wir innerhalb des GATT auch Verantwortungen übernähmen. Herr Long würde es ausserdem

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7110#1982/108#217* (782.0). *Von R. Probst vor seiner Abreise nach Wien diktiert. Kopien an P. R. Jolles, F. Rothenbühler, A. Weitnauer, A. Janner, A. Dunkel, G. Hentsch, P. Bratschi, C. Sommaruga, J. Lugon sowie an die schweizerischen Botschaften in Washington und Tokio.*
2. *Zur Ernennung von O. Long zum Generaldirektor des GATT vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 24,* dodis.ch/33255, *bes. Anm. 6.*
3. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 103,* dodis.ch/35597, *bes. Anm. 2.*
4. *Schreiben von P. R. Jolles an O. Long vom 5. Februar 1971,* CH-BAR#E7110#1982/108#204* (781.2).

begrüssen, wenn wir den GATT-Rat jeweils neben Herrn Dunkel auch mit Botschafter Rothenbühler beschicken könnten, nachdem es ihm als Generaldirektor gelungen sei, diesen Rat von Belanglosigkeiten endlich zu befreien und auf grundsätzliche Beschlussfassungen zu konzentrieren, wobei sich die Session der «Contracting Parties» ihrerseits nur noch mit den «grandes options» zu befassen habe.

Ich setze Herrn Long meinerseits auseinander, wie wir unsere GATT-Tätigkeit zu aktivieren beabsichtigen. Herr Dunkel werde, um sich ganz dem GATT-Dienst zu widmen, von seiner bisherigen Leitung des Entwicklungsdienstes sukzessive vollständig freigestellt. Am «high level meeting der Contracting Parties», dem Long übrigens grosse Bedeutung beimisst, würde ich mit meinen Kollegen auch selbst teilnehmen.

Daran knüpfe ich erneut unser Anliegen, wieder zu den Beratungen des «innern Kreises» beigezogen zu werden. Long schliesst dies keineswegs aus, im Gegenteil, hält es aber, nur schon mit Rücksicht auf die anderen daran tatkräftig teilnehmenden Staaten, für erforderlich, dass wir uns zunächst wieder eine neue, anerkannte Position beim GATT schaffen. Unser Beizug zum «innern Kreis» würde sich dann ganz von selbst, gewissermassen aus unserer Aktivität heraus ergeben.

2. GATT Perspektiven

Generaldirektor Long ist sich bewusst, dass sich das GATT seit dem erfolgreichen Abschluss der Kennedy-Runde in einer Art kreativer Pause, einer Phase der innern Besinnung befinde. Man habe sie aber nicht ungenutzt verstreichen lassen, sondern für sehr umfassende, sorgfältige Vorbereitungen benutzt. Das GATT, das seine Aufgabe keineswegs als erfüllt betrachte, sei deshalb heute für neue welthandelspolitische Initiativen in jeder Hinsicht bestens gerüstet. «Nos techniciens sont prêts, les dossiers vous attendent.»

Anlässlich eines kürzlichen Amerika-Aufenthalts habe ihm *Staatssekretär Rogers* drei Fragen gestellt:
- welches wären die zentralen Materien eines neuen «world trade move»?
- wann könnte eine neue Runde beginnen?
- wieviel Zeit würde eine solche Verhandlung benötigen?

Longs Antworten:
- Gegebene Verhandlungsgegenstände wären die Landwirtschaftsprobleme, die nichttarifarischen Handelshemmnisse, dazu noch eine gewisse Dosis Zollfragen[5].
- Der Beginn einer neuen Runde werde von der Dauer der Beitrittsverhandlungen Grossbritanniens mit den Europäischen Gemeinschaften[6] abhängen. Das Jahr 1971 wird vorbeigehen müssen «pour savoir si la négociation

5. *Zur Frage der nichttarifarischen Handelshemmnisse vgl. den Bericht von A. Weitnauer vom 25. März 1970,* dodis.ch/36195; *das Referat von R. Probst vom 23. November 1971,* dodis.ch/36201; *das Rundschreiben der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. Juli 1970,* CH-BAR#E7110#1982/108#263* (786.10) *sowie die Erklärung von P. R. Jolles vom 9. November 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#220* (782.1).

6. *Vgl. dazu Dok. 44,* dodis.ch/35774, *Anm. 11.*

réussit», so dass 1972 als Beginn einer Reaktivierung im GATT in Frage käme. Auf meinen Einwand, dass dies in USA ein Wahljahr sei, entgegnet Long, dass die amerikanische Handelspolitik eigentlich als «bipartisan» gelte, räumt aber ein, dass auch er im Grunde an einen wirklichen Beginn nicht vor 1973 glaubt. Doch sei es seine Pflicht, möglichst auf Eile zu drängen. 1972 könne übrigens sehr wohl den unvermeidlichen Präliminarien dienen.

– Hinsichtlich der Dauer will sich Long auf keine Voraussagen einlassen.

Wichtig werde vor allem sein «d'amorcer une désescalade du *contentieux général entre les États-Unis et les Communautés Européennes* qui s'alourdit de jour en jour». Die OECD, deren Generalsekretär[7] sich ebenfalls um den Problemkreis bemüht, könne dabei als Treffpunkt, Debattiergremium und Koordinationsstelle der wesentlichen Staaten sicher eine wertvolle Rolle spielen; die eigentlichen Entscheide müssten aber, um verpflichtende Kraft zu haben, innerhalb des GATT getroffen werden.

Kaum weniger wichtig sei eine Lösung des *amerikanisch-japanischen Textilproblems*[8]. Die Wende, die es nehme, werde für die künftige Orientierung der amerikanischen Handelspolitik bedeutungsvoll sein. Die neueste chaotische Entwicklung dieser Frage bereitet Herrn Long deshalb ernsthafte Sorge. Er äusserte sich dazu in gleicher Weise wie schon vor seiner Heimreise gegenüber Botschafter Schnyder. Vgl. hierzu das Kabel aus Washington vom 12. März[9] sowie unsere zusammenfassende Notiz zu diesem Problem an Direktor Jolles vom 16. März[10].

3. «Troisième force»

Ich versicherte Herrn Long, dass seine Bestrebungen unsere volle Unterstützung fänden und dass wir mit ihm Fühlung halten würden. So könne er uns auch leichter avisieren, wenn er glaube, dass von der Schweiz zu geeigneter Zeit eine nützliche Initiative ergriffen werden sollte. Long nimmt davon mit Interesse Vormerk. Was ihm vorschwebt, ist, wie wir schon wissen, der Aufbau einer «troisième force», die sich aus Japan, Kanada, Australien, Jugoslawien (er habe dort schon ein sehr gutes Echo gefunden) sowie einigen wenigen hervorstechenden lateinamerikanischen Staaten (z. B. Argentinien) zusammensetzen könnte und worin namentlich auch die Schweiz berufen wäre, eine gewichtige Rolle zu spielen. Als natürlicher Leader einer derartigen Gruppierung erscheint ihm Japan. Tokio sei, wie ihm schon Ministerpräsident Sato und sein potentiel-

---

7. *E. van Lennep. Vgl. dazu das Schreiben von M. Heimo an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements und an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 11. Januar 1971,* dodis.ch/37031 *sowie die Notiz von P. A. Nussbaumer an A. Janner vom 19. Januar 1971,* dodis.ch/37032.

8. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 136 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. März 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1406* (C.41.111.0) *sowie das Telegramm Nr. 389 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 18. Juni 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#506* (C.41.103.3.02), *bes. Punkt 6.*

9. *Telegramm Nr. 151 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 12. März 1971,* dodis.ch/35456.

10. *Nicht ermittelt.*

ler Nachfolger versichert hätten, nicht abgeneigt, eine solche Verantwortung zu übernehmen[11]. Er rate uns an, mit dem ausgezeichneten japanischen Vertreter in Genf, Botschafter Kitahara, engen Kontakt zu halten (was bereits geschehen ist), um die Japaner für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen[12]. Ausser in Genf sollten die GATT-Beziehungen aber auch in den Kapitalen gefördert werden. Weitere nützliche Kontakte wären der Kanadier Ignatieff, der Jugoslawe Papic – beide wurden vom Unterzeichneten schon letzte Woche aufgesucht –, Botschafter Archibald von Trinidad, den ich persönlich von der UNIDO her sehr gut kenne, sowie der australische Vertreter[13]. Aber auch der deutsche[14] und der niederländische Vertreter[15] («ils sont nos alliés naturels, mais prisonniers du Marché commun») wären zu pflegen. Hinsichtlich der nordischen Staaten müssten Schweden[16] und Norwegen[17] ermuntert werden, vermehrt selbst hervorzutreten, statt die ganze Initiative dem stark retardierend wirkenden Dänen Thrane (zurzeit Präsident des GATT-Rates) zu überlassen. Kurz, Long würde es sehr begrüssen, wenn sich die Schweiz in der «troisième force» einen massgebenden Platz erarbeiten könnte.

4. Schweizerische Präsidentschaft der «Contracting Parties»

Long wiederholt, was er seinerzeit schon am Telefon geäussert hatte, nämlich, dass er sich nur beglückwünschen könnte, wenn Botschafter Weitnauer im November zum nächsten Präsidenten gewählt würde[18], auch wenn er sich natürlich selbst als Generaldirektor in dieser Hinsicht Zurückhaltung auferlegen müsse.

Ganz problemlos scheint ihm die Sache – abgesehen von unserer Karenz, die uns etwas in Vergessenheit geraten liess – allerdings nicht zu sein. Auch im GATT mache sich das politische Regionaldenken bemerkbar. Nach dem Westeuropäer Sommerfelt, dem Afrikaner Kolo und dem Lateinamerikaner Besa wäre demgemäss nun eigentlich eine Asiate an der Reihe. Obwohl ihm noch keine solche Kandidatur bekannt sei, nehme er an, dass sie sich kaum werde vermeiden lassen. (Ich werde Botschafter Archibald, den ich nächster Tage in Wien treffe und der als Vertreter eines Entwicklungslandes davon gehört haben könnte, hierüber informieren[19].)

---

11. *Vgl. dazu auch das Schreiben von Ch. Zogg an P. R. Jolles vom 23. April 1971,* dodis.ch/36198.
12. *Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Zogg an P. R. Jolles vom 23. Juli 1971, Doss. wie Anm. 1.*
13. *B. F. Meere.*
14. *E. Elson.*
15. *M. H. E. Moerel.*
16. *E. von Sydow.*
17. *J. Mogens Boyesen.*
18. *Zur eventuellen Kandidatur A. Weitnauers für die Präsidentschaft des GATT vgl. das Schreiben von P. R. Jolles an A. Weitnauer vom 17. Mai 1971,* dodis.ch/36094; *die Notiz von R. Probst vom 11. September 1971,* dodis.ch/36199; *das Rundschreiben von R. Probst vom 18. Oktober 1971,* dodis.ch/37157 *und das Schreiben von A. Weitnauer an R. Probst vom 8. März 1971, Doss. wie Anm. 1.*
19. *Zum Treffen von R. Probst mit Ch. H. Archibald in Wien vgl. die Notiz von R. Probst vom 26. März 1971,* CH-BAR#E7110#1982/108#203* (781.1).

Anderseits sei der Ständige Vertreter Italiens in Genf, Botschafter Giorgio Smoquina, von den EG seinerzeit schon gegen Kolo erfolglos als Präsident portiert worden. Auch gegen Besa sei er nicht aufgekommen. Sein Misserfolg habe die Italiener mit bitterer Enttäuschung erfüllt; sie seien von ihren EG-Partnern im Stiche gelassen und von Grossbritannien irregeführt worden. Es sei zu befürchten, dass Smoquina nun einen dritten Versuch unternehmen wolle und dass sich die EG-Staaten verpflichtet fühlen würden, ihm ihre Unterstützung zu leihen. Namentlich Frankreich scheine nach dieser Richtung zu tendieren, ungeachtet des Umstandes, dass bisher die Grossen für die Präsidentschaft der «Contracting Parties» ausser Betracht zu fallen pflegten.

Schliesslich sei es auch möglich, dass, nachdem Besa als früherer Rats-Präsident zum Präsidenten der «Contracting Parties» nachgerückt war, nunmehr der Däne Thrane als heutiger Rats-Präsident ein gleiches anstreben wolle.

Long glaubt deshalb – im Sinne eines rein persönlichen und vertraulichen Rates – dass wir besser daran täten, mit unserer Kandidatur noch zuzuwarten. Auch im Lichte unserer exploratorischen Gespräche in Brüssel wäre es wohl kaum opportun, einer EG-Kandidatur, namentlich einer italienischen, entgegenzutreten. (Oder sollte man ihr allenfalls zuvorkommen, was freilich auch Risiken mit sich brächte?) Long würde die Dinge eher so sehen, dass wir abwarten sollten, bis sich allenfalls eine asiatische und eine EG-Kandidatur gegenüberstünden, um dann mit unserem Vermittlungskandidaten einen eventuellen «deadlock» zu lösen. Unsere Chancen wären auf diese Weise seines Erachtens besser.

Eine Kopie dieser Notiz geht, wie stets, an Herrn Botschafter Weitnauer in London, mit der Bitte, uns seine Ansicht zu den obigen – unverbindlichen – Erwägungen mitteilen zu wollen[20].

---

20. *Für eine Stellungnahme von A. Weitnauer zu einer eventuellen Kandidatur vgl. das Schreiben von A. Weitnauer an P. R. Jolles vom 18. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

66

dodis.ch/35400

Interne Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements[1]

ABKOMMEN[2] SCHWEIZ-USA ÜBER DIE RECHTSHILFE IN STRAFSACHEN, SITZUNG DER STUDIENKOMMISSION VOM 22. MÄRZ 1971[3]

[Bern,] 24. März 1971

Bundesrat Graber eröffnete die Sitzung, indem er das vorliegende Abkommen[4] in den allgemeinen Rahmen der amerikanisch-schweizerischen Beziehungen stellte. Dieses Verhältnis sei gegenwärtig durch die beiden folgenden Elemente gekennzeichnet[5]:

Die Schweiz sei «demandeur» auf dem Gebiete der Handelspolitik, indem sie von den USA eine Bekräftigung des liberalen Kurses erwünsche. Demgegenüber seien die USA «demandeur» auf dem Sektor der Verbrechensbekämpfung. Eine gesamthafte Beurteilung des vorliegenden Abkommens habe diese gegenseitige Interessenlage mit zu berücksichtigen.

Ferner sei zu beachten, dass der Schweiz auf monetärem Gebiete die Rolle einer Grossmacht zukomme. Unser Land sei verpflichtet und es werde von ihm erwartet, die aus dieser Stellung entstehenden Verantwortungen zu tragen.

Letztlich gelte es, das für die Schweiz mit zahlreichen Vorteilen verbundene gute Image in den USA zu sichern.

Auf Antrag des Vorsitzenden, *Prof. Schultz*, werden lediglich die grundsätzlichen Voten und Beschlüsse protokolliert werden. In seinen einleitenden Worten hob Prof. Schultz hervor, dass der Souveränitätsbegriff in den vergangenen Jahren eine beachtliche Auflockerung erfahren habe; Zeugnis davon sei der Abschluss von zahlreichen Rechtshilfeabkommen sowie das Zustandekommen eines europäischen Übereinkommens[6] über die Rechtshilfe in Strafsachen im Jahre 1958[7]; diese Verträge seien alle notwendigerweise mit gewissen Eingriffen in die Souveränitätsrechte der beteiligten Staaten verbunden.

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1982/108#1855* (831). *Verfasst und unterzeichnet von P. Bratschi. Kopien an R. Probst, K. Jacobi und P. Bratschi.*
2. *Zur Frage eines möglichen Rechtshilfeabkommens mit den USA vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 58,* dodis.ch/33138. *Für eine chronologische Übersicht über die wichtigsten Ereignisse vgl. die Notiz von J. Hulliger vom 14. Februar 1972,* dodis.ch/35397.
3. *Protokoll der Sitzung vom 22. März 1971 von H. Manz,* dodis.ch/35394.
4. *Vgl. den Entwurf* Staatsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen *vom 14. August 1970,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1252* (B.14.21.3.1). *Vgl. auch die* Erläuterungen zum Entwurf eines Vertrages über Rechtshilfe in Strafsachen mit den USA *vom 19. Februar 1971,* dodis.ch/35393 *sowie das BR-Prot. Nr. 280 vom 16. Februar 1972,* dodis.ch/35398.
5. *Zu den Verhandlungen über das Rechtshilfeabkommen vgl. den Bericht von P.A. Nussbaumer vom 20. März 1970,* dodis.ch/35392.
6. Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen, Strassburg vom 20. April 1959, *AS, 1967, S. 831–844.*
7. *Handschriftliche Korrektur aus:* 1969.

Aus den anschliessenden Diskussionen seien die folgenden uns interessierenden Äusserungen festgehalten:

– *Delachaux* (Kreditanstalt, Bankiervereinigung[8]) betont, dass auf dem Gebiete der Rechtshilfe noch nie so viel von der Schweiz verlangt worden sei. Er unterstützt den Vorschlag, wonach die in Art. 12 Ziff. 2 vorgesehene Präsenz ausländischer Beamter ausdrücklich von der einzelfallmässigen Erlaubnis des ersuchten Staates abhängig gemacht werden soll. Diese Ergänzung findet allgemeine Zustimmung.

– Bezüglich der formlosen Befragung (Art. 19, 20) äussert *Bosshard* (Vorort) seine grundsätzlichen Bedenken. Er zitiert die restriktive Bewilligungspolitik der eidgenössischen Behörden zu Art. 271 StGB[9]. Als Beispiel führt er die folgenden Fälle auf: spaltbares Material, «side-winder»-Raketen, Heilmittel, Sera und Impfstoffe (für die mit der Hilfe von Botschafter Probst gegenwärtig eine ähnliche Lösung wie für Heilmittel ausgehandelt werde[10]). Ferner erwähnt Bosshard die im Rahmen von Antidumping-Verfahren gestellten Gesuche zur Entsendung von amerikanischen Beamten nach der Schweiz, die bisher «allesamt glattweg abgelehnt» worden seien (eine Aussage, die jedoch nicht den Tatsachen entspricht). Aus einem Gespräch des schweizerischen Botschaftsrates Stettler mit zuständigen amerikanischen Behördevertretern, dem er, Bosshard, im vergangenen Dezember in Washington beigewohnt habe, sei von amerikanischer Seite die Bereitschaft zu einem Verzicht auf das zur Frage stehende formlose Verfahren geäussert worden. Minister *Nussbaumer* erklärt hierzu, dass ihm diese Information völlig neu sei; er werde diesbezüglich nähere Auskünfte von der Botschaft in Washington anfordern[11].

– *Delachaux* befürchtet, dass im Falle einer Verweigerung eines sog. «Interview» nach Art. 19, 20 die Gefahr von Repressalien auf Filialbetriebe in den USA bestehen könnte[12].

---

8. *Für eine Stellungnahme der Bankiervereinigung vgl. das Schreiben von M. Lusser und M. Oetterli an P. Micheli vom 26. Februar 1970,* dodis.ch/35391.

9. *Zur Frage der verbotenen Handlungen für einen fremden Staat vgl. Dok. 83,* dodis.ch/35204.

10. *Zur Heilmittelkontrolle vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 26,* dodis.ch/32619; *DDS, Bd. 25, Dok. 61,* dodis.ch/35212; *die Notiz von G. Hentsch an A. Weitnauer vom 8. April 1970,* dodis.ch/35364; *das Telegramm Nr. 287 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 14. Mai 1971,* dodis.ch/35387; *das Schreiben von R. Probst an G. Hentsch vom 11. September 1972,* dodis.ch/35388 *sowie das Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober 1972 von P. Luciri vom 5. Oktober 1972,* dodis.ch/35390.

11. *Vgl. das Telegramm Nr. 143 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 24. März 1971, Doss. wie Anm. 4. Zum Gespräch in Washington 1970 vgl. das Telegramm Nr. 176 der schweizerischen Botschaft in Washington an das Politische Departement vom 25. März 1971, Doss. wie Anm. 4:* Die Bemerkung Bosshards betreffend einen allfälligen Verzicht auf Einschluss der formlosen Befragung ins Abkommen dürfte auf einem Missverständnis beruhen, da Trinka sich im November 1970, soweit Stettler sich erinnern kann, kaum in diesem Sinn geäussert hat. *Für eine Stellungnahme des Vororts zum Entwurf des Rechtshilfeabkommens vgl. das Schreiben von R. Bosshard an P. Graber vom 15. September 1971,* dodis.ch/35395.

12. *Für die weiteren Verhandlungen vgl. die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. R. Jolles vom 18. Oktober 1971,* dodis.ch/35396; *das Protokoll von J. Hulliger vom 14. Juni 1972,* dodis.ch/35423 *sowie die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 19. Juni 1972,* dodis.ch/35424.

67

dodis.ch/35689

Der schweizerische Botschafter in Nairobi, H. K. Frey, an den Delegierten für technische Zusammenarbeit, S. Marcuard[1]

MISSION VON DR. FRANÇOIS ROHNER IN RWANDA

Nairobi, 24. März 1971

Herr Rohner hat mir Kopien seiner an Sie gerichteten Berichte vom 26. Februar und 12. März 1971[2] geschickt. Seit Beginn seiner Mission hat Herr Rohner mich laufend orientiert, und während seiner Informationsreise in Ostafrika konnten wir uns wiederholt unterhalten.

Ich habe mich dabei überzeugen können, dass Herr Rohner die Materie ausgezeichnet beherrscht, vorurteilslos und gründlich die verschiedenen Aspekte der wirtschaftlichen Aussenbeziehungen von Rwanda geprüft hat. Trotz dieser wertvollen Expertenarbeit ist eines der Hauptziele der Mission Rohner, einen Integrationsdienst[3] aufzuziehen und hierfür geeignete Kader heranzubilden, nicht erreicht worden. Die Schuld liegt eindeutig bei der Regierung von Rwanda, insbesondere beim Minister für internationale Zusammenarbeit[4]. Enttäuschend ist vor allem, dass Herr Rohner ungenügend über die internen Beratungen im Hinblick auf internationale Verhandlungen orientiert und zu diesen nicht zugezogen wird. Wenn man bedenkt, dass ich sofort nach meiner Ankunft im November 1963 das Dossier über die strittigen Fragen innerhalb der Wirtschaftsunion Rwanda-Burundi erhielt, paar Wochen darauf an den Verhandlungen in Gisenyi als Berater der Delegation teilnahm und später Mitglied der Rwanda-Delegation bei der Liquidation der Banque d'Emission in Bujumbura war, dass Herr Heimo der Budget-Kommission angehörte und Herr Suter als Berater die Rwanda-Delegation nach Arusha zu den ersten Kontakten mit der East African Community begleitete, kann man nicht umhin festzustellen, dass der frühere Vertrauenskredit geschwunden ist.

Selbstverständlich kann man nicht sagen, dass unsere Bemühungen deshalb wertlos waren. Die Arbeit der Berater des Präsidenten[5] und von Herr Rohner wird in der einen oder andern Form ihre Früchte tragen. Ich bin auch durchaus einverstanden mit ihren Anregungen im Brief an Herrn Rohner vom 17. März

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2005A#1983/18#757* (t.311.037).
2. *Berichte von F. Rohner an S. Marcuard vom 26. Februar 1971, Doss. wie Anm. 1 und vom 12. März 1971,* CH-BAR#E2005A#1983/18#944* (t.441.1) Bd. 567.
3. *Vgl. dazu den Projektantrag Nr. 207/69 von R. Wilhelm an W. Spühler vom 31. Juli 1969,* dodis.ch/32574.
4. *S. Nsanzimana.*
5. *Zu den schweizerischen Beratern von G. Kayibanda vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 150,* dodis.ch/32575; *das Schreiben von H. K. Frey an G. Kayibanda vom 20. Mai 1970,* dodis.ch/36709; *das Schreiben von E. Zellweger an S. Marcuard vom 10. Dezember 1970,* dodis.ch/36705; *das Schreiben von J. A. Graf an S. Marcuard vom 12. Dezember 1970,* dodis.ch/36710 *und das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 10. Mai 1972,* dodis.ch/36713.

1971[6] von dem ich eine Kopie erhielt. Aber es scheint mir doch der Moment gekommen zu sein, um mit dem Präsidenten[7] über diesen Experteneinsatz zu sprechen und ihm zu sagen, dass wir uns unter «Coopération» etwas anderes vorstellen. Ich habe immer wieder darauf hingewiesen – auch gegenüber den Herren Ulrich und Hafner während der Verhandlungen im August 1970 – dass der Präsident über die Entwicklung von Trafipro[8] enttäuscht ist und unbedingt eine Klarstellung mit der Regierung herbeigeführt werden muss. Das Malaise, das durch das letzte Abkommen[9] nicht beseitigt werden konnte, scheint nun auch andere schweizerische Aktionen in Mitleidenschaft zu ziehen.

In diesem Stadium muss vorerst die eigene Position konsolidiert werden, bevor an neue Projekte herangetreten wird. Dies scheint mir umso wichtiger, als der Präsident bekanntlich laut Verfassung im September 1973 nicht wiedergewählt werden kann – sofern die Verfassung nicht geändert wird – und dann wahrscheinlich eine gänzlich neue Situation entsteht. Die Mission von Herrn Rohner sollte daher nur fortgesetzt werden, wenn sich bei meinem Gespräch mit dem Präsidenten – das ich für meinen nächsten Aufenthalt in Rwanda in Aussicht nehme – eindeutig ergibt, dass er darauf grossen Wert legt und ihr alle nötige Unterstützung zusichert[10].

6. *Schreiben von O. Hafner an F. Rohner vom 17. März 1971, Doss. wie Anm. 1.*
7. *G. Kayibanda.*
8. *Zur Trafipro vgl. Dok. 46,* dodis.ch/35691.
9. *Vgl. dazu Dok. 46,* dodis.ch/35691, *Anm. 3.*
10. *Die Mission von F. Rohner wird anfangs 1972 beendet. Für ein Fazit vgl. das Schreiben von R. Pestalozzi an S. Marcuard vom 4. Januar 1972,* dodis.ch/36702.

68

dodis.ch/35692

Interne Notiz des Militärdepartements[1]

KRIEGSMATERIALAUSFUHR

[Bern,] 6. April 1971

1. Der «Fall Bührle»[2] hat eine Überprüfung aller im Zusammenhang mit der Regelung der Kriegsmaterialausfuhr stehenden Probleme veranlasst. Die im Sinne einer Motion Renschler unter dem Vorsitz von Herrn Nationalrat Max Weber einberufene Expertenkommission hat diese Probleme von Grund

1. *Notiz:* CH-BAR#E5001G#1985/218#1243* (79.2). *Handschriftliche Marginalie von R. Gnägi:* Besprechung der Del. VSM / Behandlung *[…]* KMB / Bisherige Entwicklung Nach Angelegenheit Bührle. Motion Renschler. Bericht Weber. 1. Schlussfolgerung: Überprüfung KMB / Volksinitiative eingereicht / Absicht.
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 118,* dodis.ch/33266; *Dok. 132,* dodis.ch/33268; *Dok. 147,* dodis.ch/33270 *und das Urteil des schweizerischen Bundesgerichts vom 27. November 1970,* dodis.ch/36188.

auf und unter allen ihren Aspekten geprüft und darüber berichtet[3]. Bei der letzten Revision des Kriegsmaterialbeschlusses Ende September 1970[4] ist den Wünschen und Vorschlägen der Expertenkommission weitgehend und, soweit auf dem Verordnungswege[5] überhaupt möglich, Rechnung getragen worden. So wurde bei der Bundesanwaltschaft eine Zentralstelle zur Bekämpfung illegaler Kriegsmaterialgeschäfte geschaffen, deren Hauptaufgabe in der Echtheitsüberprüfung der den Ausfuhrgesuchen beigegebenen Unterlagen sowie in der Kontrolle des Eintreffens des Materials an den vorgesehenen und genehmigten Bestimmungsorten besteht. Ferner sind nun die Lieferanten verpflichtet, auf Ansuchen hin für diese Nachkontrolle Ablieferungspapiere vorzulegen. Schliesslich sind auch die Strafbestimmungen verschärft und insbesondere Bestimmungen betreffend Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben aufgenommen worden, die nun auch erlauben, die Verletzung der Aufsichts- und Sorgfaltspflichten der leitenden Organe zu ahnden.

Auch im Sinne der Wünsche der Expertenkommission hat der Bundesrat beschlossen, seine Bewilligungspraxis gegenüber den Entwicklungsländern zu verschärfen[6] und für die Beurteilung der politischen Lage der allfälligen Empfängerstaaten wesentlich strengere Massstäbe anzulegen. Das Militärdepartement wurde beauftragt, die interessierten Firmen auf[7] diese Verschärfung aufmerksam zu machen und sie einzuladen, von sich aus Zurückhaltung zu üben und auf den Abschluss risikoreicher Geschäfte zu verzichten.

2. Inzwischen ist ein Volksbegehren betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot eingereicht worden. Der Bundesrat wird noch vor der Sommersession einen Bericht[8] an die Bundesversammlung über dieses Volksbegehren erstatten. Auf Grund der Schlussfolgerungen der Expertenkommission und aus eigener Überzeugung wird wahrscheinlich der Bundesrat die Annahme der Initiative in ihrem eingereichten Wortlaut nicht empfehlen können. Einerseits ist dieser Wortlaut unklar und rechtlich nicht befriedigend; andererseits würde ein Waffenausfuhrverbot, auch mit den vorgesehenen Ausnahmen gegenüber den neutralen Staaten Europas, unsere Rüstungsindustrie vollständig lähmen und somit die Interessen unserer Landesverteidigung wesentlich beeinträchtigen. Im Sinne einer Verschärfung der Rüstungskontrolle wie unter Würdigung der heutigen Regelung und ihren

---

3. Bericht der Expertenkommission an den Bundesrat über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr (Motion Renschler) *vom November 1969,* dodis.ch/33432.

4. Bundesratsbeschluss betreffend Änderung des Bundesratsbeschlusses über das Kriegsmaterial *vom 28. September 1970, AS, 1970, S. 1202–1206.*

5. Verfügung des Eidgenössischen Militärdepartements über die Änderung der Verfügung betreffend den Vollzug des Bundesratsbeschlusses über das Kriegsmaterial *vom 6. Oktober 1970, AS, 1970, S. 1263 f.*

6. *Vgl. dazu Dok. 125,* dodis.ch/35694.

7. *Handschriftlich korrigiert aus:* über.

8. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot *vom 7. Juni 1971, BBl, 1971, I, S. 1585–1633. Zur Diskussion der Volksinitiative und des Berichts vgl. das Protokoll der Sitzung der Kommission des Nationalrats vom 27. August 1971,* dodis.ch/35806.

Lücken ist es vorgesehen, den Erlass eines Bundesgesetzes[9] über das Kriegsmaterial als Gegenvorschlag zu beantragen.

3. In seiner heutigen, jedoch noch nicht endgültigen Fassung übernimmt der Gesetzesentwurf die Grundsätze der geltenden Regelung und stellt nach wie vor Herstellung, Beschaffung, Vertrieb und Vermittlung sowie Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial unter Bewilligungspflicht. Auch wird der allgemeine Grundsatz des Ausfuhrverbotes nach Krisengebieten beibehalten, wobei, wie bereits erwähnt, strengere Massstäbe zur Anwendung kommen sollen. Schliesslich sollen die Strafbestimmungen, auch gegenüber der letzten Revision des Kriegsmaterialbeschlusses, erheblich verschärft werden, was auf dem Verordnungsweg nicht zulässig war. Der Höchstbetrag der Busse wird auf 500'000 Franken festgesetzt. In schweren Fällen soll auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden können. Neu ist ferner die dem Richter zu erteilende Befugnis, bei rechtswidriger Bereicherung die Bezahlung eines dem Vorteil entsprechenden Betrages an den Staat ohne Rücksicht auf die Strafbarkeit des Bereicherten anzuordnen.

4. Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die vorgesehene gesetzliche Regelung im grossen und ganzen der bisherigen entsprechen soll. Verschärft werden die Kontrollmassnahmen und die Strafbestimmungen. Auch ist mit einer grösseren Zurückhaltung in der Bewilligungspraxis gegenüber Entwicklungsstaaten zu rechnen. Vorbehalten bleibt jedoch das Ergebnis der Abstimmung über das Volksbegehren[10].

9. Bundesgesetz über das Kriegsmaterial *vom 30. Juni 1972, AS, 1973, S. 108–115.*

10. *Die Volksinitiative über vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot wurde mit 50,3% Neinstimmen und von 15 Ständen abgelehnt. Vgl. BBl, 1972, II, S. 1447–1449.*

69

dodis.ch/34284

Discours du Chef du Département politique, P. Graber, à l'assemblée générale de l'Association suisse pour les Nations Unies[1]

Bâle, 8 mai 1971

Je suis heureux d'avoir pu répondre à votre aimable invitation et passer aujourd'hui quelques instants parmi vous.

Mes premières paroles seront pour vous remercier de tout ce que votre Association fait en faveur d'une meilleure connaissance des Nations Unies dans notre pays[2]. Le Département politique vous est sincèrement reconnaissant de vos efforts et tout particulièrement de ceux que déploie inlassablement

1. *Discours:* CH-BAR#E2812#1985/204#47* (4). *Embargo: 8 mai 1971, 15 h 00.*

2. *Sur l'Association suisse pour les Nations Unies, cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#1765* (o.714.7).

M. Zehnder, votre président. La tâche à laquelle vous vous êtes attelés est difficile, souvent ingrate, mais indispensable. L'opinion publique suisse, en effet, doit être mieux informée sur les Nations Unies, avec objectivité et sans arrière-pensées de propagande. Une Association telle que la vôtre répond donc à un réel besoin.

Le Conseil fédéral ne peut mener une politique étrangère qui n'emporte pas l'adhésion du peuple suisse. Cette règle a pour corollaire que le peuple suisse doit s'intéresser à notre politique étrangère, ce qui suppose qu'il soit bien informé. Il se trouve que ce besoin d'information se fait spécialement sentir à propos de notre diplomatie multilatérale, de la connaissance des organisations internationales. Ce fait tient, je crois, à deux raisons. D'une part, nos relations avec les institutions internationales ne remontent pas très haut dans le passé. Elles n'ont pris réellement de l'ampleur qu'après la Deuxième Guerre mondiale et ne sont, de ce fait, pas encore tout à fait entrées dans les mœurs. Par ailleurs, c'est notre participation aux institutions internationales qui a directement impliqué notre pays dans les grandes questions de notre temps. Sans cette participation, nous n'aurions sans doute pas été confrontés à un tel degré avec des problèmes tels que par exemple le sous-développement, la décolonisation ou l'environnement. Ce sont les organisations internationales qui nous ont fait toucher du doigt l'interdépendance de nos intérêts avec ceux de la communauté des États, qui nous ont forcés à aborder nos problèmes sous un angle nouveau et ont ainsi beaucoup contribué à nous sortir de notre relatif isolement. Cette transformation, le peuple suisse n'en a pas encore mesuré toute l'ampleur. Nombreux sont ceux qui s'imaginent qu'il nous était possible de nous soustraire à une évolution universelle dont ils rendent curieusement responsables les organisations internationales, alors que celles-ci ne sont que les instruments, créés délibérément par les gouvernements, au service d'une forme nouvelle de politique étrangère et de diplomatie. La collaboration internationale se déroule au sein de nombreuses organisations, parmi lesquelles les Nations Unies et les institutions qui leur sont rattachées sont les plus importantes. Il n'y a donc, jusqu'à un certain point, rien d'étonnant à ce que, dans cette constellation d'organisations, ce soit l'ONU, dont le rôle est au demeurant mal connu, qui polarise l'incompréhension. Le caractère politique de l'ONU et les indéniables faiblesses de ses structures politiques, suscitent aussi les critiques. Il est à cet égard regrettable de constater que «l'ONU politique» accapare l'attention, «l'ONU technique» demeurant trop ignorée, bien qu'elle soit plus efficace. Je crois donc que c'est de cette ONU là qu'il faut essayer de faire mieux connaître les travaux et les réalisations. Si l'opinion publique suisse pouvait se convaincre de l'intérêt et de l'utilité, pour la communauté mondiale et pour notre pays, des activités de «l'ONU technique», je suis certain que les jugements portés sur l'institution dans son ensemble seraient plus équitables et plus nuancés.

La politique de la Suisse vis-à-vis de l'ONU a été définie dans le rapport du Conseil fédéral de 1969[3]: la Suisse continuera à se rapprocher des Nations Unies

3. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec les Nations Unies *du 16 juin 1969, FF, 1969, I, pp. 1457–1621. Cf. aussi DDS, vol. 24, doc. 32,* dodis.ch/32940.

partout où c'est possible sans que sa neutralité soit mise en cause. Vers la fin de cette année, le Conseil fédéral adressera aux Chambres un nouveau rapport consacré aux activités des Nations Unies et à notre collaboration avec celles-ci de 1969 à 1971[4]. Ce rapport permettra de se rendre compte que notre pays a encore resserré ses liens avec l'ONU et intensifié sa collaboration, notamment dans le domaine économique et social, au point que, pour un observateur non averti, notre position ne se distingue souvent plus guère de celle d'un membre. Je citerai par exemple notre participation à l'élaboration de la «stratégie internationale pour la deuxième décennie du développement»[5], qui a été au centre des activités de l'ONU ces derniers temps avant d'être adoptée par la dernière assemblée générale[6]. Cette stratégie tente d'identifier et de définir l'ensemble des mesures à prendre en faveur du développement par les pays industrialisés, les pays en développement et les organisations internationales. Il s'agit donc d'un effort de synthèse sans précédent, embrassant l'ensemble des activités économiques et sociales. Cette stratégie a été préparée dans toutes les institutions spécialisées ainsi que dans les organes de l'ONU tels que la Conférence sur le commerce et le développement (CNUCED) où nous avons pu, comme membre, participer à la négociation[7]. Il nous a même été possible de prendre part aux travaux d'un comité spécial du Conseil économique et social: pour la première fois, notre pays a donc été admis, bien que non membre de l'ONU, à siéger sur un pied de complète égalité dans un organe de l'ECOSOC[8]. Enfin, lorsque la stratégie a été adoptée le 24 octobre 1970 par l'Assemblée générale, le Conseil fédéral a fait savoir, dans une déclaration autonome[9], que la Suisse s'en inspirera dans sa politique nationale d'aide au développement. Vous savez que les Chambres fédérales ont déjà été saisies de plusieurs projets qui permettront au Conseil fédéral de mener une politique d'aide au développement conforme à la résolution de l'Assemblée générale. Ces projets concernent d'une part une aide financière accrue du secteur public[10] (crédit de programme de 400 millions de francs) et d'autre part une aide commerciale sous forme de préférences tarifaires consenties aux pays en développement pour certains de

---

4. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec l'Organisation des Nations Unies et ses institutions spécialisées de 1969 à 1971 *du 17 novembre 1971, FF, 1972, I, pp. 1–68. Sur l'élaboration du rapport et sur les réactions qu'il a suscitées, cf. doc. 99,* dodis.ch/34295; *doc. 105,* dodis.ch/34297; *le PVCF N° 1569 du 15 septembre 1971,* dodis.ch/34293; *le PVCF N° 2004 du 17 novembre 1971,* dodis.ch/34301; *la notice de P. Gottret à P. Graber du 20 décembre 1971,* dodis.ch/34302; *le procès-verbal du 1er juin 1972 de la séance de la Commission des affaires étrangères du Conseil national du 25 mai 1972,* dodis.ch/34304 *et la circulaire du Département politique aux représentations suisses du 18 juillet 1972,* dodis.ch/34305.

5. *Cf. doc. 42,* dodis.ch/35252.

6. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 24 octobre 1970,* UN doc. A/RES/2626 (XXV), CH-BAR#E2003A#1984/84#1673* (o.713.314).

7. *Sur les rapports entre la Suisse et la CNUCED en général, cf. le PVCF N° 578 du 29 mars 1972,* dodis.ch/34644.

8. *Sur l'admission de la Suisse à la Commission économique des Nations Unies pour l'Europe, cf. doc. 78,* dodis.ch/34673.

9. *Pour la déclaration, cf. le PVCF N° 1819 du 21 octobre 1970,* dodis.ch/35252.

10. *Cf. le PVCF N° 1812 du 21 octobre 1970,* dodis.ch/35243.

leurs produits d'exportation[11]. Nous avons par ailleurs considérablement accru nos contributions aux Fonds et Programmes des Nations Unies à buts humanitaires[12] (Fonds des Nations Unies du secours à l'enfance UNICEF, Programme alimentaire mondial, Haut-Commissariat pour les réfugiés, etc.). Comme vous le voyez, ces deux années n'ont pas été faites d'immobilisme.

Cette politique de rapprochement, qui se poursuit et se poursuivra pas à pas, ne signifie toutefois pas notre adhésion à l'ONU. Elle ne la préjuge en rien, même si elle la facilitera indirectement en réduisant l'écart et en créant en Suisse et à l'étranger un climat favorable. Une adhésion, vous le savez, ne pourrait être envisagée qu'en maintenant intégralement notre neutralité permanente, qui n'est pas exactement celle des neutres aujourd'hui membres des Nations Unies[13]. La relation entre la neutralité permanente et le concept de sécurité collective demeure ambiguë[14]. Sur ce point, la situation n'a pas changé depuis deux ans. Je ne crois pas non plus, comme je l'ai constaté tout à l'heure, que l'opinion publique suisse soit prête à débattre aujourd'hui la question d'une éventuelle adhésion. Soyons réalistes et reconnaissons aussi que de récents événements n'ont malheureusement pas amélioré l'image de l'ONU – je parle ici de l'ONU politique. L'ONU traverse indéniablement une crise qui se traduit dans bien des pays par une sorte de désintéressement, voire même une perte de confiance. La dernière assemblée générale a commémoré le 25ème anniversaire de la fondation des Nations Unies[15]. Cet événement a sans doute été pour beaucoup d'États l'occasion de faire leur examen de conscience. Comment nier que la responsabilité des insuffisances de l'ONU n'incombe pas à l'Organisation elle-même, mais bien à ses membres, qui ne la favorisent que pour autant qu'elle serve leurs intérêts particuliers, en refusant de se plier à toute majorité qui leur est contraire? Cet examen de conscience provoquera, je l'espère, un sursaut d'énergie et de bonne volonté pour sortir l'ONU de ses difficultés présentes et lui permettre de remplir son rôle fondamental: le maintien de la paix. Il sera intéressant de lire à ce propos les suggestions de la commission Cabot-Lodge, nommée par le président Nixon[16].

La Suisse, pour sa part, suivra toujours avec attention le développement d'une Organisation à laquelle elle s'est attachée par de très nombreux liens, forgés au cours d'un quart de siècle. Elle la secondera de son mieux. Nous devons nous aussi, en réfléchissant à cette période, faire notre examen de conscience. Vous serez, je crois, d'accord avec moi pour dire que sans avoir adhéré à l'ONU, notre pays l'a utilement servie et, par là, utilement servi la communauté mondiale et l'idéal que les Nations Unies incarnent en dépit de tout.

---

11. *Sur les préférences douanières en faveur des pays en voie de développement, cf. doc. 42,* dodis.ch/35252, *en particulier note 6.*

12. *Cf. le PVCF N° 220 du 4 février 1970,* dodis.ch/35331 *et la notice de V. Martin du 26 avril 1971,* dodis.ch/34285.

13. *Cf. note 3, pp. 1494–1499.*

14. *Cf. la notice de H. Strauch à H. Miesch du 14 mai 1971,* dodis.ch/34291.

15. *Sur la contribution de la Suisse au 25ème anniversaire de l'ONU, cf. le PVCF N° 1126 du 30 juin 1970,* dodis.ch/35333.

16. *Le rapport de la* President's Commission for the Observance of the 25th Anniversary of the United Nations *a été rendu public le 26 avril 1971.*

70

dodis.ch/35607

Notice du Chef de Section du Service politique est, F. Châtelain, au Chef du Département politique, P. Graber[1]

VISITE QUE VOUS FERA L'AMBASSADEUR AMÉRICAIN[2] LE 13 MAI 1971, À 10 H 15

Berne, 12 mai 1971

J'ai reçu hier matin, à sa demande, M. L. Heichler, Premier Secrétaire près l'Ambassade des États-Unis, qui désirait nous informer de la nature de l'entretien que son Ambassadeur vous a demandé pour demain matin[3].

Le Gouvernement américain aimerait savoir si la Suisse serait disposée à prendre l'initiative d'offrir provisoirement son territoire à l'hébergement des prisonniers de guerre du Vietnam des deux camps[4]. En réalité, Washington entend nous suggérer de faire officiellement aux deux parties, discrètement ou publiquement, cela à notre convenance, une offre d'internement temporaire de ces prisonniers[5]. Mon interlocuteur ajouta qu'une démarche identique à celle dont son Ambassadeur est chargé doit être faite également dans une vingtaine de pays latino-américains, asiatiques et européens dont, à ma demande, il me cita le Danemark.

L'Ambassadeur américain n'attend pas forcément une réponse immédiate de votre part lors de l'entretien prévu.

J'ai informé ce matin de ce qui précède le Secrétaire général du Département[6] lors de la séance quotidienne qu'il préside.

De la discussion qui suivit, nous avons conclu que ladite suggestion américaine ne pouvait guère être prise au sérieux. En effet, une telle initiative de la Suisse, après celle qui vient d'être faite par la Suède et qui fut catégoriquement rejetée par Hanoï, n'aurait guère plus de chances de succès, d'autant plus que nous sommes moins bien placés que les Suédois dans nos rapports avec la République démocratique du Vietnam. Il faut bien se garder de mettre notre prestige vis-à-vis d'Hanoï en jeu, et nuire à notre crédit moral dans une affaire aussi délicate tant que nous n'avons pas reconnu et établi des relations officielles avec ce Gouvernement[7]. En outre, le fait que les Américains s'adressent également à d'autres pays dans cette affaire doit nous inciter à la plus grande

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#853* (o.221.1). *Visée par P. Graber, copie à D. Werner et R. Pasche. Annotation manuscrite dans la marge de D. Werner du 9 juillet 1971:* J'ai assisté à l'entretien du 13 mai chez le Chef du Dép*[artement].*
2. *Sh. Davis.*
3. *Cf. la notice de D. Werner du 13 mai 1971,* dodis.ch/36153.
4. *Sur la question des prisonniers de guerre, cf. aussi le télégramme N° 531 de l'Ambassade de Suisse à Washington au Département politique du 7 juillet 1970,* dodis.ch/36151.
5. *Cf. l'aide-mémoire de l'Ambassade des États-Unis à Berne du 13 mai 1971, doss. comme note 1.*
6. *E. Thalmann.*
7. *Sur les relations avec le Vietnam du Nord, cf. doc. 90,* dodis.ch/35603.

réserve si l'on ne veut pas donner l'impression de faire leur jeu de propagande qui semble à usage interne avant tout. En effet, la question des prisonniers de guerre au Vietnam est plus brûlante que jamais aux États-Unis et sera sans doute exploitée à des fins électorales.

En conclusion, nous pensons qu'il pourrait entre autres être répondu à l'Ambassadeur américain, si vous êtes d'accord:

1. que la Suisse ne peut guère prendre une telle initiative dans les circonstances présentes (après l'échec de la Suède), en particulier du fait de l'absence actuelle de relations officielles avec Hanoï, ce qui n'implique cependant pas que du point de vue humanitaire elle reste insensible à ce problème[8];

2. qu'elle est toujours prête à offrir ses bons offices, particulièrement dans ce cas, à condition qu'elle en soit sollicitée par toutes les parties en cause et non pas unilatéralement, et que toute discrétion soit assurée.

8. *Cf. aussi doc. 149,* dodis.ch/35604.

71

dodis.ch/34478

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BESUCH VON AUSSENMINISTER SCHEEL[2]. DIE SCHWEIZ UND DIE DDR

Vertraulich Bern, 14. Mai 1971

Unsere vertraulichen, unverbindlichen Erkundungsgespräche mit Vertretern der ostdeutschen Verwaltung (Aussenministerium und Aussenwirtschaftsministerium) gehen ihrem Ende entgegen[3]. Über kurz oder lang – nach der vorgesehenen vierten und wohl letzten Explorationsrunde, gegebenenfalls noch dieses Jahr – werden wir den Entscheid zu treffen haben, ob wir die vor drei Jahren begonnenen Kontakte mit Pankow in eigentliche Verhandlungen über den Austausch von Handelsmissionen ausmünden lassen wollen oder nicht[4].

Aussenminister Scheels Besuch bietet eine günstige Gelegenheit, das Für und das Wider einer Änderung unserer Haltung gegenüber der DDR zum gegebenen Zeitpunkt auch im Lichte seiner Ausführungen und Erläuterungen gegeneinander abzuwägen. Es liegt in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse, wenn wir bei unseren Erwägungen die engen schweizerisch-west-

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#989* (B.15.50.4). *Verfasst von K. Fritschi und unterzeichnet von H. Miesch.*

2. *Zu den Gesprächen zwischen P. Graber und W. Scheel vom 26. Mai 1971 im Schloss Oron vgl. die Notiz von P.-Y. Simonin vom 30. Mai 1971,* dodis.ch/36943.

3. *Vgl. dazu Dok. 4,* dodis.ch/35862 *und das BR-Prot. Nr. 2127 vom 7. Dezember 1970,* dodis.ch/34326.

4. *Vgl. dazu Dok. 97,* dodis.ch/34334.

deutschen Beziehungen und auch ihre Bedeutung für die Gestaltung unseres künftigen Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften[5] berücksichtigen.

1. Nach Abbruch unserer Verhandlungen im Jahre 1952 ermöglichen die zurzeit laufenden Erkundungsgespräche aufgrund einer ostdeutschen Initiative seit 1968 wieder den Kontakt mit der DDR. Dabei hat sich ergeben, dass Pankow an Beziehungen nicht mehr interessiert ist, welche wie in bisherigen vergleichbaren Fällen lediglich auf der Ebene der ostdeutschen Kammer für Aussenhandel[6] aufgenommen würden. Andererseits nahmen unsere Gesprächspartner zur Kenntnis, dass die Schweiz die Herstellung diplomatischer oder konsularischer (mit Exequatur) Beziehungen und damit die Anerkennung der DDR fürs nächste nicht ins Auge fasst.

Diskussionsgrundlage bildet der Austausch von Handelsmissionen mit bestimmten konsularischen Kompetenzen und Privilegien. Diese Befugnisse würden zwar über die Ebene der blossen Kammervertretung nach altem Muster hinausgehen; sie hätten jedoch nicht die Bedeutung einer Anerkennung, weil sie nur in beschränktem Masse gewährt und genau umschrieben würden. Neben der Abgrenzung und Festlegung dieser Befugnisse steht der Sitz der ostdeutschen Handelsvertretung – Bern oder Zürich – zur Diskussion.

An solchen Beziehungen gerade mit der Schweiz ist die DDR ohne Zweifel sehr interessiert: sie hätten im Hinblick auf die Regelung von Pankows künftigem Verhältnis namentlich zu den westlichen Industriestaaten die Bedeutung eines Präzedenzfalles. Sollte sich unser Land zu diesem Schritt entschliessen, dann wäre die ostdeutsche Seite bereit, in Sachen Wahrung schweizerischer Vermögensinteressen (Richtzahl 300–400 Mio. Fr., ohne den Komplex der Clearingmilliarde) und Betreuung der Auslandschweizer (1700 Nur-Schweizer und 1600 Doppelbürger) in der DDR Entgegenkommen zu zeigen.

Die Gegenkonzessionen, über welche die DDR zu verhandeln gewillt ist, bestünden dabei zur Hauptsache in folgendem: Die ostdeutsche Regierung würde bei Abschluss der Verhandlungen eine Erklärung zu Protokoll geben, wonach sie sich im Falle der Herstellung von diplomatischen Beziehungen bereit erklärt, mit der schweizerischen Regierung Verhandlungen über eine vermögensrechtliche Regelung aufzunehmen. Pankow zeigt auch Bereitschaft, mit sich darüber reden zu lassen, ob zur unverbindlichen Vorbereitung dieser Verhandlungen eine Vereinbarung zur Bestandesaufnahme der schweizerischen Vermögenswerte in der DDR (fact finding) getroffen werden kann. Auch Kontakte mit unseren Landsleuten und deren Betreuung scheint die ostdeutsche Seite einer künftigen schweizerischen Handelsvertretung in der DDR nicht verweigern zu wollen. Illusionen über den effektiven Wert dieser

---

5. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775. *Zu den Folgen des Abkommens für die zukünftigen bilateralen Beziehungen mit der BRD vgl. die Notiz von H. Lüthi an P. R. Jolles vom 21. September 1972,* dodis.ch/36965.

6. *Fussnote im Originaltext:* Unterdessen in «Amt für Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR» umbenannt.

ostdeutschen Zusicherungen in der Praxis sind allerdings aus der heutigen Sicht der Dinge keine erlaubt.

Hinzu kommt schliesslich die Frage des Abschlusses eines Handelsabkommens, eine Frage, die im Falle einer Einigung über die beiderseitigen Handelsvertretungen Gegenstand von Verhandlungen bilden kann. Sollte es jedoch aus diesem oder jenem Grunde zu ersterer Vereinbarung in absehbarer Zeit nicht kommen, so verbliebe die mögliche Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen, die zunächst durch exploratorische Gespräche eingeleitet werden könnten. Angezeigt wäre ein solches Vorgehen vor allem dann, wenn es darum ginge, Zeit zu gewinnen, ohne die hergestellten Kontakte abzubrechen.

2. Wir haben nunmehr über unser weiteres Vorgehen gegenüber der DDR zu einem Zeitpunkt schlüssig zu werden, da die Ost- und Deutschlandpolitik, welche die westdeutsche Regierung mit einem gewissen Elan begonnen hat, ins Stocken geraten ist[7]. Zwar hat Bundeskanzler Brandt die in seiner Regierungserklärung gesteckten ostpolitischen Ziele weitgehend erreicht, insoweit diese Ziele nämlich im einseitigen Vollzug seiner angebotenen Konzessionen bestanden. Dagegen ist es ihm bis heute nicht gelungen, die Sowjetunion und die DDR zu den geforderten Gegenleistungen in Berlin und zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu bewegen.

Weder die Unterzeichnung der Verträge mit Moskau und Warschau[8] noch die Begegnungen zwischen den beiden deutschen Regierungschefs[9] in Erfurt und Kassel verschafften Bonn den gesuchten ostpolitischen Manövrierraum. Bundeskanzler Brandts Vorleistungen und Gesten haben – zumindest kurzfristig – die Hoffnung noch nicht erfüllt, der Osten werde dadurch in eine Art von deutschlandpolitischem Zugzwang geraten: Die Aussicht auf eine rasche westdeutsche Ratifikation seines Vertrags mit Bonn hat den Kreml nicht zum Einlenken auf die vorerst geforderte «befriedigende Berlinregelung» veranlassen können; und Pankow ist auf Bonns Aufforderung nicht eingegangen, durch Entgegenkommen im zwischendeutschen Bereich seine Stellung gegenüber Drittstaaten und internationalen Organisationen zu verbessern.

Innerhalb kurzer Zeit sind die verschiedenen Aspekte der deutschen Frage wieder zu einem höchst komplexen Ganzen zusammengewachsen, in welchem sich die Interessen der Hauptparteien, der vier Schutzmächte sowie der Bundesrepublik und der DDR, in einen wenig überschaubaren Knäuel verwickeln.

Berlin ist – wie Bundeskanzler Brandt vor kurzem in einem Televisionsinterview erklärte – «das Nadelöhr», durch das nicht nur der westdeutsch-sowjetische Vertrag hindurch muss, sondern auch das, was mit der Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz[10] zusammenhängt. Ähnliches gilt in der Frage

---

7. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 67 von H. Lacher an das Politische Departement vom 29. Dezember 1971,* dodis.ch/36938.

8. *Für den deutsch-sowjetischen Vertrag vgl. das Exposé von P. Graber vom 2. September 1970,* dodis.ch/34531; *für den Besuch von W. Brandt in Warschau vgl. das Schreiben von P. Frochaux an P. Micheli vom 10. Dezember 1970,* dodis.ch/36390. *Vgl. ferner Doss.* CH-BAR# E2300-01# 1977/28#117* (A.21.31).

9. *W. Brandt und W. Stoph.*

10. *Zur Haltung der Schweiz zu verschiedenen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

der Anerkennung der DDR. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin sucht zwar die gegenwärtige westdeutsche Regierung Drittstaaten eine Annäherung an die DDR nicht mehr mit der Bitte zu verbauen, deren staatliche Anerkennung schlechthin abzulehnen; sie eröffnet den «befreundeten Regierungen» jedoch auch in diesem Falle lediglich eine Nadelöhr-Perspektive: sie ersucht sie, mit diesem Schritt zu warten, bis es beiden deutschen Regierungen gelungen ist, ihre gegenseitigen Beziehungen angesichts der noch ausstehenden Friedensregelung, der Berlin-Frage und des Fortbestehens der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes interimistisch zu regeln. Die Frage von Pankows Aussenbeziehungen soll als Mittel zur Förderung eines innerdeutschen Modus vivendi nutzbar gemacht werden.

3. Auch der Schweiz hat die Regierung Brandt/Scheel kurz nach ihrem Amtsantritt in einem Anfang November 1969 überreichten Memorandum[11] ihre im Vergleich zur Hallstein-Doktrin[12] geschmeidigere aussenpolitische Richtlinie in der Frage der DDR-Anerkennung zur Kenntnis gebracht. Die bereits in der vorangegangenen Grossen Koalition eingeleitete Entwicklung wurde weitergeführt. Mit der Zeit verhärtete sich jedoch die nuancierte Haltung der Bundesregierung in dem Masse, als ihre Ost- und Deutschlandpolitik auf Widerstand stiess.

So hiess es im erwähnten Memorandum noch, die Bundesregierung habe keine Einwendungen gegen Kontakte mit der DDR im Handels- und Kulturaustausch; sie wolle die darin liegenden Vorteile ihren Landesleuten nicht schmälern. Unterdessen sah sich die westdeutsche Regierung jedoch veranlasst, im Bereiche der Handelsbeziehungen ihre Vorstellungen zu präzisieren. In einem unserem Botschafter[13] in der Bundesrepublik Anfang März 1971 überreichten formlosen Papier[14] steht zu lesen: «Da auch die Handelsbeziehungen politische Implikationen haben können, sollten sie so gestaltet werden, dass die Verhandlungsposition der Drei Mächte und der Bundesrepublik nicht geschwächt wird.»

Bemerkenswert und zugleich bezeichnend für die eingetretene Entwicklung und gegenwärtige Situation ist auch die Tatsache, dass der Inhalt dieses Schriftstücks nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von der Bonner Vierer Gruppe (Vertreter der USA, Frankreichs, Grossbritanniens und der Bundesrepublik) vorbereitet wurde; das Ergebnis einer von diesem Gremium ausgearbeiteten Studie, die dem überreichten Papier zu Grunde liegt, wurde Anfang Dezember 1970 von den Aussenministern[15] der erwähnten Länder gebilligt. Vermehrt in den Vordergrund gerückt wird damit erneut der Zusammenhang zwischen der Deutschlandpolitik der Bundesregierung und den Rechten und Verantwortlichkeiten der vier Schutzmächte.

---

11. *Memorandum der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bern an das Politische Departement vom 3. November 1969,* CH-BAR#E2001E#1980/83#1010* (B.15.11.2).
12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 20, Dok. 137,* dodis.ch/11457.
13. *H. Lacher.*
14. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Lacher an E. Thalmann vom 5. März 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#978* (B.15.11.2).
15. *W. P. Rogers, M. Schumann, A. Douglas-Home und W. Scheel.*

4. Die schweizerisch-ostdeutschen exploratorischen Kontakte veranlassten Vertreter des Auswärtigen Amtes in Bonn, gegenüber unserem Botschafter in Köln und seinen Mitarbeitern[16] sowie namentlich wiederholt in Begegnungen mit dem Direktor der Handelsabteilung, Botschafter Jolles[17], die Frage der künftigen Gestaltung des Verhältnisses zwischen der Schweiz und der DDR zur Sprache zu bringen.

Die westdeutschen Gesprächspartner machten zur Hauptsache geltend, dass eine Änderung der schweizerischen Haltung gegenüber der DDR im heutigen Zeitpunkt die internationale Konstellation wesentlich zu beeinflussen vermöchte. Die Handlungsweise gerade der Schweiz sei für manchen anderen Staat richtungsweisend. Angesichts der bisherigen Zurückhaltung unseres Landes würde die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen der Schweiz und der DDR als ein Signal dafür aufgefasst, die Bemühungen um eine Berlinregelung[18] seien aussichtslos und Pankows Hartnäckigkeit führe zum Erfolg. Die Errichtung offizieller Handelsmissionen mit konsularischen Anknüpfungspunkten – und dies in den beiden Hauptstädten – würde ein Novum darstellen und deshalb für Ostberlin einen Fortschritt bedeuten. Bonns Ostpolitik sähe sich dadurch in einer besonders kritischen Phase behindert.

In westdeutscher Sicht hätte die Schweiz ihre Vereinbarung mit der DDR möglichst spät, d. h. erst unmittelbar vor einem erfolgreichen Abschluss des innerdeutschen Gesprächs, abzuschliessen. Unser Land sollte der DDR im besten Falle eine «Firmenvertretung» zugestehen (keinerlei offiziellen Charakter und kein Organ des Spitzenverbandes der schweizerischen Wirtschaft); die ostdeutsche Vertretung in der Schweiz dürfe auf keinen Fall einen offiziellen Status erhalten.

Erwähnung verdient die Tatsache, dass unsere Gesprächspartner zwischen Bonns Haltung gegenüber der angestrebten Regelung unseres Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften einerseits und der zur Diskussion stehenden Gestaltung unserer künftigen Beziehungen mit der DDR andererseits nie ein Junktim herzustellen versucht haben. Immerhin dürfte es kein Zufall sein, dass die westdeutsche Seite gerade in Gesprächen, welche ganz oder teilweise den europäischen Integrationsproblemen galten, das Thema DDR aufgriff[19]. Mögliche integrationspolitische Implikationen müssen deshalb – gleich wie eventuelle Rückwirkungen auf die intensiven und mannigfaltigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik[20] – sorgfältig im Auge behalten werden.

---

16. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Lacher an E. Thalmann vom 5. Februar 1971, Doss. wie Anm. 14.*

17. *Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an P. Graber vom 31. März 1971,* dodis.ch/34335.

18. *Zur Viermächtevereinbarung über Berlin vgl. den Politischen Bericht Nr. 35 von W. Sigg an das Politische Departement vom 24. August 1971,* dodis.ch/36930. *Zu Berlin als Tagungsort vgl. das Schreiben von H. Miesch an W. Stamm vom 12. März 1971,* dodis.ch/36939.

19. *Vgl. dazu Dok. 97,* dodis.ch/34334.

20. *Vgl. dazu z. B. das Schreiben von H. J. Meyer-Marsilius an H. Marti und B. Wehrli vom 23. Februar 1970,* dodis.ch/36966; *das BR-Prot. Nr. 1142 vom 26. Juni 1972,* dodis.ch/36968 *sowie die Notiz von E. Diez an den politischen Dienst Ost des Politischen Departements vom 30. August 1972,* dodis.ch/36945.

5. Aussenminister Scheels Besuch wird dazu benützt werden können, ihm unsere Bereitschaft unter Beweis zu stellen, in der Frage unseres künftigen Verhältnisses zu Pankow mit Bonn in Kontakt zu bleiben. Andererseits dürfte – wie Botschafter Jolles in seiner Notiz vom 31. März 1971[21] hervorhob – die Betonung der Notwendigkeit eines unabhängigen Vorgehens zur Wahrung der neutralitätspolitischen Glaubwürdigkeit und unserer nationalen Interessen die Bundesrepublik am ehesten davon zu überzeugen, dass sie unsere Anliegen, vor allem diejenigen der Integration, nicht vernachlässigen darf. Die Zusammenhänge, die sich in den schweizerisch-westdeutschen Beziehungen in den Fragen der Integration und der DDR ergeben, müssen nach Möglichkeit zu unseren Gunsten genutzt werden.

In diesem Sinne kann der schweizerische Standpunkt im Gespräch mit Aussenminister Scheel wie folgt vertreten werden:

Im Hinblick auf eine Normalisierung ihres Verhältnisses zur DDR hat unser Land einen Nachholbedarf. Die Schweiz ist, wenn man von Spanien und Portugal absieht, der einzige europäische Staat, der – ausser einem geringen, auf beiden Seiten autonom geregelten Warenaustausch – keinerlei Beziehungen mit Ostdeutschland unterhält. Damit sind wir sogar hinter den NATO-Verbündeten der Bundesrepublik zurückgeblieben.

Weder diplomatische noch vollumfängliche konsularische Beziehungen stehen zur Diskussion. Die Frage einer Anerkennung der DDR stellt sich der Schweiz zurzeit nicht[22]. Andererseits bilden jedoch – so wie die Dinge heute liegen – die Errichtung von Firmenvertretungen und selbst die Aufnahme von Beziehungen auf Kammerebene keine Verhandlungsgegenstände mehr. Angestrebt wird deshalb eine minimale Lösung, welche unter den gegebenen Umständen noch erreichbar ist.

Wenn die Schweiz nach 25 Jahren Zuwarten eine Regelung sucht, die immer noch eine Anerkennung ausschliesst, so bedeutet dies zugleich, dass wir diesen Schritt auch für die nächste Zukunft[23] nicht ins Auge fassen. Wir sind sehr in Verzug und werden heute einen ganz kleinen Schritt weiter gehen müssen, als dies bei vergleichbaren Ländern bisher der Fall war. Hiezu ist die Schweiz grundsätzlich auch deshalb bereit, weil sie gegenüber der DDR gewichtige eigene Interessen geltend zu machen hat. Es geht um die Bereinigung von vermögensrechtlichen Ansprüchen sowie um den Schutz und die Betreuung unserer Landsleute in der DDR.

Eine gewisse Normalisierung unseres Verhältnisses zur DDR wird trotz einhelliger Ablehnung des dortigen Regimes infolge der jüngsten Entwicklung der europäischen Ost-West-Beziehungen in der schweizerischen Öffentlichkeit und in Kreisen des Parlaments immer häufiger erörtert[24]. Diese Normalisierung

---

21. *Vgl. Anm. 16.*

22. *Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Schweiz mit der DDR vgl. Dok. 179,* dodis.ch/34372 *und Dok. 181,* dodis.ch/34373.

23. *Handschriftliche Korrektur aus:* langfristig.

24. *Vgl. dazu das Referat von W. Spühler vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. Mai 1968,* dodis.ch/9561; *das Rundschreiben von F. Blankart an die schweizerischen Botschaften vom 20. Januar 1970,* dodis.ch/35971; *das Referat von P. Graber vom 1. Mai 1970*

würde, wie im Falle anderer westeuropäischer Staaten, eine günstige Voraussetzung für eine wenigstens bescheidene Entwicklung der Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiete und damit auch im zwischenmenschlichen Bereiche bilden. Dies trägt auch zur Entspannung in Europa bei[25].

Es ist der Schweiz auch in Zukunft daran gelegen, den Interessen der Bundesrepublik Rechnung zu tragen. Sie ist denn auch der Bitte der Bundesregierung nachgekommen und hat sich gegenüber der DDR bis heute grösste Zurückhaltung auferlegt, um Bonns Bemühungen im Rahmen seiner Deutschland- und Ostpolitik nicht zu stören. Je länger die Schweiz jedoch auf eine minimale Regelung ihrer Beziehungen zur DDR verzichtet, mit umso weniger Erfolg wird sie gegenüber Pankow ihre Interessen durchzusetzen vermögen.

Es geht hier schliesslich auch um die Eigenständigkeit und damit um die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralitätspolitik. Die Anerkennung der DDR ist unter der Regierung Brandt/Scheel nicht mehr ausschliesslich ein völkerrechtliches Problem. Diese Frage ist heute in erster Linie eine Frage der Taktik geworden: ihre Regelung soll der Erlangung von ostdeutschen Gegenkonzessionen dienen. Die Bundesrepublik ersucht uns, unser weiteres Vorgehen gegenüber Pankow auf ihre Deutschlandpolitik abzustimmen. Hiezu waren und sind wir im eigenen Interesse bis zu einem gewissen Grade auch bereit; diese Übereinstimmung darf jedoch keinesfalls so weit gehen, dass uns zu unserem Nachteil der Vorwurf gemacht wird, wird würden uns im Schlepptau der Bundesrepublik bewegen.

---

vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 6. Mai 1970 und vor der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 3. Juni 1970, dodis.ch/35972; *das BR-Prot. Nr. 1569A vom 4. Juni 1970,* dodis.ch/35970; *das Schreiben von W. Ulbricht an H.-P. Tschudi vom 20. Juli 1970,* dodis.ch/34330; *das Protokoll vom 6. August 1970 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 3. Juni 1970,* dodis.ch/35973; *die Notiz von H. Miesch an P. Graber vom 10. August 1970,* dodis.ch/34329; *das Rundschreiben Nr. 17/70 von H. Lacher an die schweizerischen Vertretungen in der BRD vom 29. September 1970,* dodis.ch/34327; *die Notiz von H. Miesch vom 11. Januar 1971,* dodis.ch/35977 *und das Referat von P. Graber vor Vertretern der Auslandpresse vom 25. März 1971,* dodis.ch/35982.

25. *Handschriftliche Streichung:* und fördert die Erhaltung des Friedens auf unserem Kontinent.

72

dodis.ch/35737

Der Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer, an die schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen[1]

AUFWERTUNG DES SCHWEIZER FRANKENS[2]

Bern, 21. Mai 1971

Wie Sie bereits wissen, wurde unser Land Mitte vergangener Woche von einer spekulativen Dollarschwemme[3] überflutet. Die Nationalbank war, nachdem sie am Mittwoch, den 5. Mai 1971 innerhalb von 90 Minuten 600 Mio. US $ zum Kurse des unteren Interventionspunktes von SFr. 4,295 pro 1 US $ eintauschen musste, zum Schutze unseres Schweizerfrankens gezwungen, den Ankauf von Devisen einzustellen.

In der Folge beobachtete man aufmerksam die Vorgänge auf dem internationalen Währungsparkett[4], insbesondere die monetären Gespräche der EWG in Brüssel und die Entwicklung in der Bundesrepublik, deren Marktstabilität durch eine noch grössere Dollarmenge erschüttert wurde.

Anlässlich einer ausserordentlichen Bundesratssitzung vom Sonntag, den 9. Mai fasste die Landesregierung nach Rücksprache und im Einvernehmen mit der Nationalbank den Beschluss[5], den Schweizerfranken um rund 7% *auf*zuwerten.

Dieser Entschluss fand in weiten Kreisen der Bevölkerung ein positives Echo. Dem Bundesrat wurde Mut («endlich wurde einmal regiert») attestiert. Kritik am bundesrätlichen Entscheid wurde hauptsächlich von Seiten der Exportindustrie und der Banken geübt. Die Hotellerie ist ob der Aufwertung nicht sonderlich erbaut, zeigte jedoch Verständnis[6].

Es liegt uns daran, Sie über diese Vorgänge zu orientieren und zu dokumentieren. Wir lassen Ihnen deshalb folgende Dokumente zugehen:

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#554* (C.41.101.0.Uch). *Verfasst von J. Meyer.*
2. *Vgl. dazu das Protokoll Nr. 460 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 13. Mai 1971,* dodis.ch/36742; *den Bericht* Communication d'ordre monétaire et financier à l'intention de nos représentations à l'étranger *vom Mai 1971,* dodis.ch/36531; *das BR-Beschlussprot. II vom 17. Mai 1971 der 2. und 3. ausserordentlichen Sitzungen vom 8. und 9. Mai 1971,* dodis.ch/37068; *das Protokoll der Kommission des Ständerats vom 7. Juni 1971,* dodis.ch/36532; *das Exposé von E. Stopper an der Botschafterkonferenz vom 1. September 1971,* dodis.ch/34583; *das BR-Prot. Nr. 1798 vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/36535 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 11. Mai 1971 der ausserordentlichen Sitzung vom 7. Mai 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*.
3. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/35735, *Anm. 12.*
4. *Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 11. Mai 1971 der ausserordentlichen Sitzung vom 7. Mai 1971,* dodis.ch/37059.
5. *BR-Prot. Nr. 808 vom 9. Mai 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#770*.
6. *Vgl. z. B. zu den Folgen für die Swissair das BR-Prot. Nr. 1185 vom 7. Juli 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#772*.

Beilage 1: Text des Bundesratsbeschlusses über die Aufwertung, gemäss Bundesblatt[7]

Beilage 2: Das offizielle Pressecommuniqué der Nationalbank[8]

Beilagen 3–6: «Pressespiegel» des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements[9] sowie eine Zusammenfassung der Nummern 85–88 von «Aktuelles aus der Presse» der Nationalbank[10].

Diese Beilagen vermitteln Ihnen ein umfassendes Bild der Reaktionen und Kommentare in einer representativen Anzahl schweizerischer und ausländischer (nur in «Aktuelles aus der Presse») Tageszeitungen.

Der Bundesrat hat angekündigt, dass er das Parlament in einem Bericht[11] auf Beginn der Juni-Session über die Motive und den daraus gezogenen Entschluss zur Aufwertung informieren werde. Dieser Rapport ist im Augenblick verständlicherweise noch nicht verfügbar; doch wird er Ihnen unverzüglich nach seiner Veröffentlichung mit separatem Kurier zugehen.

Aus technischen Gründen (Nachdruck der Beilagen 3–6) war es uns leider nicht möglich, Sie rascher mit dieser Dokumentation bedienen zu können.

Sollten Sie für Ihre Tätigkeit noch weitere Informationen benötigen, stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

---

7. *Der Bundesratsbeschluss wurde in der Amtlichen Sammlung publiziert:* Bundesratsbeschluss über die Festsetzung der Goldparität des Frankens *vom 9. Mai 1971, AS, 1971, S. 465.*

8. *Kommuniqué der Schweizerischen Nationalbank vom 9. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Pressespiegel des Finanz- und Zolldepartements vom 11. Mai 1971, vom 13. Mai 1971 und vom 14. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

10. Aktuelles aus der Presse *der Schweizerischen Nationalbank, Doss. wie Anm. 1.*

11. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Änderung der Goldparität des Frankens *vom 29. Mai 1971, BBl, 1971, I, S. 1272–1286.*

73

dodis.ch/35768

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER SCHWEIZ UND DER VAR

Bern, 1. Juni 1971

Auch die im allgemeinen freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der VAR[2] waren vorübergehend einer gewissen Belastung aus-

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2579* (B.15.21). Im Hinblick auf den Besuch des ägyptischen Botschafters Herrn Hussein Zulficar Sabri am 1. Juni 1971 um 17 Uhr 15. *Verfasst von S. Meili und unterzeichnet von M. Gelzer.*

2. *Zu den Beziehungen zu Ägypten vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 173,* dodis.ch/30484; *DDS, Bd. 24, Dok. 16,* dodis.ch/32243; *Dok. 138,* dodis.ch/32241; *das Schreiben von H. K. Frey an R. Keller vom 27. Dezember 1971,* dodis.ch/36946; *das Telegramm Nr. 226 von H. K. Frey an das Politische Departement vom 21. September 1972,* dodis.ch/36961. *Zu den bilateralen Verhandlungen*

gesetzt, da von arabischer Seite die Sicherheitsmassnahmen (Visa-Bestimmungen[3], Kontrolle auf den Flugplätzen etc.), die nach den von Palästinensern verübten Anschlägen eingeführt worden waren[4], vielfach als Diskrimination gegenüber den Arabern aufgefasst wurden[5]. Es ist aber festzuhalten, dass die staatlichen Behörden der VAR nie direkt die von uns getroffenen Vorkehrungen kritisierten.

Das 1964 zwischen der Schweiz und der VAR abgeschlossene Nationalisierungsabkommen[6] wickelt sich zufriedenstellend ab und sollte bis Ende 1972 abgeschlossen werden können[7]. Von der ursprünglich festgelegten Entschädigungssumme von 40 Millionen Franken wurden bis heute ca. 34 Millionen in irgendeiner Form verrechnet. Nachdem von schweizerischer Seite ein Betrag von 1 Million Fr. zur Erhaltung der Tempel von Abu Simbel[8] zur Verfügung gestellt worden war, erklärte sich die Schweiz grundsätzlich bereit, sich an der Unesco-Aktion zur Rettung der Tempel von Philae[9] zu beteiligen.

Handelsaustausch (in Mio. Fr.)

	Schweiz. Exporte	*Schweiz. Importe*
1968	27	28
1969	62	26
1970	89	21
1970 (Jan.–März)	17	4
1971 (Jan.–März)	30	5

---

betreffend eines Investitionsschutzabkommens vgl. das Schreiben von A. Parodi an H. Bühler vom 29. Mai 1971, dodis.ch/37138.

3. *Zu den verschärften Visavorschriften für Angehörige arabischer Staaten vgl. Dok. 8,* dodis.ch/35440, *Anm. 5.*

4. *Zu den Ereignissen in Kloten und Würenlingen vgl. Dok. 8,* dodis.ch/35440; *Dok. 12,* dodis.ch/35468; *Dok. 37,* dodis.ch/35415 *und Dok. 163,* dodis.ch/35767.

5. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Parodi an P. Graber vom 27. Januar 1970,* dodis.ch/37137.

6. Abkommen vom 20. Juni 1964 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Vereinigten Arabischen Republik betreffend die Entschädigung der schweizerischen Interessen (mit Briefwechseln), *AS, 1965, S. 498–514. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 76,* dodis.ch/30465; *Dok. 188,* dodis.ch/30486; *DDS, Bd. 23, Dok. 23,* dodis.ch/31746 *und DDS, Bd. 24, Dok. 159,* dodis.ch/32242.

7. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Parodi an H. Bühler vom 16. April 1971,* dodis.ch/37139 *sowie das Schreiben von M. Gelzer an H. Bühler vom 7. Juni 1971,* dodis.ch/37140.

8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 457 vom 28. Februar 1964,* dodis.ch/31751 *sowie Doss.* CH-BAR#9500.1#1982/67#101* (C.N.41.01).

9. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Rüedi an A. Parodi vom 9. Dezember 1968,* dodis.ch/31777; *das Schreiben von A. Parodi an P. Micheli vom 26. Juli 1969,* dodis.ch/32077 *sowie die Notiz von P. A. Nussbaumer an die Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 14. September 1972,* dodis.ch/37141. *Zu den kulturellen Beziehungen mit Ägypten vgl. das Schreiben von H. Müller an A. Parodi vom 29. Januar 1970,* dodis.ch/37142; *das Schreiben von H. K. Frey an R. Keller vom 13. April 1972,* dodis.ch/37143 *und das Schreiben von R. Keller an H. K. Frey vom 21. Dezember 1972,* dodis.ch/37144.

74

dodis.ch/35686

Notiz des Stellvertreters des Chefs der Auslandschweizerangelegenheiten des Politischen Departements, M. Leippert[1]

POLITISCHE RECHTE DER AUSLANDSCHWEIZER[2]

Bern, 9. Juni 1971

Aussprache mit den Herren Dr. Amstein, Chef der Bundespolizei, und Dr. Vogel, Rechtsdienst der Bundesanwaltschaft vom 9. Juni 1971.

Das Ergebnis der Aussprache ist folgendes:

1. Die Stimmabgabe durch einen Ausländer in der Schweiz[3] kann in keinem Fall als Amtshandlung im Sinne von Art. 271 Strafgesetzbuch[4] angesehen werden.

2. Der Bundesanwaltschaft ist bekannt, dass die italienischen Heimatgemeinden den italienischen Stimmbürgern in der Schweiz Stimmkarten zusenden. Möglicherweise erhalten sie auf diese Weise ebenfalls weiteres Stimmmaterial. Solange sich der Verkehr zwischen den Heimatgemeinden und ihren Mitbürgern in der Schweiz abspielt, hat die Bundesanwaltschaft dagegen nichts einzuwenden. Auch gegen die Zusendung von Material von Seiten der Parteien an einzelne ihrer Mitglieder kann nichts unternommen werden.

3. Gegen die Ausübung des Stimmrechts durch Ausländer auf dem Korrespondenzweg hätte die Bundesanwaltschaft an sich nichts einzuwenden. Es ist aber zu befürchten, dass bei einer Einräumung des Stimmrechtes auf dem Korrespondenzweg an die Italiener die politischen Parteien dazu übergingen, in der Schweiz zu agieren, Propaganda auszuüben und Versammlungen durchzuführen[5]. Das könnte aber die Bundesanwaltschaft nicht zulassen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bundesanwaltschaft nach wie vor gegen die Ausübung des Stimmrechtes auf dem Korrespondenzweg durch die Ausländer in der Schweiz.

Inbezug auf die praktischen Modalitäten der Ausübung des Stimmrechtes auf dem Korrespondenzweg hat Herr Dr. Vogel auf das interessante Beispiel der Berner Burgergemeinde hingewiesen; diese räumt das Stimmrecht sämtlichen Burgern in der Schweiz ein, die es von ihrem Wohnort aus auf dem Korrespondenzweg ausüben. Hierüber könnte allenfalls Herr Fürsprech Peter Müller nähere Auskünfte erteilen.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#68* (A.15.21.1). *Kopien an die Rechtsabteilung des Politischen Departements (B. Dumont und F. Moser), M. Jaccard und M. Besomi.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 91,* dodis.ch/32283; *das BR-Prot. Nr. 1567 vom 15. September 1971,* dodis.ch/36396 *sowie das Schreiben von P. Dupont an E. Thalmann vom 5. Dezember 1972,* dodis.ch/37121.
3. *Vgl. dazu die Notiz von M. Leippert vom 12. Mai 1971,* dodis.ch/36098.
4. *Vgl. dazu Dok. 83,* dodis.ch/35204.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Mäder an E. Thalmann vom 30. September 1971,* dodis.ch/37122.

75

dodis.ch/35769

Notice du Chef du Service des Suisses de l'étranger du Département politique, M. Jaccard[1]

ÉTAT DES RELATIONS ENTRE LA SUISSE ET L'ALGÉRIE
À LA SUITE DES CONVERSATIONS QUI SE SONT DÉROULÉES
À ALGER DU 1–5. 6. 1971

Confidentiel Berne, 15 juin 1971

1. Les problèmes particuliers

1.1 Les autorités algériennes semblent souhaiter la venue d'experts suisses qui seraient chargés d'examiner les possibilités de régler, sur le plan technique, le problème de l'émetteur de Beromünster[2].

Il n'est pas exclu que les autorités algériennes se montrent plus accommodantes à la condition toutefois que la Suisse appuie les revendications algériennes relatives à la révision de l'accord de Copenhague[3].

1.2 Les divergences concernant le projet d'accord de coopération technique ne paraissent pas absolument insurmontables et ne portent que sur des questions plutôt secondaires[4].

1.3 Certaines créances restées en souffrance (livraisons, bureaux d'étude suisses à Alger[5], etc.) ont été discutées. Peut-être est-il permis d'envisager quelques résultats positifs[6].

1.4 Concernant un accord de réciprocité en matière de sécurité sociale, on en est au stade des pourparlers très généraux et préliminaires[7]. L'organisation des assurances sociales en Algérie ne paraît pas avoir surmonté les difficultés issues de la guerre de libération.

1.5 Notre projet d'accord relatif à l'imposition fiscale des compagnies aériennes a été favorablement accueilli[8].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#805* (B.15.21).
2. *Trois experts suisses, F. Locher, H. Probst et W. Ebert, viendront négocier à Alger du 30 novembre au 4 décembre 1971; cf. la notice de F. Locher du 29 décembre 1971*, CH-BAR#E2003A#1984/84#1451* (o.641).
3. *Sur les propositions des États arabes et africains de réviser la Convention européenne de radiodiffusion signée à Copenhague le 15 septembre 1948 et les débats au sein de l'Union internationale des télécommunications, cf. la notice de W. Rieser du 20 avril 1970*, CH-BAR#E2200.73#1990/195#98* (621.0).
4. *Le projet d'accord a été discuté lors des négociations bilatérales à Berne du 31 mars au 3 avril 1969; cf. doss.* CH-BAR#E2200.73#1990/195#44* (331.0). *Sur la coopération technique entre la Suisse et l'Algérie, cf. la lettre de S. Marcuard à J.-D. Grandjean du 28 octobre 1971,* CH-BAR#E2200.73#1990/195#106* (771.20).
5. *Cf. la lettre de A.-L. Vallon à E. Thalmann du 24 mai 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#917* (C.41.111.0).
6. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1380* (B.34.51.0).
7. *Cf. la lettre de M. Frauenfelder à P. Micheli du 21 juin 1966*, dodis.ch/31921.
8. *Cf. la note de l'Ambassade de Suisse à Alger au Ministère des Affaires étrangères d'Algérie*

1.6 La fouille des passagers se trouvant dans les avions Swissair ne semble guère préoccuper sérieusement les autorités algériennes.

1.7 La restitution de l'avion Juillard est promise pour un prochain avenir. Les modalités de cette opération doivent toutefois être discutées en détail[9].

1.8 Les Algériens semblent être disposés, en principe du moins, à reconnaître les cas d'assurance (sociale ou autres) appartenant au passé. Toutefois, les listes suisses[10] et algériennes doivent être encore vérifiées. Les autorités algériennes ne disposent pas de documentation sur les prétentions individuelles, les archives ayant disparu. Il est dès lors envisagé de régler ces cas moyennant une somme forfaitaire qui serait répartie entre les intéressés par les autorités suisses.

1.9 Dans cette somme forfaitaire pourrait être englobée la liquidation des expropriations. À ce sujet, un progrès peut être enregistré également. Alors qu'au début des récentes conversations l'attitude algérienne était catégoriquement négative, nos thèses concernant les cas «bons, mauvais et douteux» ainsi que la formule de la somme globale ont été acceptées.

1.10 Les Algériens semblent de plus en plus conscients que leur position relative aux cas des quatre anciens prisonniers[11] est intenable. Notre suggestion de régler ces cas dans le cadre de la somme globale n'a pas été combattue.

1.11 Il est difficile d'expliquer aux Algériens notre attitude relative à la question des visas[12]. Cependant, à Alger la compréhension est peut-être aujourd'hui un peu plus grande qu'il y a quelques mois. On admet plus ou moins que l'intervention de l'Ambassadeur d'Algérie[13] à Berne pour les terroristes de Kloten n'a pas été très habile, puisque ceux-ci n'ont pas la nationalité algérienne. C'est peut-être un des éléments les plus importants qui puissent justifier l'extension des visas à l'Algérie.

Si un jour nous étions disposés à abolir les visas[14], cette mesure devrait être intercalée dans la négociation globale avec l'Algérie.

1.12 Les arguments présentés par les Algériens dans le domaine commercial (vins, fromage, agrumes, pétrole, crédits, etc.) n'ont rien de nouveau. Le moment n'est pas venu de faire des concessions.

---

du 18 novembre 1971, CH-BAR#E2200.73#1990/195#44* (331.0) *et le PVCF N° 414 du 6 mars 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#780*. *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#867* (B.34.12.1).

9. *Sur cette affaire de l'avion dont le propriétaire fut libéré le 19 décembre 1968, cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1560* (B.32.11) *et la note 11.*

10. *Sur la transmission des listes suisses, cf. la lettre de J.-D. Grandjean à E. Thalmann du 29 juin 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#861* (B.31.31.0). *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E3340B#2011/112#1708* (797.060/F2).

11. *Sur la question des quatre prisonniers libérés le 19 décembre 1968 (A. Juillard, A.-W. Schlatter, J.-M. Ruff et D. Baumgartner), cf. la notice de M. Jaccard du 3 avril 1969*, dodis.ch/33712.

12. *Sur l'obligation de visas pour les ressortissants des pays arabes après la catastrophe de Würenlingen du 21 février 1970, cf. doc. 8,* dodis.ch/35440.

13. *M. Yousfi.*

14. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/35440, *note 5.*

Le transfert de la somme globale (chiffre 1.9.) pourra être, selon toutes les probabilités, assuré par des importations de produits algériens. Cette solution ne semble pas être combattue par les autorités algériennes.

1.13 À Alger, on maintient les revendications concernant la main-d'œuvre algérienne[15]. On fait valoir que ce problème n'est que passager, étant donné que, toujours selon Alger, le chômage aura disparu d'ici 5 ou 6 ans. Il s'agit probablement d'un pronostic trop optimiste. Aucune concession n'a été faite de notre part pour le moment au sujet de la main-d'œuvre. Nous disposons là d'un certain atout.

2. Appréciation générale

2.1 Il est visible que le Ministère des Affaires étrangères, tout en maintenant le principe de la négociation globale, cherche à créer certains liens spécifiques qui semblent se préciser:

2.1.1 si nous soutenons les revendications algériennes concernant la révision de l'accord de l'UIT, nous obtiendrons certaines concessions intéressant l'émetteur de Beromünster;

2.1.2 si nous insistons sur les cas des quatre anciens détenus, le Gouvernement algérien exigera des «excuses» à propos du communiqué de presse[16] publié à la suite de la catastrophe de Würenlingen[17];

2.1.3 si nous acceptons de la main-d'œuvre algérienne en Suisse, ne serait-ce qu'à titre symbolique, nous réaliserons probablement un arrangement plus favorable pour certaines expropriations (biens vacants?[18]);

2.1.4 plus nous augmenterons nos importations de produits algériens, plus nous obtiendrons une solution favorable pour les expropriations au sens général du terme.

2.2 Ces liens ne sont pas toujours très précis. Ils démontrent cependant que tous les problèmes discutés restent placés dans le cadre de la négociation globale. Nous ne pouvons escompter un résultat positif qu'à la condition de ne pas commettre d'erreurs de tactique et de maintenir une stricte discipline interdépartementale pour faire aboutir la négociation globale.

Nous enregistrons certains progrès, il est vrai. Mais il ne faut pas perdre de vue que les problèmes à résoudre restent nombreux et que nous sommes à la merci d'un événement imprévisible qui risque de tout gâter. Il faut donc agir à la fois avec rapidité et précaution.

---

15. *Cf. le PVCF N° 317 du 26 février 1969,* dodis.ch/33982 *et la lettre de J.-D. Grandjean à E. Thalmann du 27 avril 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#888* (B.41.11.1).

16. *Communiqué de presse du Conseil fédéral du 23 février 1970,* CH-BAR#E4001D#1976/136#132* (006.52). *Sur sa transmission à Alger et les réactions algériennes, cf. le télégramme N° 15 de J.-D. Grandjean au Département politique du 25 février 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#234* (B.11.40.2).

17. *Sur la catastrophe aérienne de Würenlingen, cf. doc. 8,* dodis.ch/35440; *doc. 11,* dodis.ch/35442; *doc. 12,* dodis.ch/35468 *et la proposition du Département de justice et police au Conseil fédéral du 23 février 1970,* dodis.ch/35799.

18. *Sur les avoirs des Suisses en Algérie déclarés vacants après l'indépendance en 1962, cf. DDS, vol. 23, doc. 165,* dodis.ch/31422, *en particulier note 5.*

Enfin, nous avons à tenir compte des négociations en cours avec le Maroc[19] et la France[20] où nous avons en suspens un contentieux qui s'apparente partiellement à celui qui nous oppose à l'Algérie. Ces trois pays craignent surtout le précédent[21]. C'est une raison de plus d'agir avec le maximum de discrétion.

19. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4094* (B.34.66.0) *et* CH-BAR#E2010A#1993/292#66* (B.34.77.Maroc.0).
20. *Cf. la notice de M. Leippert du 5 juillet 1972*, dodis.ch/36511; *la notice de M. Jaccard du 15 août 1972,* dodis.ch/36512 *et la notice de M. Leippert du 30 août 1972*, dodis.ch/36513.
21. *Cf. la notice de M. Jaccard du 17 mars 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1847* (B.34.54.1).

76

dodis.ch/34509

L'Ambassadeur de Suisse à La Havane, S. Masnata,
au Secrétaire général du Département politique, E. Thalmann[1]

INTÉRÊTS AMÉRICAINS[2]

Confidentiel — La Havane, 16 juin 1971

Ayant reçu le numéro 1482 IE[3], je n'ai pas manqué d'exécuter vos instructions. Ceci fait, je voudrais me permettre de vous communiquer ci-après les réflexions que l'exposé du Département du 15 de ce mois suscite de ma part.

Le Département a bien voulu me rappeler qu'il ne nous appartient pas de «prescrire» à nos mandants l'attitude qu'ils doivent adopter. Je crois que c'est une traduction à peu près correcte du mot «Vorschrift». Or je crois que ce point mérite quelque éclaircissement. Il ne s'agit pas de «prescrire», il s'agit d'attirer l'attention de nos mandants sur ce qui me paraît être des erreurs de tactique de leur part, erreurs qui, comme on a pu le constater dans le passé, ont pu occasionner une aggravation de leur ennuis. Nous ne nous trouvons pas devant une question de fond, mais bien de forme. Me permettrez-vous d'illustrer ma pensée par un exemple trivial? Si vous apercevez un passant dans la rue qui va mettre le pied dans une bouche d'égout ouverte qu'il n'a

1. *Lettre:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1304* (B.24.2). *Visée par M. Gelzer, H. C. Cramer et E. Brunner. Sur cette controverse interne au Département politique, cf. aussi la lettre de S. Masnata à E. Thalmann du 21 juin 1971,* dodis.ch/34510 *et la notice de O. Exchaquet du 21 juillet 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1258* (B.14.21.3.1).
2. *Sur la représentation des intérêts américains à Cuba par la Suisse, cf. DDS, vol. 21, doc. 116,* dodis.ch/15005; *DDS, vol. 23, doc. 2,* dodis.ch/30978; *DDS, vol. 24, doc. 7,* dodis.ch/33714; *la lettre de A. Fischli à P. Micheli du 25 février 1970,* dodis.ch/34507; *la notice de H. C. Cramer du 26 juillet 1971,* dodis.ch/34511 *et la lettre de S. Masnata à H. C. Cramer du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34512.
3. *Cf. le télégramme N° 1482IE des Intérêts étrangers du Département politique à S. Masnata du 15 juin 1971, doss. comme note 1.*

pas remarquée, n'allez-vous pas lui crier de faire attention? Ma position ici est exactement du même genre et j'estime devoir souligner ce qui me paraît être des erreurs de forme pouvant avoir une influence négative sur le but que nos mandants eux-mêmes semblent vouloir rechercher car, s'ils ne souhaitent pas une amélioration de leurs relations avec Cuba, ils désirent pourtant conserver le statu quo, par exemple la collaboration cubaine dans les cas où des avions ou bateaux américains sont égarés en territoire cubain.

Admettons que nous n'ayons pas à nous mêler des raisons pour lesquelles les États-Unis ne veulent actuellement pas d'une détente avec Cuba. Pourtant dans la note qu'il a préparée sur le hijacking le SD dit souhaiter la conclusion d'un accord avec Cuba[4]. Il souligne les dangers des détournements d'avions qui pourraient provoquer un jour une catastrophe. Je n'ai pas de raison de douter de la sincérité du SD. Mais alors ne voulons-nous pas collaborer à l'accomplissement d'une mission nettement humanitaire en essayant de convaincre les Cubains de signer un tel accord? Si oui, il faut éviter de leur présenter une note dont le ton ne peut pas les indisposer.

Dans le message qu'on m'a transmis, on me dit que nous devons nous abstenir d'intervenir auprès de nos mandants aussi longtemps qu'ils ne rendent pas l'exercice de notre mandat impossible. Je me permets de penser que nous devrions au contraire intervenir auprès de nos mandants si nous avons la conviction de pouvoir améliorer l'exercice de notre mandat dans leur propre intérêt. Nous ne leur prescrivons rien. Nous leur suggérons. S'ils ne veulent pas tenir compte de nos suggestions, c'est leur affaire et nous ne pouvons alors que nous incliner. Dans le cas qui nous occupe, un contact personnel entre un fonctionnaire du Département et un membre de l'Ambassade américaine n'aurait-il pas permis, avant toute démarche officielle, d'établir si une proposition de notre part serait la bienvenue ou s'il vaudrait mieux nous abstenir? Si un tel contact a été établi et a conduit à une conclusion négative, il m'intéresserait évidemment de le savoir.

Bien sûr, nous n'épousons pas les vues américaines en transmettant des notes, mais vous savez vous-même combien les situations peuvent en fait être délicates. C'est pourquoi je trouve un peu préoccupante la théorie du Département selon laquelle nous n'avons qu'à nous taire aussi longtemps que l'exercice de notre mandat ne nous est pas rendu impossible.

Je me demande si notre conception de la représentation des intérêts étrangers n'est pas sujette à une évolution dans un monde qui est lui-même en voie de transformation? Il me semble que même un «honest broker» devrait avertir son client des dangers qu'il court.

On assiste actuellement à une recrudescence de la tension entre Cuba et les États-Unis. Avec un petit effort, qui ne constituerait aucune révision déchirante de la politique américaine, on pourrait atténuer certaines complications. Je sais que nous avons tendance à faire les maîtres d'école. La crainte de ce défaut doit-elle nous faire renoncer à toute initiative dans des domaines précisément où nous aurions une possibilité d'action? Mes idées ne paraissent nullement en

---

4. *Cf. la lettre de F. Schnyder à P. Micheli du 11 mai 1970,* dodis.ch/34508.

contradiction avec les principes exposés par MM. Probst[5] et Campiche devant l'Institut universitaire de hautes études internationales en 1965[6] (voir le recueil de documentation du Département).

5. *Cf.* The «good offices» of Switzerland *by Raymond Probst, Federal Political Department, Berne, 1963,* dodis.ch/16377.

6. La protection des intérêts étrangers dans la pratique suisse. Extrait d'un exposé présenté le 8 octobre 1965 à l'Institut universitaire de hautes études internationales à Genève par Roger Campiche. Berne, 1966. *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E2001E#1978/84#843* (B.24.0).

77

dodis.ch/35253

Notiz des Stellvertreters des Delegierten für technische Zusammenarbeit, R. Pestalozzi, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

BERICHT DER ARBEITSGRUPPE FÜR DIE PRÜFUNG DER RECHTSGRUNDLAGEN DER ENTWICKLUNGSHILFE

[Bern,] 18. Juni 1971

Der Bericht vom 14. Juni 1971[2] wurde von der Arbeitsgruppe unter der Leitung des Direktors der Justizabteilung[3] verfasst. Das EPD war darin durch Herrn Wildhaber und mich vertreten. Man einigte sich relativ leicht darüber, dass ein Verfassungsartikel nicht nötig sei. Mehr zu reden gab die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage der Entwicklungshilfe. Die Vertreter der Justizabteilung waren der Ansicht, ein Gesetz sei notwendig, weil jegliche staatliche Tätigkeit einer gesetzlichen Grundlage bedürfe. Die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe waren gegen eine so kategorische Formulierung, die weitreichende Konsequenzen hätte, indem für zahlreiche Gebiete der staatlichen Tätigkeit eine gesetzliche Grundlage fehlt. Das gilt ganz besonders für die aussenpolitische Tätigkeit, die sich schwer in Gesetzesnormen umschreiben lässt, ohne die Verwaltung allzu sehr einzuengen.

Bejaht man die Notwendigkeit eines Gesetzes aus rechtlichen Erwägungen, so ist es in einem Rechtsstaat müssig, politische Erwägungen über die Opportunität eines Gesetzes anzustellen. Verneint man dagegen die Notwendigkeit eines Gesetzes aus rechtlichen Erwägungen, so stellt sich die Frage, ob ein Gesetz vielleicht aus politischen Erwägungen wünschbar oder gar notwendig

1. *Notiz:* CH-BAR#E2005A#1983/18#3* (t.010). *Verfasst von R. Pestalozzi.*

2. *Für den* Bericht der Arbeitsgruppe für die Prüfung der Rechtsgrundlagen der Entwicklungshilfe *vgl. Doss. wie Anm. 1. Zur Kenntnisnahme des Berichts durch den Bundesrat vgl. das BR-Prot. Nr. 1115 vom 30. Juni 1971,* dodis.ch/35254.

3. *J. M. Grossen.*

sei. Die Arbeitsgruppe stellte keine politischen Erwägungen an, da dies nicht zu ihrer Aufgabe gehörte.

Für ein Gesetz spricht vor allem, dass die Politik auf einem Sachgebiet von einer Bedeutung wie sie die Entwicklungshilfe angenommen hat, in einer direkten Demokratie nicht auf die Dauer einer Volksabstimmung entzogen werden sollte. Würde der Bundesrat ein Gesetz ablehnen, so würde er zu dem Malaise beitragen, das von Leuten wie Nationalrat Schwarzenbach geschürt wird und das sich dann irgendwo Luft macht, sei es bei einer andern Volksabstimmung, sei es an den Wahlen. Solange der Test der Volksabstimmung vermieden wird, wird es immer Leute geben, die behaupten, das Volk sei gegen die Entwicklungshilfe und Regierung und Parlament vergewaltigten die Mehrheit. Auch gegenüber dem Ausland können wir schwerlich auf die Dauer unsere geringe staatliche Entwicklungshilfe damit begründen, das Volk sei gegen eine Erhöhung, wenn wir den Test einer Volksabstimmung vermeiden und damit zugeben, dass es ja gar nicht auf die Volksmeinung ankomme[4].

Gegen ein Gesetz spricht, dass man nicht sicher ist, ob ein solches in einer Volksabstimmung angenommen würde. Eine Ablehnung würde dem Ansehen der Schweiz im Ausland zweifellos schaden (aber was wäre das für ein Ansehen, das sich nur dank dem Umstand aufrecht erhält, dass der Test der Volksabstimmung vermieden wird?). Sie würde bedeuten, dass die Entwicklungshilfe eingeschränkt werden muss oder jedenfalls nicht wie geplant ausgedehnt werden kann. Ein Gesetz könnte ferner einen Präzedenzfall darstellen für andere Sachgebiete, wo der staatlichen Tätigkeit die gesetzliche Grundlage fehlt.

Von Gegnern der Entwicklungshilfe wird bekanntlich erwogen, gegen den Bundesbeschluss über die Delegierung der Kompetenz zum Abschluss von Abkommen über Finanzhilfe[5] das Referendum zu ergreifen. Da der Bundesbeschluss in der Herbstsession gefasst werden wird, fällt die Referendumsperiode gerade in die Wahlzeit. Die stark abgeschwächte Version des Ständerates, die wohl vom Nationalrat übernommen wird, macht den Bundesbeschluss zwar ziemlich harmlos. Das Referendum würde als noch weniger nötig erscheinen, wenn der Bundesrat sich zur Motion Akeret[6] positiv einstellen würde. Die

---

4. *Zur Öffentlichkeitsarbeit des Bundes im Hinblick auf eine allfällige Volksabstimmung vgl. die Notiz von P. Leuzinger an S. Marcuard vom 17. November 1972,* dodis.ch/35255; *zur Öffentlichkeitsarbeit über die Entwicklungszusammenarbeit im Allgemeinen vgl. das Referat von J. Rial vom 29. November 1967,* dodis.ch/32874 *und zur Meinungsumfrage und deren Schlussfolgerungen vgl. den Vortrag von G. Schmidtchen an der Sitzung der Kommission für technische Zusammenarbeit vom 11. Februar 1970,* dodis.ch/35264; *die Notiz von W. Alder an E. Thalmann vom 16. Februar 1970,* dodis.ch/35263; *das Protokoll von D. Beti der Sitzung des Delegierten für technische Zusammenarbeit mit diversen Hilfsorganisationen vom 23. März 1971,* dodis.ch/35266 *sowie die Notiz von D. Beti und P. Leuzinger vom 30. August 1971,* dodis.ch/35265.

5. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über Wirtschafts- und Finanzhilfe an die Entwicklungsländer und insbesondere über die Gewährung eines Rahmenkredites für die Finanzhilfe *vom 25. Januar 1971, BBl, 1971, I, S. 233–265.*

6. *Zur Motion von E. Akeret und deren Beantwortung durch P. Graber am 20. September 1971 vgl. das Amtl. Bull., NR, 1971, S. 972–975.*

Motion verlangt bekanntlich die Prüfung der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen der Entwicklungshilfe. Die Bereitschaft des Bundesrats zur Entgegennahme der Motion[7] und deren Überweisung in der Herbstsession würde als Ventil wirken, um etwas Druck abzulassen. Die Frage der rechtlichen Grundlagen der Entwicklungshilfe wird dann freilich bereits bei der nächsten Vorlage wieder auftauchen, d. h. beim nächsten Rahmenkredit für technische Zusammenarbeit[8], wofür wir die Botschaft[9] noch dieses Jahr herausbringen müssen. Aber erstens sind dann die Wahlen vorüber und zweitens werden die Vorarbeiten für ein Gesetz so weit gediehen sein, dass man sich ein besseres Bild machen kann als heute. Sollte der Bundesrat dagegen heute schon der Meinung sein, ein Verfassungsartikel wie auch ein Gesetz über Entwicklungshilfe seien abzulehnen, dann müsste er seine Bedenken bereits bei der Behandlung der Motion Akeret bekanntgeben.

Der Mitbericht des EPD zum Antrag des EJPD vom 14. Juni[10] muss bis 25. Juni 1971 erfolgen. Ich unterbreite Ihnen hiermit einen Entwurf[11].

---

7. *Die Motion wurde dem Bundesrat als Postulat überwiesen. Vgl. dazu. Anm. 7.*

8. *Zum 5. Rahmenkredit vgl. das BR-Prot. Nr. 664 vom 21. April 1971,* dodis.ch/35247 *sowie das BR-Prot. Nr. 1782 vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/35248.

9. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit der Schweiz mit den Entwicklungsländern *vom 10. November 1971, BBl, 1971, II, S. 1644–1753. Für die Zusammenfassung für die Presse vom 3. Dezember 1971 vgl.* dodis.ch/35249 *und für die Debatte im Parlament vgl. das Protokoll vom 18. Februar 1972 der Sitzung der Kommission des Ständerats vom 3. Februar 1972,* dodis.ch/35250 *sowie das Protokoll vom 18. Mai 1972 der Sitzungen der Kommission des Nationalrats vom 12. und 16. Mai 1972,* dodis.ch/35251.

10. *Für den Antrag und den Mitbericht des Politischen Departements vom 23. Juni 1971 vgl. das BR-Prot. Nr. 1115 vom 30. Juni 1971,* dodis.ch/35254.

11. *Vgl. Doss. wie Anm. 1. Das Bundesgesetz über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wurde erst 1976 vom Parlament verabschiedet.*

78

dodis.ch/34673

L'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York, B. Turrettini, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller[1]

CEE/ONU

New York, 18 juin 1971

Me référant à l'échange de correspondance[2] que nous avons eu récemment concernant la candidature de notre pays à la Commission économique pour l'Europe, je vous informe que j'ai effectué, conformément à ce que nous avions convenu, des démarches auprès des quinze pays membres de l'ECOSOC suivants : France, États-Unis, Royaume-Uni, URSS, Italie, Norvège, Nouvelle-Zélande, Jamaïque, Pérou, Madagascar, Tunisie, Ceylan, Liban, Hongrie, Yougoslavie.

Ma première visite a été pour mon collègue de la Norvège, l'Ambassadeur Hambro, auquel j'ai demandé de bien vouloir présenter le projet de résolution[3]. Bien qu'il n'ait pu me donner de réponse définitive à ce sujet, il m'a assuré qu'il en informerait immédiatement son Gouvernement et qu'il pensait personnellement que ma requête ne devrait pas présenter de difficultés particulières à son pays[4].

De plus, il m'a autorisé à informer les collègues des autres missions que je visitais que je lui avais demandé de parrainer ce projet de résolution.

Les réactions que j'ai enregistrées de la part de tous les autres chefs de mission furent unanimement très positives. Si un petit nombre d'entre eux mentionnèrent le problème qui pourrait éventuellement surgir en relation avec l'Allemagne de l'Est[5], ils n'en ont cependant pas conclu que cela pourrait en quoi que ce soit faire changer leur position.

Ayant terminé mes démarches hier, j'ai déjà appris que les Gouvernements de la Tunisie et du Royaume-Uni avaient fait savoir à leurs Représentants ici que leur soutien était acquis. Les Français m'ont déclaré qu'ils iraient même plus loin et qu'ils étaient prêts, selon des informations reçues de Paris, à parrainer ce projet de résolution.

L'accueil des Représentants des pays communistes, en particulier des Hongrois et des Yougoslaves, fut très chaleureux. L'Ambassadeur Mojsov m'a dit

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1777* (o.715.21.2). *Visée par F. Pictet et R. Keller. Copie à la Division du commerce du Département de l'économie publique et à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève. Annotation manuscrite dans la marge de R. Keller:* Il faudra remercier Turrettini. *Deuxième annotation manuscrite:* la liaison joue-t'elle d*[ans]* l*[es]* 2 sens? informer H*[um]*B*[ert]*. *Troisième annotation manuscrite:* oui.
2. *Lettre de F. Pictet à B. Turrettini du 1er juin 1971, doss. comme note 1.*
3. *Résolution du Conseil économique et social de l'ONU du 27 juillet 1971,* UN doc. E/RES/1600(LI), *doss. comme note 1.*
4. *Annotation manuscrite:* inf*[ormer]* Oslo?
5. *Sur cette question, cf. la lettre de P. Micheli à P. R. Jolles du 2 juin 1970,* dodis.ch/34661.

qu'à Belgrade on serait extrêmement satisfait d'apprendre la nouvelle de la candidature suisse à la CEE et que la présence de notre pays en qualité de membre à part entière à la Commission économique pour l'Europe ne pourrait que renforcer la position de celle-ci. Quant à l'Ambassadeur Malik de l'URSS, qui me reçut très aimablement (c'était d'ailleurs la première fois que j'effectuais une visite officielle au siège de la mission de l'URSS)[6], il écouta avec attention ce que je lui dis et, sans bien entendu s'engager, me donna l'impression que son pays ne créerait pas de difficultés à notre égard. Il ne souleva pas directement le problème de la République démocratique allemande mais fit seulement l'étonné lorsque, en répondant à une des ses questions, je lui indiquai que la République fédérale d'Allemagne siégeait à la Commission depuis 1955. D'ailleurs, ma visite fut l'occasion pour lui de procéder à un large tour d'horizon de la situation internationale et de me poser de multiples questions sur la manière dont j'entrevoyais le problème de la succession de U Thant et celui de l'entrée éventuelle de la Chine aux Nations Unies[7]. Bien entendu, il ne manqua pas de souligner l'importance que son pays attacherait à ce que la Suisse prenne une part active, le moment venu, à la Conférence européenne de sécurité[8].

À la lumière de ce que je vous ai rapporté plus haut, il apparaît donc que dans cette affaire le travail que j'avais à accomplir ici est terminé. C'est maintenant à Genève que nos représentants qui suivent l'ECOSOC devront faire un intense «lobbying» en relançant les pays membres, et en particulier les Norvégiens qui ne se sont pas encore prononcés ici concernant l'introduction du projet de résolution en question.

Bien que je n'en aie visité personnellement que quinze, tous les membres de l'ECOSOC à New York ont reçu une note[9] leur demandant d'appuyer notre requête. Vous trouverez ci-joint la réponse[10] que m'a fait parvenir la Mission permanente de la Grèce.

---

6. *Annotation manuscrite dans la marge:* Connaît-il le propos de Mme Mironova?

7. *Cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.

8. *Sur la position de la Suisse à l'égard de la Conférence de sécurité, cf. doc. 144,* dodis.ch/34499.

9. *Pour le texte de la note adressée, cf. le télégramme N° 111 de B. Turrettini à la Division des organisations internationales du 7 juin 1971 et le télégramme N° 125 de la Division des organisations internationales à B. Turrettini du 8 juin 1971, doss. comme note 1.*

10. *Note de la Mission permanente de la Grèce auprès des Nations Unies à New York au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York du 14 juin 1971, doss. comme note 1.*

79

dodis.ch/35193

Notice interne du Département politique[1]

Résumé de la proposition au Conseil fédéral du Département politique, du 11 juin 1971[2], relative à l'aide en cas de catastrophe à l'étranger (Motion Furgler[3])

[Berne,] 22 juin 1971

Le Département politique propose de donner suite à la motion Furgler sous forme d'un rapport du Conseil fédéral aux Chambres fédérales[4], exposant ses intentions. Plutôt que de rattacher à la Croix-Rouge suisse[5] une centrale de secours selon la conception présentée en octobre 1970[6], qui a été vivement critiquée dans le pays, le Département préconise de placer le corps de volontaires sous l'autorité d'un délégué du Conseil fédéral aux actions de secours à l'étranger[7], garant d'impartialité vis-à-vis des agences bénévoles qui pourront demander à disposer des volontaires[8]. Le délégué, rattaché administrativement au Département politique, sera assisté d'un comité consultatif[9]. L'engagement des volontaires (action de la Confédération menée par le délégué, ou mise à disposition de volontaires au profit d'agences bénévoles) sera décidé dans chaque cas par le Conseil fédéral (sauf délégation de compétences) qui pourra notamment, s'il existe un conflit armé, s'assurer que l'intervention prévue est compatible avec la neutralité. Les frais d'administration du délégué et de ses deux ou trois collaborateurs figureront dans le budget du Département, les frais opérationnels étant supportés par l'agence bénévole et si nécessaire par le

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#720* (o.220.1). *Rédigée par F. Pictet.*
2. *Pour la proposition du Département politique qui date en fait du 18 juin 1971, cf. le PVCF N° 1282 du 11 août 1971,* dodis.ch/35195.
3. *Sur la motion de K. Furgler du 6 juin 1967, cf. le rapport de la Division des organisations internationales du Département politique du 10 décembre 1969*, dodis.ch/35177. *Cf. aussi la lettre de E. Thalmann à K. Furgler du 15 janvier 1970,* dodis.ch/35182; *le PVCF N° 165 du 28 janvier 1970,* dodis.ch/35185; *le* Rapport intermédiaire sur l'aide en cas de catastrophes à l'étranger (Motion Furgler) *d'août 1970*, dodis.ch/35188 *et le PVCF de décision II du 29 janvier 1970 de la 4ème séance du 28 janvier 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *pp. 1–4.*
4. Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la création d'un corps de volontaires pour l'aide en cas de catastrophe à l'étranger *du 11 août 1971, FF, 1971, II, pp. 489–512.*
5. *Sur l'accord de la Croix-Rouge suisse à ce sujet, cf. la lettre de H. Haug à H.-P. Tschudi du 23 janvier 1970,* dodis.ch/35184.
6. *Cf. le PVCF N° 1846 du 28 octobre 1970,* dodis.ch/35186.
7. *Sur cette discussion, cf. la lettre de N. Celio à P. Graber du 30 mars 1971,* dodis.ch/35189 *et le procès-verbal du 31 mars 1971 de la Conférence interdépartementale du 11 mars 1971,* dodis.ch/35191.
8. *Sur le corps de volontaires, cf. la notice de S. de Dardel du 26 avril 1971,* dodis.ch/35199.
9. *Cf. la lettre de R. Keller à R. Bieri, J. M. Grossen, H. Haug, A. Kaech et W. König du 8 juin 1972,* dodis.ch/35200.

crédit de programme pour la poursuite des œuvres d'entraide. Une décentralisation maximum sera recherchée, le délégué collaborant avec les organisations publiques et privées à même d'assumer certaines tâches (formation de volontaires, matériel). La réalisation par étapes du projet ainsi conçu est possible sans attendre que l'étude des questions concernant le statut des volontaires soit achevée. La nomination d'un délégué[10] est du ressort du Conseil fédéral. L'ouverture d'un crédit n'étant pas demandée, le vote d'un arrêté fédéral n'est pas nécessaire.

10. *Sur la nomination de A. Bill, cf. le PVCF N° 746 du 3 mai 1972,* CH-BAR#E1004.1# 1000/9#782*.

80

dodis.ch/35403

Notiz des Chefs der Rechtsabteilung, E. Diez, an die Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements[1]

Europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im Rahmen des Apollo-Nachfolge-Programms der NASA[2]

Bern, 22. Juni 1971

Mit Notiz vom 14. Mai 1971[3] haben Sie uns gebeten zu prüfen, ob eine schweizerische Beteiligung an der Zusammenarbeit im Rahmen des Apollo-Nachfolge-Programms, zu der die USA die europäischen Staaten der CSE eingeladen haben, mit der Neutralität vereinbar wäre. Ins Gewicht fällt dabei insbesondere, dass die NASA und die amerikanische Luftwaffe übereingekommen sind, die wichtigsten Bestandteile des Apollo-Nachfolge-Programms, den Raumtransporter und die Raumfähre, gemeinsam zu entwickeln. Dies wirft in der Tat heikle und schwierige Fragen auf.

1. Die Pflichten der gewöhnlichen Neutralität, die das Bestehen eines Krieges und die Nichtbeteiligung eines Staates an demselben zur Voraussetzung hat, lassen sich auf den Grundsatz zurückführen, dass der neutrale Staat nicht

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1984/84#571* (o.191.010.6). *Verfasst von F. Moser. Gemäss der handschriftlichen Marginalie von P. Niederberger gingen Kopien an die Abteilung für Wissenschaft und Forschung des Departements des Innern, die schweizerischen Botschaften in Paris und Washington, an die Finanzverwaltung des Finanz- und Zolldepartements z. H. von H.-U. Ernst und an R. Wermuth.*

2. *Zur Frage der Beteiligung europäischer Staaten am Post-Apollo-Programm vgl. die Notiz von O. Uhl an E. Vallotton vom 1. Mai 1970,* dodis.ch/36117; *die Notiz von G. Chavaz vom 21. September 1970,* dodis.ch/36119; *das Protokoll vom 24. November 1970 der Sitzung vom 20. November 1970 von G. Chavaz,* dodis.ch/36121; *das Schreiben von R. Bonvin an H. Leussink vom 29. Dezember 1970,* dodis.ch/36122; *das BR-Prot. Nr. 1122 vom 26. Juni 1972,* dodis.ch/36123 *und die Notiz von J. O. Quinche vom 10. Juli 1972,* dodis.ch/36124

3. *Notiz von R. Keller an die Rechtsabteilung des Politischen Departements vom 14. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

in den Konflikt zugunsten einer Partei eingreifen darf (Verbot der Intervention). Der neutrale Staat ist verpflichtet, sein Territorium und seinen Luftraum wenn nötig mit Waffengewalt zu verteidigen, dies nach Massgabe seiner Mittel.

Für den dauernd neutralen Staat bestehen im Unterschied zur gewöhnlichen Neutralität Rechte und Pflichten schon in Friedenszeiten, des Inhalts, keinen Krieg zu beginnen und die Neutralität und Unabhängigkeit zu verteidigen (Hauptpflichten). Hinzu kommen die sekundären Pflichten (Vorwirkungen) des dauernd neutralen Staates: alles zu tun, um nicht in einen Krieg hineingezogen zu werden, und alles zu unterlassen, was ihn in einen Krieg hineinziehen könnte. Der ständig neutrale Staat ist verpflichtet, eine Neutralitätspolitik zu führen, deren Durchführung indessen Sache seines freien Ermessens ist. Im Sinne der Vorwirkungen darf der ständig neutrale Staat insbesondere keine Bündnisse abschliessen, die ihn zum Kriegführen verpflichten würden.

Der Zweck der Neutralität besteht in der Wahrung der Unabhängigkeit. Alles, was der Unabhängigkeit dient, ist also grundsätzlich erlaubt, wenn es nicht in offenem Widerspruch zur Neutralität steht. Die Neutralitätspolitik besteht einerseits darin, die Neutralitätspflichten restriktiv auszulegen. Andererseits liegt es oft im Interesse der Glaubwürdigkeit, ein Mehreres zu tun. Hierin besteht ein gewisser Widerspruch, den es nach den Erfordernissen im Einzelfalle zu lösen gilt.

2. Die geplante europäisch-amerikanische Zusammenarbeit dürfte voraussichtlich, um es vorderhand allgemein auszudrücken, gewisse militärische Aspekte aufweisen. Ein Teil des Apollo-Nachfolge-Programms verfolgt bereits in seiner Konzeption auch militärische Ziele («Erhöhung der nationalen Sicherheit durch Ausweitung der Raumfahraktivität auf militärische Bereiche»[4]). Es ist deshalb zunächst grundsätzlich der Rahmen abzustecken, in dem sich Beziehungen mit militärischem und rüstungspolitischem Einschlag für einen neutralen Staat bewegen dürfen. Dabei sind drei Problemkreise zu unterscheiden, nämlich die Waffenimporte durch den neutralen Staat, die Unterstützung der Aufrüstung eines Staates durch den Neutralen und die beidseitige Rüstungszusammenarbeit.

a) Weder das Neutralitätsrecht noch die Pflicht zur Führung einer Neutralitätspolitik schreiben der Schweiz vor, wo sie ihr Kriegsmaterial beziehen soll. Sie ist völlig frei, dasselbe im eigenen Land zu erstellen oder aus dem Auslande einzuführen. Wählt sie den letzteren Weg, so hat sie die Freiheit, das Kriegsmaterial aus denjenigen Staaten zu importieren, wo es überhaupt erhältlich ist oder wo es zu den günstigsten Bedingungen angekauft werden kann. Dabei müssen nicht etwa alle ausländischen Staaten oder wenigstens die Parteien in einem zukünftigen Konflikte gleichmässig berücksichtigt werden. Diese Freiheit könnte ihre Grenzen höchstens dann erreichen, wenn wir durch dauernde Bezüge von Kriegsmaterial aus einem bestimmten Staate uns in dessen Abhängigkeit begeben würden und essentielle Teile unserer Rüstung ohne dessen Mithilfe überhaupt nicht mehr zu unterhalten, zu reparieren oder mit Munitionsnachschub zu versehen in der Lage wären.

---

4. *Fussnote im Originaltext:* The Post-Apollo Space Program: Directions for the Future, Space Task Group Report to the President, September 1969.

Die Beschaffung hat sich ferner auf rein kommerzieller Basis abzuspielen und darf nicht mit irgendwelchen politischen Bedingungen verknüpft werden. Mit der Neutralitätspolitik kaum vereinbar wäre auch die Entgegennahme von ausländischem Kriegsmaterial in direkter oder verschleierter Form eines Geschenkes (z. B. «lend and lease», mietweise Überlassung, stark reduzierte Preise, besonders vorteilhafte Tauschgeschäfte)[5].

Dies bedeutet aber nicht etwa, dass aus aussenpolitischen Gründen eine möglichst umfangreiche Beschaffung von Kriegsmaterial aus neutralen Staaten nicht sehr zu begrüssen wäre.

b) Das Neutralitätsrecht untersagt es dem neutralen Staat, den Kriegführenden finanzielle Unterstützung – z. B. Anleihen oder finanzielle Leistungen zur direkten Verwendung für die Kriegführung – zu gewähren oder ihnen Waffen und Munition zu liefern. (Anders verhält es sich für die Privatpersonen.)

Der ständig neutrale Staat darf nicht, auch nicht z. B. durch wirtschaftspolitische Massnahmen, die Aufrüstung anderer Staaten ausdrücklich oder absichtlich unterstützen, da er dadurch wohl seine Haltung in einem Krieg präjudizieren und Zweifel an seinem Verhalten aufkommen lassen würde[6].

c) Die Fragen der Landesverteidigung werden für kleine und mittlere Staaten immer schwieriger, nicht nur aus Gründen der Rüstungsfinanzierung, sondern auch der Technologie selbst. Es sind grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten der Rüstungszusammenarbeit denkbar:

– Informations- und Erfahrungsaustausch
– gemeinsame oder arbeitsteilige Entwicklung von Kriegsmaterial
– gemeinsame oder arbeitsteilige Forschung
– gemeinsame Ausbildungsplätze.

Für die Schweiz nicht in Frage kommt eine operative Zusammenarbeit, auch nicht mit neutralen Staaten. Neutralitätsrechtlich wäre an sich eine militärische oder rüstungstechnische Zusammenarbeit zulässig, die nur der Schweiz Vorteile brächte und ihr keine Verpflichtungen auferlegen würde. Neutralitätspolitisch wäre eine solche Zusammenarbeit aber bedenklich, stellt sie eben doch eine Anlehnung dar.

Nach der bisherigen Praxis der Schweiz erfolgt eine militärische Zusammenarbeit nur mit neutralen Staaten[7], und zwar beschränkt auf Informationsaustausch, gemeinsame Forschung, Projektierung und Beschaffung sowie gemeinsame Benützung von Einrichtungen für Erprobungszwecke.

3. Im Lichte dieser Grundsätze kommt es entscheidend darauf an, welcher Art die militärischen Elemente sind, die das vorgesehene Post-Apollo-Projekt in sich schliesst. Hierüber sind offenbar erst fragmentarische Hinweise erhältlich.

Positiv fällt ins Gewicht, dass gemäss Agreement zwischen der NASA und dem Department of the Air Force vom 10. Februar 1970[8] «the development

---

5. *Fussnote im Originaltext:* R. L. Bindschedler, Die Schweiz und die Ferngeschosse – völkerrechtliche und aussenpolitische Probleme, ASMZ 1958, S. 412.

6. *Zum Kriegsmaterialexport durch neutrale Staaten vgl. Dok. 64,* dodis.ch/35690.

7. *Vgl. dazu Dok. 64,* dodis.ch/35690, *Anm. 10.*

8. Agreement between the National Aeronautics and Space Administration and the Depart-

of the STS (Space Transportation System) will be managed by NASA». Gegenstand dieses Vertrages ist übrigens nur der Raumtransporter (shuttle). Wie wir einer Notiz von Botschaftsrat Chavaz vom 27. April 1971[9] entnehmen, ist ebenfalls vorgesehen, dass das Programm aus dem Budget der NASA finanziert werden soll. Aus einer weiteren Notiz von Herrn Chavaz vom 28. April 1971[10] ergibt sich, dass sich, wenigstens vorderhand, auf europäischer Seite nur zivile Stellen für das Projekt interessieren.

Offen und von schweizerischen Fachleuten noch abzuklären ist, inwiefern sich das Shuttle auch für militärische Zwecke eignen würde. An und für sich würde eine allfällige Ambivalenz des Transporters einer Zusammenarbeit Schweiz–USA nicht von vorneherein im Wege stehen. Es ist etwa darauf hinzuweisen, dass z. B. die gemeinsame Entwicklung von Lastwagen unbedenklich wäre, obschon solche auch für Truppen- oder Munitionstransporte verwendbar sind. Im vorliegenden Fall verhält es sich jedoch anders, da die Air Force von Anfang an auf die Spezifikationen einen beträchtlichen Einfluss nimmt, wie namentlich aus der Mitteilung auf raschem Wege aus Washington vom 28. Mai 1971[11] hervorgeht; auch nach dem erwähnten Agreement muss das STS «be of maximum utility to both NASA and the DOD (Department of Defense)», «fulfill the objectives of both the NASA and the DOD», «meet DOD and NASA requirements». (Ziffer I, II lit. A und lit. B).

4. Von grosser Bedeutung ist sodann, in welcher Weise die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und den USA ausgestaltet würde. Hierüber sind erst vage Besprechungen geführt worden. Wie wir dem Bericht vom 7. April 1971[12] über die vierte Ministerkonferenz der Europäischen Weltraumkonferenz, Seite 16, entnehmen, verstehen die USA im Sinne einer Arbeitshypothese unter Beteiligung die Verpflichtung der europäischen Staaten, mindestens 10% an die Entwicklungskosten beizutragen; in bezug auf den Anteil Europas an Programmentscheidungen, am Management und an Informationen blieben die Amerikaner in ihren Zugeständnissen bisher zurückhaltend.

Wie wir weiter oben ausgeführt haben, verbietet das Neutralitätsrecht dem neutralen Staat, den Kriegführenden finanzielle Unterstützung für die Kriegführung zu gewähren. Angesichts dessen ist im Frieden – immer vorausgesetzt, dass beim Post-Apollo-Programm militärische Komponenten ins Gewicht fallen – aus neutralitätspolitischen Gründen hinsichtlich der Mitfinanzierung immerhin Vorsicht geboten. Andererseits soll der neutrale Staat, wie wir ebenfalls dargelegt haben, auf dem Rüstungssektor keine Geschenke entgegennehmen. Aus diesen beiden Erwägungen ergibt sich das Postulat, dass die vorgesehene

---

ment of the Air Force concerning the Space Transportation System *vom 17. Februar 1970, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Notiz von G. Chavaz vom 27. April 1971, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Notiz von G. Chavaz* Quelques premières questions au sujet de Post Apollo et la neutralité *vom 28. April 1971, Doss. wie Anm. 1.*

11. *Telegramm Nr. 316 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements vom 28. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Rundschreiben von E. Choisy an die Mitglieder und Stellvertreter der Eidgenössischen Beratenden Kommission für Weltraumfragen vom 7. April 1971, Doss. wie Anm. 1.*

Zusammenarbeit in Leistung und Gegenleistung ausgewogen sein müsste, was sich im übrigen nicht nur aus neutralitätspolitischen, sondern zweifellos auch aus anderen Überlegungen aufdrängen wird.

Was den Informationsaustausch anbelangt, so dürften jedenfalls keine geheimen Informationen in einer Weise ausgetauscht werden, die im Kriegsfall die Verteidigung der Schweiz gegen amerikanische Neutralitätsverletzungen oder Angriffe in Frage stellen würde. In dieser Hinsicht wirkt es sich vorteilhaft aus, dass gemäss dem mehrfach zitierten Agreement zwischen NASA und Department of the Air Force «the project will be generally unclassified».

5. Angesichts der zahlreichen unbekannten Faktoren, namentlich der noch vagen Informationen über die militärische Verwendbarkeit, die Intensität der Zusammenarbeit zwischen NASA und Air Force, die Art der Zusammenarbeit Europa–USA und die Motive der USA, können wir uns selbstverständlich nicht abschliessend äussern. Wir konnten lediglich einige Überlegungen aufzeigen, die es im Rahmen der künftigen Verhandlungen zu berücksichtigen gilt. Sollte es zur Realisierung gewisser, jetzt erkennbarer Tendenzen kommen, wären jedenfalls erhebliche neutralitätspolitische Bedenken vorhanden. Die Schweiz wird sich bemühen müssen, im Rahmen des Möglichen die als negativ bezeichneten Faktoren auszuschalten oder doch zu mildern. Erst anhand der allfälligen Ergebnisse der Verhandlungen wird unter Abwägung aller Elemente die Frage nach der Vereinbarkeit mit der Neutralität beantwortet werden können.

Obschon bereits in der heutigen Situation zahlreiche neutralitätspolitische Bedenken bestehen, glauben wir nicht, dass sich die Schweiz überhaupt von den Besprechungen zurückziehen muss. In Anbetracht des bedeutenden, um nicht zu sagen lebenswichtigen Interesses der Schweiz an einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Raumfahrt lässt es sich verantworten, dass die Schweiz auf Zusehen hin an den Besprechungen weiterhin teilnimmt, nicht zuletzt um ihr die Möglichkeit zu geben, auf das Projekt den Einfluss zu nehmen, der ihr die Erfüllung ihrer Neutralitätspflichten ermöglichen wird.

P. S. Wir möchten noch erwähnen, dass trotz der Zusammenarbeit NASA–Air Force kaum anzunehmen ist, dass die USA den allfälligen europäischen Partnern Einblick in irgendwelche militärische Geheimnisse gewähren werden.

81

dodis.ch/35863

Notiz an den stellvertretenden Chef der Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements, E. Vallotton[1]

WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN USA

[Bern,] 22. Juni 1971

Herr Grin macht in seinem Schreiben vom 15. Juni 1971[2] zwei wichtige Feststellungen zum ganzen Problemkreis der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den USA. Er schreibt, dass erstens auf dem Gebiet der Atomenergie die Zusammenarbeit relativ aktiv und organisiert sei und dass der Weltraum einen Sonderfall darstelle. Dort hat sich ja mit bescheidenen Mitteln eine sehr fruchtbare Kooperation ergeben. Interesse unserer Wirtschaft, einzelner Forscher und der Behörden (Uranlieferung) haben zum Abschluss zwischenstaatlicher Abkommen (auf dem Gebiet der Atomenergie[3]) und zur Zusammenarbeit geführt – nicht nur mit den USA, sondern einer ganzen Reihe von Ländern[4].

Herr Grin erwähnt zweitens, dass nach den von Herrn Tavel mit den amerikanischen Behörden im Juni 1968 geführten Gesprächen[5] auf allen anderen in Betracht gezogenen Gebieten die erhofften Reaktionen ausgeblieben sind. Man sollte sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Wissenschaftsrat erst Ende 1964 gegründet[6], die Abteilung für Wissenschaft und Forschung erst 1969[7] und das Amt für Umweltschutz erst dieses Jahr geschaffen wurden. Man darf nicht vergessen, dass diese Stellen sich zuerst organisieren mussten und von Anfang an vor gewaltigen nationalen Aufgaben standen. Man sollte auch nicht übersehen, dass die Schweiz auf einzelnen Gebieten mit den USA multilateral zusammenarbeitet, zum Beispiel im Rahmen der OECD[8] auf den

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#1032* (o.320). *Verfasst von O. Uhl.*
2. *Schreiben von G.-A. Grin an E. Vallotton vom 15. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. z. B. für die USA das BR-Prot. Nr. 1923 vom 5. November 1965,* dodis.ch/31235 *sowie das BR-Prot. Nr. 40 vom 4. Januar 1966,* dodis.ch/31965; *für Grossbritannien das BR-Prot. Nr. 1435 vom 11. August 1964,* dodis.ch/31430; *für Kanada das BR-Prot. Nr. 1721 vom 28. September 1964,* dodis.ch/32018; *für Brasilien das BR-Prot. Nr. 215 vom 2. Februar 1965,* dodis.ch/32299 *und das BR-Prot. Nr. 2134 vom 22. Dezember 1967,* dodis.ch/33611 *sowie für Schweden das BR-Prot. Nr. 1776 vom 24. Oktober 1967,* dodis.ch/32966.
4. *Zu den wissenschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion vgl. DDS, Bd. 25, Dok. 172,* dodis.ch/35655.
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 115,* dodis.ch/30266.
6. *Zur Gründung des Wissenschaftsrats vgl. das BR-Verhandlungsprot. der 48. Sitzung vom 26. Juni 1964,* dodis.ch/31985.
7. *Zur Reorganisation des Politischen Departements und zur Schaffung der Abteilung für Wissenschaft und Forschung vgl. das Protokoll der Chefbeamtenbesprechung vom 30. November 1966,* dodis.ch/31998.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 71,* dodis.ch/33017.

wichtigsten Gebieten des Umweltschutzes[9]. Meines Wissens hat die Schweiz seit 1968 mit keinem ihrer Nachbarländer besondere bilaterale Beziehungen auf wissenschaftlich-technischen Gebieten, die nicht zur Atomenergie oder zum Weltraum gehören, angeknüpft. Die Organisationsgrundlage ist erst im Entstehen, Prioritäten müssen erst festgelegt werden.

Die Anstrengungen, die die Sektion seit 1969 für eine Zusammenarbeit mit den USA unternommen hat, konnten unter diesen Umständen nicht zu den gewünschten Erfolgen führen. Da keine politische Notwendigkeit für eine Zusammenarbeit bestand (und besteht), ist es an Industrie, Forschern, Instituten und den inzwischen gegründeten Fachstellen, die Wünschbarkeit einer Kooperation auf verschiedenen Gebieten von ihrer Warte aus abzuklären und gegebenenfalls zu fördern. Die Sektion unternahm damals als Kontaktstelle und mangels der inzwischen geschaffenen Stellen die von Herrn Tavel gewünschten Initiativen in der Schweiz. Heute ist das Departement nur noch für die politischen Aspekte und diejenigen Probleme zuständig, die in seinen Kompetenzbereich fallen.

Nachstehend gebe ich Ihnen wunschgemäss den Stand der zu Rede stehenden Einzelfälle bekannt.

1. Forschung auf dem Bausektor

Die Schilderung Herrn Grins[10] wird durch die beiliegende Aktennotiz vom 23. November 1970[11] und die beigeschlossene Kopie des Berichts[12] von Herrn Tavel vom Dezember ergänzt. Im Dossier sind die Kopien von Schreiben[13] unserer Botschaft in Washington an die Professoren Huber und Hauri zu finden. Daraus geht hervor, dass Herr Grin den Kontakt mit den zuständigen, aber leider nicht interessierten Stellen aufrechtzuerhalten versucht hat.

Es scheint mir offensichtlich, dass dieses Gebiet zur Zeit nicht für eine Zusammenarbeit in Frage kommt. Schweizerischerseits ist zu wenig Interesse vorhanden.

2. Krebsforschung[14]

Das Politische Departement steht heute wie früher einer internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Krebsforschung positiv gegenüber. Es kann jedoch nicht Sache des Departements sein, über die wissenschaftliche Opportunität der Zusammenarbeit mit den USA zu befinden.

---

9. *Vgl. dazu Dok. 56,* dodis.ch/34307, *Anm. 5.*

10. *Vgl. Anm. 2.*

11. *Nicht ermittelt.*

12. *Schreiben von Ch. Tavel an P. Graber vom 10. Dezember 1970,* CH-BAR#E2200.36# 1996/251#16* (011.0) *sowie den* Rapport d'activité *von Ch. Tavel vom 7. Oktober 1970, Doss. wie Anm. 1.*

13. *Schreiben von G.-A. Grin an H. H. Hauri vom 15. Dezember 1970 und die Schreiben von G.-A. Grin an J. W. Huber vom 15. Dezember 1970 und vom 26. März 1971,* CH-BAR# E2200.36#1984/185#866* (653.0).

14. *Vgl. dazu die Notiz* Bilaterale Zusammenarbeit Schweiz-USA Krebsforschung *von R. Wermuth vom 30. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*

3. Wasserverschmutzung

Die Schweiz arbeitet multilateral mit den USA im Umweltausschuss der OECD zusammen. Es ist wohl am besten, wenn Herr Grin mit dem kürzlich gegründeten Amt für Umweltschutz Kontakt aufnimmt. Über die Kontakte im Jahre 1969 siehe beiliegende Vorgänge[15].

4. Spezielle Forschungen auf den Gebieten des Bauingenieurwesens und der Geotechnik

Das Bestehen irgendwelcher Kontakte zwischen schweizerischen und amerikanischen Gruppen ist aus den Dossiers nicht ersichtlich. Auch über die Abklärungen, die Herr Tavel unternommen haben soll, ist nichts zu finden.

5. Besuch des wissenschaftlichen Beraters[16] des US-Präsidenten[17] in der Schweiz

Im beiliegenden Schreiben des Wissenschaftsrates vom 10. Juli 1970[18] wird das Departement gebeten, sich zur Dringlichkeit eines Besuches des wissenschaftlichen Beraters des US-Präsidenten oder des kanadischen wissenschaftlichen Beraters[19] zu äussern. Herr Botschafter Thalmann hat in der Sitzung des Wissenschaftsrates vom 16. Juli 1970[20] darauf hingewiesen, dass darüber die Wissenschaft zu entscheiden habe.

---

15. *Vgl. dazu das Schreiben von O. Jaag an E. Thalmann vom 3. März 1969, Doss. wie Anm. 1 sowie die Notiz* Wasserverschmutzung *von O. Uhl vom 24. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*
16. *E. E. David.*
17. *R. Nixon.*
18. *Nicht ermittelt. Vgl. dazu das Protokoll vom 8. Juli 1970 der Sitzung vom 2. Juli 1970 von A. Vifian und H. Ochsenbein,* CH-BAR#E2003A#1984/84#1078* (o.323.8).
19. *O. Solandt.*
20. *Protokoll der Sitzung des Wissenschaftsrats vom 16. Juli 1970,* CH-BAR#E2003A# 1984/84#1078* (o.323.8).

82

dodis.ch/35535

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Moskau, J. de Stoutz[1]

BESUCH PATOLITSCHEW

Bern, 23. Juni 1971

Ein längerer Auslandaufenthalt des Unterzeichneten, den er nur für einige Tage anlässlich des Besuches von Aussenhandelsminister Patolitschew unterbrach, sowie eine gleichzeitige dienstliche Abwesenheit von Dr. Roches aus Bern haben uns daran gehindert, Ihnen, wie wir es gerne

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.157#1988/213#184* (541.1(1)). *Handschriftliche Marginalie von J. de Stoutz:* Inf*[ormer]* Fardel, puis Q*[uinche]* et retour à *[de]* St*[outz]* s. v. p.

getan hätten, zusammenhängend über diesen Staatsbesuch zu berichten. So mussten wir uns darauf beschränken, Ihnen telegraphisch[2] nur kurz den in jeder Hinsicht erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung, die wir sorgfältig vorbereitet und auch äusserlich mit dem nötigen Aufwand versehen hatten, zu melden. Nicht nur der Minister, mit dem sich über das Amtliche hinweg auch gewisse nähere menschliche Kontakte herstellen liessen, hat sich bei seiner Abreise sehr lobend ausgesprochen; auch der nicht selten zur Kritik neigende Botschafter Tschistiakow kam Herrn Bundesrat Graber anlässlich seiner Vorsprache vom 8. Juni noch Dank, Anerkennung und Zufriedenheit unseres Besuchers übermitteln (vgl. hiezu Ziff. 1 der Notiz des EPD vom 10. Juni[3], wovon Sie Kopie erhielten). Durch Zustellung des genauen Besuchsprogramms für P*[atolitschew]*, der übrigen für diesen Anlass vorbereiteten Unterlagen sowie der Texte der Ansprache von Bundesrat Graber bei der Ausstellungseröffnung vom 3. Juni[4] und der Tischrede von Bundesrat Brugger beim bundesrätlichen Déjeuner im «Lohn» vom 4. Juni[5] gelangten Sie in den Besitz weiterer partieller Informationen.

Wir möchten heute dieses Bild durch einige weitere Hinweise abrunden.

1. Nicht geringe Aufregung verursachte schon am Ankunftstag des am Abend eintreffenden Ministers die Nachricht, dass jüdische Studentenkreise in Basel anlässlich der Eröffnung der sowjetischen Ausstellung vom 3. Juni vor den Messehallen wegen der Judenprozesse[6] in Leningrad und Riga zu *demonstrieren* gedachten. Der Unterzeichnete erfuhr davon zu Mittag anlässlich seiner Ankunft aus Wien. Die Basler Regierung hatte ihrerseits geglaubt, mangels einer Rechtsgrundlage, und um Schlimmeres zu verhüten, die Demonstration nicht verbieten zu sollen, aber kontrollieren zu können. Es bedurfte nachdrücklicher Interventionen des Unterzeichneten beim zuständigen Basler Regierungsrat Franz Hauser und seinen Polizeiorganen sowie gemeinsamer Bemühungen bei den nicht uneinsichtigen Organisatoren, um diese schliesslich zu einem Verzicht auf die Manifestation, die den Besuch des sowjetischen Ministers von Anfang an unter einem schlechten Stern gestellt hätte, zu verhindern. Wir haben aber P*[atolitschew]*, wie den jüdischen Organisatoren versprochen worden war, über die geplante Demonstration, deren Gründe und den schliesslichen Verzicht orientiert. Er schien darüber offensichtlich erleichtert. Die

---

2. *Vgl. das Telegramm Nr. 15 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Moskau vom 8. Juni 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6363* (C.41.111.0).

3. *Notiz von K. Fritschi vom 10. Juni 1972,* CH-BAR#E2200.157-04#1988/213#109* (331.1).

4. Begrüssungsworte anlässlich der sowjetischen Industrieaustellung in Basel *am 3. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*

5. Besuch von Herrn Aussenhandelsminister Patolitschew, Tischrede *vom 4. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*

6. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#3930* (B.34.94.10) *und* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6326* (B.34.94.10). *Zu den Reaktionen auf die Urteile im Leningrader Prozess im Zusammenhang mit dem Prozess in Burgos vgl. Dok. 54,* dodis.ch/35679. *Allgemein zur Situation in der Sowjetunion vgl. den Politischen Bericht Nr. 5 von J. de Stoutz an P. Graber vom 4. Mai 1970,* dodis.ch/35621 *und den Politischen Bericht Nr. 12 von J. de Stoutz an P. Graber vom 9. März 1972,* dodis.ch/35622.

Sicherheitsmassnahmen der Basler Polizei – wie auch später der andern kantonalen und städtischen Polizeiorgane – waren im übrigen vorbildlich. Über die anonyme telephonische Bombendrohung gegen die Ausstellung am 5. Juni, die sich nach kurzer energischer Polizeidurchsuchung als schlechter Scherz entpuppte, ebenso über die antizionistische Schrift, die in der Sowjetausstellung auflag und nach parlamentarischer Intervention im Basler Grossen Rat auf Verlangen der kantonalen Regierung von der sowjetischen Ausstellungsleitung zurückgezogen wurde, werden Sie schon durch die Presse vernommen haben.

2. Der Besuch der *Basler chemischen Industrie* am Nachmittag des 3. Juni verlief auf das beste. P*[atolitschew]* war von den Ciba-Anlagen und namentlich von der ihm vorgeführten wissenschaftlichen Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung sichtlich beeindruckt (zurzeit wird, wie Sie wissen dürften, über ein Projekt zur Errichtung einer Anlage zwecks Herstellung von Substanzen zur Bekämpfung von Baumwollschädlingen seitens der *Ciba-Geigy* in Kasachstan mit den Sowjetbehörden verhandelt). Das von den Kollegialfirmen der Chemie offerierte, von Dr. Käppeli präsidierte Dîner auf Schloss Binningen wurde durch eine in bester Stimmung vorgetragene temperamentvolle Rede des Ministers gekrönt.

3. Der Besuch P*[atolitschew]*'s bei *Bundespräsident Gnägi* trug vor allem Höflichkeitscharakter. Das Gespräch der beiden von Haus aus mit der Landwirtschaft verbundenen Staatsmänner gelangte dabei schon rasch ins Gebiet der Agrarfragen, wobei P*[atolitschew]* sich bemühte, seinem Gastgeber die Vorteile des Übergangs von der Kolchosen- zur Sowchosenwirtschaft mundgerecht zu machen. Auch hier erwähnte er die Bedeutung der Arbeiten unserer chemischen Industrie im Sektor der Herbiziden und Pestiziden.

4. Die rund einstündige *Aussprache mit dem Chef des EVD*[7], der neben dem Unterzeichneten und Dr. Roches auch Direktor Jolles und der in Bern anwesende Botschafter Weitnauer (früher Delegierter für Osteuropa) beiwohnten, war zu einem guten Teil den schweizerischen Bemühungen zur Herstellung spezieller Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften gewidmet. Immer wieder auf die stark vereinfachte Auffassung zurückfallend, wonach wir im Grunde die Vollmitgliedschaft bei der EWG suchten, erhob P*[atolitschew]* gegen diese angebliche schweizerische Absicht die bekannten Einwände. Man wolle keinen Druck auf uns ausüben; wir müssten aber die sowjetische Linie kennen. Diese strebe nach einer umfassenden Handelsentwicklung auf europäischer Ebene. Die EWG bewirke jedoch das Gegenteil, nämlich die Aufsplitterung Europas, nachdem sie schon durch ihre restriktive Politik zur Gründung der EFTA Anlass gegeben und damit die weitere Zersplitterung gefördert habe. In Wirklichkeit schaffe die EWG, die von Gemeinsamkeit der Wege und Ziele spreche, nur neue Hindernisse. Es sei ihr auch nicht gelungen, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, wie sie es wollte, zu «vergemeinschaften»; jeder einzelne EWG-Staat sei vielmehr immer noch genötigt, mit den sozialistischen Staaten separat zu

7. *E. Brugger.*

verhandeln, wenn er mit diesen zu langfristigen Verträgen gelangen wollte. Dies zeige, dass das EWG-Prinzip zur Praxis in Widerspruch stehe. Was der UdSSR grundsätzlich vorschwebe, sei, wie schon erwähnt, nicht ein Europa der zersplitterten Blöcke, sondern eine Zusammenarbeit, zu der auch die Erörterung der wirtschaftlichen Probleme an einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz beitragen könnte.

Es bereitete einige Mühe, P*[atolitschew]* von seinen vorgefassten Vorstellungen abzubringen, obwohl wir – wie der Unterzeichnete bemerkte – dem Sowjetbotschafter[8] die wirkliche Situation und unsere wahren Absichten schon öfters sehr klar auseinandergesetzt und gehofft hätten, dass er sie in diesem Sinne nach Moskau weitermelden würde. Bundesrat *Brugger* betonte, dass der freie Welthandel ungeachtet der sowjetischen Befürchtungen doch recht beträchtliche Leistungen auszuweisen habe. Unter den westeuropäischen Staaten sei die Schweiz anerkanntermassen einer der liberalsten Welthandelspartner. Gerade in unserem Willen, diese Weltoffenheit aufrecht zu erhalten, liege eines der Probleme, die wir im Verhältnis zum Gemeinsamen Markt zu lösen wünschten. In der Absichterklärung[9] der schweizerischen Regierung gegenüber den Europäischen Gemeinschaften sei unsere Entschlossenheit, die handelspolitische Freiheit im Verkehr mit Drittländern zu wahren, zu denen selbstverständlich auch die sozialistischen Staaten gehören, ausdrücklich hervorgehoben. Dies sei Bestandteil unserer erhaltenswerten Neutralität. Auch die Schweiz erstrebe einen gesamteuropäischen freien Markt, dem sich der Osten ebenfalls öffnen sollte[10]. Botschafter *Jolles* betonte diesen Aspekt seinerseits. Wir haben in Brüssel das Erfordernis, politisch die internationale Bewegungsfreiheit und handelspolitisch die unabhängige Gestaltung unserer Aussenhandelsbeziehungen mit den übrigen Ländern zu sichern, klar zum Ausdruck gebracht. Der weiteren Ausgestaltung unserer bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion stehe auch in Zukunft nichts im Wege. Der Ausbau dieser Beziehungen sei im übrigen wünschbar, damit das Handelsvolumen der Schweiz mit der Grossmacht UdSSR aus der Grössenordnung unseres Austausches mit Ländern wie Norwegen oder Argentinien heraustrete. Soweit diese seitens unseres Gastes teils wieder recht temperamentvoll, aber in durchaus freundschaftlichem Tone ohne irgendwelche Drohung geführte Diskussion, der das nahende Déjeuner im «Lohn» ein Ende setzte. Wir hoffen, dass sie dem Aussenhandelsminister ein doch etwas objektiveres Bild unserer Intention vermitteln konnte, als jenes, das er offenbar normalerweise vorgesetzt bekommt.

5. Der Vormittag des Samstag 5. Juni bot Gelegenheit zu einer einstündigen Unterredung der Herren Präsident Bauer und Direktor Retornaz von der FH mit P*[atolitschew]* und seinen Mitarbeitern. Der Unterzeichnete, Dr. Roches und Herr Bürki waren ebenfalls anwesend. Zur Sprache kamen unsere be-

---

8. *A. S. Tschistjakow.*

9. *Vgl. Dok. 44,* dodis.ch/35774, *bes. Anm. 2.*

10. *Zur neuen Konzeption der Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754. *Vgl. ferner Dok. 176,* dodis.ch/35755.

kannten *Uhrenthemen*[11]*, wobei P[atolitschew]* für unsere Exportwünsche (Komplettierung des Sortiments) sowie für unser Begehren nach sowjetischer aktiver Unterstützung im Kampf gegen die Fälschungen in Hongkong[12] und anderswo ein gewisses Verständnis durchblicken liess. Herr Retornaz bereitet über das Gespräch eine Aufzeichnung[13] vor, die wir Ihnen noch zustellen werden[14]. Zum Schluss der Unterredung wurde Herrn P*[atolitschew]* eine goldene *Omega*-Uhr als Erinnerung überreicht.

6. Sehr harmonisch verlief das bundesrätliche *Mittagsessen* im festlichen «Lohn». P*[atolitschew]* beantwortete Bundesrat Bruggers Tischrede mit einer längeren improvisierten Ansprache, worin er die Gleichberechtigung grosser und kleiner, «starker und weniger starker Staaten», die in gegenseitigem Respekt nebeneinander leben müssten, in allen Variationen hervorhob und nicht zuletzt am Beispiel der Sowjetrepublik Georgien zu illustrieren suchte! Auch der georgische Vize-Ministerpräsident (und Aussenminister) *Kiknadze* sprach einige – sympathische – Worte.

7. Für die Betreuung P*[atolitschew]*s über das *Wochenende* war, wie Sie schon wissen werden, in äusserst grosszügiger und spektakulärer Weise (Ehrengarde, Salonwagen, Ortsmusik), die ihren Eindruck nicht verfehlte, Herr René Bühler von der Firma *Gebr. Bühler, Uzwil*, besorgt. Die Firma, die bekanntlich soeben mit einer sehr namhaften sowjetischen Bestellung bedacht worden ist, liess sogar die Belegschaft am Samstag nachmittag antreten, um die Fabrik in Betrieb zeigen zu können. Ein Sonntag-Ausflug zum Suworow-Denkmal in der Schöllenen-Schlucht liess schliesslich auch die emotionell-patriotische Seite des ehemaligen Parteifunktionärs P*[atolitschew]* durchbrechen.

8. Dass der Besuch im modernen *BBC-Werk* in Birr wegen eines Unwohlseins des Ministers wegfallen musste, wissen Sie schon. P*[atolitschew]* hat offenbar Herrn Bertola in Moskau (Vorortsdelegation) bereits sein Bedauern ausgesprochen. Über das lebhafte Interesse des Ministers für die automatische Giessereianlage der *Georg Fischer* in Schaffhausen berichteten wir Ihnen telegraphisch[15].

Alles in allem genommen kann jedenfalls der Besuch von Aussenhandelsminister Patolitschew als durchaus erfolgreich verlaufen und als gutes Omen für die weitere Entwicklung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs betrachtet werden. Im persönlichen Gespräch mit dem Unterzeichneten betonte P*[atolitschew]* mehrmals, wie sehr ihn der allgemein hohe Entwicklungsstand, die stark fortgeschrittene Industrialisierung und die reibungslose Organisation der Schweiz beeindruckt hätten.

Wir möchten diesen Bericht nicht schliessen, ohne Ihnen verbindlich für Ihre wertvolle Unterstützung zum guten Gelingen der Veranstaltung zu danken.

---

11. *Vgl. dazu Dok. 104,* dodis.ch/35620, *Punkt 3 und 4.*
12. *Vgl. dazu Dok. 129,* dodis.ch/35588.
13. *Notiz von R. Retornaz vom 23. Juli 1971, Doss. wie Anm. 1.*
14. *Schreiben von R. Probst an J. de Stoutz vom 6. August 1971, Doss. wie Anm. 1.*
15. *Vgl. Anm. 2.*

P. S.

Dürfen wir Sie bitten, die beiliegenden Dankesbriefe[16] an Minister Patolitschew für die hier zurückgelassenen Abschiedsgeschenke an ihre Bestimmung weiterzuleiten? Wie Sie sehen werden, hat sich Bundesrat Brugger entschlossen, angesichts seines guten menschlichen Kontakts zu Patolitschew mit einem unverbindlichen, rein persönlichen Anliegen[17] an diesen heranzutreten.

16. *Schreiben von R. Probst an N. S. Patolitschew vom 17. Juni 1971; Schreiben von E. Brugger an N. S. Patolitschew vom 18. Juni 1971 sowie Schreiben von P. R. Jolles an N. S. Patolitschew vom 22. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*

17. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an E. Thalmann vom 19. August 1971, Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6291* (B.15.50): *E. Brugger hat* seinem Dankesbrief, auf Bitte eines parlamentarischen Freundes *[A. Krummenacher]*, diskret und ohne Insistenz eine Liste ausreisewilliger jüdischer Sowjetbürger beigelegt. *Vgl. ferner Doss.* CH-BAR#E7001C#1982/118#8* (004.08).

83

dodis.ch/35204

Antrag des Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat[1]

ERMÄCHTIGUNG DER DEPARTEMENTE UND DER BUNDESKANZLEI ZUM SELBSTÄNDIGEN ENTSCHEID ÜBER BEWILLIGUNGEN ZUR VORNAHME VON HANDLUNGEN FÜR EINEN FREMDEN STAAT GEMÄSS ART. 271 STGB

Bern, 28. Juni 1971

1. Nach Art. 271 Zif. 1 StGB macht sich strafbar,

«Wer auf schweizerischem Gebiet ohne Bewilligung für einen fremden Staat Handlungen vornimmt, die einer Behörde oder einem Beamten zukommen, wer solche Handlungen für eine ausländische Partei oder eine andere Organisation des Auslandes vornimmt, wer solchen Handlungen Vorschub leistet.»

Zur Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz gehört der Schutz der Gebietshoheit, welche durch das Tätigwerden ausländischer Beamter verletzt würde. Es entspricht dabei konstanter schweizerischer Praxis, Amtshandlungen ausländischer Beamter auf Schweizergebiet grundsätzlich nicht zuzulassen.

2. In den letzten Jahren haben sich die Bestrebungen fremder Staaten, durch ihre Beamten Amtshandlungen auch auf schweizerischem Gebiet vorzunehmen, verstärkt.[2] Dazu haben vor allem die wachsende Interdependenz und die damit verbundene Verflechtung der Volkswirtschaften beigetragen.

1. *Antrag*: CH-BAR#E1004.1#1000/9#772*. *Unterzeichnet von L. von Moos.*

2. *Zur Frage der verbotenen Handlungen für einen fremden Staat in der Schweiz vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 26,* dodis.ch/32619; *DDS, Bd. 25, Dok. 61,* dodis.ch/35212 *sowie die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T981.

Die moderne Technik macht ferner die Zulassung gewisser Kontrollen durch ausländische Behörden notwendig.

a) Eine ausländische Amtshandlung oder Kontrolle in der Schweiz ist ausnahmsweise zulässig, wenn sie *staatsvertraglich* vereinbart worden ist. Hierher gehören vor allem die im Rahmen der Kooperationsabkommen auf dem Gebiete der Atomenergie (USA[3], Grossbritannien[4], Kanada[5]) getroffenen Regelungen und die Abkommen über gegenüberliegende Grenzabfertigungsstellen[6].

Ausländische Beamte können in der Schweiz auch tätig werden, z. B. auf Grund der Ausführungserlasse zum Rohrleitungsgesetz. So kann nach Art. 2 Abs. 2 des BRB vom 29. 6. 1965, betreffend die technische Aufsicht über die Rohrleitungen (AS 1965, S. 493) das eidg. Rohrleitungsinspektorat einzelne Prüfungen auch öffentlichen ausländischen Prüfanstalten oder -organisationen übertragen. Es mag also der Fall eintreten, dass ausländische Beamte in der Schweiz Rohrleitungen prüfen. Das Tätigwerden dieser ausländischen Beamten stellt indessen kein hoheitsrechtliches Handeln seitens des Herkunftsstaates dar; vielmehr werden diese Beamten, gleich den Angehörigen einer privaten Prüfanstalt oder -organisation, auf Grund der vom Rohrleitungsinspektorat abgeschlossenen privatrechtlichen Abmachungen tätig. Ihre Prüfarbeit in der Schweiz fällt somit nicht unter Art. 271 StGB.

b) Ausserhalb eigentlicher Staatsverträge sind ferner auch *besondere Abmachungen* mit fremden Staaten getroffen worden. Zu erinnern ist an die für die schweizerische Exportindustrie anstelle beabsichtigter ausländischer Kontrollen vorgesehene Einschaltung schweizerischer Instanzen (kantonale Handelskammern), die zuhanden ausländischer Behörden die erforderlichen Abklärungen vornehmen (z. B. zuhanden ausländischer Zollbehörden in Bezug auf den sogenannten Wertzoll). Die Bemühungen gingen dahin, solche Ersatzlösungen, die die schweizerische Gebietshoheit nicht verletzen, auch auf anderen Sachgebieten, namentlich auch im Heilmittelsektor[7], vorzusehen.

c) Seit dem Inkrafttreten des Schweiz. Strafgesetzbuches sind vom Bundesrat und von Departementen gelegentlich auch *Einzelbewilligungen*[8] erteilt worden. Art. 271 StGB gibt dazu die Möglichkeit. Die Rechtsdienste des Eidg. Politischen Departementes und der Bundesanwaltschaft vermuteten indessen, dass darüber hinaus solche Bewilligungen auch noch von untergeordneten Stellen erteilt worden sein könnten. Jedenfalls erwies es sich, dass darüber

---

3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 88,* dodis.ch/31322, *Anm. 5 sowie DDS, Bd. 25, Dok. 81,* dodis.ch/35863.

4. Atom-Energie Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der United Kingdom Energy Authority *vom 20. Juli 1955,* dodis.ch/10557. *Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 113,* dodis.ch/31433, *Anm. 5.*

5. Notenwechsel zwischen der schweizerischen Botschaft in Ottawa und dem kanadischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten betreffend Erneuerung des am 6. 3. 1958 abgeschlossenen Abkommens über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Atomenergie, *AS, 1965, S. 884. Vgl. ferner DDS, Bd. 23, Dok. 113,* dodis.ch/31433, *Anm. 6.*

6. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1174* (C.11.20) *und* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3507* (C.11.20).

7. *Vgl. dazu Dok. 61,* dodis.ch/35212.

8. *Vgl. z. B. das BR-Prot. Nr. 1631 vom 20. September 1971,* dodis.ch/35209.

und über die Bewilligungspraxis im allgemeinen keine Bundesstelle einen Gesamtüberblick besitzt.

3. Der Rechtsdienst des Eidg. Politischen Departementes erliess am 1. November 1965[9] ein Rundschreiben an die Departementssekretariate, die Abteilungen der Bundeszentralverwaltung sowie an die Generalsekretariate der PTT und der SBB, mit dem Zweck, abzuklären, ob den angegangenen Amtsstellen in ihrem Arbeitsbereich Fälle bekannt seien, in denen in der Schweiz Kontrollen oder Amtshandlungen durch ausländische Organe vorgenommen und von wem sie allenfalls bewilligt worden seien. Ebenso wurden die Adressaten um Mitteilung ersucht, ob sie etwa früher schon Gesuche um Vornahme solcher Amtshandlungen abgelehnt hätten.

4. Nach den eingegangenen Antworten sind in den Jahren 1948 bis Ende 1965 insgesamt 23 Bewilligungen erteilt worden, davon drei durch den Bundesrat, zwei durch das Eidg. Politische Departement und drei durch das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement. In 15 Fällen wurden Amtshandlungen ausländischer Beamter durch den Departementen untergeordnete Amtsstellen bewilligt (Eidg. Steuerverwaltung vier, Eidg. Fremdenpolizei drei, Handelsabteilung, Zollverwaltung und Abteilung für Landwirtschaft je zwei, Eidg. Luftamt und Eidg. Veterinäramt je ein). Diese Bewilligungen betreffen die Sachgebiete: Rechtshilfe, Flüchtlingswesen, Steuerveranlagung, Zollfestsetzung und Zollanmeldung, gesundheits- und tierseuchenpolizeiliche Kontrollen, Kontrollen beim Reparaturdienst der Swissair. Nicht berücksichtigt sind in diesen Zahlen die Amtshandlungen ausländischer Behörden, die namentlich in den Aufgabenbereichen der Steuerverwaltung, der Oberzolldirektion und des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements auf Grund staatsvertraglicher Bestimmungen erfolgten. Ebenso sind nicht inbegriffen die Bewilligungen, welche die Polizeiabteilung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements auf Grund eines entsprechenden Kreisschreibens des Bundesrates vom 9. August 1918 (vgl. BBl 1918 Bd. 4 S. 370 ff.; Salis/Burckhardt I/19) im Laufe der Jahre mit Zustimmung der kantonalen Behörden für die Teilnahme ausländischer Funktionäre bei Beweiserhebungen für ausländische Strafprozesse erteilt hat.

5. Wenn auch davon auszugehen ist, die seinerzeit eingegangenen Meldungen seien des Zeitablaufs wegen nicht vollständig gewesen, so zeigte das Ergebnis jener Umfrage doch, dass jedenfalls mit der durch Art. 271 StGB vorgesehenen Bewilligungsmöglichkeit kein Missbrauch getrieben worden ist. Eidg. Politisches Departement und Eidg. Justiz- und Polizeidepartement gelangten jedoch zum Schluss, dass die Frage der Zuständigkeit für die Erteilung solcher Bewilligungen einer grundsätzlichen Regelung bedürfe.

6. Weder dem Wortlaut des Art. 271 StGB noch den Materialien ist zu entnehmen, was genau mit dem Ausdruck «ohne Bewilligung» gemeint und wer für die Erteilung der vorgesehenen Bewilligungen zuständig ist. Auch die Kommentatoren des Strafgesetzbuches sprechen sich darüber nicht speziell aus. Immerhin ist ihren Ausführungen zu entnehmen, dass sie alle an die Erteilung von Bewilligungen durch die höchsten Behörden denken (indem

9. *DDS, Bd. 23, Dok. 113,* dodis.ch/31433.

z. B. von staatsvertraglichen Regelungen die Rede ist). Somit sollten diese Bewilligungen, soweit sich nicht aus gesetzlichen oder staatsvertraglichen Bestimmungen etwas anderes ergibt, grundsätzlich vom Bundesrat erteilt werden, dem nach der Bundesverfassung der Schutz der Unabhängigkeit und damit der Gebietshoheit sowie die Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit obliegen (Art. 102 Zif. 9 und 10 BV).

Diesem Grundsatz steht jedoch das Bedürfnis entgegen, den Bundesrat als oberste Landesbehörde von Geschäften untergeordneter Bedeutung nach Möglichkeit zu entlasten. Tatsächlich lässt sich anhand des Rundfrageergebnisses feststellen, dass es sich zum Teil um Gesuche und Anfragen handelt, die ebensogut vom zuständigen Fachdepartement, von der Bundeskanzlei oder auf Grund entsprechender Richtlinien oder Weisungen auch von einem Departementssekretariat oder einem Abteilungschef entschieden werden können. Deshalb ist die Delegation der Bewilligungskompetenz anzustreben, wobei allerdings die Delegation nach unten bei den Abteilungen und Departementssekretariaten ihr Ende finden soll. Ferner muss dafür Gewähr geboten sein, dass sich der Bundesrat Gesuche und Anfragen von besonderer politischer oder anderweitig grundsätzlicher Bedeutung zum Entscheid selber vorbehalten kann und dass es bei der bisherigen grossen Zurückhaltung in der Bewilligungserteilung bleibt.

7. Gleichzeitig mit der Dezentralisation muss die Koordination mit Bezug auf die materielle Behandlung der Gesuche angestrebt werden.

a) Bereits bei der Auswertung des Rundfragematerials sind die Rechtsdienste des Eidg. Politischen Departements und der Bundesanwaltschaft zur Auffassung gelangt, eine solche Koordination sei notwendig. Sie sahen das Vorgehen angesichts der Vielgestaltigkeit der solchen Bewilligungen zugrundeliegenden Sachverhalte aber nicht in der ausschliesslichen Einsetzung des Eidg. Politischen Departements oder des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements. Vielmehr stellten sie sich als Lösung die Delegation der Bewilligungskompetenz durch den Bundesrat an die sachlich zuständigen Departemente vor, mit der Möglichkeit der Weiterdelegation für bestimmte Kategorien von Bewilligungen an die untergeordneten Abteilungen und Departementssekretariate. Als Fachbehörden sind die Departemente, bzw. die Abteilungen zur Erteilung solcher Bewilligungen tatsächlich sehr wohl in der Lage. Als besonders wichtig erachteten es aber die genannten Rechtsdienste andererseits, dass in Zukunft eine zentrale Stelle innerhalb der Bundesverwaltung von allen solchen Gesuchen vor Erteilung der entsprechenden Bewilligungen Kenntnis erhalte und auf eine einheitliche Praxis hinwirken könne. Dieser Auffassung ist beizupflichten und eine Lösung in diesem Sinne zu suchen. Einer solchen zentralen Stelle würde die Funktion zufallen, sich um eine gleichmässig zurückhaltende Praxis in der Bewilligungserteilung zu bemühen und dafür besorgt zu sein, dass der Bundesrat von allen Gesuchen von besonderer politischer oder anderweitig grundsätzlicher Bedeutung vorgängig Kenntnis erhält, damit er allenfalls selbst entscheiden oder aber Weisungen erteilen kann.

b) Die in Aussicht genommene Koordinationsstelle soll für jedes einzelne Ersuchen ein einfaches und rasches, von Fall zu Fall auch mündliches Mitberichtsverfahren durchführen. Es wäre eine Regelung zu treffen, ähnlich jener,

die sich für die Bewilligungen zur Überfliegung unseres Luftraumes durch nicht im vertraglich geregelten zivilen Linienverkehr stehende Flugzeuge zwischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement (Luftamt), Militärdepartement (Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr) und dem Politischen Departement (Rechtsabteilung) nach gemeinsam aufgestellten Richtlinien gut eingespielt hat[10]. Das Ergebnis dieses Mitberichtsverfahrens hätte die Grundlage zu liefern für den Entscheid, ob dem betreffenden Ersuchen zu entsprechen ist, ob es delegationsweise zu bewilligen oder im Zweifelsfalle dem Bundesrat vorzulegen ist.

c) Die Verhinderung und strafrechtliche Verfolgung unbewilligter Amtshandlungen für fremde Staaten fällt in den Aufgabenkreis des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements. Es erscheint deshalb gegeben, das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement mit der erwähnten Koordinationstätigkeit zu beauftragen. Das Politische Departement ist gemäss Schreiben vom 8. April 1970[11] mit dieser Lösung einverstanden. Es äussert einzig den Wunsch, in Fällen, in denen sich besondere aussenpolitische Probleme ergeben, konsultiert zu werden. Dies ist in den zu erlassenden Vorschriften zu berücksichtigen.

8. Die beantragte Delegation der Befugnis, über Ersuchen nach Art. 271 Zif. 1 StGB zu entscheiden, stützt sich auf Art. 23 des Bundesgesetzes vom 26. März 1914 über die Organisation der Bundesverwaltung (BS 1, 266). Ausserdem ist Art. 102 Zif. 8-10 der Bundesverfassung angeführt, um klar herauszustellen, dass es sich bei derartigen Verfügungen um solche betreffend die innere Sicherheit des Landes handelt.

9. Gegen «Verfügungen auf dem Gebiete der inneren und äussern Sicherheit des Landes» ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde unzulässig (Art. 100 lit. a rev. OG). Der mit der verwaltungsrechtlichen Kammer des Bundesgerichts erfolgte Meinungsaustausch führte zur übereinstimmenden Auffassung, dass Verfügungen nach Art. 271 Zif. 1 StGB unter diese Ausschlussklausel fallen.

Im übrigen findet das Bundesgesetz vom 20. 12. 1968 über das Verwaltungsverfahren (AS 1969, 737) Anwendung, wobei der fremde Staat in diesem Verfahren nicht Partei und nicht zur Beschwerde legitimiert ist. Er hat auch nicht etwa Anspruch auf Akteneinsicht.

10. Bei der Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbstständigen Entscheid über Bewilligungen nach Art. 271 Zif. 1 StGB handelt es sich ihrem wesentlichen Inhalt nach um eine Ergänzung des in der Gesetzessammlung veröffentlichten Bundesratsbeschlusses vom 17. November 1914[12] betreffend die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbstständigen Erledigung von Geschäften (Delegationsverordnung), gleich dem Bundesratsbeschluss vom 23. Dezember 1968 über

---

10. *Für die Richtlinien vgl. das BR-Prot. Nr. 1167 vom 4. Juli 1958,* CH-BAR#1004.1#1000/9#616*.

11. *Schreiben von E. Diez an H. Walder vom 8. April 1970,* CH-BAR#2001E#1980/83#240* (B.11.42.0). *Vgl. dazu auch die Notiz von E. Diez an P. Graber vom 12. August 1971,* dodis.ch/35205.

12. Bundesratsbeschluss betreffend die Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbständigen Erledigung von Geschäften *vom 17. November 1914, BS, 1, S. 289–330.*

eine ergänzende Ordnung der Zuständigkeit der Departemente und der ihnen unterstellten Amtsstellen zur selbstständigen Erledigung von Geschäften (AS 1969, 77). Sie ist deshalb gemäss Art. 4 lit. h des Rechtskraftgesetzes vom 12. März 1948 (AS 1949 II 1523) ebenfalls zu veröffentlichen.

Im übrigen wird der vorgelegte Entwurf, gleich wie die beiden zitierten Delegationsbeschlüsse des Bundesrates, nicht als Verordnung bezeichnet, sondern mit «Bundesratsbeschluss über ...» betitelt.

11. In Übereinstimmung mit dem Eidg. Politischen Departement ist das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement der Meinung, dass eine Regelung im hier umschriebenen Sinn Ordnung in die Bewilligungspraxis gemäss Art. 271 StGB zu bringen vermöchte. Trotz einer gewissen Dezentralisation der Bewilligungserteilung ist Gewähr geboten für eine einheitliche und zurückhaltende materielle Behandlung aller Gesuche, wobei den Fachdepartementen die Entscheidungsbefugnis weitgehend gewahrt bleibt. Der Bundesrat behält seinerseits den Gesamtüberblick und in jedem Fall von besonderer Bedeutung die Möglichkeit selbst zu entscheiden.

Auf Grund dieser Ausführungen stellt das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement den

Antrag

1. der Bundesrat möge gemäss dem beiliegenden Entwurf Beschluss fassen.
2. Der Beschluss sei in die Amtliche Sammlung[13] aufzunehmen[14].

---

13. Bundesratsbeschluss über die Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbständigen Entscheid über Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches *vom 7. Juli 1971, AS, 1971, S. 1053 f. Für den Entwurf vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#183* (B.11.42.0).

14. *Der Antrag wurde vom Bundesrat ohne Änderungen angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 1180 vom 7. Juli 1971,* dodis.ch/35204.

84

dodis.ch/35747

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

2500ÈME ANNIVERSAIRE DE L'EMPIRE D'IRAN

Berne, 6 juillet 1971

Les autorités iraniennes célébreront le 2500ème anniversaire de l'Empire d'Iran par des manifestations qui auront lieu à Chiraz et à Persépolis du 14 au 16 octobre prochain et auxquelles sont invités les Chefs d'État étrangers.

Notre Ambassade à Téhéran nous a fait savoir que le Gouvernement iranien insiste pour qu'un membre du Conseil fédéral accepte l'invitation[2].

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2004B#1982/69#272* (a.164.1). *Rédigée et signée par Ch.-A. Wetterwald.*
2. *Lettre de D. Gagnebin à Ch.-A. Wetterwald du 11 juin 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4226* (B.15.81.9).

Deux motifs principaux sont avancés. D'une part, ce serait dans l'intérêt de nos relations avec l'Iran[3] et, d'autre part, la plupart des Chefs d'État étrangers (à part beaucoup de Souverains, les Présidents Nixon, Podgorny, Heinemann, Jonas) auraient donné leur adhésion. En ce qui concerne le deuxième argument, nous avons établi que seule la participation de M. Jonas, Président de la République d'Autriche, était sûre.

Trois solutions nous paraissent possibles:

– Désignation d'un Conseiller fédéral en charge. (Le Président de la Confédération[4] est exclu selon notre pratique constante.) Le geste serait apprécié par les autorités iraniennes. Toutefois, sur le plan interne, nous risquons de prêter le flanc à la critique. Le faste des manifestations, l'argent dépensé, l'impopularité du Chah peuvent susciter des réactions déplaisantes[5]. Dans une lettre[6] adressée à M. l'Ambassadeur Keller par «Terre des hommes» en faveur des enfants du Pakistan oriental réfugiés en Inde[7], il est déjà fait allusion à la célébration du 2500ème anniversaire de l'Empire d'Iran dans les termes suivants: «Si ce monarque peut organiser un tel accueil pour une telle cause et de tels gens, je ne doute pas que notre Gouvernement et notre peuple ne puissent en faire pour le moins autant en faveur des enfants martyrs.»

– Désignation d'un ancien Conseiller fédéral[8] (par exemple M. Wahlen). Les autorités iraniennes, sondées à ce sujet, auraient réagi plutôt négativement[9]. Un ancien membre de gouvernement serait moins bien traité protocolairement. Des critiques dans notre pays ne sont pas non plus à exclure.

– Désignation de notre Ambassadeur[10] sur place en mission spéciale. Ce geste serait probablement considéré comme insuffisant de la part des autorités iraniennes. L'avantage serait que, sur le plan interne, nous éliminerions les critiques.

Nous pencherions en faveur de la seconde solution. Toutefois, nous devrions obtenir des assurances du Gouvernement iranien en ce qui concerne le traitement. Il faudrait le convaincre que, pour nous, il s'agit d'un geste de valeur qui correspond à nos usages[11].

---

3. *Sur les relations entre l'Iran et la Suisse, cf. le rapport de M. König à P. Graber du 13 mars 1970,* dodis.ch/36654; *la lettre de D. Gagnebin à P. Graber du 1er mars 1972,* dodis.ch/36619 *et la notice de M. Gelzer à P. Graber du 9 mars 1970,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3486* (B.15.21).

4. *R. Gnägi. Sur la pratique concernant les visites officielles du Président de la Confédération à l'étranger, cf. doc. 114,* dodis.ch/35519.

5. *Sur les critiques formulées contre l'Iran et la participation suisse aux festivités, cf. le PVCF N° 1730 du 11 octobre 1971,* dodis.ch/36630; *le télégramme N° 81 du Département politique à D. Gagnebin du 15 octobre 1971,* dodis.ch/36632; *la lettre de D. Gagnebin à P. Graber du 27 octobre 1971*, dodis.ch/36631 *et la notice de M. L. Caroni du 27 avril 1972,* dodis.ch/36625.

6. *Lettre de E. Kaiser à R. Keller du 23 juin 1971, doss. comme note 1.*

7. *Cf. doc. 106,* dodis.ch/35311, *en particulier note 7.*

8. *Sur la participation de l'ancien Chef du Département politique M. Petitpierre aux obsèques de Ch. de Gaulle, cf. doc. 48,* dodis.ch/35760.

9. *Cf. note 2.*

10. *D. Gagnebin.*

11. *Cf. la lettre de D. Gagnebin à Ch.-A. Wetterwald du 14 juillet 1971, doss. comme note 2. Finalement le Conseil fédéral décide de se faire représenter par F. T. Wahlen; cf. le PVCF N° 1405 du 20 août 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#773*.

85

dodis.ch/35584

Der Chef der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements, O. Schürch, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Bern, 19. Juli 1971

Am 27. 5. 1971[2] hat die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission zur Vorberatung eines Bundesgesetzes über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer[3], welcher neben Fachleuten der Kantone und des Auslandschweizersekretariates der Neuen Helvetischen Gesellschaft auch Ihr Mitarbeiter Herr Dr. M. Leippert und Herr Dr. Ch. Minger von der Eidgenössischen Finanzverwaltung angehören, den von der Polizeiabteilung ausgearbeiteten Vorentwurf[4] nach mehrtägigen gründlichen Beratungen in zweiter Lesung genehmigt. Wir gestatten uns, Ihnen diesen Vorentwurf in der Beilage zu übermitteln mit der Bitte, uns Ihre allfälligen Bemerkungen[5] dazu wenn möglich bis zum 22. 9. 1971 zukommen zu lassen. An diesem Tag wird die Expertenkommission nochmals zusammentreten[6], um die sich vor der Einleitung des Vernehmlassungsverfahrens[7] stellenden Fragen zu besprechen.

Nach dem Vorschlag der Expertenkommission wären als Auslandschweizer im Sinne des Gesetzes nur Schweizerbürger zu betrachten, die im Ausland Wohnsitz haben oder sich seit mehr als drei Monaten dort aufhalten. Für die Hilfeleistung an vorübergehend im Ausland weilende Schweizerbürger wären die erforderlichen Kredite alljährlich in das Budget der Eidgenossenschaft aufzunehmen und durch das Parlament genehmigen zu lassen, wie dies schon bisher für uneinbringliche Vorschüsse der Polizeiabteilung gehandhabt wurde. Wir sind uns bewusst, dass diese Zweiteilung der Fürsorge unbefriedigend ist. Eine andere Auslegung des Begriffs «Auslandschweizer» im Gesetz liesse sich aber wie die Justizabteilung in einem Gutachten ausgeführt hat mit dem Wortlaut von Art. 45bis BV und dessen Interpretation anlässlich der parlamentarischen Beratung kaum vereinbaren.

Der Gesetzesentwurf entspricht im übrigen den vom Bundesrat bereits gutgeheissenen Grundzügen[8]. Danach würde der Bund nach dem Inkrafttreten des Gesetzes anstelle der Kantone für Auslandschweizer fürsorgepflichtig. Die Kantone hätten aber weiterhin alle Unterstützungen, die ein anderer Staat aufgrund eines Fürsorgeabkommens von der Schweiz zurückfordern kann –

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#129* (A.15.71.22). *Verfasst von R. Binggeli.*
2. *Protokoll vom 19. Juli 1971 der Sitzung der Expertenkommission zur Vorberatung eines Bundesgesetztes über Fürsorgeleistung vom 27. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*
3. Bundesgesetz über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer *vom 21. März 1973, AS, 1973, S. 1976–1982. Zu dessen Ausarbeitung vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 91,* dodis.ch/32283.
4. *Für den Entwurf vom 27. Mai 1971 vgl. Doss. wie Anm. 1.*
5. *Schreiben von E. Thalmann an O. Schürch vom 15. September 1971,* dodis.ch/36830.
6. *Vgl. dazu die Notiz von M. Leippert vom 22. September 1971, Doss. wie Anm. 1.*
7. *Vgl. dazu Dok. 120,* dodis.ch/35585.
8. *BR-Prot. Nr. 1359 vom 12. August 1970,* dodis.ch/35703.

solche Abkommen bestehen einzig mit Frankreich[9] und der Bundesrepublik Deutschland[10] –, zu tragen (Artikel 1)[11]. Die Unterbringung und Betreuung heimgekehrter Auslandschweizer wäre Sache der nach kantonalem Recht zuständigen Behörde. Der Bund würde den Kantonen die Kosten für die ersten drei Monate zurückvergüten, sofern sich der Hilfsbedürftige mindestens drei Jahre im Ausland aufgehalten hat und dort zur Zeit seiner Rückkehr nicht zulasten eines Kantons unterstützt worden ist (Artikel 3).

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes enthalten allgemeine, in der öffentlichen Fürsorge anerkannte Grundsätze. Einen besondern Hinweis verdient Artikel 22, der den Hilfsbedürftigen das Recht der Beschwerde an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und in besondern Fällen die Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht einräumt.

Wie in der Botschaft des Bundesrates zum Bundesbeschluss über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45bis über die Auslandschweizer[12] dargelegt wurde, bezweckt die bundesrechtliche Regelung der Fürsorge u. a. die bestehenden Ungleichheiten bei der Unterstützung der Auslandschweizer auszugleichen. Dieser Zweck würde nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erreicht. Anstelle der Kantone und Gemeinden wäre inskünftig nur noch eine Behörde, nämlich die Polizeiabteilung, für die Prüfung der Hilfsgesuche und Bewilligung der Unterstützung zuständig. Dadurch könnte eine einheitliche Praxis erzielt und das Verfahren vereinfacht werden. Die Gleichbehandlung der nach wie vor zulasten der Kantone unterstützten Schweizer in Frankreich und Deutschland wäre durch die beiden Fürsorgeabkommen gewährleistet.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes lassen sich im voraus nur schwer beurteilen. Nach einer letztmals im Jahre 1965 erstellten Statistik der Konferenz der Kantonalen Fürsorgedirektoren betrugen die kantonalen Leistungen für die Unterstützung von Schweizerbürgern im Ausland 1,8 Mio. Franken. Für 1970 muss mit einem Betrag von schätzungsweise 2'250'000 Franken gerechnet werden. Davon entfallen auf Unterstützungen in Frankreich und Deutschland gemäss Fürsorgeabkommen rund 1'225'000 Franken (Stand 1969), für welche die Kantone aufzukommen haben. Der Bund hätte demnach rund 1 Mio. Franken zu tragen. Dazu kämen die den Kantonen zu vergütenden Kosten für die Eingliederung heimgekehrter Auslandschweizer gemäss Artikel 3 des Gesetzes. Obwohl sich diese Aufwendungen im voraus nicht genau berechnen lassen, darf davon ausgegangen werden, dass die Belastung des Bundes ungefähr derjenigen der Kantone und Gemeinden zusammen entsprechen würde. Die Fürsorgedirektorenkonferenz hat sich seinerzeit mit einer Regelung in diesem Sinne grundsätzlich einverstanden erklärt.

---

9. Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich über die Fürsorge für Unbemittelte (mit Unterzeichnungsprotokoll) *vom 9. September 1931, BS, 14, S. 128–133.*

10. Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Fürsorge für Hilfsbedürftige (mit Schlussprotokoll) *vom 14. Juli 1952, AS, 1953, S. 423–428.*

11. *Vgl. dazu die Notiz von M. Leippert vom 9. Juni 1972,* dodis.ch/35705.

12. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen Artikel 45bis betreffend die Schweizer im Ausland *vom 2. Juli 1965, BBl, 1965, II, S. 385–450. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 23, Dok. 106,* dodis.ch/31336.

Für Einzelheiten verweisen wir auf die Sitzungsprotokolle der Expertenkommission[13], von welchen Herr Dr. Leippert jeweils ein Exemplar erhalten hat.

13. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 1.*

86

dodis.ch/35680

Notice interne du Secrétariat politique du Département politique[1]

VISITE D'UNE DÉLÉGATION DE L'OUA EN SUISSE[2]: RELATIONS AVEC L'AFRIQUE AUSTRALE

Confidentiel *[Berne,]* 30 juillet 1971

Introduction

Conformément à une résolution adoptée lors de la Conférence des Chefs d'État de l'Organisation de l'unité africaine, qui a eu lieu du 1er au 3 septembre 1970, une délégation ministérielle dirigée par le Président Kaunda, de Zambie, en sa qualité de Président en exercice de l'OUA, s'est rendue durant les semaines suivantes en Grande-Bretagne, en France, en République fédérale d'Allemagne, en Italie et aux États-Unis d'Amérique. Les résultats des entretiens sont résumés à l'*annexe 1*[3]. La récente conférence de l'OUA, qui s'est tenue à Addis Abeba du 15 au 19 juin[4], a décidé de poursuivre ces démarches auprès des autres pays de l'OTAN, ainsi que du Japon et de la Suisse.

I. Visite d'une délégation de l'OUA[5]

a) Composition de la délégation

Elle sera dirigée par *Ould Daddah*, Chef de l'État mauritanien et *Président* en exercice de l'*OUA* et elle comprendra en principe les *Ministres des Affaires*

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#440* (B.73.8.09.1). *Rédigée et signée par J.-J. Indermühle. Envoyée à E. Thalmann, R. Keller, S. Marcuard, E. Diez, M. Gelzer, Ch.-A. Wetterwald, P. A. Nussbaumer, P. Erni, M. Jaccard, P. R. Jolles, R. Hunziker et H. Langenbacher. Copie à E. Brunner, P.-Y. Simonin, B. Schenk, H. Hoffmann et J.-J. Indermühle.*

2. *Cf. aussi doc. 132,* dodis.ch/35682.

3. *Cf. doss. comme note 1.*

4. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.70#1984/74#84* (746.0).

5. *Sur la visite d'une délégation de l'OUA les 18 et 19 avril 1972, cf. la notice de Ch. Eckenstein du 2 août 1971,* dodis.ch/36356; *le compte rendu de J.-J. Indermühle et H. Hoffmann du 24 août 1971,* dodis.ch/36358; *la notice* Établissement d'une mission permanente de l'OUA à Genève, dodis.ch/36376; *la notice* Engagement de la Confédération dans le domaine des garanties contre les risques à l'exportation et de l'investissement en faveur des États africains, dodis.ch/36377; *la notice* Émigration suisse vers l'Afrique, dodis.ch/36378; *le discours de N. Celio du 18 avril 1972,* dodis.ch/36360; *le procès-verbal de J.-J. Indermühle et H. Strauch de la séance du 19 avril 1972,* dodis.ch/36346; *le compte rendu de H. Strauch du 26 avril 1972,* dodis.ch/36364; *la lettre de H. Langenbacher à E. Thalmann du 7 juin 1972,* dodis.ch/36369 *et la notice* Berichte und Kommentare in der Schweizer Presse zum Besuch einer Delegation der OAU-Staaten in der Schweiz am 18. und 19. April 1972 *de juin 1972,* dodis.ch/36362.

étrangères d'Algérie, du *Cameroun*, du *Kenya*, du *Mali* et de *Zambie*, ainsi que le *Secrétaire exécutif* Diallo Telli[6].

b) Son mandat (annexe 2[7])

S'entretenir des problèmes de l'*Afrique australe*. Les sujets qui seront abordés sont avant tout les *échanges commerciaux* entre la Suisse et l'Afrique du Sud, les *investissements* suisses dans ce pays, ainsi que la question des *exportations d'armes*, la *Namibie*, la *Rhodésie* et le barrage de *Cabora Bassa*.

II. Afrique du Sud

a) Problème de l'apartheid

Le Gouvernement sud-africain prétend apporter au problème racial «unique» qui se pose dans le pays une solution spécifique progressive sans doute, mais complète et définitive qui respecte les intérêts de chaque communauté raciale. Cette solution est «l'apartheid», terme qui signifie dans l'esprit des dirigeants sud-africains le *développement séparé et parallèle de chaque race* selon son génie et ses caractéristiques propres, dans des zones géographiques affectées à chacune d'elles. L'apartheid doit être total et systématique et englober tous les rapports entre êtres humains d'origines et de modes de vie différents.

La doctrine de l'apartheid comporte deux aspects; *l'un négatif*, qui vise à renforcer le plus possible la séparation des races, *l'autre positif*, qui cherche à donner à la population noire notamment, par la création d'entités autonomes, les moyens d'assurer son propre développement économique, culturel et politique. D'un côté, le Gouvernement sud-africain a fait adopter par le Parlement des lois et ordonnances qui, tout en étant souvent de nature *discriminatoire*, sont censées n'avoir qu'un caractère *temporaire*, puisqu'elles sont destinées à disparaître avec l'achèvement du développement séparé. D'un autre côté, le Gouvernement a créé des *entités* auxquelles il a accordé une certaine *autonomie administrative* et qui pourraient accéder un jour ou l'autre à l'indépendance politique (la plus ancienne et la plus connue de ces entités, dites «Bantoustans», est le Transkei). Le développement de ces entités pose des problèmes d'ordre démographique, économique, financier, géographique et sociologique par exemple, et les solutions que le Gouvernement sud-africain leur apportera indiqueront si la politique de développement séparé ne doit servir qu'à préserver la situation privilégiée des Blancs ou au contraire si elle vise à assurer le développement parallèle et égal de toutes les communautés raciales du pays.

b) Positions adoptées à l'égard de ce problème

1. Par les pays occidentaux

Les États-Unis d'Amérique, la Grande-Bretagne, la France, la République fédérale d'Allemagne et l'Italie ont une attitude semblable, à quelques

---

6. *Sur la composition effective de la délégation de l'OUA, cf. le procès-verbal de J.-J. Indermühle et H. Strauch du 19 avril 1972,* dodis.ch/36346.

7. *Cf. doss. comme note 1. Cf. aussi la lettre M. Gelzer à H. Langenbacher du 27 novembre 1970,* dodis.ch/36373 *et le rapport politique N° 10 de H. Langenbacher à P. Graber du 2 avril 1971,* dodis.ch/36905.

nuances près. Ils ont exprimé leur *réprobation* à l'égard de la politique de l'apartheid. Ils manifestent de la sympathie pour ceux qui s'emploient à favoriser une évolution vers une politique plus généreuse et plus humaine envers les populations de couleur. Ils estiment cependant que ces efforts devraient choisir *la voie de la persuasion* et non celle de la violence, rien de tel ne pouvant être obtenu par le recours à la force ou par l'application de sanctions internationales.

2. Par les pays socialistes

Ils appuient les résolutions les plus dures adoptées à l'ONU et dans les organisations internationales. L'expérience a prouvé cependant qu'ils passaient outre à ces résolutions lorsqu'ils pouvaient réaliser de bonnes affaires.

3. À l'ONU

Les recommandations et résolutions adoptées par le Conseil de sécurité et l'Assemblée générale de l'ONU portant sur la condamnation de la discrimination raciale, la rupture des relations diplomatiques avec Pretoria, l'embargo sur les armes et le boycottage général, ont pour but d'amener l'Afrique du Sud à renoncer à la politique de l'apartheid[8]. Ces différentes recommandations et résolutions ne sont souvent pas suivies d'effets.

Les résolutions demandant l'*interdiction d'exporter des armes* à l'Afrique du Sud ne sont pas observées par la France et la Grande-Bretagne. La France fait une distinction entre les armes qui sont susceptibles de servir à la mise en œuvre de la politique de discrimination raciale et celles destinées à la défense extérieure, tandis que la Grande-Bretagne, depuis l'arrivée au pouvoir du parti conservateur, se réfère à ses obligations dans le cadre des accords de Simonstown de 1955.

Les relations économiques et financières de l'Afrique du Sud avec l'étranger, non seulement avec les pays occidentaux mais également avec certains pays du continent africain, continuent à se développer.

4. À l'OUA

L'opposition africaine à la politique sud-africaine de l'apartheid s'organise et se durcit au sein de l'OUA qui préconise la rupture des relations diplomatiques et commerciales, le boycottage effectif du commerce extérieur et le soutien actif des mouvements de libération nationale. Cependant, les pays membres de l'OUA sont partagés en deux *tendances distinctes*, l'une intransigeante animée principalement par le Président Kaunda de Zambie, l'autre plus nuancée représentée par le Président Houphouët-Boigny de Côte d'Ivoire. La première *rejette* catégoriquement *tout compromis* tant que l'Afrique du Sud n'aura pas modifié sa politique de l'apartheid, alors que la deuxième au contraire est disposée à entamer un dialogue, estimant que c'est le seul moyen d'amener l'Afrique du Sud à atténuer les rigueurs de la discrimination raciale. À ce propos, il est intéressant de noter que, selon certains rapports que nous

8. *Sur les critiques de l'ONU envers la Suisse en ce qui concerne ses relations avec l'Afrique australe, cf. aussi DDS, vol. 24, doc. 60,* dodis.ch/33642.

avons reçus, plusieurs pays d'Afrique noire, parmi lesquels se trouvent aussi des opposants au dialogue, ont des échanges commerciaux parfois considérables avec l'Afrique du Sud[9].

c) Attitude de la Suisse

1. Déclaration de Téhéran du 2 mai 1968 et circulaire explicative du 16 mai 1968 sur l'apartheid[10]

Nous rappelons ces textes pour mémoire. En résumé, la Suisse condamne la discrimination raciale, mais elle respecte le principe de non-ingérence dans les affaires intérieures des autres États[11].

2. Position des partis

Les avis au sein des partis politiques à l'égard du problème de l'Afrique du Sud sont partagés. Certaines personnalités politiques venant d'horizons très différents (par exemple Bringolf et Sollberger, socialistes, Dürrenmatt et Reverdin, libéraux, Gut et Wenger, radicaux, Allgöwer, indépendant, et Hofer, PAB) ont fait des voyages d'étude en Afrique du Sud et, tout en condamnant eux aussi l'aspect négatif de l'apartheid ou «petty apartheid» selon la terminologie, se montrent généralement plus nuancés dans leur jugement que ceux qui n'y sont jamais allés (par exemple Chavanne et Ziegler, socialistes). L'on constate que lors d'interventions au Parlement, les éléments de gauche ont tendance à préconiser une condamnation morale de l'Afrique du Sud pour ses pratiques de discrimination raciale, alors que les représentants des partis bourgeois, au contraire, mettent l'accent sur le maintien de relations économiques normales (interpellation Eisenring[12] en juin 1968, postulat Ziegler du 28 juin 1968 et réponse du Conseiller fédéral Graber en juin 1970[13]).

3. Autres positions

Un mouvement anti-apartheid[14] a été créé à Genève en 1965, dont le but est d'informer l'opinion publique suisse sur la discrimination raciale en Afrique du Sud et d'encourager les autorités et les milieux d'affaires suisses à appliquer les mesures diplomatiques, politiques et économiques recommandées par

---

9. *Cf. doc. 124,* dodis.ch/35683.

10. *Sur la déclaration de A. R. Lindt à la Conférence des Nations Unies sur les droits de l'homme, cf. DDS, vol. 24, doc. 80,* dodis.ch/33245.

11. *Pour une appréciation de la politique d'apartheid par le corps diplomatique suisse en poste à Pretoria, cf. le rapport de J.-J. Indermühle de septembre 1970,* dodis.ch/35948 *et le rapport de R. Hunziker à P. Graber de juillet 1971,* dodis.ch/35947. *Cf. aussi la notice de H. Grob du 19 novembre 1971,* dodis.ch/36912.

12. *Pour la question de P. Eisenring et la réponse de W. Spühler au cours du débat sur le rapport de gestion 1967 au Conseil national, cf. le procès-verbal du Conseil national de la 9ème séance du 13 juin 1968,* CH-BAR#E1003#1960/51#485*, *pp. 312–315.*

13. *Pour le postulat N° 248 de J. Ziegler du 28 juin 1968 et la réponse du Conseil fédéral du 2 juin 1970, cf. le PVCN délibératif du 2 juin 1970,* CH-BAR#E1301#1960/13#81*, *pp. 2 115–2 133.*

14. *Sur les critiques du Mouvement anti-apartheid de Genève à l'encontre de la politique suisse, cf. la lettre de N. Celio à P. Bungener du 14 avril 1969,* dodis.ch/33673 *et le PVCF N° 1174 du 7 juillet 1970,* dodis.ch/35940.

l'ONU et les organisations internationales. Le Mouvement comprend actuellement quelque 600 membres, pour la plupart professeurs, pasteurs, avocats et intellectuels, ainsi qu'hommes politiques de gauche (conseillers nationaux Chavanne et Ziegler).

Il existe par ailleurs à Zurich une association suisse-sud-africaine dont les membres se recrutent avant tout parmi les milieux industriels, financiers et d'affaires suisses (parmi les membres du comité, signalons les noms de G. Sulzer, D. Bührle, A. Schindler, E. Schmidheiny, F. Aschinger). Les membres cherchent à encourager et à stimuler les échanges avec l'Afrique du Sud.

d) Situation actuelle

1. Matériel de guerre

En décembre 1963, l'exportation de matériel de guerre à destination de l'Afrique du Sud a été interdite[15]. Depuis lors, il n'a été délivré aucune autorisation d'exporter du matériel de guerre à ce pays. S'il y a néanmoins eu des livraisons par une firme suisse, ce fut à l'insu des autorités et en violation de l'embargo, comme l'a d'ailleurs révélé le procès intenté à la maison Bührle[16].

2. Relations économiques et financières[17]

Nos relations sont basées sur le principe de l'universalité. En outre, les autorités ne disposent pas de moyens légaux pour interdire les relations économiques et les investissements des maisons suisses en Afrique du Sud. Il y a lieu de rappeler également ici le principe de la liberté du commerce et de l'industrie ancré dans la constitution.

– Exportations suisses vers l'Afrique du Sud en 1970 (en millions de francs): 313, dont machines et appareils 155,5, montres 41,7 et produits chimiques 46,2.
– Importations suisses en provenance de l'Afrique du Sud en 1970 (en millions de francs): 58,9, dont fruits 11,5 et tabac 15,7.
– Investissements en Afrique du Sud en 1969 selon statistiques sud-africaines: 1,3 milliard de francs (dont secteur privé: 746 millions), soit environ 4,7% des investissements étrangers en Afrique du Sud.
– Exportation de capitaux contrôlés par la Banque nationale vers l'Afrique du Sud:
  1970 – 50 millions de francs
  1971 – (1er semestre: environ 168,7 millions de francs)

3. Immigration[18]

L'Afrique du Sud offre un grand attrait comme pays d'immigration pour les jeunes, parce qu'elle est l'un des rares pays qui encouragent encore l'immigration. En 1970, l'Afrique du Sud figurait en sixième position, selon

15. *Cf. DDS, vol. 22, doc. 187,* dodis.ch/30436.
16. *Cf. la compilation thématique* dodis.ch/T622.
17. *Cf. aussi doc. 124,* dodis.ch/35683.
18. *Sur l'émigration suisse vers l'Afrique du Sud, cf. aussi la notice de H. P. Erismann du 30 juin 1971,* dodis.ch/35950.

les statistiques des Suisses à l'étranger, derrière la Grande-Bretagne, la République fédérale d'Allemagne, les USA, la France et le Canada en ce qui concerne le nombre d'arrivées inscrites auprès de nos représentations à l'étranger. En regard de l'immigration annuelle annoncée par l'Afrique du Sud (environ 30'000 personnes), ce chiffre de 1'058 personnes est peu important.

III. Sud-Ouest africain ou Namibie

a) Bref historique

Colonisée par l'Allemagne au siècle dernier, cette région fut occupée par l'Afrique du Sud durant la Première Guerre mondiale. Placé d'abord sous le régime de la loi martiale (1915–1920), le territoire du Sud-Ouest devient le 17 décembre 1920 un *mandat administré* par l'Union sud-africaine sous le contrôle de la Société des Nations. Lorsque le système du mandat fut transformé par l'ONU en un système de tutelle internationale, l'Afrique du Sud refusa de se plier à ce régime qui aurait mis le Sud-Ouest africain sous le contrôle de l'ONU. Ce *refus* et l'extension de la politique de l'apartheid à ce territoire ont suscité l'irritation croissante des États nouveaux du continent africain. Devant le manque de coopération du Gouvernement de Prétoria, l'ONU pose le problème particulier de ce territoire en termes radicalement nouveaux et par là même le *politise*. À partir de 1960, ce qui importe c'est moins la question du statut juridique du territoire que celle du droit des populations à l'*indépendance*. Le soin de suivre l'évolution de la situation est alors confié au Comité de décolonisation.

b) Position de l'ONU et de la CIJ

Le 29 juillet 1970[19], le Conseil de sécurité décide de demander un avis consultatif portant sur les conséquences légales pour les États de la présence de l'Afrique du Sud en Namibie, nonobstant la résolution du Conseil de sécurité qui affirme la *terminaison du mandat* de ce pays sur le territoire. Dans son avis rendu le 21 juin 1971[20], la CIJ constate que «la présence continue de l'Afrique du Sud en Namibie étant illégale, l'Afrique du Sud est dans l'obligation de se retirer immédiatement et de mettre fin à l'occupation du territoire». En outre, elle déclare, notamment au paragraphe 2 de son avis, que «les États membres des Nations Unies ont l'obligation de s'abstenir de tous actes et en particulier de toutes relations avec le Gouvernement sud-africain, qui impliqueraient la reconnaissance de la légalité de cette présence et cette administration ou qui constitueraient une aide ou une assistance à cet égard». La CIJ estime également «qu'il incombe aux États qui ne sont pas membres des Nations Unies de prêter leur assistance dans les limites du sous-paragraphe 2 ci-dessus à l'action entreprise par les Nations Unies en ce qui concerne la Namibie.»

---

19. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 29 juillet 1970*, UN doc. S/RES/284 (1970), CH-BAR#E2003A#1984/84#1785* (o.715.3).

20. *Cf. doc. 146,* dodis.ch/35579, *note 3.*

c) Position de la Suisse[21]

Nous n'avons pas donné suite aux résolutions 276[22] et 283[23] du Conseil de sécurité du 30 janvier et du 29 juillet 1970 demandant à tous les États de fournir des renseignements concernant leurs relations avec la Namibie. Nous n'avons pas répondu à la note du 14 mai 1971 du Secrétaire général[24]. Nous notons cependant les faits suivants:

1. Échanges commerciaux

En 1970, les importations suisses en provenance de ce territoire se sont élevées à 2,9 millions de francs, alors que les exportations ont atteint le montant de 600'000 francs (statistique suisse du commerce extérieur).

2. Trafic des paiements

Nous ne possédons pas d'indications. Nous admettons cependant que les investissements suisses en Namibie sont *peu importants*. Nous ne disposons pas non plus de renseignements concernant les transactions suisses conclues par l'intermédiaire de l'Afrique du Sud.

3. Relations consulaires

Nous n'avons pas de représentation consulaire en Namibie.

4. Colonie suisse

Elle compte quelque 120 personnes, dont plus de la moitié sont doublenationales. Elle dépend du Consulat de la Ville du Cap.

IV. Rhodésie

a) Bref historique

Colonie britannique depuis 1923, la Rhodésie faisait partie dès 1953 de la Fédération des Rhodésiens et du Nyassaland créée par la Grande-Bretagne. En 1964, la Rhodésie du Nord et le Nyassaland accèdent à l'indépendance et deviennent la Zambie et le Malawi[25]. Des divergences surgirent entre la Grande-Bretagne et la Rhodésie au sujet des droits à accorder à la population noire. N'obtenant pas satisfaction, les dirigeants rhodésiens proclamèrent le 11 novembre 1965 l'*UDI* (Unilateral Declaration of Independence).

Les tentatives faites par la suite par la Grande-Bretagne pour conclure un accord avec la Rhodésie échouèrent devant les exigences posées par le Gouvernement britannique de ne pas accorder l'indépendance avant que

---

21. *Cf. aussi DDS, vol. 23, doc. 181,* dodis.ch/31380. *Sur la mission de A. Escher en tant qu'envoyé spécial du Secrétaire général de l'ONU pour la Namibie en 1972, cf. doc. 146,* dodis.ch/35579.
22. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 30 janvier 1970*, UN doc. S/RES/276 (1970), CH-BAR#E2003A#1984/84#1745* (o.713.761). *Cf. aussi la notice de L. Wildhaber du 21 avril 1970,* dodis.ch/35827.
23. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 29 juillet 1970*, UN doc. S/RES/283 (1970), CH-BAR#E2003A#1984/84#1745* (o.713.761).
24. *Cf. la note de S. U Thant du 14 mai 1971,* CH-BAR#E2003A#1984/84#1745* (o.713.761).
25. *Sur la reconnaissance de la Zambie et du Malawi par la Suisse, cf. le PVCF N° 1099 du 12 juin 1964,* dodis.ch/32069.

la majorité africaine ait accédé au pouvoir (c'est le principe NIBMAR: No Independence Before Majority African Rule). Le 2 mars 1970, la République fut proclamée.

b) Position de l'ONU et de la communauté internationale

Le Conseil de sécurité a *condamné* l'action des dirigeants rhodésiens et il a demandé à tous les États de *ne pas reconnaître* le régime de Salisbury. Il a également adopté différentes résolutions exigeant entre autres mesures l'interdiction d'exporter des armes à la Rhodésie, l'embargo économique et financier pratiquement total et la fermeture des représentations consulaires et commerciales. Seuls le Portugal et l'Afrique du Sud ont refusé de se plier et entretiennent encore des relations quasi normales avec la Rhodésie. La plupart des États ont déclaré qu'ils observaient les résolutions des Nations Unies, mais suivant les rapports qui nous sont parvenus, les actes ne correspondent pas toujours aux intentions déclarées. D'une part, le commerce est détourné par l'Afrique du Sud et le Mozambique. D'autre part, plusieurs pays enfreignent les sanctions, par exemple la France qui a des chaînes de montage de voitures. Tout récemment encore, la Zambie s'est vue contrainte par nécessité et à contre-cœur de ne pas respecter les sanctions et d'acheter du blé à la Rhodésie.

c) Position de la Suisse

1. Le Conseil fédéral a décidé le 17 décembre 1965 l'*interdiction totale des exportations d'armes* de tout genre vers la Rhodésie[26]. Cette décision est encore en vigueur.

2. Sur le plan *commercial* et *financier*, notre pays a, d'une manière autonome et sans reconnaître en avoir l'obligation légale, pris des mesures afin que toute possibilité d'augmentation du commerce rhodésien soit exclue et que la politique de sanctions des Nations Unies ne puisse être déjouée. Les importations en provenance de Rhodésie sont autorisées dans le cadre du «courant normal». Cette politique n'a pas été contrevenue à ce jour[27].

3. Le 16 mars 1970, le Conseil fédéral a décidé la *fermeture du Consulat*[28] à Salisbury et le rattachement des affaires de la colonie suisse au Consulat général à Johannesbourg.

V. Provinces portugaises d'outre-mer (Angola, Mozambique et Guinée)

a) Bref historique

D'abord colonies portugaises, l'Angola, le Mozambique et la Guinée acquièrent le statut de provinces d'outre-mer en 1951. À partir de cette date également, le nationalisme africain prend forme et se développe dans ces territoires[29]. Dans les années 1960, *les mouvements de libération* apparaissent,

---

26. *PVCF N° 2189 du 17 décembre 1965*, dodis.ch/31953.

27. *Sur la politique suisse envers la Rhodésie et la question de la participation aux sanctions de l'ONU, cf. doc. 24,* dodis.ch/35685 *et doc. 9,* dodis.ch/35688.

28. *Doc. 24,* dodis.ch/35685, *note 4.*

29. *Sur l'Angola, cf. DDS, vol. 21, doc. 135,* dodis.ch/15226 *et doc. 146,* dodis.ch/15227. *Sur la Guinée-Bissau, cf. DDS, vol. 22, doc. 163,* dodis.ch/30618.

dont en particulier le Frelimo au Mozambique, qui est dirigé par Édouard Mondlane jusqu'à son assassinat en 1969, le Mouvement populaire de libération de l'Angola et le Gouvernement révolutionnaire angolais en exil pour l'Angola, le dernier présidé par Roberto Holden, et le Partido Africano de Independencia de Guinea y Cabo Verde en Guinée.

b) Attitude des Communautés internationales

L'ONU et l'OUA sont appelées à s'occuper du problème des provinces portugaises d'outre-mer. Ces deux organisations invoquent le principe de l'*autodétermination* et de l'*indépendance*. Dans sa résolution 2507[30] du 21 novembre 1969 sur les territoires administrés par le Portugal, l'Assemblée générale invite instamment tous les États à s'*abstenir de toute assistance* (militaire ou autre) au Portugal dans ses colonies. Le Comité de décolonisation a lui aussi adopté une résolution[31] dans le même sens.

c) Cabora Bassa

La question qui agite le plus les États africains depuis 1969 est le projet de construction du barrage de Cabora Bassa sur le Zambèze, au Nord-Ouest du Mozambique. La construction du barrage a commencé et l'ouvrage devrait être terminé en 1974. L'énergie électrique produite serait consommée en Afrique du Sud, en Rhodésie, au Malawi et au Mozambique. L'édification du barrage permettrait aussi la mise en valeur de terres actuellement périodiquement inondées ou desséchées et de ce fait inexploitables. Ce projet a suscité de vives oppositions au sein de l'OUA sous le prétexte qu'il servirait avant tout des intérêts coloniaux et permettrait à la minorité blanche d'Afrique australe de maintenir son pouvoir. L'opposition africaine est partie en guerre pour tenter par des pressions de faire échouer ce projet[32].

d) Position de la Suisse

1. Les *exportations de matériel de guerre* à destination de l'Angola, du Mozambique et de la Guinée portugaise sont *interdites* depuis le 2 juin 1969[33].

2. Les *échanges commerciaux* de la Suisse avec ces provinces sont *peu importants*; ils n'atteignent que quelques millions de francs.

3. Le 9 septembre 1970, le Conseil fédéral a répondu à une question Ziegler du 10 juin 1970 au sujet d'une *éventuelle participation suisse* à l'édification du barrage de Cabora Bassa[34].

---

30. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 21 novembre 1969,* UN doc. A/RES/2507(XXIV), CH-BAR#E2003A#1984/84#1749* (o.713.765).

31. *Résolution du Comité spécial chargé d'étudier la situation en ce qui concerne l'application de la déclaration sur l'octroi de l'indépendance aux pays et au peuples coloniaux du 19 août 1970,* UN doc. A/AC.109/359, CH-BAR#E2003A#1984/84#1742* (o.713.76).

32. *Sur les critiques suisses à l'égard de la participation des entreprises suisses au projet de construction du barrage de Cabora Bassa, cf. la lettre de H. Meyer-Schneeberger au Conseil fédéral du 23 juin 1970,* dodis.ch/35939 *et le PVCF N° 1174 du 7 juillet 1970,* dodis.ch/35940.

33. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 146,* dodis.ch/33261.

34. *Cf. le PVCF N° 1570 du 9 septembre 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#762*.

87

dodis.ch/35284

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

BONS OFFICES DE LA SUISSE POUR L'ÉCHANGE DE DIPLOMATES INDIENS ET PAKISTANAIS

Berne, 10 août 1971

Par notre note du 11 mai[2] (voir copie annexée), nous vous avions informé de la genèse de l'action de bons offices dans laquelle nous sommes engagés pour permettre l'échange de fonctionnaires des Hauts Commissariats adjoints de l'Inde à Dacca et du Pakistan à Calcutta fermés le 26 avril dernier. La difficulté à surmonter consistait à établir qui, parmi les fonctionnaires pakistanais à Calcutta, originaires de la Province orientale du Pakistan, désirait être rapatrié ou non[3]. Plusieurs d'entre eux avaient en effet fait savoir qu'ils se ralliaient au «Bengla Desh» et le Gouvernement pakistanais entendait être certain qu'ils n'étaient pas l'objet de pression. Après des négociations compliquées vu la situation politique, dans lesquelles l'Ambassadeur Real a joué un rôle persévérant et actif d'intermédiaire, un arrangement intervint le 8 juillet[4] entre les parties, définissant clairement le mandat donné à la Suisse. Cet arrangement prévoyait qu'un diplomate suisse serait chargé de procéder à l'interrogatoire individuel des fonctionnaires en présence d'un représentant des Gouvernements pakistanais et indien. Des 67 personnes interrogées, le 18 juillet à Calcutta, par M. Bohnert, Conseiller de notre Ambassade à la Nouvelle-Delhi, 65 se prononcèrent contre un rapatriement[5]. La première phase de l'action de bons offices qui nous avait été confiée était ainsi terminée.

Les deux Gouvernements concernés nous demandèrent alors de surveiller les opérations d'échange proprement dites. Il s'agit de rapatrier 145 Pakistanais (les fonctionnaires originaires du Pakistan occidental, les deux «Bengalis» désirant être rapatriés, plus les familles) qui se trouvent à Calcutta et 244 Indiens retenus à Dacca. Là encore, il était indispensable qu'un mandat clair nous fût donné. Un accord intervint entre les parties le 6 août, après que l'Ambassadeur Real[6] eût à nouveau servi d'intermédiaire. À l'origine, il était prévu que les Pakistanais utiliseraient un avion iranien et que les Indiens seraient transpor-

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#308* (B.24.11.3). *Rédigée par R. Baumgartner, signée par K. Fritschi. Cette copie a été adressée à E. Thalmann.*
2. *Notice de H. Miesch à P. Graber du 11 mai 1971,* dodis.ch/35310.
3. *Cf. la lettre de F. Real à E. Thalmann du 22 mai 1971,* dodis.ch/35312.
4. *Cf. la lettre de F. Real à E. Thalmann du 10 juillet 1971,* dodis.ch/35314.
5. *Cf. le télégramme N° 249 de l'Ambassade de Suisse à New Delhi au Département politique du 19 juillet 1971 et la lettre de F. Bohnert à E. Thalmann du 26 juillet 1971, doss. comme note 1.*
6. *Sur le rôle de F. Real et sur sa relation avec J. Mallet, Ambassadeur de Suisse à Islamabad, cf. la lettre de F. Real à A. Janner du 19 octobre 1971,* dodis.ch/35318; *le télégramme N° 172-IE de J. Mallet au Département politique du 22 février 1972,* dodis.ch/35319; *le télégramme N° 67 de J. Mallet au Département politique du 23 février 1972,* dodis.ch/35320; *le télégramme N° 193-IE de F. Real au Département politique du 24 février 1972,* dodis.ch/35321 *et le télégramme N° 188-IE du 25 février 1972,* dodis.ch/35322.

tés dans deux appareils soviétiques. Toutefois, l'un de ces derniers appareils s'étant récemment écrasé à Calcutta, le Gouvernement indien nous demanda d'intervenir auprès de la Swissair afin qu'elle prenne part à l'opération. La Swissair a accepté de mettre à disposition un DC 8, un contrat d'affrètement étant établi directement entre elle et les autorités indiennes. Aucune garantie financière ne nous a été demandée par Swissair[7].

La date fixée pour l'échange, qui se fera simultanément, est le 12 août en début de matinée. Le Consul général de Suisse à Karachi, M. Tosio, se trouve déjà à Dacca pour assurer les préparatifs, alors que le Conseiller d'Ambassade Bohnert a gagné Calcutta dans le même but. Tout le dispositif est en place, mais étant donné les distances, les difficultés techniques de transmission, la diversité d'origine des moyens de transport, la tension qui règne entre l'Inde et le Pakistan, l'opération comporte malgré une préparation minutieuse certains impondérables inévitables[8].

Nous publierons un communiqué de presse[9] dès que l'affaire sera terminée.

Suivant les informations qui viennent de nous parvenir, la date de l'échange sera annoncée aujourd'hui à la Nouvelle-Delhi et à Islamabad par les Ministères des Affaires étrangères.

---

7. *Cf. la notice de K. Fritschi du 3 août 1971,* dodis.ch/35315 *et le télégramme N° 292 de F. Real au Département politique du 7 août 1971,* dodis.ch/35316.
8. *Cf. aussi la lettre de F. Real à E. Thalmann du 19 novembre 1971,* dodis.ch/35301.
9. *Communiqué du Département politique du 12 août 1971, doss. comme note 1.*

88

dodis.ch/35848

Mitteilung der schweizerischen Bundesanwaltschaft zuhanden der Bundeshauspresse[1]

STELLUNGNAHME DER BUNDESANWALTSCHAFT ZU EINEM PROTEST

Bern, 10. August 1971

Kürzlich haben zwölf Nationalräte[2], unter ihnen Nationalrat Dr. Gerwig (Basel), der zugleich Anwalt des Ernest Mandel im hängigen Ausweisungsverfahren ist, in der Presse gegen «die Behinderung freier Information und direkter Auseinandersetzung mit oppositionellen Politikern und kritischen Wissenschaftern des Auslandes durch die Schweizerische Bundesanwaltschaft»

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3171* (B.41.21). *Visiert von M. Gelzer, R. Baumgartner, J.-J. Indermühle, S. Meili und J.-M. Boillat. Handschriftliche Marginalie von M. Gelzer:* z. K. der interessierten Mitarbeiter und Kopien in die betr. Dossiers.
2. *M. Arnold, H. Berger, A. Bussey, K. Dellberg, A. Gerwig, R. Müller, W. Renschler, J. Riesen, F. Schlegel, R. Weber, D. Wyler und J. Ziegler.*

protestiert[3]. Dabei wurden die Fälle des griechischen Exilpolitikers Mylonas, dreier Brasilianer[4] und des Ernest Mandel erwähnt. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft stellt dazu folgendes fest:

1. Beim griechischen Exilpolitiker Mylonas[5] handelt es sich um einen in der Schweiz anerkannten Flüchtling[6]. Nach der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern ist Flüchtlingen grundsätzlich jede politische Tätigkeit in der Schweiz untersagt[7]. Die zuständigen kantonalen Instanzen durften daher Mylonas die Bewilligung zu politischen Reden nicht erteilen[8]. Das ist geltendes Recht, das allerdings seit einiger Zeit und nun auch auf Grund eines Postulates Goetsch[9] überprüft werden soll. Die Bundesanwaltschaft hat in dieser Angelegenheit überhaupt nicht verfügt.

2. Seit der Antwort des Bundesrates auf die Interpellation Schütz vom 7. Dezember 1970[10] ist den Mitgliedern des Nationalrates bekannt, dass die Eidgenössische Fremdenpolizei, nicht die Bundesanwaltschaft, die Einreisevisa der Brasilianer Dowbor und Carvalho (Senior) auf Grund des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer annulliert hat. Dies geschah, wie der bundesrätlichen Antwort zu entnehmen ist, weil sich die Genannten «für eine Fortsetzung von Gewaltmethoden einsetzten». Sie haben in der Schweiz öffentlich, sogar am welschschweizerischen Fernsehen sprechen können.

3. Zum Gesuch um Redeerlaubnis für Carvalho[11] (Junior) hat der Polizeidienst der Bundesanwaltschaft seinerzeit ablehnend Stellung bezogen[12]. Der betreffende ausländische Redner gehörte einer Terroristengruppe an, die auch Unschuldige entführte und darauf ihre Erpressungen gründete. In zwei Kantonen hat Carvalho trotzdem Redeerlaubnis erhalten und auch gesprochen; ein dritter Kanton erteilte ihm keine Bewilligung. Wiederum hat nicht die Bun-

---

3. *Vgl. z. B.* Douze parlementaires protestent contre l'interdiction adressée à Ernest Mandel, *Journal de Genève vom 23. Juli 1971, S. 9.*

4. *L. Dowbor, Â. Pezutti da Silva und A. de Carvalho. Vgl. dazu das Schreiben von J. Mühlethaler an P. Graber vom 12. Oktober 1970,* dodis.ch/36028 *und das BR-Prot. Nr. 1933 vom 6. November 1970,* dodis.ch/36029.

5. *Handschriftliche Ergänzung:* Georg.

6. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Mumenthaler an G. Mylonas vom 30. Januar 1970, Doss. wie Anm. 1.*

7. Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer *vom 1. März 1949, AS, 1949, S. 228–244.*

8. *Vgl. das Schreiben von A. Amstein an H. Miesch vom 27. Mai 1970, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Zum Postulat von U. Götsch* Politische Tätigkeit demokratisch gesinnter Flüchtlinge *vom 23. Juni 1970 vgl. das Amtl. Bull. NR, 1971, I, S. 72–77.*

10. *Interpellation von O. Schütz* Ausweisung zweier Brasilianer *vom 7. Dezember 1970, Amtl. Bull. NR, II, 1971, S. 412–417. Für die Antwort des Bundesrats vom 7. Dezember 1970 vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2026* (B.44.32). *Vgl. dazu auch das BR-Beschlussprot. II vom 5. November 1970 der 41. Sitzung vom 4. November 1970, S. 4 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 15. Dezember 1970 der 47. Sitzung vom 14. Dezember 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

11. *Handschriftliche Ergänzung:* René Louis.

12. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Amstein an die Berner Kantonspolizei vom 27. Mai 1971 sowie das Telegramm Nr. 0452 von A. Amstein an die Zürcher Kantonspolizei vom 25. Mai 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#162* (A.42.14.0).

desanwaltschaft verfügt, sondern es waren die in dieser Hinsicht zuständigen und souveränen Kantone, welche entschieden haben[13].

4. Im Fall des Ernest Mandel hat die Bundesanwaltschaft im Januar 1970 eine Einreisesperre erlassen[14]. Diese wurde für eine Teilnahme des Ausgesperrten an einer politischen Diskussion anfangs Juli 1971 in Rüschlikon nicht aufgehoben[15]. Die Einreisesperre ist angeordnet worden, weil Ernest Mandel anlässlich einer früheren, bewilligten Rede in Lausanne seine Zuhörer unter anderem zur Unterstützung jener Bestrebungen in Frankreich und andernorts aufgerufen hatte, welche im Mai 1968 in Paris zu blutigen Unruhen geführt hatten, und weil von ihm in nicht bewilligten Reden subversive Taktiken und Praktiken vorgetragen worden sind, die in der Schweiz angewendet werden sollen. Eine «vorübergehende» Aufhebung der Einreisesperre kam nicht in Frage. Es wäre ein Präjudiz geschaffen worden, das die seinerzeit getroffene Fernhaltemassnahme für die Zukunft illusorisch gemacht hätte. Man konnte nicht für eine Gruppe von Zuhörern die Einreise bewilligen, für eine andere aber nicht. Es ging also nicht darum, «Spitzenkräfte der Wirtschaft zu bevormunden», wie das im Protest formuliert worden ist, sondern um die konsequente Handhabung einer zu Recht erlassenen Sperre.

5. Die erwähnten einschränkenden Massnahmen gegenüber Ausländern, davon eine der Bundesanwaltschaft, stützten sich auf geltendes Recht und auf die Grundsätze, welche der Bundesrat in seinem Geschäftsbericht vom Jahre 1966 entwickelt hat[16]. Diese Grundsätze lauten: «Dem Ausländer ist eine aktive, gegen unsere demokratische Ordnung gerichtete politische Tätigkeit, sei sie kommunistischer, rechtsradikaler oder anarchistischer Natur, nicht erlaubt. So darf er keine politische Propaganda dieser Art betreiben, auch nicht unter seinen Landsleuten, und er darf keine politische Organisation gründen, die zur Gefährdung der demokratischen Ordnung führen kann oder auf eine Einmischung in schweizerische politische Verhältnisse hinausläuft. Überdies darf der Ausländer in unserem Lande keine politische Tätigkeit entfalten, welche die guten Beziehungen der Schweiz zu ausländischen Staaten beeinträchtigen kann». Der Geschäftsbericht vom Jahre 1966 mit diesen Grundsätzen ist vom Nationalrat einstimmig, nämlich mit 136 gegen 0 Stimmen genehmigt worden, und gegen die Grundsätze hat sich keine Stimme erhoben. Ergänzend sei auf folgendes hingewiesen: Zur Zeit sind rund 760 Einreisesperren in Kraft, welche die Bundesanwaltschaft erlassen hat. Zirka 200 betreffen Linksextremisten, zirka 350 Rechtsextremisten und 210 solche Personen, denen Spionagetätigkeit vorgeworfen werden musste.

---

13. *Vgl. dazu Doss. wie Anm. 12.*

14. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Amstein an P. Micheli vom 28. Januar 1970,* CH-BAR# E2001E-01#1988/16#2216* (B.41.74).

15. *Vgl. dazu die Mitteilung des Informations- und Pressedienstes des Justiz- und Polizeidepartements an die Bundeshauspresse vom 8. Juli 1971, Doss. wie Anm. 14.*

16. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahr 1966 *vom 14. April 1967, Bern 1967.*

89

dodis.ch/34585

Exposé du 1er septembre 1971 du Chef du Département politique, P. Graber, à l'occasion de la Conférence des Ambassadeurs[1]

Le glissement du centre de gravité des affaires mondiales de l'Europe vers l'Asie

I. La Chine, les États-Unis et l'URSS

1. La prochaine visite du Président Nixon à Pékin[2] ne signifie pas en elle-même que le centre de gravité des affaires mondiales s'est déplacé vers l'Asie, mais elle atteste que la Chine va jouer désormais un rôle politique égal à son importance géographique et démographique.

Jusqu'à présent, le triangle des super-puissances n'était qu'une réalité latente. Washington et Moscou faisaient entendre leur voix sur toute la surface du globe, avaient tissé un réseau serré de relations internationales. Ces deux capitales tenaient compte de Pékin dans leur calcul, craignaient ses réactions négatives, cherchaient à éviter son hostilité, tentaient parfois de gagner son appui. Mais la Chine vivait dans l'isolement, s'entourait de silence. Si elle était active sur le plan idéologique, si elle encourageait un peu partout la subversion, elle était singulièrement absente sur le plan diplomatique, sur celui des relations d'État à État. Elle semblait concevoir sa politique sous l'angle des rapports bilatéraux, et non pas d'une manière globale. Elle se querellait avec l'URSS, elle haïssait les États-Unis, mais elle ne paraissait pas en mesure de jouer ses deux adversaires l'un contre l'autre. De même, elle ne tirait pas grands profits de ses rapports avec les autres puissances, à la grande déception d'ailleurs du Général de Gaulle qui aurait aimé compter sur Pékin dans sa politique d'équilibre planétaire. Elle avait donné un coup de boutoir à l'Inde, puis s'était cantonnée dans une attitude assez stérile. À l'égard du Japon aussi, elle ne parvenait pas à se dégeler.

L'énorme Empire du Milieu ne semblait se préoccuper que de ce qui le concernait directement, de ses voisins immédiats, des menaces qui se dessinaient contre lui, mais ne prenait pas d'initiative diplomatique qui lui aurait permis de défendre ses intérêts au-delà de sa zone géographique. Il ne paraissait pas concevoir la nécessité de se rapprocher des ennemis de ses ennemis, d'ébaucher des alliances de revers, de se créer un climat de sympathie. Si donc le monde comptait bien trois super-puissances, le triangle qu'elles dessinaient n'avait que deux sommets nettement tracés, le troisième ne figurant qu'en pointillé.

---

1. *Exposé:* CH-BAR#E2004B#1982/69#36* (a.133.4). *Rédigé par A. Natural le 23 août 1971. Cf. aussi la deuxième partie de l'exposé sur l'Inde et le Japon de A. Natural du 27 août 1971,* dodis.ch/34586. *Le même exposé a été présenté par P. Graber devant la Commission des affaires étrangères du Conseil national le 6 septembre 1971; cf. doss.* CH-BAR#E1050.12#1995/511#14*.
2. *Sur la visite de R. Nixon en République populaire de Chine en février 1972, cf. les rapports politiques N° 4, 6 et 7 de O. Rossetti respectivement de J. Cuendet à P. Graber des 23 février, 1er et 15 mars 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#59* (A.21.31).

La plupart des affaires internationales se traitaient entre ces deux sommets, entre Washington et Moscou. Certes l'un et l'autre savaient que Pékin existait, qu'on ne pouvait négliger la force qu'il représentait, mais cette force ne se manifestait pas d'une manière continue et cohérente. Le rôle de Pékin était ainsi surtout négatif, se faisait sentir par l'infléchissement qu'il causait sur les politiques soviétiques et américaines, mais il ne constituait pas un foyer actif de relations internationales.

2. Une telle attitude ne pouvait être durable. Mais pourquoi le revirement que constituent la partie de ping-pong[3] et l'invitation à Nixon s'est-il produit maintenant? À cette question, il y a une première réponse qui se réfère à la politique intérieure chinoise[4]: la fin de la révolution culturelle[5], le rétablissement de l'ordre en Chine, la relance de son économie.

Mais d'autres facteurs aussi sont entrés en ligne de compte, et ils relèvent, eux, de la situation internationale.

Il y a, d'une part, la politique de «low profile» adoptée par le Président Nixon[6]. Et, d'autre part, l'expansionisme soviétique. Pour de nombreuses raisons, les Américains se replient sur eux-mêmes. Ils ont vu que le rôle de gendarmes du monde était intenable[7] et ont en conséquence décidé de modifier l'esprit de leur politique de «containment». Ils se dégagent du Viêt-Nam, ils se dégagent d'Okinawa et finiront bien un jour ou l'autre par se dégager de la Corée. Quant à Taïwan, je crois qu'il y a longtemps qu'ils auraient aimé se décharger du poids politique que représente leur Traité de 1954 avec Tchang Kaïchek. Mais c'est une opération difficile. Quoi qu'il en soit, la Chine a vu que les États-Unis ne visaient plus à l'encercler, qu'ils ne constituaient plus une menace contre elle et qu'elle pourrait, avec beaucoup de diplomatie, recouvrer sans combat sa souveraineté sur Taïwan.

Simultanément Pékin a dû prendre conscience, comme nous, du continuel accroissement de la force militaire soviétique et de l'esprit expansionniste qui anime les dirigeants du Kremlin: augmentation des armements nucléaires aussi bien que conventionnels, création d'une flotte importante, implantation en Méditerranée, présence dans l'Océan indien. En outre, le nombre des divisions soviétiques stationnées à proximité des confins sino-russes ne cesse de s'étoffer.

Le rédacteur en chef du journal «Le Monde», André Fontaine, estime que le revirement chinois est «le prix du crime que fut l'invasion de la Tchécoslovaquie»[8] ainsi que de la proclamation de la doctrine Brejnev, applicable également à la Chine.

---

3. *Cf. le rapport politique N° 5 de O. Rossetti à P. Graber du 14 mai 1971, doss. comme note 2.*

4. *Sur le développement de la politique de la République populaire de Chine entre 1967 et 1972, cf. le rapport politique N° 5 de O. Rossetti du 22 février 1972,* dodis.ch/35819. *Pour les relations avec la Suisse, cf. aussi doc. 121,* dodis.ch/35750.

5. *Sur la révolution culturelle, cf. DDS, vol. 23, doc. 167,* dodis.ch/30917 *et doc. 175,* dodis.ch/30922.

6. *Cf. le rapport politique N° 78 de F. Schnyder au Département politique du 18 novembre 1970,* dodis.ch/35462 *et le télégramme N° 100 de l'Ambassade de Suisse à Washington au Département politique du 25 février 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1398* (B.73.0).

7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 41,* dodis.ch/33135.

8. *Sur la crise en Tchécoslovaquie, cf. DDS, vol. 24, doc. 100,* dodis.ch/32192.

Cette appréciation est valable, mais je crois qu'il faut aller plus loin et voir, dans le changement d'attitude de Pékin, le fruit et de l'accroissement de la volonté de puissance soviétique et de la diminution de celle des États-Unis.

Car les relations triangulaires ont leur propre logique. Elles sont par nature instables. Toutefois cette instabilité peut trouver un équilibre temporaire lorsque les trois puissances en cause sont disposées à respecter le statu quo. Mais si l'une d'entre elles augmente visiblement sa capacité militaire et vise à étendre sa sphère d'influence, elle incite ipso facto les deux autres pays intéressés à faire front contre la menace qui se profile.

Durant la phase montante de l'intervention américaine au Viêt-Nam[9], les États-Unis paraissaient constituer le danger principal. Que ce danger n'ait pas empêché le développement de la tension entre Moscou et Pékin, qui a atteint son point culminant avec les incidents de l'Oussouri en 1968/69[10], est un phénomène qu'il est difficile d'expliquer. Il témoigne de la profondeur des divergences sino-soviétiques, de leur caractère inconciliable et sans doute de leur aspect passionnel. Il est possible également que la Chine se soit rendue compte que Washington ne voulait en aucun cas l'attaquer.

Mais le jour où il est devenu évident que les États-Unis avaient tendance à rentrer chez eux, et les Russes à en sortir, que l'Amérique ne paraissait plus disposée à empêcher à tout prix l'expansion soviétique, l'équilibre risquait d'être rompu, et au détriment de Pékin. Cela d'autant plus que les conversations bilatérales entre Moscou et Washington se poursuivaient, et que les SALT[11] étaient susceptibles d'aboutir à un accord nucléaire. En restant dans son splendide isolement, la Chine courait le risque d'être la victime d'une collusion soviéto-américaine.

(Dans un contexte tout différent, la Chine, comme l'Europe, ne peut pas assister sans inquiétude à un désengagement américain combiné avec une expansion soviétique.)

Considéré sous cet angle géo-politique, il semble que le rapprochement entre Pékin et Washington est une nécessité, et que cette nécessité est assez impérieuse pour obliger ces deux capitales à régler, provisoirement tout au moins, leur contentieux.

3. Car pour les États-Unis aussi, il est urgent de trouver un modus vivendi avec la Chine. L'application de la doctrine Nixon en dépend ou, plus exactement, c'est à quoi vise la doctrine Nixon. Comment la Maison Blanche pourrait-elle retirer ses troupes du continent asiatique, réduire sa présence militaire dans le Pacifique, faire de cet Océan une zone de paix, si la Chine reste hostile et menaçante?

---

9. *Sur la guerre du Vietnam, cf. les rapports politiques N° 78 et 43 de F. Schnyder au Département politique du 18 novembre 1970,* dodis.ch/35462 *et du 2 juillet 1971,* dodis.ch/36113; *la lettre de G. de Dardel à A. Janner du 18 mai 1972,* dodis.ch/36143 *et le rapport politique N° 29 de Ch. Müller au Département politique du 21 décembre 1972,* dodis.ch/36144.

10. *Sur le conflit frontalier sino-soviétique, cf. DDS, vol. 24, doc. 140,* dodis.ch/32536, *note 7.*

11. *Sur les entretiens SALT entre les États-Unis et l'URSS, cf. doc. 155,* dodis.ch/35513. *Cf. aussi l'exposé de P. Graber du 31 août 1972,* dodis.ch/34605.

Le contentieux sino-américain est limité à Taïwan, au Sud-Est asiatique et peut-être à la Corée.

En revanche, les intérêts coïncident en ce qui concerne la pression de l'URSS, la pénétration de sa flotte dans l'Océan indien et le Pacifique, l'accroissement de son influence sur l'Inde, et le maintien de l'intégrité de la Chine continentale.

Pékin, d'autre part, ne veut pas que le Japon devienne une puissance nucléaire ni qu'il acquière dans le Pacifique et au Sud-Est asiatique une prépondérance politique. Chou En-laï est sans doute assez réaliste pour savoir que seul le maintien d'une présence américaine dans les eaux extrême-orientales peut empêcher ou retarder un tel développement.

Cette conjonction d'intérêts devrait permettre la liquidation d'un contentieux qui est beaucoup moins vital.

4. On en voit déjà se dessiner les grandes lignes.

Les États-Unis voteront pour l'admission de la Chine à l'ONU[12]. Mais ils ne se déclareront pas eux-mêmes en faveur de l'exclusion de Taïpeh[13].

Si, en pratique, ils cesseront de faire obstacle aux revendications de Pékin sur Taïwan, ils agiront de manière à ne pas perdre la face dans cette opération douloureuse, et Pékin, dans la mesure du possible, s'efforcera de leur faciliter la tâche. Je pense que les entretiens Kissinger – Chou En-laï[14] ont porté sur cette affaire, qu'un accord de principe a dû être obtenu, ce qui n'empêchera ni les manœuvres dilatoires, ni les discours indignés, ni les éclats de propagande.

En ce qui concerne le Viêt-Nam et le Sud-Est asiatique, là aussi une certaine entente a sans doute eu lieu. J'imagine que le Conseiller du Président Nixon a dû tenir au Premier Ministre chinois à peu près ce langage:

«Vous avez sur Taïwan un intérêt primordial. Nous vous le reconnaissons et, sous réserve des délais indispensables, nous vous laisserons les mains libres.

Nous avons engagé notre prestige à Saïgon. Vous n'avez pas d'intérêts directs en jeu au Viêt-Nam du Sud. Laissez à Thieu sa chance, nous laissons à Pham Van-dong la sienne et réunissons une conférence, où vous aurez un rôle éminent, qui visera à neutraliser non seulement le Viêt-Nam, mais tout le Sud-Est asiatique. Vous aurez ainsi l'assurance qu'aucun gouvernement hostile à la Chine, et aucune puissance étrangère ne s'établiront dans cette zone, où vous avez des intérêts, et où les nôtres, pour être résiduels, sont néanmois respectables.»

J'ai plus de peine à me représenter la réponse de Chou En-laï. Mais je ne pense pas qu'elle ait été entièrement négative. Car si enfin la Chine entend utiliser les Américains pour faire pièce à la pression soviétique, il lui est nécessaire que ces Américains conservent, en Asie, un minimum de prestige. S'ils

---

12. *Sur l'admission de la République populaire de Chine aux Nations Unies en remplacement de Taïwan le 25 octobre 1971 et sur la position de la Suisse à cet égard, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.

13. *Sur la fermeture de la mission de Taïwan à Genève le 30 juin 1972, cf. doc. 139,* dodis.ch/36020.

14. *Sur la visite de H. Kissinger en République populaire de Chine en juillet 1971, cf. le rapport politique N° 8 de J. Cuendet à P. Graber du 21 juillet 1971, doss. comme note 2.*

laissaient tomber Saïgon comme ils laisseront tomber Taïwan, qui alors les prendrait encore au sérieux?

N'oublions pas que dans cette affaire, il s'agit réellement d'un jeu planétaire et que les considérations locales doivent forcément être subordonnées aux intérêts énormes qui sont en cause.

5. Beaucoup de commentaires donnent l'impression que les Chinois tiennent la dragée haute à Washington. Ce n'est vrai qu'en partie. Ils ont l'avantage à propos de Taïwan, mais parce que la position des États-Unis à son égard est devenue intenable le jour où les communistes ont assis durablement leur pouvoir à Pékin.

Ils ont également l'avantage à propos du retrait des forces américaines du Viêt-Nam, mais parce que les Américains ont, pour des raisons qui leur sont propres, décidé de se dégager de l'Asie continentale. La Chine ne fait là qu'exiger ce que Washington fera en tout état de cause. Il n'y a qu'une question d'horaire, de date, de tempo qui se pose.

Mais pour le reste, c'est la Chine qui est demanderesse. C'est elle qui pourrait être l'objet d'une attaque-surprise de l'URSS, c'est elle que toucherait une collusion soviéto-américaine toujours possible, c'est elle que le sort du subcontinent indien[15] préoccupe au premier chef. Nixon a donc d'excellents atouts en mains, et c'est parce que ces atouts existent qu'il a pu prendre le risque d'annoncer six mois d'avance sa visite à Pékin en s'exposant à un chantage chinois pendant ce long délai et à l'affront d'une annulation de l'invitation.

Nixon ne va pas ni à Canossa ni à Munich. Son pays est beaucoup plus puissant que celui de Mao et c'est parce qu'il est puissant qu'il peut supporter des égratignures épidermiques. Et si les Chinois sont réellement conscients du rapport mondial des forces, et s'ils ont l'habileté diplomatique qu'on leur prête, ils se garderont bien de l'offenser. En recevant dignement le Président des États-Unis, ils épongeront les humiliations passées et gagneront sur la scène internationale un crédit que le monde n'était pas encore prêt à leur reconnaître. En dernière analyse et à long terme, Mao a plus à gagner de cette visite que Nixon. Il serait étrange qu'il gâche cette chance.

À mes yeux, le seul risque réel auquel les États-Unis s'exposent a trait à la longévité de Mao Tsé-toung et de Chou En-laï. Il est presque certain que le revirement chinois est dû au Premier Ministre, véritable génie politique. S'il venait à mourir, son successeur n'aurait peut-être pas l'envergure pour mener à bien cette dure partie diplomatique. Il est probable que Mao voit les choses de trop haut et de trop loin pour traiter personellement l'affaire dans ses détails.

De même, si Mao disparaissait le premier, personne ne peut savoir dans quelle mesure Chou En-laï conserverait les leviers de commande et si les problèmes intérieurs qui se poseront lui laisseront les mains libres en matière de politique étrangère. En raison de l'âge de ces deux dirigeants, ce risque est incontestable. Mais le Président Nixon pouvait-il le prendre en considération?

---

15. *Sur le conflit dans le sous-continent indien et l'indépendance du Bangladesh, cf. doc. 87,* dodis.ch/35284; *doc. 106,* dodis.ch/35311; *doc. 113,* dodis.ch/35283; *doc. 126,* dodis.ch/35309 *et doc. 135,* dodis.ch/35893.

90

dodis.ch/35603

Télégramme du Département politique au Consulat de Suisse à Saigon[1]

Confidentiel *[Berne,]* 30 août 1971, 11 h 15

Dans sa séance du 25 août, Conseil fédéral a décidé[2] reconnaître République démocratique du Vietnam. Cette nouvelle ne sera publiée que premier septembre issue séance Conseil fédéral, soit vers 19h, heure de Saigon. Informerons 1er septembre matinée Chargé d'affaires vietnamien[3] et Ambassadeur USA[4] Berne[5]. Par ailleurs avons prié[6] ambasuisse Paris informer confidentiellement 31 août[7] déjà Délégué général de la RDVN Paris[8]. Veuillez demander entretien Ministère des Affaires étrangères (M. Weber suggère le Vice-Ministre Phuong ou le Secrétaire général[9]) pour premier septembre en fin après-midi (pas plus tôt) et communiquer verbalement ce qui suit: «Le Conseil fédéral a décidé de reconnaître la République démocratique du Vietnam et d'officialiser ainsi les relations de fait existantes. Cette décision est motivée par l'évolution politique sur le plan international, la volonté de la Suisse de marquer sa disponibilité avant tout dans le domaine humanitaire[10] ainsi que son souci d'assurer l'universalité de ses relations. En ce qui concerne la forme des relations de la Suisse avec les deux Républiques, le Conseil fédéral veillera à ce qu'il y ait équilibre.» Recevrez séparément pour votre information personnelle «Presserohstoff[11]» qui sera remis 1er septembre à presse avec communiqué[12]. Ajoutons également pour votre

---

1. *Télégramme N° 46 (copie d'envoi):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7244* (B.15.11.1). *Rédigé par R. Baumgartner.*
2. *PVCF N° 1420 du 25 août 1971,* dodis.ch/36057. *Sur l'établissement des relations diplomatiques entre la Suisse et la République démocratique du Vietnam, cf. la lettre de R. Hartmann à P. Graber du 22 mars 1971,* dodis.ch/36064; *la notice de H. Miesch du 15 juin 1971,* dodis.ch/35065; *le PVCF N° 1156A du 7 juillet 1971,* dodis.ch/36060; *le PVCF N° 1735 du 11 octobre 1971,* dodis.ch/36061; *le compte rendu de F. Dubois du 28 septembre 1971,* dodis.ch/36068; *la notice de P.-A. Ramseyer du 8 octobre 1971,* dodis.ch/36069; *la notice de H. Miesch du 11 avril 1972,* dodis.ch/36100 *et le rapport de F. Châtelain de novembre 1972,* dodis.ch/36107.
3. *Bui Van Anh.*
4. *Sh. Davis.*
5. *Cf. le télégramme N° 583 de l'Ambassade de Suisse à Washington au Département politique du 31 août 1971,* dodis.ch/36066.
6. *Télégramme N° 222 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Paris du 26 août 1971, doss. comme note 1.*
7. *Cf. le télégramme N° 315 de l'Ambassade de Suisse à Paris au Département politique du 31 août 1971, doss. comme note 1.*
8. *Vo Van Sung.*
9. *Tran Van Lam.*
10. *Cf. doc. 149,* dodis.ch/35604.
11. *Cf. la circulaire aux missions diplomatiques suisses du 7 septembre 1971 avec la notice* Presserohstoff *du 1er septembre 1971,* CH-BAR#E2200.174#1985/195#38* (332.1).
12. *Communiqué de presse* Relations entre la Suisse et la République démocratique du Vietnam *du 1er septembre 1971,* CH-BAR#E2004B#1991/233#11* (a.713).

propre information qu'avons été amenés à prendre cette décision plus tôt que l'avions envisagé en raison risques détérioration situation intérieure Vietnam Sud et activité accrue éléments Vietcongs ce qui pourrait créer situation dans laquelle il nous serait de nouveau difficile de normaliser nos relations avec Hanoi. Veuillez câbler dès qu'aurez eu entretien[13]. Merci.

13. *Télégramme N° 59 du Consulat de Suisse à Saigon au Département politique du 1er septembre 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#5984* (B.15.11). *Sur la réaction de Saigon, cf. le télégramme N° 67 de J.-P. Weber au Département politique du 15 octobre 1971,* dodis.ch/36110.

91

dodis.ch/35757

Notice du Chef-suppléant du Service politique ouest du Département politique, E. Brunner[1]

ENTRETIENS AVEC M. SCHUMANN. INTÉGRATION

[Berne,] 14 septembre 1971

Aspect politique

1. L'idée politique que nous nous faisons de l'Europe de demain, c'est-à-dire d'une Europe où les États auront conservé leur identité nationale et où l'apport diversifié de chacun d'eux à l'édifice commun sera la condition d'un développement harmonieux, se recouvre dans une large mesure avec les conceptions françaises de l'avenir de notre continent. Dans ce domaine-là, nous n'aurons aucune peine à être compris et encouragés. Néanmoins, il serait bon de fixer quelques formules qui prouveront à nos interlocuteurs français que nous savons où nous allons et que nous avons, quant à notre rapprochement avec le Marché commun et notre place en Europe, une philosophie politique articulée et un comportement constant.

2. Il y aurait lieu en premier d'insister sur la vocation européenne de la Suisse, sur son désir de contribuer *à sa façon* à la construction européenne; cela veut dire, en préservant sa neutralité, qui est un des gages de son indépendance. Il y aurait lieu en outre d'insister sur l'importance que nous attachons à une Europe forte qui aurait retrouvé son influence dans le monde. Ce sont là des idées chères aux politiciens français d'aujourd'hui nourris de formules gaulliennes.

3. La valeur exemplaire de la solution suisse pour les autres pays neutres d'Europe[2] doit aussi être relevée. Il faut insister sur une certaine responsa-

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3370* (B.15.21.1). *Remise à P. Graber en prévision de la visite officielle de M. Schumann en Suisse les 15–16 septembre 1971.*

2. *Sur les rencontres entres hauts fonctionnaires des pays neutres, cf. doc 95,* dodis.ch/35590, *en particulier note 6.*

bilité dont nous sommes conscients non seulement envers l'Autriche[3] mais aussi envers la Finlande. Ces pays souffrent de certaines hypothèques que nous connaissons tous et n'ont dès lors pas la même liberté de mouvements avec le Marché commun que nous-mêmes. Il en résulte qu'il leur serait beaucoup plus facile politiquement de prendre l'accord que nous négocierons avec les «Six»[4] comme moule de leur propre projet car, en suivant notre exemple, ils obtiendraient du même coup une caution envers leurs voisins quelque peu ombrageux.

4. Pour rester neutres, ce qui est apparemment le désir de tous en Europe, il nous faut aussi avoir les moyens de cette neutralité, c'est-à-dire l'asseoir sur une économie viable, ce qui suppose le maintien et le développement des liens de toutes sortes et toujours plus nombreux non seulement avec nos voisins immédiats mais avec nos partenaires traditionnels, les «Six» aujourd'hui, les «Dix» demain. C'est pourquoi l'accord évolutif est nécessaire car un accord minimum, en raison du dynamisme de l'Europe, deviendra très vite anachronique.

5. Au cours de ces dernières semaines, au gré des initiatives politiques qui se multiplient, l'histoire diplomatique européenne connaît une accélération évidente. L'Accord de Berlin, dont la France est signataire, laisse entrevoir dans un délai rapproché la Conférence de sécurité[5]. En d'autres termes, ces prochains mois verront l'Europe organiser la détente, qui est le premier volet du triptyque du Général de Gaulle. Dans cette perspective, un accord d'un type spécial, conforme aux impératifs de notre identité nationale, aux règles du GATT[6], limité peut-être au départ mais susceptible d'évolution, constituerait un élément positif dans *la construction européenne occidentale* sans pour autant – et cela est particulièrement important aujourd'hui – aller à l'encontre du *nouvel esprit paneuropéen* qui semble devoir se lever.

6. Il nous apparaît qu'il y a aujourd'hui convergence entre les intérêts de l'Europe qui s'organise entre l'Ouest et l'Est, de celle de Bruxelles qui s'élargit, de celle des neutres dont l'utilité est non seulement reconnue mais encore encouragée de tous. Nous reconnaissons pour nous le bénéfice de cette convergence d'intérêts. C'est sous cet éclairage politique que nous désirons présenter notre cas; nous savons que nous avons toujours trouvé à Paris sur ce plan des appuis efficaces. Nous n'imaginons pas dans les circonstances présentes qu'ils puissent nous faire défaut. Encore n'est-il pas inutile de se le faire confirmer à nouveau[7].

---

3. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 13,* dodis.ch/31083, *note 5.*

4. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776. *Sur les négociations, cf. DDS, vol. 24, doc. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772; *doc. 44,* dodis.ch/35774 *et doc. 108,* dodis.ch/35775.

5. *Sur la position de la Suisse à l'égard de différentes questions relatives à la Conférence européenne de sécurité, cf. doc. 144,* dodis.ch/34499.

6. *Sur le rôle de la Suisse dans les rondes de négociations du GATT, cf. doc. 65,* dodis.ch/35596 *et doc. 103,* dodis.ch/35597, *en particulier note 2.*

7. *Cf. le procès-verbal de P.-Y. Simonin et de J.-M. Boillat du 26 novembre 1971,* dodis.ch/36471.

92

dodis.ch/34573

Notice du Jurisconsulte du Département politique, R. Bindschedler[1]

CONCLUSIONS DE LA RÉUNION DU 17 AOÛT 1971 SUR LA CONFÉRENCE SUR LA SÉCURITÉ EUROPÉENNE ET LA RÉDUCTION DES FORCES EN EUROPE (MBFR)[2]

Berne, 17 septembre 1971

1. Le problème de la réduction des forces et d'un désarmement régional en Europe concerne en premier lieu les deux blocs et touche à l'équilibre stratégique et militaire. La neutralité, étant surtout militaire, interdit en principe à la Suisse d'intervenir dans de telles questions.

2. La Suisse ne devrait toutefois pas se tenir à l'écart de cette négociation. Elle a un intérêt évident à souligner, par sa participation, son existence, à être informée des différents projets et des discussions, et, le cas échéant, à offrir ses bons offices et faire des propositions en ce qui concerne un éventuel mécanisme de contrôle.

3. Il serait également avantageux vis-à-vis de notre opinion publique de ne pas pratiquer la politique de la chaise vide. Une telle attitude donnerait l'impression – dans une question qui probablement suscitera un grand intérêt chez nous – que le Gouvernement se désintéresse de problèmes qui s'inscrivent dans le cadre de la détente et qui visent à un désarmement régional.

4. L'attitude de la Suisse à la Conférence[3] sera déterminée par les principes suivants:

a) La Suisse ne peut pas appuyer des positions ou prendre des initiatives ayant pour effet d'ébranler l'équilibre précaire existant et de favoriser une des parties. Une autre attitude serait contraire à la politique de neutralité. Les Puissances chercheront certainement à obtenir des avantages politiques et militaires aux dépens de leurs adversaires. Une retenue générale et une prudence particulière s'imposent donc à notre pays.

b) Tenant compte de ces considérations, elle peut favoriser un compromis entre les parties.

c) Elle peut accepter la participation à un mécanisme de contrôle éventuel si toutes les parties lui demandent de rendre ce service ou se déclarent d'accord. Elle peut prendre, le cas échéant, une initiative dans ce sens. La décision définitive dépendra des détails du mécanisme envisagé.

d) Elle devrait collaborer autant que possible avec les petits pays européens en général et les pays neutres en particulier. Une attitude commune de ces pays vis-à-vis des grandes Puissances serait souhaitable.

e) Les petits pays devraient rendre attentives les grandes Puissances au fait que la première responsabilité pour la détente ou le désarmement leur

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1).
2. *Cf. le procès-verbal de B. Schenk et H. Hoffmann du 17 septembre 1971,* dodis.ch/34574.
3. *Cf. doc. 144,* dodis.ch/34499.

incombe. Il faut rappeler aux grandes Puissances leur engagement contenu entre autres dans le préambule et l'article VI du traité de non-prolifération[4].

f) Elle ne peut envisager une réduction de ses propres forces armées qui sont déjà au minimum indispensable, surtout en ce qui concerne l'aviation[5]. Le même principe vaut pour les autres États moyens ou petits. L'Autriche est même au-dessous de ce minimum.

5. Il serait préférable, de notre point de vue, que la négociation sur la réduction des forces ait lieu dans le cadre de la Conférence de sécurité. En effet, nous participerons à cette Conférence où nous avons des propositions à faire (règlement pacifique des différends[6]). Dès lors, si nous devions adopter une attitude plus effacée dans la commission ad hoc qui s'occupera de la réduction des forces, cette retenue serait moins apparente que s'il s'agissait d'une conférence convoquée spécialement à ce sujet.

6. Avant de fixer notre position définitive[7], il importe de connaître l'attitude de certains autres pays, surtout les neutres; les Ambassadeurs de Suisse en Autriche, en Finlande, en Suède et en Yougoslavie seront prochainement chargés de réunir des informations à se sujet[8]. En se fondant sur le résultat de cette enquête, nous envisagerons alors éventuellement une consultation avec des hauts fonctionnaires autrichiens, suédois et finlandais[9].

Il est évident que notre marge de manœuvre dépendra dans une grande mesure du degré de participation et de l'attitude des autres neutres à cette Conférence.

7. Une Conférence de sécurité assortie d'une réduction des forces en Europe aurait objectivement un caractère antichinois, car elle permettrait à l'URSS de redéployer plus facilement une partie de ses troupes retirées de l'Europe sur son front asiatique. C'est là un danger inhérent à toute mesure de désarmement régional, conséquence de l'interdépendance indissoluble entre la sécurité européenne et la situation stratégique mondiale[10].

La question pourrait alors se poser d'une participation de la Chine à cette Conférence. Mais une telle participation changerait fondamentalement le caractère de la Conférence. En tout cas, une initiative suisse dans ce domaine

---

4. *Sur la position de la Suisse face au Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, cf. doc. 151,* dodis.ch/35287, *en particulier notes 2 et 3. Cf. aussi l'exposé de P. Graber du 3 septembre 1971,* dodis.ch/34588.

5. *Cf. le PVCF de décision II du 9 juillet 1970 de la 27ème séance du 7 juillet 1970,* dodis.ch/37077. *Sur la question de l'acquisition de nouveaux avions, cf. doc. 29,* dodis.ch/35592.

6. *Sur le projet suisse de système de règlement pacifique des différends, cf. doc. 173,* dodis.ch/34487, *en particulier note 15.*

7. *Cf. aussi le rapport de J. J. Vischer du 1er décembre 1972,* dodis.ch/34577. *Pour un résumé des résultats de cette étude, cf. la lettre de J. J. Vischer à R. Gnägi du 24 août 1972,* dodis.ch/34576.

8. *A. Escher, S. F. Campiche, R. Fässler et H. Keller. Pour les résultats de l'enquête, cf. la notice de P. Thévenaz du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34575 *et la notice de B. Schenk du 28 décembre 1971, doss. comme note 1.*

9. *Cf. doc. 156,* dodis.ch/34494.

10. *Sur le rôle de la République populaire de Chine dans la politique mondiale, cf. doc. 89,* dodis.ch/34585.

aurait quelque chose d'incongru. La Suisse doit toutefois tenir compte de cet aspect de la question.

8. Il se peut que la mission exploratoire de l'OTAN (Brosio) cherche le contact avec la Suisse à des fins d'information réciproque[11]. Malgré certaines hésitations, il n'y aurait pas de raison valable de vouloir éviter ce contact. Il y a lieu de rappeler dans ce contexte la mission Enckell[12] (Finlande) et les divers aide-mémoire qui nous ont été remis par des ambassadeurs à Berne représentant les pays des deux alliances, documents qui reflétaient les vues officielles de leurs organisations respectives[13]. Nous avons un intérêt à obtenir de cette mission le maximum de renseignements et à lui expliquer les points de vues suisses. Il va de soi que si nous recevons une mission de l'OTAN, nous devrons également recevoir une mission du Pacte de Varsovie si ce dernier nous le demande.

11. *Sur la mission Brosio, cf. doss. comme note 1.*
12. *Sur les entretiens avec R. Enckell, cf. le procès-verbal de K. Fritschi du 25 mars 1970,* dodis.ch/34489; *la notice de P. Micheli à P. Graber du 25 novembre 1970,* dodis.ch/34493 *et le compte rendu de J.-M. Boillat du 3 décembre 1970,* dodis.ch/34492.
13. *Sur les positions des États d'Europe de l'Ouest, cf. doc. 156,* dodis.ch/34494; *sur les positions des États d'Europe de l'Est, cf. doc. 157,* dodis.ch/34496. *Cf. aussi la notice de P. Thévenaz du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34575.

93

dodis.ch/35838

Der schweizerische Botschafter in Buenos Aires, M. Grossenbacher, an den Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, P. R. Jolles[1]

Vertraulich/Dringend — Buenos Aires, 22. September 1971

Wie Sie bereits wissen, hat Unterstaatssekretär Girelli am 21. September meinen wirtschaftlichen Mitarbeiter[2] zu sich gebeten, um ihm vom argentinischen Unbehagen betreffend schweizerische Einfuhrkontingentierung für argentinische Fleisch- und Weinexporte Kenntnis zu geben[3]. Es sei, so führte er aus, stossend, dass beispielsweise schweizerische Uhren in Argentinien völlig frei und ungehindert eingeführt werden könnten (er verwies in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf das kürzlich von Präsident Lanusse unterzeichnete Dekret), während argentinische Fleischexporte nach der Schweiz durch das System der Kontingentierung und der allzu kurzen Fristen der Bewilligungen behindert würden; das gegenwärtig Argentinien eingeräumte Weinkontingent

1. *Schreiben:* CH-BAR#E7110#1982/108#1522*(562.12). *Verfasst von H. Kaufmann.*
2. *H. Kaufmann.*
3. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 55 der schweizerischen Botschaft in Buenos Aires an das Politische Departement vom 21. September 1971,* CH-BAR#E2200.60#1992/208#161* (562.12).

sei nach wie vor winzig und falle für Argentinien devisenmässig kaum ins Gewicht[4].

Die Tatsache, dass Girelli sich an der offenkundigen Unlogik seiner Ausführungen im Moment einer argentinischen völligen Importsperre (nach vorangehenden Zollerhöhungen und selektiven Importverboten) nicht störte, weist darauf hin, dass die argentinischen Behörden in Sachen Aussenhandel gegenwärtig den Kopf völlig verloren haben und, wie Ertrinkende, ziemlich wahllos mit Händen und Füssen um sich schlagen. Unverkennbar ist, dass dabei das schlechte Beispiel der USA zusätzlich mitwirkt. (Aus solchen zunächst kleinen, isolierten und teilweise indirekten Reaktionen auf die amerikanischen Massnahmen könnte sich mit der Zeit dennoch eine Kettenreaktion und damit der allseits gefürchtete Handelskrieg auf weltweiter Basis ergeben).

Abgesehen von der soeben erwähnten Unlogik der argentinischen Klage lassen sich bekanntlich unzählige Einwände gegen sie vorbringen: die schweizerischen Kontingente haben in der Praxis nie argentinische Exporte behindert; wenn die argentinischen Exporte an Fleisch und Getreide zurückgingen, dann ausschliesslich, weil Argentinien nicht genügend liefern konnte; die argentinischen Exportbestrebungen lassen vielfach den rechten Eifer vermissen (Expovina[5]); die Kontrakterfüllung ist oft mangelhaft; das System der Vorauszahlung der Exporte lässt sich gegenüber einem vom Käufer beherrschten Markt wie der Schweiz nicht rechtfertigen etc., etc. Mein Mitarbeiter hat Girelli gegenüber einige dieser Einwände erwähnt, aber nur solche unpolemischer Natur. Es war offensichtlich, dass es Girelli nicht um eine Diskussion ging, sondern um die unilaterale Vorbringung eines argentinischen Gesichtspunktes, und dass er sich nicht in der Stimmung befand, Gegenargumente sachdienlich zu würdigen.

Ich habe Girelli indessen anschliessend die in Kopie beiliegende vorläufige Antwort[6] zugehen lassen, die sich auf bisherige ähnliche und von Ihnen gebilligte Stellungnahmen[7] dieser Botschaft stützt und deshalb ohne Präjudizierung einer Antwort Ihrerseits Girelli übergeben werden konnte. Auf die beiden grundsätzlichen Einwände betreffend Kontingentierung der Einfuhr von Fleisch und Wein bin ich in dieser vorläufigen Antwort nicht eingegangen.

Der Entscheid, ob wir zu den für uns heiklen Fragen dieser Kontingentierungen Stellung nehmen wollen oder nicht bzw. wie, hängt m. E. davon ab, was für Zwecke Argentinien mit seiner Intervention verfolgt und welche allfälligen Konsequenzen wir zu erwarten haben. Mein Mitarbeiter hat versucht, seitens einiger Kollegen zu erfahren, ob andere Industriestaaten in ähnlicher Weise

---

4. *Zu den schweizerisch-argentinischen Handelsbeziehungen, bes. auf dem Gebiet der Uhren, des Weins und des Fleisches, vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 160,* dodis.ch/33267; *die Notiz von R. Probst an E. Brugger vom 3. Februar 1970,* dodis.ch/35852; *das Schreiben von R. Probst an A. Janner vom 16. Februar 1970,* dodis.ch/35853; *die Notiz von R. Probst an E. Brugger vom 20. Mai 1970,* dodis.ch/35854 *und das Schreiben von H. Kaufmann an P. R. Jolles vom 22. Juni 1970,* dodis.ch/35879.

5. *Vgl. dazu das Schreiben von H.-U. Greiner an M. Grossenbacher vom 29. September 1971,* dodis.ch/35882.

6. *Schreiben von M. Grossenbacher an A. J. Girelli vom 22. September 1971,* dodis.ch/35838.

7. *Vgl. z. B. das Schreiben von H. Hofer an M. Grossenbacher vom 7. Juni 1971,* dodis.ch/37130.

«bearbeitet» wurden; aus den Antworten ergibt sich, dass offensichtlich keine konzertierte Aktion seitens Argentiniens vorliegt[8]. Einige Länder – so beispielsweise England, Italien, Spanien – weisen bedeutende Überschüsse an Importen aus Argentinien auf und müssen deshalb argentinischerseits wohl oder übel in Ruhe gelassen werden; die USA sind ein Spezialfall und stehen offensichtlich unter bedeutendem argentinischem Druck; die EWG-Staaten werden in regelmässigen Abständen seitens Argentiniens wegen ihrer Einfuhrpolitik kritisiert. – Als Gründe für die Beschwerde Girellis können, neben der schon erwähnten Panik angesichts der katastrophalen Aussenhandelssituation Argentiniens, folgende vermutet werden: die Intervention erfolgte eventuell, nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung», im Hinblick auf mögliche schweizerische Postulate im Zusammenhang mit der bevorstehenden Gewährung eines US$ 4,5 Millionen-Kredits an Argentinien; eventuell handelt es sich um einen ganz gewöhnlichen Kuhhandel, wobei ein Junktim geschaffen werden soll zwischen Inkraftsetzung des bereits unterzeichneten Uhrendekretes[9] und grösseren schweizerischen Konzessionen in Bezug auf Fleisch- oder Weinkontingente[10]; möglicherweise handelt es sich auch um eine indirekte Vorbereitung des Terrains für die Zeit der schrittweisen Wiederzulassung der Importe (im Sinne der Schaffung eines Alibis für allfällige argentinische, die Schweiz treffende Einfuhrrestriktionen).

Bei all diesen Möglichkeiten stellt sich die Frage, wie weit wir aus prinzipiellen Gründen auf diesen argentinischen Wink mit dem Zaunpfahl eintreten wollen bzw. welches Interesse Argentinien für uns als Handelspartner besitzt und wie weit wir irgendwelche argentinische Einfuhrhemmnisse in Kauf nehmen können.

Auf der andern Seite lässt sich die Überlegung anstellen, dass, gerade angesichts der ziemlich verzweifelten Lage der argentinischen Wirtschaft, eine Geste unter Umständen positive psychologische Konsequenzen für die Zukunft haben könnte. Auch wenn ich, mit Ihnen, keine Möglichkeit sehe, am bisherigen System der Einfuhrkontingentierung für Fleisch und Wein zu rütteln, könnte vielleicht dennoch irgendeine Erklärung mit ungefähr folgendem Inhalt abgegeben werden: Die erwähnte Einfuhrkontingentierung kann aus gewissen, in keiner Weise gegen Argentinien gerichteten Gründen nicht generell aufgehoben werden, und aus prinzipiellen handelspolitischen Überlegungen kann Argentinien auch nicht bilateral davon ausgenommen werden; hingegen wird zugesichert, dass die Höhe der Argentinien gewährten Kontingente unverzüglich und wohlwollend neu überprüft wird, sobald Argentinien mit seinen Lieferungen an die obere Grenze des Kontingents anstösst und Anzeichen dafür vorhanden sind, dass es darüber hinaus mehr liefern

8. *Ähnliche Gespräche fanden mit Australien und der Bundesrepublik Deutschland statt. Vgl. dazu das Schreiben von H. Kaufmann an P. R. Jolles vom 12. November 1971, Doss. wie Anm. 3.*

9. *Zum Uhrendekret vom 14. September 1971 vgl. das Schreiben von H. Grossenbacher an P. R. Jolles vom 23. September 1971, Doss. wie Anm. 3.*

10. *Vgl. dazu die Notiz von A. Janner an P. R. Jolles vom 20. Januar 1970,* dodis.ch/35851 *sowie die Notiz von H. Kaufmann vom 20. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 3.*

könnte. – Dies ist natürlich nur ein erster, grob formulierter Vorschlag, der, falls er Ihre prinzipielle Zustimmung findet, von Ihnen noch ausgefeilt und gegen allfällige Fussangeln abgesichert werden müsste. Eine Gefahr, dass nach der Abgabe einer solchen Erklärung der schweizerische Markt mit argentinischem Fleisch und argentinischem Wein überflutet wird, besteht kaum: die Höhe des argentinischen Angebotes, die Preise der Ware wie auch die Transportkosten und die argentinische Trägheit wirken dabei als selbstregulierende Faktoren. – Eine derartige konziliante Antwort böte uns anderseits die Möglichkeit, das schweizerische Missfallen an den jüngsten argentinischen Massnahmen wie totales Importverbot sowie (nach Aufhebung des totalen Importverbotes unzweifelhaft wieder relevant werdend) Importverbot für Luxusgüter und massive Zollerhöhungen gegenüber den argentinischen Behörden zwangslos zum Ausdruck zu bringen[11].

11. *Handschriftliche Marginalie von E. H. Léchot:* Wie wäre die Situation für argentinische Lieferungen von Fleisch & Wein, wenn der Import in die Schweiz liberalisiert wäre? Oder argentinische Lieferungen im Rahmen eines Global- Kontingents für mehrere Lieferländer erfolgen könnten? Doch wohl viel besser als jetzt!

94

dodis.ch/35587

Le Chef du Département de l'économie publique, E. Brugger, au Chef du Département de justice et police, L. von Moos[1]

Berne, 30 septembre 1971

Vous connaissez l'importance que revêtent les questions horlogères[2] dans le contexte de nos négociations à venir avec les Communautés européennes, et plus particulièrement le problème du «Swiss Made». Dans son rapport du 16 juin dernier[3] au Conseil des ministres, la Commission des CE signale en effet la question de l'horlogerie – à côté de celles des travailleurs étrangers[4] et des transports[5] – comme l'un des trois grands problèmes de politique

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E7001C#1982/118#962* (3200.06).
2. *Sur les négociations avec la Communauté économique européenne au sujet des questions horlogères, cf. doc. 150,* dodis.ch/35586, *en particulier note 4.*
3. *Cf. doc. 108,* dodis.ch/35775, *note 14.*
4. *Cf. doc. 148,* dodis.ch/35593.
5. *Cf. la notice de B. de Tscharner à P. R. Jolles du 3 décembre 1970,* dodis.ch/36232; *le PVCF N° 684 du 21 avril 1971,* dodis.ch/36233 *et la lettre de P. Trachsel à B. de Tscharner du 22 avril 1972,* dodis.ch/36238. *Sur le transport sur le Rhin, cf. la lettre de F. Rothenbühler à F. Walthard du 4 novembre 1971,* dodis.ch/36239 *et la lettre de H.-P. Tschudi à H. R. Nord du 11 avril 1972,* dodis.ch/36234. *Sur les liaisons transalpines, en particulier la question des tunnels alpins, cf. la lettre de J. de Rham à B. de Tscharner du 22 avril 1971,* dodis.ch/36235; *la lettre du Bureau de l'intégration à P. H. Wurth du 30 juillet 1971,* dodis.ch/36237 *et la notice de A. Faivet du 27 octobre 1971,* dodis.ch/36236.

commerciale auxquels des solutions satisfaisantes devront être apportées en vue d'établir le libre-échange[6] des produits industriels entre les deux parties. De son côté, le Ministre français des Affaires étrangères, M. Maurice Schumann, n'a pas manqué, lors de sa récente visite[7] dans notre pays, de marquer clairement l'importance que la France attache à cette affaire. Nous devrons donc lui trouver une solution négociée, si nous voulons éviter que les produits horlogers ne soient exclus du libre-échange industriel envisagé avec les CE, l'exclusion de l'une de nos principales industries traditionnelles étant impensable pour nous.

Le problème du «Swiss Made»[8] n'est d'ailleurs pas nouveau et a fait, durant plus de deux ans, l'objet de discussions prolongées au sein de la Commission mixte de l'Accord horloger Suisse-CEE signé le 30 juin 1967[9], lors du Kennedy Round. Au sein de cette Commission, le CEE n'a en effet pas tardé à se plaindre de ce que la définition du «Swiss Made» adoptée par l'industrie horlogère suisse en novembre 1968[10] – et notamment le critère selon lequel le 50% de la valeur des pièces constitutives du mouvement doit être de fabrication suisse – faisait obstacle aux livraisons d'ébauches et de parties réglantes communautaires en Suisse, pièces pour lesquelles l'Accord horloger prévoyait pourtant l'ouverture d'un contingent annuel. La CEE n'a, depuis lors, pas cessé de demander que ce critère soit modifié de manière à assurer la bonne application de l'accord au sens où elle l'entend. C'est parce que cette affaire n'a pas encore trouvé de solution satisfaisante jusqu'ici que les problèmes horlogers sont aujourd'hui si cruciaux pour la négociation globale qui va s'engager entre la Suisse et les Communautés.

Parallèlement à ces négociations et, bien entendu, en étroite synchronisation avec elles, la Commission mixte de l'Accord horloger continue de traiter ces questions. Il est en effet apparu judicieux aux deux parties de trouver une solution au sein de cet organe spécialisé avant le début de la négociation d'ensemble, plutôt que de charger celle-ci de ce problème. Cette manière de faire devrait permettre de déblayer le terrain pour ensuite incorporer ce résultat partiel dans l'accord à conclure avec les Communautés.

Cette dernière considération entraîne cependant une conséquence importante pour notre calendrier: comme la négociation globale[11], selon toute vraisemblance, va s'engager encore avant la fin de l'année, il importe que la prochaine réunion régulière de la Commission mixte[12], d'ores et déjà fixée au

---

6. *Sur l'accord de libre-échange avec la Communauté économique européenne, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3.*

7. *Cf. le compte rendu de P.-Y. Simonin, J.-M. Boillat et A. Faivet du 26 novembre 1971,* dodis.ch/36471, *pp. 5 s.*

8. *Cf. aussi doc. 150,* dodis.ch/35586. *Sur le problème du «Swiss Made» en Asie, cf. doc. 129,* dodis.ch/35588.

9. Accord concernant les produits horlogers entre la Confédération suisse et la Communauté économique européenne ainsi que ses États membres *du 30 juin 1967, AS, 1967, pp. 1957–1961.*

10. *Cf. la notice* «Swiss Made»-Définition pour montres et mouvements de montres *du 27 novembre 1968,* CH-BAR#E7113A#1979/23#402* (776.18.1).

11. *Cf. doc.108,* dodis.ch/35775.

12. *Sur la réunion de la Commission mixte du 9 décembre 1971, cf. la notice de R. Probst,* dodis.ch/36649.

début du mois de novembre, puisse être décisive. Autrement, nous courrions le risque de voir l'affaire horlogère prendre du retard, puis peser, sur la négociation d'ensemble. C'est pourquoi il est indispensable que la Division du commerce, qui doit encore préparer le terrain à Paris et à Bruxelles, reçoive à bref délai, et pour la mi-octobre en tout cas, un mandat précis pour la négociation de l'affaire du «Swiss Made» au sein de la Commission mixte.

Or, l'ordonnance[13] fondée sur l'article 18bis de la Loi sur les marques[14], qui devra contenir la définition du «Swiss Made», n'est pas encore parvenue au terme de son élaboration. La raison en est une divergence qui subsiste entre nos deux Départements. D'ailleurs, même en mettant les choses au mieux, le «Vernehmlassungsverfahren» qui devra avoir lieu et qui demandera un bon mois, nous mènera jusqu'à la mi-novembre.

La divergence dont il s'agit est plus formelle que matérielle:

La Division du commerce, faisant valoir des considérations d'ordre économique et tactique dictées par l'existence de notre contentieux horloger avec les CE et l'ouverture prochaine de négociations globales avec elles, a proposé que l'ordonnance sur le «Swiss Made» en tienne compte. Pour cela, elle a avancé des propositions élaborées avec la collaboration du Secrétaire général Walthard, qui ont entre-temps rencontré l'assentiment de l'industrie horlogère dans son ensemble comme du Vorort. Elles visent à compléter l'article 2 du projet d'ordonnance mis au point par le groupe de travail présidé par le Vice-directeur Braendli (lequel reprend telle quelle, à quelques détails rédactionnels près, la définition privée du «Swiss Made» de novembre 1968). Selon cette proposition, une modalité d'application serait insérée dans le corps même de l'ordonnance, qui formerait l'alinéa 2 de l'article 2 et dérogerait à la règle générale du calcul des 50%: un traitement «préférentiel» serait prévu, en ce sens que le calcul des 50% serait fondé, dans ce cas, non pas sur la valeur des seules pièces constitutives du mouvement (règle générale), mais sur cette valeur *augmentée* du coût de l'assemblage (modalité préférentielle). Ce traitement préférentiel serait accordé à condition qu'une procédure de certification prévue par un traité international garantisse que, par suite d'une étroite coopération industrielle entre les parties, l'équivalence de qualité existe entre les pièces étrangères et les pièces suisses. En pratique, et dans l'état actuel des choses, il n'y aurait guère que les Communautés européennes qui seraient en mesure de se prévaloir de ce privilège. Ainsi pourrait être levé l'obstacle qui, aux dires des CE, aurait jusqu'ici entravé la livraison en Suisse d'ébauches et de parties réglantes communautaires. À cette même occasion, il nous faudrait essayer de faire cesser la menace à laquelle recourent les CE lorsqu'elles déclarent considérer l'industrie horlogère suisse comme détenant une «position dominante» au sens du Traité de Rome (article 86). Il y aurait également lieu de tenter d'obtenir, dans le cas de la France surtout, la liberté d'investissements pour notre horlogerie.

---

13. *PVCF N° 2258 du 23 décembre 1971,* dodis.ch/36579.

14. Loi fédérale complétant la loi qui concerne la protection des marques de fabrique et de commerce, des indications de provenance et des mentions de récompenses industrielles *du 18 mars 1971, RO, 1971, pp. 1617 s.*

Dans le souci légitime de préserver la pureté juridique de l'ordonnance, les instances compétentes de votre Département ont fait valoir leurs réticences face à cette suggestion, arguant qu'il serait d'une part regrettable que la première en date des ordonnances prises en vertu de l'article 18bis de la Loi sur les marques soit entachée d'une exception motivée par des considérations économiques et donc étrangères au droit, et qu'il serait d'autre part à craindre que les décisions découlant de l'application d'une ordonnance contenant une modalité préférentielle ne soient un jour contestées devant le Tribunal fédéral sur la base de l'article 4 de la Constitution (égalité devant la loi). Sensibles cependant à l'argument économique mis en avant par la Division du commerce dans le contexte actuel de nos pourparlers avec les CE, le Bureau de la propriété intellectuelle et la Division de la justice ont à leur tour suggéré une solution[15] qui ne mette pas en cause la *substance* de la solution préférentielle recommandée par la Division du commerce, mais dont la *forme* juridique serait de nature à faire tomber leurs principales objections, à savoir: que l'exception prévue dans l'application du critère du 50%, sans faire partie intégrante de l'ordonnance sur le «Swiss Made», fasse l'objet d'un accord bilatéral de droit international, dont les dispositions primeraient l'ordonnance de droit interne.

Les organes compétents de mon Département, tout en reconnaissant qu'une telle construction pourrait en effet nous tirer d'affaire, craignent cependant qu'elle ne rende plus difficile la tâche du négociateur suisse: la négociation d'un tel accord[16] pourrait inciter nos partenaires à présenter des revendications plus larges et plus nombreuses que dans le cas d'une solution qui leur serait offerte dans le cadre fixe et préalablement délimité d'une ordonnance de droit interne. En outre, il pourrait, à mon sens, paraître peu opportun, d'un point de vue psychologique et politique, que les autorités fédérales procèdent par voie d'accord international à une solution du problème du «Swiss Made» qui ne trouverait pas de base dans l'ordonnance elle-même. C'est pour ces raisons que la Division du commerce est toujours d'avis que la solution préférentielle à offrir aux CE devrait, d'une manière ou d'une autre, trouver son fondement dans l'ordonnance.

Dans ces conditions, je suis de l'avis que la divergence qui persiste devrait être réglée entre vous et moi, directement, et je vous propose à cette fin une «konferenzielle Besprechung»[17] (à laquelle pourraient assister tant le Vice-Directeur Braendli et Me Rudolf de la Division de justice que l'Ambassadeur Probst, chargé de la négociation horlogère avec les CE). Je me permettrai donc de convenir d'une date avec vous lors de la séance de notre Conseil, lundi prochain.

---

15. *Sur les opinions divergentes au sein de l'Administration fédérale, cf. le compte rendu de G. Hentsch du 20 septembre 1971,* dodis.ch/36597.

16. *Cf. doc. 150,* dodis.ch/35586, *en particulier note 2.*

17. *Cf. la notice de R. Probst à P. R. Jolles du 8 octobre 1971,* dodis.ch/36902. *La question a dû être résolue par le Conseil fédéral, cf. le PVCF N° 1802 du 20 octobre 1971,* dodis.ch/36602.

95

dodis.ch/35590

Der schweizerische Botschafter in Stockholm, R. Fässler, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Vertraulich Stockholm, 14. Oktober 1971

Anlässlich meines Schweizer Aufenthaltes haben Sie den Wunsch ausgesprochen, dass auch bezüglich politischer Probleme gelegentliche Zusammenkünfte auf hoher Beamten-Ebene, sei es bilateral[2] oder im Rahmen der vier Neutralen[3], abgehalten werden. Persönlich habe ich diesen Vorschlag sehr begrüsst und habe darüber mit Herrn Wachtmeister vom Aussenministerium gesprochen. Der Generalsekretär[4] ist leider gegenwärtig abwesend, so dass ich seine Stellungnahme nicht kenne. Herr Wachtmeister erklärte mir aber, dass er persönlich diesen Vorschlag ebenfalls willkommen heisse. Bilaterale Besprechungen auf hoher Beamten-Ebene bestünden bereits zwischen Österreich[5] und Schweden, und es wäre sicher zu begrüssen, wenn dieser Meinungsaustausch auch auf die anderen Neutralen[6] ausgedehnt werden könnte. Er möchte sich nicht unbedingt auf eine Lösung festlegen, welche Zusammenkünfte nur im Rahmen der Neutralen vorsehe, denn gelegentlich gäbe es auch Probleme, die man viel einfacher auf bilateraler Basis behandeln könnte. Persönlich wäre er sehr gerne bereit, eine Schweizer Delegation zu empfangen. Anlässlich eines solchen Treffens könnte man dann diskutieren, wie man diese Kontaktnahmen noch weiter ausbauen könnte. Er wäre daher sehr gerne bereit, eine Schweizer Delegation zu empfangen und erwarte Vorschläge aus der Schweiz betreffend die Festlegung eines Datums für das nächste Meeting[7].

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6665* (B.15.21.4). *Handschriftliche Marginalie von A. Saluz:* Kopie ging an TH*[almann]*.
2. *Zu den schweizerisch-schwedischen Beamtenbesprechungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 70,* dodis.ch/32884, *Anm. 5; die Notiz von R. Baumgartner an P. Graber vom 20. Februar 1970,* dodis.ch/35734; *das Schreiben von R. Fässler an P. Micheli vom 22. September 1970,* dodis.ch/35701; *die Notiz des Integrationsbüros vom 14. Oktober 1970,* dodis.ch/36074 *und das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 25. Mai 1972,* dodis.ch/35743, *S. 25 f.*
3. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Fässler an E. Thalmann vom 9. Dezember 1971,* dodis.ch/35736.
4. *O. E. Jödahl.*
5. *Zu den schweizerisch-österreichischen Beamtenbesprechungen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 66,* dodis.ch/31196; *DDS, Bd. 24, Dok. 143,* dodis.ch/33201, *bes. Anm. 4 und DDS, Bd. 25, Dok. 28,* dodis.ch/35766.
6. *Zu den Beamtengesprächen über die europäische Integration vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 23. Dezember 1970,* dodis.ch/36070; *die Notiz des Integrationsbüro vom 7. Oktober 1971,* dodis.ch/36071 *und die Notiz von B. von Tscharner an P. Graber vom 15. Juni 1972,* dodis.ch/36073.
7. *Zum Besuch von E. Thalmann, R. Bindschedler und H. Miesch am 24. Januar 1972 in Stockholm vgl. die Notiz von H. Miesch vom 17. Februar 1972,* dodis.ch/34300.

96

dodis.ch/35553

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

KOLLOQUIUM BETREFFEND SPRACHPROBLEME KANADAS

[Bern,] 20. Oktober 1971

Der kanadische Botschafter, Herr James A. Roberts, spricht heute auf eigenen Wunsch in folgender Sache bei mir vor:

Vor einigen Tagen hat Herr Roger Duhamel, ein hoher Beamter im kanadischen Staatssekretariat, das sich u. a. mit Fragen der Frankophonie befasst, die kanadische Botschaft in Bern besucht und ihr nachstehendes Anliegen unterbreitet.

Vom 13.–20. Dezember 1971 findet im «Centre culturel canadien» in Paris auf Initiative der kanadischen Regierung ein Kolloquium «privater Natur» statt, das sich mit der Problematik der Zweisprachigkeit befassen wird. Vorgesehen ist ein einleitendes Exposé eines kanadischen Experten über das Sprachproblem in Kanada, worauf die Tagungsteilnehmer eingeladen werden, sich in kritischer Analyse zur Situation Kanadas zu äussern. Die Ergebnisse der Pariser Tagung sollen alsdann im Rahmen eines für den Monat Mai 1972 in Ottawa vorgesehenen «öffentlichen Kolloquiums» ausgewertet werden.

Herr Duhamel hat die kanadische Botschaft in Bern gebeten, die Namen von fünf mit der Problematik des «Bilinguisme» vertrauten Schweizern bekanntzugeben, die für eine Einladung an das Pariser Kolloquium in Frage kämen. Die Teilnehmer wären Gäste der kanadischen Regierung. Herr Duhamel denkt vorzugsweise an Vertreter aus der Bundesverwaltung; falls dies jedoch nicht möglich sein sollte, an solche aus anderen, in erster Linie wohl aus akademischen Kreisen, und hat für diese Alternative als mögliche Kandidaten die folgenden Persönlichkeiten genannt: Prof. Wahlen, Prof. Mercier (Bern), M. Carl, Directeur de la SSR, und Prof. Ruffieux (Freiburg).

Herr Roberts fügt bei, er wisse um unsere Zurückhaltung bezüglich der Frankophonie und lege daher Wert darauf, die Auffassung des Departements zu vorliegender Sache kennen zu lernen, bevor er irgendwelche Schritte unternehme. Sollten unsererseits Einwendungen bestehen, so werde er die Angelegenheit nicht weiter verfolgen und seine vorgesetzten Behörden entsprechend verständigen.

Ich erläutere Herrn Roberts unsere Haltung gegenüber den Bestrebungen der Frankophonie[2]. Angesichts unserer besonderen Stellung in dieser Frage sowie im Hinblick auf den spezifischen Zweck des Pariser Kolloquiums scheine mir eine offizielle schweizerische Beteiligung ausser Betracht zu fallen; indessen

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3506* (B.73.0.1.5). *Verfasst und unterzeichnet von M. Gelzer. Visiert von P. Graber am 25. Oktober 1971. Kopien an R. Keller, E. Vallotton, A. R. Hohl, J.-M. Boillat und an die schweizerische Botschaft in Ottawa.*

2. *Zur Diskussion über die Frankophonie vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 38,* dodis.ch/32700, *Anm. 9 und Dok. 156,* dodis.ch/32599.

sei ich bereit, die Angelegenheit noch näher anzusehen, um alsdann unsere Stellungnahme bekanntzugeben.

Herr Roberts, der offensichtlich mit einer zurückhaltenden Reaktion gerechnet hatte, bemerkte abschliessend, der Sache wäre schon gedient, wenn wir keine Einwendungen dagegen erhöben, dass er sich direkt mit den oben genannten Persönlichkeiten in Verbindung setze.

Auf meine Frage, welch anderen Staaten derartige Einladungen zugedacht seien, erwähnte Herr Roberts Frankreich und Belgien. Ob auch frankophone Staaten Afrikas eingeladen werden, vermochte er nicht zu sagen.

21. Oktober 1971

Im Sinne der heutigen Aussprache im Büro Botschafter Kellers teile ich Herrn Lucien Villeneuve von der kanadischen Botschaft, der in dieser Angelegenheit den bereits nach Algier abgereisten Missionschef[3] vertritt, folgendes mit:

1. Aus den Herrn Roberts bereits mündlich dargelegten Gründen sei zu unserem Bedauern von einer Beteiligung von Vertretern der Bundesbehörden am Pariser Kolloquium abzusehen.

2. Indessen bestünden keine Einwendungen dagegen, dass die Botschaft direkt mit anderen Persönlichkeiten in Verbindung tritt, die sich mit dem Phänomen der Mehrsprachigkeit in der Schweiz näher auseinandergesetzt haben und von diesem Gesichtspunkt aus wohl einen interessanten Beitrag zur Thematik des Pariser Kolloquiums beisteuern könnten. Ihre allfällige Teilnahme erfolge in der Eigenschaft privater Experten.

3. Zusätzlich zu den von Botschafter Roberts erwähnten Kandidaten nenne ich die Namen der Herren Prof. Herbert Lüthy (Zürich), Denis de Rougemont, evtl. auch Prof. J. R. von Salis, und gebe andererseits gleichzeitig zu verstehen, dass von Prof. Wahlen als ehemaligen Magistraten, sowie auch im Hinblick auf seine Tätigkeit in der Kommission der guten Dienste für den Jura wohl besser abgesehen werde.

Herr Villeneuve dankt für unsere Stellungnahme und wird Botschafter Roberts entsprechend verständigen.

---

3. *J. Roberts*.

97

dodis.ch/34334

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

Streng vertraulich Bern, 22. Oktober 1971

Am 22. Oktober 1971 befasste sich die bundesrätliche Finanz- und Wirtschaftsdelegation (anwesend die Herren Bundesräte Graber und Brugger, Botschafter Thalmann und Jolles, Minister Natural, Marti, Nussbaumer und der Unterzeichnete) mit dem Problem der Verhandlungen mit der DDR über den Austausch von Handelsmissionen[2]. Zur Diskussion standen einerseits der vom 22. Oktober datierte Antrag[3] an den Bundesrat in dieser Sache, das Telegramm Botschafter Lachers vom 20. Oktober (Nr. 124)[4] sowie die am 22. Oktober in Abwesenheit von Botschafter Löns durch Minister Schlegelberger vorgenommene massive Intervention. (Vgl. Notiz Fritschi vom 22. Oktober[5]).

Nach Abwägung der Interessenlage (EWG-Gesichtspunkt[6] contra Entschädigungskomplex DDR) wurde folgendes Vorgehen beschlossen:

a) Der bereits vorliegende Antrag wird dem Bundesrat nur informationshalber für die Sitzung vom 27. Oktober[7] vorgelegt.

b) Die Verhandlungen vom 27. bis 29. Oktober werden dilatorisch geführt, wobei ein Scheitern in Kauf genommen wird[8]. Jedoch soll die Sache nicht an Zürich auffliegen, sondern Bern kann erwogen werden, wobei jedoch in formeller Hinsicht schweizerischerseits eine äusserst restriktive Haltung einzunehmen ist. Es soll nach Möglichkeit nicht paraphiert werden. Sollte dies unvermeidlich sein, so muss längere Überlegungsfrist für Bundesrat ausbedungen werden.

c) Gelingt es, die Verhandlungen über den Monat November (Mandatserteilung EWG[9]) hinwegzuretten, so ist der Bundesrat freier und kann im

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#980* (B.15.11.2.1).
2. *Vgl. dazu Dok. 4,* dodis.ch/35862; *Dok. 71,* dodis.ch/34478 *sowie die Notiz von P. R. Jolles vom 20. September 1971,* dodis.ch/34337.
3. *Antrag des Politischen Departements und des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat vom 22. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Telegramm Nr. 124 von H. Lacher an das Politische Departement vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/34340.
5. *Notiz von K. Fritschi vom 22. Oktober 1971,* dodis.ch/34341.
6. *Zu den Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772 *und Dok. 44,* dodis.ch/ 35774. *Zum Freihandelsabkommen von 1972 vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*
7. *Vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 29. Oktober 1971 der 37. Sitzung vom 27. Oktober 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*.
8. *Zum Verlauf der Verhandlungsrunde vgl. die Notiz von H. Marti an P. R. Jolles vom 1. November 1971,* dodis.ch/34343.
9. *Vgl. dazu Dok. 108,* dodis.ch/35775.

Dezember einen neuen Beschluss fassen[10], wobei unter Umständen mit einer Verärgerung der BRD zu rechnen wäre.

10. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 7. Dezember 1971,* dodis.ch/34344. *Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen vgl. die Notiz von H. Miesch an P. Graber vom 31. Mai 1972,* dodis.ch/34369; *die Aufzeichnung von H. Miesch vom 29. Juni 1972,* dodis.ch/34368 *und das BR-Prot. Nr. 1182 vom 5. Juli 1972,* dodis.ch/34367. *Zur* Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik *vom 12. Juli 1972 vgl. Dok. 179,* dodis.ch/34372, *Anm. 7.*

98

dodis.ch/35514

Lettre du Président du CICR, M. A. Naville, au membre de la Commission des affaires étrangères du Conseil national, P. Dürrenmatt[1]

Genève, 22 octobre 1971

J'ai bien reçu votre lettre du 11 octobre et l'ai soumise à l'assemblée plénière du Comité international de la Croix-Rouge qui en a discuté.

Celle-ci est d'avis qu'en raison de l'indépendance du CICR, il n'est guère possible à son Président, ni à l'un de ses membres, de comparaître devant une commission parlementaire pour répondre à des questions concernant la politique suisse sur lesquelles le CICR n'est pas habilité à se prononcer[2]. Bien que sur le plan financier le CICR bénéficie d'un appui de plus en plus large de la Confédération[3], il y a un intérêt évident pour celle-ci comme pour lui à ce que, dans l'avenir, comme ce fut le cas jusqu'à présent, il ne puisse y avoir aucune équivoque sur la nature des relations existant entre les autorités suisses et le CICR et sur l'indépendance réciproque qui caractérise ces relations[4].

Cela dit, le CICR comprend le souci qui a inspiré votre démarche et il a examiné dans quelle mesure il pourrait s'exprimer sur les questions soulevées dans votre lettre.

Il va de soi que, par vocation, il est en faveur de tout ce qui peut contribuer à prévenir les guerres ou à en atténuer les effets et à réduire le nombre des victimes et les souffrances qui sont infligées à celles-ci. Tout en étant conscient de la nécessité pour un État d'assurer, par des moyens appropriés, sa propre sécurité, le CICR ne saurait qu'approuver toute mesure visant à restreindre le commerce des armes et la fabrication d'engins meurtriers. Sur la question

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#954* (o.258.3.1).
2. *Pour la discussion dont la présente lettre a cependant fait l'objet au Conseil national les 6 et 7 mars 1972, cf. le Bull. of. CN, 1972, pp. 122, 124, 148 et 154.*
3. *Cf. le PVCF N° 1527 du 8 septembre 1971,* dodis.ch/36365 *et le PVCF N° 1779 du 20 octobre 1971,* dodis.ch/36367.
4. *Sur les relations de la Suisse avec le CICR, cf. la notice d'août 1969,* dodis.ch/32834.

précise, si les exportations d'armes par des entreprises suisses sont compatibles avec la vocation humanitaire de la Suisse et sont de nature à ternir l'image qu'on se fait d'elle à l'étranger, c'est là une affaire d'appréciation sur laquelle le CICR n'est pas en mesure de donner un avis et il ne lui appartient pas de faire des constatations à cet égard.

Quant à l'influence de ces exportations sur son efficacité, le CICR ne dispose pas d'éléments qui lui permettraient d'affirmer qu'elles ont amoindri cette efficacité. Celle-ci peut être compromise par d'autres circonstances, notamment par la priorité donnée trop souvent par un État belligérant à ses intérêts politiques ou militaires sur des considérations d'ordre humanitaire. Il convient toutefois de souligner que la neutralité de la Suisse étant la condition fondamentale de l'activité du CICR, tout ce qui peut amener les Puissances étrangères ou l'opinion publique à mettre en doute cette neutralité[5] affaiblit du même coup la position du Comité international.

S'agissant de l'affaire Bührle, qui a été découverte lors de la guerre de sécession du Nigéria-Biafra[6], nous avons écrit à l'Ambassadeur Auguste Lindt auquel, comme vous le savez, nous avions confié les fonctions de Haut-Commissaire[7], pour lui demander si elle avait eu des répercussions sur son activité[8]. M. Lindt est momentanément absent de Suisse, mais nous attendons sa réponse et si celle-ci devait apporter des éléments nouveaux, nous ne manquerions pas de vous en faire part.

Le CICR espère que votre Commission comprendra les raisons de principe qui m'empêchent de me rendre à son invitation.

---

5. *Sur le lien entre neutralité suisse et exportation de matériel de guerre, cf. doc. 64,* dodis.ch/35690.

6. *Sur la livraison illégale de matériel de guerre par Oerlikon-Bührle AG au Nigéria, cf. DDS, vol. 24, doc. 146,* dodis.ch/33261, *note 7.*

7. *Sur la mission de A. R. Lindt, cf. DDS, vol. 24, doc. 136,* dodis.ch/33251.

8. *Sur cette question, cf. le télégramme N° 23 de A. R. Lindt au Département politique du 8 août 1968,* CH-BAR#E2001E#1980/83#3506* (B.51.14.21.20).

99

dodis.ch/34295

Notice au Chef du Département politique, P. Graber[1]

Rapport Suisse/ONU

Berne, 25 octobre 1971

M. l'Ambassadeur Jolles nous a suggéré in extremis quelques amendements aux conclusions du projet de rapport[2]. Il n'avait en effet pu prendre connais-

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1593* (o.713.01). *Rédigée par F. Pictet et signée par R. Keller. Visée par P. Graber.*

2. *Sur le* Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec

sance jusqu'à présent de ce texte. Nous avons pu tenir compte de ses remarques qui ont été introduites dans la version qui vient d'être distribuée.

Les amendements de M. Jolles visaient d'une part à faire ressortir le côté positif de l'universalité de l'ONU en passe de se réaliser. Il ne s'agit pas seulement du risque d'être isolé. C'est en effet un obstacle à notre éventuelle adhésion qui va être levé: des situations de conflit entre l'ONU et un État non membre ne risqueront plus de se présenter, ce qui modifiera le contexte dans lequel s'exerce notre neutralité. Pour M. Jolles d'ailleurs, l'universalité est le fait nouveau que nous pourrons invoquer pour justifier l'adhésion sans que cette décision puisse être interprétée comme un changement de notre politique de neutralité. Enfin, M. Jolles a demandé que l'on atténue les références aux inconvénients de notre position actuelle.

Nous savons que le Directeur de la Division du commerce estime malheureuse toute l'argumentation concernant ce dernier point. Il serait, selon lui, dangereux de soutenir que la participation limitée à l'ONU ne donne pas satisfaction au moment où l'on s'efforce de convaincre l'opinion qu'un arrangement limité avec la CEE constitue la solution la plus adéquate[3]. Certains pourraient, d'après lui, reprocher au Conseil fédéral de n'avoir pas, en négociant avec la CEE, tiré la conclusion de l'expérience faite avec l'ONU. On redoute aussi que les adversaires de l'arrangement avec la CEE accusent le Conseil fédéral de vouloir, comme avec l'ONU, marcher à petits pas jusqu'à l'adhésion.

Cette argumentation ne nous semble pas convaincante. La meilleure manière de convaincre l'opinion[4] qu'il faut adhérer, c'est de lui prouver que nous ne pourrons pas toujours sauvegarder nos intérêts avec la formule actuelle. En outre, l'ONU et la CEE ne sont pas comparables, ne serait-ce qu'à propos du caractère supranational. Enfin, tous les partis, à une exception près, sont plutôt favorables à l'adhésion à l'ONU[5] alors qu'aucun ne recommande une adhésion à la CEE[6]. Seule une très petite minorité pourrait donc être séduite par une argumentation rapprochant les deux négociations et recommandant systématiquement l'abstention dans les deux cas.

Il nous est revenu, de plus, que M. Jolles est inquiet à l'idée que la discussion sur l'ONU sera provoquée par le rapport avant que le vote sur l'arrangement avec la CEE n'ait eu lieu. Deux affaires de cette importance à la fois mettraient l'opinion publique à trop rude épreuve.

---

l'Organisation des Nations Unies et ses institutions spécialisées de 1969 à 1971 *du 17 novembre 1971, cf. doc. 69,* dodis.ch/34284, *note 4.*

3. *Sur l'accord de libre-échange entre la Suisse et la Communauté économique européenne, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776, *en particulier note 3. Sur les différentes options de la Suisse, cf. doc. 25,* dodis.ch/35772, *note 2 et sur les négociations, cf. doc. 108,* dodis.ch/35775.

4. *Sur la politique de communication du Département politique au sujet de l'intégration européenne et des rapports avec l'ONU, cf. doc. 52,* dodis.ch/35368.

5. *Cf. la circulaire du Département politique aux représentations suisses à l'étranger du 18 juillet 1972,* dodis.ch/34305.

6. *Sur la discussion de l'intégration européenne avec les représentants des partis politiques représentés au Conseil fédéral, cf. l'exposé de P. Micheli du 18 mars 1970,* dodis.ch/36108 *et le PVCF N° 510 du 16 mars 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#756*.

Sur ce point, il faut observer que l'affaire de la Chine[7] rend inévitable et urgent un réexamen du problème et que l'opinion est en droit d'attendre du Conseil fédéral qu'il dise ce qu'il en pense[8]. Les délais en ce qui concerne l'ONU sont en tout état de cause tels qu'une décision ne pourra être prise avant que l'arrangement avec la CEE soit sous toit. Si nécessaire cette question du calendrier pourrait d'ailleurs être précisée dans les conclusions du rapport, pour éviter tout risque de confusion dans les esprits.

7. *Sur l'admission de la République populaire de Chine aux Nations Unies en remplacement de Taïwan le 25 octobre 1971 et sur la position de la Suisse à cet égard, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.

8. *Cf. le* Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur les relations de la Suisse avec l'Organisation des Nations Unies et ses institutions spécialisées de 1969 à 1971 *du 17 novembre 1971, FF, 1972, I, pp. 51 s.*

100

dodis.ch/35581

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

STAND DES BILATERALEN VERHÄLTNISSES AUF DEM GEBIETE DER SOZIALVERSICHERUNG IM VERHÄLTNIS ZU SCHWEDEN, BELGIEN, GRIECHENLAND, SAN MARINO, NORWEGEN, PORTUGAL, FRANKREICH, FINNLAND, BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bern, 3. November 1971

Am heutigen Tag hatte ich mit H. Wolf vom Bundesamt für Sozialversicherung eine längere telefonische Unterredung, wobei wir auf den Stand der bilateralen Beziehungen mit folgenden Ländern zu sprechen kamen:

1. Schweden

Im Anschluss an den Besuch des früheren schwedischen Aussenministers Nilsson in Bern[2], bei dem Bundesrat Graber auch die Revision des schweizerisch-schwedischen Sozialversicherungsabkommens kurz zur Sprache brachte, frägt die Botschaft in Stockholm mit Brief vom 28. Oktober 1971[3] an, ob sie in Stockholm einen entsprechenden Vorstoss unternehmen solle. Wolf hat schon aus kalendarischen Gründen einige Bedenken, weil sein Dienst bis zum Frühjahr restlos «ausverkauft» ist (siehe nachfolgende Übersicht). Er bittet

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#5537* (B.31.31). *Verfasst und unterzeichnet von M. Leippert, Kopie an M. Jaccard.*

2. *Zum Besuch von T. Nilsson in Bern vgl. die Aufzeichnung der Arbeitssitzungen vom 7. und 8. Juni 1971 von R. Grossenbacher,* dodis.ch/35741.

3. *Schreiben von R. Fässler an E. Thalmann vom 28. Oktober 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6713* (B.31.31.01). *Vgl. dazu ferner das Schreiben von C. Motta an E. Thalmann vom 17. November 1971,* dodis.ch/35717.

mich, abzuklären, ob man nicht die Botschaft beauftragen sollte, ein detaillierte Liste der Wünsche der Auslandschweizer in Schweden[4] zu verlangen, bevor man sich über das weitere Vorgehen schlüssig werde. Seitherige Abklärungen haben indessen ergeben, dass uns diese hinlänglich bekannt sind, was ich nicht verfehlte, Wolf telefonisch mitzuteilen.

2. Belgien

Die erste Verhandlungsphase hat bekanntlich in Bern stattgefunden. Die zweite Runde soll demnächst folgen. Das Bundesamt ist z. Zt. mit den Vorbereitungen beschäftigt, indem es einen schweizerischen Abkommenstextentwurf ausarbeitet[5].

3. Griechenland

Mit Griechenland haben die Expertenbesprechungen bereits stattgefunden. Die erste Verhandlungsphase wird nun vorbereitet[6].

4. San Marino

Die Vorbesprechungen[7] sind ebenfalls schon über die Bühne gegangen; das Bundesamt geht nun an die Ausarbeitung eines kleinen Abkommens im Sinne jenes mit Italien[8].

5. Norwegen

Mit der norwegischen Delegation hat ebenfalls eine erste Aussprache unter Experten bereits stattgefunden. Die Verhandlungen sind bis zum Frühling geplant. Norwegen hat im Vergleich zu Schweden und Dänemark ein anderes System und ist anscheinend bereit, den Auslandsexport der Volkspension zuzugestehen.[9]

---

4. *Zu den Wünschen der Auslandschweizer in Skandinavien vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 149,* dodis.ch/31201; *DDS, Bd. 24, Dok. 168,* dodis.ch/32872; *die Notiz von M. Jaccard an M. Leippert vom 15. Juni 1970,* dodis.ch/35716 *sowie die Notiz für H.-P. Tschudi vom 17. Juni 1970,* dodis.ch/35714.

5. *Zu Belgien vgl. das Schreiben von C. Motta an E. Thalmann vom 22. April 1971,* dodis.ch/35724; *das BR-Prot. Nr. 1485 vom 1. September 1971,* dodis.ch/35726 *sowie die Notiz von M. Leippert vom 13. September 1971,* dodis.ch/35727.

6. *Zu Griechenland vgl. die Notiz von M. Leippert vom 17. April 1972,* dodis.ch/36615; *das BR-Prot. Nr. 757 vom 3. Mai 1972,* dodis.ch/36616 *und die Notiz von M. Leippert vom 24. Mai 1972,* dodis.ch/36618.

7. *Zu San Marino vgl. das Schreiben von E. R. Deslex an E. Thalmann vom 18. Februar 1972,* dodis.ch/36677.

8. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 14. Dezember 1962, AS, 1964, S. 727–742. Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 103,* dodis.ch/18769; *Dok. 169,* dodis.ch/18960 *und Dok. 180,* dodis.ch/18770 *und* Zusatzvereinbarung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über Soziale Sicherheit vom 14. Dezember 1962 (mit Schlussprotokoll) *vom 4. Juli 1969, AS, 1973, S. 1185–1190. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 98,* dodis.ch/32294, *Anm. 5.*

9. *Zu Norwegen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 168,* dodis.ch/32872, *bes. Anm. 12; das Schreiben von C. Motta an O. Lund vom 13. April 1970,* dodis.ch/35718 *sowie das Schreiben von C. Motta an E. Thalmann vom 17. November 1971,* dodis.ch/35717. *Zu den Verhandlungen mit Norwegen*

6. Portugal

Das Bundesamt hat Portugal vorgeschlagen, die Besprechungen auf Expertenebene im März abzuhalten und zwar in Lissabon[10].

7. Frankreich

Mit Frankreich sollten sobald als möglich die eigentlichen Verhandlungen aufgenommen werden, nachdem bereits zweimal die Experten zusammengekommen sind. Die bisherigen Bemühungen[11] haben aber bis jetzt noch zu keinem Resultat geführt, obwohl auch Bundesrat Graber Minister Schumann, anlässlich seines kürzlichen Besuches[12], daraufhin angesprochen hat.

8. Finnland

Noch diesen Monat sollen finnische Experten in Bern eintreffen[13].

9. Bundesrepublik Deutschland

Letzte Woche waren Besprechungen mit deutschen Experten. Es ist vorgesehen, zum bestehenden schweizerisch-deutschen Sozialversicherungsabkommen[14] ein Zusatzabkommen, ähnlich jenes mit Italien, in Aussicht zu nehmen. Die Verhandlungen sollen relativ bald aufgenommen werden[15]. Verschiedene Änderungen drängen sich auf verschiedenen Gebieten, so auch bei der Invalidenversicherung, auf. Auch scheinen die Deutschen heute bereit zu sein, die schweizerische freiwillige AHV[16] wieder anzuerkennen, indem sie auch deutscherseits an eine Wiedereinführung der freiwilligen Versicherung denken. Das Bundesamt hat sich dem Vernehmen nach mit sehr zahlreichen Eingaben von Schweizern aus Deutschland zu befassen, die wegen der jet-

---

vgl. die Note der schweizerischen Botschaft in Oslo an das norwegische Aussenministerium vom 21. Dezember 1971, dodis.ch/35719. *Zum Export der skandinavischen Volkspension vgl. die Notiz von C. Motta vom 23. März 1970,* dodis.ch/35720 *und die Notiz von M. Leippert vom 9. Juni 1970,* dodis.ch/35715.

10. *Zu den Besprechungen vom 27.–30. März 1972 vgl. das Protokoll von H. Wolf und M. Roseira vom 30. März 1972,* CH-BAR#E3340B#1989/175#777* (797.10/P2).

11. *Zu Frankreich vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 168,* dodis.ch/32872 *und die Notiz von M. Leippert vom 1. April 1971,* dodis.ch/36510. *Vgl. ferner die Notiz von M. Leippert vom 5. Juli 1972,* dodis.ch/36511.

12. *Zum Besuch von M. Schumann in der Schweiz am 15. und 16. September 1971 vgl. Dok. 91,* dodis.ch/35757.

13. *Zu Finnland vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 168,* dodis.ch/32872, *bes. Anm. 14; das Schreiben von M. Frauenfelder an M. Schauwecker vom 2. Juni 1970,* dodis.ch/35723; *das Schreiben von C. Motta an E. Thalmann vom 22. April 1971,* dodis.ch/35724 *sowie den* Auszug aus der vom 22. Juni 1972 datierten Notiz von Herrn Marcel Ney, Direktor des Auslandschweizersekretariats der NHG, über seinen Besuch in Finnland vom 15.–20. Juni 1972 *vom 29. Juni 1972,* dodis.ch/35725.

14. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über Soziale Sicherheit (mit Schlussprotokoll) *vom 25. Februar 1964, AS, 1966, S. 602–621.*

15. *Die Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland wurden erst 1973 aufgenommen; vgl. dazu* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1477* (B.31.31.0.1).

16. *Zur freiwilligen AHV vgl. Dok. 147,* dodis.ch/35583, *Anm. 5.*

zigen Regelung der freiwilligen AHV Klage führen (hauptsächlich wegen der Nichtanrechenbarkeit schweizerischer freiwilliger Beitragszeiten durch die deutsche Sozialversicherung).

101

dodis.ch/35402

Telegramm des schweizerischen Botschafters in Washington, F. Schnyder, an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

ROLLE DER SCHWEIZ IN EUROPA AUS DER SICHT DER USA

Washington, 3. November 1971, 14.50 Uhr

Die Gespräche von Jolles[2] mit massgebenden Persönlichkeiten hier gaben ihm Gelegenheit, den Sinn geplanter Arrangements der Neutralen mit EWG in sehr überzeugender Weise zu erläutern.

Einige grundsätzliche Hinweise von Jolles (übrigens durchaus kongruent mit Aufzeichnung Natural vom 20. v. m.[3]) in Unterhaltung mit Assistant Secretary Hillenbrand am 29. v. m. veranlassten diesen zu einigen – offenbar absichtlich zurückhaltenden – Bemerkungen über die Rolle der Schweiz wie die USA sie sehen.

1. Nach *[Hillenbrand]* ist der neutrale Status einiger europäischer Staaten eine unproblematische Tatsache. «We accept the fact». Man könnte vielleicht bezweifeln, ob auf Finnland wirklich der Begriff der Neutralität ganz zutreffe. Die USA haben aber ein wesentliches politisches Interesse, die Bemühungen Finnlands um seinen neutralen Status möglichst zu erleichtern. Unter den andern ist die Schweiz sicher der Staat, der das Prädikat der Neutralität am klarsten verdient und dessen neutralen Dienste, vor allem im humanitären Bereich, als besonders wertvoll betrachtet werden.

2. Von Seiten der USA bestehen keinerlei Bedenken gegen die Idee, dass die Schweiz an einer europäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen würde[4]. Offenbar wird die Beteiligung der Neutralen allgemein als gegeben betrachtet. Die Amerikaner selbst sind allerdings, wie *[Hillenbrand]* beifügte, zu einer solchen Konferenz, der gegenüber hier nach wie vor einige Skepsis herrscht, noch nicht bereit.

---

1. *Telegramm Nr. 790 (Empfangskopie) gleichzeitig Politischer Bericht Nr. 7:* CH-BAR# E2300-01#1977/29#80* (A.21.31). *Erhalten:* 4. November 1971, 9.30 Uhr.
2. *Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom 3. November 1971,* dodis.ch/36216; *das Schreiben von P. R. Jolles an F. Schnyder vom 10. November 1971,* dodis.ch/36218 *sowie den Bericht von K. Jacobi vom 16. November 1971,* dodis.ch/36217.
3. *Vgl. das Telegramm Nr. 135 der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an die schweizerische Botschaft in Washington vom 20. Oktober 1971,* CH-BAR#E2001E-01# 1982/58#1406* (C.41.111.0).
4. *Zur Haltung der Schweiz zu verschiedenen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

3. Die Amerikaner möchten zur Frage, ob die Schweiz an der MBFR teilnehmen werde oder nicht, nicht Stellung nehmen[5]. Von den USA aus gesehen bestehe jedenfalls keine Notwendigkeit, dass sich die Neutralen beteiligen. Der Entscheid darüber, ob die Schweiz ihre Armee, die als integraler Bestandteil ihrer neutralitätspolitischen Haltung betrachtet werde, in die MBFR einbeziehen werde oder nicht, müsse ihr selbst überlassen bleiben. Wenn die USA sich im Zusammenhang mit MBFR über das Potential der NATO Rechenschaft abgelegt, wird die schweizerische Armee selbstverständlich nicht mitgerechnet.

In diesem Zusammenhang wies ich darauf hin, dass die schweizerische Wehrbereitschaft sicher einen Beitrag zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität Europas darstelle und von der MBFR deshalb durchaus nicht berührt zu werden brauche. Jolles bemerkte seinerseits, dass unsere Wehrpolitik vor allem darauf gerichtet ist, in Europa ein «power vacuum» zu vermeiden. Unsere Wehrbereitschaft sei, besonders wenn man noch die geographischen Voraussetzungen berücksichtige, in diesem Sinn durchaus wirksam. Das anerkannte *[Hillenbrand]* selbst übrigens ohne weiteres, vorausgesetzt selbstverständlich, dass die NATO-Mächte ihre Kampfbereitschaft hochhalten und nicht das Gleichgewicht der militärischen Machtverhältnisse in Europa preisgeben.

4. Zur Frage der angestrebten Abkommen zwischen den Neutralen und der EWG[6] werde sich Deputy Under Secretary Samuels äussern[7]. Immerhin gab *[Hillenbrand]* zu erkennen, dass er sich des Unterschieds zwischen regionalen präferentiellen Abmachungen und der von uns aus als GATT-konform betrachteten angestrebten Freihandelszone[8] bewusst ist. Ohne seinerseits auf die Problematik der Integrationspolitik der Neutralen in Europa näher einzugehen, unterstrich Botschafter Jolles nicht nur die GATT-Konformität der in Angriff genommenen Lösung, sondern auch den Willen der Schweiz, diese Lösung so durchzuführen, dass die Handelsinteressen von Drittstaaten, insbesondere der USA dadurch nicht beeinträchtigt werden.

5. Schliesslich erwähnte *[Hillenbrand]* als einziges zwischenstaatliches Problem das Anliegen gerichtet auf das Zustandekommen eines Strafrechtshilfe-

---

5. *Zur schweizerischen Haltung bezüglich MBFR vgl. Dok. 92,* dodis.ch/34573.

6. *Zur amerikanischen Haltung zu den Verhandlungen der Nicht-Beitrittskandidaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. das Telegramm Nr. 212 von A. Weitnauer an das Integrationsbüro vom 5. Juli 1971,* dodis.ch/36213; *das Telegramm der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an diverse Vertretungen vom 5. November 1971,* dodis.ch/36214; *das Telegramm der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an diverse Vertretungen vom 9. und 10. November 1971,* dodis.ch/36215; *das Telegramm der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements an diverse Vertretungen vom 23. Dezember 1971,* dodis.ch/36219; *das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe «Historische Standortbestimmung» vom 3. Juni 1972 von P. Bratschi, G. Hentsch und H. Hoffmann,* dodis.ch/34211, *bes. S. 30–50 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 3. Januar 1972 der 46. Sitzung vom 23. Dezember 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*, *S. 2.*

7. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 784 von F. Schnyder an E. Brugger vom 1. November 1971,* dodis.ch/35458.

8. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Zum GATT vgl. Dok. 103,* dodis.ch/35597. *Zur GATT-Konformität des Freihandelsabkommens vgl. das Schreiben von P. Cuénoud an B. von Tscharner vom 14. Juni 1971,* dodis.ch/36220.

Abkommens[9]. Auch das erschiene übrigens nur deshalb als ein Problem, weil wir sonst keine andern hätten. Auf seine fraglichen Ausführungen werde ich in einem besonderen Bericht an den Vorsteher des EPD näher eingehen.

9. *Vgl. dazu Dok. 66,* dodis.ch/35400.

102

dodis.ch/34306

Der Chef Information und Presse des Politischen Departements, P. Erni, an den schweizerischen Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York, B. Turrettini[1]

SPRACHREGELUNG BETREFFEND UNO-AUFNAHME KONTINENTAL-CHINAS

Bern, 4. November 1971

Sie haben uns darauf aufmerksam gemacht[2], dass wir Ihnen die der hiesigen Presse erteilte Auskunft über die Folgen der Aufnahme Chinas in die UNO nicht zur Kenntnis gebracht haben. Wir bedauern in der Tat, dass wir nicht sofort die Sprachregelung[3], die wir im Departement über dieses Geschäft aufgestellt haben, telegraphierten. Sie haben aus der inzwischen erhaltenen Schweizer Presse gelesen, dass wir der Depeschenagentur auf Anfrage hin geantwortet haben, die Schweiz habe die Volksrepublik China schon am 17. Januar 1950 anerkannt[4]. Die Gesandtschaft von National-China habe kurz darauf Bern verlassen[5]. Was die Abstimmung über die Aufnahme der Volksrepublik in die UNO[6] anbelangt, entspricht nach unserer Auffassung das Resultat einer normalen Entwicklung. Seit 21 Jahren betrachte die Schweiz Peking als die einzige legale Vertretung Chinas. Dieser entscheidende Schritt zur Universalität – so haben wir beigefügt – sei natürlich nicht ohne Einfluss auf unsere eigenen Beziehungen zur UNO. Wir haben dann auf den Bericht[7] hingewiesen, den der Bundesrat in der kommenden Winter-Session, wie bereits im UNO-Bericht vom

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#1656* (o.713.24). *Kopie an die Abteilung für internationale Organisationen des Politischen Departements.*
2. *Telegramm Nr. 225 von B. Turrettini an das Politische Departement vom 27. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. den* Entwurf zu einer Sprachregelung betreffend die Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO *vom 26. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Telegramm von M. Petitpierre an Mao Zedong vom 17. Januar 1950,* dodis.ch/8016.
5. *Zu den bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Taiwan vgl. die Notiz von P.-A. Ramseyer vom 31. Mai 1972,* dodis.ch/36022. *Vgl. auch Dok. 139,* dodis.ch/36020.
6. *Zur Abstimmung am 25. Oktober 1971 vgl. den Politischen Bericht Nr. 38 von B. Turrettini vom 28. Oktober 1971,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#55* (A.21.31).
7. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen und ihren Spezialorganisationen für die Jahre 1969–1971 *vom 17. November 1971, BBl, 1972, I, S. 1–70. Vgl. ferner Dok. 69,* dodis.ch/34284, *bes. Anm. 4.*

16. Juni 1969[8] vorgesehen, den Räten unterbreiten wird. Er soll ein genaues Bild über die Entwicklung darstellen.

Leider hat das Büro der «Agence France Presse» in Genf diese Auskunft etwas verdreht und etwas dramatisiert. In der Schweizer Presse findet man deswegen auch einige Zensuren für unsere Auskunft[9].

8. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Verhältnis der Schweiz zu den Vereinten Nationen *vom 16. Juni 1969, BBl, 1969, I, S. 1449–1623. Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 32,* dodis.ch/32940.

9. *Zu den Kommentaren in der Schweizer Presse zur Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO und zu deren Auswirkung auf einen allfälligen UNO-Beittritt der Schweiz vgl. Doss. wie Anm. 1.*

103

dodis.ch/35597

Notiz des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer[1]

ORIENTIERUNG ÜBER DIE SESSION DER GATT-VERTRAGSPARTEIEN

Bern, 11. November 1971

Am kommenden Dienstag, 16. November, beginnt in Genf die Session der GATT-Vertragsparteien[2]. Die Schweiz wird vertreten durch Herrn Botschafter Probst, der an der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation kurz über die Angelegenheit referieren wird[3].

Probleme

Seit Abschluss der Kennedy-Runde[4] haben die Zollfragen viel an Bedeutung verloren. Dafür rücken die nichttarifarischen Handelshemmnisse (wozu

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#506* (C.41.103.3.02).

2. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 15,* dodis.ch/33250; *DDS, Bd. 25, Dok. 65,* dodis.ch/35596; *die Notiz der Handelsabteilung vom Dezember 1971,* dodis.ch/36254; *den Bericht von A. Weitnauer vom 25. März 1970,* dodis.ch/36195; *das Schreiben der Emser Werke AG an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 3. Februar 1971,* dodis.ch/36196 *und die Notiz von R. Probst vom 12. März 1971,* dodis.ch/36197.

3. *Vgl. das Referat von R. Probst vom 23. November 1971,* dodis.ch/36201 *sowie das Protokoll vom 19. November 1971 der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 17. November 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#548* (C.41.110.1).

4. *Zur Verhandlungsrunde des GATT von 1964 bis 1967, «Kennedy-Runde» genannt, vgl. DDS, Bd. 22, Dok. 112,* dodis.ch/30300; *Dok. 162,* dodis.ch/30326; *Dok. 178,* dodis.ch/18884; *Dok. 179,* dodis.ch/18885; *Dok. 181,* dodis.ch/18903 *und Dok. 182,* dodis.ch/30703; *DDS, Bd. 23, Dok. 1,* dodis.ch/30938; *Dok. 11,* dodis.ch/30947; *Dok. 12,* dodis.ch/31817; *Dok. 76,* dodis.ch/30950; *Dok. 77,* dodis.ch/30957; *Dok. 99,* dodis.ch/31418; *Dok. 125,* dodis.ch/31815 *und Dok. 132,* dodis.ch/30939 *sowie DDS, Bd. 24, Dok. 24,* dodis.ch/33255; *Dok. 53,* dodis.ch/33257 *und Dok. 74,* dodis.ch/33240.

auch die Mehrwertsteuer gerechnet wird) in den Vordergrund. Das GATT hat bereits einen Katalog dieser Hemmnisse aufgestellt. Es wird indessen darüber zu debattieren sein, wie solche nichttarifarische Handelshemmnisse gegeneinander aufgerechnet und kompensiert werden sollen. Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft (Agrarprotektionismus der EWG!) sind schwierige Fragen zu lösen[5].

Prozedere

Eine schwedische Initiative verlangt die Einsetzung eines «high level committee»[6], dessen Aufgabe darin bestehen würde, Umfang und Methoden künftiger Verhandlungen über den Abbau und die eventuelle Kompensation nichttarifarischer Handelshemmnisse zu definieren. Die Vereinigten Staaten und die EWG verhalten sich der Idee eines «high level committee» gegenüber zurückhaltend. Die EWG möchte den Abschluss ihrer Erweiterung abwarten, um aus einer Position der Stärke verhandeln zu können; die USA sind aus internen Gründen verhandlungsunfähig und wegen der welthandels- und währungspolitischen Lage verhandlungsunwillig[7]. Aus diesem Grunde favorisieren die beiden Handelsgrossmächte mehr das in der OECD eingesetzte Komitee der Weisen, dem auch alt Bundesrat Schaffner angehört, weil die Mitwirkung in der OECD weniger verpflichtet als im GATT[8].

Schweizerische Haltung

Unsere Haltung ist noch nicht im Einzelnen festgelegt. Die Handelsabteilung will den Gang der Verhandlungen verfolgen und ihren Kurs darnach richten. Im Prinzip werden wir eine konstruktive Haltung einnehmen, da der Abbau der internationalen Handelsschranken unserer traditionellen Politik auf diesem Sektor entspricht. Auf der andern Seite aber können wir auch nicht auf die Barrikaden steigen, geht es doch darum, unser Verhältnis zur EWG[9] und zu den Vereinigten Staaten[10] im jetzigen Moment nicht zu belasten.

---

5. *Vgl. dazu Dok. 108,* dodis.ch/35775, *Anm. 12.*
6. *Vgl. dazu das Referat von R. Probst vom 23. November 1971,* dodis.ch/36201, *S. 6 f.*
7. *Vgl. dazu Dok. 140,* dodis.ch/35401.
8. *Vgl. dazu das Schreiben von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 6. Juli 1971,* dodis.ch/36922 *sowie Doss.* CH-BAR#E7110#1982/108#266* (788.09).
9. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775.
10. *Vgl. dazu Dok. 66,* dodis.ch/35400.

104

dodis.ch/35620

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

SOWJETISCHER BESUCH

[Bern,] 11. November 1971

Sie haben sich freundlicherweise bereit erklärt, *am Freitag, den 19. November, 09.30 Uhr,* den Vize-Präsidenten des Staatskomitees des Ministerrats der UdSSR für Wissenschaft und Technik, *Herrn Germen M. Gwischiani*, zu einer Aussprache[2] zu empfangen. Ich danke Ihnen für diese Bereitschaft, die uns zur Förderung unserer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion sehr wertvoll ist, und gestatte mir, Ihnen hiezu folgende Informationen zu geben:

1. Wie auf vielen andern Gebieten, besteht auch auf jenem der Aussenwirtschaftsbeziehungen in der Sowjetunion ein eigenartiger, für westliche Begriffe nicht immer leicht erfassbarer *Dualismus*. Einerseits ist für den Handelsverkehr der UdSSR mit dem Ausland das Aussenhandelsministerium zuständig, dessen Chef, Minister Patolitschew, uns dieses Frühjahr besuchte[3]. Anderseits haben wir uns für die Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses aber auch mit dem *Staatskomitee für Wissenschaft und Technik* auseinanderzusetzen. Dieses Komitee ist ein weitgehend selbständiges Organ, dem vor allem Aufgaben der Planung, der Koordination der angewandten Forschung, der Technologie und entsprechender Verbindung mit der ausländischen Fachwelt im ganzen Bereiche der ihm hiefür unterstehenden sowjetischen Industrie und Wissenschaft obliegen. Der Kontakt zur eigentlichen Regierungsequipe ist dadurch sichergestellt, dass der Präsident des Staatskomitees, Kirillin, gleichzeitig den Titel eines Vize-Ministerpräsidenten der Sowjetregierung innehat. Dies verleiht ihm die nötige Autorität, um als eine Art Superminister über die zahlreichen, für das Funktionieren der Sowjetwirtschaft verantwortlichen technischen Fachministerien eine Oberaufsicht auszuüben.

2. Auf dem Gebiete der Aussenwirtschaft besteht die *Arbeitsteilung*, soweit wir dies zu überblicken vermögen, offenbar darin, dass das Aussenhandelsministerium die eigentliche kommerzielle Seite besorgt, während sich das Staatskomitee vor allem der sog. *wirtschaftlichen Kooperation* zuwendet. Es trifft zu diesem Zweck u. a. mit geeigneten ausländischen Stellen entsprechende Vereinbarungen und schafft damit den Rahmen für eine solche Zusammenarbeit, ohne freilich selbst konkrete Geschäfte zu tätigen. Der Vorteil derartiger Rahmenvereinbarungen liegt für den ausländischen Partner erfahrungsgemäss vor allem darin,

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7001C#1982/118#15* (004.16). *Kopien an P. R. Jolles, A. Hasler und L. Roches.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von L. Roches vom 24. November 1971, Doss. wie Anm. 1. Allgemein zu D. M. Gwischianis Besuch in der Schweiz vgl. das Schreiben von R. Probst an J. de Stoutz vom 6. Dezember 1971,* dodis.ch/35623.
3. *Zum Besuch von N. S. Patolitschew vgl. Dok. 82,* dodis.ch/35535.

dass er gestützt darauf mit den technisch zuständigen Sowjetministerien in direkten Kontakt treten kann, statt auf den schwerfälligen und zeitraubenden Umweg über das Aussenwirtschaftsministerium angewiesen zu sein.

3. Diesem Dualismus wird schweizerischerseits insofern Rechnung getragen, als sich die Beziehungen zum Aussenhandelsministerium, soweit sie staatlicher Natur sind, normalerweise auf offizieller Ebene abwickeln, während jene zum Staatskomitee, da die wirtschaftliche Kooperation bei uns Sache der Privatwirtschaft ist, vorwiegend vom *Vorort* und den ihm zugehörigen Kreisen gepflegt werden. Dabei hat sich das Verhältnis zwischen Vorort und Staatskomitee in den letzten Jahren zusehends *intensiviert*. Pionierarbeit wurde, unter dem Impuls von Minister Gérard Bauer, vor allem seitens der Uhrenindustrie geleistet, die schon 1968 mit dem Staatskomitee verhandelt hatte[4] und – nach einer Verzögerung infolge der Prager Ereignisse[5] – mit diesem 1970 ein erstes Zusammenarbeitsprotokoll[6], dessen Durchführung inzwischen angelaufen ist, unterzeichnete. Die Reise einer Delegation des Staatskomitees nach der Schweiz im Juni 1970[7] und jene einer repräsentativen, von Präsident Junod geleiteten Vorortsdelegation im Juni dieses Jahres[8] nach der Sowjetunion (inkl. Besuch einer sibirischen Industrieregion) vertieften die Beziehungen, wobei ein Memorandum «des guten Willens» (Beilage[9]) unterzeichnet wurde. Derweilen sind weitere Zusammenarbeitsverträge des Staatskomitees mit den Firmen Ciba/Geigy, Sandoz, Sulzer, BBC und BST (Brown Boveri-Sulzer Turbomaschinen) abgeschlossen worden[10].

4. Die obige Aufgabenteilung schliesst indessen gewisse Querverbindungen nicht aus. So ist der – im Einvernehmen mit dem Vorort bestellte – Industrierat[11] der schweizerischen Botschaft in Moskau auch beim Staatskomitee akkreditiert, ebenso wie das Staatskomitee auf der hiesigen Sowjetbotschaft einen eigenen, vom Missionschef[12] weitgehend unabhängigen Conseiller (Stepanenko) unterhält. Als ich letztes Frühjahr in Moskau weilte[13], besuchte ich meinerseits einen der beiden Vizepräsidenten des Komitees, Kowaljow, namentlich zur Erörterung von Uhrenproblemen[14] (Fälschungen von Schweizeruhren in Hongkong[15] mit

---

4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 163,* dodis.ch/32701, *Anm. 4.*

5. *Zur Krise in der Tschechoslowakei im August 1968 vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*

6. Protocole de collaboration scientifico-technique et économique entre le Comité d'état du Conseil des ministres de l'URSS pour la science et la technique et la Chambre suisse de l'horlogerie *vom 19. Juni 1970,* CH-BAR#E2200.157#1988/213#187* (541.1(4)).

7. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Rossi an P. R. Jolles vom 28. August 1970,* dodis.ch/35625.

8. *Vgl. dazu den Bericht von F. DuPasquier, L. Carrel und R. Brandt vom 18. Juni 1971,* dodis.ch/35627.

9. *Doss. wie Anm. 1.*

10. *Vgl. dazu das Schreiben von J. de Stoutz an den Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller vom 5. Oktober 1970,* CH-BAR#E7110#1981/41#1176* (870) *sowie Doss.* CH-BAR#E2200.157#1988/213#190* (541.1(5)).

11. *J. Fardel.*

12. *A. S. Tschistjakow.*

13. *Vgl. dazu den Bericht von R. Probst vom 30. April 1970,* dodis.ch/35629.

14. *Vgl. dazu auch Dok. 82,* dodis.ch/35535, *Punkt 5.*

15. *Vgl. dazu Dok. 129,* dodis.ch/35588.

sowjetischen Uhrwerken; Wunsch nach Öffnung des russischen Marktes). Der Umstand, dass Sie nun bereit sind, den andern Vizepräsidenten, Gwischiani, zu empfangen, bei dem heute das Schwergewicht des Schweizersektors liegt, wird sowjetischerseits sehr geschätzt.

5. Vizepräsident Gwischiani hält sich vom 15. bis zum 25. November zu einer UNO-Tagung in Genf auf (Comité consultatif de l'ECOSOC sur l'application de la science et de la technique au développement). Er will den Anlass benützen, um die *Moskauer Besprechungen mit dem Vorort* vom vergangenen Juni *weiterzuführen*. Nach seinem Besuch am Freitag 19. November bei Ihnen sind Mittagessen und Nachmittag des gleichen Tages für den Kontakt mit dem Vorort[16] (samt führenden Persönlichkeiten unserer Grossindustrie) in Zürich reserviert. Am Abend des 19. November ist Gwischiani Gast von Henri Sulzer. Am Samstag 20. November betreut ihn René Bühler. Auf den Sonntag abend schliesslich ist ein Dîner im Hause von Minister Gérard Bauer in Hauterive angesetzt. Hier und, wenn die Zeit reicht, auch in Zürich werde ich anwesend sein.

6. Was Gwischiani genau zu *besprechen* wünscht, ist uns noch nicht näher bekannt. Er wird aber wohl die Zusammenarbeit vertiefen[17], Kredit- und ERG-Möglichkeiten sondieren und eventuell auch eine schweizerisch-sowjetische Zusammenarbeit für Grossprojekte in Drittstaaten (namentlich Entwicklungsländern) erkunden wollen. Die beiliegende Notiz[18] des Vororts enthält darüber einiger Aufschlüsse. Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber überdimensionierten sowjetischen Kreditwünschen[19] dürfte angebracht sein («politische» Kredite wie jene der BRD stehen für uns ausser Frage), auch wenn das Instrument der ERG gegenüber der UdSSR, die sich als sehr gute Zahlerin erwiesen hat, nötigenfalls vermehrt eingesetzt werden könnte.

7. Zur Person von Herrn Gwischiani:

Gehört zur aufstrebenden jüngeren Garde der hohen Technokraten. Von Geburt Georgier, also Kaukasier. Wirkt auch äusserlich eher «unrussisch». Sehr effizient, zielbewusst, wissenschaftlich orientiert. Ein aufstrebender Mann, der über erheblichen Einfluss verfügen dürfte. Schwiegersohn von Ministerpräsident Kossygin. Seine hierarchische Stellung ist bestimmt höher als die der meisten technischen Fachminister innerhalb der Regierung. Der Schweiz gegenüber aus sachlichen Überlegungen offensichtlich positiv eingestellt. Spricht fliessend englisch und braucht keinen Übersetzer. Ich kenne ihn persönlich von der UNIDO-Konferenz her, wo er die Sowjetdelegation auf «Ministerebene» leitete.

---

16. *Vgl. die Notiz von R. Bosshard vom 24. November 1971, Doss. wie Anm. 1.*
17. *Zur Einrichtung einer schweizerisch-sowjetischen Gemischten Kommission für wirtschaftliche Kooperation, die von D. M. Gwischiani anlässlich seines Besuchs bei E. Brugger initiiert wurde, vgl. das BR-Prot. Nr. 1476 vom 23. August 1972,* dodis.ch/35624.
18. *Notiz des Vororts vom 4. November 1971, Doss. wie Anm. 1.*
19. *Zu den Bankenkrediten an kommunistische Länder vgl. Dok. 26,* dodis.ch/32773.

Gwischiani wird anlässlich seiner Vorsprache bei Ihnen von Botschafter Tschistiakoff und Botschaftsrat Stepanenko (dem Mann des Staatskomitees) begleitet sein. Ich werde die Herren einführen und, wenn Sie einverstanden sind, auch Herrn Dr. Roches als Leiter unseres Ostdienstes beiziehen.

105

dodis.ch/34297

Notice au Chef du Département politique, P. Graber[1]

RAPPORTS JOINTS[2] DES AUTRES DÉPARTEMENTS
QUANT AUX RELATIONS DE LA SUISSE AVEC LES NATIONS UNIES

[Berne,] 12 novembre 1971

Ordre chronologique de la réception: Département militaire; Département de justice et police; Département des finances et des douanes; Département de l'économie publique.

Les Départements de l'intérieur et des transports et communications et de l'énergie sont d'accord.

Commentaires quant à nos réponses:
ad 1. Département militaire
Les dernières péripéties à l'ONU ont été mises à jour (Chine[3], Namibie[4], etc.). De même, nous marquerons mieux la priorité à donner aux arrangements avec la CEE. Il en résultera l'affaiblissement que souhaite M. Gnägi quant aux échéances d'une éventuelle adhésion.

ad 2. Département de justice et police
C'est de M. von Moos que vient une certaine résistance de principe quant à la possibilité d'adhésion. Nous maintenons notre point de vue.

ad 3. Département des finances et des douanes
Le texte de M. Celio n'appelle pas d'observation de notre part. Nous sommes tout à fait disposés à préparer une planification des dépenses qui résulteraient de notre adhésion.

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1593* (o.713.01). *Rédigée et signée par R. Keller.*
2. *Pour les rapports joints des autres Départements, cf. le PVCF N° 2004 du 17 novembre 1971,* dodis.ch/34301. *Pour une discussion générale par le Conseil fédéral sur les relations de la Suisse avec l'ONU, cf. le PVCF de décision II du 18 novembre 1971 de la 40ème séance du 17 novembre 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*. *Cf. aussi doc. 69,* dodis.ch/34284.
3. *Sur l'admission de la République populaire de Chine à l'ONU en remplacement de Taïwan le 25 octobre 1971 et sur la position de la Suisse à cet égard, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.
4. *Sur la constatation par l'ONU que la présence de l'Afrique du Sud en Namibie est illégale, cf. doc.146,* dodis.ch/35579, *en particulier notes 3 et 4.*

ad 4. Département de l'économie publique

Le rapport joint de M. Brugger compte six pages. M. Pictet travaille sur le texte qui contient diverses propositions déjà rédigées, essentiellement destinées à affirmer la priorité des arrangements avec les Communautés européennes. Notre réponse ne pourra pas être prête avant lundi.

En conclusion, nous avons l'appui de MM. Celio, Tschudi et Bonvin. Une certaine opposition existe chez MM. Brugger et Gnägi et une opposition certaine chez M. von Moos dans la mesure où l'exégèse de textes brefs (mis à part celui de M. Brugger), autorise de telles conclusions.

106

dodis.ch/35311

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

HILFE FÜR DIE OSTPAKISTANISCHEN FLÜCHTLINGE

Bern, 15. November 1971

Zwischen dem 14. Juni und 20. Oktober[2] dieses Jahres hat der Bundesrat insgesamt 17 Mio. Franken für diese Hilfe bereitgestellt und zusätzlich 250 Tonnen Vollmilchpulver nach Kalkutta liefern lassen. Ferner stehen noch 6'123 Tonnen Getreide resp. deren Gegenwert von rund 2 Mio. Fr., die dem Welternährungsprogramm PAM der FAO/UNO vergütet wurden[3], für die Hilfe an Ostpakistan zur Verfügung, so dass die gesamten Aufwendungen des Bundes bis heute rund 20½ Mio. Fr. betragen.

Die schweizerische Hilfe[4] geht auf beide Seiten des Konflikts, d. h. bis heute wurden rund 5/6 der Bundesmittel für Aktionen in den indischen Flüchtlingslagern aufgewendet und 1/6 zugunsten der Hilfe in Ostpakistan selbst, wo das Elend und die Notlage nicht weniger alarmierend sind. Dieses Verhältnis dürfte sich in Zukunft ändern, wenn mehr konkrete Projekte für Hilfsaktionen in Ostpakistan vorliegen.

Nach Indien[5] haben wir bisher für rund eine Million Franken Impfstoffe gegen die Cholera, Desinfektionsmittel, Medikamente, Nährmittel, Zelte und

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1984/84#805* (o.222). *Verfasst von W. Alder, unterzeichnet von R. Keller und gerichtet an A. Natural.*
2. *BR-Prot. Nr. 1000 vom 14. Juni 1971,* dodis.ch/35733; *BR-Prot. Nr. 1285 vom 11. August 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#773* *und BR-Prot. Nr. 1781 vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/36877. *Zur Weiterführung der Unterstützung vgl. Dok. 113,* dodis.ch/35283 *und das BR-Prot. Nr. 1162 vom 1. November 1972,* dodis.ch/35867.
3. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 220 vom 4. Februar 1970,* dodis.ch/35331 *und das BR-Prot. Nr. 1567 vom 9. September 1970,* dodis.ch/35273.
4. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Alder an H. Bumann-Kost vom 27. Juli 1971,* dodis.ch/35722.
5. *Vgl. die Notiz* Aide officielle de la Confédération suisse pour les réfugiés pakistanais en Inde *vom 14. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 1.*

Zeltblachen, Verbandmaterial, Decken und Kleider geliefert und für weitere Fr. 900'000.– laufen zur Zeit noch Aufträge. Des weitern hat der Bund Beiträge von fast 2 Mio. Franken zugesichert und zum Teil ausbezahlt für gezielte Aktionen[6] des Schweizerischen Roten Kreuzes, des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der Organisation Enfants du Monde (Präsident Alt-Bundesrat Chaudet) und der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe (Präsident A. Lindt)[7]. Dem Hochkommissar der UNO für die Flüchtlinge[8], der die internationale Hilfe in Indien koordiniert, wurden 2 Mio. Dollars, d. h. mehr als 8 Mio. Franken, zur Verfügung gestellt[9], damit daraus im Rahmen einer grossen internationalen Gemeinschaftsaktion vor allem Reis angekauft werden konnte.

Das Politische Departement handelt einerseits in engem Kontakt mit dem Hochkommissar für die Flüchtlinge und anderseits steht es in Verbindung mit dem Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[10], der für die Betreuung der displaced persons in Ostpakistan selbst zuständig ist. Es verfolgt auch aufmerksam die Tätigkeit des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen – UNICEF –, d. h. dessen Speisungen und Kinderrettungsprogramme life-line Alpha und Beta[11].

Die grossen privaten Hilfswerke der Schweiz – SRK, Caritas, HEKS, Arbeiterhilfswerk und Enfants du Monde – haben sich zu einem grossangelegten Aktionsprogramm «Rettet bengalische Kinder» zusammengetan und dank der Initiative der Glückskette von Radio und Fernsehen innert kurzer Zeit in der Öffentlichkeit rund 14 Mio. Fr. zusammengebracht, womit sie 100'000 Flüchtlingskindern während mehr als 6 Monaten zusätzliche Nahrung und Kleidung sowie medizinische Betreuung zukommen lassen können[12]. Neben dieser Aktion laufen noch zahlreiche andere Sammlungen und Hilfsprogramme, deren Umfang erst später wird festgestellt werden können.

Ein Vertreter der schweizerischen Botschaft in New Delhi[13] wurde dieser Tage nach Kalkutta delegiert, um den schweizerischen Hilfswerken in ihrer dortigen Tätigkeit beizustehen. Die Wiedereröffnung einer schweizerischen Vertretung in Kalkutta wird zur Zeit geprüft.

---

6. *Vgl. dazu die Notiz* Aide officielle de la Confédération suisse pour les victimes des événements au Pakistan oriental *vom 5. November 1971, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Fussnote im Originaltext:* Es ist ferner vorgesehen, Terre des hommes mit einem grösseren Beitrag zu unterstützen, damit es Kleider und Decken in dem von ihm betreuten indischen Flüchtlingslager verteilen kann. *Zu den Aktivitäten von Terre des hommes zugunsten der bengalischen Kinder vgl. das Schreiben von F. Real an R. Keller vom 28. Juni 1971,* dodis.ch/35869 *und das BR-Prot. Nr. 1162 vom 7. Juli 1971,* dodis.ch/35868.

8. *S. Aga Khan.*

9. *Vgl. Anm. 2.*

10. *Th. Jamieson.*

11. *Vgl. dazu das Schreiben B. Turrettini an R. Keller vom 4. November 1971, Doss. wie Anm. 1.*

12. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Keller an F. Bohnert vom 13. Oktober 1971,* dodis.ch/35870 *sowie das BR-Prot. Nr. 1833 vom 27. Oktober 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#776*.

13. *E. Pfister. Zu seiner Tätigkeit in Kalkutta vgl. den Bericht von E. Pfister vom 19. November 1971 und das Schreiben von F. Real an R. Keller vom 22. November 1971,* CH-BAR#E2200.64#1992/191#144* (773.0).

107

dodis.ch/35240

Der Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber, an den Präsidenten der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft, L. Guisan[1]

Bern, 18. November 1971

Sie haben mich mit Ihren Schreiben vom 20. Oktober und 3. November 1971[2] auf das Problem angesprochen, das der Abschluss neuer und die Revision bestehender Doppelbesteuerungsabkommen für unsere Mitbürger im Auslande darstellt. Der Wunsch unserer Mitbürger im Auslande, bei der Vorbereitung solcher Abkommen rechtzeitig über die sie direkt betreffenden Punkte orientiert zu werden und allenfalls dazu Stellung nehmen zu können, ist verständlich und erscheint legitim, da sich solche Abkommen meistens auch auf den Steuerstatus der Schweizerbürger im andern Vertragsstaat auswirken.

Die schweizerischen Unterhändler haben sich bisher bemüht, den besonderen Anliegen der Auslandsschweizer Rechnung zu tragen, und haben sich jeweils auch durch sachverständige Persönlichkeiten der Schweizerkolonien beraten lassen. Auch im Hinblick auf den Abschluss des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Bundesrepublik Deutschland[3] sind solche Konsultationen[4] geführt worden. Wie Sie richtig bemerken, hat es sich jedoch in diesem Falle gezeigt, dass im Gebiete des Doppelbesteuerungswesens das praktizierte Konsultationssystem insofern unzureichend ist, als ein gewisser Kreis von Auslandschweizern, der am ehesten über die Auslandschweizer-Vereinigungen erfasst werden kann, nicht oder nur ungenügend von den sie interessierenden Verhandlungspunkten unterrichtet ist. In dieser Hinsicht bedarf das Konsultationssystem einer Verbesserung. Ich werde mich deshalb dafür verwenden, dass bestehende Informationslücken behoben und die Möglichkeit der Mitwirkung der Auslandschweizer-Organisationen bei der Vorbereitung der Verhandlungsmandate eingehend geprüft wird.

In einem Punkte scheint mir die Kritik am Vorgehen beim Abschluss des Abkommens mit der Bundesrepublik nicht begründet. Der Problemkreis wurde vom Chef der schweizerischen Verhandlungsdelegation, Herrn Dr.K. Locher, Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, im Frühjahr 1970 in Bonn in einem vielbeachteten Referat[5] einlässlich dargelegt. Vor allem in der deutschen

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1074* (B.34.12.0). *Verfasst von P. Wipfli. Kopie an die Auslandschweizerangelegenheiten des Politischen Departements, die schweizerische Botschaft in Köln, das schweizerische Generalkonsulat in Frankfurt, die Unterabteilung für Internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerungsangelegenheiten des Finanz- und Zolldepartments und das Sekretariat von P. Graber.*
2. *Schreiben von L. Guisan an P. Graber vom 20. Oktober und vom 3. November 1971, Doss. wie Anm. 1*
3. *Vgl. dazu Dok. 116,* dodis.ch/35282, *Anm. 3.*
4. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*
5. *Nicht ermittelt. Aus dem Zeitraum des vorliegenden Bandes befinden sich im Schweize-*

Presse hat dieses Referat ein breites Echo ausgelöst. Ausserdem wurde die Öffentlichkeit über die Entwicklung der Verhandlungen laufend orientiert. Allein in der Schlussphase, d. h. in der Zeit vom Monat März bis zur Paraphierung des Abkommens im Juni dieses Jahres, wurden drei Pressecommuniqués[6] veröffentlicht. Wie schon früher wurden auch in dieser Schlussphase nie Stimmen laut, die nach einer eingehenderen Information unserer Mitbürger in der Bundesrepublik verlangt hätten. Hätte dies zugetroffen, so wäre diesem Wunsche zweifellos entsprochen worden.

Was den Inhalt des Abkommens anbelangt, so trifft es zu, dass sich für einzelne Mitbürger in der Bundesrepublik die Steuerlast erhöhen wird. Betroffen sind namentlich diejenigen Schweizerbürger, die in der Schweiz über Grundbesitz verfügen. Die Schweizerische Delegation war sich dieses Nachteils stets wohl bewusst und hat sich bis zum Schlusse bemüht, gerade in diesem Punkte den Status quo zu erhalten. Es erwies sich indessen, dass für die deutschen Behörden eine Privilegierung der schweizerischen Staatsangehörigen im Verhältnis zu den übrigen deutschen Steuerpflichtigen unannehmbar gewesen wäre. Schweizerischerseits musste überdies auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass bei einem unbefriedigenden Verhandlungsergebnis die Bundesrepublik das geltende Abkommen kündigen würde und infolgedessen ein vertragsloser Zustand eintreten könnte. Wenn man sich schliesslich schweizerischerseits unter anderem auch in den in Frage stehenden Punkten entgegenkommend gezeigt hat, so geschah dies nicht zuletzt in der Absicht, dieses Risiko zu vermeiden und damit viel schwerwiegendere Folgen für die interessierten Kreise, wozu namentlich auch unsere Mitbürger in der Bundesrepublik gehören, abzuwenden. Die Annahme, die Interessen unserer Mitbürger seien leichtfertig geopfert worden, wäre demnach falsch. Die schweizerische Delegation hat sich für unsere Mitbürger eingesetzt und unter Abwägung aller Interessen schliesslich nur dort ein Zugeständnis gemacht, wo dies unumgänglich erschien.

Seit der Unterzeichnung des Abkommens und weil verschiedene Mitbürger um Aufschluss über die sie betreffenden Bestimmungen des neuen Abkommens nachgesucht haben, hat sich das Departement um eine möglichst sachgerechte Orientierung bemüht. Unter anderem hat am 8. November in Frankfurt eine Veranstaltung stattgefunden, wovon Sie bereits unterrichtet[7] wurden. Im demnächst erscheinenden Mitteilungsblatt «Kontakt» werden die Auslandschweizer in der Bundesrepublik ausserdem davon unterrichtet, dass ihnen das zuständige Konsulat auf Verlangen eine ausgewählte Dokumentation über das Abkommen zur Verfügung stellt. Darunter befindet sich auch das von Herrn Dr. Max Widmer, dem Chef der Unterabteilung für

---

rischen Bundesarchiv zz. keine Akten der Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements (CH-BAR#E6306*). *Zur Berichterstattung in der Presse vgl. Doss.* CH-BAR#2200.161# 1987/186#300* (461.23.0).

6. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 67 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Köln vom 26. März 1971 und die* Gemeinsame Pressemitteilung *vom 18. Juni 1971, Doss. wie Anm. 1.*

7. *Vgl. dazu die Notiz von M. Jaccard vom 8. November 1971, Doss. wie Anm. 1.*

internationales Steuerrecht und Doppelbesteuerungssachen, an der Frankfurter Tagung gehaltene Referat[8].

Ich versichere Sie, dass ich dem Problem, worauf Sie in Ihren Schreiben hingewiesen haben, meine besondere Aufmerksamkeit schenke. Die zuständigen Dienste meines Departementes sind beauftragt, mit der Eidg. Steuerverwaltung Rücksprache zu nehmen und mit Ihrer Kommission die nötig erscheinenden Massnahmen zur Verbesserung des Konsultationssystems im Doppelbesteuerungswesen zu erörtern[9].

Als Beilage erhalten Sie wunschgemäss die Texte des Abkommens und der dazugehörenden Botschaft an die Eidgenössischen Räte. Die Veröffentlichung beider Texte im Bundesblatt[10] ist auf Ende dieses Monats vorgesehen.

Was die schweizerisch-italienischen Doppelbesteuerungsverhandlungen[11] betrifft, so werden Sie zu dieser Angelegenheit noch einen besonderen Bericht[12] erhalten.

---

8. *Vgl. die Zusammenfassung des Referats von M. Widmer* Das neue schweizerisch-deutsche Doppelbesteuerungsabkommen und seine Auswirkungen für die Schweizer in der Bundesrepublik Deutschland, CH-BAR#E2200.32#1992/284#103* (461.2).
9. *Vgl. dazu die Notiz von P. Wipfli vom 20. Dezember 1971,* dodis.ch/35241.
10. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend Doppelbesteuerungsabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland *vom 20. Oktober 1971, BBL, 1971, II, S. 1423–1479; für das* Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuer von Einkommen und vom Vermögen, *siehe S. 1451–1474.*
11. *Vgl. dazu die Notiz der Steuerverwaltung an P. Graber vom 23. Oktober 1970,* dodis.ch/36281; *das Schreiben von K. Locher an E. Thalmann vom 30. August 1971,* dodis.ch/36282 *und das Schreiben von J. de Rham an K. Locher vom 2. März 1972,* dodis.ch/36283.
12. *Schreiben von N. Celio an E. Steffen vom 16. Februar 1972,* dodis.ch/36284.

108

dodis.ch/35775

Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat[1]

Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften

Auszug *[Bern,]* 22. November 1971

I. Ausgangslage

Der Bundesrat hat in den letzten Jahren die Verhandlungen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften (EG) durch eine Reihe von Beschlüssen vorbereitet. Es seien die wichtigsten kurz rekapituliert:

---

1. *Antrag:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#776*. *Unterzeichnet von E. Brugger. Der Antrag wurde vom Bundesrat mit einer redaktionellen Änderung angenommen. Vgl. das BR-Prot. Nr. 2098 vom 29. November 1971,* dodis.ch/35775.

a) Am 15. Juli 1970[2] beschloss der Bundesrat u. a., den EG den Wunsch der Schweiz zur Aufnahme von Erkundungsgesprächen[3] zu bestätigen. Diese Bestätigung stellt die positive Antwort auf die im Schlusscommuniqué der Haager Gipfelkonferenz vom 1./2. Dezember 1969[4] enthaltene Offerte der EG zur Führung von Gesprächen mit den EFTA-Nichtkandidaten, die diesen Wunsch äussern, dar.

b) Am 4. November 1970[5] verabschiedete der Bundesrat den Text der schweizerischen Erklärung für die Eröffnung der Gespräche mit den Europäischen Gemeinschaften. Die Erklärung, die die Grundelemente der schweizerischen Integrationspolitik in der gegenwärtigen Phase enthält, wurde am 10. November 1970[6] in Brüssel an einer Zusammenkunft auf Ministerebene vorgetragen.

c) Am 7. Juli[7] und 11. August 1971[8] genehmigte der Bundesrat den umfassenden Bericht[9] über die Haltung der Schweiz gegenüber den europäischen Integrationsbestrebungen (Antwort auf die Motion Furgler). In Teil VI, Kapitel F, dieses Berichts werden die schweizerischen Verhandlungsziele noch einmal zusammengefasst.

In der zwischen diesen Beschlüssen liegenden Zeit wurde der Bundesrat und namentlich auch seine Delegation für Finanz und Wirtschaft[10] laufend über den Gang der Gespräche mit den EG und über das Fortschreiten der Willensbildung unter den EG-Staaten informiert.

Heute geht es darum, einen Beschluss über die *Aufnahme von eigentlichen Verhandlungen im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens Schweiz-EG* zu fassen.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaften hat nunmehr am 8. November 1971 die Richtlinien[11] für die Führung der Verhandlungen mit den nicht beitrittwilligen EFTA-Staaten (Finnland, Island, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz) grundsätzlich genehmigt. Es wurde indessen bestimmt, dass die formelle Verabschiedung dieses Mandats erst erfolgen kann, nachdem die vier Beitrittskandidaten (Dänemark, Grossbritannien,

---

2. *BR-Prot. Nr. 1257 vom 15. Juli 1970,* dodis.ch/36120.

3. *Vgl. dazu Dok. 44,* dodis.ch/35774, *Anm. 3.*

4. *Zur EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag vom 1.–2. Dezember 1969 vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243, *bes. Anm. 3 sowie die Notiz von P. R. Jolles über die Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. März 1970,* dodis.ch/36105.

5. *BR-Prot. Nr. 1922 vom 4. November 1970,* dodis.ch/36157.

6. *Vgl. dazu Dok. 44,* dodis.ch/35774, *bes. Anm. 2.*

7. *BR-Prot. Nr. 1193 vom 7. Juli 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#772*.

8. *BR-Prot. Nr. 1321 vom 11. August 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#773*.

9. 83. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland und andere handelspolitische Fragen *vom 11. August 1971, BBl, 1971, II, S. 621–778. Zu dessen Diskussion vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Aussenpolitischen Kommission und der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 9. September 1971,* dodis.ch/36203.

10. *Aufzeichnung von P. A. Nussbaumer vom 25. März 1971,* dodis.ch/36189 *und Aufzeichnung von L. Rochat vom 2. Juni 1971,* dodis.ch/36190.

11. *Vgl. dazu den* Bericht über die Beschlussfassung des EWG-Ministerrates vom 8. November betreffend das Verhandlungsmandat für die Nichtbeitrittskandidaten *von P. R. Jolles vom 9. November 1971,* dodis.ch/36205.

Irland, Norwegen) konsultiert worden sind. Die Konsultation hat inzwischen, am 16. November, stattgefunden. Sie hat gezeigt, dass die vier Kandidaten mit dem Verhandlungskonzept der EG grundsätzlich einverstanden sind. Die formelle Verabschiedung der Richtlinien dürfte am 22. oder 29. November erfolgen.

Obschon eine Reihe von Fragen noch näher präzisiert werden müssen, wie z. B. der Umfang der Liste der empfindlichen Produkte und das Ausmass denkbarer Landwirtschaftsverhandlungen[12], und hiefür sowohl weitere EG-interne Vorarbeiten als auch Sondierungen mit den Nichtbeitritts-Kandidaten vorgesehen sind, können die Diskussionen im EG-Ministerrat über die Verabschiedung des Verhandlungsmandates als abgeschlossen betrachtet werden.

Da bereits in den ersten Dezembertagen eine erste kurze Verhandlungssitzung[13] stattfindet – die Schweiz wird wiederum als erstes Land an die Reihe kommen –, ist somit von uns der Entscheid über das Eintreten auf das Verhandlungsangebot der EWG zu treffen.

Dieser Entscheid kann umso eher im *positiven Sinne* ausfallen, als die Verhandlungskonzeption der EWG in grundsätzlicher Hinsicht gegenüber dem Bericht der EG-Kommission vom 16. Juni[14] keine wesentliche Änderung erfahren hat. Dieser Kommissionsbericht stellte das Ergebnis der Erkundungsgespräche dar und trug den in diesen Gesprächen von der schweizerischen Delegation vertretenen Auffassungen über das zweckmässigste Lösungsmodell Rechnung. Die mit Bezug auf die Ursprungskriterien und die spätere Entwicklungsfähigkeit eines Basisabkommens von der Kommission eingenommene restriktive Haltung ist inzwischen von den EG-Mitgliedstaaten, mit denen wir intensive informelle Konsultationen[15] durchgeführt haben, in unserem Sinne korrigiert worden.

---

12. *Vgl. dazu die Notiz von H. Buchmann an P. R. Jolles vom 14. Dezember 1970,* dodis.ch/36240; *das BR-Prot. Nr. 2098 vom 29. November 1971,* dodis.ch/35775, *S. 16–21; die Notiz von P. R. Jolles vom 29. Mai 1972,* dodis.ch/36241 *sowie das BR-Prot. Nr. 2391 vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/36242.

13. *Vgl. dazu den Bericht von P. R. Jolles vom 6. Dezember 1971,* dodis.ch/36206. *Zu den weiteren Verhandlungsrunden vgl. den Bericht von P. R. Jolles vom 20. März 1972,* dodis.ch/36194; *das Telegramm vom E. Thalmann und P. R. Jolles an diverse schweizerische Vertretungen vom 17. und 19. Juni 1972,* dodis.ch/36202 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 5. April 1972 der 13. Sitzung vom 29. März 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Für eine Rekapitulation vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 29. Juni 1972 der 25. Sitzung vom 26. Juni 1972, ibid.*

14. Stellungnahme der Kommission an den Rat zu den Beziehungen der erweiterten Gemeinschaft mit den nicht beitrittswilligen Migliedstaaten der EFTA und dem mit der EFTA assoziierten Staat *vom 16. Juni 1971,* CH-BAR#E7113-02#1987/144#288* (69). *Zur schweizerischen Reaktion vgl. das Rundschreiben von P. R. Jolles vom 11. Juni 1971,* dodis.ch/36191 *und den* Text des Aide-Mémoires, das die schweizerischen Botschaften in den EG-Hauptstädten mit Instruktionen vom 8. Juli 1971 ersucht wurden, der Regierung ihres Gastlandes als Zusammenfassung der schweizerischen Haltung zu den Kommissionsvorschlägen zu überreichen, dodis.ch/36193.

15. *Zum Besuch von P. Graber in Luxemburg, vgl. das Telegramm Nr. 8 der schweizerischen Botschaft in Luxemburg an das Integrationsbüro vom 30. November 1970,* dodis.ch/36170; *zu den Gesprächen in Paris und Luxemburg vgl. die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 18. Oktober 1971,* dodis.ch/36204. *Zu den Gesprächen anlässlich der Feier zum Jahrestag der Zürcher Churchill-Rede am 16. und 17. September 1971 vgl. das Schreiben von S. Widmer an*

Das vorgesehene Abkommen[16] wird natürlich nicht den von uns in der schweizerischen Eröffnungserklärung vom 10. November 1970 vorgeschlagenen umfassenden Charakter aufweisen. Keiner der vom EG-Ministerrat aufgestellten Grundsätze steht jedoch mit unseren eigenen Erwägungen in Widerspruch. Insbesondere vermeidet die Konzeption der EG die neutralitäts- und staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die sich für unser Land bei einer beitrittsnäheren Lösung ergeben hätten. Ein einfaches Abkommen dürfte zudem Gewähr bieten, dass die Gleichzeitigkeit des Inkrafttretens erzielt werden kann und ein harmonischer Übergang der EFTA in einen erweiterten europäischen Rahmen verwirklicht wird.

Aus all diesen Gründen sind wir der Auffassung, dass *ein Eintreten auf das Verhandlungsangebot der EG und die vom Ministerrat beschlossenen Verhandlungsrichtlinien zu befürworten* ist.

Im folgenden sollen die schweizerischen Verhandlungsziele zu den einzelnen Bestimmungen des auszuhandelnden Abkommens in allgemeiner Form festgelegt werden. Da noch eine Reihe von Unklarheiten bestehen und auch schweizerischerseits noch Abklärungen über die wirtschaftliche Interessenlage im Gange sind, werden diese Verhandlungsdirektiven später noch zu ergänzen und zu präzisieren sein.

[…][17]

E. Thalmann vom 4. September 1971, dodis.ch/36078 *und die Aufzeichnung von P. R. Jolles vom 17. September 1971,* dodis.ch/36079.

16. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1972, vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

17. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35775.

109

dodis.ch/35534

L'Ambassadeur de Suisse à Dakar, J. Richard, au Chef du Département politique, P. Graber[1]

RELATIONS CULTURELLES: EXPOSITION «LA SUISSE PRÉSENTE LA SUISSE» AU MUSÉE DYNAMIQUE DE DAKAR

Confidentiel Dakar, 1er décembre 1971

L'Exposition «La Suisse présente la Suisse»[2], organisée et financée par la Fondation Pro Helvetia, a été inaugurée solennellement au Musée Dynamique le vendredi 26 novembre à 16 heures par le Président de la République du Sénégal[3].

---

1. *Rapport politique No 15:* CH-BAR#E2300-01#1977/29#23* (A.21.31).

2. *Pour la brochure de l'exposition, cf.* dodis.ch/35611. *Sur la préparation et la question de l'inauguration de l'exposition par L. S. Senghor, cf. la notice de R. Keller à P. Graber du 7 juin 1971,* dodis.ch/35614.

3. *L. S. Senghor.*

Dès 15 h 30 les invités: membres du Gouvernement et de l'Assemblée nationale, représentants des corps constitués, hauts fonctionnaires sénégalais, personnalités des milieux universitaires et dakarois ainsi que les chefs de Mission et leurs épouses prirent place dans le péristyle devant le Musée. À 16 heures, peu après l'arrivée du Premier Ministre[4], le Président Senghor et son épouse[5] étaient accueillis à leur descente de voiture par M. Spühler et le soussigné, accompagnés de leurs épouses[6] et de M. Gabus, Commissaire général.

M. Spühler prit le premier la parole pour présenter en termes sobres l'exposition et expliquer quel avait été le propos de la Pro Helvetia en venant à Dakar et ses motivations. À son tour, le Président Senghor, dans un discours très documenté, remercia notre pays et la Fondation et releva la haute signification de cette manifestation qui établit, entre nos deux pays, le dialogue au niveau le plus élevé, celui de la culture. Ces textes vous sont remis en annexe[7].

Le Président coupa le double ruban aux couleurs sénégalaises et suisses et ce fut la visite, commentée par M. Hans Dürst, Commissaire adjoint, qui sut répondre avec pertinence aux questions nombreuses du chef de l'État. Celui-ci, en compagnie de son épouse et des membres de son cabinet, suivit avec intérêt le spectacle audio-visuel monté sur la galerie, avec projection de diapositives et éclairage successif d'objets et de tableaux disposés de part et d'autre de l'écran.

Les invités, qui s'étaient égayés au gré des goûts devant les nombreuses vitrines, se retrouvèrent sur la terrasse arrière du bâtiment, face au paysage romantique de la baie de Soumbédioume, où j'avais organisé la réception. Ce n'est qu'à 17 h 45 que le Président et son épouse prirent congé. Le Ministre de la Culture[8], enthousiasmé, m'affirma que notre exposition était la plus importante et la plus intéressante montée au Musée Dynamique depuis celle des Arts Nègres de 1966[9].

L'impression sur les invités a été très forte. Tous mes collègues et leurs épouses ont été émerveillés et ne tarissaient pas d'éloges, aussi bien sur la qualité des pièces que sur l'originalité de sa conception et la sobre élégance de sa présentation. L'Ambassadeur de l'URSS[10], dont la politique est très active sur le plan culturel, a été particulièrement frappé du fait que le Président Senghor s'était fait accompagner non seulement de son Premier Ministre, mais également de la majorité des membres du Gouvernement, de leurs directeurs de cabinet, ainsi que du Chef d'État-Major général, M. Jean A. Diallo.

Les échos que j'ai recueillis montrent que l'exposition est l'événement de ce début de saison. Tous mes collègues et connaissances comptent la revoir à loisir. Il vous intéressera sans doute d'apprendre que le samedi et le dimanche plus de 700 entrées ont été enregistrées. Nombre de ces visiteurs, aussi bien

---

4. *A. Diouf.*
5. *C. Hubert-Senghor.*
6. *A. P. Spühler-Vogel et E. Richard-Frik.*
7. *Pour l'exposé de W. Spühler du 26 novembre 1971, cf.* dodis.ch/35609. *Pour l'exposé de L. S. Senghor du 26 novembre 1971, cf. doss. comme note 1.*
8. *A. Sène.*
9. *Cf. doss.* CH-BAR#E2200.152#1989/143#157* (782.3) *et* CH-BAR#E9500.1#1978/34#336* (C.N.32.05).
10. *D. S. Nikiforov.*

sénégalais qu'européens, ont fait la remarque que pour la première fois à Dakar était présentée une exposition «parlant un langage pour adultes» et sollicitant la réflexion.

On peut s'attendre à ce que l'expérience de Pro Helvetia soit positive. De toute façon, cette exposition fait honneur à notre pays et elle contribuera à le faire mieux connaître et comprendre[11]. C'est de l'excellent «goodwill», qui augmentera le capital de sympathie dont nous jouissons ici[12]. Sur cette terre africaine, ceci revêt une importance particulière.

Je ne voudrais pas terminer sans souligner l'intelligente propagande faite par le Professeur Gabus ainsi que le travail de longue haleine, minutieux et intense de M. Hans Dürst qui, après avoir réuni les pièces de première qualité provenant de la plupart de nos musées et collections, sut, avec le graphiste, M. Woodtli, les présenter d'une manière très attrayante. Chacun d'eux, ainsi que l'équipe venue de Suisse, s'employa sans mesurer sa peine pour que tout fût au point le jour de l'inauguration.

Je veillerai, avec mes collaborateurs, à ce que l'écho éveillé ici se prolonge au cours des trois prochains mois[13].

---

11. *Cf. la lettre de H. Langenbacher à W. Spühler du 30 septembre 1971,* dodis.ch/36371.

12. *Sur les relations entre la Suisse et l'Afrique en général et le point de vue des pays d'Afrique sur la Suisse, cf. doc. 86,* dodis.ch/35680, *en particulier notes 5 et 7.*

13. *Cf. aussi le* Bericht über die Reise des Chefs der Kultursektion des EPD nach Dakar vom 27. Februar bis 4. März 1972 *de L. Burckhardt,* dodis.ch/35610. *Sur les relations entre la Suisse et le Sénégal en général, cf. la notice de R. Carugo du 19 octobre 1971,* dodis.ch/35608.

110

dodis.ch/35242

Entwurf des Diensts für technische Zusammenarbeit für das Regierungsprogramm 1971–1975[1]

64. Politik gegenüber den Entwicklungsländern

[Bern,] 13. Dezember 1971

Die Schweiz ist – wie gesagt – in das Gefüge enger gegenseitiger Abhängigkeiten einbezogen, welches die Beziehungen unter den Staaten heute charakterisiert. Es handelt sich dabei um eines der wesentlichen Elemente, die unsere Aussenpolitik bestimmen. Das gilt namentlich auch für unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2005A#1983/18#2* (t.002). *Verfasst und unterzeichnet von Th. Raeber. Am 14. Dezember 1971 P. Graber, E. Diez, A. Janner, R. Keller und E. Thalmann persönlich überreicht. Der Entwurf wurde für die Endfassung ca. um die Hälfte gekürzt. Für die Endfassung vgl. den* Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971–1975 *vom 13. März 1972,* dodis.ch/34450, *S. 1040–1041.*

Auszugehen ist davon, dass der Rückstand dieser Länder gegenüber den Industrieländern nicht nur menschlich unhaltbar, sondern auch politisch und wirtschaftlich gefährlich ist. Dauernder Friede und stabiles Wohlergehen auch für unser Land werden in Zukunft kaum ohne einen gewissen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausgleich unter allen Völkern dieser Welt möglich sein. Nicht nur menschliche Verpflichtung und die den Industrieländern aus der Geschichte in besonderer Weise zufallende Verantwortung für die Dritte Welt, sondern auch unser unmittelbares Eigeninteresse müssen uns veranlassen, den Entwicklungsländern nach Massgabe unserer Möglichkeiten zu helfen, ihre Unterentwicklung, ihre Unterlegenheit zu überwinden und damit erst vollwertige, nicht nur formell, sondern auch tatsächlich gleichberechtigte Glieder der Völkergemeinschaft zu werden. Solche Hilfeleistung macht die von der Schweiz als Grundsatz ihrer Aussenpolitik genannte Solidarität nach aussen und gegenüber dem eigenen Volk glaubhaft und stärkt unsere eigene Stellung innerhalb der Völkergemeinschaft. Entwicklungshilfe ist somit eine der vordringlichen Aufgaben der Eidgenossenschaft. Während der nun beginnenden Legislaturperiode wird es deshalb ein wichtiges Ziel des Bundesrates sein, den schweizerischen Beitrag an die Entwicklung der Dritten Welt nach Massgabe der Leistungsfähigkeit unseres Landes zu erhöhen.

In diesem Sinne hat der Bundesrat am 24. Oktober 1970[2] zur Strategie der Vereinten Nationen für das zweite Entwicklungsjahrzehnt erklärt, dass er sich von ihr im grossen Ganzen leiten lassen werde. Namentlich soll bis Ende der 70er-Jahre die schweizerische Gesamtleistung (staatliche und private Kapitalhingaben) im Jahresdurchschnitt von heute um 0,70% auf 1% des Bruttosozialproduktes gebracht werden. Da die Leistungen der Privatwirtschaft, je nach der aussen- und innenwirtschaftlichen Lage von Jahr zu Jahr sehr verschieden sein können, und der Staat sie nur in geringem Ausmass beeinflussen kann, ist, um das genannte Ziel zu erreichen, eine substanzielle Erhöhung der staatlichen Leistung unumgänglich. Sie soll in den nächsten Jahren schrittweise dem Durchschnitt der staatlichen Leistungen der anderen westlichen Industrieländer angenähert werden, der 1970 0,40% des BSP betrug, während die schweizerische staatliche Entwicklungshilfe 1970 bei 0,12% des BSP lag. Bei den Gesamtleistungen und bei den staatlichen Leistungen besteht für die Schweiz somit ein erheblicher Rückstand, der – da unser Land, gemessen an seiner wirtschaftlichen Potenz, in der Spitzengruppe der Industrieländer sich befindet – sich auf die Dauer nicht rechtfertigen lässt[3]. Bei der Erhöhung der schweizerischen Leistungen wird nicht von statischen Grössen ausgegangen werden können, sondern es sind eine weitere Vermehrung unseres BSP und die Ausweitung der staatlichen Leistungen der anderen Industrieländer über 0,40% des BSP hinaus als Wahrscheinlichkeiten in Rechnung zu setzen.

---

2. *Vgl. dazu Dok. 42,* dodis.ch/35252.

3. *Zur Kritik des Entwicklungskomitees (DAC) der OECD diesbezüglich vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 125,* dodis.ch/32843; *das BR-Prot. Nr. 342 vom 18. Februar 1970,* dodis.ch/35258 *sowie den Bericht von M. Constantin vom 13. Mai 1970,* dodis.ch/35259.

Bereits wurden Massnahmen getroffen bezw. vorgeschlagen, die in den nächsten Jahren zur Erhöhung der staatlichen Leistungen führen sollen[4]. Weitere wird der Bundesrat bis 1975 vorschlagen. Im Jahre 1972 wird der Antrag für einen neuen Rahmenkredit für die Weiterführung der internationalen Hilfswerke[5] fällig sein. Durch diesen Kredit sind für die bereits eingelebten Arten von Hilfsaktionen vermehrte Mittel zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird der Antrag die Schaffung eines Freiwilligenkorps für die Katastrophenhilfe[6] im Ausland zu berücksichtigen haben. Die Bereitstellung grösserer Mittel für die humanitäre Hilfe, die heute in allererster Linie den Entwicklungsländern zugute kommt, betont eine staatliche Aufgabe, die in unserer Politik seit langem ihren festen Platz hat und in der der Grundsatz der Solidarität ihren besonders klaren Ausdruck findet. Im Jahre 1974 werden weitere Rahmenkredite für Finanzhilfe an die Dritte Welt und für die technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern beantragt werden.

Die schweizerische Politik gegenüber den Entwicklungsländern kann sich nicht in der Bewilligung erhöhter Kredite erschöpfen. Vielmehr ist namentlich auch die Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern im Bereich der Wirtschaft zu fördern. Die Schweiz wird nach Möglichkeit Vorschläge machen – jedenfalls aber Vorschläge anderer Länder in positivem Geiste prüfen –, die zur Integration der Wirtschaft der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft beitragen können. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die – unter Berücksichtigung unserer Wirtschaftslage – möglichst weitgehende Verwirklichung der vorgesehenen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer[7] und die Förderung der ungebundenen Hilfe. Auch ist der Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auch erscheint uns eine bessere Information der zuständigen Bundesstellen über Investitionsabsichten und Investitionen der Privatwirtschaft notwendig[8]. Sie ist Voraussetzung von eventuellen weiteren Massnahmen des Bundes zur Ermutigung von schweizerischen Privatinvestitionen in der Dritten Welt.

Vorgesehen ist im Laufe der Legislaturperiode 1971–1975 der Erlass eines Bundesgesetzes über Entwicklungshilfe bezw. über die gesamte Auslandhilfe[9]. Das Gesetz wird, im Zusammenhang mit dem Postulat Akeret[10] und in Ausfüh-

---

4. *Zum 5. Rahmenkredit für technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 77,* dodis.ch/35253, *Anm. 9 und 10. Für die Finanzplanung im Bereich der Entwicklungshilfe vgl. das BR-Prot. Nr. 1812 vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/35243. *Für den Rahmenkredit für Finanzhilfe vgl. das BR-Prot. Nr. 1818 vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/35269.

5. *Vgl. das BR-Prot. Nr. 900 vom 24. Mai 1972,* dodis.ch/35271.

6. *Zur Schaffung des Katastrophenhilfekorps vgl. Dok. 79,* dodis.ch/35193.

7. *Für die Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer vgl. Dok. 42,* dodis.ch/35252, *bes. Anm. 6.*

8. *Zur Frage der Zusammenarbeit zwischen der Bundesverwaltung und der Privatwirtschaft in Sachen Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Aufzeichnung vom 11. April 1972 der Sitzung der Arbeitsgruppe Industrialisierung vom 30. März 1972,* dodis.ch/35268 *sowie das Referat von S. Marcuard vom 30. März 1972,* dodis.ch/35267.

9. *Vgl. dazu Dok. 77,* dodis.ch/35253.

10. *Vgl. dazu Dok. 77,* dodis.ch/35253, *Anm. 7 und 8.*

rung eines Beschlusses des Bundesrates[11], gegenwärtig vom EPD vorbereitet. Sein Zweck ist, der Entwicklungshilfe – über die bestehende und an sich genügende verfassungsmässige Grundlage hinaus – eine jedermann unmittelbar einleuchtende Rechtsgrundlage zu geben, insbesondere aber dem Volk die Gelegenheit zu geben, sich über das Prinzip der staatlichen Entwicklungshilfe auszusprechen und damit diesem noch jungen und stets grössere Ausmasse annehmenden Element der Bundespolitik eine solide, dauerhafte Grundlage im Parlament und der öffentlichen Meinung[12] zu verschaffen.

Im Laufe der neuen Legislaturperiode wird die Aufgabenverteilung und das Zusammenspiel der Abteilungen und Zweige der Bundesverwaltung zu überprüfen sein, die sich mit Entwicklungshilfe befassen. Es geht darum, das notwendige grössere Volumen an Entwicklungs- und Auslandhilfe bewältigen und eine kohärente Entwicklungspolitik immer besser realisieren zu können. Untersuchungen in diesem Sinne im Gefolge des Postulates Baechtold und der kleinen Anfrage Rohner sind bereits im Gange[13].

Mit all diesen Massnahmen ist der Bundesrat bestrebt, den Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt den Platz zuzuweisen, der ihnen innerhalb unserer Aussenpolitik[14] heute zukommen muss, und ihnen in der öffentlichen Meinung, in der Wirtschaft und in der Verwaltung jene feste Basis zu geben, die für ihre dauerhafte fruchtbare Pflege notwendig ist.

---

11. *BR-Prot. Nr. 1115 vom 30. Juni 1971,* dodis.ch/35254.

12. *Zur Einstellung der schweizerischen Bevölkerung zur Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 77,* dodis.ch/35253, *Anm. 5.*

13. *Zur Frage der verwaltungsinternen Organisation und Koordination der Entwicklungszusammenarbeit vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 34,* dodis.ch/32830, *Anm. 8; die Notiz von D. Werner vom 10. April 1970,* dodis.ch/35276; *das BR-Prot. Nr. 1568 vom 9. September 1970,* dodis.ch/35256; *das Referat von Th. Raeber vom 30. August 1972,* dodis.ch/34600 *sowie den Bericht von L. de Battista und B. de Riedmatten vom 25. September 1972,* dodis.ch/35257. *Zu der Gesamtevaluation der Projekte der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit von 1962–1968 vgl. die Notiz von L. de Battista vom 22. Oktober 1971,* dodis.ch/35260 *und den Bericht von L. de Battista vom 22. November 1971,* dodis.ch/35261. *Für eine allgemeine kritische Betrachtung über Sinn und Auswirkung von Entwicklungszusammenarbeit vgl. die Notiz von R. Högger vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/36133.

14. *Zur Diskussion über die Entwicklungszusammenarbeit an der Botschafterkonferenz 1972 vgl. das Protokoll des Politischen Departements vom 30. August bis 2. September 1972,* dodis.ch/34597.

111

dodis.ch/35308

Der Vizedirektor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, H. Bühler, an den schweizerischen Botschafter in New Delhi, F. Real[1]

Bern, 21. Dezember 1971

Das zu Ende gehende Jahr hat Ihnen Probleme gebracht, die Sie wohl bei Antritt Ihres Postens kaum in dieser Tragweite voraussahen. Allerdings hatten Sie den «Vorteil» Ihrer Erfahrungen in Nigeria[2], wenn es sich dort auch um andere Grössenordnungen handelte. Auf dem indischen Subkontinent wird es wohl noch lange keine Ruhe geben und damit werden wir uns abfinden müssen. Bitte betrachten Sie mich nicht als «merkantil», wenn ich nun von meinem Tisch aus vor allem an die Folgen des Konfliktes[3] für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den beiden Ländern[4] denke; die rein menschlichen Aspekte sind mir deshalb nicht fremd. Der Zweck meines persönlichen Schreibens liegt darin, von Ihnen wenn möglich gewisse Anhaltspunkte für die Beurteilung der Lage zu erhalten.

Pakistan hat seit Erlass des Moratoriums vom 1. Mai 1971[5] auf den beiden Transferkrediten weder Amortisationen, noch Zinsen bezahlt, während Zahlungen aus Geschäften ausserhalb der Transferkredite bis vor kurzem noch prompt geleistet wurden. Das Moratorium vom 1. Mai 1971 bezog sich nur auf Regierungskredite. Trotz unserer offiziellen Erklärung, dass der erste Transferkredit[6] ein reiner Bankenkredit sei und nicht unter den Zahlungsstop falle, vertritt Islamabad den Standpunkt, er basiere auf einer Regierungsvereinbarung und sei daher in das Moratorium einzuschliessen. Bei dieser Sachlage haben wir alle Gesuche um Unterstellung unter die Transferkredite und Gewährung der Exportrisikogarantie zurückbehalten[7]. Seitdem Pakistan auch die kommerziellen Lieferkredite nicht mehr honoriert, geben wir überhaupt keine Garantien mehr. Anderseits haben wir für alle bis 30. Juli 1971 fällig gewordenen Zahlungen (Amortisationen und Zinsen) aus Geschäften der Transferkredite I und II[8] dem

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E7110#1982/108#2177* (821).
2. *F. Real war vom 15. April 1966 bis zum 30. Dezember 1970 schweizerischer Botschafter in Lagos. In diese Zeit fällt auch der Biafra-Konflikt. Vgl. dazu Dok. 18,* dodis.ch/33817.
3. *Zum Konflikt auf dem indischen Subkontinent um die Unabhängigkeit von Bangladesch vgl. Dok. 87,* dodis.ch/35284; *Dok. 106,* dodis.ch/35311; *Dok. 113,* dodis.ch/35283; *Dok. 126,* dodis.ch/35309 *und Dok. 135,* dodis.ch/35893.
4. *Zu den wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu Indien vgl. auch Dok. 1,* dodis.ch/35285. *Zu den Beziehungen zu Pakistan vgl. das BR-Prot. Nr. 651 vom 6. April 1970,* dodis.ch/35356; *das Schreiben von H. Bühler an E. Tosio vom 15. September 1970,* dodis.ch/35361 *und die Notiz von L. Rochat vom 31. August 1971,* dodis.ch/35360.
5. *Vgl. dazu die Notiz* Pakistan – Das Moratorium vom 1. Mai 1971 und die bisherige Entwicklung *vom 5. Oktober 1971,* CH-BAR#E7110#1982/108#2182* (861.5).
6. *Zum Transferkredit I vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 79,* dodis.ch/30926, *Anm. 8.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von H. Bühler vom 3. Oktober 1972,* dodis.ch/35359.
8. *Zum Transferkredit II vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 144,* dodis.ch/32801 *und das BR-Prot. Nr. 620 vom 1. April 1970,* dodis.ch/35343.

schweizerischen Bankenkonsortium das ERG-Betreffnis überwiesen. Unser Engagement ersehen Sie aus der beiliegenden Aufstellung vom 17. Dezember 1971[9]. Für uns stellt sich dann die Frage, wer schliesslich für unsere Lieferungen nach Ostpakistan[10] haftet, die neue Regierung von Bangla Desh oder Islamabad. Vorläufig wird man die weitere innenpolitische Entwicklung abwarten müssen. Pakistan wird wohl eine Konsolidierung seiner Aussenschuld[11] verlangen, die u. E. auf multilateraler Ebene[12] ausgehandelt werden müsste.

Indien: Unser Engagement geht aus der beiliegenden Notiz vom 8. Dezember 1971 hervor (172 Mio. Franken). Bis jetzt hat Indien seine Zahlungen mit vorbildlicher Pünktlichkeit geleistet. Wird es dies trotz der enormen Belastung seiner Reserven auch weiterhin tun können? Wird Indien eine Konsolidierung verlangen oder geht die Tendenz in der Richtung neuer, aber weicher Kredite oder denkt man an eine Kombination der beiden Lösungen? Ich möchte betonen, dass ich nicht etwa um eine Abklärung mit unseren Partnern, sondern nur um Ihre persönliche Beurteilung bitte.

Im Gesamtzusammenhang stellen sich für mich noch folgende zwei Fragen:

1. Dehli hat uns ja den Besuch von Herrn M. G. Kaul angekündigt, der uns ein Kreditbegehren unterbreiten will. Unsere Auffassung betreffend Verwendung eines solchen Kredites kennen Sie bereits. Ich frage mich nur, ob der Zeitpunkt von Ende Januar/Anfang Februar 1972[13] nicht doch etwas verfrüht ist, wenn man bedenkt, dass Ihr Gastland in der öffentlichen Meinung heute etwas angeschlagen ist und dieser Besuch wohl kaum geheim gehalten werden könnte. Wäre es nicht besser, wenn Mr. Kaul uns vorläufig einfach die Unterlagen zur Prüfung zustellen würde[14]?

2. Eine weitere offene Frage sehe ich im indischen Begehren, die Kosten in der Schweiz für einen «market survey» nun zu übernehmen und die Sache in die Wege zu leiten. Ich verweise dazu auf die Ihnen zugestellte Kopie meines Briefes vom 17. August 1971 an Herrn Botschafter Singh[15] und an unser Schreiben vom gleichen Datum[16]. Hier gelten meine unter Ziffer 1 erwähnten Bedenken noch in vermehrtem Masse, weil es sich ja darum handeln würde, unseren Importeuren vermehrte Bezüge aus Indien zu empfehlen. Den beidseitigen Absichten betreffend Erhöhung unserer Bezüge aus Ihrem Gastland wäre wohl kaum gedient, wenn die geplanten Kontakte, die ja auch irgendwie publik würden, in einer eher gespannten Atmosphäre stattfänden. Längerfristig

---

9. *Schreiben von H. Bühler an die Geschäftsstelle für die Exportrisikogarantie vom 17. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Vgl. dazu die Notiz von O. Rist vom 6. April 1972,* dodis.ch/35344 *und die Notiz von H. Bühler an E. Brugger vom 29. Dezember 1972,* dodis.ch/35355.

11. *Vgl. dazu die Notiz vom P. R. Jolles an E. Brugger vom 1. Dezember 1970,* dodis.ch/35358.

12. *Zum Pakistankonsortium der Weltbank vgl. das Schreiben von M. Heimo an H. Bühler vom 2. März 1970,* dodis.ch/35357 *und Doss.* CH-BAR#E7110#1983/13#2073* (861.5).

13. *Zum Besuch von M. G. Kaul vom Februar 1972 vgl. die Notiz von A. Heuberger vom 9. Februar 1972,* dodis.ch/35406.

14. *Handschriftliche Marginalie von H. Bühler*: Herr Jolles wäre auch für Verschiebung.

15. *Schreiben von H. Bühler an A. Singh vom 16. August und nicht vom 17. August 1971,* CH-BAR#E2200.64#1992/191#57* (512.1).

16. *Schreiben von H. Bühler an F. Real vom 17. August 1971, ibid.*

gesehen stehe ich zu der Sache durchaus positiv, stelle mir aber doch die Frage nach dem günstigen Zeitpunkt für ein solches Unternehmen.

Ich muss mich dafür entschuldigen, dass ich Ihre ohnehin ausgelastete Zeit mit meinen Fragen in Anspruch nehme. Es liegt mir aber wirklich daran, diese Probleme auf Grund einer objektiven Beurteilung weiterzubehandeln. Jedenfalls danke ich Ihnen zum voraus für alle Überlegungen, mit denen Sie mir meine Aufgabe erleichtern können.

112

dodis.ch/35139

Notiz des Delegierten für technische Zusammenarbeit an die Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements[1]

WAFFENAUSFUHR NACH CHILE[2]

Vertraulich Bern, 28. Dezember 1971

Mit Notiz vom 20. Dezember[3] ersuchen Sie uns um unsere Stellungnahme zur Ausfuhr von 5000 Sturmgewehren nach Chile.

Die Meinungsäusserung zu diesem Gesuch fällt uns nicht leicht, da zwei sich weitgehend widersprechende Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind.

1. Es ist offensichtlich – und geht auch aus dem Ihrem Schreiben vom 20. Dezember in Kopie beiliegendem Telegramm[4] unserer Botschaft in Santiago hervor –, dass eine Lieferung von Waffen an die chilenische Armee heute als eine Ausrüstung der Regierung gegen antikonstitutionelle Kräfte betrachtet werden kann. Von diesem Gesichtspunkt aus schiene uns das Gesuch bewilligt werden zu müssen. In diesem Zusammenhang ist auch zu bemerken, dass es sich dabei unseres Wissens nicht um die erste Waffenlieferung nach Chile handeln würde, die der Bund bewilligt[5]. Eine Änderung unserer Politik müsste einen annehmbaren Grund haben.

2. Die strenge – und noch zu verschärfende – Praxis in der Bewilligung von Waffenexporten (namentlich auch nach Entwicklungsländern) soll sich ja vornehmlich auch an das Kriterium halten, ob im Land, nach welchem die Waffen geliefert werden sollen, innere oder äussere Konflikte drohen oder akut

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2345* (B.51.14.21.20). *Verfasst und unterzeichnet von Th. Raeber.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 27. Januar 1971,* dodis.ch/35131 *sowie die Notiz von J.-L. Grognuz vom 31. August 1971,* dodis.ch/35137.
3. *Notiz von M. Gelzer an das politische Sekretariat, den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements und an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 20. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Telegramm Nr. 69 der schweizerischen Botschaft in Santiago de Chile an das Politische Departement vom 17. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Vgl. dazu die Notiz von R. Gaechter vom 4. Dezember 1970,* dodis.ch/36526.

vorhanden sind[6]. Nach diesem Kriterium, das uns wohl für die Beurteilung der Opportunität eines Waffenexportes als eines der wenigen klaren zur Verfügung steht, ist das vorliegende Gesuch abzulehnen. Selbstverständlich kann man einwenden, es gebe Konflikte und Konflikte: und ein Konflikt einer Regierung, die ihre verfassungsmässigen Rechte verteidigt gegen antikonstitutionelle Kräfte in der Opposition, sei ein solcher, in welchem das Recht offensichtlich auf der Seite der Regierung sei. Diese Regierung solle deshalb unterstützt werden. Diese formale (und formal richtige) Argumentation könnte nun aber offensichtlich auch zugunsten von «rechtsstehenden» Regierungen angeführt werden. Würde dies aber getan, so erhöben zweifellos diejenigen Kreise in der schweizerischen Öffentlichkeit, die die Unterstützung und Bewaffnung von rechtsstehenden Regierungen zur Förderung der Unterdrückung und der Diktatur erklären, lebhaften Protest. Sähe sich die Regierung Allende[7] in absehbarer Zeit veranlasst, gegen eine Massenopposition auf der Strasse energisch vorzugehen, gäbe es eventuell Proteste selbst auch aus schweizerischen Linkskreisen. Jedenfalls aber wäre mit lebhafter Beunruhigung breiter bürgerlicher Kreise zu rechnen.

Offensichtlich ist es also sehr schwierig, in einer (innen)politischen Frage, wie sie der Waffenexport für die Schweiz darstellt, nur nach dem Gesichtspunkt der rechtlichen Stellung des Empfängers der Waffen zu entscheiden.

Es scheint uns deshalb, alles in allem genommen, dass dieses Gesuch abgelehnt werden sollte[8].

---

6. *Vgl. dazu Dok. 68,* dodis.ch/35692; *die Notiz von J.-J. Indermühle an P. Graber vom 28. Juni 1972,* dodis.ch/35133; *die Notiz von C. Huguenin an A. R. Hohl vom 2. Oktober 1972,* dodis.ch/35132 *sowie das Schreiben von M. Gelzer an A. Kaech vom 21. Dezember 1972,* dodis.ch/35134.

7. *Vgl. dazu Dok. 142,* dodis.ch/35858.

8. *Zur Bewilligung des Gesuches durch den Bundesrat vgl. das BR-Prot. Nr. 230 vom 9. Februar 1972,* dodis.ch/35140 *und das BR-Prot. Nr. 2300 vom 15. Dezember 1972,* dodis.ch/35805.

113

dodis.ch/35283

Rapport du Département politique au Conseil fédéral[1]

LES MANDATS DE REPRÉSENTATION DE L'INDE ET DU PAKISTAN

Berne, 14 janvier 1972

Le double mandat de représentation des intérêts de l'Inde et du Pakistan[2] qui nous échoit équivaut à un signe de confiance particulièrement encourageant de la part de deux États en voie de développement. Il nous oblige d'autant.

Notre tâche est de deux ordres.

Il s'agit d'une part d'assumer un mandat classique de représentation diplomatique et consulaire, qui consiste à protéger la vie et les biens des ressortissants d'un État dans l'autre en l'absence de relations entre eux[3]. La puissance mandataire agit sur instruction de ses mandants et en leur nom.

D'autre part, comme la Confédération a accepté ce mandat dans une situation où les Conventions de Genève du 12 août 1949[4] sont applicables, elle remplit ipso facto les fonctions de Puissance protectrice au sens où l'entendent ces instruments. Ce mécanisme *automatique* met la Confédération dans l'obligation de concourir à l'application et de contrôler l'observation des Conventions par les parties contractantes en conflit. À cette fin, elle dispose d'un pouvoir d'initiative propre.

Les obligations à la charge de la Puissance protectrice se distinguent par leur but et leur nature de celles qui incombent au CICR; elles s'exercent de manière indépendante[5].

Tandis que le CICR est un organisme humanitaire, chargé par les Conventions de diverses tâches de caractère *technique*, la Puissance protectrice est surtout un organe de contrôle de l'application des Conventions.

Ce contrôle n'est toutefois pas strictement juridique mais bien plutôt d'ordre politique. Il met en œuvre l'appareil diplomatique de la Puissance protectrice, qui tend à obtenir, à la suite d'un examen et d'une délibération menés en commun, et par la voie de la conciliation, une meilleure exécution des obligations

---

1. *Rapport:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#778*. *Rédigé par F. Nordmann. Le Conseil fédéral en a pris connaissance le 19 janvier 1972, cf. le PVCF N° 85 de ce jour,* dodis.ch/35283.

2. *Cf. le télégramme N° 512 de F. Real au Département politique du 13 décembre 1971,* dodis.ch/35302; *la lettre de W. Rieser à H. C. Cramer du 5 janvier 1972,* dodis.ch/35306; *le PVCF de décision II du 13 décembre 1971 de la 43ème séance du 6 décembre 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*, *pp. 2 s.; le PVCF de décision II du 24 janvier 1972 de la 3ème séance du 19 janvier 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15* *et le PVCF N° 2113 du 6 décembre 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#777*. *Sur la problématique de la reconnaissance du Bangladesh en rapport avec le double mandat, cf. doc. 126,* dodis.ch/35309.

3. *Pour d'autres mandats de la Suisse, cf. doc. 23,* dodis.ch/34506 *et doc. 76,* dodis.ch/34509.

4. *Sur la ratification des Conventions de Genève de 1949 par la Suisse, cf. le PVCF N° 565 du 24 mars 1950,* dodis.ch/7181.

5. *Cf. aussi le télégramme N° 69 de F. Real au Département politique du 8 février 1972,* dodis.ch/35575.

conventionnelles de la part de la Partie contractante. L'organe de contrôle ne dit pas le droit: il travaille à sa réalisation, compte tenu de toutes les données subjectives et objectives en présence.

Le CICR, par contre, constate des états de fait, qu'il s'efforce de redresser, si besoin est, en se plaçant exclusivement au point de vue des personnes protégées et quel que soit leur statut juridique ou les difficultés pratiques à surmonter. Son activité est purement humanitaire et apolitique. Elle dépend entièrement du bon vouloir des parties contractantes. En revanche, la Puissance protectrice peut utiliser tout son appareil diplomatique et exercer de subtiles pressions pour amener ses partenaires à composition. On peut imaginer qu'un gouvernement hésiterait avant de contraindre la Suisse en dernière extrémité à déposer son mandat, faute d'être autorisée à l'exercer entièrement.

Une controverse juridique a surgi au sujet de l'exercice des tâches de la Puissance protectrice[6]. D'abord, chacune des parties exigeait de l'autre une condition de réciprocité avant de remplir ses obligations conventionnelles, ce qui est contraire aux Conventions. Ensuite, l'Inde a mis en doute l'applicabilité des Conventions au présent conflit. Contestant que l'institution de Puissance protectrice fonctionne automatiquement, elle a prétendu au contraire soumettre chacun de ses actes à autorisation. Enfin, elle estime que la naissance du Bangladesh[7], qu'elle a reconnu comme État indépendant, lui permet d'échapper à la définition de Puissance occupante, et partant, entrave notre action de Puissance protectrice dans le territoire contrôlé par les autorités de Dacca.

Cette attitude de l'Inde n'est probablement pas définitive. À réitérées reprises, nous avons fait valoir nos vues à ce sujet et notamment par le dépôt d'un aide-mémoire[8] exposant notre position juridique; il est vrai que la Nouvelle-Delhi a rejeté[9] cet aide-mémoire en reprenant ses arguments et en contestant notamment qu'elle ait à assumer les obligations d'une puissance occupante. Mais elle ne ferme pas la porte à la discussion, que nous allons efforcer de poursuivre sur le terrain pratique tout en réservant notre position juridique.

Il convient de dire aussitôt que, à cette exception près, les autres dispositions conventionnelles sont intégralement appliquées par l'Inde et le Pakistan. Les témoignages du CICR ou de l'ONU concordent à ce sujet et confirment que prisonniers de guerre et internés civils bénéficient du traitement prévu par les Conventions. Seul demeure en suspens le cas des anciens administrateurs pakistanais d'origine bengalaise, qui devraient passer en jugement pour crimes de guerre. Leur transfert par l'Inde au Bangladesh serait à première vue contraire aux Conventions.

---

6. *Sur le point de vue suisse, cf. la notice de F. Nordmann du 23 décembre 1971,* dodis.ch/35303 *et les notices de J.-P. Ritter aux Intérêts étrangers du Département politique du 12 mai 1972,* CH-BAR#2003A-06#1982/68#142* (o.841.931).

7. *Sur la question de la reconnaissance du Bangladesh par la Suisse, cf. doc. 126,* dodis.ch/35309, *note 2.*

8. *Aide-mémoire de l'Ambassade de Suisse à New Delhi du 7 janvier 1972,* dodis.ch/35304.

9. *Cf. la lettre de F. Real à H. C. Cramer du 10 janvier 1972,* dodis.ch/35305 *et le télégramme N° 108-IE de F. Real au Département politique du 14 janvier 1972,* CH-BAR#E2001E-01# 1982/58#310* (B.24.11.3.Uch).

Les quelque 80'000 prisonniers de guerre[10] sont actuellement tous internés dans neuf camps, tous sis en Inde même. Onze mille personnes civiles sont sous la protection de l'armée indienne à Dacca[11]. Les autorités de Dacca s'occupent de distribuer des secours aux femmes et aux enfants de la minorité biharie[12], considérés comme ressortissants bengalais. Au Bangladesh, la lutte pour la survie économique est entamée. Les voies de communication (ponts) sont détruites. Si la récolte de riz s'annonce favorable, la situation sanitaire est plus préoccupante. Le CICR dispose de 92 délégués et équipes médicales, travaillant dans l'ensemble du territoire. Les besoins en vue de la reconstruction du pays sont évalués à 10 milliards de francs. Plusieurs organisations humanitaires sont à l'œuvre, à côté du CICR. La plus importante est l'UNROD, soit celle des Nations-Unies, dirigée par l'un de nos compatriotes, M. Toni Hagen.

Les crédits spéciaux de 17 millions accordés par la Confédération à l'aide au Bengale[13] arrivent à épuisement; le solde de ce montant sert à financer l'engagement d'un DC 6 de la Balair mis à disposition du CICR. Le Département politique envisage de demander au Conseil fédéral l'ouverture d'un crédit de 10 millions de francs[14]. Le Département compte également louer un second appareil pour le CICR, pendant trois à quatre semaines. La dépense serait de 500'000 à 600'000 francs[15].

Parmi les actions déjà entreprises par la Suisse au titre des mandats, relevons le rapatriement de 400 diplomates retenus dans leur État d'accréditation[16]; le rétablissement des liaisons par radio entre les États-Majors des deux armées, enfin le travail administratif considérable que suppose la reprise d'intérêts étrangers. Le Chef du Service compétent, M. Cramer, se trouve présentement en mission spéciale[17] afin de s'assurer de l'exécution des tâches découlant des mandats auprès des autorités compétentes de Téhéran, Delhi et Islamabad et d'en faciliter l'accomplissement.

En conclusion, retenons que nous n'avons pas encore pu déployer tout notre appareil de contrôle de l'application des Conventions en raison des obstacles juridiques soulevés notamment par l'Inde. Néanmoins nous formons d'ores et déjà des délégués choisis parmi le personnel de notre Département et qui, dès la semaine prochaine, seront prêts à partir. Enfin, contrairement aux allé-

---

10. *Sur la question des prisonniers de guerre, cf. doc. 126,* dodis.ch/35309, *note 11.*

11. *Sur la situation au Bangladesh, cf. la notice de S. de Dardel du 11 janvier 1972,* dodis.ch/35446.

12. *Sur le soutien de la Suisse à l'action de secours du CICR en faveur de la minorité biharie, cf. le PVCF N° 282 du 16 février 1972,* dodis.ch/35872. *Sur le sort des Biharis, cf. aussi le procès-verbal de la réunion du 23 mai 1972,* dodis.ch/35693.

13. *Cf. doc. 106,* dodis.ch/35311.

14. *PVCF N° 283 du 16 février 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#779*.

15. *Cf. le PVCF N° 1232 du 10 juillet 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#784*. *Sur la Balair et le conflit, cf. le PVCF N° 161 du 28 janvier 1972,* dodis.ch/35900; *la lettre de F. Real à R. Keller du 13 avril 1972,* dodis.ch/35901 *et la lettre de F. Payot à R. Keller du 28 décembre 1972,* dodis.ch/35902. *Sur l'évacuation des Suisses de Karachi par la Balair, cf. la lettre de P. Erni à H. Hubacher du 19 janvier 1972,* dodis.ch/35203.

16. *Cf. doc. 87,* dodis.ch/35284.

17. *Cf. la notice de H. C. Cramer du 10 février 1972,* dodis.ch/35307.

gations d'une certaine presse[18], nous sommes conscients de tout ce qu'implique la reprise des mandats mais nous ne pouvons pas faire état publiquement des difficultés rencontrées quant à l'applicabilité des Conventions. Nous ne devons rien faire qui puisse provoquer la susceptibilité de l'Inde, ne serait-ce que dans l'intérêt du mandat pakistanais. Rien non plus qui pourrait gêner le CICR, conformément à un vœu formellement exprimé par ce dernier auquel nous tenons à apporter tout l'appui possible.

18. *Cf. la notice de N. Celio à E. Thalmann du 3 janvier 1972,* dodis.ch/35299 *et le PVCF N° 898 du 24 mai 1972,* dodis.ch/35300.

114

dodis.ch/35519

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

PRATIQUE CONCERNANT LES VISITES OFFICIELLES DU PRÉSIDENT DE LA CONFÉDÉRATION À L'ÉTRANGER

Berne, 18 janvier 1972

Jusqu'ici, la pratique selon laquelle le Président de la Confédération ne doit pas sortir de Suisse pendant son année présidentielle a été observée strictement. Il s'agit d'un usage qui n'a pas de réelle justification juridique. Le Conseil fédéral s'en est tenu à une règle non écrite qui lui a paru avantageuse.

La question semble avoir été discutée à plusieurs reprises au Conseil fédéral mais, chaque fois, il fut décidé de ne rien changer. Assez récemment, lorsque Monsieur Schaffner était Président de la Confédération, il avait demandé à ses collègues de pouvoir se rendre à l'étranger en vacances, mais il n'avait[2] pas obtenu gain de cause[3].

L'expérience a démontré que nous disposons d'un excellent argument lorsqu'il s'agit de refuser une invitation adressée au Président de la Confédération par un gouvernement étranger. Les démarches iraniennes au sujet des récentes manifestations de Persépolis en sont un bon exemple[4]. En outre, notre politique de neutralité aurait avantage à ce que nous ne nous engagions pas trop dans des échanges de visites d'État plus formelles que fructueuses[5]. Notre position paraît assez bien comprise à l'étranger. Lors des obsèques du

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2845* (B.15.83.2). *Rédigée et signée par Ch.-A. Wetterwald. Visée par P. Graber.*
2. *Correction à la main de*: a.
3. *Pour la reprise de cette discussion par le Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II du 18 février 1972 de la 7ème séance du 16 février 1972,* dodis.ch/35752.
4. *Cf. doc. 84,* dodis.ch/35747.
5. *Sur cette question, cf. DDS, vol. 23, doc. 164,* dodis.ch/31628.

Général de Gaulle, les critiques venaient de l'intérieur plutôt que de l'extérieur[6]. En ce qui concerne les funérailles du Roi Frederik IX au Danemark, nous créerions un précédent qui ne nous permettrait plus de nous retrancher derrière une attitude intransigeante[7]. Il convient de se demander si le moment est venu d'abandonner notre pratique à cette occasion ou s'il ne vaudrait pas mieux attendre un événement qui le justifierait mieux.

Le cas échéant, nous pourrions considérer qu'il s'agit d'une exception consentie en faveur d'un chef d'État qui était venu en visite officielle en Suisse.[8]

---

6. *Sur les funérailles de Ch. de Gaulle, cf. doc. 48,* dodis.ch/35760.

7. *Cf. la notice de Ch.-A. Wetterwald à P. Graber du 18 janvier 1972,* dodis.ch/35782.

8. *Sur la participation de H.-P. Tschudi aux funérailles, cf. le PVCF de décision II du 31 janvier 1972 de la 4ème séance du 26 janvier 1972,* dodis.ch/37079 *et la lettre de Ch.-A. Wetterwald à W. Jäggi du 3 février 1972,* dodis.ch/35783: Nous regrettons d'autant plus les dispositions prises par le protocole danois à l'égard de M. Tschudi que c'était la première fois qu'un Conseiller fédéral en charge participait à des obsèques à l'étranger. *En effet, F. T. Wahlen représentait le Conseil fédéral aux funérailles de J. F. Kennedy en 1963 et aux funérailles de W. Churchill en 1965, cf. le PVCF délibératif de la 82ème séance du Conseil fédéral du 23 novembre 1963,* dodis.ch/30765 *et le PVCF N° 186 du 29 janvier 1965,* dodis.ch/31437. *Sur la visite de Frederik IX en Suisse en 1965, cf. DDS, vol. 23, doc. 102,* dodis.ch/31398 *et doc. 108,* dodis.ch/31397.

115

dodis.ch/35632

Telegramm des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in London[1]

Vertraulich Bern, 28. Januar 1972, 15.00 Uhr

Primo – Bundesanwalt Walder informiert uns wie folgt über einen Fall wirtschaftlichen Nachrichtendienstes, in den ein Mitarbeiter hiesiger britischer Botschaft sowie ein Beamter der Treasury verwickelt sind:

«Le 19 janvier 1972, la Police fédérale, en collaboration avec la police genevoise, a procédé à l'arrestation à Genève des nommés Favez Maurice et Ryter Jürg en vertu d'un mandat d'arrêt décerné par le Ministère public fédéral pour infraction à l'art. 273 CPS (espionnage économique).

Les prévenus sont en effet accusés et convaincus d'avoir, depuis l'automne 1970 au printemps 1971, entretenu des relations et fourni des informations à un ressortissant britannique employé au Service du Trésor, sur des comptes courants de clients domiciliés en Angleterre et que la Société Financière Mirelis SA à Genève[2], qui les employait, était chargée de gérer. Ce fonctionnaire du Trésor se nomme:

---

1. *Telegramm Nr. 11 (Versandkopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3648* (B.11.44).

2. *Zum Fall Mirelis vgl. ferner die Notiz von P. A. Nussbaumer vom 17. März 1972,* dodis.ch/35639.

Little Stanley H., né le 16 ou 26. 9. 1903, ressortissant britannique, domicilié à Londres.

Il a été identifié avec certitude et, pour ces motifs, le Ministère public fédéral a également décerné un mandat d'arrêt contre lui en vertu d'infraction aux art. 271 et 273 CPS, mandat non exécuté à ce jour.

En outre, toute cette opération a été menée, dirigée et organisée par un fonctionnaire de l'Ambassade de Grande-Bretagne à Berne, le nommé

Latham Henry-Ryder, Premier Secrétaire, domicilié à Berne.

Il a été établi à ce jour que dix entrevues eurent lieu en Suisse et à l'étranger, auxquelles participèrent pour la plupart les personnes mentionnées ci-dessus. Il s'est agi dans certains cas de rendez-vous que l'on peut désigner comme étant d'ordre tout à fait conspiratif.

Il est estimé qu'une cinquantaine de clients de la Société Financière Mirelis SA ont été ainsi dénoncés, soit par la transmission de leurs nom, adresse et numéro de compte, soit par la transmission de reproductions ou copies de leurs comptes courants.

Tous les faits sont reconnus par les inculpés qui, actuellement, sont détenus à la prison de Saint-Antoine à Genève. Ils ont touché un montant de fr. 5'200 pour leurs informations.»

Secundo – Bundesanwalt hat Latham (der bisher gleichzeitig als Verbindungsmann zwischen britischem Geheimdienst und Bundesanwaltschaft fungierte) anfangs dieser Woche kommen lassen[3] und ihm mitgeteilt, dass er angesichts des Vorgefallenen Schweiz baldmöglichst verlassen müsse. Könnten unter gegebenen Umständen, falls Engländer Latham nicht zurückziehen sollten, in der Tat nicht anders, als diesen p*[ersona]* n*[on]* g*[rata]* zu erklären. Engländer scheinen denn auch mit Rücknahme Latham einverstanden. Haben unsererseits in gleichem Sinne mit Botschafter Midgley gesprochen[4].

Tertio – Nachdem Angeschuldigte geständig und Ermittlungsverfahren praktisch abgeschlossen, müssen die zwei Schweizerbürger in allernächsten Tagen aus Haft entlassen werden. Bundesanwalt ist im Hinblick auf allfällige Kontakte zwischen Presse[5] und Angeschuldigten genötigt, bei deren Freilassung ein Communiqué zu publizieren[6], was für Ende nächster Woche vorgesehen ist. Es ist beabsichtigt, darin zu erwähnen, dass ein Funktionär britischer Botschaft in Angelegenheit verwickelt war, dieser habe Schweiz bereits verlassen.

Quarto – Obiges lediglich zu eurer Orientierung für den Fall, dass ihr auf Angelegenheit angesprochen werden solltet[7]. Von euch aus wäre indessen vorläufig nichts Besonderes vorzukehren.

---

3. *Notiz von H. Walder an das Politische Departement vom 27. Januar 1972, Doss. wie Anm. 1.*
4. *Zu den Gesprächen mit E. A. Midgley vgl. die Notiz von M. Gelzer vom 31. Januar 1972,* dodis.ch/35635 *sowie die Notiz von J.-J. Indermühle vom 3. Februar 1972,* dodis.ch/35637.
5. *Zur Berichterstattung in den Medien vgl. Dossier wie Anm. 1.*
6. *Pressemitteilung des Informations- und Pressedienstes des Justiz- und Polizeidepartements vom 10. Februar 1972, Doss. wie Anm. 1. Für die verschiedenen Entwürfe und britischen Interventionen vgl. ibid.*
7. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 9. Februar 1972,* dodis.ch/35638.

116

dodis.ch/35282

Der Präsident der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt, an den Bundespräsidenten, N. Celio[1]

Zürich, 2. Februar 1972

Ich möchte Ihnen für Ihr Schreiben vom 21. Januar 1972[2], das das neue deutsch-schweizerische Doppelbesteuerungsabkommen[3] aus der Sicht des Bundesrates und der Eidgenössischen Steuerverwaltung klar und umfassend beleuchtet, verbindlich danken. Die Zwangslage, in welcher sich der Bundesrat und die schweizerische Verhandlungsdelegation befanden, ist mir durchaus bewusst. Ebenso sehe ich ohne weiteres, dass ein durch eine deutsche Kündigung des bestehenden Abkommens[4] herbeigeführter vertragsloser Zustand für die schweizerische Wirtschaft und die schweizerischen Kapitalanleger namhafte Ausfälle bringen würde. Das ist übrigens auch von seiten der Banken trotz aller berechtigten Vorbehalte und Bedenken während der langen Verhandlungszeit stets anerkannt worden. Mit meinem Brief vom 13. Januar 1972[5] an die «Wirtschaftsförderung» ging es mir denn auch nicht darum, für die Nicht-Ratifizierung des neuen Abkommens zu plädieren. Es lag mir vielmehr daran, die diesem Vertragswerk innewohnende Problematik, die von den befürwortenden Stimmen bedauerlicherweise viel zu wenig beachtet wird, genauer unter die Lupe zu nehmen, und die möglichen Ausstrahlungen von einer etwas höheren Warte aus zu beleuchten.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es denn auch sehr zu begrüssen, dass die vorberatende Kommission des Ständerates[6] die Vorlage am letzten Donners-

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E6802#1985/126#74* (07).
2. *Schreiben von N. Celio an E. Reinhardt [vom 21. Januar 1972], Doss. wie Anm. 1*
3. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *vom 11. August 1971, AS, 1972, S. 3075–3099. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443 *und Dok. 177,* dodis.ch/31445; *das Schreiben von K. Locher an H. Lacher vom 2. November 1970,* dodis.ch/35293; *die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 1. März 1971,* dodis.ch/35295; *das BR-Prot. Nr. 439 vom 8. März 1971,* dodis.ch/35294 *sowie die Notiz von K. Locher an P. Graber vom 24. Mai 1971,* dodis.ch/35297.
4. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern *vom 15. Juli 1931, BS, 12, S. 601–628 und* Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 15. Juli 1931 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reiche zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftssteuern *vom 20. März 1959, AS, 1959, S. 797 f.*
5. *Schreiben von E. Reinhardt an den Dokumentations- und Pressedienst der Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft vom 13. Januar 1972, Doss. wie Anm. 1. Zur Kritik der Auslandschweizer am neuen Abkommen vgl. Dok. 107,* dodis.ch/35240.
6. *Protokoll der Sitzung der ständerätlichen Kommission vom 21. Januar 1972,* CH-BAR#

tag nicht einfach verabschiedet hat, sondern noch verschiedene Abklärungen[7] verlangt und zudem einige Vertreter der Wirtschaft anhören will. Ich hoffe sehr, dass in diesen Beratungen vor allem zwei Aspekte nicht übersehen werden, welche auch jene Kreise, die das Abkommen aus einer, wie mir scheint, viel zu einseitigen Betrachtungsweise vorbehaltlos befürworten, berühren können. Es betrifft dies einmal den Austausch von steuerlichen Auskünften. Der neue Vertrag enthält zwar «nur» eine sog. milde Amtshilfeklausel[8], d. h. die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können auf Verlangen Auskünfte austauschen, die für die richtige Durchführung des Abkommens notwendig sind. Die von der Schweiz damit übernommenen Verpflichtungen gehen an sich nicht über das hinaus, was sie nach Praxis und Rechtssprechung auch ohne ausdrückliche Klausel zu diesen Zwecken an Auskünften zu liefern hätte. Trotzdem besteht Anlass zu Bedenken und Unsicherheit, denn insbesondere bei einem so komplizierten und schwer verständlichen Vertrag, dessen Tragweise in mancher Beziehung noch nicht abgeschätzt werden kann, darf nicht übersehen werden, dass Vorschriften und Begriffe später einmal anders ausgelegt werden könnten als es ursprünglich die Meinung hatte. Insbesondere besteht keinerlei Garantie, dass der deutsche Fiskus von den schweizerischen Meldepflichten für alle Zukunft nur gegenüber den sog. Steuerflüchtlingen[9] und den auslandbeherrschten Basisgesellschaften Gebrauch machen wird. Zur richtigen Durchführung des Abkommens können auch Angaben aus schweizerischen Steuerdossiers gehören, wenn Streit um die Anwendung von Abkommensnormen auf die deutsche Betriebsstätte oder Tochtergesellschaft eines schweizerischen Unternehmens entsteht. Ob die in Frage kommenden Kreise auch diese mögliche Konsequenz des Abkommens uneingeschränkt befürworten würden, mag hier dahingestellt bleiben. Man hält zwar solchen Bedenken meist entgegen, dass auch die entsprechenden Amtshilfeklauseln in den Vereinbarungen mit Frankreich[10] und Grossbritannien[11] bisher zu keinen

---

E2001E-01#1982/58#1074* (B.34.12.0). *Vgl. dazu auch das Schreiben von N. Celio an H. G. Emde vom 17. Mai 1972,* dodis.ch/35290. *Zur Behandlung des Abkommens im Parlament vgl. das Schreiben von N. Celio an P. Graber, E. Brugger und P. R. Jolles vom 21. Juni 1972,* dodis.ch/35291; *das Schreiben von H. Zoelly an K. Locher vom 18. September 1972,* dodis.ch/35288 *und das BR-Prot. Nr. 1765 vom 26. September 1972,* dodis.ch/35289.

7. *Vgl. dazu den Bericht von K. Locher vom 13. Mai 1972, Doss. wie Anm. 6.*

8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1190 vom 7. Juli 1971*, dodis.ch/35296 *und das BR-Prot. Nr. 1196 vom 5. Juli 1972,* dodis.ch/35232.

9. *Vgl. dazu z. B. die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 26. Februar 1971 über den Fall H. Horten,* dodis.ch/35292.

10. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *vom 9. September 1966, AS, 1967, S. 1079–1100. Vgl. dazu ferner DDS, Bd. 23, Dok. 125,* dodis.ch/31831.

11. Protokoll zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland zur Änderung des am 30. September 1954 in London unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen *vom 14. Juni 1966, AS, 1966, S. 1619–1628. Vgl. dazu ferner DDS, Bd. 23, Dok. 177,* dodis.ch/31445 *und die Notiz von S. Arioli an P. R. Jolles vom 30. September 1971,* dodis.ch/35298.

besonderen Klagen Anlass gegeben hätten. Frankreich und Grossbritannien sind jedoch nicht Deutschland. Nach meiner Kenntnis der deutschen Finanzämter muss befürchtet werden, dass diese, anders als die französischen und britischen Behörden, von den ihnen eingeräumten Kompetenzen ausgiebig und nachhaltig Gebrauch machen werden.

Sodann kann die präjudizielle Bedeutung nicht genügend hervorgehoben werden. Der Einfluss des Abkommens mit Frankreich ist unverkennbar. Was den Franzosen gewährt wurde, musste auch den Deutschen konzediert werden, trotz aller Versicherungen des Bundesrates, der neue Vertrag mit Frankreich dürfe für andere Staaten nicht als Präjudiz gelten (NZZ vom 8. Juni 1967, Blatt 4, Nr. 2500 über die Beratungen im Nationalrat[12]). Es ist ein offenes Geheimnis, dass die deutschen Forderungen ursprünglich viel weiter gingen und nur in einem langwierigen Ringen reduziert werden konnten. Nach aller Erfahrung muss in Rechnung gestellt werden, dass die «neuen Spezialitäten» mit Deutschland in der einen oder anderen Form auch einmal weiteren Staaten zugestanden werden müssen, z. B. Italien[13] und den Vereinigten Staaten[14], eine konkrete Aussicht, die alles andere als erfreulich ist.

Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, dass der Preis, der mit diesem neuen Abkommen für die Wahrung der sog. angestammten schweizerischen Interessen bezahlt werden muss, an der oberen Grenze des Tragbaren liegt. Sie werden sicher verstehen, dass ich mich daher nicht in der Lage sehe, das Geschäft zu unterstützen, dem m. E. schon im Interesse der schweizerischen Behörden und der Verhandlungsdelegation ein starker Widerstand entgegengestellt werden sollte, ohne es gerade zu Fall zu bringen. Nur so könnte weiteren ganz gefährlichen ausländischen Begehrlichkeiten von vornherein der Riegel gestossen und die künftige Position der Verhandlungsdelegation und der das Abkommen künftig handhabenden Behörden auf diesem abschüssigen Gebiet einigermassen gefestigt und widerstandsfähig gemacht werden. Man darf schliesslich nicht leichthin ein Steuersubstrat aufgeben, wenn die allgemeinen Aufgaben des Staates zur Erschwerung der Steuerlast drängen. In diesem Sinne möchte ich Sie meiner Hilfe und Neutralität versichern.

Ich danke Ihnen sehr, dass ich Ihnen noch einige Gedanken zu diesem «Schicksalabkommen» unterbreiten durfte.

---

12. *Zur Behandlung im Nationalrat vgl. Amtl. Bull. NR, 1967, S. 136–149.*

13. *Vgl. dazu Dok. 107,* dodis.ch/35240*, Anm. 11.*

14. *Zu den Verhandlungen über ein Rechtshilfeabkommen mit den USA vgl. Dok. 66,* dodis.ch/ 35400.

117

dodis.ch/35515

Der Vorsteher des Sekretariats der Eidg. Bankenkommission, D. Bodmer, an die Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft[1]

JAPAN / GEGENRECHT

Bern, 4. Februar 1972

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 1.[2], mit dem Sie erneut die Auffassung vertreten, Sie hätten einen Anspruch auf Orientierung durch die Bankenkommission über die Handhabung der bankengesetzlichen Bestimmungen gegenüber Gesuchen um japanische Bankengründungen in der Schweiz. Sie verweisen auf angebliche staatsvertragliche Abmachungen zwischen der Schweiz und Japan, insbesondere eine Reihe von Schreiben des Eidg. Politischen Departements in dieser Sache.

Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, dass ich an dem Ihnen bereits mündlich dargelegten Standpunkt festhalten muss. Die Bankenkommission hat sich mit Ihrem früheren Schreiben vom 1. 11. 71[3] in dieser Sache befasst und die Auffassung vertreten, die Schweizerische Bankgesellschaft sei im laufenden Bewilligungsverfahren für die Fuji-Bank[4] nicht Partei. Die Bankenkommission sei ihr gegenüber nicht auskunftspflichtig, weil dieses Verfahren unter die Amtsverschwiegenheitspflicht falle.

Wenn Sie schreiben, dass die Schweizerische Bankgesellschaft mit der indirekten Unterstützung der Bankenkommission für ihre Expansionspläne in Tokio rechne, so handelt es sich dabei wohl um eine Verkennung der Ansichten unserer Kommission, die nie ein Hehl daraus gemacht hat, dass sie sowohl die masslose Expansion der Grossbanken wie den überbordenden Zudrang ausländischer Banken in die Schweiz als ungesund und für die Gesamtinteressen des Landes abträglich ansieht.

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E6521A#1979/51#1173* (1). *Kopie an die Schweizerische Bankiervereinigung.*
2. *Schreiben von G. Hanselmann und E. Bader an die Eidg. Bankenkommission vom 1. Februar 1972,* dodis.ch/37156.
3. *Schreiben von G. Hanselmann und E. Bader an die Eidg. Bankenkommission vom 1. November 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3793* (C.41.731.1).
4. *Zum Bewilligungsverfahren für japanische Banken in der Schweiz vgl. Dok. 137,* dodis.ch/35508, *Punkt 3d*.

118

dodis.ch/35748

Interne Notiz des Politischen Departments[1]

NOTIZ ÜBER DIE BEZIEHUNGEN SCHWEIZ – ZAÏRE IM HINBLICK AUF DEN BESUCH VON STAATSPRÄSIDENT SESE SEKO MOBUTU AM 9. FEBRUAR 1972

Bern, 8. Februar 1972

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Republik Zaïre (früher Demokratische Republik Kongo) dürfen als gut bezeichnet werden[2].

Die Schweiz unterhielt früher in Kinshasa (Léopoldville) ein Generalkonsulat. Mit der Akkreditierung des ersten Botschafters (Curchod) am 29. Dezember 1966 wurde der Posten in eine Botschaft erhoben[3], die zurzeit von Herrn Botschafter J. P. Weber geleitet wird. Auch unterhält die Schweiz in Zaïre Konsularagenturen in Lubumbashi und Bukavu.

Die Republik Zaïre unterhält in Bern eine Botschaft, die von Botschafter Joseph Nzabi geführt wird.

Staatspräsident Mobutu, der seit dem Militärputsch vom 25. November 1965[4] an der Spitze der Regierung steht, hat offensichtlich grosse Sympathien für unser Land[5]. Er kaufte sich vor Jahren eine Liegenschaft in Savigny ob Lausanne.

Der Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern weist folgende Umsätze aus:

	1969	*1970* (in Mio SFr.)
– Import aus Zaïre	6,37	4,35
– Export nach Zaïre	28,44	38,06

Ein Handelsabkommen mit der Republik Zaïre ist paraphiert worden. Da die Schweiz auf der gleichzeitigen Unterzeichnung eines Investitionsschutzabkommens insistiert, bleibt die Ratifizierung vorläufig dahingestellt[6]. Am

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2552* (B.15.50). *Verfasst von H. Grob. Visiert von P. Graber.*
2. *Für eine Übersicht über die Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und der Schweiz vgl. die Notiz von H. Grob vom 24. März 1970,* dodis.ch/36633 *und den Bericht von Th. Curchod vom 26. August 1971,* dodis.ch/36634.
3. *Zur Übergabe des Beglaubigungsschreibens von Th. Curchod an J. D. Mobutu vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 1,* dodis.ch/33689. *Zum Abschiedsbesuch von Th. Curchod bei J. D. Mobutu vgl. das Schreiben von Th. Curchod an E. Thalmann vom 27. August 1971,* dodis.ch/36648.
4. *Zum Militärputsch von J. D. Mobutu vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 42,* dodis.ch/31525, *Anm. 4.*
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 1,* dodis.ch/33689, *bes. Anm. 8.*
6. *Zu den Verhandlungen und der Unterzeichnung der Handels- und Investitionschutzabkommen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 39,* dodis.ch/33051, *bes. Anm. 4; die Notiz von R. Pestalozzi vom 20. März 1970,* dodis.ch/36644; *die Notiz von H. Grob vom 24. März 1970,* dodis.ch/36633; *das BR-Prot. Nr. 357 vom 23. Februar 1972,* dodis.ch/36640; *das BR-Prot. Nr. 706 vom 24. April 1972,* dodis.ch/36639 *sowie die Notiz von M. Jaccard an E. Thalmann vom 25. Mai 1972,*

Abschluss eines Abkommens für technische Hilfe[7] ist man schweizerischerseits noch nicht interessiert.

Der Delegierte für technische Zusammenarbeit unterstützt das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz für das «Collège Pestalozzi» in Kinshasa mit grösseren Beiträgen. Auch wird eine Fischereigenossenschaft (CECOTRET) zurzeit mit rund SFr. 200'000 finanziert.

Die Swissair bedient Kinshasa seit April 1970 mit ihren wöchentlichen Flügen nach Johannesburg[8].

Die Schweizerkolonie[9] in der Republik Zaïre hatte Ende 1970 einen Bestand von 607, wovon 87 Doppelbürger. Ferner wird ein Liechtensteiner durch unsere Botschaft betreut.

---

dodis.ch/36641. *Für eine Zusammenstellung der Interessen schweizerischer Unternehmungen in der Demokratischen Republik Kongo vgl. die Notiz von R. Gerber vom 14. Februar 1972,* dodis.ch/36642.

7. *Zu der schweizerischen humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit bes. im Rahmen der UNO-Mission im Kongo vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 86,* dodis.ch/15335; *Dok. 95,* dodis.ch/15341; *Dok. 122,* dodis.ch/15397 *und Dok. 128,* dodis.ch/15378; *DDS, Bd. 22, Dok. 70,* dodis.ch/30218 *und Dok. 89,* dodis.ch/30220; *DDS, Bd. 23, Dok. 103,* dodis.ch/31503; *DDS, Bd. 24, Dok. 39,* dodis.ch/33051; *das Schreiben von Th. Curchod an S. Marcuard vom 13. Oktober 1970,* dodis.ch/36645 *sowie die Notiz von S. Salvi vom 24. Januar 1972,* dodis.ch/36643.

8. *Zum Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und der Demokratischen Republik Kongo vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 94,* dodis.ch/31502 *und DDS, Bd. 24, Dok. 39,* dodis.ch/33051, *Anm. 5. Zum Besuch von P. Graber in Kinshasa anlässlich des Eröffnungsflugs der Swissair vgl. die Notizen von Th. Curchod vom 11. April 1970,* dodis.ch/36635, dodis.ch/36821 *sowie* dodis.ch/36822. *Ein weiterer Besuch P. Grabers auf Einladung von J. D. Mobutu wurde von Seiten der Schweiz immer wieder aufgeschoben. Ein Grund dafür war die Affäre um das kongolesische Auslieferungsgesuch betreffend B. Losembe. Vgl. dazu das Schreiben von J.-P. Weber an P. Graber vom 10. Oktober 1972,* dodis.ch/ 36636; *die Notiz von J.-P. Weber vom 10. Oktober 1972,* dodis.ch/36637 *und das Telegramm von J.-P. Weber an E. Thalmann vom 17. Oktober 1972,* dodis.ch/36638.

9. *Zum Besuch von Th. Curchod in der Region Katanga vgl. das Schreiben von Th. Curchod an P. Micheli vom 23. Februar 1970,* dodis.ch/36647.

119

dodis.ch/35752

BUNDESRAT
Beschlussprotokoll II der 7. Sitzung vom 16. Februar 1972[1]

Auszug *[Bern,]* 18. Februar 1972

3. Reglement der Kommission des Nationalrates für auswärtige Angelegenheiten[2]

Grundlage der Aussprache ist eine Notiz des Bundeskanzlers vom 7. Februar 1972[3], worin über den Vorentwurf I zum Reglement[4] für die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates orientiert wird. Gestützt auf seine Erkundigungen über die Verhandlungen in der Subkommission, die sich mit diesem Geschäft befasst, kommt der *Bundeskanzler* zum Schluss, dass gegenüber dem beabsichtigten Erlass eines Reglements für die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates grundsätzliche Bedenken nicht vorzubringen sind. Sobald das Protokoll der Subkommission[5], die sich mit dem ersten Vorentwurf des Reglements zu befassen hatte, vorliegt, sichert der Bundeskanzler dem Bundesrat eventuell zusätzliche Bemerkungen zu. In der allgemeinen Aussprache äussert sich zunächst *Herr Graber* zurückhaltender. Er kann den Optimismus des Bundeskanzlers nicht voll teilen. Vorweg scheint ihm die Rechtsfrage von entscheidender Bedeutung zu sein, wie weit eine parlamentarische Kommission sich durch ihr Reglement Informationskompetenzen erteilen kann, die über den Bereich hinaus gehen, der ihr gemäss Verfassung und Gesetz zusteht. Es besteht hier die Gefahr, dass aus der Oberaufsicht des Parlaments eine Aufsicht schlechthin wird – die aber Sache des Bundesrates ist – ja dass durch die laufende Überwachung des Bundesrates und die Forderung nach Bekanntgabe seiner Absichten eine Art Mitregierung entsteht. Fraglich ist ferner, was gelten soll, wenn in den Reglementen zweier paralleler Kommissionen des National- und des Ständerates die Auskunftspflicht des Bundesrates verschieden formuliert ist. Herr Professor Eichenberger hält offenbar dafür, dass diese Reglemente im Falle der Übereinstimmung praktisch Gesetzeskraft erlangen und sich der Bundesrat beugen muss – eine Auffassung, welche von Botschafter Diez, Chef des Rechtsdienstes des EPD[6], nicht geteilt wird. Herr

---

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Verfasst von W. Buser.*
2. *Zur Geschichte der aussenpolitischen Kommissionen beider Räte vgl. den Bericht des Dokumentationsdiensts der Bundesversammlung vom 15. Juli 1971,* dodis.ch/36667.
3. *Notiz von K. Huber an den Bundesrat vom 7. Februar 1972,* dodis.ch/36665.
4. *Vorentwurf I des Reglements für die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats vom 12. Januar 1972,* CH-BAR#E1050.12#1995/511#14*. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung vom 25. Januar 1972 der Subkommission der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 31. Januar 1972,* dodis.ch/36664.
5. *Protokoll der Sitzung vom 8. März 1972 der Subkommission der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. März 1972,* CH-BAR#E1050.12#1995/511#15*. *In dieser Sitzung wird der Vorentwurf II des Reglements für die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats besprochen.*
6. *Handschriftliche Korrektur aus:* JPD.

Graber anerkennt schliesslich, dass das Reglement der Militärkommission[7] ein Präjudiz darstellt, er betrachtet dieses aber als nicht empfehlenswert.

Herr Gnägi sieht die Schwierigkeiten weniger in der Auskunftspflicht schlechthin, als in der Ungewissheit des Bundesrates, welcher Kommission im Konkurrenzfall Auskunft zu erteilen ist und durch welche Kommissionsorientierung sich damit der Bundesrat als entlastet betrachten kann. Dieses Problem war bei der Diskussion um die Mirages[8] von besonderer Bedeutung, als die Geschäftsprüfungskommission neben der Militärkommission und der Finanzkommission zusätzlich in gleicher Tiefe informiert werden wollte.

Herr Bundeskanzler Huber verweist für diesen letzten Fall auf das Geschäftsverkehrsgesetz, worin bestimmt ist, dass sich die Kommissionen nötigenfalls über den Bereich ihrer Kontrolltätigkeit abzusprechen haben. Das Problem ist aber sicher von Bedeutung und sollte einmal mit Herrn Pfister besprochen werden. Was die laufende Überwachung der Verwaltung anbetrifft, ist doch darauf zu verweisen, dass schon das Reglement der Geschäftsprüfungskommission aus dem Jahre 1963[9] diesen Ausdruck gebraucht. Die Tendenz einzelner Kommissionen, von der Oberaufsicht zur Aufsicht schlechthin zu gelangen, ist aber nicht zu bestreiten. Wenn der Bundesrat einverstanden ist, ist der Bundeskanzler bereit, dieses Problem einmal grundsätzlich mit den Herren Pfister und Chevalier zu besprechen. Bezüglich der Übereinstimmung der Kommissionsreglemente ist zu beachten, dass die Räte gar nicht verpflichtet sind, bestimmte Kommissionen stets in beiden Kammern zugleich als permanente Kommissionen zu bezeichnen. Deshalb bedürfen auch die Reglemente grundsätzlich nicht der Übereinstimmung. Auch dieses Problem sollte mit den Herren Pfister und Chevalier besprochen werden. Für den Moment aber sollte der Bundesrat den Dingen seinen Lauf lassen.

Herr Bundespräsident Celio hält seinerseits dafür, dass sich im Parlament eine Tendenz zur Mitregierung eindeutig manifestiert. Er hatte, im Zusammenhang mit den Besprechungen um den Einsatz der ZOB[10], seinerseits Mühe, eine Differenz mit der Geschäftsprüfungskommission zu vermeiden. Eine ähnliche Situation droht sich um die Untersuchung über den Landkauf in Lutry[11] zu entwickeln, wo sich die Geschäftsprüfungskommission trotz der vom Finanzdepartement bereits angeordneten Untersuchung[12] selbst um die Details zu bemühen beginnt. Wenn der Bundesrat heute den Dingen ihren

---

7. Reglement für die Militärkommission des Nationalrates *vom 16. März 1965, Doss. wie Anm. 4.*

8. *Zur Mirage-Affäre vgl. die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T621.

9. Reglement für die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates *vom 19. Juni 1963,* CH-BAR#E2804#1971/2#178* (042.1). *Für den Entwurf des Reglements für die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 13. Februar 1963, vgl.* CH-BAR#E1050.7A# 1995/503#12*.

10. *Vgl. dazu den Bericht von O. Düby an K. Huber vom 21. März 1969,* CH-BAR#E1010B# 1986/151#501* *und das Schreiben von A. Stefani und E. Franzoni an den Bundesrat vom 18. Juni 1969,* CH-BAR#E1010B#1986/151#503*.

11. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E1050.7A#1984/53#94*.

12. *Vgl. das Schreiben von N. Celio an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats vom 28. September 1971, Doss. wie Anm. 11.*

Lauf lässt, muss man sich doch fragen, ob es dann, wenn das Reglement weiter gediehen ist, nicht plötzlich zu spät ist zu einer Intervention.

Herr Graber stellt dazu fest, dass die Diskussionen derzeit noch in einem Arbeitsausschuss oder Unterausschuss der Kommission für auswärtige Angelegenheiten stattfinden. In diesem Ausschuss ist die Verwaltung vertreten. Es dürfte damit genügen, die Vertreter der Verwaltung über die Bedenken des Bundesrates zu orientieren. Die Kontroverse, die hier zur Diskussion steht, ist sicher schon sehr alt, man muss aber doch feststellen, dass die Sache nun gefährlich wird, wenn der Bundesrat verpflichtet werden soll, fortlaufend – schon vor seinen Beschlüssen – über seine Absichten zu orientieren. Bei der Kommission für Auswärtiges stellt sich eventuell die Frage, ob sie ebenfalls eine Delegation ernennen könnte wie die Finanzkommission[13].

Herr Bundespräsident Celio hätte gegenüber der Schaffung einer Delegation dieser Art grosse Bedenken. Man hat keine Garantie, dass als Mitglieder nur Leute gewählt werden, die wirklich über die letzten vertraulichen Dinge orientiert werden können. Zudem geht es kaum je an, der grossen Kommission zu sagen, man werde dieses oder jenes Detail dann an der Delegation bekanntgeben, da dies wiederum negative Reaktionen auslösen könnte.

Herr Tschudi schliesst sich den Bedenken der Vorredner an. Die Kommissionen sollen so offen und soweit als möglich informiert werden – irgendwo aber sind dieser permanenten Information über die laufenden Geschäfte Grenzen gesetzt, ansonst der ordentliche Gang der Arbeiten des Bundesrates nicht mehr garantiert ist.

Herr Brugger verweist auf seine Erfahrungen mit der Zolltarifkommission, mit welcher er – trotz der zahlenmässigen Stärke dieses Gremiums – bisher gute Erfahrungen gemacht hat. Wenn die Kommission für Auswärtiges sich zusätzliche Informationsrechte sichert, ist aber damit zu rechnen, dass die andern Kommissionen ähnliche Begehren stellen werden. Es dürfte deshalb angezeigt sein, rechtzeitig auf die Problematik dieser Grenzziehung hinzuweisen.

Herr Bonvin hat ebenfalls gewisse Bedenken gegenüber einer zu weiten Öffnung der Schleusen. Wir sind auf dem besten Weg zu einer «confusion des pouvoirs». Verwaltung und Parlament können mustergültig zusammenarbeiten, wie dies am Beispiel der Bundeskanzlei – die für beide da ist – erhärtet wird. So sollte auch für die Zusammenarbeit in den Kommissionen ein massvoller Weg gefunden werden.

Herr Bundespräsident Celio fasst die Diskussion wie folgt zusammen: Der Bundesrat tritt bis auf weiteres in der Subkommission, die sich mit dem Reglement befasst, nicht in Erscheinung; die zuständigen Departementschefs orientieren aber die Vertreter der Verwaltung, die in dieser Subkommission mitwirken, über die Haltung des Bundesrates[14].

---

13. *Vgl. dazu das* Reglement für die Finanzkommission und die Finanzdelegation der eidgenössischen Räte *vom 29. März 1963, Doss. wie Anm. 4.*

14. *Vgl. dazu die Notiz von E. Diez an P. Graber vom 1. März 1972,* dodis.ch/36666.

120

dodis.ch/35585

Notiz des Stellvertreters des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, M. Gelzer[1]

ENTWURF ZU EINEM BUNDESGESETZ ÜBER FÜRSORGELEISTUNGEN AN AUSLANDSCHWEIZER[2]

Bern, 21. Februar 1972

Wir nehmen Bezug auf Ihr an unsere Vertretungen im Ausland gerichtetes Rundschreiben vom 8. Februar 1972[3], wovon Sie uns eine Kopie zustellten, und danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, den Gesetzesentwurf[4] einzusehen. Zu einem Aspekt der vorgesehenen Regelung möchten wir einige Bemerkungen anbringen.

Es scheint uns nämlich, dass das Gesetz in seiner gegenwärtigen Fassung die Türe zum Geldschrank allzuweit öffnet. Tatsächlich enthält es keine Bestimmung, die es ermöglichen würde, ganz allgemein denjenigen Landsleuten eine Bundeshilfe zu verweigern, die eindeutig durch eigenes Verschulden in Not geraten sind. Wir denken hier vor allem an Arbeitsscheue, Hochstapler, Abenteurer, Gammler, aber auch an solche Mitbürger, die – obwohl sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten – in keiner Weise für schwierige Zeiten vorgesorgt haben[5]. Einige Einschränkungen sind zwar in den Artikeln 1, Abs. 3, 2, 5 und 7 enthalten. Diese beziehen sich aber nicht auf Leute, die verstehen, auf Kosten anderer zu leben, und denen dies oft auch nicht schlecht gelingt.

Wir fragen uns daher, ob es nicht angezeigt wäre, unter Art. 7 zu erwähnen, dass Selbstverschulden ein Grund darstellt, um eine Fürsorgeleistung zu verweigern. Das hätte auch den Vorteil, unseren Mitbürgern klar zu machen, dass sie nicht unbedingt auf eine Unterstützung zählen dürfen, und dass sie selbst etwas dazutun müssen, um Notlagen überbrücken zu können. Da die im betreffenden Paragraphen aufgeführten Ausschlussgründe keinen zwingenden Charakter haben, wäre es dann immer noch möglich, in besonderen Fällen Ausnahmen zu machen.

---

1. *Notiz*: CH-BAR#E2001E-01#1982/58#129* (A.15.71.22). *Verfasst von B. Stofer, gerichtet an die Auslandschweizerangelegenheiten des Politischen Departements.*
2. *Vgl. dazu Dok. 85,* dodis.ch/35584.
3. *Rundschreiben von E. Thalmann vom 8. Februar 1972, Doss. wie Anm. 1. Zur Auswertung der erhaltenen Antworten vgl. die Notiz von F. Keller an M. Leippert vom 3. Mai 1972,* dodis.ch/35704.
4. *Für den Entwurf vom 22. September 1971 des* Bundesgesetzes über Fürsorgeleistungen an Auslandschweizer *vgl. Doss. wie Anm. 1. Zu dessen Genehmigung durch den Bundesrat vgl. das BR-Prot. Nr. 94 vom 19. Januar 1972,* dodis.ch/36833. *Zur Vernehmlassung vgl. das Rundschreiben von R. Gnägi vom 31. Januar 1972,* dodis.ch/36837.
5. *Vgl. dazu die Notiz von M. Leippert vom 29. März 1971,* dodis.ch/36835.

121

dodis.ch/35750

Der schweizerische Botschafter in Peking, O. Rossetti, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Die schweizerisch-chinesischen Beziehungen von 1967 bis 1972[2]

Vertraulich Peking, 23. Februar 1972

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China hatten im Sommer 1967 im Zusammenhang mit der Frage der tibetanischen Flüchtlinge und der Gründung des Tibet-Institutes in Rikon ihren Tiefstpunkt erreicht. Die feste Haltung des schweizerischen Bundesrates gegenüber den chinesischen Anrempelungen[3] blieb hier jedoch nicht ohne nachhaltenden Eindruck. Schon sehr bald zeichnete sich eine Besserung des Verhältnisses ab, vor allem nach der anfangs 1968 durchgeführten Industrie-Ausstellung in Peking[4]. Eine ganz deutliche Wendung zum Bessern erfolgte, nachdem wir anfangs 1970 den Austausch der Diplomaten zwischen Phnom Penh und Peking durchgeführt hatten[5] und nachdem China Ende des gleichen Jahres erneut einen Botschafter[6] in Bern akkreditiert hatte. Von diesem Zeitpunkt an erhielten auch schweizerische Journalisten und andere prominente schweizerische Persönlichkeiten Visa zum Besuche Pekings[7]. Ende 1971 erhielt nach fünfjähriger Wartezeit auch ein Redaktor[8] der Neuen Zürcher Zeitung ein Einreisevisum. Als besonderes Entgegenkommen gegenüber unserem Lande ist die Erteilung einer Einreisebewilligung für einen Vertreter[9] des deutsch-schweizerischen Radios während des Nixon-Besuches in Peking[10]. In Anbetracht des besonderen Charakters unserer Beziehungen mit der Volksrepublik China kann kaum mehr als das Erreichte erwartet werden. Ein eigentlicher kultureller Austausch kann unter den gegebenen Umständen für die allernächste Zukunft nicht in Aussicht genommen werden.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2391* (B.15.21). *Visiert von P. Graber, H. Miesch und P. Thévenaz.*
2. *Zur Entwicklung der schweizerisch-chinesischen Beziehungen bis 1966, vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 175,* dodis.ch/30922. *Vgl. auch DDS, Bd. 24, Dok. 152,* dodis.ch/33134.
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 40,* dodis.ch/33131.
4. *Vgl. den Bericht über* die Schweizerische Instrumenten- und Uhrenausstellung in Peking vom 20. Mai bis 3. Juni 1968, dodis.ch/33541.
5. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 14 der schweizerischen Botschaft in Peking an P. Micheli vom 6. Mai 1970,* dodis.ch/34515; *das Telegramm Nr. 18 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Peking vom 6. Mai 1970,* dodis.ch/34528; *das Telegramm Nr. 43 der schweizerischen Botschaft in Peking an das Politische Departement vom 27. Mai 1970,* dodis.ch/34529 *sowie den Bericht von J.-P. Ritter vom 10. Juni 1970,* dodis.ch/35821.
6. *Tchen Tche-fang.*
7. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2200.174#1985/195#10* (101.0).
8. *E. Mettler. Vgl. Doss.* CH-BAR#E2200.174#1985/195#153* (613.1).
9. *E. Hürsch. Vgl. Doss. wie Anm. 8.*
10. *Vgl. dazu Dok. 89,* dodis.ch/34585, *Anm. 2.*

Die Handelsbeziehungen[11] zwischen den beiden Ländern blieben während der letzten fünf Jahre mehr oder weniger stabil, dies besonders was unsere Exporte anbelangt, während auf dem Importsektor eine wesentliche Zunahme verzeichnet werden konnte. Irgendwelche gegen die Schweiz gerichtete Massnahmen, die einen Rückgang des Handelsvolumens zur Folge gehabt hätten, konnten nicht festgestellt werden. Auf Grund meiner kürzlichen Besprechung mit dem Aussenhandels-Minister[12] kann sogar erwartet werden, dass in Zukunft auch unsere Exporte wieder ansteigen werden.

Anlässlich meiner Abschiedsbesuche bei den verschiedenen Abteilungschefs des Aussenministeriums wurde immer wieder auf die guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern hingewiesen. Auch Vize-Aussenminister Chiao Kuan-Hua, Aussenminister Chi Peng-Fei und Vize-Premierminister Li Hsien-Nien unterstrichen die Entwicklung unserer Beziehungen in den letzten Jahren und bezeichneten sie als freundlich. Keiner liess nur ein Wort der Kritik fallen weder gegenüber der schweizerischen Regierung noch gegenüber der schweizerischen Presse. Vielleicht werden gewisse Vorwürfe im Zusammenhang mit den jüngsten Jubiläumsfeiern des Tibet-Institutes[13] und der Gründung einer schweizerisch-taiwanesichen Freundschafts-Gesellschaft[14] für meinen Nachfolger[15] aufgespart.

---

11. *Vgl. dazu z. B. das Schreiben von A. Natural an P. R. Jolles vom 15. August 1972,* dodis.ch/35905 *sowie den Bericht von H. J. Halbheer vom 10. November 1972,* dodis.ch/35904. *Zu weiteren Aspekten wie den Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen oder zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft vgl. den Bericht von E. Aebi vom 4. Juli 1972,* dodis.ch/35859 *und die Notiz von E. Schurtenberger vom 21. Juli 1972,* dodis.ch/35906.

12. *Pai Hsiang-kuo.*

13. *Zu Beanstandungen im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Tibet-Flüchtlingen vgl. das Telegramm Nr. 34 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Peking vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/35822 *sowie das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 7. Juni 1972,* dodis.ch/35856.

14. *Vgl. dazu die Notiz von P.-A. Ramseyer vom 31. Mai 1972,* dodis.ch/36022. *Zu den Beziehungen mit Taiwan siehe auch Dok. 139,* dodis.ch/36020.

15. *A. Natural.*

122

dodis.ch/35169

Aufzeichnung der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements[1]

NOTIZ ÜBER EINE BESPRECHUNG[2] MIT VERTRETERN DES EPD UND DES EFZD VOM 22. FEBRUAR 1972 BETREFFEND KREDITHILFE AN JUGOSLAWIEN

[Bern,] 1. März 1972

Botschafter Probst gibt einleitend einen kurzen Abriss über die politische und wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens seit Kriegsende, wobei er die Abkehr Jugoslawiens von den Staaten des Warschau-Paktes und des COMECON sowie die dank der wirtschaftlichen Reformen erzielten Fortschritte würdigt, jedoch auch die aufgetretenen Übergangsschwierigkeiten (zu schnelle Industrialisierung, zum Teil unzweckmässige Investitionspolitik, Gegensätze zum COMECON) nicht verhehlt. Diese Schwierigkeiten verschärften sich Ende 1970 und im ersten Semester 1971 und brachten das Land an den Rand einer schweren Krise. Die jugoslawischen Behörden sahen sich gezwungen, ein umfassendes Stabilisierungsprogramm zu schaffen (Abwertung des Dinars, Einfuhrdepots und -beschränkungen, monetäre und kreditmässige Einschränkungen, Exportförderungsmassnahmen, Steuererleichterungen).

Dieses Stabilisierungsprogramm beginnt nun offenbar schon positive Wirkungen zu zeigen. Herr Čolanović[3], Vizegouverneur der Jugoslawischen Nationalbank, war anlässlich eines kürzlichen Vortrages vor der Schweizerisch-jugoslawischen Handelskammer in der Lage, folgende Zahlen der jugoslawischen Zahlungsbilanz für 1971 bekanntzugeben:

Im ersten Semester betrug das Defizit der laufenden Zahlungen 465 Mio. $, während im zweiten Semester, als sich die Stabilisierungsmassnahmen auszuwirken begannen, ein Aktivum von 144 Mio. $ erzielt werden konnte, sodass das Defizit für das ganze Jahr 1971 sich auf ca. 320 Mio. $ belaufen dürfte. Laut Čolanović hoffen die jugoslawischen Behörden, das Passivum in diesem Jahr bei 170 Mio. $ halten zu können.

Bekanntlich hat Jugoslawien bei den meisten westlichen Industriestaaten, darunter auch der Schweiz[4], im Zusammenhang mit den erwähnten Schwierigkeiten Kreditbegehren gestellt, deren Gesamtbetrag sich auf 600 Mio. $ belaufen dürfte. Bis Ende Januar hatte Jugoslawien die diesbezüglichen Verhandlungen mit folgenden Staaten erfolgreich abgeschlossen: USA (Kredit

---

1. *Aufzeichnung:* CH-BAR#E7110#1982/108#795* (861.5). *Verfasst von R. Kummer. Kopien an H. Miesch, P. A. Nussbaumer, B. Müller, R. Probst, H. Bühler, S. Arioli, L. Roches und R. Kummer.*
2. *Anwesend waren R. Probst (Vorsitz), H. Bühler, H. Miesch, P. A. Nussbaumer, B. Müller, L. Roches und R. Kummer.*
3. *Zum Gespräch mit B. Čolanović vgl. die Notiz von R. Probst vom 14. September 1971,* dodis.ch/35170.
4. *Vgl. dazu die Notiz von R. Kummer vom 29. April 1971, Doss. wie Anm. 1.*

von 60 Mio. $), BRD (300 Mio. DM) und Italien (75 Mio. $). Diese drei Staaten, die wichtigsten Handelspartner Jugoslawiens, beteiligen sich somit mit rund 210 Mio. $ an der internationalen Hilfsaktion zugunsten Jugoslawiens. Frankreich, Grossbritannien, die Niederlande und Japan haben Jugoslawien grundsätzlich zugesagt, sich in irgendeiner Form an der Aktion zu beteiligen; die Verhandlungen sind noch im Gang. Ob sich Österreich an der Aktion beteiligen wird, ist noch ungewiss – Jugoslawien erwartet 20–25 Mio. $, während Österreich, falls es sich für einen Kredit entschliessen kann, an Konsolidierungen für einen Bruchteil dieses Betrages denkt. Schweden wurde erst kürzlich um eine Kreditgewährung von 25 Mio. $ ersucht, während mit Belgien bisher offenbar noch keine Kontakte aufgenommen worden sind[5].

Für uns geht es heute darum, führt Botschafter Probst weiter aus, verwaltungsintern abzuklären, ob und in welcher Form Jugoslawien geholfen werden kann, nachdem bereits ERG-Garantien von ca. 100 Mio. Fr. über die bereits bestehende, normalerweise als Maximum zu betrachtende Garantiesumme von ca. 200 Mio. Fr. hinaus gewährt worden sind[6], was die Jugoslawen zuerst kommentarlos zur Kenntnis nahmen. Erst unsere Zurückhaltung bei den Kreditgesprächen bewegte die Jugoslawen, uns für unser Entgegenkommen verbindlich zu danken, wobei sie jedoch zu verstehen gaben, dass sie vor allem frei verfügbare Kredite benötigen[7].

Bei unseren Erwägungen dürfen wir nicht ausser acht lassen, dass Jugoslawien für uns ein sehr interessanter Handelspartner geworden ist[8] (1971: Export Fr. 305,9 Mio., Import Fr. 106,5 Mio. = Überschuss Fr. 199,4 Mio.). Die bilaterale Zahlungsbilanz ist auch bei Berücksichtigung der Überweisungen der in der Schweiz tätigen Jugoslawen[9] und der schweizerischen Touristen immer noch stark aktiv[10] für unser Land.

Da ein Bundeskredit die Bewilligung des Parlaments erfordern würde, wäre dieser Weg langwierig und unter den gegebenen Umständen schwer gangbar. Er wäre übrigens auch für Jugoslawien nicht angenehm, da seine sowohl politisch wie wirtschaftliche schwierige Lage in der Öffentlichkeit breitgeschlagen werden müsste.

Eine unserer Ansicht nach realisierbare Möglichkeit bietet aber die Bereitschaft der schweizerischen Grossbanken, Jugoslawien einen Kredit von 20–25 Mio. Fr. auf 5 Jahre mit einem Zinssatz bei 7% zu gewähren, «sofern der Bund die Zusicherung abgibt, den Kredit in eine allfällige Konsolidierung einzuschliessen und, falls er notleidend werden sollte, die gleichen diplomatischen Schritte zu unternehmen, wie wenn es sich um ein Bundesengagement handelt»[11]. Die Banken haben sich ihrerseits bereit erklärt, gegebenenfalls bei

---

5. *Vgl. dazu die Notiz von L. Roches an R. Probst vom 31. Januar 1972, Doss. wie Anm. 1.*
6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1552 vom 8. September 1971,* dodis.ch/35172.
7. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst vom 14. September 1971,* dodis.ch/35170 *und die Notiz von R. Probst vom 6. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*
8. *Vgl. dazu auch den Bericht von R. Probst vom 30. September 1970,* dodis.ch/35173.
9. *Vgl. Dok. 143,* dodis.ch/35158.
10. *Vgl. die Notiz von K. Fritschi vom Juli 1972,* dodis.ch/35168.
11. *Zur Besprechung mit Vertretern der schweizerischen Grossbanken vgl. die Notiz von R. Kummer vom 2. November 1971,* dodis.ch/35174.

einem eventuellen Einbezug des Bankenkredits in eine Konsolidierung nachträglich eine ad-hoc-Gebühr analog zur und in der Höhe der ERG-Gebühr zu bezahlen. Auch der Umstand, dass gemäss dem Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen vom 17. März 1966[12] der Bund für mindestens 2/3 des Gesamtbetrages der durch die Konsolidierung erfassten Forderungen die ERG gewährt haben muss, sollte keine Schwierigkeiten bieten; denn bei einer Garantiesumme von 189 Mio. Fr. und 252 Mio. G*[eld]*A*[nlagen]* per Ende 1971 würde der Bankenkredit von 20–25 Mio. Fr. im restlichen nicht-ERG-gedeckten Drittel des Konsolidierungsbetrages gut Platz finden. Näheres über die rechtliche Seite dieses Vorgehens geht aus der beiliegenden Untersuchung[13] von Dr. Arioli, Chef des Rechtsdienstes der Handelsabteilung, hervor.

Die eventuelle Notwendigkeit, eine Konsolidierungszusicherung im obigen Sinne zu erteilen, ist bereits im Antrag an den Bundesrat vom 24. August 1971[14] betreffend die Gewährung einer ERG-Garantie von 71 Mio. Fr. zugunsten der Alusuisse angetönt worden.

Wenn die Handelsabteilung in den vergangenen Monaten diesen Fragenkomplex vorübergehend ruhen gelassen hat, ist der Grund vor allem darin zu suchen, dass wir vorerst die Entwicklung in Jugoslawien weiter verfolgen wollten. Diese verlief, mit Ausnahme der Spannungen in Kroatien[15], die nicht überschätzt werden sollten, recht günstig. Wir glauben deshalb aus den angestellten wirtschaftlichen Überlegungen – und auch aus allgemeinen politischen Erwägungen – , dass wir Jugoslawien nunmehr im Sinne einer Geste des guten Willens in der oben beschriebenen Weise entgegenkommen sollten.

Minister Miesch spricht sich aus folgenden Überlegungen ebenfalls für die geplante Kredithilfe aus:

1. Die Sowjetunion wartet nach wie vor auf ihre Chance, Jugoslawien wieder in ihren direkten Einflussbereich zu bringen. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Besuch von Breschnew bei Tito und die unterschiedliche Auslegung des bei dieser Gelegenheit abgeschlossenen Abkommens[16].

2. Die Schwierigkeiten mit Kroatien konnten wohl vorläufig behoben werden, die Spannung bleibt jedoch latent vorhanden. Nicht zuletzt wirtschaftliche Gründe könnten diese Schwierigkeiten wieder zutage treten lassen.

3. Die «Lage» Jugoslawiens zwischen dem Ostblock und dem Mittelmeer muss erhalten werden (Parallele mit Indonesien[17]).

---

12. Bundesbeschluss betreffend den Abschluss von Schulden-Konsolidierungsabkommen *vom 17. März 1966, BBl, 1966, I, S. 588 f.*

13. *Notiz von S. Arioli vom 3. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*

14. *Vgl. Anm. 6.*

15. *Zur Situation in Kroatien und allgemein zur innenpolitischen Lage Jugoslawiens vgl. den Politischen Bericht Nr. 15 von H. Keller an P. Graber vom 20. Dezember 1971,* dodis.ch/35178 *sowie das Schreiben von E. Klöti an E. Thalmann vom 24. Januar 1972,* dodis.ch/35176.

16. *Vgl. dazu den Politischen Bericht Nr. 12 von H. Keller an P. Graber,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#12* (A.21.31).

17. *Zur Unterstützung der indonesischen Wirtschaft aus politischen Gründen wegen der* Gefahr einer Anlehnung an kommunistische Staaten *vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 12. Februar 1970,* dodis.ch/35537

4. Die Frage, was aus Jugoslawien nach dem Ableben Titos werden könnte, darf bei der Beurteilung der Kreditwürdigkeit dieses Landes nicht massgebend sein. Diese sollte nach der heutigen Lage erfolgen.

Minister Bühler erklärt zu der von *Dr. Roches* aufgeworfenen Frage, ob eventuell die IRG in den Dienst der Sache gestellt werden könnte, dass diese zum Schutz von Investitionen und nicht zugunsten blosser «stand by»-Kredite geschaffen worden ist[18]. Dies geht auch aus der bezüglichen Botschaft[19] an die eidgenössischen Räte hervor.

Im übrigen beurteilt die Weltbank, die Jugoslawien bereits namhafte Kredite gewährt hat, die Entwicklung dieses Landes positiv.

Minister Nussbaumer unterstützt die Gewährung eines Bankenkredites auf der erwähnten Grundlage. Er betont jedoch, dass sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht kurzfristig mit Hilfe der laufenden internationalen Hilfsaktion beheben lassen, sondern sich erst nach und nach endgültig lösen lassen werden. Im übrigen fragt er sich, ob die Jugoslawen nicht, wie bei andern Ländern, versuchen werden, bessere Bedingungen zu erhalten.

Botschafter Probst erklärt dazu, dass wir mit unserer Konsolidierungszusicherung wegen der befristeten Geltungsdauer des BB betreffend Abschluss von Schuldenkonsolidierungsabkommen (bis 1980) ohnehin im Rahmen von etwa fünf Jahren bleiben müssen. Was den Zinssatz anbetrifft, haben jugoslawische Persönlichkeiten darüber bereits mit dem SBV in Zürich gesprochen. Im übrigen hat der jugoslawische Botschafter in der Schweiz, Herr Milovanovic, Botschafter Probst gegenüber verlauten lassen, der Kreditbetrag von 20–25 Mio. Fr. sei zwar nicht gross, werde aber von Jugoslawien als Zeichen des guten Willens empfunden werden[20].

Dr. Müller hält fest, dass sich die Anwesenden einig sind, Jugoslawien werde noch längere Zeit mit politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Gewährung eines Kredites ist also mit einem gewissen Risiko verbunden. Auf der andern Seite hat Jugoslawien den letzten Kredit aus dem Jahre 1961[21], obschon es zeitweise ähnliche Probleme hatte, pünktlich zurückbezahlt.

Die Voten seiner Vorredner haben ihn überzeugt, dass die Schweiz bei der erwähnten multilateralen Aktion nicht abseits bleiben sollte. Er begrüsst deshalb seinerseits die Form des Bankenkredits und glaubt, dass dieser Kredit bei einer allfälligen Konsolidierung im restlichen Drittel der nicht ERG-gedeckten

---

sowie das Schreiben von H. Miesch an S. Marcuard vom 23. April 1970, dodis.ch/35538. *Vgl auch Dok. 7,* dodis.ch/35532.

18. *Zur Investitionsrisikogarantie vgl. die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 17. Februar 1970,* dodis.ch/36340; *die Notiz von H. Bühler an P. R. Jolles vom 19. Februar 1970,* dodis.ch/36341; *das Referat von H. Bühler vom 14. Oktober 1970,* dodis.ch/36344; *die Notiz von M. Jost an H. Bühler vom 27. April 1971,* dodis.ch/36345; *die Notiz von A. Heuberger an H. Bühler vom 10. April 1972,* dodis.ch/36350 *sowie das Rundschreiben von E. Diez vom 20. September 1972,* dodis.ch/36351.

19. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend ein Bundesgesetz über die Investitionsrisikogarantie *vom 10. September 1969, BBl, 1969, II, S. 953–984.*

20. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst vom 6. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1.*

21. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 29,* dodis.ch/30016.

Forderungen untergebracht werden kann, da das ERG-Engagement relativ gross ist.

Botschafter Probst resumiert die Ergebnisse der Sitzung abschliessend wie folgt:

– Er ist froh, dass sich die Anwesenden über die Frage des Kredites der Grossbanken, verbunden mit einer Garantie des Bundes, grundsätzlich einig sind.
– Über die künftige Entwicklung in Jugoslawien wären Illusionen fehl am Platz.
– Pessimismus wäre jedoch falsch, zumal Jugoslawien bisher seinen Verpflichtungen immer nachgekommen ist.
– Der Antrag an den Bundesrat muss äusserst sorgfältig abgefasst werden. Die interessierten Bundesbehörden werden dabei konsultiert.
– Er ist sich klar darüber, dass, wie es im Verlaufe des Gesprächs verschiedentlich vorgebracht wurde, diese Art von Bundesgarantie die Ausnahme bilden muss und keinesfalls Schule machen darf[22].
– Er wird Generaldirektor Feurer vom SBV in den nächsten Tagen telefonisch mitteilen, dass man sich nun verwaltungsintern dazu entschlossen hat, dem Bundesrat den Antrag[23] um Gewährung der vorerwähnten Bundesgarantie zu stellen.

---

22. *Vgl. dazu z. B. die Stand-by-Kredite an Argentinien und Brasilien, DDS, Bd. 24, Dok. 113,* dodis.ch/33260, *bes. Anm. 6 sowie die Notiz von R. Probst vom 7. Oktober 1971, Doss. wie Anm. 1.*

23. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements an den Bundesrat vom 9. März 1972 vgl. das BR-Prot. Nr. 579 vom 29. März 1972,* dodis.ch/35175.

123

dodis.ch/35861

Instructions aux délégations suisses[1]

INSTRUCTIONS AUX DÉLÉGATIONS SUISSES DANS LES CONFÉRENCES ET ORGANISATIONS INTERNATIONALES AU SUJET DE L'ADMISSION OU DE L'EXCLUSION DE CERTAINS ÉTATS OU TERRITOIRES[2]

Confidentiel Berne, 10 mars 1972

1. Les présentes instructions confidentielles, qui remplacent celles du 10 avril 1968[3], sont destinées aux délégations suisses dans les organisations et conférences intergouvernementales[4]. Elles constituent des directives générales qui,

---

1. *Instructions:* CH-BAR#E2003A#1988/15#29* (o.104.2). *Rédigées par F. Pictet.*
2. *Cf. aussi DDS, vol. 23, doc. 80,* dodis.ch/30915.
3. *Instructions de E. Thalmann du 10 avril 1968,* dodis.ch/33555.
4. *Pour la liste de distribution, cf. doss. comme note 1.*

par la force des choses, ne peuvent prévoir toutes les situations susceptibles de se présenter. Lorsqu'une délégation ne peut en déduire la ligne de conduite à suivre ou si elle éprouve, dans un cas particulier, des doutes sérieux sur l'opportunité de s'y conformer, elle sollicitera des instructions complémentaires de la Division des organisations internationales du Département politique ou, à défaut, de l'ambassade de Suisse la plus proche.

2. Il arrive que des motions soient présentées, qui tendent à ce qu'un État ou territoire jusqu'alors non représenté soit admis comme membre d'une organisation ou invité à participer à une conférence, ou encore à ce qu'il en soit exclu. Les conditions d'admission dans les organisations sont fixées dans leur constitution respective, qui fait règle, et à laquelle il conviendra de se reporter dans chaque cas. Quant au cercle des États admis à participer à une conférence, il est normalement déterminé dans la décision qui convoque celle-ci, à laquelle il convient de se tenir[5]. La conférence a cependant, parfois, le pouvoir d'inviter tout État qu'elle jugerait bon.

L'exclusion d'un État membre d'une organisation ou d'un État participant à une conférence n'est pas toujours prévue par la constitution. Si elle l'est, ce qu'il y aura lieu de vérifier, ce sera normalement en raison de violations graves et répétées des obligations qui lui incombent.

3. En raison de l'objectif d'universalité de nos relations avec l'étranger, conséquence de notre neutralité, la Suisse n'est en principe pas favorable, tant dans les organisations que dans les conférences, à des exclusives qui ne seraient pas fondées sur des critères objectifs. Elle est, pour la même raison, en principe opposée à des mesures d'exclusion qui ne seraient pas prévues par la constitution et motivées par une violation d'obligations dûment constatée.

L'admission d'un État ou territoire dont le statut international est contesté pose cependant un problème particulier. En pareil cas, le critère sera l'existence ou l'absence d'une reconnaissance par la Suisse. Nos délégations auront donc à voter en faveur de l'admission de ceux de ces États que nous avons reconnus et s'abstenir à l'égard des autres. Seule exception, elles s'opposeront à toute demande d'admission présentée par la Rhodésie, l'indépendance de ce territoire n'ayant été reconnue par aucun État[6].

En application de cette règle générale les délégations suisses règleront comme suit leurs votes:

Allemagne[7]

Pendant longtemps les pays occidentaux ont considéré que l'Allemagne dans son ensemble constitue un seul État et que son gouvernement légal est

---

5. *Annotation dans le texte original:* La clause, dite de Vienne, la plus fréquemment employée, réserve cette participation aux États membres de l'ONU ou des institutions spécialisées, ou encore aux États parties au Statut de la Cour internationale de Justice. Elle est également utilisée pour déterminer le cercle des États pouvant être parties à une convention multilatérale. La Suisse vote en règle générale en faveur de cette clause.

6. *Sur la question de la reconnaissance de la Rhodésie et de ses relations officielles avec la Suisse au moment de sa déclaration d'indépendance, cf. DDS, vol. 24, doc. 171,* dodis.ch/30859, *en particulier note 11. Sur la fermeture du Consulat de Suisse à Salisbury, cf. doc. 24,* dodis.ch/35685.

7. *Sur les relations de la Suisse avec la RDA, cf. doc. 4,* dodis.ch/35862, *point 1.*

celui de la République fédérale. De leur côté, une minorité d'États estiment que le territoire de l'Allemagne est divisé en deux États indépendants, d'une part la République fédérale d'Allemagne et d'autre part la République démocratique allemande (RDA). Depuis quelques années le Gouvernement de la République fédérale a assoupli sa position et ne conteste plus à la RDA la faculté d'être reconnue et d'adhérer à des institutions internationales[8]. Le Gouvernement de Bonn désire toutefois que cette reconnaissance et cette adhésion n'interviennent qu'après la mise sur pied d'un modus vivendi satisfaisant entre les deux Allemagnes[9]. La Suisse n'a pas reconnu la RDA. Jusqu'à ce qu'elle ait procédé à cette reconnaissance[10], les délégations suisses s'abstiendront sans explication de vote sur les demandes d'admission, même en qualité d'observateur, présentées par la RDA.

Vietnam[11]

Il est difficile de déterminer avec exactitude, selon le droit international public, s'il existe au Vietnam, sur un même territoire, deux États ou deux gouvernements. Ni la République du Vietnam (Sud), ni la République démocratique du Vietnam (Nord), ne sont membres de l'ONU, mais la première y délègue un observateur et siège dans la plupart des institutions spécialisées. La Suisse a reconnu les deux Gouvernements de Saïgon et de Hanoï. Les délégations suisses voteront donc en faveur de l'admission de ces deux États dans les organisations et conférences internationales. Aucun des deux Vietnams n'étant membre de l'ONU, cette instruction peut être, dans certaines circonstances, d'une application difficile. En pareil cas, les délégations solliciteront des instructions particulières.

Corée[12]

Les deux États coréens manifestent des prétentions sur l'ensemble du pays. La Suisse n'a reconnu et établi des relations diplomatiques qu'avec la République de Corée (Sud) qui délègue un observateur à l'ONU et est membre de plusieurs institutions spécialisées. La question de la Corée du Nord n'est généralement pas posée dans des conférences et organisations internationales. Si elle devait l'être, les délégations suisses s'abstiendraient sans explication lors des votes sur l'admission de la République démocratique et populaire de Corée (Nord), la Suisse n'ayant pas reconnu ce pays. Elles soutiendront en revanche les demandes d'admission de la République de Corée (Sud).

---

8. *Sur la politique de la RFA envers la RDA, cf. doc. 71,* dodis.ch/34478.
9. *Cf. doc. 97,* dodis.ch/34334.
10. *Sur la reconnaissance de la RDA par la Suisse, cf. doc. 179,* dodis.ch/34372 *et doc. 181,* dodis.ch/34373.
11. *Sur les relations de la Suisse avec le Vietnam du Nord et du Sud, cf. doc. 38,* dodis.ch/35601.
12. *Sur les relations de la Suisse avec la Corée du Nord et du Sud, cf. doc. 4,* dodis.ch/35862, *point 3; doc. 152,* dodis.ch/35835; *doc. 164,* dodis.ch/35836 *et doc. 168,* dodis.ch/35837.

Chine[13]

Le Gouvernement de la République populaire de Chine à Pékin et les autorités de la République de Chine (Taïwan) affirment qu'il n'existe qu'un État chinois. La question de la Chine dans les organisations et conférences internationales est donc uniquement une question de reconnaissance de gouvernement, la question étant de savoir quel est celui qui a qualité pour représenter la Chine. Après avoir, pendant des années, estimé que cette qualité appartenait au Gouvernement de Taïwan, l'Assemblée générale des Nations Unies a décidé, le 25 octobre 1971, qu'elle était propre au Gouvernement de la République populaire. L'existence incontestée d'un seul État a pour conséquence que la reconnaissance de la représentation de la République populaire entraîne l'élimination de celle de Taïwan. La Suisse a reconnu, dès janvier 1950[14], le Gouvernement de la République populaire de Chine comme seul gouvernement du peuple chinois. Lorsque la question de la représentation de la Chine se posera dans une conférence ou organisation internationale faisant partie du système des Nations Unies, les délégations suisses voteront donc en faveur de la République populaire. Elles solliciteront des instructions particulières dans les autres organisations.

On pourrait concevoir que Taïwan sollicite son admission comme une entité distincte de la Chine. Cette demande se heurterait à l'opposition de la République populaire, aussi longtemps que celle-ci affirmera l'unité du pays. En pareil cas, les délégations solliciteront des instructions particulières[15].

Rhodésie

La décision unilatérale d'indépendance de cette colonie britannique, le 11 novembre 1965, n'a été reconnue ni par la Suisse ni par aucun autre État[16]. Dans l'hypothèse, d'ailleurs peu vraisemblable, où la Rhodésie solliciterait son admission dans une organisation ou conférence, les délégations suisses voteront donc négativement.

Dans le cadre de l'autonomie qui lui a été concédée par la Grande-Bretagne, la Rhodésie est devenue, avant le 11 novembre 1965, membre de quelques organisations internationales. Elle est par exemple membre de l'OMM et membre associé de l'OMS. Sa situation juridique étant difficile à définir exactement, une règle de conduite générale ne peut être établie. Une demande d'exclusion pourrait, selon les cas, revenir à contester le droit que revendique la Grande-Bretagne de continuer à représenter la Rhodésie dans une organisation ou une conférence. Si une telle demande d'exclusion est présentée, les délégations suisses solliciteront donc des instructions. Faute de pouvoir en obtenir, les délégations devront éviter de se trouver, lors

13. *Sur les relations de la Suisse avec la République populaire de Chine, cf. doc. 121,* dodis.ch/35750. *Sur les relations avec Taïwan, cf. doc. 139,* dodis.ch/36020.

14. *Télégramme de M. Petitpierre à Mao Zedong du 17 janvier 1950,* dodis.ch/8016.

15. *Sur l'admission de la République populaire de Chine aux Nations Unies en remplacement de Taïwan le 25 octobre 1971 et sur la position de la Suisse à cet égard, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306.

16. *Cf. note 6.*

d'un tel vote, dans la seule compagnie de l'Afrique du Sud et du Portugal qui, sans l'avoir reconnue formellement, entretiennent des relations étroites avec la Rhodésie.

Afrique du Sud

L'Afrique du Sud, membre fondateur de l'ONU et membre de plusieurs institutions spécialisées, est vivement attaquée en raison de sa politique d'apartheid[17]. Elle a déjà été contrainte de se retirer de certaines institutions. Outre que l'apartheid constitue une violation des droits de l'homme, maintes fois condamnée par les Nations Unies, les adversaires de l'Afrique du Sud font valoir que les délégations de ce pays ne sont pas représentatives puisqu'elles sont l'émanation d'une minorité. La Suisse s'est clairement distancée[18] de l'apartheid et de tout régime politique qui ne respecte pas les droits de l'homme les plus élémentaires. Nous estimons cependant que cette violation ne justifie pas à elle seule une mesure d'exclusion. Pareille mesure, qui doit être prévue par la constitution de l'organisation, n'est légitime que si l'apartheid constitue une violation des obligations contractées par l'Afrique du Sud. Si une telle violation est alléguée, les délégations solliciteront des instructions. En revanche, lorsque l'exclusion est demandée en raison de la politique d'apartheid en général et sans référence à la constitution de l'organisation, nos délégués s'y opposeront. Une brève explication de vote sera nécessaire. Elle relèvera que les autorités fédérales condamnent l'apartheid comme toute politique contraire au respect des droits de l'homme, en sorte que notre vote ne puisse être interprété comme une approbation de l'apartheid. On expliquera les raisons pour lesquelles cette politique ne justifie cependant pas une mesure d'exclusion fondée sur des critères purement politiques. Il pourrait être opportun de rappeler qu'une exclusion fondée sur de tels critères, en faisant passer à chaque pays une sorte d'examen moral et politique, nous paraît contraire au principe de la vocation à l'universalité des institutions techniques qui ont été précisément créées pour régler les problèmes que posent au monde moderne les relations que doivent entretenir sur le plan technique des États à régime intérieur différent.

Portugal

Le Portugal se heurte à l'hostilité de nombreux États afro-asiatiques en raison de la souveraineté qu'il maintient sur ses provinces d'outre-mer. Ses adversaires cherchent à l'exclure pour cette raison d'organisations et conférences internationales. La souveraineté du Portugal sur ses territoires n'étant pas contestée, il s'agit d'un conflit purement politique, le Portugal étant accusé de colonialisme. Pour des raisons qui n'ont pas à être examinées ici, d'autres États qui exercent encore leur souveraineté sur des territoires d'outre-mer n'encourent pas le même reproche. Une mesure d'exclusion fondée sur la politique coloniale d'un État se heurte aux mêmes objections que celles que nous avons exposées plus haut à propos de la vocation à l'universalité des

17. *Sur les critiques contre la Suisse en raison de ses relations avec l'Afrique du Sud, cf. doc. 124,* dodis.ch/35683, *en particulier notes 7 et 9.*

18. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 80,* dodis.ch/33245.

organisations techniques. Nos délégations s'y opposeront en expliquant, de la même manière, leurs votes et en donnant clairement à comprendre que ceux-ci ne signifient pas une approbation de la politique portugaise dans ce domaine[19].

4. La vérification des pouvoirs des délégations donne fréquemment lieu à un débat politique, bien que cette question soit tout à fait distincte de celle de l'admission d'un État ou d'un gouvernement à une conférence internationale. Pour des raisons qui leur sont propres, certaines délégations cherchent en effet à confondre les deux problèmes, en vue d'aboutir par ce détour à l'exclusion de tel ou tel participant. Les délégations suisses veilleront pour leur part à se tenir strictement à la règle qui veut que la vérification ne concerne que la régularité des pouvoirs des délégués du point de vue formel.

19. *Sur la position de la Suisse à l'égard de l'inscription de la question des droits de l'homme au Portugal à l'ordre du jour de l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe, cf. doc. 13,* dodis.ch/35631.

124

dodis.ch/35683

Notice interne du Département politique[1]

Investissements suisses en Afrique du Sud

[Berne,] 15 mars 1972

1. La Division du commerce a demandé, au début de l'année, des renseignements à notre Ambassade en Afrique du Sud sur les investissements étrangers dans ce pays. Notre représentation lui a répondu qu'il était très difficile d'en obtenir étant donné l'extrême réserve observée dans ce domaine par les autorités sud-africaines, ceci afin de ne pas nuire aux intérêts des pays investisseurs[2].

Cependant, dans une étude publiée en 1968[3] par le Groupe de l'apartheid du Département des affaires politiques et des affaires du Conseil de sécurité de l'ONU – étude basée principalement sur des statistiques de la Banque de réserve de l'Afrique du Sud –, la Suisse figure, en ce qui concerne les investissements étrangers dans ce pays, au 4ème rang (total de nos investissements en 1966: 231 millions de dollars ou 4,3% de l'ensemble des investissements étrangers)[4] après le Royaume-Uni (57,3%), les USA (13,1%) et la France

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2200.185-02#1985/156#90* (746.0). *Rédigée par J. Faillettaz.*

2. *Cette correspondance se trouve probablement dans un dossier dont la consultation a été refusée; cf. Annexe X, liste des dossiers de la Confédération dans les Archives fédérales suisses non rendus accessibles.*

3. Les investissements étrangers en République sud-africaine *du Groupe de l'apartheid du Secrétariat général de l'ONU de 1968,* UN doc. ST/PSCA/SER.A/6.

4. *Annotation dans le texte original:* chiffres détaillés pour 1966 en millions de dollars: secteur public = 49; secteur privé: inv. directs = 108, inv. indirects = 74; total = 231.

(5,2%). Il est intéressant de constater que, dans la nouvelle étude que le Groupe de l'apartheid vient de publier pour les années 1966 à 1968[5], notre pays est moins souvent mentionné. Ceci provient du fait que la Banque de réserve précitée n'indique plus dans ses statistiques depuis 1969 les investissements étrangers par pays, mais par zones monétaires ou géographiques[6].

Il ressort cependant de cette nouvelle étude que les avoirs en Afrique du Sud de l'Europe de l'Ouest prise dans son ensemble ont connu, ces dernières années, une rapide augmentation.

2. Comme on le sait, la Suisse a été critiquée à l'ONU avec plusieurs autres États, pour ses relations économiques avec l'Afrique du Sud[7]. Mais une enquête que nous avons faite en 1968 auprès de nos ambassades dans les pays africains a montré que ces derniers ne semblent guère, dans l'ensemble, attacher d'importance à ces relations[8]. Il s'est même avéré que certains d'entre eux donnent la priorité aux nécessités économiques et commercent eux-mêmes avec l'Afrique du Sud. Du point de vue interne suisse, il faut ajouter que nos investissements ont également fait l'objet de critiques de la part du Mouvement anti-apartheid[9].

3. Sur le plan des principes, rappelons que la Suisse n'est pas membre de l'ONU et que, du fait de sa neutralité, elle se doit d'entretenir des relations aussi universelles que possible en matière économique notamment. D'autre part, étant donné le caractère libéral de notre État, nos autorités ne disposent pas de moyens légaux pour orienter ou interdire les investissements des maisons suisses. L'article 8 de la loi sur les banques n'autorise la Banque nationale à opposer son veto aux exportations de capitaux que pour des motifs économiques. Toutefois, malgré cette absence de moyens légaux, nous avons toujours suivi avec beaucoup d'attention l'évolution de nos relations financières avec l'Afrique du Sud. Nous estimons que ces relations devraient, si possible, se maintenir dans des limites normales par rapport à celles que nous entretenons avec les autres pays. Dans le cas contraire, nos rapports avec les pays afro-asiatiques pourraient à la longue en souffrir[10]. C'est pourquoi, nous avons exprimé à plusieurs reprises à la Banque nationale nos préoccupations

---

5. Les investissements étrangers en République sud-africaine *du Groupe de l'apartheid du Secrétariat général de l'ONU de 1971,* UN doc. ST/PSCA/SER.A/11.

6. *Annotation dans le texte original:* notre Ambassade à Pretoria était intervenue dans ce sens auprès de cette banque, sur notre demande. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 124,* dodis.ch/33248.

7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 60,* dodis.ch/33642.

8. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 124,* dodis.ch/33248, *en particulier note 6.*

9. *Cf. la notice de A. Peter à N. Celio du 9 septembre 1970,* dodis.ch/36916; *la réponse de la Banque nationale suisse au Mouvement anti-apartheid de Genève du 15 septembre 1970,* dodis.ch/35921 *et la lettre de G. Rist à H.-P. Tschudi et E. Stopper du 3 septembre 1970,* CH-BAR#E2001E#1980/83#220* (A.45.40). *Sur les critiques concernant la visite en Suisse du Premier Ministre sud-africain, B. J. Vorster, cf. la notice de M. Gelzer du 28 mai 1970,* dodis.ch/35937; *la lettre de H. Meyer-Schneeberger au Conseil fédéral du 23 juin 1970,* dodis.ch/35939 *et le PVCF N° 1174 du 7 juillet 1970,* dodis.ch/35940.

10. *Pour atténuer les critiques, il est proposé de verser une contribution au Fonds d'affectation spéciale de l'ONU pour l'Afrique du Sud. Sur cette question, cf. DDS, vol. 24, doc. 60,* dodis.ch/33642, *en particulier note 11 et la notice de P. Friederich du 13 octobre 1971,* dodis.ch/35951.

à cet égard et lui avons demandé, notamment par une lettre du 25 juin 1968[11], d'user de son influence auprès des banques exportatrices de capitaux pour les inciter à modérer leurs investissements en Afrique du Sud.

4. Exportations de capitaux contrôlées par la Banque nationale vers l'Afrique du Sud[12]

(Source confidentielle)

Année	Montant en millions de francs	Pourcentage par rapport aux exportations totales
1965	40	9%
1966	122	13%
1967	–	–
1968	110	4%
1969	83	1,5%
1970	50	1,03%
1971	260	4,67%

5. Les engagements de la Confédération au titre de la garantie contre les risques à l'exportation pour l'Afrique du Sud se montent à 164,5 millions de francs. Cette somme ne paraît pas excessive: elle est par exemple inférieure aux engagements de la Confédération pour la Yougoslavie. Précisons que dans le montant susmentionné est comprise la garantie de 112,5 millions de francs accordée par le Conseil fédéral, le 17 février dernier[13], pour une livraison de deux groupes de turbines par la société BBC à l'«Electricity Supply Commission (ESCOM)» à Johannesburg.

---

11. *Cf. la lettre de W. Spühler à E. Stopper du 25 juin 1968,* dodis.ch/33671. *Cf. aussi la lettre de L. Rochat et P. Graber à la Banque nationale suisse du 28 juin 1972,* dodis.ch/35912.

12. *Sur les relations financières et commerciales entre la Suisse et l'Afrique du Sud, cf. DDS, vol. 24, doc. 124,* dodis.ch/33248, *en particulier note 3*; *le rapport de R. Hunziker du 9 juillet 1971,* dodis.ch/35899; *la notice de P. A. Nussbaumer au Secrétariat politique du Département politique du 19 juillet 1971,* dodis.ch/35929; *la notice de M. Jost à E. Brugger du 28 septembre 1971,* dodis.ch/35918; *la lettre de F. Rochat à P. R. Jolles du 24 décembre 1971,* dodis.ch/35926; *la notice de J.-J. Indermühle du 15 mars 1972,* dodis.ch/35911; *la lettre de R. Rochat et P. Graber à la Banque nationale suisse du 28 juin 1972,* dodis.ch/35912 *et la lettre de Th. Curchod à E. Thalmann du 27 octobre 1972,* dodis.ch/35945. *Cf. aussi note 9. Sur la question de l'or, cf. DDS, vol. 24, doc. 78,* dodis.ch/33018*; le procès-verbal N° 232 de la direction générale de la Banque nationale suisse du 5 mars 1970,* dodis.ch/36738; *la notice de P. A. Nussbaumer à P. Graber du 28 avril 1970,* dodis.ch/35927 *et le procès-verbal N° 594 de la direction générale de la Banque nationale suisse du 24 juin 1971,* dodis.ch/36744. *Sur la question de l'exportation de matériel de guerre vers l'Afrique du Sud, cf. DDS, vol. 24, doc. 147,* dodis.ch/33270, *en particulier note 3; la lettre de H. Langenbacher à E. Thalmann du 10 mai 1971,* dodis.ch/35932 *et la notice de J.-J. Indermühle à E. Thalmann du 14 mai 1971,* dodis.ch/35935.

13. *PVCF N° 303 du 17 février 1971,* dodis.ch/35925. *Sur l'octroi de la garantie contre les risques à l'exportation pour l'Afrique du Sud, cf. aussi la notice de P. A. Nussbaumer à P. Graber du 1er février 1971,* dodis.ch/35922.

125

dodis.ch/35694

Der schweizerische Botschafter in Nairobi, R. Pestalozzi, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

WAFFENAUSFUHR NACH ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Nairobi, 16. März 1972

Ich erinnere mich, dass die Frage einer besondern Bestimmung für Entwicklungsländer diskutiert[2] wurde, als ich noch in Bern war. Ich hatte damals die gleiche Meinung wie die Handelsabteilung vertreten, dass eine Diskriminierung der Entwicklungsländer zu vermeiden sei. Die Debatte im Nationalrat[3] hat nun gezeigt, was für eine grosse Unsicherheit in dieser Frage nach wie vor herrscht. Ich erlaube mir dazu einige Bemerkungen aus der Sicht der Entwicklungsländer.

Der Aufbau und die Aufrechterhaltung einer angemessenen Armee und einer angemessenen Polizei sind für die Entwicklungsländer wie für die entwickelten Länder Aufgaben, die neben den anderen Aufgaben des Staates ihren Platz haben. Ja, sie sind insofern vielleicht noch wichtiger, als die meist jungen Staaten in der Dritten Welt willkürlich gezogene und durch keine eigene geschichtliche Entwicklung sanktionierte Grenzen haben. Es handelt sich um Staaten, die erst noch Nationen werden müssen und deshalb besonders verwundbar sind, sei es dass ihre Existenz von aussen, sei es dass sie von innen, hauptsächlich durch Stammesgegensätze, gefährdet ist. Dabei besteht zwischen einer nach aussen und innen gesicherten staatlichen Existenz und den Chancen, das Land einem höheren Entwicklungsstand zuzuführen, ein enger Zusammenhang. Das Erstere ist die Voraussetzung für das Letztere.

Da die meisten Entwicklungsländer keine oder nur ganz ungenügend eigene Waffen produzieren, sind sie auf die Einfuhr derselben angewiesen. Dabei möchten sie nicht von den Waffen liefernden Ländern politisch abhängig werden, handle es sich nun um die ehemaligen Mutterstaaten oder um andere Mächte mit weltpolitischen Aspirationen. Sie ziehen deshalb Länder als Lieferanten vor, von denen sie keine Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit zu befürchten haben, d. h. kleine und bündnisfreie Länder.

Ein Waffenausfuhrverbot der Schweiz oder auch nur eine besonders strenge Prüfung der Gesuche um Waffenausfuhr nach Entwicklungsländern trifft des-

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#406* (B.51.14.21.20). *Kopie an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements und den Delegierten für technische Zusammenarbeit des Politischen Departements. Weitere Kopie vom Politischen Departement an das Militärdepartement gesandt.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 146,* dodis.ch/33261.
3. *Amtl. Bull. NR, 1972, S. 170–181. Vgl. ferner die Notiz an die Kommission des Nationalrats vom 20. Oktober 1971,* dodis.ch/35808.

halb die Letzteren hart[4]. Es wird unmöglich sein, ihnen begreiflich zu machen, weshalb sie anders als entwickelte Länder behandelt werden sollen. Bei ihrer bekannten Empfindlichkeit sehen sie darin den Versuch, sie in einem Zustand der Machtlosigkeit und Verwundbarkeit zu behalten, damit der kapitalistische Westen umso leichteres Spiel mit ihnen habe. Sie werden übrigens in dieser Auffassung durch die kommunistische Propaganda (UdSSR und Satelliten, China) lebhaft bestärkt.

Sie sehen ferner in der besonders strengen Prüfung von Gesuchen um schweizerische Waffenlieferungen ein Zeichen, dass sie von der Schweiz nicht für voll genommen werden, dass man ihnen nicht zutraut zu wissen, wieviel von ihren spärlichen Mitteln für Waffen ausgegeben werden sollen. Sie sehen darin ein Weiterleben der so verpönten paternalistischen Haltung der einstigen Kolonialmächte, die besser zu wissen glaubten, was für die kolonisierten Völker gut ist. Sie sehen eine Ablehnung eines Gesuches um Waffenlieferungen als eine Zurechtweisung und Kritik an ihrer Politik an. Es scheint mir, wir sollten vermeiden, unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern auf diese Weise zu belasten, es sei denn, dass höhere schweizerische Interessen im Spiele stehen.

Über den Widerspruch zwischen Entwicklungshilfe und Waffenausfuhr wurde in der Nationalratsdebatte viel Ungereimtes geredet. Waffen brauchen nicht zum Krieg zu führen, sondern können ebenso sehr der Erhaltung des Friedens dienen. Dafür sollten gerade wir Schweizer Verständnis aufbringen können. Ja, es ist ein Widerspruch und nur durch Überheblichkeit zu erklären, wenn wir den Entwicklungsländern das nicht zubilligen wollen, was wir für uns beanspruchen.

In Ländern, die im oder unmittelbar vor dem Krieg stehen, sei es ein internationaler Konflikt oder ein interner, oder dort, wo die Regierung übermässige Ausgaben für Rüstung macht, werden zweifellos die Anstrengungen, das Land zu entwickeln, nur gering sein können. Unsere Politik ist in diesem Falle klar: wir beginnen keine neuen Entwicklungshilfeprojekte, bis die Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit besser werden[5]. Wir brauchen damit nicht ein moralisches Urteil zu verbinden; wir stellen einfach fest, dass die Voraussetzungen für eine Hilfe fehlen, da sie ja immer Hilfe zur Selbsthilfe sein soll. Da wir aber ohnehin keine Waffen in Länder exportieren, die in einem bewaffneten Konflikt stehen oder wo ein solcher auszubrechen droht[6], bleibt nur der Fall, wo ein Land unverhältnismässig grosse Rüstung betreibt und entsprechend für Entwicklungshilfe zu wenig Mittel einsetzt. Sollen wir in solchen Fällen die Waffenausfuhr aus der Schweiz verhindern? Abgesehen davon, dass wir damit das Ziel vermehrter Entwicklungsanstrengungen des betreffenden Landes nicht erreichen könnten – die fragliche Regierung wird ihren Waffenbedarf eben anderswo eindecken –, kann man wohl kaum eine solche Bevormundung vertreten.

---

4. *Vgl. dazu die Notiz von R. Bindschedler an M. Gelzer vom 12. November 1971,* dodis.ch/35572.

5. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1817 vom 26. Oktober 1965,* dodis.ch/31740; *das BR-Prot. Nr. 1576 vom 18. September 1967,* dodis.ch/32871 *und das Protokoll vom 9. Oktober 1968 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats vom 16. August 1968,* dodis.ch/32151, *S. 15.*

6. *Vgl. dazu die Notiz von M. Gelzer an A. Janner vom 20. Juni 1967,* dodis.ch/33416.

Ich sehe keinerlei Widerspruch zwischen einer Gleichbehandlung der Entwicklungsländer und der entwickelten Länder einerseits und unserer Politik der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe anderseits. Wenn es uns ernst damit ist, dass wir die Entwicklungsländer als vollwertige Mitglieder der Völkergemeinschaft anerkennen, so dürfen wir sie nicht diskriminieren, so wie man früher Armengenössigen nicht die vollen Rechte zuerkannte. Der Umstand, dass ein Land die Hilfe des Auslandes braucht, hat mit unserer Waffenausfuhrpolitik nichts zu tun.

Ich würde es deshalb sehr begrüssen, wenn bei der Beratung des Gesetzes im Ständerat[7] die Erwähnung der Entwicklungsländer gestrichen werden könnte. Ich frage mich, ob es nicht angezeigt wäre, wenn der Bundesrat, nach der konfusen Debatte im Nationalrat, auf diesen Punkt in einem Ergänzungsbericht zur Botschaft näher eingehen würde und dabei durchblicken liesse, dass er mit einer Streichung einverstanden wäre[8].

7. *Amtl. Bull. SR, 1972, S. 383–390 und 406–408.*

8. *Der Bundesrat behandelte die Frage der Entwicklungsländer im Beschluss zum Gesetzesentwurf. Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 870 vom 17. Mai 1972,* dodis.ch/35809. *Vgl. ferner das Schreiben von R. Pestalozzi an E. Thalmann vom 28. Juni 1972,* dodis.ch/35810.

126

dodis.ch/35309

CONSEIL FÉDÉRAL
Procès-verbal de décision du 22 mars 1972[1]

Mission spéciale à Islamabad et à la Nouvelle-Delhi. Délégué du Département politique fédéral à Dacca

I. 1. Si le Conseil fédéral a reconnu le Bangla Desh[2] malgré le risque de se voir retirer le mandat par le Pakistan[3], il l'a fait en se fondant sur des informations qui donnaient à croire que son exercice ne serait pas compromis et

1. *PVCF N° 501:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#780*. *Signé par J.-M. Sauvant. Extrait au Département politique, au Département des finances et des douanes, au Contrôle des finances du Département des finances et des douanes, à la Délégation du Conseil fédéral pour les questions économiques et financières et au Département de l'économie publique.*

2. *Sur la question de la reconnaissance du Bangladesh, cf. le PVCF N° 138 du 26 janvier 1972,* dodis.ch/35506; *la circulaire de P. Thévenaz du 7 février 1972,* dodis.ch/35518; *le procès-verbal du 1er mars 1972 de la réunion du groupe consultatif du 29 février 1972,* dodis.ch/35504; *le télégramme N° 70 du Département politique à l'Ambassade de Suisse à Islamabad du 2 mars 1972,* dodis.ch/35582. *Sur la reconnaissance, cf. le PVCF N° 459 du 13 mars 1972,* dodis.ch/35618; *la notice à P. Graber du 13 mars 1972,* dodis.ch/35589 *et le PVCF de décision II du 4 avril 1972 de la 11ème séance du 13 mars 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Sur le séjour de M. Rahman en Suisse, cf. la notice de Ch.-A. Wetterwald à E. Thalmann du 30 novembre 1972,* dodis.ch/35451.

3. *Sur la représentation des intérêts du Pakistan en Inde et de l'Inde au Pakistan, cf. doc. 113,* dodis.ch/35283.

qu'il pourrait même s'en trouver facilité. En effet, l'Ambassadeur de Suisse à la Nouvelle-Delhi[4] avait laissé entrevoir au Département[5] que cette reconnaissance aurait pour effet de nous ouvrir, en qualité de puissance protectrice, l'accès des camps de prisonniers pakistanais en Inde. Jusqu'ici, en effet, les autorités indiennes avaient toujours fait savoir que l'autorisation de visiter ces camps ne dépendait pas uniquement d'elles, mais du Commandement allié indo-bengalais auquel les troupes pakistanaises s'étaient rendues le 16 décembre 1971 à Dacca. Cet élément conférerait donc au Gouvernement bengalais une coresponsabilité dans le traitement des prisonniers détenus matériellement par l'Inde. Dans ces conditions, il y aurait donc lieu, en principe, d'approcher les autorités de Dacca à ce sujet. Toutefois, il convient pour ce faire d'obtenir au préalable le consentement, ou en tout cas un acquiescement tacite d'Islamabad, car le mandat de puissance protectrice que le Gouvernement pakistanais nous a confié n'est valable qu'à l'endroit des autorités indiennes.

2. Notre reconnaissance du Bangla Desh n'a pas provoqué pour l'instant de réactions trop négatives de la part du Gouvernement pakistanais. Des hauts fonctionnaires du MAE ont assuré notre ambassadeur[6] que, du fait de cette reconnaissance, le mandat ne nous serait pas retiré[7]. Le fait que nous ayons attendu le départ des troupes indiennes pour reconnaître le Bangla Desh a été favorablement relevé par les autorités pakistanaises[8]. Une note[9] a cependant été remise au Département politique par le Chargé d'affaires du Pakistan à Berne[10] au lendemain de la reconnaissance. Cette note a toutefois un caractère de routine, car elle a été adressée en termes quasi identiques à tous les gouvernements ayant reconnu le Bangla Desh. Le Gouvernement pakistanais y exprime notamment l'espoir que nous pourrions employer nos bons offices pour intervenir d'une part en faveur des ressortissants non bengalais résidant au Bangla Desh et d'autre part pour amener les autorités indiennes à respecter pleinement les Conventions de Genève concernant les prisonniers de guerre[11].

3. Quant au Bangla Desh, il apparaît que, loin de s'opposer à toute action de la Suisse, il marquerait un certain intérêt à voir notre pays s'occuper de divers problèmes humanitaires. C'est dans ce sens en tout cas que nous voulons interpréter la hâte avec laquelle Dacca a tenu à solliciter l'agrément pour un

---

4. *F. Real.*

5. *Télégramme N° 148 de F. Real au Département politique du 14 mars 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#310* (B.24.11.3.Uch).

6. *J. Mallet.*

7. *Cf. le rapport politique N° 10 de J. Mallet au Département politique du 15 mars 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#85* (A.21.31).

8. *Cf. le télégramme N° 25 de J. Mallet au Département politique du 26 janvier 1972,* dodis.ch/35517.

9. *Note de l'Ambassade du Pakistan à Berne au Département politique du 16 mars 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#5643* (B.15.11.1).

10. *M. A. Mehr.*

11. *Sur les prisonniers de guerre, cf. le rapport de R. Baumgartner du 2 juillet 1971,* dodis.ch/35313; *le procès-verbal de la réunion du 23 mai 1972,* dodis.ch/35693 *et doss.* CH-BAR#2003-06#1982/68#140* (o.841.83). *Sur les Conventions de Genève, cf. doc. 113,* dodis.ch/35283.

ambassadeur à Berne. (Voir à ce sujet la proposition du Département[12]). Il y a également lieu d'ajouter que le Représentant bengalais à la Nouvelle-Delhi[13] a laissé entrevoir à l'Ambassadeur Real que ses autorités souhaitaient que notre pays soit en mesure de jouer un rôle à Dacca dans le domaine des bons offices.

4. À tout cela vient se greffer encore un problème qui n'est pas sans relation avec le mandat que nous assumons. Il s'agit de la remise, apparemment prochaine, par l'Inde au Bangla Desh, pour y être jugés, d'un certain nombre de prisonniers pakistanais actuellement détenus par l'Inde et accusés de crimes de guerre.

Cette analyse de la situation a amené le Département politique à juger opportun l'envoi dans ces prochains jours d'un ambassadeur chargé d'une mission spéciale, qui devrait successivement prendre contact au plus haut niveau avec les Gouvernements pakistanais et indien. Cette mission aurait pour premier objet de procéder à un tour d'horizon sur l'exercice de nos mandats en général et d'identifier, pour tenter de les lever, les difficultés auxquelles nous nous heurtons de part et d'autre. Il s'agirait en particulier d'obtenir des autorités pakistanaises qu'elles acceptent une intervention de notre part auprès des autorités bengalaises telle que décrite sous 1.

Cette mission serait confiée à l'Ambassadeur René Keller[14], chef de la Division des organisations internationales.

II. Le Département politique estime, à la suite de le reconnaissance du Bangla Desh, qu'une présence suisse doit être assurée à Dacca. Il n'est toutefois pas possible, sans une autorisation des Chambres fédérales, de créer des représentations diplomatiques dans de nouveaux pays.

Le Département a donc envisagé de recourir à une solution temporaire par l'envoi à Dacca, en qualité de Délégué du Département politique avec titre personnel d'ambassadeur, de M. Othmar Rist, actuellement Consul général de Suisse à Hambourg. Le choix de la personne de M. Rist s'est fait en raison de son expérience dans le domaine humanitaire, jointe à une connaissance du sous-continent asiatique[15]. Il sera accompagné dans sa mission de M. Guido Meneghetti qui aura le grade de vice-consul.

Le premier séjour de la mission de M. Rist à Dacca[16] est prévu pour une durée de 2 à 3 semaines. Cette mission mettra à profit son séjour au Bangla Desh pour établir les premiers contacts avec les autorités, pour poser les jalons de futures relations diplomatiques et étudier les possibilités de l'ouverture éventuelle d'une mission diplomatique permanente[17]. Elle est

---

12. *Proposition du Département politique au Conseil fédéral du 20 mars 1972, doss. comme note 5. Pour l'agrément, cf. le PVCF N° 497 du 22 mars 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#780*.

13. *H. R. Choudhury. Cf. note 5.*

14. *Sur la mission de R. Keller, cf. le télégramme N° 194 du 1er avril 1972,* dodis.ch/35636.

15. *O. Rist a été Consul général de Suisse à Bombay de 1966–1970, cf.* dodis.ch/P15147.

16. *Cf. la notice de O. Rist du 6 avril 1972,* dodis.ch/35675 *et la notice de O. Rist du 10 avril 1972,* dodis.ch/35447.

17. *Sur l'ouverture de l'Ambassade de Suisse à Dacca, cf. la notice de E. Diez à E. Thalmann du 1er février 1972,* dodis.ch/35668; *la lettre de A. Janner à F. Real du 5 mai 1972,* dodis.ch/35712 *et le PVCF N° 2009 du 8 novembre 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#788*.

chargée en outre de s'informer de la situation politique et économique qui règne au Bangla Desh et de nous transmettre toute requête qui pourrait lui être faite en matière d'échanges commerciaux, de coopération technique, d'aide financière et avant tout humanitaire.

M. Rist quittera la Suisse dès que le Département politique, sur la base du rapport[18] de l'Ambassadeur Keller, le jugera opportun.

Après délibération, le Conseil fédéral

décide:

La notice du Département politique du 21 mars 1972[19] est approuvée.

Le communiqué de presse[20] est approuvé, avec une modification dans le texte allemand, 2e alinéa «… auf höchster Ebene mit den pakistanischen und indischen Regierungsstellen …»

18. *PVCF N° 609 du 12 avril 1972,* dodis.ch/35643.

19. *Notice du Département politique au Conseil fédéral du 21 mars 1972, doss. comme note 5. Cf. aussi la notice au Conseil fédéral du 20 mars 1972,* dodis.ch/35653.

20. *Communiqué de presse du Service d'information et de presse du Département politique du 22 mars 1972, doss. comme note 5.*

127

dodis.ch/35695

Der schweizerische Botschafter in Canberra, M. König, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

PILATUS-PORTER FLUGZEUGE

Canberra, 24. März 1972

Mit Brief vom 15. März[2] haben Sie mich ersucht, die zuständige australische Behörde zu einer Bestätigung zu veranlassen, wonach sich die seinerzeit der australischen Armee gelieferten Pilatus-Porter Flugzeuge[3] noch in deren Besitz befinden und demnach nicht nach Laos weitergegeben worden sind.

Ich muss gestehen, dass ich keine Möglichkeit sehe, diesen Auftrag in befriedigender Weise auszuführen.

Die Stimmung gegenüber unserem Lande[4] ist in allen australischen Kreisen, die mit dem Pilatus-Porter-Geschäft etwas zu tun hatten, immer noch

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1797* (B.51.14.21.20). *Visiert von J.-J. Indermühle.*

2. *Schreiben von A. R. Hohl an M. König vom 15. März 1972, Doss. wie Anm. 1.*

3. *Vgl. dazu die Notiz von Ph. Clerc an R. Gnägi vom 16. Januar 1970,* dodis.ch/35811.

4. *Zu weiteren hängigen Fragen zwischen der Schweiz und Australien vgl. die Notiz von F. Châtelain an P. Graber vom 2. März 1970,* dodis.ch/36993; *das Schreiben von M. König an P. Micheli vom 1. Juli 1970,* dodis.ch/36994; *das Schreiben von M. König an W. Guldimann vom 23. Juni 1971,* dodis.ch/36992 *sowie das Schreiben von M. König an P. A. Nussbaumer vom 28. November 1972,* dodis.ch/36999.

sensibilisiert. Man hat es uns übel genommen, dass der Kontrakt über die Lieferung der Flugzeuge durch ein Ausfuhrverbot[5] in Frage gestellt wurde, und es gelang mir nur bis zu einem gewissen Grade, Verständnis für unseren Wunsch zu wecken, weitere Lieferungen von einer bindenden australischen Verpflichtung abhängig zu machen, die Pilatus-Porter nicht in Vietnam zu verwenden[6]. Ich war deshalb froh, im letzten Herbst mit Ihrem Einverständnis dem Verteidigungsminister[7] in aller Form zusichern zu können, die Schweiz werde nach dem Rückzug der australischen Truppen aus Vietnam den Export von Pilatus-Porter Flugzeugen nach Australien inskünftig ohne irgend welche Schwierigkeiten oder Bedingungen gestatten[8].

Unter diesen Umständen wäre ein neuerliches Ansinnen, von der australischen Regierung Rechenschaft über den Verbleib dieser Flugzeuge zu fordern, zweifellos geeignet, die noch kaum abgebauten australischen Ressentiments wieder aufleben zu lassen und die Glaubwürdigkeit schweizerischer Erklärungen Zweifeln auszusetzen. Unsere Ängstlichkeit, die öffentliche Meinung unseres Landes könnte an der Lieferung von Kurzstartapparaten ins Ausland Anstoss nehmen, weil sie in einer kriegführenden Armee Verwendung finden könnten, wird hier einfach nicht verstanden. Der Pilatus-Porter ist nun einmal kein spezifisches Kriegsmaterial. Letzten Endes kann jedes Erzeugnis, insbesondere jede Art von Fahrzeugen, einer Armee im Kriege dienen. Die Definition des Begriffes Kriegsmaterial ist nach hiesiger Auffassung eng zu fassen. Sonst könnte es dazu kommen, dass wegen der «öffentlichen Meinung» keine Uhren mehr exportiert werden dürften, weil diese für die Koordination militärischer Operationen bei Kriegshandlungen unentbehrlich sind[9].

Würde ich die von Ihnen gewünschte Erklärung von einer australischen Behörde erbitten, so wäre es wenig wahrscheinlich, dass sie meinem Wunsche entspräche. Man würde dieses Ansinnen viel eher als ausgesprochene Zumutung ablehnen.

Dazu kommt noch etwas anderes:

Nach meinen Erkundigungen ist der in Australien entwickelte Prototyp «N» eines Kurzstarters zur Zufriedenheit der Fachleute ausgefallen. Die australische Armee ist aber offenbar lediglich bereit, in absehbarer Zeit etwa zwanzig Stück zu bestellen, während Absatzmöglichkeiten im Ausland wegen

---

5. *BR-Beschlussprot. II vom 26. Januar 1970 der 3. Sitzung vom 21. Januar 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 1. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung von R. Gaechter vom 5. Januar 1971,* dodis.ch/35780, *S. 7; das BR-Beschlussprot. II vom 3. März 1970 der 9. Sitzung vom 2. März 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 7* und *das BR-Beschlussprot. II vom 2. Oktober 1970 der 36. Sitzung vom 28. September 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

6. *Zum Einsatz von an Australien gelieferten Pilatus-Portern in Vietnam vgl. das Schreiben von P. Dietschi an E. von Graffenried vom 28. Januar 1970,* dodis.ch/35812 *und die Notiz von M. Gelzer an P. Graber vom 28. August 1970,* dodis.ch/35813.

7. *D. Fairbairn.*

8. *Vgl. dazu das Schreiben von M. König an E. Thalmann vom 20. August 1971,* dodis.ch/35814; *das Telegramm Nr. 25 vom Politischen Departement an die schweizerische Botschaft in Canberra vom 2. September 1971 und das Schreiben von M. König an E. Thalmann vom 16. September 1971, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Zum Argument der «defense essentiality» vgl. Dok. 22,* dodis.ch/35157.

des hohen Preises kaum bestehen. Freilich ist denkbar, dass die Serienfabrikation des Flugzeuges zur Rettung der einheimischen Flugzeugindustrie aus innenpolitisch-wahltaktischen Gründen trotz allem aufgenommen wird. Vielleicht siegt aber doch die wirtschaftliche Vernunft. In diesem Falle bestünde Hoffnung, dass die australische Armee weitere Pilatus-Porter Flugzeuge kauft. Sollte aber die Schweiz neuerdings Bedenken anmelden, sogar in bezug auf die bereits gelieferten Apparate, so würde sie die Aussicht auf ein weiteres Geschäft, das den Stanser Werken zweifellos hochwillkommen wäre, so gut wie sicher zunichte machen.

Im Bestreben, Ihrem Wunsche nach einer australischen Erklärung ohne nachteilige Folgen so gut wie möglich nachzukommen, habe ich mich mit dem stellvertretenden Staatssekretär für asiatische Angelegenheiten im hiesigen Aussenministerium[10] unterhalten. Ohne ihm die Hintergründe meiner Anfrage auseinanderzusetzen, erkundigte ich mich danach, welche Art von Hilfe Laos von Australien erhalten habe. Er führte dazu aus, Australien habe finanzielle Beiträge an einen multinationalen Devisenfond zugunsten von Laos geleistet, beteilige sich an Entwicklungsprojekten (insbesondere Staudamm), werfe einzelne Stipendien für laotische Studenten aus, habe einigen wenigen jungen laotischen Offizieren Trainingsgelegenheiten geboten und schliesslich der laotischen Regierung einige ausgediente Dakota-Flugzeuge abgetreten. Aus diesen Äusserungen ist mit Sicherheit zu schliessen, dass Australien der laotischen Armee keine Pilatus-Porter Flugzeuge übergeben hat. Dies wäre schon deshalb nicht in Frage gekommen, weil die australische Armee einen dringenden Eigenbedarf an Kurzstart-Flugzeugen hat.

10. *K. C. O. Shann.*

128

dodis.ch/35739

Protokoll des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank[1]

REFORM DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSSYSTEMS

[Bern], 6. April 1972

Das Direktorium nimmt Kenntnis von einer Mitteilung der Botschaft in Paris an die Handelsabteilung[2], wonach bei dem nächste Woche stattfindenden offiziellen Besuch von Bundesrat Graber bei Staatspräsident Pompidou[3], gemäss Angaben des Aussenministeriums, die schweizerische Stellungnahme

1. *Protokoll:* CH-SNB, Protokoll des Direktoriums Nr. 335 vom 6. April 1972.
2. *Telegramm Nr. 120 von P. Dupont an P. R. Jolles und E. Thalmann vom 29. März 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3377* (B.15.21.2).
3. *Vgl. dazu das Schreiben von P. Dupont an P. Graber vom 24. April 1972,* dodis.ch/36475.

zu den aktuellen Währungsproblemen[4] und zum amerikanischen Wunsch auf eine Erweiterung der Zehner-Gruppe[5] zur Sprache gelangen soll.

In einer längeren Diskussion kommt das Direktorium zum Ergebnis, bezüglich der Währungsreform könnte in Paris eventuell der Standpunkt vertreten werden, die Schweiz nehme eine positive Haltung ein und sei daran, im Rahmen der bei der BIZ vertretenen Notenbankgouverneure das Gespräch auf fachlicher Ebene zu führen. Jedes andere Vorgehen der durch einen Bundesrat geführten Delegation würde voraussetzen, dass vorher in der Wirtschafts- und Finanzdelegation des Bundesrates im Beisein des Direktoriums eine Aussprache stattfinden müsste.

Ein allfälliger Ausbau der Zehner-Gruppe[6] zu einem Gremium, das alle zahlungsbilanzpolitisch relevanten Fragen inklusive Handelsschranken behandelt, wird als annehmbar bezeichnet. Über die Grösse dieses Gremiums braucht sich die Schweiz nicht prononciert auszusprechen, doch kann sie darauf hinweisen, dass es so zusammengesetzt sein sollte, dass nützliche Resultate erwartet werden können. Die volle Mitwirkung unseres Landes in einer solchen Gruppe erscheint angezeigt, weil die zur Behandlung gelangenden Fragen nicht ausschliesslich in den Aufgabenbereich des Internationalen Währungsfonds fallen. Selbst die den Währungsfonds berührenden Probleme würden unsere volle Mitarbeit in der Gruppe rechtfertigen, weil wir in Zukunft möglicherweise Mitglied sein[7] oder mindestens den Status eines «Other holder» bezüglich der Sonderziehungsrechte erhalten werden.

---

4. *Vgl. dazu Dok. 140,* dodis.ch/35401, *Anm. 3.*

5. *Vgl. dazu auch Dok. 166,* dodis.ch/35598, *bes. Anm. 3.*

6. *Zum Verhältnis der Schweiz zum Pariser Zehner Klub vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 58,* dodis.ch/31749; *DDS, Bd. 24, Dok. 35,* dodis.ch/33016; *die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 6. Dezember 1971,* dodis.ch/35459; *den Bericht von J. R. Lademann vom 3. Oktober 1972,* dodis.ch/36303 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 30. November 1971 der 42. Sitzung vom 29. November 1971,* CH-BAR#E1003#1994/26#14*.

7. *Zur Frage eines möglichen Beitritts der Schweiz zum Währungsfonds vgl. Dok. 166,* dodis.ch/35598, *Anm. 7.*

129

dodis.ch/35588

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Generalkonsul in Hong Kong, H. Suter[1]

KAMPF GEGEN UHRENFÄLSCHUNGEN[2]

Bern, 10. April 1972

Wir hatten vor Ihrer Versetzung nach Hong Kong Gelegenheit, miteinander über die zu einer wahren Bedrohung der schweizerischen Uhrenlieferungen nach Südostasien[3], aber bereits auch nach Lateinamerika[4] und Afrika[5] sich auswachsenden Fälschungen von Schweizer Uhren in Hong Kong (rund 2 Millionen Stück jährlich, nach gewissen Schätzungen sogar noch mehr) ausgiebig zu sprechen. Durch Zirkulare der Handelsabteilung vom 7. Juli 1971[6] und 15. Februar 1972[7] ist Ihr Generalkonsulat überdies auch schriftlich sehr genau über die ganze Materie sowie über die neue schweizerische «Swiss made»-Verordnung[8], die uns indirekt auch im Ausland eine bessere Waffe für den Kampf gegen diese Misstände liefern sollte, dokumentiert worden. Ausserdem ist Ihnen in den beiden vergangenen Monaten eine umfangreiche Information samt Unterlagen über die Zollpräferenzen[9], die unser Land im Rahmen des allgemeinen Präferenzsystems zugunsten der Entwicklungsländer auf den 1. März d. J. in Kraft gesetzt hat, zugekommen. Sie sind also über die Materie bestens informiert, so dass wir uns nähere Erläuterungen im vorliegenden Zusammenhang ersparen können. Wir hatten aber Ihr Generalkonsulat einerseits im P. S.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.10#1987/36#59* (511.26).
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 77,* dodis.ch/32552; *die Notiz von P. Bratschi an R. Probst vom 2. Februar 1972,* dodis.ch/36763; *das Telegramm Nr. 1 von R. Probst an das schweizerische Generalkonsulat in Hong Kong vom 22. März 1972,* dodis.ch/36764 *sowie das Schreiben von R. Probst an R. Retornaz vom 12. Juli 1972,* dodis.ch/36765.
3. *Zu Immitationen und Fälschungen von Uhren im asiatischen Raum vgl. Dok. 104,* dodis.ch/35620, *Punkt 4; Dok. 137,* dodis.ch/35508, *Punkt 3e; das Schreiben von Ch. Zogg an P. R. Jolles vom 26. Juli 1971,* dodis.ch/36762; *die Notiz von A. Steinemann vom 6. August 1971,* dodis.ch/36767 *und das Schreiben von H. Bühler an M. Luy vom 10. August 1971,* dodis.ch/36768. *Zum Uhrenexport nach Japan vgl. Dok. 34,* dodis.ch/35524 *und nach Südkorea vgl. Dok. 153,* dodis.ch/35785.
4. *Vgl. dazu Dok. 93,* dodis.ch/35885; *das Protokoll der schweizerischen Botschaft in Montevideo vom 23. Juli 1970,* dodis.ch/35959 *sowie für eine Übersicht zur schweizerischen Uhrenindustrie in Lateinamerika die Notiz von E. von Vivis vom 9. September 1970,* dodis.ch/ 35985.
5. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Pestalozzi an P. R. Jolles vom 20. Januar 1972,* CH-BAR# E7110#1983/13#1877* (863.1).
6. *Rundschreiben von R. Probst vom 7. Juli 1971,* dodis.ch/34169.
7. *Rundschreiben von R. Probst vom 15. Februar 1971, Doss. wie Anm. 5.*
8. *BR-Prot. Nr. 2258 vom 23. Dezember 1971,* dodis.ch/36579. *Vgl. dazu ferner Dok. 94,* dodis.ch/35587 *und Dok. 150,* dodis.ch/35586.
9. *Für die Zollpräferenzen zugunsten der Entwicklungsländer vgl. Dok. 42,* dodis.ch/35252, *bes. Anm. 6.*

unseres Zirkulars vom 15. Februar hinsichtlich der «Swiss made»-Verordnung und anderseits mit Schreiben vom 1. Februar[10] betr. die Präferenzen ersucht, in beiden Fragen vorderhand von Schritten und Notifikationen bei den Hong Konger Behörden Umgang zu nehmen, da wir die Gesamtheit des Problems (inkl. die Frage der Zollpräferenzen für Uhrenprodukte aus Hong Kong[11]; Kapitel 91 des schweiz. Gebrauchszolltarifs) zum Gegenstand einer Gesamtdemarche gemacht zu sehen wünschten.

Wir sind nun in der Lage, Ihnen anbei, wie noch unmittelbar vor Ihrer Abreise vereinbart, den Text einer solchen umfassenden Note[12], die wir der Einfachheit halber in englischer Sprache redigiert haben, zur Verfügung zu stellen. Wie Sie sehen werden, orientiert sie einleitend über den Umfang der von uns der Kronkolonie Hong Kong eingeräumten Zollpräferenzen (ohne Textilien und Schuhe) der ersten Etappe, erläutert sodann, dass wir uns wegen der Uhrenfälschungen nur mit grossen Bedenken zum Einbezug des Uhrenkapitels in die Präferenzen hätten entschliessen können, notifiziert ferner unsere neue «Swiss made»-Verordnung für Uhren, knüpft daran die Erwartung, dass letztere auch den Hong Konger Behörden die nötige Grundlage zum Durchgreifen gegen die Uhrenfälschungen bieten wird, weist darauf hin, dass die eventuelle Gewährung der zweiten Präferenzenetappe auf Uhrenprodukte durch den Erfolg des Kampfes gegen die Uhrenfälschungen massgeblich beeinflusst werden könnte etc. und schlägt schliesslich den Hong Konger Behörden den Abschluss einer geeigneten Vereinbarung mit der Schweiz zum Schutze der gewerblichen Eigentumsrechte (namentlich Ursprungs- und Markenschutz) vor.

Ich bitte Sie, diese Note[13] möglichst rasch der geeigneten Hong Konger Stelle zu *überreichen*. Sie wollen sich dabei an den von uns verfassten Text halten, wobei es Ihnen freisteht, allenfalls erforderliche Anpassungen formeller Natur vorzunehmen. Änderungen materieller Art, die Ihnen aus lokaler Sicht angemessen erscheinen könnten, wären uns jedoch zuvor – am besten telegraphisch – zu unterbreiten.

Im übrigen seien zur Note noch folgende *Bemerkungen* angebracht:

– Was die Frage des *Adressaten* betrifft, so wäre es uns daran gelegen, wenn die Note, da sie Wichtiges und Grundsätzliches zur Sprache bringt, an möglichst hoher Stelle anhängig gemacht würde. Das «Commerce and Industry Dept» wäre in dieser Hinsicht u. E. das Minimum. Wir fragen uns aber, ob Sie – wenn dies mit den Hong Konger «diplomatischen» Gepflogenheiten vereinbar wäre – nicht direkt an den Gouverneur[14] oder zumindest an den «Executive Council» gelangen sollten. Wir wünschen in der Tat, dieser Demarche gröss-

---

10. *Schreiben von R. Probst an das schweizerische Generalkonsulat in Hong Kong vom 1. Februar 1972,* CH-BAR#E2200.10#1987/36#70* (541.0).

11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 546 vom 24. März 1971,* dodis.ch/36760; *die Notiz von R. Probst vom 7. Dezember 1971,* dodis.ch/36761; *die Notiz von H. Weyermann vom 14. Januar 1972,* dodis.ch/36758; *das Protokoll von P. Bratschi vom 18. Februar 1972,* dodis.ch/36759 *sowie das Schreiben von R. Probst an S. Kohler vom 18. Juli 1972,* dodis.ch/36658.

12. Draft note, *Doss. wie Anm. 1.*

13. *Note des schweizerischen Generalkonsulats in Hong Kong an H. Norman-Walker vom 17. April 1972, Doss. wie Anm. 5.*

14. *C. M. MacLehose.*

tes Gewicht zu geben und sie schon deshalb aus den zahlreichen bisherigen Schritten auf dem «working level» hinauszuheben. Sie wollen hier bitte das Geeignete vorkehren (und den Notentext jeweils, wo wir Lücken gelassen haben, entsprechend ergänzen).

– Wir hatten Ihr Generalkonsulat seinerzeit, mit Zirkular vom 7. Juli 1971 ersucht, an massgebender Stelle eine Note mit Hinweisen über die damals erfolgte Ergänzung des Markenschutzgesetzes durch einen Artikel 18bis und die wegleitenden Grundsätze für die in jenem Zeitpunkt noch in Vorbereitung befindliche «Swiss made»-Verordnung für Uhren zu überreichen; ein entsprechender Notenentwurf war dem erwähnten Zirkular angeheftet.– In unserem neuen, beiliegenden Notenentwurf nehmen wir auf Seite 3 oben auf jene frühere Note bezug. Sie wollen deren Datum, das uns nicht bekannt ist, einsetzen. Sollte aus irgendwelchen Gründen damals keine Notenübergabe erfolgt sein, so wäre der entsprechende Zwischensatz («… which have already been the object of a note[15] by the Consulate General to …[16] of …[17] 1971») zu streichen; im nachfolgenden Satz wäre das Wort «confirm» durch «notify» zu ersetzen.

– Hinsichtlich unseres Vorschlages am Ende der Note, mit Hong Kong ein «arrangement» zum Schutze des gewerblichen Eigentums («industrial property») zu treffen, wird sich die Frage stellen, inwieweit die Kronkolonie die nötige Autonomie besitzt, um dies selbst, ohne den Umweg über London, tun zu können. Diese Frage bildet Gegenstand unseres separaten Briefes an Sie vom 6. April[18]. Sie braucht nicht vor Überreichung der Uhren-Note geklärt zu werden. Ihre baldige Stellungnahme[19] wäre uns aber wertvoll. Die kürzliche direkte Vereinbarung zwischen Hong Kong und den USA über die sog. freiwillige Beschränkung von Textilexporten aus der Kronkolonie nach den Vereinigten Staaten würde eher für eine gewisse «treaty making power» Hong Kongs sprechen. Erstreckt sich aber diese Kompetenz über Handelsfragen hinaus auch auf das spezifische Gebiet des geistigen Eigentums? Auf jeden Fall würden wir, wenn dies gangbar wäre, den direkten Weg vorziehen, auch wenn wir uns hiefür mit einem blossen Notenwechsel, statt eines eigentlichen Staatsvertragsinstrumentes, begnügen müssten. Wir unterbreiten im übrigen Kopie des vorliegenden Schreibens (samt Durchschlag unseres Briefes vom 6. April) mit der Bitte um Meinungsäusserung[20] auch unserer Botschaft in London.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen bestens zum voraus und sehen Ihren weiteren Mitteilungen mit Interesse entgegen.

---

15. *Handschriftliche Anmerkung:* letter. *Vgl. das Schreiben von B. Fontana an J. Cater vom 10. August 1971,* CH-BAR#E2200.10#1987/36#59* (511.26).
16. *Handschriftliche Ergänzung:* the Dep*[artment]* of C*[ommerce]* & I*[ndustrie]*.
17. *Handschriftliche Ergänzung:* 10th Aug. 1971.
18. *Schreiben von J.-E. Töndury an H. Suter vom 6. April 1972, Doss. wie Anm. 10.*
19. *Schreiben von H. Suter an R. Probst vom 14. April 1972, Doss. wie Anm. 5.*
20. *Schreiben von A. Weitnauer an P. R. Jolles vom 15. Mai 1972, Doss. wie Anm. 5.*

130

dodis.ch/35684

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

VISITE À BERNE D'UNE DÉLÉGATION DE L'OUA. INVESTISSEMENTS SUISSES DANS UN PROJET SUD-AFRICAIN POUR LA PRODUCTION D'URANIUM ENRICHI

[Berne,] 10 avril 1972

En prévision de la prochaine visite à Berne d'une délégation de l'OUA[2], nous nous permettons d'attirer votre attention sur les points suivants concernant la possibilité pour la Suisse d'acquérir en Afrique du Sud de l'uranium enrichi:

Actuellement les besoins de la Suisse en uranium sont couverts par les livraisons des États-Unis qui occupent une position de quasi-monopole dans ce domaine[3]. Cependant certaines modifications de la politique américaine de vente des matières fissiles, qui commencent à se manifester, risquent de provoquer, à brève échéance, une certaine insécurité dans l'approvisionnement de la Suisse.

Une diversification des sources d'approvisionnement s'impose donc à notre pays, pour des raisons de politique énergétique, et, parmi les diverses possibilités de rechange qui s'offrent à nous, l'offre soviétique de livraison d'uranium[4] a particulièrement attiré notre attention étant donné que la construction d'une installation suisse d'enrichissement de l'uranium est absolument exclue pour des raisons techniques et financières.

Le projet sud-africain intéresse aussi bien la science que l'industrie suisses, mais en premier lieu les producteurs d'énergie électrique. Du fait des implications politiques qu'elle aurait, une participation officielle de notre pays à ce projet est naturellement exclue. Même dans les contacts entre les deux pays au niveau des ministères techniques, la prudence s'impose et c'est ce qui explique que le Professeur Hochstrasser n'ait pas encore donné suite à l'invitation officielle de visiter les installations du Centre de recherches nucléaires de Pelindaba, que les autorités sud-africaines lui avaient adressée en août 1971[5].

---

1. *Notice (Copie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#1090* (o.324.22). *Rédigée par J. O. Quinche et E. Schurtenberger, signée par E. Vallotton.*

2. *Sur la visite d'une délégation de l'Organisation de l'unité africaine en Suisse, cf. doc. 132,* dodis.ch/35682.

3. *Sur la coopération scientifique avec les États-Unis dans le domaine de l'énergie atomique, cf. doc. 81,* dodis.ch/35863.

4. *Cf. doc 172,* dodis.ch/35655, *en particulier note 9.*

5. *Une première invitation a déjà été adressée au cours d'une rencontre entre U. Hochstrasser et A. J. A Roux lors de la conférence de l'Assemblé générale de l'Agence internationale de l'énergie atomique à Vienne en 1970. En juillet 1971, A. J. A Roux a réitéré l'invitation via l'Ambassadeur de Suisse à Pretoria, R. Hunziker. Cf. doss. comme note 1. L'invitation officielle d'août 1971 n'est pas documentée dans ce dossier. Sur la réponse à donner à l'invitation sud-africaine, cf. la notice de R. Wermuth à R. Keller du 7 septembre 1971,* dodis.ch/35943. *La coopération entre la Suisse et l'Afrique du Sud dans le domaine nucléaire a été abordée aussi*

On ne peut cependant s'opposer à ce que les milieux intéressés de l'économie privée[6] prennent contact avec les milieux sud-africains en question. Comme la Suisse vient au 4e rang de tous les pays qui investissent en Afrique du Sud[7], il n'est pas surprenant que ce pays ait cherché depuis un certain temps à associer le capital suisse à son projet concernant l'uranium enrichi. C'est ainsi que l'Union de Banques Suisses est en train d'octroyer un crédit de 4 millions US $ à la Navik (Proprietary) Ltd à Johannesbourg. Cette opération, qui se fera sous la direction de la Société Financière Européenne (Paris), portera sur un total de 23,5 millions US $. Les autres banques qui y participent ont leur siège en Allemagne fédérale, en Italie, en Belgique, au Luxembourg et aux États-Unis. Dans une lettre qu'elle a adressée à la Banque nationale, l'Union de Banques Suisses déclare attendre en contrepartie de ses investissements certaines garanties de livraisons d'uranium à la Suisse par la société sud-africaine en question:

«Als Gegenleistung hat sich die Verkaufsgesellschaft der Südafrikanischen Uraniumproduzenten schriftlich bereiterklärt, alle schweizerischen Anfragen für Uranlieferungen wohlwollend zu prüfen und alle nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um solche Bedürfnisse zu befriedigen».

Conclusion

Si la délégation de l'OUA devait aborder ce sujet, nous pourrions relever:

- qu'aucun contact officiel n'a été établi en relation avec le projet sud-africain d'un nouveau procédé d'enrichissement de l'uranium;
- qu'aucun accord concret n'a été, à notre connaissance, conclu jusqu'ici à ce sujet avec les milieux privés suisses intéressés et que, de toute façon, le Gouvernement fédéral n'aurait pas les moyens de s'y opposer, si le secteur privé voulait s'engager dans cette voie.

---

lors de la visite de H. Muller, en septembre 1971. Sur cette question, cf. la notice de E. Brunner du 20 septembre 1971, dodis.ch/35941.

6. *Sur la question d'une coopération de la BBC avec l'Afrique du Sud en matière d'énergie nucléaire, cf. la notice de E. Schurtenberger du 10 décembre 1971,* dodis.ch/36419.

7. *Sur les investissements suisses en Afrique du Sud, cf. doc. 124,* dodis.ch/35683.

131

dodis.ch/35884

Verordnung über die Erklärung und Wahrung der Neutralität vom 14. April 1972[1]

Nicht in die Gesetzessammlung[2]

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf Artikel 102 Ziffern 8 und 9 der Bundesverfassung,

beschliesst:

Art. 1
Die Schweiz befindet sich im Zustand der bewaffneten Neutralität[3]. Ihr Hoheitsgebiet ist unverletzlich.

Art. 2
Es ist verboten, vom Gebiete der Schweiz aus feindselige Handlungen gegen einen Kriegsführenden vorzubereiten, zu unternehmen, zu unterstützen oder irgendwie daran teilzunehmen.

Art. 3
Jede Begünstigung eines Kriegführenden vom Gebiete der Schweiz aus ist verboten. Unter dieses Verbot fallen insbesondere

a. Vorbereitung oder Bildung von Organisationen sowie Werbung oder Ausbildung von Personal für militärische Zwecke zugunsten eines Kriegführenden;

b. Vorbereitung, Einrichtung, Betrieb, Benützung oder das Halten von Anlagen zur Nachrichtenübermittlung zugunsten eines Kriegführenden, insbesondere zum Verkehr mit den bewaffneten Kräften oder kriegswirtschaftlichen Stellen einer solchen;

c. Einrichtung oder Betrieb von Propagandastellen zugunsten eines Kriegführenden.

---

1. *BR-Prot. Nr. 657 vom 19. April 1972:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#781*. *Unterzeichnet von N. Celio und K. Huber im Namen des Bundesrats:* Diese Verordnung ersetzt alle ihr widersprechenden Vorschriften, insbesondere die nicht in Kraft gesetzte Verordnung über die Handhabung der Neutralität vom 5. November 1948. *Vgl. dazu ferner die* Weisungen des Eidgenössischen Militärdepartementes über die Handhabung der Neutralität während des Aktivdienstes *vom 13. September 1956,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#571* (B.51.10), *S. 3. Für den Antrag des Politischen Departements vom 1. März 1972, die Mitberichte, die Stellungnahmen, die Vernehmlassungen und den Entscheid des Bundesrats vgl.* dodis.ch/35884.

2. *Die Verordnung wurde im Anhang des Reglements der Schweizerischen Armee 52.4* Wahrung der Neutralität durch die Truppe *von 1975 abgedruckt. Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#571* (B.51.10).

3. *Die Verordnung wurde für den Neutralitätsfall vorbereitet, d. h. bei einem allfälligen Krieg zwischen Drittstaaten. Vgl. dazu Doss. wie Anm. 2 sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#389* (B.51.10).

Art. 4

Verboten und zu verhindern sind Aneignung, Annahme oder Kauf von ausländischem Kriegsmaterial (Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände usw.), das von Deserteuren, Internierten, entflohenen Kriegsgefangenen oder Zivilflüchtlingen über die Landesgrenze gebracht wird; solche Gegenstände sind unverzüglich dem nächsten Truppenkommando oder dem nächsten Polizei- oder Grenzwachtorgan zuhanden der Territorialorganisation abzuliefern.

Art. 5

Wer wahrnimmt,

a. dass Handlungen, die unter das Verbot der Artikel 2 oder 3 fallen, begangen werden,

b. dass ein Kriegführender Transporte von Kriegsmaterial (Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände usw.), Kriegspropagandamaterial oder von Versorgungsgütern über schweizerisches Gebiet vorbereitet oder durchführt,

c. dass ausländische Militär- oder Zivilpersonen, denen der Zugang zum schweizerischen Hoheitsgebiet untersagt ist, sich diesem nähern, den Durchgang über Schweizergebiet anstreben oder sich bereits auf Schweizergebiet befinden,

d. dass ausländische Flugzeuge ausserhalb der dafür vorgesehenen Flugplätze auf schweizerischem Hoheitsgebiet landen,

hat dies unverzüglich dem nächsten Truppenkommando oder dem nächsten Polizei- oder Grenzwachtorgan zu melden. Er hat in Fällen von Buchstabe c nach Massgabe seiner Kräfte dabei mitzuwirken, dass die unbefugterweise auf Schweizergebiet befindlichen ausländischen Militär- und Zivilpersonen festgenommen werden können und hat sein möglichstes zu tun, dass in Fällen von Buchstabe d solche Flugzeuge nicht wieder abfliegen und die Insassen nicht entweichen sowie Borddokumente und Ladung nicht weggeschafft werden können.

Art. 6

[1] Wer dieser Verordnung oder den gestützt darauf erlassenen Ausführungsvorschriften oder Anordnungen vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird, sofern keine andern Strafbestimmungen zutreffen, gemäss Artikel 107 des Militärstrafgesetzes[4] bestraft.

[2] Gegen Ausländer kann überdies auf Landesverweisung erkannt werden.

Art. 7

[1] Die eidgenössischen Departemente, die Kantone und das Armeekommando sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit mit dem Vollzug beauftragt.

[2] Zivilbehörden jeder Art, Personal der öffentlichen Dienste, Polizeiorgane und Truppenkommando haben sich zur Wahrung und Handhabung der Neutralität gegenseitig zu unterstützen.

---

4. Bundesgesetz betreffend Abänderung des Militärstrafgesetzes und der Militärstrafgerichtsordnung *vom 21. Dezember 1950, AS, 1951, S. 437–453.*

Art. 8

[1] Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten dieser Verordnung[5].

[2] Mit ihrem Inkrafttreten sind alle ihr widersprechenden Vorschriften aufgehoben.

[3] Sie tritt im Falle des Eintritts der Schweiz in den Kriegszustand ausser Kraft.

5. *Diese Verordnung ist nie in Kraft getreten.*

132

dodis.ch/35682

Télégramme du Département politique aux Ambassades de Suisse à Pretoria et à Lisbonne[1]

Urgent *[Berne,]* 21 avril 1972, 19 h 00

Visite Suisse délégation OUA 18 et 19 avril[2], dirigée par Président en exercice Ould Daddah, Chef d'État mauritanien.

Suite comptes-rendus parus dans journaux, Ambassadeur Portugal[3] et Chargé d'affaires Afrique Sud[4] sont intervenus, le premier assez violemment, le second modérément.

Pour dissiper malentendu et pour cas où questions vous seraient posées, ci-après bref résumé points qu'avons discutés à l'occasion visite. Pourrez répondre dans ce sens et en vous inspirant ce qui suit toute démarche qui serait faite auprès vous. Insistons sur formulation prudente du point 7.

«1. Lors dîner offert par C*[onseil]*F*[édéral]*, président Celio a, dans son allocution[5] de bienvenue, rappelé que notre attitude à l'égard Afrique australe s'inspirait de trois principes, à savoir: non-ingérence dans affaires intérieures, liberté commerce et industrie, respect droits de l'homme.

2. Avons expliqué que notre politique est différente de politique suédoise. Délégation a montré compréhension pour point de vue suisse.

3. Conseil fédéral a décidé 22 février verser fr. 75'000 au fonds d'affectation spéciale NU pour Afrique Sud[6], qui consent assistance aux gouvernements des

1. *Télégramme (copie d'expédition):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#440* (B.73.8.09.1). *Rédigé par E. Brunner. Copies à E. Thalmann et M. Gelzer. Le télégramme a en outre été envoyé en copie à toutes les ambassades de Suisse en Afrique et au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York. Avec copie à E. Thalmann, R. Keller, R. Bindschedler, S. Marcuard, P. Thévenaz, M. Gelzer, P. A. Nussbaumer, P. Erni et H. Bühler.*

2. *Cf. aussi doc. 86,* dodis.ch/35680.

3. *E. M. F. Bugalho. Cf. aussi la notice de E. Brunner du 25 avril 1972, doss. comme note 1.*

4. *Il s'agit probablement de O. van Oordt. L'Ambassadeur d'Afrique du Sud, M. K. E. Pakendorf, se trouve à ce moment-là en Afrique du Sud, cf. la lettre de Th. Curchod à E. Thalmann du 24 avril 1972, doss. comme note 1.*

5. *Discours de N. Celio du 18 avril 1972,* dodis.ch/36360.

6. *PVCF N° 318 du 22 février 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#779*. *Cf. aussi DDS, vol. 24,*

pays d'Afrique qui accueillent sur leur territoire réfugiés d'Afrique du Sud et notamment qui assurent sur place éducation ces derniers.

4. Exportation matériel guerre interdite à destination Afrique Sud depuis décembre 1963[7], Rhodésie depuis 1965[8] et provinces portugaises depuis juin 1969[9].

5. N'avons pas informé délégation qu'aurions décidé ne plus accorder la garantie risques à exportation et aux investissements pour Afrique Sud[10]. Avons indiqué en revanche que malgré absence moyens légaux pour interdire exportations capitaux, avons demandé à plusieurs reprises à Banque nationale suisse user de son influence auprès banques exportatrices capitaux pour les inciter à modérer leurs investissements en Afrique Sud[11].

6. En ce qui concerne Rhodésie, avons rappelé que C*[onseil]*F*[édéral]* a, de manière autonome et sans en avoir obligation juridique, pris certaines mesures pour éviter que Suisse devienne plaque tournante pour commerce avec Rhodésie[12].

7. Chef Département a déclaré qu'étions prêts étudier sérieusement possibilité venir en aide sur un plan strictement humanitaire à toutes victimes actions militaires comme par ex. blessés ou réfugiés et cela par nos propres organisations charitables, comme par ex. Croix-Rouge suisse.

8. Avons émis vœu que pays africains et OUA s'intéressent davantage et participent prochaines réunions experts CICR et ensuite conférence diplomatique sur droit humanitaire et révision Conventions Genève où statut de combattant du guérillero pourrait être discuté[13].

9. Questions établissement mission permanente OUA à Genève évoquée[14]; son but: contacts avec organisations internationales et information sur plan opinion publique suisse.

10. Atmosphère générale très agréable, interlocuteurs modérés et raisonnables; avons impression que sont repartis contents en raison aussi chaleur accueil.

Recevez dossier[15] concernant visite, notamment texte allocution Celio et procès-verbal séance travail, par un prochain courrier.»

---

doc. 60, dodis.ch/33642, *en particulier note 11 et la notice de P. Friederich du 13 octobre 1971,* dodis.ch/35951.

7. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/35680, *notes 15 et 16.*

8. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/35680, *note 26.*

9. *Cf. doc. 86,* dodis.ch/35680, *note 33.*

10. *Contrairement à cette intention, la garantie contre les risques à l'exportation continue à être accordée. Cf. aussi doc. 124,* dodis.ch/35683, *en particulier note 13.*

11. *Cf. doc. 124,* dodis.ch/35683, *en particulier note 11.*

12. *Sur la politique suisse envers la Rhodésie et la question de la participation aux sanctions de l'ONU, cf. doc. 24,* dodis.ch/35685 *et doc. 9,* dodis.ch/35688.

13. *Cf. le compte rendu de H. Strauch du 26 avril 1972,* dodis.ch/36364.

14. *Cf. la notice* Établissement d'une mission permanente de l'OUA à Genève *du 14 octobre 1971*, dodis.ch/36376.

15. *Pour le dossier complet du 4 mai 1972 envoyé aux ambassades de Suisse en Afrique, au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York et à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève, cf. doss. comme note 1.*

133

dodis.ch/35536

Notiz für den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

SPIONAGEFALL KARSSOV, LOGATCHEV (BEIDE UDSSR) UND MASCO (USA)

[Bern,] 25. April 1972

1. Was den zweiten Sekretär der Botschaft der UdSSR *Karssov* anbetrifft, scheint die Beweislage klar zu sein. Es wäre immerhin zweckmässig, wenn die Bundesanwaltschaft weitere Angaben mit Bezug auf diesen Funktionär, der seit langem als KGB-Agent bekannt sein soll, liefern könnte. Der Bundesanwalt erklärt in seinem Schreiben[2] an den Vorsteher des EJPD, weitere Unterlagen könnten zur Verfügung gestellt werden.

Dies gilt in vermehrtem Masse mit Bezug auf Logatchev, der in vorliegender Sache lediglich als Schmiersteher in Erscheinung tritt und durch Masco nicht belastet wird. Es geht um die hieb- und stichfeste Begründung gegenüber der Sowjetbotschaft.

Grundsätzlich können wir damit einverstanden sein, dass die Rückberufung dieser beiden Agenten in die Wege geleitet wird.

2. Aus folgenden Gründen scheint uns aber eine diskrete Behandlung am Platz zu sein:

a) Die Tätigkeit der Beiden richtete sich *nicht gegen die Schweiz*. Der Tatbestand fällt unter Artikel 301 StGB betr. Nachrichtendienst gegen fremde Staaten. Die vorgesehene Strafe ist Gefängnis oder Busse, also milder als im Falle des Art. 272 betr. den politischen Nachrichtendienst, der in den meisten früheren Fällen verletzt wurde.

3. In verschiedenen Fällen der vergangenen Jahre, die unter Art. 272 StGB zu subsumieren waren, wurde eine mehr oder weniger diskrete Regelung angestrebt. So wurden 1966 im schwerwiegenden Falle Kuo Yu Shou[3] (langjährige Spionagetätigkeit eines Nationalchinesen zu Gunsten der Volksrepublik China) die Namen der Beteiligten nicht bekanntgegeben. Lediglich ein Funktionär[4] der rotchinesischen Botschaft wurde als persona non grata erklärt. Bezüglich eines weiteren Beteiligten[5] dieser Botschaft wurde den Chinesen lediglich empfohlen, die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Im Falle Modin/Frolov[6] (UdSSR), wo sich die Tätigkeit ebenfalls gegen die Schweiz richtete, wurden auch keine Namen genannt (1960).

Im Falle der versuchten Wirtschaftsspionage gegen die Schweiz des Jugoslawen Zlatkovic[7] (1960) wurde diskrete Behandlung angestrebt.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4835* (A.44.21.(1)). *Verfasst und unterzeichnet von H. Miesch.*
2. *Schreiben von H. Walder an K. Furgler vom 19. April 1972, Doss. wie Anm. 1.*
3. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 167,* dodis.ch/30917, *Anm. 2.*
4. *Wang Erh-kang.*
5. *Hsu Tan-lu.*
6. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst vom 21. Mai 1960,* dodis.ch/15352.
7. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E4320C#1994/151#6* (01).

Im Falle Petrov[8] (UdSSR, 1967) wurde kein Name genannt, obwohl sich seine Tätigkeit gegen die Schweiz und gegen fremde Staaten gerichtet hatte.

Im Falle Laszlo[9] (Ungarn, 1967), der sich gegen Art. 272 StGB vergangen hatte, wurde ein Communiqué erst nach drei Monaten veröffentlicht, als man die von den Ungaren ergriffenen Gegenmassnahmen erklären musste. Im Prinzip hätte man im Interesse der gegenseitigen Beziehungen auf ein Communiqué verzichten wollen.

d) Eine diskrete Behandlung erscheint vorliegendenfalls auch deshalb als möglich, als es offenbar in der Schweiz zu keinem Verfahren kommen kann, da Masco in Amerika abgeurteilt werden soll.

e) Die Beweisführung kann sich im wesentlichen nur auf Angaben des FBI stützen, was uns bei Bekanntwerden den Vorwurf des Eingehens auf eine Provokation einbringen könnte.

Warum wurde Masco nicht nach Verlassen der US-Botschaft angehalten? Zwischen 20 Uhr abends und 1 Uhr morgens hätten für die Polizei die Möglichkeiten bestanden, sich die erforderlichen Ermächtigungen zu beschaffen. Masco blieb übrigens nach dem Treffen auf der Sowjetbotschaft in Bern noch bis 7. 3. 71 in der Schweiz und hätte auch nachträglich noch einvernommen werden können. Masco war bereits nach seiner Einreise in die Schweiz Ende 1970 verdächtigt. Warum wurde keine Einreisekontrolle gegen ihn errichtet? Es hätte dies seine Verhaftung im Februar 1971 herbeiführen können[10].

f) Ganz abgesehen davon, müssen neben den innenpolitischen auch die aussenpolitischen Aspekte berücksichtigt werden.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjetunion sind gegenwärtig als gut zu bezeichnen[11]. Es kam dies neulich zum Ausdruck in der Angelegenheit de Perregaux[12]. Mitbestimmend für die positive Haltung der Sowjetunion sind zweifellos die Erwartungen, die in die neutrale Schweiz im Hinblick auf die bevorstehende Sicherheitskonferenz gesetzt werden. Es muss daher damit gerechnet werden, dass bei allzu grosser Publizität die Schweiz verdächtigt wird, die Sowjetunion im Vorstadium der Konferenz in Misskredit bringen zu wollen. Gerade im Falle eines neutralen Kleinstaates könnte dieser Vorwurf in besonders scharfer Form vorgetragen werden (insbesondere bei allfälligem Bekanntwerden unserer Informationsquelle FBI). Anlässlich des Besuches von Botschafter Micheli in Moskau[13] wurde sowjetischerseits der besondere moralische Stellenwert der Schweiz herausgestrichen.

---

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 174,* dodis.ch/33128, *bes. Anm. 2.*
9. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 42,* dodis.ch/32217, *bes. Anm. 15.*
10. *Zum Verzicht auf Strafverfolgung und Ausweisung G. F. Mascos vgl. Vgl. Doss.* CH-BAR# E2001E-01#1987/78#1577* (B.11.43).
11. *Vgl. dazu Dok. 82,* dodis.ch/35535; *Dok. 104,* dodis.ch/35620 *und Dok. 172,* dodis.ch/35655.
12. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Miesch an A. Escher vom 29. Oktober 1970,* dodis.ch/35613; *das Schreiben von A. Zehnder an H. Miesch vom 8. Dezember 1970,* dodis.ch/35612 *und die Notiz von P.-A. Ramseyer an E. Thalmann vom 3. Januar 1972,* dodis.ch/35580.
13. *Zu den Gesprächen P. Michelis in Moskau vgl. das Schreiben von J. de Stoutz an E. Thalmann vom 1. Februar 1971,* dodis.ch/35577.

4. Im Falle Buttex/Sterlikov/Savine[14] 1970 (Ausweisung zweier Sowjetdiplomaten) hat die UdSSR keine Retorsionsmassnahmen ergriffen. Damals erfolgte eine Publikation[15] mit Namensnennung. Es ist fraglich, ob – so kurz darnach – die Sowjetunion sich heute gleich verhalten wird. Die Erklärung zur persona non grata kann vorliegendenfalls, eher als im Falle Buttex (wo sie auch nicht erfolgte) vermieden werden.

5. Auf Grund dieser Überlegungen scheint es uns, es könnte verantwortet werden, den vorliegenden Fall diskret zu behandeln.

Dem Sowjetbotschafter[16] wäre unsere Entrüstung über die Tätigkeit der beiden Botschaftsangehörigen unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Es wäre ihm die Rückberufung der beiden Funktionäre nahe zu legen und für den Fall der Nichtbefolgung die Erklärung der Beiden zur persona non grata anzudrohen. Für die Sowjets ist Einlenken umso weniger schwierig, als die Beiden bereits seit 1967 in der Schweiz weilen. Unser Entgegenkommen wäre damit zu begründen, dass wir Wert darauf legen, die guten Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR nicht zu stören. Es sei dies auch der Grund, weshalb wir auf eine Publizität verzichten.

Sollten die Sowjets dieses Vorgehen nicht annehmen, dann erst wäre zu schärferen Massnahmen zu schreiten.

6. Sofern Sie damit einverstanden sind, würden wir die Angelegenheit in diesem Sinne mit der Bundesanwaltschaft aufnehmen, die mit einer blossen Rückberufung einverstanden ist, aber ein Pressecommuniqué mit Namensnennung herausgeben möchte.

Rückzugslinie: Rückberufung mit Communiqué ohne Namensnennung[17].

---

14. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#243* (B.11.43.1). *Vgl. ferner das BR-Beschlussprot. II vom 12. Februar 1970 der 6. Sitzung vom 11. Februar 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*.

15. *Pressemitteilung des Justiz- und Polizeidepartements vom 8. Juni 1970,* CH-BAR#E2001E# 1980/83#243* (B.11.43.1). *In diesem Zusammenhang vgl. auch den Fall von L. Selmair, BR-Prot. Nr. 1025 vom 8. Juni 1970,* dodis.ch/36054.

16. *A. S. Tschistjakow.*

17. *Handschriftliche Marginalie von H. Miesch:* Nach Abfassung der Notiz hatte ich ein Gespräch mit Bundesanwalt Walder, der absolut auf ein Communiqué mit Namensnennung drängt. Kann ich die Angelegenheit mit Ihnen besprechen. *Vgl. dazu auch das Telegramm Nr. 89 des Politischen Departements an die schweizerische Botschaft in Moskau vom 27. April 1972,* dodis.ch/35571.

134

dodis.ch/35885

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Mexiko, A. Fischli[1]

INRESA

[Bern,] 25. April 1972

Für Ihren ausführlichen Bericht vom 6. April[2] über die Situation der Inresa[3] danken wir Ihnen sehr. Ihre Darlegungen der Probleme dieses Unternehmens im besondern und der schweizerischen Uhrenindustrie im allgemeinen sind für uns sehr wertvoll[4].

Die Bedenken, die Sie in Bezug auf die Zukunft der Inresa hegen, sind uns durchaus verständlich. Es erübrigt sich, hier auf die Vorgeschichte, die der Gründung dieser von der Schweiz aufgezogenen Uhrenfabrik voranging, zurückzukommen[5]. Doch darf daran erinnert werden, dass die schweizerische Uhrenindustrie aus einer Zwangslage heraus und nach einem von der damaligen mexikanischen Regierung aufgestellten Konzept (Uhrenherstellung im Land mit 70% Integration oder Verlust der Importlizenzen) handeln musste[6].

Wir haben uns bewusst zu sein, das die Sachlage für die F. H. und die Sapiam von Anfang an kompliziert war, kam doch zu dem recht schwerfälligen Verteilungsapparat der Produktion der Inresa die Tatsache, dass der grösste Uhrenimporteur Mexikos, H. Steele, einmal als Vertreter einiger namhafter schweizerischer Uhrenfabriken wie auch durch seine eigene Uhrenfabrikation im Lande, in direkter Konkurrenz zum mexikanisch-schweizerischen Unternehmen stand.

Unter diesen Umständen war es fast zu erwarten, dass Ihre Botschaft bei der Wahrung der Gesamtinteressen der schweizerischen Uhrenindustrie in eine Zwickmühle geraten musste. Unsere Auffassung geht aber dahin, dass die Inresa am Leben erhalten werden sollte. Bei einer Liquidation des Unternehmens stände zuviel auf dem Spiel: Einmal der Ruf einer schweizerischen Investition in einem Entwicklungsland, die als erste schweizerische Uhrenfabrik im Ausland eine Art Testfall bildet; sodann aber auch das Ansehen der schweizerischen Uhrenindustrie ganz allgemein, der man nur allzuleicht mangelnden guten Willen vorwerfen und ebenso leichtfertig die Schuld in die Schuhe schieben würde.

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.192#1992/3#78* (512.21(1)). *Verfasst von H. Hofer.*
2. *Schreiben von A. Fischli an P. R. Jolles vom 6. April 1972,* dodis.ch/37126.
3. *Vgl. dazu das Schreiben von J.-L. Pahud an P. R. Jolles vom 27. Oktober 1970,* dodis.ch/36566; *das Schreiben von A. Fischli an P. R. Jolles vom 8. November 1971,* dodis.ch/36564 *und das Schreiben von A. Fischli an P. R. Jolles vom 18. November 1971,* dodis.ch/36565.
4. *Zu den Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit Mexiko vgl. das Schreiben von H. Hofer an J.-L. Pahud vom 22. April 1970,* dodis.ch/36569; *die Notiz von H. Hofer und H.-U. Greiner vom 10. April 1970,* dodis.ch/36568 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 2. Juli 1970 der 26. Sitzung vom 1. Juli 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 9.*
5. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an J.-L. Pahud vom 30. August 1968,* dodis.ch/32163.
6. *Zur Uhrenfrage in Mexiko vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 46,* dodis.ch/32160.

Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie die Bemühungen der Sapiam, die Inresa zu retten, im Rahmen dessen, was Ihnen verantwortbar erscheint, ermutigen und unterstützen könnten. Mit 49% schweizerischer Kapitalbeteiligung an der Inresa glauben wir, dass man Ihnen auf mexikanischer Seite eine Interessenahme nicht wird verübeln können. Der Vorschlag[7] der Inresa an das Secretaría de Industria y Comercio, mit den importierten Uhren und den mit einem hohen Integrationsansatz im Lande fabrizierten Uhren – unter Ausklammerung von Luxus- und Roskopfuhren – eine Mischrechnung anzustellen, um im Durchschnitt auf eine mit 25% integrierte inländische Uhrenerzeugung zu gelangen, scheint uns vernünftig und konstruktiv.

Wir hatten in diesen Tagen auch noch Gelegenheit, mit Direktor Retornaz das Uhrenproblem Mexiko kurz zu streifen; er teilt unsere Auffassung in der Frage der Existenz der Inresa. In seiner Begleitung befand sich Herr A. Taillard, der uns über die Uhrensituation in Mexiko und die Sorgen, die ihn vor allem wegen der Uhrmacherschule beschäftigen, unterrichtete.

Wie schwierig es für die Sapiam halten dürfte, aus dem Dilemma herauszukommen, lässt sich auch daran ermessen, dass ihr Präsident, Herr Walter Schären, gleichzeitig Generaldirektor der «General Watch Company Ltd.» (neue Fertiguhrgruppierung der ASUAG) ist, die zu ihrem runden Dutzend Uhrenfabriken Firmen wie Eterna, Era-Watch und weitere Lieferanten der Firma H. Steele zählt.

Wir haben den Eindruck, dass die Vertreter der Sapiam beim Suchen nach einer Lösung mit Schwierigkeiten kämpfen, die fast der Quadratur des Kreises gleichen. Es ist deshalb auch für uns ein Ding der Unmöglichkeit, heute schon klar zu sehen. Im Zwiespalt zwischen den Interessen der Inresa und dem schweizerischen Uhrenexport finden auch wir einstweilen keinen andern Ausweg, als nach Möglichkeit gemäss dem Grundsatz «das eine tun und das andere nicht lassen» zu handeln.

Zu Ihren Bedenken wegen einer allfälligen Einschaltung des Präsidenten der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Ortiz Mena, wäre von uns aus gesehen noch eine Klarstellung anzubringen. Wir hätten sein Mitwirken nicht in seiner Eigenschaft als ehemaliger Finanzminister Mexikos, sondern als Präsident der IDB verstanden, zu dessen Aufgaben es gehört, Auslandsinvestitionen in Lateinamerika, vor allem wenn sie als «joint ventures» aufgezogen sind und einen echten Beitrag zur Entwicklung des Landes bringen, zu unterstützen. Zudem ist der Vorschlag, sich des Falles Inresa anzunehmen, seinerzeit spontan von Ortiz Mena ausgegangen[8], ohne das geringste Drängen von unserer Seite. Man darf auch annehmen, dass der Präsident der IDB als Lateinamerikaner über das nötige Fingerspitzengefühl verfügt, um in dieser heiklen Materie den richtigen Ton zu finden. Es würde uns interessieren, ob Sie bei Ihrer ablehnenden Stellungnahme auch diese Aspekte einer Unterstützung durch Ortiz Mena in Erwägung gezogen haben.

---

7. *Eingabe der Inresa an das mexikanische Industrie- und Handelsministerium vom 6. März 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#1647* (870).

8. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an J.-L. Pahud vom 26. September 1968,* CH-BAR# E7110#1979/14#2062* (873.1).

Da wir annehmen, dass Sie über den Ausgang der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der Inresa informiert werden, erwarten wir gerne Ihren weiteren Bericht[9] in dieser Angelegenheit.

9. *Schreiben von A. Fischli an P. R. Jolles vom 8. Mai 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#1647* (870).

135

dodis.ch/35893

Proposition conjointe du Département politique et du Département militaire au Conseil fédéral[1]

EXPORTATION DE MATÉRIEL DE GUERRE VERS L'INDE ET LE PAKISTAN

Berne, 28 avril 1972

I. Entre 1961 et 1967, la maison Contraves SA a livré à l'entreprise indienne Bharat Electronics Ltd. à Bangalore 34 centrales de direction de tirs Superfledermaus pour batteries DCA en campagne[2]. La valeur totale de ces livraisons s'élève à 37 millions de francs suisses. Depuis 1962, la firme indienne fabrique ces centrales sous licence, mais certaines pièces sont produites par Contraves et livrées au fabricant indien.

Lorsque la crise pakistanaise a éclaté à fin mars 1971, nous avons décidé de remettre en vigueur l'embargo décrété le 10 septembre 1964 et levé en mai 1966[3] et d'interdire à nouveau[4] l'exportation de matériel de guerre à destination de l'Inde et du Pakistan. Cette décision se fondait sur l'Arrêté du Conseil fédéral modifiant celui qui concerne le matériel de guerre du 28 septembre 1970[5]. L'article 15, alinéa 3 de cet arrêté stipule notamment que «aucune livraison de matériel de guerre ne sera autorisée à destination de territoires où des conflits armés ont éclaté ou menacent d'éclater ou dans lesquels règnent des tensions dangereuses». L'interdiction d'exporter s'étendait au matériel de guerre défini à l'article 2 de l'Arrêté du Conseil fédéral concernant le matériel de guerre du 28 mars 1949[6].

Cependant, en juin 1971[7], à la suite d'interventions du côté indien[8], nous avons autorisé à titre exceptionnel la prolongation de permis d'exportation

1. *Proposition:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4101* (B.51.14.21.20). *Rédigée par J.-J. Indermühle, signée par R. Gnägi et P. Graber.*
2. *Cf. la notice de R. Probst à F. T. Wahlen du 27 août 1965,* dodis.ch/30905.
3. *Sur l'embargo et sa levée, cf. DDS, vol. 23, doc. 152,* dodis.ch/30895.
4. *La lettre de M. Gelzer à A. Kaech du 16 avril 1971, doss. comme note 1.*
5. *PVCF N° 1689 du 28 septembre 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#762*.
6. *PVCF N° 641 du 28 mars 1949,* dodis.ch/6460.
7. *Cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 15 juin 1971,* dodis.ch/35895.
8. *Sur la démarche de V. C. Shukla auprès de P. Graber, cf. la notice de M. Gelzer du 18 juin 1971,* dodis.ch/35896.

octroyés avant l'embargo à Contraves pour des pièces détachées à Bharat Electronics Ltd. Tout en autorisant cette exportation nous avions estimé que l'embargo devait être appliqué strictement tant que la situation dans la région demeurerait tendue. C'est dans cet esprit que nous avons par la suite refusé d'accorder des permis d'exportation pour de nouvelles livraisons destinées à l'entreprise Bharat Electronics Ltd. Pour la fabrication de centrales Superfledermaus[9].

Or, l'Ambassadeur de l'Inde[10], d'ordre de son Gouvernement, est intervenu à nouveau récemment[11] en nous demandant de revoir notre décision et d'autoriser la maison Contraves à livrer des pièces détachées à l'entreprise indienne Bharat Electronics Ltd. Les commandes en cours atteignent un montant total d'environ Fr. 1'500'000. Dans son argumentation, l'Ambassadeur faisait valoir qu'il n'y avait plus de tension entre l'Inde et le Pakistan et que les installations de Contraves produites sous licence en Inde étaient des armes purement défensives. Il rappelait en outre que les entreprises Contraves et Bharat Electronics Ltd. avaient conclu un contrat concernant la fabrication des installations et que l'embargo empêchait la firme suisse d'honorer le contrat. Enfin, l'Ambassadeur expliquait que le refus d'autoriser l'exportation de ce matériel avait des incidences sociales fâcheuses dans la région où est située la maison Bharat Electronics Ltd.

À la même occasion, l'Ambassadeur de l'Inde nous a priés d'examiner à nouveau les demandes de permis d'exportation présentées par la maison Fisba à St. Gall pour la livraison d'appareils de visées optiques destinés aux mêmes installations de direction de tirs. La valeur de cette commande atteint Fr. 190'175 et les permis ont été refusés l'année dernière[12].

Après avoir examiné la requête de l'Ambassadeur de l'Inde au sein du groupe interdépartemental pour les questions concernant le matériel de guerre[13], nous lui avons répondu[14] que les motifs qu'il avançait n'apportaient pas d'éléments nouveaux pour notre appréciation et que, dans ces conditions, nous ne pouvions pas accorder les permis demandés. Il s'agit de matériel de guerre au sens de la législation suisse et nous n'estimions pas pouvoir recommander de lever l'embargo.

II. Entre-temps, cependant, nous avons recueilli des informations qui nous amènent à une conclusion plus nuancée et à nous demander si le moment n'est pas venu de revoir notre décision et d'assouplir notre position.

Le voyage que l'Ambassadeur Keller[15], chef de la Division des organisations internationales du Département politique, vient d'accomplir à Islamabad et à la Nouvelle-Delhi confirme l'impression que la tension entre le Pakistan et l'Inde

9. *Cf. la notice de J.-J. Indermühle du 27 octobre 1971,* dodis.ch/35897.
10. *A. Singh.*
11. *Lettre de A. Singh à M. Gelzer du 7 mars 1972, doss. comme note 1.*
12. *Cf. la lettre de J.-L. Grognuz à FISBA du 14 mai 1971, doss. comme note 1.*
13. *Cf. le procès-verbal de la réunion du 8 mars 1972,* dodis.ch/35790.
14. *Lettre de M. Gelzer à A. Singh du 29 mars 1972, doss. comme note 1.*
15. *Sur le voyage de R. Keller, cf. doc. 126,* dodis.ch/35309, *note 14.*

a fortement diminué et qu'il y a de part et d'autre une volonté de renouer le contact en vue d'une rencontre à un niveau élevé entre les dirigeants de l'Inde et du Pakistan. Par ailleurs, l'Ambassadeur de Suisse en Inde nous apprend[16] que la Suède autorise à nouveau l'exportation de pièces dont l'Inde a besoin pour la fabrication de matériel de guerre. Ainsi, à titre d'exemple, la maison indienne qui fabrique sous licence des canons DCA Bofors peut à nouveau se procurer des pièces en Suède. De même, la République fédérale d'Allemagne, qui avait imposé un embargo total lorsque la crise pakistanaise a éclaté l'année dernière, adopte maintenant une position similaire à celle de la Suède. Dès lors, les autorités indiennes comprendraient mal que nous maintenions notre refus et elles pourraient en prendre ombrage, par exemple en prenant des mesures à l'encontre des maisons suisses sur le plan commercial, éventualité à laquelle l'Ambassadeur de l'Inde a fait allusion.

Comme il ressort des faits que nous avons exposés, nous avons appliqué, au cours des 12 derniers mois, des critères sévères dans l'examen des demandes d'exportation à destination de l'Inde. Dans notre nouvelle appréciation, nous prenons en considération les facteurs suivants:

1. Arguments en faveur d'un assouplissement de notre position.

– La tension entre l'Inde et le Pakistan a diminué et nous avons constaté une volonté de renouer les contacts qui déboucheraient sur une rencontre entre les chefs d'État indien et pakistanais.

– Les pièces livrées sont du matériel électronique et ne représentent que 16% du produit terminé, ce qui permet à notre avis d'appliquer des critères plus souples.

– Les contrats pour la livraison des pièces détachées ont été conclus dès 1962, c'est-à-dire bien avant le récent conflit.

– D'après les renseignements dont nous disposons, la Suède et la République fédérale d'Allemagne ont repris leurs livraisons de certaines catégories de matériel de guerre.

– Notre rôle de puissance protectrice nous oblige à évaluer avec une certaine confiance les intentions politiques pacifiques de l'Inde et du Pakistan, pays qui nous ont chargés mutuellement de la sauvegarde de leurs intérêts.

2. Arguments contre l'assouplissement de notre position.

– Il s'agit de livraisons à un pays en voie de développement[17] et nous nous sommes engagés à appliquer des critères plus sévères dans pareils cas.

– Les débats concernant l'initiative populaire pour un contrôle renforcé des industries d'armement et l'interdiction d'exportation d'armes ne sont pas terminés et le projet de loi du Conseil fédéral n'a pas encore franchi l'obstacle de la votation populaire[18].

– Nos exportations de matériel de guerre font l'objet de critiques de la part de divers milieux politiques et ecclésiastiques suisses.

– Nous constatons d'autre part que les critiques qui ont été faites l'année dernière contre les exportations de matériel de guerre au Pakistan ne concer-

16. *Lettre de F. Real à E. Thalmann du 27 mars 1972, doss. comme note 1.*
17. *Cf. doc. 125,* dodis.ch/35694.
18. *Cf. doc. 68,* dodis.ch/35692, *note 10.*

naient que de petites livraisons d'armes et de munitions avant l'introduction de l'embargo, alors qu'aucune mention n'a jamais été faite au sujet des importantes livraisons à l'Inde d'installations de direction de tirs; ceci nous semble justifier un certain optimisme quant aux risques de réactions défavorables dans l'opinion publique si nous accordions les permis d'exportation demandés.

III. Enfin, au cas où les permis seraient accordés pour le matériel destiné à l'Inde, il faudrait revoir dans un sens positif la question des machines à chiffrer Crypto pour le Pakistan, affaire qui avait fait l'objet d'un recours au Conseil fédéral à la fin de l'année dernière[19]. Le montant de la commande est de Fr. 1'594'000. Dans votre décision du 23 décembre 1971, vous aviez confirmé le refus d'autoriser l'exportation de ces machines et rejeté le recours de Crypto SA. Dans son exposé des motifs de rejet, le Département fédéral de justice et police avait relevé que des exceptions à l'embargo n'avaient été faites dans la pratique qu'en ce qui concerne la quantité du matériel (nombre et valeur) et en rapport avec le degré de tension. Tenant compte de ces arguments et du fait que les machines à chiffrer ne sont du matériel de guerre qu'au sens large du terme («weiches Kriegsmaterial»), nous pensons que le moment est aussi venu d'assouplir notre position dans ce cas. Nous ne pourrions d'ailleurs pas accorder des permis pour l'Inde et en même temps en refuser pour le Pakistan.

IV. Pour les motifs que nous avons exposés, nous avons l'honneur de proposer que le Conseil fédéral

1. prenne connaissance de ce rapport en l'approuvant;
2. maintienne l'embargo sur les exportations d'armes et de munitions à destination de l'Inde et du Pakistan;
3. autorise en revanche l'exportation vers l'Inde de pièces détachées pour installations de direction de tirs Contraves et d'appareils de visées optiques Fisba;
4. autorise également la livraison au Pakistan de machines à chiffrer Crypto[20].

---

19. *Cf. le PVCF N° 2254 du 23 décembre 1971,* dodis.ch/35898.

20. *Le Conseil fédéral a renvoyé la proposition le 10 mars 1972. Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/35893. *Pour la suite donnée à cette affaire, cf. la proposition conjointe du Département politique et du Département militaire du 31 août 1972,* dodis.ch/35894, *dont la décision a été reportée par le Conseil fédéral. Pour la décision finale positive en ce qui concerne l'Inde, cf. le PVCF N° 2300 du 15 décembre 1972,* dodis.ch/35805, *p. 12 et pour la discussion au sein du Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II du 5 juin 1972 de la 22ème séance du 5 juin 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*, *p. 3. Sur la question de la livraison au Pakistan de machines à chiffrer de Crypto, cf. la notice de J.-J. Indermühle à M. Gelzer du 1er juin 1972,* dodis.ch/36871.

136

dodis.ch/35552

Der Chef der Auslandschweizerangelegenheiten, M. Jaccard, an den Generalsekretär des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

KONSULARKONFERENZEN IN OTTAWA UND WASHINGTON[2]

Bern, 2. Mai 1972

Meine Eindrücke von den Konsularkonferenzen in Kanada und den USA fasse ich wie folgt zusammen:

1. Positiver Verlauf der Konferenz. Gute Stimmung, erfreuliches Mitmachen der Teilnehmer (von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen).

2. In Kanada hatten wir meines Wissens bisher überhaupt nie eine Konsularkonferenz. In den USA fand die letzte vor 4 Jahren statt[3]. Dieser Zeitraum ist meines Erachtens zu gross. Während wir in Frankreich eher zu häufig Konsularkonferenzen veranstalten, sind wir auf dem nordamerikanischen Kontinent zu bescheiden.

3. Das in den USA und Kanada eingeführte System der Honorarkonsuln[4] hat sich meines Erachtens bewährt, macht aber gerade die Veranstaltung von derartigen Konferenzen unerlässlich. Wir können von den Honorarkonsuln nicht nur etwas verlangen, sondern müssen sie auch in den verschiedensten Formen unterstützen. Die Honorarkonsuln erfüllen ihre Verpflichtungen mit Einsatz und sogar mit Begeisterung. Im Durchschnitt wenden sie täglich 1 Stunde ihrer Arbeitszeit für das Konsulat auf. Wie sich die Dinge auf die Dauer entwickeln werden, ist eine offene Frage. Da es sich durchwegs um Mitbürger handelt, die schon beruflich stark angespannt sind, wäre es nicht unbedingt überraschend, wenn es da und dort zu Schwierigkeiten käme. Vielleicht besteht die Lösung darin, dass wir – nach dem Muster Boston – dem Honorarkonsul[5] halbtäglich eine Sekretärin zur Verfügung stellen.

4. Nach wie vor fällt auf, dass die Berufskonsulate mit administrativen Angelegenheiten überlastet sind. Gelegentlich scheint der helvetische Perfektionismus vorzuherrschen. Wie dem auch sei, sollte systematisch und von höherer Warte aus untersucht werden, was getan werden kann, um die Flut von administrativen Arbeiten aller Art einzudämmen. Ein gewisser Anfang ist auf dem Gebiete der Militärkontrolle und des Militärpflichtersatzes getan worden. Es gibt aber wohl andere Gebiete, die es verdienen würden, unter dem Gesichtspunkte de lege ferenda untersucht zu werden. Hie und da hatte ich den Eindruck, auch auf kommerziellem und touristischem Gebiete werde

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2004B#1982/69#763* (a.726.1). *Handschriftliche Marginalie:* Besten Dank.
2. *Zur Konsularkonferenz in Ottawa am 12.–13. April 1972 vgl. die Protokolle von E. Bernath vom 2. Mai 1972,* dodis.ch/35646 *sowie von A. Lacher vom 2. Mai 1972,* dodis.ch/35798.
3. *Zur Konsularkonferenz in Washington, D. C. vom 8. bis 13. Mai 1968 vgl. Doss. wie Anm. 1.*
4. *Vgl. den Bericht von M. Jaccard vom 5. Juli 1968, Doss. wie Anm. 1.*
5. *F. Homburger. Zur Organisation des Konsulats in Boston vgl. Doss. wie Anm. 1.*

gearbeitet, wie wenn es darum ginge, eine Wirtschaftskrise zu meistern und den Export um jeden Preis zu fördern.

5. Sowohl in Ottawa wie in Washington hatte ich auf den Aussenministerien mit den Claims Offices einen Gedankenaustausch über internationale Wiedergutmachungsprobleme[6].

6. Den Algerian Desk des Staatsdepartements habe ich kurz über den Stand des Falles Juillard[7] orientiert.

---

6. *Vgl. dazu den Bericht von M. Jaccard vom 14. Januar 1971,* dodis.ch/37158 *sowie die Notiz von M. Jaccard vom 19. April 1972,* CH-BAR#E2010A#1999/250#999* (B.34.66.0.1).

7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 137,* dodis.ch/33712, *Anm. 10 und DDS, Bd. 25, Dok. 75,* dodis.ch/35769, *Anm. 9 und 11.*

137

dodis.ch/35508

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

JAPAN (BESUCH DES NEUEN JAPANISCHEN BOTSCHAFTERS[2] AM 8. MAI 1972)

[Bern,] 5. Mai 1972

1. Allgemeines

Japan hat innert 20 Jahren – noch ausgesprochener als die BRD – durch Ausdauer, Fleiss und mit amerikanischer Unterstützung einen einmaligen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Mit seinen rund 110 Millionen Einwohnern ist das Inselreich im Laufe der letzten Jahre, hinter den USA und der Sowjetunion, zur drittgrössten Industriemacht der Welt, zur zweitgrössten des Westens sowie zur 4. Welthandelsnation herangewachsen (die Schweiz steht vergleichsweise als Welthandelsnation im 10. Rang der wichtigsten Industrieländer). Dies ist umso bemerkenswerter, als Japan sozusagen über keine eigenen Rohstoffe verfügt und diese von weither (Rohöl) importieren muss. Der Umstand, dass Japan bisher unter dem amerikanischen Schirm praktisch noch kaum eigene Wehranstrengungen unternehmen musste und – wiederum ähnlich der BRD – auch weltpolitisch noch wenig Verantwortung trägt, förderte ebenfalls die Konzentration aller Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau. Zwar treten nun auch in Japan erhebliche Inflationserscheinungen auf (1971 Preise + 6,1% und Löhne + 13,4%). Die gleichzeitige jährliche Expansion des Bruttosozialprodukts von mindestens 10% übersteigt aber die Inflationsrate um etwa das Doppelte und wirkt damit ausgleichend. 1971 verlangsamte sich nun der japanische Boom merklich, ohne jedoch in eine wirkliche Rezession umzuschlagen; Ausfuhr, Überschuss von Handels- und Zahlungsbilanz und die Währungsreserven nahmen stark zu und

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1983/13#1926* (877.3). *Im Auftrag von R. Probst von J.-E. Töndury unterzeichnet. Kopien an W. Guldimann, P. R. Jolles, P. Languetin, R. Probst, P. Bratschi, A. Steinemann und J.-E. Töndury.*

2. *K. Ikawa.*

der Yen musste um 16,8% gegenüber dem US-$ und um rund 2,6% gegenüber dem SFr. aufgewertet werden[3]. Aber seit Anfang 1972 spricht man bereits davon, dass der Yen ein zweites Mal aufgewertet werden könnte.

2. Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Japan[4]

Nach den fünf massgebenden Seemächten des 19. Jahrhunderts war die Schweiz als kleines Binnenland der sechste Staat, der 1864 mit Japan einen Handels- und Freundschaftsvertrag[5] abschloss und dessen Kaufleute dort Fuss fassten. Heute ist Japan unser 2. überseeischer Handelspartner (nach den USA) und unser 1. Partner in Asien. Die Handelsbilanz war bis Ende 1970 für uns regelmässig aktiv und es zeigt sich hier einmal mehr, dass unsere besten ausländischen Kunden nicht die wenig entwickelten, sondern die modernen Industriestaaten sind. Mit 698,5 Millionen Franken erreichte unsere A*usfuhr* 1970 Rekordhöhe; wichtigste Posten waren dabei die Erzeugnisse unserer Maschinen- und unserer chemisch/pharmazeutischen Industrie mit je rund 35% und unserer Uhrenindustrie mit 17% des Totals. Die *Einfuhr* aus Japan belief sich demgegenüber auf 615 Millionen, wobei Maschinen, Fahrzeuge, Instrumente und Apparate (EDV) mit über 58% weitaus überwogen. Im Durchschnitt betrug die Zunahme des Handelsvolumens gegenüber 1969 rund 30%. *1971* stieg die Einfuhr auf 762 Millionen Franken (+ 24%!), während unsere Ausfuhr noch 672 Millionen (– 4%) erreichte und unsere Handelsbilanz mit Japan zum ersten Mal seit 1953 wieder passiv wurde. Hochkonjunktur in der Schweiz und (teilweise) die Aufwertung des SFr. im Mai 1971[6] sowie das Nachlassen des japanischen Wirtschaftsbooms dürften für diese Entwicklung verantwortlich sein, während die Aufwertung des Yen bis jetzt keine sichtbare Bremswirkung auf die japanischen Ausfuhren nach der Schweiz auszuüben scheint.

Kaum weniger beachtlich ist für uns Japans Rolle im Sektor der *Invisibles*[7]. Obwohl die Japaner namentlich auf dem Gebiete der Elektronik und der Miniaturisierung schon hervorragende eigene Leistungen verzeichnen, sind sie über weite Strecken immer noch von fremdem know how abhängig. Dieser stammt überwiegend aus den USA. Im dritten Rang der ausländischen Lizenzgeber, nach der Bundesrepublik, aber weit vor Grossbritannien und Frankreich, taucht indessen schon die Schweiz auf. Da zudem Lizenzverträge oft zur Beteiligung an japanischen Gesellschaften Anlass geben und schweizerische Unternehmen (namentlich die traditionellen Ostasienfirmen und solche der chemischen, pharmazeutischen, Lebensmittel- und Maschinenbranche) auch sonst in Japan aktiv sind, gilt die Schweiz hinter den USA weiterhin als zweitgrösster ausländischer Investor. Im Gegensatz zur Handelsbilanz ist unsere *Zahlungsbilanz* mit Japan somit stark aktiv.

---

3. *Zur Finanz- und Wirtschaftslage in Japan vgl. das Schreiben von Ch. Zogg an P. R. Jolles und P. A. Nussbaumer vom 27. Oktober 1971,* dodis.ch/35530.
4. *Vgl. dazu auch den Bericht von E. Stadelhofer vom 21. Juni 1971,* dodis.ch/35526.
5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 25,* dodis.ch/32485, *Anm. 3.*
6. *Zur Aufwertung des Schweizerfrankens vom 8. Mai 1971 vgl. Dok. 72,* dodis.ch/35737.
7. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 25,* dodis.ch/32485.

Pro memoria sei die schweizerische Teilnahme an der *Weltausstellung 1970 in Osaka*[8] (Delegation Bundesrat Gnägi) erwähnt, sowie unsere beachtete Teilnahme an der diesjährigen *Winterolympiade in Sapporo*[9].

3. Besondere Probleme

Trotz seines beeindruckenden wirtschaftlichen Fortschrittes ist Japan in mancher Hinsicht rückständig geblieben. Etwas überspitzt pflegt man zu sagen, dass es zwar zu den modernsten Industriestaaten gehört, aber noch in Vielem die Wirtschaftspolitik eines Entwicklungslandes betreibe. Daraus entstehen auch für uns einige Spezialprobleme:

a) Importbeschränkungen

Solche wurden zur Abschachtelung des japanischen Marktes auf einer grossen Anzahl ausländischer Produkte aufrechterhalten und werden nun langsam abgebaut. Zurzeit umfassen sie noch rund ein Dutzend Zollpositionen, darunter, was uns betrifft, namentlich Schmelzkäse, Kondensmilch, Schuhe und verschiedene Präzisionsmaschinen und -apparate[10].

Auch die «Non-Tariff Barriers» spielen noch eine ungebührlich grosse Rolle im Arsenal der japanischen Einfuhrbeschränkungen.

b) Zölle

Trotz GATT, Kennedy-Runde usw. sind die japanischen Einfuhrzölle immer noch hoch und in sehr vielen Fällen höher als die unsrigen.

c) Investitionsbeschränkungen

Ausländische Investitionen, denen auch Lizenzverträge zugerechnet werden, bedürfen der Validierung durch die japanischen Behörden. Die Validierungspraxis ist trotz gewisser Lockerungen, vor allem aus Furcht vor der übermächtigen amerikanischen Einflussnahme, immer noch zurückhaltend, wenngleich Fortschritte in Richtung einer grösseren Liberalisierung zu verzeichnen sind[11]. Gleiches gilt für die japanischen Investitionen im Ausland.

d) Bankfilialen

Die «Bank of Tokyo» wurde ermächtigt, in der Schweiz eine Filiale zu eröffnen[12]. Gemäss dem neuen Bundesbeschluss vom 21. März 1969[13] über

---

8. *Vgl. dazu die Rede von R. Gnägi vom 24. April 1970,* dodis.ch/35528 *und den Bericht von M. Troendle vom 31. Juli 1971,* dodis.ch/35527. *Zur Zusammensetzung der Delegation für den offiziellen Tag der Schweiz vgl. das BR-Prot. Nr. 164 vom 28. Januar 1970,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#754* (4.11).
9. *Vgl. dazu das Schreiben von G. E. Bucher an A. Janner vom 21. Februar 1972,* dodis.ch/35509.
10. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1982/108#1984* (842.0); CH-BAR#E7110#1982/108#1985* (842.1); CH-BAR#E7110#1982/108#1986* (842.2); CH-BAR#E7110#1983/13#1893* (841.0) *und* CH-BAR#E7110#1983/13#1895* (842.0).
11. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1982/108#2013* (892.1).
12. *BR-Prot. Nr. 2226 vom 21. Dezember 1970,* dodis.ch/35516.
13. Bundesbeschluss über die Bewilligungspflicht für ausländisch beherrschte Banken *vom*

die Bewilligungspflicht für ausländisch beherrschte Banken muss Japan hiefür die Reziprozität gewähren. In diesem Sinne konnte der SBV 1971 eine Filiale Tokio eröffnen. Ausserdem bewerben sich weitere Schweizerbanken (in erster Linie die Bankgesellschaft) um eine Niederlassung in Japan[14]. Nachdem nun dieser Tage auch der japanischen Fujibank die nötige Ermächtigung erteilt wurde, ist anzunehmen, dass die SBG die entsprechende Bewilligung bald erhalten wird, sich in Japan niederzulassen. Weitere japanische und schweizerische Banken warten darauf, ähnliche Bewilligungen zu erhalten oder zumindest eine Vertretung eröffnen zu dürfen (Dai-Ichi-Bank, SKA, usw.)[15].

e) Imitationen

Obwohl auf dem Gebiete der Bekämpfung unzulässiger Imitationen, namentlich im Textil- und Maschinensektor, grosse Fortschritte erzielt wurden, bereitet uns diese Frage immer noch einige Schwierigkeiten, zurzeit vor allem im Uhrensektor[16]. Mit Hilfe des japanischen Aussenhandels- und Industrieministeriums sollten aber auch hier befriedigende Lösungen gefunden werden können.

f) Dumping

Trotz Yen-Aufwertung bedeuten die japanischen Preisunterbietungen weiterhin eine potentielle Gefahr. Die Schweiz hat deshalb japanische Textilien seit 1961 der Preiszertifizierung unterworfen. Diese können ohne Mengenbeschränkung importiert werden, dürfen aber die schweizerischen Notierungen nicht um mehr als einen gewissen Prozentsatz (20–30%) unterschreiten[17]. Abgesehen von dieser preispolizeilichen Massnahme, der ohnehin kaum noch grössere praktische Bedeutung zukommt, gewährt die Schweiz Japan die volle Meistbegünstigung für alle Importe.

g) Doppelbesteuerung

Es gelang nach langem Unterhandeln, 1971 mit Japan ein Doppelbesteuerungsabkommen[18] abzuschliessen, das angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen von besonderem Nutzen sein wird.

---

21. März 1969, BBl, 1969, I, S. 614–617. Vgl. dazu auch DDS, Bd. 24, Dok. 97, dodis.ch/33020.

14. *Vgl. dazu Dok. 117,* dodis.ch/35515.

15. *Vgl. dazu das Schreiben von Ch. Zogg an P. A. Nussbaumer und P. R. Jolles vom 18. August 1971,* dodis.ch/35521.

16. *Vgl. z. B. das Schreiben von Ch. Zogg an P. R. Jolles vom 22. September 1971,* dodis.ch/35510. *Vgl. auch Dok. 34,* dodis.ch/35524.

17. *Zur Textil-Preiszertifizierung vgl. die Notiz von R. Probst vom 27. August 1970,* dodis.ch/ 35511.

18. Abkommen zwischen der Schweiz und Japan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen *vom 19. Januar 1971, AS, 1971, S. 1720–1736. Zu den Verhandlungen vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 92,* dodis.ch/31443, *Punkt 6; DDS, Bd. 24, Dok. 25,* dodis.ch/32485, *bes. Anm. 24; das BR-Prot. Nr. 858 vom 13. Mai 1970,* dodis.ch/35237 *sowie den Bericht von K. Locher vom 24. August 1970,* dodis.ch/35238.

h) Swissair

Mit etlicher Mühe konnte 1968 ein vierter Swissairflug nach Tokio erwirkt werden[19]. Heute gehen die Bestrebungen dahin, nachdem in der Zwischenzeit mit der Sowjetunion eine grundsätzliche Einigung erzielt werden konnte, die Japaner zur Zulassung eines direkten Fernostkurses via Sibirien zu bewegen. Ferner ist die Frage des Überganges von DC 8 auf DC 10 zurzeit noch offen.

Es ist zu hoffen, dass im Laufe der diesen Herbst stattfindenden Verhandlungen eine Lösung gefunden werden kann[20]. Der neue japanische Botschafter in Bern war verschiedene Male Delegationschef bei Luftverkehrsverhandlungen und kennt somit diese Probleme und die hartnäckige Opposition der japanischen Luftverkehrsgesellschaft JAL bestens. Es könnte nützlich sein, ihm bereits beim jetzigen Besuch unser Interesse an einem befriedigenden Verhandlungsausgang zu bestätigen.

Biographie von Botschafter Ikawa liegt bei.

19. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 25,* dodis.ch/32485, *bes. Anm. 23.*

20. *Zu den Verhandlungen mit den japanischen Luftfahrtbehörden vgl. den Bericht von W. H. Frei vom 2. Oktober 1972,* dodis.ch/35512.

138

dodis.ch/35771

Le Chargé d'affaires a. i. de Suisse à Tripoli, J.-M. Déboeuf, à la Division des affaires juridiques du Département politique[1]

NATIONALISATION DES MÉDICAMENTS

Confidentiel Tripoli, 2 juin 1972

Je vous confirme mon message[2] d'autre part à ce propos, ainsi que ma lettre du 30 mai dernier[3]. Les représentants des principales marques suisses de la branche, après m'avoir expliqué le mécanisme et les conséquences de cette nationalisation, ont mis en évidence les risques actuellement encourus

1. *Lettre:* CH-BAR#E 2001(E)-01 1991/17 vol. 947 (B.34.66.Libye.0). *Première notice manuscrite jointe de J.-P. Ritter à M. Gelzer:* Il me semble qu'une éventuelle communication aux industries chimiques (si vous la jugez utile) serait de la compétence de votre service. Nous sommes naturellement à votre disposition pour l'examen après coup des problèmes juridiques que peut poser cette nationalisation. N. B: Procter et Gamble est américain. *Deuxième notice manuscrite jointe de M. Gelzer à A. R. Hohl:* Eine erste Weiterleitung in dieser Sache habe ich an «Gesellschaft für Chemische Industrie» weitergegeben. Man kann sich fragen, ob nun – nachdem die einzeln Firmen bekannt sind – nicht diese «angeschrieben» werden sollten. Einfacher ist es allerdings, so lange wie möglich mit einer Stelle zu korrespondieren.

2. *Télégramme N° 14 de l'Ambassade de Suisse à Tripoli au Département politique du 1er juin 1972*, CH-BAR#E7110#1983/13#1228* (863.0.1).

3. *Lettre de J.-M. Déboeuf à la Division du commerce du Département de l'économie publique du 30 mai 1972*, CH-BAR#E7110#1983/13#1231* (867.3).

et m'ont convaincu de la nécessité d'aviser dans le but de protéger les intérêts suisses en danger[4].

Une organisation étatisée[5] a rapidement été constituée avec mission immédiate de saisir à la source tous les médicaments en stock dans le pays ainsi que tous les nouveaux arrivages. Elle a séquestré toutes les archives et les livres de comptabilité, bloqué les comptes bancaires, établi un réseau de surveillance étroite de l'arrivée du courrier et intercepte toute communication. D'importantes sommes sont en jeu: Ciba à elle seule est engagée pour environ LiD 80'000 (FS 950'000).

La méthode employée diffère totalement de celles mises en pratique en pareil cas dans les pays voisins, de sorte qu'il n'est pas possible, pour l'instant, de prévoir les futurs développements et d'éviter ainsi de grands déboires possibles. L'unique voie à suivre est donc celle de la suppression de tout contact pour ne pas donner de prise aux fonctionnaires chargés de l'affaire. C'est pourquoi il est très important de couper totalement tout trafic épistolaire, téléphonique et télégraphique, aussi bien que de s'abstenir de répondre à quelque question que ce soit. Quoiqu'en l'état des choses ce ne soit pas indispensable, au cas où l'envoi d'un observateur serait envisagé, je pense que celui-ci devrait, avant tout, prendre contact avec l'ambassade et voyager sans dossier car il sera étroitement surveillé dès son arrivée. Je vous tiendrai au courant des développements au fur et à mesure qu'ils me seront connus.

À toute bonne fin, je vous communique ci-après la liste des maisons suisses qui, à ma connaissance, sont en relations d'affaires[6] avec la Libye: Galactina & Biomalt, Belp; Baeschlin AG, Winterthur; Vifor SA, Carouge-Genève; Siegfried AG, Zofingen; Serum- & Impfinstitut, Bern; Hoffmann-La Roche, Basel; Ciba-Geigy, Basel; Sandoz, Basel; Medinova AG, Zürich; (Solco) Heinz Kremo, Binningen; Procter & Gamble, Glarus; Wander AG, Basel[7].

---

4. *Sur les mesures prises pour protéger les Suisses de Libye, cf. la notice de R. Stoudmann à Ch. Gander du 16 janvier 1970,* dodis.ch/36979.

5. *Sur la National Pharmaceuticals Company instituée le 29 mai 1972, cf. la lettre de E. Moser à la Société suisse des industries chimiques du 1er juin 1972*, CH-BAR#E2200.165A#1993/272#68* (512.32).

6. *Sur d'autres entreprises suisses actives en Libye, cf. le rapport de Ch. Gander à E. Thalmann du 9 avril 1971,* dodis.ch/36978.

7. *Sur les conséquences de ces décisions, cf. doss.* CH-BAR#E2200.165A#1993/272#68* (512.32).

139

dodis.ch/36020

Télégramme de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève à la Division des affaires politiques et à la Division des organisations internationales du Département politique[1]

FERMETURE DE LA MISSION DE TAÏWAN

Genève, 7 juin 1972, 12 h 00

Je viens de recevoir l'Ambassadeur Cheng, qui était préparé à l'objet de notre entretien. Il a abordé lui-même la question et n'a fait aucune difficulté pour les dispositions à prendre. Nous sommes convenus que la mission serait fermée le 30 juin et que les membres de la mission quitteraient le territoire suisse le 31 juillet au plus tard[2]. Ce délai leur permettra de prendre toutes mesures nécessaires: résiliation des baux, préparation du déménagement, vente ou exportation de voitures, paiement de factures, etc. Les cartes de légitimation et les plaques de voiture seront remises à cette mission au fur et à mesure des départs, au plus tard à fin juillet. Jusqu'à la remise de ces cartes, les diplomates de Taïwan continueront à jouir des privilèges et immunités qui y sont rattachés. Pour ce qui le concerne plus particulièrement, l'Ambassadeur Cheng a demandé des instructions à son Gouvernement au sujet de son affectation future. Lui-même désire, après 40 ans de service, retourner dans son pays. J'aborderai encore sous le paragraphe suivant la question de son affectation.

Relations commerciales entre Taïwan et la Suisse

M. Cheng a relevé l'importance du développement économique de son pays qui constitue un partenaire non négligeable pour la Suisse[3]. Il invite les autorités fédérales à se pencher sur cet aspect de nos relations dans l'intérêt d'entreprises suisses, comme BBC[4] et d'autres. Comme il mentionnait la possibilité de créer un centre à Zurich, principal centre économique de Suisse, qui, en dehors de toute politique, se consacrerait uniquement aux questions

---

1. *Télégramme N° 17 (copie de réception):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2853* (B.25.61.1). *Copie au Bureau de l'Observateur de la Suisse auprès des Nations Unies à New York.*
2. *Sur l'admission de la République populaire de Chine à l'ONU en remplacement de Taïwan le 25 octobre 1971, cf. doc. 102,* dodis.ch/34306. *Sur la fermeture de la Mission permanente de Taïwan auprès de l'Office des Nations Unies à Genève, cf. le télégramme N° 34 de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève à la Division des organisations internationales du Département politique du 29 octobre 1971,* dodis.ch/34456 *et la notice de R. Keller à E. Thalmann du 21 mars 1972,* dodis.ch/34457. *Sur l'ouverture de la Mission permanente de la République populaire de Chine auprès de l'Office des Nations Unies à Genève, cf. la lettre de la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève à l'Office des Nations Unies à Genève du 9 août 1972,* dodis.ch/34458.
3. *Cf. la notice de P.-A. Ramseyer du 31 mai 1972,* dodis.ch/36022. *Sur la position de l'Ambassade de la République populaire de Chine à Berne à l'égard d'une mission commerciale de Taïwan en Suisse, cf. la notice de P. Thévenaz à H. Miesch du 7 mars 1972,* dodis.ch/36023.
4. *Cf. le PVCF N° 387 du 28 février 1972,* dodis.ch/36021.

commerciales, je me suis inspiré de votre note[5] du 5 juin pour répondre que l'établissement en Suisse d'un bureau officiel serait exclu. En ce qui concerne un bureau de caractère privé, j'ai laissé la porte ouverte en précisant que la décision dépendrait des autorités fédérales compétentes.

M. Cheng m'a affirmé n'avoir présenté aucune demande d'entretien avec un fonctionnaire quelconque à Berne. Il a prétendu également n'avoir aucune connaissance d'une proposition tendant à lui ménager un entretien avec un fonctionnaire fédéral et moi-même à Genève. Mais il s'est déclaré prêt à avoir une entrevue, soit ici, soit à Zurich, avec un représentant des autorités fédérales habilité à donner une réponse soit négative soit positive en ce qui concerne le statut d'un bureau. Si un bureau de caractère privé devait être établi, il n'entrerait nullement dans les intentions du Gouvernement de Formose de lui donner peu à peu un caractère ou une activité officiels.

Je lui ait dit sans engagement que je vous ferais rapport et que si j'obtenais une réaction de votre part je reprendrais contact avec lui. J'ai cru néanmoins devoir préciser d'ores et déjà qu'il serait peu vraisemblable que sa désignation à un titre quelconque au sein d'un bureau privé soit admise, étant donné les fonctions officielles qu'il a revêtues pendant longtemps à Genève. J'ai pensé ainsi prévenir indirectement toute intention de sa part de louer un appartement à Zurich.

Il a également évoqué la question des visas et demandé que les autorités suisses examinent avec bienveillance les demandes qui leur seraient présentées[6], celles-ci étant dénuées de toute arrière-pensée politique. Il n'a même pas mentionné les passeports diplomatiques. En ce qui concerne la demande de visa présentée par un ressortissant de Formose à notre Consulat général à New York, il s'agit d'un interprète des Nations Unies, qui n'a par conséquent rien à faire avec le service extérieur de son pays.

J'ai répondu qu'à mon avis et selon toute vraisemblance, la question des visas ne soulèverait aucune difficulté.

Je vous laisse le soin d'examiner[7] avec la Division du commerce l'ouverture faite par M. Cheng en ce qui concerne nos relations commerciales et de me faire tenir vos instructions afin que, si telle devait être votre conclusion, un entretien puisse avoir lieu soit à Genève, soit à Zurich.

M. Cheng m'a prié de vous transmettre sa reconnaissance pour l'hospitalité qui a été accordée à sa mission à Genève au cours des dix années écoulées.

---

5. *Notice de H. Miesch du 5 juin 1972, doss. comme note 1.*
6. *Sur cette question, cf. la notice de G. F. Pedotti du 29 septembre 1972, doss. comme note 1.*
7. *Cf. la lettre de H. Miesch à P. R. Jolles du 17 janvier 1973, doss. comme note 1.*

140

dodis.ch/35401

Interne Notiz des Politischen Departements[1]

ZUSAMMENFASSUNG DES REFERATS[2], WELCHES HERR DR. E. STOPPER, PRÄSIDENT DES DIREKTORIUMS, AM 28. APRIL 1972 AN DER GENERALVERSAMMLUNG DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK GEHALTEN HAT

Bern, 8. Juni 1972

I. Zum Aufstieg und Niedergang des Dollar-Gold-Exchange Standards

Entgegen weitverbreiteter Ansicht ist am 15. August 1971[3] nicht das Währungssystem als solches zusammengebrochen, sondern vielmehr die Vorstellung, dass dieses auf dem Dollar-Gold-Exchange Standard beruht habe. Tatsächlich hat es jedoch praktisch von Anfang an wie ein Dollarstandard funktioniert.

Im Laufe des Jahres 1971 wurde die Kluft zwischen Wirklichkeit und Vorstellungswelt immer grösser und die formelle Inkonvertibilitätsverkündung vom 15. August 1971 sowie die gleichzeitige Erklärung Präsident Nixons, der Dollar sei überbewertet, verursachten einen währungspolitischen Erdrutsch. Eine allgemeine Flucht aus dem Dollar drohte, gegen die sich die übrigen Industrieländer durch das Floating zu schützen suchten.

Das Realignment vom 18. Dezember 1971[4] brachte Wechselkursanpassungen des Dollars im Verkehr mit den meisten Industrieländern im Umfange von ca. 12%. Die Rückkehr zu festen Wechselkursen bedeutete vorerst die Anerkennung des Dollarstandards, obwohl das Realignment als erste Etappe zu einer Währungsreform gedacht ist, welche sukzessive vom Dollarstandard wegführen soll.

Der sogenannte Dollar-Gold-Standard war das Ergebnis einer jahrzehntelangen wirtschaftlichen Hegemonie der Vereinigten Staaten sowie der durch den zweiten Weltkrieg bewirkten Konzentration des monetären Goldbesitzes auf diesen Staat. Der Dollar wurde zum internationalen Zahlungsmittel und

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1414* (C.41.121.0). *Verfasst von Th. Wernly.*
2. *Referat von E. Stopper vom 28. April 1972,* dodis.ch/35454.
3. *Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 19. August 1971 der ausserodentlichen Sitzung vom 16. Augsut 1971,* dodis.ch/37069; *das Protokoll Nr. 800 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 19. August 1971,* dodis.ch/36747; *das BR-Beschlussprot. II vom 23. August 1971 der 27. Sitzung vom 18. August 1971,* dodis.ch/37070; *das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer an die Schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 27. August 1971,* dodis.ch/35457; *das BR-Beschlussprot. II vom 31. August 1971 der ausserordentlichen Sitzung vom 23. August 1971,* dodis.ch/37071 *sowie das Referat von A. Hay an der Botschafterkonferenz vom 30. August 1972,* dodis.ch/34604. *Zur Reform des internationalen Währungssystems vgl. ferner Dok. 128,* dodis.ch/35739.
4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 118 von G. E. Bucher an das Politische Departement vom 20. Dezember 1971, Doss. wie Anm. 1 sowie das Telegramm Nr. 890 von F. Schnyder an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 23. Dezember 1971,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1406* (C.41.111.0).

die nichtamerikanischen Notenbanken begannen ihre während des Krieges geschrumpften Reserven durch den Erwerb von Dollars zu äufnen.

Die Erstarkung der ausseramerikanischen Reserven setzte ein chronisches amerikanisches Zahlungsbilanzdefizit voraus, welches von den Vereinigten Staaten im Interesse der Wiederherstellung der Konvertibilität der wichtigeren Währungen begünstigt wurde. Dank diesem Defizit erreichten Ende der fünfziger Jahre die Währungsreserven der meisten Industrieländer einen Stand, der die Rückkehr zur Konvertibilität und zu einer liberaleren Aussenwirtschaftspolitik erlaubte. Die wiedererreichte Konvertibilität war faktisch eine Dollarkonvertibilität der übrigen Währungen.

Ab Mitte der fünfziger Jahre begannen immer mehr Länder einen Teil des wachsenden Dollaranfalls zulasten der amerikanischen Reserven in Gold umzuwandeln. Diese Entwicklung nahm schliesslich solche Formen an, dass die Fähigkeit zur Goldkonvertibilität des Dollars gefährdet war. Vergeblich suchten die Amerikaner einen Ausgleich durch Bekämpfung der Diskriminierung amerikanischer Exportgüter und durch eine Initiative zu einem weltweiten Zollabbau.

Nachdem auch eine aus konjunkturpolitischen Gründen erzwungene Dämpfung der inländischen Expansion fruchtlos blieb, gewann die Auffassung an Boden, dass das zentrale Reservewährungsland eine ausgeglichene Zahlungsbilanz gar nicht erreichen könne, solange die übrige Welt danach strebe, die Währungsreserven parallel zum sich ausdehnenden Aussenhandel zu äufnen. Dies führte zur Forderung nach einem neuen Reservemedium, welches in der Form von «Sonderziehungsrechten» beim Internationalen Währungsfonds geschaffen wurde.

Schon längere Zeit vor der Schaffung der «Sonderziehungsrechte» hatte sich der Eurodollarmarkt entwickelt, welcher die Funktion nationaler Devisenreserven, vorübergehende Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen, weitgehend übernahm – ein weiteres Zeichen der Dominanz des Dollarstandards.

Die inzwischen eingetretene Dollarfülle begünstigte die ohnehin vorhandenen Inflationstendenzen. Die übrigen Industrieländer mussten sich immer mehr dem Eurodollarmarkt anpassen, welcher seinerseits bald von amerikanischen Grossbanken dominiert wurde, womit die Geldmärkte der übrigen Industrieländer ins Schlepptau der amerikanischen Geldpolitik gerieten. Infolge des Gegensatzes zwischen den geldpolitischen Erfordernissen der Vereinigten Staaten und denjenigen der andern Industrieländer ergaben sich Störungen, welche sich in einer immer deutlicheren Abneigung gegen den weiteren Zuwachs der Währungsreserven in Dollarform ausdrückten. Diese Phase der Abwehr gegen den de facto Dollarstandard äusserte sich in Auf- und Abwertungsspekulationen und zeigt, dass die These, welche die permanente Dollarakkumulierungspolitik der übrigen Länder für das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit verantwortlich machte, nicht mehr befriedigen konnte.

Plausibler wird das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit mit der zunehmenden Ausweitung der amerikanischen Produktion im Ausland erklärt, welche einseitig war und nicht durch eine gleichzeitige Vermehrung ausländischer Produktionsstätten in den Vereinigten Staaten aufgewogen wurde. Diese Ein-

seitigkeit war nur möglich, weil die Welt den Dollarstandard akzeptiert hatte, d. h. die amerikanischen Firmen unabhängig vom Stand der amerikanischen Zahlungsbilanz im Ausland investieren konnten.

Zur Verminderung der amerikanischen Exportelastizität kam die stark passive Handelsbilanz mit Japan hinzu, welche um so ausgeprägter war, als Japan einem überdurchschnittlichen Protektionismus huldigt.

Rückblickend kann gesagt werden, dass der sogenannte Dollar-Gold-Exchange Standard der Nachkriegszeit von Anbeginn die Züge eines Dollarstandards trug. Dieses Währungssystem hat aber das wirtschaftliche Wachstum der kriegsgeschädigten Länder unerhört gefördert. Danach verschaffte es jedoch den inflationären Kräften einen zu grossen Spielraum und half mit, den Vereinigten Staaten den normalen Weg zum Zahlungsbilanzausgleich zu verbauen. Dieser Sachverhalt führte namentlich zu folgenden Reformzielen:

1. Schaffung von Voraussetzungen, die es den Vereinigten Staaten ermöglichen, einen angemessenen Zahlungsbilanzüberschuss zu erreichen durch Entlastung des Dollars von seiner Reservefunktion und Abbau der Handelsschranken.

2. Ausbau der «Sonderziehungsrechte» zu einem allgemein akzeptierten Reservemedium.

3. Herstellung einer funktionsfähigen Konvertibilität des Dollars in neutrale Reservemedien.

Eine Verwirklichung dieser Pläne würde die Bedeutung des Internationalen Währungsfonds erhöhen.

II. Zur Wirkung der direkten bzw. indirekten Dollarabwertung

Nach dem Realignment wird das Klima der Sicherheit nur allmählich zurückkehren, da die Ereignisse des letzten Jahres die monetäre Vorstellungswelt weiter Kreise erschüttert haben. Auch das amerikanische Verhalten nach der Abwertung hat nicht gerade zur Vertrauensstärkung beigetragen. Immerhin hat die amerikanische Regierung schon am 15. August 1971 der Wiederbelebung der Wirtschaft Priorität zuerkannt. Unter den diesbezüglichen Massnahmen befindet sich die Billiggeldpolitik, welche jedoch geeignet ist, die amerikanische Zahlungsbilanz zusätzlich zu verschlechtern. Die Amerikaner versichern indessen, dass diese Politik von beschränkter Dauer sein werde und geeignet sei, echte Attraktionskräfte für den Kapitalzufluss freizumachen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass allgemeine Sanierungsbestrebungen im Gange sind. So sollen die vom Internationalen Währungsfonds begonnenen Vorarbeiten für die Währungsreform intensiviert werden. Zudem haben fast alle massgeblichen Länder ihre Absicht bekundet, ihre Parität dem aus dem Realignment hervorgegangenen Dollarmittelkurs anzupassen und zu verteidigen. Der ganze Sanierungsprozess braucht indessen eine gewisse Zeit, um sich durchzusetzen.

III. Bemerkungen zur schweizerischen Geldpolitik nach dem Realignment[5]

Im Zeichen der übermässigen Zunahme der sich in ausseramerikanischem Eigentum befindlichen Dollardisponibilitäten wurde die Schweiz zu einem Sammel- und Verteilungszentrum für solche Gelder.

Die internationale Tätigkeit unserer Banken ist zu einem gewichtigen Aktivposten unserer Ertragsbilanz geworden. Trotzdem muss betont werden, dass das internationale Geschäft unserer Banken als Folge unstabiler Währungsverhältnisse aufgebläht wurde und dadurch den Bazillus der Unstabilität auf die Schweiz überträgt.

Besonders unerfreulich ist, dass der Schweizerfranken nunmehr auch im Ausland zu Währungsreservezwecken[6] verwendet wird. Die Schweiz scheint heute in einem relativ höheren Mass im internationalen Währungsbereich mit Reservefunktionen belastet zu sein als selbst die Vereinigten Staaten, was angesichts der Kleinheit unseres Landes ein unhaltbarer Zustand ist und inflationsfördernd wirkt.

Im Vordergrund der dagegen getroffenen Massnahmen[7] steht gegenwärtig der Abbau des Übermasses an Liquidität, was die Zinssätze begünstigt und den Dollarkurs gestützt hat. Zinssätze unter der Inflationsrate begünstigen jedoch ihrerseits wieder die Inflation.

Schon während des Floatings vereinbarte die Nationalbank mit den Banken, weitere Kapitalzuflüsse zu hemmen (Mindestguthabenpflicht, Verzinsungsverbot[8] usw.).

Keine dieser Massnahmen führte zu sichtbarem Erfolg. Das Zinsgefälle führte zwar zu einem rekordhaften Kapitalexport von Schweizerfranken, der Kapitalzufluss wurde hingegen nicht gebremst. Es mussten deshalb zusätzliche Massnahmen getroffen werden. Eine wesentliche Wende in den Kapitalmarktverhältnissen ist allerdings erst dann zu erwarten, wenn sich das Vertrauen in die internationale Währungslage wieder so weit gefestigt hat, dass das Zinsgefälle geeignet ist, den Kapitalzufluss entscheidend zu hemmen.

---

5. *Vgl. die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 6. Dezember 1971,* dodis.ch/35459; *die Notiz von P. R. Jolles vom 29. Mai 1972,* dodis.ch/35461 *sowie das Telegramm Nr. 289 von F. Schnyder an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 17. Mai 1971, Doss. wie Anm. 1.*

6. *Vgl. dazu das Schreiben von G. E. Bucher an E. Thalmann vom 6. März 1972,* dodis.ch/36725; *das Schreiben von J. R. Lademann und F. Leutwiler an N. Celio, E. Brugger und P. Graber vom 12. Mai 1972,* dodis.ch/36726 *sowie das Schreiben von E. Stopper und J. R. Lademann an den Finanz- und Wirtschaftsdienst des Politischen Departements vom 6. Dezember 1972,* dodis.ch/36728.

7. *Vgl. dazu die* Ausführungen von Bundespräsident Nello Celio anlässlich der Pressekonferenz vom 27. Juni 1972, dodis.ch/36573; *den Bericht Nr. 202 der Schweizerischen Nationalbank vom 10. Juli 1972,* dodis.ch/36692 *sowie das BR-Prot. Nr. 1473 vom 23. August 1972,* dodis.ch/36707. *Zu den Auswirkungen dieser Massnahmen auf die Auslandschweizer vgl. das Schreiben von L. Guisan an P. Graber vom 11. September 1971,* dodis.ch/36716 *sowie das Schreiben von P. Graber an L. Guisan vom 28. September 1971,* dodis.ch/36718.

8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1168 vom 30. Juni 1972,* dodis.ch/36685; *das BR-Prot. Nr. 1198 vom 5. Juli 1972,* dodis.ch/36687 *sowie das BR-Prot. Nr. 1859 vom 11. Oktober 1972,* dodis.ch/36714.

141

dodis.ch/34316

Déclaration suisse à la Conférence des Nations Unies sur l'environnement[1]

DÉCLARATION DE MONSIEUR H.-P. TSCHUDI, CONSEILLER FÉDÉRAL, CHEF DE LA DÉLÉGATION SUISSE

Stockholm, 9 juin 1972

Au nom du Gouvernement suisse, j'ai l'honneur et le plaisir de souligner le grand intérêt que mon Pays accorde aux efforts entrepris sous les auspices des Nations Unies en vue de conjurer l'une des plus graves menaces qui pèsent aujourd'hui sur l'humanité. Fidèle à sa tradition, la Suisse est disposée à faire œuvre de solidarité dans le domaine de la protection de l'environnement pour laquelle elle s'apprête, à l'instar de nombreux États et communautés d'États, à élaborer une conception et une politique globales.

L'importance primordiale que le peuple suisse attache à ce sujet s'est traduite dans la quasi-unanimité avec laquelle il a adopté, il y a une année exactement, le nouvel article de sa Constitution fédérale[2], chargeant ses autorités de légiférer en la matière afin de protéger l'homme et son milieu naturel des atteintes nuisibles ou incommodantes pouvant lui être portées.

La nouvelle législation visant cette protection globale de l'environnement et en particulier la protection de l'air et la lutte contre le bruit, est maintenant en voie d'élaboration[3]. Elle permettra de combler les lacunes des dispositions légales actuelles qui, pour être incomplètes, ne s'employaient pas moins à parer aux menaces les plus évidentes. Je tiens à signaler en effet, que mon Pays dispose déjà de lois sur la protection des eaux[4], sur la protection de la nature et du paysage[5], sur les produits toxiques[6] et sur les radiations[7]; de plus un projet de loi sur l'aménagement du territoire vient d'être soumis au Parlement[8].

Face à une demande sans cesse croissante, mon Pays doit apporter une attention toute particulière à son approvisionnement en eau et à la protection adéquate de celle-ci; la Suisse, dans ce domaine, se trouve aujourd'hui à mi-chemin dans la réalisation de son programme d'assainissement des eaux usées.

---

1. *Déclaration:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1757* (o.713.84).
2. *L'article 24^septies^ sur la protection de l'environnement a été accepté en votation populaire le 6 juin 1971 par 92,6% du peuple et tous les cantons; cf. FF, 1971, I, pp. 1433–1441.*
3. *La loi ne sera adoptée qu'en 1983; cf. la* Loi fédérale sur la protection de l'environnement *du 18 octobre 1983, RO 1984, pp. 1122–1144.*
4. Loi fédérale sur la protection des eaux contre la pollution *du 16 mars 1955, RO 1956, pp. 1635–1640.*
5. Loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage *du 1^er^ juillet 1966, RO 1966, pp. 1694–1702.*
6. Loi fédérale sur le commerce des toxiques *du 21 mars 1969, RO 1972, pp. 435–481.*
7. Loi fédérale sur l'utilisation pacifique de l'énergie atomique *du 23 décembre 1959, RO 1960, I, pp. 585–602.*
8. *La loi ne sera adoptée qu'en 1979; cf. la* Loi fédérale sur l'aménagement du territoire *du 22 juin 1979, RO 1979, pp. 1573–1582.*

Ces efforts, qui prévoient un investissement moyen de 350 à 400 dollars par habitant, commencent déjà à produire une amélioration évidente de la qualité des eaux dans les régions où ils ont été entrepris.

Quant à la production, au transport et à la consommation d'énergie, la Suisse exploite les possibilités qui lui sont offertes dans le domaine hydro-électrique et doit maintenant se tourner vers l'utilisation de l'énergie thermique, en particulier de l'énergie nucléaire[9]. Les problèmes d'environnement que pose cette source d'énergie font l'objet de nombreuses études. Ces dernières ont notamment conduit à la récente décision du Gouvernement suisse[10] de renoncer au refroidissement direct des centrales nucléaires futures par les eaux des rivières et des lacs tant que la qualité de ces eaux ne répondra pas à certaines exigences. Les autres méthodes pour assurer le refroidissement devront, elles aussi, tenir compte de la protection de l'environnement.

Les travaux effectués sur le plan national dans les divers domaines de l'environnement doivent rejoindre ceux qui sont accomplis sur le plan international. Aussi la délégation suisse partage-t-elle les vues des Nations Unies quant à l'établissement de normes minima en matière de protection de l'homme et de son milieu naturel.

Le Gouvernement suisse reconnaît aussi la nécessité de consultations internationales chaque fois que l'environnement existant dans un pays où les plans de développement qu'il applique peuvent avoir des répercussions dans un ou plusieurs pays voisins.

En ce qui concerne la limitation et l'atténuation des catastrophes naturelles, la politique de la Suisse va dans le sens souhaité par les Nations Unies puisque, indépendamment des réalisations sur le plan national, un corps de volontaires civils sera créé[11], qui pourra intervenir dans les régions du monde éprouvées par de tels événements.

La proposition de coordination des travaux de recherche sur l'environnement par un organe des Nations Unies, pourrait sans doute contribuer à une meilleure exploitation des efforts actuellement consentis, tant par les différentes institutions spécialisées des Nations Unies que par les autres organisations internationales.

À cet égard, la Suisse, pays fortement industrialisé et à haute densité de population, serait très favorable à tout effort de recherche orienté vers l'analyse des mécanismes de l'expansion économique et du développement démographique afin d'en déterminer les effets sur l'environnement.

De telles études devraient conduire à l'identification des facteurs qu'il conviendrait d'influencer pour parvenir à un équilibre entre les activités humaines et le milieu naturel.

Cette recherche devrait en outre tenir compte des possibilités de recyclage des produits qui permettraient une utilisation plus complète des ressources et une réduction considérable des émissions de nombreux polluants.

---

9. *Sur le recours à l'énergie nucléaire à des fins civiles, cf. doc. 16,* dodis.ch/35286; *doc. 81,* dodis.ch/35863 *et doc. 172,* dodis.ch/35655.

10. *PVCF N° 565 du 29 mars 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#780*.

11. *Cf. doc. 179,* dodis.ch/35193.

La Suisse s'associe aux études prometteuses en cours sur le plan international en ce qui concerne les effets de la pollution mondiale sur le climat. La nécessité d'une approche multidisciplinaire des problèmes de l'environnement, d'un enseignement visant à une prise de conscience écologique à tous les niveaux et, sur le plan universitaire, à la formation de spécialistes en protection de l'environnement, nous paraît, au reste, incontestable.

Les dispositions d'ordre juridique et technique qui devront être prises pour assurer une protection efficace de l'environnement entraîneront, à n'en pas douter, certains sacrifices et des efforts financiers considérables.

Les tendances actuelles sont à l'acceptation du principe pollueur/payeur, ce qui conduirait ainsi à l'inclusion des coûts des mesures de protection de l'environnement dans le processus des décisions économiques ainsi qu'à la réparation, par le pollueur, des dommages causés au milieu naturel.

En fait, la protection de l'environnement présente de multiples aspects et il appartiendra aux États d'apprécier régulièrement la situation afin de prendre ensemble les mesures requises en tenant compte de l'évolution du développement scientifique, technologique et économique.

Dans cet esprit la Suisse apporte déjà sa contribution aux nombreux efforts entrepris par les institutions spécialisées des Nations Unies pour améliorer la qualité de la vie sur notre planète.

La déclaration sur l'environnement[12] constitue, à cet égard, un acte important. Bien que le projet soumis soit perfectible, le Gouvernement suisse peut y souscrire.

En dépit du fait que certains pays sont moins favorisés que d'autres de par leur position géographique, il nous paraît désirable, comme l'exprime cette déclaration, que s'établisse une collaboration tendant à développer le droit international en matière de responsabilité pour les dommages causés à l'environnement par un État à un autre État.

Le Gouvernement suisse est conscient de la nécessité d'un mécanisme intergouvernemental chargé de faire des recommandations quant à la politique à suivre en matière de coopération internationale dans le domaine de l'environnement et il lui semble qu'un comité du Conseil économique et social pourrait fort bien s'acquitter de cette tâche. Dans ce cas, il serait souhaitable que l'accent fût mis sur l'aspect écologique de la protection de l'environnement. En outre, la délégation suisse salue les efforts qui sont accomplis par les Nations Unies pour éviter les chevauchements d'activité et les doubles emplois et elle partage l'avis du Comité préparatoire quant à l'opportunité d'accorder une place importante à l'action menée sur le plan régional, aussi bien dans le système des Nations Unies qu'au sein d'organisations non rattachées à l'ONU et d'organisations non gouvernementales.

Dans cet esprit, la délégation suisse peut se rallier à l'idée de créer un organe de coordination pour les problèmes de l'environnement.

Si les pays participant à cette Conférence devaient se prononcer pour la création d'un Fonds des Nations Unies pour l'environnement, le Gouvernement

12. *Cf. la notice de E. Bourgnon du 10 juillet 1972,* dodis.ch/34318.

suisse, sous réserve d'une étude approfondie de ses objectifs et des moyens à mettre en œuvre, serait prêt à participer au Fonds d'une manière équitable. Les autorités suisses considèrent que, placé sous l'égide des Nations Unies, il devrait avant tout promouvoir une coopération active entre tous les membres d'une communauté soucieuse de sauvegarder son milieu vital.

Certes, les problèmes ne se posent pas partout de la même façon. Ainsi, ceux qu'affrontent les pays en voie de développement trouvent-ils certainement leur source à la fois dans le retard économique et dans le processus de croissance. La délégation suisse partage les vues du Comité préparatoire selon lesquelles les remèdes à ces problèmes spécifiques résident dans le développement lui-même. Il semble que la première disposition à prendre pour donner aux pays en voie de développement les moyens d'améliorer et de protéger l'environnement, consisterait à intégrer les exigences financières qu'implique cette nouvelle tâche, dans les ressources internationales pour l'aide au développement. En tout état de cause, le rythme d'accroissement actuellement prévu pour l'aide publique suisse au développement ne sera pas ralenti par l'importante augmentation des ressources que nous devrons dégager pour la protection de notre environnement national.

Un grand nombre de pays se soucie par ailleurs des difficultés qui pourraient survenir dans les relations économiques et commerciales internationales en raison de disparités éventuelles entre les exigences des différents pays en matière de protection de l'environnement. Il s'agit là de la rencontre de deux préoccupations légitimes: la sauvegarde du milieu naturel et le maintien d'échanges aussi libres que possible. Afin d'éviter les inconvénients qui pourraient apparaître à cet égard, la Suisse est désireuse d'apporter son concours à la mise sur pied de mécanismes internationaux de consultation et d'information qui auraient pour but:

– d'assurer que l'environnement ne constitue pas un prétexte à des mesures protectionnistes;
– de mettre à la disposition de tous les pays les résultats des recherches en cours sur les produits polluants, leur utilisation et leur élimination;
– d'établir éventuellement un calendrier des mesures et normes dont les effets pourraient avoir des répercussions trop brutales sur le commerce international.

Ce sont là, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs, quelques réflexions inspirées aux autorités suisses par les conclusions du Comité préparatoire du notre Conférence.

En résumé, la Suisse est en principe favorable à la déclaration sur l'environnement. Elle est ouverte à une collaboration dans les nombreux domaines où les efforts de solidarité tendent à améliorer la qualité de l'environnement au niveau international. Elle est prête à coopérer avec les mécanismes intergouvernementaux qui seront créés, tout en souhaitant qu'une large place soit faite à la coopération régionale et que l'on évite les doubles emplois. Elle est enfin disposée à tenir compte, dans toute la mesure du possible, des préoccupations des pays en voie de développement et à apporter sa contribution au Fonds des Nations Unies pour l'environnement, lorsque ses buts auront été précisés.

Au terme de cet exposé, je ne veux pas manquer de remercier vivement le Secrétaire général de la Conférence, M. Maurice Strong, et ceux qui ont œuvré avec lui, pour la haute qualité de leur travail de préparation.

Vous me permettrez aussi, Monsieur le Président, de vous féliciter de la manière magistrale dont vous dirigez nos réunions et de vous dire combien profondément nous sommes touchés par le chaleureux accueil du Gouvernement et du peuple suédois, auquel nous sommes attachés depuis longtemps par des liens particuliers d'amitié.

Et enfin, je forme mes vœux pour le meilleur succès de notre Conférence[13].

13. *Pour la discussion des résultats de la Conférence par le Conseil fédéral, cf. le PVCF de décision II du 13 juin 1972 de la 23ème séance du 12 juin 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*, *p. 6.*

142

dodis.ch/35858

Notiz des Chefs des politischen Diensts West, M. Gelzer, an den Delegiertenfür technische Zusammenarbeit des Politischen Departements, S. Marcuard [1]

Bern, 12. Juni 1972

1. Im beiliegenden politischen Bericht[2] aus Santiago über eine von Präsident Allende vor dem chilenischen Kongress verlesene Regierungserklärung befindet sich folgender Passus über die Beziehungen zur Schweiz:

«Le traditionnel esprit démocratique et le sentiment social de la Suisse, ainsi que le haut degré de sa technologie nous permet d'observer que ce pays, petit par ses dimensions et peu peuplé, est en mesure d'apporter beaucoup d'enseignements aux pays en développement. Aussi notre Gouvernement a-t-il un intérêt spécial à développer, chaque jour davantage, les traditionnelles relations d'amitié chileno-suisses.

Par échange de notes (13 décembre 1971[3]), l'accord complémentaire sur le perfectionnement professionnel hôtelier et de recherches touristiques a été modifié.»

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7471* (B.55.40). *Verfasst von A. R. Hohl. Beigelegte handschriftiche Notiz von A. R. Hohl an J.-J. Indermühle vom 12. Juni 1972:* Comme j'avais à peu près simultanément avec vous rédigé une note concernant le Chili je me suis permis d'intégrer votre note du 8 juin dans la mienne.

2. *Politischer Bericht Nr. 6 von Ch. Masset vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36529. *Zur Einschätzung von S. Allendes Politik vgl. auch das Schreiben von R. Dürr an S. Marcuard vom 10. September 1970,* dodis.ch/36534 *sowie die Notiz von J.-M. Boillat an J.-J. Indermühle vom 22. Dezember 1971,* dodis.ch/36528.

3. *Note von G. Peyraud an das chilenische Aussenministerium vom 26. November 1971 und Note des chilenischen Aussenministeriums an G. Peyroud vom 13. Dezember 1971,* CH-BAR# E2200.144#1986/17#126* (771.222).

2. Das spezifische Interesse Allendes an intensivierten Beziehungen mit unserem Lande verdient Beachtung. Es sollte u. E. bei der Fixierung der Schwerpunkte unseres Entwicklungshilfeprogramms[4] Berücksichtigung finden. Wenn wir auch keinen Anlass haben, die Schweden in ihrer grundsätzlichen Linksorientierung der Auslandhilfe zu imitieren, so scheint doch eine möglichst weitgehende Berücksichtigung Chiles bei unserer Entwicklungshilfeplanung auf Grund folgender Überlegungen erwägenswert:

– Chile versucht bis jetzt einen eigenen – demokratischen – Weg zum Sozialismus zu gehen: ohne Gewalt anzuwenden, ohne auf die Hilfe mächtiger Geldgeberstaaten abzustellen. Präsident Allende wird dabei einerseits von der rechtskonservativen parlamentarischen Opposition, anderseits von den starken und eigenmächtigen Linksrevolutionären, welche die bestehende Ordnung unter Übergehung der parlamentarischen Spielregeln gewaltsam ändern möchten, bedrängt.

Das Experiment Allendes erinnert übrigens etwas an die burmesischen Bemühungen um die Errichtung einer von Grossmächten unabhängigen sozialistischen Gesellschaft.

– Intensive schweizerisch-chilenische Beziehungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe könnten die Chilenen am ehesten veranlassen, bei der zum Teil schon erfolgten zum Teil erwarteten Nationalisierung[5] namhafter schweizerischer Investitionen[6] in ihrem Land eine faire Entschädigungspolitik zu betreiben.

Anderseits sind wir uns bewusst, dass die durch Nationalisierungen hart getroffenen Schweizer (unsere Kolonie in Chile zählt zur Zeit etwa 1500 Landsleute, mehr als die Hälfte davon Doppelbürger) vorerst einmal negativ auf unser allenfalls wachsendes Engagement im Bereich der Entwicklungshilfe reagieren würden. Bis jetzt hat sich die chilenische Regierung nämlich in vielen Fällen nicht an ihre verbalen Zusicherungen einer völkerrechtskonformen Entschädigungspraxis[7] gehalten.

3. Der uns zugestellte Vorschlag[8] für die Phase II des Berufsschulungsprojekts[9] in Santiago hat im Sinne der vorgängigen Bemerkungen unsere volle Zustimmung.

---

4. *Zur Entwicklungshilfe der Schweiz an Chile vgl. Dok. 57,* dodis.ch/35910, *Anm. 7.*

5. *Zu den Nationalisierungen in Chile vgl. das Schreiben von R. Dürr an P. Micheli vom 11. September 1970,* dodis.ch/36524; *die Notiz von J. Faillettaz vom 26. Mai 1971,* dodis.ch/36557 *sowie die Notiz von B. Stofer vom 14. März 1972,* dodis.ch/36558.

6. *Vgl. dazu die* Notiz über die Besprechung mit Vertretern der FH *vom 6. März 1970,* dodis.ch/36599; *das Schreiben von N. Celio an das Politische Departement und an das Volkswirtschaftsdepartement vom 7. Juni 1971,* dodis.ch/36560 *sowie Doss.* CH-BAR#E7110#1982/108#1617* (892.1). *Zur Konsolidierung von Chiles Aussenhandelsschulden vgl. die Notiz von E. H. Léchot vom 24. Januar 1972,* dodis.ch/36542; *die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 6. Juni 1972,* dodis.ch/36544; *das BR-Prot. Nr. 1047 vom 12. Juni 1972,* dodis.ch/36548 *sowie das BR-Prot. Nr. 1475 vom 23. August 1972,* dodis.ch/36552.

7. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#2289* (B.34.66).

8. *Vorankündigung des Antrags des Delegierten für technische Zusammenarbeit an den Bundesrat vom 29. Mai 1972,* CH-BAR#E2005A#1983/18#251* (t.311.5).

9. *BR-Prot. Nr. 1332 vom 9. August 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#785*. *Vgl. ferner das BR-Prot. Nr. 1401 vom 16. August 1972,* dodis.ch/36538.

143

dodis.ch/35158

Notiz der schweizerischen Botschaft in Belgrad[1]

JUGOSLAWISCHE ARBEITSKRÄFTE IN DER SCHWEIZ

Belgrad, 16. Juni 1972

1. Allgemeines

In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der in der Schweiz lebenden Jugoslawen mehr als verzehnfacht[2]. Ende 1962 befanden sich insgesamt rund 2800 jugoslawische Staatsangehörige in unserem Lande, wovon etwa 2000 erwerbstätig waren. Acht Jahre später, also Ende 1970, hielten sich *ohne* Saisonarbeiter bereits 23'000 Jugoslawen in der Schweiz auf, der grösste Teil davon als Gastarbeiter. Schätzungsweise dürften Mitte 1972, also in der Hauptsaison, einschliesslich der Saisonarbeiter, sich insgesamt 35'000 bis 40'000 jugoslawische Staatsangehörige in unserem Lande aufhalten, wovon zwei Drittel oder mehr als Erwerbstätige.

Von Januar bis Mitte Juni 1972 haben die Botschaft in Belgrad und das Generalkonsulat in Zagreb total 14'476 Visa erteilt, weitaus der grösste Teil für Arbeiter aus dem Baugewerbe (9412).

2. Rekrutierung der Arbeitskräfte

Die Abfertigung der vielen Visagesuche sowie die Visaerteilung selber konnte jeweils während den Stosszeiten (Frühjahr/Frühsommer) nur dank ausserordentlichem Einsatz des Personals der Visadienste in Belgrad und Zagreb bewältigt werden. Die individuelle Rekrutierung zahlreicher Arbeitskräfte, namentlich für das Baugewerbe, führte dieses Jahr zu einem Massenandrang vor dem Botschaftsgebäude, der sowohl von der Nachbarschaft als auch von den Stadtbehörden beanstandet und als öffentliches Ärgernis bezeichnet wurde[3]. An sich wäre es Aufgabe der jugoslawischen Arbeitsämter, auf Grund von Abmachungen mit den schweizerischen Berufsverbänden die Arbeitskräfte zu rekrutieren, zumindest in jenen Fällen, wo hunderte oder sogar tausende von Arbeitern für die gleiche Branche (z. B. Bauarbeiter, Landarbeiter usw.) benötigt werden. Um sich die Gebühren der jugoslawischen Arbeitsämter von ca. Fr. 250 pro Person zu ersparen, sind insbesondere schweizerische Bauunternehmen dazu übergegangen, «privatim», d. h. ohne Einschaltung der jugoslawischen Amtsstellen, zu rekrutieren. Diese Praxis führte eben zum oben erwähnten Massenandrang von Arbeitern, die sich zur Visumseintragung und Auskunfterteilung persönlich auf der Botschaft einfanden. Wir müssen in

---

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#5493* (B.25.61.2). *Die Notiz wurde mit grosser Wahrscheinlichkeit von H. Keller anlässlich des Besuchs von E. Thalmann in Belgrad verfasst. Vgl. Anm. 9.*
2. *Vgl. dazu DDS, Bd. 22, Dok. 109,* dodis.ch/30012.
3. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Keller an E. Mäder vom 10. März 1972,* dodis.ch/35159 *und das Schreiben von H. Keller an E. Thalmann vom 9. Mai 1972,* dodis.ch/35160.

Zukunft bei Massenrekrutierungen von Leuten, die zum ersten Mal nach der Schweiz fahren, trotz erheblicher Widerstände seitens schweizerischer Berufsverbände unbedingt wieder die Vermittlung der hiesigen Arbeitsämter in Anspruch nehmen oder sonst eine Lösung suchen, durch die der Volksauflauf vor der Botschaft vermieden werden kann[4].

3. Sozialversicherung

Am 8. Juni 1962 ist zwischen der Schweiz und Jugoslawien ein Abkommen über Sozialversicherung[5] abgeschlossen worden. Gewisse Mängel, die seither festgestellt wurden, sollten behoben werden. Die Jugoslawen regten deshalb schon vor zwei Jahren an, die Sache mit den zuständigen schweizerischen Stellen zu erörtern. Schweizerischerseits hatte man diesen Vorschlag positiv aufgenommen[6]. Es wurde vereinbart, dass uns die Jugoslawen noch Präzisierungen über die zu diskutierenden Punkte unterbreiten. In der Folge geschah dann nichts mehr, weshalb die in Aussicht genommenen Gespräche mit dem damaligen Leiter[7] des Bundesrates für Arbeit (Arbeitsministerium) nicht zustande gekommen sind. Der neue Minister (Vuko Dragasevic) dieser inzwischen in «Bundessekretariat für Arbeit und Sozialpolitik» umbenannten Regierungsstelle hält es, wie er der Botschaft gegenüber unlängst erklärte[8], für zweckmässig, die offenen Fragen zunächst einmal unter Fachleuten beider Länder zu besprechen. Es ist daher wohl möglich, dass die Jugoslawen bei der bevorstehenden Konsultation mit der von Herrn Botschafter Thalmann geleiteten Delegation das Thema der jugoslawischen Gastarbeiter in der Schweiz ganz allgemein zur Sprache bringen werden[9]. Dies umsomehr, als vor einigen Wochen eine jugoslawische Delegation bestehend aus Abgeordneten der Nationalversammlungen verschiedener Teilrepubliken die Schweiz besuchte[10], um dort mit Kantons- und Bundesbehörden (u. a. mit dem BIGA) sowie mit der jugoslawischen Kolonie Fühlung zu nehmen und die sich stellenden Probleme zu studieren.

---

4. *Zur weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit vgl. die Aufzeichnung von T. Voegeli vom 20. Oktober 1972,* dodis.ch/35162 *und das Schreiben von H. Keller an E. Thalmann vom 12. Dezember 1972,* dodis.ch/35163.

5. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über Sozialversicherung (mit Schlussprotokoll) *vom 8. Juni 1962, AS, 1964, S. 161–174.*

6. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Brugger an H. Keller vom 19. Mai 1970,* dodis.ch/35163.

7. *A. Polajner.*

8. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Keller an E. Thalmann vom 8. Juni 1972,* CH-BAR# E2001E-01#1982/58#7371* (B.15.21.1).

9. *Vgl. die Notiz von K. Fritschi vom Juli 1972,* dodis.ch/35168. *Zur Reise E. Thalmanns vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496.

10. *Vgl. dazu die Notiz von G. Pedotti vom 28. April 1972,* dodis.ch/35165 *und das Schreiben von H. Keller an A. Grübel vom 15. Mai 1972,* dodis.ch/35167.

144

dodis.ch/34499

Notice interne du Département politique[1]

RÉSUMÉ DE LA POSITION DE LA SUISSE SUR LES DIVERS PROBLÈMES SOULEVÉS PAR LA CONFÉRENCE SUR LA SÉCURITÉ ET LA COOPÉRATION EN EUROPE

Berne, 20 juin 1972

Introduction

L'idée d'une conférence de sécurité relancée dès 1969[2] par les pays du Pacte de Varsovie était au départ un slogan plutôt qu'une proposition détaillée de négociation. Ce n'est que graduellement et en corrélation étroite avec l'évolution de la situation internationale et européenne que cette idée s'est précisée et que les États intéressés ont pu développer une vision plus claire des nombreuses implications d'une telle conférence[3]. Ce processus organique, voulu par les Occidentaux et les Neutres aussi, n'est pas achevé; il était et il est encore nécessaire en raison des ambiguïtés fondamentales que recèle la notion de sécurité européenne, et même de sécurité tout court. Il s'ensuit que la position suisse décrite ci-après ne peut pas représenter un ensemble d'attitudes arrêtées définitivement; elle reflète les vues actuelles du Département politique qui, le moment venu, devront être soumises au Conseil fédéral[4].

Problèmes de substance

I. Questions politiques et de sécurité

a) pacte de sécurité collective: un système de sécurité collective au sens étroit (assorti de sanctions militaires obligatoires) n'est guère compatible avec notre neutralité et aurait de toute façon encore moins de chances d'être efficace à l'échelle européenne qu'il ne l'a été autrefois à l'échelle universelle; la suggestion d'un tel système, avancée en son temps par les pays du Pacte de Varsovie, semble avoir été abandonnée; en tout cas, il n'en est plus question aujourd'hui;

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1). *Rédigée par B. Schenk.*
2. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 154,* dodis.ch/32403 *et doc. 188,* dodis.ch/32405.
3. *Sur les positions des États de l'Ouest à l'égard de la Conférence de sécurité européenne, cf. doc. 156,* dodis.ch/34494. *Sur les positions des États de l'Est, cf. doc. 157,* dodis.ch/34496. *Cf. aussi la notice de P. Thévenaz du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34575.
4. *Cf. doc. 173,* dodis.ch/34487. *Cf. aussi le rapport du groupe de travail* Die Schweiz und die Europäische Sicherheitskonferenz *de K. Fritschi du 7 juillet 1970,* dodis.ch/34490. *La sécurité européenne a été discutée aussi dans le cadre de la Conférence des ambassadeurs; cf. le procès-verbal de la conférence des ambassadeurs du 30 août au 2 septembre 1972,* dodis.ch/34597; *l'exposé de P. Graber du 31 août 1972,* dodis.ch/34605; *l'exposé de R. Bindschedler du 31 août 1972,* dodis.ch/34606 *et l'exposé de S. F. Campiche du 31 août 1972,* dodis.ch/34607.

b) déclaration collective de renonciation à la force: une telle déclaration existe déjà (Charte de l'ONU, «Ostverträge»). À elle seule, elle n'apporterait aucun surcroît de sécurité, même si elle devait prendre la forme d'un traité. Pour concrétiser le principe de la renonciation à la force, il faudrait l'assortir de définitions précises de notions telles que l'agression, l'intervention, etc... Or, toute tentative dans ce domaine aboutirait inévitablement à une confrontation Est-Ouest au sujet de la «doctrine Brejnev» et par conséquent à une détérioration du climat politique;

c) système de règlement pacifique des différends: un SRPD[5] est le complément nécessaire de la renonciation à la force. Une initiative de la part de la Suisse dans ce domaine est parfaitement justifiée, car

– elle ne met pas en cause notre neutralité;
– elle tient compte des intérêts des petits États face aux grands;
– elle souligne la primauté du droit dans les relations internationales;
– elle permet de renouer avec une tradition suisse très vivante avant la dernière guerre[6];
– elle s'inscrit sous le même signe que la Conférence de sécurité: on ne peut pas être contre le règlement pacifique des différends, de même qu'on ne peut pas être contre la détente;

d) «code de conduite» Est-Ouest: cette idée avancée par certains Occidentaux, à savoir un accord sur des mesures destinées à freiner la subversion, l'espionnage et la propagande, a de forts relents de guerre froide et risque de heurter de front les pays de l'Est. Le sujet est donc délicat et nous ne pouvons pas fixer notre attitude au sujet du «code de conduite» avant de connaître la tournure que prendra la Conférence et de savoir comment les Occidentaux présenteront leur proposition.

II. Questions politiques intéressant directement la Suisse

a) devrions-nous saisir l'occasion qui se présente et essayer de faire reconnaître notre statut de neutralité par les puissances participant à la Conférence de sécurité? La question est très délicate, mais mérite néanmoins d'être posée; elle pourra être éventuellement examinée de manière approfondie, selon la tournure que prendra la Conférence;

b) devrions-nous faire de même en ce qui concerne notre futur accord avec la CEE[7], afin qu'il soit approuvé par l'URSS? Certainement pas, car d'une part, nous n'avons pas besoin de la bénédiction de Moscou et, d'autre part, il serait inopportun d'accorder à l'URSS un droit de regard en la matière

---

5. *Sur le projet suisse de système de règlement pacifique des différends, cf. doc. 173,* dodis.ch/34487, *en particulier note 15.*

6. *Sur l'arbitrage, cf. DDS, vol. 24, doc. 9,* dodis.ch/32154.

7. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776. *Sur les négociations, cf. DDS, vol. 24, doc. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772; *doc. 44,* dodis.ch/35774 *et doc. 108,* dodis.ch/35775.

au moment même où elle paraît enfin disposée à reconnaître la «réalité» du Marché commun (droit de regard dont les États-Unis pourraient bien se servir aussi).

III. Questions militaires[8]

Le problème de la réduction des forces et d'un désarmement régional en Europe concerne en premier lieu les deux blocs. Notre neutralité nous interdit en principe d'intervenir dans de telles questions et les forces armées d'un État neutre ne sont pas négociables.

La Suisse ne devrait toutefois pas se tenir à l'écart de cette négociation. Elle a en effet intérêt à être informée des projets et des discussions et, si l'occasion s'en présente, à offrir ses bons offices et même faire des propositions au sujet d'éventuels mécanismes de contrôle. Elle se doit par ailleurs, vis-à-vis de son opinion publique, de ne pas pratiquer la politique de la chaise vide dans un domaine qui suscitera probablement un grand intérêt chez nous.

Étant donné la prudence que nous devrons observer envers toute négociation militaire, nous aurions préféré que la discussion sur la réduction des forces se déroulât dans le cadre de la Conférence de sécurité, à laquelle nous participerons pleinement. De cette manière, notre retenue à l'égard des travaux d'une éventuelle commission ad hoc pour les questions militaires eût été moins apparente.

a) MBFR: la tendance qui se dégage du récent communiqué[9] de l'OTAN au sujet de la relation entre la Conférence et les MBFR ne va pas dans le sens que nous souhaitons. En effet, il a été décidé – et l'URSS paraît approuver cette nouvelle orientation – d'ouvrir des négociations exploratoires MBFR parallèles à la Conférence, mais distinctes de celle-ci. Il est exclu que la Suisse puisse y participer directement, d'autant plus que la tendance des USA et de l'URSS est de limiter le cercle des participants aux États d'Europe centrale militairement concernés. Toutefois, le contenu des discussions dans ce groupe restreint sera certainement communiqué pour information aux autres participants à la Conférence de sécurité. De toute façon, nous avons en principe l'assurance d'être informés de manière satisfaisante, car la République fédérale allemande s'est déclarée volontiers disposée à nous rendre ce service.

b) mesures militaires visant à renforcer la confiance: étant donné que plusieurs membres de l'OTAN (surtout les petits États) sont opposés à la séparation complète entre MBFR et Conférence, une compensation leur a été accordée dans ce sens que l'OTAN approuve en principe l'idée d'un volet militaire de la Conférence, dans lequel seraient examinées certaines mesures préalables à une réduction des forces: échanges de renseignements sur les mouvements de troupes ou d'observateurs lors de manœuvres militaires, p. ex. Le moment venu, nous devrions examiner les modalités d'une éventuelle participation

---

8. *Sur les aspects militaires de la CSCE, cf. doc. 92,* dodis.ch/34573.

9. *Cf. le télégramme N° 32 de M. Feller au Département politique du 2 juin 1972,* CH-BAR# E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1).

suisse aux travaux d'une commission ad hoc de la Conférence qui traiterait ces mesures spéciales. De toute façon, les pays de l'OTAN sont encore loin d'être d'accord entre eux sur le contenu de ce volet militaire et la réaction du Pacte de Varsovie à cette idée n'est pas encore connue.

IV. Coopération culturelle

La coopération culturelle nous intéresse dans la mesure où elle peut contribuer à une amélioration dans le domaine de la circulation des personnes et des informations. Nous ne pouvons pas nous opposer à la forme strictement «apolitique» de coopération que proposeront sans doute les pays de l'Est (échanges de troupes de ballet, plan européen de sauvetage de Venise, etc.), mais nous devons essayer d'éviter que cette conception ne se substitue à l'autre (mesures destinées à faciliter la circulation des personnes et des informations).

Par ailleurs, le fait que la culture rentre avant tout dans les compétences de nos cantons et que nous n'avons pas conclu d'accord culturel bilatéral limite de toute façon notre marge de manœuvre, au cas où la Conférence s'orienterait vers une sorte de codification des relations culturelles. Un moyen d'échapper à cette codification serait d'encourager par exemple la collaboration entre les Commissions nationales de l'UNESCO des pays participants; ce sont en effet des instruments relativement souples et de nature à faciliter les contacts humains entre l'Est et l'Ouest, encore qu'il ne faille pas se faire d'illusions sur leurs possibilités d'action.

Circulation des personnes et des informations: libérale et ouverte sur le monde, la Suisse ne peut que souhaiter des améliorations dans ce domaine, et soutiendra par conséquent des initiatives raisonnables (sans en prendre elle-même, car nous risquerions alors de donner l'impression d'agir de concert avec l'OTAN, qui a également inscrit cette idée à son programme). Étant entendu que les idées circulent d'elles-mêmes, nous donnerons notre préférence à des initiatives qui mettent l'accent sur la circulation des personnes, surtout si des considérations humanitaires sont en jeu (faciliter les contacts entre familles séparées, p. ex.). Toutefois, les pays de l'Est sont très méfiants envers toute idée de libéralisation des échanges de personnes et d'informations, qu'ils interprètent automatiquement comme une tentative de pénétration idéologique de la part de l'Occident. Cette notion sera donc difficile à traduire en arrangements concrets acceptables pour tous. Nous devrions néanmoins insister pour que de tels arrangements portent sur des domaines dans lesquels leur application soit vérifiable (par exemple, il serait relativement aisé de contrôler l'application d'un accord sur les contacts entre familles séparées, alors qu'un accord sur la suppression des visas de sortie serait facile à contourner).

V. Coopération économique[10]

L'universalité de nos relations économiques exige que nous maintenions un certain niveau d'échanges avec les pays de l'Est[11], même si les chances de développement de ces échanges sont minimes en raison des obstacles structurels que constituent chez nos partenaires le monopole du commerce extérieur, la planification des importations, etc. Nous ne pouvons pas d'autre part rester indifférents face aux efforts de nos concurrents occidentaux pour conquérir les marchés des pays de l'Est. Nous devons enfin nous attendre à un intérêt soutenu des pays de l'Est pour les questions commerciales, car ils sont préoccupés de plus en plus par les progrès de l'intégration économique occidentale, et notamment par la perspective de devoir négocier bientôt avec un front occidental uni pratiquant une politique commerciale commune dans le cadre des Dix.

a) revalorisation de la CEE-ONU[12]: il y a très peu de chances que la Conférence de sécurité fournisse l'occasion d'une libéralisation du commerce Est-Ouest[13]; les conditions d'une négociation dans ce domaine sont loin d'être remplies et, de toute façon, la Conférence ne constitue pas le cadre approprié. En revanche, elle pourrait offrir la possibilité de déblayer le terrain, notamment en dressant un catalogue des entraves au développement des échanges (les pays du Marché commun s'y emploient déjà). Une activité de cette nature est conforme à celle de la CEE-ONU, point de contact entre l'Est et l'Ouest dont les objectifs coïncident dans une large mesure avec ceux d'un volet économique de la Conférence de sécurité. Il serait donc souhaitable de revaloriser cet organisme qui, sans participer en tant que tel à la Conférence, pourrait se voir confier des tâches dans le cadre de cette dernière. Il serait en tout cas inutile que la Conférence crée un nouvel organe analogue à la CEE-ONU et qui ferait double emploi.

b) autres formes de coopération: le tourisme, les transports, l'environnement, la coopération industrielle et technologique pourraient également figurer à l'ordre du jour de la Conférence. Nous n'y voyons pas d'objection, dans la mesure même où la plupart de ces domaines figurent déjà au catalogue des activités de la CEE-ONU. Le tourisme[14] en particulier, à la fois stimulant économique et source de contacts humains, pourrait éventuellement fournir la matière d'une initiative suisse.

Dans tous les domaines de la coopération (que ce soit culturelle ou économique au sens large), des arrangements limités et concrets sont préférables à des déclarations d'intention ambitieuses ou à des rapports volumineux sans portée pratique. Le danger du volet «coopération» de la Conférence de sécurité est de masquer le désaccord ou l'absence d'accord sur les questions de sécurité;

---

10. *Sur les aspects économiques de la CSCE, cf. doc. 174,* dodis.ch/34571, *point I.*
11. *Cf. doc. 58,* dodis.ch/35754 *et doc. 176,* dodis.ch/35755.
12. *Sur l'adhésion de la Suisse à la Commission économique pour l'Europe de l'ONU, cf. doc. 78,* dodis.ch/34673.
13. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 189,* dodis.ch/33136.
14. *Cf. la notice de E. Bischof du 13 décembre 1972,* dodis.ch/34578.

il risque même de se substituer au volet «sécurité» qui, comme on l'a vu sera quasiment amputé de la question de la réduction des forces. Or il serait défavorable, voire dangereux que la Conférence sur la sécurité et la coopération devînt une conférence sur la coopération, susceptible de créer l'illusion de la détente en Europe en passant à côté des vrais problèmes.

Problèmes de procédure et d'organisation

I. Éventail et qualité des participants

a) la Conférence doit être ouverte non seulement à l'ensemble des États européens, mais aussi aux USA et au Canada, qui jouent un rôle essentiel dans la sécurité européenne; plus personne d'ailleurs ne s'oppose à la participation de ces deux États;

b) il en va de même pour la DDR, qui participera à la Conférence sur un pied d'égalité avec les autres États; toutefois, le fait de siéger avec elle à la table ne modifie pas ipso facto la nature des relations que nous entretenons avec ce pays[15];

c) une conférence de sécurité qui réunit les deux Grands et qui aboutirait à des mesures de désarmement régional pourrait avoir des implications pour la Chine, vu l'interdépendance entre la situation stratégique mondiale et celle de l'Europe[16]. La Chine, quoiqu'elle paraisse pour le moment loin d'y songer, aurait alors de bonnes raisons d'y revendiquer un statut d'observateur, voire de participant. Nous devrions, le cas échéant, nous borner à constater la modification fondamentale du caractère de la Conférence, sans pouvoir nous y opposer;

d) la sécurité et la détente étant indivisibles, les pays méditerranéens auraient également de bonnes raisons de se sentir concernés par la Conférence. Certains États, en particulier l'Algérie, songent à y revendiquer un statut de participant ou d'observateur. Si la majorité des États européens devait approuver cette idée, nous ne pourrions pas nous y opposer, car notre sécurité dépend aussi de la situation en Méditerranée. Nous la désapprouvons toutefois par principe, car une prolifération d'États à la Conférence rendrait celle-ci inopérante. De plus, nous risquerions alors d'être entraînés indirectement dans le conflit israélo-arabe[17];

e) la question de la participation des micro-États n'est pas encore réglée. Le Gouvernement finlandais semble avoir prévu celle du Liechtenstein et de Saint-Marin, mais pas de Monaco. Tout en se rendant compte du rôle très mineur qu'il pourrait jouer, le Gouvernement de Vaduz manifeste néanmoins un intérêt marqué à l'égard d'une participation à la Conférence en tant qu'État souverain disposant d'une délégation indépendante;

---

15. *Sur les relations avec la RDA, cf. doc. 179,* dodis.ch/34372.

16. *Sur le rôle de la République populaire de Chine dans la politique mondiale, cf. doc. 89,* dodis.ch/34585.

17. *Sur les problèmes se posant pour la Suisse en relation avec le conflit israélo-arabe, cf. doc. 11,* dodis.ch/35442; *doc. 12,* dodis.ch/35468 *et doc. 45,* dodis.ch/35434.

f) certaines organisations internationales ou régionales (UNESCO, Conseil de l'Europe) s'intéressent à la Conférence. Nous estimons qu'elles ne peuvent pas y participer en tant que telles, car il s'agit d'une conférence d'États. De plus, leur domaine d'activité géographique (soit universel, soit sub-régional) n'est pas adapté au cadre de la Conférence, sauf en ce qui concerne la CEE-ONU. En revanche, rien n'empêche ces organisations de développer des activités sur le plan régional en relation avec la Conférence.

II. Siège de la Conférence

a) Nous sommes en faveur d'Helsinki pour la phase préparatoire et pour la Conférence proprement dite. Toutefois, comme les réticences envers Helsinki pour la Conférence elle-même paraissent augmenter et que la majorité des participants à la phase préparatoire pourrait éventuellement souhaiter une autre ville, il va de soi que nous serions alors disponibles. Il est cependant superflu, voire contre-indiqué de le préciser dès maintenant, car nous voulons éviter toute équivoque envers les Finlandais.

b) Si la Conférence devait déboucher sur des nouvelles institutions (conférence européenne annuelle, secrétariat, commissions ou organe permanent), nous serions également disponibles, voire intéressés. Le choix entre Genève et une autre ville dépendrait, le cas échéant, de la nature de l'organe en question (Genève ne peut plus accueillir des institutions qui nécessitent la présence chronique d'un grand nombre de personnes[18]).

III. Langues de la Conférence

Nous sommes en principe opposés à la prolifération des langues, pour des raisons techniques et pratiques. L'idéal serait donc de s'en tenir au russe, à l'anglais et au français. Toutefois, la République fédérale insiste pour que l'allemand soit également retenu, ce à quoi nous ne pouvons pas nous opposer, puisqu'il s'agit d'une de nos langues nationales. Il en irait de même pour l'italien[19].

IV. Phase préparatoire

a) conception générale: une phase préparatoire qui chercherait à approfondir la discussion de problèmes de substance serait une préconférence[20] qui viderait la conférence elle-même de sa substance; à l'inverse, si le terrain n'est pas au moins partiellement déblayé pendant la phase préparatoire, la

18. *Sur les problèmes de capacité d'accueil de Genève comme siège d'organisations internationales, cf. DDS, vol. 23, doc. 50,* dodis.ch/31620.

19. *Sur la question de l'italien comme langue de travail à la CSCE, cf. doc. 169,* dodis.ch/35150.

20. *Sur les consultations préliminaires, cf. doc. 173,* dodis.ch/34487, *note 17.*

Conférence proprement dite risque de se trouver bloquée au départ. Nous préconisons par conséquent une voie moyenne, qui consisterait à traiter principalement les questions de procédure et d'organisation lors de la phase préparatoire, ainsi qu'à établir un ordre du jour détaillé (c'est-à-dire qui ne se bornerait pas à des têtes de chapitres telles que «sécurité», «coopération culturelle» ou «tourisme»). La discussion de l'ordre du jour devrait donc être suffisamment poussée afin de déterminer s'il existe un «reasonable hope» quant au succès de la Conférence;

b) date d'ouverture: nous n'avons pas d'argument particulier à faire valoir en faveur d'un moment précis entre septembre et la fin de l'année. Nous nous rallierons donc au consensus que les Finlandais pourront dégager des entretiens bilatéraux qu'ils auront eus avec tous les principaux participants (les consultations avec les USA, la Grande-Bretagne et le Canada n'ont pas encore eu lieu);

c) niveau de notre délégation: notre délégation sera dirigée pendant toute la durée de la phase préparatoire par notre Ambassadeur[21] accrédité à Helsinki, à qui des «renforts» pourront être attribués;

d) déroulement: nous souhaitons une formule qui prévoie des sessions de brève durée (une semaine au maximum) et espacées de plusieurs semaines, de telle sorte que la centrale puisse préparer minutieusement chaque session;

e) décisions: elles ne pourront être prises que selon la règle du consensus (et non de l'unanimité, qui aurait un effet paralysant), et ceci dès le début de la phase préparatoire; on peut en revanche concevoir le vote à la majorité qualifiée pour certaines questions de procédure;

f) présidence: nous soutiendrons la candidature de Töttermann, pour toute la durée de la phase préparatoire. Même si certains États devaient préconiser une présidence par rotation entre Neutres, nous ne pourrions guère y souscrire, car elle risquerait de mettre en évidence la distinction entre «vrais» Neutres et «faux» Neutres. De toute façon, les capacités du président importeront beaucoup plus que sa nationalité;

g) commissions préparatoires: la suggestion finlandaise de répartir le travail, dès le début de la phase préparatoire, entre trois ou quatre commissions (ordre du jour, procédure, organe permanent, questions administratives) est aléatoire. Nous savons que la majorité des Occidentaux tiennent à ce que la discussion progresse simultanément sur les questions de substance et sur celles de procédure, sinon tout l'appareil d'une conférence risquerait d'être mis en place avant même qu'on ait pu dégager un consensus minimum sur l'objet de la Conférence. Par ailleurs, l'idée de constituer au départ une commission relative à un organe permanent est pour le moins prématurée (les Finlandais semblent d'ailleurs l'avoir déjà abandonnée). Il n'y a donc pas lieu de formuler dès maintenant une conception détaillée sur l'organisation du travail pendant la phase préparatoire. Nous avons d'ailleurs intérêt à ce que la question reste ouverte, afin d'avoir une plus grande liberté de manœuvre pour présenter notre SRPD au moment le plus opportun;

---

21. *S. F. Campiche.*

h) conférence parlementaire: nous n'estimons pas favorable que la phase préparatoire interfère avec la Conférence parlementaire sur la sécurité européenne décidée par l'Union interparlementaire et fixée au 10 novembre (soit précisément la période à laquelle la préparation multilatérale a de fortes chances d'entrer dans sa phase active). Il serait dès lors souhaitable que nos parlementaires se prononcent en faveur d'un ajournement de leur conférence;

V. Au-delà de la phase préparatoire

Tout ce qui peut être dit sous cette rubrique relève encore de la prospective et dépend du résultat de la phase préparatoire. Nous n'avons pas d'objection contre la conception française de la Conférence proprement dite (3 phases et 2 niveaux), ni contre la création de commissions spécialisées (sécurité, coopération économique, coopération culturelle).

Quant à l'institutionnalisation de la Conférence, tout dépendra également du déroulement de celle-ci et des résultats sur lesquels elle débouchera. Si elle doit offrir des perspectives sérieuses d'amélioration des relations intereuropéennes, la question devra être examinée de près, en tenant compte de notre statut de neutre. Si, au contraire, elle n'est un succès que dans la mesure où elle aura illustré une période passagère de détente, on peut alors douter de l'intérêt d'une institutionnalisation.

Conclusion

Qu'on le veuille ou non, la Conférence de sécurité sera inévitablement une confrontation pacifique des conceptions divergentes de l'Est et de l'Ouest. Notre pays essayera – dans toute la mesure de ses moyens – de poursuivre un double objectif. D'une part, fidèle à sa tradition en la matière, il mettra tout en œuvre pour que soit affirmée la primauté du droit dans les relations entre États. Il soutiendra, d'autre part, toute initiative visant à favoriser les contacts humains à travers l'Europe entière, toutefois sans se départir à cet égard du réalisme nécessaire. La Conférence offre une certaine chance d'effacer en partie les traces de la guerre froide et d'organiser la détente. S'il est vrai que ce n'est pas la Suisse qui a dressé les barrières qui divisent aujourd'hui l'Europe, ce n'est pas une raison pour qu'elle se tienne à l'écart d'une entreprise qui s'efforce de les éliminer ou, plus simplement d'en réduire l'importance. Absent, notre pays serait alors infidèle aux règles fondamentales de sa politique de neutralité et de solidarité, d'ouverture et de coopération.

145

dodis.ch/35225

Notiz an den Vorsteher des Politischen Departements, P. Graber[1]

ABSCHLUSS VON DOPPELBESTEUERUNGSABKOMMEN MIT TRINIDAD-TOBAGO UND CEYLON. ANTRAG DES EIDGENÖSSISCHEN FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENTES[2]

Bern, 27. Juni 1972

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat bisher Doppelbesteuerungsverhandlungen mit verschiedenen Entwicklungsländern, so mit Portugal, Ceylon, Malaysia, Singapur und Trinidad-Tobago geführt[3]. Allein die Verhandlungen mit Ceylon und Trinidad-Tobago haben bis jetzt zu unterzeichnungsfähigen Vertragstexten geführt.

In einem Bericht über die steuerlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und den Entwicklungsländern vom 27. August 1971[4] hat die Eidgenössische Steuerverwaltung Richtlinien und Zielvorstellungen aufgestellt für den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen mit diesen Ländern. Grundsätzlich wird hiebei davon ausgegangen, dass der Abschluss solcher Abkommen einen Beitrag zur Förderung der privaten Investitionen darstellt und damit indirekt der Entwicklungshilfe[5] dienen kann. Die konsultierten kantonalen Finanzdepartemente und die am Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen interessierten Wirtschaftsverbände haben in ihrer grossen Mehrzahl ihr Einverständnis mit den von der Eidgenössischen Steuerverwaltung entwickelten Grundsätzen bekundet[6]. Der Delegierte für Technische Zusammenarbeit hat sich ebenfalls in seiner Stellungnahme vom 15. Dezember 1971[7] mit dem

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6914* (B.34.12). *Verfasst von J. Hulliger und unterzeichnet von P. A. Nussbaumer. Visiert von P. Graber. Kopie an das Generalsekretariat des Politischen Departements.*
2. *Für den Antrag vom 13. Juni 1972 vgl. das BR-Prot. Nr. 1199 vom 5. Juli 1972,* dodis.ch/35226.
3. *Für einen Überblick dazu vgl. die Notiz von M. Widmer vom 15. Dezember 1972,* dodis.ch/35233. *Zu den Verhandlungen in Ostasien vgl. das BR-Prot. Nr. 858 vom 13. Mai 1970,* dodis.ch/35237 *und den Bericht von K. Locher vom 24. August 1970,* dodis.ch/35238; *zu Portugal vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 82,* dodis.ch/32330 *sowie das Schreiben von K. Locher an V. A. Faveiro vom 7. Juni 1971,* dodis.ch/37136; *zu Ceylon vgl. das Schreiben von F. H. Andres an P. A. Nussbaumer vom 2. Januar 1970,* dodis.ch/35236 *und den Bericht von F. H. Andres vom 16. September 1970,* dodis.ch/35797; *zu Malaysia vgl. die Notiz an S. Marcuard vom 18. September 1972,* dodis.ch/35664 *und zu Trinidad und Tobago vgl. das Schreiben von P. A. Nussbaumer an W. Bossi vom 5. Mai 1970,* dodis.ch/36899. *Zu Doppelbesteuerungsabkommen mit Entwicklungsländern vgl. ferner DDS, Bd. 21, Dok. 46,* dodis.ch/14577.
4. *Notiz von G. Menétrey vom 27. August 1971,* dodis.ch/35234. *Vgl. dazu auch das BR-Prot. Nr. 1626 vom 20. September 1971,* dodis.ch/35235.
5. *Zur schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit vgl. Dok. 42,* dodis.ch/35252; *Dok. 77,* dodis.ch/35253 *und Dok. 110,* dodis.ch/35242.
6. *Vgl. z. B. das Schreiben der Industrie-Holding an die Steuerverwaltung des Finanz- und Zolldepartements vom 31. Dezember 1971,* dodis.ch/35239.
7. *Schreiben von Th. Raeber an K. Locher vom 15. Dezember 1971,* CH-BAR#2005A#1983/18#1051* (t.713-02). *Zur Stellungnahme der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdeparte-*

genannten Bericht einverstanden erklärt und betont, dass der Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen neben den Abkommen über den Schutz von Kapitalinvestitionen ein wesentliches Moment zur Förderung der Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern darstellt.

Die vorliegenden Doppelbesteuerungsabkommen mit Trinidad-Tobago und Ceylon tragen dieser Beurteilung Rechnung.

Das Abkommen mit Trinidad und Tobago[8] basiert auf dem Musterabkommen der OECD, trägt jedoch den speziellen Erfordernissen (Ausdehnung des Betriebsstätten-Begriffs; Maximalsatz bezüglich der Besteuerung von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren; matching credit) gegenüber den Entwicklungsländern Rechnung.

Das Abkommen mit Ceylon[9] beschränkt sich auf die Regelung einiger wichtiger Steuerkomplexe. Seine wesentliche Bedeutung liegt in der Befreiung der «Swissair» von den ceylonesischen Steuern. Ein dem Abkommen angefügter vertraulicher Briefwechsel sichert zudem den schweizerischen Rückversicherern Schutz vor der Besteuerung in Ceylon; ein weiterer Briefwechsel garantiert schweizerischen Lizenzgebern auf ihren Einkünften auf Lizenzen eine Reduktion der ceylonesischen Quellensteuer von 50 vom Hundert.

---

ments vgl. das Schreiben von F. Rothenbühler an K. Locher vom 14. Januar 1972, dodis.ch/35866.

8. Abkommen zwischen der Schweiz und Trinidad und Tobago zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen *vom 1. Februar 1973, AS, 1974, S. 922–938. Zum Musterabkommen mit der OECD vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 82,* dodis.ch/3230, *bes. Anm. 4.*

9. *Das Abkommen wurde nie unterzeichnet. Ein neu verhandeltes Abkommen wurde erst 1983 ratifiziert. Vgl. das* Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen *vom 11. Januar 1983, AS, 1984, S. 1067–1086. Vgl. dazu das Schreiben von F. Châtelain an P. A. Nussbaumer vom 4. Dezember 1972,* dodis.ch/35865.

146

dodis.ch/35579

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

RENCONTRE AVEC M. WALDHEIM, NAMIBIE

Confidentiel Berne, 28 juin 1972

Le mandat que l'Afrique du Sud exerce sur le Sud-Ouest africain (Namibie) depuis la fin de la Première Guerre mondiale lui a été retiré par l'Assemblée générale de l'ONU en 1966[2]. L'Assemblée avait alors décidé d'exercer elle-

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1745* (o.713.761). *Rédigée par F. Pictet et signée par R. Keller.*

2. *Cf. la lettre de R. Hunziker à P. Micheli du 2 novembre 1966,* dodis.ch/31384.

même, directement, l'administration de ce territoire jusqu'à son accession à l'indépendance. À cet effet, elle a constitué un Conseil des Nations Unies pour la Namibie, qui s'est subdivisé de son côté en plusieurs comités et sous-comités ad hoc, et elle a créé un poste de commissaire permanent des Nations Unies pour la Namibie, chargé, de façon essentiellement symbolique, de l'exécution des décisions du Conseil. Le commissaire est nommé par l'Assemblée, sur proposition du Secrétaire général. Faute de candidats, le poste n'a été occupé jusqu'à présent qu'à titre intérimaire par de hauts fonctionnaires de l'ONU, d'abord par M. Stavropoulos, puis par M. Abdul Hamid.

L'Afrique du Sud n'a jamais reconnu les décisions de l'Assemblée générale concernant la Namibie et toutes les résolutions adoptées à ce sujet sont demeurées lettre morte.

Depuis lors, vous savez que la Cour internationale de Justice, dans l'avis qu'elle a donné en juin 1971[3], à la demande du Conseil de sécurité, a exprimé l'opinion que l'Afrique du Sud est tenue de se retirer de la Namibie où sa présence est illégale. De l'avis de la Cour, les États doivent en conséquence s'abstenir de tous actes et en particulier de toutes relations avec l'Afrique du Sud qui impliqueraient une reconnaissance de la légitimité de la présence sud-africaine en Namibie. Le Conseil de sécurité a, dans une résolution[4], fait sienne l'opinion de la Cour. Nous nous référons sur ce point aux notes[5] que vous a adressées la Division des affaires politiques à propos des suites à donner, du point de vue de la Suisse, à cette résolution du Conseil.

M. Waldheim a cherché, dès sa nomination, à établir un dialogue avec l'Afrique du Sud afin de sortir de l'impasse. Sa tâche a sans doute été facilitée par les troubles qui se sont produits l'hiver dernier dans ce territoire, troubles qui semblent avoir quelque peu assoupli les vues rigides de Pretoria sur l'avenir de la Namibie.

À Addis Abeba, le 4 février dernier, le Conseil de sécurité a invité M. Waldheim à prendre contact avec les parties, donc à se rendre à Pretoria et en Namibie, en vue d'établir les conditions qui permettraient à la population de cette région d'exercer son droit à l'autodétermination et à l'indépendance. M. Waldheim a été prié de faire rapport[6] au Conseil sur sa mission d'ici au 31 juillet.

Quand il était venu en visite officielle à Berne[7], le 1er mars, M. Waldheim s'apprêtait à se rendre à Pretoria et il vous avait alors dit, à la maison de Wattewille, que le Gouvernement sud-africain n'accepterait jamais que l'ad-

---

3. Conséquences juridiques pour les États de la présence continue de l'Afrique du Sud en Namibie (Sud-Ouest africain) nonobstant la résolution 276 (1970) du Conseil de sécurité, *Cour internationale de Justice, avis consultatif du 21 juin 1971, CIJ Recueil 1971, p. 16.*

4. *Résolution du Conseil de sécurité de l'ONU du 20 octobre 1971,* UN doc. S/RES/301 (1971), *doss. comme note 1. Cf. aussi la lettre de B. Turrettini à E. Thalmann du 3 novembre 1971,* CH-BAR#E2200.178#1985/134#28* (361.5) *et la notice de H. Zoelly au Service politique ouest du Département politique du 19 novembre 1971,* CH-BAR#J1.223#1000/1318#86* (3.01.7).

5. *Cf. la notice de M. Gelzer à P. Graber du 12 juin 1972,* dodis.ch/35828.

6. Rapport du Secrétaire général sur l'application de la résolution 310 (1972) du Conseil de sécurité *du 31 juillet 1972*, UN doc. S/10752, *doss. comme note 1.*

7. *Cf. le procès-verbal de F. Pictet du 1er mars 1972,* dodis.ch/36323.

ministration de la Namibie soit confiée à l'ONU et qu'il faudrait peut-être créer un organe ad hoc dans lequel un État tel que la Suisse pourrait jouer un rôle utile[8].

Cette idée a fait depuis lors son chemin, mais sous une forme différente de celle que M. Waldheim avait esquissée à Berne. Les entretiens que le Secrétaire général a eus à Pretoria, qui se sont poursuivis le mois dernier à New York au cours d'une visite de M. Müller, Ministre sud-africain des Affaires étrangères, semblent devoir déboucher sur la création d'un poste de représentant personnel du Secrétaire général, ayant libre accès sur le territoire de l'Afrique du Sud. Le mandat que l'on envisage de donner à ce représentant n'est pas encore connu, mais l'idée est manifestement d'assurer une présence de l'ONU en Afrique du Sud et en Namibie. Nous savons que M. Waldheim songe pour ce poste à un Suisse. Il s'en est ouvert à M. Humbert il y a une quinzaine de jours, lors de son dernier passage à Genève. De son côté, M. Müller s'était informé auprès de M. Turrettini, sans dire pourquoi, sur plusieurs personnalités suisses telles que MM. Wahlen, Jolles et Thalmann; nous avons tout lieu de croire qu'il songeait, ce faisant, à la mission dont il s'agit.

Tout le projet est encore très vague, mais il ne tardera pas à prendre corps puisque c'est le 31 juillet au plus tard que M. Waldheim doit présenter son rapport au Conseil de sécurité. Sans doute tâte-t-il le terrain également dans cette direction, en tout cas en ce qui concerne le principe d'un représentant personnel et peut-être sur sa nationalité.

Pour notre part, nous ne voyons en particulier pas bien si le représentant personnel se substituerait au commissaire des Nations Unies, la mission du commissaire changeant de caractère et sa fonction étant confiée à une personnalité choisie en dehors du Secrétariat, ou s'il s'agirait d'un poste nouveau, distinct de celui du commissaire qui serait maintenu. Il faudrait aussi savoir si la tâche du représentant personnel serait de préparer l'avenir de la Namibie, c'est-à-dire de mettre en branle le processus vers l'autodétermination et l'indépendance, ou s'il serait un simple observateur.

Il n'est évidemment pas possible de se prononcer sur l'opportunité de voir un Suisse accepter un tel mandat, dans l'hypothèse où l'on souhaiterait le lui confier et en imaginant qu'il serait disponible, sans savoir exactement de quoi il en retourne.

Certes, il s'agirait d'une mission confiée «ad personam», analogue à celles confiées à MM. Thalmann[9] et Jarring[10]. Les faits et gestes du représentant

---

8. *Sur l'idée d'une «tutelle» de la Suisse sur la Namibie, cf. la notice de R. Keller à P. Graber du 6 octobre 1972, doss. comme note 1 et la lettre de R. Keller à B. Turrettini du 10 octobre 1972, doss. comme note 1:* Il n'appartient pas à la Suisse, pour des raisons de principe d'assumer une fonction qui a toujours été dévolue à des puissances coloniales ou ex-coloniales et dont l'exercice se heurterait à des difficultés d'ordre personnel et matériel sans doute insurmontables. Une mission de ce genre n'aurait en tout cas rien de commun avec les bons offices que nous avons coutume de prêter dans les différends internationaux.

9. *Sur la mission de E. Thalmann comme Représentant personnel du Secrétaire général de l'ONU à Jérusalem, cf. DDS, vol. 24, doc. 50,* dodis.ch/33287 *et la notice de J. A. Graf du 11 novembre 1967,* dodis.ch/33962.

10. *Le suédois G. Jarring a été nommé Représentant spécial du Secrétaire général de l'ONU*

personnel ne lieraient donc en aucune façon les autorités fédérales. Toutefois, l'acceptation de ce mandat par un Suisse nous poserait sans doute des problèmes sur le plan intérieur et international.

En ce qui concerne le second de ces deux plans, nous voudrions d'ores et déjà noter les quelques points suivants:

1. Nous devrions avoir la certitude que la nomination d'un représentant suisse serait bien accueillie, en particulier de la part des pays africains. Certains d'entre eux pourraient en effet, à cette occasion, critiquer nos relations avec l'Afrique du Sud et la réserve que nous avons jusqu'à présent observée dans toute l'affaire de la Namibie pour en tirer la conclusion qu'un Suisse serait trop proche de l'Afrique du Sud dans le différend qui l'oppose à l'ONU.

2. Il est aussi possible que certains jugent inopportun de faire appel à un ressortissant d'un pays non membre, en voyant dans cette désignation un recul des Nations Unies. En pareil cas, ce serait la nature même de nos relations avec l'ONU qui serait débattue[11].

3. L'acceptation éventuelle du mandat par un Suisse ne devrait pas pouvoir être interprétée comme signifiant que la Suisse se rallie à la position de l'ONU en ce qui concerne le statut de la Namibie.

4. D'un autre côté, nous ne devons pas nous dissimuler qu'un refus de la ou des personnes qui seraient pressenties n'irait pas non plus sans difficulté. Même si ce refus n'est dicté que par des considérations parfaitement objectives de la part des intéressés, il sera tentant d'y voir la conséquence d'une intervention du Conseil fédéral. Bien que cette affaire soit traitée tout à fait confidentiellement tant à New York qu'à Pretoria, il n'est pas douteux qu'elle filtrera, ou filtre déjà, dans les milieux des Nations Unies. L'expérience montre qu'il est difficile de se dégager lorsque les choses sont déjà avancées. Nous aurions donc peut-être intérêt à obtenir assez rapidement les précisions indispensables pour nous faire une opinion. De cette manière nous aurions la possibilité, si notre conclusion devait être qu'il vaut mieux qu'un Suisse demeure à l'écart de cette mission, de détourner le cours des événements avant que l'image d'un représentant personnel suisse ait pris corps[12].

---

avec pour mission de parvenir à un règlement pacifique entre Israël et ses voisins arabes après la guerre des Six jours en 1967.

11. *Cf. la notice de H. Strauch à F. Pictet du 16 juin 1972, doss. comme note 1.*

12. *Plusieurs personnalités suisses seront contactées par l'ONU. Finalement, l'ancien Ambassadeur de Suisse A. Escher est nommé Envoyé spécial du Secrétaire général de l'ONU pour la Namibie. Sur le processus de sélection et la mission de A. Escher, cf. la notice de R. Keller à P. Graber du 22 août 1972,* dodis.ch/35829; *la lettre de R. Keller à Th. Curchod du 21 septembre 1972,* dodis.ch/35833; *la lettre de H. K. Frey à A. Escher du 19 octobre 1972,* dodis.ch/35830 *et le rapport politique N° 29 de H. Langenbacher du 12 décembre 1972,* dodis.ch/36923. *Pour le rapport final de A. Escher, cf. le* Report by the Secretary-General on the implementation of Security Council Resolution 319 (1972) concerning the question of Namibia *du 15 novembre 1972*, UN doc. S/10832, CH-BAR#E2001E-01#1982/58#780* (B.73.0.1).

147

dodis.ch/35583

Notiz des Bundesamts für Sozialversicherung an die schweizerische Botschaft in Tokio[1]

AKTUELLE FRAGEN DER SCHWEIZERISCHEN SOZIALVERSICHERUNG

[Bern,] 10. Juli 1972

Die Schweizerische Sozialversicherung befindet sich im Umbruch. Die wichtigsten Ereignisse lassen sich wie folgt zusammenfassen.

I. Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenversicherung

1. Die Alters- und Hinterlassenen*versicherung* (AHV) ist das bedeutendste Sozialwerk des Landes. Sie wurde seit ihrer Einführung im Jahre 1948 systematisch verbessert und soll auf den 1. Januar 1973 in eine umfassende Alters- und Hinterlassenen*vorsorge* ausgebaut werden.

2. Die moderne Konzeption beruht auf der vor einem Jahrzehnt erarbeiteten Dreisäulentheorie.

Die erste Säule besteht in einer ausgebauten *Rentenversicherung*. Diese soll, und das Ziel wird (einschliesslich allfälliger Ergänzungsleistungen) mit der achten AHV-Revision[2] erreicht, zumindest die Existenz der Versicherten und ihrer Familie sichern und periodisch der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst werden.

Die zweite Säule besteht in einer umfassenden und obligatorischen *beruflichen und verbandlichen Kollektivvorsorge*. Diese soll den Versicherten über das Existenzminimum hinaus die (im Vergleich zur aktiven Erwerbstätigkeit angemessen reduzierte) bisherige Lebenshaltung sichern.

Die dritte Säule beschlägt (zum Beispiel in Fällen, in denen die zweite Säule nicht zum Spielen kommt[3]) die *private Selbstvorsorge* und soll insbesondere durch fiskalische Massnahmen das Sparen fördern.

3. Die erste Säule wird, wie schon erwähnt, durch die achte AHV-Revision gestärkt. Vom nächsten Jahr an betragen die Mindest- und Höchstbeträge (einer einfachen Altersrente) monatlich statt 220–440 neu 400 bis 800 Franken. Eine Ehepaarrente wird sich auf 600 bis 1200 Franken im Monat belaufen. 1975 ist eine weitere Heraufsetzung um ein Fünftel beschlossen.

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4695* (A.15.41.10). *Dieses Exemplar ging an das Politische Departement.*
2. *Zur achten AHV-Revision vgl. die Notiz G. Macheret vom 18. Januar 1971,* dodis.ch/35706 *sowie die* Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffen die achte Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung *vom 11. Oktober 1971, BBl, 1971, II, S. 1057–1189.*
3. *Handschriftliche Korrektur aus:* kommen kann.

4. Die AHV rechnet im Jahre 1973 mit einem *Aufwand* von 6,6 Milliarden Franken. Das bedingt naturgemäss *höhere Beiträge der Versicherten* und von *Bund und Kantonen*. Der Bund wird vor allem die Tabaksteuer heraufsetzen müssen[4].

5. Für unsere Landsleute im Ausland ist die *freiwillige Versicherung*[5] von besonderer Bedeutung. In den Konsularbezirken Tokio und Osaka[6] ist die «Beteiligung» allerdings gering, sei es, dass kein Bedürfnis nach der freiwilligen Versicherung besteht, sei es, dass es mit der Information nicht immer[7] ganz geklappt hat. Die achte AHV-Revision erhöht jedenfalls das allgemeine Beitrittsalter[8] für den Eintritt in die freiwillige Versicherung von 40 auf 50 Jahre und berechtigt die älteren Mitbürger, die am 1. Januar 1973 das 50., aber als Männer das 64. oder als Frauen das 61. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, nochmals zum Beitritt zur freiwilligen Versicherung. Wer aus dieser Einmalaktion Nutzen ziehen will, erhält von der Botschaft in Tokio oder vom Generalkonsulat in Osaka die nötigen Auskünfte. Es sei immerhin beigefügt, dass bei kurzen Beitragsdauern nur entsprechend gekürzte Teilrenten in Frage kommen.

6. Die achte AHV-Revision ist durch die eidgenössischen Räte beschlossen[9] und mit einem Referendum ist kaum zu rechnen. Als «Apéritif» wird im September dieses Jahres eine doppelte Monatsrente ausgerichtet; die zusätzliche Zahlung, die mehr als 300 Millionen Franken erfordert, dient dem Teuerungsausgleich seit der letzten Rentenerhöhung.

7. Gemeinsam mit der achten AHV-Revision hat das Parlament (als Gegenentwurf gegen eine radikalere Verfassungsinitiative) einen neuen *Verfassungsgrundsatz* aufgestellt. Dieser kommt Ende dieses oder anfangs nächsten Jahres zur Volksabstimmung[10]. Er sanktioniert die Dreisäulentheorie und erlaubt es, ein Pensionskassengesetz auszuarbeiten. Die Grundsatzfragen für die Regelung der zweiten Säule werden gegenwärtig bearbeitet. Auf Einzelheiten einzutreten, ist jedoch verfrüht. Auch ist, wenn die Materie einmal geordnet ist, mit einer längeren Anlaufszeit zu rechnen; diese trifft vor allem die Übergangsgeneration.

---

4. *Vgl. dazu die Notiz von A. Gander an G. Schläppi von 25. Februar 1970,* dodis.ch/35708.

5. *Zur freiwilligen AHV vgl. das Protokoll von H. Eppner vom 3. November 1970,* dodis.ch/35709 *sowie das Rundschreiben von M. Leippert vom 20. November 1972,* dodis.ch/35710. *Zur liechtensteinischen freiwilligen AHV vgl. das Schreiben von H. Zoelly an M. Frauenfelder vom 20. März 1970,* dodis.ch/35711.

6. *Zur Schweizerkolonie in Japan vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 22,* dodis.ch/32486 *und Dok. 25,* dodis.ch/32485 *sowie den Bericht von E. Stadelhofer vom 21. Juni 1971,* dodis.ch/35526.

7. *Handschriftliche Korrektur aus:* früher nicht.

8. *Handschriftliche Korrektur aus:* Beitragsalter.

9. Bundesgesetz betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und damit im Zusammenhang stehender Gesetze (8. AHV-Revision) *vom 30. Juni 1972, AS, 1972, S. 2483–2506.*

10. *Die Volksabstimmung fand am 3. Dezember 1972 statt. Die Volksinitiative* für eine wirkliche Volkspension *wurde mit 78,6% Neinstimmen und von sämtlichen Ständen abgelehnt. Der Gegenvorschlag, welcher das Dreisäulenprinzip in der Bundesverfassung verankerte, wurde mit 74,0% Jastimmen und von sämtlichen Ständen angenommen. Vgl. BBl, 1973, I, S. 73–80. Zu den beiden Vorlagen vgl. das BR-Prot. Nr. 347 vom 24. Februar 1971,* dodis.ch/35707.

II. Invalidenversicherung

Die 1960 eingeführte Invalidenversicherung (IV) steht in enger Verbindung zur AHV. Sie will den behinderten Mitmenschen durch medizinische und berufliche Massnahmen, durch die Sonderschulung und durch Hilfsmittel usw. in die Gemeinschaft eingliedern. Wo das nicht mehr oder nur noch teilweise möglich ist, wird die Eingliederungsmassnahme durch eine Rente – die der AHV nachgebildet ist – und allenfalls durch eine Hilflosenentschädigung ergänzt oder ersetzt. *Der Primat der Eingliederung vor Geldleistungen* war eine weltweite Pionierleistung. Dabei unterhält die IV keine eigenen Institutionen, sondern arbeitet mit solchen der öffentlichen und privaten Invalidenhilfe, d. h. mit Ärzten, Spitälern, Sonderschulen, Eingliederungswerkstätten usw. zusammen. Vor allem garantiert sie rund 12'000 körperlich oder geistig behinderten Kindern eine umfassende Sonderschulung, die sie auf die Zukunft vorbereitet. Niemand hätte noch vor kurzem daran gedacht, dass die IV-Ausgaben nächstes Jahr 1 Milliarde Franken übersteigen werden.

III. Kranken- und Unfallversicherung

1. Die *Krankenversicherung* ist der gleichsam historische Zweig der Schweizerischen Sozialversicherung. Die Zunahme der ärztlichen, der pharmazeutischen und der Spitalkosten und eine gewisse organisatorische Erstarrung (im Jahre 1971 immer noch nahezu 800 Krankenkassen) erfordern gebieterisch eine gründliche Überprüfung der heutigen Lage. Besonders wichtig ist der möglichst umfassende Versicherungsschutz für die Behandlung schwerer Krankheiten und für den Erwerbsausfall bei Krankheit sowie das Recht auf prophylaktische Untersuchung. Eine Expertenkommission hat sich einlässlich mit dem Fragenkomplex befasst. Sie schlägt eine allgemeine *obligatorische Spitalversicherung* (Spitalbehandlung und Spitalsubventionen) vor. Im Gegensatz zu diesem Obligatorium soll die übrige *Krankenpflege* individuell gestaltet bleiben. Sozialpolitisch bedeutungsvoll ist der Vorschlag, durch eine *obligatorische Krankengeldversicherung* dem Arbeitnehmer und bestimmten Gruppen von Selbständigerwerbenden während der Krankheit ein angemessenes Ersatzeinkommen zu sichern. Die Vorschläge der Expertenkommission sind allerdings umstritten; das offizielle «Flimsermodell» geht der einen Seite von der etatistischen und finanziellen Seite her[11] zu weit, der andern zu wenig weit. So werden dem offiziellen «Flimsermodell» eine Reihe von «Gegenmodellen» gegenüber gestellt. Eine vor gut zwei Jahren eingereichte Verfassungsinitiative setzt für die Lösung des Problems eine recht knappe Frist. Daher wird die künftige Ordnung in den nächsten Monaten erarbeitet werden müssen.

11. *Handschriftlich eingefügt.*

2. Die *obligatorische Unfallversicherung* wird ebenfalls überprüft. Im Vordergrund stehen die Erweiterung des Geltungsbereichs und eine verbesserte Koordination der Unfall- mit der übrigen Sozialversicherung. Auch auf diesem Gebiete ist eine Expertenkommission an der Arbeit.

IV. Militär- und Arbeitslosenversicherung

1. Die früher oft «verschumpfene» *Militärversicherung* ist nach dem Zweiten Weltkrieg (Aktivdienst 1939/1945) auf eine neue Ebene gestellt und der Entwicklung laufend angepasst worden. Heute drängt sich eine umfassendere Revision auf. Sie soll das gelegentlich immer noch von Emotionen beherrschte Gebiet noch transparenter gestalten, als es heute bereits der Fall ist. Die moderne Militärversicherung wird ihren Zweck jedenfalls in hohem Masse erfüllen.

2. Die *Arbeitslosenversicherung* wird mancherorts als überholt betrachtet. Die lang andauernde Hochkonjunktur kennt andere Sorgen. Die Verwaltungskosten übersteigen zur Zeit oft die gesetzlichen Leistungen. Anderseits stellen verschiedene, meistens sehr überraschende Betriebseinschränkungen und Betriebsschliessungen der letzten Zeit das Problem vielleicht doch in ein anderes Licht. Ebenso führen Rationalisierungsmassnahmen und technische Umstellungen in Zukunft vermehrt zur sogenannten *technologischen Arbeitslosigkeit*. Ein Gewerbe (zum Beispiel das Schmiede- und Wagner- oder das Sattlergewerbe) verschwindet ganz oder teilweise; andere, teils neue Beschäftigungen suchen nach Arbeitskräften. Der Berufsmann, der seinen Arbeitsplatz verliert, muss sich umstellen, muss umlernen, muss umgeschult werden. Dazu sollen Mittel der Arbeitslosenversicherung freigemacht werden. Eine Expertengruppe zielt auf eine solche Umstrukturierung des bisher eher restriktiv gedachten Sozialwerkes hin. Dieses Ziel ist unbestritten. Der weitere Vorschlag, die sehr dezentrale bisherige Organisation stark zu vereinfachen, stösst auf weniger Gegenliebe.

V. Ausblick

Die Schweizerische Sozialversicherung ist, wie eingangs erwähnt, im Fluss. Das Schweizervolk darf auf die schon realisierten und auf die bereits in Aussicht genommenen und auf die zumindest in Erwägung gezogenen Neuerungen stolz sein. Der Revers der Medaille besteht in der verstärkten finanziellen Belastung. Man spricht, je nach der politischen Perspektive, von einer Gesamtbelastung von $33^1/_3$ bis 40 Lohnprozenten des Erwerbseinkommens. Eine gesunde Wirtschaft wird diesen Ansatz zu verkraften wissen. So macht die Heimat in bezug auf ihre soziale Sicherheit einen kräftigen Schritt nach vorne.

148

dodis.ch/35593

Il Presidente del Consiglio dei Ministri d'Italia, G. Andreotti, al Presidente della Confederazione, N. Celio[1]

Roma, 14 luglio 1972

La ringrazio della franchezza con cui ha voluto[2] espormi gli argomenti in base ai quali il Suo Governo desidererebbe che l'Accordo di Associazione CEE-Svizzera[3] evitasse qualsiasi riferimento ai problemi dei lavoratori comunitari.

Mi consenta, innanzitutto e con la stessa franchezza, di chiarire che l'Italia non ha minimamente «risollevato il problema in seno al Mercato Comune in netto dispregio dell'Accordo del 22 giugno[4]». A parte il fatto che tale Accordo non fa – né poteva fare – alcun riferimento all'autonomo negoziato comunitario, non può dimenticarsi che il problema era stato incluso nel mandato negoziale[5] fissato a suo tempo dal Consiglio dei Ministri CEE. Tale mandato – conosciuto ed accettato dai negoziatori svizzeri – dedica un'apposita sezione all'esigenza, «nel contesto dell'Accordo», di porre fine a situazioni discriminatorie e di prevedere l'allineamento del trattamento dei lavoratori comunitari in Svizzera sui principii che regolano le disposizioni in vigore nella Comunità nonché sulle norme dell'OIL.

È noto – ed era naturale – che questa sezione del mandato CEE era stata a suo tempo caldeggiata da parte italiana. Ma essa risponde essenzialmente ad una decisione comunitaria, la cui attuazione incombe alla Commissione della CEE e non ai singoli Governi.

Ella mi accenna alle eventuali difficoltà interne che clausole concernenti la manodopera potrebbero creare nel Suo Paese. Comprendo e rispetto queste difficoltà. Ma vorrei assicurarLe che non minori sarebbero le nostre, qualora fosse oggi il Governo italiano a sollecitare la Commissione a non dar corso al mandato ricevuto: sollecito il cui esito non dipenderebbe, fra l'altro, solo da noi. Mentre quindi Le confermo che il Governo italiano non ha mai inteso ricorrere alla Commissione del Mercato Comune «in contrasto con quanto convenuto sul piano bilaterale»[6] (e ciò potrebbe intendersi soltanto

---

1. *Lettera (copia):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4630* (B.41.11.1).
2. *Lettera di N. Celio a G. Andreotti del 30 giugno 1972,* dodis.ch/37037.
3. *Sull'Accordo tra la Confederazione svizzera e la Comunità economica europea del 22 luglio 1972 cf. doc. 182,* dodis.ch/35776, *in particolare nota 3. Cf. anche il verbale di decisione II del Consiglio federale del 14 luglio 1972 della seduta straordinaria del 14 luglio 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.
4. *Sull'Accordo tra la Svizzera e l'Italia concluso nell'ambito della Commissione mista il 22 giugno 1972 cf. doc. 180,* dodis.ch/35674.
5. *Cf. il* Bericht über die Beschlussfassung des EWG-Ministerrates vom 8. November 1971 betreffend das Verhandlungsmandat für die Nichtbeitrittskandidaten *di P. R. Jolles del 9 novembre 1971,* dodis.ch/36205.
6. *Sul ricorso potenziale dell'Italia alla Comunità economica europea per risolvere i problemi*

nel senso di sollevare problemi nuovi o di richiedere soluzioni diverse da quelle discusse, o da discutersi, bilateralmente), vorrei assicurarLa che istruzioni nel senso da Lei sollecitato erano state da tempo impartite al nostro Rappresentante[7] proprio perché fosse fatto tutto il possibile perché il tema non divenisse «scottante».

AssicurandoLa che il Governo italiano è pronto ad ogni sforzo di comprensione e di collaborazione, desidero confermarLe che il nostro Rappresentante presso la CEE resta a disposizione dell'Ambasciatore Jolles per fiancheggiarne l'opera diretta a trovare, nella trattativa con la Delegazione CEE, quelle soluzioni che possano fornire alla complessa materia una formulazione capace di soddisfare le esigenze del Suo e del nostro Governo.

Insieme a questa assicurazione vorrei darLe atto, Signor Presidente, dell'impegno aperto e costruttivo con cui Ella ha voluto personalmente seguire i problemi della manodopera italiana in Svizzera. Credo che da parte del Governo italiano si sia risposto all'atteggiamento svizzero con non minore lealtà e comprensione, anche evitando quel condizionamento della trattativa comunitaria ai problemi bilaterali che era, ed è, insistentemente reclamato da importanti forze politiche e sindacali[8].

Nella prospettiva di proficui sviluppi della nostra collaborazione sul piano bilaterale prendo atto con viva soddisfazione, Signor Presidente, della Sua indicazione che «la Svizzera farà un ulteriore sforzo per es. per risolvere il problema fiscale dei frontalieri[9] e le altre questioni aperte».

In questo stesso spirito voglio assicurarLe che continueremo ad operare a Bruxelles per facilitare l'elaborazione di formule che, non discostandosi dal mandato su cui si basano le trattative tra la Comunità e la Confederazione, vengano incontro alle comprensibili esigenze della Confederazione che Ella ha voluto rappresentarmi.

---

relativi alla manodopera italiana in Svizzera cf. la lettera di J. de Rham a B. von Tscharner del 23 novembre 1971, dodis.ch/36267 *e l'appunto di B. von Tscharner a P. R. Jolles del 7 gennaio 1972,* dodis.ch/36268.

7. *G. Bombassei Frascani de Vettor.*

8. *Cf. la lettera di J. de Rham a E. Thalmann del 7 giugno 1971, doss. come nota 1 e il verbale di P.-Y. Simonin del 23 giugno 1971,* dodis.ch/36273, *p. 4.*

9. *Sulle relazioni fiscali tra la Svizzera e l'Italia cf. l'appunto dell'Amministrazione delle contribuzioni del Dipartimento delle finanze e delle dogane a P. Graber del 23 ottobre 1970,* dodis.ch/36281 *e la lettera di J. de Rham a K. Locher del 2 marzo 1972,* dodis.ch/36283.

149

dodis.ch/35604

Le Président du Comité national d'aide au Vietnam, Section de la Centrale Sanitaire Suisse, M. Oltramare, au Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller [1]

Genève, 19 juillet 1972

J'estime utile de vous écrire pour vous confirmer et vous préciser ce que je vous ai dit hier, lors de l'entretien téléphonique que, sur votre demande, j'ai eu l'honneur d'avoir avec vous.

J'ai été péniblement surpris que, tout en niant qu'il existât une relation entre l'aide humanitaire de la Suisse et les impératifs de notre politique étrangère, vous ayez en fait reconnu implicitement qu'une telle liaison existait.

En effet vous avez tout d'abord admis que votre réponse à ma lettre du 28 juin[2] prendrait un certain délai, étant donné «l'affront» (qui vous laisse perplexe) infligé par le Gouvernement de la RDV au Conseil fédéral, en renvoyant, sans donner de raisons, à une date ultérieure, la remise des lettres de créance de notre Ambassadeur à Hanoï, M. Châtelain[3].

Ensuite vous m'avez suggéré d'écrire à notre correspondant à Hanoï, M. Nguyen van Trong, Directeur de la Section des relations extérieures du Ministère de la Santé de la RDV, que la présence d'un ambassadeur suisse accrédité à Hanoï faciliterait l'aide de la Confédération, et par conséquent la prise en considération de façon favorable de notre demande du 28 juin.

Comme je vous l'ai dit, je me refuse à faire cette démarche pour une question de principe. Pour notre organisation, il n'existe en aucune manière de liaison entre notre aide médicale et les vicissitudes des relations internationales de la Suisse. L'aide de la Centrale Sanitaire Suisse au Ministère de la Santé de la RDV, ainsi qu'aux Croix-Rouge du Gouvernement révolutionnaire provisoire de la République du Sud-Vietnam, du FUNK et du Front patriotique lao est dans notre esprit (et nous ne le cachons pas) l'expression de la solidarité profonde de couches toujours plus larges du peuple suisse, aussi bien en Suisse alémanique qu'en Suisse romande et au Tessin, à l'égard des peuples indochinois qui luttent avec un courage extraordinaire contre la plus puissante machine militaire du monde, afin d'avoir le droit d'organiser leur vie comme ils l'entendent.

Par ailleurs, je suis convaincu que la diplomatie suisse dispose de suffisamment de moyens pour s'informer des motifs des décisions d'Hanoï et faire savoir sa position et ses conséquences sans utiliser le canal de la Centrale Sanitaire Suisse.

Étant donné les bombardements féroces que subit actuellement la RDV où entreprises industrielles, hôpitaux, écoles, églises, et maintenant digues

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E2003A#1984/84#859* (o.222.3.Uch).
2. *Lettre de M. Oltramare à P. Graber du 28 juin 1972, doss. comme note 1.*
3. *Cf. doc. 90,* dodis.ch/35603, *en particulier note 2.*

même sont systématiquement visés au mépris de toute attitude civilisée, nous insistons sur le fait que les demandes que nous vous avons transmises en date du 28 juin sont d'une urgence extrême à satisfaire.

Nous avons été très reconnaissants au Conseil fédéral d'avoir pris en considération il y a deux ans notre proposition d'un don d'une station de réanimation cardiaque à Hanoï, et nous ne l'avons pas caché[4]. La demande que nous vous avons adressée le 28 juin est nettement plus élevée, mais avec les destructions effroyables par les bombardements, les souffrances de la population de la RDV sont aujourd'hui infiniment plus grandes; c'est d'un véritable génocide qu'il s'agit, aussi au Nord-Vietnam[5].

J'ai pris bonne note de votre affirmation que vous alliez examiner avec sympathie notre demande du 28 juin[6]. Mais je ne peux que regretter amèrement le délai dont vous m'avez parlé, ainsi que les raisons que vous avez invoquées, qu'en toute franchise je ressens comme indignes de l'idéal de Dunant. J'espère fermement que le Conseil fédéral fera passer son souci d'aide humanitaire avant toute autre considération.

---

4. *Cf. les lettres de M. Oltramare à E. Thalmann du 13 novembre 1970 et du 23 décembre 1970, doss. comme note 1.*

5. *Sur l'aide Suisse au Vietnam du Nord, cf. la lettre de J.-P. Weber à E. Thalmann du 14 janvier 1970,* dodis.ch/36129; *la lettre de P. Graber à N. Celio du 5 mars 1970,* dodis.ch/36130; *la notice de M. Huber du 20 octobre 1970,* dodis.ch/36131; *le PVCF N° 610 du 12 avril 1972,* dodis.ch/36128; *la notice de R. Keller à P. Graber du 8 septembre 1972,* dodis.ch/36145; *le PVCF de décision II du 25 septembre 1972 de la 48ème séance du 13 septembre 1972 et le PVCF de décision II du 20 octobre 1972 de la 54ème séance du 18 octobre 1972, p. 4,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.

6. *Pour la réponse, cf. la notice S. de Dardel à R. Keller du 13 novembre 1972,* dodis.ch/36147 *et la lettre de P. Graber à N. Celio du 20 décembre 1972,* dodis.ch/36149.

150

dodis.ch/35586

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an diverse schweizerische Vertretungen[1]

Uhrenabkommen Schweiz-EWG

Bern, 24. Juli 1972

Es ist Ihnen zweifellos schon bekannt, dass am *20. Juli* in Brüssel zwischen Theodorus C. Hijzen, Generaldirektor bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, und dem Schreibenden ein neues *«Ergänzendes Uhrenabkommen»*[2] *zwischen der Schweiz und der EWG unterzeichnet worden ist.*

Der Umstand, dass diese Unterzeichnung zwei Tage vor Abschluss des globalen Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EWG[3] vorgenommen wurde, ist kein Zufall. Eine Regelung des delikaten «Swiss made»-Problems für Uhren[4], das den Hauptbestandteil des Abkommens bildet, ebenso die Abschaffung des Prämiensystems der ASUAG/Ébauches SA-Gruppe[5] («incitations à s'approvisionner sur le marché suisse») waren von der EWG in der Tat zur *Vorbedingung,* zunächst für den Nachvollzug der noch suspendiert gewesenen letzten 10-prozentigen Uhrenzollsenkung aus der Kennedy-Runde[6], sodann und vor allem für den Einschluss des Uhrensektors in den europäischen Freihandel für Industrieprodukte gemacht worden.

Dieser Einschluss ist, nachdem über die strittige Uhrenmaterie Übereinstimmung erreicht worden war, im Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG, das am 22. Juli unterzeichnet wurde, nunmehr sichergestellt.

Zu Ihrer Orientierung über den *wesentlichen Inhalt* des Uhrenabkommens sowie über die damit verbundenen, dem Uhrensektor zugute kommenden

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E7113A#1985/115#361* (776.18.1). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Köln, Paris, Brüssel, Den Haag, Luxemburg, Rom, London, Kopenhagen, Oslo, Dublin, Wien, Stockholm, Helsinki, Lissabon, Washington, Moskau und Tokio, die schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandelsassoziation, die schweizerische Delegation bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OCDE) und den ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat. Kopie an P. R. Jolles, P. Languetin, F. Rothenbühler, H. Bühler, H. Marti, E. Moser, K. Jacobi, H. Hofer, M. Lusser, A. Dunkel, B. von Tscharner, E. Thalmann, R. Bindschedler, E. Diez, P. A. Nussbaumer, P.-Y. Simonin, P. Braendli, H. Steiger, K. Ledermann, Ch.-M. Wittwer und F. Walthard.*

2. Ergänzendes Abkommen zum «Abkommen betreffend die Erzeugnisse der Uhrenindustrie zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten» *vom 20. Juli 1972, AS 1972, S. 3319–3326.*

3. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

4. *Zu den Uhrenverhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 94,* dodis.ch/35587; *die Notiz von A. Weitnauer an P. R. Jolles vom 7. Dezember 1970,* dodis.ch/36646; *das BR-Prot. Nr. 433 vom 6. März 1972,* dodis.ch/36656; *die Notiz von R. Probst vom 9. März 1972,* dodis.ch/36652 *sowie das BR-Prot. Nr. 1252 vom 10. Juli 1972,* dodis.ch/36657.

5. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 27. Januar 1972,* dodis.ch/37159.

6. *Vgl. dazu das Referat von R. Probst vom 23. November 1971,* dodis.ch/36201, *bes. S. 4–6.*

Bestimmungen aus dem Globalabkommen gestatte ich mir, Ihnen anbei einen von uns erstellten Presserohstoff[7] zu übermitteln. Er erleichtert den Überblick über die teils etwas verschachtelten Zusammenhänge.

Ausserdem erhalten Sie anbei zu Ihrer Dokumentation den *vollständigen Text*[8] des «Ergänzenden Uhrenabkommens» selbst. Er besteht aus den fünf Abkommensartikeln, einer recht umfangreichen Liste von Rohwerken («ébauches») französischer, deutscher und italienischer Provenienz, die in den Genuss der Vorzugsbehandlung für das «Swiss made» gelangen, sowie einem nicht zu veröffentlichenden Briefwechsel[9] hinsichtlich der beidseitigen Qualitätskontrollinstitute und einer ebenfalls nicht zu publizierenden «Déclaration interprétative»[10] betreffend die Informierung der interessierten Industriekreise über die getroffenen Abmachungen.

Die der EWG zugute kommende *«Swiss made»-Regelung* besteht in ihrem Kern darin, dass der gemäss bundesrätlicher Verordnung vom 23. Dezember 1971[11] für das Tragen des «Swiss made» massgebliche schweizerische 50-Prozent-Wertanteil eines Uhrwerks auf dem um die Kosten des Zusammensetzens erhöhten Wert der Bestandteile (Sonderregel), statt nur auf dem Wert dieser Bestandteile allein (allgemeine Regel) vorgenommen werden kann. Damit erhöht sich die Proportion der in «Swiss made»-Uhren verwendbaren Bestandteilen aus den Ländern der Gemeinschaft.

Es ist denkbar, dass diese Begünstigung der EWG durch die Schweiz seitens anderer Staaten, die ebenfalls über eine Uhrenindustrie verfügen und am Export von «ébauches» und andern Bestandteilen interessiert wären, zum Anlass genommen werden könnte, von uns *«gleiches Recht»* zu verlangen. Dabei denken wir in erster Linie an die USA[12], möglicherweise an Japan[13], unter Umständen auch an die Sowjetunion[14]. Wir wären freilich in der Lage, solchen Begehren gute Argumente entgegenzuhalten:

– Erstens ist schon rein faktisch zu bedenken, dass uns die EWG auf ihrem Markt von rund 260 Millionen Konsumenten, wo wir vergangenes Jahr für 750 Millionen Franken Uhrenerzeugnisse absetzten, was 30% unserer totalen Uhrenexporte ausmacht, den *Freihandel* einräumt. Dieser ist zwar an sich reziprok vereinbart, kommt aber in Wirklichkeit vor allem uns zugute. Es ist bis auf weiteres kaum anzunehmen, dass ein anderes uhrenproduzierendes Land bereit wäre, uns, im Austausch zum erleichterten Absatz von Uhrenbestand-

---

7. *Vgl. Doss wie Anm. 1.*
8. *Vgl. Anm. 2.*
9. *Schreiben von R. Probst an Th. C. Hijzen und Schreiben von Th. C. Hijzen an R. Probst vom 20. Juli 1972, Doss. wie Anm. 1.*
10. Auslegungserklärung zu Artikel 3 des Abkommens, *Doss. wie Anm. 1.*
11. *BR-Prot. Nr. 2258 vom 23. Dezember 1971,* dodis.ch/36579. *Vgl. dazu ferner den Bericht von F. Balleys vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/36589 *sowie das Rundschreiben von P. Braendli vom 12 Juni 1972,* dodis.ch/36591.
12. *Vgl. dazu die Notiz von R. Probst an A. Weitnauer vom 1. September 1970,* dodis.ch/36659 *sowie die Notiz von P. Bratschi an K. Jacobi vom 7. Juli 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#224* (783.0).
13. *Vgl. dazu Dok. 34,* dodis.ch/35524.
14. *Vgl. dazu Dok. 104,* dodis.ch/35620, *Punkt 3 und 4.*

teilen, Importvorteile einzuräumen, die materiell mit jenen seitens der EWG vergleichbar wären.

– Gemäss bundesrätlicher Verordnung über die Benützung des Schweizernamens für Uhren[15] besteht eine wesentliche Voraussetzung für das Einräumen der oben geschilderten Sonderbehandlung im Vorliegen einer *engen industriellen Zusammenarbeit* zwischen der ausländischen und der schweizerischen Industrie. Diese ist im Falle der westeuropäischen Uhrenindustrien, die eng miteinander verquickt und schon beträchtlich ineinander integriert sind, in einem Ausmass vorhanden, das von keinem anderen Uhrenproduktionsland auch nur annähernd erreicht wird.

– Drittens schreibt die bundesrätliche Verordnung vor, dass die Sonderregelung nur dann eintreten kann, wenn die *gleichwertige Qualität* der ausländischen Bestandteile mit den schweizerischen Bestandteilen auf dem Wege eines staatsvertraglich vorgesehenen Bestätigungsverfahrens gewährleistet ist, was ja gerade einen Hauptzweck des neuen Uhrenabkommens bildet. Diese für uns eminent wichtige Sicherung des Qualitätsstandards der Schweizeruhr erlaubt es uns, gleichzeitig die GATT-Konformität zu wahren (vgl. hiezu insbesondere Art. XI Ziff. 2 lit. b des GATT: Ausnahme von Verbot quantitativer Beschränkungen im Zusammenhang mit Qualitätskontrollnormen; ferner auch Art. XX lit. d: Ausnahmebestimmungen zur Abwehr irreführender Praktiken).

Wir wollten nicht verfehlen, Ihnen, namentlich den Botschaften in Washington, Tokio und Moskau, von diesen letztern Erwägungen hinsichtlich des «gleichen Rechts» für alle Fälle Kenntnis zu geben. Sollten die Behörden Ihres Gastlandes in diesem Zusammenhang mit Fragen an Sie herantreten, so bitten wir Sie um unverzügliche Benachrichtigung.

Wir hatten einleitend bemerkt, dass das neue Abkommen den Einschluss des Uhrensektors in den globalen industriellen Freihandel mit der EWG ermöglichen sollte. Es erschöpft sich aber nicht allein darin. In seinen Auswirkungen geht das Abkommen, auch wenn sein Inhalt vor allem technischen Charakter aufweist, in der Vorstellung der Vertragspartner entschieden über diesen Rahmen hinaus und ebnet gleichzeitig den Weg zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen geographisch benachbarten Zweigen der gleichen Industrie. Damit ist, so hoffen wir, angesichts des immer härter werdenden Konkurrenzkampfes auf den Weltmärkten die Grundlage für eine künftige vermehrte europäische Solidarität im Uhrensektor geschaffen.

---

15. *Vgl. Anm. 11.*

151

dodis.ch/35287

Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Bern, 27. Juli 1972

Auf seinen Wunsch spricht der sowjetische Geschäftsträger, Platonov, bei mir vor.

1. Sein erstes Anliegen ist, uns im Auftrage seiner Regierung nochmals in umständlicher und wortreicher Rede die Ratifikation des *Nonproliferationsabkommens*[2] nahezulegen. Ich gebe ihm die Gründe bekannt, warum es uns bisher damit nicht geeilt hat[3] und nehme im übrigen von seiner Demarche Kenntnis.

2. Bezugnehmend auf unsere Unterzeichnung des *Abkommens mit den Europäischen Gemeinschaften*[4] wollte P*[latonov]* von mir eine Interpretation des «politischen Gehaltes[5]» dieses Abkommens erhalten. Sie wurde ihm gegeben.

3. P*[latonov]* wollte ferner wissen, ob sich mit Bezug auf unsere Haltung gegenüber den *geteilten Staaten*[6] eine Änderung ergeben habe. Ich orientierte P*[latonov]* über unsere Vereinbarung mit der DDR vom 12. Juli[7], wobei ich ihn um vertrauliche Behandlung – auch im Rahmen des diplomatischen Corps in Bern – bat, was er feierlich zusicherte. (Offenbar war P*[latonov]* über den Abschluss der Vereinbarung noch nicht unterrichtet, doch besteht kein Zweifel darüber, dass Moskau im Bilde ist.)

Bezüglich Korea erklärte ich lediglich, dass wir die jüngste Entwicklung genau verfolgen[8].

Zu Nordvietnam stellte ich fest, dass sich in der reichlich ungewöhnlichen Situation nichts geändert habe[9]. Dies störe uns im übrigen nicht. Wir könnten ruhig warten.

4. Schliesslich kam P*[latonov]* auf die *Sicherheitskonferenz*[10] zu sprechen. Ich liess ihn wissen, dass wir es begrüssen würden, wenn uns ein zuständiger

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1678* (o.713.333).
2. Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen *vom 1. Juli 1968, AS, 1977, S. 472–482.*
3. *Zur Haltung der Schweiz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 63,* dodis.ch/33194; *Dok. 87,* dodis.ch/33144 *und Dok. 155,* dodis.ch/33145 *sowie DDS, Bd. 25, Dok. 16,* dodis.ch/35286, *bes. Anm. 3.*
4. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*
5. *Vgl. dazu Dok. 82,* dodis.ch/35535, *Punkt 4.*
6. *Zur Frage der geteilten Staaten vgl. Dok. 4,* dodis.ch/35862.
7. *Zur Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Juli 1972 vgl. Dok. 179,* dodis.ch/34372, *Anm. 7.*
8. *Zur Situation nach der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniqués Nord- und Südkoreas vom 4. Juli 1972 vgl. Dok. 152,* dodis.ch/35835, *Anm. 4.*
9. *Vgl. dazu Dok. 38,* dodis.ch/35601.
10. *Zur schweizerischen Haltung gegenüber der Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

Vertreter der Sowjetunion besuchen würde, da wir namentlich an einem Dialog über den schweizerischen Vorschlag über ein System für die friedliche Streiterledigung interessiert wären[11]. (Ein Dialog mit der Botschaft allein genüge nicht, da sich diese dazu doch nicht äussern könne!).

11. *Zum SRPD vgl. Dok. 173,* dodis.ch/34487.

152

dodis.ch/35835

Notice pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

RELATIONS AVEC LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DÉMOCRATIQUE DE CORÉE (PROJET SUÉDOIS)[2]

Confidentiel *[Berne,]* 7 août 1972

Nous avons invité à Berne, jeudi soir 3 août, M. Hans Blix, jurisconsulte du Ministère suédois des Affaires étrangères, qui séjourne en ce moment à Genève où il dirige la délégation de son pays à la «Réunion du Comité des utilisations pacifiques du fond des mers et des océans au-delà de la juridiction internationale».

Nous avons mis à profit notre rencontre[3] pour réexaminer le projet suédois de l'établissement de relations diplomatiques par les quatre membres de la Commission de contrôle de l'armistice à Panmunjom avec la partie de la Corée qu'ils n'ont pas encore reconnue.

L'accord du 4 juillet entre les deux Corées, bien qu'il soit la marque d'un développement important dans les rapports entre le Nord et le Sud, ne devrait pas conduire, semble-t-il, à une évolution rapide de la situation[4]; il faudra sans doute des mois, voire des années avant qu'une réunification des deux parties du pays puisse être envisagée.

Les Suédois souhaiteraient que la mise en place de notre projet se fasse rapidement, afin d'avoir quelque chose à offrir à l'opinion publique; le parti socialiste tiendra ses assises au mois d'octobre et il serait bon que le Gouvernement suédois puisse au moins citer ce qui a été entrepris.

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2661* (B.15.11.1). *Rédigée par P.-A. Ramseyer et signée par H. Miesch. Visée par P. Graber le 9 août 1972.*

2. *Sur la démarche suédoise en faveur d'une reconnaissance de la Corée du Nord et de la Corée du Sud par les États membres de la Commission de supervision des nations neutres pour l'armistice en Corée, cf. la notice du Département politique au Conseil fédéral du 4 octobre 1971,* dodis.ch/36014 *et le PVCF N° 1963 du 10 novembre 1971,* dodis.ch/36013.

3. *Cf. le compte rendu de P.-A. Ramseyer du 4 août 1972, doss. comme note 1.*

4. *Cf. la notice* Point de la situation après l'accord du 4 juillet 1972 *de P.-A. Ramseyer du 1er août 1972, doss. comme note 1.*

De notre côté, il va sans dire que nous penchons pour une approche prudente et réservée[5], qui commencerait par des sondages auprès des Polonais et des Tchécoslovaques et serait poursuivie, si leur réaction devait être positive, par une démarche auprès des Gouvernements de Pyongyang et de Séoul.

Nous tombons d'accord pour informer les Tchécoslovaques et les Polonais, par l'intermédiaire de nos Ambassadeurs à Prague[6] et à Varsovie[7], qui se rendront ensemble au Ministère des Affaires étrangères, mais ne laisseront pas d'aide-mémoire. Cette démarche aura lieu la première semaine de septembre, après la conférence des ambassadeurs et ne sera au fond que la présentation d'une première idée, qui ne devrait nullement nous engager. Si celle-ci devait susciter l'intérêt des communistes, alors seulement nous pourrions l'approfondir et en parler à la Corée du Sud et à celle du Nord[8]. Le Secrétaire général de l'ONU[9] sera informé à titre confidentiel dès le début de nos sondages, vu la responsabilité des Nations Unies en Corée.

5. *Pour le développement de la question de la reconnaissance de la Corée du Nord par la Suisse, cf. doc. 4,* dodis.ch/35862, *point 3; le compte rendu de R. Baumgartner du 23 juillet 1970,* dodis.ch/36012 *et le compte rendu de K. Fritschi du 2 juin 1972,* dodis.ch/36011.
6. *W. Bossi, respectivement A. Rössel.*
7. *P. Frochaux, respectivement C. Wollin.*
8. *Pour la suite de cette affaire, cf. doc. 164,* dodis.ch/35836 *et doc. 168,* dodis.ch/35837.
9. *K. Waldheim.*

153

dodis.ch/35785

Notice pour le Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux, F. Rothenbühler[1]

Séance du 9 août avec la Chambre suisse de l'horlogerie concernant la Corée du Sud

[Berne,] 8 août 1972

La République de Corée limite les importations des «non-essentials», donc aussi des montres, depuis de nombreuses années[2]. Son but est au moins double: diminuer si possible le déficit de sa balance commerciale et de celle des paiements et protéger son industrie naissante ou, en ce qui concerne l'horlogerie par exemple, provoquer l'implantation de cette industrie en Corée du Sud. Cette préoccupation n'a probablement pas été étrangère à l'intérêt du Gouvernement sud-coréen à la conclusion de l'accord du 7 avril 1971[3] avec

1. *Notice:* CH-BAR#E7110#1983/13#2027* (841.8). *Rédigée et signée par J.-E. Töndury. Visée par F. Rothenbühler.*
2. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 124,* dodis.ch/31373; *DDS, vol. 24, doc. 77,* dodis.ch/32552, *en particulier note 8 et doc. 169,* dodis.ch/33133, *en particulier note 11 et la lettre de M. Leu à P. R. Jolles du 8 juin 1971,* dodis.ch/36009.
3. Convention entre le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de

la Suisse au sujet de l'encouragement et de la protection des investissements réciproques.

Depuis le mois de mai de cette année, l'importation des montres complètes est interdite. L'importation des mouvements est possible, dans la mesure où des exportations coréennes de mouvements, de montres-bracelets complètes, de montres électroniques, de boîtes, cadrans et pendules ont lieu, mais seulement dans des limites prescrites, allant de 60 à 150% de la contre-valeur de ces exportations. Les importations horlogères en Corée sont de plus assujetties à un dépôt préalable de 200% et à des droits de douane élevés. Par rapport à 1971, le régime actuel est plus sévère et reflète la détérioration de la situation financière du pays.

Nous avons à diverses reprises cherché à obtenir des allégements de la part des autorités sud-coréennes (à Zurich, à Genève et à Séoul), mais sans aucun résultat. Au GATT également, rien ne saurait être obtenu, tant que la République de Corée pourra invoquer à sa décharge l'état déficitaire de sa balance des paiements (194 millions de $ en 1965, 794 millions en 1969 et 803 millions en 1970). À cela s'ajoute que notre propre balance commerciale avec la Corée du Sud est constamment active (importations 8,7 millions de frs., exportations 38,2 millions en 1971 et 4,8 et 22,2 millions respectivement au cours du 1er semestre 1972) et que les investissements suisses en Corée du Sud sont très peu nombreux (un seul cas connu dans le domaine horloger: Claro Watch), ce qui ne renforce naturellement pas notre position de demandeur, pas plus que l'octroi – sans les textiles et les chaussures – de nos préférences généralisées pour pays en développement.

En l'état actuel des choses, il semble donc qu'une nouvelle intervention de notre part serait tout aussi vaine que le furent les précédentes, d'autant plus qu'il y a toujours presque 400 mille chômeurs dans le pays (3,2%). On doit aussi se demander s'il serait judicieux dans ces conditions d'exposer notre représentation diplomatique à un refus, qui risquerait de lui faire perdre la face auprès des autorités concernées, des importateurs et des vendeurs de montres suisses. La situation serait meilleure, si nous avions quelque chose de substantiel à offrir. Malheureusement, tel ne semble pas être le cas, à moins que l'industrie horlogère par exemple n'ait quelque chose de concret dans ses dossiers?

Sur le plan privé, l'agent en Corée d'Enicar, M. Kim, un «leading Swiss watch importer in Korea», a entrepris en mai dernier une démarche écrite[4] auprès du Ministère du Commerce et de l'Industrie, afin d'obtenir que le régime précédemment en vigueur pour les montres-bracelets complètes (proportion 20%) soit maintenu en 1972. Apparemment cette démarche n'a pas abouti. Notre Ambassade à Séoul a été priée de suivre l'affaire et de nous informer dès que M. Kim aura reçu une réponse. Mais, entre-temps, KTN a annoncé le 4 crt.: «The government will maintain the import curb

---

la République de Corée concernant l'encouragement et la protection réciproque des investissements *du 7 avril 1971, RO, 1971, pp. 731–735. Cf. aussi le PVCF N° 529A du 24 mars 1971,* dodis.ch/36008.

4. *Cf. la lettre de Ch. Truninger à P. R. Jolles du 5 juin 1972, doss. comme note 1.*

policy this year, so that imports into Korea may rise not more than 10% over last year's (against 10,3% rise originally estimated), while exports are to rise 27% over last year's»[5].

Contrebande et corruption permettent toutefois toujours l'entrée des montres en Corée. M. l'Ambassadeur Kang, lors d'une récente visite à la Chaux-de-Fonds et au Locle, a laissé entendre à la Chambre suisse de l'horlogerie qu'il pourrait faire obtenir des permis d'importer aux fabricants suisses qui s'adresseraient à lui. Dans cette optique il avait été envisagé le 2 crt. avec MM. F. Hool (Chambre) et Ponnaz (FH) que la Chambre remettrait un mémoire[6] à M. l'Ambassadeur Kang, le priant d'intervenir à Séoul et/ou de s'employer d'autre manière à rendre possibles des exportations de montres complètes suisses en Corée du Sud. Le retour en Suisse de M. Baumgartner (Auréole Watch, La Chaux-de-Fonds) et les nouvelles qu'il rapporta de Corée ont un peu modifié la situation et incité la Chambre à vous demander audience pour revoir toute la question.

Sont annoncés pour la séance du 9 crt. MM. Yann Richter, directeur-adjoint, et F. Hool, tous deux de la Chambre suisse de l'horlogerie, MM. Choffat et Baumgartner, de Auréole SA, La Chaux-de-Fonds, et un représentant[7] de FH, invité par la Chambre à participer à la réunion[8].

5. *Note en marge de F. Rothenbühler:* Techno*[s]*: – Werke nach Korea; dort montiert, & exportiert nach Bras*[ilien]* (Swiss made) – Jetzt zu wenig Werke-Importbew*[illigungen]*; CH Juni 72 CH-Démarch*[e]* (Reaktion offen). *Pour la démarche de Technos Gunzinger Frères SA dans cette affaire, cf. la note de l'Ambassade de Suisse à Séoul au Ministère des Affaires étrangères de la République de Corée du 28 juin 1972,* CH-BAR#E2200.24#1987/156#124* (551.611).

6. *Notice de la Chambre suisse de l'horlogerie du 8 septembre 1972, doss. comme note 1.*

7. *Il s'agit très vraisemblablement de G. E. Ponnaz.*

8. *Pour les résultats de cette entrevue, cf. la lettre de Y. Richter et R. Nicolet à P. R. Jolles du 18 août 1972,* dodis.ch/36010.

154

dodis.ch/35551

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

Besuch des kanadischen Botschafters[2] vom 11. August 1972

Bern, 8. August 1972

1. *Allgemeines*

Seit 1970 betreibt Kanada eine expansionistische Wirtschaftspolitik, die zu einer merklichen Belebung der Konjunkturlage führte. Schätzungen zufolge soll die Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes 1971 9,1% betragen haben,

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1983/13#1741* (877.3). *Unterzeichnet von H. Hofer. Kopien an P. R. Jolles, R. Probst, E. H. Léchot, H. Hofer und H.-U. Greiner.*

2. *J. Roberts.*

wobei allerdings eine Inflationsrate von 3,2% in Rechnung zu stellen ist. Trotz des Aufschwungs blieb die Arbeitslosenrate mit über 6% hoch.

Kanada ist Mitglied des GATT und der OECD.

Wirtschaftlich ist Kanada stark von den USA abhängig. Mehr als 70% seines Aussenhandels wickelt sich mit diesem Nachbarstaat ab. Auch bei den ausländischen Investitionen dominieren die USA.

2. *Schweizerisch-kanadischer Handelsaustausch*

Die Einfuhr aus Kanada belief sich 1971 auf 217 Millionen Franken, die Ausfuhr auf 312 Millionen Franken. Kanadas Anteil an der schweizerischen Gesamteinfuhr hat leicht rückfällige Tendenz; bei der Ausfuhr bewegt sich dieser Anteil traditionell knapp unter 1,5%.

Dominiert wird die schweizerische Einfuhr nach wie vor von Weizen und andern Getreidearten – mehr als 50% unseres Bedarfs an ausländischem Brotgetreide werden durch Kanada gedeckt – gefolgt von Kupfer, Pelzwerk, Asbest, Maschinen und Apparaten. Unser Export nach Kanada besteht zur Hauptsache aus Maschinen und Apparaten (37%), chemisch-pharmazeutischen Produkten (28%), Uhren (13%), Textilindustrie (8%), Lebensmitteln (7%).

Die kanadischen Zölle sind auf Industrieerzeugnissen zum Schutze der inländischen Produktion noch verhältnismässig hoch. Grossbritannien geniesst immer noch Präferenzzölle. Die Tendenz geht allerdings dahin, die Zollmauern allmählich abzubauen. Diese Bestrebungen werden in einzelnen Fällen durchkreuzt von Klagen gegen angeblich unterpreisige Lieferungen, was jeweils zur Einleitung von Antidumpingverfahren führt.

3. *Schweizerische Investitionen in Kanada*[3]

Die Schweiz besitzt grosse Investitionen in Kanada, so vor allem in der chemischen, der Nahrungsmittel-, der Zement- und der Maschinenindustrie sowie im Immobiliensektor (Geschäftshäuser, Hotels); gut vertreten sind auch die Banken und die Versicherungen. Die Direktinvestitionen allein werden auf 700–800 Millionen kanadische Dollar geschätzt. Nach kanadischen Angaben nimmt die Schweiz hinter den USA und Grossbritannien den 3. Rang ein.

4. Aktuelle *handelspolitische Probleme*[4] stellen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, die als sehr gut bezeichnet werden können, momentan nicht. Kleinere Meinungsverschiedenheiten, wie sie sich z. B. bei der Durchführung von Antidumpingverfahren gegen schweizerische Firmen ergeben haben, lassen sich normalerweise ohne grössere Schwierigkeiten aus der Welt schaffen[5].

---

3. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1983/13#1742* (892.1).

4. *Vgl. dazu das Schreiben von E. Ackermann an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 8. März 1971,* dodis.ch/35648.

5. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1982/108#1832* (842.1).

Die schweizerische Uhrenindustrie bewirbt sich um die Übernahme der Zeitmessung für die Olympiade 1978[6], die in Montreal stattfinden wird.

Eine Delegation von Parlamentariern des Gliedstaates Ontario wird Ende September die Schweiz besuchen[7].

6. *Gemeint ist die Olympiade von 1976. Zur Frage der Zeitmessung vgl. Doss.* CH-BAR#E7110#1983/13#1724* (842.8).

7. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2238* (B.25.31).

155

dodis.ch/35513

Notice du Chef du Département politique, P. Graber[1]

NOTE ORALE AU CONSEIL FÉDÉRAL. SALT – GENÈVE

Secret Berne, 9 août 1972

Le Département politique a été saisi par l'Ambassade des États-Unis à Berne d'une demande[2] portant sur le transfert à Genève des entretiens SALT entre les États-Unis et l'URSS. Je vous rappelle à ce propos que ces négociations ont pris place depuis leur début, il y a trois ans, en alternance entre Helsinki et Vienne.

L'Ambassade des États-Unis avec laquelle nous sommes en contact à ce propos nous a assurés que sa démarche a été faite avec l'accord des Soviétiques à qui, d'après les Américains, reviendrait l'initiative de la proposition de transfert à Genève. Les autorités soviétiques doivent encore par le truchement de leur Ambassade à Berne ou de l'Ambassade de Suisse à Moscou nous confirmer pour la bonne forme la démarche américaine[3].

Le Conseil fédéral se trouve dès lors saisi d'une demande officielle portant sur le transfert à Genève de ces entretiens; je dirais pour préciser les choses, à Genève ville suisse et non pas à Genève siège européen des Nations Unies car tant du côté américain que du côté soviétique on tient à garder ces entretiens à l'abri de toute interférence de l'Organisation mondiale.

Je voudrais encore apporter les quelques éléments d'information et d'appréciation suivants:

a) Le Département politique a pris contact hier après-midi avec les autorités genevoises. Le Président et le Vice-Président du Conseil d'État[4]

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#662* (B.66.11.14). *Rédigée par E. Brunner. Annotation manuscrite dans la marge de P. Graber du 9 août 1972:* Cons*[eil]* féd*[éral]* d'accord.

2. *Cf. la notice de F. Pictet du 9 août 1972,* dodis.ch/35548. *Cf. aussi le télégramme de l'Ambassade de Suisse à Washington au Département politique du 4 août 1972,* dodis.ch/35544.

3. *Cf. le télégramme de l'Ambassade de Suisse à Moscou au Département politique du 9 août 1972,* dodis.ch/35547. *Annotation manuscrite:* C'est fait.

4. *H. Schmitt respectivement F. Picot.*

ont promis une décision qu'ils ont laissé entrevoir favorable pour ce matin encore[5].

b) Les Gouvernements soviétique et américain, aussitôt que le Conseil fédéral aura pris une décision, informeront directement Vienne et Helsinki du transfert à Genève des entretiens SALT. Il est à prévoir que du côté autrichien comme du côté finlandais nous aurons à subir certaines réactions de mauvaise humeur et cela pour un fait dont nous ne sommes nullement responsables[6].

c) Les raisons pour lesquelles Américains et Soviétiques tiennent à venir à Genève seraient d'ordre technique et non pas politique. (L'alternance alourdit la négociation, facilités de communication, raisons de sécurité).

d) On nous a informés du côté américain qu'étant donné leur désir de maintenir une étanchéité complète entre leur mission à Genève accréditée auprès des Nations Unies et la délégation américaine pour les entretiens SALT, il leur serait agréable de pouvoir compter sur notre aide et sur celle des autorités genevoises dans la recherche de locaux adéquats pour abriter la mission SALT[7]. Les exigences américaines à ce propos sont assez importantes et le Département politique ne leur a pas caché les difficultés qui existent en matière de bureaux à Genève. Le Département a promis néanmoins son appui. Un contact sera maintenu avec les responsables américains qui sont déjà sur place à Genève.

e) La prochaine réunion SALT devrait avoir lieu le 15 octobre à Genève, si la décision du Conseil fédéral était positive. La détermination tant du côté américain que soviétique dans le choix de cette ville ferait même surmonter du côté américain les difficultés qu'ils rencontreraient le cas échéant pour l'installation de leur mission. Cette prochaine rencontre inaugurera une nouvelle phase de ces entretiens qui devrait durer au minimum cinq ans.

L'importance des entretiens SALT pour la paix mondiale n'a pas besoin d'être soulignée ici, elle s'impose d'elle-même. Je voudrais dès lors engager le Conseil fédéral à donner une réponse favorable à la demande américaine et à la démarche soviétique qu'on nous laisse entrevoir[8]. Le fait que ces entretiens importants auront lieu désormais en Suisse sera de nature à rehausser encore le rôle de notre pays et de Genève en tant que lieu de rencontres internationales importantes[9].

Si le Conseil fédéral acceptait la demande américano-soviétique le Département politique se chargerait de suivre cette affaire tant sur le plan de l'information (communiqué de presse) qu'il faudrait coordonner avec les autorités américaines et soviétiques que sur celui des arrangements techniques sur place[10].

---

5. *Cf. la notice de R. Keller à P. Graber du 9 août 1972, doss. comme note 1. Annotation manuscrite:* C'est fait.

6. *Cf. p. ex. le télégramme N° 182 de l'Ambassade de Suisse à Helsinki au Département politique du 16 août 1972, doss. comme note 1.*

7. *Cf. la notice de F. Pictet du 9 août 1972,* dodis.ch/35548.

8. *L'accueil des entretiens SALT à Genève a été discuté par le Conseil fédéral; cf. le PVCF de décision II du 15 août 1972 de la séance du 9 août 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.

9. *Cf. la compilation thématique* dodis.ch/T982.

10. *Cf. p. ex. la lettre de R. Keller à la Mission permanente de la Suisse auprès des organisations internationales à Genève du 19 octobre 1972,* dodis.ch/35558 *et la notice de R. Keller à P. Graber du 20 décembre 1972,* dodis.ch/35374.

156

dodis.ch/34494

Notiz des Politischen Departements an die Aussenpolitische Kommission des Ständerats[1]

EUROPÄISCHE SICHERHEITSKONFERENZ (HALTUNG DES WESTENS)

[Bern,] 14. August 1972

Die Sicherheitskonferenz hat der Reisediplomatie[2] (man spricht auch vom diplomatischen Tourismus) in Europa gewaltigen Auftrieb gegeben. Es ist wohl noch nie vorgekommen, dass im Zusammenhang mit einem politischen Thema so viele Besuche kreuz und quer durch Europa, namentlich auch zwischen Ost und West, gemacht worden sind. Dies hängt damit zusammen, dass die erste gesamteuropäische Konferenz dieser Art Probleme aufwirft, die nur noch von Spezialisten bewältigt werden können. Die normalen diplomatischen Kanäle (über die Botschaften) reichen hier nicht mehr aus.

Unser Land, das entschlossen ist, sich an der Konferenz aktiv zu beteiligen[3], konnte sich diesem Trend nicht ganz entziehen und hat daher selbst zahlreiche Besuche gemacht und bei sich empfangen.

Dabei wurden natürlich auch andere Fragen besprochen und ganz allgemein nützliche Kontakte hergestellt, Kontakte, die – man darf dies nicht vergessen – in den NATO-, Warschaupakt- und EWG-Staaten viel enger sind, als dies bei den abseitsstehenden Neutralen der Fall ist.

Der Gedankenaustausch war in mancher Hinsicht fruchtbar und hätte auch dann einem nützlichen Ziel gedient, wenn es schliesslich nicht zur Konferenz selbst kommen sollte.

Zunächst ein Überblick über die Kontakte, die wir mit *westlichen Staaten* hatten.

Auf der Stufe der Aussenminister hatten wir Gelegenheit, die Sicherheitskonferenz mit neun Ländern zu besprechen, nämlich: den andern drei Neutralen (Österreich[4], Finnland[5] und Schweden[6]) sowie sechs NATO-Staaten:

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E1050.12#1995/512#7*. *Der Text basiert auf einer Notiz von B. Schenk vom 11. August 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#433* (B.72.09.15.1) *und wurde von E. Thalmann an der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 14. August 1972 referiert sowie an die Mitglieder der Aussenpolitischen Kommissionen des Stände- und Nationalrats verteilt. Vgl. dazu das Protokoll vom 17. August 1972,* CH-BAR# E1050.12#1995/512#7*, *S. 6. Zum zweiten Teil des Referats von E. Thalmann* über seine Besuche in sechs Oststaaten *vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496.

2. *Zur Besuchsdiplomatie vgl. DDS, Bd. 23, Dok. 164,* dodis.ch/31628.

3. *Zur Haltung der Schweiz zu verschiedenen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

4. *Zur Besprechung mit B. Kreisky vgl. das Protokoll der Sitzungen vom 3. und 4. Juli 1970 von M. Jaeger und K. Fritschi,* dodis.ch/36407, *S. 22–37. Zu den Besprechungen mit R. Kirchschläger vgl. das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 26. Februar 1971,* dodis.ch/36409, *S. 8–14 und das Protokoll der Sitzungen vom 27. und 28. Januar 1972 von E. Schurtenberger,* dodis.ch/36429, *S. 6–12.*

5. *Zur Besprechung mit V. Leskinen vgl. das Protokoll von P.-Y. Simonin und K. Fritschi vom 14. Juni 1971,* dodis.ch/34540, *S. 12–24 und zur Besprechung mit K. Sorsa vgl. die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin, P.-A. Ramseyer und B. Schenk vom 3. Juli 1972,* dodis.ch/34539, *S. 23–31.*

6. *Zur Besprechung mit T. Nilsson vgl. die Aufzeichnung der Arbeitssitzungen vom*

Belgien[7], Frankreich[8], Luxemburg[9], Niederlande[10], Bundesrepublik[11] und Grossbritannien[12].

Auf der Stufe der Generalsekretäre der Aussenministerien fanden ebenfalls Kontakte statt mit den andern Neutralen[13] sowie mit Italien[14].

Schliesslich fanden auch Begegnungen *unter hohen Beamten* der Ministerien statt, nämlich mit Frankreich, Italien, Bundesrepublik, Österreich und der Niederlande.

Für nächsten Monat erwarten wir eine britische Delegation in Bern und im Oktober eine spanische[15].

In unserem westlichen Mosaik fehlen noch einige Staaten, wie Norwegen, Dänemark, Irland, Griechenland, Türkei, Kanada, der Vatikan sowie die USA. Wir werden versuchen, diese Lücken in den kommenden Monaten noch zu schliessen[16].

Die Amerikaner haben sich relativ spät für die Sicherheitskonferenz zu interessieren begonnen, erst nachdem sie erkannt hatten, dass diese unausweichlich geworden ist. Ihre Hauptsorge besteht nun darin, die westliche Front für den Dialog mit dem Osten zu schliessen. Dies ist ihnen an der letzten Ministerratssitzung der NATO weitgehend gelungen.

---

7. und 8. Juni 1971 von R. Grossenbacher, dodis.ch/35741, *S. 11 f. und zur Besprechung mit K. Wickman vgl. das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 25. Mai 1972,* dodis.ch/35743, *S. 13–16.*

7. *Zu den Besprechungen mit P. Harmel vgl. das Protokoll von J.-M. Boillat vom 5. November 1970,* dodis.ch/36863 *sowie das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 5. Mai 1971,* dodis.ch/3709, *S. 11–17.*

8. *Zur Besprechung mit M. Schumann vgl. das Protokoll von P.-Y. Simonin und J.-M. Boillat vom 19. Oktober 1971,* dodis.ch/36472, *S. 11–18 und das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 1. Mai 1972,* dodis.ch/36478, *S. 8–10.*

9. *Zur Besprechung mit G. Thorn vgl. das Protokoll von Y. Besson vom 17. Juni 1970,* dodis.ch/36455.

10. *Zur Besprechung mit J. Luns vgl. die Aufzeichnung von P.-Y. Simonin vom 19. Oktober 1970,* dodis.ch/36595.

11. *Zu den Besprechungen mit W. Scheel vgl. Dok. 71,* dodis.ch/34478, *Anm. 2 sowie die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 28. September 1972,* dodis.ch/36950.

12. *Zur Besprechung mit A. Douglas-Home vgl. das Protokoll von P.-Y. Simonin vom 6. März 1972,* dodis.ch/36778.

13. *Zur Besprechung mit W. Wodak vgl. die Aufzeichnung von H. Miesch vom 5. Januar 1973,* dodis.ch/36400; *zu den Gesprächen von E. Thalmann in Stockholm und Helsinki vgl. die Notiz von H. Miesch vom 27. Februar 1972,* dodis.ch/34300. *Allgemein zu den Besprechungen zwischen den Neutralen vgl. Dok. 95,* dodis.ch/35590.

14. *Zur Besprechung zwischen E. Thalmann mit R. Gaja vgl. das Protokoll vom 20. Juli 1972,* dodis.ch/36259, *S. 2–6.*

15. *Für die verschiedenen Besprechungen und Konsultationen vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1). *Zum Besuch von J. de Lipkowski vgl. die Notiz von H. Miesch vom 16. September 1970,* dodis.ch/36466 *und zur Besprechung mit hohen italienischen Beamten vgl. das Protokoll von M. Botta vom 29. Oktober 1970,* dodis.ch/36276.

16. *Vgl. dazu Doss. wie Anm 15. Zu Griechenland vgl. die Notiz von E. von Graffenried vom 14. März 1972,* dodis.ch/36598 *und zum Vatikan das Schreiben von F. Pianca an P. Micheli vom 10. Juni 1970,* dodis.ch/36892. *Zur Haltung der USA gegenüber einer schweizerischen Beteiligung an der Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 101,* dodis.ch/35402.

Angesichts dieser Koordinierung im Rahmen der NATO, zu der ähnliche Bestrebungen des Gemeinsamen Marktes parallel laufen, sind die Unterschiede in den Vorstellungen der westlichen Staaten relativ gering. Es würde sich daher kaum lohnen, im einzelnen darauf einzutreten. Immerhin sei erwähnt, dass mit Bezug auf die Grundeinstellung zur Konferenz nicht unwesentliche Nuancen bestehen: während z. B. Frankreich sich zum eigentlichen Promotor der europäischen Entspannung und der Konferenz macht, ist die Haltung der Holländer äusserst reserviert. Letztere machen mehr aus Solidarität als aus Überzeugung mit.

Die intensiven Vorarbeiten der NATO und der «Zehn» haben bereits zur Formulierung gemeinsamer Standpunkte und zu Arbeitspapieren geführt, die uns im übrigen dank unserer verschiedenen Kontakte trotz ihres streng vertraulichen Charakters zum Teil zugänglich geworden sind.

Auf Grund dieser Harmonisierung im westlichen Lager dürfte es der Sowjetunion schwer fallen, den Westen an der Konferenz aufzuspalten und damit diese zu dominieren.

Mit Bezug auf die Frage der Truppenreduktion (MBFR) hat sich die Lage völlig verändert, seitdem die USA und die Sowjetunion übereingekommen sind, diese getrennt von der Sicherheitskonferenz zu behandeln und auf Zentraleuropa zu beschränken[17]. Die Flanken – Nato-Staaten, namentlich Italien – sehen es sehr ungern, dass sie von der Diskussion eines Themas ausgeschlossen sein sollen, das Auswirkungen nicht nur auf Gesamteuropa, sondern auch den Mittelmeerraum haben könnte.

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass wir zusammen mit der Generalstabsabteilung eine Arbeitsgruppe geschaffen haben, die das Problem der MBFR systematisch studieren und zuhanden des Bundesrates Vorschläge ausarbeiten wird[18].

Welches ist die Haltung der andern Neutralen?

Gemeinsam ist allen die Erkenntnis, dass sie berufen sind, an dieser Konferenz eine gewisse Rolle zu spielen und dass es in ihrem Interesse liegt, sich aktiv daran zu beteiligen. Erst die Teilnahme der Neutralen wird es ermöglichen, dass die Konferenz sich nicht zu einer Konfrontation der Blöcke reduziert. Damit fällt den Neutralen fast automatisch die Rolle eines Katalysators zu.

Finnland, das sich als Gastgeber grosse Zurückhaltung auferlegt, hat es bisher systematisch vermieden, zu einzelnen Problemen eine eigene Stellung zu beziehen, was es allerdings nicht vor Kritik bewahrte, wenn es Initiativen in organisatorischer Hinsicht ergriff.

Die Auffassungen in Schweden und Österreich stimmen mit den unsrigen weitgehend überein, vielleicht mit einer Ausnahme: Die Österreicher scheinen bereit zu sein, sich in der Frage der Truppenreduktionen mehr zu engagieren, als wir es – aus neutralitätspolitischen Gründen – tun würden.

---

17. *Zum Besuch R. Nixons in der UdSSR vom 22. bis 30. Mai 1972 und zur Unterzeichnung der US-sowjetischen Abrüstungsabkommen in Moskau vgl. das Exposé von P. Graber vom 31. August 1972,* dodis.ch/34605 *sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1280* (B.22.52).

18. *Zur schweizerischen Haltung bezüglich MBFR vgl. Dok. 92,* dodis.ch/34573.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Reaktionen auf unser Projekt für ein System friedlicher Streiterledigung[19], das wir allen europäischen Regierungen (plus USA und Kanada), also nicht nur jenen, mit denen wir direkte Kontakte hatten, unterbreitet haben.

Bei den meisten dieser Reaktionen handelt es sich naturgemäss im gegenwärtigen Zeitpunkt erst um vorläufige und unverbindliche Stellungnahmen.

Während Schweden sich mit unserem Vorschlag einverstanden erklärt und ihn aktiv unterstützen wird, lehnt Österreich unsere Initiative mit der Begründung ab, sie habe überhaupt keine Erfolgschancen. Trotzdem wird uns Österreich aus Solidarität wenigstens bis zu einem gewissen Grade seine Unterstützung nicht versagen.

Auf positives Interesse stiess der Vorschlag in Frankreich, der Bundesrepublik, Holland und vor allem Italien. Letzteres hat sich anlässlich unseres kürzlichen Besuches überdies bereit erklärt, den schweizerischen Vorschlag im September dem politischen Unterkomitee der zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zu unterbreiten.

In London wurde der schweizerischen Idee gegenüber Skepsis zum Ausdruck gebracht, weil nach britischer Auffassung unsere Vorschläge nicht wesentlich mehr bringen würden, als die bereits bestehenden Konventionen und die Erfolgsaussichten angesichts der herkömmlichen russischen Haltung in dieser Frage gering seien. Doch haben uns die Engländer eine neue Konsultation vorgeschlagen, die, wie bereits erwähnt, nächsten Monat stattfinden wird.

Abschliessend möchte ich die Haltung des Westens gegenüber der Sicherheitskonferenz wie folgt charakterisieren: Man ist sich bewusst, dass der Osten von der Konferenz viel erwartet: Anerkennung des Status quo, Anerkennung der DDR, Zugang zu westlicher Technologie und grössere Möglichkeiten auf dem Wirtschaftssektor. Man ist bereit, im Interesse der Entspannung in Europa darauf einzugehen. Der Westen ist jedoch entschlossen, dafür einen Preis zu verlangen, über dessen Höhe man sich allerdings keinerlei Illusionen hingibt. Jedenfalls ist der Westen gut vorbereitet und – ausnahmsweise – von erfreulicher Einigkeit. Im übrigen sieht man im Westen Sicherheit und Zusammenarbeit weniger als Thema einer einmaligen Konferenz, sondern als politischer Prozess, der Jahre in Anspruch nehmen wird.

---

19. *Zum schweizerischen Projekt für ein System friedlicher Streitbeilegung vgl. Dok. 173,* dodis.ch/34487, *bes. Anm. 15.*

157

dodis.ch/34496

Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

KURZBERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DES EPD, BOTSCHAFTER E. THALMANN, ÜBER SEINE BESUCHE IN SECHS OSTSTAATEN

Vertraulich *[Bern,]* 14. August 1972

Im Laufe der Monate Juni und Juli besuchte ich, begleitet vom Rechtsberater des Departements, Botschafter Bindschedler, und zwei weitern Mitarbeitern[2], die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien.

In formeller Hinsicht handelte es sich um die Erwiderung von Besuchen, die uns Vizeaussenminister und andere hohe Beamte aus diesen Ländern im Laufe der vergangenen Jahre abgestattet hatten[3].

In sachlicher Hinsicht ging es in erster Linie darum, die zahlreichen Kontakte, die wir mit den andern Neutralen und mit westlichen Ländern mit Bezug auf die europäische Sicherheitskonferenz hatten[4], durch einen Meinungsaustausch mit den Oststaaten zu ergänzen und damit das unter neutralitätspolitischen Gesichtspunkten wichtige Gleichgewicht herzustellen.

Natürlich benützten wir die Gelegenheit, um in den sechs Hauptstädten auch unsere bilateralen Probleme Revue passieren zu lassen.

Wir wurden überall mit grösster Zuvorkommenheit aufgenommen. Es war recht eindrücklich zu sehen, welch grosses Gewicht diese Oststaaten guten Beziehungen mit der neutralen Schweiz beimessen. Ich wurde in allen besuchten Ländern auch von den Aussenministern[5] und in Rumänien und Sofia sogar von den Ministerrats-Vorsitzenden[6] empfangen.

1. Sicherheitskonferenz

Mit Bezug auf die Sicherheitskonferenz waren uns die Ansichten der Oststaaten durch die Communiqués des Warschaupaktes und individuelle

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E1050.12#1995/511#15*. *Der Bericht wurde am 14. August 1972 von P. Graber an F. Carruzzo und am 16. August 1972 von M. Friedli an die Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats versandt. Der erste Teil des Berichts zur Sicherheitskonferenz wurde von E. Thalmann an der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 14. August 1972 referiert und als Notiz ausgeteilt. Vgl. dazu das Protokoll vom 17. August 1972, ibid., S. 6. Zum ersten Teil des Referats von E. Thalmann über die* Haltung des Westens *vgl. Dok. 156,* dodis.ch/34494.
2. *K. Fritschi und E. Brunner, resp. B. Schenk.*
3. *Zum Besuch von G. Macovescu vgl. Dok. 167,* dodis.ch/35687, *Anm. 5; zum Besuch von A. Willmann vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 17. Februar 1971,* dodis.ch/36393 *und zum Besuch von G. Grosew vgl. die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 23. März 1970,* dodis.ch/ 36453.
4. *Vgl. dazu Dok. 156,* dodis.ch/34494.
5. *B. Chňoupek, St. Olszowski, M. Tepavac, J. Péter, C. Mănescu und P. Mladenow.*
6. *I. G. Maurer und St. Todorow. Für die Unterredung mit I. G. Maurer vgl. das Schreiben von A. Rappard an E. Thalmann vom 11. Juli 1972,* dodis.ch/36050.

Verlautbarungen von Vertretern der Oststaaten in den grossen Zügen bereits bekannt[7]. Es ging deshalb nur noch darum, gewisse zusätzliche Fragen abzuklären und Präzisierungen zu erhalten.

Besprochen wurden sowohl substantielle Fragen, wie Sicherheit, Truppenreduktionen, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, als auch Fragen der Prozedur und der Organisation, wie Tagesordnung, Vorstellungen bezüglich der Vorbereitungsphase und der eigentlichen Konferenz, Datum, Sitzfrage, Delegationsstufe, Teilnehmerkreis usw.

Unsererseits gaben wir unsere Auffassung zu den einzelnen Problemen bekannt[8]. Gleichzeitig unterbreiteten wir unsern Gesprächspartnern unser Projekt für ein System der friedlichen Streiterledigung[9].

Unser Vorschlag stiess auf grosses Interesse in Jugoslawien und Rumänien[10]. Die Jugoslawen fanden ihn realistisch und versprachen uns ihre Unterstützung. Die Rumänen billigten die Grundidee, wiesen aber gleichzeitig darauf hin, dass der Erfolg des Vorschlages sehr von der Art der Präsentation und der Wahl des richtigen Zeitpunktes abhänge. Die übrigen Länder bekundeten ihr Interesse, waren aber nicht bereit, dazu Stellung zu nehmen. In Prag, Warschau und Budapest[11] ist jedoch eine gewisse Skepsis unverkennbar gewesen.

Ausgiebig behandelt wurde sodann die Frage grösserer Freizügigkeit im Verkehr von Personen und im Austausch von Ideen und Informationen, ein Anliegen, auf das der Westen – wir inbegriffen – grosses Gewicht legt. Die Frage enthält natürlich in den Oststaaten, mit Ausnahme Jugoslawiens, einigen Zündstoff. Nach unserer Ansicht muss hier mit Vorsicht und Geduld vorgegangen werden. Es hätte keinen Sinn, durch überstürzte Aktionen des Westens im Osten gegenteilige Wirkungen zu erzielen und Situationen Vorschub zu leisten, wie sie sich im Anschluss an den «Prager Frühling» ergeben haben[12]. Im übrigen werden die Fortschritte in der Radio- und Fernsehtechnik ohnehin dafür sorgen, dass sich die Grenzen mehr und mehr öffnen. Was uns vorschwebt, ist, mit bescheidenern Programmen, z. B. auf humanitärem Gebiete: Zusammenführung getrennter Familien, zu beginnen.

In der Frage der Truppenreduktionen (MBFR) haben wir unsern Gesprächspartnern zu verstehen gegeben, dass unsere Truppenbestände, die allein der

---

7. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1).

8. *Zur Haltung der Schweiz zu verschiedenen Fragen der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 144,* dodis.ch/34499.

9. *Zum schweizerischen Projekt für ein System friedlicher Streitbeilegung vgl. Dok. 173,* dodis.ch/34487, *bes. Anm. 15.*

10. *Zu den Besprechungen in Belgrad vgl. das Protokoll* des entretiens qui ont eu lieu les 26 et 27 juin 1972 entre les délégations yougoslaves et suisses au Secrétariat fédéral aux affaires étrangères à Belgrade *von H. Borner,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7317* (B.15.21.1), *zu denjenigen in Bukarest Dok. 167,* dodis.ch/35687, *Anm. 9.*

11. *Zu den Besprechungen in Prag vgl. Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6831* (B.15.21.1); *zu denjenigen in Warschau die Aufzeichnung von C. Caratsch vom 29. Juni 1972,* dodis.ch/36395 *und zu denjenigen in Budapest den Bericht von O. Uhl vom 12. Juli 1972,* dodis.ch/36416.

12. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 100,* dodis.ch/32192, *bes. Anm. 3.*

Verteidigung dienen, nicht Gegenstand von Verhandlungen bilden könnten[13]. Überall herrschte die Meinung vor, dass MBFR und Sicherheitskonferenz getrennt geführt werden müssten. Gleichwohl wird man jedoch darauf Bedacht nehmen müssen, dass dem Aspekt «Sicherheit» an der Konferenz gebührend Rechnung getragen wird.

Was die Teilnahme nichteuropäischer Beobachter, wie sie namentlich von einzelnen Mittelmeerstaaten (Algerien) gefordert wird, betrifft, konnten wir feststellen, dass mit Ausnahme von Belgrad und Bukarest alle besuchten Staaten eine solche Ausweitung ablehnen. Dabei dürfte ein denkbares ähnliches Begehren Chinas eine Rolle spielen.

Es scheint uns, dass in allen besuchten Ländern die verantwortlichen Politiker der Sicherheitskonferenz historische Bedeutung beimessen. In ihrer Sicht sollte sich die Konferenz nicht darauf beschränken, eine blosse Momentaufnahme der gegenwärtigen Verhältnisse in Europa zu machen, sondern durch die Schaffung eines dauerhaften Sicherheitssystems, das nicht auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht, die Zukunft unseres Kontinents zu gestalten. Nach Auffassung unserer Gesprächspartner sollte damit ein dynamischer Prozess für die weitere Entwicklung in Europa in Gang gesetzt werden. Soweit sich dahinter nicht Vorstellungen im Sinne kommunistischer Expansion verbergen, mögen solche Gedankengänge in den Warschauerpaktstaaten erstaunen. Wir gewannen jedoch den Eindruck, dass der Wunsch nach Öffnung gegenüber dem Westen aufrichtig ist. Mehr noch als die Sowjetunion, brauchen diese Länder den Zugang zu westlichen Investitionen und zur westlichen Technologie, wenn sie aus der wirtschaftlichen Stagnation herauskommen wollen. Hintergründig mag sich damit die Hoffnung verbinden, damit auch die Beziehungen auf politischem Gebiet mit der westlichen Welt zu intensivieren. All dies setzt voraus, dass die Gegensätze zwischen den Blöcken abgebaut werden. Darauf beruht m. E. das grosse Interesse der Oststaaten an der Konferenz. Es war auch – besonders in Rumänien – eine gewisse Reaktion auf die Begegnung Nixon-Breschnew[14] festzustellen, die in verschiedenen Hauptstädten das Gespenst von Jalta heraufbeschworen hat.

Zusammenfassend möchte ich folgendes festhalten. In allen Hauptstädten konnten wir in vielen Bereichen übereinstimmende Auffassungen feststellen. Dies erstaunt weiter nicht, da selbst die Communiqués der NATO und der Warschauerpaktstaaten sich gegenseitig angenähert haben. Wir konnten uns jedoch des Eindruckes nicht erwehren, dass es sich dabei mehr um eine verbale Übereinstimmung handelt. Die Schwierigkeit liegt darin, dass Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Sicherheit, Koexistenz und sogar Zusammenarbeit im Osten nicht den gleichen Sinn haben wie bei uns.

Wir haben daher bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit unterstrichen, dass an der Vorbereitungskonferenz alle Anstrengungen gemacht werden müssen, um eine minimale Übereinstimmung mit Bezug auf die Tagesordnung zu erzielen, sodass man in Ost und West über das Gleiche spricht und dabei auch

13. *Zur schweizerischen Haltung bezüglich MBFR vgl. Dok. 92,* dodis.ch/34573.
14. *Vgl. dazu Dok.*156, dodis.ch/34494, *Anm. 17.*

das Gleiche meint. Nur so kann vermieden werden, dass die Verhandlungen gleich von Anfang an durch Missverständnisse blockiert werden. Im übrigen hat man uns wiederholt – namentlich in Sofia[15] – erklärt, dass es in ideologischer Hinsicht keine Koexistenz geben könne!

Der Gedankenaustausch über die internationale Lage war in den verschiedenen Hauptstädten von unterschiedlichem Interesse. Am fruchtbarsten war er in Belgrad und Bukarest, wo die Beurteilung sich weitgehend mit unserer eigenen deckt.

Sowohl Jugoslawien wie Rumänien sind der Meinung, dass die kleinen europäischen Staaten einen gewissen Verhandlungsspielraum haben, den sie nicht nur zu ihrem eigenen, sondern auch zum Vorteil der europäischen Entspannung einsetzen sollten.

2. Bilaterale Probleme

Allgemein kann gesagt werden, dass die Regierungen der besuchten Länder im wesentlichen sich über den Zustand unserer bilateralen Beziehungen befriedigt zeigten. Wir möchten nun die mit den einzelnen Ländern besprochenen Fragen Revue passieren lassen.

Tschechoslowakei[16]

Die Tschechen stellten befriedigt eine klare Verbesserung unserer Beziehungen auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet fest. Das neue Abkommen über den Handelsaustausch vom 7. Mai 1971[17] trat am 1. Juli des vergangenen Jahres in Kraft. Im laufenden Monat werden Verhandlungen über den Schutz der Herkunftsbezeichnungen und anderer geographischer Benennungen stattfinden[18]. Prag ist auch bereit, Gespräche über den internationalen Strassenverkehr aufzunehmen[19].

Auf tschechoslowakischer Seite legte man Wert darauf, dass wir politische Kontakte ermutigten (gegenseitige Besuche von Parlamentariern, Begegnungen zwischen kantonalen Behörden und von Stadt zu Stadt, wie das der Fall war zwischen Brünn und Lausanne sowie Karlsbad und Locarno).

Unter den gegenwärtigen Umständen schien es uns nicht opportun, auf diese Initiative positiv zu reagieren.

Prag weiss, dass es uns wegen der kantonalen Kulturhoheit nicht möglich ist, Kulturabkommen abzuschliessen. Die Tschechen interessieren sich ganz besonders für Kontakte im Bereich der Erziehung, Wissenschaft und Technik.

Wir haben unsererseits gewisse finanzielle Probleme aufgeworfen (noch

---

15. *Zu den Besprechungen in Sofia vgl. die Aufzeichnung von H. Freiburghaus vom 20. Juli 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2060* (B.15.21.1).

16. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6831* (B.15.21.1).

17. Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik *vom 7. Mai 1971, AS, 1971, S. 853–855. Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 690 vom 21. April 1971,* dodis.ch/35842 *und das BR-Prot. Nr. 1013 vom 14. Juni 1971,* dodis.ch/36420.

18. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1658 vom 18. September 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#786*.

19. *Vgl. dazu Dok. 19,* dodis.ch/35677, *Anm. 9.*

hängige Nationalisierungsentschädigungen[20]). Wir schnitten auch die Frage der Wiedervereinigung der Flüchtlingsfamilien[21] an. Dabei gab man uns jedoch zu verstehen, dieses Thema sei noch zu stark von Emotionen belastet und deshalb müsse man mit einer Regelung noch zuwarten.

Polen[22]

Nach Ansicht der Polen sind die guten Beziehungen zwischen unsern beiden Ländern Ausdruck traditioneller und gegenseitiger Sympathie[23].

Der Streitfall der Nationalisierungen ist nun beigelegt, nachdem Polen seinen Verpflichtungen nachgekommen ist[24]. Seither ist Warschau bemüht, den Wirtschafts- und Handelsaustausch zu fördern und hofft, dass die Verhandlungen am Ende der Ferienzeit wieder aufgenommen und deren Ergebnisse den Erwartungen entsprechen werden[25]. Die polnischen Handelsorganisationen beabsichtigen, ihre Anstrengungen auf dem schweizerischen Markt zu verstärken, um auf diese Weise alle gebotenen Möglichkeiten auszunützen, um das polnische Handelsdefizit auszugleichen.

Die Polen baten uns, ihre Kandidatur als Vollmitglied des GATT zu unterstützen.

Nach polnischer Auffassung stellt der gegenwärtige kulturelle Austausch zwischen den beiden Ländern jene Form der Kooperation dar, die die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in europäischem Rahmen verwirklichen sollte.

Jugoslawien[26]

Jugoslawien versucht, sein Handelsbilanzdefizit mit uns so gut als möglich auszugleichen. Dabei hilft ihm der schweizerische Touristenstrom und die Transfers der jugoslawischen Gastarbeiter in der Schweiz (ca. 35'000)[27].

Belgrad glaubt, dass die Aufhebung des Clearingverkehrs[28] ermutigende Ergebnisse gezeitigt hat.

Belgrad ist auch an wirtschaftlicher Zusammenarbeit[29] interessiert und hofft, schweizerische Investitionen via «joint ventures» in Jugoslawien zu fördern.

Jugoslawien hat auch den Wunsch geäussert, einen Rechtshilfevertrag mit uns abzuschliessen[30]. Bezüglich der jugoslawischen Arbeiter in der Schweiz

---

20. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 179,* dodis.ch/31451.
21. *Zu den tschechoslowakischen Flüchtlingen in der Schweiz vgl. Dok. 19,* dodis.ch/35677.
22. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#5994* (B.15.21.1).
23. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 139,* dodis.ch/32142; *die Notiz von K. Fritschi vom 5. Februar 1971,* dodis.ch/36392 *und die Notiz von P. Frochaux vom 12. Juni 1972,* dodis.ch/36388.
24. *Vgl. dazu DDS, Bd. 23, Dok. 32,* dodis.ch/31318.
25. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen vgl. das BR-Prot. Nr. 1596 vom 15. September 1971,* dodis.ch/36386. *Vgl. ferner Dok. 170,* dodis.ch/35678.
26. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#7317* (B.15.21.1).
27. *Vgl. dazu Dok. 143,* dodis.ch/35158.
28. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 20,* dodis.ch/32396, *bes. Anm. 6.*
29. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 170,* dodis.ch/32381 *und DDS, Bd. 25, Dok. 122,* dodis.ch/35169.
30. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#6038* (B.14.21.3.1).

möchte Belgrad ähnliche Konzessionen erhalten, wie sie ihm Frankreich, Schweden und Österreich gewähren. Es möchte auch, dass die Gastarbeiterkinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden.

Belgrad warf ferner die Frage der politischen Aktivität von Flüchtlingen im Ausland auf (nationalistische kroatische Bewegung[31]) und erwartet von uns, dass wir entsprechende Massnahmen ergreifen für den Fall, dass sie auf schweizerischem Staatsgebiet tätig werden sollten.

Ungarn[32]

Budapest zeigte sich befriedigt über den glücklichen Abschluss der Verhandlungen betreffend die Frage ausstehender schweizerischer Guthaben[33] und ist überzeugt, dass ab Herbst Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen[34] begonnen werden können. Ungarn zeigt sich auch an einer industriellen Zusammenarbeit mit unserem Land interessiert.

Die Ungarn sind sich im klaren darüber, dass wir auf kulturellem Gebiet[35] kein Abkommen schliessen können; sie möchten aber gleichwohl zu einer bilateralen Vereinbarung gelangen, da ihnen ganz besonders an einem Austausch von Stipendiaten gelegen ist.

Da Ungarn die Wiener Konvention über die konsularischen Beziehungen nicht ratifiziert hat, schlägt es uns ein entsprechendes bilaterales Abkommen vor.

Rumänien[36]

Bukarest glaubt, es gäbe noch unausgeschöpfte Möglichkeiten auf dem schweizerischen Markt, die sich rumänischen Exporteuren eröffnen könnten: Werkzeugmaschinen und chemische Produkte. Man erwähnte auch die Abschaffung von nicht GATT-konformen schweizerischen Einfuhrrestriktionen für Textilien. Bukarest möchte eine stärkere Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet und warf die Frage allgemeiner Präferenzen, von denen es profitieren möchte, auf[37].

Bukarest sucht ferner nach einer Lösung für gegenseitige Aufhebung der Visumspflicht. Es möchte in Zürich ein Generalkonsulat eröffnen und ist bereit, auch der Schweiz an einem von ihr gewünschten Ort eine konsularische Vertretung zuzugestehen.

---

31. *Vgl. dazu Dok. 122,* dodis.ch/35169, *Anm. 15. Zur Tätigkeit kroatischer Nationalisten in der Schweiz vgl. die Notiz von E. Rüthemann vom 4. Mai 1972,* dodis.ch/35574.
32. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3294* (B.15.21).
33. *Vgl. dazu Dok. 14,* dodis.ch/35746, *Anm. 6 und 7.*
34. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vgl. die Aufzeichnung von L. Roches vom 21. Oktober 1970,* dodis.ch/36414; *den Bericht von R. Probst vom 29. Mai 1971,* dodis.ch/36417; *das BR-Prot. Nr. 771 vom 3. Mai 1972,* dodis.ch/36412 *und die Notiz von R. Probst an P. R. Jolles vom 29. Mai 1972,* dodis.ch/36413. *Vgl. auch Dok. 180,* dodis.ch/35670.
35. *Zu den kulturellen Beziehungen mit Ungarn vgl. z. B. das Schreiben von R. Aman an L. Boissonnas vom 17. Juli 1972,* dodis.ch/36415.
36. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#6202* (B.15.21.2).
37. *Für die Wirtschaftsbeziehungen zu Rumänien vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754 *und Dok. 167,* dodis.ch/35687, *bes. Anm. 2.*

Bulgarien[38]

Bulgarien bemüht sich, das zwischen unsern beiden Ländern bestehende Handelsbilanzdefizit auszugleichen und versucht, alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen. Wie Rumänien wünscht auch dieses Land, von den allgemeinen Präferenzen zu profitieren. Es möchte auch, dass die Schweiz das Importkontingent für bulgarischen Wein erhöht und diese Frage nicht mit dem Export von schweizerischem Vieh verknüpft.

Die nächsten Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens betreffend den bulgarisch-schweizerischen Handels- und Zahlungsverkehr aus dem Jahre 1954[39] sollten im nächsten Herbst beginnen.

Bulgarien möchte schliesslich die bestehenden kulturellen Kontakte im Rahmen eines Abkommens, das ein zweijähriges Programm enthalten sollte, ausweiten.

---

38. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2060* (B.15.21.1).

39. Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bulgarischen Volksrepublik *vom 26. November 1954, AS, 1954, S. 1150–1157. Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Bulgarien vgl. den Bericht von R. Probst vom 30. September 1970,* dodis.ch/35173; *das BR-Prot. Nr. 940 vom 31. Mai 1972,* dodis.ch/36456 *sowie das* Abkommen über den Wirtschaftsverkehr zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Volksrepublik Bulgarien *vom 23. November 1972, AS, 1973, S. 599–611.*

158

dodis.ch/35738

Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, N. Celio, an Alt Nationalrat W. Schmid[1]

Bern, 16. August 1972

Mein lieber Werner,

Auch mir fehlen die gehaltvollen Auseinandersetzungen[2] mit dem alten Freund in einem phantasielosen Parlament, wo die Langeweile alles beherrscht, sogar die wichtigsten Themen der eidgenössischen Politik, weil jeder sich verpflichtet fühlt vorzulesen, was dreissig andere schon gesagt haben. Wir wollen aber nicht über das Parlament schimpfen, und zwar aus zwei Gründen nicht: erstens, weil ich es schon während den Sessionen tue und zweitens, weil wir ein demokratisches Land sind, wo die Volksvertretung in grossen Ehren gehalten wird. Es ist deshalb nötig, dass auch die Langweiligen im Lande ihre Vertretung im Parlament haben.

Wir wollen über Wechselkurse[3] reden. Du vertrittst Deine alte Theorie der flexiblen Wechselkurse. Ich bin nicht der sture Wirtschaftspolitiker, der

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E6802#1985/126#117* (07).

2. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Schmid an N. Celio vom 22. Juli 1972,* dodis.ch/36586.

3. *Vgl. dazu Dok. 166,* dodis.ch/35598 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 17. Mai 1971 der 2. und 3. ausserordentlichen Sitzungen vom 8. und 9. Mai 1971,* dodis.ch/37068.

behauptet, das Wohl des Landes liege nur in den festen Wechselkursen. Gewiss hat ein Floating auch Vorteile, vor allem dass die Verhältnisse von sich aus geregelt werden und dass die Nationalbank nicht gehalten ist, Schweizerfranken auszugeben. Es stimmt aber nicht, dass beim Floating nur ein Besitzeswechsel von Geldmengen erfolgt, denn mit ausländischen Devisen, vor allem Dollars, kann skripturales Geld geschaffen werden und Kredite werden erhältlich. Also die inflationäre Wirkung ist auch hier zu erwarten.

Die grössten Nachteile des Floating kommen daher, dass nicht die Handelstransaktionen die Geldzuflüsse regeln, sondern die horrenden Devisenverschiebungen aus ganz andern Gründen.

Du weisst, dass im Moment der Eurodollarmarkt[4] über 70 Milliarden Dollar verfügt. Wenn nur drei oder vier davon den Weg zur Schweiz finden, werden wir eine erhebliche Aufwertung des Schweizerfrankens erfahren, ohne dass unser Export es rechtfertigt, weil das Geld nicht vom Überschuss der Handelsbilanz kommt.

In der jetztigen Situation bei Währungskrisen hast Du viele Möglichkeiten[5]:
- sofort aufwerten
- floaten und aufwerten
- Spaltung des Kurses (Handel und Finanz)
- die Feuerwehr an der Grenze zu mobilisieren.

Diese letzte Lösung[6] haben wir gewählt. Hätten wir gefloatet, so hätten wir eine Aufwertung von 10 Prozent gehabt und den Spekulanten viel Geld in die Tasche gesteckt. Ich glaube nicht, dass Du mit dieser Zielsetzung einverstanden wärest.

Nun habe ich genug geschrieben. Wenn du mehr wissen willst, so komme hier vorbei und ich offeriere Dir ein bescheidenes Mittagessen.

Saluti.

---

4. *Vgl. dazu Dok. 30,* dodis.ch/35735, *bes. Anm. 12.*

5. *Vgl. dazu das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer an die schweizerischen Vertretungen im Ausland vom 27. August 1971,* dodis.ch/35457. *Zur Reform des internationalen Währungssystems vgl. Dok. 128,* dodis.ch/35739.

6. *Zur Aufwertung des Schweizerfrankens vom 9. Mai 1971 vgl. Dok. 72,* dodis.ch/35737. *Zu den weiteren Massnahmen vgl. Dok. 140,* dodis.ch/35401, *bes. Anm. 7 und 8; die Notiz von B. Müller an N. Celio vom 18. Januar 1972,* dodis.ch/36456 *sowie das BR-Prot. Nr. 1167 vom 30. Juni 1972,* dodis.ch/36550.

159

dodis.ch/35531

Notiz des Vizedirektors der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, E. Moser[1]

FINANZHILFE-GESUCH DER REPUBLIK KHMER[2]

Bern, 18. August 1972

1. Mit Note vom 7. August[3], die über unsere Botschaft in Djakarta gestern beim EPD eingetroffen ist, richtet der Ministerpräsident und Aussenminister der Republik Khmer[4] das Ersuchen an die Schweiz, sich am «Fonds de soutien de la monnaie khmère» finanziell zu beteiligen. Eine unter der Führung des Gouverneurs[5] der Nationalbank von Kambodscha stehende Delegation habe die Absicht, am *6. September* zur Besprechung des Problems nach der Schweiz zu kommen[6]. Des weiteren wird die Schweiz eingeladen, sich an der Konferenz über den «Fonds de soutien des changes» der Republik Khmer zu beteiligen, die am 2. Oktober in Washington (beim internationalen Währungsfonds) stattfindet und im November in Paris fortgesetzt wird[7].

2. Da der neu in der Schweiz akkreditierte Botschafter der Republik Khmer, Herr Sarong (bisher Vizegouverneur der Nationalbank von Kambodscha!) dem Bundespräsidenten heute morgen sein Beglaubigungsschreiben überreicht[8], ist anzunehmen, dass auch er auf dieses Problem einer schweizerischen Finanzhilfe zu sprechen kommt. Herr Bundesrat Graber wünschte daher eine sofortige Stellungnahme unserer Abteilung.

3. Im Einvernehmen mit Herrn Vizedirektor Bühler teilte ich dem EPD (Herrn Zwahlen) mit:

a) Wir verfügen über keine Bundesmittel für Stabilisierungsaktionen, wie sie von der Republik Khmer gewünscht werden;

---

1. *Notiz*: CH-BAR#E7110#1983/13#2021* (861.5). *Verfasst von E. Moser. Kopien an P. R. Jolles, H. Bühler, M. Jost und R. Gerber.*
2. *Zur Situation in Kambodscha vgl. die Notiz von L. Wildhaber an A. Natural vom 24. Februar 1970,* dodis.ch/35543; *das Schreiben von J.-F. Revilliod an P. Micheli vom 19. März 1970,* dodis.ch/35545; *das Schreiben von F. Châtelain an A. Parodi vom 6. Januar 1971,* dodis.ch/35546; *die Notiz von F. Châtelain vom 4. Mai 1971,* dodis.ch/35549; *das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 6. September 1972,* dodis.ch/35554 *und das Schreiben von A. Natural an E. Thalmann vom 25. Oktober 1972,* dodis.ch/35557 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 8. April 1970 der 14. Sitzung vom 6. April 1970,* CH-BAR#E1003#1994/26#13*, *S. 9.*
3. *Note von Son Ngoc Thanh an Ch. Müller vom 7. August 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2151* (C.41.152.0).
4. *Son Ngoc Thanh.*
5. *Hing Kunthel.*
6. *Zur Besprechung vgl. die Notiz von J. Hulliger vom 6. September 1972,* dodis.ch/35555.
7. *Vgl. dazu das Schreiben von J. Zwahlen an P. Dupont vom 19. Oktober 1972,* dodis.ch/35556.
8. *Vgl. dazu die Notiz von J. Zwahlen an P. Graber 18. August 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2127* (C.41.152.0).

b) eine solche Finanzhilfe müsste vom Parlament entschieden werden, wobei bei der heutigen labilen Lage in Kambodscha ein solches Gesuch kaum auf grosse Begeisterung stossen würde;

c) das parlamentarische Verfahren würde sowieso mindestens ein Jahr beanspruchen, sodass die nachgesuchte Finanzhilfe per 1. Januar 1973 ausser Diskussion steht;

d) in Anbetracht dieser Situation sei es kaum nützlich, dass sich eine Delegation am 6. September nach Bern bemühe;

e) wenn etwas zu Gunsten der Republik Khmer unternommen werden soll, so könnte es eher auf dem Gebiet der technischen oder der humanitären Hilfe in Frage kommen, worüber das EPD selber zu entscheiden hätte[9].

9. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2005A#1983/18#442* (t.311).

160

dodis.ch/35778

BUNDESRAT

Beschlussprotokoll II der 29. Sitzung vom 16. August 1972 (Vormittag)[1]

[Bern,] 24. August 1972

I. Aussprachen

1. Vertrag mit der EWG[2]

Das EVD hat dem Rat Entwürfe zu einer Botschaft[3] und zu einem Beschlussesentwurf[4] über die Genehmigung des Vertrages mit der EWG und der EGKS unterbreitet. Materiell stellen sich keine Probleme mehr, hingegen ist nun endgültig[5] die Frage zu beantworten, ob den eidgenössischen Räten die Unterstellung des zu fassenden Bundesbeschlusses unter das obligatorische Referendum[6] beantragt werden soll. *Herr Brugger* erinnert nochmals

1. *BR-Beschlussprot. II:* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Verfasst von W. Buser.*

2. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

3. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Genehmigung der Abkommen zwischen der Schweiz und den Europäischen Gemeinschaften *vom 16. August 1972, BBl, 1972, II, S. 653–999.*

4. *BR-Prot. Nr. 1426 vom 16. August 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#785*.

5. *Zu früheren Diskussionen im Bundesrat vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 18. Februar 1972 der 7. Sitzung vom 16. Februar 1972,* dodis.ch/35752; *das BR-Beschlussprot. II vom 27. März 1972 der 12. Sitzung vom 22. März 1972 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 1. Mai 1972 der 16. Sitzung vom 24. April 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.

6. *Zur Frage der Unterstellung des Vertrags unter das obligatorische Referendum vgl. die Notiz von E. Brugger vom 15. Februar 1972,* dodis.ch/36221; *das BR-Prot. Nr. 505 vom 22. März 1972,* dodis.ch/36223 *sowie das Protokoll vom 23. Oktober 1972 der Sitzung der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats vom 2. Oktober 1972,* dodis.ch/36224.

daran, dass in den Erklärungen, die die Schweiz gegenüber der EWG abgegeben hat, stets auf die Notwendigkeit eines Referendums hingewiesen wurde, dass mehrere Mitglieder des Bundesrates im Einvernehmen mit dem Kollegium dieses Referendum in Aussicht gestellt haben, dass es in den Richtlinien der Regierungspolitik[7] wie in den Legislaturzielen der Parteien vorgesehen ist, und dass wir schliesslich bis zuletzt stets mit dem Hinweis auf das drohende Referendum in Brüssel verhandelt haben. Man kann die ausnahmsweise Unterstellung dieses Vertragswerks unter das Referendum damit rechtfertigen, dass praktisch unser Kurs gegenüber der EWG eben doch auf weite Sicht, um nicht zu sagen auf Dauer, festgelegt wird, denn von der einjährigen Kündigungsfrist können wir aus praktischen Gründen wohl kaum je Gebrauch machen. Es wird mit diesem Vertrag auch unsere europäische Zusammenarbeit auf weite Sicht gefestigt und wir verbinden uns wirtschaftlich – wenn auch «nur» über einen Freihandelsvertrag – doch fest mit einer Gemeinschaft von über 300 Mio. Einwohnern. Politisch dürfte das Referendum kaum eine Gefährdung des Vertragswerks darstellen, jedenfalls sind die ersten Ergebnisse der von Prof. Schmidtchen geleiteten Meinungssondierung[8] auffallend günstig. Die ausfallenden Fiskalzölle werden wahrscheinlich, wie auch Herr Bundespräsident Celio bestätigt, über die Mehrwertsteuer wieder hereinzuholen sein.

Herr Furgler anerkennt durchaus, dass der Bundesrat wiederholt Zusicherungen über die Unterstellung des Vertragswerks unter das Referendum abgegeben hat und deshalb nicht mehr ganz frei ist. Im Justiz- und Polizeidepartement ringt man aber nach wie vor um den richtigen Weg, und Herr Furgler ist persönlich zum Schluss gekommen, dass er dem Antrag auf Unterstellung unter das Referendum nicht zustimmen kann. Auf Grund des Staatsvertragsreferendums (BV Art. 89 Abs. 4) kommt eine Unterstellung nicht in Frage. Wohl ist dieses Staatsvertragsreferendum umstritten und der Bundesrat hat sich zu einer Revision bereit erklärt, heute ist aber auf die geltenden Verfassungsbestimmungen abzustellen. Im übrigen müsste die Vorlage auf Grund von Artikel 89 Absatz 4 BV dem fakultativen Referendum unterstellt werden; das obligatorische wäre nicht denkbar. Eine Partialrevision der Bundesverfassung liegt ebenfalls nicht vor. Wir haben es auch mit keiner tiefgreifenden Änderung des Staatsrechts oder mit anderweitigen tiefen Eingriffen in die verfassungsrechtliche Ordnung zu tun. Wenn hier eine Art neues Staatsvertragsrecht geschaffen wird, muss man sich insbesondere auch der Konsequenzen solch eines Entscheides bewusst sein. Es kann in den kommenden Jahren mehrfach zum Abschluss von Verträgen kommen, die für unser Land erheblich gewichtiger sind als der EWG-Vertrag, wobei man uns dann regelmässig an das Präjudiz der Abstimmung über den EWG-Vertrag erinnern wird. Es dürfte kaum gelingen, den EWG-Entscheid als so «einmalig» zu prä-

---

7. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1971–1975 *vom 13. März 1972, BBl, 1972, I, S. 1025–1088, hier S. 1036 f.*

8. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 356 vom 23. Februar 1972,* dodis.ch/36231. *Zur Information der Öffentlichkeit vgl. ferner Dok. 52,* dodis.ch/35368.

sentieren, dass nie mehr darauf zurückgegriffen wird. Man kann nicht einerseits darlegen, dass verfassungsmässig kein Raum für ein Referendum vorhanden sei, ohne daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Die früher abgegebenen Versprechen des Bundesrates sind insofern nicht absolut verbindlich, als zu Beginn der Verhandlungen – wie allgemein bekannt ist – etwas ganz anderes erwartet wurde. Man rechnete mit einem substantielleren Vertrag[9]. Da es nicht dazu gekommen ist, sollte der Bundesrat führungsmässig eine klare Stellung einnehmen und damit die Verantwortung für den Verzicht auf die Abstimmung. Es ist in dieser Situation nicht richtig, den Ball einfach dem Parlament zuzuspielen. Die Kritik kommt in beiden Fällen. Unter diesen Umständen ist es besser, als zu verfassungstreu kritisiert zu werden.

Herr Graber äussert sich zunächst zum Argument der Bindung des Bundesrates durch seine früheren Erklärungen. Er macht darauf aufmerksam, dass solche Erklärungen nicht nur zu Beginn der Verhandlungen abgegeben wurden, sondern bis in die neuste Zeit, da man bereits genau wusste, welches der Inhalt des Vertrages sein werde. Es darf auch nicht übersehen werden, dass unsere Unterhändler in Brüssel immer wieder mit dem Argument der Volksabstimmung fochten und diese als Druckmittel zur Verkürzung der Verhandlungsfristen einsetzten. Deshalb ist es undenkbar, dass der Bundesrat nun plötzlich erklärt, eine Abstimmung sei nicht notwendig. Man würde ihm den guten Glauben absprechen. Ein weiteres Argument: Wenn nun in der Botschaft die politische Bedeutung des Vertragswerks auch heruntergespielt wird, so darf doch nicht übersehen werden, dass das Abkommen unabhängig von seiner heutigen Formulierung einen tiefen substantiellen Gehalt hat. Wenn es zu einer Revision des Staatsvertragsrechts kommt, so sicher in der Richtung einer Erweiterung der Volksrechte, also eben in der Richtung, die der Bundesrat nun mit dem Vorschlag auf Unterstellung des EWG-Abkommens unter das Referendum beschreitet. Herr Graber betont abschliessend, dass er überzeugt ist von den Argumenten, die für eine Volksabstimmung sprechen und jedenfalls für sich in Anspruch nimmt, keinesfalls insgeheim den Wunsch zu hegen, dass das Parlament in dieser wichtigen Frage anders entscheidet. *Herr Tschudi* hat volles Verständnis für die strenge juristische Argumentation von Herrn Furgler. Wenn er sich trotzdem für den Antrag des EVD[10] (Abstimmung) ausspricht, so deshalb, weil der Bundesrat Versprechen abgegeben hat, auf die er ohne triftigen Grund nicht zurückkommen kann. Ferner ist zu beachten, dass der Vertrag mit der EWG eine Entwicklung unseres Landes in Richtung Europa einleitet, die weitgehend irreversibel ist. Und damit lässt sich – wenn auch mit gewissen Vorbehalten – doch der einmalige Charakter des Entscheides begründen. Auch die *Herren Bonvin und Gnägi* schliessen sich, mit der in der Botschaft vertretenen Argumentation, dem Antrag des EVD an. *Herr Bundespräsident Celio* unterstreicht nochmals, wie intensiv in den Verhandlungen in Brüssel mit dem Argument der Volksabstimmung operiert worden ist. Unter diesen

---

9. *Zu den Verhandlungen mit der EWG vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775. *Zu den verschiedenen Optionen vgl. Dok. 25,* dodis.ch/35772, *bes. Anm. 2.*

10. *Für den Antrag des Volkswirtschaftsdepartements vom 2. August 1972 vgl. Anm. 4.*

Umständen scheint auch ihm ein Abgehen des Bundesrates von seiner bisherigen Linie kaum vertretbar. *Herr Brugger* hält fest, dass auch er zwei Seelen in seiner Brust hat. Wenn das Parlament anders entscheidet, wird sich niemand desavouiert vorkommen. Ein Vergleich mit dem Plebiszit Pompidou[11] in Frankreich kann nicht gezogen werden. Wenn man sagt, der Bundesrat schaffe hier kreativ neues Recht, so lässt sich dies auch mit der neuen Situation vertreten, denn bei näherem Zusehen muss man anerkennen, dass der Vertrag mit der EWG wichtiger ist als unsere Mitgliedschaft im GATT[12], wichtiger als unsere Mitarbeit in der OECD[13] oder in der EFTA[14]. Schliesslich ist zu beachten, dass es nicht um eine Zuständigkeitsfrage zwischen Bundesrat und Parlament geht, sondern zwischen Parlament und Volk. Das Parlament muss einen Teil seiner Zuständigkeit abtreten. *Herr Furgler* unterstreicht, dass er selbstverständlich allen politischen Argumenten auch zugänglich ist. Man kann aber einfach nicht sagen, dass alle Argumente von früher, als man ein substantielles Abkommen erwartete, heute noch volle Gültigkeit haben. Tatsache ist, dass wir mehr gewünscht oder zumindest erwartet haben als im heutigen Vertrag verankert ist. Unter diesen Umständen sind es die andern, die uns weniger gegeben haben, was heisst, dass wir in unserer Argumentation doch etwas freier sind. Die grosse Frage ist die, ob es uns gelingt, die Sache so darzustellen, dass wir später bei andern wichtigen Verträgen nicht wiederum das obligatorische Referendum vorsehen müssen. Daran ist, allen andern Auffassungen zum Trotz, zu zweifeln, und es muss befürchtet werden, dass uns die heutige Argumentation im ungünstigsten Moment wieder vorgehalten wird. Die Abstimmung über den Beitritt zum Völkerbund[15] war doch insofern eine andere Sache, als es damals um die Aufgabe eines Teils unserer Neutralität ging. Zusammenfassend unterstreicht Herr Furgler nochmals, dass er nicht daran glauben kann, dass der Entscheid in dieser Sache ohne präjudizielle Wirkung bleibt.

---

11. *Das Referendum über die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften wurde in Frankreich am 23. April 1972 mit 68,32% Zustimmung angenommen. Vgl. dazu das Schreiben von P. Dupont an P. Graber vom 6. April 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#3376* (B.15.21.2).

12. *Zur Rolle der Schweiz in den Verhandlungsrunden des GATT vgl. Dok. 65,* dodis.ch/35596 *sowie Dok. 103,* dodis.ch/35597, *bes. Anm. 2.*

13. *Zur Schweiz in der OECD vgl. die Aufzeichnung von P. A. Nussbaumer vom 1. Mai 1970 der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 29. April 1970,* dodis.ch/36146; *das BR-Prot. Nr. 1372 vom 12. August 1970,* dodis.ch/37030; *das Rundschreiben von P. Languetin vom 1. September 1971,* dodis.ch/36973; *die Notiz der OECD vom 17. April 1972,* dodis.ch/37033; *das BR-Prot. Nr. 1141 vom 26. Juni 1972,* dodis.ch/37034 *sowie die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 6. September 1972,* dodis.ch/37036. *Zu den Kontakten mit E. van Lennep vgl. Dok. 65,* dodis.ch/35596. *Zum sog. Komitee der Weisen vgl. Dok. 103,* dodis.ch/35597, *bes. Anm. 8.*

14. *Vgl. dazu Dok. 174,* dodis.ch/34571.

15. *Zur Abstimmung vom 16. Mai 1920 vgl. DDS, Bd. 7-II, Dok.* 267*; Dok. 272 und Dok. 322. Zur Frage des Beitritts der Schweiz zum Völkerbund vgl. DDS, Bd. 7-I, thematisches Verzeichnis:* II. La Suisse et la Société des nations *und DDS, Bd. 7-II, thematisches Verzeichnis:* I. La Suisse et la Société des nations*. Zum Vergleich mit dem Freihandelsabkommen vgl. die Notiz S. Arioli an P. R. Jolles, P. Languetin, R. Bindschedler und B. von Tscharner vom 18. Juli 1972,* dodis.ch/36225.

Damit schliesst der Rat die Diskussion. Botschaft und Beschlussesentwurf werden im Sinne des Vernehmlassungsverfahrens mit einigen Änderungen genehmigt; den eidgenössischen Räten wird beantragt, die Vorlage Volk und Ständen zu unterbreiten[16].

16. *Die Vorlage wurde von Volk und Ständen gutgeheissen. Vgl. den* Bundesratsbeschluss über die Erwahrung des Ergebnisses der Volksabstimmung vom 3. Dezember 1972 betreffend den Bundesbeschluss über die Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft sowie den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl *vom 25. Januar 1973, BBl, 1973, I, S. 81 f. Zur Frage des erläuternden Berichts an die Stimmbevölkerung vgl. das BR-Beschlussprot. II vom 25. September 1972 der 50. Sitzung vom 25. September 1972,* dodis.ch/35779.

161

dodis.ch/35550

Protokoll der Sitzung von Vertretern des Politischen Departements und der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 29. August 1972[1]

ENTSCHÄDIGUNG SCHWEIZERISCHER INTERESSEN IN KUBA[2]

[Bern,] 30. August 1972

Herr Masnata weist darauf hin, dass gegenwärtig der Zeitpunkt für die Unterbreitung der noch hängigen Fälle (schweiz. Inhaber von kubanischen Aktien und Obligationen) günstig sei. Dies deshalb, weil Herr Carbo nach längerer Krankheit seine Arbeit wieder aufgenommen habe und er wohl der einzige höhere Beamte sei, von dem eine in unserem Sinne vorteilhafte Behandlung der schweizerischen Forderungen zu erwarten sei. Eine Gesamtentschädigung sei nicht zu erwarten, es könne höchstens damit gerechnet werden, dass die Kubaner einzelne Fälle akzeptieren werden, um einen für Kuba unerwünschten Präzedenzfall anderen Ländern gegenüber zu vermeiden. Eine Kontaktnahme Herrn Chapuis' mit Herrn Amado-Blanco, dem Vertreter der kubanischen Nationalbank in Zürich, sei sicherlich von Vorteil. Dabei müsse aber von seiten der Schweizerischen Bankiervereinigung sehr vorsichtig vorgegangen werden, um nicht den Eindruck eines Bittstellers zu erwecken. Nachdem die Stellungnahme[3] der kubanischen Behörden bekannt sei, könne man allenfalls

1. *Protokoll:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2797* (B.34.66.01). *Verfasst von E. Bischof. Teilnehmer: S. Masnata, P. A. Nussbaumer, J.-P. Chapuis und E. Bischof.*
2. *Zum Abkommen vom 2. März 1967 über die Nationalisierungsentschädigungen zwischen Kuba und der Schweiz vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 13,* dodis.ch/32269; *das Schreiben von M. Gelzer an A. Fischli vom 24. November 1970,* dodis.ch/35565 *und das Schreiben von A. Coigny an A. Fischli vom 26. Oktober 1970,* dodis.ch/35566. *Zu den Verhandlungen über das Abkommen vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 112,* dodis.ch/14971; *DDS, Bd. 22, Dok. 148,* dodis.ch/18933 *und Dok. 168,* dodis.ch/30262 *sowie DDS, Bd. 23, Dok. 145,* dodis.ch/30968.
3. *Vgl. die Notizen von B. Dumont vom 23. Juli 1971,* dodis.ch/35567 *und vom 3. August 1971,*

unsere völkerrechtlichen Argumente vorbringen, dies sei aber im Moment noch verfrüht. Eine direkte Unterredung mit dem Präsidenten[4] der kubanischen Nationalbank wäre alsdann ebenfalls möglich. Herr Masnata weist darauf hin, dass der Rückkauf der im schweizerischen Besitz befindlichen Aktien keine grossen Chancen habe, für die Obligationen, die eine Staatsschuld darstellten, sei die Lage jedoch weniger hoffnungslos.

Herr Chapuis betont nochmals, dass die der Schweizerischen Botschaft in Havanna via EPD zugestellten Fälle[5] einwandfrei seien, da zahlreiche zweifelhafte Forderungen zum vornherein eliminiert worden seien. Wahrscheinlich handle es sich bei den von Herrn Carbo erwähnten zu Schleuderpreisen nach der Revolution erworbenen Aktien um Fälle, die die Bankiervereinigung zurückgewiesen habe und die später von einzelnen schweizerischen Banken direkt den kubanischen Behörden vorgelegt worden seien.

Herr Nussbaumer weist darauf hin, dass die vorliegenden Forderungen, auch wenn es sich im ganzen gesehen nicht um sehr bedeutende Beträge handle, dennoch den Kubanern gegenüber mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden sollten, auch wenn sich die Verhandlungen, wie das erfahrungsgemäss meistens der Fall sei, auf Jahre hinaus hinzögen.

---

dodis.ch/35568 *sowie das Schreiben von S. Masnata an P. A. Nussbaumer vom 21. April 1972,* dodis.ch/35569.

4. *O. Pérez.*

5. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Fischli an P. Micheli vom 14. Mai 1970,* dodis.ch/35564.

162

dodis.ch/37044

Rundschreiben der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz[1]

Neuchâtel, September 1972

Eine Gruppe jüngerer Historiker[2], vornehmlich aus der welschen Schweiz, hat die Herausgabe einer möglichst umfassenden Quellensammlung[3] zur schweizerischen Aussenpolitik seit 1848 angeregt. Ein solches Unternehmen übersteigt finanziell und personell die Möglichkeiten Einzelner und erfordert

---

1. *Rundschreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#272* (B.10.2). *Unterzeichnet von L.-E. Roulet und B. Junker. Dieses Exemplar wurde am 9. Oktober von P. Luciri an J.-P. Ritter übermittelt. Beigelegte handschriftliche Notiz von J.-P. Ritter an R. Bindschedler:* Ce document m'a été transmis par M. Luciri. Samedi prochain, je serai à New Nork N. Y. et ne pourrai donc pas assister. *Handschriftliche Marginalie von R. Bindschedler vom 11. Oktober 1972:* Merci!

2. *Dazu gehörten u. a. A. Fleury, P. Luciri, R. Ruffieux, G. Kreis und K. Urner. Vgl. ferner das Schreiben von P. Luciri an E. Diez vom 21. April 1972,* dodis.ch/37047; *das Rundschreiben von A. Fleury vom 30. Juni 1972,* dodis.ch/37046 *sowie die Notiz von J.-P. Ritter an R. Bindschedler vom 25. Juli 1972,* dodis.ch/37045.

3. *Zur Geschichte der Diplomatischen Dokumente der Schweiz vgl. die thematische Zusammenstellung* dodis.ch/T1341.

den Zusammenschluss aller Interessierten. Wir laden deshalb die Initianten, die Historischen Institute der schweizerischen Universitäten, den Gesellschaftsrat der AGGS/SGSH und weitere interessierte Kreise für *Samstag, den 14. Oktober 1972, 10 Uhr* ein zu einer Besprechung[4] im *Historischen Institut* der Universität Bern *[...]*[5].

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch versuchen, eine etwas engere Zusammenarbeit der historischen Institute unserer Universitäten unter sich und mit der AGGS/SGSH anzubahnen. Wir wären deshalb den Vertretern der Universitäten dankbar, wenn Sie am 14. Oktober oder später im Sinne einer gegenseitigen Orientierung kurz berichten könnten, wo die Schwergewichte ihrer Forschungsarbeit liegen und welche Themenkreise ihre Dozenten, Assistenten und Doktoranden besonders gut kennen. Eine solche Information würde die Planung künftiger Anlässe der AGGS/SGSH sehr erleichtern.

4. *Protokoll der Sitzung vom 14. Oktober 1972,* dodis.ch/37043. *Anwesend waren A. Fleury, D. Bourgeois, J.-C. Favez, J.-Ph. Rau, L. Mysyrowicz, J. Ch. Biaudet, R. Ruffieux, M. Molnár, B. Progué, M. Rérat, Ph. Marguerat, B. Mesmer, J. Garamvölgyi, H. U. Jost, A. Hadorn, E. Meuthen, P. Stadler, E. Bucher, E. Schärer, A. Huber, K. Urner, E. Bischof, P. Luciri und B. Junker. Entschuldigt waren die Dozenten der Universität Basel, J.-F. Bergier, J.-P. Aguet, E. Gruner, U. Im Hof, L. Haas und W. Gautschi.*

5. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/37044.

163

dodis.ch/35767

Notice de l'Ambassadeur de Suisse à Tunis, R. Stoudmann, pour le Chef du Département politique, P. Graber[1]

VISITE OFFICIELLE EN SUISSE DU MINISTRE TUNISIEN DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES[2]

Lausanne, 19 septembre 1972

1. Pas plus aujourd'hui qu'hier, la visite du Ministre des Affaires étrangères de Tunisie ne répond à une nécessité du point de vue de l'état des relations entre Tunis et Berne[3].

2. Le principe de cette visite ayant été accepté et les dates en ayant été arrêtées (26-27 octobre prochain[4]), il n'y a pas davantage de raison de différer la venue chez nous du chef de la diplomatie tunisienne même s'il devait y avoir, à plus ou moins brève échéance, un remaniement au sein du Cabinet tunisien

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#69373* (B.15.50.4). *R. Stoudmann séjournait alors à Lausanne.*

2. *M. Masmoudi.*

3. *Sur les négociations économiques et financières avec la Tunisie, cf. la lettre de E. Moser au Vorort de l'Union suisse du commerce et de l'industrie, à l'Union suisse des paysans et à la Division des affaires juridiques du Département politique du 10 novembre 1972,* dodis.ch/ 37029.

4. *Sur la visite, cf. le procès-verbal de C. Huguenin et S. Meili du 26 octobre 1972,* dodis.ch/37028.

du moment que notre invitation s'adresse non pas à M. Masmoudi mais bien au Ministre des Affaires étrangères de la République tunisienne.

3. Quant à nous, il s'agit donc essentiellement d'une manifestation de «good will» à l'égard d'un pays ami, la question de personne important moins que le principe de la visite elle-même. De toutes les façons, le bénéfice du geste – même suggéré – nous reste acquis à plus forte raison qu'il s'agira, sauf erreur de ma part, de la première visite officielle en Suisse d'un ministre des Affaires étrangères d'un pays arabe.

4. Depuis que sont intervenus les tragiques événements de Munich[5], il y a même, à mon avis, davantage de raison de ne pas surseoir à cette visite, car une attitude négative, simplement réticente ou dilatoire de notre part pourrait – bien à tort, c'est certain, donner l'impression que nous sommes peu enclins à recevoir chez nous le ministre des Affaires étrangères d'un pays arabe.

On se souvient qu'au lendemain de la catastrophe de Würenlingen la Tunisie a déjà pâti de la réintroduction du régime des visas alors qu'elle était le pays qui avait le moins de raison d'être suspecté d'être mêlé de près comme de loin à cet attentat[6]. Il ne conviendrait donc pas que, par suite de l'ironie du sort, elle se sente à nouveau «victime» d'une situation qui, en réalité, lui échappe complètement.

Certes, il s'est trouvé chez nous, au cours de ces derniers jours, une fraction de notre opinion qui ne s'est pas expliqué l'attitude à certains égards criante adoptée par Tunis à l'égard de la sépulture offerte par le régime destourien aux victimes palestiniennes de Munich[7].

En se hâtant d'offrir, le tout premier, aux côtés des héros de Bizerte[8], une sépulture en terre arabe aux Palestiniens tombés à Munich, Bourguiba a décidé, une fois de plus, d'un comportement calculé qui lui a permis de démontrer la solidarité tunisienne à l'égard du mouvement palestinien et du monde arabe, d'obliger le Président Qadhafi en faveur duquel il se désista et de n'avoir pas à prendre le risque d'inhumer en terre tunisienne les dépouilles ramenées de Munich.

5. Je suis donc d'avis que la visite officielle en Suisse du Ministre Masmoudi soit maintenue telle que fixée, à plus forte raison que l'Ambassadeur Bergaoui, qui vient de rentrer de Tunis et avec lequel je me suis entretenu téléphoniquement ce matin, m'a confirmé qu'il n'y avait rien de changé et qu'il reprendrait cette semaine encore contact avec le Département à ce sujet.

---

5. *Sur l'attentat palestinien aux Jeux olympiques de Munich du 5 septembre 1972, cf. le télégramme N° 226 de H. K. Frey au Département politique du 21 septembre 1972,* dodis.ch/36961 *et le PVCF N° 1587 du 6 septembre 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#786*.

6. *Cf. doc. 8,* dodis.ch/35440, *note 5.*

7. *Sur les réactions des pays arabes, cf. la circulaire du Département politique du 29 septembre 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#463* (B.82.18.1).

8. *Sur les affrontements à Bizerte en juillet 1961, cf. DDS, vol. 22, doc. 35,* dodis.ch/30627.

164

dodis.ch/35836

Notiz des Chefs des politischen Diensts Ost des Politischen Departements, H. Miesch[1]

AUFZEICHNUNG ÜBER DIE UNTERREDUNG VOM 18. SEPTEMBER 1972 MIT HERRN BLIX VOM SCHWEDISCHEN AUSSENMINISTERIUM BETREFFEND SCHWEDISCHE ANERKENNUNGSIDEE NORD- UND SÜDKOREAS[2]

Streng vertraulich Bern, 20. September 1972

Die Unterredung, die sehr nützlich war, brachte Übereinstimmung in allen Punkten im Sinne des von uns angestrebten *behutsamen Vorgehens*.

Der nun für den 26. September vorgesehene gemeinsame Vorstoss in Prag und Warschau soll *mündlich* erfolgen, wobei sich der jeweilige schwedische[3] und schweizerische[4] Botschafter an das beiliegende Memorandum[5] in der Fassung vom 18. September 1972 zu halten hätten, *ohne dieses jedoch den Gesprächspartnern zu überlassen. Es soll der exploratorische Charakter unterstrichen werden, wobei dieser erste Schritt als eine Angelegenheit zwischen den vier Regierungen zu betrachten ist, welche die Mitglieder der Neutralen Überwachungskommission gestellt haben.* Erst wenn Polen und Tschechen den Plan positiv beurteilen sollten, wird über das weitere Vorgehen zu beraten sein, wobei davon ausgegangen wird, dass schliesslich der Plan von allen Beteiligten d. h. auch von Süd- und Nordkorea gebilligt werden soll.

Dieser Exploration kommt vertraulicher Charakter zu. In diesem ersten Stadium sollen daher weder Süd- noch Nordkorea, aber auch nicht der Generalsekretär[6] der UNO oder allfällige weitere direkt Interessierte (Amerika, China) ins Vertrauen gezogen werden.

Sowohl die schwedische als auch die schweizerische Seite sind eher skeptisch mit Bezug auf die Möglichkeit einer sofortigen positiven Stellungnahme der Polen und Tschechen. Diese dürften sich, wenn überhaupt, nicht vor gewalteter UNO-Debatte (über die Koreafrage) auf den Plan irgendwie einlassen wollen.

Nachdem es sich somit um einen ersten Sondierungsschritt mit völlig ungewissem Ausgang handelt, *teilt die schwedische Seite unsere Auffassung,*

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2661* (B.15.11.1). *Dieses Exemplar ging an P. Graber und wurde von ihm visiert. Kopien an C. Caratsch, W. Bossi, C. Ochsenbein, A. Natural, G. E. Bucher, E. Thalmann, R. Keller und P. Thévenaz.*
2. *Die Unterredung fand in Stockholm statt. Anwesend: H. Blix, K. Björk, H. Miesch, C. Ochsenbein und J. Romare. Im Dokument werden fälschlicherweise ein* Botschafter Jörg und Sekretär Morita *aufgeführt. Für die schwedische Demarche zur Anerkennung Nord- und Südkoreas durch die Mitgliedstaaten der Neutralen Überwachungskommission in Korea, vgl. Dok. 152,* dodis.ch/35835.
3. *A. Rössel bzw. C. Wollin.*
4. *W. Bossi bzw. P. Frochaux.*
5. *Gemeinsames schwedisch-schweizerisches Memorandum vom 18. September 1972, Doss. wie Anm. 1.*
6. *K. Waldheim.*

wonach sich der schwedische Aussenminister[7] *anlässlich des sozialistischen Parteikongresses im Oktober bedeutend unverbindlicher äussern sollte, als dies nach den Ausführungen gemäss Telegramm 133 unserer Botschaft in Stockholm*[8] *anzunehmen war.* Es soll dies nun in einer Form geschehen, die Erkundigungen der süd- und nordkoreanischen Regierung wie auch der Öffentlichkeit nach Möglichkeit ausschliesst.

Sollten Nord- oder Südkorea sich dennoch melden, so würde ihnen auseinandergesetzt, dass es sich vorerst um unverbindliche Abklärungen unter den vier NNSC-Mitgliederländern handelt, die im Falle einer positiven Reaktion mit den beiden Hauptbeteiligten aufgenommen und ohne deren Zustimmung nicht verwirklicht werden soll. Sowohl Nord- wie Südkorea sind im übrigen in groben Zügen bereits mit der Idee konfrontiert worden; die nordkoreanische Seite durch Schweden und die Schweiz, die südkoreanische Seite durch die Schweiz (in Bern)[9].

Im Falle einer Indiskretion kann die Aktion als unverbindliche Abklärung einer Idee dargestellt werden, wobei zur Zeit nichts Konkretes vorliegt und irgendwelche Spekulationen verfrüht wären.

Wir haben uns auch darüber unterhalten, inwieweit die Träger der Demarche vom 26. September auf allfällige Fragen der Tschechen und Polen antworten sollen[10]. Dabei kamen wir überein, dass Fragen, deren Beantwortung anhand des Memorandums nicht möglich erscheint, ad referendum entgegengenommen werden sollten. Immerhin haben wir vier mögliche Fragen herausgegriffen und deren Beantwortung durch die Botschafter wie folgt festgelegt:

a) Frage: Warum stellen wir eine Verbindung her zwischen der Anerkennungsfrage und der Mitarbeit in der NNSC?

Antwort: Wie die polnische und tschechische Regierung diese Frage beurteilen, wissen wir nicht. Für die schwedische und schweizerische Regierung ergibt sich aber aus der Tatsache, dass sie Mitglieder der Überwachungskommission gestellt haben, ein besonderer Aspekt, der bei der Beurteilung der Anerkennungsfrage nicht ausser acht gelassen werden kann.

b) Frage: Warum kann man sich nicht auf die Anerkennung von Nord- und Südkorea beschränken, anstatt schon die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu vereinbaren?

Antwort: Die Schweiz und Schweden möchten gegebenenfalls mit Nordkorea Beziehungen aufnehmen u. a. im Sinne eines konkreten Beitrags zur Entspannung in jener Gegend. Es geht ihnen um mehr als die Anerkennung.

c) Frage: Was würde im Falle einer positiven Reaktion Polens und der CSSR geschehen?

Antwort: Wir würden uns zu verständigen haben darüber, wann und wie Nord- und Südkorea in den Plan eingeweiht werden sollen. Im Falle einer posi-

---

7. *K. Wickman.*

8. *Telegramm Nr. 133 der schweizerischen Botschaft in Stockholm an das Politische Departement vom 5. September 1972, Doss. wie Anm. 1.*

9. *Vgl. dazu die Aufzeichnung von K. Fritschi vom 2. Juni 1972,* dodis.ch/36011 *und die Notiz von H. Miesch vom 5. September 1971, Doss. wie Anm. 1.*

10. *Zur Demarche und den Reaktionen in Prag und Warschau vgl. Dok. 168,* dodis.ch/35837.

tiven Haltung der beiden koreanischen Regierungen müsste geprüft werden, wie die ganze Frage zu formalisieren ist.

d) Frage: Was geschieht, wenn Nordkorea ja sagt, Südkorea hingegen ablehnt?

Antwort: Da eine ausbalancierte Lösung für Schweden und die Schweiz wesentlich ist, könnte der Plan nicht weiterverfolgt werden.

Falls der Plan irgendwelche Verwirklichungschancen haben sollte, müsste in formeller Hinsicht eine schriftliche Vereinbarung über die gleichzeitige Durchführung angestrebt werden, die für alle Beteiligten verbindlich wäre. Dies um zu vermeiden, dass eine Partei plötzlich wieder aussteigt.

In rein technischer Beziehung wurde noch festgelegt, dass die Demarche in Prag und Warschau auf gleichem Niveau erfolgen sollte. In Prag handelt es sich um Vizeaussenminister Ruzek. Schweden wird seinen Botschafter in Polen beauftragen, zuständigenorts ein Rendez-vous für den 26. September anzuberaumen für eine gemeinsame Demarche. Wortführer sollen sein in Prag Frau Botschafter Roessel und in Polen Botschafter Frochaux[11]. Dies aus dem Grunde, weil Frau Roessel besser vertraut ist mit der Angelegenheit als der schwedische Botschafter in Polen.

Für den Fall eines Scheiterns des Planes behält sich Schweden vor, allenfalls allein vorzugehen und diplomatische Beziehungen mit Nordkorea aufzunehmen. Die Frage würde sich für Schweden vor allem dann stellen, wenn es die DDR[12] anerkennen sollte.

---

11. *P. Frochaux wurde bei der Vorsprache von C. Caratsch, C. Wollin von L. Bergquist vertreten.*
12. *Vgl. Dok. 179,* dodis.ch/34372.

165

dodis.ch/35578

Der Sektionschef in der Polizeiabteilung, H. Mumenthaler, an den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements, K. Furgler[1]

AUFNAHME VON AUS UGANDA VERTRIEBENEN ASIATEN

Dringend Bern, 24. September 1972

1. Am Donnerstag, 21. 9. 72 wurde ich durch Fräulein D. Werner, Sektionschef I des EPD telephonisch darauf aufmerksam gemacht, dass die Englische Botschaft in Bern die Schweiz unter Hinweis auf die Hilfsaktionen verschie-

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E4001E#1991/200#26* (0079.25). *Erste handschriftliche Marginalie:* Uganda Asylgewährung. *Zweite handschriftliche Marginalie von K. Furgler:* Entscheid: Prinzip: ja. Lösung: Ziffer 8a. Zahl 200 ev. mehr. Details mit Fürsprech Mumenthaler. Übermittelt zur Ausführung an Fürsprech Mumenthaler.

dener anderer Staaten, wie z. B. Schweden und Österreich, ersucht habe, eine Gruppe von aus Uganda vertriebenen Asiaten aufzunehmen. Ich wurde gebeten, informativ zu erklären, wie das englische Begehren von uns beurteilt werde. In der Folge habe ich Herrn Fasel orientiert, in der Meinung, dass Sie unter Umständen durch Herrn Bundesrat Graber in dieser Sache kontaktiert werden könnten.

2. Am Freitag, 22. 9. 72 erhielt ich von Herrn Botschafter Keller, Chef der Abteilung internationale Organisationen des EPD die Note[2] der Englischen Botschaft. Gleichzeitig gelangte Herr Pictet, Stellvertreter von Herrn Botschafter Keller an mich, um mir zu sagen, dass Herr Bundesrat Graber dazu neige, dem englischen Ersuchen in irgend einer Form stattzugeben. Es gehe ihm dabei darum, unsere Tradition in humanitären Belangen zu unterstreichen und durch ein rasches Handeln allfälligen Aktionen in der Presse und von privater Seite (z. B. von Herrn Edmond Kaiser von Terre des hommes) zuvor zu kommen. Man sagte mir, Herr Bundesrat Graber ziehe in Erwägung, eine beschränkte Zahl von solchen Personen vorübergehend, d. h. für die Dauer von 3–6 Monaten aufzunehmen, unter der Voraussetzung, dass deren Weiterreise durch England garantiert werde. Leider konnte ich Sie am Freitag nicht mehr telephonisch erreichen.

3. Wie ich am Samstag, 23. 9. 72 der Presse (vgl. beiliegender Tages Anzeiger[3]) entnehmen musste, scheint die Öffentlichkeit durch gewollte (?) oder ungewollte Indiskretionen auf das englische Ersuchen aufmerksam gemacht worden zu sein. Der Pressechef des EPD[4] soll auf Anfrage hin in Aussicht gestellt haben, dass der Bundesrat sich in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Sache beschäftigen werde[5].

4. Betrachtet man die Angelegenheit rein objektiv, wird man nicht um die Feststellung herum kommen, dass die Aufnahme von aus Uganda vertriebenen Asiaten recht problematisch ist. Diese Leute gehörten zu der gehobenen, führenden und auch wohlhabenden Schicht. Dies war übrigens auch im wesentlichen der Grund ihrer Vertreibung. In der Schweiz werden sie in der Regel schon wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnisse meist als ungelernte Arbeiter eingesetzt werden müssen. Da sie zudem mittellos sein dürften und mit unseren Verhältnissen in keiner Weise vertraut sind, werden sie anfänglich während längerer Zeit eine intensive materielle und ideelle Betreuung benötigen. Wie die schweizerische Umgebung auf sie reagieren wird, ist ungewiss. In diesem Zusammenhang darf immerhin darauf verwiesen werden, dass den Tibetern[6] – es leben über 600 Tibeter in unsrem Land – von der Bevölkerung mit Wohlwollen begegnet wird.

---

2. *Note der britischen Botschaft in Bern an das Politische Departement vom 14. September 1972,* CH-BAR#E2003A#1984/84#798* (o.222).

3. *Tages-Anzeiger vom 23. September 1972, Doss. Anm. 1.*

4. *P. Erni.*

5. *Vgl. dazu das BR-Beschlussprot. II vom 29. September 1972 der 51. ausserordentlichen Sitzung des Bundesrates vom 26. September 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*, *S. 1.*

6. *Zur Integration der Tibet-Flüchtlinge in der Schweiz vgl. den Bericht des Schweizerischen Roten Kreuzes vom Januar 1971,* dodis.ch/35857. *Vgl. auch DDS, Bd. 24, Dok. 40,* dodis.ch/33131, *bes. Anm. 2.*

Diese Bedenken sollen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Situation für diese Leute überall ähnlich ist, mit dem allerdings nicht unwesentlichen Unterschied, dass ihnen ihre Eingliederung im englischsprachigen Gebiet wesentlich leichter fallen dürfte.

Unser Entscheid wird somit in erster Linie ein politischer sein; eine Dokumentation unserer Solidarität und unserer Humanität nach innen und aussen. Es bleibt zu hoffen, dass eine allfällig bewilligte Aufnahme von den hiezu Erkorenen auch später einmal als Hilfe empfunden wird.

5. Will man dem englischen Ersuchen entsprechen, sehe ich 3 Lösungsmöglichkeiten.

a) Die Aufnahme im Rahmen der Asylgewährung von Personen, die nicht «British Subjects» sind und somit auch keine englische Pässe haben.

b) Die vorübergehende Aufnahme mit dem Ziel, diesen Menschen die Wartefrist bis zu ihrer endgültigen Eingliederung in einem Drittstaat zu erleichtern.

c) Die Aufnahme solcher Personen (u. a. auch mit britischen Reisepässen) als Fremdarbeiter, unter gleichzeitiger Schaffung eines Sonderkontingents.

6. Versuch einer Wertung dieser 3 Vorschläge

Ich habe verschiedene Kriterien aufgestellt und werte diese mit Note 1 (gut) – 3 (schlecht).

	a	b	c
Effizienz der Hilfe	1	3	2
Vereinbarkeit mit den fremdenpol. Bestimmungen	2	3	1
Vereinbarkeit mit den fürsorgerechtl. Bestimmungen	1	3	2
Vertretbarkeit gegenüber dem Volke	2	1	3
Vertretbarkeit nach aussen (Dokumentation Solidarität und Humanität)	1	3	2
Total	*7*	*13*	*10*

7. Auf Grund dieser Wertung muss m. E. die Variante b (vorübergehende Aufnahme) sicher fallen gelassen werden. Es kommt hier hinzu, dass die Wiederausreise meist als unzumutbare Härte empfunden würde.

Aber auch die Variante c scheint mir der Aufnahme als Flüchtlinge gegenüber eine Reihe beträchtlicher Nachteile aufzuweisen. Sie würde eine Durchlöcherung der bundesrätlichen Beschränkungspolitik[7] bedeuten. Auf dem Gebiet der Betreuung wäre sie eine Ausnahme von dem sonst nur bei Flüchtlingen verlassenen Grundsatz, dass die Fürsorge grundsätzlich Sache der Kantone ist[8].

8. Ich gelange deshalb zu folgenden *Schlussfolgerungen:*

– Wir sollten uns darauf beschränken, solche Personen aufzunehmen, die nicht als «British Subjects» betrachtet werden. Diese könnten im Rahmen unserer Asylpraxis ohne Schwierigkeiten als Flüchtlinge anerkannt werden.
– Trotz der bestehenden Wohnungsnot sollten in erster Linie Familien aufgenommen werden, zeigt doch die Erfahrung, dass diese sich am ehesten eingliedern lassen.

---

7. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 505 vom 16. März 1970,* dodis.ch/36175; *das BR-Prot. Nr. 672 vom 21. April 1971,* dodis.ch/36318 *und das BR-Prot. Nr. 1972 vom 1. November 1972,* dodis.ch/36339.
8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 91,* dodis.ch/32283.

- Die Zahl der aufzunehmenden Personen müsste auf *maximal 200 Personen* beschränkt werden.
- Die aufzunehmenden Personen sollten zweckmässigerweise nach gewissen arbeitsmarktlichen Kriterien ausgewählt werden. Mit der Auswahl[9] (an Ort und Stelle) könnten beispielsweise ein Vertreter des BIGA und ein Chef eines kantonalen Arbeitsamtes (z. B. Dr. Ballmer, Chef des Arbeitsamtes des Kantons Basel-Landschaft und Präsident der Vereinigung der Schweizerischen Arbeitsämter) beauftragt werden.
- Die Ansiedlung in der Schweiz sollte in Gruppen von ca. 20 Personen erfolgen, um bei den Aufgenommenen das Gefühl des Verlassenseins zu vermeiden oder mindestens zu vermindern[10].
- Die Betreuung der Aufgenommenen wäre durch die privaten, im Schosse der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe zusammengefassten Hilfswerke sicherzustellen, die einerseits über eine reiche Erfahrung verfügen und andrerseits damit die Möglichkeit hätten, «propagandistisch» in Erscheinung zu treten.
- Die eigentlichen Fürsorgekosten dagegen wären gestützt auf den Bundesbeschluss[11] über Beiträge des Bundes an die Unterstützung von Flüchtlingen durch den Bund, d. h. die Polizeiabteilung zu tragen. Ein Nachtragskredit wäre dabei nicht zu umgehen. Für das erste Jahr müsste mit Kosten von ca. Fr. 700'000 (inkl. Möbeleinrichtung, Einkleidung, Starthilfe) gerechnet werden.
- Sollte der Bundesrat der Aufnahme zustimmen[12], wäre die Polizeiabteilung mit der Durchführung der Aktion, wie namentlich auch mit der Koordination mit den übrigen Bundesstellen, den Kantonen und den Hilfswerken zu beauftragen.

  […][13]

---

9. *Zum Auswahlverfahren in Uganda vgl. den Bericht von J. Gemperli und P. Triponez vom 8. November 1972,* dodis.ch/36721.
10. *Vgl. dazu die Notiz von U. Hadorn vom 8. November 1972,* dodis.ch/36727.
11. Bundesbeschluss über die Beiträge des Bundes an die Unterstützung von Flüchtlingen *vom 26. April 1951, BBl, 1951, II, S. 19–22.*
12. *BR-Prot. Nr. 1849 vom 11. Oktober 1972,* dodis.ch/36730.
13. *Für das vollständige Dokument vgl.* dodis.ch/35578.

166

dodis.ch/35598

Der Vorsteher des Finanzdepartements, N. Celio, an den Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Kreditanstalt, E. Reinhardt[1]

Bern, 10. Oktober 1972

Mein Lieber,

Für Ihren freundlichen Brief vom 4. Oktober[2] bin ich Ihnen dankbar. Ich habe letzte Woche in dieser Angelegenheit mit Alexandre Hay gesprochen, der per Zufall im selben Flugzeug wie Hr. Dr. Diz von Washington zurückgeflogen ist. Hr. Hay konnte aber nicht erfahren, dass eine Konfusion gemacht wurde zwischen Organisationen und dem Fall Schweiz.

Ich habe von Hay und von Androsch, dem österreichischen Finanzminister, erfahren, dass die Schweiz als Beobachter von den unterentwickelten Ländern bekämpft wurde, und zwar nicht weil es sich um die Schweiz handelte, sondern weil damit ein Industrieland mehr gewesen wäre. Wäre die Schweiz anstelle einer andern Nation unter den Zwanzig gewesen, dann wäre die Kandidatur durchgekommen[3]. Österreich, Italien (Ossola) und die Bundesrepublik Deutschland haben uns unterstützt, aber umsonst, weil die USA still geblieben sind[4]. Nach Informationen, die in Washington kursierten, sollen die USA uns nicht unterstützt haben wegen einer gewissen Missstimmung infolge

– unserer Abmachung mit der EWG[5],
– der Frage des Rechtshilfeabkommens[6].

In der Tat glaube ich eher, sie haben gespürt, dass wir uns mit den amerikanischen Anträgen nicht so sehr befreunden können.

Sie wissen, dass ich dem Beitritt der Schweiz zum IMF eher positiv gegenüberstand[7]. Ich muss gestehen, dass nach den letzten Ereignissen auch andere

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E6802#1985/126#117* (07).
2. *Schreiben von E. Reinhardt an N. Celio vom 4. Oktober 1972,* dodis.ch/36297.
3. *Zu den Bemühungen der Schweiz als Beobachter bei der «Gruppe der Zwanzig» zugelassen zu werden vgl. das Telegramm Nr. 449 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. September 1972,* dodis.ch/36302; *die Notiz von J. Zwahlen vom 24. Oktober 1972,* dodis.ch/36298 *sowie das Rundschreiben von P. A. Nussbaumer an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 13. November 1972,* dodis.ch/36305.
4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 466 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 19. Oktober 1972,* CH-BAR#E7110# 1983/13#312* (799.2.0).
5. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3. Zur amerikanischen Haltung zu den Verhandlungen der Nicht-Beitrittskandidaten mit der EWG vgl. Dok. 101,* dodis.ch/35402, *bes. Anm. 6.*
6. *Vgl. dazu Dok. 66* dodis.ch/35400.
7. *Zur Frage eines möglichen Beitritts der Schweiz zum Währungsfonds vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 72,* dodis.ch/32796, *bes. Anm. 14; Dok. 134,* dodis.ch/33023, *Absatz V; das Schreiben der Schweizerischen Bankiervereinigung an den Bundesrat vom 9. September 1970,* dodis.ch/36309; *das BR-Prot. Nr. 888 vom 19. Mai 1971,* dodis.ch/36296; *das Protokoll Nr. 1088 des*

Überlegungen zu machen sind. Die Tatsache z. B., dass der IMF ein Land zum Aufwerten zwingen kann, könnte zu einem Handelskampf innerhalb des Fonds führen, wobei die unterentwickelten Länder Richter und Arbiter werden können. Dazu scheint mir, dass die Sonderziehungsrechte zur Finanzierung der unterentwickelten Länder Liquiditäten schaffen können, die wir nicht brauchen.

Ich neige eher zur Auffassung, dass man vorsichtig sein muss. Die Herren der Nationalbank, traumatisiert vom Ausschluss, sind eher der Meinung, man sollte den Beitritt bis 1974 vorbereiten[8]. Ich glaube, dass der Beitritt problematisch ist, wenn wir nicht wissen, wie die Paritäten bestimmt und wie die Sonderziehungsrechte gehandhabt werden.

Finanzminister Androsch wird mich bald besuchen[9], und ich werde versuchen, mit den Österreichern eine Linie zu finden, um die Stelle des Beobachters zu regeln. Das könnte uns etwas mehr Zeit geben für das andere Problem. Mit der Nationalbank glaube ich aber, dass wir in monetären Sachen, à la longue, uns mehr engagieren müssen, um etwas zu steuern, denn nicht nur Washington, sondern auch Brüssel macht mir Sorgen. Wohin führt die heutige Währungspolitik, wohin führt die Entwicklungsländer-Politik, wohin führt die Konjunkturpolitik? Am Schluss werden wir ein Chaos haben, in der Schweiz nicht weniger als anderswo.

Ich weiss nicht, ob Sie sich geachtet haben, dass in Bern sich um Prof. Sieber eine Gruppe bildet mit offiziellem Organ «der Bund», die für flexible Wechselkurse plädiert, d. h. für neue Aufwertungen, und zwar massive[10]. Hr. Nationalrat Fischer vom Gewerbeverband hat diese These im Parlament unterstützt[11]! Teuerung, Aufwertung, Floating, alles ist gut, wenn nur das Gewerbe von den Massnahmen nicht berührt wird. Diese Politik wird uns nicht weit führen. Leider gibt es auf diesem Gebiet keine guten Massnahmen; es gibt nur einige, die weniger schlecht sind als die andern.

Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 25. November 1971, dodis.ch/36748; *das Schreiben der Schweizerischen Nationalbank an F. Schnyder vom 17. März 1972,* dodis.ch/36571; *das Protokoll Nr. 466 des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank vom 18. Mai 1972,* dodis.ch/36736; *das Protokoll von P. Saladin vom 5. Juni 1972,* dodis.ch/36299; *das Rundschreiben von J. Zwahlen an die schweizerischen diplomatischen Vertretungen vom 12. Juni 1972,* dodis.ch/36300; *die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 28. September 1972,* dodis.ch/36301; *das Telegramm Nr. 449 der schweizerischen Botschaft in Washington an die Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. September 1972,* dodis.ch/36302; *den Bericht von J. R. Lademann vom 3. Oktober 1972,* dodis.ch/36303; *die Notiz von J. Zwahlen vom 24. Oktober 1972,* dodis.ch/36298 *sowie die Notiz von P. A. Nussbaumer an P. Graber vom 27. Oktober 1972,* dodis.ch/36304.

8. *Zur Position der Schweizerischen Nationalbank vgl. Anm. 7 sowie Dok. 128,* dodis.ch/35739.

9. *Zum Besuch vom 13. bis 14. Juli 1972 vgl. das Schreiben von N. Celio an H. Androsch vom 23. Juni 1972,* CH-BAR#E6802#1985/126#151* (11).

10. *Zur Frage der flexiblen Wechselkurse vgl. Dok. 158,* dodis.ch/35738.

11. *Vgl. das Amtl. Bull. NR, 1972, S. 1571–1578.*

167

dodis.ch/35687

Notice interne du Département politique[1]

ROUMANIE

[Berne,] 12 octobre 1972

Relations bilatérales

Dans leur ensemble, les relations avec la Roumanie peuvent être considérées comme normales; des négociations économiques et financières ont été engagées à Berne en avril 1971; un accord n'ayant pas pu être signé depuis, des pourparlers sont en cours actuellement[2].

Visites officielles[3]

- En juin 1968 eut lieu la visite du Ministre des Affaires étrangères roumain, M. Corneliu Manescu[4].
- En avril 1970, ce fut au tour du Vice-Ministre des Affaires étrangères, M. Georges Macovescu, de se rendre en Suisse[5].
- Signalons également, en mars 1971, la visite du Ministre du Commerce extérieur, M. Cornel Burtica[6].
- Le Conseiller fédéral Spühler s'est rendu en Roumanie en visite officielle en 1969[7] (lors de l'ouverture de l'exposition industrielle suisse à Bucarest, sous les auspices de l'OSEC). À cette occasion, M. Spühler eut des entretiens avec le Président du Conseil des ministres, M. Maurer, avec le Président du Conseil de l'État et Secrétaire général du Parti, M. Ceaucescu, ainsi qu'avec son homologue roumain, M. Manescu.
- En mai 1968, visite en Roumanie de l'Ambassadeur Micheli[8], Secrétaire général du DPF.
- À l'occasion de sa visite en Roumanie au mois de juin dernier, l'Ambassadeur Thalmann, Secrétaire général du DPF, eut des entretiens avec le Vice-Ministre des Affaires étrangères, M. Macovescu, ainsi qu'avec les dirigeants du Ministère du Commerce extérieur[9].

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#4783* (B.15.21). *Rédigée par G. F. Pedotti.*
2. *Sur les négociations économiques avec la Roumanie, cf. doc. 58,* dodis.ch/35754; *le PVCF N° 690 du 2 avril 1971,* dodis.ch/35842; *la notice de R. Probst du 13 septembre 1971,* dodis.ch/36045; *la notice de R. Probst du 28 août 1972,* dodis.ch/36046; *la lettre de R. Probst à A. Rappard du 11 septembre 1972,* dodis.ch/36047 *et l'*Accord économique entre la Confédération Suisse et la République Socialiste de Roumanie *du 13 décembre 1972, RO, 1973, pp. 605–610. Cf. aussi doc. 157,* dodis.ch/34496.
3. *Sur la visite d'une délégation parlementaire suisse en Roumanie du 30 octobre au 7 novembre 1972, cf. la lettre de A. Rappard à E. Thalmann du 8 novembre 1972,* dodis.ch/36051.
4. *Cf. doss.* CH-BAR#E2001E#1980/83#3859* (B.15.50.4).
5. *Cf. le procès-verbal de K. Fritschi du 21 avril 1970,* dodis.ch/36049.
6. *Cf. doss.* CH-BAR#E7001C#1982/118#1* (004.01).
7. *Cf. DDS, vol. 24, doc. 140,* dodis.ch/32536.
8. *Cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 10 juin 1968,* dodis.ch/32541.
9. *Cf. le résumé* Visite du Secrétaire général du Département politique fédéral à Bucarest,

Visites de militaires

Au cours du mois de septembre dernier, une délégation de l'État-major roumain dirigée par le Général Lefter a visité notre pays[10].

Visas

Il n'existe pas d'accord entre la Suisse et la Roumanie sur la suppression réciproque des visas touristiques et d'affaires. Néanmoins, l'Ambassade de Roumanie à Berne accorde les visas sans faire de difficultés et dans des délais très raisonnables (quelques jours).

Signalons que les Suisses qui désirent épouser des Roumaines[11] continuent de rencontrer certaines difficultés de la part des autorités roumaines compétentes.

Échanges commerciaux (en millions de frs.)	*1970*	*1971*	*1972*
Importations en Suisse:	30,7	50,8	47,9
Exportations vers la Roumanie:	113,3	93,4	139,6

Relations culturelles[12]

Manifestations suisses en Roumanie

Janvier 1971: Exposition itinérante «Swiss Industrial Design» à Bucarest et Sibiu.

1973: Exposition itinérante «L'art plastique et la peinture suisse contemporaine».

À ce propos, M. Ilieva[13] du «Conseil de la Culture et de l'Éducation socialiste» formule certaines réserves concernant la présentation de l'exposition et cherche à s'assurer que les œuvres exposées correspondent aux directives artistiques du parti[14].

Pro Helvetia ne semble pas disposée à modifier la présentation ou le contenu de l'exposition dans ce sens.

Manifestations roumaines en Suisse

1969: Grande exposition d'art religieux au Musée d'ethnographie à Neuchâtel[15].

---

les 5 et 6 juillet 1972 (séance du 6 juillet 1972, 10.00 h.–11.53 h.) *de G. Ducrey,* CH-BAR# E2001E-01#1982/58#6202* (B.15.21.2). *Cf. aussi doc. 157,* dodis.ch/34496.

10. *Cf. doss.* CH-BAR#E5001G#1985/219#1158* (6481.13).

11. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 21,* dodis.ch/31540. *Sur la question des mariages avec des ressortissants de pays de l'Est, cf. la circulaire de H. Miesch à diverses ambassades du 15 décembre 1971,* dodis.ch/35845.

12. *Cf. doss.* CH-BAR#E2003A#1984/84#961* (o.301).

13. *Il s'agit probablement de V. Ileasă.*

14. *Sur l'évolution de la politique roumaine, cf. p. ex. le rapport politique N° 1 de Ch. A. Dubois à P. Graber du 14 avril 1970,* dodis.ch/36052.

15. *Cf. la notice de P. Micheli à W. Spühler du 14 juin 1968,* dodis.ch/32542.

1972: Expositions d'art populaire au Centre secondaire du Mail à Neuchâtel et à l'École des Forges à la Chaux-de-Fonds, en collaboration intense avec les écoliers suisses.

Concerts en Suisse du flûtiste roumain Gheorghe Zamfir et de son ensemble sur l'initiative de M. Marcel Cellier, Vice-Directeur de la SA des Métaux et Minerais, éminent connaisseur de la Roumanie et de sa musique populaire.

En mai 1972, M. Cellier a élaboré et accompagné un tour folklorique des Carpates roumaines organisé avec grand succès par la maison Lavanchy SA à Yverdon (le chef de la Section culturelle du DPF[16] y a participé à titre privé).

Bourses

Nous offrons une bourse par année. Aucune bourse de la part de la Roumanie, qui désire cependant obtenir une deuxième bourse d'étude pour l'Institut des Hautes Études Internationales à Genève.

Cette question sera soumise au Département fédéral de l'intérieur et à la Commission des bourses.

Relations scientifiques

Signalons que dans le cadre des relations scientifiques entre les deux pays, un échange de lettres[17] a eu lieu entre le Professeur Hochstrasser, Chef de la Division de la science et de la recherche du DFI, et M. Ioan Ursu, Président du Comité d'État roumain pour l'énergie nucléaire, lors de la visite de M. Hochstrasser à Bucarest en janvier dernier. Cet échange de lettres, qui eut lieu sur l'initiative des Roumains, jette les bases de la coopération scientifique entre les deux pays; elle s'appliquera principalement au domaine de l'utilisation pacifique de l'énergie atomique et pourra ensuite être étendue à d'autres domaines, tels que la physique.

Sur la base de cet échange de lettres, un programme de visites réciproques de spécialistes a également été mis au point; il a débuté par une visite de spécialistes roumains en Suisse en juin dernier. Il est également prévu d'organiser des stages d'une année pour des hommes de science roumains, ceci surtout dans le domaine des réacteurs, des isotopes stables, des réactions nucléaires et des lasers. Des spécialistes suisses se rendront probablement ultérieurement en Roumanie.

---

16. *L. Burckhardt.*

17. *Lettre de U. Hochstrasser à I. Ursu du 10 avril 1972 et lettre de I. Ursu à U. Hochstrasser du 26 mai 1972,* CH-BAR#E2003A#1984/84#1100* (o.324.22). *Cf. aussi doss.* CH-BAR#E3370B#1991/3#345* (10.70.050.f).

168

dodis.ch/35837

Telegramm des Politischen Departements an diverse schweizerische Vertretungen[1]

Streng vertraulich Bern, 12. Oktober 1972, 18.15 Uhr

Betrifft Schweden-Plan Anerkennung durch vier Mitglieder-Länder NNSC desjenigen Teils von Korea, den diese noch nicht anerkannt haben. Nachdem DDR-Problem für uns vorläufig gelöst[2] und im Hinblick auf Kontakte zwischen beiden Korea haben erster unverbindlicher und gemeinsamer Sondierung in Prag und Warschau zugestimmt[3]. Dies um abzuklären, ob Polen und Tschechen überhaupt interessiert, was wir bezweifeln. Entsprechende Kontakte, die am 25./26. September in Prag und Warschau mündlich und vertraulich unternommen wurden[4], haben zu keiner konkludenten Reaktion geführt. Idee wurde in beiden Fällen ohne Kommentar zur internen Prüfung und Abstimmung mit anderem kommunistischem Partner entgegengenommen[5]. Da diplomatische Vertreter von USA, Japan, Grossbritannien und Österreich von der Sache Wind bekommen haben[6], vereinbarten wir mit Schweden[7], dass ihr nötigenfalls folgende Antwort erteilen könnt:

«Wurden informiert, dass gewisse Sondierungen vorgenommen werden sollen betreffend Beziehungen zu Korea. Es scheint indessen, dass vorläufig nichts Substantielles zu diesen bescheidenen und informellen Explorationen zu sagen ist.»

---

1. *Telegramm Nr. 393, 261, 12, 193 und 865 (Versandkopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#2661* (B.15.11.1). *Gerichtet an die schweizerischen Botschaften in Washington, Moskau und Seoul, an das Büro des schweizerischen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York und an die schweizerische Delegation bei der neutralen Überwachungskommission für den Waffenstillstand in Korea in Panmunjom. Diese Kopie ging an H. Miesch.*
2. *Zur Frage der Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR vgl. Dok. 179,* dodis.ch/34372.
3. *Vgl. dazu Dok. 152,* dodis.ch/35835 *und Dok. 164,* dodis.ch/35836.
4. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 63 der schweizerischen Botschaft in Prag an das Politische Departement vom 25. September 1972 und das Telegramm Nr. 145 der schweizerischen Botschaft in Warschau an das Politische Departement vom 26. September 1972, Doss. wie Anm. 1.*
5. *Zur polnischen und tschechoslowakischen Antwort auf die schwedisch-schweizerischen Sondierungen vgl. das Schreiben von W. Bossi an E. Thalmann vom 24. Oktober 1972,* dodis.ch/36016.
6. *Vgl. dazu z. B. das Schreiben von G. E. Bucher an E. Thalmann vom 11. Oktober 1972,* dodis.ch/36015.
7. *Vgl. das Telegramm Nr. 141 der schweizerischen Botschaft in Stockholm an K. Fritschi, Doss. wie Anm. 1.*

169

dodis.ch/35150

Il Consigliere di Stato del Canton Ticino U. Sadis al Presidente della Confederazione, N. Celio[1]

Bellinzona, 17 ottobre 1972

Caro Nello,

È stato da me il Console generale d'Italia, Edoardo Costa-Sanseverino Principe di Bisignano, il quale mi ha esposto questo fatto.

Il 22 novembre prossimo si svolgerà a Helsinki la Conferenza sulla sicurezza e cooperazione in Europa degli stati europei più USA e Canadà[2].

Le lingue di lavoro sono ufficialmente inglese, russo e francese. Su richiesta tuttavia delle due Germanie (memori dei pasticci nati allorquando si interpretava lo statuto di Berlino in inglese e in russo) hanno chiesto che anche il tedesco venga inserito quale lingua ufficiale della conferenza. L'Italia appoggerebbe questa richiesta *ma* alla condizione che pure la lingua italiana, recentemente retrocessa a semplice lingua regionale, venga ad essere inclusa fra quelle ufficiali.

Una prima indagine, a quanto sembra, esperita fra gli stati d'Europa ha, in sintesi, permesso di stabilire che si potrebbe quantificare questo desiderio imponendo un minimo di 50'000'000 di persone che parlino le lingue che entrano in considerazione: e così si evita di farne includere altre come lo spagnolo, il polacco e via dicendo.

Sembra che la Svizzera abbia risposto nel senso che rimanendo le lingue ufficiali tre, inglese, russo e francese, essa potrebbe accontentarsi, in quanto il francese è lingua nazionale[3]: allargando invece le lingue ufficiali al tedesco, per una ragione di principio, manifesterebbe il desiderio di includervi anche l'italiano.

In sostanza si tratterebbe di sostenere la causa italiana, rientrando essa nel concetto svizzero.

Ti sarò grato per un tuo intervento in questo senso[4] e colgo l'occasione per porgerti i miei più cordiali saluti.

---

1. *Lettera:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1). *Copia a E. Costa-Sanseverino.*
2. *Cf. doc. 173,* dodis.ch/34487, *in particolare nota 17.*
3. *Sulla posizione della Svizzera rispetto all'organizzazione della Conferenza sulla sicurezza in Europa, cf. doc. 144,* dodis.ch/34499.
4. *Cf. l'appunto di E. Brunner del 7 novembre 1972,* dodis.ch/35155; *la lettera di N. Celio a U. Sadis del 9 novembre 1972,* dodis.ch/35152 *e la lettera di A. Figarolo di Gropello a E. Thalmann del 24 ottobre 1972, doss. come nota 1.*

170

dodis.ch/35678

Der Delegierte des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den schweizerischen Botschafter in Warschau, P. Frochaux[1]

WIRTSCHAFTSVERHANDLUNGEN

Bern, 17. Oktober 1972

Ich gestatte mir, mit diesen Zeilen unser persönliches Gespräch von Ende vergangener Woche zu bestätigen und damit gleichzeitig auch das Schreiben Ihrer Botschaft vom 2. Oktober[2] (Fühlungnahme Caratsch mit Vizeminister Dlugosz[3] nach dessen Rückkehr aus der Schweiz) zu beantworten. Die Situation präsentiert sich demgemäss, von hier aus gesehen, wie folgt:

1. Generell eilt es uns mit den Polenverhandlungen[4] *zeitlich* nicht besonders. Angesichts der eigenwilligen und wenig verständnisvollen Haltung Warschaus, die aus den Äusserungen des Herrn Dlugosz in seinen Berner Besprechungen erneut hervorstach, ziehen wir es vielmehr (dies intern und vertraulich) aus taktischen Gründen vor, zunächst unsere Verhandlungen mit den andern Oststaaten[5] unter Dach zu bringen. Wir hoffen in der Tat – nachdem das Abkommen mit der Tschechoslowakei[6] schon seit mehr als einem Jahr in Kraft steht – demnächst, möglichst noch vor Jahresende, auch mit Rumänien[7], Bulgarien[8] und Ungarn[9] zu einem Abschluss zu gelangen. Dabei scheint es, dass wir in allen diesen Vertragswerken, nach Überwindung etlicher Schwierigkeiten, unsere Hauptziele (Berücksichtigung unserer Exportstruktur, d. h. Landwirtschafts- und Textiljunktim sowie Uhrenbrief; Preisdisziplin, also kein Dumping; blosse «good will»-Klausel für die Kooperation) erreichen werden. Sind die betreffenden Abkommen einmal perfekt, so wird es für uns leichter sein, die genannten Ziele auch gegenüber Warschau zu verfechten. Treten wir aber mit den Polen vorher in eigentliche Verhandlungen, so riskieren wir, dass Warschau, um seine Position zu festigen, via COMECON auch in den andern Ostkapitalen, die mit uns noch verhandeln, Widerstand gegen unsere Begehren mobilisiert und uns damit generell neue Schwierigkeiten schafft. Der in Bern

---

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2200.151#1987/140#28* (541.0). *Am 19. Oktober 1972 visiert von C. Caratsch.*
2. *Schreiben von C. Caratsch an P. R. Jolles vom 2. Oktober 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#856* (821).
3. *Zum Besuch von S. Długosz in der Schweiz vgl. das Schreiben von R. Probst an P. Frochaux vom 22. September 1972,* dodis.ch/36385.
4. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 25.*
5. *Zur neuen Konzeption der Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754. *Vgl. ferner Dok. 176,* dodis.ch/35755.
6. *Vgl. dazu Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 17. Vgl. ferner Dok. 175,* dodis.ch/35676.
7. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Rumänien vgl. Dok. 167,* dodis.ch/35687, *bes. Anm. 2.*
8. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Bulgarien vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496, *bes. Anm. 39.*
9. *Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit Ungarn vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 34. Vgl. ferner Dok. 180,* dodis.ch/35670.

von Dlugosz bei Dir. Jolles gemachte Vorschlag, wonach sich der Unterzeichnete zunächst anfangs November in Genf während der GATT-Jahrestagung mit dem polnischen Delegationschef Dir. Struš über das weitere Vorgehen unterhalten soll, wobei ein Verhandlungstermin in den ersten Monaten 1973 anzuvisieren wäre, passt uns deshalb nicht schlecht ins Konzept. Es besteht kein Grund, die Polen zur Eile anzutreiben.

2. Was die für Polen im Vordergrund stehende *industrielle Kooperation* anbelangt, so ist auch seitens unserer Wirtschaft hierfür Interesse vorhanden (so in der Lebensmittel-, der Maschinen-, aber auch der Uhren-, eventuell der Textilbranche). Dlugosz hat in diesem Zusammenhang bekanntlich den Wunsch geäussert, eine repräsentative Delegation der schweizerischen Industrie in Polen zu empfangen.

Der Vorort ist einem solchen Projekt an sich nicht abgeneigt, möchte es aber, wie Fürspr. Bosshard Dlugosz anlässlich des Empfangs auf der polnischen Botschaft in Bern darlegte, erst nach Vorliegen eines neuen Wirtschaftsvertrages verwirklichen; denn eine solche Reise bedürfe, wenn sie sich nicht in «Wirtschaftstourismus» erschöpfen wolle, einer klaren Basis und ausserdem einer sorgfältigen Vorbereitung.

Aus diesem Gespräch ist dann die von Herrn Caratsch erwähnte Einladung Dlugosz' an Fürspr. Bosshard entstanden, sich im Verlaufe des kommenden November «en vue d'un inventaire plus précis des possibilités de contact entre industriels des deux pays» nach Warschau zu begeben. Ich bin in der Lage, Ihnen heute mitzuteilen, dass es dem Sekretär des Vororts eventuell möglich wäre, diesen Besuch in der Zeit vom *Montag 4. Dezember bis inklusive Donnerstag 7. Dezember* (Abreise am 8. Dezember) zu unternehmen. Sie wollen dies bitte Dlugosz mitteilen und uns, damit die nötigen Dispositionen rechtzeitig getroffen werden können, möglichst bald Bescheid geben[10].

Auch wir würden eine solche Vorsondierung begrüssen; nicht zuletzt, weil eine konkrete Klärung der Kooperationsmöglichkeiten direkt mit dem Vorort als dem Exponenten der schweizerischen Industrie die Polen vielleicht dazu veranlassen könnte, auf ihr Begehren nach Aufnahme eines in alle Einzelheiten gehenden, für uns aber unannehmbaren Kooperationskatalogs (Art. 5, 6 und 7 des polnischen Entwurfs vom Januar 1972[11]) in das künftige Wirtschaftsabkommen zu verzichten.

---

10. *Handschriftliche Marginalie von C. Caratsch:* J'ai pu constater que la Ch*[ambre] [de]* Com*[merce]* ext*[érieur]* s'est déjà renseignée en Suisse et qu'elle est au courant. *Zum Besuch von R. Bosshard und P. Hutzli in Polen vgl. das Schreiben von P. Frochaux an P. R. Jolles vom 18. Dezember 1972,* dodis.ch/36387.

11. *Vgl. dazu das Schreiben von R. Probst an P. Frochaux vom 25. Januar 1972, Doss. wie Anm. 1.*

171

dodis.ch/35732

Le Chef du Département politique, P. Graber,
au Chef du Département de justice et police, K. Furgler[1]

Berne, 24 octobre 1972

Le délai de présentation du rapport joint de mon Département sur le projet de Message et d'Arrêté fédéral instituant le régime de l'autorisation pour l'acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger[2] est venu à échéance sans qu'il ait été possible d'y incorporer certaines réflexions émanant d'un examen[3] auquel l'OCDE vient de procéder sur le recours de notre pays à la clause dérogatoire du Code de la libération des mouvements de capitaux pour les mesures que nous avons introduites en juin et juillet 1972[4] – notamment en matière d'acquisition d'immeubles pour endiguer l'afflux de fonds étrangers dans notre économie.

Ces considérations ont un certain poids dans l'éventualité où le débat venait à être rouvert en Commissions[5] ou au Parlement sur les articles 4 et 5 notamment qui traitent du domicile et de la dispense d'autorisation consentie à nos compatriotes de l'étranger pour l'acquisition d'immeubles en Suisse.

La Suisse, qui a toujours prôné le respect du droit international, se doit tout particulièrement de s'en tenir à ses principes lorsqu'elle est concernée.

À cette fin, je joins en annexe[6] les considérations dont il est question ci-dessus.

---

1. *Lettre:* CH-BAR#E4001E#1988/20#213* (0092.10). *Rédigée par J. Zwahlen. Note en marge:* Bitte Kontakt mit 1. Herrn Nussbaumer/Zwahlen 2. Herrn Jolles.

2. *Projet de* Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant l'acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger *et projet d'*Arrêté fédéral instituant le régime de l'autorisation pour l'acquisition d'immeubles par des personnes domiciliées à l'étranger, *doss. comme note 1. Pour les versions définitives, cf. FF, 1972, II, pp. 1237–1274.*

3. *Pour un résumé de l'examen de l'OCDE, cf. le rapport de R. Beaujon du 18 octobre 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#696* (C.41.780.13.0), *pp. 6 s.*

4. *Cf. doc. 140,* dodis.ch/35401, *notes 7 et 8.*

5. *Cf. les procès-verbaux de la Commission du Conseil national des séances des 16–17 novembre 1972 et des 27–28 novembre 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#377* (B.41.40) *et le procès-verbal de la Commission du Conseil des États de la séance des 15–16 janvier 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#559* (B.41.40).

6. *Mémoire du Service économique et financier du Département politique fédéral du 24 octobre 1972,* dodis.ch/36380.

172

dodis.ch/35655

Notice pour le Secrétaire général du Département politique, E. Thalmann[1]

RELATIONS SCIENTIFIQUES AVEC L'URSS

[Berne,] 24 octobre 1972

En prévision de la visite à Berne du Vice-Ministre soviétique des Affaires étrangères Kovaliov[2], nous vous soumettons un bref aperçu des relations scientifiques entre la Suisse et l'URSS.

Suivant en cela notre politique constante, nous n'avons pas conclu de véritable accord scientifique avec l'URSS bien que celle-ci en ait manifesté plusieurs fois le désir[3]. Nos relations scientifiques avec ce pays sont donc fondées uniquement sur des échanges de lettres auxquels on a procédé de cas en cas:

– Un échange de lettres a eu lieu en 1971 (15 mars/30 juin[4]) entre M. Hochstrasser, chef de la Division de la science et de la recherche et le Vice-Président[5] du Comité d'État d'URSS pour l'utilisation de l'énergie nucléaire au sujet d'une coopération entre les deux pays dans le domaine de l'utilisation de l'énergie nucléaire à des fins pacifiques (échange d'informations, de spécialistes, réunion de spécialistes des deux pays).
– À la suite de cet échange de lettres, les parties ont mis sur pied un échange de spécialistes de la recherche nucléaire qui a commencé en juillet 1972. Une délégation soviétique de spécialistes dans le domaine des réacteurs est actuellement en train de visiter des installations nucléaires en Suisse. Des spécialistes de la physique des plasmas sont attendus à la fin de novembre. Le professeur suisse Fischer séjourne actuellement pour trois mois à Doubna, à l'Institut de recherches nucléaires. Des délégations suisses visiteront encore l'URSS au cours des prochains mois[6].
– M. Hochstrasser a également manifesté l'intention de procéder à un échange de lettres avec l'Académie des sciences de l'URSS sur d'autres domaines scientifiques[7]. Jusqu'ici cependant cet échange de lettres n'a pas eu lieu.
– Dans le cadre des échanges entre le CERN et l'Institut de physique des hautes énergies à Serpoukhov (URSS) de nombreux physiciens suisses ont eu l'occasion de séjourner dans cette ville soviétique et d'y poursuivre leurs

---

1. *Notice (copie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#1032* (o.320). *Rédigée et signée par J. O. Quinche.*
2. *Sur la visite de A. G. Kovaliov et sur son entretien avec E. Thalmann, cf. le procès-verbal de G. F. Pedotti du 3 novembre 1972,* dodis.ch/35659.
3. *Cf. p. ex. la lettre de J. de Stoutz à P. Micheli du 14 janvier 1971,* dodis.ch/30397.
4. *Lettre de I. D. Morokhov à U. Hochstrasser du 15 mars 1971 et lettre de U. Hochstrasser à A. M. Petrosiants du 30 juin 1971,* CH-BAR#E3370B#1991/3#287* (10.70.050.a).
5. *I. D. Morokhov.*
6. *Cf. p. ex. doss.* CH-BAR#E3370B#1991/3#285* (10.70.050.a) *et* CH-BAR#E3370B#1991/3#287* (10.70.050.a).
7. *Sur la collaboration avec l'URSS dans d'autres domaines scientifiques, notamment l'exploration spatiale, cf. la notice de E. Thalmann du 10 août 1971,* dodis.ch/35662 *et la notice de P.-A. Ramseyer à H. Miesch du 24 novembre 1972,* dodis.ch/35663.

recherches[8]. L'accélérateur à protons de Serpoukhov est le plus grand du monde.

– L'URSS a offert à la Suisse de lui vendre de l'uranium enrichi[9]. Bien que des pourparlers aient déjà eu lieu sur cette question, notamment entre l'Office fédéral de l'économie énergétique et l'Ambassade d'URSS à Berne[10], aucun accord n'a encore été conclu. Malgré les implications politiques que supposerait un accord sur la livraison par l'URSS à la Suisse d'uranium enrichi, notre pays pourrait, en diversifiant ses sources d'approvisionnement, se soustraire au monopole de fait qu'ont encore les États-Unis dans son approvisionnement en uranium enrichi[11].

Ce qui précède montre que les relations scientifiques entre la Suisse et l'URSS se font principalement dans le domaine nucléaire. On peut encore relever qu'aucun problème particulier ne grève en ce moment ces rapports.

8. *Cf. p. ex. doss.* CH-BAR#E2200.157#1988/213#276* (653.1).
9. *Cf. la notice de R. Wermuth à E. Thalmann du 16 septembre 1971,* dodis.ch/35476 *et la lettre de U. Hochstrasser à L. A. Simanovski du 2 novembre 1971,* dodis.ch/35660.
10. *Cf. la lettre de C. Zangger à Ie. A. Platonov du 25 juillet 1972,* CH-BAR#E8190B-01# 1990/199#408* (283.00).
11. *Sur la recherche de nouvelles sources d'approvisionnement en uranium enrichi, cf. doc. 130,* dodis.ch/35684 *et la notice de H. von Arx du 27 décembre 1971,* dodis.ch/35477. *Sur la collaboration en matière nucléaire avec les États-Unis, cf. doc. 81,* dodis.ch/35863.

173

dodis.ch/34487

Proposition du Département politique au Conseil fédéral[1]

La Suisse et la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE)

Extrait 1er novembre 1972

[...][2]

II. Politique suisse en matière de CSCE depuis 1970[3]

a) Contacts bilatéraux préparatoires

La préparation au moyen de consultations bilatérales a joué, dans le cas de la CSCE, un rôle plus important qu'il n'est d'usage lors de conférences internationales. Cela n'a rien d'étonnant, puisque l'initiative lancée par les États du Pacte de Varsovie touche au domaine crucial de l'équilibre politique européen.

1. *Proposition:* CH-BAR#E1004.1#1000/9#788*. *Rédigée par B. Schenk et signée par P. Graber.*
2. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/34487.
3. *Sur le développement de la politique suisse sur cette question jusqu'à la fin de l'année 1969, cf. DDS, vol. 24, doc. 154,* dodis.ch/32403 *et doc. 188,* dodis.ch/32405.

Trop ambitieuse et ambiguë pour ne pas être reçue avec circonspection par les Occidentaux, trop vague au départ pour constituer une base de négociation, la proposition des pays de l'Est a exigé une réflexion approfondie sur les intentions de l'URSS et de ses alliés, sur l'opportunité d'engager un dialogue Est-Ouest au moyen d'une conférence multilatérale, et, une fois l'opportunité admise, sur la manière d'organiser ce dialogue.

Espacées d'abord, nos consultations bilatérales avec les autres pays intéressés se sont intensifiées depuis 1970, au fur et à mesure qu'évoluait la situation décrite au début de ce rapport. La CSCE a figuré à l'ordre du jour de presque tous les entretiens qu'a eus le Chef[4] du Département politique avec ses homologues de l'étranger: Autriche, Belgique, Finlande, France, Grande-Bretagne, Luxembourg, Pays-Bas, République fédérale allemande et Suède[5]. Comme ces entretiens ont aussi été consacrés pour une large part à notre négociation avec la Communauté européenne[6], nous avons ainsi pu montrer que la politique européenne de la Suisse n'est pas dirigée exclusivement vers l'Ouest, mais également vers l'Europe tout entière.

Nos contacts bilatéraux au niveau du Secrétaire général[7] du Département politique ont aussi été précieux pour la préparation de la CSCE: Autriche, Finlande, Suède, Yougoslavie, Italie, ainsi que Bulgarie, Hongrie, Pologne, Roumanie, Tchécoslovaquie et URSS[8]. La visite des capitales d'Europe orientale a eu entre autres le mérite de confirmer à nos yeux la diversité des préoccupations de ces pays, leur désir de se rapprocher de l'Occident dans les limites qui leur sont permises et d'utiliser la CSCE à cet effet dans une perspective à long terme.

Enfin, l'année 1972 a donné naissance à une nouvelle forme de consultations, devenue nécessaire en raison de la spécialisation croissante des problèmes que soulève la CSCE: les discussions au niveau des hauts fonctionnaires, dirigées du côté suisse par le Jurisconsulte[9] du Département politique dans presque tous les cas. C'est ainsi que nous avons pu nous entretenir avec les spécialistes de la CSCE des pays suivants: Autriche, Belgique, Espagne, États-Unis, France, Grande-Bretagne, Italie, Pays-Bas, République fédérale allemande et Yougoslavie[10]. L'avantage spécifique de telles rencontres a été de pouvoir

---

4. *P. Graber.*

5. *Cf. doc. 156,* dodis.ch/34494.

6. *Sur les négociations, cf. DDS, vol. 24, doc. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, vol. 25, doc. 25,* dodis.ch/35772; *doc. 44,* dodis.ch/35774 *et doc. 108,* dodis.ch/35775. *Sur l'accord de libre-échange conclu entre la Suisse et la Communauté économique européenne en 1972, cf. doc. 182,* dodis.ch/35776.

7. *E. Thalmann, respectivement P. Micheli.*

8. *Sur les contacts avec l'Autriche, la Finlande, la Suède et l'Italie, cf. doc. 156,* dodis.ch/34494. *Sur les contacts avec la Yougoslavie, la Bulgarie, la Hongrie, la Pologne, la Roumanie et la Tchécoslovaquie, cf. doc. 157,* dodis.ch/34496. *Sur la visite de P. Micheli à Moscou, cf. la lettre de J. de Stoutz à E. Thalmann du 1er février 1971,* dodis.ch/35577. *Cf. aussi la notice de P. Thévenaz du 22 décembre 1971,* dodis.ch/34575.

9. *R. Bindschedler.*

10. *Pour les diverses rencontres, cf. doc. 156,* dodis.ch/34494; *doc. 157,* dodis.ch/34496 *et doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#431* (B.72.09.15.1). *Cf. aussi l'exposé de S. F. Campiche du 31 août 1972,* dodis.ch//34607.

discuter certaines questions dans les détails, notamment notre projet de règlement pacifique des différends et l'organisation de la phase préparatoire de la CSCE (cf. infra). Par ailleurs, nous avons eu l'occasion de nouer des contacts personnels avec ceux que la délégation suisse retrouvera nécessairement à Helsinki et même peut-être au-delà de la phase préliminaire; or ces contacts sont d'autant plus utiles que la CSCE est le type même de conférence dont le sort se joue aussi dans les coulisses.

Nos échanges de vues bilatéraux à tous les niveaux et dans toutes les directions ont été indispensables. Sans cela, nous serions aujourd'hui réduits non seulement au manque d'informations, mais aussi à l'impossibilité d'esquisser une conception globale de la CSCE et surtout à l'isolement, qui guette tout particulièrement les neutres et non-alignés européens à l'heure de la confrontation pacifique des thèses des deux blocs en matière de sécurité. Nous avons évidemment eu des consultations étroites avec les neutres, mais avons aussi dû nous résoudre à l'évidence, à savoir que le véritable laboratoire de la CSCE est ailleurs. En effet, presque toute la préparation de la Conférence du côté occidental se coordonne au sein des organes appropriés de l'OTAN et de la Communauté européenne (La CSCE est d'ailleurs le thème à propos duquel la concertation a donné les résultats les plus positifs au sein du Comité de coopération politique des Neuf, c'est-à-dire l'ex-Comité Davignon). Or, grâce à certains contacts bilatéraux suivis, nous avons pu nous maintenir au courant de leurs travaux; la République fédérale allemande, placée au cœur du problème des MBFR, s'est déclarée disposée à nous assurer une information régulière à ce sujet; l'Italie joue le même rôle en ce qui concerne les activités de l'ex-Comité Davignon, auprès duquel elle s'est faite l'avocate de notre projet de règlement pacifique des différends (cette collaboration en matière de CSCE a d'ailleurs été ressentie de part et d'autre comme un dérivatif bienvenu aux problèmes de main-d'œuvre sur lesquels les relations italo-suisses ont tendance à se polariser[11]). Enfin, tous ces contacts bilatéraux ont été l'instrument qui a permis de faire connaître notre projet de règlement pacifique des différends et d'en assurer ainsi la paternité suisse, de le commenter et de recueillir des réactions précieuses pour la suite des opérations.

b) Préparatifs internes en vue de la CSCE

Les travaux du Département politique ont porté jusqu'ici essentiellement sur l'élaboration d'un projet de système de règlement pacifique des différends (en abrégé: SRPD). Comme on le verra plus loin, le domaine du règlement pacifique des différends se prête tout particulièrement à une initiative de la part de la Suisse. Cela ne signifie pas que nous sous-estimons l'importance et les possibilités d'une participation de notre pays dans les autres domaines de la CSCE: économique, culturel et même militaire[12]. Toutefois, il nous a paru préférable dans l'immédiat, c'est-à-dire en vue des pourparlers préliminaires

11. *Cf. doc. 3,* dodis.ch/35729; *doc. 49,* dodis.ch/35728; *doc. 148,* dodis.ch/35593; *doc. 177,* dodis.ch/35595 *et doc. 180,* dodis.ch/35674.

12. *Sur la position de la Suisse à l'égard de différentes questions relatives à la Conférence européenne de sécurité, cf. doc. 144,* dodis.ch/34499.

multilatéraux sur la CSCE, de concentrer nos efforts sur une proposition de caractère politique et juridique, qui a le mérite d'être la seule suggestion concrète faite jusqu'à ce jour pour étoffer le volet «sécurité» de la Conférence, le plus important à nos yeux.

Il nous sera toujours possible d'intervenir le moment venu dans le débat sur la coopération économique; d'ailleurs, nos contacts bilatéraux nous ont montré que la plupart des États n'ont pour le moment guère approfondi cet aspect de la CSCE. La Division du commerce du Département de l'économie publique a entrepris des études à ce sujet et exprimera ses vues en temps opportun[13]. De même, nous avons instauré une collaboration régulière avec le Groupement de l'EMG du Département militaire, qui examine actuellement ce que pourrait être la position de la Suisse face à un éventuel volet militaire de la CSCE[14]. De toute façon, les aspects de la Conférence qui relèvent plus particulièrement de la compétence d'autres Départements de l'Administration fédérale seront étudiés en détail dans le rapport qui devra être soumis au Conseil fédéral en vue de la participation de la Suisse à la CSCE proprement dite.

Système de règlement pacifique des différends (SRPD)[15]

Les considérations générales qui militent en faveur d'une initiative suisse dans ce domaine peuvent être résumées comme suit:

- ayant décidé de participer à la CSCE, la Suisse se doit d'y affirmer sa présence;
- notre pays possède en matière de règlement pacifique des différends une tradition et une expérience qui le qualifient particulièrement pour une telle initiative;
- le principe du règlement pacifique des différends étant universellement reconnu, notre initiative ne met pas en cause notre neutralité;
- les relations internationales d'aujourd'hui étant marquées par un certain recul du droit au profit de la «Realpolitik», un petit État comme le nôtre ne doit pas manquer l'occasion qu'offre la CSCE de rappeler la primauté du droit sur la force;
- le volet «sécurité» de la Conférence n'ayant suscité jusqu'ici que des propositions plus ou moins vagues et ambiguës, il est souhaitable d'y introduire un élément concret qui permettrait d'engager le débat sur la sécurité européenne dans une direction claire et précise.

C'est ce dernier point que nous avons développé dans le préambule de notre projet (cf. texte annexé au présent rapport). Si la CSCE devait aboutir à une déclaration solennelle sur la renonciation à l'emploi de la force, elle n'apporterait rien de nouveau en matière de sécurité, car ce principe est déjà formulé dans la Charte de l'ONU et appartient au droit international général. Nous estimons que la CSCE doit essayer de faire un pas de plus, en concrétisant

---

13. *Sur les aspects économiques de la CSCE, cf. doc. 174,* dodis.ch/34571.
14. *Sur les aspects militaires de la CSCE et le MBFR, cf. doc. 92,* dodis.ch/34573.
15. *Cf. l'exposé de R. Bindschedler du 27 mars 1971,* dodis.ch/34208; *la notice de R. Bindschedler du 14 juillet 1971,* dodis.ch/34503; *la notice du 5 avril 1972,* dodis.ch/34505 *et l'exposé de R. Bindschedler du 31 août 1972,* dodis.ch/34606.

la notion de renonciation à la force au moyen d'un mécanisme dynamique qui tienne compte des nouveaux problèmes qui peuvent surgir en Europe (alors que le principe lui-même est par définition statique). C'est pourquoi nous envisageons un système qui combine deux modes de règlement pacifique des différends: d'une part, l'arbitrage, pour la solution des différends qui relèvent de l'interprétation du droit en vigueur (conflits justiciables) et, d'autre part la négociation institutionnalisée, pour la solution des différends qui postulent une modification du droit en vigueur (conflits non justiciables). À ces deux modes de règlement correspondent deux organes aux caractéristiques distinctes: un tribunal arbitral pour les conflits justiciables et, pour les non justiciables, une commission d'enquête, de médiation et de conciliation. En cas de conflit, le recours à l'une ou l'autre des deux procédures devrait être obligatoire pour les États ayant adhéré au système, à moins que ceux-ci aient pu se mettre d'accord sur un autre mode de règlement. La sentence que prononcerait le tribunal arbitral devrait également avoir un effet obligatoire pour les parties au conflit, alors que le rapport final de la commission d'enquête ne pourrait être que facultatif, car il n'existe à l'heure actuelle aucune autorité supranationale capable d'imposer à un État souverain un droit nouveau.

Dès le début de l'année, nous avons tenu au courant les États neutres de nos préparatifs en matière de SRPD. Par la suite, nos ambassadeurs ont été chargés d'informer verbalement tous les États censés participer à la CSCE. À l'heure qu'il est, la plupart d'entre eux sont en possession du texte du projet. Les réactions suscitées par notre initiative se répartissent grosso modo en 3 catégories:

– la majorité des États approuve tant le contenu du projet que l'opportunité de le soumettre à la CSCE; ils voient dans le SRPD un test nécessaire pour révéler s'il existe ou non chez les participants une volonté de s'entendre sur des règles communes; bien que notre idée ait peu de chances de se réaliser dans le contexte politique et juridique actuel, ils admettent néanmoins avec nous qu'étant convaincus de la justesse de cette idée, nous devons manifester notre conviction en œuvrant inlassablement en faveur de sa réalisation;
– certains États, en particulier les anglo-saxons, approuvent le contenu et l'opportunité tactique du projet, mais soulèvent des objections de forme: par exemple, le fait que la procédure arbitrale que nous avons prévue risque de concurrencer celle de la Cour internationale de Justice; le fait que nous n'envisageons pas de limiter la compétence des deux organes par des réserves quant à la nature et à l'origine des conflits;
– une minorité d'États, surtout ceux d'Europe orientale, mais aussi des Occidentaux estiment que le projet ne tient pas compte de l'antinomie fondamentale entre le droit international «occidental» et le droit «socialiste» et qu'il est dès lors contestable tant du point de vue de son contenu que de sa forme; à cette objection il est aisé de répliquer que le but même de la CSCE est de surmonter la division de l'Europe en deux systèmes politico-juridiques et que ce n'est en tout cas pas la Suisse qui fera une proposition tendant à consacrer cette division.

Les États qui ont examiné le plus attentivement notre projet n'ont pas manqué de soulever les problèmes auxquels nous n'avons pas encore donné de réponse: par exemple, le nombre minimum d'adhésions nécessaire à l'entrée

en vigueur du système, les rapports entre les deux procédures, la composition des deux organes. Nous leur avons répondu que tous ces problèmes, ainsi que les questions de forme mentionnées plus haut, devront être discutés ultérieurement, à la CSCE proprement dite, et qu'il serait prématuré de vouloir leur trouver une solution déjà au stade préparatoire de la Conférence. Notre préoccupation dans l'immédiat est d'assurer l'inscription de notre proposition en termes généraux à l'ordre du jour de la Conférence (cf. chapitre suivant)[16].

Libre circulation des personnes, des idées et des informations

La Suisse libérale et ouverte sur le monde est favorable à un échange accru des hommes et des idées entre les diverses parties de l'Europe. On observe depuis peu une timide évolution dans ce sens: la CSCE doit essayer de l'encourager, en multipliant et en diversifiant les formes du dialogue. En ce qui nous concerne, il est délicat de prendre des initiatives dans le domaine des contacts humains et culturels, alors que les Occidentaux, surtout la France, ont l'intention d'insister sur cet aspect des relations Est-Ouest. Nous pourrons éventuellement appuyer certaines de leurs propositions, pour autant qu'elles n'attisent pas la méfiance des pays de l'Est. Nous devons garder à l'esprit que des progrès dans ce domaine exigent un maximum de patience et de précautions: vu les dispositions actuelles des dirigeants du Kremlin et le rapport des forces entre l'URSS et ses alliés, une émancipation de ces derniers dépend du bon vouloir de Moscou, dont la marge de tolérance est très étroite. Il s'agit donc de favoriser l'utilisation de cette marge par les pays de l'Est – ce qu'ils essaieront d'ailleurs eux-mêmes de faire –, mais en évitant de donner l'impression que la libéralisation souhaitée par les Occidentaux est dirigée contre l'URSS.

De notre point de vue, une meilleure circulation des personnes revêt un caractère prioritaire par rapport aux échanges d'informations et d'idées. Nous pensons en particulier aux situations parfois tragiques qu'entraîne sur le plan humain la division politique de l'Europe: séparation de conjoints et de fiancés, séparation entre parents et enfants, etc. Nous nous demandons dès lors si la Suisse, bien placée à cet égard, ne devrait pas attirer l'attention de la CSCE sur le problème de la réunion des familles, et éventuellement faire des suggestions à cet égard, dans une optique essentiellement humanitaire.

[...][17]

---

16. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/34487.

17. *Conformément à la proposition, le Conseil fédéral décide que:* La Suisse participera aux consultations préliminaires multilatérales qui s'ouvriront le 22 novembre 1972 à Helsinki en vue de préparer la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe. *Pour la version complète du document, cf.* dodis.ch/34487. *Sur les consultations préliminaires, cf. la déclaration de S. F. Campiche du 1er décembre 1972,* dodis.ch/34497; *le télégramme N° 308 de l'Ambassade de Suisse à Helsinki au Département politique du 7 décembre 1972,* dodis.ch/34498 *et le compte rendu de B. Schenk et H. Renk du 19 décembre 1972,* dodis.ch/34501.

174

dodis.ch/34571

Aufzeichnung des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des Politischen Departements, P. A. Nussbaumer[1]

SITZUNG DER STÄNDIGEN WIRTSCHAFTSDELEGATION VOM 6. NOVEMBER 1972 (ZUSAMMENFASSUNG)

Vertraulich Bern, 8. November 1972

Traktanden: I. Handelspolitische Aspekte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)
II. Vorbereitung der EFTA-Ministerkonferenz in Wien
III. Bericht über die GATT-Tagung in Genf

ad I. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Herr Jolles eröffnet die Sitzung und erteilt Herrn Probst das Wort.

a) *Herr Probst* weist in seiner *Orientierung* darauf hin, dass die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz keineswegs neu ist. Seit Jahren verfolgen die Oststaaten dieses Projekt beharrlich und bereits am 22. November 1972 werden die ersten Präliminarkonsultationen in Helsinki[2] beginnen. Gemäss Bundesratsbeschluss[3] wird auch die Schweiz daran teilnehmen. Das Schwergewicht der Konferenz hat sich etwas vom politischen Sektor auf den wirtschaftlichen verlagert, so dass die KSZE nunmehr auch einen gewichtigen volet économique[4] haben wird. Der Zweck der östlichen Initiative ist unverkennbar die Schaffung eines Arbeitsinstrumentes zur Verringerung der technologischen Lücke zwischen West und Ost. Der Westen soll helfen, eine leistungsfähige Industrie aufzubauen und die grossen Rohstoffvorkommen des Ostens auszubeuten. Der Entschluss zu dieser Initiative muss dem von der Überlegenheit seines politischen Systems überzeugten Osten nicht leicht gefallen sein, da er auf ein Eingeständnis der Schwäche des östlichen Wirtschaftssystems hinausläuft. Für die Schweiz stellt sich in diesem Moment die Frage, wie sie sich auf die kommende KSZE und speziell auf den «volet économique» vorbereiten soll. Eine endgültige Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Problemen der Konferenz kann im Moment noch nicht eingenommen werden, diese muss

1. *Aufzeichnung:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#548* (C.41.110.1). *Verfasst von E. Bischof. Kopie an P. Graber, E. Thalmann, R. Keller, S. Marcuard, R. Bindschedler, A. Janner, E. Diez, M. Gelzer, H. Miesch, P. Thévenaz, E. Valloton, P. Erni, P. A. Nussbaumer, J. Zwahlen, L. Rochat, E. Bischof, J. Hulliger und H. Barbey.*
2. *Vgl. dazu Dok. 173,* dodis.ch/34487, *bes. Anm. 17.*
3. *BR-Prot. Nr. 2011 vom 8. November 1972,* dodis.ch/34487.
4. *Vgl. dazu die Notiz von E. Bischof vom 23. Oktober 1972,* dodis.ch/34568; *die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 30. Oktober 1972,* dodis.ch/34569; *das Referat von R. Probst vom 31. Oktober 1972,* dodis.ch/34570 *und die Notiz der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements vom 16. November 1972,* dodis.ch/34572.

jedoch spätestens bis zum März 1973 vorliegen. Im Moment werden folgende fünf Ideen genauer geprüft:

1. Unsererseits besteht keine grundsätzliche Opposition gegen die *wirtschaftliche Kooperation*[5]. Äquivalente Vorteile müssen dabei aber ins Auge gefasst werden.

2. Die wirtschaftliche Kooperation ist mit einer geeigneten *kommerziellen Komponente* zu versehen. Herr Botschafter Weitnauer hat hierzu bereits einen Vorschlag[6] gemacht. Ob dieses Projekt tatsächlich als schweizerischer Vorschlag für die Sicherheitskonferenz formuliert wird, steht noch offen.

3. Was das Problem der strikten *Gegenseitigkeit* anbetrifft, ist die Schweiz in einer vorteilhaften Lage, da wir den Oststaaten die Meistbegünstigung in Zollsachen gewähren.

4. Die Frage der *kommerziellen Schiedsgerichtbarkeit* wird ebenfalls weiter verfolgt, wobei eine mögliche Schwächung unseres Hauptvorschlages betreffend die friedliche Beilegung von Streitfällen[7] zu berücksichtigen ist.

5. Die monetären Aspekte sollen ebenfalls weiter verfolgt werden. Herr Botschafter Heimo arbeitet hiezu eine Studie aus.

b) *Diskussion:* Herr Winterberger (Vorort) äussert Bedenken in bezug auf die Konvertibilität der Ostwährungen; wir sollten uns aber nicht grundsätzlich gegen eine Kooperation einstellen. Er weist darauf hin, dass diese Probleme in der nächsten Vororts-Sitzung besprochen werden. Herr Fischer (Gewerbeverband) streicht die politische und wirtschaftliche Problematik der Kooperation mit dem Osten heraus. Grösste Vorsicht ist dabei empfohlen, da eine echte Reziprozität kaum angeboten werden kann. Herr Dr. Müller (Finanzverwaltung) teilt die Auffassung, dass diese Angelegenheit nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich heikel ist und weist darauf hin, dass dadurch ein zusätzlicher Boom auf Jahre hinaus möglich ist. Herr Thalmann ist überzeugt, dass wir keinerlei Illusionen über die Möglichkeiten dieser Kooperation haben sollten. Hingegen darf man auch die vermehrte Rohstoffverknappung nicht aus den Augen verlieren; sie kann dazu führen, dass wir Ende der 80er Jahre auf das sowjetische Erdgas angewiesen sein werden. Herr Nussbaumer möchte bei den monetären Problemen zwei Fragenkomplexe auseinanderhalten: die Multilateralisierung der Zahlungen einerseits und die Konvertibilität der Ostwährungen andererseits.

Herr Jolles fasst abschliessend zusammen, dass die Schweiz bei den wirtschaftlichen Fragen an der Konferenz nicht offensiv vorgehen sollte, da zu wenig Substanz hinter diesem Traktandum steckt. Dies schliesst aber eine gründliche Vorbereitung auf diesen Punkt der Tagesordnung nicht aus.

---

5. *Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vgl. Dok. 104,* dodis.ch/35620. *Zur neuen Konzeption der Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754.

6. *Vgl. dazu das Schreiben von A. Weitnauer an P. Thévenaz vom 18. Februar 1972,* dodis.ch/34567.

7. *Zum schweizerischen Projekt für ein System friedlicher Streitbeilegung vgl. Dok. 173,* dodis.ch/34487, *bes. Anm. 15.*

ad II. Vorbereitung der EFTA-Ministerkonferenz

a) Herr *Languetin* orientiert über die Vorbereitung der Wiener EFTA-Konferenz[8], die eine Sitzung des Rates der Neun und eine informelle Sitzung der sieben Rest-EFTA-Länder[9] umfassen wird. Was die Ursprungsregeln betrifft, so sollen unserer Meinung nach die Regeln der EFTA durch diejenigen unseres Freihandelsabkommens mit der EWG[10] ersetzt werden. In bezug auf die Landwirtschaftsprodukte[11] sind in der EFTA Meinungsverschiedenheiten aufgetreten, indem verschiedene Mitglieder, namentlich *Österreich*, versuchen, ein System von Preiskompensation einzuführen, was gegen das Stockholmer Abkommen[12] verstösst. Unsere Ideen sind noch nicht endgültig festgelegt, aber wir sollten die uns verbleibende Zeit bis zum 1. April 1973 nützen, um mit Österreich zu verhandeln[13]. Dabei soll versucht werden, Österreich zur Annahme eines doppelten Systems von Kompensationen zu bewegen. Im übrigen sind wir an der Beibehaltung des Freihandels im allgemeinen und gegenüber Österreich im besonderen interessiert. Die Finnland-Vereinbarung[14] ist bereits abgesprochen, somit erübrigt sich ein näheres Eintreten darauf.

b) *Diskussion:* Herr Juri (Bauernverband) möchte von Seiten der Landwirtschaft eine etwas andere Nuance anbringen: Verhandeln mit Österreich, ja, ohne sich zu grosse Illusionen zu machen. Im übrigen sollte man das Problem nicht zu lange hinausschieben, da sich in der Zwischenzeit Wirtschaftsströme herausbilden. Herr Jacobi äussert sich dahingehend, dass sich die Schweiz für das liberalste System einsetzen sollte. Sonderverhandlungen mit Österreich zu führen wäre sehr schwer, da wir Nettoexporteure sind. Wir sollten uns darauf ausrichten, im Rahmen der EFTA ein liberaleres System einzuführen. Damit könnte auch die interne Gesetzgebung einfacher gestaltet werden und unsere Nahrungsmittelindustrie weiterhin zollfrei exportieren.

Herr Jolles zieht folgende Schlussfolgerungen: die Situation für die Ministertagung ist klar, wir werden in Wien eine sehr dezidierte Haltung einnehmen und uns dann möglichst rasch auf Einzelverhandlungen einlassen, sei es mit Österreich oder im multilateralen Rahmen der EFTA. Bei den Landwirtschafts-

---

8. *Zur EFTA-Konferenz in Wien vom 16. und 17. November 1972 vgl. das BR-Prot. Nr. 2077 vom 15. November 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#788* *sowie das BR-Prot. Nr. 2277 vom 11. Dezember 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#789*.

9. *Zur Frage der Zukunft der EFTA vgl. das BR-Prot. Nr. 1929 vom 3. November 1971,* dodis.ch/36148 *sowie das BR-Prot. Nr. 1045 vom 12. Juni 1972,* dodis.ch/36152. *Zum Austritt von Dänemark aus der EFTA vgl. das BR-Prot. Nr. 1981 vom 1. November 1972,* dodis.ch/36174.

10. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

11. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2399 vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/36242 *sowie die Notiz* AELE à Sept. Futur régime pour les produits agricoles transformés *vom 3. November 1972,* CH-BAR#E7113A#1985/115#265* (764.3.1).

12. *Zum Stockholmer Abkommen vgl. DDS, Bd. 21, Dok. 47,* dodis.ch/15943 *und Dok. 58,* dodis.ch/15944, *bes. Anm. 3.*

13. *Vgl. dazu die Notiz von Ph. Lévy an P. Languetin vom 8. November 1972, Doss. wie Anm. 11.*

14. *Vgl. dazu die Notiz von M. Lusser vom 13. Oktober 1972,* dodis.ch/34294. *Vgl. ferner die Notiz von P. R. Jolles an E. Brugger vom 6. April 1972,* dodis.ch/35125.

produkten sollte das ursprüngliche System unserer Auffassung nach intakt bleiben. Im übrigen werden wir für die Aufrechterhaltung des Konsultativkomitees sowie für das Wirtschaftskomitee eintreten, wohingegen das Büro in Washington geschlossen werden kann. Herr Jolles erinnert daran, dass *Spanien* sich für eine Assoziierung mit der EFTA interessiert. Wir haben den Spaniern geraten, sehr vorsichtig vorzugehen[15], um Reaktionen aus politischen Gründen vor allem in den nordischen Staaten zu vermeiden. Herr Nussbaumer weist darauf hin, dass Spanien offensichtlich gleichzeitig auf zwei Geigen spielt, da es sich auch für einen Beitritt zur EWG[16] interessiert.

ad III. Bericht über die GATT-Tagung in Genf

Herr Dunkel orientiert über die gegenwärtig bis zum 13. November 1972 stattfindende 28. Tagung des GATT in Genf[17]. Voraussichtlich sind hier infolge der bevorstehenden oder soeben abgehaltenen Wahlen in USA, Kanada, Deutschland und Japan keine spektakulären Beschlüsse zu erwarten. Für die drei permanenten Komitees (Landwirtschaft, Industrie und Handel) sind neue Direktiven in Vorbereitung. Ein wichtiger Beratungspunkt bildet die Prüfung der Beitrittsverträge der neuen EWG-Mitglieder sowie der Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit der Wirtschaftsgemeinschaft. Ausserdem wird die Frage der Schaffung eines «Comité restreint» zur Sprache kommen. Dieses Komitee soll ein Gegengewicht zur 20er Gruppe des Währungsfonds bilden und vermeiden, dass das Komitee der 20 das einzige Organ bleibt, das monetäre Fragen diskutiert. Es ist noch unklar, ob die USA auf der bisher nur andeutungsweise bekanntgegebenen Forderung beharren werden, auch die Regeln des GATT (Meistbegünstigungs- und Ausweichsklauseln) einer Überprüfung zu unterziehen.

Herr Jolles skizziert kurz unsere grundsätzliche Haltung: Festhalten am parallelen Fortschritt der Handelsliberalisierung auf regionaler und weltweiter Ebene. Bei den informellen Kontakten sollten wir unser Interesse an einem Sitz in diesem «Comité restreint» zu verstehen geben. Gerade die Tatsache, dass wir im Währungsfonds nicht dabei sind[18], kann als Argument für einen Sitz verwendet werden.

---

15. *Vgl. dazu das Schreiben von H. Hofer an A. Parodi vom 9. November 1972,* dodis.ch/36604; *das Schreiben von P. Languetin an A. Parodi vom 14. November 1972,* dodis.ch/37135; *das BR-Beschlussprot. II vom 11. Dezember 1972 der 63. Sitzung vom 11. Dezember 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*, *S. 2 sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1988/16#1294* (C.41.775.02).
16. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#1108* (C.41.765.0).
17. *Vgl. dazu Doss.* CH-BAR#E7110#1983/13#220* (782.1).
18. *Vgl. dazu Dok. 166,* dodis.ch/35598, *Anm. 7.*

175

dodis.ch/35676

Notiz des Delegierten des Bundesrats für Handelsverträge, R. Probst, an den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

BESUCH DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN VIZE-AUSSENHANDELSMINISTERS[2]

[Bern,] 8. November 1972

1. Sie haben sich freundlicherweise bereit erklärt, den tschechoslowakischen stellvertretenden Minister für Aussenhandel, Ing. Ivan *Peter,* am *Montag 13. November, 16.00 Uhr,* in den Räumlichkeiten der *Schweizerischen Delegation in Genf,* rue de Varembé 9–11 (EFTA-Gebäude) zu empfangen, da Sie an den nachfolgenden Tagen wegen der EFTA-Ministerkonferenz landesabwesend sein werden[3]. Peter selbst wird am Montag und Dienstag das GATT in Genf besuchen. Ich bin ebenfalls dort (Jahrestagung der «Contracting Parties» des GATT[4]) und werde mich (im Anschluss an ein von der Schweizerischen Delegation für GATT-Delegierte anderer Staaten offeriertes Mittagessen) direkt an die rue de Varembé begeben, wo ich Sie, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, kurz vor 16.00 Uhr erwarten darf.

Vizeminister Peter wird von drei Personen begleitet sein:
- dem tschechoslowakischen Botschafter in Bern, Herrn Milan *Lajčiak;*
- dem Generaldirektor des Aussenhandelsministeriums, Dr. Alfred *Killian* (mit dem ich unser neues Wirtschaftsabkommen verhandelt und abgeschlossen habe[5]);
- dem tschechoslowakischen Handelsrat in Bern, Miroslav *Maruška.*

Schweizerischerseits wird uns Herr Jérôme *Lugon* von unserer Delegation in Genf (Beamter der Handelsabteilung) assistieren.

2. Anlass des Schweizerbesuchs von Vizeminister Peter sind die vom *15. bis 17. November* in Zürich stattfindenden *Tschechoslowakischen Wirtschaftstage.* Sie werden organisiert von der Tschechoslowakischen Handelskammer in Prag in Zusammenarbeit mit OSEC, Vorort, sowie der neugegründeten Handelskammer Schweiz-Tschechoslowakei (Präsident: Dir. Niederhauser, Ciba/Geigy) und stehen im Dienste der Intensivierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Am 15. November ist Peter ausserdem Gast der Handelsabteilung in Bern (Besprechung bei mir, Déjeuner, Besichtigung der Chronometerfabrik Heuer-Leonidas in Biel, tags darauf Besuch der Käserei Madiswil, Besuch von Ciba/Geigy etc.). Programm, soweit von uns organsiert, liegt bei[6].

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E7001C#1984/200#11* (004.12). *Verfasst und unterzeichnet von R. Probst.*
2. *I. Peter.*
3. *Vgl. dazu Dok. 174,* dodis.ch/34571, *bes. Anm. 8.*
4. *Vgl. dazu Dok. 174,* dodis.ch/34571, *bes. Anm. 17.*
5. *Vgl. dazu Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 17.*
6. *Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch das Schreiben von R. Probst an W. Bossi vom 24. November 1972,* CH-BAR#E7110#1983/13#983* (821).

3. *Persönlich* ist Ing. *Peter* ein noch jüngerer, recht sympathischer und kompetenter Mann. Als Slowake erscheint er ohnehin aufgeschlossener und fröhlicher veranlagt als die eher schwerblütigen, zur Resignation neigenden Tschechen. Ausserdem hat ihn sein mehrjähriger Aufenthalt in Washington als Leiter des Wirtschaftsdienstes der tschechoslowakischen Botschaft offensichtlich beeinflusst und westlicher Lebensart zugänglich gemacht, was sich nicht nur in seinem stark amerikanisch gefärbten Englisch (seiner einzigen Fremdsprache), sondern auch in seinem sonstigen Auftreten zeigt.

Anlässlich der Wirtschaftsverhandlungen von 1971[7] erwies sich Peter als wohlgesinnt und hilfsbereit. Ein persönlicher Appell an ihn erlaubte es in der entscheidenden Verhandlungsphase, einen ernstlichen «deadlock» zu unseren Gunsten zu überwinden und hierauf zum Abschluss zu gelangen.

Sehr sachkundig, der eigentliche Fachmann der älteren Generation im Ministerium, ist Generaldirektor *Killian*. Spricht ausgezeichnet deutsch, ist aber in der Lage, auch dem englischen Gespräch zu folgen.

4. In *wirtschaftlicher Hinsicht* stellt die Tschechoslowakei insofern einen Sonderfall dar, als unsere Handelsbilanz mit ihr, über längere Zeiträume hinweg, einigermassen ausgeglichen ist (gegenüber den andern Oststaaten sind wir in der Regel stark aktiv). Im Jahre 1971 stand schweizerischen Ausfuhren von 170 Mio. Fr. ein Einfuhrbetrag aus der Tschechoslowakei von 167 Mio. Fr. gegenüber[8]. Darin kommt zum Ausdruck, dass das Land, im Vergleich zu andern Oststaaten, einen recht hohen Grad der Industrialisierung erreicht hat und somit über ein diversifizierteres Warenangebot verfügt. Entsprechend kommen auf der Ausfuhrseite auch unsere Konsumgüter verhältnismässig besser als bei den Exporten nach weniger fortgeschrittenen Oststaaten zum Zuge.

5. Die Tschechoslowakei war der *erste Oststaat,* mit dem ein *Wirtschaftsabkommen* gemäss unserer modernen Konzeption[9] (Abschaffung des Clearing; Beachtung der Exportstruktur, d. h. Berücksichtigung der Konsumgüter; Preisdisziplin, d. h. kein Dumping; Kooperationsklausel etc.) geschlossen werden konnte. Ausserdem sind Verhandlungen über einen Vertrag zum Schutze von Herkunftsangaben, Ursprungsbezeichnungen und andern geographischen Bezeichnungen schon gut fortgeschritten[10]. Die Erfahrungen mit dem seit Juli 1971 in Kraft stehenden neuen Wirtschaftsabkommen sind übrigens durchaus befriedigend[11]. Auf dem Gebiet der industriellen Zusammenarbeit sind Fortschritte zu verzeichnen. Im Handelssektor zeigt die schweizerische Statistik, bei gleichbleibenden schweizerischen Exporten, einen merklichen Anstieg der tschechoslowakischen Lieferungen, während die tschechoslowakische Statistik, die auch die Transitgeschäfte berücksichtigt, immer noch ein Aktivum zugunsten der Schweiz aufweist. Eine weitere Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs darf erwartet werden. Auch in Prag wird unser Abkom-

7. *Vgl. dazu Anm. 5.*
8. *Vgl. dazu auch Dok. 19,* dodis.ch/35677.
9. *Zur neuen Konzeption der Osthandelspolitik des Bundesrats vgl. Dok. 58,* dodis.ch/35754. *Vgl. dazu auch Dok. 176,* dodis.ch/35755.
10. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1685 vom 18. September 1972,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#786*.
11. *Vgl. dazu das Protokoll von R. Probst und A. Killián vom 12. Mai 1972,* dodis.ch/36422.

men positiv bewertet. In einem Meinungsaustausch mit den ausländischen Handelsattachés zu Beginn dieses Jahres hob Aussenhandelsminister *Barčak* in seiner einleitenden Ansprache die Zusammenarbeit mit der Schweiz im Rahmen des neuen Wirtschaftsabkommens als «gutes, nachahmenswertes Beispiel» ausdrücklich hervor[12]. Ähnlich äusserte sich unlängst auch Dr. *Killian* in einem Zeitungsartikel.

6. In den letzten Monaten ist allerdings auch die Sorge laut geworden, dass die günstige Entwicklung des Handelsaustausches durch unser *Abkommen mit der EWG*[13] und die Schaffung eines «grossen» westeuropäischen Freihandelsraumes beeinträchtigt werden könnte. Gedanken dieser Art waren auch im September zu hören, als ich auf Einladung Peters die Internationale Maschinenmesse in Brünn besuchte. Ich benützte deshalb den Anlass, in meiner Ansprache am Schweizertag der Messe solchen Vorstellungen entgegenzutreten. Es ist durchaus denkbar, dass Peter auch bei Ihnen auf das Thema zurückkommt. Der Text[14] meiner Ansprache (materielle Teile angestrichen) ist deshalb für alle Fälle beigelegt.

12. *Vgl. dazu das Schreiben von W. Bossi an P. R. Jolles vom 26. Januar 1972,* dodis.ch/36421.
13. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*
14. *Referat von R. Probst vom 13. September 1972, Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch das Rundschreiben von R. Probst an diverse schweizerische diplomatische Vertretungen vom 20. September 1972,* dodis.ch/35844.

176

dodis.ch/35755

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger[1]

OSTHANDELSBEZIEHUNGEN (FÜR SITZUNG DER NATIONALRÄTLICHEN AUSSENWIRTSCHAFTSKOMMISSION, 14. NOVEMBER IN ZÜRICH)[2]

[Bern,] 8. November 1972

1. Allgemeines

Der Osthandel, um den es nach der Periode des «kalten Krieges» eine Zeitlang still geworden geworden war[3], beginnt wieder vermehrt in den Vordergrund zu treten[4].

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E7110#1983/13#38*(229.7). *Verfasst und unterzeichnet von R. Probst. Kopien an P. R. Jolles, A. Hasler, K. Fröhlicher, L. Roches, A. Bürki, R. Kummer und J.-L. Rey.*
2. *Vgl. dazu das Protokoll vom 22. November 1972 der Sitzung der Aussenwirtschaftskommission des Nationalrats vom 14. November 1972,* CH-BAR#E1050.15#1995/516#10*. *Die Frage der Osthandelsbeziehungen wurde an der Sitzung nicht erörtert.*
3. *Vgl. dazu Dok. 36,* dodis.ch/35399.
4. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 135,* dodis.ch/33630 *und DDS, Bd. 25, Dok. 58,* dodis.ch/35754.

Einerseits macht sich auch in schweizerischen Wirtschaftskreisen, angeregt durch die allgemeine Annäherung zwischen Ost und West (Moskaureise Präsident Nixons[5] samt wirtschaftspolitischen Auswirkungen, spektakuläre Geschäftsabschlüsse zwischen westlichen Firmen und östlichen Partnern, bevorstehende europäische Sicherheitskonferenz, etc.), ein durchaus verständliches wachsendes Interesse am Austausch mit Osteuropa merkbar. Man möchte sich geeignete Ausgangspositionen schaffen, um an der mutmasslichen künftigen Expansion dieser potentiellen Märkte angemessen teilnehmen zu können. Gewisse – nicht sehr zahlreiche – Leute erwarten hier sogar einen eigentlichen Boom.

Auf der andern Seite wird aber auch Besorgnis und Kritik laut. Dem Bundesrat wird unterschoben, den – übrigens sehr temperierten – Missmut Moskaus wegen unseres Freihandelsabkommens mit der EWG[6] durch eine «hektische Betriebsamkeit» gegenüber dem Osten ausgleichen zu wollen. Erst dieser Tage wieder hat Herr Schwarzenbach, wie die Presse berichtet, die Behauptung wiederholt, dass der Vertrag zu einer wirtschaftlichen Hinwendung der Schweiz zum Osten führe (NZZ vom 4. November betr. Ablehnung des EWG-Abkommens durch die Republikanische Bewegung).

Weder übertriebene Erwartungen noch machiavellistische Verdächtigungen sind jedoch angebracht. In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge viel einfacher und viel nüchterner.

2. Osthandelsanteil

Volumenmässig ist das Ausmass des Osthandels immer noch bescheiden[7]. Allzu viele Hindernisse stehen ihm entgegen, so vor allem die schwer überwindbaren Systemunterschiede zwischen unserer freien Marktwirtschaft und dem planwirtschaftlichen Staatshandel der Oststaaten. Dazu kommt, dass das Angebot aus dem Osten unseren Qualitätsvorstellungen oft nicht entspricht, die Lieferkapazität nicht ausreicht u. a. m. Den Importen sind dadurch recht enge Grenzen gesetzt, die so bald kaum überwunden werden können. Aber auch auf der Exportseite ist, obwohl der Osten namentlich unserer Investitionsgüter bedarf, ein spektakuläres Anwachsen nicht zu erwarten. Dies verhindert schon die chronische Devisenknappheit der betreffenden Länder.

Ein Blick auf die Zahlen bestätigt diese Verhältnisse. So beliefen sich unsere Importe aus den wirtschaftlich im COMECON zusammengeschlossenen Ostblockstaaten 1971 auf rund 600 Mio. Fr. und unsere Exporte auf 900 Mio. Fr. Dazu kommt unser Handelsverkehr mit dem Sonderfall Jugoslawien, welches eine Art «sozialistischer Marktwirtschaft» betreibt; hier verzeichneten wir Importe von rund 100 Mio. und Exporte von 300 Mio.

---

5. *Zum Besuch R. Nixons in der UdSSR vom 22. bis 30. Mai und zur Unterzeichnung der US-sowjetischen Abrüstungsabkommen in Moskau vgl. das Exposé von P. Graber vom 31. August 1972,* dodis.ch/34605 *sowie Doss.* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#1280* (B.22.52).

6. *Vgl. dazu Dok. 82,* dodis.ch/35535, *Punkt 4; Dok. 175,* dodis.ch/35676, *Punkt 6 sowie das Exposé von R. Probst vom 1. September 1972,* dodis.ch/34609.

7. *Zu einer Entwicklung des Warenaustausches mit den Oststaaten vgl. die Tabelle von R. Wyder vom 29. Januar 1971,* dodis.ch/35846.

Zusammengerechnet ergab sich auf diese Weise 1971 ein Gesamtvolumen unseres Austausches mit Osteuropa von ungefähr 2 Milliarden Fr., was weniger als 4% unseres gesamten Aussenhandelsvolumens nach allen Ländern der Welt ausmachte. Die bisher bekannten Zahlen für 1972 halten sich ungefähr in der gleichen Relation. Anteilmässig liegen wir damit eher unter dem Osthandels-Durchschnitt der wichtigsten anderen westlichen Industriestaaten. Den Anteil unseres Handels mit Osteuropa aus der Vorkriegszeit haben wir noch nicht einmal zur Hälfte wieder erreicht. Auf jeden Fall hält sich das gegenwärtige Wachstum des schweizerischen Osthandels durchaus im Rahmen der regelmässigen Ausweitung unseres Austausches mit den übrigen Teilen der Welt.

3. Wirtschaftspolitische Zielsetzung

Was wir, von dieser Basis ausgehend, für die Zukunft erstreben, ist, auf eine einfache, undramatische Formel gebracht, mit den Staatshandelsländern ein *möglichst geordnetes handelspolitisches Verhältnis,* wie es sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat, weiterzuführen.

Bisher beruhte dieses Verhältnis zum grösseren Teil auf Handels- und Zahlungsabkommen, die vor rund zwei Jahrzehnten bilateral mit den einzelnen osteuropäischen Staatshandelsländern abgeschlossen worden waren. Charakteristisch für diese Abkommen war vor allem die Regelung des gebundenen Zahlungsverkehrs, der uns dazu diente, die Zahlungsmittel für unsere eigenen Exporte sicherzustellen und die Abgeltung der uns seitens der Oststaaten geschuldeten Nationalisierungsentschädigungen durch Abspaltung aus dem Clearing zu gewährleisten. Beides ist heute überholt. Da unser Handel mit dem Osten gesamthaft stark aktiv geworden ist, sind die Oststaaten ohnehin schon genötigt, in sehr erheblichem Ausmass Devisen einzuschiessen. Was unsere Entschädigungsforderungen anbelangt, so sind sie ihrerseits schon seit einiger Zeit abgetragen. (Es flossen den schweizerischen Geschädigten auf diese Weise aus dem Osten 285 Mio. Franken zu.) Es bestand also kein wesentlicher Grund mehr, den gebundenen Zahlungsverkehr, der unserer liberalen Auffassung zuwiderläuft und auf den praktisch alle wichtigen Industriestaaten gegenüber dem Osten schon seit einiger Zeit verzichtet haben, unserseits aufrecht zu erhalten.

4. Wirtschaftsverhandlungen

Diese Entwicklung veranlasste uns, das Clearing mit *Jugoslawien* schon 1969 aufzuheben[8] und sodann 1970, also vor Beginn der Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften und *gänzlich unabhängig* davon, mit den übrigen, eigentlichen Satellitenstaaten auf deren Wunsch in Verhandlung über eine Modernisierung der alten Vertragsinstrumente einzutreten[9]. Von einem Kausalzusammenhang zwischen Ostverhandlungen und Freihandelsabkommen kann also keine Rede sein.

---

8. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 20,* dodis.ch/32396, *bes. Anm. 6.*
9. *Vgl. dazu Dok. 58,* dodis.ch/35754.

In einem Falle, der *Tschechoslowakei,* ist ein neues Abkommen schon im Mai 1971 abgeschlossen worden[10]. Es hat sich seither gut bewährt[11]. Mit *Bulgarien*, *Rumänien* und *Ungarn* steht der Abschluss bevor und mit *Polen* gehen die Verhandlungen weiter[12]. Mit dem kürzlich geäusserten Wunsch der *DDR* nach Aufhebung des von uns in ihrem Falle autonom gehandhabten Clearing[13] werden wir uns in gegebener Zeit befassen.

Die neuen Verträge sollen uns, parallel zur Abschaffung des Clearing, eine bessere Sicherung bedeutsamer schweizerischer Belange unter den so andersgestaltigen östlichen Voraussetzungen bieten. Wir sorgen beispielsweise dafür, dass die Struktur unserer Exporte nach Möglichkeit gewahrt bleibt, also neben unseren Investitionsgütern auch die schweizerischen Konsumwaren, die ansonst beim Fehlen eines freien Marktes im Osten vernachlässigt würden, ebenfalls zum Zuge kommen. Auf der Importseite sollen die Oststaaten, da dort die Preisbildung nicht an marktwirtschaftliche Kriterien gebunden ist, bei ihren Lieferungen zu grösserer Preisdisziplin, also zur Unterlassung von Dumpingpraktiken, veranlasst werden. Ferner ist u. a. sicherzustellen, dass die Finanzzahlungen nach der Schweiz ohne Clearing keine Schlechterstellung erfahren.

Einen Sonderfall bildet schliesslich die *Sowjetunion*, mit der seit 1948 ein weiterhin gültiges Handelsabkommen[14] des klassischen Meistbegünstigungstyps (ohne Clearing) besteht. Seit einiger Zeit sind Bemühung im Gang, ergänzend dazu eine «Gemischte Kommission für wirtschaftliche Kooperation» zu schaffen[15]. Die Konstituierung würde zwar durch Briefwechsel zwischen Behördenvertretern vorgenommen; Trägerin auf schweizerischer Seite und effektive Partnerin des zuständigen sowjetischen Staatskomitees wäre aber angesichts unserer rein privatwirtschaftlichen Struktur eine zu diesem Zweck ins Leben gerufene «Interessengemeinschaft Schweiz-Sowjetunion»[16]. Die hiefür vorbereiteten Texte stehen zurzeit in Moskau, wo unsere anders geartete Konzeption offenbar etwas Mühe bereitet, in Prüfung. Wir erwarten von der Regelung eine vermehrte Berücksichtigung der kommerziellen Komponente und einen verbesserten, zentralen Zugang für schweizerische Interessenten zu den ungezählten für Aussenhandel und Industrie massgebenden Stellen des gewaltigen bürokratischen Moskauer Apparats.

---

10. *Vgl. dazu Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 17.*
11. *Vgl. dazu Dok. 175,* dodis.ch/35676, *Punkt 5*.
12. *Zu Bulgarien vgl. Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 39; zu Rumänien Dok. 167,* dodis.ch/35687, *Anm. 2; zu Ungarn Dok. 157,* dodis.ch/34496, *Anm. 34 und zu Polen vgl. Dok. 170,* dodis.ch/35678. *Allgemein zum Stand der Osthandelsbeziehungen vgl. die Notiz von R. Probst an E. Thalmann vom 13. Juni 1972,* dodis.ch/35843.
13. *Vgl. dazu dazu das Schreiben von P. R. Jolles an H. Kaufmann vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/34381.
14. Handelsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken *vom 17. März 1948, AS, 1948, S. 371–379. Vgl. dazu DDS, Bd. 17, Dok. 65,* dodis.ch/4021.
15. *Vgl. dazu Dok. 104,* dodis.ch/35620, *bes. Anm. 17.*
16. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 48,* dodis.ch/32688.

Auch diese neuen Instrumente werden im Osthandel indessen *keine Wunder* bewirken. Dies wird von uns auch gar nicht angestrebt. Worum es uns geht, ist aber, unseren – bescheidenen Anteil an den Ostmärkten zu sichern, uns daraus durch unsere heute so eifrigen westlichen Konkurrenten nicht verdrängen zu lassen und, im Sinne unserer traditionellen Rolle als Welthandelsnation, auch mit dem Osten, auf reziproker Basis, eine *kontinuierliche* Entwicklung zu wahren. Dies erscheint durchaus *legitim und verantwortbar*.

5. Europäische Sicherheitskonferenz

Schliesslich sei der Vollständigkeit halber noch erwähnt, dass die Europäische Sicherheitskonferenz, für die am 22. November in Helsinki Präliminarkonsultationen beginnen[17] und die im Juni 1973 zusammentreten soll, einen «volet économique»[18] aufweisen wird. Worin er bestehen soll, ist allgemein in Ost und West noch unklar. Das schweizerische Bestreben wird gegebenenfalls im wesentlichen dahin gehen müssen, für eine effektive, nicht nur eine formale Reziprozität im gegenseitigen Handel, für einen vermehrte direkten Zugang zu östlichen Märkten und für eine bessere Berücksichtigung unserer Konsumgüter, kurz, für einen *ausgewogenen Wirtschaftsaustausch* zu sorgen.

17. *Zur Präliminarkonferenz in Helsinki vgl. Dok. 173,* dodis.ch/34487, *Anm. 17.*
18. *Zu den wirtschaftlichen Aspekten der europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 174,* dodis.ch/34571, *Punkt I.*

177

dodis.ch/35595

Notice de l'Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail du Département de l'économie publique[1]

NOTICE RELATIVE AUX ARRANGEMENTS PASSÉS DANS LE CADRE DE LA COMMISSION MIXTE ITALO-SUISSE ET CONSIGNÉS DANS LE PROCÈS-VERBAL SIGNÉ LE 22 JUIN À ROME

Berne, 13 novembre 1972

Les quatre questions les plus importantes qui ont fait l'objet des pourparlers italo-suisses relatifs à l'admission et à l'emploi des travailleurs italiens en Suisse concernent les travailleurs qui bénéficient d'un permis d'établissement, les annuels, les saisonniers et le regroupement familial[2].

1. *Les établis*. Les Italiens souhaitaient la réduction de 10 à 5 ans du délai requis pour l'obtention d'un permis d'établissement. Pour des raisons évidentes, la délégation suisse ne put donner suite à ce vœu. Vu les circonstances

1. *Notice:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4496* (B.15.21.1).
2. *Cf. aussi le PVCF de décision II du 11 février 1972 de la séance extraordinaire du 7 février 1972,* dodis.ch/37072.

en Suisse, il ne faut pas s'attendre à un assouplissement de notre position dans un avenir rapproché.

2. *Les annuels*. La réduction de 3 à 2 ans, dès le 31 décembre 1973, du délai requis pour le changement de profession et de canton ne devrait se heurter à aucune difficulté sur le plan pratique. Cette question sera sans doute réglée dans le courant de l'année prochaine dans le cadre de la nouvelle réglementation relative à la main-d'œuvre étrangère, qui fera encore l'objet de discussions approfondies avec tous les milieux suisses intéressés.

3. *Les saisonniers*. La transformation progressive, jusqu'au 31 décembre 1973, des autorisations saisonnières en autorisations à l'année, conformément à l'article 12 de l'accord du 10 août 1964[3], a déjà trouvé un début de réalisation grâce à la décision[4] du Conseil fédéral du 1er novembre 1972, autorisant la Police fédérale des étrangers à souscrire à la délivrance de 12'000 autorisations de séjour à l'année non imputables sur les contingents cantonaux. Une autre étape dans le même sens devra être franchie l'année prochaine.

L'une des préoccupations les plus importantes des autorités suisses compétentes est d'assainir la situation, d'une part en transformant les autorisations saisonnières en autorisations à l'année, et d'autre part en empêchant la création de nouvelles conditions de séjour artificielles[5]. Ces efforts sont conformes au sens des dispositions de l'accord du 10 août 1964 et des arrangements consignés dans le procès-verbal du 22 juin 1972[6].

4. *Le regroupement familial.* Cette question a été réglée par décision[7] du 22 septembre 1972 du Département fédéral de justice et police. Le délai requis pour le regroupement familial a été fixé de manière uniforme à 15 mois.

Neuf commissions ad hoc et groupe de travail ont été constitués en vue d'examiner et de régler des questions spécifiques. Le calendrier pour la première réunion de chacune de ces commissions et du groupe de travail s'établit de la manière suivante:

– Groupe de travail préparatoire en matière de sécurité sociale[8], 16–19 octobre 1972, à Rome;
– Commission ad hoc pour les questions relatives aux caisses de retraite d'entreprises, 16–19 octobre 1972, à Rome[9];
– Commission ad hoc pour les questions scolaires, 24–26 octobre 1972, à Berne[10];
– Commission ad hoc pour les frontaliers, 27–29 novembre 1972, à Lugano[11];

---

3. *Cf. DDS, vol. 23, doc. 37,* dodis.ch/30798.
4. *PVCF N° 1972 du 1er novembre 1972,* dodis.ch/36339.
5. *Sur la question des «faux saisonniers», cf. aussi doc. 180,* dodis.ch/35674.
6. Processo verbale della riunione della Commissione mista italo-svizzera istituita dall'Accordo del 10 agosto 1964 relativa all'emigrazione dei lavoratori italiani in Svizzera tenuta dal 15 giugno 1972 al 22 giugno 1972 a Roma *du 22 juin 1972, doss. comme note 1.*
7. *Circulaire du Département de justice et police du 22 septembre 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#373* (B.41.10.1).
8. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#903* (2N-224.0).
9. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#905* (2N-225.0).
10. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#897* (2N-221.0).
11. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#889* (2N-214.0).

– Commission ad hoc pour les questions relatives à la visite sanitaire de frontière, 28 et 29 novembre 1972, à Lugano[12];
– Échanges de vues relatifs aux investissements suisses dans les zones italiennes où il y a disponibilité de main-d'œuvre, 12 au 14 décembre, à Rome[13];
– Commission ad hoc pour les questions de la formation professionnelle, 18 et 19 décembre 1972, à Berne[14];
– Commission ad hoc pour les questions ayant trait à l'assurance-chômage, 20 et 21 décembre 1972, à Berne[15];
– Commission ad hoc pour les questions fiscales, 22–24 janvier 1973, à Berne[16].

Il importe de souligner que les négociations menées dans le cadre de ces différentes commissions ad hoc sont placées sous la responsabilité des divisions compétentes de l'administration fédérale. Il est prématuré d'évaluer les travaux qui ont déjà été accomplis.

12. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#892* (2N-218.0).
13. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#879* (2N-220.1).
14. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#896* (2N-220.1).
15. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#901* (2N-223.1).
16. *Cf. doss.* CH-BAR#E7170B#1986/171#906* (2N-227.0).

178

dodis.ch/35765

Der Chef des Integrationsbüros, B. von Tscharner, an Nationalrat W. Hofer[1]

Zukunft des Europarats[2]

Bern, 18. November 1972

Herr Dr. Friedli hat mich gebeten, zur Frage Stellung zu nehmen, wie sich die Zukunft des Europarats aus der Sicht der Beziehungen Schweiz-EWG[3] darstellt.

1. Grundsätzliches

Nichts in unseren durch das Freihandelsabkommen[4] auf eine neue Grundlage gestellten Beziehungen zu den EG lässt die Fortführung der Mitarbeit im

1. *Notiz (Kopie):* CH-BAR#E2003A#1984/84#364* (o.121.362). *Kopie an M. Friedli und R. Keller.*
2. *Vgl. dazu die Notiz von M. Krafft an F. Pictet vom 2. Dezember 1971,* dodis.ch/36791 *sowie die Notiz von F. Pictet und F. Muheim vom 30. November 1972,* dodis.ch/36796.
3. *Zu den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EWG vgl. DDS, Bd. 24, Dok. 180,* dodis.ch/33243; *DDS, Bd. 25, Dok. 25,* dodis.ch/35772; *Dok. 44,* dodis.ch/35774 *und Dok. 108,* dodis.ch/35775.
4. *Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* vgl. Dok. 182, dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

Europarat als weniger wichtig erscheinen[5]. Im Gegenteil: Es liegt im Interesse der schweizerischen Aussenpolitik, dass der Eindruck einer eingleisigen, ausschliesslich auf die Beziehungen zur EWG aufgebauten Europapolitik vermieden wird. Während das Verhältnis Schweiz-EWG unvermeidlicherweise leicht als ungleichgewichtig erscheinen mag, kann die Schweiz im Europarat auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung auftreten.

2. Bilaterale oder multilaterale Zusammenarbeit?

Die Schweiz macht aus der Frage, ob sich stellende Kooperationsaufgaben bilateral mit der EWG auf der Basis der «Entwicklungsklausel» oder multilateral[6] im Europarat, in der OECD[7] etc. zu lösen sind, *kein Dogma.* In jedem konkreten Fall muss die geeignetste Methode gewählt werden, wobei neben taktischen oder politischen Überlegungen namentlich die *Effizienz* der Zusammenarbeit, die Aussicht, innerhalb nützlicher Frist zu praktischen Ergebnissen zu gelangen, anzustreben ist. Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden.

Im übrigen gibt es zahlreiche Sachbereiche, für welche sich diese Alternative gar nicht stellt, somit auch keine Gefahr der Doppelspurigkeit besteht (Menschenrechte[8], Gemeindeangelegenheiten[9], gewisse juristische Arbeiten etc.). Die Frage ihrer Fortführung ist völlig unabhängig von den Beziehungen Schweiz-EWG zu beantworten.

3. Kontaktstelle für Minister und Parlamentarier

Der Gemischte Ausschuss des Freihandelsabkommens wird auf der Ebene der zuständigen Beamten tagen, wobei seitens der EWG vor allem Kommissionsbeamte auftreten werden. Bis jetzt wurde – im Gegensatz zur EFTA[10] – für regelmässige Kontakte auf der Ebene der Regierungen und der Parlamente keine besonderen Vorkehren getroffen. Hierfür bleibt der Europarat das einzige und auch das geeignete Forum. Es sollte intensiv benützt werden.

Nicht ausgeschlossen werden kann leider, dass nach der Erweiterung das Interesse der EG-Staaten am Europarat abnimmt und die Qualität der Delegationen im Europarat Einbussen erleidet, z. B. weil die Integrationsspezialisten, die mit Autorität aufzutreten vermögen, in das Europäische Parlament abwandern oder weil die Leistungsfähigkeit des Sekretariats abnimmt. Die Schweiz wird sicher versuchen, einer solchen Entwicklung entgegenzutreten. Sollte ihr dies nicht gelingen, so müsste die Lage neu überprüft werden, d. h. man müsste an die Schaffung neuer Kontaktmöglichkeiten denken.

---

5. *Vgl. dazu DDS, Bd. 24, Dok. 69,* dodis.ch/32480 *sowie das Schreiben von A. Dominicé an E. Thalmann, B. von Tscharner und P. Thévenaz vom 4. Mai 1972,* dodis.ch/36794.
6. *Vgl. dazu die Notiz von F. Pictet vom 3. Dezember 1971,* dodis.ch/36792.
7. *Zur schweizerischen Mitarbeit in der OECD vgl. Dok. 160,* dodis.ch/35778, *Anm. 13.*
8. *Zur Frage der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Schweiz vgl. Dok. 62,* dodis.ch/37053, *bes. Anm. 2.*
9. *Vgl. dazu das Schreiben von G. A. Chevallaz an P. Graber vom 25. Juli 1972,* dodis.ch/37118 *sowie das BR-Prot. Nr. 1901 vom 3. November 1971,* CH-BAR#E1004.1#1000/9#776*.
10. *Zur Schweiz und der EFTA vgl. Dok. 174,* dodis.ch/34571.

179

dodis.ch/34372

Notiz des Generalsekretärs des Politischen Departements, E. Thalmann, an den Bundespräsidenten, N. Celio[1]

Geheim[2] Bern, 8. Dezember 1972

Der Departementschef[3] hat mich gebeten, Sie im Hinblick auf seine Abwesenheit während der nächsten Woche kurz über unsere Pläne betreffend Anerkennung der DDR[4] persönlich zu unterrichten. Da ich Sie nicht erreichen konnte, erlaube ich mir, es auf diesem Wege zu tun.

Bekanntlich haben Schweden und Österreich bereits verkündet, dass sie die DDR mit Wirkung ab 21. Dezember (Datum der Unterzeichnung des Grundvertrages[5]) anerkennen bzw. diplomatische Beziehungen mit ihr aufnehmen werden[6]. Dieses Vorgehen fällt für uns ausser Betracht, da wir ja bereits die Vereinbarung vom 12. Juli betreffend Austausch von Handelsmissionen mit der DDR[7] abgeschlossen haben. Nach einer Klausel dieser Vereinbarung waren beide Seiten einverstanden damit, nach einem halben Jahr, d. h. im Monat Januar 1973, die Situation im Lichte der Entwicklung zu überprüfen. Wir beabsichtigen daher, dem Bundesrat zu beantragen, in seiner Sitzung vom 20. Dezember zu beschliessen, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen[8] und über die damit verbundenen praktischen Fragen im Verlaufe des Monats Januar Verhandlungen aufzunehmen. Ein Aufschub dieses Beschlusses etwa auf den 10. Januar erscheint nicht zweckmässig, nachdem nun auch die NATO ihren

---

1. *Notiz:* CH-BAR#E6802#1985/126#38* (03). *N. Celio war der Stellvertreter von P. Graber als Vorsteher des Politischen Departements.*
2. *Handschriftliche Marginalie:* erledigt.
3. *P. Graber.*
4. *Zu den Beziehungen der Schweiz mit der DDR vgl. Dok. 4,* dodis.ch/35862; *Dok. 71,* dodis.ch/34478 *und Dok. 97,* dodis.ch/34334. *Vgl. auch das BR-Prot. Nr. 2197 vom 4. Dezember 1972,* dodis.ch/34375.
5. *Zum Grundvertrag vgl. den Politischen Bericht Nr. 50 von H. Lacher vom 20. November 1972,* CH-BAR#E2300-01#1977/29#38* (A.21.31).
6. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 189 der schweizerischen Botschaft in Stockholm an das Politische Departement vom 1. Dezember 1972 sowie die Mitteilung der Associated Press Frankfurt vom 7. Dezember 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#982* (B.15.11.2.2).
7. *Zur* Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik vom *12. Juli 1972 vgl. das BR-Prot. Nr. 1330 vom 9. August 1972,* dodis.ch/34365. *Vgl. dazu auch das Schreiben von E. Brugger an A. Bachmann vom 2. August 1972,* dodis.ch/34362; *das Schreiben von O. Winzer an P. Graber vom 11. August 1972,* dodis.ch/34363; *das Referat von P. Graber vor der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats vom 14. August 1972,* dodis.ch/34366 *sowie das Schreiben von P. Graber an O. Winzer vom 28. August 1972,* dodis.ch/34364.
8. *BR-Prot. Nr. 2356 vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/34376. *Vgl. auch das BR-Beschlussprot. II vom 29. Dezember 1972 der 64. Sitzung vom 18. Dezember 1972 und das BR-Beschlussprot. II vom 29. Dezember 1972 der 65. Sitzung vom 20. Dezember 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*. *Zur Reaktion der BRD auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR vgl. das Telegramm Nr. 162 von H. Lacher an das Politische Departement vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/34378.

Mitgliedern ab 21. Dezember Handlungsfreiheit einräumt und Länder wie Belgien zweifellos raschmöglichst von dieser Freiheit Gebrauch zu machen wünschen[9]. Die Schweiz sollte in der Tat eher im Felde der Neutralen als in demjenigen der NATO-Länder figurieren.

Anschliessend an die Bundesratssitzung vom 20. Dezember würde das beiliegende Communiqué[10] veröffentlicht, das die Anerkennung impliziert.

Mit diesem Vorgehen glauben wir, den der DDR gegenüber mit der Vereinbarung vom 12. Juli erzielten Vorsprung halten zu können, ohne allzu sehr ins Rampenlicht zu geraten.

Die aussenpolitischen Kommissionen beider Räte würden am 19. Dezember nachmittags orientiert[11].

Der Öffentlichkeit[12] gegenüber können zurzeit keinerlei Angaben über dieses Prozedere gemacht werden. Wir beschränken uns darauf zu sagen, dass keine Notwendigkeit besteht, dass alle Neutralen an einem bestimmten Datum Stellung nehmen und dass es, was die Schweiz betrifft, am Gesamtbundesrat ist, einen Entscheid zu fällen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass die meisten Fragen, die von Österreich und Schweden jetzt noch geregelt worden sind, für die Schweiz bereits im Rahmen der Vereinbarung vom 12. Juli die derzeit mögliche Lösung gefunden haben.

Ich benütze die Gelegenheit, um Ihnen im Zusammenhang mit der Affäre Mujibur Rahman[13] einen Zeitungsausschnitt vom 7. 12. 72 sowie den Text unserer Sprachregelung[14] zur Kenntnis zu bringen.

---

9. *Vgl. dazu das Telegramm Nr. 56 von H. Monfrini an das Politische Departement vom 8. Dezember 1972, Doss. wie Anm. 6.*

10. *Gemeinsames Kommuniqué von A. Janner und G. Ullrich vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/34377.

11. *Vgl. dazu das Protokoll vom 8. Januar 1973 der Sitzung der Aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrats und Ständerats vom 19. Dezember 1972,* CH-BAR#E1050.12#1995/511#15*.

12. *Zu Reaktionen in der Bevölkerung auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR vgl. z. B. das Schreiben von R. Haag-Zimmerli an den Bundesrat vom 21. Dezember 1972,* dodis.ch/34379 *und das Schreiben von W. Birve an das Politische Departement vom 27. Dezember 1972,* dodis.ch/34380.

13. *Über den Besuch von M. Rahman in der Schweiz vgl. die Notiz von Ch.-A. Wetterwald an E. Thalmann vom 30. November 1972,* dodis.ch/35451 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 15. August 1972 der 41. Sitzung vom 9. August 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.

14. *Vgl. Doss. wie Anm. 1.*

180

dodis.ch/35674

Memorandum del Ministero degli Affari Esteri d'Italia[1]

Roma, 11 dicembre 1972

1. La firma del Processo Verbale del 22 giugno 1972[2], conclusivo dei lavori della Commissione Mista italo-svizzera per l'Accordo di Emigrazione, ha costituito una tappa importante dei rapporti italo-svizzeri in materia sociale.

Questo documento, che ha consentito di avviare a soluzione alcuni difficili problemi, per anni rimasti pendenti tra i due Paesi, è stato in gran parte il frutto delle intese derivanti dall'incontro di Ginevra del 21 giugno 1971[3]. Tale incontro e la successiva sessione di Roma della Commissione Mista[4], tenutasi nel giugno scorso, hanno rappresentato una felice fase negoziale che ha aperto la prospettiva di un chiaro e concreto accordo su tutti i problemi in discussione tra i due Paesi nel settore sociale. L'ulteriore riunione[5], prevista per la primavera del 1973, della Commissione Mista predetta, dovrebbe consentire di continuare e concludere felicemente l'importante trattativa in corso.

2. L'elemento centrale dell'intesa di base del 22 giugno 1972 è stata la soluzione del problema dei cosiddetti stagionali «fittizi», ai fini della graduale eliminazione delle disparità di trattamento che gravano su questi lavoratori.

La soluzione è stata prevista, da una parte come regolarizzazione del passato e, dall'altra, come una più pratica regolamentazione per l'avvenire:

a) quanto al passato è stata accettata, da parte svizzera, la regolarizzazione dell'esistente categoria degli stagionali «fittizi»[6], i quali, pur avendo maturato il periodo di cui all'art. 12 dell'Accordo di Emigrazione italo-svizzero[7] (compimento di 45 mesi di lavoro in Svizzera nell'arco di 5 anni), non avevano ancora potuto ottenere il passaggio ad «annuali». Tale regola-

---

1. *Memorandum:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#4630* (B.41.11.1). *Vistato da M. Gelzer, A. R. Hohl e B. Stofer. Copie ulteriori del Dipartimento politico mandate all'Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro del Dipartimento dell'economia pubblica e alla Polizia degli stranieri del Dipartimento di giustizia e polizia. Il memorandum è stato consegnato da G. Medici a P. Graber in occasione della visita ufficiale dell'11 dicembre 1972. Per la traduzione francese del memorandum cf.* dodis.ch/35591.

2. Processo verbale della riunione della Commissione mista italo-svizzera istituita dall'Accordo del 10 agosto 1964 relativa all'emigrazione dei lavoratori italiani in Svizzera tenutasi dal 15 giugno 1972 al 22 giugno 1972 a Roma *del 22 giugno 1972, doss. come nota 1. Cf. anche doc. 177,* dodis.ch/35595.

3. *Cf. il verbale di P.-Y. Simonin dell'incontro del 21 giugno 1971 tra A. Moro e P. Graber del 23 giugno 1971,* dodis.ch/36273.

4. *Cf. nota 2.*

5. *La riunione della Commissione mista, inizialmente prevista per il 4 luglio 1973 a Berna, è stata rinviata dall'Italia in seguito al progetto di nuove misure restrittive del Consiglio federale sulla manodopera straniera. Cf. il memorandum del Ministro degli Affari Esteri d'Italia all'Ambasciata di Svizzera a Roma del 25 giugno 1973,* CH-BAR#E2001E-01#1987/78#3687* (B.41.11.1).

6. *Cf. doc. 49,* dodis.ch/35728.

7. *Sull'Accordo fra la Svizzera e l'Italia relativo all'emigrazione dei lavoratori italiani in Svizzera cf. DDS, vol. 23, doc. 37,* dodis.ch/30798.

rizzazione, da attuarsi entro il 31 dicembre 1973, deriva dall'impegno del Governo Federale di applicare senza riserve l'art. 12 dell'Accordo a favore di tutti gli stagionali che già avessero maturato, e via maturassero, il diritto al passaggio ad «annuali».

La modalità ed i tempi di regolarizzazione – entro il 31 dicembre 1973 – dei circa 30–35 mila stagionali «fittizi», interessati dalle intese del giugno scorso, è ovviamente problema di pertinenza del Governo Federale. Fino ad oggi, tuttavia, è stata prevista la concessione di soli 12 mila permessi «annuali», ciò che corrisponde a circa un terzo del totale di tali stagionali.

Detta questione riveste carattere non soltanto tecnico, ma anche psicologico-politico e il Governo italiano aspetta pertanto con fiducia l'emanazione quanto prima delle ulteriori misure federali sulla materia per l'attesa soluzione di tale problema, in armonia con le intese bilaterali di Roma;

b) quanto all'avvenire, il Governo svizzero precisava che:

«... la préoccupation la plus urgente du Gouvernement suisse est l'assainissement de la situation de ceux qu'on appelle les ‹faux saisonniers›, c'est-à-dire des travailleurs qui, tout en n'ayant qu'un permis saisonnier, travaillent en fait pendant presque toute l'année en Suisse. Le Gouvernement suisse a donc l'intention de poursuivre activement la politique consistant à donner progressivement à ces travailleurs des permis à l'année, ce qui leur permettra de faire venir leur famille et de changer librement de place, de profession et de canton». (Processo Verbale[8] dei lavori della Commissione Mista italo-svizzera per l'Accordo di Emigrazione del 22 giugno 1972, n. 1, pag. 4, ultimo capoverso).

Nel medesimo Processo Verbale la delegazione svizzera indicava le seguenti modalità di attuazione:

«La délégation suisse déclare en outre que le Gouvernement suisse, compte tenu des objectifs de sa politique à long terme, se propose de franchir encore une nouvelle étape eu égard à la transformation des autorisations saisonnières en autorisations de séjour à l'année. À cet effet, le Gouvernement suisse est disposé à accorder, dès le 31 décembre 1975 au plus tard, la transformation complète en travailleurs à l'année de tous les saisonniers italiens qui, durant quatre ans consécutifs, auront séjourné régulièrement au moins 36 mois en Suisse pour y travailler». (Processo Verbale del 22 giugno 1972, n. 2.3, p. 11, primo capoverso).

3. Quanto sopra implica chiaramente che le autorità svizzere si sono impegnate a rendere possibile l'attuazione delle condizioni necessarie per la trasformazione in «annuali» degli «stagionali fittizi», consentendo la permanenza in Svizzera dei nuovi stagionali italiani per 36 mesi in 4 anni, cioè almeno nove mesi ogni anno.

Alla luce di tali espresse intenzioni del Governo svizzero, è con preoccupazione che il Governo italiano è venuto a conoscenza di una circolare[9] diramata, il 22 ottobre scorso, dalla Polizia Federale degli Stranieri alle autorità cantonali competenti, la quale stabilisce che i permessi per nuovi lavoratori stagionali

---

8. *Per la versione in italiano del verbale del 22 giugno 1972 cf. nota 2.*

9. *Circolare della Polizia degli stranieri alle polizie degli stranieri dei cantoni del 23 ottobre 1972,* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#374* (B.41.10.2).

abbiano decorrenza dal 1° aprile 1973 e debbano terminare entro il secondo sabato di dicembre: non potranno pertanto durare più di otto mesi e mezzo, rendendo impossibile il compimento dei richiesti nove mesi di lavoro.

Questa disposizione, ove non fosse tempestivamente corretta o integrata da altre disposizioni, renderebbe privo di contenuto e di pratici effetti l'accordo raggiunto nel giugno scorso circa una più spedita trasformazione degli stagionali in annuali. Essa risulta senza dubbio in contrasto con le già richiamate dichiarazioni programmatiche del Governo svizzero circa la riforma dello statuto dello stagionale, poiché la sua applicazione nella forma attuale comporterebbe la rapida ricostituzione di una consistente categoria di nuovi stagionali «fittizi» senza prospettiva di regolarizzazione sia pure dopo 4 anni.

Se quanto sopra venisse confermato, potrebbero aversi ripercussioni in Italia – che già cominciano a manifestarsi – presso le Organizzazioni sindacali, le Associazioni degli emigrati italiani ed anche in seno agli ambienti politici e parlamentari.

4. Si ritiene pertanto opportuno prospettare la delicatezza di tale situazione nel quadro dei tradizionali rapporti di amicizia tra i due Paesi e della già intensa collaborazione italo-svizzera nel settore sociale.

In considerazione del carattere e del rilievo che la questione ha ormai assunto, si confida che le Autorità federali vorranno riesaminare il problema con ogni attenzione ed urgenza ai fini di una soluzione conforme alle legittime aspettative che gli impegni contenuti nel Processo Verbale del 22 giugno 1972 hanno creato nei lavoratori italiani.

181

dodis.ch/34373

Der Leiter der schweizerischen Handelsmission in Berlin (DDR), H. Kaufmann, an den Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des Politischen Departements, E. Thalmann[1]

Vertraulich — Berlin (DDR), 13. Dezember 1972

Für Ihre informativen Angaben[2] betr. das schweizerischerseits ins Auge gefasste weitere Vorgehen im Verhältnis zur DDR danke ich Ihnen nochmals bestens.

In der Zwischenzeit hatte ich bereits Gelegenheit, Ihnen über gewisse Reaktionen seitens der DDR in dieser Sache zu berichten[3]. Das ganze Verhalten der DDR-Seite – sowohl Ihnen gegenüber in Bern, wie auch hier – weist darauf hin, dass die DDR dem, was wir in der Frage einer diplomatischen Anerkennung tun oder lassen, trotz reicher «Anerkennungs-Ernte» seitens anderer Staaten,

1. *Schreiben:* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#978* (B.15.11.2).
2. *Telegramme Nr. 12 und 13 des Politischen Departements an die schweizerische Handelsmission in Berlin (DDR) vom 7. und 8. Dezember 1972, Doss. wie Anm. 1. Vgl. auch Dok. 179,* dodis.ch/34372.
3. *Telegramm Nr. 19 der schweizerischen Handelsmission in Berlin (DDR) an das Politische Departement vom 12. Dezember 1972, Doss. wie Anm. 1.*

nach wie vor eine gewisse richtungsweisende Bedeutung beimisst[4]. Andererseits ist festzustellen, dass die DDR heute offensichtlich nicht mehr bloss patzig auf Anerkennung pocht, sondern bereit ist, dafür tangible Gegenleistungen zu bieten; dies wird manifest nicht nur im raschen Eintreten auf das Postulat der «Expertengespräche»[5] (die, gemäss Angaben unserer Delegation, relativ korrekt und sachlich geführt werden konnten), sondern auch in den Ihnen bereits bekannten nicht unbedeutenden Aufträgen für die Maschinenfabrik Rüti und für Sulzer, sowie – wie ich noch erfahre – für Ciba-Geigy. (Die Frage der Konsumgüter habe ich Ihnen bereits kurz erwähnt[6]; die gegenwärtig mit allen Mitteln vorangetriebene Verbesserung in der Versorgung mit Konsumgütern, die von der DDR vorläufig und noch für einige Zeit nicht autark verwirklicht werden kann, könnte u. U. gewisse Möglichkeiten für schweizerische Lieferungen auf diesem Sektor eröffnen – vorausgesetzt, dass der mit dem Abschluss der Vereinbarung betr. Errichtung von Handelsmissionen[7] gewonnene Goodwill nicht wieder durch eine allzugrosse Reserviertheit zunichte gemacht wird. Falls Sie eine Möglichkeit sehen, eine allfällige Erklärung des Bundesrates i. S. Beziehungen zur DDR irgendwie mit einem gemeinsamen Communiqué[8] – wie es die DDR gerne hätte – zu verbinden bzw. erstere gegen letzteres auszutauschen, würden wir uns m. E. kaum etwas vergeben, wohl aber könnten wir damit wirtschaftlich einiges gewinnen. Mit der Errichtung von Handelsmissionen haben wir den ersten Schritt ins kalte Wasser getan und den ersten Schock bereits überstanden. Um einen etwas frivolen Vergleich zu benutzen: Wir sollten es nicht wie jene Dame halten, die sich zwar ein etwas kühnes Badekleid erstanden hat, dann aber doch nicht den Mut aufbringt, es auch wirklich zu tragen, sondern es im Schrank hängen lässt.

Es geht bei alledem, wie ich nochmals wiederholen möchte, nicht um die schönen Augen oder den Bart Ulbrichts, sondern lediglich um unsere eigenen Interessen, nämlich um die Schaffung möglichst günstiger Ausgangspositionen für eine künftige Bearbeitung des DDR-Marktes, der mir potentiell bedeutend erscheint (und dessen Ausbau für uns auch staatspolitisch nicht unklug ist, im Sinne einer Art Alibi gegenüber der UdSSR und den Oststaaten, nachdem diese ja bekanntlich unsere Annäherung an die EWG mit gewissem Misstrauen verfolgen[9]).

---

4. *Vgl. dazu auch das Schreiben von H. Kaufmann an E. Thalmann vom 14. November 1972,* dodis.ch/34374.

5. *Vgl. den Bericht* über die Expertenberatungen zwischen der Schweiz und der Deutschen Demokratischen Republik über vermögensrechtliche Fragen, Berlin DDR, 4.–9. Dezember 1972 *von F. Moser vom 13. Dezember 1972,* CH-BAR#E2010A#1999/250#2560* (B.51.33.10.1).

6. *Zur wirtschaftlichen Lage vgl. das Schreiben von H. Kaufmann an P. R. Jolles vom 13. Dezember 1972,* dodis.ch/34371. *Allgemein zur Situation in der DDR vgl. das Schreiben von H. Kaufmann an E. Thalmann vom 28. November 1972,* dodis.ch/34370.

7. *Vgl. dazu Dok. 179,* dodis.ch/34372, *Anm. 7.*

8. *Gemeinsames Kommuniqué von A. Janner und G. Ullrich vom 20. Dezember 1972,* dodis.ch/34377. *Vgl. auch Dok. 179,* dodis.ch/34372.

9. *Vgl. dazu Dok. 82,* dodis.ch/35535, *Punkt 4; Dok. 175,* dodis.ch/35676, *Punkt 6 sowie Dok. 176,* dodis.ch/35755, *Punkt 1. Zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vgl. Dok. 182,* dodis.ch/35776, *bes. Anm. 3.*

182

dodis.ch/35776

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, E. Brugger, an den Präsidenten der Europäischen Kommission, S. Mansholt[1]

Bern, 20. Dezember 1972

Bei Anlass der Ratifizierung[2] der Freihandelsabkommen[3] meines Landes mit den Europäischen Gemeinschaften möchte ich Ihnen meine grosse Genugtuung über diesen Schritt zum Ausdruck bringen. Wir wissen, dass diese Form einer Regelung ein bewusstes Entgegenkommen der Europäischen Gemeinschaften gegenüber den neutralen Staaten[4] darstellt, und es liegt mir daran, Ihnen den Dank des schweizerischen Bundesrates für das Verständnis auszusprechen, das Sie, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten den besonderen Belangen der Schweiz entgegengebracht haben. Gleichzeitig möchte ich Sie versichern, dass eine konstruktive und möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften ein langjähriges und echtes Anliegen darstellt, das wir im Rahmen dieses Abkommens zu verwirklichen bestrebt sein werden.

Das in unserem Lande durchgeführte Referendum[5] hat die Bewusstseinsbildung unserer Bevölkerung in erfreulicher Weise gefördert. Die Bedeutung der Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften ist jetzt den breitesten Kreisen bekannt. Unsere künftige Zusammenarbeit ist daher in demokratischer Weise abgestützt.

Mein Hinweis[6] anlässlich der Unterzeichnung der Verträge in Brüssel, dass wir den qualitativen Aspekten grössere Bedeutung beimessen als dem reinen Wirtschaftswachstum, hat übrigens in der Diskussion über die Volksabstimmung seine Bestätigung gefunden. Ich nehme an, dass dies uns beiden zur Genugtuung gereichen darf.

---

1. *Schreiben (Kopie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#650* (C.41.775.03.1). *Diese Kopie ging an P. Graber. Weitere Kopien an P. H. Wurth, P. R. Jolles, P. Languetin und B. von Tscharner.*
2. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 2276 vom 11. Dezember 1972,* dodis.ch/36207 *sowie das BR-Beschlussprot. II vom 21. Juli 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 20. Juli 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.
3. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft *vom 22. Juli 1972, AS, 1972, S. 3115–3318. Vgl. dazu ferner die Notiz* Kurzübersicht über den Inhalt des Freihandelsabkommens der Schweiz mit der EWG *vom 20. August 1972,* dodis.ch/36210; *die Notiz von B. von Tscharner vom 31. August 1972,* dodis.ch/36211; *das Referat von P. R. Jolles an der Botschafterkonferenz vom 1. September 1972,* dodis.ch/34608; *das Protokoll der Sitzung vom 4. und 5. September der Kommission für Aussenwirtschaft des Nationalrats,* dodis.ch/36212; *das BR-Beschlussprot. II vom 13. Juli 1972 der 27. Sitzung vom 10. Juli 1972, S. 3 sowie das BR-Beschlussprot. II vom 14. Juni 1972 der ausserordentlichen Sitzung vom 14. Juli 1972,* CH-BAR#E1003#1994/26#15*.
4. *Zur Zusammenarbeit der Neutralen vgl. Dok. 28,* dodis.ch/35766 *und Dok. 95,* dodis.ch/35590.
5. *Vgl. dazu Dok. 160,* dodis.ch/35778.
6. *Rede von E. Brugger anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens am 22. Juli 1972,* dodis.ch/36209.

Da Sie auf Ende dieses Jahres aus Ihrem verantwortungsvollen Amt ausscheiden werden[7], möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit meine besten Wünsche für Ihre künftige Tätigkeit entbieten.

7. *Zum Amtsantritt von S. Mansholt vgl. die Notiz von P. R. Jolles vom 24. April 1972,* dodis.ch/36098.

183

dodis.ch/35670

Le Chef du Département politique, P. Graber,
au Chef du Département de justice et police, K. Furgler[1]

Berne, 21 décembre 1972

La Division de la justice a soumis au début de novembre à la Division des affaires juridiques de mon Département, de façon informelle, un avant-projet d'arrêté fédéral concernant l'utilisation des avoirs en déshérence en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques[2]. Le Conseil fédéral devrait en délibérer le 10 janvier prochain.

Le principal point de discussion portait sur les répercussions éventuelles de l'inclusion des avoirs hongrois en déshérence dans l'accord paraphé le 24 août 1971 entre la Suisse et la Hongrie concernant l'indemnisation de certains intérêts suisses en Hongrie non réglée par l'accord du 19 juillet 1950[3].

Au vu des derniers développements, la signature de cet accord, qui devrait se dérouler en même temps que celle du nouvel accord économique entre la Suisse et la Hongrie négocié parallèlement[4], ne pourra avoir lieu en janvier 1973, ainsi qu'on l'escomptait récemment encore. Si le Conseil fédéral prenait une décision avant la signature de cet accord au sujet du message concernant l'utilisation des avoirs en déshérence, il y aurait tout lieu de craindre que le Gouvernement hongrois soulève à nouveau le problème des avoirs en dés-

1. *Lettre (copie):* CH-BAR#E2001E-01#1982/58#381* (B.42.13). *Rédigée par H. Zoelly. Copie à R. Probst.*

2. *Cf. le* Vorentwurf einer Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines einfachen Bundesbeschlusses über die Verwendung der in der Schweiz befindlichen Vermögen rassisch, religiös oder politisch verfolgter Ausländer oder Staatenloser, *doss. comme note 1. Cf. aussi le PVCF N° 450 du 8 mars 1972,* dodis.ch/36467 *et la notice du 1er novembre 1972,* dodis.ch/36459. *Sur cette question, cf. aussi DDS, vol. 24, doc. 151,* dodis.ch/32250; *la circulaire du Département fédéral de justice et police aux autorités tutélaires et aux tribunaux civils des cantons du 12 mars 1970,* dodis.ch/36460; *la lettre de E. Diez à J. M. Grossen du 28 août 1970,* dodis.ch/36464; *la notice de H. Zoelly du 31 août 1971,* dodis.ch/36465; *la notice de K. Schwarz du 17 janvier 1972,* dodis.ch/36462 *et la notice de H. Zoelly du 29 mai 1972,* dodis.ch/36447.

3. Accord entre la Confédération suisse et la République populaire hongroise concernant l'indemnisation de certains intérêts suisses en Hongrie non réglés par l'accord du 19 juillet 1950 *du 26 mars 1973, RO, 1974, pp. 1506–1508. Cf. doc. 14,* dodis.ch/35746, *notes 6 et 7 et le PVCF N° 1284 du 11 août 1971,* dodis.ch/36411.

4. *Cf. doc. 157*, dodis.ch/34496, *note 34.*

hérence. Il serait également dans l'intérêt d'un aboutissement fructueux des négociations économiques, comme l'Ambassadeur Probst en tant que Chef de la délégation suisse à ces négociations nous l'a confirmé, que le Conseil fédéral renvoie sa décision sur les avoirs en déshérence jusqu'au moment où les deux accords auront été signés.

Étant donné qu'il n'existe aucun impératif d'ordre juridique pour que l'arrêté fédéral en cause soit adopté avant l'échéance de l'arrêté fédéral du 20 décembre 1962[5] sur les avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques, c'est-à-dire avant le 31 août 1973, il paraît indiqué d'ajourner la décision du Conseil fédéral relative au message[6] à l'appui de l'arrêté fédéral prévu.

Si, en conséquence, votre Département remettait à plus tard sa proposition, cela offrirait en même temps l'occasion de régler d'un commun accord la seconde question en discussion, à savoir la désignation des bénéficiaires des avoirs versés au fonds.

La désignation de trois institutions suisses de bienfaisance[7], proposées comme bénéficiaires dans l'avant-projet de message et dont la qualité morale et l'efficacité ne sont pas mises en doute, risquerait de créer des problèmes sur le plan politique, car un tel choix serait de nature à susciter des critiques aussi bien de la part des États intéressés que d'institutions de bienfaisance privées à l'étranger. Une organisation internationale, telle que le Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés ou le Comité intergouvernemental pour les migrations européennes, semblerait le mieux entrer en considération. Ce point pourrait être liquidé entre nos deux Départements au début de 1973. Avant de prendre contact avec l'organisation envisagée, la désignation du bénéficiaire des avoirs versés au fonds devrait être soumise au Conseil fédéral pour décision préalable.

---

5. Arrêté fédéral sur les avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques *du 20 décembre 1962, RO, 1963, pp. 423–432. Cf. aussi le message du Conseil fédéral du 4 mai 1962, FF, 1962, I, pp. 969–984 et DDS, vol. 22, doc. 147,* dodis.ch/30752.

6. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur l'utilisation des avoirs en Suisse d'étrangers ou d'apatrides persécutés pour des raisons raciales, religieuses ou politiques *du 16 septembre 1974, FF, 1974, II, pp. 801–807.*

7. *Il s'agit de Jüdische Heilstätte Etania in Davos, Freunde des Schweizer Kinderdorfs Kirjath Jearim in Israel et Freundesgruppe «Schweiz» für geistig behinderte Jugendliche in Israel.*

184

dodis.ch/35730

Notice pour le Chef de la Division des organisations internationales du Département politique, R. Keller[1]

Berne, 21 décembre 1972

Le 14 novembre 1972, M. Bodmer vous a adressé une note[2] concernant notamment la «Décennie de la lutte contre le racisme et la discrimination raciale», qui sera lancée le 10 décembre 1973 au cours d'une réunion spéciale de l'Assemblée générale des Nations Unies[3].

Le Chef du Département[4], à qui vous avez montré cette note, vous a demandé des renseignements au sujet de l'état d'avancement des travaux entrepris en vue de l'adhésion de la Suisse à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale. Cette affaire étant traitée par notre Division[5], nous vous informons de ce qui suit:

L'état des signatures et des ratifications de la Convention des Nations Unies sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale est impressionnant: 74 États l'ont signée; 70 l'ont ratifiée ou y ont adhéré. Parmi ces derniers figurent, à l'exception de la Belgique et de l'Italie, qui ont seulement signé la Convention jusqu'à maintenant, tous nos partenaires du Conseil de l'Europe. Dans ces conditions, il paraît difficilement concevable que notre pays reste encore longtemps à l'écart. Le Chef du Département a annoncé au Conseil national le 14 juin 1971, en réponse à une question de M. Renschler posée à propos du rapport de gestion de notre Département, que ladite Convention serait soumise aux Chambres fédérales dès que possible[6].

La Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale soulève pour notre pays des problèmes particulièrement délicats en raison de notre réglementation en matière de main-d'œuvre étrangère[7]. C'est pourquoi nous avons décidé, d'entente avec la Police fédérale des étrangers, de demander à ce sujet un avis de droit au Professeur Dietrich Schindler, de l'Université de Zurich. Cette consultation[8] nous sera remise au début de l'année prochaine. Nous réunirons alors le groupe de travail interdépartemental qui

---

1. *Notice:* CH-BAR#E2003A#1984/84#1658* (o.713.25). *Rédigée par M. Krafft et signée par B. Dumont. Visée par R. Keller.*
2. *Notice de G. Bodmer à R. Keller du 14 novembre 1972, doss. comme note 1.*
3. *Sur la proclamation de la Décennie de la lutte contre le racisme et la discrimination raciale, cf. la résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 16 novembre 1972,* UN doc. A/RES/2929 (XXVII), *doss. comme note 1.*
4. *P. Graber.*
5. *Cf. la notice de M. Krafft du 13 mai 1971,* dodis.ch/36374 *et le compte rendu de M. Krafft du 27 août 1971,* dodis.ch/36375.
6. *Cf. Bull. of. CN, 1971, pp. 672–673.*
7. *Cf. le PVCF N° 505 du 16 mars 1970,* dodis.ch/36175; *le PVCF N° 672 du 21 avril 1971,* dodis.ch/36318 *et le PVCF N° 1972 du 1er novembre 1972,* dodis.ch/36339.
8. *Rapport* Zulassung von Arbeitskräften aus entfernten Ländern *de D. Schindler du 12 janvier 1973,* CH-BAR#E2003A#1988/15#1384* (o.713.25).

s'occupe de cette Convention et ferons le point de la situation[9]. Nous espérons être ensuite en mesure de proposer au Conseil fédéral la signature de la Convention[10]. Quant à la préparation éventuelle d'un message à l'intention des Chambres fédérales, elle ne pourrait être entreprise avant la fin de 1973; nous devons en effet accorder la priorité à la rédaction du message[11] relatif à l'approbation de la Convention européenne des droits de l'homme.

Il est certain, au vu des résultats de la réunion de la Commission mixte italo-suisse instituée par l'Accord du 10 août 1964 relatif à l'émigration de travailleurs italiens en Suisse, qui s'est tenue à Rome au mois de juin 1972[12], que les discriminations existant encore actuellement, notamment en ce qui concerne le statut des «faux saisonniers»[13], ont tendance à disparaître. Une enquête à laquelle la Commission fédérale consultative pour le problème des étrangers a récemment procédé a en outre montré que les cas de discrimination dans l'accès aux services ou aux établissements publics sont très rares dans notre pays[14]. Nous restons cependant à la merci des initiatives lancées par l'Action nationale et par les Républicains[15]. Enfin, il est important de rappeler que la Résolution 2920 (XXVII)[16], qui vient d'être adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies au sujet de l'«exploitation de la main-d'œuvre par un trafic illicite et clandestin», mentionne expressément «la discrimination de fait dont sont victimes les travailleurs étrangers dans certains pays d'Europe et d'autres continents». Il est fort possible que si nous ratifions la Convention, des critiques nous soient adressées à ce propos par le Comité pour l'élimination de la discrimination raciale, qui est chargé, aux termes de ladite Convention, d'examiner les rapports présentés par les États parties sur les mesures qu'ils ont adoptées pour donner effet à ses dispositions.

---

9. *Cf. le compte rendu de M. Krafft du 29 mars 1973, doss. comme note 8.*

10. *Cf. la notice de E. Diez à P. Graber du 2 avril 1973,* dodis.ch/37040. *La Suisse n'adhérera cependant à la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale que le 29 novembre 1994.*

11. Message du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales *du 4 mars 1974, FF, 1974, pp. 1020–1051.*

12. *Cf. doc. 177,* dodis.ch/35595.

13. *Cf. doc. 49,* dodis.ch/35728.

14. *Sur les travaux de la Commission fédérale consultative pour le problème des étrangers, cf. la notice de M. Krafft du 14 février 1972, doss. comme note 8.*

15. *Sur les initiatives populaires contre la surpopulation étrangère, cf. doc. 17,* dodis.ch/35599 *et doc. 31,* dodis.ch/35600.

16. *Résolution de l'Assemblée générale de l'ONU du 21 novembre 1972,* UN doc. A/RES/2920 (XXVII), *doss. comme note 1.*

ANHANG / ANNEXES / APPENDICE

VII. THEMATISCHES VERZEICHNIS / TABLE MÉTHODIQUE TAVOLA METODICA

Die Zahlen des thematischen Verzeichnisses verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les chiffres de la table méthodique renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

Le cifre della tavola metodica rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

1. Grundfragen der Aussenpolitik / Questions générales de politique étrangère / Questioni generali della politica estera 24, 48, 83, 89, 114, 136, 156, 162
Diplomatische Beziehungen / Relations diplomatiques / Relazioni diplomatiche 4, 15, 21, 28, 41, 71, 73, 75, 86, 101, 118, 152, 163, 167
Neutralität / Neutralité / Neutralità 11, 54, 64, 95, 131
Beziehungen zu kommunistischen Staaten / Relations avec les États communistes / Relazioni con gli Stati comunisti 14, 157
Beziehungen zu geteilten Staaten / Relations avec les États divisés / Relazioni con Stati divisi 4, 38, 71, 90, 97, 123, 139, 149, 151, 152, 164, 168, 179, 181
Aufnahme diplomatischer Beziehungen / Établissement des relations diplomatiques / Stabilimento di relazioni diplomatiche 21, 38, 90, 102, 164, 168, 179, 181
Menschenrechte / Droits de l'homme / Diritti dell'uomo 6, 13, 54, 62

2. Wirtschafts- und Finanzbeziehungen / Relations économiques et financières / Relazioni economiche e finanziarie 14, 26, 32, 33, 36, 50, 55, 58, 61, 65, 66, 82, 93, 103, 104, 111, 124, 137, 140, 154, 166
Der Finanzplatz Schweiz / La place financière suisse / La piazza finanziaria svizzera 26, 32, 55, 115, 122
GATT 65, 103, 171, 174
Ost-West-Handel / Commerce Est-Ouest / Commercio Est-Ovest 26, 36, 58, 170, 175, 176
Doppelbesteuerung / Double imposition / Doppia imposizione 107, 116, 145
Nationalisierungen / Nationalisations / Nazionalizzazioni 5, 14, 138, 161
Bankenfragen / Questions bancaires / Questioni bancarie 2, 26, 40, 117
Nachrichtenlose Vermögen / Avoirs en déshérence / Averi in giacenza 183
Währungsfragen / Questions monétaires / Questioni monetarie 30, 72, 128, 140, 158, 166
Uhrenfragen / Questions horlogères / Questioni orologiere 22, 34, 82, 94, 129, 134, 150, 153
Industrie / Industrie / Industria 61, 82, 104, 138
Verbotene Handlungen für einen fremden Staat / Actes exécutés sans droit pour un État étranger / Atti compiuti senza autorizzazione per conto di uno Stato estero 61, 74, 83
Kriegsmaterialexport / Exportation de matériel de guerre / Esportazioni di materiale da guerra 22, 64, 68, 98, 112, 125, 127, 135
Verkehrsfragen / Transports / Trasporti 19
Energie- und Rohstofffragen / Énergie et matières premières / Energia e materie prime 16, 81, 130, 172

3. Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern / Coopération économique et technique avec les pays en voie de développement et les nouveaux pays industrialisés / Cooperazione economica e tecnica con i paesi in via di sviluppo e di recente industrializzazione 42, 60, 68, 77, 110, 125, 145
Afrika / Afrique / Africa 5, 46, 67, 118
Asien / Asie / Asia 1, 7, 15, 159
Lateinamerika / Amérique latine / America latina 57, 142
Exportrisikogarantie / Garantie contre les risques à l'exportation / Garanzia contro i rischi delle esportazioni 7, 122

4. Internationale Organisationen / Organisations internationales / Organizzazioni internazionali 18, 20, 42, 56, 86, 123, 141, 146, 184
UNO / ONU / ONU 20, 78, 139
Frage des UNO-Beitritts / Question de l'adhésion à l'ONU / Questione dell'adesione all'ONU 69, 99, 102, 105
Sanktionen der UNO gegen Südafrika und Rhodesien / Sanctions de l'ONU contre l'Afrique du Sud et la Rhodésie / Sanzioni dell'ONU contro il Sudafrica e la Rodesia 9, 24, 86, 124, 132

5. Europapolitik / Politique européenne / Politica europea 25, 44, 61, 71, 82, 91, 94, 101, 179
Freihandelsabkommen (1972) / Accord de libre-échange (1972) / Accordo di libero scambio (1972) 25, 44, 91, 99, 108, 148, 150, 160, 182
Europarat / Conseil de l'Europe / Consiglio d'Europa 6, 13, 178
EFTA / AELE /AELS 61, 174

6. Gute Dienste und humanitäre Aktionen / Bons offices et activités humanitaires / Buoni uffici e attività umanitarie
Vertretung fremder Interessen / Représentation d'intérêts étrangers / Rappresentanza di interessi esteri 76, 113, 126
Gute Dienste / Bons offices / Buoni uffici 20, 53, 70, 87, 121, 155
Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe / Aide humanitaire et aide en cas de catastrophe / Aiuto umanitario e Aiuto in caso di catastrofe 18, 60, 79, 98, 106, 149, 159
Vietnamkrieg / Guerre du Vietnam / Guerra del Vietnam 70, 149
Biafrakrieg / Guerre du Biafra / Guerra del Biafra 18
Unabhängigkeit Bangladeshs / Indépendance du Bangladesh / Indipendenza del Bangladesh 87, 106, 111, 113, 126

7. Migrations- und Flüchtlingspolitik / Politique de migration et des réfugiés / Politica migratoria e dei rifugiati 3, 63
Auslandschweizer / Suisses de l'étranger / Svizzeri all'estero 27, 35, 74, 85, 97, 107, 120
Ausländerpolitik / Politique des étrangers / Politica degli stranieri 3, 7, 17, 31, 63, 74, 88, 143, 148, 171, 177, 180, 184
Sozialversicherungen / Sécurité sociale / Previdenza sociale 85, 100, 120, 143, 147
Flüchtlings- und Asylpolitik / Politique de l'asile / Politica d'asilo 19, 43, 121, 165
Fremdenfeindlichkeit / Xénophobie / Xenofobia 17, 31

8. Innenpolitische Aspekte der Aussenpolitik / Enjeux de politique intérieure en politique étrangère / Aspetti di politica interna della politica estera 10, 52, 62, 160
Parlament / Parlement / Parlamento 119
Wissenschaftsfragen / Questions scientifiques / Questioni scientifiche 80, 81, 162, 172
Kultur- und Sprachenfragen / Questions culturelles et linguistiques / Questioni culturali e linguistiche 96, 109, 169
Öffentlichkeit und Medien / Opinion publique et médias / Opinione pubblica e media 52, 62, 88
Umweltfragen / Questions écologiques / Questioni ecologiche 141

9. Innere und äussere Sicherheitspolitik / Politique de sécurité intérieure et extérieure / Politica di sicurezza interna ed esterna 20, 29, 47, 92
Europäische Sicherheitskonferenz / Conférence européenne de sécurité / Conferenza europea per la sicurezza 92, 101, 144, 156, 157, 169, 173, 174
Militärische Zusammenarbeit / Coopération militaire / Cooperazione militare 29
Frage der Atombewaffnung / Question de l'armement atomique / Questione dell'armamento nucleare 16, 151
Spionage / Espionnage / Spionaggio 115, 133
Terrorismus / Terrorisme / Terrorismo 12, 37, 39, 47, 60, 163
Würenlingen 8, 11, 12, 37
Zerqua 37, 39, 45
Entführungen / Enlèvements / Rapimenti 27, 51, 59

VIII. REGISTER / INDEX / INDICE

VIII.1. PERSONENREGISTER
INDEX DES NOMS DE PERSONNES
INDICE DELLE PERSONE

Nebst des Namens und der Funktion während der Periode des Bandes der betreffenden Person führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), in welcher zusätzliche biographische Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band.

Les noms des personnes de l'index et les fonctions des personnes pour la période du volume sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations biographiques et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume.

I nomi delle persone dell'indice recano, oltre alle loro funzioni durante il periodo del volume, anche il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni biografiche e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume.

Abu al-Heiga, Mohamed (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45300, **11, 12, 37, 39, 45**

Ackermann, Ernst (Geschäftsführer des Verbands schweiz. Schachtelkäsefabriken) dodis.ch/P49139, **154**

Adenauer, Konrad (ehem. Bundeskanzler der BRD) dodis.ch/P2008, **48**

Aebi, Ernst (Sektionschef im Eidg. Luftamt des EVED) dodis.ch/P41745, **121**

Aga Khan, Sadruddin (Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) dodis.ch/P17071, **106**

Aguet, Jean-Pierre (Historiker an der Universität Lausanne) dodis.ch/P27353, **162**

Akeret, Erwin (Nationalrat) dodis.ch/P28882, **77, 110**

Alder, Walter (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2831, **60, 77, 106**

Allende, Salvador (chilenischer Staatspräsident) dodis.ch/P35026, **112, 142**

Allgöwer, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P19607, **56, 86**

Altenburger, Walter (Mitarbeiter des Protokolldiensts des EPD) dodis.ch/P15238, **54**

Amado Blanco Fernàndez, Raúl (Vertreter der kubanischen Nationalbank in Zürich) dodis.ch/P47631, **161**

Aman, Richard (schweiz. Botschafter in Budapest) dodis.ch/P1425, **14, 21, 157**

Amayo, Naohiro (Sektionschef im japanischen Wirtschaftsministerium) dodis.ch/P47856, **34**

Ammann, Max (schweiz. Botschaftssekretär in Rio de Janeiro) dodis.ch/P21087, **51**

Amstein, André (Chef der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P3010, **47, 63, 74, 88**

Andreotti, Giulio (italienischer Ministerpräsident) dodis.ch/P13865, **148**

Andres, Frieder Heiner (schweiz. Botschafter in Colombo) dodis.ch/P2641, **145**

Andrey, Aline (Mitarbeiterin der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P48951, **50**

Androsch, Hannes (österreichischer Finanzminister) dodis.ch/P15491, **166**

Arafat, Jassir (Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation) dodis.ch/P46957, **12**

Archibald, Charles H. (Vertreter Trinidad und Tobagos bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47989, **65**

Arioli, Silvio (Adjunkt, ab Juli 1971 Chef des Rechtsdiensts der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24523, **61, 116, 122, 160**

Arnet, Hans (Kommandant der Kantonspolizei Bern) dodis.ch/P47962, **47**

Arnold, Max (Nationalrat) dodis.ch/P22255, **88**
Arx, Herbert von (Jurist des politischen Dokumentationsdiensts des EPD) dodis.ch/P46444, **172**
Åsbrink, Per (Präsident der schwedischen Reichsbank) dodis.ch/P31489, **2**
Aschinger, Franz (Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Südafrika) dodis.ch/P16374, **86**
Bachmann, Arthur (Regierungsrat des Kantons Zürich, Vorsteher der Direktion der Justiz und des Innern) dodis.ch/P43225, **179**
Baczoni, Jenő (stv. ungarischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P41793, **14, 58**
Bader, Erwin (Vizedirektor der Schweiz. Bankgesellschaft) dodis.ch/P47121, **117**
Baechtold, Gilbert (Nationalrat) dodis.ch/P41878, **110**
Bakr, Ahmad Hassan al- (irakischer Staatspräsident) dodis.ch/P48015, **45**
Balley, François (Mitarbeiter des Amts für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P49069, **150**
Ballmer, Adolf (Chef des Arbeitsamts des Kantons Basel-Landschaft, Präsident der Vereinigung der Schweiz. Arbeitsämter) dodis.ch/P15924, **165**
Baltensweiler, Armin (stv. Direktionspräsident der Swissair) dodis.ch/P42087, **43**
Bang Ki Yong (Vizepräsident des nordkoreanischen Committee for the Promotion of International Trade) dodis.ch/P44886, **4**
Bär, Hans J. (Partner der Bank Julius Bär & Co. AG) dodis.ch/P28901, **40**
Bär, Hermann (Zunftmeister der Zürcher Zunft zu Oberstrass) dodis.ch/P49167, **41**
Barbey, Hildegard (Mitarbeiterin des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P46601, **174**
Barboza, Mário Gibson (brasilianischer Aussenminister) dodis.ch/P47975, **51**
Barčák, Andrej (tschechoslowakischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P48046, **175**
Battista, Louis de (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P41496, **110**
Bauer, Gérard (Präsident des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P1129, **82, 104**
Baumann, Claude (Chef der Kriminalpolizei des Kantons Zürich) dodis.ch/P48332, **12**
Baumgartner, Dante (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P45306, **75**
Baumgartner, Fritz-Rico (Direktor der Compagnie des montres Auréole) dodis.ch/P48025, **153**
Baumgartner, René (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P42728, **15, 19, 38, 87, 88, 90, 95, 126, 152**
Beaujon, Robert (Botschaftssekretär der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris) dodis.ch/P15418, **171**
Beck, István (ungarischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41596, **14**
Beck, Marcel (Professor an der Universität Zürich, Nationalrat) dodis.ch/P15679, **51**
Béglé, Henri (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Khartum) dodis.ch/P5005, **60**
Bemporad, Alberto (Unterstaatssekretär im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P46704, **17, 31**
Bergaoui, Abdelmelek (tunesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P45975, **163**
Berger, Gallus (Nationalrat) dodis.ch/P34905, **33**
Berger, Hermann (Nationalrat) dodis.ch/P48699, **88**
Bergier, Jean-François (Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der ETH Zürich) dodis.ch/P15624, **162**
Bergquist, Lars (schwedischer Botschaftssekretär in Warschau) dodis.ch/P48014, **164**
Bernath, Erwin (schweiz. Botschafter in Ottawa, ehem. schweiz. Botschafter in Rabat) dodis.ch/P1133, **5, 30, 136**
Bernhard, Erwin (Sekretär der Aktion für Menschenrechte - Schweiz) dodis.ch/P48858, **54**
Bertola, Giuseppe (Verwaltungsratsdelegierter der Brown, Boveri & Cie.) dodis.ch/P47749, **82**
Bertschinger, Jean-Pierre (Sektionschef im Eidg. Gesundheitsamt des EDI) dodis.ch/P43600, **61**
Besa, Carlos (Vertreter Chiles beim GATT in Genf, ehem. Vorsitzender der Mitgliedstaaten des GATT und Ratspräsident des GATT) dodis.ch/P47994, **65**
Besomi, Martina (Juristin der Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P42000, **74**
Besson, Yves (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P24186, **9, 25, 44, 156**

Beti, Dino (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P47084, **77**
Biaudet, Jean Charles (Professor für Neue und Zeitgenössische Geschichte an der Universität Lausanne) dodis.ch/P26489, **162**
Bielka-Karltreu, Erich (österreichischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P2988, **28**
Bieri, Rudolf (Chef der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16671, **16, 57, 79**
Bill, Arthur (Delegierter des Bundesrats für Katastrophenhilfe im Ausland) dodis.ch/P29204, **79**
Bill, Max (Nationalrat) dodis.ch/P47363, **33**
Binaghi, Walter (Präsident des Rats der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation) dodis.ch/P48003, **8**
Bindschedler, Rudolf (Rechtsberater des EPD, Professor an der Universität Bern) dodis.ch/P1396, **16, 20, 25, 28, 29, 44, 64, 80, 92, 95, 125, 132, 144, 150, 157, 160, 162, 173, 174**
Binggeli, Rudolf (Sektionschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P31139, **85**
Birve, Walter (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P46524, **179**
Bischof, Erwin (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P46600, **144, 161, 162, 174**
Björk, Kaj (Generaldirektor im schwedischen Aussenministerium) dodis.ch/P48023, **164**
Blankart, Franz (Sekretär des Departementschefs und Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P22246, **4, 24, 58, 71**
Blaser, Adolf (Regierungsrat des Kantons Bern) dodis.ch/P43322, **61**
Blau, Gisela (Redaktorin der «Schweizer Illustrierten») dodis.ch/P48997, **20**
Blix, Hans (Rechtsberater des schwedischen Aussenministeriums) dodis.ch/P43212, **152, 164**
Bochatay, Armand (Nationalrat) dodis.ch/P47337, **33**
Bodmer, Daniel (Vorsteher des Sekretariats der Eidg. Bankenkommission) dodis.ch/P35442, **117**
Bodmer, Gaspard (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15367, **184**
Bohli, Edi (Vertreter des Schweiz. Wirtevereins) dodis.ch/P48492, **49**
Bohnert, Fritz (schweiz. Botschaftsrat in New Delhi, ab Februar 1972 Sektionschef in der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P15967, **1, 15, 19, 87, 106**
Boillat, Jean-Marc (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P16141, **35, 51, 57, 88, 91, 92, 94, 96, 142, 156**
Boissonnas, Luc (Generalsekretär der Stiftung Pro Helvetia) dodis.ch/P40555, **157**
Bombassei Frascani de Vettor, Giorgio (Vertreter Italiens bei der EWG in Brüssel) dodis.ch/P282, **148**
Bonny, Jean-Pierre (Vizedirektor des Schweiz. Gewerbeverbands) dodis.ch/P31277, **49**
Bonvin, Roger (Bundesrat, Vorsteher des EVED, 1967 Bundespräsident) dodis.ch/P12130, **8, 48, 80, 105, 119, 160**
Böök, Klas (schwedischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P13566, **2**
Borel, Alfred (Ständerat) dodis.ch/P7150, **61**
Borner, Harald (schweiz. Botschaftssekretär in Belgrad) dodis.ch/P15375, **157**
Bosshard, Rudolf (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P17458, **65, 66, 104, 170**
Bossi, Walter (schweiz. Botschafter in Caracas, ab November 1971 in Prag) dodis.ch/P1139, **145, 152, 164, 168, 175**
Botta, Marco (Mitarbeiter des politischen Dokumentationsdiensts des EPD) dodis.ch/P46102, **156**
Bourgeois, Daniel (Historiker am HEI) dodis.ch/P22303, **162**
Bourgnon, Etienne (schweiz. Botschaftsrat in Athen, ab Januar 1972 Adjunkt der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P17411, **47, 56, 141**
Bourguiba, Habib (tunesischer Staatspräsident) dodis.ch/P15772, **163**
Braendli, Paul (Vizedirektor des Amts für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P37787, **94, 150**
Brandt, Robert (Vizepräsident des Verwaltungsrats der Société Suisse pour l'Industrie Horlogère SA) dodis.ch/P47810, **104**
Brandt, Willy (Bundeskanzler der BRD) dodis.ch/P15409, **71**
Bratschi, Heinz (Polizeidirektor der Stadt Bern) dodis.ch/P47500, **47**
Bratschi, Peter (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47265, **22, 65, 66, 101, 129, 137, 150**
Brazerol, Siegfried (schweiz. Kanzleisekretär in Salisbury, ab Mai 1970 Konsularagent in Johannesburg) dodis.ch/P17224, **24**

Breitenmoser, Albin (Nationalrat) dodis.ch/P31388, **27**
Breschnew, Leonid Iljitsch (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU) dodis.ch/P15543, **89, 122, 144, 157**
Bringolf, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P305, **29, 86**
Brosio, Manlio Giovanni (Generalsekretär der NATO) dodis.ch/P13829, **92**
Brugger, Ernst (Bundesrat, Vorsteher des EVD) dodis.ch/P31389, **4, 8, 13, 14, 17, 22, 26, 30, 32, 33, 43, 44, 45, 50, 52, 58, 61, 63, 82, 93, 94, 97, 101, 104, 105, 108, 111, 116, 119, 124, 137, 140, 143, 154, 160, 174, 175, 176, 179, 182**
Brunner, Edouard (Adjunkt, ab Februar 1971 Stellvertreter des Chefs des politischen Diensts West, ab 1972 Stellvertreter des Chefs des politischen Sekretariats des EPD) dodis.ch/P19047, **12, 76, 86, 91, 130, 132, 155, 157, 169**
Brunner, Gustav Albert (schweiz. Konsul in Salisbury) dodis.ch/P14181, **24**
Brunner-Gyr, Andreas (Nationalrat) dodis.ch/P41016, **33**
Bucher, Erwin (Assistenzprofessor für Neuere Geschichte an der Universität Zürich) dodis.ch/P24150, **162**
Bucher, Fritz (Adjunkt der Finanzkommission des Nationalrats) dodis.ch/P48778, **46**
Bucher, Giovanni Enrico (schweiz. Botschafter in Rio de Janeiro, ab September 1971 in Tokio) dodis.ch/P10060, **27, 35, 47, 51, 59, 137, 140, 164, 168**
Buchmann, Hans (Sektionschef im Integrationsbüro des EPD und EVD) dodis.ch/P42413, **108**
Budliger, Max (Vertreter des Schweiz. Hotelier-Vereins) dodis.ch/P48495, **49**
Bugalho, Eduardo Manuel Fernandes (portugiesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P45956, **132**
Bühler, Hans (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD, Präsident der Kommission für die Exportrisikogarantie) dodis.ch/P322, **1, 7, 9, 15, 42, 50, 53, 73, 111, 122, 129, 132, 150, 159**
Bühler, René (Verwaltungsratspräsident der Gebrüder Bühler AG) dodis.ch/P4123, **82, 104**
Bühler, Rolf (Präsident der Union Schweiz. Handelskammern im Ausland) dodis.ch/P323, **33**
Bührle, Dieter (Direktor der Oerlikon-Bührle AG, Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Südafrika) dodis.ch/P19875, **86**
Bùi Vân Anh (südvietnamesischer Geschäftsträger, ab Oktober 1971 Botschafter in Bern) dodis.ch/P46182, **90**
Bumann-Kost, Hans (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P47986, **106**
Bungener, Pierre (Präsident der Anti-Apartheid-Bewegung von Genf) dodis.ch/P31394, **86**
Burckhardt, Lukas (Sektionschef in der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P14178, **28, 109, 167**
Burckhardt, Walter (em. Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Bern) dodis.ch/P4409, **83**
Bürki, Albert (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P37786, **14, 82, 176**
Burri, Kurt (Experte des Delegierten für technische Zusammenarbeit in Lateinamerika) dodis.ch/P41450, **57**
Burtică, Cornel (rumänischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P47095, **58, 167**
Buser, Walter (Vizekanzler) dodis.ch/P34772, **37, 59, 62, 119, 160**
Bussey, Alfred (Nationalrat) dodis.ch/P46909, **33, 88**
Buttex, Marcel (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P47741, **133**
Caillat, Claude (schweiz. Botschafter in Den Haag) dodis.ch/P2697, **7**
Camejo, Gregorio (kubanischer Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P46667, **23**
Campiche, Roger-Etienne (ehem. Chef der Abteilung für fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2687, **76**
Campiche, Samuel François (schweiz. Botschafter in Prag, ab November 1971 in Helsinki) dodis.ch/P1323, **19, 64, 92, 144, 173**
Caratsch, Claudio (schweiz. Botschaftssekretär in Warschau) dodis.ch/P15359, **157, 164, 170**
Carbó, Héctor (Geschäftsführer der kubanischen Nationalbank) dodis.ch/P42853, **161**
Carl, Domenic (stv. Generaldirektor der Schweiz. Rundspruchgesellschaft) dodis.ch/P34789, **51, 96**
Caroni, Maria Luisa (Mitarbeiterin des EPD) dodis.ch/P17216, **84**

Carrel, Laurent (Präsident der Union des associations de fabricants de parties détachées horlogères) dodis.ch/P17464, **104**
Carruzzo, Félix (Nationalrat) dodis.ch/P40063, **157**
Cart, Henri-Philippe (Experte für die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P31398, **7, 57**
Carugo, Renata (Sektionschefin beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P44744, **109**
Carvalho, Apôlonio de (brasilianischer kommunistischer Aktivist) dodis.ch/P47982, **88**
Carvalho, René Louis de (brasilianischer kommunistischer Aktivist) dodis.ch/P47981, **88**
Carvalho Araújo, Hélio de (brasilianischer Sicherheitsbeamter) dodis.ch/P47974, **51**
Carvalho e Silva, Jorge (Generalsekretär des brasilianischen Aussenministeriums) dodis.ch/P47983, **27**
Cater, Jack (Direktor des Handels- und Industriedepartements von Hong Kong) dodis.ch/P48311, **129**
Ceaușescu, Nicolae (rumänischer Staatspräsident, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Rumäniens) dodis.ch/P15499, **167**
Celio, Nello (Bundesrat, 1972 Bundespräsident, Vorsteher des EFZD) dodis.ch/P26988, **9, 26, 30, 32, 40, 41, 48, 79, 86, 105, 107, 113, 116, 119, 124, 131, 132, 140, 142, 148, 149, 158, 159, 160, 166, 169, 179**
Cellier, Marcel (schweiz. Musiker und Musikproduzent) dodis.ch/P48064, **167**
Chapuis, Jean-Paul (Prokurist der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P40077, **40, 161**
Charpilloz, Vital (Inhaber der Charpilloz & Cie, A., Fabrique Helios) dodis.ch/P47955, **22**
Châtelain, François (Sektionschef im politischen Dienst Ost des EPD, ab Juni 1971 schweiz. Botschafter in Colombo, akkreditiert in Hanoi) dodis.ch/P2752, **38, 54, 70, 90, 127, 145, 149, 159**
Chaudet, Paul (Alt Bundesrat, Präsident von Enfants du monde) dodis.ch/P3085, **106**
Chavanne, André (Nationalrat) dodis.ch/P24408, **86**
Chavaz, Georges (schweiz. Botschaftsrat in Paris) dodis.ch/P7038, **80**
Chenaux-Repond, Dieter Eric (schweiz. Botschaftssekretär in Köln) dodis.ch/P14189, **51**
Cheng, Paonan (Vertreter Taiwans bei der UNO in Genf bis Juni 1972) dodis.ch/P47954, **139**
Chevalier, René (Sekretär der Geschäftsprüfungskommission der eidg. Räte) dodis.ch/P49110, **119**
Chevallaz, Georges-André (Nationalrat) dodis.ch/P23882, **11, 12, 21, 37, 39, 45, 178**
Chiang Kai-shek (taiwanesischer Staatspräsident) dodis.ch/P1017, **89**
Chiao Kuan-hua (stv. chinesischer Aussenminister) dodis.ch/P47947, **121**
Chi Peng-fei (chinesischer Aussenminister) dodis.ch/P47042, **121**
Chňoupek, Bohuslav (tschechoslowakischer Aussenminister) dodis.ch/P48042, **157**
Choffat, René-Marcel (Generaldirektor der Compagnie des montres Auréole) dodis.ch/P47968, **153**
Choisy, Eric (Präsident der Eidg. Beratenden Kommission für Weltraumfragen) dodis.ch/P18764, **80**
Chopard, Max (Nationalrat) dodis.ch/P47338, **33**
Choudhury, Humayun Rasheed (bangladeschischer Hochkommissar in New Delhi) dodis.ch/P46392, **126**
Chou En-laï (chinesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P13140, **89**
Christen, Otto W. (stv. Kommandant der Sicherheits- und Kriminalpolizei der Stadt Bern) dodis.ch/P47537, **47**
Churchill, Winston (ehem. britischer Premierminister) dodis.ch/P351, **48, 108, 114**
Clerc, Philippe (stv. Direktor der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15726, **22, 64, 127**
Coigny, André (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P21915, **37, 161**
Čolanović, Branislav (Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank) dodis.ch/P46732, **122**
Constantin, Michel (Mitarbeiter der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P42579, **42, 110**
Conzett, Hans (Nationalrat) dodis.ch/P12141, **33**

Costa-Sanseverino di Bisignano, Edoardo (italienischer Generalkonsul in Lugano) dodis.ch/P48019, **169**
Cramer, Hans Conrad (Chef der Abteilung für fremde Interessen des EPD) dodis.ch/P2310, **76, 113**
Cuendet, Jean (schweiz. Botschaftsrat in Peking) dodis.ch/P2492, **89**
Cuénoud, Pierre (Botschaftsrat der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P14773, **101**
Curchod, Theodor (schweiz. Botschafter in Kinshasa, ab November 1971 in Pretoria) dodis.ch/P9900, **118, 124, 132, 146**
Daddah, Mokhtar Ould (mauretanischer Staatspräsident, Vorsitzender der OAU) dodis.ch/P28201, **86, 132**
Dahbor, Amena (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45311, **11, 12, 37, 39, 45**
Dardel, Gilbert de (schweiz. Botschaftsrat und Geschäftsträger a. i. in Saigon) dodis.ch/P2698, **89**
Dardel, Simon de (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P45487, **79, 113, 149**
David, Edward E. (wissenschaftlicher Berater von R. Nixon) dodis.ch/P47874, **81**
Davignon, Etienne (Generaldirektor im belgischen Aussenministerium) dodis.ch/P46618, **173**
Davis, Shelby Cullom (Botschafter der USA in Bern) dodis.ch/P41038, **70, 90**
Déboeuf, Jean-Marie (Februar bis Juni 1972 schweiz. Geschäftsträger a. i. in Tripolis) dodis.ch/P15351, **138**
Debrunner, Ernst (Geschäftsführer der Ernst Debrunner AG) dodis.ch/P45086, **21**
Delachaux, François (Rechtsberater der Schweiz. Kreditanstalt, Mitglied der Studienkommission für die Begutachtung des Entwurfs zu einem schweizerisch-amerikanischen Rechtshilfeabkommen) dodis.ch/P2494, **66**
Dellberg, Karl (Nationalrat) dodis.ch/P11832, **88**
Deslex, Edmond Robert (schweiz. Generalkonsul in Florenz) dodis.ch/P148, **100**
Diallo, Jean-Alfred (Generalstabchef der senegalesischen Armee) dodis.ch/P46418, **109**
Diệm Ngô Đình (ehem. südvietnamesischer Staatspräsident) dodis.ch/P14860, **20**
Dietschi, Peter (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P17152, **32, 39, 45, 54, 127**
Diez, Emanuel (Chef der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P1692, **1, 28, 37, 41, 54, 62, 71, 80, 83, 86, 110, 119, 122, 126, 150, 162, 174, 183, 184**
Dillier, Jost (Ständerat) dodis.ch/P47722, **61**
Diori, Hamani (nigrischer Staatspräsident) dodis.ch/P35052, **10**
Diouf, Abdou (senegalesischer Premierminister) dodis.ch/P48053, **109**
Diz, Adolfo (Finanzvertreter Argentiniens für Europa) dodis.ch/P45213, **166**
Długosz, Stanisław (stv. polnischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P44793, **170**
Dominicé, André (Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg) dodis.ch/P1134, **178**
Douglas-Home, Alec (britischer Aussenminister) dodis.ch/P13965, **71, 156**
Dorticós Torrado, Osvaldo (kubanischer Staatspräsident) dodis.ch/P40128, **23**
Dowbor, Ladislau (brasilianischer kommunistischer Aktivist) dodis.ch/P47980, **88**
Dragašević, Vuko (jugoslawischer Minister für Arbeit und Sozialpolitik) dodis.ch/P47047, **143**
Dubček, Alexander (ehem. Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei) dodis.ch/P38233, **19**
Dubois, Bernard (Mitarbeiter, ab Januar 1972 Adjunkt der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P24531, **39, 41**
Dubois, Charles Albert (schweiz. Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P1140, **167**
Dubois, Frédéric (schweiz. Botschaftssekretär in Paris) dodis.ch/P20166, **90**
Düby, Jean-Claude (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P48035, **14**
Düby, Oscar (ehem. stv. Generalsekretär des EDI) dodis.ch/P396, **119**
Ducrey, Guy (schweiz. Botschaftssekretär in Bukarest) dodis.ch/P15378, **167**
Duhamel, Roger (Berater im kanadischen Aussenministerium) dodis.ch/P47766, **96**
Dumont, Beat (Stellvertreter des Chefs der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P2694, **54, 74, 161, 184**
Dunant, Henri (Gründer des IKRK) dodis.ch/P4618, **149**
Dunkel, Arthur (Sektionschef, ab 1971 Unterabteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P26681, **42, 65, 150**

DuPasquier, François (Generaldirektor der Ebauches SA) dodis.ch/P25312, **104**
Dupont, Pierre (schweiz. Botschafter in Paris) dodis.ch/P136, **5, 7, 74, 128, 159, 160**
Dürr, Roger (schweiz. Botschafter in Santiago de Chile) dodis.ch/P2645, **57, 142**
Dürrenmatt, Peter (Nationalrat) dodis.ch/P3134, **86, 98**
Dürst, Hans (Direktor des Historischen Museums Aargau) dodis.ch/P47711, **109**
Ebert, Walter (Sektionschef in der Radio- und Fernsehabteilung der PTT) dodis.ch/P10452, **75**
Eckenstein, Christoph (Beauftragter für Informationsfragen im Integrationsbüro des EPD und EVD) dodis.ch/P39386, **44, 52, 86**
Ehrsam, Paul (Rechtsberater der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P35691, **41**
Eichenberger, Kurt (Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel) dodis.ch/P30483, **119**
Eisenhower, Dwight D. (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P407, **22**
Eisenring, Paul (Nationalrat) dodis.ch/P31677, **86**
Elson, Erich (Direktor im Wirtschaftsministerium der BRD, Vertreter beim GATT in Genf) dodis.ch/P49196, **65**
Emde, Hans Georg (Staatssekretär im Finanzministerium der BRD) dodis.ch/P47545, **116**
Enckell, Ralph (finnischer Sonderbotschafter) dodis.ch/P46566, **92**
Eppner, Hermann (Mitarbeiter des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P48960, **147**
Erismann, Hans-Peter (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P21646, **11, 86**
Erni, Peter (Chef des Informations- und Pressedienstes des EPD) dodis.ch/P9820, **39, 86, 102, 113, 132, 165, 174**
Ernst, Hans-Ulrich (Sektionschef in der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P31680, **80**
Escher, Alfred (schweiz. Botschafter in Wien bis Februar 1972, ab Oktober 1972 UNO-Sondergesandter für Namibia) dodis.ch/P413, **21, 28, 86, 92, 133, 146**
Exchaquet, Olivier (schweiz. Minister in Washington) dodis.ch/P1216, **76**
Faillettaz, Jacques (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P45150, **5, 26, 55, 124, 142**
Fairbairn, David (australischer Verteidigungsminister) dodis.ch/P47985, **127**
Faivet, André (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P16041, **94**
Fajfr, Radko (ehem. tschechoslowakischer Botschaftsrat und Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P42694, **19**
Fardel, Jacques (schweiz. Wissenschafts- und Industrierat in Moskau) dodis.ch/P39074, **82, 104**
Fasel, Edgar (Sekretär des Departementschefs des EJPD) dodis.ch/P48312, **165**
Fasler, Peter (Redaktor von «Sie und Er») dodis.ch/P48963, **20**
Fassi, Nacer al (marokkanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43455, **5, 45**
Fässler, René (schweiz. Botschafter in Stockholm) dodis.ch/P1142, **2, 29, 56, 92, 95, 100**
Fauzi, Mahmud (ägyptischer Premierminister) dodis.ch/P18383, **45**
Faveiro, Vitor Antònio Duarte (Generaldirektor des portugiesischen Finanzministeriums) dodis.ch/P49066, **145**
Favez, Jean-Claude (Professor für Neuere Geschichte an der Universität Genf) dodis.ch/P22370, **162**
Favez, Maurice (Mitarbeiter der Société financière Mirelis SA) dodis.ch/P48330, **115**
Feller, Max (Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD, ab September 1970 schweiz. Botschafter in Luxemburg, Dezember 1970 bis Januar 1971 stv. schweiz. Botschafter in Rio de Janeiro) dodis.ch/P16242, **25, 44, 51, 59, 144**
Feurer, Paul (Generaldirektor des Schweiz. Bankvereins) dodis.ch/P18830, **122**
Feuz-Grüebler, Ernst (ehem. Geschäftsführer der Schweiz. Stiftung für alpine Forschung) dodis.ch/P15619, **15**
Fiévet, Yves-Louis (Direktor des Aufsichtsrats der Asiatischen Entwicklungsbank) dodis.ch/P48258, **7**
Figarolo di Gropello, Adalberto (italienischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46090, **169**
Fischer, Otto (Nationalrat, Direktor des Schweiz. Gewerbeverbands) dodis.ch/P16465, **166, 174**
Fischer, Peter (Direktor der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel) dodis.ch/P42773, **61**
Fischer, Walter E. (Mitarbeiter des Schweiz. Instituts für Nuklearforschung) dodis.ch/P47854, **172**

Fischli, Alfred (schweiz. Botschafter in Havanna, ab Januar 1971 in Mexiko) dodis.ch/P433, **23, 50, 57, 76, 134, 161**
Fleury, Antoine (Historiker am HEI) dodis.ch/P23173, **162**
Fonjallaz, Gérard (schweiz. Botschaftssekretär in Bogotá) dodis.ch/P16098, **57**
Fontaine, André (Chefredaktor von «Le Monde») dodis.ch/P46709, **89**
Fontana, Benedict (schweiz. Vizekonsul in Hong Kong) dodis.ch/P49064, **129**
Forster, Jacques (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24535, **57**
Franz Josef II. von Liechtenstein (Fürst von und zu Liechtenstein) dodis.ch/P13409, **41**
Franzoni, Enrico (Nationalrat) dodis.ch/P39146, **119**
Frauenfelder, Max (Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen des EDI) dodis.ch/P15156, **75, 100, 147**
Frauenknecht, Alfred (Mitarbeiter der Gebrüder Sulzer AG) dodis.ch/P43353, **11**
Frederik IX. von Dänemark (dänischer König) dodis.ch/P40542, **114**
Frei, Walter H. (Sektionschef im Eidg. Luftamt des EVED) dodis.ch/P42744, **137**
Freiburghaus, Hans (schweiz. Botschaftssekretär in Sofia) dodis.ch/P16068, **157**
Freitas-Cruz, João de (ehem. portugiesischer Generalkonsul in Harare) dodis.ch/P45729, **24**
Frey, Hans Karl (schweiz. Botschafter in Nairobi, ab September 1971 in Kairo) dodis.ch/P2685, **46, 67, 73, 146, 163**
Friederich, Peter (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P17413, **124, 132**
Friedli, Max (Mitarbeiter des Sekretariats der Bundesversammlung) dodis.ch/P46512, **157, 178**
Fritschi, Karl (Mitarbeiter des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P16389, **4, 7, 28, 71, 82, 87, 92, 96, 97, 122, 143, 144, 152, 156, 157, 164, 167, 168**
Frochaux, Pascal (schweiz. Botschafter in Warschau) dodis.ch/P5382, **21, 71, 152, 157, 164, 170**
Fröhlicher, Kurt (wissenschaftlicher Berater des Generalsekretariats des EVD) dodis.ch/P41256, **28, 176**
Frolow, Boris Petrowitsch (ehem. sowjetischer Botschaftsfunktionär in Bern) dodis.ch/P27890, **133**
Furgler, Kurt (Nationalrat, ab Januar 1971 Bundesrat, Vorsteher des EJPD) dodis.ch/P12150, **41, 79, 108, 133, 160, 165, 171, 183**
Furrer, Alfred (Experte bei Trafipro) dodis.ch/P49068, **46**
Gabus, Jean (Direktor des Ethnographischen Museums der Stadt Neuenburg) dodis.ch/P27343, **109**
Gaddafi, Muammar al (libyscher Staatspräsident und Premierminister) dodis.ch/P44902, **163**
Gaechter, Richard (schweiz. Botschaftssekretär in London, ab Mai 1971 Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P19659, **57, 61, 112, 127**
Gagnebin, Daniel (Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg, ab Juni 1970 schweiz. Botschafter in Teheran) dodis.ch/P2702, **6, 84**
Gaja, Roberto (Generalsekretär des italienischen Aussenministeriums) dodis.ch/P48107, **156**
Gander, Adolf (Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47782, **138, 147**
Gander, Christian (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Tripolis bis Februar 1972) dodis.ch/P2820, **37**
Garamvölgyi, Judit (Historikerin an der Universität Bern) dodis.ch/P28923, **162**
Gaulle, Charles de (ehem. französischer Staatspräsident) dodis.ch/P460, **48, 84, 89, 91, 114**
Gautschi, Willi (Historiker an der Universität Zürich) dodis.ch/P24216, **162**
Gelzer, Michael (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P2735, **3, 5, 9, 10, 11, 12, 17, 22, 24, 25, 27, 31, 32, 37, 39, 43, 45, 46, 51, 54, 63, 64, 73, 76, 84, 86, 88, 96, 112, 115, 120, 124, 125, 132, 135, 138, 142, 146, 161, 174, 180**
Gemperli, Josef (Mitarbeiter der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P48826, **165**
Gerber, Rolf (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P48973, **33, 118, 159**
Gerwig, Andreas (Nationalrat) dodis.ch/P42234, **88**
Girard, Pierre-Louis (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24540, **33**

Girelli, Alfredo José (Unterstaatssekretär im argentinischen Aussenministerium) dodis.ch/P47886, **93**
Glasson, Pierre (Nationalrat, Präsident des Verbands Schweiz. Zigarettenhersteller) dodis.ch/P2792, **9**
Gnägi, Rudolf (Bundesrat, 1971 Bundespräsident, Vorsteher des EMD) dodis.ch/P12312, **22, 28, 29, 68, 82, 84, 92, 105, 119, 120, 127, 135, 137, 160**
Goëss, Leopold (österreichischer Parlamentarier) dodis.ch/P48975, **13**
Goldschmitt, Franz Josef (Botschaftssekretär der BRD in Bern) dodis.ch/P48030, **39**
Götsch, Ulrich (Nationalrat) dodis.ch/P41925, **88**
Gottret, Paul (Adjunkt der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2737, **69**
Gougain, Marie-Louise (Sekretärin in der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P45717, **60**
Gowon, Yakubu (nigerianischer Staatspräsident) dodis.ch/P43098, **43**
Graber, Pierre (ab Februar 1970 Bundesrat, Vorsteher des EPD) dodis.ch/P4171, **1, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 15, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 30, 31, 32, 37, 38, 39, 40, 43, 44, 45, 46, 51, 52, 53, 54, 56, 57, 60, 64, 66, 69, 70, 71, 73, 77, 79, 81, 82, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 95, 96, 97, 99, 100, 101, 105, 107, 108, 109, 110, 112, 114, 115, 116, 118, 119, 121, 122, 124, 126, 127, 128, 130, 132, 133, 134, 140, 142, 144, 145, 146, 148, 149, 152, 155, 156, 157, 159, 160, 163, 164, 165, 166, 171, 173, 174, 176, 178, 179, 180, 182, 183, 184**
Graf, Josef Anton (schweiz. Berater der Regierung Ruandas, ehem. Chef des politischen Dokumentationsdiensts des EPD) dodis.ch/P2646, **20, 67, 146**
Graf, Konrad (Ständerat) dodis.ch/P31708, **61**
Graffenried, Egbert von (schweiz. Botschafter in Canberra, ab Mai 1970 in Athen) dodis.ch/P1137, **32, 127, 156**
Grandjean, Jean-Denis (schweiz. Botschafter in Algier) dodis.ch/P2727, **11, 75**
Grässli, Max (schweiz. Berater der nepalesischen Regierung) dodis.ch/P103, **15**
Gratz, Leopold (österreichischer Parlamentarier) dodis.ch/P48976, **13**
Greiner, Hans-Ulrich (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P17637, **57, 93, 134, 154**
Grin, Georges-André (schweiz. Wissenschaftsattaché in Washington) dodis.ch/P39267, **81**
Grob, Hermann (Mitarbeiter, ab Januar 1972 Adjunkt des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P4807, **9, 10, 18, 43, 86, 118**
Grognuz, Jean-Louis (Mitarbeiter der Unterabteilung Finanzdienst der Direktion der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P45465, **112, 135**
Grosew, Gero (Erster stv. bulgarischer Aussenminister) dodis.ch/P44688, **157**
Grossen, Jacques Michel (Direktor der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P22690, **77, 79, 183**
Grossenbacher, Marcel (schweiz. Botschafter in Buenos Aires) dodis.ch/P1654, **93**
Grossenbacher, Roger (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P48303, **100, 156**
Grübel, Albert (Direktor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD, ehem. Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P6640, **14, 17, 31, 143**
Gruner, Erich (Professor für Sozialgeschichte und Soziologie der schweiz. Politik an der Universität Bern) dodis.ch/P22035, **162**
Grütter, Fritz (Nationalrat) dodis.ch/P11894, **33**
Guillaume, Lucien (schweiz. Botschafter in Sofia) dodis.ch/P4263, **26**
Guisan, Louis (Ständerat, Präsident der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P15719, **5, 107, 140**
Guldimann, Werner (Direktor des Eidg. Luftamts des EVED) dodis.ch/P43133, **8, 37, 39, 127, 137**
Gut, Theodor (Nationalrat) dodis.ch/P3661, **86**
Gwischiani, Dschermen Michailowitsch (stv. Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P46735, **104**
Gygli, Paul (Generalstabchef der Schweizer Armee bis 1971) dodis.ch/P15066, **16, 29**
Gysi, Rudolf (Mitarbeiter des Betriebswissenschaftlichen Instituts der ETH Zürich) dodis.ch/P48369, **46**

Haag-Zimmerli, Ruth (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P46523, **179**
Haas, Heinz (Generalsekretär der Swissair) dodis.ch/P14869, **43**
Haas, Leonhard (Direktor des Schweiz. Bundesarchivs) dodis.ch/P23701, **162**
Habache, Georges (Generalsekretär der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P47658, **12**
Hadidi, Mohammed (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P48012, **37, 39**
Hadorn, Adrian (Geschichtsstudent an der Universität Bern) dodis.ch/P48543, **162**
Hadorn, Urs (Mitarbeiter des Diensts für Flüchtlingsfragen und Ausländerfürsorge der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P27445, **165**
Hafner, Othmar (stv. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P42247, **46, 67**
Hagmann, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P48054, **33**
Halbheer, Hans Jakob (Direktor der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P26555, **121**
Hallstein, Walter (ehem. Staatssekretär im Auswärtigen Amt der BRD) dodis.ch/P2869, **4, 38, 71**
Hambro, Edvard (Vertreter Norwegens bei der UNO in New York, 1970/71 Präsident der UNO-Generalversammlung) dodis.ch/P43728, **42, 78**
Hamid, Agha Abdul (UNO-Kommissar für Namibia) dodis.ch/P48367, **146**
Hammarskjöld, Dag (ehem. Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P1686, **20**
Hanafi, Mohammed al (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P48011, **37, 39**
Hanselmann, Guido (Direktor der Schweiz. Bankgesellschaft) dodis.ch/P16655, **117**
Harmel, Pierre (belgischer Aussenminister) dodis.ch/P15124, **156**
Hartmann, Rudolf (schweiz. Botschafter in Bangkok) dodis.ch/P2732, **38, 53, 90**
Hasler, Alfons (Vizedirektor des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD, ab 1971 Generalsekretär des EVD) dodis.ch/P43683, **104, 176**
Hassan, Abdul Mohsen (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45444, **11, 12**
Hattori, Reijirō (Generaldirektor der Seikō Holdings KK) dodis.ch/P47857, **34**
Haug, Hans (Präsident des Schweiz. Roten Kreuzes) dodis.ch/P15716, **79**
Hauri, Hans Heinrich (Professor für Baustatik und Konstruktion an der ETH Zürich) dodis.ch/P47873, **81**
Hauser, Franz (Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, Vorsteher des Polizeidepartements) dodis.ch/P46096, **82**
Hay, Alexandre (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P1643, **30, 140, 166**
Hayes, John (ehem. Botschafter der USA in Bern) dodis.ch/P40870, **47**
Hayoz, Joseph (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42953, **53**
Heath, Edward (britischer Premierminister) dodis.ch/P13966, **45**
Heggli, Josef (Präsident der Aktion für Menschenrechte – Schweiz) dodis.ch/P48857, **54**
Heichler, Lucian (Botschaftssekretär der USA in Bern) dodis.ch/P47336, **70**
Heimo, Marcel (Chef der schweiz. Delegation bei der OECD in Paris, ehem. Berater des ruandischen Präsidenten) dodis.ch/P1214, **65, 67, 111, 174**
Heinemann, Gustav (Bundespräsident der BRD) dodis.ch/P13543, **84**
Hentsch, Guy (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P38119, **52, 61, 65, 66, 94, 101**
Hentsch, Jacques (Mitarbeiter der Hentsch et Cie.) dodis.ch/P48874, **2**
Hess, Hansjörg (schweiz. Botschafter in Tel-Aviv) dodis.ch/P525, **8**
Heuberger, Alois (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47960, **111, 122**
Hijzen, Theodorus C. (Generaldirektor für Aussenbeziehungen der EG-Kommission) dodis.ch/P45706, **150**
Hillenbrand, Martin J. (Abteilungschef im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P45562, **101**
Hing Kunthel (Gouverneur der kambodschanischen Nationalbank) dodis.ch/P48210, **159**
Hirschy, Pierre (Chef der Gruppe Ausbildung des EMD) dodis.ch/P40880, **28**
Hoby, Gottfried (St. Galler Regierungsrat, Präsident der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel) dodis.ch/P47215, **61**

Hochstrasser, Urs (Chef der Abteilung für Wissenschaft und Forschung des EDI, Professor an der ETH Zürich) dodis.ch/P16060, **16, 130, 167, 172**
Hofer, Hermann (Unterabteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14220, **50, 93, 134, 150, 154, 174**
Hofer, Walther (Nationalrat) dodis.ch/P24640, **13, 54, 178**
Hoffmann, Hansrudolf (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P15355, **86, 92, 101**
Hofmann, Paul (Ständerat) dodis.ch/P42663, **24**
Högger, Rudolf (schweiz. Koordinator der technischen Zusammenarbeit in Nepal) dodis.ch/P43669, **15, 110**
Hohl, Alfred Reinhard (Adjunkt der Abteilung für internationale Organisationen, ab August 1971 Stellvertreter des Chefs des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P16080, **12, 96, 112, 127, 138, 142, 180**
Holleben, Ehrenfried von (Botschafter der BRD in Rio de Janeiro) dodis.ch/P47978, **51**
Homburger, Freddy (schweiz. Konsul in Boston) dodis.ch/P16239, **136**
Hool, Frédéric (Mitarbeiter der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P47967, **153**
Horten, Helmuth (deutscher Unternehmer) dodis.ch/P47546, **116**
Hotz, Marcel (Nationalrat) dodis.ch/P48055, **33**
Houphouët-Boigny, Félix (Staatspräsident der Elfenbeinküste) dodis.ch/P13781, **43, 86**
Hsu Tan-lu (ehem. Botschaftsrat der chinesischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P41340, **133**
Hubacher, Helmut (Nationalrat, Chefredaktor der «AZ Abend-Zeitung») dodis.ch/P31812, **40, 113**
Huber, Albert (Geschichtsstudent an der Universität Zürich) dodis.ch/P48970, **162**
Huber, Hans (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P5542, **32**
Huber, Jean Werner (Professor für industrielle Architektur an der EPF Lausanne) dodis.ch/P47971, **81**
Huber, Karl (Bundeskanzler) dodis.ch/P9621, **37, 44, 52, 119, 131**
Huber, Madeleine (Mitarbeiterin des EPD) dodis.ch/P48009, **149**
Hubert Senghor, Colette (Ehefrau von L. S. Senghor) dodis.ch/P48052, **109**
Huguenin, Claude (Mitarbeiter des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P15356, **112, 163**
Hulliger, Jean (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P23737, **66, 145, 159, 174**
Humbert, Jean (Chef der ständigen Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen in Genf) dodis.ch/P2178, **12, 78, 146**
Hummler, Fritz (Präsident der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P16460, **33**
Hunziker, Karl (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Havanna) dodis.ch/P46960, **23**
Hunziker, Roy (schweiz. Botschafter in Pretoria bis August 1971) dodis.ch/P142, **86, 124, 130, 146**
Hürsch, Erhard (Fotograf, Korrespondent der SRG) dodis.ch/P47964, **121**
Hussein I. von Jordanien (jordanischer König) dodis.ch/P14832, **45**
Hutzli, Peter (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P46707, **170**
Ignatieff, George (Vertreter Kanadas bei der UNO in Genf) dodis.ch/P17964, **65**
Ikawa, Katsuichi (ab Mai 1972 japanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46388, **137**
Ileasă, Vasile (Direktor im rumänischen Rat für Kultur und Sozialistische Erziehung) dodis.ch/P48448, **167**
Imhasly, Pierre (schweiz. Schriftsteller) dodis.ch/P48586, **54**
Im Hof, Ulrich (Professor für frühneuzeitliche Schweizergeschichte an der Universität Bern) dodis.ch/P22488, **162**
Indermühle, Jean-Jacques (schweiz. Botschaftssekretär in Pretoria, ab Januar 1971 Mitarbeiter des politischen Diensts West des EPD) dodis.ch/P16205, **64, 86, 88, 112, 115, 124, 127, 135, 142**
Iselin, Jürg (schweiz. Minister in London) dodis.ch/P2141, **44**
Jaag, Otto (Direktor der Eidg. Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz) dodis.ch/P43595, **81**
Jaccard, Maurice (Chef der Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P4611, **74, 75, 86, 100, 107, 118, 136**

Jacobi, Klaus (Unterabteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P19511, **66, 101, 150, 174**
Jaeger, Max (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P41698, **28, 44, 156**
Jaeggi, Walter (schweiz. Botschafter in Kopenhagen) dodis.ch/P1429, **114**
Jamieson, Thomas (Direktor im UNHCR, ab Juni 1971 UNO-Koordinator für Flüchtlingsfragen in New Delhi) dodis.ch/P22327, **106**
Janner, Antonino (schweiz. Botschafter in Buenos Aires, ab Mai 1970 Chef der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD, ehem. Stellvertreter des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P1399, **15, 38, 51, 58, 65, 87, 89, 93, 110, 125, 126, 137, 174, 179, 181**
Jarring, Gunnar (ab November 1967 Sondergesandter des UNO-Generalsekretärs für den Nahen Osten) dodis.ch/P16747, **12, 146**
Jödahl, Olaf Erik (Generalsekretär des schwedischen Aussenministeriums) dodis.ch/P16030, **95**
Johnson, Lyndon B. (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13907, **22**
Jolles, Paul Rudolf (Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2763, **1, 4, 7, 9, 14, 15, 22, 25, 28, 33, 34, 36, 44, 50, 52, 58, 64, 65, 66, 71, 78, 82, 86, 93, 94, 95, 97, 99, 101, 103, 104, 108, 111, 116, 121, 124, 128, 129, 134, 137, 139, 140, 146, 148, 150, 153, 154, 157, 159, 160, 170, 171, 173, 174, 175, 176, 181, 182**
Jonas, Franz (österreichischer Bundespräsident) dodis.ch/P15529, **84**
Joss, Heinz (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P46968, **15**
Jost, Hans Ulrich (Historiker an der Universität Bern) dodis.ch/P22432, **162**
Jost, Max (Sektionschef in der Handelsabteilung des EPD) dodis.ch/P42832, **7, 9, 122, 124, 159**
Jucker, Walter O. (Präsident des Swiss Club Salisbury) dodis.ch/P47996, **24**
Juillard, André (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43949, **75, 136**
Junker, Beat (Generalsekretär der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft der Schweiz) dodis.ch/P23825, **162**
Junod, Étienne (Präsident des Vororts) dodis.ch/P18, **104**
Juri, René (Direktor des Schweiz. Bauernverbands) dodis.ch/P16466, **174**
Kaderli, Viktor (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P47859, **34**
Kadhafi, Mouammar al, cf. Gaddafi, Muammar al
Kaech, Arnold (Direktor der Eidg. Militärverwaltung des EMD) dodis.ch/P15107, **22, 29, 64, 79, 112, 135**
Kaeslin, Theo (Präsident der Eidg. Flugunfall-Untersuchungskommission) dodis.ch/P49054, **12**
Kaiser, Edmond (Gründer der Stiftung Terre des hommes) dodis.ch/P21973, **84, 165**
Kang, Moon Bong (südkoreanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43887, **153**
Käppeli, Robert (Verwaltungsratspräsident der Ciba-Geigy AG) dodis.ch/P18305, **82**
Karssow, Wladimir Michailowitsch (sowjetischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P44871, **133**
Katz, Shlomo Z. (israelischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P46015, **39**
Kaufmann, Hansjakob (schweiz. Botschaftsrat in Buenos Aires, ab November 1972 Chef der Schweiz. Handelsmission in Berlin, DDR) dodis.ch/P16150, **57, 93, 176, 181**
Kaul, M. G. (Sekretär des indischen Finanzministeriums) dodis.ch/P47285, **111**
Kaunda, Kenneth (sambischer Staatspräsident) dodis.ch/P43069, **86**
Kayibanda, Grégoire (ruandischer Staatspräsident) dodis.ch/P17423, **67**
Keller, Franziska (Verwaltungsbeamtin der Auslandschweizerangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P49209, **120**
Keller, Hans (schweiz. Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P184, **21, 51, 92, 143**
Keller, René (Botschafter in London, ab Februar 1971 Chef der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P1109**, 18, 28, 56, 60, 73, 78, 79, 80, 84, 86, 96, 99, 105, 106, 109, 110, 113, 126, 130, 132, 135, 139, 146, 148, 149, 155, 164, 165, 174, 178, 184**
Kennedy, John Fitzgerald (ehem. Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13582, **114**
Kessi, Kurt (Kommandant der Sicherheits- und Kriminalpolizei der Stadt Bern) dodis.ch/P47535, **47**

Khaled, Leila (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P47482, **37, 39**
Khoman, Thanat (thailändischer Aussenminister) dodis.ch/P27721, **53**
Kiknadse, Schalwa Dawidowitsch (Erster stv. Ministerpräsident und Aussenminister der Sowjetrepublik Georgien) dodis.ch/P47561, **82**
Killián, Alfréd (Generaldirektor des tschechoslowakischen Aussenhandelsministeriums) dodis.ch/P48044, **175**
Kim, Chang Kyu (Direktor der A-DONG Industrial Co.) dodis.ch/P47966, **153**
Kim The Hi (nordkoreanischer Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P40910, **4**
Kirchschläger, Rudolf (österreichischer Aussenminister) dodis.ch/P15488, **28, 51, 156**
Kirillin, Wladimir Alexejewitsch (Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik und stv. sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P41738, **104**
Kissinger, Henry (Nationaler Sicherheitsberater der USA) dodis.ch/P31846, **89**
Kitahara, Hideo (Vertreter Japans bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47987, **65**
Kitsikis, Nicolas (griechischer Ingenieur und ehem. Politiker) dodis.ch/P44276, **32**
Kittikachorn, Sanga (thailändischer Vizeaussenminister) dodis.ch/P48215, **53**
Kittikachorn, Thanom (thailändischer Premierminister) dodis.ch/P47802, **53**
Klöti, Eugen (schweiz. Botschaftsrat in Belgrad) dodis.ch/P15426, **21, 122**
Kneubühler, Heinz (wissenschaftlicher Adjunkt des Delegierten für Konjunkturfragen und Arbeitsbeschaffung) dodis.ch/P41254, **30**
Koch, Werner (Chef Militärprotokoll in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P20068, **22**
Kohler, Simon (Regierungsrat des Kantons Bern) dodis.ch/P40065, **129**
Kolo, Alhaji Sule Dede (Vertreter Nigerias bei der UNO in Genf, akkreditiert in Bern Vorsitzender der Mitgliedstaaten des GATT) dodis.ch/P41388, **65**
König, Max (schweiz. Botschafter in Teheran, ab Mai 1970 in Canberra) dodis.ch/P1143, **33, 84, 127**
König, Walter (Direktor des Bundesamts für Zivilschutz) dodis.ch/P41991, **79**
Kossygin, Alexei Nikolajewitsch (sowjetischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15549, **104**
Kowaljow, Anatoli Gawrilowitsch (stv. sowjetischer Aussenminister) dodis.ch/P45912, **172**
Kowaljow, Michail P. (stv. Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik) dodis.ch/P47765, **104**
Krafft, Mathias (Mitarbeiter der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P24549, **178, 184**
Kreis, Georg (Historiker an der Universität Basel) dodis.ch/P22315, **162**
Kreisky, Bruno (österreichischer Bundeskanzler) dodis.ch/P2507, **28, 156**
Krell, Max (Adjunkt, ab 1971 Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41280, **22, 36**
Kremo, Heinz (Prokurist der Solco Basel AG) dodis.ch/P48022, **138**
Krit, Abdel Wahab (Botschaftsrat der tunesischen Botschaft in Bern) dodis.ch/P48017, **45**
Krummenacher, Albert (Nationalrat) dodis.ch/P47852, **82**
Kull, Walter (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P16944, **32**
Kummer, Rudolf (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47172, **14, 122, 176**
Kuo Yu-shou (ehem. taiwanesischer Kulturattaché in Brüssel) dodis.ch/P41338, **133**
Lacher, Adolf (schweiz. Botschaftssekretär in Ottawa) dodis.ch/P16173, **136**
Lacher, Hans (schweiz. Botschafter in Köln) dodis.ch/P637, **15, 71, 97, 116, 179**
Lademann, John R. (Direktor der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P41255, **128, 140, 166**
Lajčiak, Milan (tschechoslowakischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P45952, **19, 174**
Langenbacher, Heinz (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für internationale Organisationen des EPD, ab Oktober 1970 schweiz. Botschafter in Addis Abeba) dodis.ch/P5076, **20, 37, 63, 86, 109, 124, 146**
Languetin, Pierre (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P16455, **34, 36, 44, 61, 137, 150, 160, 174, 182**
Lanusse, Alejandro Agustin (argentinischer Präsident) dodis.ch/P47345, **93**
László, István (ehem. ungarischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41424, **133**

Latham, Henry Ryder (britischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47155, **115**
Léchot, Ernst Henri (Sektionschef, ab 1972 Unterabteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2434, **50, 93, 142, 154**
Ledermann, Kurt (Sektionschef im Generalsekretariat des EVD) dodis.ch/P44089, **34, 150**
Lefter, Gheorghe (rumänischer Generalstabsoffizier) dodis.ch/P48290, **167**
Léger, Jean-Marc (Exekutivsekretär der Agence de coopération culturelle et technique) dodis.ch/P48830, **10**
Leippert, Max (Sektionschef in der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P40105, **74, 75, 85, 100, 120, 147**
Lempen, Robert (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P2749, **7**
Lennep, Emile van (Generalsekretär der OECD) dodis.ch/P18064, **65, 160**
Leskinen, Väinö (finnischer Aussenminister) dodis.ch/P15439, **156**
Leu, Max (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Seoul) dodis.ch/P21992, **38, 153**
Leussink, Hans (Bildungs- und Forschungsminister der BRD) dodis.ch/P46445, **80**
Leutwiler, Fritz (Mitglied des Direktoriums der Schweiz. Nationalbank) dodis.ch/P3832, **30, 140**
Leuzinger, Pierre (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P8485, **77**
Lévy, Philippe (wissenschaftlicher Adjunkt, ab Juli 1972 Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P31862, **61, 174**
Li Hsien-nien (stv. chinesischer Ministerpräsident) dodis.ch/P45937, **121**
Lindt, August Rudolf (schweiz. Botschafter in New Delhi, ab 1971 Präsident der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe, ehem. schweiz. Delegationschef für die UNO-Menschenrechtskonferenz in Teheran 1968, ehem. IKRK-Generalkommissar in Nigeria) dodis.ch/P83, **15, 18, 43, 86, 97, 98, 106**
Lipkowski, Jean de (Staatssekretär im französischen Aussenministerium) dodis.ch/P45301, **156**
Little, Edward S. (ehem. Botschaftsrat der USA in Bern) dodis.ch/P44307, **47**
Little, Stanley H. (Mitarbeiter des britischen Finanzministeriums) dodis.ch/P48329, **115**
Locher, Fritz (Generaldirektor der PTT) dodis.ch/P16286, **75**
Locher, Kurt (Direktor der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P9761, **17, 107, 116, 137, 145, 148**
Logatschow, Semjon Semjonowitsch (sowjetischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47592, **133**
Long, Olivier (Generaldirektor des GATT) dodis.ch/P1110, **65**
Löns, Josef (Botschafter der BRD in Bern) dodis.ch/P45953, **97**
Losembe, Batwanyele (zairischer Aussenminister, ab Juli 1972 politischer Flüchtling in der Schweiz) dodis.ch/P48051, **118**
Luciri, Pierre (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD und des EPD) dodis.ch/P22129, **66, 162**
Luder, Ulrich (Ständerat) dodis.ch/P42659, **24**
Lugon, Jérôme (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P41695, **65, 175**
Lund, Otto (Generalsekretär des norwegischen Sozialministeriums) dodis.ch/P47848, **100**
Luns, Joseph (niederländischer Aussenminister) dodis.ch/P14246, **156**
Lusser, Augustin (Ständerat) dodis.ch/P1505, **24, 37, 39, 45**
Lusser, Markus (Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P22765, **66, 174**
Lusser, Milan (Unterabteilungschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P35089, **150**
Lüthi, Hans (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P1956, **28, 71**
Lüthy, Herbert (Professor für Geschichte an der ETH Zürich, ab 1971 an der Universität Basel) dodis.ch/P22459, **96**
Luy, Marcel (schweiz. Botschafter in Amman) dodis.ch/P2761, **129**
Macheret, Guy (Mitarbeiter der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P48866, **147**
MacLehose, Crawford Murray (Gouverneur von Hong Kong) dodis.ch/P48061, **129**
Macovescu, George (Erster stv. rumänischer Aussenminister) dodis.ch/P48063, **157, 167**
Mäder, Elmar (Direktor der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P2925, **17, 18, 31, 74, 143**

Maetzler, Jean-Pierre (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P42349, **61**
Mai Văn Bộ (Abgesandter der nordvietnamesischen Regierung in Paris bis Dezember 1970) dodis.ch/P16741, **4**
Malik, Jakow Alexandrovitsch (Vertreter der UdSSR bei der UNO in New York) dodis.ch/P13171, **78**
Mallet, Jacques (schweiz. Botschafter in Islamabad) dodis.ch/P2751, **87, 126**
Mandel, Ernest (belgischer Wirtschaftswissenschaftler) dodis.ch/P47979, **88**
Mănescu, Corneliu (rumänischer Aussenminister) dodis.ch/P15500, **157, 167**
Mansholt, Sicco Leendert (Präsident der Exekutivkommission der EWG) dodis.ch/P15891, **182**
Manz, Hans (Sektionschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P47430, **66**
Mao Zedong (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas) dodis.ch/P12354, **48, 89, 102, 123**
Marcuard, Sigismond (Delegierter für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P688, **5, 7, 15, 46, 53, 57, 67, 75, 77, 86, 110, 118, 122, 132, 142, 145, 174**
Margot, Daniel E. (Präsident der Vereinigung der Bundeshaus-Journalisten) dodis.ch/P47003, **52**
Marguerat, Philippe (Historiker, Professor an der Universität Neuenburg) dodis.ch/P22461, **162**
Martel, Wilfried (Generalsekretär des EDI) dodis.ch/P13540, **17**
Marti, Hans (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P690, **71, 97, 150**
Martin, Victor (schweiz. Botschaftsrat in Madrid) dodis.ch/P1470, **3, 69**
Martino, Enrico de (italienischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43479, **17, 31**
Maruška, Miroslav (tschechoslowakischer Handelsrat in Bern) dodis.ch/P48045, **175**
Masco, Garret Frank (Staatsangehöriger der USA) dodis.ch/P47591, **133**
Masmoudi, Mohamed (tunesischer Aussenminister) dodis.ch/P19985, **163**
Masnata, Silvio (ab Mai 1971 schweiz. Botschafter in Havanna) dodis.ch/P3080, **76, 161**
Masset, Charles (schweiz. Botschafter in Guatemala) dodis.ch/P2753, **142**
Maurer, Ion Gheorghe (rumänischer Ministerpräsident) dodis.ch/P15323, **157, 167**
May, Pierre von (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Damaskus) dodis.ch/P5075, **12, 45**
Mayland, René (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P28333, **33**
Médici, Emílio (brasilianischer Staatspräsident) dodis.ch/P47976, **51**
Medici, Giuseppe (italienischer Aussenminister) dodis.ch/P15459, **180**
Meere, Bruce F. (Vertreter Australiens bei der UNO in Genf) dodis.ch/P15663, **65**
Mehr, Mushtag Ahmad (pakistanischer Botschaftssekretär und Geschäftsträger a. i. in Bern) dodis.ch/P47877, **126**
Meier, Ludwig (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2746, **51, 59**
Meili, Sven (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P16368, **5, 8, 12, 45, 73, 88, 163**
Melendez, Roberto (kubanischer Protokollchef) dodis.ch/P41406, **23**
Meneghetti, Guido (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P47636, **126**
Menétrey, Gérard (wissenschaftlicher Adjunkt der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47593, **145**
Mercier, André (Professor an der Universität Bern) dodis.ch/P13633, **96**
Mesmer, Beatrix (Historikerin an der Universität Bern) dodis.ch/P22482, **162**
Mettler, Eric (Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung») dodis.ch/P47965, **121**
Meuthen, Erich (Professor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Bern) dodis.ch/P48535, **162**
Meyer, Christian (Abteilungsleiter im Ministerium für Aussenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR) dodis.ch/P45288, **4**
Meyer, Jürg (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P47331, **72**
Meyer, Paul (Korrespondent in Salisbury des schweiz. Generalkonsulats in Johannesburg) dodis.ch/P47969, **24**
Meyer-Boller, Ulrich (Nationalrat) dodis.ch/P17132, **33**
Meyer-Marsilius, Hans Joachim (Mitarbeiter der Handelskammer Deutschland-Schweiz) dodis.ch/P48523, **71**
Meyer-Schneeberger, Hedwig (Mitglied des Christlichen Friedensdiensts) dodis.ch/P48882, **86, 124**

Micheli, Pierre (bis Januar 1971 Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD und Generalsekretär des EPD) dodis.ch/P86, **1, 2, 4, 5, 6, 9, 17, 21, 22, 24, 25, 27, 28, 31, 32, 37, 38, 39, 43, 44, 47, 48, 51, 53, 66, 71, 75, 76, 78, 88, 92, 95, 99, 118, 121, 127, 133, 142, 146, 156, 161, 167, 172, 173**

Midgley, Eric Atkinson (britischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P41349, **39, 115**

Miesch, Hans (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten und Chef des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P2757, **1, 7, 19, 21, 28, 38, 64, 69, 71, 87, 88, 90, 95, 97, 121, 122, 133, 139, 152, 156, 164, 167, 168, 172, 174**

Milovanović, Vasilije (jugoslawischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43092, **122**

Minger, Charles (wissenschaftlicher Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47846, **85**

Mironowa, Soja Wassiljewna (Vertreterin der UdSSR bei der UNO in Genf) dodis.ch/P43514, **78**

Mladenow, Petar (bulgarischer Aussenminister) dodis.ch/P46731, **157**

Mobutu, Sese Seko (zairischer Staatspräsident) dodis.ch/P27678, **118**

Modin, Nikolai Konstantinowitsch (ehem. sowjetischer Botschaftsfunktionär in Bern) dodis.ch/P27891, **133**

Moerel, Maurits Herman Eduard (niederländischer Botschafter bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47990, **65**

Moffat, Jay Pierrepont (Botschaftssekretär der USA in Bern) dodis.ch/P40027, **39**

Mogens Boyesen, Jens (Vertreter Norwegens bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47991, **65**

Mojsov, Lazar (Vertreter Jugoslawiens bei der UNO in New York) dodis.ch/P48965, **78**

Molnár, Miklós (Historiker am HEI) dodis.ch/P48533, **162**

Mondlane, Eduardo (ehem. Präsident der Frente da Libertação de Moçambique) dodis.ch/P15690, **86**

Monfrini, Henri (schweiz. Botschafter in Brüssel) dodis.ch/P15950, **179**

Montandon, Robert Karl (Direktor der Schweiz. Zentrale für Handelsförderung) dodis.ch/P23605, **4, 33**

Moos, Ludwig von (Bundesrat, Vorsteher des EJPD) dodis.ch/P2815, **37, 43, 62, 63, 83, 94, 105**

Moro, Aldo (italienischer Aussenminister) dodis.ch/P13878, **180**

Morochow, Igor Dmitrijewitsch (stv. Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Atomenergie) dodis.ch/P39084, **172**

Moser, Emilio (Vizedirektor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P14195, **5, 17, 33, 138, 150, 159, 163**

Moser, Friedrich (Mitarbeiter der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P15429, **20, 37, 39, 54, 74, 80, 181**

Motta, Cristoforo (Stellvertreter des Direktors des Bundesamts für Sozialversicherung des EDI und Delegierter für Sozialversicherungsabkommen) dodis.ch/P12953, **17, 100**

Muheim, Franz (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P28750, **178**

Mühlethaler, Jacques (Präsident der Sektion Genf der Schweiz. Liga für Menschenrechte) dodis.ch/P48729, **88**

Müller, Bruno (stv. Direktor der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P2688, **30, 122, 158, 174**

Müller, Charles (schweiz. Botschafter in Jakarta) dodis.ch/P1258, **7, 89**

Müller, Hans (Sektionschef in der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P121, **73**

Müller, Hansjürg (Mitarbeiter des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P41244, **44**

Muller, Hilgard (südafrikanischer Aussenminister) dodis.ch/P31944, **130, 146**

Müller, Peter (Gemeindeschreiber der Burgergemeinde Bern) dodis.ch/P48794, **74**

Müller, Richard (Nationalrat) dodis.ch/P35158, **88**

Mumenthaler, Hans (Sektionschef, ab 1972 Unterabteilungschef in der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P15783, **19, 28, 88, 165**

Mylonas, Georges (griechischer Exilpolitiker) dodis.ch/P47828, **88**

Mysyrowicz, Ladislas (Historiker an der Universität Genf) dodis.ch/P23963, **162**

Nasser, Gamal (ägyptischer Staatspräsident) dodis.ch/P17767, **45**

Natural, Albert (Chef des politischen Dokumentationsdiensts des EPD, ab April 1972 schweiz. Botschafter in Peking) dodis.ch/P2696, **25, 35, 38, 89, 97, 101, 106, 121, 159, 164**

Naville, Marcel Alfred (Präsident des IKRK) dodis.ch/P17706, **18, 37, 43, 98**
Ne Win (burmesischer Staatspräsident) dodis.ch/P37428, **53**
Ney, Marcel (Direktor des Auslandschweizersekretariats der Neuen Helvetischen Gesellschaft) dodis.ch/P47151, **100**
Nguyễn Văn Thiệu (südvietnamesischer Staatspräsident) dodis.ch/P41399, **89**
Nguyễn Văn Trọng (Direktor im nordvietnamesischen Gesundheitsministerium) dodis.ch/P48008, **149**
Niederberger, Peter (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P17139, **80**
Niederhauser, Otto (Direktor der Ciba-Geigy AG) dodis.ch/P47488, **175**
Niggli, Roger (Vertreter der Charpilloz & Cie, A., Fabrique Hélios in den USA) dodis.ch/P47957, **22**
Nikiforow, Dmitri Semjonowitsch (sowjetischer Botschafter in Dakar) dodis.ch/P48062, **109**
Nilsson, Torsten (schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P13823, **100, 156**
Nixon, Richard (Staatspräsident der USA) dodis.ch/P13584, **69, 81, 84, 89, 121, 140, 156, 157, 176**
Noël, Francis (Zentralsekretär des Schweiz. Baumeisterverbands) dodis.ch/P47219, **49**
Nomura, Mitsuo (japanischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P47860, **34**
Nord, Hans R. (Generalsekretär des Europäischen Parlaments) dodis.ch/P11642, **94**
Nordmann, François (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P17187, **113**
Nordmann, Roger (Journalist und Direktor des Bureau d'études publicitaires) dodis.ch/P35136, **52**
Norman-Walker, Hugh (Colonial Secretary von Hong Kong) dodis.ch/P42184, **129**
Notaras, Gerassimos (griechischer Sozialwissenschaftler und ehem. Stipendiat in der Schweiz) dodis.ch/P44265, **32**
Nsanzimana, Sylvestre (ruandischer Minister für internationale Zusammenarbeit) dodis.ch/P43933, **67**
Nu, U (ehem. burmesischer Premierminister) dodis.ch/P12193, **53**
Nussbaumer, Pierre André (Chef des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P2824, **1, 2, 7, 26, 28, 30, 32, 40, 44, 50, 55, 65, 66, 72, 73, 86, 97, 103, 108, 115, 116, 122, 124, 127, 132, 137, 140, 142, 145, 150, 158, 160, 161, 166, 171, 174**
Nzabi, Joseph (zairischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P48047, **118**
Ochsenbein, Claude (schweiz. Botschaftsrat in Stockholm) dodis.ch/P17212, **164**
Ochsenbein, Heinz (Adjunkt des Sekretärs des Schweiz. Wissenschaftsrats) dodis.ch/P28504, **81**
Oeser, Ingo (Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR) dodis.ch/P45287, **4**
Oetterli, Max (Erster Sekretär der Schweiz. Bankiervereinigung) dodis.ch/P1219, **40, 66**
Ojukwu, Chukwuemeka Odumegwu (Staatschef von Biafra) dodis.ch/P42754, **43**
Olgiati, Libero (Nationalrat) dodis.ch/P12314, **33**
Olszowski, Stefan (polnischer Aussenminister) dodis.ch/P47109, **157**
Oltramare, Marc (Chef der Sektion Aide au Vietnam der Centrale Sanitaire Suisse) dodis.ch/P26458, **149**
Omotoye, Rufus Olatona (nigerianischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P45365, **43**
Oordt, Oscar van (südafrikanischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P48441, **132**
Ortiz Mena, Antonio (Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank) dodis.ch/P42613, **134**
Osolnik, Bogdan (jugoslawischer Parlamentarier) dodis.ch/P46845, **21**
Ossola, Rinaldo (Vizegeneraldirektor der italienischen Nationalbank) dodis.ch/P31552, **166**
Pahlavi, Mohamed Reza (Schah des Irans) dodis.ch/P719, **84**
Pahud, Jean-Louis (schweiz. Botschafter in Mexiko) dodis.ch/P145, **134**
Pai Hsiang-kuo (chinesischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P47946, **121**
Pakendorf, Konrad Erwin (südafrikanischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P31978, **132**
Pallmann, Martin (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P48198, **57**
Palme, Olof (schwedischer Premierminister) dodis.ch/P15501, **38**

Panagiotakos, Konstantinos (Vertreter Griechenlands beim Europarat in Strassburg) dodis.ch/P48708, **6**
Papić, Augustin (Vertreter Jugoslawiens bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47988, **65**
Paranhos do Rio Branco, Miguel (Delegationschef im brasilianischen Aussenministerium) dodis.ch/P42876, **51**
Parodi, André (schweiz. Botschafter in Kairo, ab Oktober 1971 in Madrid) dodis.ch/P130, **63, 73, 159, 174**
Pasche, René (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P27988, **70**
Pasquier, Roger (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P44044, **57**
Patolitschew, Nikolai Semjonowitsch (sowjetischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P40951, **82, 104**
Payot, François (Delegierter des IKRK) dodis.ch/P44695, **113**
Pedotti, Georges (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P17073, **17, 31, 49, 143, 172**
Pedotti, Gian Frederico (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P15377, **139, 167**
Pérez, Orlando (Präsident der kubanischen Nationalbank) dodis.ch/P41465, **161**
Perregaux, François de (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P47740, **133**
Pestalozzi, Richard (Stellvertreter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD, ab Oktober 1971 schweiz. Botschafter in Nairobi) dodis.ch/P2691, **2, 15, 46, 60, 67, 77, 118, 125, 129**
Peter, Adolf (Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P43545, **30, 124**
Peter, Ivan (stv. tschechoslowakischer Aussenhandelsminister) dodis.ch/P47800, **175**
Péter, János (ungarischer Aussenminister) dodis.ch/P15513, **157**
Petitpierre, Max (Alt Bunderat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P5, **4, 48, 84, 102, 123**
Petrosjanz, Andranik Melkonowitsch (Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Atomenergie) dodis.ch/P39083, **172**
Petrow, Iwan Jakowljewitsch (ehem. Vizepräsident des Internationalen Ausschusses für Frequenzregistrierung der ITU) dodis.ch/P43809, **133**
Peyraud, Georges (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Santiago de Chile) dodis.ch/P20431, **142**
Pezutti da Silva, Ângelo (brasilianischer kommunistischer Aktivist) dodis.ch/P48730, **88**
Pfister, Alois (Generalsekretär der Bundesversammlung) dodis.ch/P38985, **119**
Pfister, Eric (schweiz. Botschaftssekretär in New Delhi) dodis.ch/P15420, **106**
Phạm Văn Đồng (nordvietnamesischer Premierminister) dodis.ch/P13986, **89**
Pianca, Francis (schweiz. Botschaftssekretär in Rom) dodis.ch/P16365, **156**
Picot, François (Staatsrat des Kantons Genf, 1971/72 Vizepräsident des Staatsrats) dodis.ch/P48863, **155**
Pictet, François (Sektionschef, ab Oktober 1970 Stellvertreter des Chefs der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P17262, **39, 54, 63, 77, 78, 79, 99, 105, 123, 146, 155, 165, 178**
Pinna Caboni, Mario (Generaldirektor im italienischen Aussenministerium) dodis.ch/P43888, **31**
Platonow, Jewgeni Alexejewitsch (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P47335, **151, 172**
Podgorny, Nikolai Wiktorowitsch (sowjetischer Staatspräsident) dodis.ch/P15544, **84**
Polajner, Anton (jugoslawischer Arbeitsminister) dodis.ch/P47044, **143**
Pometta, Francesca (Adjunktin der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P16364, **6, 13**
Pompidou, Georges (französischer Staatspräsident) dodis.ch/P15264, **48, 128, 160**
Ponnaz, Georges E. (Mitarbeiter des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P47656, **153**
Pradervand, Jean-Pierre (Ständerat) dodis.ch/P1931, **61**
Prakash, Om (indischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47701, **1**
Preiswerk-Tissot, William (Verwaltungsratspräsident der Union Handels-Gesellschaft AG) dodis.ch/P815, **43**

Probst, Hansruedi (Chef der Radio- und Fernsehabteilung der PTT) dodis.ch/P48056, **75**

Probst, Raymond (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge, ehem. Sektionschef und Stellvertreter des Chefs der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD, ehem. Adjunkt der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P11, **14, 21, 22, 34, 38, 57, 58, 65, 66, 76, 82, 93, 94, 103, 104, 122, 128, 129, 134, 135, 137, 140, 150, 154, 157, 167, 170, 174, 175, 176, 183**

Prongué, Bernard Historiker an der Universität Fribourg) dodis.ch/P26488, **162**

Qaddhāfī, Mu'ammar al vgl. Gaddafi, Muammar al

Quinche, Jean Olivier (schweiz. Botschaftssekretär in Moskau, ab März 1972 Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15228, **80, 82, 130, 172**

Rachamim, Mordechai (israelischer Sicherheitsbeamter) dodis.ch/P45303, **11, 12**

Raeber, Thomas (Sektionschef, ab Oktober 1971 Unterabteilungschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P17259, **57, 60, 110, 112, 145**

Rahman, Mujibur (Premierminister von Bangladesch) dodis.ch/P47277, **126, 179**

Raissig, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P39511, **33**

Rajbhandary, Pradumna Lal (nepalesischer Botschafter in Bonn, akkreditiert in Bern) dodis.ch/P43527, **15**

Ramseyer, Paul-André (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16040, **2, 38, 90, 102, 121, 133, 139, 152, 156, 172**

Rappard, Alfred (schweiz. Botschafter in Bukarest) dodis.ch/P1136, **157, 167**

Rau, Jean-Philippe (Historiker an der Universität Genf) dodis.ch/P48969, **162**

Real, Friedrich (schweiz. Botschafter in Lagos, ab April 1971 in New Delhi) dodis.ch/P141, **18, 43, 55, 86, 87, 106, 111, 113, 126, 135**

Reinhardt, Eberhard (Generaldirektor der Schweiz. Kreditanstalt) dodis.ch/P24, **116, 166**

Reinhardt, Urs C. (Generalsekretär der Konservativ-Christlichsozialen Volkspartei der Schweiz) dodis.ch/P23842, **54**

Renk, Hansjörg (Mitarbeiter der schweiz. Botschaft in Helsinki) dodis.ch/P47031, **173**

Renschler, Walter (Nationalrat) dodis.ch/P29759, **64, 68, 88, 184**

Rérat, Marcel (Geschichtsstudent an der Universität Fribourg) dodis.ch/P48544, **162**

Retornaz, René (Direktor des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie) dodis.ch/P25311, **82, 129, 134**

Reverdin, Olivier (Nationalrat) dodis.ch/P11967, **86**

Revilliod, Jean-François (schweiz. Botschafter in Jakarta) dodis.ch/P2747, **7, 159**

Rey, Jean-Claude (volkswirtschaftlicher Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49107, **176**

Rham, Jean de (schweiz. Botschafter in Rom) dodis.ch/P844, **17, 94, 107, 148**

Riad, Mahmoud (ägyptischer Aussenminister) dodis.ch/P42337, **45**

Rial, Jacques (ehem. Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P19128, **77**

Richard, Jean (schweiz. Botschafter in Dakar) dodis.ch/P135, **109**

Richard-Frick, Elenka (Ehefrau von J. Richard) dodis.ch/P48058, **109**

Richter, Yann (stv. Direktor der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P42501, **153**

Riedmatten, Bernard de (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P21813, 110

Riesen, Armin (Generalsekretär des EJPD) dodis.ch/P7662, **47, 63**

Riesen, Jean (Nationalrat) dodis.ch/P40171, **88**

Rieser, Walter (schweiz. Botschaftssekretär in Algier, ab September 1970 Adjunkt der Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16096, **75, 113**

Rist, Gilbert (Direktor des Centre Europe – Tiers Monde) dodis.ch/P24719, **124**

Rist, Othmar (schweiz. Generalkonsul in Bombay, ab September 1970 in Hamburg) dodis.ch/P15147, **111, 126**

Ritter, Jean-Pierre (schweiz. Botschaftssekretär in Peking, ab Juli 1970 Mitarbeiter, ab Januar 1971 Sektionschef in der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P17429, **45, 113, 121, 138, 162**

Roa García, Raúl (kubanischer Aussenminister) dodis.ch/P26830, **23**
Roberto, Holden A. (angolanischer Politiker) dodis.ch/P27587, **86**
Roberts, James A. (kanadischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P43402, **96, 154**
Roch, William (schweiz. Botschaftsrat in Rio de Janeiro) dodis.ch/P2740, **35, 50, 51**
Rochat, André (Generaldelegierter des IKRK auf der arabischen Halbinsel) dodis.ch/P28736, **37**
Rochat, Fernand (schweiz. Botschaftssekretär in Pretoria) dodis.ch/P47963, **124**
Rochat, Louis (Mitarbeiter des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P43894, **32, 44, 108, 111, 124, 174**
Roches, Louis (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P11698, **2, 14, 26, 58, 82, 104, 122, 157, 176**
Rogers, William Pierce (Aussenminister der USA) dodis.ch/P15538, **65, 71**
Rohner, François, (Experte des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD beim ruandischen Ministerium für internationale Zusammenarbeit) dodis.ch/P48292, **46, 67**
Rohner, Willy (Ständerat) dodis.ch/P12328, **110**
Röhrig, Georg (Attaché der BRD in Rio de Janeiro) dodis.ch/P48005, **59**
Romanens, Meinrad (Mitarbeiter des Departementssekretariats des EJPD) dodis.ch/P48048, **19**
Romare, Jan (Mitarbeiter des schwedischen Aussenministeriums) dodis.ch/P48024, **164**
Roseira, Mário (Präsident der portugiesischen Kommission für internationale Studien zur Sozialen Sicherheit) dodis.ch/P47855, **100**
Rössel, Agda (schwedische Botschafterin in Prag) dodis.ch/P40908, **152, 164**
Rossetti, Oscar (schweiz. Botschafter in Beijing) dodis.ch/P2031, **4, 38, 89, 121**
Rossi, Henri (schweiz. Botschaftsrat in Moskau) dodis.ch/P15382, **58, 104**
Rossier, William (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P47686, **61**
Rothenbühler, Fritz (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge) dodis.ch/P14589, **65, 94, 145, 150, 153**
Rougemont, Denis de (schweiz. politischer Philosoph) dodis.ch/P1307, **96**
Roulet, Louis-Edouard (Präsident der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft) dodis.ch/P24038, **162**
Roux, Abraham J. A. (Präsident der südafrikanischen Atomenergiebehörde) dodis.ch/P47956, **130**
Rudolf, Max (Sektionschef in der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P48007, **94**
Rüedi, Jacques (Sektionschef in der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P2809, **5, 11, 17, 73**
Rüegg, Willy (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P47694, **39**
Ruff, Jean-Maurice (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43955, **75**
Ruffieux, Roland (Professor für allgemeine Zeitgeschichte an der Universität Freiburg i. Üe.) dodis.ch/P22490, **96, 162**
Russi, Chantal (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P47358, **27**
Russi, Marie-Hélène (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P47357, **27**
Rüthemann, Emil (Inspektor der Bundespolizei des EJPD) dodis.ch/P43713, **157**
Růžek, Miloslav (stv. tschechoslowakischer Aussenminister) dodis.ch/P48000, **164**
Rychen, Hans Peter (Experte des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD in Peru) dodis.ch/P42888, **57, 60**
Ryter, Jürg (Mitarbeiter der Société financière Mirelis SA) dodis.ch/P48331, **115**
Sabri, Hussein Zulfikar (ägyptischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P28283, **73**
Sadis, Ugo (Staatsrat des Kantons Tessin, Vorsteher des Finanz- und des Bildungsdepartements) dodis.ch/P47348, **169**
Saladin, Peter (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD, ab Mai 1971 schweiz. Botschaftssekretär in Washington) dodis.ch/P43126, **9, 166**
Saleh, Abder Rahman (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P48013, **37, 39**
Saleh, Rachmat (Vizegouverneur der Bank Negara Indonesia) dodis.ch/P45047, **7**
Salis, Jean Rudolf von (em. Professor für Geschichte an der ETH Zürich) dodis.ch/P2119, **96**
Salis, Ludwig Rudolf von (ehem. schweiz. Rechtswissenschaftler) dodis.ch/P15022, **83**

Saluz, Alexander (Kanzleichef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P42527, **95**
Salvi, Serge François (Adjunkt des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P15380, **118**
Samuels, Nathaniel (stv. Unterstaatssekretär im Aussenministerium der USA) dodis.ch/P45560, **101**
Sarong Yem (kambodschanischer Botschafter in Bonn, akkreditiert in Bern) dodis.ch/P46266, **159**
Satō, Eisaku (japanischer Premierminister) dodis.ch/P40533, **65**
Sauvant, Jean-Marc (Vizekanzler) dodis.ch/P32014, **8, 126**
Sawin, Nikolai Andrejewitsch (sowjetischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47742, **133**
Saxena, Jagmohan Lal (indischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47286, **1**
Schaer, Hans (schweiz. Konsul in Bahia) dodis.ch/P15142, **27**
Schaffner, Hans (Bundesrat, Vorsteher des EVD) dodis.ch/P1652, **22, 103, 114**
Schaller, Alfred (Nationalrat, Präsident des Verwaltungsrats der Panalpina Welttransport AG) dodis.ch/P11254, **43**
Schären, Walter (Präsident der Sapiam, Generaldirektor der General Watch Company Ltd.) dodis.ch/P44707, **134**
Schärer, Erich (Historiker an der Universität Zürich) dodis.ch/P31357, **162**
Schärli, Josef (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P24557, **52**
Schauwecker, Max (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P48529, **100**
Scheel, Walter (Aussenminister der BRD, Juli bis Dezember 1970 Präsident des Rats der Europäischen Gemeinschaften) dodis.ch/P15413, **44, 71, 156**
Schenk, Blaise (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P15229, **86, 92, 144, 156, 173**
Schindler, Alfred (Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Südafrika) dodis.ch/P14769, **86**
Schindler, Dietrich (Professor für internationales Recht und Verfassungsrecht an der Universität Zürich) dodis.ch/P12770, **184**
Schläppi, Gottlieb (wissenschaftlicher Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P47781, **147**
Schlatter, Arthur-Wilfried (schweiz. Staatsangehöriger) dodis.ch/P43954, **75**
Schlegel, Florian (Nationalrat) dodis.ch/P48700, **88**
Schlegelberger, Günther (deutscher Ministerialrat in Bern) dodis.ch/P46507, **37, 97**
Schmid, Werner (Nationalrat bis November 1971) dodis.ch/P8767, **158**
Schmidheiny, Ernst (Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Südafrika) dodis.ch/P15098, **86**
Schmidtchen, Gerhard (Professor für Sozialpsychologie und Soziologie an der Universität Zürich) dodis.ch/P35210, **77, 160**
Schmitt, Henri (Staatsrat des Kantons Genf, 1971/72 Präsident des Staatsrats) dodis.ch/P42165, **155**
Schneider, Walter (Verwaltungsratsdelegierter der Panalpina Welttransport AG) dodis.ch/P48070, **43**
Schnyder, Felix (schweiz. Botschafter in Washington) dodis.ch/P84, **7, 36, 38, 40, 65, 76, 89, 101, 140, 166**
Schuler, Adelrich Jacob (Nationalrat) dodis.ch/P41926, **33**
Schulthess, Heiner (Chef der Gruppe für Rüstungsdienste des EMD) dodis.ch/P46019, **29**
Schultz, Hans (Professor für Strafrecht an der Universität Bern, Vorsitzender der Studienkommission für die Begutachtung des Entwurfs zu einem schweizerisch-amerikanischen Rechtshilfeabkommen) dodis.ch/P24558, **66**
Schumann, Maurice (französischer Aussenminister) dodis.ch/P7260, **71, 91, 94, 100, 156**
Schürch, Oscar (Direktor der Polizeiabteilung des EJPD) dodis.ch/P920, **19, 85**
Schurtenberger, Erwin (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15428, **28, 121, 130, 156**
Schütz, Otto (Nationalrat) dodis.ch/P12275, **88**
Schwarz, Karl (Leiter der Meldestelle für die Vermögen verschwundener Ausländer der Justizabteilung des EJPD) dodis.ch/P26996, **183**
Schwarzenbach, James (Nationalrat) dodis.ch/P17589, **31, 77, 176**
Schwarzenberger, Otto (tschechoslowakischer Staatsangehöriger) dodis.ch/P39414, **19**

Schweingruber, Alix (schweiz. Geschäftsträger a. i. in La Paz) dodis.ch/P19852, **51**
Schweizer, Peter (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P15969, **44**
Selmair, Lilly (schweiz. Staatsangehörige) dodis.ch/P37822, **133**
Sène, Alioune (senegalesischer Kulturminister) dodis.ch/P47712, **109**
Senghor, Léopold Sédar (senegalesischer Staatspräsident) dodis.ch/P2604, **109**
Senn, Hans (Unterstabchef in der Gruppe für Generalstabsdienste des EMD) dodis.ch/P24571, **16, 28**
Serra, Etienne (schweiz. Botschafter in Bogotá) dodis.ch/P2683, **57**
Shann, Keith Charles Owen (stv. Staatssekretär im australischen Aussenministerium) dodis.ch/P48885, **127**
Shash, Hassan Amin (ägyptischer Botschaftsrat und Chargé d'affaires a. i. in Bern) dodis.ch/P48016, **45**
Shukla, Vidya Charan (indischer Minister für die Beschaffung von Verteidigungsmaterial) dodis.ch/P47422, **135**
Sieber, Hugo (Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern) dodis.ch/P2558, **36, 166**
Siegrist, Hans Rudolf (Direktor des Amts für Energiewirtschaft des EVED) dodis.ch/P2799, **16, 28**
Sigg, Werner (schweiz. Minister in Köln) dodis.ch/P16134, **71**
Šik, Ota (Professor für Wirtschaft an der Hochschule St. Gallen, ehem. stv. tschechoslowakischer Ministerpräsident) dodis.ch/P40873, **19**
Simanowski, Lew Alexejewitsch (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P44306, **172**
Simonin, Pierre-Yves (Mitarbeiter des EPD, ab August 1970 Sekretär des Departementschefs des EPD) dodis.ch/P15417, **25, 28, 44, 71, 86, 91, 94, 95, 148, 150, 156, 180**
Singh, Arjan (indischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P46053, **111, 135**
Smoquina, Giorgio (Vertreter Italiens bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47995, **65**
Soarès, Mário (portugiesischer Oppositioneller im Exil) dodis.ch/P46967, **13**
Solandt, Omond (kanadischer Wissenschaftler) dodis.ch/P47952, **81**
Sollberger, Charles (Alt Nationalrat) dodis.ch/P35251, **86**
Sommaruga, Cornelio (stv. Chef der schweiz. Delegation bei der EFTA in Genf) dodis.ch/P23436, **61, 65**
Sommerfelt, Søren (ehem. Vertreter Norwegens bei der UNO in Genf und Vorsitzender der Mitgliedstaaten des GATT) dodis.ch/P18279, **65**
Son, Ngoc Thanh (kambodschanischer Premierminister) dodis.ch/P12373, **159**
Sordat, Jean (Vertreter der Vereinigung westschweizerischer Arbeitgeberverbände) dodis.ch/P48497, **49**
Sorsa, Kalevi (finnischer Aussenminister) dodis.ch/P46536, **156**
Specker, Josef E. (Direktor der Union Druck und Verlag AG) dodis.ch/P48684, **42**
Spoorenberg, Paul (Ökonom beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P48191, **57**
Spreti, Karl von (Botschafter der BRD in Guatemala) dodis.ch/P45755, **59**
Spühler, Willy (Bundesrat, Vorsteher des EPD bis Januar 1970, ab 1971 Präsident von Pro Helvetia) dodis.ch/P2111, **4, 6, 18, 19, 20, 21, 22, 32, 38, 71, 86, 109, 124, 167**
Spühler-Vogel, Anna Pauline (Ehefrau von W. Spühler) dodis.ch/P41433, **109**
Stadelhofer, Emile (schweiz. Botschafter in Tokio) dodis.ch/P2647, **34, 137, 147**
Stadler, Peter (Professor für neuere allgemeine und Schweizer Geschichte an der Universität Zürich) dodis.ch/P23851, **162**
Stamm, Walter (Direktor des Amts für geistiges Eigentum des EJPD) dodis.ch/P40999, **71**
Stavropoulos, Konstantinos (ehem. UNO-Kommissar für Namibia) dodis.ch/P42529, **146**
Stefani, Alberto (Ständerat) dodis.ch/P42656, **119**
Steffen, Emilio (Präsident der Schweizervereinigung in Italien) dodis.ch/P48196, **107**
Steiger, Hans (wissenschaftlicher Adjunkt des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P43128, **150**
Steinemann, Albert (Adjunkt der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P12291, **129, 137**
Steiner, Werner (Sektionschef in der Fremdenpolizei des EJPD) dodis.ch/P15942, **49**

Steinhäuslin, Charles Henri (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P19934, **56**
Stepanenko, Nikolai Georgijewitsch (sowjetischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P47764, **104**
Sterlikow, Alexei Petrowitsch (sowjetischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41686, **133**
Stettler, Rudolf (schweiz. Botschaftsrat in Washington) dodis.ch/P20206, **66**
Stettler, Werner (Präsident des Schweizer-Vereins im Fürstentum Liechtenstein) dodis.ch/P48002, **41**
Stocker, Paul (Professor für Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik an der Universität Bern) dodis.ch/P42612, **33**
Stofer, Bernard (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P20809, **17, 49, 120, 142, 180**
Stoph, Willi (Ministerpräsident der DDR) dodis.ch/P15220, **71**
Stopper, Edwin (Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank, ehem. Direktor der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P972, **2, 26, 30, 32, 36, 41, 72, 124, 140**
Stoudmann, René (schweiz. Botschafter in Tunis) dodis.ch/P1132, **138, 163**
Stoutz, Jean de (schweiz. Botschafter in Moskau) dodis.ch/P2695, **82, 104, 133, 172, 173**
Sträng, Gunnar (schwedischer Finanzminister) dodis.ch/P41928, **2**
Strauch, Hanspeter (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15978, **69, 86, 132, 146**
Stroehlin, Jean (schweiz. Botschafter in Rabat bis Oktober 1971) dodis.ch/P2655, **5**
Strong, Maurice F. (Generalsekretär der Weltumweltkonferenz 1972) dodis.ch/P46530, **56, 141**
Struś, Stanisław (Direktor im polnischen Aussenhandelsministerium) dodis.ch/P48305, **170**
Stutzer, Walter (Chefredaktor des «Tages-Anzeigers») dodis.ch/P43125, **22**
Suharto, Mohamed (indonesischer Staatspräsident) dodis.ch/P43029, **7**
Sulzer, Georges (Vorstandsmitglied der Gesellschaft Schweiz-Südafrika) dodis.ch/P14764, **86**
Sulzer, Henry (Direktor der Gebrüder Sulzer AG) dodis.ch/P18525, **104**
Suter, Etienne (schweiz. Berater des ruandischen Staatspräsidenten) dodis.ch/P2704, **67**
Suter, Heinz (schweiz. Generalkonsul in Hong Kong) dodis.ch/P19866, **129**
Suworow, Alexander Wassiljewitsch (ehem. russischer Feldherr) dodis.ch/P10290, **82**
Swaminathan, T. (indischer Chefbeamter) dodis.ch/P37600, **1**
Sydow, Erik von (Vertreter Schwedens bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47992, **65**
Taillard, André (Direktor des Informationszentrums des Verbands der schweiz. Uhrenindustrie in Mexiko) dodis.ch/P48209, **134**
Tavel, Charles (schweiz. Wissenschaftsattaché in Washington) dodis.ch/P38631, **81**
Tchang Kaï-chek, cf. Chiang Kai-shek
Tchen, Tche-fang (chinesischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40907, **121**
Tchistiakov, Anatoli Semoinovitch, cf. Tschistjakow, Anatoli Semjonowitsch
Telli, Diallo (Generalsekretär der OUA) dodis.ch/P41946, **86**
Tenchio, Ettore (Nationalrat) dodis.ch/P11899, **33**
Tepavac, Mirko (jugoslawischer Aussenminister) dodis.ch/P15469, **157**
Thalmann, Ernesto (Chef der Abteilung für internationale Organisationen des EPD, ab Februar 1971 Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD, Generalsekretär des EPD) dodis.ch/P997, **2, 3, 4, 6, 8, 12, 13, 18, 20, 24, 28, 29, 38, 39, 43, 45, 46, 51, 56, 59, 60, 63, 64, 70, 71, 74, 75, 76, 77, 79, 81, 82, 85, 86, 87, 95, 97, 100, 107, 108, 110, 113, 118, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 132, 133, 135, 136, 138, 139, 140, 143, 146, 148, 149, 150, 156, 157, 159, 164, 167, 168, 169, 172, 173, 174, 176, 178, 179, 181**
Thévenaz, Pierre (Chef des politischen Sekretariats des EPD) dodis.ch/P2827, **46, 92, 121, 126, 132, 139, 144, 164, 173, 174, 178**
Thorn, Gaston (luxemburgischer Aussenminister) dodis.ch/P15471, **25, 156**
Thrane, Erik (Vertreter Dänemarks bei der UNO in Genf) dodis.ch/P47993, **65**
Tito, Josip Broz (jugoslawischer Staatspräsident, Vorsitzender des Bunds der Kommunisten Jugoslawiens) dodis.ch/P1002, **122**

Todorow, Stanko (bulgarischer Ministerpräsident) dodis.ch/P48041, **157**
Tončić-Sorinj, Lujo (Generalsekretär des Europarats) dodis.ch/P15481, **6**
Töndury, Jean-Eugène (Sektionschef in der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P2113, **34, 129, 137, 153**
Torche, Paul (Ständerat) dodis.ch/P11900, **61**
Tosio, Enrico (schweiz. Generalkonsul in Karachi) dodis.ch/P9661, **87, 111**
Tötterman, Richard (Staatssekretär im finnischen Aussenministerium) dodis.ch/P46542, **144**
Trachsel, Jean (schweiz. Vize-Konsul in Johannesburg) dodis.ch/P22197, **24**
Trachsel, Peter (Direktor des Amts für Verkehr des EVED) dodis.ch/P40166, **94**
Trần Kim Phượng (südvietnamesischer Vizeaussenminister) dodis.ch/P48240, **90**
Trần Văn Lắm (südvietnamesischer Aussenminister) dodis.ch/P42796, **90**
Tribolet, Jean-Jacques de (schweiz. Botschafter in Helsinki bis Januar 1971, ab November 1971 schweiz. Botschafter in Rabat) dodis.ch/P2657, **5, 64**
Trinka, Frank G. (Mitarbeiter des Aussenministeriums der USA) dodis.ch/P45852, **66**
Triponez, Antoine (Ausbildungschef Fliegerabwehrtruppen der Abteilung für Flugwesen und Fliegerabwehr des EMD) dodis.ch/P44201, **29**
Triponez, Pierre (Mitarbeiter des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P48856, **165**
Troendle, Max (schweiz. Generalkommissär für die Weltausstellung in Osaka) dodis.ch/P80, **137**
Truninger, Charles (schweiz. Geschäftsträger a. i. in Seoul) dodis.ch/P20208, **153**
Tscharner, Benedikt von (Chef des Integrationsbüros des EPD und EVD) dodis.ch/P16824, **44, 94, 95, 101, 148, 150, 160, 178, 182**
Tschistjakow, Anatoli Semjonowitsch (sowjetischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P39231, **82, 104, 133**
Tschombé, Moïse Kapenda (ehem. kongolesischer Politiker) dodis.ch/P27684, **43**
Tschudi, Hans Peter (Bundesrat, 1970 Bundespräsident, Vorsteher des EDI) dodis.ch/P11670, **10, 37, 41, 44, 48, 51, 54, 56, 71, 79, 94, 100, 105, 114, 119, 124, 141, 160**
Turrettini, Bernard (schweiz. Beobachter bei der UNO in New York) dodis.ch/P2656, **9, 42, 56, 78, 102, 106, 146**
Uhl, Othmar (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD, ab Juli 1971 schweiz. Botschaftssekretär in Budapest) dodis.ch/P16000, **80, 81, 157**
Ulbricht, Walter (Staatspräsident der DDR, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED) dodis.ch/P2597, **71, 181**
Ullrich, Günther (Chef der Handelsmission der DDR in Zürich) dodis.ch/P46521, **179, 181**
Ulrich, Richard (Adjunkt der Finanzverwaltung des EFZD) dodis.ch/P1932, **46, 67**
Umbricht, Victor Hermann (Delegierter des Verwaltungsrats der Ciba AG, ehem. Legationsrat der schweiz. Botschaft in London) dodis.ch/P1670, **7, 15, 43**
Urner, Klaus (Historiker an der ETH Zürich) dodis.ch/P23893, **162**
Ursu, Ioan (Präsident des rumänischen Staatskomitees für Atomenergie) dodis.ch/P48065, **167**
U Thant, Sithu (Generalsekretär der UNO bis Dezember 1971) dodis.ch/P15551, **12, 20, 42, 78, 86**
Vallon, André-Louis (schweiz. Botschaftssekretär in Algier) dodis.ch/P15374, **75**
Vallotton, Etienne (Stellvertreter des Chefs der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P2149, **57, 80, 81, 96, 130, 174**
Vauthier, Hans R. (Direktor der Ciba AG) dodis.ch/P48995, **21**
Veglio, Pietro (Mitarbeiter des Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P48146, **57**
Vennemoe, Per (bis 1970 norwegischer Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P43102, **21**
Vennemoe-Falck, Elise (Ehefrau von P. Vennemoe) dodis.ch/P46861, **21**
Vettovaglia, Jean-Pierre (Mitarbeiter des EPD) dodis.ch/P16414, **11**
Vieli, Georg (wissenschaftlicher Adjunkt des Bundesamts für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P34965, **49**
Vifian, André (Adjunkt des Sekretärs des Schweiz. Wissenschaftsrats) dodis.ch/P49063, **81**
Villeneuve, Lucien (kanadischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P47768, **96**

Vincent, Jean (Nationalrat) dodis.ch/P3028, **22**
Vine, Richard David (amerikanischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P37445, **37**
Vischer, Ernst (Direktor der Ciba AG) dodis.ch/P26598, **21**
Vischer, Jakob Johann (Generalstabchef der Schweizer Armee ab 1972) dodis.ch/P39256, **92**
Vivis, Erhard von (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P48036, **129**
Voegeli, Traugott (Mitarbeiter des politischen Diensts Ost des EPD) dodis.ch/P2821, **143**
Vogel, Ulrich (wissenschaftlicher Adjunkt des Rechtsdiensts des EJPD) dodis.ch/P9560, **74**
Vogt, Hannes (Mitarbeiter der Abteilung für internationale Organisationen des EPD, ab September 1970 Geschäftsträger in San José) dodis.ch/P19463, **18**
Voirier, Henri (Adjunkt der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P5489, **56**
von der Weid, Jean Marc (brasilianisch-schweiz. Doppelbürger, studentischer Aktivist) dodis.ch/P46621, **27, 35, 51**
Vorster, Balthazar Johannes (südafrikanischer Premierminister) dodis.ch/P32071, **124**
Võ Văn Sung (Delegierter der nordvietnamesischen Regierung in Paris) dodis.ch/P48004, **90**
Wachtmeister, Wilhelm (Sektionschef im schwedischen Aussenministerium) dodis.ch/P44085, **95**
Wahlen, Friedrich Traugott (Alt Bunderat, ehem. Vorsteher des EPD) dodis.ch/P1047, **48, 84, 96, 114, 135, 146**
Wälchli, Walter (Sektionschef im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit des EVD) dodis.ch/P19118, **49**
Walder, Hans (schweiz. Bundesanwalt) dodis.ch/P43487, **12, 37, 83, 115, 133**
Waldheim, Kurt (ab Januar 1972 Generalsekretär der UNO) dodis.ch/P15484, **146, 152, 164**
Walthard, Friedrich (Generalsekretär des EVD bis September 1971, Beauftragter für die Uhrenindustrie und Industriefragen des EVD) dodis.ch/P2991, **30, 94, 150**
Wanchoo (Chefbeamter im indischen Industrieministerium bis 1970) dodis.ch/P44656, **1**
Wang Erh-kang (ehem. chinesischer Botschaftssekretär in Bern) dodis.ch/P41339, **133**
Weber, Jean-Pierre (schweiz. Generalkonsul, ab Dezember 1971 Geschäftsträger a. i. in Saigon, ab Januar 1972 Botschafter in Kinshasa) dodis.ch/P1422, **4, 90, 118, 149**
Weber, Max (Nationalrat, Vorsitzender der Expertenkommission für Waffenausfuhr) dodis.ch/P1055, **22, 64, 68**
Weber, Rolf (Nationalrat) dodis.ch/P46931, **88**
Wehrli, Bernhard (Sekretär des Vororts) dodis.ch/P16950, **71**
Weiersmüller, Rudolf (Mitarbeiter von Helvetas in Indien und Nepal) dodis.ch/P16825, **15**
Weitnauer, Albert (Delegierter des Bundesrats für Handelsverträge, ab Februar 1970 schweiz. Botschafter in London) dodis.ch/P2132, **14, 25, 28, 36, 44, 61, 65, 66, 82, 101, 103, 129, 150, 174**
Wenger, Otto (Nationalrat) dodis.ch/P32080, **86**
Wenk, Willi (Ständerat) dodis.ch/P43566, **61**
Wermelinger, A. (Sekretär des Schweiz. Hotelier-Vereins) dodis.ch/P48494, **49**
Wermuth, Roland (Mitarbeiter, ab Januar 1971 Sektionschef in der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P15230, **51, 80, 130, 172**
Werner, Denise (Sektionschefin in der Abteilung für internationale Organisationen des EPD) dodis.ch/P20211, **18, 60, 70, 110, 165**
Wernly, Thomas (Diplomatenanwärter im EPD) dodis.ch/P19145, **140**
West, David T. (britischer Botschaftsrat in Bern) dodis.ch/P48018, **37, 39**
Wetterwald, Charles-Albert (Protokollchef des EPD) dodis.ch/P2684, **41, 47, 84, 86, 114, 126, 179**
Weyermann, Hans (Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P25239, **129**
Wickman, Krister (schwedischer Aussenminister) dodis.ch/P45589, **156, 164**
Widmer, Max (Sektionschef in der Steuerverwaltung des EFZD) dodis.ch/P16732, **107, 145**
Widmer, Sigmund (Nationalrat) dodis.ch/P23176, **108**

Wildhaber, Luzius (Mitarbeiter der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P24566, **77, 86, 159**
Wilhelm, Rolf (Sektionschef beim Delegierten für technische Zusammenarbeit des EPD) dodis.ch/P24367, **15, 67**
Willmann, Adam (polnischer Vize-Aussenminister) dodis.ch/P44778, **157**
Winkler, Pavel (ehem. tschechoslowakischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40872, **19**
Winspeare-Guicciardi, Vittorio (Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Genf) dodis.ch/P42442, **12**
Winteler, Guy (IKRK-Delegierter in Amman) dodis.ch/P45690, **37**
Winterberger, Gerhard (Direktor des Vororts) dodis.ch/P17634, **174**
Winzer, Otto (Aussenminister der DDR) dodis.ch/P15515, **179**
Wipfli, Emil (Ständerat) dodis.ch/P42657, **61**
Wipfli, Paul (Mitarbeiter der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD) dodis.ch/P16207, **107**
Wittwer, Charles-Maurice (Generaldirektor der Schweiz. Uhrenkammer) dodis.ch/P14112, **150**
Wodak, Walter (Generalsekretär des österreichischen Aussenministeriums) dodis.ch/P42619, **156**
Wolf, Hans (Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung des EDI) dodis.ch/P41541, **100**
Wollin, Claës (schwedischer Botschafter in Warschau) dodis.ch/P48010, **152, 164**
Woodtli, Hans R. (schweiz. Grafiker) dodis.ch/P47717, **109**
Wurth, Paul Henri (Chef der schweiz. Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel) dodis.ch/P1522, **25, 94, 182**
Wyder, Robert (Fachtechnischer Mitarbeiter der Handelsabteilung des EVD) dodis.ch/P49141, **176**
Wyler, Didier (Nationalrat) dodis.ch/P32088, **26, 88**
Yost, Charles Woodruff (Vertreter der USA bei der UNO in New York) dodis.ch/P28555, **39**
Yousef, Ibrahim Tawfik (Mitglied der Volksfront für die Befreiung Palästinas) dodis.ch/P45310, **11, 12, 37, 39, 45**
Yousfi, M'hamed (algerischer Botschafter in Bern) dodis.ch/P40931, **45, 75**
Zamfir, Gheorghe (rumänischer Musiker) dodis.ch/P47881, **167**
Zangger, Claude (Vizedirektor des Amts für Energiewirtschaft) dodis.ch/P32092, **172**
Zehnder, Alfred (ehem. Generalsekretär des EPD, ehem. Chef der Abteilung für politische Angelegenheiten des EPD, ehem. schweiz. Botschafter in Moskau) dodis.ch/P79, **4, 69, 133**
Zeier Cappelen, Johan (ab 1970 norwegischer Botschafter in Belgrad) dodis.ch/P46958, **21**
Zellweger, Eduard (Rechtsanwalt, Alt Ständerat) dodis.ch/P1092, **67**
Ziegler, Jean (Nationalrat) dodis.ch/P27154, **86, 88**
Zhou Enlai, cf. Chou En-laï
Zikri, Jawad (saudiarabischer Botschafter in der Schweiz) dodis.ch/P43495, **45**
Zimmermann, Hans (schweiz. Botschaftsrat in Wien) dodis.ch/P2736, **64**
Zlatković, Stojan (ehem. jugoslawischer Handelsattaché in Bern) dodis.ch/P47652, **133**
Zoelly, Henri (Stellvertreter des Chefs der Rechtsabteilung des EPD) dodis.ch/P1097, **41, 116, 146, 147, 183**
Zogg, Christian (schweiz. Botschaftsrat in Tokio) dodis.ch/P17276, **65, 129, 137**
Züst, Felix (schweiz. Sanitätsoffizier, Delegierter bei der UNTSO im Nahen Osten) dodis.ch/P43850, **20**
Zwahlen, Jean (Stellvertreter des Chefs des Finanz- und Wirtschaftsdiensts des EPD) dodis.ch/P15811, **159, 166, 171, 174**
Zwicky, Dieter F. (Präsident der Gesellschaft Schweiz-Rhodesien) dodis.ch/P24201, **24**

VIII.2. KÖRPERSCHAFTSREGISTER
INDEX DES ORGANISATIONS
INDICE DELLE ORGANIZZAZIONI

Neben dem Namen der Körperschaft führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Verwaltungseinheiten und Regierungsstellen der einzelnen Staaten sind im Register nicht aufgeführt, da sie in den Dokumenten anhand des Registers der geografischen Bezeichnungen auffindbar sind.

Les noms des organisations de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), dans laquelle se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les structures administratives et gouvernementales des différents États n'ont pas été prises en compte, dans la mesure où elles peuvent être trouvées dans les documents grâce à l'index des noms géographiques.

I nomi delle organizzazioni dell'indice sono completati con il **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), nella quale si trovano ulteriori informazioni e documenti supplementari. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. Nell'indice le strutture delle amministrazioni dei singoli Stati non sono state considerate perché rintracciabili nei documenti attraverso l'indice dei nomi geografici.

Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT) dodis.ch/R1534, **1, 14, 28, 41, 58, 61, 65, 91, 94, 101, 103, 137, 150, 153, 154, 157, 160, 170, 174, 175**

Action en faveur des droits de l'homme – Suisse dodis.ch/R23793, **54**

Action nationale contre l'emprise étrangère du peuple et de la patrie dodis.ch/R26546, **184**

AELE dodis.ch/R10096, **13, 41, 44, 52, 61, 82, 108, 150, 160, 174, 175, 178**

–, Comité économique dodis.ch/R27881, **174**

–, Conférence des ministres dodis.ch/R22565, **174**

Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde dodis.ch/R26710, **86**

Agence de coopération culturelle et technique dodis.ch/R28341, **10**

Agence France-Presse (AFP) dodis.ch/R4773, **102**

Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA) dodis.ch/R9676, **41, 130**

AHV dodis.ch/R22782, **41, 100, 147**

AI dodis.ch/R23278, **41, 100, 147**

Aktiengesellschaft für Erz- und Metallhandel dodis.ch/R19406, **167**

Aktion für Menschenrechte – Schweiz vgl. Action en faveur des droits de l'homme – Suisse

Allgemeine Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz (AGGS) dodis.ch/R17163, **162**

Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie AG (ASUAG) dodis.ch/R6040, **134, 150**

Alters- und Hinterlassenenversicherung vgl. AHV

Alusuisse Engineering AG dodis.ch/R26942, **43**

Asiatische Entwicklungsbank (AEB) dodis.ch/R23274, **7**

Associated Press (AP) dodis.ch/R8030, **179**

Association des Suisses spoliés d'Algérie ou d'Outre-mer dodis.ch/R20455, **5**

Association européenne de libre-échange cf. AELE

Association internationale de développement rural (AIDR) dodis.ch/R28066, **46**

Association Suisse-Afrique du Sud (SSAA) dodis.ch/R11348, **86**

Association suisse des banquiers (ASB) dodis.ch/R14, **5, 40, 66, 117, 137, 161, 166**

Association suisse des entrepreneurs dodis.ch/R12324, **49**

Association suisse des fabricants de cigarettes dodis.ch/R24099, **9**

Association suisse pour les Nations Unies dodis.ch/R831, **69**

Association Suisse-Rhodésie dodis.ch/R26043, **24**

Assurance-invalidité cf. AI

Assurance-vieillesse et survivants (AVS) cf. AHV
Ateliers de Construction de Ruti SA dodis.ch/R3162, **181**
Austrian Airlines (AUA) dodis.ch/R26899, **28**
Baeschlin AG dodis.ch/R27873, **138**
Balair AG dodis.ch/R18516, **18, 20, 113**
Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) dodis.ch/R266, **128**
Bank Negara Indonesia (BNI) dodis.ch/R25870, **7**
Bank of Tokyo, Ltd. dodis.ch/R25202, **137**
Banque asiatique de développement (BASD) cf. Asiatische Entwicklungsbank
Banque d'Emission du Rwanda et du Burundi dodis.ch/R22653, **67**
Banque des règlements internationaux (BRI) cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
Banque interaméricaine de développement (BID) dodis.ch/R22331, **50, 134**
Banque internationale pour la reconstruction et le développement (BIRD) dodis.ch/R586, **46, 50, 111, 122**
Banque nationale d'Afrique du Sud dodis.ch/R9775, **124**
Banque nationale de Cuba dodis.ch/R17842, **161**
Banque nationale de Grèce dodis.ch/R11317, **26, 32**
Banque nationale de Hongrie dodis.ch/R97, **14**
Banque nationale de Suède dodis.ch/R1159, **2**
Banque nationale de Yougoslavie dodis.ch/R1888, **122**
Banque nationale du Cambodge dodis.ch/R22362, **159**
Banque nationale suisse (BNS) dodis.ch/R30, **2, 26, 28, 30, 32, 72, 86, 124, 130, 132, 140, 166**
–, Direction générale dodis.ch/R25074, **30, 44, 72, 124, 128, 140, 166**
Banque Scandinave en Suisse dodis.ch/R26935, **2**
Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) dodis.ch/R710, **86**
Bharat Electronics, Ltd. (BEL) dodis.ch/R23472, **135**
BIRD cf. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
BIZ vgl. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BNS cf. Banque nationale suisse
Bofors AB dodis.ch/R15916, **135**
BRI cf. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
British Broadcasting Corporation (BBC) dodis.ch/R7455, **43**
Brown, Boveri & Cie (BBC) dodis.ch/R272, **82, 104, 124, 130, 139**
Brown Boveri Sulzer-Turbomaschinen (BST) dodis.ch/R22745, **104**
Brünner Messe dodis.ch/R25994, **175**
Bühler Frères SA dodis.ch/R273, **82**
Bührle AG / Bührle SA dodis.ch/R274, **22, 68, 86, 98**
Burgergemeinde Bern dodis.ch/R28281, **74**
Caritas dodis.ch/R1525, **106**
CE dodis.ch/R9899, **25, 26, 28, 36, 44, 52, 56, 58, 61, 65, 71, 72, 78, 82, 91, 93, 94, 97, 99, 101, 103, 105, 108, 144, 148, 150, 151, 156, 160, 166, 173, 174, 175, 178, 181, 182**
–, Commission dodis.ch/R19371, **94, 148, 150, 176, 182**
–, Conseil des ministres dodis.ch/R23652, **44, 94, 108, 148**
–, Parlement dodis.ch/R22712, **178**
CECA dodis.ch/R607, **91, 160**
CEE cf. CE
Centrale Sanitaire Suisse (CSS) dodis.ch/R8287, **149**
–, Aide au Vietnam dodis.ch/R27861, **149**
Centre culturel canadien dodis.ch/R27689, **96**
Centre de coopération technique et de recherche pour l'éducation des travailleurs dans les pays en voie de développement (CECOTRET) dodis.ch/R27350, **118**
Centre européen de recherche nucléaire (CERN) dodis.ch/R9870, **172**
CFF dodis.ch/R1760
–, Secrétariat général dodis.ch/R23700, **83**
Chambre de commerce extérieure de la République démocratique allemande dodis.ch/R10425, **4**
Chambre de commerce tchécoslovaque dodis.ch/R28573, **175**
Chambre suisse de l'horlogerie (CSH) dodis.ch/R48, **153**
Charpilloz & Cie, A. Fabrique Hélios dodis.ch/R653, **22**
Chemical Trade AG dodis.ch/R28128, **9**
Chemins de fer fédéraux suisses cf. CFF
Ciba AG vgl. Ciba-Geigy AG
Ciba-Geigy AG dodis.ch/R1787, **7, 21, 43, 82, 104, 138, 175, 181**
CICR dodis.ch/R69, **18, 37, 38, 39, 43, 45, 56, 60, 98, 106, 113**
Claro Watch SA dodis.ch/R27834, **153**

CNUCED dodis.ch/R23118, **28, 42, 69**
CoCom dodis.ch/R10097, **36**
Collège du Mail dodis.ch/R27905, **167**
Comecon dodis.ch/R11549, **14, 121, 170, 176**
Comité intergouvernemental pour les migrations européennes (CIME) dodis.ch/R10492, **183**
Comité international de la Croix-Rouge cf. CICR
Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée (NNSC) dodis.ch/R9203, **20, 152, 164, 168**
Communauté d'Afrique de l'Est (CAE) dodis.ch/R25429, **67**
Communauté économique européenne cf. CE
Communauté européenne du charbon et de l'acier cf. CECA
Communautés européennes cf. CE
Compagnie des montres Auréole, M. Choffat et Cie dodis.ch/R27833, **153**
Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
Conférence spatiale européenne (CSE) dodis.ch/R23124, **80**
Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe (CSCE) dodis.ch/R20591, **28, 71, 78, 91, 92, 133, 144, 151, 156, 157, 169, 173, 174, 176**
Conseil d'assistance économique mutuelle cf. COMECON
Conseil de l'Europe dodis.ch/R2382, **6, 13, 28, 41, 56, 144, 150, 178, 184**
–, Assemblée consultative dodis.ch/R4760, **13, 123**
–, Comité des ministres dodis.ch/R4766, **6, 56**
–, Comité européen pour la sauvegarde de la nature et des ressources naturelles dodis.ch/R27739, **56**
–, Commission européenne des droits de l'homme dodis.ch/R23258, **6, 35**
Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST) dodis.ch/R22533, **81**
Contraves AG dodis.ch/R682, **135**
Coordinating Committee for Multilateral Export Controls cf. CoCom
Cour internationale de Justice (CIJ) dodis.ch/R212, **86, 146, 173**
Crédit Suisse (CS) dodis.ch/R63, **50, 66, 116, 137, 166**
Croix-Rouge nord-vietnamienne dodis.ch/R23788, **38, 149**
Croix-Rouge sud-vietnamienne dodis.ch/R23795, **38**
Croix-Rouge suisse (CRS) dodis.ch/R256, **18, 37, 45, 57, 60, 79, 106, 132, 165**
Crypto AG dodis.ch/R23587, **135**
CSCE cf. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
CSH cf. Chambre suisse de l'horlogerie
Dai-Ichi Kangyo Bank, Ltd. dodis.ch/R27755, **137**
Der Bund dodis.ch/R2003, **166**
Dixi SA dodis.ch/R287, **34**
East African Community (EAC) cf. Communauté d'Afrique de l'Est
Ébauches SA dodis.ch/R2827, **34, 150**
Ebosa SA dodis.ch/R674, **34**
École polytechnique fédérale de Zurich (EPFZ) dodis.ch/R712
–, Institut d'organisation industrielle dodis.ch/R25268, **46**
École secondaire des Forges dodis.ch/R27906, **167**
Economic and Social Council (ECOSOC) dodis.ch/R218, **69, 78, 104, 141**
EFTA vgl. AELE
–, Ministerkonferenz vgl. AELE, Conférence des ministres
–, Wirtschaftskomitee vgl. AELE, Comité économique
EG vgl. CE
–, Kommission vgl. CE, Commission exécutive
–, Ministerrat vgl. CE, Conseil des ministres
–, Parlament vgl. CE, Parlement
EGKS vgl. CECA
Eidgenössische technische Hochschule Zürich (ETH) vgl. École polytechnique fédérale de Zurich
–, Betriebswissenschaftliches Institut vgl. École polytechnique fédérale de Zurich, Institut d'organisation industrielle
El Al Israel Airlines, Ltd. dodis.ch/R25150, **11, 12, 37, 45**
Electricity Supply Commission (ESCOM) dodis.ch/R10592, **124**
Emser Werke AG dodis.ch/R13483, **103**
Enfants du Monde dodis.ch/R27754, **106**
Enicar AG dodis.ch/R15981, **153**
Entraide protestante suisse (EPER) dodis.ch/R1936, **18, 106, 118**
Entreprise des postes, téléphones et télégraphes (PTT) dodis.ch/R1775, **41**
–, Secrétariat général dodis.ch/R23701, **83**
Era Uhren AG C. Rüefli-Flury & Co. dodis.ch/R21962, **134**

Ernst Debrunner AG dodis.ch/R23846, **21**
Eterna AG Uhrenfabrik / Eterna SA Fabrique d'horlogerie dodis.ch/R22588, **134**
ETH vgl. École polytechnique fédérale de Zurich
Ethnographisches Museum der Stadt Neuenburg dodis.ch/R22909, **167**
Europäische Freihandelsassoziation vgl. AELE
Europäische Gemeinschaften vgl. CE
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vgl. CECA
Europäisches Zentrum für Kernforschung (CERN) vgl. Centre européen de recherche nucléaire
Europäische Weltraumkonferenz vgl. Conférence spatiale européenne
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vgl. CE
Europarat vgl. Conseil de l'Europe
–, Ausschuss für die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume vgl. Conseil de l'Europe, Comité européen pour la sauvegarde de la nature et des ressources naturelles
–, Beratende Versammlung vgl. Conseil de l'Europe, Assemblée consultative
–, Europäische Kommission für Menschenrechte vgl. Conseil de l'Europe, Commission européenne des droits de l'homme
–, Ministerkomitee vgl. Conseil de l'Europe, Comité des ministres
EWG vgl. CE
Expovina AG dodis.ch/R27869, **93**
Fabrique de Machines-Outils Oerlikon-Bührle SA cf. Bührle AG
Fabrique d'Horlogerie de Fontainemelon SA dodis.ch/R16064, **34**
FAO dodis.ch/R575, **15, 56, 106**
Fédération des syndicats patronaux dodis.ch/R28177, **49**
Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie (FH) dodis.ch/R2130, **34, 82, 134, 142, 153**
Fisba Instruments Optiques de Précision SA / Fisba Optische Präzisions-Instrumente AG dodis.ch/R27989, **135**
FMI dodis.ch/R593, **128, 159, 166, 174**
–, Groupe des Dix dodis.ch/R23168, **128**
–, Groupe des Vingt dodis.ch/R26876, **166**
Fonds de soutien des changes (FSC) dodis.ch/R27700, **159**
Fonds monétaire international cf. FMI
Freunde des Schweizer Kinderdorfes Kirjath Jearim in Israel dodis.ch/R27867, **183**
Freundesgruppe «Schweiz» für geistig behinderte Jugendliche in Israel dodis.ch/R27868, **183**
Front de libération du Mozambique (FRELIMO) dodis.ch/R10993, **86**
Front national pour la libération du Sud-Vietnam (FNL) dodis.ch/R22373, **90**
Front patriotique laotien dodis.ch/R22378, **149**
Front populaire de libération de la Palestine (FPLP) dodis.ch/R26024, **11, 12, 37, 45, 47**
Front uni national du Kampuchéa (FUNK) dodis.ch/R26677, **149**
Fuji Bank, Ltd. dodis.ch/R27751, **117, 137**
Galactina & Biomalz AG dodis.ch/R27872, **138**
GATT cf. Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce
Gebrüder Bühler AG vgl. Bühler Frères SA
Gebrüder Sulzer AG dodis.ch/R173, **104, 181**
General Watch Company, Ltd. (GWC) dodis.ch/R27998, **134**
Georg Fischer AG dodis.ch/R941, **82**
Gesellschaft Schweiz-China (Taiwan) dodis.ch/R27816, **121**
Gesellschaft Schweiz-Rhodesien vgl. Association Suisse-Rhodésie
Gesellschaft Schweiz-Südafrika vgl. Association Suisse-Afrique du Sud
Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft dodis.ch/R21745, **116**
Groupement des holdings industrielles suisses dodis.ch/R987, **5, 145,**
Handelskammer Schweiz-Jugoslawien dodis.ch/R27649, **122**
Hattori-Seikō KK dodis.ch/R23934, **34**
Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés (UNHCR) dodis.ch/R8974, **60, 69, 87, 183**
Helvetas dodis.ch/R11095, **15**
Hilfswerke der evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS) vgl. Entraide protestante suisse
Hispano-Suiza SA dodis.ch/R298, **22**
Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
Hoffmann-La Roche & Co. AG dodis.ch/R2327, **138**

IAEA / IAEO cf. Agence internationale de l'énergie atomique
IKRK vgl. CICR
ILO dodis.ch/R224, **56, 148**
IMF vgl. FMI
Industria Nacional de Relojes Suizos SA (Inresa) dodis.ch/R24407, **134**
Industrie-Holding vgl. Groupement des holdings industrielles suisses
Institut de la vie dodis.ch/R27741, **56**
Institut de physique de hautes énergies à Serpoukhov dodis.ch/R22689, **172**
Institut sérothérapique et vaccinal suisse dodis.ch/R23848, **138**
Institut tibétain de Rikon dodis.ch/R25619, **121**
Institut unifié de recherches nucléaires de l'URSS dodis.ch/R25164, **172**
Institut universitaire de hautes études internationales (HEI) dodis.ch/R647, **76, 167**
Interamerikanische Entwicklungsbank vgl. Banque interaméricaine de développement
Inter-Governmental Group on Indonesia (IGGI) dodis.ch/R25871, **7**
Internationale Arbeitsorganisation vgl. ILO
Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) vgl. Agence internationale de l'énergie atomique
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
Internationale Fernmeldeunion (ITU) dodis.ch/R900, **41, 75**
Internationaler Gerichtshof (IGH) vgl. Cour internationale de Justice
Internationaler Währungsfonds (IWF) vgl. FMI
–, Gruppe der Zwanzig vgl. FMI, Groupe des Vingt
–, Pariser Zehner-Klub vgl. FMI, Groupe des Dix
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) vgl. CICR
Internationale Vereinigung für Kinderhilfe dodis.ch/R22141, **106**
Invalidenversicherung (IV) vgl. AI
ITU cf. Internationale Fernmeldeunion
IWF vgl. FMI
Japan Airlines (JAL) dodis.ch/R25475, **137**
Journal de Genève dodis.ch/R963, **88**
Jüdische Heilstätte Etania Davos dodis.ch/R27866, **183**
Kammer für Aussenhandel der DDR vgl. Chambre de commerce extérieure de la République démocratique allemande
Kanadisches Kulturzentrum vgl. Centre culturel canadien
Käsereigenossenschaft von Madiswil dodis.ch/R27891, **175**
Kommunistische Partei Rumäniens dodis.ch/R1543, **167**
Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vgl. Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe
Korean Trade News (KTN) dodis.ch/R27877, **153**
Laotische Patriotische Front vgl. Front patriotique laotien
Lavanchy SA dodis.ch/R27907, **167**
Le Monde dodis.ch/R10379, **89**
Maschinenfabrik Rüti AG vgl. Ateliers de Construction de Ruti SA
MBFR dodis.ch/R26836, **92, 101, 156, 173**
Medinova AG dodis.ch/R27874, **138**
Montres Era SA C. Rüefli-Flury & Co. cf. Era Uhren AG C. Rüefli-Flury & Co.
Mosambikanische Befreiungsfront vgl. Front de libération du Mozambique
Mouvement Anti-Apartheid de Genève (MAAG) dodis.ch/R10973, **124**
Mouvement Populaire de libération de l'Angola dodis.ch/R18384, **86**
Mouvement républicain dodis.ch/R26830, **184**
Musée d'ethnographie de Neuchâtel cf. Ethnographisches Museum der Stadt Neuenburg
Mutual and Balanced Force Reductions vgl. MBFR
National Aeronautics and Space Administration (NASA) dodis.ch/R22392, **80**
Nationalbank, Griechenland vgl. Banque nationale de Grèce
Nationalbank, Jugoslawien vgl. Banque nationale de Yougoslavie
Nationalbank, Kambodscha vgl. Banque nationale du Cambodge
Nationalbank, Kuba vgl. Banque nationale de Cuba
Nationalbank, Schweden vgl. Banque nationale de Suède
Nationalbank, Schweiz vgl. Banque nationale suisse (BNS)

Nationalbank, Südafrika vgl. Banque nationale d'Afrique du Sud
Nationalbank, Ungarn vgl. Banque nationale de Hongrie
Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat vgl. Action nationale contre l'emprise étrangère du peuple et de la patrie
Nationale Front für die Befreiung Süd-Vietnams vgl. Front national pour la libération du Sud-Vietnam
National Pharmaceuticals Company dodis.ch/R27865, **138**
NATO dodis.ch/R2837, **36, 71, 86, 92, 101, 144, 156, 157, 173, 179**
Navik, Ltd. dodis.ch/R27814, **130**
Nestlé Alimentana SA dodis.ch/R309, **43**
Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) dodis.ch/R5260
–, Auslandschweizersekretariat dodis.ch/R1843, **85, 100, 107**
Neue Zürcher Zeitung (NZZ) dodis.ch/R627, **116, 121, 176**
Neutrale Überwachungskommission des Waffenstillstandes in Korea / Neutral Nations Supervisory Commission (NNSC) cf. Commission de surveillance des nations neutres pour l'armistice en Corée
New York Times dodis.ch/R648, **7**
Nordatlantikpakt vgl. NATO
Nouvelle Société Helvétique (NSH) cf. Neue Helvetische Gesellschaft
–, Secrétariat des Suisses à l'étranger cf. Neue Helvetische Gesellschaft, Auslandschweizersekretariat
NZZ vgl. Neue Zürcher Zeitung
OAU dodis.ch/R20598, **86, 130, 132**
OCDE dodis.ch/R600, **41, 56, 65, 81, 103, 145, 150, 155, 160, 171, 178**
–, Comité d'aide au développement dodis.ch/R22613, **110**
–, Comité de l'environnement (CAD) dodis.ch/R27740, **34, 56**
–, Groupe de haut niveau pour les questions commerciales et connexes dodis.ch/R27698, **103**
OECD vgl. OCDE
–, Entwicklungskomitee vgl. OCDE, Comité d'aide au développement
–, Komitee der Weisen vgl. OCDE, Groupe de haut niveau pour les questions commerciales et connexes
–, Umweltkomitee vgl. OCDE, Comité de l'environnement
Oerlikon-Bührle AG vgl. Bührle AG
Œuvre suisse d'entraide ouvrière (OSEO) dodis.ch/R1929, **106**
Office central suisse d'aide aux réfugiés (OSAR) dodis.ch/R6850, **165**
Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) dodis.ch/R344, **4, 33, 167**
OIT cf. ILO
Omega Louis Brandt & Frère SA dodis.ch/R3141, **82**
OMM dodis.ch/R10888, **56, 123**
OMS dodis.ch/R216, **5, 56, 123**
ONU dodis.ch/R202, **9, 12, 13, 20, 24, 39, 41, 46, 52, 54, 56, 57, 69, 78, 86, 89, 99, 102, 104, 105, 106, 110, 113, 118, 123, 124, 132, 139, 141, 144, 146, 152, 155, 164, 168, 173**
–, Assemblée générale dodis.ch/R570, **42, 57, 69, 86, 123, 146, 184**
–, Comité des utilisations pacifiques du fond des mers et des océans au-delà des limites de la juridiction internationale dodis.ch/R27835, **152**
–, Commission économique pour l'Europe (UNECE) dodis.ch/R1871, **56, 69, 144**
–, Conférence des Nations Unies sur le commerce et le développement cf. CNUCED
–, Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale dodis.ch/R27858, **8**
–, Conseil de sécurité dodis.ch/R222, **12, 45, 86, 124, 146**
–, Conseil économique et social cf. Economic and Social Council (ECOSOC)
–, Conseil pour la Namibie dodis.ch/R28091, **146**
–, Cour internationale de Justice cf. Cour Internationale de Justice
–, Deuxième Commission de l'Assemblée générale dodis.ch/R27336, **42**
–, Fonds d'affectation spéciale des Nations Unies pour l'Afrique du Sud (UNTFSA) dodis.ch/R26202, **132**
–, Fonds des Nations Unies pour l'enfance (UNICEF) dodis.ch/R738, **60, 69, 106**
–, Forces de maintien de la paix dodis.ch/R23291, **20**
–, Haut-Commissariat pour les réfugiés cf. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Office de secours et de travaux des Nations Unies pour les réfugiés de Palestine dans

le Proche-Orient (UNRWA) dodis.ch/R9768, **12, 60**
–, Organisation de l'aviation civile internationale (OACI) dodis.ch/R748, **8, 12, 39**
–, Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (ONUAA) cf. FAO
–, Organisation des Nations Unies pour le développement industriel (ONUDI) dodis.ch/R23120, **65, 104**
–, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture (UNESCO) dodis.ch/R574, **56, 73, 144**
–, Organisation internationale du travail cf. ILO
–, Organisation météorologique mondiale cf. OMM
–, Organisation mondiale de la santé cf. OMS
–, Organisme des Nations Unies chargé de la surveillance de la trêve en Palestine (ONUST) dodis.ch/R25379, **20**
–, Programme alimentaire mondial (PAM) dodis.ch/R23763, **60, 69, 106**
–, Secrétariat général dodis.ch/R573, **123**
–, Union internationale des télécommunications (UIT) cf. Internationale Fernmeldeunion
–, Union postale universelle (UPU) dodis.ch/R731, **41**
–, United Nations Relief Operation in Dhaka (UNROD) dodis.ch/R27472, **113**
Organisation de libération de la Palestine (OLP) dodis.ch/R11002, **12**
Organisation de l'unité africaine (OUA) cf. OAU
Organisation des Nations Unies cf. ONU
Organisation du Traité de l'Atlantique Nord (OTAN) cf. NATO
Organisation für Afrikanische Einheit vgl. OAU
Organisation internationale du travail (OIT) cf. ILO
OSEC cf. Office suisse d'expansion commerciale
Ostafrikanische Gemeinschaft vgl. Communauté d'Afrique de l'Est
Österreichische Volkspartei (ÖVP) dodis.ch/R786, **13**
OTAN cf. NATO
OUA cf. OAU
Pacte de Varsovie dodis.ch/R14957, **14, 92, 122, 144, 156, 157, 173**
Palästinensische Befreiungsorganisation vgl. Organisation de libération de la Palestine
PAM cf. ONU, Programme alimentaire mondial
Panalpina Welttransport AG dodis.ch/R27916, **43**
Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et du Cap-Vert (PAIGC) cf. Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde
Parti communiste de Roumanie cf. Kommunistische Partei Rumäniens
Parti des paysans, artisans et bourgeois (PAB) cf. Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei
Parti populaire autrichien cf. Österreichische Volkspartei
Parti social-démocrate d'Autriche (SPÖ) dodis.ch/R8131, **13**
Parti social-démocrate suédois des travailleurs dodis.ch/R27836, **152**
Physikalisches Forschungsinstitut in Serpuchow vgl. Institut de physique de hautes énergies à Serpoukhov
Pilatus Flugzeugwerke AG dodis.ch/R1922, **18, 127**
PLO cf. Organisation de libération de la Palestine
Post, Telephon- und Telegraphenbetriebe (PTT) vgl. Entreprise des postes, téléphones et télégraphes
–, Generalsekretariat vgl. Entreprise des postes, téléphones et télégraphes, Secrétariat général
Procter & Gamble Development Co AG dodis.ch/R27876, **138**
Procter & Gamble International Company dodis.ch/R25240, **138**
Pro Helvetia dodis.ch/R340, **109, 167**
Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) vgl. COMECON
Republikanische Bewegung vgl. Mouvement républicain
Rotes Kreuz, Nordvietnam vgl. Croix-Rouge nord-vietnamienne
Rotes Kreuz, Schweiz vgl. Croix-Rouge suisse
Rotes Kreuz, Südvietnam vgl. Croix-Rouge sud-vietnamienne
Sandoz AG dodis.ch/R315, **104, 138**
SBB vgl. CFF
–, Generalsekretariat vgl. CFF, Secrétariat général
Schweizer Hotelier-Verein dodis.ch/R4720, **49**
Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) dodis.ch/R55, **32, 50, 117, 130, 137**
Schweizerische Bankiervereinigung (SBV) vgl. Association suisse des banquiers

Schweizerische Bundesbahnen (SBB) vgl. CFF
Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie (SGCI) dodis.ch/R610, **138**
Schweizerische Gesellschaft für die Vereinten Nationen vgl. Association suisse pour les Nations Unies
Schweizerische Kreditanstalt AG (SKA) vgl. Crédit Suisse (CS)
Schweizerische Nationalbank (SNB) vgl. Banque nationale suisse (BNS)
–, Direktorium vgl. Banque nationale suisse, Direction générale
Schweizerischer Bankverein AG (SBV) dodis.ch/R22, **50, 122**
Schweizerischer Bauernverband (SBV) dodis.ch/R508, **163, 174**
Schweizerischer Baumeisterverband vgl. Association suisse des entrepreneurs
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) dodis.ch/R559, **49, 166, 173**
Schweizerische Rundspruchgesellschaft (SRG) dodis.ch/R6384, **51, 96**
Schweizerischer Wirteverein dodis.ch/R20622, **49**
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk (SAH) vgl. Œuvre suisse d'entraide ouvrière
Schweizerisches Rotes Kreuz (SRK) vgl. Croix-Rouge suisse
Schweizerisches Serum- & Impfinstitut vgl. Institut sérothérapique et vaccinal suisse
Schweizerische Uhrenkammer vgl. Chambre suisse de l'horlogerie
Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SZH) vgl. Office suisse d'expansion commerciale
Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe vgl. Office central suisse d'aide aux réfugiés
Schweizer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) vgl. Conseil suisse de la science et de la technologie
Seikō Holdings KK vgl. Hattori-Seikō KK
Siegfried AG dodis.ch/R17665, **138**
Skandinavische Bank in der Schweiz vgl. Banque Scandinave en Suisse
SNB vgl. Banque nationale suisse
Société Anonyme des Métaux et Minerais cf. Aktiengesellschaft für Erz- und Metallhandel
Société anonyme suisse pour l'industrialisation horlogère au Mexique (Sapiam) dodis.ch/R24406, **134**
Société de Banque Suisse (SBS) cf. Schweizerischer Bankverein
Société des Nations (SdN) dodis.ch/R221, **86, 160**
Société Financière Européenne dodis.ch/R27815, **130**
Société Financière Mirelis SA dodis.ch/R26883, **115**
Société générale de l'horlogerie suisse cf. Allgemeine Schweizerische Uhrenindustrie AG
Société générale suisse d'histoire (SGSH) cf. Allgemeine Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz
Société pour le développement de l'économie suisse cf. Gesellschaft zur Förderung der Schweizerischen Wirtschaft
Société Suisse-Chine (Taïwan) cf. Gesellschaft Schweiz-China (Taiwan)
Société suisse de radiodiffusion (SSR) cf. Schweizerische Rundspruchgesellschaft
Société suisse des cafetiers et restaurateurs cf. Schweizerischer Wirteverein
Société suisse des constructeurs de machines dodis.ch/R830, **36, 104**
Société suisse des hôteliers cf. Schweizer Hotelier-Verein
Société suisse des industries chimiques cf. Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie
Solco Basel AG dodis.ch/R27875, **138**
South African Reserve Bank cf. Banque nationale d'Afrique du Sud
Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens vgl. Parti social-démocrate suédois des travailleurs
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) vgl. Parti social-démocrate d'Autriche
Steele dodis.ch/R27996, **134**
Strategic Arms Limitation Talks II (SALT II) dodis.ch/R26835, **89, 155**
Sulzer Frères SA cf. Gebrüder Sulzer AG
Swissair, Schweizerische Luftverkehr-Aktiengesellschaft dodis.ch/R331, **8, 11, 12, 20, 28, 37, 43, 47, 72, 75, 83, 87, 118, 137, 145**
Système de règlement pacifique des différends (SRPD) / System der friedlichen Beilegung von Konflikten dodis.ch/R28155, **151, 173**
SZH vgl. Office suisse d'expansion commerciale
Tages-Anzeiger dodis.ch/R10437, **22, 165**

Technos Gunzinger Frères SA dodis.ch/R27856, **153**
Télévision Suisse Romande (TSR) dodis.ch/R22778, **88**
Terre des hommes dodis.ch/R15526, **84, 106, 165**
Tibetinstitut Rikon vgl. Institut tibétain de Rikon
Trafipro (Travail, Fidélité, Progrès) dodis.ch/R22656, **46, 67**
Trans World Airlines (TWA) dodis.ch/R14338, **37**
Tschechoslowakische Handelskammer vgl. Chambre de commerce tchécoslovaque
UBS cf. Schweizerische Bankgesellschaft
UIT cf. Internationale Fernmeldeunion
UNCTAD cf. CNUCED
UNESCO cf. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
UNHCR vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
UNICEF cf. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
Union de Banques Suisses SA (UBS) cf. Schweizerische Bankgesellschaft
Union Handels-Gesellschaft AG dodis.ch/R1680, **43**
Union internationale de secours aux enfants (UISE) cf. Internationale Vereinigung für Kinderhilfe
Union internationale des télécommunications (UIT) cf. Internationale Fernmeldeunion
Union internationale pour la conservation de la nature et des ressources naturelles (UICN) dodis.ch/R9098, **56**
Union Société Commerciale SA cf. Union Handels-Gesellschaft AG
Union suisse des arts et métiers (USAM) cf. Schweizerischer Gewerbeverband
Union suisse des paysans (USP) cf. Schweizerischer Bauernverband
United Nations Relief Operation in Dhaka (UNROD) cf. ONU, United Nations Relief Operation in Dhaka
Universität Basel / Université de Bâle dodis.ch/R1616, **162**
Universität Bern / Université de Berne dodis.ch/R1831
–, Historisches Institut / Institut d'histoire dodis.ch/R28203, **162**
Universität Zürich / Université de Zurich dodis.ch/R645, **184**
UNO vgl. ONU
–, Friedenstruppen vgl. ONU, Forces de maintien de la paix
–, Generalsekretariat vgl. ONU, Secrétariat général
–, Generalversammlung vgl. ONU, Assemblée générale
–, Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) vgl. ONU, Office de secours et de travaux des Nations Unies pour les réfugiés de Palestine dans le Proche-Orient
–, Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) vgl. Haut-Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés
–, Internationale Arbeitsorganisation vgl. ILO
–, Internationale Fernmeldeunion (ITU) vgl. Internationale Fernmeldeunion
–, Internationaler Gerichtshof (IGH) vgl. Cour internationale de Justice
–, Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vgl. ONU, Organisation de l'aviation civile internationale
–, Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen vgl. ONU, Fonds des Nations Unies pour l'enfance
–, Komitee zum Studium der friedlichen Nutzung des Meeresgrundes ausserhalb des nationalen Hoheitsbereichs vgl. ONU, Comité des utilisations pacifiques du fond des mers et des océans au-delà des limites de la juridiction internationale
–, Konferenz für Handel und Entwicklung vgl. CNUCED
–, Namibia-Rat vgl. ONU, Conseil pour la Namibie
–, Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstandes in Palästina (UNTSO) vgl. ONU, Organisme des Nations Unies pour la surveillance de la trêve en Palestine
–, Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft vgl. FAO
–, Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour l'éducation, la science et la culture
–, Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

vgl. ONU, Organisation des Nations Unies pour le développement industriel
–, Rat der internationalen Zivilluftfahrtorganisation vgl. ONU, Conseil de l'Organisation de l'aviation civile internationale
–, Sicherheitsrat vgl. ONU, Conseil de sécurité
–, Welternährungsprogramm vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
–, Weltgesundheitsorganisation vgl. OMS
–, Weltorganisation für Meteorologie vgl. OMM
–, Weltpostverein vgl. ONU, Union postale universelle
–, Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) vgl. ONU, Commission économique pour l'Europe
–, Wirtschafts- und Sozialrat vgl. Economic and Social Council (ECOSOC)
–, Zweite Kommission der Generalversammlung vgl. ONU, Deuxième Commission de l'Assemblée générale
UNRWA cf. ONU, Office de secours et de travaux des Nations Unies pour les réfugiés de Palestine dans le Proche-Orient
UNTFSA cf. ONU, Fonds d'affectation spéciale des Nations Unies pour l'Afrique du Sud
UPU cf. ONU, Union postale universelle
Usines d'EMS SA cf. Emser Werke AG
Verband der schweizerischen Uhrenindustrie vgl. Fédération suisse des associations de fabricants d'horlogerie
Verband schweizerischer Zigarettenfabrikanten vgl. Association suisse des fabricants de cigarettes
Vereinigtes Institut für Kernforschung der UdSSR vgl. Institut unifié de recherches nucléaires de l'URSS
Vereinigung Schweizerischer Industrie-Holdinggesellschaften vgl. Groupement de holdings industrielles suisses
Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM) vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Vietcong / Viêtcong cf. Front national pour la libération du Sud-Vietnam
Vifor AG dodis.ch/R26015, **138**
Völkerbund vgl. Société des Nations
Volksbewegung zur Befreiung Angolas vgl. Mouvement Populaire de libération de l'Angola
Volksfront zur Befreiung Palästinas vgl. Front populaire de libération de la Palestine
Vorort de l'Union suisse du commerce et de l'industrie / Vorort des schweizerischen Handels- und Industrievereins dodis.ch/R34, **4, 58, 94, 104, 163, 170, 174**
VSM vgl. Société suisse des constructeurs de machines
Wander AG, Dr. dodis.ch/R1004, **138**
Warschauer Pakt vgl. Pacte de Varsovie
Weltbank vgl. Banque internationale pour la reconstruction et le développement
Weltgesundheitsorganisation (WHO) vgl. OMS
Weltpostverein vgl. ONU, Union postale universelle
Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon-Bührle AG vgl. Bührle AG
WFP vgl. ONU, Programme alimentaire mondial
WHO cf. OMS
Zwischenstaatliches Komitee für europäische Auswanderung (CIME) vgl. Comité intergouvernemental pour les migrations européennes

VIII.3. REGISTER DER GEOGRAFISCHEN BEZEICHNUNGEN
INDEX DES NOMS GÉOGRAPHIQUES
INDICE DEI NOMI GEOGRAFICI

Nebst der geografischen Bezeichnung führt das Register den **Permalink** zur Datenbank Dodis (www.dodis.ch), wo zusätzliche Informationen und Dokumente zu finden sind. Die Zahlen verweisen auf die **Dokumentennummern** im Band. Die mit einem * gekennzeichneten Dokumente sind für die Beziehungen der Schweiz zu diesem Land besonders relevant. Die Bezeichnungen «Bern» und «Schweiz» sind im Register nicht berücksichtigt, da sie zu häufig in den Dokumenten vorkommen.

Les noms géographiques de l'index sont suivis des **permalinks** de la base de données Dodis (www.dodis.ch), où se trouvent des informations et des documents supplémentaires. Les chiffres de l'index renvoient aux **numéros des documents** dans le volume. Les documents marqués d'un * sont particulièrement pertinents en ce qui concerne les relations entre la Suisse et le pays en question. Les termes «Berne» et «Suisse» n'ont pas été retenus vu leur apparition très fréquente dans les documents.

Oltre ai nomi geografici, l'indice reca i **permalink** della banca dati Dodis (www.dodis.ch), dove si trovano ulteriori informazioni e documenti. Le cifre rimandano ai **numeri dei documenti** nel volume. I documenti contrassegnati da un * sono particolarmente rilevanti per le relazioni della Svizzera con il rispettivo paese. I termini «Berna» e «Svizzera», che compaiono molto frequentemente nei documenti, non sono ritenuti nell'indice.

Abidjan dodis.ch/G6967, **10, 43**
Aboh dodis.ch/G9843, **18**
Abou Simbel / Abu Simbel dodis.ch/G9029, **73**
Addis Abeba dodis.ch/G852, **10, 86, 146**
Afrika / Afrique dodis.ch/G900, **18, 24, 46, 65, 75, 86*, 96, 109*, 124*, 129, 132*, 146**
Afrique australe dodis.ch/G9809, **9, 43, 86, 132**
Afrique du Nord dodis.ch/G901, **5**
Afrique du Sud dodis.ch/G204, **24, 86*, 105, 123*, 124*, 130*, 132*, 146***
Afrique noire dodis.ch/G8214, **43**
Afrique occidentale dodis.ch/G7933, **43**
Afrique orientale dodis.ch/G4864, **46, 67**
Ägypten dodis.ch/G216, **39, 45, 47, 73***
Albanie / Albanien dodis.ch/G457, **21*, 58**
Alger / Algier dodis.ch/G236, **10, 11, 51, 75*, 96**
Algérie / Algerien dodis.ch/G896, **5, 11*, 12, 45, 47, 51, 60, 75*, 86, 136, 144, 157**
Allemagne (en général) dodis.ch/G5, **4, 116**
cf. aussi Bundesrepublik Deutschland et Deutsche Demokratische Republik
Alpen / Alpes dodis.ch/G1007, **94**
Amérique centrale dodis.ch/G334, **57**
Amérique du Nord dodis.ch/G2080, **23**
Amérique du Sud dodis.ch/G210, **23**
Amérique latine dodis.ch/G983, **34, 50, 57*, 59, 60, 65, 70, 129, 134**
Amman dodis.ch/G3484, **37, 45**
Angola dodis.ch/G4498, **86***
Antananarivo dodis.ch/G9047, **10**
Arabische Staaten dodis.ch/G4664, **4, 8, 11, 12, 24, 37, 39, 45, 47, 59, 60, 73, 75, 144, 146, 163**
Argentine / Argentinien dodis.ch/G193, **57, 65, 82, 93*, 122**
Arusha dodis.ch/G9532, **67**
Asie / Asien dodis.ch/G47, **7, 34, 38, 59, 65, 70, 89*, 92, 94, 124, 129, 137, 165**
Asie de l'Est dodis.ch/G2224, **145, 156**
Asie du Sud-Est dodis.ch/G3760, **7, 89, 129**
Athen / Athène dodis.ch/G467, **12, 32, 47**
Australie / Australien dodis.ch/G203, **18, 42, 65, 93, 127**
Autriche dodis.ch/G31, **12, 13, 28*, 41, 42, 44, 58, 64, 84, 91, 92, 95, 108, 122, 155, 156, 157, 165, 166, 168, 173, 174, 179**
Autriche-Hongrie dodis.ch/G904, **14**
Awo Omamma dodis.ch/G9844, **18**
Bâle dodis.ch/G83, **40, 43, 82, 88, 138, 162**
Bâle-Campagne (Canton) dodis.ch/G1985, **165**
Bangalore dodis.ch/G9791, **135**

Bangkok dodis.ch/G430, **53**
Bangladesch / Bangladesh dodis.ch/G9439, **87, 89, 106*, 111, 113, 126**
Barbade / Barbados dodis.ch/G8886, **57**
Basel vgl. Bâle
Basel-Landschaft (Kanton) vgl. Bâle-Campagne
Beijing dodis.ch/G1203, **4, 38, 53, 89, 102, 121, 123**
Beirut dodis.ch/G997, **37**
Belgien / Belgique dodis.ch/G75, **18, 36, 41, 42, 44, 46, 64, 96, 100*, 122, 130, 156, 173, 179, 184**
Belgrad / Belgrade dodis.ch/G85, **21, 78, 143, 157**
Bellinzona / Bellinzone dodis.ch/G4729, **169**
Belp dodis.ch/G9850, **138**
Benelux / Bénélux dodis.ch/G1432, **58**
Benin / Bénin dodis.ch/G5029, **46**
Berlin dodis.ch/G25, **4, 71, 91, 169, 181**
Berlin-Est dodis.ch/G3061, **71, 181**
Berlin-Ouest dodis.ch/G3581, **77**
Beromünster dodis.ch/G4716, **12**
Beyrouth cf. Beirut
Biafra dodis.ch/G7241, **18, 43, 98, 111**
Biel / Bienne dodis.ch/G3681, **34**
Binningen dodis.ch/G8807, **82, 138**
Birmanie dodis.ch/G51, **53***
Birr dodis.ch/G9993, **82**
Bisignano dodis.ch/G10196, **169**
Bizerta / Bizerte dodis.ch/G3022, **163**
Bolivie / Bolivien dodis.ch/G478, **57**
Bombay dodis.ch/G2201, **126**
Bonn dodis.ch/G2101, **4, 39, 44, 48, 51, 56, 71, 107, 123**
Boston dodis.ch/G8841, **136**
Brasilien / Brésil dodis.ch/G180, **27*, 35*, 47, 50*, 51*, 57, 59*, 81, 88*, 122, 153**
Brno / Brünn dodis.ch/G8765, **157, 175**
Brüssel / Bruxelles dodis.ch/G137, **10, 25, 44, 56, 65, 72, 82, 91, 94, 108, 148, 150, 160, 166, 182**
Bucarest / Bukarest dodis.ch/G233, **157, 167**
Budapest dodis.ch/G8, **14, 21, 157**
Buenos Aires dodis.ch/G208, **93**
Bujumbura dodis.ch/G5151, **67**
Bukavu dodis.ch/G5260, **118**
Bulgarie / Bulgarien dodis.ch/G284, **26, 58, 157, 170, 173, 176***
Bundesrepublik Deutschland dodis.ch/G806, **4, 6, 18, 22, 30, 36, 37, 39, 42, 48, 58, 59, 71*, 72, 78, 85, 86, 93, 97*, 100*, 104, 107*, 116*, 122, 123, 130, 135, 137, 144, 150, 156, 166, 169, 173, 174, 179***
Burgos dodis.ch/G7909, **54, 82**
Burma vgl. Birmanie
Burundi dodis.ch/G4589, **46, 67**
Cabora Bassa / Cahora Bassa dodis.ch/G10336, **86**
Calcutta dodis.ch/G2202, **87, 106**
Cambodge dodis.ch/G3764, **4, 53, 159***
Cameroun dodis.ch/G1861, **86**
Canada dodis.ch/G230, **18, 30, 36, 42, 47, 65, 81, 83, 96*, 136*, 144, 154*, 156, 169, 174**
Canberra dodis.ch/G42, **127**
Canossa dodis.ch/G4732, **89**
Cap-Vert dodis.ch/G4980, **86**
Carlsbad dodis.ch/G9028, **157**
Carouge dodis.ch/G4876, **138**
Carpates dodis.ch/G1089, **167**
Cassel dodis.ch/G1156, **71**
Caucase dodis.ch/G905, **104**
Ceylan / Ceylon dodis.ch/G1562, **78, 145***
Chile / Chili dodis.ch/G205, **57, 112*, 142***
China / Chine dodis.ch/G29, **36, 38, 52, 53*, 78, 89*, 92, 99, 102*, 105, 121*, 123*, 125, 133, 139*, 144, 157, 164**
Chiraz dodis.ch/G4891, **84**
Chypre dodis.ch/G364, **20**
Cologne dodis.ch/G780, **44, 48, 51, 59, 71, 107, 150**
Colombie dodis.ch/G206, **57**
Conakry dodis.ch/G4936, **10**
Congo Kinshasa dodis.ch/G5031, **20, 118***
Copenhague dodis.ch/G215, **44, 75, 150**
Corée dodis.ch/G33, **20, 36, 38, 89, 123, 151*, 152*, 164*, 168***
Corée du Nord dodis.ch/G1422, **4*, 20, 38, 123*, 151, 152*, 164*, 168***
Corée du Sud dodis.ch/G1423, **4, 20, 38, 123*, 129, 151, 152*, 153*, 164*, 168***
Costa Rica dodis.ch/G857, **57**
Côte d'Ivoire dodis.ch/G6968, **43, 86**
Croatie dodis.ch/G565, **122, 157**
ČSSR dodis.ch/G73, **14, 19*, 20, 26, 47, 58, 89, 104, 152, 157*, 164*, 168*, 170, 173, 175*, 176***
Cuba dodis.ch/G190, **23*, 47, 76*, 161***
Dacca dodis.ch/G9438, **87, 113, 126**
Dahomey / Daomé vgl. Benin
Dakar dodis.ch/G129, **109**
Dänemark / Danemark dodis.ch/G138, **18, 21, 36, 38, 42, 58, 61, 65, 70, 100, 108, 114*, 156, 174**
Davos dodis.ch/G135, **183**
Delémont / Delsberg dodis.ch/G4874, **22**
Den Haag dodis.ch/G88, **7, 18, 39, 44, 108, 150**

Deutsche Demokratische Republik dodis.ch/G283, **4*, 26, 38, 58, 71*, 78, 97*, 123*, 144, 151, 156, 168, 169, 176*, 179*, 181***
Deutschland (allgemein) vgl. Allemagne (en général)
Deutschschweiz dodis.ch/G4420, **149**
Dhaka vgl. Dacca
Djakarta dodis.ch/G2121, **7, 159**
Doubna / Dubna dodis.ch/G9020, **172**
Dublin dodis.ch/G4927, **150**
Düsseldorf dodis.ch/G2547, **34**
Ecuador dodis.ch/G479, **57**
Égypte cf. Ägypten
Elfenbeinküste vgl. Côte d'Ivoire
Entwicklungsländer dodis.ch/G4633, **11, 18, 42*, 68*, 69, 77*, 104, 110*, 112, 125*, 129, 135, 145***
Équateur cf. Ecuador
Erfurt dodis.ch/G2324, **71**
Espagne dodis.ch/G126, **3, 13, 43, 47, 54*, 58, 63*, 71, 93, 156, 169, 173, 174**
Est (Pays de l') dodis.ch/G936, **13, 14, 26, 28, 36, 53, 58, 78, 82, 86, 122, 144, 156, 157, 167, 170, 173, 174, 175, 176, 181**
États-Unis d'Amérique dodis.ch/G11, **5, 12, 18, 22*, 23*, 24, 34, 36*, 37, 38, 39, 40*, 41, 42, 43, 47, 58, 59, 61, 65, 66*, 70*, 76*, 78, 80*, 81*, 83, 86, 89*, 90, 93, 101*, 103, 116, 122, 124, 128, 129, 130, 133, 136*, 137, 138, 140*, 144, 150, 154, 155*, 156, 164, 166, 168, 169, 172, 173, 174, 176**
Europa / Europe dodis.ch/G12, **4, 6, 11, 13, 20, 25*, 28, 35, 41, 44* 52, 58, 61*, 64, 66, 68, 69, 70, 71*, 75, 80*, 82*, 89, 91*, 92*, 94*, 95, 97*, 99*, 101*, 108*, 109, 123, 144*, 148*, 150*, 151, 156*, 157*, 160*, 166, 169, 173*, 174*, 175, 178*, 181, 182*, 183, 184**
Europe centrale dodis.ch/G1380, **144, 156**
Europe de l'Est dodis.ch/G311, **14, 58, 82, 91, 92, 173, 176**
Europe méridionale dodis.ch/G991, **157**
Europe occidentale dodis.ch/G347, **13, 58, 65, 71, 82, 91, 92, 124, 150, 156**
Finlande / Finnland dodis.ch/G76, **18, 41, 42, 58, 61, 64, 91, 92, 100*, 101, 108, 144, 155, 156, 173, 174**
Fontainemelon dodis.ch/G10422, **34**
France / Frankreich dodis.ch/G13, **5, 6, 10*, 12, 36, 42, 43, 44, 47, 48*, 53, 58, 65, 75, 78, 85, 86, 88, 91*, 94, 96, 100*, 116, 122, 124, 136, 137, 150, 156, 157, 160, 169, 173**
Francfort / Frankfurt dodis.ch/G386, **12, 107, 179**
Gabon / Gabun dodis.ch/G8816, **43**
Genève / Genf dodis.ch/G28, **12, 18, 37, 38, 41, 56, 63, 65, 76, 78, 86, 88, 89, 98, 102, 103, 104, 113, 115, 124, 126, 132, 138, 139, 144, 146, 149, 152, 153, 155, 167, 170, 174, 175, 180**
Géorgie / Georgien dodis.ch/G1309, **82, 104**
Gisenyi dodis.ch/G9561, **67**
Gitarama dodis.ch/G9397, **46**
Glaris / Glarus dodis.ch/G3301, **138**
Grande-Bretagne dodis.ch/G14, **25, 36, 37, 39, 42, 43, 44, 61, 65, 78, 81, 83, 86, 93, 104, 108, 115*, 116, 122, 123, 124, 137, 144, 154, 156, 165, 168, 169, 173**
Granges / Grenchen dodis.ch/G915, **34**
Grèce / Griechenland dodis.ch/G178, **6*, 13, 26*, 32*, 36, 47, 58, 78, 88*, 100*, 156**
Grossbritannien vgl. Grande-Bretagne
Guatemala / Guatémala dodis.ch/G487, **47**
Guinea-Bissau / Guinée-Bissau / Guinée portugaise dodis.ch/G4988, **86***
Hambourg / Hamburg dodis.ch/G812, **126**
Hanoi / Hanoï dodis.ch/G796, **4, 38, 70, 90, 123, 149**
Hauterive dodis.ch/G10405, **104**
Havanna dodis.ch/G188, **23, 76, 161**
Helsinki dodis.ch/G622, **44, 144, 150, 155, 156, 169, 173, 174, 176**
Hermannstadt dodis.ch/G10470, **167**
Himalaya dodis.ch/G4908, **15**
Hong Kong dodis.ch/G52, **82, 104, 129**
Hongrie dodis.ch/G20, **14*, 26, 47, 58, 78, 133, 157*, 170, 173, 176*, 183***
Inde / Indien dodis.ch/G201, **1*, 7, 15, 84, 87*, 89, 106, 111, 113*, 126, 135***
Indischer Ozean dodis.ch/G2221, **89**
Indischer Subkontinent dodis.ch/G10327, **111**
Indochina / Indochine dodis.ch/G50, **38, 149**
Indonésie / Indonesien dodis.ch/G49, **7*, 122**
Industriestaaten dodis.ch/G9188, **69, 71, 93, 110, 122, 140, 176**
Irak / Iraq dodis.ch/G482, **45**
Iran dodis.ch/G743, **84*, 87, 114***
Irland / Irlande dodis.ch/G128, **18, 43, 64, 108, 156**
Islamabad dodis.ch/G8922, **87, 111, 113, 126, 135**
Island / Islande dodis.ch/G214, **18, 61, 108**
Israel / Israël dodis.ch/G1761, **8, 11, 12, 37, 39, 47, 144, 146, 183**
Italia / Italie / Italien dodis.ch/G77, **3*, 17*, 18, 19, 31*, 36, 42, 49, 58, 65, 74*, 78, 86, 93, 100, 107, 116, 122, 130, 144, 148*, 150, 156, 166, 169*, 173, 177*, 180*, 184**
Jakarta vgl. Djakarta

Jalta dodis.ch/G298, **157**
Jamaika / Jamaïque dodis.ch/G365, **57, 78**
Japan / Japon dodis.ch/G45, **34*, 36, 42, 65, 86, 89, 117*, 122, 129, 137*, 140, 147*, 150, 168, 174**
Jaunde dodis.ch/G7935, **10**
Jerusalem / Jérusalem dodis.ch/G324, **20, 146**
Johannesburg dodis.ch/G4569, **24, 86, 118, 124, 130**
Jordanie / Jordanien dodis.ch/G2761, **11, 45, 47, 60**
Jugoslawien dodis.ch/G69, **13, 18, 21, 26, 47, 53, 58*, 64, 65, 78, 92, 122*, 124, 133, 143*, 157*, 173, 176***
Jura dodis.ch/G582, **96**
Kabgayi dodis.ch/G9125, **46**
Kaduna dodis.ch/G9110, **43**
Kairo dodis.ch/G40, **39**
Kalkutta vgl. Calcutta
Kambodscha vgl. Cambodge
Kamerun vgl. Cameroun
Kanada vgl. Canada
Kano dodis.ch/G7850, **43**
Kapstadt dodis.ch/G4287, **86, 132**
Kap Verde vgl. Cap-Vert
Karachi / Karatschi dodis.ch/G1921, **87, 113**
Karlsbad vgl. Carlsbad
Karpaten vgl. Carpates
Kasachstan dodis.ch/G10404, **82**
Kassel vgl. Cassel
Katanga dodis.ch/G4779, **118**
Katmandou / Katmandu dodis.ch/G4507, **15**
Kaukasus vgl. Caucase
Kazakhstan cf. Kasachstan
Kenia / Kenya dodis.ch/G4796, **46, 86**
Kibuye dodis.ch/G9559, **46**
Kigali dodis.ch/G8988, **46**
Kinshasa dodis.ch/G2928, **10, 118**
Kintambo dodis.ch/G9928, **20**
Kivusee dodis.ch/G9560, **46**
Kloten dodis.ch/G1741, **11, 12, 37, 45, 73, 75**
Köln vgl. Cologne
Kolumbien vgl. Colombie
Kongo Kinshasa vgl. Congo Kinshasa
Kopenhagen vgl. Copenhague
Korea vgl. Corée
Kroatien vgl. Croatie
Kuba vgl. Cuba
La Chaux-de-Fonds dodis.ch/G708, **153, 167**
Lac Kivu cf. Kivusee
Lagos dodis.ch/G4655, **10, 18, 43, 111**
La Havane cf. Havanna
La Haye cf. Den Haag
Laos dodis.ch/G3763, **53, 127**
Lateinamerika vgl. Amérique latine
Lausanne dodis.ch/G174, **52, 88, 118, 157, 163**
Le Caire cf. Kairo
Le Cap cf. Kapstadt
Le Locle dodis.ch/G913, **34, 153**
Leningrad dodis.ch/G3147, **54, 82**
Léopoldville cf. Kinshasa
Liban / Libanon dodis.ch/G483, **45, 78**
Libye / Libyen dodis.ch/G4636, **45, 138***
Liechtenstein dodis.ch/G253, **2*, 41*, 118, 144, 147**
Lisbonne / Lissabon dodis.ch/G349, **44, 100, 132, 150**
Locarno dodis.ch/G305, **157**
London / Londres dodis.ch/G55, **12, 37, 44, 65, 115, 129, 150, 156**
Lubumbashi dodis.ch/G4924, **118**
Lugano dodis.ch/G736, **177**
Lutry dodis.ch/G10546, **119**
Luxembourg / Luxemburg dodis.ch/G196, **18, 25, 36, 44, 108, 130, 150, 156, 173**
Madagascar / Madagaskar dodis.ch/G366, **78**
Mailand dodis.ch/G840, **17**
Malaisie / Malaysia dodis.ch/G822, **145**
Malawi dodis.ch/G8677, **86**
Mali dodis.ch/G5201, **86**
Maroc / Marokko dodis.ch/G975, **5*, 12, 45, 60, 75**
Mauretanien / Mauritanie dodis.ch/G6307, **86, 132**
Mer Méditerranée dodis.ch/G291, **89, 122, 144**
Messina / Messine dodis.ch/G6401, **25**
Mexiko / Mexique dodis.ch/G319, **57, 134***
Milan / Milano cf. Mailand
Mitteleuropa vgl. Europe centrale
Mittelmeer vgl. Mer Méditerranée
Mittelmeerländer vgl. Europe méridionale
Mittlerer Osten dodis.ch/G855, **12**
Monaco dodis.ch/G4023, **144**
Montevideo dodis.ch/G1346, **129**
Montreal / Montréal dodis.ch/G183, **8, 12, 39, 154**
Mosambik / Mozambique dodis.ch/G4652, **86***
Moscou / Moskau dodis.ch/G21, **12, 14, 44, 71, 82, 89, 104, 133, 144, 150, 151, 155, 156, 168, 173, 176**
Moyen-Orient cf. Mittlerer Osten
München / Munich dodis.ch/G862, **12, 37, 89, 163**
Naher Osten dodis.ch/G854, **11*, 12*, 20, 37*, 45*, 47, 60***
Nairobi dodis.ch/G5150, **10, 24, 46, 67, 125**
Namibia / Namibie dodis.ch/G7621, **86*, 105, 146***

Nepal / Népal dodis.ch/G4263, **7, 15***
Neuchâtel / Neuenburg dodis.ch/G245, **34, 48, 162, 167**
Neuseeland dodis.ch/G218, **42, 78**
Neutrale Staaten dodis.ch/G8724, **28, 29, 44, 64, 80, 91, 95, 156, 182**
New Delhi dodis.ch/G516, **1, 87, 106, 111, 113, 126, 135**
New York dodis.ch/G23, **7, 20, 42, 78, 102, 132, 139, 146, 168, 172**
Niamey dodis.ch/G7942, **10**
Niederlande dodis.ch/G78, **18, 24, 36, 42, 44, 64, 122, 156, 173**
Niger dodis.ch/G7456, **10**
Nigeria / Nigéria dodis.ch/G4656, **18*, 43*, 98, 111**
Nordafrika vgl. Afrique du Nord
Nordamerika vgl. Amérique du Nord
Nordkorea vgl. Corée du Nord
Nordvietnam dodis.ch/G4846, **4*, 38*, 70*, 90*, 123*, 149*, 151**
Norvège / Norwegen dodis.ch/G194, **18, 21, 36, 38, 61, 64, 65, 78, 82, 100*, 108, 156**
Nouvelle-Zélande cf. Neuseeland
Occident dodis.ch/G1858, **24, 28, 36, 58, 61, 71, 110, 123, 125, 137, 144, 157, 173, 174, 176**
Océan Indien cf. Indischer Ozean
Océan Pacifique dodis.ch/G209, **89**
Okinawa dodis.ch/G5006, **89**
Ontario dodis.ch/G10390, **154**
Osaka dodis.ch/G800, **137, 147**
Oslo dodis.ch/G406, **21, 44, 78, 100, 150**
Ostafrika vgl. Afrique orientale
Ostasien vgl. Asie de l'Est
Ost-Berlin vgl. Berlin-Est
Ostblock vgl. Est (Pays de l')
Österreich vgl. Autriche
Österreich-Ungarn vgl. Autriche-Hongrie
Osteuropa vgl. Europe de l'Est
Ostpakistan vgl. Bangladesch
Ottawa dodis.ch/G169, **10, 83, 96, 136**
Ouganda dodis.ch/G4797, **46, 165***
Oussouri dodis.ch/G9808, **89**
Pakistan dodis.ch/G1433, **7, 84, 86, 87*, 106, 111*, 113*, 126, 135***
Pakistan oriental cf. Bangladesch
Palästina / Palestine dodis.ch/G335, **8, 11, 12, 20, 24, 37, 39, 45, 47, 60, 73, 163**
Pankow vgl. Berlin-Est
Panmunjeom / Panmunjom dodis.ch/G4301, **152, 168**
Paraguay dodis.ch/G946, **57**
Paris dodis.ch/G18, **4, 7, 10, 12, 36, 44, 48, 56, 78, 80, 88, 90, 94, 96, 108, 128, 130, 150, 159**
Pays arabes cf. Arabische Staaten
Pays-Bas cf. Niederlande
Pays en voie de développement cf. Entwicklungsländer
Pays industriels cf. Industriestaaten
Pays neutres cf. Neutrale Staaten
Pazifischer Ozean vgl. Océan Pacifique
Pékin / Peking cf. Beijing
Pelindaba dodis.ch/G10452, **130**
Persepolis / Persépolis dodis.ch/G10358, **84**
Peru / Pérou dodis.ch/G212, **57, 60, 78**
Philae dodis.ch/G9611, **73**
Phnom Penh dodis.ch/G3781, **121**
Pjöngjang dodis.ch/G5219, **4, 152**
Polen / Pologne dodis.ch/G68, **14, 20, 26, 47, 53, 58, 152, 157*, 164*, 168*, 169, 170*, 173, 176***
Portugal dodis.ch/G127, **13*, 24, 36, 43, 47, 58, 71, 86, 100*, 108, 123*, 132, 145**
Portugiesisch-Guinea vgl. Guinea-Bissau
Prag / Prague dodis.ch/G71, **14, 19, 56, 58, 104, 152, 157, 164, 168, 175**
Pretoria / Prétoria dodis.ch/G469, **86, 124, 130, 146**
Proche-Orient cf. Naher Osten
Pyongyang cf. Pjöngjang
Rabat dodis.ch/G3501, **10**
Rangoun/ Rangun dodis.ch/G3750, **53**
République Arabe Unie cf. Ägypten
République démocratique allemande cf. Deutsche Demokratische Republik
République fédérale d'Allemagne cf. Bundesrepublik Deutschland
Rhein / Rhin dodis.ch/G961, **94**
Rhodésie / Rhodesien dodis.ch/G4449, **9*, 24*, 54, 86*, 123*, 132***
Riga dodis.ch/G1400, **82**
Rikon dodis.ch/G9780, **121**
Rio de Janeiro dodis.ch/G207, **27, 35, 51, 59**
Rom / Roma / Rome dodis.ch/G361, **17, 31, 44, 94, 148, 150, 177, 180, 184**
Romandie dodis.ch/G2061, **88, 149**
Roumanie / Rumänien dodis.ch/G234, **4, 14, 26, 58*, 157*, 167*, 170, 173, 176***
Ruanda / Rwanda dodis.ch/G4588, **46*, 67***
Rüschlikon dodis.ch/G8991, **88**
Saigon / Saïgon dodis.ch/G431, **20, 89, 90, 123**
Saint-Gall dodis.ch/G562, **135**
Saint-Marin / San Marino dodis.ch/G5008, **100*, 144**
Salisbury dodis.ch/G4657, **24, 86, 123**
Sambesi dodis.ch/G4925, **86**
Sambia dodis.ch/G5036, **43, 86**
San José dodis.ch/G2930, **57**

Santiago de Chile dodis.ch/G211, **112, 142**
São Paulo dodis.ch/G4069, **50**
São Tomé dodis.ch/G9848, **13**
Sapporo dodis.ch/G9734, **137**
Savigny dodis.ch/G10468, **118**
Scandinavie dodis.ch/G514, **2, 6, 18, 100**
Schiras vgl. Chiraz
Schöllenenschlucht / Schöllenen, Gorges de dodis.ch/G9368, **82**
Schwarzafrika vgl. Afrique noire
Schweden dodis.ch/G15, **2*, 4, 12, 18, 20, 29*, 38, 42, 44, 58, 61, 64, 65, 70, 81, 92, 95*, 100*, 103, 108, 122, 132, 135, 141, 142, 146, 152*, 156, 157, 164*, 165, 168*, 173, 179**
Senegal / Sénégal dodis.ch/G7455, **109***
Seoul / Séoul dodis.ch/G4261, **4, 38, 152, 153, 168**
Serpoukhov / Serpuchow dodis.ch/G9021, **172**
Sibérie / Sibirien dodis.ch/G290, **104, 137**
Sibiu vgl. Hermannstadt
Sicile / Sicilia / Sizilien dodis.ch/G768, **18**
Simonstown dodis.ch/G10466, **86**
Singapour / Singapur dodis.ch/G53, **145**
Skandinavien vgl. Scandinavie
Sofia dodis.ch/G755, **58, 157**
Soleure (Canton) / Solothurn (Kanton) dodis.ch/G5128, **34**
Soudan / Sudan dodis.ch/G982, **60**
Soumbédioune dodis.ch/G10469, **109**
Sous-continent indien cf. Indischer Subkontinent
Sowjetunion dodis.ch/G30, **12, 13, 25, 26, 47, 54*, 58*, 64, 71, 78, 81, 82*, 87, 89*, 92, 104*, 109, 122, 125, 130, 133*, 137, 144, 150, 151*, 155*, 156, 169, 172*, 173, 174, 176*, 181**
Spanien vgl. Espagne
Sri Lanka vgl. Ceylan
Stans dodis.ch/G1849, **127**
St. Gallen vgl. Saint-Gall
Stockholm dodis.ch/G94, **2, 44, 56, 61, 95, 100, 141, 150, 156, 164, 168, 174, 179**
Strasbourg / Strassburg dodis.ch/G2361, **6, 56, 66**
Südafrika vgl. Afrique du Sud
Südamerika vgl. Amérique du Sud
Südkorea vgl. Corée du Sud
Südliches Afrika vgl. Afrique australe
Südostasien vgl. Asie du Sud-Est
Sud-Ouest africain / Südwestafrika cf. Namibia
Südvietnam dodis.ch/G4847, **4, 20, 38, 90, 123*, 149**
Suède cf. Schweden
Suez dodis.ch/G1004, **20**
Suisse alémanique cf. Deutschschweiz
Syrie / Syrien dodis.ch/G485, **12, 45**
Taipeh / Taipei dodis.ch/G3981, **89**
Taiwan / Taïwan dodis.ch/G32, **89, 99, 102*, 121, 123, 133, 139***
Tananarive cf. Antananarivo
Tansania / Tanzanie dodis.ch/G5025, **43, 46**
Tchad / Tschad dodis.ch/G7461, **46**
Tchécoslovaquie cf. ČSSR
Teheran / Téhéran dodis.ch/G1235, **13, 84, 86, 113**
Tessin dodis.ch/G688, **149, 169**
Thailand / Thaïlande dodis.ch/G202, **53***
Tibet dodis.ch/G1198, **15, 121, 165**
Ticino cf. Tessin
Tirana dodis.ch/G458, **21**
Tokio / Tokyo dodis.ch/G35, **34, 39, 65, 117, 137, 147, 150**
Trinidad und Tobago / Trinité et Tobago dodis.ch/G4441, **57, 65, 145***
Tripoli / Tripolis dodis.ch/G7849, **138**
Tschechoslowakei vgl. ČSSR
Tunesien / Tunisie dodis.ch/G362, **45, 78, 163 ***
Tunis dodis.ch/G903, **10, 163**
Türkei / Turquie dodis.ch/G122, **36, 58, 156**
UdSSR vgl. Sowjetunion
Uganda vgl. Ouganda
Uli dodis.ch/G9794, **18**
Ungarn vgl. Hongrie
Union soviétique / URSS cf. Sowjetunion
Uruguay dodis.ch/G947, **57**
Ussuri vgl. Oussouri
Uzwil dodis.ch/G3745, **82,**
Vaduz dodis.ch/G1968, **41, 144**
Varsovie dodis.ch/G144, **21, 71, 152, 157, 164, 168, 170**
Vatican / Vaticano / Vatikan dodis.ch/G712, **156**
Venedig / Venise dodis.ch/G842, **144**
Venezuela / Vénézuela dodis.ch/G486, **57**
Vereinigte Arabische Republik vgl. Ägypten
Vereinigte Staaten von Amerika vgl. États-Unis d'Amérique
Vienne dodis.ch/G238, **21, 39, 41, 44, 65, 82, 123, 130, 150, 174**
Vietnam dodis.ch/G1434, **18, 20, 22, 38*, 70*, 89, 123, 127, 151*, 155, 157**
Vietnam du Nord cf. Nordvietnam
Vietnam du Sud cf. Südvietnam
Warschau vgl. Varsovie
Washington, D. C. dodis.ch/G16, **7, 12, 22, 23, 40, 44, 65, 66, 70, 80, 81, 89, 90, 101, 136, 150, 155, 159, 166, 168, 174, 175**

Westafrika vgl. Afrique occidentale
West-Berlin vgl. Berlin-Ouest
Westen / westliche Staaten vgl. Occident
Westeuropa vgl. Europe occidentale
Westschweiz vgl. Romandie
Wien vgl. Vienne
Winterthur / Winterthour dodis.ch/G679, **11, 12, 138**
Würenlingen dodis.ch/G5561, **8, 11, 12, 45, 73, 75, 163**
Yalta cf. Jalta
Yaoundé cf. Jaunde
Yougoslavie cf. Jugoslawien
Yverdon dodis.ch/G4946, **167**
Zagreb dodis.ch/G1258, **143**
Zaire / Zaïre vgl. Congo Kinshasa
Zambèze cf. Sambesi
Zambie cf. Sambia
Zarka / Zarqa dodis.ch/G8094, **37, 60**
Zentralamerika vgl. Amérique centrale
Zentraleuropa vgl. Europe centrale
Zerka / Zerqa vgl. Zarka / Zarqa
Zimbabwe cf. Rhodésie / Rhodesien
Zofingen / Zofingue dodis.ch/G5543, **138**
Zürich / Zurich dodis.ch/G27, **4, 8, 12, 14, 21, 22, 37, 38, 39, 54, 71, 86, 97, 104, 108, 116, 117, 122, 138, 139, 152, 157, 161, 176, 184**
Zürich (Kanton) / Zurich (Canton) dodis.ch/G3361, **37, 88**
Zypern vgl. Chypre

IX. VERZEICHNIS DER BENUTZTEN BESTÄNDE
LISTE DES FONDS UTILISÉS
ELENCO DEI FONDI UTILIZZATI

Die **fett** hervorgehobenen Bestände sind besonders forschungsrelevant.

Les fonds en **gras** sont particulièrement pertinents pour la recherche.

I fondi in **grassetto** sono particolarmente rilevanti per la ricerca.

IX.1. SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV, BERN
ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES, BERNE
ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO, BERNA

IX.1.1. ARCHIV DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESSTAATES
ARCHIVES DE L'ÉTAT FÉDÉRAL
ARCHIVIO DELLO STATO FEDERALE

Bundeskanzlei / Chancellerie fédérale / Cancelleria federale

E1001*	Bundesrat: Anträge der Bundeskanzlei und der Departemente / Conseil fédéral: Propositions de la Chancellerie fédérale et des Départements
E1003*	Bundesrat: Verhandlungsprotokolle und Beschlussprotokolle II / Conseil fédéral: Procès-verbaux des délibérations et procès-verbaux de décision II
E1004.1*	Bundesrat: Beschlussprotokolle / Conseil fédéral: Procès-verbaux
E1010B*	Bundeskanzlei: Zentrale Ablage / Chancellerie fédérale: Enregistrement central
E1050.7A*	Bundesversammlung: Geschäftsprüfungskommissionen / Assemblée fédérale: Commissions de gestion
E1050.12*	Bundesversammlung: Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten / Assemblée fédérale: Commissions des affaires étrangères
E1050.15*	Bundesversammlung: Kommissionen für Zolltarif, Wirtschaft und Aussenwirtschaft / Assemblée fédérale: Commission pour le tarif douanier, l'économie et le commerce extérieur
E1301*	Nationalrat: Protokolle / Conseil national: Procès-verbaux
E1401*	Ständerat: Protokolle / Conseil des États: Procès-verbaux

Politisches Departement / Département politique / Dipartimento politico

E2001E*	Abteilung für Politische Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division des affaires politiques: Enregistrement central

E2001E-01*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2003A*	Abteilung für internationale Organisationen: Zentrale Ablage / Division des organisations internationales: Enregistrement central
E2003-06*	Politische Direktion: Fremde Interessen / Direction politique: Intérêts étrangers
E2004B*	Verwaltungsdirektion im Eidgenössischen politischen Departement: Zentrale Ablage / Division des affaires administratives du Département politique fédéral: Enregistrement central
E2005A*	Delegierter für Technische Zusammenarbeit: Zentrale Ablage / Délégué à la coopération technique: Enregistrement central
E2010A*	Politische Direktion: Zentrale Ablage / Direction politique: Enregistrement central
E2024A*	Verwaltungsabteilung im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten: Zentrale Ablage / Division administrative du Département fédéral des affaires étrangères: Enregistrement central
E2024-02A*	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten: Personaldossiers / Département fédéral des affaires étrangères: Dossiers personnels
E2200 / E2210	Diplomatische und konsularische Vertretungen der Schweiz / Représentations diplomatiques et consulaires de la Suisse
E2300-01*	Eidgenössisches politisches Departement: Politische und militärische Berichte der Auslandvertretungen / Département politique fédéral: Rapports politiques et militaires des représentations à l'étranger
E2500*	Eidgenössisches politisches Departement: Personaldossiers / Département politique fédéral: Dossiers personnels
E2806*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Pierre Micheli, Botschafter / Département politique fédéral: Papiers Pierre Micheli, Ambassadeur
E2807*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Willy Spühler, Bundesrat / Département politique fédéral: Papiers Willy Spühler, Conseiller fédéral
E2811*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Ernesto A. Thalmann, Botschafter / Département politique fédéral: Papiers Ernesto A. Thalmann, Ambassadeur
E2812*	Eidgenössisches politisches Departement: Handakten Pierre Graber, Bundesrat / Département politique fédéral: Papiers Pierre Graber, Conseiller fédéral
E2814*	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angele-

genheiten: Handakten Rudolf Bindschedler, Minister / Département politique fédéral: Papiers Rudolf Bindschedler, Ministre

Departement des Innern / Département de l'intérieur / Dipartimento dell'interno

E3300C* Bundesamt für Gesundheitswesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la santé publique: Enregistrement central

E3340B* Bundesamt für Sozialversicherung: Zentrale Ablage / Office fédéral des assurances sociales: Enregistrement central

E3370B* Abteilung für Wissenschaft und Forschung: Zentrale Ablage / Division de la science et de la recherche: Enregistrement central

E3801* Eidgenössisches Departement des Innern: Handakten Hans-Peter Tschudi, Bundesrat / Département fédéral de l'intérieur: Papiers Hans-Peter Tschudi, Conseiller fédéral

Justiz- und Polizeidepartement / Département de justice et police / Dipartimento di giustizia e polizia

E4001D* Departementssekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat du Département fédéral de justice et police: Enregistrement central

E4001E* Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de justice et police: Enregistrement central

E4111A* Meldestelle für Vermögen verschwundener Ausländer: Zentrale Ablage / Bureau de communication en matière de biens d'étrangers portés disparus: Enregistrement central

E4260C-01* Bundesamt für Polizeiwesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la police: Enregistrement central

E4260D-01* Bundesamt für Polizeiwesen: Zentrale Ablage / Office fédéral de la police: Enregistrement central

E4280A* Delegierter für das Flüchtlingswesen: Zentrale Ablage / Délégué aux réfugiés: Enregistrement central

E4300C-01* Bundesamt für Ausländerfragen: Zentrale Ablage / Office fédéral des étrangers: Enregistrement central

E4320C* Bundesanwaltschaft: Polizeidienst / Ministère public de la Confédération: Service de police

E4380B* Bundesamt für geistiges Eigentum: Zentrale Ablage / Office fédéral de la propriété intellectuelle: Enregistrement central

Militärdepartement / Département militaire / Dipartimento militare

E5001G* Direktion der Eidgenössischen Militärverwaltung: Zentrale Ablage / Direction de l'administration militaire fédérale: Enregistrement central

E5560D* Stab der Gruppe für Generalstabsdienste: Zentrale Ablage / État-major du groupement de l'état-major général: Enregistrement central

E5804* Eidgenössisches Militärdepartement: Handakten Bundesrat Rudolf Gnägi / Département militaire: Papiers du Conseiller fédéral Rudolf Gnägi

Finanz- und Zolldepartement / Département des finances et des douanes / Dipartimento delle finanze e delle dogane

E6100B* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6100B-01* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6100C* Eidgenössische Finanzverwaltung: Zentrale Ablage / Administration fédérale des finances: Enregistrement central

E6300B* Eidgenössische Steuerverwaltung: Direktion / Administration fédérale des contributions: Direction

E6521A* Eidgenössische Bankenkommission: Banken und Sparkassen / Commission fédérale des banques: Banques et caisses d'épargne

E6802* Eidgenössisches Finanz- und Zolldepartement: Handakten Nello Celio / Département fédéral des finances: Papiers Nello Celio

Volkswirtschaftsdepartement / Département de l'économie publique / Dipartimento dell'economia pubblica

E7001C* Generalsekretariat des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements: Zentrale Ablage / Secrétariat général du Département fédéral de l'économie publique: Enregistrement central

E7110* Handelsabteilung: Zentrale Ablage / Division du commerce: Enregistrement central

E7113A* Integrationsbüro: Zentrale Ablage / Bureau de l'intégration: Enregistrement central

E7113-02* Integrationsbüro: Dokumentation über die Entstehung der europäischen Integration / Bureau de l'intégration: Documentation sur les débuts de l'intégration européenne

E7170B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Enregistrement central

E7175B* Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit: Arbeitskraft und Auswanderung / Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail: Main-d'œuvre et émigration

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement / Département des transports et communications et de l'énergie / Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie

E8150B* Bundesamt für Zivilluftfahrt: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'aviation civile: Enregistrement central

E8190B-01* Bundesamt für Energiewirtschaft: Zentrale Ablage / Office fédéral de l'économie énergétique: Enregistrement central

Ausserparlamentarische Kommissionen / Commissions extraparlementaires / Commissioni extraparlamentari

E9043-01* Schweizerische Zentrale für Handelsförderung: Zentrale Ablage / Office suisse d'expansion commerciale: Enregistrement central

E9500.1* Nationale schweizerische UNESCO-Kommission: Zentrale Ablage / Commission nationale suisse pour l'UNESCO: Enregistrement central

E9500.217* Kommission für die Investitionsrisikogarantie: Zentrale Ablage / Commission pour la garantie contre les risques à l'exportation: Enregistrement central

E9500.225* Arbeitsgrupppe Historische Standortbestimmung: Zentrale Ablage / Groupe de travail Implications historiques: Enregistrement central

IX.1.2. URKUNDEN / ACTES / DOCUMENTI

K1* Staatsverträge / Accords bilatéraux

K7* Urkunden / Actes officiels

IX.1.3. DEPOSITEN UND SCHENKUNGEN / DÉPÔTS ET DONS / DEPOSITI E DONAZIONI

J1.223* Bindschedler, Rudolf

J1.227* Spühler, Willy

J1.301* Probst, Raymond

IX.2. ARCHIV DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK, ZÜRICH / ARCHIVES DE LA BANQUE NATIONALE SUISSE, ZURICH / ARCHIVIO DELLA BANCA NAZIONALE SVIZZERA, ZURIGO

Protokolle des Direktoriums / Procès-verbaux de la Direction générale / Verbali della Direzione generale

IX.3. ARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE DER ETH ZÜRICH

Nachlass Paul R. Jolles
Nachlass Albert Weitnauer

IX.4. BIBLIOTHÈQUE DE LA VILLE DE LA CHAUX-DE-FONDS

Fonds Pierre Graber

IX.5. STADTARCHIV BERN

Sicherheits- und Kriminalpolizei
1001_1 Stadtpolizei: Zentralregistratur

IX.6. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN / PUBLICATIONS OFFICIELLES / PUBBLICAZIONI UFFICIALI

- Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Recueil officiel des lois et ordonnances de la Confédération suisse / Raccolta ufficiale delle leggi federali della Confederazione Svizzera
- Amtliches Bulletin der Schweizerischen Bundesversammlung / Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale / Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
- Bericht des Schweizerischen Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung / Rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale sur sa gestion / Rapporto di gestione del Consiglio federale all'Assemblea federale
- Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Feuille fédérale de la Confédération suisse / Foglio federale della Confederazione Svizzera
- Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung / Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale / Compendio delle deliberazioni dell'Assemblea federale

IX.7. HILFSMITTEL / INSTRUMENTS DE TRAVAIL / STRUMENTI DI LAVORO

- Das Eidgenössische Politische Departement (Zentrale) von 1848 bis 1970, (Amtschronik), Bern 1971
- Datenbank der Ratsmitglieder seit 1848 / Banque de données recensant les membres des conseils depuis 1848 / Banca dati dei deputati dal 1848 http://www.parlament.ch
- Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz seit 1798, Eidgenössisches Politisches Departement, Bern 2010
- Documenta Helvetica, Bern 1970–2002
- Handbuch der Eidgenössischen Volksabstimmungen 1848 bis 2007, Bern 2010
- Historisches Lexikon der Schweiz / Dictionnaire historique de la Suisse / Dizionario storico della Svizzera, Basel, Hauterive, Locarno 2002 et seq. http://hls-dhs-dss.ch
- Jahrbuch der Eidgenössischen Räte und Gerichte / Annuaire des Autorités fédérales / Annuario delle Autorità federali
- Jahrbuch Schweizerische Politik / Année politique suisse http://www.anneepolitique.ch
- Schweizerisches Ragionenbuch / Annuaire suisse du Registre du commerce / Annuario svizzero del Registro di commercio, Zürich 1894–2004.
- Staatskalender der Schweizerischen Eidgenossenschaft / Annuaire de la Confédération suisse / Annuario della Confederazione Svizzera

X. VERZEICHNIS NICHT FREIGEGEBENER DOSSIERS DER EIDGENOSSENSCHAFT IM SCHWEIZERISCHEN BUNDESARCHIV
LISTE DES DOSSIERS DE LA CONFÉDÉRATION DANS LES ARCHIVES FÉDÉRALES SUISSES NON RENDUS ACCESSIBLES
ELENCO DEI FASCICOLI DELLA CONFEDERAZIONE NELL'ARCHIVIO FEDERALE SVIZZERO NON RESI ACCESSIBILI

Das Forschungsprojekt Diplomatische Dokumente der Schweiz (DDS) ist ein Unternehmen der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW). Entsprechend unterliegen die Mitglieder der Forschungsgruppe der DDS denselben rechtlichen Bestimmungen wie alle Forscherinnen und Forscher. Artikel 20 der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gewährleistet die Wissenschaftsfreiheit. Als Forschungsunternehmen ist die Forschungsgruppe der DDS deshalb im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen in der Auswahl der Dokumente vollkommen frei. Die wissenschaftliche Verantwortung dazu trägt der Direktor der DDS. Die Forschungsgruppe der DDS ist dem von der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) verabschiedeten Ethik-Kodex und deren Grundsätzen zur Freiheit der wissenschaftlichen historischen Forschung und Lehre verpflichtet.

Der Zugang zum Archivgut des Bundes ist im Bundesgesetz über die Archivierung (BGA) vom 26. Juni 1998 geregelt. Gemäss Artikel 9 (Grundsatz der freien Einsichtnahme und Schutzfrist) steht dieses Archivgut der Öffentlichkeit nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren unentgeltlich zur Einsichtnahme zur Verfügung. Die Ausnahmen sind in Artikel 11 (Verlängerte Schutzfrist für Personendaten) und Artikel 12 (Weitere Beschränkungen der Einsichtnahme) geregelt. Die aufgrund von Artikel 12 vom Bundesrat einer verlängerten Schutzfrist unterstellten Bestände werden jährlich im Anhang 3 (Liste von Archivgut mit verlängerter Schutzfrist) zur Verordnung zum Bundesgesetz über die Archivierung (VBGA) veröffentlicht. Die Forschungsgruppe der DDS hat gemäss Artikel 13 BGA (Einsichtnahme während der Schutzfrist) für die Periode des vorliegenden Bandes (1970–1972) mehrere Einsichtsgesuche gestellt, die eine Vielzahl nicht frei zugänglicher Dossiers der Eidgenossenschaft im Schweizerischen Bundesarchiv umfassen. Gemäss Artikel 13 Absatz 2 BGA gelten die von der Forschungsgruppe der DDS erhaltenen Bewilligungen «unter gleichen Bedingungen für alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller».

Die Einsichtnahme in noch einer Schutzfrist unterstehende Dossiers kann nach Artikel 13 Absatz 3 BGA «mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, insbesondere kann die Anonymisierung von Personendaten verlangt werden». Für die Periode des vorliegenden Bandes unterstanden 78 von der Forschungsgruppe der DDS aus freigegebenen Dossiers zur Publikation ausgewählte Dokumente der Auflage der Manuskriptvorlage bei der jeweiligen aktenabliefernden Stelle. 77 dieser Dokumente konnten vollumfänglich und ohne Einschränkungen im vorliegenden Band und/oder im Internet in der Datenbank Dodis veröffentlicht werden. Ein ausschliesslich für die Datenbank

ausgewähltes Dokument aus den Beständen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten konnte bis zur Drucklegung dieses Bandes nicht publiziert werden, da die Forschungsgruppe der DDS die von der zuständigen Bundesstelle verlangte Umsetzung der Anonymisierung einer erwähnten Person im betreffenden Dokument juristisch überprüfen lassen will.

Im vorliegenden Verzeichnis hingegen werden diejenigen Dossiers festgehalten, bei denen die zuständige Stelle im entsprechenden Departement der Forschungsgruppe der DDS die Einsicht verweigert hat.

Eine laufend aktualisierte Liste aller für die Forschungsgruppe der DDS nicht freigegebener Dossiers kann im Internet unter dodis.ch/dds/BGA konsultiert werden.

Le projet de recherche Documents Diplomatiques Suisses (DDS) est une entreprise de l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH). Les membres du groupe de recherche des DDS sont ainsi soumis aux mêmes dispositions juridiques que tous les chercheurs et chercheuses. L'article 20 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse garantit la liberté de la science. En tant qu'entreprise active dans le domaine de la recherche, le groupe de recherche des DDS est entièrement libre dans la sélection de documents, dans le cadre des dispositions légales en vigueur. La responsabilité scientifique est du ressort du Directeur des DDS. Le groupe de recherche des DDS est soumis au Code d'éthique et aux Principes de la liberté de la recherche et de l'enseignement scientifiques de l'histoire, adoptés par la Société suisse d'histoire (SSH).

L'accès aux archives de la Confédération est réglementé par la Loi fédérale sur l'archivage (LAr). Selon l'Article 9 (Principe de la libre consultation et délai de protection), ces archives peuvent être consultées librement par le public après l'expiration d'un délai de protection de 30 ans. Les exceptions sont prévues à l'Article 11 (Prolongation du délai de protection pour les données personnelles) et à l'Article 12 (Autres restrictions de la consultation). Les fonds soumis à un délai de protection prolongé par le Conseil fédéral en vertu de l'Article 12 sont publiés annuellement dans l'Annexe 3 (Liste des archives soumises à un délai de protection prolongé) de l'Ordonnance relative à la loi fédérale sur l'archivage (OLAr). Conformément à l'Article 13 de la LAr (Consultation pendant le délai de protection), le groupe de recherche des DDS a adressé plusieurs demandes de consultation pour la période du présent volume (1970–1972), ce qui correspond à de nombreux dossiers dont la consultation n'est pas libre aux Archives fédérales suisses. Sur la base de l'Article 13, paragraphe 3 de la LAr, les autorisations accordées au groupe de recherche des DDS sont valables «aux mêmes conditions, à toutes les personnes qui en font la demande».

La consultation des dossiers pour l'heure soumis à un délai de protection «peut être assortie de charges et de conditions; il peut en particulier être exigé que les données personnelles soient rendues anonymes», conformément à l'Article 13, paragraphe 3 de la LAr. Pour la période couverte dans le présent volume, 78 documents sélectionnés dans des dossiers dont la consultation a été autorisée étaient soumis à la condition de présentation du manuscrit aux services versants. 77 de ces documents ont pu être publiés intégralement et sans

aucune restriction dans le présent volume et/ou dans la base de données Dodis sur internet. Un document sélectionné uniquement pour la base de données et provenant des fonds du Département fédéral des affaires étrangères n'a pas été publié au moment de la parution de ce volume. Le groupe de recherche des DDS souhaite en effet faire examiner d'un point de vue juridique les modalités d'application relatives à l'anonymisation d'une personne mentionnée dans le document telles qu'elles ont été demandées par le service fédéral concerné.

Par contre, dans la liste ci-dessous sont mentionnés tous les dossiers dont la consultation a été refusée au groupe de recherche des DDS par l'autorité compétente au sein du Département fédéral concerné.

La liste constamment mise à jour des dossiers dont la consultation a été refusée au groupe de recherche des DDS est consultable sur Internet à l'adresse dodis.ch/dds/LAr.

Il progetto di ricerca Documenti Diplomatici Svizzeri (DDS) è un'impresa dall'Accademia svizzera di scienze humane e sociali (ASSMS). I membri del gruppo di ricerca dei DDS sono perciò soggetti alle stesse disposizioni legislative di tutte le ricercatrici e i ricercatori. L'articolo 20 della Costituzione federale della Confederazione svizzera garantisce la libertà della scienza. In quanto progetto di ricerca, il gruppo di ricerca dei DDS è completamente libero nella selezione dei documenti, nel rispetto delle leggi vigenti. La responsabilità scientifica spetta al direttore dei DDS. Il gruppo di ricerca dei DDS si attiene al Codice d'etica e ai Principi della libertà della ricerca e dell'insegnamento scientifico della storia approvati dalla Società svizzera di storia (SSS).

L'accesso agli archivi della Confederazione è regolato dalla Legge federale sull'archiviazione (LAr) del 26 giugno 1998. Secondo l'articolo 9 (Principio della libera consultazione e termine di protezione), questi archivi sono accessibili al pubblico, a titolo gratuito, dopo la scadenza di un termine di protezione di 30 anni. Le eccezioni sono definite negli articoli 11 (Proroga del termine di protezione per i dati personali) e 12 (Altre restrizioni alla consultazione). I fondi soggetti a una proroga del termine di protezione da parte del Consiglio federale in base all'articolo 12 sono resi noti ogni anno nell'Allegato 3 (Elenco degli archivi con termine di protezione prorogato) dell'Ordinanza relativa alla legge federale sull'archiviazione (OLAr). Conformemente all'articolo 13 della LAr (Consultazione durante il termine di protezione), il gruppo di ricerca dei DDS ha sottoposto diverse richieste di consultazione per il periodo compreso in questo volume (1970–1972). Le richieste riguardano numerosi fascicoli della Confederazione non liberamente accessibili e conservati nell'Archivio federale svizzero. Conformemente all'articolo 13, paragrafo 2 della LAr le autorizzazioni accordate al gruppo di ricerca dei DDS si «applicano alle stesse condizioni a tutti i richiedenti.»

La consultazione di fascicoli soggetti a protezione «può essere subordinata a oneri e condizioni; segnatamente può essere stabilito che i dati personali vengano resi anonimi», conformemente all'articolo 13, paragrafo 3 della LAr. Per il periodo coperto dal presente volume, 78 documenti selezionati dal gruppo di ricerca dei DDS da dossier soggetti a protezione e resi accessibili sottostavano alla condizione della presentazione del manoscritto ai servizi mittenti. 77 di

questi documenti hanno potuto essere pubblicati integralmente e senza alcuna restrizione in questo volume e/o in internet nella banca dati Dodis. Fino alla stampa del presente volume, un documento selezionato dai fondi del Dipartimento federale degli affari esteri e previsto per la pubblicazione nella banca dati non ha potuto essere pubblicato in quanto il gruppo di ricerca dei DDS ha deciso di far valutare giuridicamente le modalità d'anonimizzazione di una persona citata nel documento in questione richieste da parte del rispettivo servizio federale.

Nel seguente elenco sono invece indicati i fascicoli la cui consultazione è stata negata al gruppo di ricerca dei DDS dalle autorità competenti dei rispettivi Dipartimenti.

L'elenco, continuamente aggiornato, dei fascicoli che non sono stati resi accessibili al gruppo di ricerca dei DDS si trova all'indirizzo internet dodis.ch/dds/LArc.

Departemente / Départements / Dipartimenti

Dossier	Datum des ablehnenden Entscheids
Dossier	Date de la décision négative
Fascicolo	Data della decisione negativa

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten / Département fédéral des affaires étrangères / Dipartimento federale degli affari esteri

E2001E#1980/83#691* (C.41.152.0) Schweiz. Anleihen an Regierungen, Gemeindewesen, Firmen etc. (1968–1970)	3. 9. 2012
E2001E#1980/83#693* (C.41.157.0) Investitionen (1968–1970)	7. 12. 2012
E2001E#1980/83#889* (B.51.14.21.20) Export schweiz. Kriegsmaterials nach Südafrika (1967–1970)	16. 8. 2010
E2001E#1980/83#902* (C.41.152.0) Schweiz. Anleihen an Südafrika (1968–1970)	16. 8. 2010
E2001E-01#1982/58#576* (C.41.152.0) Schweiz. Anleihen an Regierungen, Gemeindewesen, Firmen etc. (1971–1972)	7. 12. 2012
E2001E-01#1982/58#784* (C.41.152.0) Schweizerische Anleihen an Firmen, Gemeinwesen usw., Südafrika (1971–1972)	22. 6. 2012
E2001E-01#1982/58#785* (C.41.157.0) Ausländische Kapitalbeteiligungen bei Firmen, Südafrika (1968–1972)	16. 8. 2010
E2200.178#1985/134#43* (512.12) Importbeschränkungen in Südafrika (1966–1972)	16. 8. 2010
E2200.178#1985/134#54* (521.61) Schweiz. Kredite ans Ausland (1969–1972)	16. 8. 2010
E2200.178#1991/276#71* (335.0) Kriegsmaterial, Allgemeines (1961–1976)	16. 8. 2010

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement / Département fédéral de justice et police / Dipartimento federale di giustizia e polizia

E4320C#1994/121#210* (320/123) Cohn-Bendit, Daniel, (236:245)320/123) (1968–1989) — 12. 7. 2011

E4320C#1995/392#1216* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1970) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1217* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / (018)231.0/161 (1971–1975) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1218* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 1 / (018)231.0/161 (1967–1970) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1219* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 2 / (018)231.0/161 (1967–1970) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1220* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 3 / (018)231.0/161 (1967–1970) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1221* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Prozess-Akten Nr. 4 / (018)231.0/161 (1967–1970) — 11. 4. 2012

E4320C#1995/392#1222* (231.0/161) Schweizer / Bührle & Co / Bericht BA, Schlussbericht/ (018)231.0/161 (1969–1970) — 11. 4. 2012

E4320-02C#1994/161#3081* (04-00) Diverse Berichte über Auslandsbeziehungen der jurassischen Separatisten (1957–1975) — 12. 7. 2011

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport / Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports / Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport

E5001G#1982/19#2507* (793.22) Durchfuhrgesuch Italien Südafrika via Frankreich durch Bührle (1969–1970) — 26. 4. 2011

E 5560(D) 1998/166 Bd. 162 (241.3.32) Atomsperrvertrag (1972–1979) — 25. 10. 2011

E 5560(D) 1998/166 Bd. 170 (241.3.31) Zusammenarbeit mit Schweden. Abkommandierungsberichte (1972–1976) — 25. 10. 2011

E 5560(D) 1998/166 Bd. 174 (241.3.32) Zusammenarbeit mit Österreich. Allgemeines (1971–1979) — 25. 10. 2011

E 5560(D) 1998/166 Bd. 174 (241.3.32) Zusammenarbeit mit Österreich. Abkommandierungsberichte (1972–1976) — 25. 10. 2011

E5560D#2010/154#88* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Grunddokumente, Regelungen, Konferenz, Berichterstattung, Übersicht Zusammenarbeit (1967–1981) — 25. 10. 2011

E5560D#2010/154#89* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Dokumentation, Basispapiere, technische Prognose (1966–1983) 25. 10. 2011

E5560D#2010/154#91* (241.3.31) Zusammenarbeit Schweden-Schweiz. Verteidigungsplanung. Besuch in Schweden 21.–23. Mai 1973 (1970–1988) 25. 10. 2011

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement / Département fédéral de l'économie / Dipartimento federale dell'economia

E7001C#1982/117#1382* (1612.14) Ausgabe mittelfristiger Notes der Republik Südafrika (1970) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#478* (1611.10) Exportkredit von ca. Fr. 102 Mio. an die Electricity Supply Commission (ESCOM) Johannesburg (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#488* (1611.21) Kapitalexport Everite Limited, Johannesburg (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#510* (1611.44) Darlehen an die South African Iron and Steel Industrial Corporation Ltd. Pretoria (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#555* (1612.42) Abgabe und Finanzierung mittelfristiger Notes für die General Motors South African (Oty) Ltd. Port Elizabeth (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#561* (1612.48) 5jährige Notes der Electricity Supply Commission Johannesburg (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#570* (1612.59) Ausgabe und Plazierung mittelfristiger Notes der General Motors South Africa, Port Elizabeth (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1982/118#572* (1612.63) Ausgabe mittelfristiger Notes der General Motors-Gruppe (1971) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#632* (1611.002) Navik, Johannesburg (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#669* (1644.039) Ausgabe an die ESCOM Electricity, Supply Commission Johannesburg (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#695* (1611.066) Electricity Supply Comm. Johannesburg (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#698* (1611.070) Export Credit an die South African Iron and Steel Industrial Corporation Ltd. Pretoria (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#719* (1611.092) Kauf von Notes der Model Homes and Property Development Corporation Ltd. Johannesburg (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#728* (1611.101) Kredit an die Republik Südafrika (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#736* (1612.02) Anleihenprojekt der Electricity Supply Commission Johannesburg (1972) 2. 7. 2012

E7001C#1984/200#768* (1612.39) Anleihenprojekt der Anglo American Corporation of South Africa Ltd. Johannesburg (1972)	2. 7. 2012
E7001C#1984/200#778* (1612.49) Anleihe der Electricity Supply Commission Johannesburg (1972)	2. 7. 2012
E7110#1981/41#1448* (840.7) Zollagenten, Südafrika (1970)	2. 7. 2012
E7110#1981/41#1452* (861.1) Risikogarantie, Südafrika (1970)	2. 7. 2012
E7110#1981/41#1461* (872.1) Ausschreibungen, Südafrika (1970)	2. 7. 2012
E7110#1982/108#45* (241) Anleihen, Bankkredite A–L, Südafrika (1971)	2. 7. 2012
E7110#1982/108#46* (241) Anleihen, Bankkredite M–Z, Südafrika (1971)	2. 7. 2012
E7110#1982/108#1401* (840.7) Zollagenten, Südafrika (1971)	2. 7. 2012
E7110#1982/108#1404* (842.0) Allgemeines, Südafrika (1971)	2. 7. 2012
E7110#1983/13#47* (241) Kapitalexportbewilligungen, A–L, Südafrika (1972)	2. 7. 2012
E7110#1983/13#48* (241) Kapitalexportbewilligungen, M–Z, Südafrika (1972)	2. 7. 2012
E7110#1983/13#156* (380) Kriegsmaterial (1972)	2. 7. 2012
E7110#1983/13#1321* (842.0) Allgemeines, Südafrika (1972)	2. 7. 2012
E7110#1983/13#1323* (861.5) Kredite und Anleihen, Südafrika (1972)	2. 7. 2012